Zu 670 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP

ANLAGE

zum Bericht des Untersuchungsausschusses im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien

Wortprotokolle über die Zeugeneinvernahmen

(einschließlich des Berichtes des Präsidenten des Rechnungshofes und des Lokalaugenscheines)

Band 1

Seite 1 bis Seite 378

Inhaltsverzeichnis

Zu 670 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP

(AKH-Untersuchungsausschuß)

Druckfehlerberichtigungen bzw. Berichtigungen zu den Wortprotokollen über die Zeugeneinvernahmen

Auf Seite 673 rechte Spalte sind im sechsten, siebenten, achten, neunten und zehnten Absatz die zitierten Namen irrtümlich in Fettdruck wiedergegeben.

Auf Seite 743 rechte Spalte soll die erste Zeile des dritten Absatzes folgendermaßen lauten: „Ich darf dazu sagen, in der Zwischenzeit . . .“

Auf Seite 754 rechte Spalte achter Absatz vierte und fünfte Zeile soll es statt „Kontrollrektor“ richtig „Kontrollamtsdirektor“ heißen.

Auf Seite 987 linke Spalte vierter Absatz soll das erste Wort in der letzten Zeile „Treuhandgeber“ heißen.

Auf Seite 1207 rechte Spalte achter Absatz fünfte Zeile soll es statt „Marchert“ richtig „Marchart“ lauten.

Auf Seite 1208 linke Spalte achter Absatz dritte Zeile soll es statt „Möbius“ richtig „Moebius“ heißen.

Auf Seite 1373 linke Spalte 14. Absatz soll es richtig „Puroir“ heißen.

Auf Seite 1374 linke Spalte 16. Absatz soll es richtig „Sefcsik“ heißen.

Auf Seite 1433 rechte Spalte dritter Absatz vorletzte Zeile soll es statt „doppelten“ richtig „doppischen“ heißen.

Auf Seite 1520 linke Spalte sollen der zweite und der dritte Absatz entfallen.

Auf Seite 1573 rechte Spalte hat die sechste Zeile im letzten Absatz folgendermaßen zu lauten: „. . . überhaupt nicht akzeptiert hat, da es, wie . . .“. Zwei Zeilen darunter ist das Wort „geben“ durch das Wort „gehen“ zu ersetzen.

Auf Seite 1623 rechte Spalte neunter Absatz hat es richtig „ARGE ORP“ zu heißen.

Auf Seite 1632 rechte Spalte sechster Absatz zweite Zeile hat es richtig „ARGE ORP“ zu lauten.

Auf Seite 1642 rechte Spalte neunter Absatz zehnte Zeile sind nach dem Wort „halben“ die Worte „oder rund einer halben“ einzufügen.

Auf Seite 1695 linke Spalte sechster Absatz achte Zeile soll es statt „Patt 2000“ richtig „Bad 2000“ heißen.

Auf Seite 1777 linke Spalte elfter Absatz hat es statt „ORB“ richtig „ORP“ zu lauten.

Auf Seite 1777 rechte Spalte erster Absatz vierte Zeile hat es statt „ORB“ richtig „ORP“ zu lauten.

Auf Seite 1825 linke Spalte dritter Absatz fünfte und elfte Zeile hat es statt „Schweiger“ richtig „Schwaiger“ zu heißen.

Auf Seite 1991 rechte Spalte zehnter Absatz soll es statt „Vitor" richtig „Vietar" heißen.

Auf Seite 1999 rechte Spalte achter Absatz letzte Zeile soll es statt „entfallen" richtig „entfalten" lauten.

Auf Seite 2062 rechte Spalte neunter Absatz siebente Zeile hat es statt „keine" richtig „kleine" zu heißen.

Auf Seite 2196 linke Spalte achter Absatz dritte Zeile soll es statt „abgesprochen" richtig „ausgesprochen" heißen.

Auf Seite 2218 linke Spalte elfter Absatz zweite Zeile soll es statt „FPÖ" richtig „SPÖ" lauten.

Auf Seite 2220 linke Spalte ist nach dem 15. Absatz (nach: „. . . . aufgetaucht?") einzufügen:

„**Proksch:** Ich habe ihn noch nie gesehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): . . ."

Auf Seite 2362 linke Spalte erster Absatz hat es statt:

„Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Blöch könnte also genau sagen, welche Herren im ODELGA der Firma waren?"

richtig zu lauten:

„Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Blöch könnte also genau sagen, welche Herren von der Firma ODELGA waren?"

Auf Seite 2372 rechte Spalte zwölfter Absatz hat es statt **„Wintersberger"** richtig **„Wolfsberger"** zu lauten.

Auf den Seiten 2378 bis 2382 erster Absatz soll es statt „Dr. Hainisch" richtig jeweils „Dipl.-Ing. Hainisch" lauten.

Auf Seite 2469 rechte Spalte vierter Absatz von unten fünfte Zeile ist „Ihr" durch „ihr" zu ersetzen.

Auf Seite 2516 linke Spalte sechster Absatz ist die sechste Zeile zu streichen.

Auf Seite 2518 rechte Spalte letzter Absatz ist am Ende der sechsten Zeile nach dem Wort „kann" ein Beistrich zu setzen.

Auf Seite 2527 rechte Spalte ist nach dem Abschluß der Zeugeneinvernahme Blecha als zwölfter Absatz einzufügen: *„(Die Sitzung wird auf kurze Zeit unterbrochen.)"*

Auf Seite 2549 rechte Spalte erster Absatz zweite Zeile hat es statt „ein bißchen?," zu lauten: „ein bißchen!,".

Inhaltsverzeichnis

Adamovich, Dr. ... 445
Androsch, Dkfm. Dr. ... 885, 2063
Angermann, Dr. ... 1268
Bandion, Dr. ... 604
Bauer, Dkfm. Dr. ... 394, 667, 671, 732, 809, 817
Becker, Architekt ... 1600
Berchtold, Dipl.-Ing. ... 480
Blecha ... 2507
Bogner ... 2556
Busek, Dr. ... 2309
Damian, Dr. ... 2162
Delabro, Dr. ... 31, 741 b, 2490
Drennig, Dr. ... 1753
Eder ... 1962
Enerwitschläger ... 1407
Foltin, Dipl.-Ing. ... 1106
Fürnsinn, Dipl.-Ing. Dr. ... 2132
Gärtner ... 2314
Glaninger, Dr. ... 1768
Gratz ... 1083, 1547, 2264
Gruber, Dr. ... 1587 b
Gschmeidler, Ing. ... 239
Hainisch, Dipl.-Ing. ... 370, 2378
Hartmann, Dipl.-Ing. ... 1251 b
Haslauer, Ing. ... 2115
Hillinger ... 1953
Hogl, Dipl.-Ing. ... 1396
Horny, Dr. ... 1803
Kandutsch, Dr. ... 1, 2457
Kindermann ... 196
Klauhs, Dr. ... 1777
Knoblich, Ing. ... 2382
Kotzaurek, Dr. ... 450
Kozlik ... 2294, 2346
Kraus, Dr. ... 1671
Kreisky, Dr. ... 2539
Kunze, Dr. ... 1500
Lampert Hedwig ... 1764
Lanc ... 2440
Lanner, Dr. ... 1031
Lauda ... 2148
Lehner, Ing. ... 2240
Machtl, Dr. ... 1723
Marsch ... 941
Maier Wolfgang ... 2448
Mayer Fritz, Ing.*) ... 379, 2374
Mayr Hans (Stadtrat) ... 870
Migl, Dipl.-Ing. ... 467
Mock, Dr. ... 2527
Moser, Architekt ... 1224
Mück, Ing. ... 548
Müller, Dipl.-Ing. ... 460
Neuner, DDr. ... 2257
Partik-Pablé Helene, Dr. ... 329
Parzer, Ing. ... 17, 1152
Pelnöcker, Dipl.-Ing. ... 463
Philipp ... 1935
Prechtl ... 919
Proksch ... 2196
Prutscher, Hans Christoph ... 2023
Prutscher Pius Michael, DDr. ... 2007
Rabelbauer ... 990, 1011
Reiter, Dipl.-Ing. ... 472
Rose, Dr. ... 1845
Rumpold, Dipl.-Ing. ... 151, 197, 644, 671, 676, 802, 817
Sajbl, Mag. ... 1638
Salcher, Dr. ... 978
Schaller, Dr. ... 2293, 2336
Scharmüller, Dkfm. ... 1274
Schaumayer Maria, Dkfm. Dr. ... 2222
Schrack ... 2227
Schultz, Dipl.-Ing. ... 454
Schwaiger, Dr. ... 16, 147, 1433
Schweitzer, Ing. ... 501
Sefcsik ... 1862
Seidler, Dipl.-Ing. Dr. ... 1167
Siebensohn, Dr. ... 1123
Skyba, Dr. ... 487
Spann, Dipl.-Ing. ... 1475
Stacher, Dr. ... 1047 b
Stadler, Dkfm. ... 2396
Stelzl, Dipl.-Ing. Dr. ... 1783
Stengl ... 2259
Stix, Ing. ... 1239
Swoboda, Dkfm. ... 1914
Vogl Franz, Dipl.-Ing. ... 458
Vogl Hans, Dipl.-Ing. ... 1937
Wagner Axel, Dipl.-Ing. ... 469
Wagner Viktor ... 2351
Waiz, Dr. ... 842
Walcher, Dipl.-Ing. ... 474
Wallner, Dr. ... 828
Wilfling, Dkfm.-Dr. ... 248, 762, 817
Wimmer, Dr. ... 2358
Winkler, Dipl.-Ing. ... 1334
Winter, Dipl.-Ing. ... 40, 78, 2409
Wojda, Dipl.-Ing. Dr. ... 1312
Wolfsberger, Dr. ... 593, 2369
Wuchterl ... 1997
Wunderer, Dipl.-Ing. Dr. ... 1207
Zacek, Dr. ... 1294
Zaruba, Dr. ... 1536
Zelniczek, Ing. ... 287, 339
Zippe, Dkfm. ... 1195

*) Im Text steht bei seiner ersten Einvernahme irrtümlich „Dr."

3. Sitzung: 10. Juni 1980

Beginn der Sitzung: 14 Uhr 5 Minuten

Obmann Dr. **Steger** bittet den Präsidenten des Rechnungshofes Dr. Kandutsch um seinen Bericht.

Bericht des Präsidenten des Rechnungshofes Dr. Jörg Kandutsch

Präsident des Rechnungshofes Dr. **Kandutsch**: Hoher Ausschuß! Ich bin durch Ihren Beschluß aufgefordert worden, über den Stand der Untersuchungen zu berichten. „Stand der Untersuchungen" kann natürlich nur heißen: der Untersuchungen des Rechnungshofes, die dieser auf Grund des Antrages des Parlaments vom 3. Juli 1979 durchgeführt hat in der Weise, daß wir seit November an Ort und Stelle bei der AKPE geprüft haben, und zwar im Sinne Ihres Auftrages, nämlich „Prüfung der Vorgänge im Zusammenhang mit der Vergabe von 370 Millionen Schilling für die Betriebsorganisationsplanung des Allgemeinen Krankenhauses in Wien durch die AKPE unter dem Gesichtspunkt der Gesetzmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit".

Ich sagte, wir haben erst im November zu prüfen beginnen können, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens einmal waren verfassungsmäßige Aufgaben zu erfüllen in dieser Zeit, weil wir ja den jährlichen Tätigkeitsbericht und den Bundesrechnungsabschluß zu verfassen haben.

Zweitens war dies eine Parallelprüfung. Das heißt, es war dort zu gleicher Zeit das Kontrollamt schon ein Jahr tätig, und es war nicht möglich, gleichzeitig dieselben Unterlagen zu benützen. Daher mußte man das erst hintereinander machen.

Wir haben mit vier Mann geprüft. Die Prüfung an Ort und Stelle ist seit etwa vier Wochen beendet, und jetzt sind wir darangegangen, den Prüfungsbericht zu formulieren. Er wäre normalerweise Mitte Juli fertig geworden. Es ist, wie Sie selbst schon aus der Zahl von 20 000 Unterlagenblättern ersehen, ein riesiges Material zu sichten und zusammenzufassen.

Nun haben wir unter dem Eindruck Ihres Auftrages in Tages- und Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit sowie auch mit Hilfe des Einsatzes der Technik und vor allem mit dem Einsatzwillen meiner Mitarbeiter einen Berichtsentwurf der Abteilung fertiggestellt, der die Grundlage für meine mündliche Berichterstattung darstellt.

Es ist das, was ich hier in Händen habe. Das ist aber noch nicht der sogenannte Rohbericht. „Rohbericht" ist ein Terminus technicus, der sich parlamentarisch eingebürgert hat, aber nicht im Rechnungshofgesetz verankert ist. Dort sprechen wir von einem Einschaubericht. Unter einem Rohbericht verstehen wir normalerweise einen Bericht, der der geprüften Stelle zugeht und von dieser Stelle, wie Sie wissen, im Verlaufe von drei Monaten zu beantworten ist. Aus dem heraus wird dann erst später der Tätigkeitsbericht formuliert. Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes ist nach einer starken Verschärfung der Geheimhaltungsbestimmungen aus dem Jahre 1961 mit einer Verfassungsbestimmung, also mit der Philosophie des ganzen Hauses, derjenige, der erst veröffentlicht werden darf nach seiner Zuweisung durch den Nationalratspräsidenten. Alles vorher, auch Teile davon, unterliegt der Geheimhaltung.

Ich bin sehr froh, daß Sie heute hier diesen Vertraulichkeitsbeschluß gefaßt haben, da wir uns nun auf der Basis dieser Verfassungsbestimmung des Rechnungshofes bewegen. Ich teile Ihnen mit, daß, wenn es sich um weitere Diskussionen um den sogenannten Rohbericht handelt, dies erst einer sein wird, wenn er die Abteilung verlassen hat und über den normalen Approbationsweg zum Rechnungshofpräsidenten kommt, der ihn unterschreiben wird. Erst das, was er unterschreibt, ist dann ein Prüfungsbericht.

Ich möchte Ihnen folgendes heute möglichst kurz berichten: eine kurze geschichtliche Entwicklung des AKH-Neubaues bis zur Gründung der AKPE, die Ausschreibung der Betriebsorganisationsplanung, die Kritik des Rechnungshofes an der Durchführung dieser Ausschreibung und vielleicht noch einige andere Feststellungen, weil ich hier hinzufügen möchte, daß man selbstverständlich die Betriebsorganisation und auch die Ausschreibung, die dazu geführt hat, nicht isoliert vom Gesamtgeschehen des AKH und seines Neubaues betrachten kann.

Vieles, was hier geschehen ist und was jetzt noch geschieht oder nicht geschieht, ist Folge von gewissen Systemregelungen und vor allem Systemmängeln, die — das möchte ich hier hinzufügen — nicht nur bei diesem Großbau und nicht nur in Österreich, sondern auch bei Großbauten einmaliger Art in der ganzen Welt immer wieder auftreten. Es wäre, glaube ich,

richtig — auch im Sinne einer vernünftigen Prüfungsphilosophie —, daß man hier versucht, solche Systemmängel aufzudecken in der Hoffnung, daß man sie bei künftigen Entwicklungen vermeiden kann. Das wäre also mein Plan.

Nun darf ich auf den ersten Punkt, den Zeitplan, kurz eingehen:

Am 11. August 1955 wird also eine Kostenbeteiligung an der generellen Gesamtplanung der Kliniken des Neubaues der II. Chirurgischen Klinik zu Lasten des Bundes beschlossen. Ich möchte hier einmal sagen: Was ist dabei schon außergewöhnlich? Außergewöhnlich ist die 50prozentige Beteiligung des Bundes. Denn die Rechtsgrundlage der Bundesbeteiligung ist ja der sogenannte klinische Mehraufwand im Sinne des § 57 des Krankenanstaltengesetzes. In anderen Kliniken anderer Bundesländer wird auch die Beteiligung des Bundes an den Baukosten mit 40 Prozent begrenzt. In Wien ist man also insofern aus vielen Gründen, die auch in der Öffentlichkeit immer wieder vorgetragen wurden, zu 50 Prozent gekommen, und das war also der damalige Beschluß.

Wichtig ist dabei für die spätere Beurteilung der Entwicklung aus meiner Sicht — ich werde hier, wie Sie es von mir gewohnt sind, sehr offen und frei reden, sonst hätte ich mir ein Konzept vorschreiben lassen und hätte es heruntergelesen —, daß man sich vor allem nach der Gründung der AKPE von dem Grundgedanken, daß ja der künftige Betreiber und der kompetenzmäßig zuständige Bereich des Bundes das Wissenschaftsministerium ist, ziemlich abgesetzt hat. Es treten nach 1975 das Finanzministerium und der Stadtrat für Finanzen in Wien stark hervor, während diejenigen, die eigentlich nach dem klinischen Mehraufwand dieses Groß-Krankenhaus betreiben werden, und das Wiener Gesundheitsstadtamt eher in den Hintergrund treten.

Am 7. Oktober 1955 gibt es einen Koordinationsausschuß Bund — Stadt Wien, Organ ist ein sogenannter Arbeitsausschuß.

Am 14. Juli 1957 wird ein Raum- und Funktionsprogramm an Professor Riethmüller aus Tübingen als Unterlage für den Architektenwettbewerb als Auftrag übergeben.

Professor Riethmüller begleitet uns seit dem Jahre 1957. Er ist damals gekommen aus der Bundesrepublik als der große Krankenhauspapst mit Hosianna, heute gibt es sehr viel pereat drüben und in Österreich. So entwickelt es sich eben. Aber es ist interessant, daß man doch richtigerweise am Anfang sich über Raum- und Funktionsprogramme Gedanken gemacht hat. Und die spätere, uns auch immer wieder vorgetragene Behauptung, man stand schließlich bei der Beauftragung für das Betriebsorganisationsprogramm unter ungeheurem Zeitdruck, ist angesichts dieser Zeitläufe nicht ganz überzeugend.

Am 17. Juli 1958 wird eine Arbeitsgemeinschaft Bund — Stadt Wien für den Neubau des AKH gegründet, Organe davon sind der Spitzenausschuß, der Bauausschuß, die Bauleitung; an Stelle des Neubaues II. Chirurgie Baueinheit, in der die Kliniken des alten AKH untergebracht werden können, als erste Baustufe.

1960 erfolgt der Architektenwettbewerb.

Am 23. Juni 1965 wird der Beschluß gefaßt, den gesamten Neubau in einer Baustufe durchzuführen. Die zeitliche Abfolge des Bauvorhabens haben wir in einer Beilage hier.

Am 6. Mai 1970 wird die Forderung nach Erarbeitung eines Betriebsorganisationsgesetzes seitens der Bauleitung erhoben.

In den Jahren 1974 und 1975 fanden keine Sitzungen der höchsten Organe der Arbeitsgemeinschaft, weder des Spitzenausschusses noch des Bauausschusses, statt.

Hoher Ausschuß! Ich habe meine Prüfungsabteilung in die Bundesrepublik geschickt, um bei den Großbauten, die in München, in Aachen und in Münster aufgerichtet wurden, die dortigen Verhältnisse zu studieren. Hier ist einmal ein gewaltiger Unterschied insofern festzustellen, als die Mitwirkung der Verantwortlichen für die Errichtung, aber auch für die Betreibung eine ununterbrochene gewesen ist. Zum Beispiel in München hat es jeden Monat eine Spitzensitzung aller zuständigen Stellen gegeben, und alle Veränderungen, die aufgetreten sind, waren nur möglich mit Zustimmung auch, sagen wir, des Finanzstadtrates, des Finanzministers von München et cetera, während man bei uns nach dem Jahre 1975, als diese Organe gegründet wurden, denselben eine doch ziemlich freie Entscheidung überließ, eine Entscheidung, die sich dann immer wieder abgespielt hat in schweren Kämpfen mit den medizinischen Fakultäten.

Und es ist überhaupt keine Frage, das müssen wir objektiv natürlich zugeben, es sind ununterbrochen neue Anforderungen gestellt worden, nicht deswegen, weil die Mediziner so maßlos sind, sondern weil sich ja hier ununterbrochen neue Lösungen anbieten. Wenn Sie also nur zum Beispiel hernehmen, daß sich das Transportsystem in den letzten Jahren revolutioniert hat. Und das alles ist ein bißchen, bitte sehr, abseits von den politischen höchsten Instanzen erfolgt. Wir haben im Jänner 1977 einen Politikergipfel und im Jahre 1975, wie gesagt, die Gründung der AKPE.

Nun darf ich mich unserer eigentlichen Beauftragung zuwenden, nämlich den Problemen, die sich gestellt haben bei der Ausschreibung der Betriebsorganisationsplanung, und der Kritik, die wir daran knüpfen. Ich möchte

hier hinzufügen, daß ich diese Fragen gestern mit dem Rumpfvorstand diskutiert habe, denn ich will hier nichts vortragen, ohne jene gehört zu haben, gegen die hier gewisse, zum Teil schwere Vorwürfe erhoben werden. Ich würde auch heute, wenn es darauf ankommt, natürlich jederzeit hinzufügen, was der Vorstand zu dem einen oder anderen Vorwurf zu sagen hat.

Wir glauben, daß erstens einmal diese Ausschreibung zu spät erfolgt ist, daß die Überlegungen über eine Betriebsorganisation und eine in gleichem Zuge ausgearbeitete Raum- und Funktionsplanung viel früher hätten erfolgen müssen.

Als sie erfolgt ist, hat sich dann bei der Ausschreibung und bei der Durchführung des Ausschreibeverfahrens eine Reihe von Mängeln ergeben. Ich möchte als erstes einmal herausstellen, daß es eine Widersprüchlichkeit in der Aussage des Vorstandes gibt, ob es sich hier überhaupt um eine beschränkte Ausschreibung gehandelt hat oder nicht.

Jahre hindurch, und da können wir also sehr viele Stimmen zitieren, hat der Vorstand behauptet, es sei eine ÖNORM-gerechte Ausschreibung durchgeführt worden, und das Ergebnis dieser Ausschreibung war eine Ermittlung des Bestbieters. Das war eben dann die spätere ABO, die Arbeitsgemeinschaft Betriebsorganisation.

Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung mit dem Kontrollamt ist der Vorstand von dieser seiner Version abgerückt und hat später gesagt, das war im Grunde gar keine Ausschreibung, weil wir zu einer solchen nicht verpflichtet waren. Bitte, diese Verpflichtungsfrage steht irgendwie ungelöst im Raum. Tatsächlich sind eigene Aktiengesellschaften ja nicht verpflichtet, die ÖNORM einzuhalten, Sie kennen das aus unseren Rechnungshofeinschauen aus der verstaatlichten Industrie. Tatsache ist, daß es auch keinen Vertrag der beiden Aktionäre Bund und Stadt gibt, der der AKPE die Einhaltung der ÖNORM vorgeschrieben hätte. Solche Vereinbarungen gibt es bei anderen Sondergesellschaften sehr wohl, wie zum Beispiel bei den Straßensondergesellschaften, wo ja auch gesagt wird, daß die Bauvorschriften, die Ausschreibungsvorschriften des Bautenministeriums, für Sondergesellschaften gelten, auch wenn es sich um Aktiengesellschaften handelt.

Ein weiteres Argument ist aber dann hinzugekommen, daß es gar nicht möglich war auszuschreiben. Es ist ungefähr die gleiche Argumentation wie bei der ARGE-Kostenrechnung, daß nämlich die Ausschreibung selbst schwierig war, weil planerisches Neuland zu betreten gewesen ist und in seinem Inhalt nicht genügend präzisierbar war. Das heißt also, es habe angeblich keine Leistungsbeschreibung gegeben, die die Grundlage für eine Ausschreibung hätte bilden können. Das steht aber im krassen Widerspruch zu der Geschichte. Denn es wurde eine Leistungsbeschreibung herausgegeben, es wurde die Ausschreibung durchgeführt, es haben sich 56 Bieter im In- und Ausland gemeldet. Davon sind im ersten Verfahren bis auf 18 alle ausgeschieden worden, und es wurden zuletzt sechs in eine entsprechende Auswahl genommen, und bei diesen sechs haben wir in den Unterlagen, das heißt also im Bericht des Vorstandes an den Aufsichtsrat, auch die Gründe angeführt, warum die übrigen fünf nicht in Frage gekommen sind: weil sie nicht leistungsgerecht angeboten hätten. Das war nach unserer Auffassung eine Ausschreibung, aber eine Pro-forma-Ausschreibung. Wir gehen hier mit dem Kontrollamt völlig konform und haben hier nun einige weitere Mängel festzustellen.

Erstens: Es gab eine Bevorzugung dieser die spätere ABO bildenden Bieter in der Form, daß man schon lange vor der Ausschreibung die Herren arbeiten ließ für eine Betriebsorganisationsplanung, und zwar heißt das in der Abkürzung BOI, Betriebsorganisation interimistisch. Das heißt, dadurch, daß also Herr Riethmüller, Deutsches Krankenhausinstitut Düsseldorf, die ÖKODATA und die ODELGA ja schon gearbeitet hatten, haben sie bei der späteren Ausschreibung einen selbstverständlichen Wettbewerbsvorteil gehabt.

Es gibt bei der Abfassung dieses Berichtes noch eine spezielle Kritik von uns. Es wurde nämlich gesagt, sollte es zu einer späteren Beauftragung kommen, dann werden die Honorare für die Zeit der BOI auf das spätere Gesamthonorar in angemessener Weise angerechnet. Was nun eine angemessene Anrechnung auf das Honorar von später 122 Millionen ist, war so unterschiedlich, daß die AKPE der Meinung war, es müßten 7 Millionen angerechnet werden, die ABO war der Meinung, 600 000 S. Also hier auch ein Vorwurf des Rechnungshofes einer sehr unpräzisen Vertragsausfertigung.

Nun ein zweites: Auch nach Anbotseröffnung, über die ich ein spezielles Kapitel hier vortragen muß, hat man die ÖNORM insofern gröblich verletzt, als Preisverhandlungen geführt wurden, aber nur mit einem Bieter. Es wurde nur mit der ABO verhandelt, und zwar so verhandelt, daß Preisreduktionen ermöglicht wurden, die unter den Preis eines Vergleichsangebots einer Schweizer Firma Suter & Suter herabgesunken sind. Suter & Suter ist — das ist mir vom Vorstand selbst gestern bestätigt worden — eine höchst seriöse, potente Firma, die den Vorteil gehabt hätte, im Rahmen der eigenen Firma wesentlich mehr eigenen Sachverstand zu besitzen, während wir hier, wie wir

später hören werden, bei der BO sehr viele Subunternehmer feststellen müssen. Das Engagement von solchen Subunternehmern ist außerdem nicht vertragsmäßig in jedem Falle erfolgt.

Also hier war ein zweiter Verstoß.

Nun haben wir noch einen dritten: Wie Sie wissen, hat der Rechnungshof die Untersuchungen auch noch gegenüber dem Vorstandsdirektor Winter geführt, der zu dem damaligen Zeitpunkt bereits suspendiert war, und in Anwesenheit des Vorstandes haben die Herren dessen Unterlagen gesichtet. Bei diesen Unterlagen fanden sich auch sehr bedeutende handschriftliche Aufzeichnungen. Und eine handschriftliche Aufzeichnung hieß: Verteilung des Kuchens, womit gemeint war, und zwar monatelang vor der Beauftragung, wer die Mitglieder der ABO sein würden.

Ich habe darauf bestanden, daß man dem Herrn Direktor Winter Gelegenheit gibt, sich dazu zu äußern, auch nach seiner Suspendierung, und er hat das nicht in Abrede gestellt, sondern mehr oder weniger gesagt: Womit bewiesen ist, daß ich den besten Weitblick hatte, denn ich habe schon vor der Ausschreibung gewußt, wer die Besten sind, wer hier in Frage kommt.

Er war aber, bitte, nicht der einzige, der in diese Richtung Präferenzen zu erkennen gegeben hat. Eine ganz eindeutige Präferenz für diese Arbeitsgemeinschaft hat auch der Bereichsleiter für das Gesundheitswesen Dr. Wilfling gegeben, der in einer Aussprache, als er noch nicht Geschäftsleiter der ODELGA gewesen ist, sondern im Namen des Gesundheitsstadtrates sprach, erklärt hat, diese ausländischen Bieter kämen in Wien nicht in Frage, weil sie die Wiener Planungsphilosophie zu wenig kennen.

Mein Versuch, vom Vorstand nunmehr zu hören, was die Wiener Planungsphilosophie eigentlich sei, ist, muß ich Ihnen leider sagen, gescheitert. Ich bin aus diesen Ausführungen nicht klug geworden.

Nun die Anbotseröffnung. Meine Herren, ich muß Ihnen sagen, so etwas hat es in der langen Geschichte des Rechnungshofes noch nicht gegeben. Die Anbotseröffnung ist eine äußerst subtile Handlung, weil man ja immer damit rechnen muß, daß es unter den Anbietern zu Einwänden, zu Schwierigkeiten, zu Interpellationen kommt, und es kommt daher in der Regel nur eine kommissionelle Anbotseröffnung bei Anwesenheit aller Mitbieter in Frage.

In diesem Falle hat der Vorstand, und zwar zwei Vorstandsmitglieder, anders gehandelt. Am Montag, dem 31. Oktober, um 16 Uhr haben die beiden Vorstandsdirektoren Winter und Schwaiger die Anbote selbst geöffnet und haben das Protokoll eigenhändig ausgeführt. Es war auch kein Mitarbeiter der AKPE anwesend. Ich verknüpfe damit, das möchte ich hier ausdrücklich sagen, keinerlei auch nur unterschwellige Verdächtigungen, möchte aber nur hinzufügen, daß ich in dieser Handlungsweise eine bestimmte Geisteshaltung erblicke, die ich wie schon früher mit dem Begriff der Proforma-Ausschreibung charakterisieren möchte. Die Herren haben sich damit einem Verdacht ausgesetzt, den einer niemals auf sich lädt, der den Begriff Manager zu Recht trägt.

Auf die Frage: Warum haben Sie das gemacht?, wurde mir gestern gesagt: Zeitdruck; wir waren neugierig, wie es ausgeht; keine Verzögerung, es sollte rasch weitergehen; es war unser, wenn Sie wollen, Übereifer, Herr Präsident. Also alles mögliche. Der dritte Vorstandsdirektor, der aus Linz kam, ist angeblich in einem Verkehrsstau steckengeblieben.

Also auch diese Anbotseröffnung müssen wir auf Grund unserer Erfahrungen absolut kritisieren.

Nun kommt es noch zu einer sehr wichtigen Frage: Wie wurde denn die Bonität der Anbieter geprüft, welche Referenzen hatten die einen oder die anderen, um zu sagen, die kommen nicht in Frage und die kommen in Frage? Ich möchte feststellen, daß zum Beispiel eine Reihe von späteren Mitgliedern der ABO über keine Spitalsorganisationsplanungserfahrung verfügten, daß der wesentlichste Hinweis gewesen ist, daß eine Reihe von diesen Mitarbeitern etwa bei der ÖKODATA in Wien schon gearbeitet haben, im Zusammenhang mit der Kostenrechnung, der Kostenstellenermittlung, Sie kennen das, und daß also diese Prüfung keine sehr überzeugende und fundierte gewesen ist. Wir haben sie weder in schriftlicher noch in mündlicher Form entsprechend erfahren.

Zum Falle des Professors Riethmüller ist interessanterweise zu sagen, daß an dessen Qualität niemand mehr gezweifelt hat als der inzwischen entlassene Direktor Winter, der auf Grund von Aussagen deutscher Krankenhausbauer, -planer und -verwalter erfahren hat — und das hat er auch festgehalten —, daß Riethmüller bei weitem nicht hielt, was er versprochen hat.

Ich will jetzt nicht davon sprechen, daß auch wieder der formelle Mangel von nicht gegebenen Gewerbeberechtigungen vorhanden gewesen ist, wodurch allein schon wieder essentielle Ausschreibebedingungen nicht erfüllt waren.

Nun ergibt sich die Frage, die Sie vermutlich am meisten interessiert, die Frage der Preisangemessenheit. Was sagt der Rechnungshof dazu?

Hier muß ich Ihnen folgendes sagen. In der Zeit der BOI — Betriebsorganisation Interimslösung — sind Manntage von 4 500 S pro Mann und Tag ausgemacht gewesen — höchstqualifi-

zierte Herren, das ist immer die Voraussetzung — plus eventueller 15prozentiger Nebengebühren, die aber nachgewiesen werden müssen, wenn sie anfallen.

Beim Übergang zur endgültigen Beauftragung ist das auf einen Mischsatz von 7 000 S erhöht worden. Der Mischsatz ist so zustande gekommen, daß Professor Riethmüller als der Höchstqualifizierte — er war eine Art Einkommens-Leader — mit 8 000 S fixiert wurde, und die anderen hat man etwas angehoben und ist bei 7 000 S stehengeblieben.

Nun gab es eine sehr interessante Zwischenphase: Ein Grund, warum man die ABO nehmen wollte und genommen hat, war der Hinweis, daß es sich ja vorwiegend um österreichische Berater und Unternehmensvertreter handle.

Dennoch war die erste Forderung der BO, 40 Prozent des Honorars auf D-Mark-Basis wert- und währungsgesichert zu verrechnen. Bei 60 Prozent kann man nicht mehr behaupten, daß das Übergewicht Österreichs so groß war. Es ist dann auf 20 Prozent reduziert worden.

Aber wenn wir heute sagen sollten: Da die Kalkulationsgrundlagen so gewesen sind, wären sie nur dann gerechtfertigt, wenn die hauptsächlichen und entscheidenden Leistungen von jenen gekommen wären, die dieses hohe Honorar bewirkt haben!, einen solchen Leistungsnachweis können wir nicht liefern.

Wir gehen aber nicht fehl in der Annahme und sind vom Vorstand auch in dieser Annahme bestärkt worden, daß das Honorar sehr hoch angesetzt ist.

Es gab dann eine zweite Ungereimtheit, über die wir keine Auskunft bekommen haben. Die Ungereimtheit besteht in der Teilbeauftragung. Es war ja der gesamte Auftrag — wie Sie wissen — in der Höhe von 370 Millionen Schilling auf 120 Monate ausgeschrieben. Man hat ihn dann auf 30 Monate begrenzt.

Warum?, fragten wir, wenn es sich um den eindeutigen Bestbieter handelt. Außerdem ist es ÖNORM-widrig, wenn ich als Auftraggeber zu der Überzeugung komme: Ich gebe nicht die ganzen Aufträge; ich kann ja auf Grund neuer Überlegungen, neuer Notwendigkeiten jede Ausschreibung aufheben und wiederholen. Wir sind der Auffassung, daß die Begrenzung auf 30 Monate im Sinne der ÖNORM ein neuer Auftrag gewesen ist.

Denn ich frage Sie jetzt: Was soll denn heuer im Herbst geschehen? Entweder haben die Herren der ABO klar damit gerechnet, daß sie weiter beauftragt werden, oder sie mußten damit rechnen, daß sie nicht mehr beauftragt werden. Dann stimmen ihre Kalkulationsgrundlagen nicht.

Tatsache ist, wenn man heuer im Herbst vorhat, eine Gesellschaftsinstitution neu auszuschreiben, daß man bei den großen Problemen ansteht, die sich aus der jetzigen Situation dort überhaupt ergeben.

Nun ein sehr wesentlicher Faktor. Es heißt, dieses hohe Honorar ist nur zu rechtfertigen, wenn es höchstqualifizierte Kräfte gibt. Wer diese sind, das muß ja schließlich die AKPE verantworten und garantieren. Deswegen ist in den Verträgen niedergelegt gewesen, daß die weitere Beauftragung von sogenannten Subunternehmern genehmigungspflichtig ist und daß für jeden Mitarbeiter, der dort verwendet wird, ein sogenanntes Mitarbeiterprofil vorzulegen ist. An sich ist das eine klare Sache.

Daran hat sich eine Reihe von Mitgliedern der ABO nicht gehalten, am allerwenigsten die ODELGA, welche überhaupt nicht einen einzigen Auftrag selbst ausgeführt hat, sondern alles in Subunternehmertum weitergegeben hat.

Als wir zu prüfen begonnen haben, haben wir diese Frage angeschnitten. Damals waren es noch über 40 nicht vorhandene Mitarbeiterprofile. Es sind jetzt noch immer 17 offen.

Das heißt also, es sind Leute, die in diesem Krankenhaus beraten, planerisch beraten — und zwar in einem Krankenhaus, das ja morgen einmal in Betrieb gehen muß, wo Menschen gesundgepflegt werden sollen —, deren Qualifikation man nicht kennt, die keine Referenzen haben. Es ist auch vom Vorstand zugegeben worden, daß es solche Weitergaben gegeben hat. Wie und was, das weiß man nicht. Die ODELGA hat dann später die MEDCONSULT gegründet, und die MEDCONSULT hat die Aufträge weitergegeben an die TECHMED auf der Insel Jersey, wo man zwar die Leute kennt, die in Wien auf der Baustelle arbeiten, aber nicht weiß, wer die Eigentümer sind. Wir halten das also für ein ganz unmögliches System.

In diesem Zusammenhang ist ja auch auf Grund der Belege folgendes nachweisbar.

Eine Institution, die sehr viel benötigt wurde, ist das Institut für Systemanalyse und Healthservice, glaube ich, das IFH in Kopenhagen. Sie gehört einem deutschen Ingenieur namens Lohfert, an den sich der Vorstand sehr häufig gewendet hat. Dieser hat eine Reihe von jenen Aufträgen durchgeführt, die nach dem Vertrag die ODELGA hätte durchführen sollen. Es sind hier Aufträge nicht direkt über die ODELGA oder später die MEDCONSULT an Kopenhagen gegangen, sondern über die TECHMED.

Eine solche Dreiecksbeauftragung kann doch betriebswirtschaftlich nur heißen, daß die Honorierung so günstig gewesen ist, daß man sich eine solche Zwischenschaltung erlauben

kann, denn sie wäre doch sinnvollerweise direkt gegangen.

Abgesehen davon möchte ich sagen, daß das Institut ein Mitbieter war, der zum Beispiel auf dem Sektor EDV-gesteuerte Organisationsmodelle eine führende Rolle in Europa einnimmt und sicherlich die Qualifikation hatte, Mitglied dieser ABO zu werden. Er ist nicht Mitglied geworden, ebensowenig wie Suter & Suter, später aber zu solchen weiteren Aufträgen herangezogen worden.

Das wäre im wesentlichen das, was wir zur Vergabe zu sagen haben.

Ich möchte jetzt aber doch — nach diesem nicht sehr erfreulichen Bild — einiges Allgemeines noch kurz hinzufügen, weil ich gewohnt bin, auch die objektiven Schwierigkeiten sehr wohl ins Kalkül zu ziehen, unter denen ein Management arbeitet.

Meine Herren! Es ist bis zum Jahre 1975 nur sehr schleppend weitergegangen. Das ist wahr. Es ist richtig, daß mit der Gründung der AKPE, das heißt also mit der Ausgliederung und Verselbständigung, dann der Baufortschritt ein viel größerer geworden ist.

Die Frage aber, ob eine Aktiengesellschaft wirklich die ideale Form für die Durchführung solcher Vorhaben ist, muß sehr bezweifelt werden.

Es hat zum Unterschied zur IAKW kein AKH-Finanzierungs- und -Errichtungsgesetz mit klaren gesetzlichen Vorzeichen gegeben. Es sind, wie ich schon früher sagte, die künftigen Benützer hier ziemlich ausgeschaltet gewesen. Es wurde nun ein Vorstand hingesetzt, der um Gottes willen nicht allein und auf sich gestellt einen solchen Bau aufführen kann, ohne klare, ständige Kontrolle und auch Hinweise, wie es weitergehen soll.

Schließlich hat das SSK-Gutachten vom 1. Jänner 1976 noch eine Bausumme von 18 Milliarden Schilling errechnet. Wir stehen jetzt nach der Auskunft des Aufsichtsrates bei 38,9 Milliarden Schilling.

Hier sind Dinge zum Tragen gekommen, die über die Agenden eines Vorstandes und eines Aufsichtsrates weit hinausgehen. Es sind neue medizinische Forderungen entstanden, die zu wenig auf ihre Berechtigung geprüft wurden.

Mein Eindruck in diesem Riesenhaus war: Nur wer dieses Haus stundenlang in- und auswendig gesehen hat, kann überhaupt mitreden, worum es sich hier handelt. Es sind hier technische Erfordernisse herausgekommen, die im vorhinein niemand abschätzen konnte.

Ich möchte Ihnen nur eine Ziffer sagen, die sehr, sehr beeindruckend ist:

Auf Grund neuer technischer Notwendigkeiten, die sich aus der Größe des Hauses und aus dem medizinischen Fortschritt ergeben, wurden allein 200 000 m³ an Mehrvolumen in der Baukubatur notwendig.

Oder nehmen Sie das nächste her: Man hat geglaubt, daß man in vielen Bauelementen bei den Naßzellen mit Kunststoff wird arbeiten können. Das wurde von der Feuer- und Baupolizei glatt abgelehnt. Das muß heute in Stahl mit Keramik ausgeführt werden.

Oder: Sämtliche Trennwände sind in Stahlausführung notwendig usw.

Das hat das Vorstellungsvermögen überschritten. Demgegenüber stand ein Entscheidungsgremium, das auch überfordert war.

Ich weiß, es gibt eine riesige Literatur über die Bedeutung oder — wie manche behaupten — Nichtbedeutung von Aufsichtsräten. Ich muß also über diese Aufsichtsräte sagen, daß sie sich wahnsinnig bemüht haben. Aber wenn ein Aufsichtsrat am Tage vor einer Vorstandssitzung die Unterlagen bekommt, um am nächsten Tag über fast 700 Millionen Vergabe mitzustimmen, dann bitte ich, mir jenes Genie zu zeigen, das in der Lage ist, das zu überblicken, zumal Aufsichtsräte ja meistens Nebenberufe haben.

In einer Studie, die wir von Professor Grün von der Wirtschaftsuniversität Wien über die sogenannte Schwachstellenanalyse bei der Errichtung der Olympia-Bauten von München bekommen haben, wird gesagt, daß es bei den Aufsichtsräten sehr häufig so ist, daß die fachliche Kompetenz verkehrt proportional zu ihrer öffentlichen Potenz ist. Meistens sind es dann Generaldirektoren großer Banken, die halt hinkommen und beim zwanzigsten wieder mitentscheiden.

In diesem Fall war die Entscheidung noch so, daß der Aufsichtsrat ja nicht nur eine Kontrollfunktion hatte, sondern bei allen Vergaben über 20 Millionen mitentscheiden mußte.

Hier sind also Dinge im Gange, bei denen der Rechnungshof auch konsultativ mitgewirkt hat mit dem Versuch einer begleitenden Kontrolle, die interessanterweise schon einmal von den Politikern beschlossen, aber nicht durchgeführt wurde.

Es gab einen Politikergipfel mit der Entscheidung der beiden Aktionäre: Begleitende Kontrolle wollen wir haben! Sie kam aber nicht zum Tragen.

Alles in allem genommen muß man sich jetzt wirklich überlegen — ich beneide die Entscheidungsträger nicht —, wie es weitergehen soll, wie es in Zukunft gemacht wird, damit dieser Bau schließlich zu einem Ende kommt, und zwar zu einem solchen Ende, daß wir dann in der Zukunft bestehen können.

Ich möchte noch auf einen Umstand hinweisen, der auch ungelöst ist: Diese unheimliche Haustechnik bedarf in Zukunft einer Wartung, einer Pflege und eines Mitarbeiterstabes, der in der Lage ist, diese Riesenorgel noch zu steuern.

Es sind heute bereits Tausende EDV-Blätter mit technischen Einzelheiten, die alle für den künftigen Betrieb von Entscheidung sind. Denn wenn Sie da einmal hineinkommen und sehen, was es dort an Rolltreppen, an riesigen Beförderungsbändern, an Lifts usw. gibt — nicht zu reden von der Be- und Entlüftung, von der Versorgung und Entsorgung —, halte ich es für allerhöchste Zeit, daß der künftige Benützer — das ist immerhin die MA 17 — darangeht, sich jenen Technikerstab aufzustellen, der einmal in der Lage ist, dieses Krankenhaus von dieser Seite her zu leiten, jenes Krankenhaus, von dem ich hoffe, daß es zu einem guten Ende kommt für den vorgesehenen Zweck. — Danke schön.

Obmann Dr. **Steger:** Ich danke Herrn Präsidenten Dr. Kandutsch und darf vorschlagen, daß wir jetzt versuchen, ein loses Wechselspiel bei den weiteren Fragen zustande zu bringen.

Diskussion über den Bericht des Präsidenten des Rechnungshofes

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ich habe den Eindruck, daß der Besuch der Baustelle, den Sie, Herr Präsident, gemacht haben, Ihnen noch mehr die Dimension dieses Krankenhausbaues aufgezeigt hat als alle diese 20 000 Blätter oder die sonstigen schriftlichen Unterlagen, die Sie haben.

Sie haben am Schluß Ihrer Ausführungen gesagt, man muß sich überlegen, wie man die Entscheidungsgremien zusammensetzt.

Wie können Sie sich vorstellen, daß die rechtliche Konstruktion aussehen soll? Sie haben bezweifelt, daß eine Aktiengesellschaft dazu geeignet ist. Welches rechtliche Modell einer bauenden Gesellschaft könnten Sie sich also vorstellen?

Präsident des Rechnungshofes Dr. **Kandutsch:** Die Stadt Wien baut jetzt ein neues Großkrankenhaus, das Zentrum Ost — das sind immerhin über 1 000 Betten, während es dort im Kern auch nur 1 750 sind —, und man denkt dort nicht daran, eine eigene Gesellschaft zu machen, sondern baut es selber. Ich halte das für grundsätzlich richtig.

Auch Innsbruck macht es im eigenen Bereich.

Ich glaube, daß man hier nicht mehr von der Rechtsform ganz wegkommen wird, denn wir stehen ja in einem weitgehenden Entwicklungsprozeß.

Ich glaube, daß es richtig ist, jetzt einen Vierer-Vorstand zu nehmen und einen Aufsichtsrat — es müssen alle jetzt in diesem Stadium auf ihre Qualifikation neu beurteilt werden —, und daß man zum Aufsichtsrat eine begleitende Baukontrolle gibt, die ja das Aktiengesetz vorsieht — auch ich habe einen ehemaligen Rechnungshofbauprüfer nominiert —, und daß es aber darüber hinaus jetzt einen Beauftragungsvertrag geben soll mit Kostenlimitierung und daß man diese Aktiengesellschaft sehr stark an die Kandare nimmt.

Stadtrat Stacher macht jetzt zwar Besprechungen, aber auf der Basis, daß er Leute einlädt, ob sie freiwillig kommen, weil er eine direkte Kompetenz für den Bau nicht hat. Das halte ich für einen Mangel.

Koordination, stärkste politische Willensbildung, und die Gesellschaft kann nur die Ausführungsgesellschaft sein.

Kostenlimitierung ist jetzt von dem Politikergipfel beschlossen worden. Hier sind von den Organen her 90 Prozent Einwendungen, daß die vorgeschlagenen Kostenlimitierungen im jetzigen Stadium nicht mehr möglich sind.

Also rasche Feststellung des jetzigen Ist-Zustandes, wobei man sich wirklich Spitalspraktiker holt.

Es ist keineswegs so, daß nur bei uns etwas passiert ist. In Aachen genau dasselbe.

Die Genehmigung vom Arbeitsinspektorat für die Kinderklinik und die Psychiatrie haben wir nicht wegen des Mangels an Tageslicht. Es gibt jetzt eine Diskussion, ob man vielleicht diese Genehmigung bekommt, wenn man den Bediensteten dort 20 Minuten mehr Pause in ihrer Arbeitszeit gibt. Vergessen Sie nicht, was das bei 1 000 Ärzten und 1 800 Bediensteten im Pflegepersonal für die zukünftigen Betriebskosten bedeutet.

Die große globale Lösung wird aber meines Erachtens nur von den höchsten politischen Instanzen zu fällen sein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Präsident des Rechnungshofs! Sie haben uns in eindrucksvoller Weise die Fehler der sogenannten Manager vor Augen geführt, die wir ja auch aus Zeitungsberichten und aus anderen Quellen schon kennen.

Ich habe, glaube ich, zutreffend Ihren Worten entnommen, daß Sie Zweifel an der Zweckmäßigkeit haben, hier eine Aktiengesellschaft so frei — das ist überspitzt dargestellt — fuhrwerken zu lassen.

Haben Sie den Eindruck, daß der Auftrag, wenn ich mich so ausdrücken darf, an die AKPE von den politisch verantwortlichen Organen der Gebietskörperschaften Bund, Wien ausreichend präzisiert wurde?

Ich bin darüber informiert worden, daß der Vertrag zwischen Bund und Wien 1975 vorgesehen hat, daß für alle Vergabevorgänge die Richtlinien der Stadt Wien als verbindlich erklärt werden sollen. Diese Richtlinien der Stadt Wien sind meines Wissens vielleicht sogar in mancher Hinsicht noch strenger als die Vergaberichtlinien, die im Bereich des Bundes gelten. Hat der Rechnungshof sich darüber informiert, ob dieser Vertrag zwischen Bund und Wien jetzt in der Weiterwirkung Gründung AKPE, Beauftragung AKPE eingehalten wurde?

Sie haben mit Recht, Herr Präsident, auf mangelnde Kontrollinstanzen hingewiesen. Wie man es in Zukunft, Kollege Hobl, besser macht, das wird sicherlich eine wichtige Schlußfolgerung unserer Arbeit sein. Aber wir haben uns vorläufig mit der Vergangenheit zu befassen, und da war das einzige Kontrollorgan im Rahmen der AKPE, wenn ich es richtig sehe, der Aufsichtsrat. Hat der Rechnungshof den Eindruck, daß der Aufsichtsrat etwa in Hinsicht Vergabe, aber auch in anderer Hinsicht seine Kontrolltätigkeit ausreichend ausgeübt hat? Was ergeben hier die Aufsichtsratsprotokolle? Sind die Aktionäre Bund und Wien durch ihre Vertreter im Aufsichtsrat ausreichend tätig geworden, diese Kontrolltätigkeit auszuüben? Haben Sie den Eindruck, daß das Bund-Wien-Komitee ausreichend tätig wurde, daß die Magistratsabteilung 17 etwa ausreichend tätig wurde, wenigstens die Kontrolltätigkeit auszuüben?

In welcher Form, Herr Präsident, haben sich die obersten Verantwortlichen der beteiligten Gebietskörperschaften — das sind meines Wissens der Herr Bundesminister für Finanzen und der Herr Finanzstadtrat Mayr — über die Vorgänge bei der Verwirklichung dieses großen Vorhabens berichten lassen? Gab es ein geordnetes System der Information, das diese obersten Verantwortungsträger hätte rechtzeitig, nicht erst, nachdem es passiert ist, darauf aufmerksam machen können, daß die Kontrolle nicht ausreicht, daß Vergaberichtlinien der Stadt Wien, die man seinerzeit als verbindlich vorgesehen hat, nicht eingehalten werden?

Haben Sie bei der Tätigkeit des Rechnungshofes den Eindruck gewonnen, daß außenstehende, also nicht dem Vorstand der AKPE angehörende Personen einen Einfluß auf die Vergabetätigkeit auszuüben versucht haben?

Präsident des Rechnungshofes Dr. **Kandutsch:** Was wir auch schreiben werden, das ist, daß bei diesem riesigen Auftrag so wie bei der IAKW sogar ein Bundesgesetz mit Kostenlimitierung, mit Finanzierung und so weiter notwendig gewesen wäre. Es sind riesige steuerliche Probleme aufgetaucht, an die man vorher nicht gedacht hat, Bilanzierungsschwierigkeiten größter Art et cetera. Das wird jetzt von dieser Gesellschaft errichtet und geht dann in das Eigentum der Stadt Wien. Also die Beauftragung war nach unserer Meinung von Anfang an zuwenig ausreichend und präzise.

Der Syndikatsvertrag hat vorgesehen, daß die Richtlinien der Stadt Wien grundsätzlich einzuhalten sind. Daß man dann sagen kann, die ÖNORM war ja gar nicht verbindlich, ist doch ein Beweis, daß es an der Einhaltung dieser Richtlinien sicherlich gemangelt hat.

Die Kontrolltätigkeit des Aufsichtsrates: Winter hat in seinen Aufzeichnungen viel von Konflikten mit dem Aufsichtsratspräsidenten berichtet. Da war zum Beispiel eine Auseinandersetzung, ob man einen dritten Vorstandsdirektor für den Hochbau braucht. Herr Winter wollte den nicht, Waiz hat aber gesagt: Der muß auf jeden Fall her!, und so weiter.

Waiz war auch derjenige, der in seinen Besprechungen, auch Vorbesprechungen, immer wieder die Frage der mangelnden Rechtsgrundlagen aufgeworfen hat. Bei der IAKW waren die Verhältnisse ja viel geklärter.

Aber er hat sich natürlich auch, soweit das irgendwie möglich gewesen ist, bei den Vergaben — um das geht es ja in erster Linie — darum gekümmert, wie es dazu gekommen ist, ob die bestmöglichen Lösungen gefunden worden sind, aber es war dann ja nicht möglich, bei der Durchführung die entsprechende nachhaltige Kontrolle auszuüben.

Und es gibt auch immer wieder Hinweise, daß er sich vom Vorstand nicht genügend informiert fühlt. Das gibt es aber noch viel mehr jetzt bei jenen Dienststellen des Bundes und vor allem der Stadt Wien, die eigentlich hätten besonders einbezogen werden müssen. Zum Beispiel beklagt sich der Gesundheitsstadtrat von Wien immer wieder, daß er eigentlich nicht entsprechend und nicht genügend informiert ist.

Ob sich die Herren Aktionärsvertreter, der Bundesminister für Finanzen und der Bürgermeister von Wien oder der Finanzstadtrat von Wien, und das zuständige Wissenschaftsministerium genügend informieren ließen und berichten ließen, das konnten wir nicht feststellen. Hier sind keine Unterlagen vorhanden gewesen. Wir habe ja nicht die Ministerien geprüft. Jedenfalls bei der AKPE lagen sie nicht auf.

Drei Politikergipfel in dieser Zeit halten wir für relativ wenig. Wenn ich an die Beispiele denke, die ich früher zitiert habe, muß ich sagen, daß es immerhin eine laufende monatliche Beratung aller Spitzengremien gab, die sich mit der aktuellen Entwicklung eingehend befaßt haben.

Einflußnahme Außenstehender: Selbstverständlich eine laufende Einflußnahme der Fakultät, Einflußnahme des Bereichsleiters, des Gesundheitsstadtrates. Das sind aber Institutionen, die ja ihrer Natur nach als künftige Verwalter und Benützer dazu sehr wohl geeignet gewesen sind.

Eine Beeinflussung durch Außenstehende, wie Sie vielleicht meinen könnten, im Zusammenhang mit Auftragsvergaben haben wir weder in den Unterlagen, die uns zur Verfügung gestanden sind, gesehen noch ist sie uns auch mündlich mitgeteilt worden. Das spielt eine Rolle im Zusammenhang mit den Aussagen des früheren Direktors Winter. Wir konnten das nirgends sehen. Es ist ja auch nicht sehr üblich, so etwas dem Rechnungshof hinzulegen.

Eine Einflußnahme möchte ich also doch als Präferenz für die Vergabe an die ABO hervorheben, und das war die des Bereichsleiters Wilfling im Zusammenhang mit den anderen Bietern, die sich sehr zahlreich gemeldet haben, wo er unter Hinweis auf die Planungsphilosophie, die die Herren nicht verstehen, gemeint hat, daß sie für die Wiener Verhältnisse nicht die Richtigen wären. Das war ein Zeitpunkt, wo er eigentlich noch nicht Organmitglied war, sondern in seiner amtlichen Eigenschaft. Als es dann zur Vergabe kam, war er unter den Bietern als Geschäftsführer der ODELGA. Das könnte als ein solcher Fall einer Einflußnahme eines Nichtorgans jedenfalls gewertet werden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Habe ich Sie richtig verstanden, daß bei der Beauftragung der AKPE etwa Kostenrahmen oder derartige Dinge nicht vorgelegen sind?

Präsident des Rechnungshofes Dr. **Kandutsch:** Es wurde erst im Politikergipfel am 3. Juli 1979 der Versuch unternommen, die Kosten zu limitieren. Aber es ist eine Absichtserklärung. Nach den letzten Berechnungen des Aufsichtsrates ist das nur noch ein Wunsch.

Es wird jetzt diskutiert, wie groß die Ärztezimmer und die Laborflächen sein sollen. Das ist der Gegenstand heftigster Auseinandersetzungen. Der Vorstand erwartet eine Entscheidung.

Es ist jetzt noch nicht entschieden, welche Prototypen der Stahltrennwände wirklich bestellt werden. Die VOEST hat das mit sehr großen Kosten entwickelt. Wir haben jetzt die Kremshütte geprüft. Dort ist eine fabelhafte neue Anlage gebaut worden. Die kann nicht produzieren, weil man sich nicht für die Spezifizierung dieses Auftrages entschließen kann. Dann fragt man sich: Warum steigen die Kosten so? — Es sind zuerst einmal überhaupt nicht solche Stahlwände vorgesehen. Dann müssen sie gemacht werden. Dann werden sie konstruiert. Dann wird investiert. Und dann wird nicht produziert.

Es ist nicht der Vorstand echt allein, den man dafür verantwortlich machen kann. Denn die Frage, ob die Ärztezimmer größer und die Laborflächen kleiner wären oder umgekehrt, wer kann das nur entscheiden? — Die Aktionäre in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsministerium.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Der Aufsichtsrat konnte nicht so kontrollieren, wie er wollte. Soll ich das „konnte" verstehen von den rechtlichen Möglichkeiten, die er hatte, oder von den tatsächlichen Gegebenheiten oder von der Haltung der Vorstandsmitglieder? Wie haben Sie das gemeint: Er konnte nicht so?

Präsident des Rechnungshofes Dr. **Kandutsch:** Er konnte sich nicht so entfalten, wie er wollte, aus vielen Gründen:

Erstens einmal, glaube ich ganz sicher, sind die rechtlichen Grundlagen und die Zielvorstellungen nicht präzise genug.

Zweitens: Bei der IAKW war das eine einfache Sache; da war ein Gesetz; und da waren eine Geschäftsordnung und ein Aufsichtsrat. Es ist gar keine Frage, daß der Dualismus Bund—Wien die Situation durchaus erschwert. Wir sehen immer wieder, daß es hier differente Interessenlagen gibt.

Und das dritte ist, daß er einfach aus der Schwierigkeit der Materie überfordert ist. Das bestreitet er auch selbst nicht. Trotzdem muß ich sagen: Das Bemühen ist absolut gegeben. *(Ruf: Nebenberufe!)* Natürlich. Ich habe ja gesagt, daß die beiden Herren ja ganz entscheidende, bedeutende Nebenberufe haben.

Obmann Dr. **Steger:** Zunächst ist folgende Frage aufzuwerfen: Ich würde allenfalls im Zusammenhang damit, daß jetzt sehr umfangreiche Unterlagen im Rechnungshof vorhanden sind und nach Ihrer Ankündigung ein beschleunigtes Verfahren im Rechnungshof durchgeführt wurde, sodaß es doch möglich erschiene, den Rohbericht demnächst zu bekommen, den Antrag stellen, diesen Rohbericht doch beizuschaffen, und zwar unter Hinweis darauf, daß wir uns allenfalls dann ersparen könnten, diese sonstigen 20 000 Blatt zu bekommen. Daher eingangs die Frage an Sie, wann Sie es für möglich hielten, diesen Rohbericht vorzulegen, und ob Sie es grundsätzlich aus Ihrer Sicht für möglich halten.

Zu dem Inhaltlichen, das Sie heute hier angeschnitten haben, möchte ich gerne ergänzend von Ihnen wissen, ob Sie uns mitteilen können, wer die Subunternehmer der Firma ODELGA

waren — zu dem Vorgang, den Sie vorher beschrieben haben —, und welche sonstigen Subunternehmer bei Ihrer Prüfung besonders in den Vordergrund getreten sind.

Und vielleicht indirekt auch noch damit zusammenhängend: Sie haben erläutert, daß ein technischer Stab dringend bereits aufgebaut werden müßte, um den ganzen Folgebetrieb dann auch rechtzeitig in den Griff zu bekommen. Ich möchte Sie fragen, ob Sie bei Ihrer Überprüfung etwas gefunden haben, daß Planungen der Folgekosten bereits vorhanden sind, also bereits Beratungen, Beschlüsse, Planungen darüber existieren, was dann an laufenden Folgekosten im Zusammenhang mit dem Betrieb des Allgemeinen Krankenhauses besteht, allenfalls ob darüber bereits Aufträge vergeben wurden an eines dieser Planungsunternehmen.

Präsident des Rechnungshofes Dr. **Kandutsch:** Was den Rohbericht anlangt — den sogenannten Rohbericht —, so werden wir ihn anfangs Juli fertig haben. Ich könnte mir vorstellen, daß der, wenn er an die AKPE abgeht, auch an Sie abgeht.

Wir haben uns auch mit der Frage beschäftigt, ob das in bezug auf Rechnungshofgesetz und auf Artikel 126 nicht möglich ist. Ich bitte aber: Der Artikel 53 Abs. 3 sagt doch, daß ein Untersuchungsausschuß alle Akten anfordern kann. Unser Bericht ist ein Akt. Daß der Akt noch vertraulich ist, muß auch für den Ausschuß gelten, es sei denn, der Ausschuß glaubt nicht an seine Vertraulichkeit. Ich glaube daran.

Das kann nach unserer Meinung kein Hindernis sein. Wir selbst waren immer äußerst betrübt, wenn durch Indiskretionen etwas vorzeitig veröffentlicht wurde aus dem Grund, weil die Betroffenen noch keine Gelegenheit hatten zu sprechen. Das ist in diesem Fall ja nur eingeschränkt der Fall.

Denn ich sage Ihnen ja: Was ich heute vorgetragen habe, das ist der Kern unseres Auftrages. Alles andere sind Überlegungen, die den Vorstand gar nicht so sehr betreffen, sondern die viel Systemanalyse und auch gewisse Vorschläge betreffen. Zu dem, was der Kern ist, hatte ja der Vorstand Gelegenheit, Stellung zu nehmen.

Von einer überragenden Vertraulichkeit kann heute gar nicht mehr — auch vom Inhalt her — gesprochen werden. Aber ich kann mir nicht vorstellen — in Konkurrenz zwischen den beiden Verfassungsbestimmungen —, daß der Untersuchungsausschuß so beschränkt sein könnte, nicht etwas, was er zur Erhellung eines Tatbestandes braucht, auch anzufordern. Wir sind ein Hilfsorgan des Parlaments. Sie sind das Parlament, Sie haben die absolute Präroga-

tive. Und wenn etwas in eine solche Sphäre hinaufgehoben wird, daß ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß das benötigt, dann, muß ich sagen, würde ich diese Beschränkung durchaus nicht verstehen. Aber erst im gleichen Augenblick, als es der Vorstand hat. Und Sie werden ja den Vorstand, wie ich annehme, vorladen und hören. Er wird ja sicher die Möglichkeit haben, sich auch hier zu verteidigen, so wie er die Möglichkeit haben wird, auch dem Rechnungshofbericht gegenüber seinen Standpunkt darzulegen.

Subunternehmer: Da war einmal die MEDCONSULT. Die MEDCONSULT ist eine Gründung der Firma ODELGA mit der Firma Prutscher. Zu 50 Prozent. Die Firma Prutscher hat eine Reihe von Aufträgen bekommen — da besteht gar kein Zweifel —, und sie ist aber auch eine jener Firmen, das möchte ich hier klipp und klar sagen, die wieder die Übung hat, ihre Aufträge an andere weiterzugeben, die sie wirklich ausführen.

Ich halte das für eine äußerst problematische Sache. Das sage ich hier ganz offen! Man muß die Firmen danach prüfen: Wer ist ein Produzent und wer kann einen Auftrag wirklich durchführen? Aber herzugehen und eine Sache zu machen, wo man einen Teil eines Bestandteiles, eines Containerbestandteiles, in Krems erzeugt und den zweiten Teil in Bludenz fertigmachen läßt, und das Ganze kommt dann über den Arlberg nach Wien zurück. *(Abg. Dr. Feurstein: Bludenz?)* Das macht ja nichts, eine ausgezeichnete Firma, eine keramische Firma, die die Verkachelung der Naßzellen macht. Aber man führt die Stahlzellen von Krems nach Bludenz über den Arlberg auf der Straße mit Lkw und führt sie dann wieder zurück und so weiter.

Die Firma TECHMED Development Ltd. auf der Insel Jersey oder sonst auf einer Insel, Spiwag, Prutscher und IFH. Von dem IFH habe ich gesprochen. Das ist eine ganz glänzende dänische Firma, die immer zum Schluß darankommt, aber trotzdem fleißig arbeitet. Sie ist uns aber durch etwas aufgefallen, daß sie nämlich ungeheuer schnell arbeitet. Das heißt: Sie kriegt einen Auftrag und hat dann Modelle anzubieten, wo wir überrascht waren, wie rasch sie sich das zur Erfüllung dieses Auftrages notwendige Datenmaterial beschafft hat. Das möchte ich nur als einen Eindruck schildern, in diesem vertraulichen Rahmen, ohne daraus beweisbare Schlußfolgerungen zu ziehen.

Die Folgekosten: Das ist ein Thema Nummer 1. Es ist ja schon sehr viel darüber diskutiert worden. Es gibt Fachleute-Aussagen. Die AKPE selbst steht auf dem Standpunkt, dieses neue Spital wird gegenüber den bisherigen

eine Steigerung der Betriebskosten von 40 Prozent ausmachen. Das ist eine sehr optimistische Schätzung, wenn ich daran denke, wie bisher die technischen Investitionen gelaufen sind, wie die technischen Investitionen in ihren Dimensionen allen Planungen davongelaufen sind, und wenn ich daran denke, welche Sonderprobleme sich ergeben haben.

Nur zum Beispiel bei der Aircondition: Man hatte eine Aircondition, wo man zum Beispiel ursprünglich den Bereich des Tierversuches nicht abgesondert gekühlt hat mit dem Bereich der Bettentürme. Man hat natürlich dann gesagt: Das geht nicht! — Also muß man das jetzt ausgliedern und so weiter.

Begeben Sie sich bitte auf das Dach. Das Dach ist mehr als eine Reise wert: Denn Sie werden Wien von keiner Seite so schön sehen wie von dort oben. Aber Sie werden etwas sehen: Der ganze Baugrund rundherum ist vollkommen zugebaut. Denn der Grundirrtum dieses Dings ist ja die Lokalisation, ist der Platz, ist der Ort. In dem Moment, wo man sich dafür entschieden hat, dieses Riesenkrankenhaus mit allen Kliniken unter ein Dach zu bringen, weil das angeblich — heute sagen die Fachleute nur noch angeblich — die Transportkosten so verringert, sind alle anderen Probleme entstanden.

Und ein Problem kommt dazu: Das ist das Hin- und Anreisen, das Verkehrsproblem. Es werden dort am Tage etwa 10 000 Menschen unterwegs sein. Wir haben für 2 500 Autos Parkgaragen. Und das, wie es geheißen hat: Wunderschön im Zentrum von Wien, da kommt jeder leicht hin! — Das wird sehr „leicht" werden. Das ist ein Verkehrserreger ungeheurer Art. Das ist das Thema Nummer eins. Aber bitte: Das war die Grundkonzeption des Jahres 1955. Dazu hat man sich damals bekannt unter dem stärksten Einfluß der Medizinpäpste Wiens.

Nun möchte ich sagen: Was die echten Folgekosten sein werden, das kann heute seriös niemand sagen. Es ist nur Zeit, die Baukosten doch so in den Griff zu bekommen, weil man dann hoffen kann, daß gewisse Folgekosten nicht mehr weiter kommen. Und es ist auch notwendig, den Medizinern einmal einen Stopp zu geben. Denn eines ist klar: Es erfindet jedes Jahr irgendwo irgend jemand etwas Neues, was man auch noch einbauen könnte.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Präsident! Ich darf Ihnen eine etwas allgemein gehaltene Frage stellen.

Wenn eine Institution nur zu dem Zweck gegründet wird, damit sie eine bestimmte Aufgabe erfüllen soll, und es absehbar ist, wann diese Aufgabe erfüllt ist, dann hört diese Institution auf zu bestehen. Ist es dann zweckmäßig aus Ihrer Erfahrung, daß diese Institution mit eigenen Leuten arbeiten soll, und zwar bei der Erarbeitung von Ausgangsgrundlagen, dann bei der Durchführung der Projektorganisation, bei der technischen Planungskoordination usw.? Soll sie diese gesamten Arbeiten durchführen oder soll sie sich verschiedener Firmen bedienen, die das Personal doch besser einsetzen und die darüber hinaus auch noch personalmäßig kostengünstiger arbeiten können? Denn es ist etwas anderes, wenn ich Spitzenangestellte nur fünf Jahre halten kann, wobei die wissen: Nach fünf Jahren ist das dann vorbei!, als bei einer Firma, bei der das ganz anders läuft. Wie sehen Sie das bitte?

Präsident des Rechnungshofes Dr. **Kandutsch:** Die Frage ist sehr berechtigt. Es ist eine Frage aller Sondergesellschaften, aus diesem Grund hochqualifiziertes Personal zu bekommen. Ich erinnere an unsere Diskussionen auch zum Beispiel beim Straßenbau. Daher ist es eben sicherlich richtiger, mit eigenem Personal die Sache zu planen und zu errichten. Die zukünftigen Benützer, zum Beispiel die Techniker, die man hier gebraucht hätte, um gewisse Aufgaben zu erfüllen, hätten hineingeführt werden müssen in eine Dauerbeauftragung auch für die Zukunft.

Das Merkwürdige ist, daß wir im Moment auf der einen Seite gewisse Techniker haben, die noch dazu aus verständlichen Gründen — auch ein Vorstandsdirektor — nicht von ihren Firmen weggehen, die sie verliehen haben, und auf der anderen Seite hätten wir schon dringend diesen Technikerstab gebraucht, der in zwei Jahren einen Teil betreiben soll. Und der ist nicht da.

Also das Problem ist in jedem Fall gegeben. Aber ich glaube: Wenn man es so macht, daß man die Planer und zukünftigen Benützer kombiniert, so stellt sich das Problem weniger dar als eben durch den Versuch, alles mit einem möglichst kleinen Stab für die Planungs- und Errichtungsgesellschaft zu machen und alles andere Fremdfirmen zu geben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Präsident! Ich setze Ihr Einverständnis voraus, daß ich Ihnen jetzt nicht die Elferfrage stelle, ob Ihrer Meinung nach ein Allgemeines Krankenhaus in Wien notwendig wäre oder nicht, denn da würde ich nur die Tradition meines Visavis fortsetzen. Ich möchte versuchen, in den Bereich der politischen Verantwortung ein bißchen vorzudringen.

Sie haben in einer fast erschreckenden Weise das alles und noch mehr bestätigt, was in den letzten Wochen und Monaten in der Öffentlichkeit schon sichtbar geworden ist. Das wird wahrscheinlich auch alles im künftigen Rechnungshofbericht drinnen sein. Sie haben

Bedenken in Richtung des Managements artikuliert und Sie haben zumindest im Bereich des Aufsichtsrates ähnliches angedeutet, sei es auch nur im Zusammenhang mit handschriftlichen Notizen des ehemaligen Direktors Winter.

Nun hat es schon vom Kontrollamt der Stadt Wien in anderem Zusammenhang den Vorschlag oder den Einwand gegeben, die Verträge der AKPE-Direktoren nicht zu verlängern beziehungsweise nicht, wie ursprünglich vorgesehen, im Jahre 1980 auf fünf Jahre zu verlängern. Dies noch in Unkenntnis des Kontrollamtsberichtes und natürlicherweise auch in Unkenntnis der Untersuchungen des Rechnungshofes.

Meine Frage an Sie geht nun dahin: Wenn Sie heute politische Verantwortung zu tragen hätten und die Kenntnis über das ganze Projekt und die Details der Kritik, die sowohl das Kontrollamt als auch der Rechnungshof anbringen, würden Sie das derzeitige Management — und bitte, klammern wir jetzt aus, wieweit Winter da noch einzubeziehen ist oder nicht — verlängern, im Amt belassen, oder wäre es aus der Sicht des Rechnungshofes eher sinnvoll, sowohl beim Management als auch beim Aufsichtsrat — dazu komme ich in einer zweiten Frage — zu Veränderungen zu kommen, die einfach den Zielsetzungen, die offensichtlich entweder nicht erkannt werden oder nicht gesetzt werden sollen, gerechter werden?

Denn ich frage mich, ob die Mitglieder des Managements die fachliche Qualifikation hatten, in diesem Dreierkonsortium das zu tun. Sie haben selbst nahezu wörtlich gesagt: Leute, die das tun, verdienen den Ausdruck „Manager" und „Management" nicht.

Ich frage mich, ob die Mitglieder des Aufsichtsrates fachlich, rechtlich und zeitlich in der Lage waren, ihre Aufgaben überhaupt wahrzunehmen, und ob ein Sektionschef, der gleichzeitig die Budgetgewalt dieses Landes unter seinen Fittichen hat, und ein wichtiger Beamter des Landes Wien, ob die angesichts dieses Riesendings, das hier ist, nicht schon durch ihre Entsendung — ich meine das gar nicht persönlich, weil Sie so lustig dreinschauen, Herr Kapaun; ich meine das gar nicht persönlich, sondern von der Konstruktion; der Präsident hat vom System gesprochen und viel weniger von Personen — einer totalen Überforderung ausgesetzt waren.

Das ist eine Seite: Management behalten, Aufsichtsrat in dieser Konstruktion personeller Zusammensetzung geeignet, die Verantwortung zu tragen? Wären die nicht verpflichtet gewesen, diese Unzukömmlichkeiten auch zu erkennen, sich dagegen zu wehren, daß sie einen Tag vorher über 700-Millionen-Aufträge informiert und dann in eine offensichtliche Abstimmungsmaschine gezogen werden sollen, und ähnliches?

Was hat sich nach Ihrem Eindruck da herum abgespielt? Und ich komme nicht weg davon — das mündet für mich nicht in die Frage, ob der Herr Winter jetzt noch Untersuchung in Gerichten etc. verdient wie immer das ausgeht zwischen einem Monat und zehn Jahren oder Freispruch —: Wer trägt die politische Verantwortung?

Sie haben in Ihrer Einleitung und bei der Aufzählung dieses Kalendariums ja sehr deutlich zum Ausdruck gebracht — ich möchte es nur bestätigt haben, damit ich mich nicht geirrt habe —, daß ab dem Zeitpunkt, als offensichtlich Rechtskonstruktionen geschaffen worden sind, sich die Politiker der Verantwortung für dieses Superding entzogen haben. Es hat eben dann weniger Zusammenarbeit gegeben, und man hat offensichtlich dem Management und dem Aufsichtsrat gegenüber in einer Form, die vielleicht die Grenzen sprengt und die international keine Vergleichsbasis hat, überzogen.

Nun noch zwei Randbemerkungen. Der Herr Vorsitzende hat einen Antrag eingebracht, der sich mit einem deckt, den wir in der vorigen Sitzung eingebracht haben; die sozialistische Fraktion hat diesen abgelehnt. Es ist selbstverständlich, daß wir den auch unterstützen.

Ich hätte aber ganz gerne auch den Antrag gestellt, daß die schriftlichen Berichte Ihrer Beamten, die zur Verfassung des Rechnungshofrohberichtes führen, uns auch vorgelegt werden, vor allem aber die persönlichen Aufzeichnungen des Dr. Winter, die ja dann wahrscheinlich nicht im Rohbericht drin sind.

Präsident des Rechnungshofes Dr. **Kandutsch:** Sie sagen, Sie wollen keine Elferfrage stellen und fragen mich, was ich machen will mit den Organen. Wenn das keine Elferfrage ist, dann ist hier noch nie eine gestellt worden. *(Heiterkeit.)* Ich habe ungeschminkt unseren Eindruck geschildert. Jetzt kommt noch der Bericht, und daraus müssen die Verantwortlichen die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen.

Ich habe die Schwierigkeiten auch dargestellt, unter denen die Herren zum Teil objektiverweise stehen, und es müssen, glaube ich, die Verantwortlichen und jeder einzelne Betroffene in sich gehen, um zu sagen, was jetzt zu geschehen hat. Denn eines dürfen Sie auch nicht vergessen: Eine große personelle Remedur bedeutet eine weitere Verzögerung des Baues mit entsprechenden enormen Kosten. Es ist ja nicht so, daß wir am Anfang stehen. Das Werkl rennt, und es ist also keineswegs so, daß da kein Nagel mehr geliefert wird: Verunsichert ist nur der Vorstand, der nicht weiß, wie

das noch werden wird. Daß das für eine Sache nicht sehr gut ist, ist klar.

Ich will daher, da ich viel lieber hier etwas Positives sagen möchte, eine einzige Frage konkret beantworten: Wenn ich mir einen Milliarden-Bau leisten könnte ... jemanden nicht wegzugeben, so ist das der, der für den Hochbau verantwortlich ist. — Alles andere können Sie sich jetzt selbst ausdenken.

Zur Frage der Verantwortung der Politiker. Ich habe festgestellt, daß in den Jahren drei Gipfelgespräche stattgefunden haben, daß das aber nach unserer Auffassung öfter hätte geschehen sollen. Es gibt natürlich eine andere Philosophie: Ich habe hier nun eine selbständige Gesellschaft, die läuft, die macht ihre Sache gut etc., aber es bedeutet ja nicht, daß das mangelndes Verantwortungsbewußtsein ist. Aber mehr an die Kandare der Politiker nehmen heißt, sich mehr, umfassend — auch in bezug auf die Ressorts — um die Grundsatzentscheidungen für diesen Bau zu kümmern. Wenn Sie daraus einen gewissen Vorwurf ablesen, so ist er durchaus ablesbar.

Ich habe gemeint, Herr Abgeordneter, daß sich aus jeder Fraktion ein Herr mit unserem Ministerialrat zusammentut und sagt, was von den Unterlagen gewünscht wird; es sind 20 000 Stück. Daß Sie die Winter-Memoiren sehr gerne lesen wollen, verstehe ich; diese haben ja auch einen bestimmten literarischen Wert, sie sind wirklich auch in formulierungsmäßiger Hinsicht interessant.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Könnten Sie uns eine Liste der Politiker, die an den genannten drei Gipfelgesprächen teilgenommen haben, zur Verfügung stellen?

Der Präsident des Rechnungshofes Dr. **Kandutsch** gibt (nach Rücksprache mit einem anwesenden Beamten des Rechnungshofes) folgende Auskunft: Der Finanzminister, Wissenschaftsminister, Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz, die Vorstandsdirektoren, einzelne Beamte der Gemeinde Wien.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Präsident, Sie haben sehr ausführlich die Verantwortung des Vorstandes geschildert, die ursprünglich davon ausgeht, daß ausgeschrieben wurde, und dann endet, daß keine Ausschreibungspflicht bestanden habe. Sie kennen sicherlich auch die Richtlinien zur ÖNORM A 2050 und die entsprechenden Verlautbarungen im Amtsblatt der Finanzverwaltung, wonach für Ideen und Entwurfswettbewerbe sowie die Vergabe von Planungen, Projektierungen, Berechnungen und Gutachten und so fort diese Dinge nicht der ÖNORM A 2050 unterliegen.

Ich möchte Sie jetzt in diesem Zusammenhang fragen, Herr Präsident: Wie sehen Sie unter diesem Blickwinkel das ganze Vorgehen des Vorstandes? Die Forderung nach einer Ausschreibung von Projektierungsarbeiten ist sehr populär und kann leicht erhoben werden, aber ist technisch und durchführungsmäßig nicht immer sehr einfach. Könnten Sie sich zu diesem Aspekt der Frage äußern?

Sie haben weiters die etwas formlose Anbotseröffnung kritisiert. Ich habe so unterschwellig mitbekommen, als ob Sie hinter dieser formlosen Anbotseröffnung noch etwas Handfesteres vermuten. Haben Sie Anlaß für irgendeine weitere Kritik? Ist hier irgend etwas in den Vergaben manipuliert, oder gibt es Hinweise darauf, daß durch diese Formlosigkeit echte materielle Nachteile entstanden sind?

Sie haben auch sehr eindringlich die Höhe der Tagsätze und Honorare geschildert. Sicherlich beeindrucken solche Beträge, aber wie ist es da mit vergleichbaren Arbeiten? Haben Sie da irgendwelche Ziffern zur Verfügung und können Sie uns sagen, welche Beträge man da in ähnlicher Situation bezahlt?

Fest steht nach Ihren Ausführungen, daß entgegen den Verträgen Arbeiten weitergegeben wurden. Meine Frage dazu: Ist durch diese Weitervergabe ohne Rücksicht auf die formellen Verletzungen der Verträge den Auftraggebern ein finanzieller oder materieller Schaden entstanden? Kann man diesbezüglich eine Aussage treffen?

Präsident des Rechnungshofes Dr. **Kandutsch:** Es wurde ja ausgeschrieben — der Vorstand hat sich jahrelang darauf berufen. Es sind 44 Angebote gekommen, also muß das Leistungsverzeichnis so gewesen sein, daß der sich genügend artikuliert hat. Sonst hätten sich ja Firmen wie Kienbaum, Suter & Suter, das deutsche Institut, Knight-Wegenstein etc. nicht gemeldet. Die Widersprüchlichkeit ist eben die, daß man erst hintennach sagt: Aber es war keine Ausschreibung, weil wir dazu nicht verpflichtet gewesen wären. Wir glauben an die Verpflichtung, denn die ÖNORM sagt: Es ist immer das Höchstmaß der erreichbaren Konkurrenz anzustreben. Das Beste ist, wo immer es möglich ist, öffentlich auszuschreiben. Habe ich nur einen bestimmten Bieterkreis, dann eben die beschränkte Ausschreibung, und nur dann, wenn es eine Leistung ist, die ich nicht beschreiben kann ... Die zuständige Magistratsabteilung 4 sagt: Selbstverständlich war eine Ausschreibung möglich, im Gegensatz zu dem, was dann später behauptet wurde.

Zur Anbotseröffnung. Ich habe ausdrücklich gesagt: Ich kann davon nichts ableiten, auch nicht unterschwellig. Ich halte es nur für eine enorme Ordnungswidrigkeit und — wenn Sie mir den Ausdruck gestatten — für eine Dummheit, sich in ein solches Licht zu stellen,

wenn man nichts damit beabsichtigt. Dazu kommt noch, daß zwischen dem Eingangsstempel und dem Schreiben der ABO vier Tage Unterschied liegen: Mit 24. Oktober ist das Schreiben eingegangen, und der Datumsstempel war der 28. Oktober — im Schreiben drinnen. Also Ungereimtheiten! Man kann sich nur wundern.

Zur Frage der Preisvergleiche: Solche haben wir angestellt. Nachdem sich ausländische, vor allem westdeutsche Berater auf die Ausschreibung hin gemeldet haben, haben wir Vergleiche mit Deutschland gemacht. Die Erfahrungen, die meine Herren bei ihrer Reise gemacht haben, in Aachen usw., waren die, daß gesagt wurde: Wir haben uns alle gerne in Wien beteiligt, weil wir gewußt haben, daß dort das Honorarniveau sehr hoch ist; das hat sich herumgesprochen.

Preisvergleiche haben wir; diese werden auch in unserem Bericht stehen.

Wegen der Subaufträge: Es ist nicht so gewesen, daß die Subaufträge verboten waren, aber ihre Weitergabe wäre schriftlich melde- und genehmigungspflichtig gewesen. Das wurde nicht eingehalten.

Nun sage ich noch einmal aus meiner Sicht aller Erfahrungen, daß ich die Beschäftigung von Firmen, die grundsätzlich alles weitergeben, für falsch halte. Ich würde sogar als Auftraggeber sagen: Jeder hat seine Potenz nachzuweisen. Wer das nicht kann, scheidet aus.

Außerdem frage ich mich: Nachdem der Subunternehmer ja auch verdient, zwei verdienen, und wir haben noch Fälle, wo diese über zwei Ecken gegangen sind, so ist das doch ein Beweis einer sehr großzügigen Honorierung. Hier liegt doch irgend etwas von dem funktionslosen Zwischenhandel drinnen. Außerdem wird die Koordinierung immer schwieriger. Die größte Koordinationsschwierigkeit haben wir ja im Augenblick mit den Zwischenwänden usw., wenn das alles so weit auseinanderliegt. Hier sind Probleme aufgetaucht.

Es bleibt nun einmal der schwerwiegende Mangel, daß diese Subaufträge nicht gemeldet wurden und daß man die Qualität der Mitarbeiter nicht geprüft hat, die ja die höchstqualifizierten sein sollten. Nur daraus ist ja das Honorar überhaupt ableitbar und berechtigt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die 1. Frage, Herr Präsident: Wer hat erklärt, daß ÖNORM-konform ausgeschrieben worden ist?

Die 2. Frage: Welche Politiker sind verantwortlich, daß die Festlegungen im Syndikatsvertrag nicht in einen Beauftragungsvertrag umgemünzt worden sind?

3. Frage: Wer hat die Preisverhandlungen mit der ABO geführt?

Die 4. Frage: Sie haben gesagt, Wilfling hätte zu erkennen gegeben, daß eine gewisse Bevorzugung erfolgt ist, nicht nur Winter. Welchen Beweis können Sie uns vorlegen?

5. Frage: Ist es richtig — was das Kontrollamt festgestellt hat —, daß Dkfm. Wilfling einerseits die krankenhausbetriebliche Beratung der Stadt Wien durchgeführt hat und andererseits die Betriebsberatungen im Rahmen der Firma ODELGA ausgeübt hat, also in beiden Dingen als Auftragnehmer befaßt war? In diesem Zusammenhang:

6. Frage: Ist Ihnen bekannt, daß die Gemeinde Wien zwischen 1974 und 1979 Beraterfirmen eingeschaltet hat, die sich mit der betriebswirtschaftlichen und technischen Organisation von Krankenanstalten befaßt haben und dazu Unterlagen, Gutachten erarbeitet haben? Und wenn ja, welche Beraterfirmen — mich interessieren nur die Namen — wurden von der Gemeinde Wien in der Zeit von 1974—1978 eingeschaltet?

7. Frage: Welche Personen innerhalb und außerhalb der AKPE wirkten an der inoffiziellen Auftragserteilung für die Betriebsorganisation mit, außer diesen zwei Personen, die Sie bereits genannt haben?

Letzte Frage: War beim gestrigen Gespräch auch das ehemalige Vorstandsmitglied Winter dabei? *(Ruf: Der sitzt ja!)*

Präsident des Rechnungshofes Dr. **Kandutsch:** Nein, war nicht dabei.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann kann diese Aussage, die Sie heute gemacht haben, daß mehrere gesagt haben, nur Dr. Schwaiger allein gewesen sein. Ing. Parzer hat das genauso bestätigt in allen Punkten?

Präsident des Rechnungshofes Dr. **Kandutsch:** Wie ich es gesagt habe ... Der Vorstand hat, und so ... Im wesentlichen: ja. Parzer hat sogar sehr viel gestern gesagt. — Angenehm. Nicht kleinlich. Was war, das war.

Zur ÖNORM: Das werden Sie sehen. Wir zitieren hier seitenweise Aussagen in den letzten Jahren, wo der Vorstand immer wieder behauptet, wir haben nach der ÖNORM ausgeschrieben und infolgedessen den Besten ausgelobt.

Zur Frage, welche Politiker verantwortlich sind, daß der Beauftragungsvertrag nicht gemacht wurde: Das sind die beiden, die den Syndikatsvertrag geschlossen haben. Das waren der Bundesminister für Finanzen und der Bürgermeister von Wien.

Die Preisverhandlungen mit der ABO hat auftragsgemäß der AKPE-Vorstand geführt; federführend war Winter. Winter war überhaupt der Mann, der dort das Heft in der Hand

gehabt hat. Es ist ja eine Frage der Persönlichkeit. Seine Dynamik wird von niemand bestritten. Es war ein Dreiervorstand, aber für eine solche Beauftragung sind der Gesamtvorstand und der Aufsichtsrat verantwortlich. Er hat ja dann an den Aufsichtsrat berichtet über die Auslobung und hat dann einen Antrag gestellt. Nachdem es sich um 122 Millionen gehandelt hat — es liegt das also weit über der Wertgrenze —, ist das dann im gemeinsamen Entscheidungsgremium entschieden worden.

Zur Frage der Präferenz. Es gibt dafür einen Aktenvermerk vom 13. März 1978, wo der Vorstand ausdrücklich sagt: Der Bereichsleiter gibt eine Präferenz zu erkennen.

Zur Doppelfunktion von Wilfling. Ich muß Ihnen sagen, es gibt noch eine Doppelfunktion, nachdem wir ja jetzt dabei sind, alle Doppelfunktionen und Privilegien und irgendwelche Unvereinbarkeiten abzubauen. Eine weitere Doppelfunktion besteht darin, daß Direktor Schwaiger auch Aufsichtsrat bei der ODELGA ist. Er hat allerdings erklärt — auch schriftlich —, daß er sich dort stets bemüht, den möglichen Pflichtenkollisionen aus dem Wege zu gehen.

Das ist aber ein allgemeines Thema, mit dem sich das Parlament noch mehr beschäftigen sollte. Der Rechnungshof hat Ihnen sehr häufig mitgeteilt, daß in den Aufsichtsräten der verstaatlichten Industrie Herren sitzen, die das größte kommerzielle Interesse und das entgegengesetzte von dem Unternehmen haben, in dem sie Aufsichtsräte sind. Seit Julius Raabs Zeiten wird das angeprangert, es hat sich aber nichts geändert. Blechhändler, Lieferanten von Edelstahl, Erzen et cetera.

Zu den Beraterfirmen, die für die Gemeinde Wien im Bereiche des Gesundheitswesens tätig waren: Das sind also solche Firmen, welche eben in Berührung gekommen sind mit Problemen des Wiener Krankenhauswesens, Kostenrechnung und so weiter. Da ist einmal das Deutsche Krankenhausinstitut Düsseldorf, das wird später, wie Sie wissen, ein Mitglied der ABO, hat interessanterweise Gemeinnützigkeitscharakter, keine Gewerbekonzession, aber Gemeinnützigkeitscharakter. Bei den Honoraren wundere ich mich aber, Herr Abgeordneter Hobl! „Ich komme aus dem Staunen nicht heraus", sagt der Ochs von Lerchenau.

ÖKODATA-Betriebsberatungsgesmbh — Sie kennen das —, Kostenrechnung und die ODELGA, ärztlich-technische Industriegesellschaft, und Rumpold für die Consultatio. Ich möchte letzteres genauer präzisieren, damit nicht dann irgendein Zusammenhang mit dem AKH hergestellt wird. Das hat nichts mit AKH zu tun, sondern das sind im Zuge des Präferenznachweises angeführte Tätigkeiten, die eben sagen sollten, warum man zu dieser späteren Beauftragung gekommen ist. Da gab es Studien zum Aufbau einer Kostenrechnung der städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten, Beschreibung und Festlegung der Kostenstellen, Arbeiten im Rahmen des Informationsteams und in der Betriebsprüfung.

Zur Auftragsvergabe: Wer hat eingewirkt? Der Vorstand hat auf Grund dieser Präferenzen, auf Grund der Referenzen entschieden. Ich kann Ihnen aber darüber hinausgehend — das habe ich, glaube ich, schon bei einer anderen Gelegenheit gesagt — niemanden nennen, der direkt oder indirekt gesagt hat: Nehmt diese, das sind die Besten! So etwas kennen wir nicht.

Es kommt im Winter-Papier die Behauptung vor, daß es der Sektionschef als Aufsichtsratsvorsitzender gewesen sein sollte, der gewisse Präferenzen zu erkennen gegeben hätte. Ich halte das nach Kenntnis der Persönlichkeit und nach allen Unterlagen für ausgeschlossen. Gerade der nicht! Aber das sage ich jetzt bitte hier als irren könnender Mensch, aber doch auf Grund der Beschäftigungen, die sich gerade in letzter Zeit sehr massiert haben.

Obmann Dr. **Steger:** Danke. Dazu noch ein kleiner Zusatz? Ich bitte, wirklich kurz, weil wir gesagt haben, wir holen den Herrn Präsidenten wieder.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nur zu meinem Verständnis. Es ist richtig: In allen diesen Punkten haben alle drei Vorstandsmitglieder in gleicher Weise gehandelt, sie sind in allen Punkten, die Sie angezogen haben, in gleicher Weise verantwortlich?

Präsident des Rechnungshofes Dr. **Kandutsch:** Die Frage ist ja ganz klar. Das ist ein einstimmiger Vorstandsbeschluß, aber gehandelt hat natürlich der Mann, der dort geholt wird, weil er bei der IAKW den Hochbau gemacht hat und hier den Hochbau durchführt. Der ist ja nicht zuständig, es gibt ja eine Arbeitsaufteilung der Vorstände. Gehandelt für die Beauftragung hat in erster Linie Direktor Winter federführend und in zweiter Linie ganz sicherlich Schwaiger, der als finanzieller Direktor bei allem mitreden muß. Sicherlich ist auch die Frage Kostenrechnung und so weiter sehr wichtig. Aber die kollegiale Verantwortlichkeit, die das Aktiengesetz kennt, trifft natürlich alle drei, das ist klar.

Obmann Dr. **Steger:** Damit danke ich für heute dem Präsidenten des Rechnungshofes und seinen Beamten sehr herzlich.

Schluß der Sitzung: 17 Uhr 45 Minuten

4. Sitzung: 27. Juni 1980

Beginn des Lokalaugenscheines: 10 Uhr 5 Minuten

Lokalaugenschein im Allgemeinen Krankenhaus

Obmann Dr. **Steger** eröffnet im Informationsgebäude der AKPE den Lokalaugenschein und bittet alle nicht zum Untersuchungsausschuß gehörenden Personen, die auch nicht als Experten und nicht als informierte Vertreter anwesend sind, den Raum zu verlassen. Das gilt auch für alle Angehörigen der AKPE mit Ausnahme der beiden Geschäftsführer.

Obmann **Dr. Steger** führt aus: Wir haben die beiden Geschäftsführer, die Herren Parzer und Schwaiger, gebeten, heute anwesend zu sein, um uns erste Auskünfte zu geben über die Planung und über den Organisationsablauf.

Wir werden sie, sofern der Antrag des Herrn Ing. Hobl angenommen wird, was ich annehme, in einer weiteren Sitzung bitten, als Zeugen dann ins Parlament zu kommen, um dort weitere Fragen zu beantworten.

Sinn und Zweck dieser Sitzung wäre es, jetzt das Organisationsschema erklärt zu bekommen, dann den Rundgang zu machen, und anschließend hätte ich die Bitte, daß die Herren Abgeordneten ihre Fragen stellen.

Direktor Dr. **Schwaiger:** Ich darf ganz kurz unsere Ausgangssituation schildern, die wir vorgefunden haben im Zeitpunkt der Gründung unserer Gesellschaft. Das war im September 1975.

Wir sind eine Aktiengesellschaft — 50prozentige Beteiligung des Bundes —, wurden im September 1975 gegründet und hatten ein in Ausführung begriffenes Bauvorhaben weiterzuplanen und die Baudurchführung fortzuführen.

Die Situation zum damaligen Zeitpunkt war die, daß ein Teil des Gesamtprojektes bereits fertiggestellt war, der Großteil des Projektes jedoch erst in den Anfangsphasen in Ausführung begriffen war.

Die fertiggestellten Teile des Projektes waren insbesondere der Wohnbezirk, bestehend aus zwei Hochhäusern mit Wohnungen für Schwestern und Ärzte und einem Hochhaus für ein Internat für Schwesternschülerinnen. Dieses Objekt ist im Jahre 1968 in Betrieb gegangen.

Ein zweiter Teil des Bauvorhabens ist die Parkgarage für 2 500 Stellplätze, die ebenfalls lange vor unserer Zeit in Betrieb gegangen ist.

Der dritte Komplex des Neubauvorhabens ist das Objekt Psychiatrie — Kinderklinik, in dem der Spitalsbetrieb in den Jahren 1974/75 sukzessive aufgenommen wurde.

Der Großteil des Bauvorhabens, wie gesagt, war erst in dem Anfangsstadium, nämlich der Kern der Anlage, der aus einem großen Flachkörper und zwei aufgesetzten Bettentürmen für rund 1 700 Betten besteht.

Es waren zum damaligen Zeitpunkt Organe des Bundes und der Stadt Wien hier tätig, ein Exekutivorgan, das sich „Bauleitung" genannt hat, bestehend aus etwa zur Hälfte Beamten des Bundes und der Stadt Wien.

Als übergeordnete Organe dieser Bauleitung bestanden ein Bauausschuß, besetzt von Beamten der Stadt Wien und den zuständigen Ministerien, sowie ein Spitzenausschuß als oberstes Organ, welcher besetzt war durch politische Funktionäre, ebenfalls des Bundes und der Stadt Wien.

Basis dieser Bauführung war damals ein Raum- und Funktionsprogramm aus dem Jahre 1971, welches auch nicht das erste war, sondern nach mehrmaligen Überarbeitungen zustande gekommen ist. Das erste Raum- und Funktionsprogramm wurde in den Jahren 1958 bis 1960 erarbeitet, und zwar beides von Professor Riethmüller.

Wir sind also bei Übernahme der Geschäfte einerseits vor der Situation gestanden, ein laufendes Bauvorhaben fortzuführen, immerhin auch schon damals mit mehreren 100 Millionen Schilling Umsatz pro Jahr, und andererseits, erst einen Apparat als Aktiengesellschaft aufbauen zu müssen, weil klar war, daß die bisherigen Organe sofort abgelöst werden mußten und auch von der personellen Seite, von den Einzelpersonen her, insbesondere von den Beamten des Bundes, nicht unbedingt der Wille vorhanden war, im Rahmen der Aktiengesellschaft hier weiter tätig zu sein.

Es war uns klar, daß ein solcher Apparat etwa 150 bis 200 Personen umfassen müßte, und wir standen also vor der Situation, diesen Apparat aufbauen zu müssen. Daß das von vornherein nicht leicht ist, wenn man auf den Arbeitsmarkt geht und etwa 200 Personen aufnehmen muß, liegt, glaube ich, auf der Hand, wobei noch die Schwierigkeit dazukommt, daß bei der Personalaufnahme eben der Nachteil besteht, daß dieses Bauvorhaben nur eine Beschäftigung auf Zeit ist. Es ist also auch von der personellen Seite her schon schwer, erstens

Personal überhaupt zu bekommen und zweitens zu angemessenen Preisen zu bekommen.

Daher haben wir uns beim Aufbau dieser Organisation Muster zum Vorbild genommen, die es schon im In- und Ausland gibt, die zum Beispiel bei der IAKW, aber auch im Ausland bei verschiedenen Bauvorhaben mit Erfolg praktiziert worden sind. Das heißt, wir sind davon ausgegangen, daß wir verschiedene Bauherrenfunktionen einer sogenannten Management-Gesellschaft übertragen wollen, bestehend aus einer Firma oder mehreren Firmen, die einerseits Erfahrung haben in der Abwicklung von Bauvorhaben und andererseits womöglich schon bei diesem Projekt tätig sein sollten, zumindest zum Teil tätig sein sollten.

Wir haben eine Firmengruppe gebildet, die sich im Kurztitel mit „APAK" bezeichnet.

An Hand von ausgehängten Schemata erläutert Direktor Dr. Schwaiger weiter: Diese APAK besteht aus verschiedenen Firmen, und zwar aus der Architektengruppe, das war das Element, welches das bisherige Wissen um das Projekt fortsetzen sollte in der weiteren Managementfunktion, einer Firma für den Bereich der Haustechnik, nämlich die Firma ALLPLAN, die auch bei der IAKW, wie wir gehört haben, mit Erfolg tätig war, und als dritte Firma die Firma AUSTROPLAN, eine Gesellschaft, die auch vom Volumen her und von den Beteiligungen her — ich darf erinnern, es sind die Kammer der gewerblichen Wirtschaft und die Österreichische Länderbank beteiligt — Vertrauen gehabt hat, sodaß wir dieser Firmengruppe zutrauten, dieses Management abzuwickeln.

Primäre Aufgabe dieser APAK ist einmal die technische Koordination mit Terminplanung, Kostenplanung, Planungskoordination, Kostenverfolgung, soweit es auf der Planungsseite gelegen ist, und letztlich auch die gesamte örtliche Bauaufsicht.

Die Firmengruppe hat derzeit rund 110 Personen Personal, inklusive unserer Personalkapazität beträgt somit die gesamte Abwicklungskapazität rund 190 Leute. Das ist durchaus vergleichbar, überhaupt wenn man die Volumina mit anderen Bauvorhaben vergleicht.

Der Ablauf ist normalerweise so, daß zuerst die Grundsatz- oder Funktionsplanung hier entsteht, die Phase der Grundsatzplanung müßte zu einem Zeitpunkt abgeschlossen sein, auf der Basis dieser Grundsatzplanung erfolgt dann Ausschreibung und Vergabe, und hier die Ausführung *(zeigt):* in diesen Bereichen überall wirkt die APAK als Management-Gesellschaft bis zur Übernahme der Bauleistungen und auch der Leistungen hinsichtlich der Einrichtung, bis zur Inbetriebnahme der Anlagenübergabe an die Betreiber.

Auf der einen Seite steht die AKPE, also unsere Gesellschaft, als Organ, das die Bauherrenentscheidungen trifft oder zumindest herbeizuführen hat, auf der anderen Seite stehen die verschiedenen Planer, also Raum- und Funktionsprogramm, Betriebsorganisationsplanung, Medizintechnik-Planer, Architekt und die verschiedenen Spartenplaner.

Sehr große Bedeutung haben in dieser Phase auch die Betreiber, also die medizinische Fakultät und die Spitalsverwaltung der Stadt Wien, denn alles, was hier geschieht, ist für den späteren Betrieb wesentlich und muß daher mit den sogenannten Nutzern oder auch Betreibern abgestimmt werden.

Wir haben also im Jahre 1975 eine Situation vorgefunden, wo wir geglaubt haben, da also das Kerngebäude in Ausführung begriffen ist, gibt es ein einigermaßen abgestimmtes Raum- und Funktionsprogramm, nämlich jenes aus dem Jahre 1971, auf dem man aufbauen kann und das man nur bestenfalls geringfügig modifizieren muß.

Tatsächlich hat sich herausgestellt, und zwar schon wenige Monate nach Aufnahme unserer Tätigkeit, daß dieses Raum- und Funktionsprogramm von keiner dieser Seiten akzeptiert war, daß im Gegensatz zu unserer Annahme, es seien nur geringfügige Modifikationen notwendig, hier praktisch eine völlige Neuplanung Platz greifen müßte. Es haben sich also sehr wesentliche Vergrößerungen hinsichtlich der Auslegung der Nutzflächen ergeben. Ich darf darauf verweisen, daß im Jahre 1971 eine Nutzfläche von rund 168 000 m² vorgesehen war, während sie heute ungefähr 205 000 m² beträgt.

Die Schwierigkeit daran war aber insbesondere, daß nicht nur dieses Raum- und Funktionsprogramm völlig geändert werden mußte und völlig überarbeitet werden mußte, sondern daß man parallel dazu auch bauen mußte.

Direktor Ing. **Parzer:** Sie haben jetzt einiges vor allem über die Situation hinsichtlich Organisation und Aufbau der Organisation gehört, aber das ganze Bauwerk ist vor allem ein einmaliges technisches Problem, von der Organisation her, von den verschiedenen technischen Details — wir müssen in vielen Bereichen technisches Neuland betreten —, und darüber hinaus das Problem der Größe, des Umfanges. Die Probleme potenzieren sich.

Und dann eben noch, was ganz wesentlich ist: Wir planen und bauen hier gleichzeitig. Wir sind 1975 vor der Frage gestanden: Aufhören und planen oder beides gemeinsam?

Wir haben damals eine Gutachtergruppe hier gehabt, Seitz, Sienkiewicz, Kaufmann, und ich bin damals selbst mit Professor Seitz einmal nach Göttingen gefahren, denn dort waren ähn-

liche Probleme, und wir haben uns stundenlang darüber unterhalten, was man tun soll. Professor Seitz hat mich damals in der Ansicht bestärkt — und erst vor einigen Tagen auch der Professor Wischer; Professor Wischer ist Professor in Berlin, Krankenhausinstitut —, daß man ein derartig großes Haus, das diesen Umfang hat, diese enorme technische Ausstattung, nicht vier, fünf Jahre lang vorplanen kann und dann bauen kann, denn wenn die Planung abgeschlossen ist, dann ist es bereits wieder überholt, und man würde wieder von vorne anfangen.

Das heißt: Ein solches Haus kann man an sich nur in der Form, wie wir es auch gemacht haben, durchziehen, und das ist auch woanders so geschehen.

Das bringt natürlich sehr viele Probleme mit sich, denn heute, also 1980 — wir haben 1976 begonnen —, haben wir im wesentlichen mit wenigen Ausnahmen den Entwurf fertig. Normalerweise ist das der Zeitpunkt, wo Sie ein Haus oder irgendein Bauwerk ausschreiben, vergeben und mit den Erdarbeiten anfangen. Wir haben aber zur selben Zeit, wie Sie draußen sehen, einen Rohbau fertig, die Installationen sind im vollen Gange, und diskutieren aber in kleinen Bereichen noch immer über die Raumeinteilung. Wie gesagt, es sind nur einzelne Bereiche, aber immerhin.

Das hat natürlich enorme Probleme mit sich gebracht; nicht nur bei uns, auch woanders.

Ich darf jetzt, auch ganz kurz, die wesentlichsten Dinge herausheben.

Das Bauwerk war 1975 in der Grundkonzeption vorgegeben, es war ein Drittel des Flachkörpers im Rohbau fertig, und für das Bettenhaus Ost war ein Stahlgerüst vorhanden.

Die Gründung war für den gesamten Bereich gegeben. Damit waren auch die Belastungen vorgegeben.

Und in dieses Korsett hinein haben wir jetzt ein neues Spital geplant, und zwar beginnend von der Grundstruktur, das heißt, von der Parzellierung. Wir haben erst überlegt: Wo kommen jetzt die einzelnen Kliniken hin? — Und das kann man nicht besser darstellen: Ich habe mir gestern noch einmal die Entwicklung der medizinischen Fakultät von Wien hinsichtlich Institute und Personal geben lassen.

Das Raumprogramm, das wir vorgefunden haben, war von 1969, es ist dann 1971 kurz überholt worden. Damals hat es 39 Institute beziehungsweise Kliniken gegeben. 1980, jetzt, gibt es 68!

Was bedeutet das? — Jede Klink hat ein Hinterland, hat Nebeneinrichtungen und so weiter.

1969 war der Personalstand, und zwar das ärztliche Personal: Assistenten, Professoren und so weiter, 984, heute beträgt er 1 256. Ich will mit diesen beiden Zahlen nur sagen: Das ist der Ausgangspunkt jeder Planung, und das haben wir natürlich sehr zu spüren bekommen.

Jetzt, von der Abwicklung selbst, gehe ich noch gar nicht auf die technischen Probleme ein.

Wir haben seit 1975 rund 1 400 Gespräche mit der Fakultät und mit den Betreibern abwickeln müssen, um dieses Ergebnis, nämlich einen Entwurf, zustande zu bringen.

Ich möchte das jetzt nicht als Kritik verstanden wissen, sondern wir sind der Auffassung, daß es anders nicht geht. Man muß diese Planung der Kritik der späteren Nutzer unterwerfen. Es ist schwierig, es ist sehr, sehr schwierig, das möchte ich noch sagen. Es hat jeder natürlich seine Vorstellungen, seine Wünsche, er möchte die Wünsche durchdrücken, er ist ja auch später derjenige, der es benützt, und hier einen Konsens, einen Ausgleich zu finden ist nicht leicht und dauert seine Zeit.

Ich muß auch sagen, daß wir vielleicht diese Zeit unterschätzt haben, denn unsere Vorstellung war, daß wir das früher bewältigen, daß wir etwa Anfang 1978 damit fertig sind. Das ist nicht gelungen, das hat länger gedauert und hat natürlich auch gewisse Schwierigkeiten mit sich gebracht.

Aber immerhin ist es doch gelungen in diesen drei Jahren, das Haus von der Grundsatzplanung aus bis zum Entwurf im wesentlichen durchzuplanen.

Und jetzt vielleicht noch eines, was an sich die technischen Schwierigkeiten mit sich bringt. Sie haben gehört, wir haben etwa 200 000 m² Nutzfläche. Das ist jene Fläche, die eben medizinisch oder sonstwie, Unterrichtsbereich, Forschung, genutzt wird. Nehmen Sie nur im Mittel 3 m Raumhöhe, lichte Räume, so sind das ungefähr 600 000 m³ umbauter Raum. Bauen müssen wir 2,8 Millionen.

Es wird immer übersehen, daß so ein hochinstalliertes oder von der Anforderung her derartig kompliziertes Bauvolumen oder eine derart komplizierte Nutzfläche hinsichtlich technischer Sonderanlagen und hinsichtlich der Installationen im Haus enorme Folgen nach sich ziehen. Also das Verhältnis von rund 600 000 zu 2,8 Millionen, glaube ich, demonstriert das am besten.

Und jetzt gehe ich vielleicht noch auf diese verschiedenen technischen Probleme ein.

Wie gesagt: Das Korsett Rohbau war vorgegeben, aber nicht gelöst waren alle Details des Ausbaues, der Fassade.

Nur ein kleines Beispiel: Die Fassade war ausgeschrieben, es war bereits die Vergabe vorbereitet, alles normengemäß nach der damals

gültigen ÖNORM. Wie wir hier angetreten sind, haben wir gesehen, daß diese ÖNORM — es ist zwar noch Norm auf dem Papier — aber längst durch Erfahrung überholt ist. Wir haben dann eine Reihe von Versuchen im Windkanal durchgeführt, um die Strömungsverhältnisse festzustellen, und bewiesen: Hätten wir die Fassade nach der damals gültigen ÖNORM gebaut, so würde heute bei einem Sturm von etwa 100 km/h, der in Wien auch auftritt, die Fassade an den Ecken wegfliegen.

Diese Erfahrungen haben nicht wir gemacht, es gibt auch in der Literatur Beispiele und Photos, wo so etwas passiert ist. Ich will nur demonstrieren: Es war ein schwieriger Weg, auch das wieder hinzukriegen.

Ein weiteres Problem war, da das Bauvorhaben derartig massiert ist, Luftansaugungen, Ausblasungen der Klimaanlage, daß hier keine Kurzschlüsse entstehen. Auch hier waren eine Reihe von Grundsatzuntersuchungen notwendig, um hier eindeutige Verhältnisse zu bekommen.

Die Ausweitung der Nutzfläche der Institute, also vor allem die wesentlich höheren Installationen, also die Ausstattungen der Geräte, bedingt durch die Entwicklung auf dem Gebiet der Medizintechnik, hat natürlich auch die Versorgungseinrichtungen wesentlich erweitert. Wir haben eine Vorstudie hier angetroffen für ein Wirtschaftsgebäude einschließlich Wäscherei in einem Ausmaß von 200 000 m³ umbauten Raums. Wir haben heute die Erweiterungsbauten mit einem Volumen von 630 000 m³ zu errichten, wobei von diesen 630 000 m³ umbauten Raums etwa 200 000 m³ allein auf technische Anlagen, Kältezentrale, Notstromversorgung und so weiter entfallen.

Dann die Probleme Hygiene, Umweltschutz. Es waren für die Notstromversorgung Diesel vorgesehen. Das konnte nicht mehr durchgedrückt werden. Wir haben heute eine Gasturbinenanlage. Bei der Dieselanlage hätten wir einen Kamin mit 120 m Höhe bauen müssen, ein neues Wahrzeichen von Wien, denn da wären fünf Rauchrohre mit 2,50 m Durchmesser gewesen. Auch hier viele Versuche, monatelange Diskussionen mit den Behörden.

Wir haben uns dann entschlossen, das völlig umzustellen. Wir haben heute eine Gasturbinenanlage, wobei eine Gasturbine laufend in Betrieb sein wird, wodurch wir den Dampf an Ort und Stelle erzeugen können. Das ist dadurch auch wirtschaftlich geworden. Aber alle diese Probleme mußten eben in kürzester Zeit gelöst werden. Das waren technische Probleme.

Ich möchte dazu nebenbei auch bemerken, daß es überhaupt das Problem dieses Bauwerkes ist, ausgezeichnete Ingenieure hierherzubekommen. Das ist einfach unbedingte Voraussetzung dafür, daß dieses Bauwerk vernünftig und in einer vernünftigen Zeit und wirtschaftlich durchgezogen werden kann. Das wird leider, muß ich sagen, auch in der Öffentlichkeit vielleicht zuwenig beachtet. Wir haben hier große Schwierigkeiten. Wir haben Schwierigkeiten, gute Leute zu halten, und haben Schwierigkeiten, derzeit gute Leute zu bekommen.

Dann der Innenausbau. Der Rohbau ist relativ noch technisch einfach. Aber der Innenausbau durch das ganze Wandsystem, das Fußbodensystem und so weiter: Auch hier mußte Neuland betreten werden, und zwar vor allem deshalb, weil sich in diesen letzten Jahren die Anforderungen hinsichtlich der Sicherheit enorm gesteigert haben. Die Behörde ist zu Recht hier sehr vorsichtig geworden.

Wir können zum Beispiel eine Decke, so ähnlich, wie wir sie hier haben *(zeigt)* und wie Sie sie überall haben, in dem Haus nicht einbauen. Die Behörde hat uns auferlegt eine F-30-Decke gegenüber dem Hohlraum, also das heißt: Wenn in einem Zimmer ein Brand ausbricht, und da entsteht eine Temperatur von 900 Grad, dann darf die Deckenoberkante nur 140 Grad erreichen bei 5 cm Konstruktion. Wir haben acht Brandversuche durchgeführt, bis wir diese Decke gelöst gehabt haben und wir sie heute einbauen.

Die muß außerdem staubdicht sein.

Sie muß die Möglichkeit haben, daß man sie so abdichten kann, daß sie gasdicht ist, daß man also die Formalingasdesinfektion durchführen kann. Und so weiter.

Diese Decke gibt es noch nirgends.

Beim Wandsystem war es ähnlich. Das ganze Haus war auch aus wirtschaftlichen Überlegungen — und das ist richtig — auf eine Leichtbauweise hin konstruiert, das heißt Leichtwände, die Wand muß das gleiche können wie eine 25-cm-Ziegelmauer. Da wir 300 000 m² Wände haben, ist das etwa eine Differenz von mehr als 100 000 Tonnen, die Sie sonst natürlich über Konstruktion in die Begründung herunterbringen müssen.

Das sind alles Grundsatzüberlegungen gewesen, haben uns aber natürlich in der Detailkonstruktion und im Ausbau eben dieses Korsett angelegt, und es mußte gelöst werden. Das ist heute gelöst, das ist vorbereitet und, glaube ich, auch zufriedenstellend gelöst.

Ein weiteres Problem war noch, daß dieses Riesenvorhaben natürlich nicht konventionell abgewickelt werden kann, das heißt, man muß trachten, möglichst viel industriell vorzufertigen, denn sonst bauen Sie noch 20 Jahre. Allein der Materialtransport — Sie werden es dann

draußen sehen —: Es geht alles über Aufzüge, ich muß ein jedes Stück über die Aufzüge transportieren, das heißt, wenn man hier Stein an Stein legen würde, wäre es undenkbar.

Daher haben wir uns auch entschlossen, zum Beispiel das ganze Wandsystem industriell vorzufertigen und, wie gesagt, als Fertigteile hier anzutransportieren.

Ähnlich wird bei gewissen Sanitäreinrichtungen — Duschzellen, WC und so weiter — industriell vorgefertigt und hier auf die Baustelle gebracht. Aber das mußte eben alles erst ausgearbeitet werden und geplant werden.

Von der Konzeption her ist auch hinsichtlich Brandschutz vielleicht noch zu erwähnen, daß wir auch hier eine grundsätzliche Umstellung dahin gehend gemacht haben, daß wir gesagt haben: Die Sicherheit dieses Hauses liegt nicht nur im Brandschutz allein — dazu gehört zum Beispiel neuerdings eine Sprinkleranlage für das ganze Haus, die wir jetzt auch einplanen und einbauen, also eine automatische Löschanlage —, sondern vor allem auch in einem Ausbausystem — es waren ursprünglich Ideen, zum Beispiel solche Sanitärcontainer in Kunststoff zu machen; da haben wir nachher auch umgestellt, wir haben heute eine Grundkonstruktion aus Blech, verfliest —, das überall zum Grundsatz hat, möglichst wenig Brandlast in das Haus hineinzubekommen.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn die Herren des Ausschusses einverstanden sind, dann würde ich vorschlagen, daß wir jetzt gleich den Rundgang machen, dann hierher zurückkommen und unsere Fragen stellen. Es werden sich ja sicherlich einige Fragen aus dem jetzt Ausgeführten und dann noch aus dem Rundgang ergeben.

Die Vorstandsdirektoren Ing. **Parzer** und Dr. Gerhard **Schwaiger** führen den Untersuchungsausschuß über Teile der AKH-Baustelle.

Direktor Ing. **Parzer:** Wir befinden uns jetzt in der Eingangsebene, das ist die Ebene O 5. Das heißt, das Haus wird später hier vom Westen her betreten. Hier befindet sich der Haupteingang.

Diesem Flachkörper noch vorgelagert — das ist jetzt hier im Rohbau noch nicht errichtet — ist noch ein Bereich für die Verwaltung, Direktion, dann ist daran gedacht, ein Restaurant mit etwa 100 Plätzen zu machen, Banken, verschiedene Läden; also gewisse Servicedienste werden noch diesem Haupthaus vorgelagert.

Dann möchte ich hier gleich einen Hinweis auf das ganze System der Konstruktion geben — Sie sehen es hier, das finden Sie jetzt im ganzen Haus —: Das ganze Haus ist nach einem Modulsystem gebaut, und zwar einem Modul von 1,35 Breite, die einzelnen Ausbauelemente sind 1,35 breit, und ein Vielfaches davon ist auch diese Säulenstellung.

Diese Säulen, diese Betonsäulen, sind gleichzeitig Installationssäulen. Sie sehen zum Beispiel: Hier sind einige Rohre montiert. Im Ostbereich ist hier die Montage im wesentlichen abgeschlossen. Diese Säulen gehen über das ganze Bauwerk durch und sind an sich die Vertikalverbindungen für die Installationen.

Darüber hinaus gibt es natürlich eine Reihe von Schächten, Technikschächten und so weiter.

Aber diese Überlegung, diese Grundsatzüberlegung in dieser Form, hat es erst möglich gemacht, das Gesamte auch den Notwendigkeiten, den Anforderungen, die durch die Entwicklung gegeben waren, anzupassen. Also wäre dieses Konzept nicht in der Form vorhanden gewesen, wäre es für uns unmöglich gewesen, 1976 überhaupt das von Grund auf neu zu planen.

Obmann Dr. **Steger:** Das Konzept dieser Form war aber schon früher?

Direktor Ing. **Parzer:** Das war früher. Das war das konstruktive Konzept, und dieses konstruktive Konzept war ein sehr gutes Konzept; das ist gar keine Frage.

Die Umplanung betrifft eben die gesamte Funktion und betrifft natürlich Details: Wir müssen natürlich doch Deckenfelder herausschneiden und Öffnungen bohren, das ist selbstverständlich. Also diese Detailänderungen sind notwendig und werden erzwungen ... aber vom Grundsätzlichen her möglich durch dieses Konzept.

Also nicht alles war schlecht, was unsere Vorgänger gemacht haben. Das war eine sehr gute Sache.

Beim zentralen Verkehrselement (Personenfahrsteige) erklärt Ing. **Parzer:**

An dieser Stelle kann man vielleicht kurz etwas sagen zu folgenden Fragen: Wie wird man sich in diesem Haus orientieren können? Wie wird der Verkehr vor sich gehen?

Wir stehen jetzt hier vor diesem zentralen Verkehrselement. Das heißt, das sind Fahrsteige, -bänder; Fahrbänder deshalb, damit man sich auch im Rollstuhl bewegen kann. Diese Fahrsteige haben natürlich eine sehr hohe Leistung. Der gesamte Flachkörper, sämtliche Nutzgeschoße des Flachkörpers sind durch diese Fahrsteige erschlossen. Es ist beabsichtigt, zu versuchen, das Personal, die Ambulanten — es kommen ja 6 000 bis 7 000 Ambulante täglich herein — über diese Verkehrselemente zu schleusen, sodaß die beiden

Aufzugsgruppen, die wir im Westen und Osten des Hauses haben, hauptsächlich für den Transport in die Bettenhäuser, für den internen Transport der stationären Patienten möglichst freigehalten werden. Natürlich kann jemand, der nicht gerne so ein Fahrband benützt, selbstverständlich auch die Aufzüge benützen.

Hinsichtlich der Orientierung glauben wir, daß es — wenn man auch die komprimierte Baumasse als etwas nachteilig hinstellt — im Verhältnis zu anderen Häusern, ich nenne nur Großhadern, wesentlich günstiger, wesentlich einfacher sein wird, sich hier in diesem Riesenhaus zurechtzufinden.

Man kommt hier vom Westen herein und hat jetzt beiderseits dieses Elementes eine durchgehende Straße. Also dort, wo wir gegangen sind, das ist an sich in jedem Geschoß eine durchgehende Straße. Man läuft mit dieser Straße immer dieses Verkehrselement an, hat da vorne an der Stirnseite dieses Verkehrselementes noch einen Lichthof, den man auch immer wieder antrifft, hat jetzt sowohl im Westen als auch im Osten diese beiden Aufzugsgruppen. Wir kommen dorthin; die kann man nie verfehlen.

Dann ist ja beabsichtigt, eine Beschilderung so wie in der Stadt vorzunehmen. Durch Seiteneingänge — Beschilderung und Nummern — wird man dann die einzelnen Klinikbereiche betreten.

In dem Moment, wo der Betreffende wieder herauskommt, kommt er wieder auf diese Hauptverkehrsspange und bewegt sich eigentlich so wie auf einer Straße in der Stadt.

Wir haben hier auch von Verkehrsexperten und auch von Architekten, sagen wir, hinsichtlich dieser Lösung bisher eigentlich immer ein sehr positives Echo gefunden. Bei so einem großen Haus tritt ja immer die Sorge auf, wie man sich zurechtfindet, vor allem, wenn, ich muß sagen, solche Menschenmassen wie hier, täglich so 15 000, 20 000 Leute, das Haus frequentieren.

Auf der Baustelle des zwischen dem Kern und den Erweiterungsbauten gelegenen technischen Bereiches erklärt Ing. **Parzer:** Vielleicht ein kurzer Blick auf die Baugrube der sogenannten Erweiterungsbauten.

Der Teil hier im Norden ist alles Technik, Notstromversorgung.

Dort im mittleren Bereich die zentrale Küche für die Versorgung des gesamten Hauses.

Im südlichen Teil kommt noch ein Institutsgebäude. Da sind vor allem jene Institute und Klinken, Institute und Bereiche drinnen, die man im Haus aus hygienischen Gründen nicht haben wollte; zum Beispiel die tierexperimentellen Abteilungen, die Mikrobiologie und verschiedene Labors, die mit Tieren experimentieren, sind also dann hier untergebracht.

Dieses Gebäude war, wie gesagt, weder in den Gehirnen noch auf irgendeinem Plan 1975 vorhanden, mußte daher neu konzipiert und entwickelt werden.

Wir haben bei der Ausführung dieses Gebäudes große Schwierigkeiten. Sie sehen ja: Wir haben hier eine Art Schallschutzwand errichten müssen. Aber nicht nur Schallschutz, sondern es waren größte Bedenken seitens der Chirurgen. Denn das ist ja an sich der generalsanierte Teil. Da ist ja die Herzchirurgie von Professor Navratil drinnen. Der hat uns die größten Schwierigkeiten gemacht. Er hat gesagt, er operiere nicht mehr, er habe Angst, daß wir Staub da hineinkriegen und so weiter. Wir haben dann gemeinsam eine Methode entwickelt, das heißt, diese Wand vorgesetzt, die erstens einmal Schallschutz und zweitens eben auch Staubschutz bietet. Außerdem wurde natürlich bei der Ausführung gerätemäßig immer wieder darauf geachtet, daß man eben möglichst wenig Staub entwickelt.

Darüber hinaus sind wir sehr nahe an vorhandenen Gebäuden, Sie sehen überall die Schlitzwände, Baugruben. Da vorne ist das Umspannwerk der E-Werke Michlbeuern, das durften wir auch nicht verletzen, sonst gibt es in der ganzen Gegend keinen Strom. Also es war auch kompliziert, das alles abzufangen.

Links davon hier im alten Haus ist die bestehende AKH-Küche, die das ganze Haus versorgt. Auch hier ein neuralgischer Punkt.

Ein Objekt von über 600 000 Kubikmetern — ein Drittel mehr als das Konferenzzentrum, das man jetzt bauen will —, wo, ich möchte sagen, alles drinnen ist, was irgendwie kompliziert ist, eine Küche, ein Kraftwerk, eine zentrale Warte, OP für die Tierexperimentabteilungen und so weiter, hier in dieser Beengtheit zu bauen, das ist sicher nicht einfach und bringt natürlich gewisse Schwierigkeiten mit sich.

Dann waren die Platzverhältnisse so beengt, daß wir den Zwischenraum zwischen den Gebäuden — denn die Gebäude stehen ja da draußen in einem entsprechenden Abstand vom Kerngebäude — jetzt ausgenützt haben — und das ist schon fertig, das ist jetzt dieser Teil, wo wir stehen —, um die Kälteezentralen und verschiedene maschinelle Einrichtungen unterzubringen. Das heißt, dieser Bereich ist dann später praktisch „eingegraben", denn oben kommt dann eine Grünfläche darüber; man wird gar nichts merken davon. Aber es ist eigentlich der letzte Teil, man ist unter der Erde, und es ist jetzt eigentlich jeder Teil ausgenützt.

Wir hatten hier bei der Projektierung Probleme — denn das war ja noch der letzte grüne Teil, der letzte bepflanzte Teil — mit dem Baumschutzgesetz. Es waren große Widerstände, aber wir konnten halt dann doch alle überzeugen und nachweisen, daß es keinen anderen Platz hier gibt und daß das die einzige Möglichkeit war, das hier zu errichten.

Ein ganz interessantes Detail nur am Rande. Als wir den Aushub machten, die Baugrube angelegt haben, mußten wir natürlich Bewegungen im großen Haus erwarten, denn es werden ja hier enorme Lasten weggenommen. Aber daß sie so groß sind, haben wir nicht erwartet. Das ganze Gebäude, also das Kerngebäude, hat sich um 2,5 cm gehoben. Hier sind ja noch die Schlitzwände von der Gründung. Hier war natürlich auch ein Ausweichen da. Also wir konnten das nur ringweise bauen, mußten immer wieder dazwischen abstützen, um hier ja keine größere Bewegung auszulösen. 2,5 cm geht so ein Gebäude hoch! — Ich meine, das ist vielleicht ein ganz interessantes Detail. Es ist spannend, wenn man so jede Woche mißt und sagt: Wieder 1 mm, wieder 2 mm. Die Kurve geht so. Wie wird das nun enden? Das ist schon spannend.

Im Technikgeschoß O 2 erläutert Ing. **Parzer:** Hier sind wir im untersten Technikgeschoß. Hier erfolgt an sich die zentrale Verteilung der verschiedenen Medien, medizinischen Gase, Wasser, Strom und so weiter, auch der automatischen Transportanlagen, die in diesem Haus vorhanden sind.

Hier sollte eigentlich nur ein kurzer Eindruck von den Problemen, Schwierigkeiten, würde ich sagen, von dem Umfang vermittelt werden, der an sich von der technischen Installation, von der Infrastruktur her bei so einem Haus erforderlich ist.

Unter dieser Stahlbühne ist dann noch das gesamte Kanalsystem des Hauses und darüber hinaus auch noch die Verteilung zum Beispiel der Müllentsorgung. Wir haben eine Müllsauganlage im Haus. Hier sind vertikale Rohrstränge mit Einwurföffnungen, und die Verteilung dieses Mülls erfolgt dann hier unter diesem Boden, geht dann an eine zentrale Stelle, und von dort wird der Müll dann abtransportiert und in Simmering verbrannt. Wir haben hier also keine eigene Müllverbrennung. Es ging eben darum, die Umwelt hier nicht noch mehr zu belasten.

Ich glaube, hier kann man sich auch, wenn man sich vorstellt, daß es ja mehrere solche Technikgeschoße gibt, vielleicht auch darüber ein kleines Bild machen, daß die Planung der eigentlichen Grundrisse für die Nutzer nur ein kleiner Anteil der Planung ist, also kaum 10 Prozent, aber über diese 10 Prozent sicher sehr viel zu reden ist, während der überwiegende Teil des Planungsaufwandes das Haus mit den Infrastrukturen betrifft.

Vielleicht kann man sich hier dann auch eine Vorstellung machen — wir haben das, glaube ich, schon einige Male gesagt —, daß wir bisher rund 30 000 Planversionen von Architektenplänen nach unserem Computer haben. Diese waren erforderlich, denn hier müssen ja jedes Rohr, jede Kabeltrasse gezeichnet und koordiniert werden.

Also es gibt da eben verschieden Versorgungsebenen, man muß den Platz einteilen, und das bedeutet natürlich einen sehr hohen Planungs- und Koordinationsaufwand.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Die Pläne für diese Sachen — wessen Aufgabe ist das?

Direktor Ing. **Parzer:** Die Planung ist natürlich aufgefächert auf die einzelnen Sparten. Der Architekt macht an sich die Bauplanung und die Koordination dieser Anlagen, das heißt, er reserviert und bestimmt den Platz für die einzelnen Bereiche und kriegt jetzt dazu die Unterlagen, Pläne der einzelnen Sparten. Beispiel: Jemand macht die Versorgung der medizinischen Gase, einer macht die reine Wasserinstallation. Das sind die einzelnen Sparten. Dem Architekten werden die Unterlagen geliefert, und er koordiniert das.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Architekt — meinen Sie da APAK?

Direktor Ing. **Parzer:** Nein, das ist die Architektengruppe Marchart, Moebius und so weiter.

Was wir hier nicht haben, was zum Beispiel bei der UNO-City schon auf Grund, glaube ich, von Erfahrungen auch möglich war: eine zusammengefaßte, von Haus aus koordinierte Planung der Haustechnik. Bei der UNO-City hat man ja damals die ALLPLAN beauftragt, die gesamte Haustechnikplanung zu übernehmen. Diese ALLPLAN hat sich natürlich verschiedener Industriefirmen bedient, hat dort Leute geleast.

Wir haben hier leider — aber die Verträge waren eben schon da, das konnten wir nicht mehr ändern — Aufträge an einzelne Sparten. Das erschwert uns die Abwicklung doch sehr. Denn jeder macht das für sich gut, aber es interessiert ihn a priori nicht, was der Nachbar macht.

Obmann Dr. **Steger:** Sie klagen mit Recht, daß es die vielen Umplanungen sind, die das pausenlos so erschweren. Jetzt weiß ich zum Teil aus Ihren heutigen Worten, zum Teil auch aus anderen Informationen, daß ja manches von der Funktionsplanung noch immer nicht für Sie feststehen kann.

Wieweit sind derartige Planungen noch, sagen wir, mit Rückwirkungen auf diesen technischen Bereich zum Beispiel gegeben? Es scheint doch so, daß da nicht mehr viel veränderbar ist überhaupt, wenn ich mir das alles da herum so anschaue.

Direktor Ing. **Parzer:** Soweit sind wir jetzt. Also die sogenannte BO-Planung — das ist ja an sich auch das Hauptthema Ihrer Untersuchung — hat hier zweifellos zu spät eingesetzt, hat uns überhaupt die gesamte Planung dadurch sehr erschwert. Aber wir sind heute oder, ich würde sagen, etwa Ende 1980, wenn auch die Entwurfplanung abgeschlossen ist, soweit, daß alle baurelevanten Fragen geklärt sind. Das heißt, alle Dinge, die Einfluß auf Installationen hätten, sind damit gelöst.

Dann geht es aber darum — das ist die Fortsetzung, das ist natürlich auch noch ein großer Umfang —, die Detailabläufe im einzelnen festzulegen. Da sind auch noch Grundsatzfragen zu klären, wieweit nehme ich die EDV zur Hand, wieweit unterstütze ich das mit EDV, wieweit mache ich das konventionell, also mit einem Zettel, mit einem Laufzettel zum Beispiel. Krankengeschichte: speichere ich die ein oder nicht?

Hier sind noch viele Detailprobleme zu lösen, die aber keinen Einfluß mehr und keine Auswirkung auf den technischen Bereich haben. Denn das entscheidende war, sozusagen mit der Grundrißplanung, mit der Widmung der einzelnen Räume, mit der technischen Versorgung dieser Räume auch die Aufbauorganisation soweit zu klären, daß nicht von der Organisation her später Auswirkungen auf diese Grundrißgestaltung entstehen. Und das ist geschehen, das ist auch gelöst.

Auf die Frage von Dkfm. **Abel,** wer rein juristisch der Auftraggeber zum Beispiel der Architektengruppe ist, die hier koordiniert, die AKPE oder die APAK, erklärt Direktor Dr. **Schwaiger:** Die Architektengruppe als Architektenplaner, das kann ja nur so sein, ist die AKPE beziehungsweise die AKPE als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Bund — Stadt Wien, also niemals die APAK. Differenzen werden zwischen AKPE und Architekten ausgetragen.

Direktor Ing. **Parzer:** Aber, Herr Dr. Schwaiger, ergänzend müßten wir vielleicht folgendes sagen: Die APAK hat überhaupt keine Treuhandfunktionen von uns übertragen. Die APAK ist Erfüllungsgehilfe von uns.

Direktor Dr. **Schwaiger:** Sie hat uns nur Alternativen vorzulegen und zu sagen, warum jene Lösung günstiger ist als diese, und die letzten Verhandlungen führen wir. Speziell mit den Architekten ist es so üblich: überhaupt wir. Aber allgemein mit ausführenden Firmen verhandelt natürlich vorher die APAK etwa im Sinne von aufklärenden Fragen hinsichtlich von Angeboten, legt uns das dann vor, und die letzten Verhandlungen führen wir.

Dkfm. **Abel:** Kann man die APAK als Organ der AKPE bezeichnen?

Direktor Dr. **Schwaiger:** Als unsere verlängerte Hand kann man sie bezeichnen.

Dkfm. **Abel:** Die aber keinen eigenen rechtlichen Willen hat.

Direktor Dr. **Schwaiger:** Nein, in dieser Hinsicht nicht. — Natürlich in ihrem ureigensten Bereich, ist klar.

Auf der Dachterrasse des Bettenhauses Ost erklärt Direktor Ing. **Parzer:** Dort sehen Sie die Frauenklinik. Darüber der berühmte „Narrenturm", der unter Denkmalschutz steht, und anschließend die Höfe des alten AKH. Es ist in der Konzeption so, daß die sogenannten generalsanierten Kliniken (I. Frauenklinik, II. Chirurgische Klinik) bestehenbleiben sollen, man überlegt, hierher die Poliklinik zu übersiedeln, während die anderen alten Gebäude beseitigt werden sollen. Da haben wir ja die Auflage durch das Baumschutzgesetz, hier Bäume zu pflanzen. Die Ersatzpflanzungen sind hier dann vorzunehmen.

Ich glaube, es ist das einzig Richtige, daß man diese Kliniken abbricht. Einige, zum Beispiel die HNO, muß man sowieso, denn sie ist an sich im Wege, denn dorthin soll die Zahnklinik kommen. Auch die Klinik Deutsch, die jetzt besteht, die wir auf der drüberen Seite sehen, muß weg.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Können Sie sagen, Herr Direktor, daß die Medizintechnik der generalsanierten Pavillons etwa dem Standard entspricht, den Sie in diesem Neubau haben werden?

Direktor Ing. **Parzer:** Das glaube ich schon. Das wird in letzter Zeit auch diskutiert, weil wir eben schon überlegen müssen, wie die Inbetriebnahme erfolgt. Sie wissen, es ist ja vorgesehen, daß wir Ende 1983 hier auf der Ostseite mit drei Kliniken in Betrieb gehen, das werden etwa 240 Betten sein. Man sagt, daß man ja doch einen erheblichen Anteil der medizintechnischen Geräte, die heute vorhanden sind, hier wird übersiedeln können.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Also etwa der gleiche Standard?

Direktor Ing. **Parzer:** Eben. Von der Geräteausstattung sind sie ja nicht veraltet. Es sind nur die baulichen Bedingungen.

Obmann Dr. **Steger:** Auf der einen Seite ist ja praktisch kein Krankenhausbereich bisher. Es ist ja alles auf dieser Seite. Da war eine Baulücke?

Direktor Ing. **Parzer:** Nein, hier war die alte Klinik Hoff. Das war an dieser Stelle. Das war auch der Grund, warum sich die Gesamtabwicklung so verzögert hat.

Ich sage immer: Man hat eigentlich seit 1963 immer in der Öffentlichkeit erklärt, man baue das AKH, man hat aber Schwesternhäuser gebaut, eine Schule gebaut, aber niemals das AKH! Mit dem Bau des AKH hat man hier im Herbst 1972 begonnen. Ich glaube, das muß man sehen!

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Aber die Entscheidung, daß man es hierherbaut, wo die Klinik Hoff war, ist aus den sechziger Jahren?

Direktor Ing. **Parzer:** Ja, die ist viel früher entstanden. Man mußte — und das ist ja auch der Grund, warum die jetzige Psychiatrie/Kinderklinik und so weiter nicht im Kern ist — zuerst einen Ersatzbau für die Klinik Hoff errichten, um hier übersiedeln zu können und erst den Platz für dieses Bauvorhaben freizumachen.

Direktor Ing. **Parzer:** Hier im Süden die zwei Personalhäuser und das Schulgebäude. Hier setzt sich dann fort der Komplex Kinderklinik/Psychiatrie, der Ende 1974/1975 in Betrieb genommen wurde, der uns an sich große Sorgen bereitet hat. Das ist ja bekannt. Es hat ja keine Betriebsbewilligung gegeben, weder eine baubehördliche, die sanitätsrechtliche ist heute noch nicht da ...

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und da hat sich die Gesetzeslage geändert?

Direktor Ing. **Parzer:** Da hat sich die Gesetzeslage geändert, ganz richtig. Ursprünglich Arbeitnehmerschutzgesetz: eben „gut belichtete" Räume, und jetzt steht statt „gut belichteter" Räume „tagesbelichtete" Räume. Dieses eine Wörtchen hat natürlich hier all diese Probleme aufgeworfen. Aber soweit ich höre, dürfte man jetzt auf dem besten Weg sein, hier ein Äquivalent zu schaffen, sodaß auch hier die Genehmigungen erteilt werden.

Aber das Haus hat uns auch in anderer Weise große Sorgen bereitet hinsichtlich des Brandschutzes, der einerseits in der entsprechenden Form nicht vorhanden war, dann auch etwas verschärft wurde von der Behörde. Es waren die Brandabschnitte nicht da. Es waren Decken eingebaut, die an sich nicht den Anforderungen der Hygiene entsprochen haben.

Also wir mußten hier wirklich sehr viele Sanierungsarbeiten durchführen, und darüber hinaus war es auch notwendig, daß wir dann die technische Betriebsführung übernommen haben. Das Haus war nicht betriebsbereit, auch technisch nicht betriebsbereit. Wir haben erst am 1. Jänner dieses Jahres die technische Betriebsführung an die MA 17 wieder übergeben, nachdem alle Anlagen jetzt soweit in Ordnung sind, auch behördlich akzeptiert sind, daß der Betrieb jetzt eigentlich reibungslos weitergeführt werden kann.

Hier noch ein Blick auf das westliche Bettenhaus. Hier sieht man auch oben die Kühltürme, die auch so angeordnet sind, und vorne unsere Barackenstadt. Da möchte ich auch noch erwähnen: Das war ein großes Problem auch 1975. Denn das Abwicklungsteam — wir und die APAK zusammen sind ja mehr als 200 Leute —, die Planungsstäbe der Architekten, der Haustechnikplaner, alles mußte erhöht, fast verdoppelt werden, aber es war kein Büroraum da. Wir haben uns die Fango-Klinik gekauft, haben sie ausgebaut, wir mußten natürlich auch hier den Büroraum schaffen und dafür Sorge tragen, daß überhaupt dieses Personal Platz hat. Die Baracken sind eigentlich alle erst nach 1975 entstanden.

Obmann Dr. **Steger:** Was sind das für Rastersysteme rundherum?

Direktor Ing. **Parzer:** Diese sogenannten Umgänge um die Fassade erfüllen mehrere Anforderungen. Einmal war es eine Sache der Psychologie: daß man vom Krankenzimmer aus nicht direkt in die Tiefe schaut, zum zweiten eine Beschattung der Fenster, dann zum dritten eine einfache Möglichkeit, die Fassade zu warten und zu reinigen.

Obmann Dr. **Steger:** War das schon vom Prinzip her vorgesehen?

Direktor Ing. **Parzer:** Das war vom Prinzip her ursprünglich vorgesehen.

Zum vierten ist es auch eine Fluchtmöglichkeit. Wir haben dort öffenbare Fenster. Man kann das im Katastrophenfall für eine Flucht verwenden.

Außerdem bietet das eine Möglichkeit für die Einsatzleute: leichtere Zugänglichkeit.

In den zwei Musterkrankenzimmern erläutert Direktor Dr. **Schwaiger:** Für je zwei Zimmer eine Dusche und ein WC, und in jedem Zimmer ein Waschabteil. Da sind die Kästen für die Patienten. Das wird alles vorher bemustert, damit die Betreiber in natura sehen, wie das später ausschaut. Es wird bei uns sehr viel bemustert, das heißt, im Modell 1 zu 1 hergestellt, bis zum einfachsten, etwa ein Büroraum ...

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und dann müssen die Universitätsklinik und die MA 17 approbieren für die Teile, die sie zu betreiben haben.

Direktor Dr. **Schwaiger:** Richtig. Es gibt einen sehr intensiven Abstimmungsprozeß mit den beiden Stellen. Wie gesagt: Es geht in weiten Bereichen bis zu Bemusterungen auch einfachster Dinge, sodaß die Vielzahl der Abstimmungsgespräche, von denen schon die Rede war, nämlich 1 400 Gespräche mit den Nutzern, irgendwo erklärbar ist.

Das ist eine Installationsleiste. Da werden die verschiedenen Medien angehängt: Sauerstoff und Druckluft.

Hier: Eine Steckdose hängt immer am Notstrom. Wir haben ein Notstromaggregat von rund 20 MVA. Das sind Gasturbinen, die den Schornstein erspart haben. Das ist eine an sich sehr ungewöhnliche Lösung, sie war aber im Sinne des Umweltschutzes notwendig.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Das heißt, Sie waren in dieser Weise der Zeit voraus.

Direktor Dr. **Schwaiger:** Es gibt Äußerungen von Fachleuten, die ausdrücklich sagen: Es ist eine sehr ungewöhnliche Lösung, die aber im Sinne des Umweltschutzes hier, weil es im Zentrum der Stadt ist, notwendig ist.

Beim Schwesternstützpunkt erläutert Dr. **Schwaiger:** Das ist hier der Schwesternstützpunkt. Das ist der eigentliche Arbeitsraum. Das ist das Stationsbüro, hier werden alle administrativen Arbeiten erledigt.

Das hat es im Jahr 1975 auch nicht gegeben. Es waren ja auf einem Geschoß 134 Betten und die Aufenthaltsräume, Dienstzimmer und so weiter im Inneren. Hier in der Innenzone einzelne Zellen ohne Tageslicht. Jetzt haben wir statt 134 Betten auf dem Geschoß 112. Das hat eine gewisse Auflockerung mit dem Vorteil gebracht, daß die Arbeitsräume Tageslicht haben.

Direktor Dr. **Schwaiger** zeigt einen weiteren Büroraum.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Die Patienteneinheiten sind doch alle mit Tageslicht versorgt?

Direktor Dr. **Schwaiger:** Die Patienteneinheiten waren immer mit Tageslicht versorgt und sind es auch jetzt, maximal Dreibettzimmer, und liegen alle hier an der Außenfront rundherum.

Direktor Dr. **Schwaiger** zeigt einen Raum für die Ärzte bzw. einen Schlafraum für den diensthabenden Arzt — Nachtdienst.

In der Musterstation erläutert Dr. **Schwaiger:** Es gibt gewisse Farbabstimmungen, und zwar eingeteilt: Das ist der sogenannte rote Turm und der grüne Turm. Das ist von den Architekten ein gewisses Konzept, das dafür sorgen soll, daß man sich gleich zurechtfindet. Unten im Flachkörper herrscht dann die blaue Farbe vor, also Untersuchungs- und Behandlungsbereich. Gelb: Notausgänge. In gewisser Weise steckt schon eine Absicht dahinter.

Auf die Frage hinsichtlich der Trennwände erklärt Direktor Ing. **Parzer:** Die haben wir immer gewußt: 10 cm normal und in einigen Bereichen 8 cm. Das Problem ist nur das, daß es 70 000 solche und ungefähr 300 verschiedene Elemente in diesem Haus gibt.

Damit die VOEST wirtschaftlich produzieren kann, muß man ihr sagen: So, jetzt produziert ihr die und die Type. Nachdem wir noch in der Planung sind, haben wir da gewisse Schwierigkeiten.

Außerdem haben wir durch Verzögerungen der Planung auch Verzögerungen hier im Ausbau. Wir sind mit der VOEST sozusagen gerade im Entwickeln dieses Lieferprogramms, aber noch im Juli wird hier begonnen mit den vorbereitetenden Montagearbeiten, und im September werden die ersten Wände hier aufgestellt.

Sie können sich überzeugen: Wir haben auch die Bandrasterdecken soweit vorbereitet, daß das möglich ist. Aber da gab es auch einige, wenn ich so sagen darf, Startschwierigkeiten.

Auf die Frage Dr. Hirnschalls, wer das gemacht habe, erklärt Ing. **Parzer:** Brandrasterdecke: Es hatte den Auftrag von uns die Firma Prutscher, und die Arbeitsteilung ist so: Prutscher macht an sich die Koordination, die Abwicklung und die Montage, während Austria Email diese Decke fertigt. Das ist, würde ich sagen, sehr erwähnenswert, denn die Decke war öffentlich ausgeschrieben ...

Direktor Ing. **Parzer:** Nun sind wir in der Telefonzentrale (Ebene 11). Wir wollten eigentlich damit nur zeigen, daß wir in diesem Haus natürlich sehr unterschiedliche Ausbauphasen haben. Einerseits müssen wir wie hier Feinmontagen durchführen, in anderen Bereichen sind wir in der Rohmontage, das bringt eben auch einige Probleme mit sich.

Die Telefonzentrale soll ihren Betrieb bereits 1981 aufnehmen, um die total überlastete Zentrale im alten AKH zu ersetzen.

Direktor Ing. **Parzer** erläutert auf der Ebene 7: Hier sind wir auf der Ebene 7, der „Südspange". Hier ist der gesamte Unterrichtsbereich angeordnet, unter anderem auch die Hörsäle.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Die Ebene 7 ist der zweite Stock.

Direktor Ing. **Parzer:** Ja. Zwei Stockwerke über dem Eingangsniveau.

Im Großen Hörsaal erläutert Ing. **Parzer:** Auch hier wieder vielleicht ein interessantes Detail. Es ist auch das gesamte Grundsystem beibehalten. Sie sehen: Die Säulen sind einfach oben weggeschnitten, und darüber gibt es dann eben Abfangträger. Das Haus ist also in seiner Grundkonzeption überall gleich.

Der Untersuchungsausschuß begibt sich zurück in das Informationsgebäude der AKPE und setzt seine Beratungen fort.

Obmann Dr. **Steger** setzt nach der Begehung der Baustelle um 12 Uhr die Verhandlungen fort und fordert die Abgeordneten auf, ihre Fragen an die Direktoren zu richten.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ) möchte wissen, ob die Tatsache, daß der Bau des Allgemeinen Krankenhauses seit einigen Monaten zu heftigsten politischen Kontroversen führt, die Vorstandsmitglieder in ihrer Tätigkeit gehemmt hat — zum Beispiel von den Anforderungen her, die jetzt neu an sie gestellt wurden, von der Zeit her — und ob auch die Arbeit an der Baustelle in ihrer zeitlichen Abwicklung gehemmt wurde.

Direktor Dr. **Schwaiger:** Es ist keine Frage, daß wir einen starken Einbruch in die Bautätigkeit spüren. Ich darf das vielleicht an Hand von Zahlen erläutern. Während bis zum Beginn der Tätigkeit der AKPE im Jahresschnitt 150 Millionen Schilling verbaut wurden, haben wir es auf einen Schnitt von 1,1 Milliarden Schilling im Jahr gebracht. Die Höchstleistung war im Vorjahr 1,6 Milliarden Schilling. Für heuer haben wir eine weitere Steigerung bis zu 2,2 Milliarden Schilling in Aussicht genommen. Und die erschreckenden Zahlen, wie das bisherige Ergebnis zeigt, sind, daß wir etwa bis einschließlich Mai 480 Millionen Schilling ausgegeben haben. Wenn wir also heuer über 1 Milliarde Schilling kommen, dann sind wir schon sehr glücklich.

Das ist zu einem beträchtlichen Teil, wenn nicht zur Gänze natürlich auf die derzeitige Kampagne zurückzuführen. Denn es ist nicht nur so, daß unsere Arbeit natürlich sehr stark in Anspruch genommen wird, sondern auch die Mitarbeiter sind durch die verschiedenen Meldungen sehr stark verunsichert. Es traut sich niemand mehr, Entscheidungen zu treffen. Es kommt alles auf unseren Tisch. Sie können sich vorstellen, daß unser Arbeitstag auch nur begrenzte Kapazitäten hat. Wenn es also soweit ist, daß in den Medien öffentlich erklärt wird, daß etwa die Kranken in fensterlosen Arbeitsräumen untergebracht sind, dann verstehen die Mitarbeiter nicht, daß man solche Aussagen treffen kann. Jetzt sind natürlich alle auf der Baustelle sehr stark verunsichert.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wir haben im Einleitungsvortrag die Probleme, die im Jahre 1975 aufgetreten sind, als Sie die Arbeit übernommen haben, gehört. Eine wesentliche Entscheidung mußten Sie damals treffen, und zwar die Neuplanung, die Raum- und Funktionsplanung. Sie haben sich entschieden, nebenbei gleich zu bauen. Können Sie im Rückblick sagen, ob die Entscheidung, neben der Planung weiterzubauen, richtig war, oder ob es doch überlegenswerter gewesen wäre, damals zu unterbrechen und fertig zu planen und dann den Bau in einem durchzuziehen?

Direktor Dr. **Schwaiger:** Ich glaube, trotz aller Schwierigkeiten, die wir durch dieses Parallellaufen von Planung und Baudurchführung haben, war diese Entscheidung richtig, den Bau fortzuführen. Eine Reihe von Verträgen — speziell die großen Verträge — wurde ja schon weitgehend vor unserer Zeit abgeschlossen. Das hätte also abgesehen von den Stillstandskosten auch zu beträchtlichen Forderungen der Firmen geführt. Die Kosten wären unabsehbar gewesen. Ich glaube, daß die Entscheidung trotzdem richtig war, nur haben wir nicht geahnt, daß dieses Planen, insbesondere in bezug auf Abstimmung mit den Betreibern, ein derartiges Ausmaß bis zum Detail des Abstimmungsprozesses annehmen wird. Daher haben wir diese Planungszeit wesentlich kürzer geschätzt. Wir haben zum Beispiel für diese Raum- und Funktionsplanung den Termin von Februar 1978 in Aussicht genommen und haben allein durch diesen intensiven Abstimmungsprozeß eine Verzögerung von drei Jahren.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wir haben die Planung noch nicht abgeschlossen. Zu welchem Prozentsatz ist man mit der Planung fertig, und was ist noch offen?

Direktor Ing. **Parzer:** Ich würde sagen, daß wir zu 90 Prozent die Entwurfplanung fertig haben. In der Detailplanung, die an sich mit der Entwurfplanung nichts mehr zu tun hat, ist das in Prozenten schwerer auszudrücken, denn das geht ja an sich parallel mit der Bauausführung.

Wenn Sie gestatten, würde ich doch ganz gerne zu den eingangs gestellten Fragen noch ein paar Bemerkungen machen. Ich möchte auf der technischen Seite darauf hinweisen, daß vor allem der Abgang von Direktor Winter enorme Probleme gebracht hat, weil praktisch der ganze Haustechnikbereich jetzt irgendwie kopflos dasteht und es — zum Beispiel für mich — unmöglich ist, das Ganze voll zu überblicken und zu bewältigen. Es ist überhaupt eine falsche Vorstellung, daß ein Mann dieses Riesenobjekt zur Gänze überschaut. Hier ist echte Teamarbeit notwendig. Ich kann hier nur wirk-

lich, wenn ich das darf, an die Politiker appellieren, diese Unsicherheit auf der Ebene des Vorstandes zu beseitigen und zu schauen, daß diese Sache rasch bereinigt wird, ganz gleich, wie das erfolgt. Man kann solch ein Riesenobjekt mit diesen technischen Anforderungen, mit dieser Kompliziertheit nicht abwickeln, wenn an der Spitze Unsicherheit gegeben ist.

Obmann Dr. **Steger** erklärt, der Ausschuß entscheide das mit Sicherheit nicht.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Aus welchen Gründen war es notwendig, daß die Gesellschaft relativ viele Aufgaben an Dritte übertragen hat, und was waren die hauptsächlichen Ursachen für die Planungsänderung und die Ausweitung der Kubatur?

Direktor Dr. **Schwaiger:** Die Übertragung an Dritte hat vor allem den Grund gehabt, daß wir laufend in das Bauvorhaben eingestiegen sind. Wir hatten überhaupt keine Vorbereitungszeit, einen Apparat aufzubauen. Man braucht mit Sicherheit an die 200 Personen, die das hier abwickeln können. Eine derartige Personalaufnahme wäre unmöglich gewesen. Wenn man diese Leute auf dem Arbeitsmarkt sucht, so ist es nahezu unmöglich, geeignete Personen zu finden. Daher haben wir auf bestehende Firmen, die einen gewissen Grundstock an entsprechend ausgebildeten und erfahrenen Mitarbeitern haben, zurückgegriffen. Auch bei der UNO-City wurde das Projekt, obwohl dort die Voraussetzungen ganz anders waren, in dieser Form abgewickelt. Wir liegen auch kostenmäßig hinsichtlich der Vergabe der Leistungen im Verhältnis unter den Kosten bei der UNO-City.

Hinsichtlich der Planungsänderungen: Das hat sehr vielfältige Gründe. Der eine Grund ist sicherlich dieser Abstimmungsprozeß. Ich möchte hier nur verschiedene Beispiele nennen, die sehr illustrativ sind, daß hier immer wieder Ausweitungen aus dem Titel der medizinischen Betreuung, Lehre und Forschung verlangt werden. Wir haben jetzt die neurochirurgische Klinik, die in Form eines Aufbaues auf die Psychiatrie und Kinderklinik errichtet werden soll, dazubekommen. Das ist immerhin ein Bauvolumen von 400 Millionen Schilling zu heutigen Preisen. Diese Aufstockung wurde nicht nur erforderlich, weil man die Neurochirurgie, die im heutigen Teil schon sehr veraltet ist, schon früher haben wollte, als es im Neubau der Fall gewesen wäre — etwa drei Jahre früher steht sie zur Verfügung —, sondern auch weil man Platz für andere Kliniken brauchte.

Ein zweites Beispiel zeigt vielleicht die Schwierigkeit des Herbeiführens des Nutzerkonsenses: Es ist nicht einmal möglich, auf dem EDV-Sektor zu einer relativ raschen Entscheidung zu kommen. Wir diskutieren mit den Betreibern insbesondere der Fakultät über das geeignete Bausystem, wo man ausgesprochene „Exoten" aus Amerika haben will, die um 160 Millionen Schilling mehr kosten, als wir es vorgeschlagen haben. Das dauert immerhin schon zwei Jahre.

Darüber hinaus gibt es natürlich auch technische Gründe, die sich daraus ergeben, daß laufend Mehranforderungen aus dem Titel Sicherheit, aus dem Titel Hygiene gestellt werden. Wir merken bei jedem Brand, den es in letzter Zeit gegeben hat, daß bei den Bauverhandlungen wesentlich verschärfte Vorschriften Platz greifen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Sie haben uns zwei Zahlen genannt im Vergleich zwischen 1968 und 1969 bis heute bei der Entwicklung der Institute und bei der Entwicklung des Personalstandes im medizinischen Dienst. Die Entscheidung, hier zu bauen, ist ja schon in den fünfziger Jahren gefallen. Hat man nicht aus der Entwicklung von Mitte der fünfziger Jahre bis zu Beginn der siebziger Jahre her Ihnen irgendwelche Vorgaben gegeben, wie die künftige Entwicklung sein soll, oder kommt das von der medizinischen Fakultät auf Sie zu, und Sie müssen sehen, wie Sie mit den Planungen fertig werden? An sich müßte man Ihnen ja gewisse Vorgaben im Jahre 1975 bei der Übernahme Ihrer Aufgaben gegeben haben.

Zweitens: Sie haben 1975 begonnen. Können Sie ungefähr sagen, wie der Ausbauzustand 1975 im Vergleich zu heute war und wie es mit der Benützung steht? Welcher Teil — ungefähr prozentuell — der Anlage ist heute schon in Benützung?

Direktor Ing. **Parzer:** Zur Frage der Vorgaben und Planungsgrundlagen: Zum Zeitpunkt 1975, als wir das Projekt übernommen haben, hat sich gezeigt, daß nicht einmal eindeutige oder klare Unterlagen über das bestehende Haus vorhanden waren. Wir sind sofort konfrontiert worden mit der Frage: Wie sind die Anforderungen der späteren Nutzer in Vergleich zu setzen mit dem heute Vorhandenen, denn schließlich und endlich wird das AKH ja erneuert. Es ist nicht so, daß man hier etwas ganz Neues plant und auf die grüne Wiese setzt, sondern es ist an sich ein bestehendes Areal, ein bestehendes Krankenhaus, eine bestehende Universität, die erneuert wird. Wir haben 1976 auch eine sehr umfassende Ist-Bestandserhebung über das bestehende alte Krankenhaus durchgeführt, und zwar vom baulichen Zustand her bis zur medizintechnischen Einrichtung, um überhaupt Planungsgrundlagen und Vorgaben für die Neuplanung zu haben. Das war der Ausgangspunkt. Ihre Frage ist damit so beantwortet: Es gab keine Vorga-

ben. Es gab auch für uns keine klare Zielsetzung.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Wie sehen Sie das auf die nächsten Jahre der Bauzeit?

Direktor Ing. **Parzer:** Die Technik allgemein und die Medizintechnik im besonderen haben sich natürlich besonders rasant entwickelt von 1950 bis in die achtziger Jahre. Es ist ja undenkbar, daß die Entwicklung in dieser Rasanz weitergeht, genauso wie auch das Wirtschaftswachstum eben nicht mehr im selben Ausmaß wächst. Irgendwann wird das langsamer vor sich gehen.

Aber es ist selbstverständlich — das ist auch in der Öffentlichkeit zum Beispiel von Professor Fellinger geäußert worden —, daß man einmal Schluß machen muß. Einmal ist das Haus fertig. Zusatzwünsche wird es immer wieder geben, aber diese müssen sich auf die Einrichtung, auf die Ausstattung beschränken, aber das Haus selbst kann man nicht mehr ändern.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Es wird in der Zukunft vielleicht nicht in dieser Rasanz weitergehen, aber eine gewisse Weiterentwicklung ist zu erwarten. Haben Sie im jetzigen Projekt irgendwelche Kapazitätsreserven, oder heißt das, daß jetzt Schluß ist und keine weitere Entwicklung analog zur Vergangenheit mehr möglich sein wird?

Sie haben auch vorhin erwähnt, daß Sie noch Probleme haben in der Abstimmung mit den Benutzern, etwa im Aspekt EDV. Wenn diese Probleme über eine sehr lange Zeit hinweg anhalten, in welcher Weise ist da der Entscheidungsvorgang? Wenn Sie andere Vorstellungen haben als die Benutzer, wie kommt dann eine Entscheidung zustande? Sind Sie hier auf einen Konsens angewiesen, oder gibt es letztlich übergeordnete Entscheidungsmöglichkeiten?

Ein dritter Punkt, der mich interessiert hat: Aus diesem Diagramm geht hervor, daß die APAK ja in einer Vielzahl von Fällen offensichtlich eine sehr wichtige Rolle spielt. Könnte man sozusagen jetzt am Prozentsatz der Vergabesummen die Bedeutung der APAK in diesem Gesamtbereich sehen? Wieviel Prozent der vergebenen Gelder fließen über diesen Bereich? — Danke.

Direktor Ing. **Parzer:** Es gibt in dem Haus kaum noch weiße Flecken, wenn ich das so bezeichnen darf. Das heißt, es gibt kaum Reserveflächen. Die kann man vernachlässigen. Sie sind nicht vorhanden. Es gibt aber sehr wohl, zum Beispiel bei der Auslegung der einzelnen Bereiche, die ja an sich auf Betriebsdaten beruhen, eine gewisse Trendfeststellung beziehungsweise ein Berücksichtigen eines Trends. Zum Beispiel sind die Labors so dimensioniert, daß man hier den Trend der Laborproben zugrunde gelegt hat: Radiologie, Röntgen und so weiter. Also hier sind schon etwas in die Zukunft schauend gewisse Trends berücksichtigt worden in der Fläche. Aber das Haus selbst hat von Haus aus keine Reserveflächen eingeplant.

Die Nutzerkonsensfindung: Wir haben bis heute eigentlich in allen wesentlichen Fragen einen Konsens erreicht. Es war sehr mühsam, es hat vieler Gespräche, vieler Ausarbeitungen von Varianten bedurft, aber wir haben diesen Konsens immer angestrebt und uns bemüht, ihn zu erhalten. Ich glaube, er ist in allen wesentlichen Fragen vorhanden.

Die APAK ist an sich ein Erfüllungsgehilfe, der von sich aus keine Entscheidungen treffen kann, keine Verträge abschließt und auch keine Aufträge erteilt. Offerte auf Grund von Ausschreibungen werden wohl von der APAK geprüft, es kommt eine Stellungnahme, ein Prüfbericht, aber die Entscheidung liegt bei der AKPE. Es liegt auch die Administration des Auftrages bei der APAK, da die AKPE selbst den Auftrag ausschreibt. Sie hat an sich die Aufgabe, uns Entscheidungsgrundlagen zu erarbeiten und den ganzen Ablauf des Projektes zu koordinieren. Zum Beispiel hat sie die Terminpläne für die Ausführung und auch für die ganzen Gespräche sowie für die Abwicklung der Planung zu erstellen, sie hat die einzelnen Sparten zu diesem Gespräch einzuladen. Das ist an sich das wesentliche, aber man kann nicht sagen, daß jetzt über die APAK das Projekt läuft.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Hat die APAK eine Kontrolltätigkeit auszuüben?

Direktor Ing. **Parzer:** Die APAK hat eine Kontrolltätigkeit vor allem in der Ausführung auszuüben, weil sie ja dort die Aufsicht macht. Also wir haben der APAK die Bauaufsicht übertragen, so wie es normalerweise bei einem kleineren Projekt ein Architekt macht. Dort hat sie eine kontrollierende Tätigkeit, und zwar sowohl was die Qualität, die Quantität als auch die Abrechnung betrifft.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Gilt das nur für bauliche Bereiche oder auch für Fragen der Organisationsplanung?

Direktor Ing. **Parzer:** Bei Fragen der Organisationsplanung, also wenn wir jetzt konkret auf die Betriebsorganisationsplanung eingehen, hat die APAK vor allem die Rolle des Koordinierens. Das heißt, sie hat die einzelnen Gespräche einzuberufen und darüber hinaus zum Beispiel auch die Funktion, die Leistungserbringung zu überwachen. Das hat sie natürlich auch bei den einzelnen Planern. Es ist ja im Zuge der Gesamtabwicklung wesentlich,

daß die Leistungserbringung als solche gesteuert und auch überwacht wird. Diese Funktion hat die APAK schon.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Direktor Parzer! Sie haben wörtlich gesagt, als Sie begonnen haben, gab es keine klare Zielsetzung. Gemäß Artikel 15 des Syndikatsvertrages vom 9. September 1975, den Sie abgeschlossen haben, sollte zwischen dem Bund und der Stadt Wien einerseits und der AKPE andererseits ein eigener Beauftragungsvertrag abgeschlossen werden. Dort sollten die Zielsetzungen drinnenstehen für die AKPE. Sie werden sich daran erinnern.

Nach meinen Informationen gab es diesen Beauftragungsvertrag mit den Zielsetzungen bisher nicht. Ich möchte Sie jetzt fragen, ob es so einen Vertrag mittlerweile gibt.

Direktor Ing. **Parzer:** Diesen Vertrag gibt es nicht.

Obmann Dr. **Steger:** In welcher Weise wurden Ihnen dann die Zielsetzungen während Ihrer Tätigkeit vorgegeben?

Direktor Ing. **Parzer:** Die Zielsetzung ist in dieser Form erfolgt, daß man 1976, nachdem man erkannt hat, daß hier an sich diese Grundlagen nicht vorhanden sind, das sogenannte Grundsatzprojekt gemacht hat. Wir haben hier nicht einfach weitergebaut, sondern wir haben von vorne begonnen und ein sogenanntes Grundsatzprojekt erarbeitet. Dieses Grundsatzprojekt wurde dann von den Aktionären akzeptiert. Vorher wurde der Konsens hergestellt mit allen Beteiligten, wie der Fakultät und des Betreibers Stadt Wien.

Dieses Grundsatzprojekt war dann die Grundlage für alle weiteren Planungen. Es ist natürlich im Zuge der Abwicklung korrigiert worden, in gewissen Bereichen waren Veränderungen notwendig. Es gab dann im Laufe der Zeit einige Gespräche mit den Vertretern des Bundes und der Stadt Wien, wo zwischendurch diese wesentlichen Entscheidungen bestätigt wurden, die für uns als weitere Vorgabe dienten.

Obmann Dr. **Steger:** Verstehe ich das jetzt richtig? — Die Zielsetzungen, wie es vorgesehen war, daß sie Ihnen vorgegeben werden, haben Sie eigentlich nicht bekommen. Sie haben aber selbst als AKPE dann das ausgearbeitet und den Konsens darüber hergestellt, daß es in dieser Richtung weitergehen soll. Sie sind also auf dem umgekehrten Weg zur Erarbeitung der Zielsetzungen gekommen. So habe ich jetzt Ihre Antwort gedeutet. Bitte, sagen Sie mir das klar.

Direktor Ing. **Parzer:** Kann man so deuten. Das heißt, wir haben die nötigen Entscheidungsgrundlagen erarbeitet; selbst erarbeitet.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben sie also selbst erarbeitet und den Gebietskörperschaften vorgelegt, dann das bestätigt erhalten und betrachten das jetzt als Zielsetzung.

Direktor Ing. **Parzer:** Das betrachten wir auch als Zielsetzung.

Direktor Dr. **Schwaiger:** Man mußte zuerst den Status dieses Projektes erheben. Dies ist sehr rasch geschehen, und zwar Ende 1975. Man kann sagen, die erste Zielsetzung war ja gerade zu überlegen: Ist es überhaupt sinnvoll, in der Form weiterzubauen? Das war ja vorher eine Fragestellung. Wir hatten schon eine Aktionärsbesprechung am 18. März 1976 gehabt, in der all diese Fragen behandelt worden sind. Auch das wurde damals zur Diskussion gestellt. Es wurde auch untersucht: Bestehen diese Forderungen, die unmittelbar nach unserer Aufnahme der Tätigkeit gestellt wurden, zu Recht, soll man in dem Maß weiterplanen? Das war, wie gesagt, der erste Schritt am 18. März 1976. Auf dieser Basis hat man dann weitergetan. Man hat, wie ich schon erwähnte, das Grundsatzprojekt in sechs Varianten durchdiskutiert, sodaß die nächste Zielsetzung sozusagen die Genehmigung dieses Grundsatzprojektes am 31. Jänner 1977 war. Also es wurden in dieser Hinsicht natürlich Untersuchungen angestellt, wie gesagt, beginnend mit 18. März 1976.

Obmann Dr. **Steger:** Ich habe im Ohr, Herr Direktor Parzer, daß Sie, als wir unten auf der Baustelle waren, von zirka 30 000 Plänen gesprochen haben, die es bisher gibt im Zusammenhang mit all dem, was auch an Innereien in das Allgemeine Krankenhaus hineingebaut wird. Da stellt sich natürlich jetzt die Frage: In welchem Planungsstadium wurde aus Ihrer Sicht bei dieser Fülle von Planungen, die erforderlich waren, eigentlich mit dem Rohbau begonnen? Können Sie das rückschauend aus Ihrer Sicht beantworten?

Direktor Ing. **Parzer:** Diese Beantwortung ist vielleicht deshalb etwas schwierig, weil wir uns an sich mit der gesamten Vorgeschichte vielleicht nicht so im Detail befaßt haben. Soweit wir aus den Unterlagen, die wir haben, erkennen, wurde auf der Basis eines Raumprogramms, das Professor Riethmüller ausgearbeitet hat — das letzte war 1969, mit gewissen Ergänzungen 1971 —, die Konzeption des Hauses entwickelt. Die Vorstellung war damals — das habe ich auch bei der Begehung erwähnt —, dieses Haus möglichst flexibel zu gestalten, also die Konstruktion so zu wählen, daß man

sehr weitgehende Änderungen vornehmen kann. Aus dieser Überlegung heraus, daß dieses Haus sehr große Möglichkeiten von Änderungen bietet, hat man mit dem Rohbau begonnen.

Dieses Grundsatzprojekt Riethmüller ist erstellt, soweit mir bekannt ist, eigentlich auf Grund von allgemeinen Erfahrungswerten. Also die tatsächlichen Betriebsdaten des Althauses standen Riethmüller ursprünglich in diesem Umfang nicht zur Verfügung, wie wir sie dann 1976 erhoben haben. Ich möchte aber gleich dazusagen, daß diese Erhebungen von Betriebsdaten an sich problematisch sind, weil ja, wie wir gesehen haben, die Entwicklung der ganzen Medizintechnik an sich, auch die Splittung der einzelnen Fachbereiche in der Medizin, sehr rasch vor sich gegangen ist. Dadurch wird auch das Projekt sehr wesentlich beeinflußt.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Es haben hier wesentliche Unterlagen gefehlt, die Sie erst erarbeiten mußten, insbesondere sozusagen den Status der Baustelle. Wessen Aufgabe wäre es eigentlich gewesen, diese Unterlagen vorher bereitzustellen? Wäre das eine Aufgabe der Architekten gewesen zu diesem Zeitpunkt? Wessen Aufgaben mußten Sie hier nachholen?

Direktor Ing. **Parzer:** Grundsätzlich ist es die Sache des Bauherrn oder des Planers, daß er eindeutige Vorgaben gibt. Darüber kann es ja keine Zweifel geben.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Wenn ich das richtig verstanden habe, mußten Sie überhaupt erst einmal feststellen, was schon gebaut ist, in welchem Zustand sich die Dinge befinden.

Direktor Ing. **Parzer:** Ich sagte eingangs: Hier waren ein Rohbau vorhanden, im Flachkörperbereich etwa ein Drittel, sowie ein Stahlgerüst vom Bettenhaus, in dem an sich vom Inhalt her etwas ganz anderes vorgesehen war, als heute drinnen ist. Zum Beispiel das Bettenhaus: Sie wissen ja, wir haben auch eine Reduzierung der Gesamtbettenzahl vorgenommen, aber es kam dadurch zu keiner Reduktion des Bauvolumens. Es wurden auch die ganzen Bettenstationen, die Bettenhäuser umgeplant, und es wurde verschiedenes verbessert. Man hat ja bereits zu unserer Zeit eine ganz andere „Philosophie" entwickelt. Ursprünglich lagen zum Beispiel die Schwesternarbeitsräume, die Aufenthaltsräume alle im Dunkeln. Wir haben dann durch Änderungen diese Dinge verbessern können, da wir die Pflegearbeitsräume, die Aufenthaltsräume, die Dienstzimmer und so weiter ans Tageslicht gelegt haben. Pro Geschoß haben wir dadurch weniger Betten als früher. Auch das war zum Beispiel ein Detail, das eine sehr umfangreiche Umplanung in einem gewissen Bereich erfordert hat.

Aber ich glaube noch einmal darauf hinweisen zu müssen, daß es eben am Beginn unserer Tätigkeit keinerlei Konsens zwischen den Betreibern und der Bauleitung gab. Warum und weshalb, das können wir heute nicht feststellen. Die erste Reaktion, als wir hergekommen sind, war ja: Das entspricht nicht mehr dem heutigen Stand, der heutigen Struktur der Fakultät. Es ist unmöglich, das in dieser Form weiterzubauen. Das hat uns ja dann veranlaßt, nicht „weiße Flecken" zu schließen — ich habe noch im Ohr, wie es hieß, als ich gekommen bin: hier sind einige weiße Flecken, die muß man schließen —, sondern das Ganze neu durchzudenken und diese Grundsatzplanung durchzuführen.

Obmann Dr. **Steger** erklärt den Lokalaugenschein für beendet.

Schluß des Lokalaugenscheines: 12 Uhr 30 Minuten

Fortsetzung der 4. Sitzung am 27. 6. 1980 im Lokal VI des Parlamentsgebäudes

Beginn: 14 Uhr 35 Minuten

Obmann Dr. **Steger** eröffnet die Nachmittagssitzung des AKH-Untersuchungsausschusses.

Zeugeneinvernahme des Direktors des Kontrollamtes der Stadt Wien Fritz Delabro

Obmann Dr. **Steger** begrüßt Herrn Kontrollamtsdirektor Dr. Delabro als Zeugen in der heutigen Sitzung des Untersuchungsausschusses und hebt nochmals hervor, daß der betreffende Kontrollamtsbericht im Wege der parlamentarischen Gremien bereits der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Ein spezieller Beschluß über die Vertraulichkeit ist nicht notwendig, wenn es nicht speziell bei einer bestimmten Passage im Ausschuß gefordert wird.

Ich darf aber am Beginn die Frage an Sie richten, bevor wir zur eigentlichen Einvernahme kommen, ob Sie von der Amtsverschwiegenheit entbunden worden sind.

Kontrollamtsdirektor Dr. Fritz **Delabro**: Ja.

Obmann Dr. **Steger**: Bevor wir die eigentliche Einvernahme durchführen können, bitte ich Sie um Ihre sogenannten Generalien: Alter, Beruf, Adresse et cetera.

Kontrollamtsdirektor Dr. **Delabro**: Ich bin am 29. Februar 1924 geboren, habe nach Absolvierung der Mittelschule das Jusstudium betrieben, bin dann als Werkstudent bei der Stadt Wien eingetreten, habe in dieser Zeit mein Studium beendet, war dann jahrelang als Personalist in der Stadtverwaltung tätig, war jahrelang Leiter der allgemeinen Personalabteilung, wurde im Jahre 1962 in die Amtsinspektion berufen, bin 1964 zum Leiter dieser Institution berufen und im Jahre 1970 erstmals zum Kontrollamtsdirektor gewählt worden. Diese Wahl wurde 1975 wiederholt, und in die dritte Funktionsperiode wurde ich mit Gemeinderatsbeschluß vom 29. April 1980 einstimmig wiedergewählt.

Obmann Dr. **Steger**: Ich werde einzeln jeweils das fragen, was formell nach der StPO als Generalien gefordert wird, damit auch wirklich alles im Protokoll ist.

Vor- und Familienname.

Kontrollamtsdirektor Dr. **Delabro**: Fritz Delabro.

Obmann Dr. **Steger**: Geburtsdatum haben Sie schon genannt.

Beruf ist Kontrollamtsdirektor.

Wohnort?

Kontrollamtsdirektor Dr. **Delabro**: Wien 13, Wattmanngasse 58.

Obmann Dr. **Steger**: Wichtig ist es dort, wo man sagt, persönliche Verhältnisse, insbesondere Verhältnis zum Beschuldigten. So etwas haben wir nicht.

Ihre berufliche Funktion ist Kontrollamtsdirektor. Damit sind wir mit den Generalien fertig.

Ich darf Sie daran erinnern, daß Sie als Zeuge verpflichtet sind, wahrheitsgemäß auszusagen, und daß es möglich wäre, durch Beschluß des Ausschusses eine Beeidigung von Teilen der Aussage oder der gesamten Aussage auch im nachhinein durchzuführen.

Wir haben Sie heute hierhergebeten, weil die Vorlage des Kontrollamtsberichtes, der ja sehr umfangreich ausgefallen ist, natürlich eine Fülle von Fragen für die Mitglieder des Ausschusses aufwirft, und ich darf Sie zunächst bitten, mit wenigen Worten kurz historisch den Prüfungsablauf, wie es dazu gekommen ist, und die Prüfung, wie sie sich aus Ihrer Sicht ergeben hat, zu beschreiben, bevor wir dann im einzelnen die Fragen stellen.

Kontrollamtsdirektor Dr. **Delabro**: Ich danke zunächst für die Gelegenheit, daß mir dieser Überblick gewährt wird, aber ich glaube, ich muß Sie, Herr Vorsitzender, insofern enttäuschen, als Sie sagen: mit wenigen Worten. Sie selbst haben schon den Umfang des Berichtes zitiert. Es muß mir jemand nachmachen, wie man mit wenigen Worten den Bericht hier historisch skizzieren kann. Das ist, glaube ich, nicht möglich. Sie werden daher mit Geduld über sich ergehen lassen müssen, daß ich doch etwas länger aushole, um beim Bericht vom Anfang bis zum Ende eine gewisse Skizzierung durchzuführen.

Es ist wirklich zweckmäßig, wenn man dem Ausschuß einen Überblick über die historische Entwicklung des Baues des AKH gibt, wobei ich mir erlauben werde, gleichzeitig auf die Feststellungen des Kontrollamtes einzugehen und dort, wo es mir notwendig erscheint, auch

gleichzeitig die Gegenäußerungen der kritisierten Stellen zu den Feststellungen ein wenig zu streifen.

Es ist, glaube ich, die Prüfzuständigkeit des Kontrollamtes festzuhalten. Mit Rücksicht auf die Beteiligung am AKH-Bau 50 zu 50 Prozent Bund und Stadt Wien, glaube ich, ist zunächst festzuhalten, daß von vornherein für das Kontrollamt keine Prüfmöglichkeit im AKH bestanden hat. Diese Prüfmöglichkeit wurde erst herbeigeführt durch das Ersuchsschreiben der beiden Aktionärsvertreter, da das Kontrollamt bei einer 50 zu 50-Beteiligung nur auf Ersuchen beziehungsweise dort, wo sich die Stadt Wien die Prüfung vorbehält, eingreifen kann. Ich möchte das deshalb erwähnen, weil uns das wesentlich zu dem Problem erscheint. Zum Unterschied vom Rechnungshof. Der Rechnungshof hätte diese Bundesgesellschaft jederzeit, also auch ohne ein Ersuchsschreiben, prüfen können.

Dieses Prüfersuchen des Bürgermeisters beziehungsweise des Herrn Finanzministers und Vizekanzlers an das Kontrollamt war insbesondere darauf gerichtet, einen an die aus mehreren Firmen bestehende Arbeitsgemeinschaft Betriebsorganisationsplanung vergebenen Auftrag für die Planung dieser Organisationsform im AKH beziehungsweise an den Universitätsinstituten einer umfassenden Prüfung zu unterziehen.

Es erscheint mir auch bemerkenswert und in diesem Zusammenhang erwähnenswert, daß gleichzeitig im Jahre 1979 die Aktionärsversammlung den Beschluß gefaßt hat, das Kontrollamt der Stadt Wien auch mit der laufenden Gebarung der AKPE, also der Allgemeines Krankenhaus Planungs- und Errichtungsgesellschaft, zu betrauen, welche Prüfungen auch vom Kontrollamt wahrgenommen wurden und wahrgenommen werden.

Für den besonderen Prüfungsvorgang war es ja schließlich notwendig, auch die Verhältnisse, die vor der Gründung der AKPE hier Platz gegriffen haben, in die Untersuchung einzubeziehen, da der Auftrag nicht losgelöst betrachtet werden kann, sondern eben die gesamte historische Entwicklung des Baues von 1959 an mehr oder weniger unter die Lupe genommen werden mußte, um überhaupt ein gewisses Verständnis für die gesamte Aktenlage hier an den Tag zu legen.

Ich darf die erste Etappe umgrenzen zwischen dem Zeitraum von 1955 bis 1966. Es hat sich am 11. August 1955 das Bundesministerium für Finanzen bereit erklärt, sich am Neubau der II. Chirurgischen Klinik zu beteiligen. Am 7. Oktober 1955 hat der Koordinationsausschuß für die Vorbereitung der Planung des AKH-Neubaues, dem die zuständigen Bundesministerien, die medizinischen Fakultäten und die Stadt Wien angehören werden, schon damals eigentlich einen Neubau in Aussicht genommen, wobei ich hier besonders unterstreichen möchte, daß damals bereits von den Klinik-Chefs — wobei damals nur davon die Rede war, e i n e Klinik neu zu bauen — die Vorstellung ausgegangen ist, den AKH-Bau vollkommen neu durchzuführen.

Im Jahre 1957 einigte man sich zunächst einmal darauf, daß anstelle der vorgesehenen 3 000 Betten dem Bau nur mehr 2 500 Betten zugrunde gelegt werden sollten. Man einigte sich weiters auf den Standort des AKH, nämlich auf den Standort Lazarettgasse auf dem Gebiete der sogenannten neuen Kliniken. Ich darf also hier erwähnen, daß sich für diese Standortbestimmung insbeondere auch wieder die Klinik-Chefs verantwortlich gezeigt haben, die nämlich ausdrücklich erklärten, daß die Klinik auf diesem Gebiet errichtet werden soll, weil unbedingt die Nähe der Universität gegeben sein müsse.

Aus dieser Wahl des Standortes, die damals auch von einem Berliner Sachverständigen gutgeheißen wurde, ergab sich aber zwangsläufig aus der räumlichen Begrenzung, daß man nicht mehr in der Pavillion-Bauweise, sondern in der Blockbauweise bauen mußte, weil ansonsten ja, wenn man Pavillons errichtet hätte, ungefähr ein Flächenausmaß des halben 8. oder 9. Bezirkes verbaut hätte werden müssen. Daher hat man dieses Gebiet gewählt, was sich in der Folge bis zum heutigen Tage eben als nicht gerade glücklich erwiesen hat.

Und viertens wurde in dieser Einigung beschlossen, den Bau so flexibel wie möglich zu gestalten.

Im Jahre 1957 hat man dann auf Grund dieser Einigung den Herrn Professor Dr. Riethmüller aus Tübingen beauftragt, ein sogenanntes Raum- und Funktionsprogramm zu erstellen. Ein Jahr später konstituierte sich der sogenannte Spitzenausschuß des Allgemeinen Krankenhauses, der ARGE AKH, wobei hier in diesem Spitzenausschuß festgelegt wurde, nicht mehr nur die II. Chirurgie neu zu bauen, sondern das ganze Krankenhaus, wobei man damals festlegte, diesen Bau in sogenannten zwei Einheiten durchzuführen. Die erste Einheit sollte umfassen, die Kliniken des alten Baues, also jenseits der Lazarettgasse, hinüberzuziehen in den Bau; die sogenannten neuen Kliniken, auf dem Gelände, wo jetzt das neue Krankenhaus steht, sollten vorläufig adaptiert werden. Ich darf nur sagen, daß die Stadt Wien inzwischen in die Adaptierung dieser sogenannten neuen Kliniken immerhin ungefähr 390 Millionen Schilling gesteckt hat. Diese neuen Kliniken sollten also vorläufig

adaptiert werden und erst dann, wenn sie wieder abgewohnt sind und nicht mehr den neuen Anforderungen entsprechen, in den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses überführt werden.

Diesen Plan hat man damals gelegt, und zwar hat man auch damals erkannt, nicht mehr auf 3 000 Betten zu planen, sondern 2 500 Betten zu planen.

Jetzt möchte ich hier ein besonders schwieriges Problem, welches für die Prüfung, aber auch für die Gestaltung mancher Umstände maßgebend ist, aufzeigen, nämlich das Problem der zwei Nutzer an diesem Krankenhaus.

Einerseits ist das Allgemeine Krankenhaus Universitätsklinik und Institut, daher irgendwie zu sehen unter Betrachtung des § 54 des Universitäts-Organisationsgesetzes, und andererseits ist es ein Allgemeines Krankenhaus der Stadt Wien, betrachtet unter dem Gesichtspunkt des Wiener Krankenanstaltengesetzes.

Die Stadt Wien kommt allerdings durch ihre Rechtsträgerschaft an diesem Krankenhaus, das möchte ich auch hier erwähnen, auf Bundesgebiet mehr oder weniger in sehr bedeutendem Ausmaß schließlich auch für die Lehre und Forschung auf, und es ist hier eigentlich auch die Meinung zu vertreten, die ich persönlich auch früher immer schon vertreten habe, daß beim Allgemeinen Krankenhaus, welches ja in der Ersten Republik beziehungsweise bis zum Zweiten Weltkrieg immer einem Bundesfonds angehört hat, nämlich seinerzeit dem K. und K.-Fonds und dann dem Bundeskrankenanstaltenfonds, nicht überhaupt wegen der Untrennbarkeit Klinik und Lehrbetrieb und Forschung die Rechtsträgerschaft in einer Hand besser wäre, das heißt, in der Hand des Bundes, so wie man das vielfach auch woanders findet; ich darf also hier insbesondere auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland verweisen, wo selbstverändlich Kliniken, Spital als untrennbare Einheit Forschung, Lehre und Spitalsführung in einer Hand sind.

Ich erwähne das deshalb so deutlich, weil sich nämlich das Verhältnis Bundesprofessorenschaft — Klinikvorstände — Stadt Wien auch wie ein roter Faden durch die gesamte Gestaltung des Neubaues des Allgemeinen Krankenhauses zieht. Ich habe ja schon vorhin gesagt, daß insbesondere auch die Auswahl des Standortes nicht zuletzt auf die Vorschläge der Kliniken erfolgt ist, damit auch gegeben die Bauweise.

Die Prüfung läßt aber auch, wie aus dem Bericht zu entnehmen ist, den Sie selbst gelesen haben werden, zweifellos den Schluß zu, daß das AKH unserer Meinung nach längst fertig sein könnte, wenn nicht an die Bauherrenschaft und Trägerschaft dauernd Änderungswünsche der Klinikvorstände herangetragen worden wären — wobei ich ihnen das als gutes Recht zubillige, aber sie haben also immer nur nach einem Grundsatz gehandelt: nämlich das modernste Spital in Händen zu haben. Wobei man auch das gutheißen kann, aber ich glaube, bei der rasanten Entwicklung insbesondere der medizinischen Technik würde sich ein solches Krankenhaus nie fertigstellen lassen. Einmal muß ein Schlußpunkt gesetzt werden, ansonsten plant man hier ins Uferlose.

Ich darf aber auch sagen, daß erkennbar war aus diesen von mir eben entwickelten Gedanken, daß nämlich an und für sich bereits im Jahre 1973, wenn man die Protokolle der Architekten-Arbeitsgemeinschaft nachliest, eine vollkommene Einigung zwischen der Bauherrenschaft und den Kliniken über die Verteilung der Kliniken, über die Aufteilung der Kliniken erzielt war.

Drei Jahre später haben aber die Kliniker vollkommen neue Wünsche herangetragen. Sie führten zu einer vollkommenen Umplanung des Krankenhauses, noch dazu nicht zu der wünschenswerten sparsamen Variante des Allgemeinen Krankenhauses, wie sie nämlich schon im Gutachten von Seitz, Sienkiewicz und Kaufmann niedergelegt war, nämlich daß die Reduzierung von ursprünglich 2 500 Betten auf schließlich 2 100 Betten auch zu einer Verringerung der Kubatur führen sollte. Das hat man nicht erreicht. Was man am Bettentrakt erspart hat, hat man in die Forschung und Lehre hineingegeben, hat Erweiterungsbauten geschaffen, sodaß der echte Nutzeffekt der Sparversion nicht zum Tragen gekommen ist. Man hat also dann der Variante EB den Vorrang gegeben mit den Erweiterungsbauten, was also nicht zu den wesentlichen Sparversionen geführt hat, was also auch hier bitte ausdrücklich von mir vermerkt werden möchte.

Ich habe schon gesagt, daß hier manchmal der Eindruck entstanden ist — bitte, ich glaube, das kann man ruhig sagen —, daß gewisse Seiten der Kliniken an einer zügigen Fertigstellung, an einer Fertigstellung in einem Zug insbesondere deshalb nicht interessiert waren, weil sie eben immer von dem Gedanken getragen waren: Wenn das einmal fertig ist, soll es zum Zeitpunkt des Fertigseins das modernste sein, und sie haben also unter diesem Gesichtspunkt immer wieder neue Dinge verlangt und zur Debatte gestellt, wobei es immer sehr schwer war, den Konsens zwischen Nutzer und Bauherrenschaft unter ein Dach zu bringen.

Daß die Stadt Wien aber für Lehre und Forschung ohnehin immer wieder mehr als genug, glauben wir, getan hat, wollen die Herren auch aus folgendem ersehen: Obwohl die Stadt Wien für Lehre und Forschung an und für sich nicht zuständig ist, darf ich doch erwähnen, daß sie

aus den ihr zustehenden Einnahmen jährlich den Professoren und den Klinik-Chefs zur freien Verwendung für wissenschaftliche Zwecke Beträge überweist, wobei ich noch sagen möchte, daß diese Beträge ungefähr 150 Millionen Schilling im Jahr betragen.

Auf Grund des Raum- und Funktionsprogrammes ist dann im Jahre 1959/60 ein Architekturwettbewerb ausgeschrieben und aus den drei ersten Preisträgern eine Architektengemeinschaft gegründet worden. Es ist an die Architektengemeinschaft vergeben worden, wobei hier insbesondere zu erwähnen sind die Verträge aus den Jahren 1962, 1968, 1972 und 1978, wobei ich bei den Architektenverträgen erwähnen möchte, daß auch diese im Zuge der Gebarungsprüfung sicherlich auch noch unter die Lupe genommen werden müssen, denn es darf nicht übersehen werden, daß die Architekten ja partizipieren an den Herstellungskosten. Man darf also nicht übersehen, daß die Architektenkosten nicht nur partizipieren an den reinen Baukosten, sondern auch an der Inneneinrichtung des AKH. Bitte verzeihen Sie mir, ein drastisches Beispiel: Wenn ich heute statt einer Emailbadewanne eine Goldbadewanne montieren würde, würde sich das Architektenhonorar, obwohl für den Anschluß alles gleich bleibt, danach richten, ob die goldene Badewanne eingebaut ist oder eine Emailbadewanne.

Ich darf also erwähnen, daß das sicherlich auch zur wesentlichen Verteuerung des Baues beigetragen hat, weil ja die Architekten nicht unbedingt am Billigsten interessiert sind, wenn sie an den ganzen Herstellungskosten und Errichtungskosten partizipieren und ihre Gebühren danach berechnen.

Diese Planung hat dann in vier Phasen, wenn ich so sagen darf, begonnen, und zwar hat man sich zunächst einmal entschlossen, daß man einen Flachbaukörper errichtet hat, einen Flachbaukörper ...

Obmann Dr. **Steger**: Eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung: Herr Abgeordneter Kohlmaier.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Bitte um Vergebung, meine sehr verehrten Herren. Ich glaube, wir sollten uns doch auf das Vernehmungsthema konzentrieren. Die Ausführungen des Herrn Delabro sind außerordentlich interessant, aber ich glaube nicht, daß das der Vernehmungsgegenstand ist. Das ist die Vorgeschichte des Baues, das sind verschiedene andere, zweifellos sehr interessante Gesichtspunkte. Ich fürchte nur, daß wir zum eigentlichen Thema nicht gelangen. Ich würde bitten zu überlegen, ob man nicht den Herrn Zeugen auf das eigentliche Vernehmungsthema aufmerksam machen sollte.

Obmann Dr. **Steger**: Herr Kontrollamtsdirektor! Ich darf Sie bitten, das nicht als unfreundlichen Akt betrachtet zu haben, daß ich schon am Beginn gesagt habe: gestrafft und mit wenigen Worten. Das sollte heißen, daß, bevor wir dann konkrete Fragen zum AKH stellen können als Abgeordneter Sie über den Prüfungshergang ganz kurz einiges sagen, wobei diese allgemeinen Erläuterungen, die Sie jetzt gegeben haben, sehr wichtig sind, sich aber weitgehend mit dem decken, was wir in Ihrem schriftlichen Bericht gelesen haben.

Daher im Sinne dieser Geschäftsordnungswortmeldung bitte um Straffung der Vorgeschichte, und ich bitte die Herren Abgeordneten, keine Geschäftsordnungsdebatte jetzt durchzuführen.

Bitte, Herr Abgeordneter Ing. Hobl.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Meine Herren! Ich würde vorschlagen: Nachdem einige interessante Ausführungen jetzt da dabei waren, die die Betriebsorganisation zum Beispiel erheblich beeinflussen, würde ich die Frage stellen, ob wir nicht den Herrn Kontrollamtsdirektor durchaus in Ansehung des Wunsches des Herrn Kollegen Dr. Kohlmaier bitten sollten, das, was er uns vielleicht dann in Fortsetzung noch mündlich bringt, aber, ich würde dann sagen, auch das, was er schon gesagt hat, vielleicht doch noch einmal in Schriftform zur Verfügung zu stellen, weil ein paar Formulierungen drinnen sind, die wirklich hochinteressant waren.

Obmann Dr. **Steger**: Die Frage war eben, wenn wir jetzt abkürzen, ob Sie, Herr Kontrollamtsdirektor, in der nächsten Zeit — ich weiß nicht, wann Sie Urlaub haben, aber wenn es halt geht — dieses Allgemeine mit Ihren Schlußfolgerungen extra noch einmal schriftlich geben könnten und wir jetzt eher auf die direkte Entwicklung der Prüfung eingehen können.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich möchte mich hier schützend vor den Herrn Kontrollamtsdirektor werfen, weil ich glaube, daß ein Wortprotokoll auch die zusammengeraffte Darstellung der Punkte, die er jetzt noch zu sagen hat, umfassen wird, und daß er, wenn er jetzt von Ihnen zu einem schriftlichen Bericht aufgefordert wird, vor dem Problem steht, den dicken Kontrollamtsbericht schriftlich und damit doch mit größerer Gewichtigkeit als hier in einem Einleitungsstatement zu reduzieren.

Obmann Dr. **Steger**: Aber lassen wir ihn jetzt mit der Bitte, es eine Spur mehr zu straffen, weitersprechen.

Kontrollamtsdirektor Dr. **Delabro**: Ich muß schon sagen, Sie machen mir das sehr schwer.

Ich weiß jetzt nicht, was ich jetzt herausgreifen soll. Wer mich kennt, weiß — das habe ich bewiesen —, daß ich mich überall etwas zu sagen getraue. Wenn ich aber im „profil" lese, welchen Platz man dem Herrn Präsidenten des Rechnungshofes einräumt, der genau denselben Prüfungsgegenstand skizzieren durfte, bin ich einigermaßen überrascht, daß man dem Leiter des Kontrollamtes einen solchen Bericht verwehrt. Bitte, ich verstehe es nicht, bin aber natürlich gezwungen, mich dem Beschluß des Ausschusses zu beugen. Das möchte ich aber schon festhalten.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Kontrollamtsdirektor! Wir werden nach Fortschreiten unserer Beratungen gerne in einer späteren Sitzung darauf zurückkommen, daß Sie bereit sind, uns noch weitere Details zu sagen, und Sie bitten, ein anderes Mal noch zu kommen, aber wir müssen heute noch zu den Hauptfragen kommen, die die Abgeordneten stellen, damit auch Sie wissen, in welcher Stoßrichtung wir uns allenfalls dann noch weiter unterhalten.

Kontrollamtsdirektor Dr. **Delabro**: Dann würde ich mir bitte eigentlich weitere Ausführungen ersparen, den Abgeordneten dürfte ja der Inhalt ohnehin bekannt sein. Ich würde daher auf die Fragestellungen eingehen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Kontrollamtsdirektor! Erste Frage: Gibt es außer dem Bericht, der uns vorliegt, noch andere Berichte des Kontrollamtes oder Berichtentwürfe, die dem Kontrollausschuß noch nicht vorgelegt wurden und diese Materie betreffen oder wenigstens in wesentlichen Punkten berühren?

Zweite Frage: Welche wesentlichen kritischen Betrachtungen ergeben sich für Sie aus dem Bericht über die sogenannte Sparbuch-Affäre?

Dritte Frage: Es ist Ihnen bestens bekannt, und auch Ihr Kontrollamtsbericht behandelt die Frage der sogenannten Zweikreisfinanzierung bei der AKPE: Ist Ihrer Meinung nach nach Ihren Prüfungsergebnissen diese Zweikreisbilanzierung korrekt durchgeführt worden im Sinne einer sauberen sachorientierten Trennung der zu den beiden Bilanzierungskreisen gehörenden Materien?

Nächste Frage: Vertreten Sie als Prüforgan die Auffassung, daß die Vorstandsmitglieder allenfalls schadenersatzpflichtig nach dem Handelsrecht sind, oder sind sie nach Ihrer Auffassung, obwohl sie karenziert sind, aber doch dem Beamtenstand angehören, dem Dienstgeber disziplinarverantwortlich?

Vertreten Sie die Auffassung — und könnten Sie die vor dem Ausschuß bestätigen — nächste Frage —, daß es günstiger gewesen wäre und daß gewisse Probleme nicht entstanden wären, wenn man die Gründung der AKPE mit einem Bundesgesetz und einem Landesgesetz durchgeführt hätte?

Jetzt konkret, Herr Kontrollamtsdirektor, eine nächste Frage: Haben Sie sich damit befaßt, daß der Herr Vorstandsdirektor Winter Mitarbeiter des sogenannten Teams beim Stadtrat Stacher wurde? Ist Ihnen das bekannt? Sehen Sie hier nicht gewisse Überschneidungen oder womöglich Kollisionen?

Und letzte Frage, Herr Kontrollamtsdirektor: Direktor Schwaiger ist, wenn ich richtig informiert bin, Aufsichtsratsmitglied der ODELGA. Das wurde im Aufsichtsrat der AKPE, wenn ich richtig informiert bin, im Sommer 1977 bewilligt. Wissen Sie, haben Sie sich damit befaßt: Wer hat den Direktor Schwaiger als Aufsichtsrat in die ODELGA entsandt? Denn die ODELGA war ja damals bereits, wenn ich richtig informiert bin, zumindestens geschäftlich interessiert an den Agenden, die die AKPE zu besorgen hatte.

Kontrollamtsdirektor Dr. **Delabro**: Zur ersten Frage, die Sie, Herr Abgeordneter, gestellt haben, ob es im Bereich des Kontrollamtes außer den vorliegenden Kontrollamtsberichten weitere Berichte gibt: Ich glaube, dem Ausschuß ist ja, soweit mir bekannt ist, vorgelegt worden, wenn ich so sagen darf, der dicke Bericht, es ist dann vorgelegt worden der Bericht über das Allgemeine Krankenhaus, also der dünne Bericht, und dann, glaube ich, ist auch vorgelegt worden der Bericht über die Medconsult; der ist ja auch vorgelegt worden.

Bitte — aus dem Stegreif —, mir ist nicht bekannt, daß in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Prüfungsauftrag weitere Berichte in dem Sinn existieren.

Zum Sparbuchauftrag. Der Herr Bürgermeister hat mir mitgeteilt, daß der Herr Präsident des Nationalrates die Akten angefordert hat, und er hat mir die Weisung gegeben, die entsprechenden Akten, die das Kontrollamt dazu erstellt hat, dem Präsidium des Nationalrates und damit Ihnen, Herr Vorsitzender, zuzustellen. Ich bin diesem Auftrag bereits nachgekommen. Wenn der Postlauf funktioniert, müßte er heute oder spätestens Montag in Ihren Händen sein, sodaß anhand dieser Unterlagen geklärt werden kann, was hier noch gewünscht wird.

Die vierte Frage, ob die Vorstandsmitglieder schadenersatzpflichtig sind.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Die Zweikreisfinanzierung war vorher.

Kontrollamtsdirektor Dr. **Delabro**: Die Bilanzierung? Herr Abgeordneter, das ist ein Meinungsstreit, der überall ausgetragen wird bezüglich dieser Zweikreisfinanzierung.

Ich glaube, hier eine eindeutige Meinung auszudrücken, ist sehr schwer. Ich habe an und für sich zu dem Problemkreis nichts hinzuzufügen. Ich kann hier keine von dem abweichende Erklärung abgeben, was wir in dem Bericht geschrieben haben, was über die Bilanzen der Gesellschaft geschrieben wurde.

Bezüglich der Schadenersatzpflicht der Vorstandsmitglieder möchte ich sagen: Hier, glaube ich, muß man vorerst das Untersuchungsergebnis abwarten, insbesondere bei Direktor Winter. Er ist sicherlich vom Dienst enthoben, aber es sind hier Gerichtsverfahren anhängig, und man muß die Gerichtsverfahren abwarten. Wobei ich sicherlich glaube — ich möchte, daß da kein Zweifel auftaucht —, daß Direktor Winter, abgesehen von seinem Vertrauensverhalten, das er gegenüber der Gesellschaft an den Tag gelegt hat, für den Vorstand nicht geeignet ist.

Was die beiden anderen Vorstandsmitglieder betrifft, möchte ich folgendes sagen: Auch hier haben wir die Meinung vertreten und haben auch eine Meinung deponiert und nicht um den Brei herumgeredet. Wir sind also der Meinung, daß man sicherlich bei der Verlängerungsabsicht überlegen sollte, daß die Verträge nicht mehr wie ursprünglich auf fünf Jahre festgelegt werden, sondern für einen kürzeren Zeitraum.

Dieser Gedankengang hat ja einen inneren Grund. Wir sind der Ansicht, auf jedem Gebiet können Mängel auftauchen, können Verfehlungen auftauchen, und es sind auch hier vor allem viele Ordnungswidrigkeiten aufgetaucht. Ich glaube, man sollte beiden Direktoren eben jetzt unter Vorhalt und bei Einsicht, daß sie Fehlhandlungen begangen haben — was ja durch Rückzahlungen von überhöhten Spesenkonten bereits geschehen ist, dieses Anerkenntnis —, die Gelegenheit geben, eben unter erhöhter Wahrnehmung der Aufsichtsratspflicht und erhöhter Wahrnehmung der insbesondere inzwischen vom Aufsichtsrat einfließenden begleitenden Kontrolle, ob die Innenrevision funktioniert und ob dann die beiden Vorstandsmitglieder hier ihrem Aufgabenbereich nunmehr vollinhaltich nachkommen ...

Ich möchte folgendes sagen: Es wäre, glaube ich, auch nicht gut — ich sage das unumwunden —, den Vorstand jetzt zur Gänze zu entheben oder abzulösen, denn dieses Vakuum, das entstehen würde, würde nämlich zu denselben Schwierigkeiten führen, die seinerzeit vor der Übergabe der ARGE-Arbeitsgemeinschaft Stadt Wien zur AKPE geführt hat.

Sie selbst haben unserem Bericht entnommen, welche Mängel bei der Übergabe entstanden sind. Es würde hier meiner Meinung nach dem Bau nicht Rechnung getragen werden.

Bitte, Herr Abgeordneter Kohlmaier, ich bin jetzt über die dienstlichen Verhältnisse des Herrn Ingenieur Parzer nicht informiert. Ich glaube, er ist Angestellter der Firma Siemens gewesen. Er ist, glaube ich, Vertragsangestellter bei der Firma Siemens. Bitte, das weiß ich wirklich nicht. Ich glaube, er ist Vertragler, also Privatangestellter. Also hier von disziplinären Folgen zu reden, erscheint mir überhaupt nicht gegeben.

Die disziplinären Folgen für Direktor Schwaiger, der karenzierter Beamter ist: Bitte, ich darf doch jetzt sagen, ich sehe für eine disziplinäre Verantwortung im Moment, überhaupt im Zuge des Verfahrens, überhaupt keinen Anlaß. Ich möchte vielleicht folgendes sagen: Erstens einmal ist das Kontrollamt keine kriminologische Abteilung. Wir stellen also nicht fest, ob jemand im Sinne dessen kriminell ist; das ist Aufgabe der Gerichte, Aufgabe der Wirtschaftspolizei und dergleichen mehr.

Die Fakten, die wir hier vorgefunden haben — Herr Abgeordneter, ich glaube, ich darf mir die Freiheit herausnehmen zu sagen: Sie selbst stehen einem Institut der öffentlichen Hand vor. Mängel gibt es überall, und ich glaube, es kann nicht jeder Mangel, den man aufzeigt, sofort mit Harakiri beendet werden. Ich glaube, das kann auch nicht der Sinn sein. Ich glaube, es ist hier viel wichtiger festzuhalten, wo sind die Verfehlungen, wobei die disziplinäre Verantwortung, glaube ich, aus dem Tatbestand nicht gegeben ist.

Die Frage, ob die Einführung der AKPE besser mit einem Bundes- oder Landesgesetz erfolgt wäre: Hier entnehme ich Ihrer Formulierung, Herr Abgeordneter, daß Sie eine Parallele suchen zum IAKW. Ich glaube, daß man beim IAKW ,das insbesondere wegen eines Finanzierungsgesetzes gemacht hat. Hier, bei einer Errichtungsgesellschaft, geht es nicht um ein Finanzierungsgesetz, sondern hier wurde eine Planungs- und Errichtungsgesellschaft bestellt, die also den Bau errichten sollte, der nach Fertigwerden dann allenfalls überführt werden sollte.

Ich persönlich glaube — ich kann mich aber auch irren, es wird sicher andere Meinungen auch geben —, ich glaube also nicht, daß es unbedingt hier eines Bundes- oder Landesgesetzes bedurft hätte, um die AKPE ins Leben zu rufen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es wäre besser gewesen!

Kontrollamtsdirektor Dr. **Delabro**: Bitte, ich kann im Moment nicht abschätzen, worin das Bessere in der praktikablen Handhabung bestehen würde. Ich kann also hier wirklich nicht festhalten, warum es besser ist.

Ich glaube, es ist hier sehr schwer. Ich glaube, es schwebt Ihnen hier wirklich das Modell des IAKW vor. Hier dürfen Sie aber nicht übersehen, daß das in einer Hand, nämlich des Bundes, gewesen ist. Und hier wäre notwendig — zweifellos, wie Sie selbst ja gesagt haben —: durch Bundes- und Landesgesetz. Ich glaube, das wäre mehr eine verfassungsrechtliche Frage. Ob das notwendig ist oder besser ist, wage ich hier nicht zu beurteilen.

Was die Mitarbeit des Herrn Direktor Winter in dem Beraterstab des Herrn Stadtrates Stacher anlangt, bitte, so kann man alle Momente jeweils immer unter verschiedenen Lichtern sehen. Ich glaube, allein in der Tatsache, daß jemand einen politischen Funktionär in einer Sache berät, von vornherein etwas Unrichtiges oder Unbotmäßiges oder nicht zu Vereinbarendes zu sehen, das würde ich ausschließen.

Zur Frage, wer den Herrn Direktor Schwaiger als Aufsichtsrat in die ODELGA geschickt hat: Ich glaube, das war damals ein Beschluß ... Bitte, da ich hier zur Wahrheit verpflichtet bin: Ich bin überfragt, wer konkret den Beschluß gefaßt hat, Schwaiger in den Aufsichtsrat zu entsenden. Mit der Frage habe ich mich eigentlich nicht auseinandergesetzt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nur zur Abrundung, Herr Kontrollamtsdirektor: Sie haben gesagt, im Zusammenhang mit dem Prüfauftrag gibt es keine weiteren Berichte als die, die wir schon haben, und die, die wir noch bekommen in der Sparbuchaffäre.

Aber ich habe konkret gefragt: Gibt es im Zusammenhang mit der Materie — Allgemeines Krankenhaus, ausführende Firmen, AKPE — Kontrollamtsberichte, die diese Materie berühren?

Und dann haben Sie mich bei einer anderen Frage mißverstanden: Ich habe nicht gemeint, daß die Direktoren verantwortlich sind oder nicht, sondern: Welcher juristischen Verantwortung unterstehen sie Ihrer Meinung nach? Ich glaube, Winter ist Beamter, Schwaiger ist, glaube ich, dem Beamtenstand zugehörig. Ich habe nicht gefragt, ob sie konkret ersatzpflichtig sind. Das könnten wir nie entscheiden, das können Sie nicht entscheiden. Ich wollte nur Ihre Meinung hören, welcher Art von Verantwortlichkeit sie unterstehen. Ich wollte das nur zur Präzisierung sagen.

Kontrollamtsdirektor Dr. **Delabro**: Ich sage jetzt meine persönliche Meinung: Ich würde sagen, mit Rücksicht darauf, daß sie karenziert sind, aus dem Bereich der Verantwortung herausgehoben sind, also nur mehr Vorstand einer privatrechtlichen Aktiengesellschaft sind, würde ich sie eigentlich für diesen Funktionsbereich aus der Verantwortung des Beamtenrechtes herausnehmen.

Zur ersten Frage. Bitte, hier drückt mich mein Gewissen, ich denke wirklich nach. Ich studiere krampfhaft, was noch am Rande das AKH berühren könnte.

Obmann Dr. **Steger**: Bitte weiter zu prüfen, vielleicht fällt Ihnen noch etwas ein.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ich verzichte auf meine Frage, weil sie der Herr Kontrollamtsdirektor in seinem Statement schon beantwortet hat. Danke.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Kontrollamtsdirektor! Die AKPE hat sich also Dritter bedient, um ihren Auftrag zu erfüllen. Ich möchte insbesondere auf die Betriebsorganisation kommen und gleich meine Frage präzisieren in der Form: Wäre ohne Auftragsvergabe der Betriebsorganisation an die ABO die Weiterführung des AKH da nicht gefährdet gewesen?

Kontrollamtsdirektor Dr. **Delabro**: Bitte, ich glaube, nicht die Frage an welche Firma, sondern grundsätzlich die Vergabe einer Betriebsorganisation war sehr dringend, weil ja aus unserem Bericht sofort die Kritik zu entnehmen ist, daß die Frage der Betriebsorganisation viel zu spät einsetzte, weil wir gesehen haben, daß die Betriebsorganisation, das Raum- und Funktionsprogramm eine Einheit darstellen sollten und die Betriebsorganisation schon viel früher einsetzen hätte sollen, denn zu dem Zeitpunkt war sie sicherlich dringend zu vergeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Direktor! Sie haben ausgeführt, daß Einsparungen nicht vorgenommen worden sind, die eigentlich vorgesehen waren. Ich habe die Frage: Gibt es jemanden bei der Stadt Wien oder beim Bund, der dafür die politische Verantwortung hat, daß diese Einsparungen nicht realisiert worden sind, von denen man ursprünglich gesprochen hat?

Die zweite Frage betrifft die grundsätzliche Ausführung, die Sie erwähnt haben, daß jedes Land verpflichtet ist, auf Grund des Krankenanstaltengesetzes — ich kenne das Wiener jetzt nicht genau, aber es ist die Kompetenz der Länder — für eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Spitälern und Krankenanstalten zu sorgen. Sie haben zum Ausdruck gebracht, daß Wien diese Verpflichtung nicht im vollen Umfang wahrgenommen hat, verspätet, wenn man das auch vergleicht mit anderen Bundesländern, wie Tirol, Salzburg, Steiermark. Es ist auch aus den Rechnungshofberichten zu entnehmen, in welchem Ausmaß die anderen Bundesländer hier tätig geworden sind. Sehen Sie hier ein Versäumnis der

zuständigen Politiker, nicht rechtzeitg vorgesorgt zu haben, und wenn Sie dieses Versäumnis der Politiker sehen, welche Politiker sind nach Ihrer Ansicht hier in erster Linie verantwortlich gewesen?

Die dritte Frage ist eine spezielle Frage, die auch in etwa herauskommt, aber ich habe das vielleicht überlesen: Welche Gründe waren entscheidend, daß Wilfling zum Bereichsleiter ernannt worden ist? Gibt es hier, auf Grund Ihrer Prüfungen, klare, eindeutige Hinweise, und welche Gründe waren entscheidend, daß er dann vor wenigen Monaten wieder seine Funktion niedergelegt hat?

Meine letzte Frage: Was hätte bei der MA 17 geschehen müssen, daß die ganzen Fehler, die gemacht worden sind, die hier sehr deutlich von Ihnen erwähnt worden sind, vermieden werden könnten? Wer war politisch verantwortlich für diese Fehler, die die MA 17 gemacht hat? Ich erinnere Sie nur daran, was Sie gesagt haben: Fehlende Bestandserhebungen, man wußte nicht, wie viele Betten man braucht und so weiter und so weiter.

Kontrollamtsdirektor Dr. **Delabro**: Darf ich die erste Frage noch einmal gestellt erhalten?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben eingangs in Ihren Erläuterungen von Einsparungen gesprochen, die möglich gewesen wären, und haben darauf hingewiesen, daß diese Einsparungen nicht realisiert worden sind, sondern daß das Ganze genauso teuer kommt wie ohne diese Reduktion von 2 500 auf 2 100 Betten, Sie haben zum Ausdruck gebracht, daß das Einsparungen ermöglicht hätte. Diese Einsparungen sind dann aber nicht realisiert worden. Hier muß jemand die politische Verantwortung dafür haben. Wer hat diese politische Verantwortung?

Kontrollamtsdirektor Dr. **Delabro**: Ich weiß nicht, ob sich die Frage für mich als Kontrollamtsdirektor ergibt, dies zu prüfen, wer dafür die politische Verantwortung trägt. Ich glaube, das kann nicht die Frage an einen Zeugen sein, wer dafür die politische Verantwortung trägt.

Obmann Dr. **Steger**: Herr Kontrollamtsdirektor! Gestellt kann sie schon werden, man wollte nur ausprobieren, ob Sie das auch so beantworten, wie Sie das gerade gemacht haben.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Fragen an den Zeugen können ja nur über Wahrnehmungen gestellt werden, das ist ja keine Wahrnehmung, das ist eine Schlußfolgerung, und eine Schlußfolgerung haben wir zu ziehen und nicht ein Zeuge.

Kontrollamtsdirektor Dr. **Delabro**: Sie haben gesagt, ich hätte gesagt, daß die Stadt Wien nicht für genügend Betten vorgesorgt hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Entschuldigen Sie, wenn ich die Frage noch einmal wiederholen darf. Sie haben zum Ausdruck gebracht —ich habe mir das hier genau aufgeschrieben und sehr aufmerksam zugehört —, es ist Aufgabe der Länder, so auch der Stadt Wien, für die gesundheitliche Betreuung Vorsorge zu treffen, für Spitals- und Krankenanstalten. Sie haben auch gesagt, daß es eine Aufgabe ist, wo man überlegen kann, daß man diese nicht besser überhaupt dem Bund überträgt, ob das überhaupt sinnvollerweise von der Stadt Wien gemacht werden kann.

Nun war meine Frage, nachdem das offensichtlich zu spät realisiert worden ist, nachdem die politisch Verantwortlichen dieser Aufgabe verspätet nachgekommen sind, wer dafür auf Grund Ihrer Prüfungen verantwortlich ist.

Obmann Dr. **Steger**: Herr Abgeordneter, bevor wir weitermachen: Grundsätzlich sind natürlich weitreichende Fragen zulässig, und ich will sie auch im Laufe dieses Jahres, das wir ja noch mitsammen verbringen dürfen, keineswegs an irgendeiner Stelle beschneiden. Ich möchte aber nur darauf aufmerksam machen, daß wir einvernehmlich mit allen drei Fraktionen festgelegt haben, daß wir in der Reihenfolge dieser drei Punkte des Prüfungsauftrages vorgehen, daß sich also auch eine sinngemäße Befragung daher an diese drei Punkte zu halten hat, wobei wir nur bei zwei Personen ganz allgemein noch Fragen stellen zum Gesamtprüfungsauftrag, den wir haben, das ist der Herr Rechnungshofpräsident, der Herr Kontrollamtsdirektor. Dann gehen wir überhaupt punktweise vor, so haben wir das, wenn ich das richtig wiedergebe, Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier, vorbesprochen.

Ich bitte aber doch, daß sich die Fragestellung im Rahmen des Prüfungsauftrages bewegt, und darf daher bitten, daß wir so weitermachen, wobei wir uns selbstverständlich dann auch noch finden können, daß wir am Schluß, wenn das alle Fraktionen gemeinsam wünschen, zu einer Generaldebatte zurückkehren. Aber jetzt sollten wir doch zum Prüfungsauftrag weiterkommen. Bitte, Herr Abgeordneter, wenn Sie es jetzt präzisieren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe die Fragen gestellt. Wenn der Kontrollamtsdirektor sie nicht beantwortet, dann wird das im Protokoll festgehalten werden.

Darf ich bitten, daß der Kontrollamtsdirektor die Fragen beantwortet, so wie ich sie gestellt habe.

Kontrollamtsdirektor Dr. **Delabro**: Ich glaube, Herr Abgeordneter, ich war auch so frei und habe Sie gebeten, weil ich sie nicht behalten habe, die Frage zu wiederholen.

Wenn man mir das Protokoll jetzt vorlesen würde, das, was Sie gesagt haben, daß ich gesagt haben sollte, daß die Stadt Wien für Betten nicht vorgesorgt hat, bitte, das möchte ich gerne aus dem Protokoll haben, aus welchen meinen Worten das zu entnehmen war. Bitte, das möchte ich ganz eindeutig entnehmen, wo ich das gesagt haben sollte. Wenn ein Wortprotokoll geführt wird, müßte das ja leicht verifizierbar sein, ob ich das jemals gesagt habe.

Obmann Dr. **Steger**: Herr Kontrollamtsdirektor, wollen Sie das hier festhalten, daß Sie das nicht gesagt haben.

Bitte, die weiteren offenen Fragen zu beantworten.

Kontrollamtsdirektor Dr. **Delabro**: Sie haben dann weiter gefragt, wieweit die MA 17 hier hätte eingebunden werden sollen, wenn ich das so sagen darf. Ist die Frage so richtig formuliert?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe versucht, die Fragen sehr kurz zu formulieren, und ich habe mich auch bemüht, sie klar zu formulieren. Ich habe gefragt, was auf Grund Ihrer Feststellungen von der MA 17 nicht gemacht worden ist, was gemacht werden hätte sollen.

Kontrollamtsdirektor Dr. **Delabro**: Dies kann ich eindeutig beantworten. Diese Kritik haben wir auch getroffen. Wir sind der Meinung gewesen, daß die Magistratsabteilung 17 mit eingebunden hätte werden sollen durch die Zurverfügungstellung eines Projektteams, daß aus der Anstaltenverwaltung jemand dabei hätte sein sollen, daß es sinnvoll gewesen wäre, wenn man von Anfang an jemanden, der auch für den künftigen Betrieb verantwortlich zeichnet, einbezieht.

Auf Ihre Frage, wer politisch dafür verantwortlich ist, kann ich nur sagen: Die Zuständigkeit der MA 17 fällt in den Aufgabenbereich des Amtsführenden Stadtrates Stacher. Wobei ich noch ergänzend sagen möchte, daß also hier die Fragestellung, die MA 17 betreffend, sich nicht erst ab dem Vergabeauftrag der ABO ergeben kann, sondern wenn ich wieder den Tenor des Kontrollamtsberichtes unterstreiche, wenn Raum-, Funktionsprogramm und Betriebsorganisationsplan eine Einheit sind, dann erstreckt sich das zweifellos auch auf die Funktionsperiode vor 1973, weil ja auch dort schon Raum- und Funktionsprogramm im Rahmen des Allgemeinen Krankenhauses gewährt wurden und also hier zweifellos auch die vorherige Zuständigkeit des damals für das Gesundheitswesen zuständigen Amtsführenden Stadtrates gegeben ist.

Wer Wilfling zum Bereichsleiter bestellt hat, das ist eine reine dienstrechtliche Maßnahme. Zum Bereichsleiter wird man bestellt durch Entschließung des Bürgermeisters.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe gefragt, welche Gründe entscheidend waren.

Kontrollamtsdirektor Dr. **Delabro**: Das ist auch eine Frage, die ich nicht zu beurteilen habe: welche Gründe dafür maßgebend waren. Ich kann auch die zweite Frage nicht beantworten, welche Gründe für den Herrn Dr. Wilfling maßgebend waren, warum er seine Funktion zurückgelegt hat.

Obmann Dr. **Steger**: Herr Kontrollamtsdirektor! Ich habe an Sie die Frage, ob Sie uns den Hergang der Vorsprache des Herrn Dipl.-Ing. Armin Rumpold im Kontrollamt schildern können, als er Ihnen einen Aktenvermerk unterschrieben oder unterschrieben übergeben hat. Ich bin nicht informiert, wie das vor sich gegangen ist. Ich hätte also die Bitte, daß Sie uns den Hergang und das, wie das vor sich gegangen ist, hier berichten. Sie wissen, auf welchen Aktenvermerk ich mich beziehe.

Kontrollamtsdirektor Dr. **Delabro**: Herr Dipl.-Ing. Rumpold ist eines Tages zu mir gekommen und hat bei mir in einem anderen Zusammenhang vorgesprochen. Bei dieser Vorsprache ist er auch auf ein Verhalten des Herrn Dr. Wilfling zu sprechen gekommen, das damals im Zusammenhang an ihn gestellt werden sollte, daß er für gewisse Leistungen im Zusammenhang mit dieser Erstellung Planung eine Zahlung von 2½ Millionen wollte, wobei für Herrn Ing. Rumpold — ich habe das noch so in Erinnerung — das gar nicht so tragisch gewesen wäre, wenn er darin Leistungen gesehen hätte. Da es aber zu keinen Leistungen gekommen ist, hätte also das hier dann auch nicht zu den Zahlungen geführt, und diese Vorgangsweise hätte auch zu einer gewissen Entfremdung des Verhältnisses hier also auch zwischen Wilfling und Rumpold geführt.

Soweit ich den Vorgang in Erinnerung habe, wurde nicht von Zahlung, sondern von einem Begehren, 2½ Millionen zu erhalten, gesprochen, wobei ich ausdrücklich — ich glaube, das ist auch im Aktenvermerk so enthalten, den ich damals angefertigt habe — sagen möchte, daß Rumpold selbst gar nichts daran gefunden hätte, 2½ Millionen zu bezahlen, wenn Leistungen erbracht worden wären. Da aber Leistungen nicht erbracht worden sind, hat er dieses Begehren energisch zurückgewiesen und hat also gesagt, es käme eine Zahlung nicht in Frage.

Obmann Dr. **Steger**: Der Aktenvermerk wurde von Ihnen angefertigt, und Rumpold hat ihn unterschrieben. Danke.

Ich würde vorschlagen, daß wir den Herrn Kontrollamtsdirektor bitten, entweder beim nächsten Mal oder beim übernächsten Mal mit uns eine Fortsetzung zu machen, wobei ich als Ergänzung auch sagen möchte, es ist mir gerade berichtet worden, daß im Hause soeben dieser schriftliche Bericht eingelangt ist, den Sie angekündigt haben, was den Vorteil hätte, daß man den auch noch anschauen und auch gleich dazu die entsprechenden Fragen stellen kann. Da werden sich auch wieder einige Folgefragen ergeben.

Ich würde daher vorschlagen, daß wir an dieser Stelle für heute die direkte Einvernahme beenden, dem Herrn Kontrollamtsdirektor danken und gleichzeitig bitten, daß er uns nennt, wann er auf Urlaub zu gehen beabsichtigt.

Kontrollamtsdirektor Dr. **Delabro**: Am 7. Juli wäre ich anwesend. Ich bin vom 12. Juli an zwei Wochen nicht da.

Obmann Dr. **Steger**: Herr Kontrollamtsdirektor! Ich danke Ihnen sehr für heute.

Schluß der Sitzung: 16 Uhr 20 Minuten

5. Sitzung: 7. Juli 1980

Beginn: 10 Uhr 10 Minuten

Obmann Dr. **Steger** eröffnet die Sitzung des Untersuchungsausschusses.

Zeugeneinvernahme von Dipl.-Ing. Adolf Winter

Obmann Dr. **Steger:** Herr Dipl.-Ing. Adolf Winter, Sie sind heute zu diesem Untersuchungsausschuß als Zeuge geladen und verpflichtet, als Zeuge die Wahrheit zu sagen und alle an Sie gerichteten Fragen nach bestem Wissen und Gewissen zu beantworten, die reine Wahrheit anzugeben und nichts zu verschweigen. Es ist allenfalls die Überlegung noch offen, ob eine Vereidigung im Anschluß an Ihre Einvernahme durchgeführt wird oder nicht.

Ich darf Sie am Beginn um Ihre Generalien bitten und ersuche Sie, im einzelnen sofort direkt zu antworten.

Vor- und Zuname?

Dipl.-Ing. **Winter:** Dipl.-Ing. Adolf Winter.

Obmann Dr. **Steger:** Geburtsdatum?

Dipl.-Ing. **Winter:** 24. Oktober 1940.

Obmann Dr. **Steger:** Beruf?

Dipl.-Ing. **Winter:** Techniker.

Obmann Dr. **Steger:** Wohnort?

Dipl.-Ing. **Winter:** 1060 Wien, Mariahilfer Straße 17.

Obmann Dr. **Steger:** Derzeit in Untersuchungshaft im Straflandesgericht Wien.

Dipl.-Ing. **Winter:** Jawohl.

Obmann Dr. **Steger:** Einkommen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Derzeit keines.

Obmann Dr. **Steger:** Vermögen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Laut Vermögensteuererklärung. Ich weiß es nicht auswendig. Liegenschaften, Wertpapiere, Lombardkredite, Bausparguthaben, Bauspardarlehen und Hypothekarkredite.

Obmann Dr. **Steger:** Pkw?

Dipl-Ing. **Winter:** Pkw auch.

Obmann Dr. **Steger:** Frühere strafgerichtliche Untersuchungen, Vorerhebungen, Voruntersuchungen oder Verfahren?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich bin nicht vorbestraft mit einer Ausnahme; das kann ich nicht genau formulieren. Wir haben derzeit einen Presse-Ehrenbeleidigungsprozeß laufen, wo wir in der ersten Instanz schuldig gesprochen worden sind. Aber außerhalb dieses einen Verfahrens gibt es nichts.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Dipl.-Ing. Winter, Sie befinden sich heute vor dem Untersuchungsausschuß und haben damit zu folgenden Themenkreisen wahrheitsgemäß Aussagen zu

machen, und zwar insgesamt im Verlaufe des Verfahrens. Ich sage Ihnen zunächst einmal, was der Untersuchungsausschuß insgesamt zu untersuchen hat, und dann werden wir eingrenzen, welchen ersten Schwerpunkt wir heute setzen.

Insgesamt heißt der Beschluß des Nationalrates, daß ein Ausschuß eingesetzt wird:

Erstens zur Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung.

Dieser 1. Punkt ist gleichzeitig heute der Schwerpunkt der Einvernahme, wobei selbstverständlich Fragen, die im Zusammenhang damit stehen, wenn auch nicht sofort direkt merkbar, zulässig sind.

Zweitens — das wird zu einem späteren Zeitpunkt erledigt werden, wenn wir den ersten Punkt durchgeführt haben — zur Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblich gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise durch andere Firmen, die am Projekt beteiligt sind.

Drittens zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Herr Dipl.-Ing. Winter, Sie wissen, daß am Beginn jeder Einvernahme natürlich die Überlegung steht — Sie haben sich das sicherlich auch schon überlegt während Ihrer Untersuchungshaft —: Wieweit und wie offen ist man bereit, die Wahrheit zu sagen? Die Wahrheit kann auf verschiedene Methoden nicht gesagt werden. Sie kann mit der primitivsten Methode nicht gesagt werden, indem man überhaupt keine Antwort gibt. Dann beginnt es, daß man sagt, man könne sich nicht erinnern. Dann beginnt es, daß man immer ganz genau nachprüft, was exakt gefragt worden ist, und wenn es nur um einen Millimeter daneben ist, sagt man nichts mehr. Das heißt, man fragt: Sind Sie zeichnungsberechtigt beim Konto der Firma XY? Man sagt darauf nein, bis die Frage kommt: Sind Sie gemeinsam mit dem Herrn Soundso zeichnungsberechtigt auf dem Konto der Firma XY? Dann sagt man ja. Es würde auch diese erste Antwort wahrscheinlich im Zweifelsfall bereits als Unwahrheit ausgelegt werden.

Ich darf Sie daher nochmals darauf aufmerksam machen: Sie sind Diplomingenieur, Sie sind langjährig tätig, Sie sind in den Augen der Öffentlichkeit einer, bei dem man davon ausgeht, daß er sehr viel in Fluß bringen könnte, wenn er offen aussagt, und der möglicherweise, wenn er nicht offen aussagt, viel mehr auf sich nimmt, als wirklich bei ihm selbst zusammengelaufen ist.

Übersehen Sie bitte nicht, daß eine allfällige falsche Aussage hier eine Handlung nach § 288 StGB wäre, nämlich eine falsche Zeugenaussage, die auch entsprechend zu ahnden wäre. Überlegen Sie auch, daß es nur in Ihrem Interesse sein kann, im Zweifelsfalle dazu beizutragen, daß eine Aufklärung erfolgt, nicht zuletzt deswegen, weil Sie wahrscheinlich auch vom Gericht her wissen, daß ein Mitwirken an einer Aufklärung von etwas anderem auch bewirkt, daß das als ein sogenannter Milderungsgrund bei Gericht angerechnet wird.

Wir haben hier keine Strafe über Sie zu verhängen, daher sind Sie auch nicht Beschuldigter oder Angeklagter, sondern Zeuge. Aber es ist selbstverständlich alles zusammen so zu sehen, daß Sie sich selbst nur nützen können, wenn Sie die Wahrheit aussagen, weil Sie erstens sonst zu gewärtigen haben, daß Sie eine falsche Zeugenaussage haben, und zweitens erreichen, daß schrittweise alle Giftpfeile auf Sie gezogen werden, und zwar auch dort, wo Sie sie allenfalls unverdient empfangen.

Das wollte ich Ihnen am Beginn ausdrücklich noch einmal sagen, bevor wir in die eigentlichen Befragungen einsteigen. Also eine massive Erinnerung, sagen Sie die Wahrheit, Sie machen es uns leichter, Sie machen es mit Sicherheit auch sich leichter, und daher Vorgangsweise in diesem Sinne.

Wir haben die Vorgangsweise so vereinbart, daß Sie jeweils von einem der Herren Abgeordneten eine Frage gestellt bekommen, die Sie direkt zu beantworten haben, und dieser Fragesteller wird das Fragerecht erst weitergeben, wenn er das Gefühl bekommen hat, daß Sie die Frage wirklich beantwortet haben. Solange das nicht der Fall ist, wird weiter zu den entsprechenden Fragen insistiert werden.

Darauf aufmerksam machen möchte ich Sie schon am Anfang, daß eine generelle Antwortverweigerung nicht möglich ist, daß eine Antwortverweigerung im Einzelfall auf eine Einzelfrage denkbar ist laut Strafprozeßordnung, wobei ich Sie aber darauf aufmerksam machen muß, daß der Ausschuß dann jeweils beraten wird, ob eine besondere Bedeutung der Aussage gegeben ist, wodurch Ihnen ein Entschlagungsrecht nicht zusteht im Sinne des § 153 StPO.

Damit kommen wir zur ersten Fragerunde, und ich bitte im Sinne der Wortmeldungen, daß Herr Abgeordneter Dr. Gradischnik beginnt.

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich dazu etwas Grundsätzliches sagen. Ich habe weder vor, ausweichende Antworten zu geben, noch sonst Ihre Arbeit durch Ausflüchte zu erschweren. Ich bitte aber, einleitend oder zu Beginn zur Kenntnis zu nehmen, daß ich 800 oder 900 Meter von

hier entfernt über verschiedene Paragraphen, so quasi alles, was gut und recht in die Landschaft paßt, präventiv beschuldigt bin. Und ich kann nicht gleichzeitig Beschuldigter und Zeuge sein. Ich werde daher in jenen Fällen, wo ich eine Inkompatibilität sehe, von meinem Recht, das sowohl in der Strafprozeßordnung als auch im Strafgesetzbuch vorgesehen ist, Gebrauch machen und diese Aussage verweigern. Aber bitte, glauben Sie mir, nicht um Schwierigkeiten hervorzubringen, Ihre Arbeit zu erschweren oder sonst etwas, sondern einzig und allein aus der Überzeugung heraus, ich stehe mir heute als nächster, ich bin seit 8 Wochen in Untersuchungshaft, und ich werde daher vielleicht — ich weiß es nicht — von diesem Recht Gebrauch machen müssen.

Obmann Dr. **Steger:** Ich habe gehofft, Sie werden bei Ihren Eingangserklärungen dabei bleiben, was Sie zunächst gesagt haben, nämlich daß Sie die Wahrheit sagen werden. Es ist relativ schlecht, daß Sie gleich darangehängt haben, uns jetzt schon mitzuteilen, daß Sie von Ihrem Recht, Aussagen zu verweigern, Gebrauch machen werden. Ich mache Sie nur darauf aufmerksam, daß wir dann entscheiden werden, ob wir dieses Ihr vermeintliches Recht für berechtigt erachten oder nicht. Und ich darf Ihnen auch sagen, daß die Öffentlichkeit bei dieser Situation wenig Verständnis dafür hat, daß Aussagen überhaupt verweigert werden, aber wir werden uns sicher als Ausschuß an dieser generellen Richtschnur entlanghanteln, im Zweifelsfall werden wir Sie dann bitten, nebenan zu gehen, und werden untereinander beraten, ob wir dieses Recht für gegeben erachten.

Ich möchte Sie nur jetzt schon darauf aufmerksam machen, daß Sie mit Sicherheit die Situation falsch einschätzen, wenn Sie glauben, daß das leichtfertig von uns akzeptiert wird, daß Sie zu irgendwelchen Fragen keine Antwort geben. Ich habe eigentlich nicht gehofft, daß das gleich am Anfang von Ihnen passiert. Der erste Fragesteller ist Abgeordneter Dr. Gradischnik.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Diplomingenieur! In Ihren handschriftlichen Aufzeichnungen findet man unter anderem den Vermerk: „Consultatio auch indirekt". Was bedeutet dieser Vermerk, insbesondere auch in dem Lichte, daß Sie bei dem Gespräch mit dem Redakteur Worm auf die Frage des Redakteurs, was ihn interessiere, das seien die Kontakte zu der Consultatio, das seien die heißesten Sachen, die interessieren mich am meisten, offenbar keine Antwort gewußt haben, jedenfalls aus dem Tonbandprotokoll geht das so hervor. Gibt es Kontakte, gibt es sogenannte „heiße Geschichten"?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kenne diese Aufzeichnung „Consultatio indirekt" nicht, ich habe davon in der Presse gelesen, vielleicht ist sie da, daß ich sie sehen kann. Ich kann mich natürlich nicht nach Jahren erinnern an jede einzelne ... *(Dipl.-Ing. Winter werden seine handschriftlichen Notizen in Beilage B/8, Seiten 0049 und 0050 gezeigt.)*

Auf Seite 49 kann man den Punkt 10 nicht lesen.

Obmann Dr. **Steger:** Dr. Freudenreich kann vielleicht etwas dazu sagen, bitte.

Ministerialrat Dr. **Freudenreich** (Rechnungshof): Ja, unter Punkt 10 steht: M und M zu Waiz. Und wir haben darüber gesprochen, das heißt Marchart und Moebius, die Architekten, zu Waiz. Da war irgendeine Angelegenheit. Scheint nicht so sehr von Bedeutung zu sein in dem Zusammenhang.

Der Namenszug unter MM stammt von mir, denn das hier ist ja eine Kopie von unserer Unterlage, und da habe ich nach dem Gespräch angemerkt, Architekten soll das heißen. Das ist mit Filzstift geschrieben und ist in der Kopie sehr schlecht zu lesen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich fange mit der Formulierung „Consultatio indirekt" jetzt überhaupt nichts an. Ich muß passen. Ich kann dazu nichts sagen, nicht, weil ich nicht will, sondern ich kann mich beim besten Willen nicht erinnern, was „Consultatio indirekt" geheißen haben kann. Vor allem ist für mich nicht ersichtlich, habe ich das geschrieben im Rahmen eines Gespräches, habe ich das geschrieben als Tagesordnungspunkt für ein Gespräch, es ist für mich nicht ersichtlich. Ich kann mich beim besten Willen nicht erinnern, in welchem Zusammenhang ich das einmal geschrieben habe.

Die Frage ging ja noch weiter: Bestanden Geschäftsbeziehungen mit der Firma Consultatio? Sie haben die Formulierung „heiße Geschichten" genannt.

Mir ist kein Geschäftsfall der AKPE mit der Consultatio bekannt, überhaupt keiner. Wir hatten im Zusammenhang mit der Betriebsorganisationsplanung beziehungsweise mit der Vergabe natürlich häufig mit dem Herrn Bauer als Ökodata-Gesellschafter zu tun. Aber ein Kontakt mit der Consultatio als Unternehmen ist mir nicht bekannt. Ich glaube, daß eines der ersten Gutachten oder die gutachterliche Stellungnahme, die wir im Zusammenhang mit der technischen Betriebsführung seinerzeit beauftragt haben — es war ein Auftragswert von ungefähr 200 000 S, jetzt so aus dem Stegreif gesprochen —, an die Ökodata gegangen ist. Das ist eine Sache, die bei mir ein bißchen in einer Dunkelzone liegt. Aber eine Consultatio-

Beauftragung, ein Consultatio-Rechtsgeschäft ist mir nicht bekannt und war auch in meinem Vorstandsbereich nie vorgesehen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Gibt es sonst irgendeinen Kontakt, von dem Sie wissen, an den Sie sich erinnern können, zur Consultatio?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich darf die Frage noch analysieren: zwischen AKPE und Consultatio. Nein, ist mir nicht bekannt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Bestanden Kontakte zwischen Ihnen, Dipl.-Ing. Winter, und Consultatio?

Dipl.-Ing. **Winter:** Zwischen mir als Person und Consultatio bestand auch nie ein Zusammenhang, eine Geschäftsverbindung. Ich habe nur im Jahre — ich glaube — 1977 meinem Freund Vasilii Varvaressos, einem Reisebürobesitzer, empfohlen, als er einmal mit seinen Unternehmungen in eine Situation kam, die man als echt griechisch bezeichnen muß, sich eines guten Steuerberatungsunternehmens zu bedienen, und habe den Kontakt hergestellt zwischen dem Herrn Bauer und dem Herrn Varvaressos. Aber das ist schon eine sehr extensive Auslegung.

Ich selbst habe nie mit Consultatio zu tun gehabt.

Obmann Dr. **Steger:** Herrn Bauer haben Sie gekannt, aber nicht die Firma Consultatio, Herr Ing. Winter.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe auch die Firma Consultatio gekannt. Was heißt: wenn ich persönlich eine Firma kenne, ich weiß, wo sie ist, ich weiß ihren Geschäftszweck, ich weiß ungefähr, was jeder eben weiß.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sind Sie betreut worden von dieser Firma?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, nie.

Obmann Dr. **Steger:** Sie erklären, daß Sie einen Kontakt hergestellt haben. Einen Kontakt stellt man nicht her, wenn man selbst eine der beiden Seiten nicht kennt, dann ist man nicht der Kontakthersteller.

Das ist der klassische Fall für Kontaktherstellen: Bei Gericht werden Sie das erleben, daß man fragt: Haben Sie beide gekannt? Jetzt sagen Sie, den Herrn Varvaressos haben Sie gekannt, die anderen haben Sie aus dem Telefonbuch gekannt. Bitte passen Sie auf, was Sie da sagen, es wird festgehalten. Haben Sie also beide gekannt oder haben Sie nur einen gekannt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe den Herrn Bauer gekannt, und ich habe den Herrn Varvaressos gekannt und habe beide Herren miteinander bekanntgemacht.

Obmann Dr. **Steger:** Herrn Bauer haben Sie privat gekannt oder weil er in der Consultatio ist?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wann kennt man, bitte, jemanden privat, können Sie mir das so präzisieren, daß ich mit ja oder nein antworte? Wann kenne ich jemanden privat, Herr Vorsitzender?

Obmann Dr. **Steger:** Wir halten fest, daß die Gegenfrage kommt. Herr Abgeordneter Gradischnik.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Haben Sie den Herrn Bauer dienstlicherseits gekannt, von Aufträgen her?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, ich kannte ihn dienstlicherseits aus der Zeit, als ich beim Herrn Stadtrat Stacher ab Dezember 1972 oder Jänner 1973 quasi als technischer Berater tätig war, habe im Rahmen dieser ehrenamtlichen Tätigkeit, muß man sagen, im Laufe der Zeit Herrn Bauer kennengelernt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Ing. Winter! Ich möchte mich zunächst einmal konzentrieren auf die Situation, aus der heraus Sie gehandelt haben im Zuge Ihrer Geschäftsführung. Ich wollte Sie zunächst fragen: Welche Qualifikationen mit Ausnahme des uns bekannten Studiums haben Sie für die Funktion eines Vorstandsdirektors der AKPE mitgebracht und welchen Vertrauens haben Sie sich erfreuen können, das heißt: Welche maßgeblichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens haben Sie unterstützt bei der Erlangung dieser Position? Ist Ihnen die angeboten worden, oder haben Sie sich darum beworben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe im Jahre 1967 mit der Zweiten Staatsprüfung das Studium der Nachrichtentechnik beendet und bin Tage darauf in den öffentlichen Dienst beim Magistrat der Stadt Wien getreten, in die Magistratsabteilung 34.

Ich war von Anfang an bis 1971 überwiegend im Bereich der Heizbetriebe Wien mit Großprojekten befaßt und habe nebenbei mit Erlaubnis des Magistrats am Technologischen Gewerbemuseum in der Endausbildung Nachrichtentechnik und verwandte Gegenstände unterrichtet.

Im Jahre 1971 habe ich die Gruppenleitung für Sonderbauten, das waren alles Großpro-

jekte, begonnen, ohne Wertung jetzt in der Reihenfolge: Heim für betagte Menschen Süd, damals war es ja noch vorgesehen und in Planung, Hochwasserschutz, Hauptkläranlage, Schlachthof St. Marx, Wilhelminenspital, Rudolfspital und bis zu einem gewissen Teil auch die Bediensteten der Magistratsabteilung 34 in der Bauleitung des Allgemeinen Krankenhauses. Ich bin also seit 1971 mit dem Spitalswesen von der technischen Seite her vertraut.

Ich war von Anfang 1973 bis zu meiner Berufung in den Vorstand bei Stadtrat Stacher in seinem Beratungsteam und hatte dabei Gelegenheit, sehr tief in das Gesundheitswesen von nicht-technischer Seite hineinzusehen, in die Organisation und in die Probleme des Spitalsbetriebes. Ich habe mich parallel zu meiner Tätigkeit schon seit der Hochschule für Führungstheorien, Entscheidungstheorien, Entscheidungsphilosophien, Theorie des Managements und so weiter stark interessiert. Ich habe auch sehr konsequent jährlich im Durchschnitt zwei Seminare zu diesen Themenkreisen besucht. Es wurde auch vom Kontrollamt als sehr negativ vermerkt, da diese Seminare nicht billig sind. Ich habe mich also immer schon mit der Führung von Projekten, Projektmanagement, Entscheidungsphilosophie, Psychologie der Entscheidungsfindung und so weiter befaßt.

Ich habe auch schon seit Jahren vor, es ist nur bisher noch nicht dazu gekommen, über diesen Themenkreis eine Dissertation zu schreiben.

Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen: Ich hatte voriges Jahr im Herbst die Gelegenheit, auf Grund einer Einladung des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Technischen Universität Wien einen, glaube ich, gut angekommenen Vortrag halten zu dürfen. Er wurde gedruckt, er liegt in gedruckter Form vor.

Ich möchte also, ohne zu ausschweifend zu werden, die Frage nach meiner eigenen Qualifikation dahin gehend zusammenfassen: Ich bin ein gewachsener Techniker. Ich habe vor der Hochschule eine technische Mittelschule, das TGM, besucht. Ich war, seit ich im Berufsleben seit 1967 stehe, in technischen Großprojekten in vorderster Front tätig. Meine Tätigkeit begann nach der Devise „Friß Vogel oder stirb!" Ich wurde also hineingeschmissen ins Management und habe es, glaube ich, überlebt. Ich habe die technische Seite des Spitalwesens kennengelernt. Ich habe auch die organisatorische Seite des Spitalwesens kennengelernt. Ich habe mich mit Führung und Steuerung von technischen Projekten über meine berufliche Tätigkeit hinaus sehr intensiv befaßt. Ich glaube daher, für diese Tätigkeit geeignet gewesen zu sein beziehungsweise es auch noch zu sein.

Die Zusatzfrage ging dahin: Welche Persönlichkeiten des politischen Lebens kennen Sie eigentlich?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): ... haben Sie gefördert bei dieser Bestellung zum AKPE-Direktor?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe ja seit 1971 einen Einblick in das Allgemeine Krankenhaus gehabt — weil es eben, wie gesagt, im Rahmen meiner Tätigkeit eines der Großprojekte war — und habe ungefähr nach einem Jahr Zusehen, wenn ich es so nennen darf, die Überzeugung gewonnen, daß es mit dem damaligen Führungsinstrument, nämlich der alten Bauleitung — das ist jetzt bitte nichts Negatives über jene Menschen, die damals dort gearbeitet haben —, schiefgehen wird, und zwar ganz einfach durch eine nicht gleichmäßige Interessenverfolgung in sachlichem Sinne. Es saßen damals dort nur in der ersten und zweiten Führungsebene Bautechniker; kein einziger Techniker einer anderen Disziplin; kein Jurist; kein Kaufmann. Es war also ein eindeutiger Überhang. Ich habe daher in den Jahren 1972 bis 1975 verschiedene Leute des Magistrats informiert, habe vereinzelt Berichte und Zusammenstellungen gemacht, warum ich glaube, daß dieses Führungsinstrument nicht geeignet sein kann.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wer waren die „verschiedenen Leute" außer Magistratsbeamten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Außer Magistratsbeamten eigentlich nur Herr Stadtrat Stacher im Rahmen meiner Tätigkeit als Berater. Außer Herrn Stadtrat Stacher kannte ich persönlich bis zum Zeitpunkt meiner Berufung in den Vorstand keinen einzigen Politiker, keinen einzigen politischen Mandatar persönlich. Natürlich kennt man jemand vom Sehen von irgendeiner Eröffnung oder dergleichen. Aber im Sinne, daß ich mit ihm eine Gesprächsbasis hatte, nur Herrn Stadtrat Stacher.

Ihre Frage ging weiter dahin: Wer hat mich gefördert?

Dazu muß ich sagen: Ich glaube auch noch heute: gefördert in dem Sinne hat mich niemand. Man hat — so glaube ich, daß es war —, als man sich entschlossen hat, eine Aktiengesellschaft zu gründen, einen Mann gesucht, der ein möglichst breites Spektrum von der Führungsqualifikation her abdecken kann. Dabei wird man wahrscheinlich auf mich gestoßen sein.

Ich wurde, als diese Gründung virulent wurde oder aktuell wurde, eingeladen oder aufgefordert, ein Bewerbungsschreiben abzugeben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Bei wem?

Dipl.-Ing. **Winter:** Beim Herrn Magistratsdirektor.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Von wem aufgefordert?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich glaube, mich erinnern zu können, sogar vom Herrn Magistratsdirektor persönlich, ein Bewerbungsschreiben an ihn zu richten. Aber das müßte man ja aus dem Schriftstück sehen, an wen es ergangen ist. Ich glaube, es ist an den Herrn Magistratsdirektor persönlich oder an die Magistratsdirektion gegangen.

Ich kannte zu diesem Zeitpunkt Herrn Stadtrat Mayr gar nicht persönlich. Ich kannte ihn natürlich, aber ich hatte vorher mit ihm noch nie gesprochen. Ich wurde zirka eine Woche, bevor die Gründungsversammlung der Aktiengesellschaft war, ins Büro des Herrn Stadtrates Mayr gerufen. Da war auch der Herr Obersenatsrat Horny dabei. Der Herr Obersenatsrat Horny hat gesagt — diese Worte habe ich heute noch im Ohr —: Des is er!

Ich wurde also gefragt, ob ich bereit bin, diese Tätigkeit zu übernehmen, ob ich mir es zutraue. Und ich habe gesagt: Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Diplomingenieur! Vorstandsdirektor der AKPE ist ja immerhin eine sehr wichtige Funktion mit einer sehr großen Verantwortung. Ich glaube, Sie kennen doch soweit das öffentliche Leben in Österreich, daß solchen Besetzungen ja doch Beratungen vorausgehen, und Sie haben ja hier öffentliche Aufgaben oder Aufgaben im öffentlichen Interesse, für die eine bestimmte politische Verantwortung auch besteht, zu erfüllen gehabt.

Wenn ich Ihre Aussage richtig verstanden habe, haben Sie überhaupt nur mit Stadtrat Stacher aus dem Politikerbereich bis zu Ihrer Bestellung Kontakte gehabt.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Waren Sie informiert darüber, daß Sie im Gespräch sind, daß Sie Vertrauen hier erlangen können? Hat man Sie wirklich nur das erstemal von dieser Möglichkeit der Bestellung dadurch in Kenntnis gesetzt, daß Sie irgend jemand aufgefordert hat, ein Bewerbungsschreiben zu schicken, oder ist Ihnen nicht durch andere Kontakte bekanntgeworden, daß Sie hier im Gespräch sind und daß ein Interesse daran besteht, daß Sie mit dieser Funktion betraut werden?

Dipl.-Ing. **Winter:** Als im Jahre 1975 vielleicht allgemein der Eindruck entstanden ist, daß es an der Zeit ist, etwas zu tun im Allgemeinen Krankenhaus, habe ich mir natürlich etwas im Falle einer strukturellen Veränderung erhofft, wobei ja keinesfalls feststand, daß es zu einer Aktiengesellschaft käme. Ich habe, wie ich schon ausführte, eine Woche vorher erfahren, daß es zu der Gründung einer Aktiengesellschaft kommt. Ich wußte vorher aus keinerlei anderen Informationsquellen, daß eine Aktiengesellschaft gegründet wird.

Ist die Frage damit beantwortet?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat Stadtrat Stacher Ihnen nie eröffnet, daß die Absicht besteht, Sie dort einzuschalten, mit Ausnahme der Aufforderung — das ist ja mehr eine formelle Sache —, ein Bewerbungsschreiben abzuschicken? Es wäre äußerst ungewöhnlich, wenn man jemand — darf ich es jetzt ganz banal sagen — völlig im unklaren läßt und dann nur sagt: Jetzt richte ein Bewerbungsschreiben.

Wurde Ihnen konkret

a) von Stadtrat Stacher oder

b) von irgendeiner anderen Persönlichkeit des öffentlichen Lebens mitgeteilt, daß man beabsichtigt, Ihnen eine solche verantwortliche Position zu übertragen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann sowohl a) als auch b) eindeutig mit Nein beantworten.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie waren also sozusagen bis zur formellen Aufforderung, ein Bewerbungsschreiben abzuschicken, auch nicht vom Stadtrat Stacher aufmerksam gemacht worden, daß man erwägt, Sie mit einer solchen Funktion zu betrauen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich war von Stadtrat Stacher nicht darüber informiert. Wenn Sie jetzt sagen, erst mit dem Bewerbungsschreiben: Ich weiß heute das Datum dieses Bewerbungsschreibens nicht mehr. Ich glaube, mich heute erinnern zu können, daß es Tage sind, aber ich kann heute wirklich nicht sagen: War dieses Bewerbungsschreiben eine Woche oder einen Monat vor dem Gespräch mit Stadtrat Mayr beziehungsweise Obersenatsrat Horny. Ich kann auch gar nicht mehr sagen, ob dieses Bewerbungsschreiben als Bewerbung für den Vorstand einer Aktiengesellschaft formuliert war oder ob es eher generell gehalten war für eine Führungstätigkeit im Zusammenhang mit der Reorganisation der Bauleitung.

Ich weiß es nicht mehr. Aber das müßte ja aus dem Bewerbungsschreiben ersichtlich sein.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Dipl.-Ing. Winter! Zunächst im Anschluß an die Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Gradischnik. Sie haben sinngemäß gesagt, daß Sie keine direkten Kontakte zur Consultatio oder zu Mitarbeitern der Consultatio hatten. Wie kommt es zu dem Aktenvermerk vom 23. 7. 1974 — von Ihnen hand-

schriftlich; Seite 30 des Handschriftlichen Aktes —, wo Sie wörtlich schreiben — 23. 7. 1974 —: Betriebsorganisation muß in unseren Händen bleiben (Consultatio)?

Ich darf Ihnen jetzt eine bereinigte Ausgabe dieser handschriftlichen Vermerke für die heutige Sitzung übergeben. Wir haben das vom Rechnungshofbericht herausgenommen. Sie können immer darin blättern, wenn Sie etwas nachschauen wollen. (Dipl.-Ing. Winter wird ein Exemplar übergeben.) Die Seiten sind unten mit einem Numerator numeriert worden. Seite 30, 1. Absatz.

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich bitte den ganzen Absatz lesen?

Obmann Dr. **Steger:** Es geht darum, daß Sie keinen Kontakt gehabt haben und daß Sie im Jahr 1974 wörtlich hinschreiben: Betriebsorganisation muß in unseren Händen bleiben (Consultatio).

Ich frage Sie daher: Wieso heißt es „in unseren Händen", wenn Sie zu dem Zeitpunkt überhaupt keinen Kontakt gehabt haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe vorhin gesagt, daß ich in meiner Tätigkeit mit Herrn Stadtrat Stacher als Team — es steht ja auch Team-Sitzung — Herrn Bauer kennengelernt habe.

Obmann Dr. **Steger:** Wann?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe ja gesagt: Meine Team-Tätigkeit beim Herrn Stadtrat Stacher hat Ende 1972 begonnen. Ich glaube, im November 1972 ist der Herr Stadtrat Stacher überhaupt erst gekommen. Ein, zwei Monate später wurde ich ...

Obmann Dr. **Steger:** Darf ich Sie auf den Widerspruch aufmerksam machen, daß Sie dem Herrn Dr. Gradischnik gerade vorhin gesagt haben, daß Sie bei der Kontaktherstellung den Herrn Dr. Bauer nicht gekannt haben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das habe ich nicht gesagt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Nein. Er hat gesagt, Herrn Dr. Bauer kennt er seit 1972. Das hat er gesagt.

Obmann Dr. **Steger:** Seit 1972 kennen Sie Herrn Dr. Bauer?

Dipl.-Ing. **Winter:** Oder Anfang 1973. Bitte mich nicht auf Monate festzulegen über Zeiträume von acht Jahren hinweg.

Obmann Dr. **Steger:** Es könnte nur ein Irrtum sein. Es ist schon aufgeklärt worden, was der Irrtum daran ist: Da es erst seit 1973 den Stadtrat Stacher gibt, können Sie nicht im Jahr 1972 durch ihn Herrn Dr. Bauer kennengelernt haben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Dann habe ich Stadtrat Stacher im Jahr 1973 kennengelernt.

Diese Besprechung besagt folgendes: Oben steht Teamsitzung mit Herrn Stadtrat Stacher und mit Herrn Dr. Wilfling im Hanusch-Krankenhaus. Wir saßen damals öfters im Hanusch-Krankenhaus. Ich glaube, in der ersten Zeile entziffern zu können, daß Obersenatsrat Siebensohn damals auf Urlaub war.

Obmann Dr. **Steger:** Ich habe Sie nicht nach der Besprechung gefragt.

Ich frage Sie, wieso steht da: „Betriebsorganisation muß in unseren Händen bleiben (Consultatio)"?

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich es lesen?

Obmann Dr. **Steger:** Dann lesen Sie es still und geben Sie mir dann die Antwort auf meine Frage. Vorlesen brauchen Sie es uns nicht.

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Consultatio war meines Wissens im Bereich der Stadt Wien in jener Zeit für verschiedene Beratungen tätig. Ich kann nicht sagen, ob das MA 17-Aufträge waren. Jedenfalls bezieht sich dieses „Betriebsorganisation muß in unseren Händen bleiben" darauf, daß Stadtrat Stacher den Standpunkt vertreten hat, daß diese Planungstätigkeit, dieses Planungsvolumen nicht von der Bauleitung betreut werden sollte, sondern von der Geschäftsgruppe 4, wie sie damals geheißen hat. Das bezieht sich also auf uns. Ich habe mich hier in dieser Funktion als Angehöriger des Teams um Stadtrat Stacher gesehen. Daher bezieht sich „uns" auf Stadtrat Stacher.

Obmann Dr. **Steger:** Und er wollte von Ihnen, daß die Consultatio in irgendeiner Form mit dabei ist?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich sage ja: Die Consultatio war ja damals schon mit verschiedenen Aufträgen von der Stadt Wien beauftragt. Es kann also hier nur die mnemotechnische Notiz Consultatio für mich geheißen haben: Na ja, es wird also wahrscheinlich die Consultatio vielleicht in irgendeiner Form involviert werden.

Obmann Dr. **Steger:** Die wörtliche Formulierung heißt: „Muß in unseren Händen bleiben (Consultatio)" und nicht: Wird vielleicht involviert werden.

Hat es, bevor Sie das niedergeschrieben haben, irgendein Gespräch gegeben, aus dem Sie geschlossen haben, daß die Consultatio beschäftigt sein muß?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Diplomingenieur! Auch zu Ihren schriftlichen Aufzeichnungen, und zwar 16. 4. 1976. Da halten Sie im

Akt B 8 auf Seite 99 unter Punkt 2 fest: „Prutscher 2 Prozent".

Was bedeutet das? (Dipl.-Ing. Winter antwortet nicht sofort.)

Obmann Dr. **Steger:** Ich darf Sie um eine Antwort bitten.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich denke nur kurz nach.

Ich kann mir nur vorstellen, daß diese 2 Prozent sich auf folgendes beziehen: Die Firma Prutscher hatte damals einen Subauftrag der Firma Siemens für die Medizintechnikplanung.

Der Honorarsatz betrug für die Firma Siemens 2,5 Prozent. Ich glaube, mich dunkel erinnern zu können: Es gab damals mit diesem Subauftrag gewisse Probleme. Die Firma Prutscher wollte ein Honorar von 2 Prozent, und die Firma Siemens wollte oder konnte nicht soviel für den Subauftrag geben, weil sie selbst nur 2,5 Prozent hat. Der Hinweis „Prutscher 2 Prozent" müßte sich eigentlich auf diesen Siemens-Medizin-Subauftrag beziehen, weil ich mich sonst an keinen einzigen Geschäftsfall mit der Firma Prutscher erinnern könnte.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Diplomingenieur! Steht das im Zusammenhang mit dem BO-Kuchen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, überhaupt nicht.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Dem Protokoll mit Ing. Worm vom 1. 4. 1980 ist zu entnehmen, daß es im Zusammenhang mit der Firma Prutscher spektakuläre Sachen gibt und man über Prutscher sicher lang diskutieren müßte, so wie Sie ausführten. Können Sie dies erklären? — Das steht im Akt B 12, Seite 114. Das ist das Protokoll zum Gespräch mit Ing. Worm.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn Sie das bitte mündlich vorhalten und ihm vorlesen, was dort steht, und dann befragen. Das ist der Gerichtsakt B 12. Bitte nur die Passage, zu der Sie fragen, vorlesen und dann die Frage.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Ich habe es schon. Es heißt hier: Woran sind Sie denn interessiert über die Firma Prutscher?

Dipl.-Ing. **Winter:** Dürfte ich mir das bitte durchlesen; ich bin ein sehr optischer Typ.

Obmann Dr. **Steger:** Ich bitte darum, das vorzulesen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Ich lese weiter: Da gibt es sicher spektakuläre Sachen, wobei wir über Prutscher sicher lange diskutieren müssen.

Obmann Dr. **Steger:** Die Frage, bitte.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Die Frage dazu ist: Wie erklärt man das? Was sind das für spektakuläre Sachen, und was ist da alles zu sagen, alles im Zusammenhang mit „Prutscher 2 Prozent"?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das hat eigentlich damit überhaupt nichts zu tun.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Was hat „spektakuläre Sachen" zu bedeuten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nichts Konkretes. Sie müssen das als Formulierung von mir in der Richtung verstehen, ich habe Worm einen Brocken hingeworfen, um zu sehen, wie er darauf reagiert.

Obmann Dr. **Steger:** In Ihren Aktennotizen haben Sie das im Sinne dessen, was Ihnen Abg. Mühlbacher vorgehalten hat, festgelegt. Das hat damit überhaupt nichts zu tun, heißt Ihre Antwort.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich hätte zunächst eine Bitte, Herr Vorsitzender. Uns wurde mehrmals erklärt der Vorteil einer raschen Kontaktnahme mit verschiedenen Stellen, unter anderem der Gemeinde Wien. Ich hätte gerne dieses vom Herrn Zeugen erwähnte Bewerbungsschreiben als Ausschußmaterial, vielleicht kann man es formlos und kurzfristig beschaffen, es wäre sehr zweckmäßig. Ich möchte zunächst fragen, ob das geht, und dann würde ich an den Herrn Zeugen weitere Fragen stellen.

Obmann Dr. **Steger:** Sie können diese Frage direkt an den Vertreter der Gemeinde Wien richten, ob er es auf kurzem Weg beschaffen kann.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Vorsitzender, ich würde bitten, ob wir das vom Herrn Zeugen erwähnte Bewerbungsschreiben kurzfristig bekommen könnten, es müßte ja in irgendeinem Personalakt der Gemeinde Wien aufliegen.

Obmann Dr. **Steger:** Ist das möglich?

Senatsrat Dr. **Scharitzer** (Magistrat Wien): Ich werde es versuchen.

Obmann Dr. **Steger:** Danke. — Und jetzt Ihre Fragerunde.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Dipl.-Ing. Winter, nach Ihren Auskünften, die Sie mir gegeben haben, sind Sie auf Grund Ihrer Qualifikation beziehungsweise Ihrer Mitarbeit bei

Stadtrat Stacher in diese Funktion berufen worden, Sie haben aber offenbar auch selbst kaufmännische Tätigkeit entfaltet bzw. erwogen, kaufmännische Tätigkeiten — Reisebüro und so weiter — zu entfalten. Sie waren aber während Ihrer Tätigkeit, wie ich annehme — ich bitte, dazu Stellung zu nehmen —, karenzierter Magistratsbediensteter oder sind es noch.

Ich möchte Sie fragen: Welche unternehmerische, kaufmännische Tätigkeiten, die auf Gewinnerzielung, Einkommenserzielung ausgerichtet sind und nicht mit Ihrer Magistratstätigkeit, nicht mit Ihrer AKPE-Direktorenschaft zu tun haben, haben Sie entfaltet? War Ihre Dienststelle, die vorgesetzte Dienststelle, darüber informiert? Waren Aufsichtsrat und andere Vorstandsdirektoren darüber informiert, und haben Sie die Frage von möglichen Kollisionen mit anderen Verantwortlichen diskutiert? Bei Kollisionen meine ich, es können ja, wenn Sie selbst unternehmerisch tätig sind, Interessenskollisionen auftreten, es können aber auch zeitliche, belastungsmäßige Kollisionen auftreten, wenn man zum Beispiel ins Reisebüro oder in sonstige Grundstücksgeschäfte oder sonst etwas einsteigen will. Ich würde mich dafür sehr interessieren.

Dipl.-Ing. **Winter:** Im Zeitraum meiner AKPE-Bestellung war ich nach meiner Auslegung in keiner Weise unternehmerisch tätig. Ich habe mit meinem Freund Varvaressos — über sein Betreiben, über sein Anliegen — eine Zeitlang gesprochen. Es wurde erwogen, daß ich eventuell bei ihm in seinem Reisebüro, in seinem Reiseunternehmen — es ist ja mehr als ein Reisebüro — tätig werde. Es war sein Anliegen, wobei immer daran gekoppelt war, das kann nur als Full-time-Job gehen. Es war also nie beabsichtigt, eine Nebenerwerbstätigkeit dort zu haben, denn das hätte ja mein Dienstvertrag ausgeschlossen.

Der Erwerb eines Grundstückes ist für mich keine unternehmerische Tätigkeit in diesem Sinne, sondern eine Disposition über das Privatvermögen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie auch nie Verhandlungen geführt, daß Sie etwa bei ITS oder in anderer Weise unternehmerisch oder mitunternehmerisch tätig werden?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich bin mit Varvaressos persönlich befreundet, wir sind auch familiär befreundet. Wenn man mitsammen an einem Sonntag spazierengeht und etwas diskutiert, dann bezeichne ich das nicht als „verhandeln".

Wir haben einige Besprechungen darüber gehabt, mit einem ehemaligen Geschäftsführer von ihm — damals noch Geschäftsführer —, auch mit seinem Rechtsanwalt Dr. Angermann. Diese Besprechungen haben in Abständen von vier, sechs oder noch mehr Wochen stattgefunden, es waren einige Besprechungen und über Empfehlung ... Es gab dann eine Besprechung, weil Varvaressos zu einer Entscheidung kommen wollte, so quasi: Hast du die Absicht, irgendwann einmal vollberuflich zu mir zu kommen? Ja oder nein? Ich habe damals auf Grund dieser Abschlußbesprechung oder wie immer man das nennen will, meinem Freund gesagt, daß es für mich nicht in Frage kommt. Ich würde aber diese Besprechungen nicht als „unternehmerische Tätigkeit" bezeichnen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es wird im Artikel des „profil" vom 8. 4. 1980 geschrieben: „Wie auch immer, Direktor Adolf Winter beharrte darauf, daß Consultatio-Geschäftsführer Bauer und dessen Mitarbeiter Dr. Wurditsch als offizielle Berater beim Ankauf des ITS beigezogen werden. Winter beharrte auf der Consultatio. Zeugen erinnern sich daran, Winter habe versichert, daß man es sich dann besser richten kann, so kam es, daß 1978 die Consultatio-Crew in den ITAS-Räumen, Rilkeplatz 7, und an Winters Seite am Ankauf der ITS-Ges.m.b.H. mitverhandelten."

Haben zum Beispiel diese Verhandlungen, so wie es hier geschildert wird unter Berufung auf Zeugen, stattgefunden, oder waren das nur diese „Spaziergänge", von denen Sie gesprochen haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe nicht nur von Spaziergängen gesprochen, sondern ich habe gesagt, es hat auch einige Besprechungen gegeben mit dem Herrn Varvaressos, mit seinem Anwalt bzw. mit seinem damaligen Geschäftsführer. Hier ging es aber im wesentlichen immer nur darum, daß ich natürlich nicht nur als Angestellter dort hingegangen wäre, sondern gewisse Sicherheiten haben wollte, in Form von Beteiligung von Gesellschaftsanteilen, und es wurden im Laufe der Zeit verschiedene Denkmodelle diskutiert, die alle nicht zur Ausführung kamen, sodaß ich ihm nach diesem Schlußgespräch gesagt habe: Es kommt für mich eine Beteiligung, eine Mitarbeit nicht in Frage.

Ich habe diesen „profil"-Artikel zu wenig im Kopf, kann mich also nicht erinnern, wie es da genau drinnen steht. Ich war aber zum Beispiel nie bei Verhandlungen über den Ankauf Rilkeplatz 7, das ist mir vollkommen neu.

Abg. Dr. **Kohlmaier:** Herr Winter! Sie sagen, daß das also keine unternehmerische Tätigkeit war, Sie haben nur Ihr Vermögen veranlagt.

Ich möchte Sie — es ist nicht meine Aufgabe, ich bin nicht der Vorsitzende, Sie an die Wahrheitspflicht zu erinnern —, aber ich möchte Sie doch fragen: Stimmt es, daß Sie zum Beispiel

häufig Reisen nach Griechenland unternommen haben, um sich um Ihr dortiges Vermögen zu kümmern? Ist das nicht eine Tätigkeit im Sinne einer unternehmerischen Entfaltung?

Dipl.-Ing. **Winter:** Meine häufigen Reisen — unter Anführungszeichen — nach Griechenland beschränken sich ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Was gehört unter Anführung?

Dipl.-Ing. **Winter:** Sie können alles unter Anführungszeichen geben, das ist mir egal. — Meine „häufigen Reisen" beschränken sich darauf, daß ich zu Ostern, zu Pfingsten, an verlängerten Wochenenden und meinen Urlaub seit 1962 in Griechenland verbringe. Ich kenne sehr viele Leute in Griechenland, persönliche Freunde von der Hochschulzeit, und ich habe ein Grundstück in Griechenland. Und wenn man sich um sein eigenes Grundstück in Griechenland kümmert, so bezeichne ich das nicht als unternehmerische Tätigkeit.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist es richtig, daß Herr Bauer diesen Verhandlungen über einen allfälligen Ankauf von ITS beigezogen wurde, und warum haben Sie ihn beigezogen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich nur an eine Besprechung erinnern, bei der Herr Bauer dabeigewesen ist. War es ein zweites Mal, ich weiß es nicht. Damals war ja bereits die Consultatio Auftragnehmer vom Reisebüro ITAS, es ging nicht darum, ob ich darauf bestehe, sondern es hat Herr Varvaressos einen Steuerberater dabei gehabt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Stimmt die Passage im „profil"-Artikel: Ein volles Jahr verhandelte Winter letztlich fruchtlos um die ITS-Beteiligung. — Ist das richtig, und zweitens von wem haben Sie diese Grundstücke in Griechenland erworben? Wie sind Sie dazu gekommen, ausgerechnet in Griechenland Vermögen anzulegen? Waren das rein touristische Interessen? Von wem haben Sie das erworben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich zuerst korrigieren. Ich habe in Einzahl gesprochen, und Sie haben jetzt in Mehrzahl gesprochen. Ich habe e i n Grundstück in Griechenland. Dadurch, daß ich sehr viele persönliche Freunde in Griechenland habe, habe ich Ende 1975 davon erfahren, daß ein Gelegenheitskauf relevant ist, nämlich auf der Insel Skiathos ein sehr schön gelegenes Grundstück mit einem ca. 90 m² großen Haus. Und nachdem an und für sich dieses Grundstück nicht bebaubar ist nach den damals gültigen Gesetzen, aber aus der Vergangenheit heraus dieses Haus drauf steht, habe ich mich entschlossen, diese Liegenschaft zu erwerben, denn der Besitz eines, einer zwei ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Von wem haben Sie das erworben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wie der Mensch heißt, weiß ich nicht mehr, das war, glaube ich, ein Engländer oder Amerikaner, von dem ich dieses Grundstück erworben habe, der dieses Grundstück verkauft hat, weil er durch eine Operation, durch eine Ohroperation bedingt, nicht mehr reisen konnte und daher nicht mehr seinen Zweitbesitz verwenden konnte. Die gesamte Vertragsabwicklung hat für mich ein Rechtsanwalt in Athen durchgeführt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich bitte um Entschuldigung. Herr Dipl.-Ing., es erscheint mir bei Berücksichtigung Ihrer Belastung und Ihrer Streßsituation nicht sehr glaubwürdig, daß Sie sich nicht erinnern, von wem Sie ein Grundstück gekauft haben. So viele Grundstücke werden Sie ja in Ihrem Leben nicht erworben haben.

Ich frage Sie daher noch einmal — bitte sich zu erinnern und zu besinnen —: Von wem haben Sie dieses Grundstück in Skiathos gekauft? War das vielleicht jemand, mit dem Sie früher oder später geschäftlich zu tun hatten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe diesen Menschen, den früheren Grundbesitzer, in meinem Leben nie gesehen, nie gesprochen. Der Kauf kam ja über die „Vermittlung" — unter Anführungszeichen — eines Freundes aus Griechenland zustande, der eben den Verkäufer kannte. Ich stand mit diesem weder vorher noch nachher in irgendeiner Geschäftsverbindung, sei es beruflich oder privat. Wenn ich sage: Ich kann mich nicht erinnern, kann ich nicht genau den Namen sagen, es war ein Arzt, er hieß ungefähr so — Dr. Denis oder Denir Michael oder so ähnlich hat er geheißen.

Obmann Dr. **Steger:** Mitchell!

Dipl.-Ing. **Winter:** Richtig. Mitchell.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist Ihnen Herr Denis Mitchell auch nach diesem Kauf nicht begegnet, oder haben Sie nie erfahren, daß er beteiligt war an irgendeiner Firma, die bei Vergabe von Aufträgen bei Ihrer Tätigkeit mittelbar oder unmittelbar eingeschaltet wurde?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nie!

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich melde mich für die nächste Runde an. Ich will es nicht zu lange machen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier, ich hätte trotzdem Verständnis gehabt, wenn Sie ihm direkt dann doch den Vorhalt machen, ob er, nachdem er sagt, er hat nie damit zu tun gehabt, irgendwann zu tun

gehabt hat bei der Auftragsvergabe. Das ist ja das erstrangige Thema, das wir hier abhandeln, ABO und Subaufträge, ob hier irgendwann die Chase Manhattan Bank eine Rolle gespielt hat.

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich dazu eine Frage stellen? Die Chase Manhattan Bank im Zusammenhang womit? Mit der AKPE oder wie?

Obmann Dr. **Steger:** Im Zusammenhang mit treuhänderisch oder als Eigentümer oder auch als Verwalter von Anteilen irgendeiner Firma, die auf der Auftragnehmerseite oder auf der Subauftragnehmerseite beschäftigt war.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann diese Frage eindeutig mit Nein beantworten. Mir ist also nichts bekannt, eine Geschäftsbeziehung, ein Finanzgeschäft oder irgend etwas im Zusammenhang Chase Manhattan Bank, AKPE, Winter und mein Grundstück überhaupt nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Ich habe nicht nach dem Zusammenhang mit dem Grundstück gefragt, sondern ob die Chase Manhattan Bank zu irgendeinem Zeitpunkt entweder Eigentümer oder Halter von Anteilen oder Treuhänder einer Firma oder von Anteilen einer Firma war, die auf der Auftragnehmerseite direkt oder als Subauftragnehmer beschäftigt war beim AKH.

Dipl.-Ing. **Winter:** Mir ist diesbezüglich nichts bekannt.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen daher auch unbekannt, daß die Chase Manhattan Bank zu 97 Prozent Eigentümer der Firma Techmed, korrekt heißt sie Techmed Developments, ist?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe den Namen der Firma Techmed Developments zum erstenmal gehört bzw. davon gelesen am Montag, dem 10. März, als wir den Bericht des Kontrollamtes bekamen und jeder Vorstand, jeder von uns dreien in seinem Zimmer saß bis spät in die Nacht und diesen Bericht zum erstenmal gelesen hat. Da hörte ich bzw. sah ich zum erstenmal den Namen der Firma Techmed Developments. Und mir war auch nicht bekannt, bis jetzt nicht, daß 98 Prozent dieses Unternehmens von der Chase Manhattan Bank gehalten werden.

Obmann Dr. **Steger:** 97 Prozent.

Dipl.-Ing. **Winter:** 97 Prozent.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Zur Geschäftsordnung. Ich hätte ein Vorbringen, Herr Vorsitzender, das besser in Abwesenheit des Herrn Zeugen geschehen sollte. *(Zeuge Dipl.-Ing. Winter wird für kurze Zeit aus dem Saal geführt.)*

Obmann Dr. **Steger:** Herr Winter! Ich darf Ihnen zunächst sagen, daß wir jetzt beraten haben, wie wir eine schärfere Gangart dort einschlagen, wo Sie uns offensichtlich sehr ausweichend antworten und unter starken Erinnerungsschwierigkeiten leiden: Die konkrete aufgeworfene Frage, daß überhaupt keine Ahnung darüber besteht, daß die Chase Manhattan irgendwo dabei war, und keine Ahnung oder sehr schwache Erinnerung, wie ein Grundstück gekauft wurde und ähnliches.

Ich darf Sie ernstlich ermahnen, schneller und direkter die Wahrheit zu sagen, denn dann glaubt man Ihnen auch, daß es die Wahrheit ist. Wenn Sie sehr lang immer noch rückfragen müssen, dann glaubt man, daß das Überlegungsfristen sind, und noch dazu dann, wenn Sie sagen, Sie wissen nicht, von wem Sie das einzige Ihrer Grundstücke im Ausland gekauft haben.

Damit jetzt zurück.

Der letzte Vorhalt war die Frage der Beteiligung der Chase Manhattan, wieweit Sie das gewußt haben.

Sie haben geantwortet vorher — wobei ich Sie schon darauf aufmerksam gemacht habe, daß wir jeweils darüber ein Wortprotokoll führen —, daß Sie das nicht gewußt haben.

Wann haben Sie erstmals überhaupt gehört, daß eine Firma Techmed bei Aufträgen und bei Subaufträgen beteiligt ist?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich wiederhole: Am 10. März haben wir den Kontrollamtsbericht erhalten, und am gleichen Tag habe ich zum ersten Mal diesen Namen gelesen.

Obmann Dr. **Steger:** 10. März heuer.

Dipl.-Ing. **Winter:** Heuer. Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Es ist Ihnen daher, wie ich jetzt fast schon annehme, aber ich will es nicht demagogisch fragen, daher cool: Es ist Ihnen unbekannt, daß ein Herr Denis Mitchell — des gleichen Namens ist jener Herr, der Ihnen ein Grundstück verkauft hat in Griechenland — Direktor bei der Chase Manhattan Bank ist? Ist Ihnen das bekannt oder unbekannt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Mir unbekannt, bitte bis jetzt. Das höre ich jetzt zum ersten Mal.

Obmann Dr. **Steger:** Daher nehme ich weiters an, aber ich frage es Sie wieder neutral: Können Sie irgend etwas über die Eigentümerschaft bei der Firma Techmed aussagen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann über die Eigentümerschaft . . .

Obmann Dr. **Steger:** Ich darf Sie daran erinnern: Sollte sich je herausstellen, daß Sie damit irgend etwas zu tun haben, ist das der klassische Fall der falschen Zeugenaussage.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Ich bitte.

Dipl.-Ing. **Winter:** Mir ist nichts bekannt über die Eigentumsverhältnisse der Firma Techmed Developments.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben — und damit schließe ich meine Befragungsrunde ab und gebe dann wieder an die nächste Fraktion weiter —, Sie haben unter anderem am 3. 11. 1976, Seite 115 der Unterlagen, die wir Ihnen zur Verfügung gestellt haben, festgehalten bei der BO-Vorgangsweise, Betriebsorganisations-Vorgangsweise, DKV, ÖKODATA, ODELGA, und dann steht: MEDIPLAN — in Klammer — (under pressure). Was heißt das?

Das ist die Seite 115 in B 8. Ich nehme an, daß under pressure englisch sein soll (was Dipl.-Ing. Winter durch eine Geste bestätigt) und ich es richtig ausgesprochen habe. Bitte, was heißt das?

Dipl.-Ing. **Winter:** Soweit ich mich erinnern kann, hat die Firma MEDIPLAN Interesse gezeigt oder angemeldet, bei der Betriebsorganisationsplanung mitzumachen. Die Firma MEDIPLAN war ...

Sie sagen, ich spreche langsam, aber wenn man etwas vorgehalten kriegt, was man vor vier Jahren geschrieben hat, kann man nicht wie aus der Pistole antworten.

Obmann Dr. **Steger:** Das hätten Sie sich schon wieder sparen und weiterreden können. Genau diese Passage hätten Sie schon wieder einsparen und uns helfen können. Bitte.

Dipl.-Ing. **Winter:** ... war die Firma MEDIPLAN bei der Magistratsabteilung 17 bzw. bei Dr. Wilfling weniger beliebt, und daher habe ich dieses under pressure wahrscheinlich aus diesem Grund dazugeschrieben.

Obmann Dr. **Steger:** Under pressure heißt was? Was heißt under pressure?

Dipl.-Ing. **Winter:** Unter Druck.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn Sie sagen, was Sie gerade getan haben, es heißt unter Druck: Wer hat gedrückt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Firma MEDIPLAN hat sich bemüht, in Wien Fuß zu fassen, und es ist ihr scheinbar nicht so richtig gelungen, und das dürfte damals zu dieser Notiz geführt haben.

Obmann Dr. **Steger:** Wer hat gedrückt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Firma MEDIPLAN.

Obmann Dr. **Steger:** Die Firma MEDIPLAN hat auf Sie gedrückt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Firma MEDIPLAN hat bei verschiedenen Leuten sich bemüht, ins Geschäft zu kommen. Und sie war zu dem Zeitpunkt ...

Obmann Dr. **Steger:** Die Frage heißt: Wer hat gedrückt? Wenn Sie sagen: under pressure heißt Druck ausüben — wer waren die Personen?

Dipl.-Ing. **Winter:** MEDIPLAN — Sie meinen Namen. Der Geschäftsführer damals, die beiden Geschäftsführer, davon hieß einer Weiß, den zweiten Namen weiß ich nicht, waren, wie ich erfahren habe, bei verschiedenen Stellen der Stadt Wien, ich weiß nicht, bei wem sie waren, haben sich bemüht, im AKH ganz allgemein mehr Aufträge zu bekommen, als sie damals hatten, nämlich 50 Prozent der ORP-Planung.

Obmann Dr. **Steger:** Wodurch hat der Herr Weiß auf Sie, Herr Winter, Druck ausüben können?

Dipl.-Ing. **Winter:** Man darf sich hier nicht an dem Wort pressure wörtlich so aufhängen, sondern er hat sich eben bemüht. Druck ausüben in dem Sinn konnte er natürlich nicht. Aber wenn jemand einmal im Monat anruft und jeden zweiten Monat vorbeikommt und sagt: Na ja, können wir nicht dort ... — bemüht er sich halt, betreibt Akquisition.

Obmann Dr. **Steger:** Schon. Aber ich nehme nicht an, daß jeder, der sich bemüht, ins Geschäft zu kommen, von Ihnen bezeichnet wird als jemand, der Druck ausübt.

Dipl.-Ing. **Winter:** Deutsche Geschäftsleute entwickeln fallweise eine aggressive Akquisition, die man fast als Druck bezeichnen könnte, und so ist das zu verstehen, nicht anders.

Obmann Dr. **Steger:** Wodurch — die Eingangsfrage, die Sie noch nicht beantwortet haben — war ein Herr Weiß in der Lage, auf Sie Druck auszuüben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Er war ja nicht in der Lage, Druck auszuüben. Er hat es versucht.

Obmann Dr. **Steger:** Also dieses under pressure heißt, es ist versucht worden, aber nicht ausgeübt worden, der Druck.

Dipl.-Ing. **Winter:** Könnte man so auslegen. Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Was heißt dann der nächste Satz, der dransteht, gleich auf demselben Aktenvermerk: Wilfling lehnt begleitende Prüfung ab, es darf niemand über der Betriebsorganisationsplanungsgruppe stehen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe damals den Standpunkt vertreten, daß man, wenn man eine Tätigkeit ausführt, auch für eine gewisse Kontrolle, sich selbst kontrollieren lassen soll, und habe damals die sogenannte projektbegleitende Kontrolle, wie sie jetzt wieder vorgesehen ist, vorgeschlagen und bin dabei bei niemandem auf Gegenliebe gestoßen. Und das Argument vom Dr. Wilfling war: Über der Betriebsorganisationsplanungsgruppe kann niemand stehen.

Obmann Dr. **Steger:** Und mit dem under pressure hat das nichts zu tun?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist nur in einem direkten sprachlichen Zusammenhang hintereinander geschrieben, aber in keinem inhaltlichen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Ja, haben Sie gesagt.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte lauter, wir brauchen es im Protokoll.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Winter! Ich möchte wieder zur Techmed zurückkommen, und zwar habe ich hier vor mir das Protokoll Ihres Gesprächs mit dem Herrn Worm. Dieses Protokoll bringt wörtlich das, was gesagt wurde, und berücksichtigt die technischen Mängel, die man nicht wiedergeben konnte. Es ist dadurch mancher Satz etwas unvollständig.

Ich möchte Ihnen hier zwei Sätze vorlesen:

Das ist also im Moment die ABO-Sache. Was geschieht im Bereich der ABO noch? — Wir mußten gewisse Handlungen setzen, daß wir nicht zu sehr mit Goodwill der Techmed gegenüber dokumentieren, daher haben wir der ABO jetzt einmal gesagt... Dann kommen offensichtlich unverständliche Äußerungen, und dann das Wort Millionen.

Daraufhin macht Ihr Gesprächspartner die inhaltsschwere Äußerung, hm, und dann geht es von Ihrer Seite weiter:

Außerdem haben wir die Holding aufgefordert, zu dieser Geschäftsbeziehung Stellung zu nehmen. Was hinter der Techmed wirklich steht, wissen Sie wahrscheinlich besser als in der Finanzkammer. Ich kann mir was denken. — Darauf sagt Ihr Gesprächspartner: Da denken Sie. Was denken Sie sich? — Und Ihre Antwort ist: Ein Schwarzgeld. — Ihr Partner sagt: Na ja, aber wer? Wissen Sie nicht? — Ich weiß es nicht, ich kann nur irgend etwas vermuten. — Na vermuten Sie! — Und darauf sagen Sie — und das schlägt jetzt in den dritten Erhebungsbereich —: Parteifinanzierung.

Nun möchte ich Ihnen gerne die Fragen stellen:

1. Was verstehen Sie in diesem Zusammenhang mit der Firma Techmed unter dem Begriff „Holding"? An welche Holding haben Sie sich in diesem Zusammenhang gewandt?

2. Was haben Sie sich gedacht?

3. und 4.: Was sagen Sie zu Ihren Aussagen über Schwarzgeld und Parteifinanzierung?

Dipl.-Ing. **Winter:** Als wir den Namen Techmed Developments zum erstenmal gehört haben...

Obmann Dr. **Steger:** Sie sprechen in der Mehrzahl. Wer ist „wir"?

Dipl.-Ing. **Winter:** Der Vorstand. Es war so — so wurde mir gesagt —, daß sowohl Dr. Schwaiger als auch Herr Parzer ebenfalls zum erstenmal aus dem Kontrollamtsbericht den Namen Techmed gehört haben. Daher bezieht sich das „wir" darauf.

Als nach dem 10. März bekannt wurde, daß die Firma Techmed im Kreis der Firmen MED-CONSULT und ODELGA bekannt ist, habe ich den Herrn Stadler bei der Wiener Holding angerufen, habe ihn gefragt, ob er die Firma Techmed kennt. Er hat daraufhin gesagt: Ja. — Über dieses Gespräch gibt es von mir einen Aktenvermerk. Das also zur Frage eins.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Gleich eine Zusatzfrage: In welchem Zusammenhang soll die Holding zu dieser Geschäftsbeziehung Stellung nehmen? Die Firma Techmed — nach allem, was wir wissen — war Ihnen ja erst am 10. März bekannt geworden. Sie war an anderen Firmen beteiligt, aber in keiner Form mit der Wiener Holding verbunden.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe gesagt: Als wir hörten, daß die Firma Techmed mit der Firma MED-CONSULT in Geschäftsbeziehung steht und die Firma MED-CONSULT zum Bereich der Wiener Holding gehört, ist es doch nur naheliegend, jemand, den man kennt, anzurufen und zu fragen: Sagen Sie, kennen Sie eigentlich die Firma Techmed? Und so ist das zu verstehen.

Ich habe den Herrn Stadler angerufen und habe ihn gefragt: Kennen Sie die Firma Techmed? Und er hat gesagt: Ja, wir haben mit denen Geschäftsbeziehungen. Über dieses Gespräch, das eigentlich nicht weitergegangen ist, gibt es einen Aktenvermerk.

Ich wollte mich ja nur vergewissern, ob die Firma Techmed im Bereich der Wiener Holding, sprich MED-CONSULT oder ODELGA, bekannt ist. Und das wurde mir bestätigt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und nun der Satz: Was hinter der Techmed wirklich steht, ich kann mir was denken.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja. Wenn ich sage: Ich kann mir was denken, dann kann ich nur sagen, was ich mir damals gedacht habe. Ich habe mir gedacht, das ist eine Handvoll Leute — es sind ja sehr viele Ausländer im Bereich der ABO tätig gewesen, Dänen und Holländer —, die sich hier zusammengefunden haben und irgendwie ihre Honorare über eine ausländische Firma schleusen. Das habe ich mir damals gedacht; das habe ich vermutet.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Im weiteren Zusammenhang reden Sie von „Schwarzgeld". Meinen Sie Schwarzgeld im Sinne von Steuerhinterziehung und Parteifinanzierung — mit einem gewissen Fragezeichen im Stimmklang? Was sagen Sie zu dieser Äußerung?

Dipl.-Ing. **Winter:** Es kommt leider der gesamte Inhalt dieser Passagen durch das Protokoll nicht zum Ausdruck. Das Gespräch hat ja zwei Stunden gedauert, und das Tonbandprotokoll, glaube ich, hat 35 oder 40 Minuten gedauert. Sowohl der Herr Worm als auch ich haben bei unseren Einvernahmen gesagt, daß das Gespräch zirka zwei Stunden oder eineinhalb Stunden gedauert hat. Es ist daher leider nur fragmentarisch darauf, sodaß man nicht daraus erkennen kann, was wirklich gesprochen wurde.

Ich glaube, mich zu erinnern, daß ich das Wort „Schwarzgeld" und „Parteifinanzierung" überhaupt nicht als erster in den Mund genommen habe und das Wort „Schwarzgeld" in diesem Zusammenhang sich darauf bezogen hat, daß die Ausländer praktisch ihr Honorar auf diese Art und Weise dem steuerlichen Zugriff ihrer Länder entziehen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und Parteifinanzierung?

Dipl.-Ing. **Winter:** Dieses Wort habe ich sicher nicht als erster gesagt. Ich habe zum Herrn Worm gesagt: Mir ist diesbezüglich nie etwas bekannt geworden.

Obmann Dr. **Steger:** Danke. — Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Zwei Fragen, bevor andere Fraktionskollegen von mir ihre Fragen stellen.

Herr Diplomingenieur Winter, Frage 1: Wer hat Sie bei Ihrer privaten Grundstücksveranlagungstätigkeit und dann auch bei den rechtlichen Problemen, mit denen Sie konfrontiert wurden, vor allem nach Bekanntwerden des Kontrollamtsberichts und so weiter, a) rechtsfreundlich, b) steuerlich beraten? Das ist die erste Frage.

2. Ich greife noch einmal zurück auf meine allererste Frage. Sie haben Politikerkontakte bis zu Ihrer Bestellung — sagen Sie — nur mit Stadtrat Stacher gehabt. Hat sich das geändert?

Haben Sie — das ist die zweite Frage —, nachdem Sie bestellt wurden, Politikerkontakte gehabt in dem Sinne, daß Sie — damit die Frage klar ist — über Ihre Tätigkeit unmittelbar mit Politikern, also nicht mit Magistratsbediensteten, Gespräche geführt haben?

Ich verweise hier insbesondere darauf, daß Sie am 15. September 1975 als Nebenbeschäftigung genehmigt erhalten haben, weiter im Beratungsteam Dr. Stacher zu bleiben, wofür Sie ziemlich viel Zeit aufgewendet haben. Es gibt zum Beispiel auf der Seite 28 von Ihnen einen Vermerk über eine 14. Teamsitzung am 14. Mai 1974, eine Klausur in Baden. — Ich greife das nur heraus.

Haben bei solchen Veranstaltungen auch andere Politiker als der Stadtrat Stacher mitgewirkt?

Ich präzisiere also zu Ihrer Erleichterung.

Frage 1: Wer hat Sie rechtsfreundlich und steuerlich beraten?

2. Welche Politikerkontakte hatten Sie nach der Bestellung zu Ihrer Tätigkeit vielleicht auch im Zusammenhang mit der Beratungstätigkeit des Teams Stacher beziehungsweise nachdem Sie in Schwierigkeiten gekommen sind — Herr Dipl.-Ing. Winter, da Sie ja dann durch das Interview, durch das Gespräch mit dem Redakteur Worm vor allem in die öffentliche Diskussion gezogen wurden —, haben Sie dann mit Politikern, die nicht Magistratsbeamte sind, darüber Kontakte gehabt, Gespräche geführt, Ratschläge entgegengenommen, Auskunft erteilt, sich gerechtfertigt? Wer war das?

Dipl.-Ing. **Winter:** Zur Frage 1: Ich werde seit ungefähr 1972 vom Steuerberater Alfred Nekahm betreut. Bei meinen privaten Rechtsgeschäften, Grundstückskauf und so weiter, wurde ich immer betreut — bis heute — von Rechtsanwalt Dr. Knirsch.

Zu der Frage 2: Ich hatte auch nach der AKPE-Gründung mit keinen Politikern Kontakt. Die Kontakte mit Stadtrat Stacher haben sich eher reduziert. Ich habe zwar die Erlaubnis bekommen, in diesem Team weiterzuarbeiten, aber die Teamtätigkeit im alten Sinn war eigentlich schon zu Ende; das heißt, die Kontakte mit Stadtrat Stacher haben sich von der Anzahl her eher reduziert, und ich hatte zu keinen anderen Politikern Kontakte, mit Aus-

nahme des Herrn Stadtrates Mayr, bei dem wir — darunter verstehe ich gemeinsam mit Dr. Schwaiger, meistens auch mit Herrn Kollegen Parzer — zweimal, dreimal im Jahr — wenn es oft war — waren. Zu anderen Politikern hatte ich eigentlich überhaupt keinen Kontakt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Zu Ihrer rechtsfreundlichen Beratung Dr. Amhof, Dr. Fuchs, Dr. Raabe: Ist das nur im Strafverfahren gewesen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Sie haben ja gefragt: Bevor es losgegangen ist. — Dr. Amhof war unser presserechtlicher Vertreter. Und als ich in dieses Dilemma schlitterte, habe ich dieses Gespräch auf Grund der Vereinbarung mit Herrn Worm zuerst geleugnet. Wir gingen auseinander mit dem Wort: „Sie haben mein Wort. Davon wird nicht Gebrauch gemacht!" Daher bin ich bei dieser Sprachregelung geblieben — er nicht! Da also diese Konfliktsituation aktuell wurde, bin ich von Dr. Amhof weg und zu Dr. Fuchs gegangen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Zum zweiten Bereich. Es gab zwei- bis dreimal im Jahr Kontakte mit Stadtrat Mayr. Was war der Gegenstand dieser Kontakte? Waren das reine Höflichkeitsbesuche? Welche Dinge sind da beraten und besprochen worden?

Sie haben gesagt, Sie haben zu keinem Politiker — auch nachdem diese Schwierigkeiten aufgetreten sind, Worm-Interview und so weiter — mehr Kontakte gehabt. Haben Sie über diese Ihre Schwierigkeiten mit Personen Kontakte gehabt, die weder dem AKPE-Führungsteam angehört haben noch als Freiberufler — also Rechtsanwälte oder Steuerberater — zur Verfügung stehen, also etwa mit Angestellten von politischen Parteien oder sonstigen Funktionären?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich hatte weder mit politischen Mandataren noch mit Angestellten von politischen Parteien einen Kontakt. Ich kenne auch gar niemanden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Zum Inhalt der Gespräche mit Stadtrat Dr. Mayr. Worum ist es dabei immer gegangen, wenn Sie zwei- bis dreimal im Jahr mit ihm zusammen waren — ich nehme an, mit den anderen Vorstandsdirektoren; habe ich das richtig verstanden? —, bitte, worum ging es dabei?

Dipl.-Ing. **Winter:** Es ging dabei zum Beispiel um die Vorbesprechung einer Tagesordnung für die zwei Politikergespräche, die wir hatten. Von uns wurde dafür als terminus technicus das Wort „Politikergipfel" — der da zweimal stattgefunden hat — verwendet.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Da waren Sie dabei?

Dipl.-Ing. **Winter:** Da war ich dabei.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Waren Sie beim Politikergipfel selbst dabei?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, da war immer der Gesamtvorstand dabei und ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben ja gesagt: nur mit Stadtrat Mayr ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich sagte ja: Vorbesprechung der Tagesordnung. Wir haben den Herrn Stadtrat Mayr fallweise informiert über Probleme, die wir als Gesamtvorstand hatten, zum Beispiel im Zusammenspiel mit der Magistratsabteilung 17: mangelndes Engagement — wir haben dort sehr viel Zeit darauf verwendet, die Nutzer auf seiten der Stadt Wien mehr einzubinden —, und Themen dieser Art.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Über Auftragsvergaben ist dabei nie gesprochen worden?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich auf Anhieb nicht erinnern. Ich kann es aber nicht ausschließen — das war ein Zeitraum über viereinhalb Jahre —, daß nicht einmal vielleicht doch darüber gesprochen wurde. Aber auf Anhieb kann ich mich an kein Gespräch erinnern, wo es um eine Vergabe gegangen ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Waren Sie bei den sogenannten „Politikergipfeln" dabei?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber Sie haben ja kurz vorher gesagt, daß Sie Kontakte nur zu Stacher und Mayr hatten. Sind Sie bei diesen Politikergesprächen nur als stiller Zuhörer gesessen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Unter „Kontakten" verstehe ich, daß ich jemand anrufe, hingehen und ein Problem diskutieren kann, mir einen Rat holen kann. Die Anwesenheit bei einem offiziellen Gespräch, bei dem die Gesellschaftsvertreter, der Herr Stadtrat Mayr, der Herr Vizekanzler, die Frau Bundesminister Firnberg, Herr Stadtrat Stacher, die beiden Aufsichtsratsvorsitzenden, einige Mitglieder des Aufsichtsrates und der Gesamtvorstand teilgenommen haben, das habe ich jetzt nicht in das Wort Kontakt inkludiert.

Wir waren zum Beispiel einmal ziemlich am Anfang unserer Gründung zu dritt bei Frau Minister Firnberg. Das habe ich aber jetzt nicht als Kontakt verstanden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Letzte Frage: Haben Sie nach Ihrer Suspendierung mit Wilf-

ling, Rumpold, Bauer oder Sefcsik Kontakte gehabt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wilfling, Rumpold, Bauer, Sefcsik. Die Suspendierung war am 10. oder 11. April.

Mit Sefcsik kann ich das mit Sicherheit ausschließen.

Mit Herrn Wilfling habe ich — wenn überhaupt einmal — telefoniert. Ich kann aber nicht mehr sagen, ob das vorher oder nachher war. Gesehen habe ich ihn mit Sicherheit nicht.

Bei Herrn Rumpold kann ich auch nicht mehr sagen, ob das vorher oder nachher war. Ich glaube aber, es war nachher.

Den Herrn Bauer, glaube ich, habe ich nachher nicht mehr gesehen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Winter! Sie haben vorhin einen Schlüsselsatz für mich gesagt. Sie sagten nämlich wörtlich:

Ich habe mich deswegen daran gehalten, daß ich alles bestreite, weil ja der Herr Worm zu mir gesagt hat: Sie haben mein Wort, daß ich davon nicht Gebrauch machen werde!

Ich habe das wörtlich aufgeschrieben. — Gibt es sonst irgend jemanden, der so einen Satz ebenfalls zu Ihnen gesagt hat, daß er nämlich von Unterlagen, von Informationen nicht Gebrauch machen werde, und Sie sich also deswegen vielleicht ähnlich verhalten? Das dürfte also offensichtlich ein Codex von Ihnen sein.

Dipl.-Ing. **Winter:** Was ich sage, halte ich. Vor allem im Zusammenhang mit einem Gespräch. Es war sicherlich ein schwerer Fehler von mir, aber er ist geschehen, und ich kann ihn nicht mehr rückgängig machen.

Auf Ihre Frage, ob es in einem anderen Zusammenhang jemanden gibt, mit dem also ein ähnliches Agreement besteht ...

Obmann Dr. **Steger:** Nicht in einem anderen Zusammenhang, sondern im Zusammenhang mit der Untersuchung, die wir führen. Ob Sie mit irgend jemandem so ein Agreement haben?, heißt das.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, nein.

Obmann Dr. **Steger:** Es ist jedenfalls undenkbar, daß Sie uns zu einem späteren Zeitpunkt dann einmal eine ähnliche Auskunft geben, daß Sie es uns nämlich nicht gesagt haben, weil Sie zu diesem Zeitpunkt auch ein Agreement gehabt haben. *(Dipl.-Ing. Winter: Das können Sie mit Sicherheit ausschließen!)* Ist das klar so im Protokoll — wäre ebenfalls sonst entsprechend klar.

Jetzt haben Sie uns erklärt: Bei der MEDIPLAN haben Sie hingeschrieben „under pressure", weil sich die so bemüht hat, Aufträge zu bekommen. Das verstehen Sie unter „under pressure". Haben sich die anderen weniger bemüht: ÖKODATA, ODELGA, DKV? Haben sich die eigentlich gar nicht bemüht?

Dipl.-Ing. **Winter:** DKI, bitte. DKI! Die Firma MEDIPLAN hatte ja zu jenem Zeitpunkt den Auftrag, im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Organisation, Struktur und Raumprogrammplanung tätig zu sein, und daher sind ja die Leute bei uns dauernd aus- und eingegangen. Vor allem der — damals noch nicht — heutige Geschäftsführer, Herr Architekt Becker. Natürlich, wenn man sehr oft im Hause ist und die Möglichkeit hat, im Vorbeigehen hereinzukommen und zu fragen: Na, wie steht es, können wir nicht hier noch etwas machen, können wir nicht dort noch etwas machen? — Daher kann ich die Frage eindeutig mit Ja beantworten. Auf Grund der Präsenz der Firma MEDIPLAN und des Herrn Architekten Becker, der Einsatzleiter war, immer oder sehr oft im Haus war, hat er mehr akquiriert als vielleicht andere.

Obmann Dr. **Steger:** Dieser Aktenvermerk, den ich Ihnen vorgehalten habe — Sie haben ihn vorher gelesen —, war vom 3. November 1976. Seit wann ist denn das, was Sie dann als besonders fleißiges Akquirieren bezeichnen, losgegangen bei der Firma MEDIPLAN? — Dieser Aktenvermerk war, wie gesagt, vom 3. November 1976; Seite 115.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das Akquirieren der Firma MEDIPLAN war eigentlich eine Kontinuität aus dem Seitz-Sienkiewicz-Gutachten, weil eine große Anzahl der Mitarbeiter der Firma MEDIPLAN ja bereits im Seitz-Sienkiewicz-Gutachten mitgearbeitet hat. Herr Professor Seitz ad personam hatte als Mitglied dieser Gruppe ja kein Personal zur Verfügung, und das Personal, das der Professor Seitz eingebracht hat, waren ja Leute der Firma MEDIPLAN.

Obmann Dr. **Steger:** Das Gutachten war Ende 1976, also vielleicht gar nicht lange vor dem, denn das ist 3. November 1976.

Dipl.-Ing. **Winter:** Daher haben natürlich die Leute versucht — sie wußten ja, es geht jetzt demnächst zu Ende —, in irgendeiner Form eine Kontinuität der Beschäftigung zu bekommen.

Obmann Dr. **Steger:** Also daß es ungefähr kurz vorher war, bevor das hier geschrieben wurde, und dann als Folge dieses Gutachtens das entstanden ist. Und warum steht das da in Klammer: Und — und dann in Klammer: MEDIPLAN. Innerhalb des Ganzen, was in Klammer steht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Dieser Satzzeichenstellung darf man nicht zu viel Bedeutung geben ...

Obmann Dr. **Steger:** Heißt das, daß das Subunternehmerschaft sein soll? Kann ich Ihnen helfen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das kann ich nicht sagen, ob das damals Gesprächsthema war oder nicht. Aber an und für sich: Wie ich damals nach rund einem Jahr Tätigkeit die Firma MEDIPLAN kannte, habe ich sie für betriebsorganisatorische Tätigkeiten als nicht prädestiniert gehalten.

Obmann Dr. **Steger:** Also, Sie haben sie zu dem Zeitpunkt ungefähr ein Jahr gekannt, haben Sie jetzt gesagt: „Wie ich sie gekannt habe ..." Heißt das, zu dem Zeitpunkt haben Sie sie ungefähr ein Jahr gekannt? Das haben Sie mir vorher nämlich nicht sagen können.

Dipl.-Ing. **Winter:** Wenn ich davon ausgehe, daß die Mitarbeiter des Seitz-Sienkiewicz-Gutachtens ja bei der Firma MEDIPLAN waren und das Seitz-Sienkiewicz-Gutachten noch im Herbst 1975, glaube ich, in Auftrag gegeben wurde, ungefähr ...

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben sie jetzt als was geeignet gehalten von dieser Tätigkeit her? Nicht unbedingt, haben Sie gesagt.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nicht unbedingt prädestiniert für betriebsorganisatorische Beratungen.

Obmann Dr. **Steger:** Der Klammerausdruck hat nichts damit zu tun, daß sie nur Subunternehmer sein sollten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann heute nicht sagen, Herr Vorsitzender, ob ich damals an Subunternehmer dachte, vor vier Jahren. Das weiß ich nicht mehr.

Obmann Dr. **Steger:** Können Sie uns auch nicht sagen, ob das bedeutet hätte, daß Sie unter „under pressure" an eine Subunternehmerschaft denken?

Dipl.-Ing. **Winter:** Kann ich nicht sagen. — Weil ich es nicht mehr weiß.

Obmann Dr. **Steger:** Könnten Sie die Seite 85 aufschlagen. Dort steht mit 3. Februar 1976 bereits: Betriebsorganisation: ein Drittel ÖKODATA — ich sage das jetzt ganz genau, ÖKO steht nur da —, ein Drittel AGI, ein Drittel Rieth — das ist der Bekannte —, dann steht plus Wilfling sub, plus MEDIPLAN eventuell sub.

Dipl.-Ing. **Winter:** Durch dieses Gespräch zwischen dem Herrn Rumpold und mir — es hat da mehrere Gespräche gegeben ...

Obmann Dr. **Steger:** Dieses Gespräch vom 3. Februar 1976.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, durch dieses Gespräch wurde ich informiert, daß beabsichtigt ist, eine Betriebsorganisations-Planungsgruppe oder Arbeitsgemeinschaft ...

Obmann Dr. **Steger:** Wer hat Sie informiert?

Dipl.-Ing. **Winter:** Der Herr Rumpold. Daß also diese Firmen miteinander im Gespräch sind. Ein Drittel ÖKODATA, ein Drittel AGIPLAN, ein Drittel Riethmüller, und beabsichtigt ist, eventuell die Firma ODELGA beziehungsweise die Firma MEDIPLAN mit Subaufträgen zu befassen.

Obmann Dr. **Steger:** ODELGA steht nicht da. Wilfling steht da.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, für mich war das Wilfling.

Obmann Dr. **Steger:** Immer wenn Wilfling steht, heißt das für Sie ODELGA?

Dipl.-Ing. **Winter:** Immer kann man das sicher nicht sagen. Aber wenn da steht Wilfling sub, heißt das ODELGA.

Obmann Dr. **Steger:** Das haben Sie festgehalten, weil seit damals war für Sie aus einem Gespräch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft sozusagen im Raum stehend.

Dipl.-Ing. **Winter:** Na, die Gründung ist vielleicht schon zuviel gesagt. Die Information hat geheißen: Wir erwägen, eine solche Gruppe zu machen. Ob man das schon als Gründung einer Arbeitsgemeinschaft bezeichnen kann?

Obmann Dr. **Steger:** Also eine Arbeitsgemeinschaft zu machen. Seit damals wissen Sie, daß es eventuell zu machen ist. Ob es zu gründen ist, noch nicht.

Und seit Februar 1976 steht aber hier schon „MEDIPLAN eventuell sub". Daher kann es ja kaum am 3. November 1976 — Seite 115 — erst nach den Pressionen zu dem Zeitpunkt, Druck, den die Firma MEDIPLAN ausgeübt hat, für Sie neu im Raum gestanden sein.

Dipl.-Ing. **Winter:** O ja, das ist durchaus möglich. Denn wenn mir das jemand im Februar sagt und ich höre nichts mehr davon — und es gab so viele Varianten, die Firma gründet mit der eine Arbeitsgemeinschaft —, dann ist dieser Informationsgehalt nicht von so einer Bedeutung, daß ich ihn mir neun Monate merke.

Obmann Dr. **Steger:** Und damit komme ich jetzt endlich zu meiner Frage.

Es gibt eine Fülle von Leuten, die bei Beginn dieser Arbeitsgemeinschaft, die wir kurz ABO

nennen, offensichtlich in einer unterschiedlichen Art und Weise, die nur Sie beschreiben können, Einfluß auf Sie gehabt haben; das kann privat sein, es ist theoretisch denkbar wirtschaftlich, es ist theoretisch denkbar politisch. Und jetzt habe ich an Sie die Frage, welchen Einfluß folgende Herren auf Sie gehabt haben: die Herren — ohne Titel jetzt — Waiz, Wilfling und Rumpold.

Dipl.-Ing. **Winter:** Beginnen wir beim Herrn Sektionschef Waiz. Wir hatten mit dem Herrn Sektionschef Waiz außer den Aufsichtsratssitzungen verschiedentliche Arbeits- und Informationsgespräche, wo wir ihn über die Tagesordnung der nächsten Aufsichtsratssitzungen, über das Geschehen im wesentlichen informiert haben. Wir haben ihn also darüber informiert, wie eine Ausschreibung — eine interessante Ausschreibung — ausgegangen ist, wieweit ein Vergabevorschlag gediehen ist, wann wir rechnen, daß wir um eine Genehmigung im Aufsichtsrat ansuchen, also ihn praktisch informiert darüber.

Natürlich wurde er auch im Zusammenhang mit der Betriebsorganisations-Planungsgruppe informiert. Ich kann nicht mehr sagen wann, in welchem Umfang, mit welchen Details, und von einer Einflußnahme, von einer bewußten Einflußnahme. Daß wir von Sektionschef Waiz hier Anweisungen erhalten hätten, kann eigentlich nicht die Rede sein.

Zu Dr. Wilfling möchte ich sagen, daß Dr. Wilfling in seiner damaligen Funktion — ich kann nicht sagen, war er noch Berater des Stadtrates Stacher, von der Firma ODELGA abgestellt; denn die Firma ODELGA hatte ja von der Stadt Wien einen Betriebsberatungsauftrag, der im wesentlichen darauf hinauslief, daß Dr. Wilfling ins Büro des Stadtrates Stacher abgestellt war, oder ob er schon Bereichsleiter war, also §-11-a-Beamter, das weiß ich nicht — jedenfalls die Interessen der Stadt Wien — Nutzerseite — uns gegenüber vertreten und sich sehr wohl für diese Gruppe eingesetzt hat. Herr Rumpold war ja der Repräsentant der Arbeitsgemeinschaft nach außen, und Einfluß in dem Sinn, könnte ich sagen, hat er überhaupt nicht genommen. Es gab ja in dem Vergabezeitraum verschiedentliche klärende Gespräche, und hier war der Herr Rumpold meistens dabei.

Obmann Dr. **Steger:** Also wirklichen Einfluß auf Sie hat keiner dieser Herren gehabt — nach Ihrer jetzigen Antwort, die Sie uns gegeben haben. Sie waren zwar alle dabei, haben Sie uns beschrieben, sie waren alle wichtig, aber sie haben alle eigentlich keinen Einfluß auf Sie ausgeübt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Es ist die Frage, wie man das Wort Einfluß definiert.

Obmann Dr. **Steger:** Definieren Sie es!

Dipl.-Ing. **Winter:** Es wurde zweifellos von den drei Herren im Sinne Einfluß auf uns ausgeübt, daß wir Handlungen gesetzt haben, die wir ohne diesen Einfluß nicht gemacht hätten. Das war eindeutig nicht der Fall.

Obmann Dr. **Steger:** Genau das war aber die Frage, ob einer dieser Herren, und wenn, welcher — Sie hätten auch gerne weitere nennen können, ich hätte gar nichts dagegen gehabt, wenn Sie neben der Frage uns noch einen nennen — Einfluß genommen hat, damit Sie Handlungen setzen, die Sie sonst nicht gesetzt hätten. Das ist genau die Interpretation des Wortes Einfluß. Und bezogen war meine Frage — ich habe es wörtlich gesagt, ich habe es auch hier so stehen —: Welcher dieser Herren in welchem Ausmaß Einfluß genommen hat auf Sie, damit die Firma ABO oder die Arbeitsgemeinschaft ABO diesen Auftrag bekommt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Es hat keiner der Herren auf mich persönlich Einfluß genommen in dem Umfang, daß ich sagen könnte, ich habe für die ABO gestimmt aus dem und dem Grund, sondern wir haben zu dritt diesen Beschluß gefaßt, auf Grund der Überzeugung, auf Grund der eingehenden Analyse der Angebote, daß die ABO für uns, für die Firma und für das Projekt der optimale Auftragnehmer ist.

Obmann Dr. **Steger:** Wer hat die Anordnung getroffen, daß nach der Ausschreibung kaufmännisch etwas zu machen ist, kaufmännisch etwas zu machen, damit die Relationen klargestellt werden, wer es zu kriegen hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Der einzige Einfluß — unter Anführungszeichen, möchte ich sagen — war, die getrennte Vergabe, das heißt also die Leistungen, die voraussichtlich in den ersten dreißig Monaten erforderlich waren — ich bezeichne es nicht als Einfluß, sondern als Anregung, und sie kam, glaube ich, vom Sektionschef Waiz —, das also nicht auf einmal zu vergeben, sondern sich anzusehen, ob die Gruppe wirklich die Leistungen in dem Sinne, wie wir es brauchen beziehungsweise wie es vom Nutzer gefordert wurde, zu erbringen imstande ist.

Obmann Dr. **Steger:** Und wieso haben Sie zweieinhalb Jahre vor der Vergabe bereits gewußt, wie das vergeben wird? Jänner, Februar 1976?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe es zweieinhalb Jahre vorher nicht gewußt. Das hat nichts mit dem Wissen der Vergabe zu tun, sondern ich

wurde in diesem Gespräch informiert, daß eine Gruppe möglicherweise gegründet wird oder zusammengestellt wird, wobei die Anteile im Innenverhältnis diese Zusammensetzung haben könnten. Sie sehen ja daraus, es handelt sich um ein Gespräch zwischen dem Herrn Rumpold und mir, der mir das gesagt hat. Und ich habe es mir notiert.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, ich brauche jetzt nur das Originalzitat als Vorhalt. Ich werde es schon finden. Wir haben ja Mittagspause, da kann man ja in den Unterlagen weitersuchen, was ich ihm vorhalten wollte.

Jedenfalls geht es darum, daß Sie monatelang vor der Beauftragung selbst diesen berühmten Aktenvermerk „Verteilung des Kuchens" geschrieben haben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das ist ja das.

Obmann Dr. **Steger:** Wieso haben Sie das vorher gewußt? *(Dipl.-Ing. Winter: Ich habe es ja nicht gewußt!)* Waren Sie Hellseher, oder haben Sie es nur niedergeschrieben? Beim Rechnungshof haben Sie wörtlich gesagt: Damit ist bewiesen, daß ich den besten Weitblick hatte, denn ich habe schon vor der Ausschreibung gewußt, wer die Besten sind, wer hier in Frage kommt. Ihre Antwort vor dem Rechnungshof, wenn ich Ihnen helfen darf.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich verstehe die Frage nicht, bitte.

Obmann Dr. **Steger:** Beim Rechnungshof haben Sie nicht geantwortet, daß Ihnen das wer anderer gesagt hat, sondern da haben Sie geantwortet, daß Sie eben so gut waren, es schon vorher zu wissen!

Dipl.-Ing. **Winter:** Das bezieht sich auf die Gruppe, auf die ABO, aber nicht auf das Innenverhältnis.

Obmann Dr. **Steger:** Ich habe Sie gefragt, wieso es die ABO gekriegt hat. Das war meine Frage. Ich habe überhaupt nichts vom Innenverhältnis geredet. Interpretieren Sie nicht meine Frage! Ich habe wörtlich gesagt — ich kann es Ihnen zum dritten Mal wiederholen —: Begonnen habe ich damit, daß ich gesagt habe, welchen Einfluß diese Herren bei der Vergabe an die ABO ausgeübt haben, und die Frage war dann, wieso Sie das vorher gewußt haben, soviel vorher.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe es ja nicht gewußt, bitte. Wenn heute jemand anderer diesen Auftrag erhalten hätte, dann wäre die Situation anders. Daß eben zufällig oder auf Grund des gesamten Ablaufes diese Gruppe, über die mich der Herr Rumpold am 3. Februar beziehungsweise der Herr Rumpold und der Herr Wilfling schon einen Monat vorher, am 28. Jänner, informiert haben, daß die Gruppen so und so aussehen könnten, das hat doch damit nichts zu tun, daß diese Gruppen nun tatsächlich den Auftrag in einer etwas anderen Zusammensetzung erhalten haben. Es ist doch etwas ganz Normales, daß man vor einer Ausschreibung von einer Gruppe informiert wird, daß daran gedacht wird, daß diese oder jene Firmen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengehen.

Obmann Dr. **Steger:** Sie können jede Antwort geben, es wird alles protokolliert. Aber ich fasse es als Pflanz auf, wenn Sie mir jetzt als Antwort schon geben wollen — womit ich mich in guter Gesellschaft mit allen Angehörigen aller Fraktionen mit Sicherheit weiß —, daß Sie es als ganz normal bezeichnen, daß man monatelang oder zweieinhalb Jahre vorher bereits weiß, wer den Auftrag kriegt, und das unter der Überschrift „Verteilung des Kuchens" festhält. Das bitte geben Sie mir nicht als Antwort, daß das ganz normal ist! Zumindest erhoffen Sie nicht, daß ich es glaube.

Herr Dr. Nowotny ist der nächste.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich darf vielleicht kurz dazu noch etwas sagen: Herr Vorsitzender! Es liegt mir weder daran, Sie noch sonst jemanden hier im Raum zu pflanzen. Meine Situation heute — und auch selbst, wenn es nicht so wäre — würde ein solches Vorgehen in keiner Weise rechtfertigen. Aber wenn ich vor einer Ausschreibung von jemandem informiert werde, daß daran gedacht ist, eine Gruppe oder eine Arbeitsgemeinschaft ins Leben zu rufen, und ich notiere mir zwei Jahre vorher, daß mich der Herr Rumpold informiert darüber — ich würde vorschlagen, den Herrn Rumpold zu fragen, wie konnte er mir das sagen ...

Obmann Dr. **Steger:** Den fragen wir schon!

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe es mir ja nur aufgeschrieben, bitte!

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Herr Diplomingenieur, ich möchte weiter fragen bezüglich des Bereiches der Druckausübung. Sie haben ja zu anderen Zeiten hier sehr andere Aussagen gemacht, als wir sie heute hier hören. Es hat Ing. Worm in dem Bericht über das Gespräch, das er mit Ihnen geführt hat, erklärt, Sie hätten ihm vorgeschlagen — ich zitiere das hier —, Liechtenstein gegen Waiz zu tauschen. Auch in der Tonbandmitschrift schreiben sie, Sie hätten bei dieser Pressekonferenz gesagt: Es wurde nie ein Druck auf uns ausgeübt, oder was bleibt uns über, als das zu sagen.

Meine Frage: Was haben Sie verstanden unter diesem Begriff, Liechtenstein gegen Waiz

zu tauschen, und was ist impliziert in dem, was Sie in diesem Tonbandgespräch hier Herrn Worm gesagt haben hinsichtlich eines Drucks, der auf Sie ausgeübt wurde durch Sektionschef Waiz?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das Gespräch mit Herrn Worm hätte dazu dienen sollen, eine Gesprächsplattform mit ihm zu finden. Nachdem ich ihm keine spektakulären Sachen bieten konnte, habe ich ihn gereizt, indem ich ihm ein Hölzel geworfen habe, und einzig und allein so ist das zu verstehen. Ich habe Herrn Worm auch nie ein solches Tauschgeschäft vorgeschlagen.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Was hatten Sie sozusagen im Hintergrund? Wenn der Ing. Worm darauf eingegangen wäre, hätten Sie ihm ja irgend etwas sagen müssen. An was hätten Sie denn hier gedacht? Bitte, was hatten Sie in Ihrem Kopf, als Sie dieses Angebot machten? Was waren diese Dinge?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe dieses Angebot nicht gemacht. *[Abg. Dr. Kohlmaier (ÖVP): Stimmt das Protokoll also nicht?]* Wo steht im Protokoll „Liechtenstein", bitte?

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Es steht in dem Bericht, den Herr Ing. Worm abgegeben hat über dieses Gespräch, und ich beziehe mich hier auf die Strafanzeige des Sektionschefs Waiz gegen unbekannte Täter, wo das zitiert ist.

Aber bitte, wenn ich auf das Tonbandprotokoll abstellen darf, so steht hier drinnen: Was glauben Sie, welche Chance der AKPE-Vorstand gehabt hätte, das an jemand anderen zu vergeben als an die ABO? Ich weiß alles, steht dort. Ich nehme an, das ist dann Ihr Partner. In welchem Zusammenhang ist das zu sehen mit Sektionschef Waiz, weil es ja unmittelbar nach diesem Aspekt der Druckausübung kommt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kenne das Tonbandprotokoll zu wenig. Ich hatte einmal bei der Frau Untersuchungsrichterin ein paar Minuten Gelegenheit, es zu lesen. Mein Verhalten dem Herrn Worm, einem Journalisten, gegenüber, war sehr, sehr ungeschickt. Ich kann es nicht ändern, ich kann es nicht rückgängig machen. Ich kann aber auch nur meine Aussagen wiederholen, daß in dem Sinn von niemandem auf uns ein negativer Druck ausgeübt wurde, sodaß wir zu einer Entscheidung oder zu einer Vergabe gekommen sind, die nicht in Ordnung ist.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Abschließend frage ich: Sie würden eigentlich heute denselben Standpunkt einnehmen wie bei der Pressekonferenz der Concordia, wo Sie sagten: Es ist kein Druck ausgeübt worden?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Danke.

Obmann Dr. **Steger:** Wir sind damit mit dieser Runde fertig.
(Die Sitzung wird um 12 Uhr 45 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr wiederaufgenommen.)

Fortsetzung der Zeugeneinvernahme von Dipl.-Ing. Winter

Obmann Dr. **Steger:** Wir setzen damit die unterbrochene Einvernahme fort.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Ich erinnere an den Beginn meiner Befragung, wo ich die näheren Umstände hören wollte, wie Sie in diese Funktion — Vorstandsdirektor AKPE — berufen wurden. Sie haben uns am Vormittag erzählt, daß Sie keine Gespräche mit Politikern hatten, daß Sie mit Stacher zwar in Kontakt waren, aber erst relativ kurz vorher erfahren haben, daß Sie sich bewerben sollen und ein Bewerbungsschreiben abgeschickt haben.

Es haben die Nachprüfungen ergeben, daß ein Bewerbungsschreiben nicht existiert. Ich möchte Ihnen Gelegenheit geben, sich noch einmal an diese Situation zu erinnern und jetzt die zutreffende Version zu geben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Meine vormittag genannte Version ist die zutreffende. Ich habe auf Grund einer Einladung des Herrn Magistratsdirektors, glaube ich — bitte das kann ich nicht genau sagen, wer mir damals gesagt hat: Haben Sie sich überhaupt schon beworben? —, entweder lautend an den Magistrat oder an die Magistratsdirektion oder an den Herrn Magistratsdirektor ein Bewerbungsschreiben abgegeben, wobei ich heute nicht mehr weiß, hat es gelautet: im Hinblick auf eine Tätigkeit in führender Position bei einer allfälligen organisatorischen Änderung der Bauleitung, oder hat es konkret gelautet: als Vorstandsdirektor. Ich glaube nicht, daß es konkret „als Vorstandsdirektor" gelautet hat, ich weiß es nicht mehr, aber ein solches Schreiben habe ich abgegeben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist es denkbar, daß Sie dieses Bewerbungsschreiben an die AKPE abgegeben haben, die ja eigentlich damals noch gar icht existiert hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein!

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und Sie wissen sicher, daß Sie ein Bewerbungsschreiben abgegeben haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja!

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Worum Sie sich beworben haben, können Sie sich nicht mehr genau erinnern?

Dipl.-Ing. **Winter:** Leider nicht mehr so genau. Aber dieses Schreiben muß ja auffindbar sein. So ein Schreiben kann ja nicht verschwinden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Wir wurden heute davon in Kenntnis gesetzt, daß nur ein Gesuch um Dienstfreistellung vorliegt. Ein solches Gesuch um Dienstfreistellung stellt man aber dann, wenn man bereits weiß, daß man einen anderen Posten hat. Wie sind Sie jetzt zu diesem anderen Posten gekommen? Es gibt kein Bewerbungsschreiben beim Magistrat, Sie haben auch woandershin kein Bewerbungsschreiben geschickt. Wie sind Sie zu diesem Posten gekommen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich muß gegen diese Formulierung Einspruch erheben: Es gibt kein Bewerbungsschreiben. Man findet es im Moment nicht, aber es gibt ein solches Bewerbungsschreiben. Wenn es nicht mehr in meinem Büro ist, könnte ich mir vorstellen, daß ich vielleicht sogar zu Hause eine Kopie davon habe. Das Schreiben oder das Ansuchen um Beurlaubung oder Dienstfreistellung wurde natürlich erst gestellt, als die AKPE gegründet war, meines Wissens, gemeinsam für Dr. Schwaiger und für mich und noch einige Herren, die ebenfalls beurlaubt sind.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sind Sie davon ausgegangen, daß der 50-%-Eigentümer Gemeinde Wien Sie in diese Funktion berufen hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wer hat Ihnen das eröffnet seitens dieses 50-%-Miteigentümers Wien?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich sagte schon, daß ich 1975 zirka eine Woche vor Gründung der Aktiengesellschaft ins Büro von Herrn Stadtrat Mayr gerufen wurde. Damals waren Obersenatsrat Horny und Stadtrat Mayr anwesend, und ich wurde gefragt, ob ich bereit bin, diese Tätigkeit auszuüben. Ich hab' gesagt: Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das war erst kurz vor der Gründung der AKPE.

Dipl.-Ing. **Winter:** Eine Woche vor der Gründungsversammlung. Die hat damals im Rathaus stattgefunden, anwesend waren der Herr Vizekanzler, der Stadtrat Mayr, der Herr Bürgermeister.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Eine Frage auch an den informierten Vertreter der Gemeinde Wien als informierten Vertreter. Ist es denkbar, daß ein solches Bewerbungsschreiben verlorengeht oder nicht aufbewahrt wird?

Dr. **Scharitzer** (Magistrat Wien): Also verlorengehen, da kann ich keine Antwort darauf geben, das ist sicher möglich. Aber daß es nicht aufbewahrt wird, das ist nicht denkbar.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich möchte nur noch einmal bestätigt wissen, Herr Zeuge: Sie erinnern sich an eine Bewerbung, die Sie an irgendeine Stelle der Gemeinde Wien abgegeben haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nicht nur an irgendeine Stelle, sondern entweder an den Magistrat, aber immer zu Handen der Magistratsdirektion. Ich kann nicht sagen, wann es war, es war jedenfalls vorher, und ob sie sich auf eine Vorstandsbewerbung bezogen hat, das weiß ich nicht mehr.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber Sie wurden aufgefordert, sich zu bewerben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, oder eingeladen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Eingeladen. Von seiten eines hohen Magistratsbeamten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Direktor! Sie haben gesagt, dieses Schreiben kann in Ihrem Büro liegen oder, wenn es nicht gefunden wurde, zu Hause eine Kopie. Gibt es sonst Möglichkeiten, wo dieses Schreiben liegen könnte bei Ihnen? Haben Sie sonstwo eine Ablagerung?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. In meinem Büro gibt es einen Ordner mit dem Inhalt „Private Dienstbelange", also eigene Sachen, da sind das Karenzierungsschreiben drinnen, Karenzierungsbescheide, Pensionsbescheide, denn wir haben ja unsere Pension freiwillig weiterbezahlt beim Magistrat aus unserer eigenen Kasse. Es gibt nur die beiden Orte, wo eine Kopie dieses Schreibens sein könnte.

Obmann Dr. **Steger:** Wo haben Sie Ihre Korrespondenz mit Liechtenstein gelagert oder mit der Schweiz?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe keine Korrespondenz mit Liechtenstein. Ich möchte aber dazu sagen, daß ich Fragen in dieser Richtung nicht beantworten werde, denn ich bin ja angeklagt oder beschuldigt wegen § 146, Betrug, Kilometergeld, § 153, Untreue und § 305, Geschenkannahme leitender Beamter. Ich enthalte mich der Aussage in Belangen, wo ich Beschuldigter bin.

Obmann Dr. **Steger:** Sie sind nur gefragt worden, wo Sie Unterlagen haben über Korrespondenzen, die Sie geführt haben. Sie finden, daß die Frage, wo Sie sonst Unterlagen haben,

bereits eine konkrete Antwort erfordert, die Sie in diesen Strafverfahren in Schwierigkeiten bringt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich erwarte nicht, daß mir daraus Schwierigkeiten erwachsen, aber man wird vorsichtig.

Obmann Dr. **Steger:** Können Sie sagen, wo Sie Ihren Pkw abgestellt haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nachdem meine Frau ihn jetzt benutzt, kann ich nicht sagen, wo sie ihn hingestellt hat.

Obmann Dr. **Steger:** Sind Sie sicher, daß Ihre Frau den Pkw benutzt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das weiß ich nicht, sie hat auch ihr eigenes Auto.

Obmann Dr. **Steger:** Wo haben Sie ihn abgestellt, wie Sie verhaftet worden sind?

Dipl.-Ing. **Winter:** Im 19. Bezirk, glaube ich.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist noch relativ unexakt.

Dipl.-Ing. **Winter:** Bei der Stadtbahnhaltestelle Nußdorfer Straße.

Obmann Dr. **Steger:** Ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß Ihre Frau relativ leicht und schnell zu befragen ist, ob sie ihn wirklich benützt, und Sie nichts davon haben, allenfalls Ihre Frau zu zwingen, da etwas auszusagen, was vielleicht nicht stimmen sollte.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann den Inhalt und Sinn dieser Drohung nicht verstehen.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist einfach die ganz deutliche Aufforderung, bei der Wahrheit zu bleiben. Es gibt Behauptungen, daß dieses Auto bis heute nicht aufgetaucht ist, und nicht, daß Ihre Frau es benützt. Und das wäre dann zum Beispiel so ein rollendes Büro.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Außer den beiden Ordnern zu Hause und im Büro habe ich keine Ordner aufgehoben. Es sei denn, Sie beziehen sich darauf, daß man bei meinem früheren Wohnsitz, bei meiner Mutter, auch eine Hausdurchsuchung durchgeführt hat, und dort fand man natürlich alle Studienunterlagen, die dort noch liegen, meine Skripten.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn Sie schon so genau wissen wollen, worauf ich mich beziehe, dann kann ich Ihnen das schon deutlicher sagen. Es gibt ja eine Fülle von Korrespondenz, wovon wir jetzt gehört haben, daß sie aus Liechtenstein hereingeholt wurde. Und es ist nicht anzunehmen, daß diese Korrespondenz immer nur in Liechtenstein als Antwortkorrespondenz geschrieben wurde, daß es da nicht auch umgekehrt etwas gegeben hat. Dort gibt es ja mehreres in Kopie. Und ich frage mich daher: Wo gibt es den Alternativordner dazu? Sie sagen, es gibt keinen bei Ihnen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Bei mir gibt es keinen. Und wenn es wo einen gibt, dann weiß ich es nicht.

Obmann Dr. **Steger:** War der Herr Dr. Güggi zu irgendeinem Zeitpunkt für Sie als Treuhänder tätig?

Dipl.-Ing. **Winter:** Diese Frage beantworte ich nicht, weil ich Beschuldigter bin.

Obmann Dr. **Steger:** Damit wir vielleicht deutlicher sehen, welchen Themenkreis Sie uns nicht beantworten wollen: Es sind hier alle möglichen Ausarbeitungen fakturiert worden bei den Firmen PLANTECH und GEPROMA über angebliche Projektstudien und ähnliches. Daß Sie zu einem gewissen Zeitpunkt Eigentümer oder zumindest Auftraggeber waren, steht nach den Unterlagen, die wir kennen, fest. Die Frage, die ich für Sie habe, ist: Welche Leute haben diese Ausarbeitungen gemacht, die dort fakturiert wurden?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich beantworte aus dem gleichen Grund auch diese Frage nicht, Herr Vorsitzender. Ich bin Beschuldigter.

Obmann Dr. **Steger:** Wir kennen die Firma PLANTECH, wir kennen die Firma GEPROMA.

Gibt es sonstige Firmen und Konten in Liechtenstein, wo Sie direkt oder über einen Treuhänder indirekt zeichnungsberechtigt waren oder sind?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich beantworte auch diese Frage nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Langsam müssen Sie sich über eines klar sein: Wenn Sie auch die Frage, ob es sonstige Konten gibt, nicht beantworten, dann ist der Umkehrschluß ziemlich deutlich. Denn wenn es sie nicht gäbe, dann könnten Sie ja sagen: Nein. Sie beantworten diese Frage nicht. Dann berufen Sie sich selbst darauf, daß Sie im Falle einer Antwort strafrechtliche Nachteile zu erwarten hätten. Das kann bei der Antwort nein nicht der Fall sein. Ich möchte Sie nur darauf aufmerksam machen.

Sie bleiben bei Ihrer Antwort?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Ich darf bitten, daß der Herr Winter kurz in den Nebenraum geführt wird und wir uns als Ausschuß allein unterhalten.

Obmann Dr. **Steger:** Wir setzen fort. Bitte, Herr Kollege Hobl.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Dipl.-Ing. Winter! In dieser B 8-Unterlage, die Sie da haben, auf Seite 99, die heute schon einmal aufgeschlagen wurde, wo steht: Prutscher 2 Prozent, steht unter Ziffer 3: Kopie auch an Bauer, Wiener ÖVP-Obmann.

Können Sie mir sagen, warum Sie diese Notiz da gemacht haben, und darf ich gleich die Ziffer 4 zitieren, wo es insbesondere die Anführung gibt: „als Stacher-Wunsch". Um welchen Wunsch hat es sich dabei gehandelt?

Ich habe dann noch ein paar Fragen an den Herrn Zeugen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, ich kann mich schon erinnern. Darf ich zuerst zur Ziffer 4 kurz Stellung nehmen. Unter Hauptgutachten ist die Zusammenfassung des Seitz-Sienkiewicz-Gutachtens gemeint, ungefähr 30 Seiten, glaube ich, hat diese.

Stadtrat Stacher hat damals angeregt, dieses Gutachten auch dem Dekan und dem Professor Geyer, der damals kurz da war, als Nachfolger von Professor Fellinger, quasi als Wunsch vom Stadtrat Stacher zu übermitteln.

Zur Nummer 3: Kopie auch an Bauer, Wiener ÖVP-Obmann. Ich kann mich hier nur dunkel erinnern, aber es ging hier im wesentlichen darum, daß wir angeregt haben, eine „offene Informationspolitik" — unter Anführungszeichen — zu betreiben und diese Gutachten auch den führenden Herren der anderen politischen Gremien zu geben, denn es ist ja kein Geheimnis, was in so einem Gutachten drinnensteht. Daher der Zusammenhang: Kopie auch an Bauer, und der Pfeil hinüber, das kann ich nur so deuten, daß wir auch dem Herrn Bauer eine Kopie gegeben haben, und der Pfeil soll heißen, eine Kopie auch an den Wiener ÖVP-Obmann.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Hat die der Wiener ÖVP-Obmann verlangt, oder haben Sie regelmäßig Kopien an den Wiener ÖVP-Obmann von wichtigen Dingen gegeben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Sie wurden nicht verlangt, wir haben auch nicht regelmäßig etwas weggesandt. Ich kann auch nicht sagen, von wem diese Anregung gekommen ist aus dem Kreis der Leute, die da waren. Aber wir haben gesagt: Warum sollen wir eigentlich die Zusammenfassung dieser Erkenntnis der Prüfergruppe Seitz-Sienkiewicz-Kaufmann nicht auch diesen Leuten zugänglich machen? Warum soll man da eine Informationskäseglocke drübergeben?

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Warum haben Sie es nicht dem Wiener FPÖ-Obmann auch geschickt?

Obmann Dr. **Steger:** Es fällt auf, daß ich es nicht gekriegt habe.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Waren Sie damals Wiener FPÖ-Obmann?

Obmann Dr. **Steger:** Stellvertreter.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Es fällt auf, warum Sie es nicht auch einem von uns geschickt haben. Sie können sich also nicht erinnern, wo die Motivation der Adresse Dr. Bauer herkommt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, das kann ich nicht sagen. Nur aus Punkt 1, wo steht: Presselinie vorgeben, darum war das für mich die Erinnerung, daß im Rahmen dieses Gespräches gesprochen worden ist: Wenn man jetzt eine neue Aktiengesellschaft gegründet hat, warum soll man nicht eine offene Informationspolitik betreiben durch regelmäßiges Hinausgeben von gewissen Unterlagen, die ohnehin unter der Hand überall gehandelt werden? Daher Punkt 3: Kopie auch an Wiener ÖVP-Obmann.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Auf Seite 117 unten, vom 16. 6. 1977 ist dieser Abschnitt, da haben Sie ganz unten geschrieben: Die bisherigen Analysen zeigen, daß eine Ausschreibung nicht zielführend ist.

Bezieht sich dieser Vermerk auf die Betriebsorganisationsplanung, und wenn ja, welche Analysen waren dies? Was bedeutet dann noch auf Seite 118 in Fortsetzung der Klammerausdruck: (eventuell A 2050 zitieren)?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nachdem ich mich jetzt an den Ereignissen, wie sie am 16. 6. 1977 lagen, nicht orientieren kann, kann ich nur sagen, wie ich das jetzt sehe. Die Ausschreibung einer Leistung wie der Betriebsorganisationsplanung ist eine äußerst diffizile Sache. Das zeigen ja die vielen Stellungnahmen. Es beschäftigen sich ja in Österreich sehr viele Stellen damit, das Bautenministerium zum Beispiel, auch bei der Stadt Wien; die Abgrenzung bei geistiger Leistung: Was kann man noch ausschreiben und was kann man nicht ausschreiben.

Wenn es heißt „bisherige Analysen", so nehme ich an, das bezieht sich auf jene Phase — wir haben ja eine Markterhebung gemacht —, wo sich rund 85 Firmen aus dem deutschsprachigen Raum gemeldet haben; die haben wir analysiert. Es gab Annoncen in der „Zürcher Zeitung" und in der „Frankfurter Allgemeinen". Ich nehme an, „bisherige Analysen" bezieht sich darauf, wie wir uns diese 85 Firmen angesehen haben; was können die, daß wir damals zur Erkenntnis gekommen sind, daß

eine Ausschreibung nicht zielführend ist, eben weil die Leistung so schwer zu beschreiben ist. Darauf könnte sich das beziehen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und der Vermerk: eventuell die ÖNORM A 2050 zu zitieren?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die ÖNORM A 2050 bietet ja hier sehr wenig Anhaltspunkte in der Vergabeform; in der freihändigen Vergabe sind die Gründe angeführt, beginnend beim Zeitdruck bis zur Möglichkeit der Formulierung der Leistungen. Wir haben halt erwogen: Soll man gleich von Haus aus sagen, es ist eine freihändige Vergabe, auf der anderen Seite kann man es ja bis zu einem gewissen Grade ausschreiben. Es ist sicherlich ein unbefriedigender Gutachterstreit: Kann man eine solche Leistung ausschreiben, oder kann man sie nicht ausschreiben? Geht man den Weg, daß man sagt von Haus aus: freihändige Vergabe, dann gibt es hundert Leute, die sagen, man kann es ohnedies ausschreiben. Und wenn man sie ausschreibt, dann kommen hundert und sagen: Ja aber es war keine beschränkte Ausschreibung, das war freihändige Vergabe. Auf dieser Gratwanderung sind wir dahingewandert und haben meiner Ansicht nach das Beste herausgeholt, was zu machen war.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Dann haben Sie auf Seite 123 Ihre handschriftlichen Aufzeichnungen stehen. Der Klammerausdruck in der Mitte: „Wenn alles mir Gesagte stimmt, und mein Eindruck stimmt, muß Riethmüller aus dem Verkehr gezogen werden."

Es ist dann der Professor Riethmüller trotzdem bei der ABO-Vergabe berücksichtigt worden. Haben Sie da von Ihren Bedenken: „Wenn alles mir Gesagte stimmt, und mein Eindruck stimmt, muß Riethmüller aus dem Verkehr gezogen werden", die anderen Vorstandsmitglieder der AKPE informiert? Haben Sie den Aufsichtsrat darüber informiert, daß Sie da Bedenken haben? Wie hat denn in diesem Zusammenhang die APAK Ihre Aufsichts- und Kontrollpflichten wahrgenommen, was diesen Passus „Riethmüller aus dem Verkehr ziehen" betrifft? Hat die APAK an den Planungsarbeiten des Professor Riethmüller vielleicht Kritik geübt? War das das, was Sie da im Klammerausdruck sagen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe gerade zurückgeblättert. Ich versuche zu rekonstruieren, in welchem Zusammenhang, in welchem Gespräch oder wann ich das notiert habe. Denn eine Notiz aus dem vollkommenen Zusammenhang gerissen, ist sehr schwer zu erklären.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Dieser Klammerausdruck ist mir besonders aufgefallen, Herr Zeuge.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das war die Besichtigung des Unternehmens in Kopenhagen, des Institutes für Funktionsanalyse. Hier haben uns die Leute in Kopenhagen das Schlechteste über Riethmüller gesagt, über verschiedene Arbeiten von ihm, also Konkurrenten haben sozusagen miteinander gesprochen. Die haben uns das erzählt, und da habe ich mir Notizen gemacht: Ja wenn das alles stimmt — ich konnte es mir nicht so richtig vorstellen, aber für mich war das so eklatant, daß ich mir das notiert habe —, müßte man ihn eigentlich aus dem Verkehr ziehen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie darüber die übrigen Vorstandsmitglieder informiert? *(Dipl.-Ing. Winter: Ja, ich habe daraufhin ...)* Haben Sie den Aufsichtsrat von diesen Informationen aus Kopenhagen informiert?

Dipl.-Ing. **Winter:** Man informiert ja nicht gleich den Aufsichtsrat, wenn ein Konkurrent vom anderen behauptet, er ist schlecht, das ist doch etwas Natürliches in der Branche. Ich habe daraufhin angeregt, daß auch die Herren Parzer und Schwaiger sich das Institut und das alles noch einmal ansehen, und es kam daraufhin wenige Wochen später zu einer gemeinsamen Reise mit Parzer und Schwaiger und mir nach Kopenhagen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und hat die APAK in dem Zusammenhang ihre Aufsichts- und Kontrollpflichten, was die Aktivitäten des Professor Riethmüller betrifft, sich irgendwie kritisch dem Vorstand gegenüber geäußert, denn die APAK hat doch vertraglich auch diese Kontrollpflichten gehabt? Oder hat sie noch.

Dipl.-Ing. **Winter:** Natürlich, ja, ja, sie war ja primär das ausführende Organ erster Instanz, könnte man sagen. Es ist so, daß die Leistungen des Professor Riethmüller damals im überwiegenden Maße ja im Zusammenhang mit der ORP, der Organisationsstruktur- und Raumprogramm-Planung, erbracht wurden; die APAK hat hier sehr wohl ihre Überwachungsaufgabe wahrgenommen. Sie hat auch auf die Schwierigkeiten, die damals mit dem ORP, ich kann ja die Abkürzung verwenden, waren, hingewiesen, die sich eben daraus ergaben, daß man einerseits auf einem alten ORP aufgebaut hat, in ein vorhandenes Gebäude hineingeplant hat und die Nutzerwünsche zu befriedigen hatte, also eigentlich Randbedingungen, die sich gegenseitig fast ein bißchen behindern oder ausschließen. Da gab es natürlich Schwierigkeiten.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Welche Organe oder Personen der APAK waren mit der ABO-Vergabe beschäftigt? Können Sie uns da Firmen und Namen nennen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die APAK als Arbeitsgemeinschaft, bestehend aus drei Firmen und einem Sub-Unternehmer. Ich kann jetzt nicht sagen, welche, ich kenne das Innenverhältnis der APAK zu wenig, weil sie ja nur in Gesamtheit auftritt.

Natürlich hat der Herr Dkfm. Zippe als Betriebswirt — ich glaube, er hat Betriebswissenschaften ... ich muß da passen — eine gewisse, ich will nicht sagen, federführende Rolle, das wäre schon zu viel, aber als Projektleiter für diese Tätigkeit agiert. Welche Namen im Detail da noch sind, weiß ich nicht.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Welche Firmen sind bei der APAK?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die APAK besteht aus den Firmen ALLPLAN, der Firma AUSTROPLAN und dem Architekturbüro Marchart-Moebius, die als Subunternehmer — das war schon im ersten Vertrag vorgesehen — den Professor Wojda für überwiegend technisch-organisatorische Belange vorgesehen haben.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und jetzt meine letzte Frage für diese Runde:

Sie haben zuerst von der offenen Informationspolitik gesprochen, wie ich also ÖVP-Obmann Wien, Dr. Bauer, zitieren konnte aus Ihren Aufzeichnungen. Was war denn Ziel und Gegenstand Ihrer offenen Informationspolitik? Ist die so weit gegangen, daß man außer Presseaussendungen an die Zeitungsredaktionen und die Austria Presse Agentur auch gezielte Informationen im Sinn von Kopien von bestimmten Schreiben an den ÖVP-Obmann Dr. Bauer und an andere Personen im Rahmen dieser offenen Informationspolitik gegeben hat? Was habe ich darunter zu verstehen? Also was ist der Gegenstand dieser offenen Informationspolitik gewesen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Der Gegenstand wäre also nicht gewesen, Kopien von Schriftstücken und so weiter herzugeben, denn das wäre ja nicht zielführend, das würde ja keinen Einblick vermitteln, sondern damals wurde wieder einmal in den politischen Gremien darüber diskutiert, daß seitens der beiden Oppositionsparteien das Informationsbedürfnis ganz einfach nicht befriedigt wird, und ich habe den Standpunkt vertreten: Man könnte doch diesen Argumentationen den Wind aus den Segeln nehmen, wenn man in gewissen Abständen Berichte, Leistungsberichte, wie wir sie ohnehin für den Aufsichtsrat gemacht haben, in modifizierter Form zur Verfügung stellt. Was spricht dagegen, das zu tun? Und das habe ich damals auf den Tisch gelegt. Daß es dann dazu nicht kam, kann ich also heute nicht mehr sagen, wieso und warum.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Das heißt, Sie haben die wichtigsten Informationen des Aufsichtsrates auch an außerhalb der Gesellschaft stehende Personen, Personengruppen und Organisationen gegeben. Haben Sie da nicht Ihre Pflichten verletzt als . . .?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, nein, nein, nein, nein, bitte, nein, nein, das ist ein Mißverständnis. Ich habe gesagt, daß die Berichte, die eigentlich ja da sind für den Aufsichtsrat . . .

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ja, aber die unterliegen doch einer bestimmten Diskretion.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, natürlich. Da habe ich ja gesagt: in etwas . . . Wir haben zum Beispiel einen laufenden Punkt im Aufsichtsrat über Stand der Planungen und Arbeiten, und ich hätte mir vorgestellt und habe das damals im Gespräch gesagt, man könnte diese Berichte zusammenfassen und in gewissen Abständen doch weitergeben. Ist ja kein Geheim . . . , das war eine . . .

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wie eine Presseaussendung etwa.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, zum Beispiel.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Dipl.-Ing. Winter! Wie war die Zusammenarbeit im Vorstand? Haben Sie persönlich Ihre Vorstandskollegen über wichtige Entscheidungen, Informationen immer sofort informiert?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Arbeitsweise im Vorstand war derart, daß einmal jeder Vorstand jede Post gesehen hat, das heißt, es war einmal ein allgemein sehr breiter Informationspegel hier. Weil jeder jede Post sieht, konnte er sich eine Kopie anfertigen und den anderen dazu befragen. Erstens.

Zweitens hatten wir mit großer Regelmäßigkeit am Montag nachmittag unsere Vorstandssitzung, wo man sich gegenseitig informiert hat.

Des weiteren waren ja die Vergabeakte immer gemeinsame Vorstandspflicht, und durch die enge räumliche Anordnung, das heißt also, es gab auch dadurch, daß man sehr — ich war Tür an Tür zum Beispiel mit dem Herrn Parzer, es war also überhaupt keine Schwierigkeit, den anderen zu erreichen oder sonst etwas.

Das heißt, ich vertrete den Standpunkt, daß wir ein sehr hohes über den eigenen Vorstandsbereich hinausgehendes Wissen hatten, es wußte eigentlich immer jeder Vorstand, was ungefähr im anderen Vorstandsbereich geschieht, und wenn es von wesentlichem Inhalt war, das heißt, daß es den anderen berührt hat, sei es jetzt in der Technik den

Herrn Parzer, sei es, was kaufmännisch anbelangt, den Dr. Schwaiger, allgemein nicht nur ein hoher Informationsstand, sondern auch eine Gleichzeitigkeit da war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann haben Sie ihre Kollegen auch informiert über die Gespräche mit Rumpold und Wilfling?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann heute nicht sagen, ob ich über dieses oder jenes Gespräch konkret den Herrn Kollegen Schwaiger oder Parzer informiert habe, aber nachdem ich weiß, daß so, wie der Herr Rumpold mit mir gesprochen hat oder der Dr. Wilfling mit mir, auch diese Herren mit Schwaiger gesprochen haben — es gab hier also eigentlich immer einen gleichmäßigen Informationsstand.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Schwaiger und Parzer haben auch Sie umgekehrt informiert über alle wichtigen Dinge, die die AKPE betroffen haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich die Frage so beantworten: Ich hatte nie das Gefühl des Informationsbedürfnisses, etwas nicht zu wissen, was ich wissen hätte müssen. Natürlich war ich über einzelne kaufmännische Aktivitäten von Dr. Schwaiger nicht informiert, so wie er nicht informiert war, wenn ich zum Beispiel ein Gespräch mit dem E-Werk hatte, das aber weder baurelevant noch kostenrelevant war, denn dazu waren wir ja drei Vorstände.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben hier gesagt, am 10. 3. sei das erste Mal aufgetaucht der Name Techmed. Auch für die anderen Vorstandsdirektoren. Wissen Sie das, daß Schwaiger und Parzer das auch erst am 10. 3. erfahren haben? Sie haben gesagt am Vormittag „mit mir".

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich weiß ja. Ich glaube, mich sogar erinnern zu können, als ich das gelesen habe, es war schon spät in der Nacht, denn wir saßen damals bis 12 Uhr im Büro, jeder in seinem, und haben gelesen, und dazwischen haben wir uns einmal auf einen Kaffee zusammengesetzt, daß ich damals zum Dr. Schwaiger gegangen bin und gesagt habe: Kennst du die Firma Techmed?, und er hat gesagt: Nein!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dr. Schwaiger war bei ODELGA Aufsichtsratsvorsitzender.

Dipl.-Ing. **Winter:** Aufsichtsratsmitglied, glaube ich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mitglied ... um Entschuldigung bitten.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie glauben, daß diese Beziehungen zur Techmed einem Aufsichtsratsmitglied — aber das ist eine Frage, die nicht so wichtig ist —, aber doch einem Aufsichtsratsmitglied nicht bekannt werden?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kenne weder die Geschäftsordnung für den Geschäftsführer noch für den Aufsichtsrat der Firma ODELGA und kann also nicht sagen, ob solche Rechtsgeschäfte aufsichtsratsmelde- oder -genehmigungspflichtig sind, aber ich habe ihn eben gefragt und glaube mich erinnern zu können, daß er auch gesagt hat: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und haben Sie auch informiert über die Absprache mit Rumpold in Beziehung auf den Auftrag ABO? Auf die Auftragsvergabe an die ABO?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann diese ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): ... die Gespräche, die hier vermerkt sind mit Rumpold, über die Aufträge ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich muß dazu festhalten bitte, das hat nichts mit der Auftragsvergabe zu tun, mir das nicht in den Mund zu legen. Mich hat der Herr Rumpold informiert darüber, daß beabsichtigt wird, eine Arbeitsgemeinschaft zu gründen, die vorhat, sich zu bewerben mit einem voraussichtlichen Innenteilungsverhältnis. Mit dem Drittel — Drittel — Drittel.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wie war die Beziehung zum Sektionschef Waiz? Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates? Sie haben sich ja oft mit Waiz auch allein getroffen.

Dipl.-Ing. **Winter:** „Oft" kann man überhaupt nicht sagen. Ich glaube, ich war mit dem Sektionschef Waiz in diesen viereinhalb Jahren, na wenn es viel war, dreimal allein. Ich kann heute nicht mehr sagen, warum, aber vielleicht waren es Gründe, die primär mich betroffen haben, vielleicht war der andere gerade verhindert. Also von „oft" kann da überhaupt keine Rede sein.

Das Verhältnis zum Sektionschef Waiz war gut.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie hier sagen, daß Sie den Sektionschef über alle wichtigen Dinge, die Sie als Vorstandsmitglied betroffen haben, informiert haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich bin mir keines einzigen Verstoßes gegen die Geschäftsordnung des Vorstandes bewußt. Wo wir in Grenzbereichen waren bei einigen Vergaben, die primär im Hochbaubereich waren, wo wir bei Planungsaufträgen geringfügig die Genehmigungssumme überschritten haben — ich glaube, bei mir war das überhaupt nie der Fall —, haben

wir im nachhinein das noch einmal in einer Aufsichtsratssitzung genehmigen lassen. Da ging es um geringfügige Überschreitungen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Am 1. 10. 1975 waren Sie mit ihm im Hotel „Europa" zusammen — auf Seite 49. — 49/50. Da findet sich der Vermerk: „Consultatio auch indirekt". Auf der nächsten Seite. Stammt dieser Vermerk aus dem Gespräch mit Sektionschef Waiz?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja. Ja. Das war Dr. Waiz im Hotel „Europa", und was da ganz rechts steht, dieses Zeichen kann ich nicht entziffern, neben „Europa", ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie sich erinnern, in welcher Weise Waiz darauf hingewiesen hat: „Consultatio auch indirekt"?

Sie waren damals ja schon Vorstandsdirektor.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich war schon Vorstand, ja, am 1. 10. 1975, das wird also so ein Grund gewesen sein, damals waren wir, glaube ich, nur zu zweit, Dr. Schwaiger und ich. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Feurstein: ... mit Waiz allein.)* Ja, ja, aber damals gab es noch keinen dritten Vorstand, denn der ist erst im November 1975 gekommen, und wahrscheinlich war Dr. Schwaiger verhindert, und daher habe ich damals allein dieses Gespräch mit dem Sektionschef Waiz geführt. Und die Formulierung: „Consultatio auch indirekt" hier — wir haben schon vormittag darüber gesprochen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Steht im Zusammenhang mit dem Gespräch von Waiz?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, ja. — Ich kann es wirklich nicht sagen, ich weiß es nicht mehr, worauf sich das bezogen hat. Ich darf dazu aber ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es kommt nachher, es steht: „Gutachten eigener Punkt in nächster Tagesordnung", das heißt, es muß sich auf das Gutachten beziehen offensichtlich: „Consultatio indirekt" an einem Gutachten beteiligen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, das glaube ich nicht. Aus dem Zeitpunkt 1. Oktober 1975, glaube ich schließen zu können, daß vorgesehen war — man müßte nur nachschauen in den Aufsichtsratsberichten und -protokollen, ob nach dem 10. 1975 eine Aufsichtsratssitzung war, in der das Seitz-Sienkiewicz-Gutachten vielleicht als Bericht oder Genehmigung im Aufsichtsrat war. Dieses: Gutachten eigener Punkt in der nächsten Tagesordnung, könnte sich auf Seitz-Sienkiewicz beziehen, denn damals gab es ja noch nicht so viele Gutachten, daß man sagt: War es dieses oder jenes Gutachten? Es müßte eigentlich das Seitz-Sienkiewicz-Gutachten gewesen sein. Und wenn man nachsieht in den Unterlagen — ich weiß es nicht mehr auswendig, aber am 1. 10. wird das sicher noch nicht beauftragt gewesen sein, dieses Gutachten, und daher wird es sich darauf beziehen, daß der Aufsichtsrat die Beauftragung dieses Gutachtens genehmigt.

Ich wollte sagen, weil hier steht: „Consultatio auch indirekt". Ich kann mich beim besten Willen nicht daran erinnern, aber es müßte etwas Kaufmännisches gewesen sein, und das war ja nicht mein Vorstandsbereich. Ich kann es wirklich nicht mehr sagen, was das war. Es muß den Schwaiger angehen, und ich habe es mir halt aufgeschrieben und werde es dann dem Schwaiger gesagt haben. Aber ich weiß es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie sich vorstellen, daß Sie den Kollegen Schwaiger darüber informiert haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Sicher. Denn hier sind doch durchwegs Punkte, die auch ihn betreffen: Gehaltsakontierung, Pensionsdeckung und so weiter, Aufsichtsratsgeld, Tagesordnung und so weiter. Darunter steht ja sogar: Schwaiger — Loicht, also da habe ich mir irgend etwas notiert. Kreditübertragung, glaube ich, heißt das, der Punkt 8 oder 9. Das waren also Punkte, die ich dann weitergeleitet habe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie war Ihre Stellung zur Bestellung eines dritten Vorstandsmitgliedes?

Dipl.-Ing. **Winter:** Damals waren wir ja nur zu zweit, denn der dritte Herr hatte damals entweder noch nicht zugesagt oder schon abgelehnt, und es wurde eben darüber gesprochen, wer als dritter in Frage kommen könnte. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß e i n Techniker, egal aus welcher Sparte er kommt, bei diesem Projekt das nie abdecken könnte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie mit Schwaiger mehr zusammengearbeitet als mit Parzer als Vorstandsmitglied?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Nein, ich würde hier keine Präferenz aussprechen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie war es am 31. 10. 1976, das Jahr weiß ich jetzt ... Moment —, als Sie gemeinsam mit Schwaiger das Angebot der ABO geöffnet haben? Bei der Angebotseröffnung waren Sie allein mit Schwaiger zusammen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Bitte?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bei der Angebotseröffnung für die Betriebsorganisation waren Sie allein mit Schwaiger zusammen, das haben Sie allein gemacht und Schwaiger?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das kann ich nicht mehr sagen, ob wir da zu zweit waren, oder ob da noch jemand dabei war. Wir haben damals wegen des großen Interesses diese Angebotseröffnung, glaube ich mich erinnern zu können, im Büro von Dr. Schwaiger gemacht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War jemand sonst dabei?

Dipl.-Ing. **Winter:** Aber ob da jetzt Leute vom Dr. Schwaiger noch dabei waren, der Leiter der Rechtsabteilung, der Dr. Piffl oder Dr. Zaćik, das weiß ich nicht mehr, bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sind bei dieser Gelegenheit irgendwelche Schriftstücke, Unterlagen zurückgenommen worden, ausgetauscht worden, wurde vereinbart, an die bestimmten Personen ... Können Sie das ganz sicher bezeugen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das kann ich mit Sicherheit sagen, daß es keine Handlungen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Vereinbarungen.

Dipl.-Ing. **Winter:** ... Vereinbarungen im Zuge der Angebotseröffnung gegeben hat, um eine Manipulation zu machen. Das kann ich mit 100prozentiger Sicherheit ausschließen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch nicht in der Weise, daß Sie vereinbart haben, daß mit bestimmten Firmen oder Arbeitsgemeinschaften Gespräche geführt werden und sie eingeladen werden, in bestimmten Punkten Preisänderungen oder Änderungen im Angebot vorzunehmen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Daß das zur Angebotseröffnung schon vorgesehen war, meinen Sie?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zum Zeitpunkt der Angebotseröffnung gemeinsam mit Schwaiger.

Dipl.-Ing. **Winter:** Sicher nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum war Parzer damals nicht dabei?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe aus den Zeitungen entnommen vor wenigen Wochen, daß er damals verhindert war. Er war in einer Verkehrsstauung, und ich kann mich auch dunkel erinnern, daß wir gesagt haben, wir machen es zu dritt auf, und der Herr Parzer dann nicht gekommen ist. Daß er in einer Verkehrsstauung gesteckt ist, sage ich heute nicht aus meiner Erinnerung von damals, sondern das habe ich in der Zeitung gelesen vor ein paar Wochen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War ja immerhin um 16 Uhr die Angebotseröffnung.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Könnte man doch etwas zuwarten.

Dipl.-Ing. **Winter:** — Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das Gespräch mit Waiz hat zur Feststellung geführt „Waiz steht auf dem Standpunkt" — Seite 52 —, „daß Politiker bei uns nichts verloren haben."

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter, Sie finden aber schon zu einem Schluß dieser Runde dann. — Nein, ich will Sie nicht unterbrechen, es ist sehr wichtig, das alles ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Seite 52. Alles: Zusammenarbeit Waiz — Vorstandsmitglieder. *(Zwischenrufe.)*

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ganz oben: „Juridisches Fundament". — „Waiz steht auf dem Standpunkt, daß Politiker ..." bei diesem Gespräch im Hotel „Europa", als so wichtige ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja. Ich kann mich erinnern, daß der Sektionschef Waiz grundsätzlich den Standpunkt vertreten hat, wir sind eine Aktiengesellschaft, und die Gesellschaft hat nur mit den Organen der Aktiengesellschaft zu agieren und nicht durch irgendwelche Einflüsse von außen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das hat er sicherlich begründet, diese Feststellung?

Dipl.-Ing. **Winter:** Da gibt es nicht viel zu begründen, denn eine Aktiengesellschaft hat ja drei Organe, und wenn der Aufsichtsratsvorsitzende den Standpunkt vertritt — ich habe mir das damals notiert, das hat mir gefallen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gab es einen konkreten Anlaß dafür?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Nein. Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber warum notieren Sie sich das? Was war der Grund, daß Sie sich das notiert haben? War das so wichtig, daß man Politiker nicht informieren sollte und daß Waiz genau der gleichen Ansicht ist wie Sie? Sie haben das dem Waiz nicht unterstellt, sondern Waiz hat das gesagt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was war der Grund? Warum?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja wenn es zweckmäßig wäre, daß dieser oder jener Herr in der Gesellschaft mitarbeitet, dann hätte man sicher eine andere Konstruktion genommen und ihn hineingenommen in den Aufsichtsrat zum Beispiel.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ein besonderes Problem für die AKPE war die Frage der Besteuerung, und zwar des Vorsteuerabzuges. Es gab in diesem Zusammenhang Gespräche mit dem Finanzministerium. *(Dipl.-Ing. Winter: Ja.)* Hat sich Sektionschef Waiz in diese Frage eingemischt als Aufsichtsratsvorsitzender, und wie haben Sie das gelöst, dieses Problem der Besteuerung?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich weiß, daß Dr. Schwaiger des öfteren zu Finanzgesprächen im Finanzamt war, bin aber darüber überhaupt nicht informiert. Das hätte ungefähr für den Dr. Schwaiger den gleichen Gehalt, wenn ich ihn befaßt hätte mit der Einsenkung der Oberwellen im Hochspannungsnetz. Für mich als Vorstand für Elektrotechnik und Maschinenbau ist der Vorsteuerabzug . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie sich erinnern, daß bei einem Gespräch — Sie haben einige dieser Gespräche heute erwähnt, bei denen der Vizekanzler anwesend war *(Dipl.-Ing. Winter: Zwei.)* —, daß bei diesen Gesprächen die Frage der Besteuerung aufgerollt worden ist, des Vorsteuerabzuges?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich nicht erinnern, daß das aufgerollt wurde in diesen beiden sogenannten Politikergipfeln, aber es gibt darüber Berichte und Tagesordnung, Berichte und Protokolle, und ich glaube nicht, daß darüber etwas gesprochen worden wäre. — Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Diplomingenieur! Im Rahmen dieser Privatanklage, die es da gegeben hat, Herr Alfred Worm gegen Dipl.-Ing. Winter wegen Vergehens nach dem § 111 Abs. 1 und 2 StGB, ist als Beilage — und dadurch haben wir das jetzt auch hier mit dabei — ein Artikel des „profil" vorgelegt worden dem Gericht, wo aus dem Tonbandprotokoll zitiert wird. Ich lese Ihnen jetzt eine Passage vor und bitte Sie, daß Sie mir sagen, was davon zu halten ist. Es heißt dort wörtlich — wenn Sie, bitte, aufpassen —:

Es war natürlich die ABO, was weiß ich, an sich die teuerste. Jetzt haben wir natürlich Handlungen setzen müssen kaufmännischer Natur, das hinzubiegen, daß das halbwegs über die Runden gegangen ist, und damals kam etwas, was ich bis heute nicht weiß, warum man die Welle eingeleitet hat, nicht das Ganze zu vergeben, sondern nur einen Teil.

Es geht dann weiter, ich zitiere jetzt nicht weiter; ich habe auch nicht vorher zitiert.

Meine Frage ist: Ist es richtig, daß Sie Handlungen haben setzen müssen kaufmännischer Natur, das Ganze hinzubiegen?

Dipl.-Ing. **Winter:** In diesem Sinne nein.

Sagen wir so: Die Angebote waren ja nicht 100prozentig vergleichbar, numerisch vergleichbar. Dadurch, daß jeder Bieter das Leistungsverzeichnis modifiziert, geändert, ergänzt hat, konnte man ja nicht von Haus aus aus der reinen Numerik bei der Angebotseröffnung etwas schließen. Bei der Eröffnung war vom Angebotspreis her, wie er festgehalten wurde, glaube ich, die ABO die teuerste mit der höchsten Summe. Ich weiß nicht, ob nicht Suter & Suter noch darüberlag, das weiß ich nicht mehr. Und nun bedurfte es natürlich, um . . .

Obmann Dr. **Steger:** Ich kann Ihnen helfen: lag nicht darüber. Suter & Suter war damals 380 Millionen — Moment: Suter & Suter lag darüber. Richtig. Suter & Suter lag darüber.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das ist aber nicht wesentlich. Jedenfalls konnte man die Leistungspakete, die um diesen Betrag angeboten waren, ja miteinander nicht vergleichen. Und diese Nivellierung, um zu vergleichbaren Preisen zu kommen, ist natürlich bei einer Leistung, wie es die Betriebsorganisationsplanung darstellt, nicht ohneweiters machbar.

Obmann Dr. **Steger:** Ist das schon Ihre Antwort? — Also heißt das jetzt, daß Sie es kaufmännisch hingebogen haben, oder nicht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, wir haben es sicher nicht kaufmännisch hingebogen.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben in der Sitzung — damit ich Ihnen das auch richtig sage: 25. Aufsichtsratssitzung, das wurde vorbereitet in der 45. Vorstandssitzung der AKPE, da wurde das Ganze besprochen, und da wurde das auch gegenübergestellt, diese verschiedenen Angebote, bereinigt gegenübergestellt. Also nicht mit den ursprünglichen Beträgen, wenn ich es also so sagen darf, das Wort „bereinigt" verwenden darf. Da ist bei dem Angebot der ABO ein 5prozentiger Nachlaß mitberechnet für den Fall der Beauftragung mit der Gesamtleistung. Das ist ein Nachlaß um 19,5 Millionen Schilling. Können Sie sich daran erinnern?

Dipl.-Ing. **Winter:** Jetzt, wo Sie es sagen, kann ich mich erinnern, daß da was war.

Obmann Dr. **Steger:** Wer hat die Gespräche mit der ABO geführt und sie gefragt, ob sie bereit sind, so einen Nachlaß zu geben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wenn es nicht von Haus aus im Angebot drinnen war — das weiß ich nicht mehr —, dann hat sicher diese Gespräche wie alle überwiegend kaufmännischen Gespräche Dr. Schwaiger geführt.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen etwas bekannt, ob auch die anderen Anbieter gefragt wurden, ob sie einen ähnlichen Nachlaß, nicht der

Summe nach, aber einen ähnlichen Nachlaß bei Gesamtbeauftragung geben, denn es fällt auf, daß nur bei der ABO dieser Nachlaß berücksichtigt ist bei der Gegenüberstellung, während bei allen anderen das nicht dabei ist?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich weiß nicht, ob Dr. Schwaiger — darunter meine ich auch seine Gruppe, denn er hat ja auch nicht jedes Bieter-Gespräch selbst geführt, dafür haben wir ja Leute gehabt —, ob man die anderen Bieter gefragt hat. Aber ich nehme an, man wird sie gefragt haben, aber ich weiß es nicht. Aber das müßte ja aus den Akten und aus den Aufzeichnungen der Bieter-Gespräche vielleicht hervorgehen.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn Sie sagen, Sie wissen es nicht, dann ist das die Antwort.

Weiters wird hier angeführt, daß die besonderen Projektkenntnisse für die ABO sprechen, weil sie — und ich zitiere wörtlich — das umfassendste Wissen über das bestehende AKH, das Projekt Neubau-AKH hat — das „hat" von vorne hier einbezogen —, und kann die Überprüfung der Ortplanung in den späteren Betrieb harmonischer durchführen.

Wieso sind Sie zu dem Ergebnis in der Vorstandssitzung gekommen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann das natürlich jetzt aus dem Stegreif, lange, drei Monate vom Thema weg, mit eher großen psychischen Belastungen, nur mehr oberflächlich beantworten.

Die Gruppe DKI, ÖKODATA und ODELGA, jede für sich, hatten vom Wiener beziehungsweise dem österreichischen Spitalwesen umfassende Kenntnisse. Das DKI war vom Stadtrat Stacher praktisch seit Beginn angesetzt mit dem Revirement des Gesundheitswesens in Wien. Die maßgebenden Herren und Damen des Deutschen Krankenhausinstitutes kannten also die Wiener Szene bestens. Die Firma ÖKODATA hatte im Bereich des Spitalwesens Österreichs verschiedene Aufträge gemacht, hatte also auch ein Projektwissen ...

Obmann Dr. **Steger:** Damit Sie mir, bitte, nicht eine Antwort geben auf eine Frage, die ich nicht gestellt habe: Das, was Sie nämlich jetzt zitieren, ist der Punkt viertens. Dort heißt es dann: Spezifisches Wissen um das österreichische und insbesondere Wiener Spitalwesen.

Hier im Punkt drittens dieser Vorstandssitzung heißt es: ... das umfassendste Wissen über das bestehende AKH und das Projekt Neubau-AKH. — Und ich wollte wissen, inwiefern die ABO und die Firmen, die in der ABO drinnen waren, zu diesem Zeitpunkt Wissen um das AKH bereits hatten und um den Neubau des AKH.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das heißt, über das Deutsche Krankenhausinstitut gilt natürlich auch das vorhin Gesagte, denn das AKH ist ja ein integrierender Bestandteil des Wiener Spitalwesens. Ich kann mich erinnern an verschiedene Besprechungen mit dem Deutschen Krankenhausinstitut im Rahmen des Teams, mit Professor Stacher: Ja, was soll mit dem alten AKH in den nächsten zehn Jahren geschehen? — Also, das DKI hatte auch AKH-Wissen.

Professor Riethmüller war — das, glaube ich, brauche ich nicht zu erwähnen — überhaupt von Anbeginn an dabei. Professor Riethmüller war ja praktisch von Beginn an der geistige Urheber des ORP — damals hat es noch Raum- und Funktionsprogramm geheißen — und hatte darüber hinaus auch seit 1973 verschiedene Aufgaben unter dem Titel „Grobplanung der Betriebsorganisation" zu tun. Die Firma ÖKODATA war mit der Iststanderhebung im Allgemeinen Krankenhaus beauftragt, ebenfalls die Firma ODELGA.

Obmann Dr. **Steger:** Es heißt dann weiter — ich bin immer noch bei dieser Sitzung und komme zu den Schlußfolgerungsfragen, aber ich möchte, daß Sie sich zunächst in den Themenkreis ein bisserl hineindenken können —:

Die Vergabe dieses Auftrages — nämlich des Teiles an die ABO, jetzt zitiere ich wieder wörtlich — „an die Arbeitsgemeinschaft stellt keine Präjudizierung für die Vergabe von weiteren Leistungen dar". — Das war zu dem Zeitpunkt, in dem bereits geteilt vergeben wurde. Es ist ein Betrag von 122,8 Millionen Schilling vom Gesamtauftrag vergeben worden. Also, es heißt: keine Präjudizierung für die weitere Vergabe.

Vorne ist aber in derselben Sitzung bei der Gegenüberstellung finanziell bei der Firma ABO mitberücksichtigt, daß es einen Gesamtnachlaß gibt, wenn sie den gesamten Auftrag zugesprochen bekommt. Ist dieser Widerspruch niemandem aufgefallen?

Dipl.-Ing. **Winter:** So wie es jetzt von Ihnen gebracht wird, ist es natürlich ein Widerspruch. Ich kann jetzt nicht sagen, ich weiß nicht, ob nicht durch Gespräche im kaufmännischem Bereich es eben kein Widerspruch ist. Vielleicht gibt es irgendeine Aufzeichnung darüber. Ich weiß es nicht. Ich muß passen.

Obmann Dr. **Steger:** Noch immer zum selben Themenkreis. Wir haben immer gesagt: Einer macht einen Themenkreis, und dann geht es wieder weiter. Es heißt in derselben Tonbandmitschrift etwas später: „Haben wir ja gesagt in der Concordia" — ich zitiere wörtlich Sie, laut diesem Protokoll, ich war ja nicht dabei —: „Es wurde nie ein Druck auf uns ausgeübt, weder ein moralischer noch ein politischer,

noch ein psychischer, noch sonst irgendein Druck. Das habe ich wörtlich gesagt. Was bleibt denn übrig, als das zu sagen, was bleibt denn übrig, als zu sagen: Es wurde kein Druck ausgeübt. Selbst wenn wir sagen würden: Es wurde ein Druck ausgeübt, könnten wir das nie beweisen. Nie. Was glauben Sie, welche Chancen der AKPE-Vorstand gehabt hätte, das an jemand anderen zu vergeben als an den ABO. Dann wären wir am nächsten Tag weg gewesen. Das ist ja ganz klar."

Glauben Sie heute noch, daß Sie ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Sind da Punkterl dazwischen?

Obmann Dr. **Steger:** Es sind keine Punkterl dazwischen.

Glauben Sie heute — rückschauend —, daß Sie AKPE-Direktor geblieben wären, wenn Sie an jemand anderen diesen Auftrag vergeben hätten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wenn jemand anderer besser gewesen wäre, dann bin ich überzeugt davon, daß ...

Obmann Dr. **Steger:** Unter diesen Anbietern — wenn Sie es einem anderen gegeben hätten, glauben Sie, daß Sie dann AKPE-Direktor geblieben wären? — Klare Frage.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Warum haben Sie es dann angeblich anders gesagt?

Dipl.-Ing. **Winter:** In dem Gespräch mit Worm, das darauf abgezielt hat, eine Gesprächsplattform zu finden, habe ich vereinzelt ungeschickte Formulierungen verwendet. Das ist mir heute klar. Insofern kommen die ersten 30 Minuten sehr entstellt wieder, weil zwei Drittel des Gespräches fehlen. Wir sind ja wieder darauf ...

Obmann Dr. **Steger:** Die letzte kleine Frage zu diesem Themenkomplex. Sie haben auch heute wieder darauf verwiesen, daß der Herr Professor Riethmüller ja von Anfang an dabei war. Sie müssen entschuldigen, wenn wir auch ab und zu in den Unterlagen suchen müssen, es ist schon sehr viel Papier, das wir da bekommen haben.

Jetzt gibt es aber aus 1974 einen Aktenvermerk von Ihnen, wo Sie eigentlich sinngemäß schreiben — ich habe ihn momentan wörtlich nicht gefunden, aber man kann ihn suchen, wenn Sie sich nicht daran erinnern sollten —, daß Herr Professor Riethmüller — ich habe da stehen — ein Trottel ist; daß er halt ungeeignet ist und daß er eliminiert werden muß.

Die Frage, die ich dranhänge, ist hoffentlich eine andere. Falls ich nicht exakt genug aufgefaßt habe, werden Sie mich gleich aufmerksam machen.

Sie haben ja schon vorher durch Gespräche immer schon gewußt, wer da so ein bisserl zusammenkommt in der ABO. Da haben Sie uns heute auch erklärt, Sie sind da informiert worden. Haben Sie da in irgendeinem Gespräch versucht, zu erreichen daß nicht dieser sinngemäß als „Trottel" Bezeichnete drinnen ist in der ABO, sondern eben jemand wie IFH, das dann später Subunternehmer war. Haben Sie in irgendeinem Gespräch das zu erreichen versucht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Äußerung, auf die Sie sich beziehen und die niedergeschrieben ist, stellt eine Aussage eines Konkurrenten von Professor Riethmüller dar, die ich mir — weil sie so vorwurfsvoll war — notiert habe. Mir hat der Konkurrent IFH — und die IFH ist ja nicht nur in Dänemark, sondern auch in Deutschland tätig — den Riethmüller dargestellt als Niete; sagen wir es so. Das habe ich mir damals notiert. Das war nicht meine Meinung, sondern die Meinung von IFH, die man mir mitgeteilt hat. Wegen der Bedeutung habe ich sie notiert.

Und im Rahmen der ABO ...

Obmann Dr. **Steger:** Damit wir das verkürzen, bitte ich, daß Sie die Seite 123 aufschlagen und das nachlesen, wie es dort steht. Seite 123, da heißt es nämlich: „Wenn alles mir Gesagte stimmt" — ich lese es Ihnen wörtlich vor, Sie können es gleich kontrollieren — „und mein Eindruck stimmt, muß" — es steht dort: „Mein Eindruck stimmt" *(Dipl.-Ing. Winter: Mein Eindruck stimmt von dem, was mir die Leute im IFH gesagt haben!)* — das sind ja Sie, bitte, nicht ich! —, „Riethmüller aus dem Verkehr gezogen werden", heißt der Satz wörtlich.

Lassen Sie den ganzen Satz noch einmal auf der Zunge zergehen, und dann sagen Sie mir bitte, ob Sie irgendwann versucht haben, daß er nicht in der Arbeitsgemeinschaft drinnen ist. Das war die Fragestellung.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, das habe ich nicht unternommen. ...

Obmann Dr. **Steger:** ... daß er vielleicht sogar besser war, als man jetzt annimmt, und gewußt haben, daß der nicht der Optimale ist.

Dipl.-Ing. **Winter:** Der Sinn eines Satzes, wie ich ihn niedergeschrieben habe, diese Interpretation kann nur ich wiedergeben. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Professor Riethmüller für gewisse Teilbereiche ein guter Mann war. Ich hätte nie vorgeschlagen, Professor Riethmüller den gesamten Auftrag zu geben, wie ich es keinem einzelnen ARGE-Partner vorschlagen würde. Denn eine Betriebsorganisationsplanung ist so ein breites Spektrum, daß

kein Beratungsunternehmen diese Leistungen gleichmäßig gut abdecken kann.

Mir wurde damals in Kopenhagen gesagt, daß der Herr Riethmüller schlecht ist. Wenn mein Eindruck von dem stimmt, was die Leute da oben gesagt haben — sie haben ja nicht wörtlich gesagt, er sei unbrauchbar. Daraufhin habe ich angeregt, daß sich der Herr Parzer und der Herr Schwaiger ebenfalls an Ort und Stelle davon überzeugen. Daraufhin hat diese Reise mit einigen Wochen Abstand zu dritt noch einmal stattgefunden.

Obmann Dr. **Steger:** Falls es Unklarheiten geben sollte, was das heißt, was Sie geschrieben haben, können Sie jederzeit interpretieren. Darum sitzen Sie auch jetzt unter anderem da. Aber ob es Ihnen paßt oder nicht, es wird der Ausschuß das auch für sich interpretieren und das Gericht genauso. Ist die Unklarheit beseitigt? Weil Sie das am Beginn der Beantwortung gleich so hingesagt haben, daß nur Sie interpretieren werden. *(Dipl.-Ing. Winter: Für mich bestand keine Unklarheit!)* Wir interpretieren es auch.

Und wenn Sie bei all diesen Hilfestellungen nicht weiter antworten wollen, dann darf ich als letzte Hilfestellung für diese Runde Sie noch fragen, welche Schlußfolgerungen Sie aus dem Gutachten SSK 1976 gezogen haben in bezug auf den Herrn Professor Riethmüller und diesen Themenkreis.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich weiß heute nicht mehr, was im Gutachten SSK über Professor Riethmüller gestanden ist. Ich kann mich nicht erinnern.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Dr. Kapaun.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Der Herr Vorsitzende hat Sie schon heute einmal gefragt. In den Zeitungen und in unseren Informationen wird davon geredet, daß Sie Eigentümer oder entscheidender Teilhaber der Firmen PLANTECH und GEPROMA sind. Und der Herr Vorsitzende hat gefragt, ob Sie in Liechtenstein noch über andere Firmen oder Firmenanteile verfügen. Ich gehe weiter und frage Sie: Verfügen Sie irgendwo über Firmen oder Firmenanteile?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich verfüge nirgends über Firmen oder Firmenanteile.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Danke.

Eine zweite Frage. Den Zeitungen konnten wir entnehmen — die Unterlagen sind noch nicht da —, daß aus den Berichten von Liechtenstein hervorgehen soll, daß auf die Konten der Firma GEPROMA ein Betrag von rund 50 Millionen Schilling eingezahlt wurde.

Können Sie eine Aussage darüber machen, wer diese Beträge eingezahlt hat und wie über diese Beträge verfügt wurde?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich möchte diese Frage teils teils beantworten. Ich weiß es nicht und sage dazu nichts, weil das ebenfalls in den Themenkreis gehört, wo ich beschuldigt bin.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Dr. Kapaun, nur weil Sie „Danke" gesagt haben auf die Antwort und weil Sie damit eingeleitet haben, daß ich da ja ähnlich gefragt habe: Ich habe nach den Konten gefragt und Sie nach den Firmen. Ich möchte auf den Unterschied aufmerksam machen in der Antwort.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich möchte Ihnen eine letzte Frage stellen. Bei der Ersten Österreichischen Spar-Casse gibt es ein Konto auf Ihren Namen unter der Nummer 03604888. In der Zeit vom Oktober 1977 bis Ende 1979 wurde diesem Konto ein Gesamtbetrag von 10 424 760,54 S gutgebracht.

Können Sie und wollen Sie dem Ausschuß darüber Auskunft geben, aus welchen Quellen diese Geldbeträge stammen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Es handelt sich bei dem Konto 03604888 um mein Privatkonto, auf das das Gehalt überwiesen wurde. Bei einer Kontobewegung gibt es ein Plus, ein Minus; fallweise nimmt man etwas weg, legt es auf ein Sparbuch, nimmt es vom Sparbuch wieder zurück. Aber selbst wenn Sie die Bewegungen intern aufaddieren würden — wenn man sein Geld zum Beispiel für sechs Monate anlegt und ein halbes oder ein Prozent mehr bekommt —, kann ich mir nicht vorstellen, daß man auf 10 Millionen kommt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Es handelt sich dabei — wenn ich Sie ergänzen darf — um Einzahlungen, Eigenerlag in der Größe von 689 000 S, Eigenerlag in der Größe von 350 000 S, Eigenerlag in der Höhe von 509 500 S. Es handelt sich also um keine Bewegungen, die man durch Sparbuchabhebungen getätigt hat.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich darf zu den einzelnen Bewegungen nichts sagen. Da aber gegen mich ein Finanzstrafverfahren läuft, wird das sicherlich genauest erhoben werden.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier, bitte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich habe eine Bitte, Herr Vorsitzender. Kollege Feurstein hat sich für diese Runde vorbereitet.

Ich möchte im Nachhang zu der Frage des Ing. Hobl betreffend Information an Bauer — Notiz Seite 99 vom 16. 4. 1976 — fragen: Herr Ing. Winter, ist das der Brief, der auch das

Datum 16. 4. 1976 trägt? Ist das der Brief an Bauer?

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich die Beilage lesen? — Nein. Das hat damit sicher nichts zu tun. Es handelt sich dabei um folgendes: Wir hatten damals ein Gespräch mit Herrn Smutna, und der Herr Smutna hat damals irgend etwas gesagt. Ich habe ihm daraufhin locker gesagt: Das ist ein Blödsinn! Daraufhin hat der Herr Smutna in der „Wochenpresse" geschrieben, ich hätte gesagt: Die sind ja alle blöd. — Das war unser Dementi, denn das habe ich nie gesagt. Denn wenn man sagt: Das ist ein Blödsinn!, dann kann man das ja nicht so umdrehen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber am selben Tag, am 16. 4., notieren Sie sich „Kopie an Bauer, Wiener ÖVP", und Sie schreiben am 16. 4. an den Abgeordneten Bauer und schicken ihm eine Kopie.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, aber das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Welche Seite ist das bitte? (Rufe: 99!) Das mag schon sein. Das war sicher ein Zufall.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das ist nicht die Kopie?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Ich habe schon gesagt: Das Gutachten von Seitz — Sienkiewicz — Kaufmann. Es steht ja weiter unten: Gutachten auch an Dekan und Professor Geyer.

Ich glaube nicht, daß dieser unangenehme Zwischenfall im Kreis mit Stadtrat Stacher besprochen wurde. Das glaube ich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber ausschließen können Sie es auch nicht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ausschließen kann ich es nicht. Ich glaube, nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich werde mir erlauben, zur Abkürzung eine Kopie den anderen Fraktionen zur Verfügung zu stellen. Ich wollte das nur aufklären im Nachtrag zu Hobl.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn kein Einwand besteht: Das war der Versuch, das nur als Nachtrag zu dem Brief zu machen, und jetzt die Fragerunde.

Haben Sie etwas dagegen, wenn Herr Dr. Feurstein jetzt noch drankommt und wir nicht so formell sind? — Bitte, Dr. Feurstein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Waren Sie auf Grund der Geschäftseinteilung für die Betriebsorganisationsplanung zuständig?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja und nein. In der Geschäftsordnung des Vorstandes steht, daß die Betriebsorganisationsplanung gemeinsame Vorstandssache ist, und sie stand auch bei mir allein. Wir haben das immer so ausgelegt, daß grundsätzliche Belange — Ausschreibung, Vergabe — gemeinsame Vorstandssache sind und die eigentliche Exekution des Auftrages — der zuständige Gruppenleiter Dipl.-Ing. Hogl war ja bei mir angesiedelt — von mir verfolgt wird. Es ist also ein ähnlicher Vorgang, wie wir ihn beim ORP gemacht haben. ORP ist ja auch laut Geschäftsordnung für den Vorstand gemeinsame Vorstandssache. Nun muß aber primär einer die Arbeit durchführen, und beim ORP war es der Herr Parzer, bei der Betriebsorganisationsplanung war ich es, und wesentliche und grundsätzliche Belange wurden gemeinsam gemacht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, aber nach der Geschäftsverteilung ist eindeutig, daß Sie, der technische Direktor für die Haustechnik, verantwortlich sind im Punkt 8 für die Betriebsorganisationsplanung.

Dipl.-Ing. **Winter:** Sie haben vielleicht nicht das endgültige Exemplar. Es wurde wegen der Bedeutung der Betriebsorganisationsplanung in der ersten oder zweiten Aufsichtsratsitzung später eine Modifikation der Geschäftsordnung gemacht. Da gibt es eine Ergänzung, wo steht: Betriebsorganisationsplanung ist gemeinsame Vorstandssache.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann habe ich eine zweite Frage im Hinblick auf die Themen, die wir vorhin schon behandelt haben. Sie haben die Nichteignung Professor Riethmüllers bereits wesentlich früher in einer Aktennotiz festgehalten, nämlich auf Seite 14 Ihrer schriftlichen Aufzeichnungen, wo steht, daß hier Herr Professor Riethmüller trotz des bereits sehr weit fortgeschrittenen Zeitpunktes zur Erfüllung dieser Leistungen keine beziehungsweise nur sehr wenig fruchtbare Arbeit geleistet hat. Das war also bereits im Jahre 1974 und nicht erst, als Sie in Kopenhagen waren. Das ist die Aktennotiz „AKH-Baudirektion" zu Punkt 16. *(Dipl.-Ing. Winter: Das habe ich nicht verfaßt!)*

Auf jeden Fall ist Ihnen diese Feststellung bekannt gewesen, da sie in Ihrem Akt festgehalten ist. Sie sind also nicht nur von Kopenhagen darauf aufmerksam gemacht worden, sondern schon rund ein Jahr oder ein ganzes Jahr früher, im Jahre 1974, als Sie noch nicht Vorstandsdirektor waren, und haben keine Konsequenzen daraus gezogen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das ist einfach zu erklären. Herr Professor Riethmüller hat in medizinischen Kreisen — ich möchte es unter Anführungszeichen sagen — „wenig Freunde" gehabt. Man hat sich seinen Meinungen sehr oft nicht angeschlossen.

Auf der anderen Seite kannte Professor Riethmüller — wenn ich jetzt davon ausgehe, wir mußten ja ab der AKPE-Gründung Konsulenten haben — das Haus. Professor Riethmüller mit seinem Büro ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Diese Notiz ist Ihnen doch jedenfalls bekannt gewesen. Sie stammt eindeutig vom 9. 3. 1974, trotzdem haben Sie sie nicht als Vorstandsmitglied verwertet.

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich das einmal in Ruhe lesen? —

Den Aktenvermerk habe sicher nicht ich verfaßt. Das glaube ich nicht. Das wäre nicht meine Diktion, aber ich kann es nicht ausschließen. Aber ich glaube nicht, daß ich den verfaßt habe.

Abg. Dr. **Feurstein:** Sie waren dabei. Das steht oben: Stacher, Wilfling, Winter ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Bitte, der Aktenvermerk beginnt bei mir auf Seite 7, und das sagt sicher nichts über die Anwesenheit, sondern nur über den Ver...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das steht oben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Es wird doch nicht auf Seite 7 die Anwesenheit stehen. Es wird der Verteiler derer sein, die die Seiten 7 und 8 bekommen haben.

Obmann Dr. **Steger:** Darf ich in der Zwischenrunde den Vertreter des Rechnungshofes bitten, uns zu sagen, wie es dazu kommt.

Ministerialrat Dr. **Freudenreich** (Rechnungshof): Das ist ein Protokoll der Stacher-Team-Sitzung, am 9. März 1974 verfaßt. Das ist umfangreicher. Für unsere ABO-Vergabe wurden nur die Seiten Sowieso kopiert, und hier oben ist vermerkt: „Die Teilnehmer an dieser Sitzung ..."

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, jetzt die Frage weiter. Herr Abgeordneter Dr. Feurstein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Daß Sie bereits wesentlich früher über die Qualitäten von Riethmüller auf Grund dieser Teambesprechung informiert waren, das dürfte, glaube ich, feststehen; und nicht erst auf Grund Ihrer Informationen, die Sie in Kopenhagen erhalten haben. Sie waren bereits zu einem früheren Zeitpunkt, ein Jahr früher, über diese ganze Situation eingehend bei einer Team-Sitzung, bei der Sie anwesend waren, informiert worden.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das kann man so nicht sehen. Wenn einerseits von verschiedenen Stellen gesagt wird, der Professor Riethmüller sei unbrauchbar, oder wie immer man das nennen will, auf der anderen Seite er in Deutschland aber der Planungspapst ist, dann kann man hier Professor Riethmüller nicht mit einem Satz verdammen und sagen, er sei unbrauchbar. Es gab mit Professor Riethmüller — ich will weder sagen: laufend, das wäre zu wenig; vereinzelt, das wäre auch wieder nicht richtig — fallweise sachliche Auseinandersetzungen, weil Professor Riethmüller zu oft Planungsdetails nach Österreich übertragen wollte, die ganz einfach nicht ins österreichische Gesundheitswesen passen. Deshalb kann man aber nicht sagen, Professor Riethmüller sei generell schlecht und unbrauchbar für diese Planung, weil er vielleicht mit dem einen oder mit dem anderen Arzt einen Konflikt oder eine divergierende Auffassung über ein Detail hat.

Ich bin heute nach wie vor der Meinung, daß der Professor Riethmüller ein ausgezeichneter Mann ist, nur muß man ihn in eine Gruppe involvieren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es geht nur darum, ob Sie schon früher davon Kenntnis erhalten haben oder nicht. *(Dipl.-Ing. Winter: Daß Prof. Riethmüller aneckt!)*

Jetzt habe ich eine zweite Frage: Der Rechnungshof hat festgestellt, daß Leute, Mitarbeiter von der Techmed auf der Baustelle, das heißt, also draußen beim AKH gearbeitet haben. Der Auftrag, der von der ODELGA beziehungsweise von der MED-CONSULT hätte ausgeführt werden sollen, ist dann weitergegeben worden — Sie haben keine Unterlage darüber? — an die Techmed. Haben Sie diese Personen gekannt? Sind Sie mit den Leuten zusammengekommen? Hatten Sie den Eindruck, daß es Leute von einer dritten Firma waren?

Dipl.-Ing. **Winter:** Mir war primär von Anbeginn der Herr Versloot bekannt. Ich war zu wenig in die tägliche Arbeit involviert, um die einzelnen Mitglieder der ABO namentlich zu kennen. Für mich waren natürlich der Herr Gärtner, der Herr Scharmüller, der Herr Versloot und einige andere dem Namen nach bekannt. Ich wußte, daß der Herr Versloot und noch einige Leute MED-CONSULT-Leute sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sind Sie in diesem Zusammenhang nicht zusammengekommen mit anderen Leuten, die keine MED-CONSULT-Leute sind?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Leute von der ABO, wie ein Gärtner und ein Scharmüller — natürlich bin ich mit denen zusammengekommen. Aber das sind ja keine MED-CONSULT-Leute.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wohin gehören die?

Dipl.-Ing. **Winter:** Der Herr Gärtner ist vom

DKI, Geschäftsführer der ABO, und der Herr Scharmüller ist jetzt Geschäftsführer der ÖKO-DATA. Damals war er es noch nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Andere Personen sind nicht mit Ihnen in Kontakt getreten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich jetzt nicht erinnern. Ich habe, glaube ich, einmal oder zweimal mit dem Herrn Enerwitschläger von der Firma MED-CONSULT gesprochen. Aber sonst würde mir jetzt auf Anhieb kein Name einfallen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hatten Sie aber Informationen, daß nicht alle Aufträge von der ODELGA — später von der MED-CONSULT — und auch nicht vom IFH Kopenhagen oder vom Deutschen Krankenhausinstitut durchgeführt worden sind, sondern daß hier noch weitere Firmen mit dabei waren? Haben Sie sich da nicht erkundigt, wenn unbekannte Personen aufgetreten sind, woher die kommen und hier Untersuchungen machen? Ich darf ergänzen: Nachdem der Rechnungshof eindeutig festgestellt hat, daß diese Personen der Techmed im AKH mitgearbeitet haben und dort aufgetreten sind?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe mich nie darum gekümmert in dem Sinn, daß ich eine Prüfung veranlaßt hätte: Zeigt uns die Lohnsteuerkarte oder sonst etwas!

Ich wußte, daß alle Firmen, die in der ABO beteiligt waren und auch bei IFH als Subauftrag, Leute eingebracht haben. Mir war der Herr Versloot bekannt als MED-CONSULT-Mann

Ich habe natürlich nie veranlaßt zu prüfen, ob Herr Versloot oder ein anderer — der Herr Gärtner oder die Gruppenleiter, ich kannte nur diese 4 bis 6 Leute —, berechtigt ist. Wenn jemand kommt und sich vorstellt beziehungsweise auf Schriftstücken, auf Briefen, auf Briefpapier der Firma MED-CONSULT unterschreibt, habe ich nie geprüft, ob er auch berechtigt ist, zu unterschreiben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie sich nie erkundigt, welche Fähigkeiten diese Personen, die den Auftrag ausgeführt haben, mitbringen? Was das für Leute sind?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wir haben uns sehr wohl erkundigt, denn wir haben von den Leuten des mittleren Managements in der Betriebsorganisationsplanung ja sehr wohl Qualifikationsprofile erhalten. Es gab bei uns sicher eine Aufzeichnung über den Herrn Versloot und über seinen Werdegang, was er gemacht hat und so weiter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wir haben darüber schon Unterlagen. Es gibt aber Hinweise in unseren Unterlagen, daß die Qualifikationsprofile — ich kann mich jetzt nicht genau erinnern, zu wieviel Prozent, aber nur von einem ganz geringen Teil der Mitarbeiter, die hier beauftragt waren — vorgelegt worden sind, und es gibt ganz massive Vorwürfe, die von verschiedenen Seiten gemacht worden sind, daß diese Qualifikationsprofile gefehlt haben. Ich glaube, wenn ich mich richtig erinnere, ich habe jetzt die Unterlagen nicht hier, daß sogar Aufsichtsratssitzungen sich damit auseinandergesetzt haben, daß Qualifikationsprofile nachgereicht werden. Hätten Sie einen Auftrag gehabt, als mitverantwortlicher Vorstandsdirektor sich zu erkundigen, welche Leute hier echt beschäftigt sind? Sie haben das sicherlich auch getan als pflichtbewußter Vorstandsdirektor, für den ich Sie doch halte.

Dipl.-Ing. **Winter:** Daß die Persönlichkeitsprofile im Aufsichtsrat diskutiert wurden oder verlangt wurden, an das kann ich mich nicht erinnern. Vielleicht war das schon nachher, nachdem ich weg war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das war vorher. — Sie haben sich also nicht darum gekümmert als Vorstandsdirektor?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe mich als Vorstandsdirektor nicht darum gekümmert, welche einzelnen Mitarbeiter von der ABO eingebracht wurden, bitte. Wenn wir einen Auftrag hinausgeben und die Leistungen erbracht werden und wir eine erste Instanz haben, die APAK, die diese Leistungen zu beurteilen hat, ich einen Gruppenleiter und einen Bereichsleiter hatte, einen Gruppenleiter für Betriebsorganisationsplanung, dann habe ich es nicht als meine Aufgabe angesehen, daß ich mir das über die einzelnen Leute vorlegen lasse. Denn wenn ich das über alle Beschäftigten und Auftragnehmer in meinem Bereich mache, wo vielleicht 200 oder 300 Ingenieure tätig waren, wie soll ich da die Persönlichkeitsprofile jedes einzelnen prüfen lassen, bitte?

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben jetzt gerade ausgeführt, daß Sie keinen Einfluß genommen haben auf die Frage, welcher Mitarbeiter im Rahmen der ABO beschäftigt wurden. Haben Sie zu irgendeinem Zeitpunkt Einfluß darauf genommen, welche Mitgliedsfirmen in der ABO mitwirken? —

Bitte, wenn Sie „nein" d e u t e n , kommt es schwer ins Protokoll.

Dipl.-Ing. **Winter:** Bitte mir doch bei jeder Frage zumindest einige Sekunden Nachdenken zu gestatten.

Obmann Dr. **Steger:** Ich mache Sie nur aufmerksam, daß das Nein sonst nicht im Proto-

koll ist, denn der Stenographendienst sitzt verkehrt. Da müssen Sie nein sagen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe sicherlich nicht Einfluß genommen auf die Zusammensetzung der ABO-Gruppe. Ich kann mich nur erinnern, daß ich oder wir, nachdem ich zweimal das Institut für Funktionsanalyse besucht habe, dem Herrn Rumpold gesagt haben, er möge sich dieses Institut einmal ansehen. Ich kann aber nicht mehr sagen, wann und wieso, weil ich hier der Überzeugung war auf Grund der zweimaligen Besichtigung, daß das Institut für Funktionsanalyse für verschiedene Teilbereiche bitte ausgezeichnet qualifiziert war. Sie hatten ein schmales Spektrum. Sie hätten nie die gesamten Leistungen abdecken können, aber in einzelnen Bereichen habe ich sie für fortschrittlichst gehalten. Ich denke hier vor allem an das EDV-Rechenmodell, das IFH entwickelt hat und das zur überschlägigen Dimensionierung und Darstellung von verschiedenen Zusammenhängen äußerst geeignet ist. Aber das bezeichne ich nicht als Einflußnahme auf die Zusammensetzung einer Gruppe.

Obmann Dr. **Steger:** Es ist ein Wechsel in der ABO eingetreten, und zwar ist anstelle der Firma ODELGA, wie Sie sicher wissen, die Firma MED-CONSULT eingetreten. Haben Sie da in irgendeiner Art und Weise Einfluß auf diesen Wechsel genommen oder diesem Wechsel zugestimmt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe nicht Einfluß genommen. Wir haben dem meines Wissens in einer Vorstandssitzung zugestimmt, indem wir gesagt haben, eigentlich spricht nichts dagegen, wenn die Firma ODELGA ... eine Tochterfirma, an der sie zu 50 Prozent beteiligt ist ... statt dessen in die Arbeitsgemeinschaft eintritt, die anderen Arbeitsgemeinschaftsmitglieder ebenfalls einverstanden sind. Es lagen also von uns aus keine Bedenken grundsätzlicher Natur vor.

Obmann Dr. **Steger:** Aus den Rechnungshofunterlagen entnehme ich einer Aktennotiz, daß am 14. März 1977 — das gehört zu dem Komplex auch dazu, den Dr. Feurstein angeschnitten hat — auf Ihre Einladung hin Professor Dr. Riethmüller bekanntgemacht wurde mit den Geschäftsführern der Firma ÖKODATA, Dkfm. Bauer, Dipl.-Ing. Rumpold und weiters Dkfm. Dr. Wilfling im Hotel „Modul". Können Sie sich daran erinnern?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, ich wurde damals vom Kontrollamt gebeten, über diese Besprechung oder über diesen Zweck nachträglich einen Aktenvermerk zu verfassen, den ich auch verfaßt habe. Ich wurde damals von einem der Herren, ich weiß es jetzt nicht mehr, gebeten, sie mit Professor Riethmüller bekannt zu machen. Ich weiß nicht, wer aus dieser Runde den Professor Riethmüller damals nicht kannte. Ich war nichts anderes als Moderator, ich kann mich noch genau erinnern, daß ich bei diesem Gespräch früher weggegangen bin. Ich sollte also im Rahmen eines Mittagessens die Herren miteinander bekannt machen, und ich glaube — bitte, ich glaube! —, daß der Herr Dkfm. Bauer den Herrn Riethmüller noch nicht kannte. Aber ich kann das nicht mehr genau sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Hier gibt es zwei verschiedene Daten: einmal 14. März — ich zitiere noch immer aus dem, was der Rechnungshof uns hier mitgeteilt hat, Seite 86 in der heute ausgegebenen Unterlage — und einmal 24. März — beides im Hotel „Modul". Am 14. März war also die hinausgegebene Einladung, 24. März dieser Termin.

Jetzt heißt es in dieser Rechnungshofunterlage, daß darüber kein Protkoll aufliegt. Hier wurde Dr. Wilfling konfrontiert mit dem von Ihnen nachträglich verfertigten Aktenvermerk, Besprechungsnotiz — wie immer man das bezeichnen will —, und er sagt, daß er das inhaltlich nicht bestätigen kann. Was sagen Sie dazu?

Dipl.-Ing. **Winter:** Der Inhalt war der, daß mich einer der Herren — ich kann es nicht mehr genau sagen; Ich glaube, es war Dkfm. Bauer — gebeten hat, zu einem Mittagessen als Moderator oder wie man das nennen will, einzuladen. Wenn Dr. Wilfling sich dem nicht anschließen kann, dann kann ich dazu überhaupt nichts sagen. Vielleicht kann er sich nicht mehr erinnern, ich weiß es nicht, warum Dr. Wilfling ...

Und an ein zweites Gespräch in diesem Kreis kann ich mich nicht erinnern.

Obmann Dr. **Steger:** Sie waren Angestellter der AKPE bei allen diesen Tätigkeiten, haben dort Entgelt bezogen. Haben Sie für irgendwelche Nebenbeschäftigungen Entgelt bezogen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Ich habe keine Nebenbeschäftigung ausgeübt.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Professor Riethmüller ist doppelt beschäftigt worden, und zwar durch die gesonderte Vergabe der ORP und BO. Da hat es später ja auch die Information gegeben, daß er auch doppelt Honorar bekommen hat. Wann ist Ihnen das klargeworden?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich bin auch heute noch überzeugt, daß Professor Riethmüller nicht doppelt Honorar bezogen hat im Sinne von „für eine Leistung zweimal kassiert". Der Professor Riethmüller hatte die beiden Aufträge, und wir haben im vollen Bewußtsein, daß solche Vor-

würfe einmal kommen werden, sehr wohl darauf geachtet, daß durch entsprechende Dokumentation der Mitarbeiter, die von Professor Riethmüller gekommen sind, es zu keinen Überschneidungen kam. Und es waren auch vollkommen getrennte Arbeitsgruppen. Die Überschneidungen wären bei einer negativen Betrachtungsweise theoretisch möglich beim Professor Riethmüller selbst und bei seinem Einsatzleiter oder seinem Stellvertreter, wie man das nennen will, denn Dr. Mö... — es fällt mir nicht mehr ein — Dr. Mö...

Obmann Dr. **Steger:** Wir müssen für heute zu einem Schluß finden, weil wir dann noch einiges sonst zu machen haben.

Aber in dem Zusammenhang gibt es auch die Frage, die eventuell gleichlautend fast von Ihnen beantwortet werden kann, daher kann ich sie Ihnen noch kurz stellen.

Am 1. Februar 1977 wurden vom Herrn Professor Riethmüller insgesamt Rechnungen über 1 130 500 S für Projektkoordination — also unter dieser Überschrift — gelegt, obwohl er gleichzeitig einen Aufschlag von 2 000 beziehungsweise 1 000 S pro Mann-Tag beansprucht hat deswegen, weil er die Stellung auch des Koordinators mit seinen Mitarbeitern eingenommen hat

Und spätestens hier stellt sich schon die Frage — zumindest das Kontrollamt der Stadt Wien stellt sich diese Frage —, ob damit nicht eine Doppelverrechnung stattgefunden hat. — Ich habe das aus dem Kontrollamtsbericht (S. 260); ich sage es immer dazu, woher ich das habe.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich glaube nicht, daß es bei unserer kaufmännischen Abteilung und meinen Leuten, soweit sie mit der Rechnungsabwicklung befaßt waren, und auch der APAK, die ja die Rechnungen in erster Instanz geprüft hat, wenn man von einem echten menschlichen Fehler absieht, zu Doppelverrechnungen gekommen sein kann.

Zur konkreten Frage kann ich überhaupt nichts sagen, denn heute auf eine Rechnung aus dem Jahre 1977 angesprochen — das ist ein derartiges Detail, daß ich dazu nichts mehr weiß.

Obmann Dr. **Steger:** Ich höre dann auf mit diesem Themenkreis. Wir werden sicher zum gegebenen Zeitpunkt fortsetzen müssen. Nur ist mir aufgefallen, daß Sie immer, wenn Sie Professor Riethmüller beurteilt haben und wir Ihnen Aktenvermerke vorgehalten haben, hineingegangen sind in eine Antwort, daß er in der Bundesrepublik Deutschland so geschätzt wird. Das war immer der Succus dieser Antwort. Daher bleibe ich auch am Schluß noch einmal bei der Frage: Was wäre Ihr persönliches Bild von ihm? Nicht Bundesrepublik Deutschland, sondern Ihr persönliches?

Dipl.-Ing. **Winter:** Mein persönliches Bild war und ist von Professor Riethmüller, daß er ein guter Mann ist. Ein Konsulent ist oft nur so gut, wie man ihn führt. Und wenn man Professor Riethmüller in eine gewisse Gruppe einspannt, wo auf die Gegebenheiten Rücksicht genommen wird, bin ich überzeugt, daß der Professor Riethmüller ein guter Mann ist. Nur kann man seine Ansichten nicht immer ohne „Nostrifizierung" übernehmen. — Ist die Frage damit beantwortet? Ich will da nicht ausweichen.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist eine Antwort.

Bevor ich Ihnen sage, daß wir fertig sind, frage ich kurz die beiden anderen Fraktionen, ob es ganz kurze Punktfragen zu einer dieser Sachen noch gibt.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Eine Punktfrage, die eventuell mit Riethmüller, ODELGA, MEDCONSULT zusammenhängt.

Wenn ich das richtig interpretiere, ging aus der Stellungnahme des Rechnungshofpräsidenten ein bißchen heraus, daß er manches Mal das Gefühl hat, daß diese Firmen, auch Professor Riethmüller, aber der vielleicht am wenigsten, manches Mal ein bißchen sozusagen die Funktion eines Zwischenhändlers hatten und wesentliche Teile von anderen, insbesondere vom Kopenhagener Institut, gemacht wurden.

Hatten Sie auch manchmal den Eindruck, daß wesentliche Teile der Arbeit von anderen erfüllt wurden als denen, die dafür die Mehrzahl des Geldes bekommen haben, also insbesondere, daß unter Umständen dieses Schlagwort „Zwischenhandel" irgendwo berechtigt ist?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich darf diese Frage in zwei Teilen beantworten.

Zum ersten Teil: Sie haben die Aussage vom Rechnungshofpräsidenten zitiert. Ich muß dazu sagen, daß ich diese nicht kenne.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Nein, das ist auch nur die Begründung meiner Frage.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Diese Frage kann ich mit Nein beantworten, daß hier Zwischenhandel in dem Sinne war.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, so kurze „Nachpecker", wie man so sagt, damit wir vereinbarungsgemäß zu unseren internen Beratungen kommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wo haben Sie Ihre Autos gekauft? Von wem?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe nur ein Auto. Dieses Auto, ein BMW, ein 3-Liter-BMW, ist Dritt-

besitz. Wie der vorige Besitzer geheißen hat, denn kenne ich nicht, da müßte man im Typenschein nachschauen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von wem haben Sie ihn gekauft? Sie müssen doch wissen, von wem Sie Ihr Auto gekauft haben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe über die Vermittlung der Reparatur ... Wie das so ist, wenn man einen übertragenen Altwagen kauft, man kauft ihn privat, über Vermittlung eines Händlers, den es nirgends gibt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer war der Händler?

Dipl.-Ing. **Winter:** Der Händler war die Firma Mann in Preßbaum. Das war so: Der Wagen wurde privat verkauft als Erstbesitz, glaube ich, wurde dann zurückgegeben an die Firma Mann, ist dann als Vorführwagen gelaufen, und ich habe ihn als Drittbesitz gekauft.

Obmann Dr. **Steger:** Was ist das für ein Auto? Ein 3-Liter-BMW?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ein 3,0 S BMW.

Obmann Dr. **Steger:** Ist damit die Frage beantwortet?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich hätte gern genau den Namen, und wer ist auf dem Typenschein vor Ihnen eingetragen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das weiß ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Ich weiß das auch nicht. Obwohl ich Erstbesitzer bin, weiß ich nicht, wer vor mir war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! Wenn Sie die Seite 104 aufschlagen würden — ich schätze Sie als einen sehr genauen, auch in der Erinnerung genauen Menschen —: In den letzten drei Zeilen ist der Vorschlag, weil Sie vorhin über Konsulenten gesprochen haben: „Wilfling ‚Konsulent' der AKPE" — es handelt sich um den EDV-Zusammenhang —, „Wilfling will nicht, um sich nicht zu ‚blockieren'." Welche Konsulententätigkeit haben Sie da vorgeschlagen, und zwar beim Düsseldorfbesuch?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das kann sich nur auf den Punkt 7 beziehen. Wilfling als „Konsulent" — unter Anführungszeichen —, daß er uns dabei berät.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Er war ja schon mehrfach eingebunden, ODELGA und so weiter. Ich schätze Sie als Leser Ihrer Notizen als einen sehr genauen Menschen und glaube auch, daß es sich hier wirklich um den Punkt 7 handelt. Aber was soll da der Wilfling als Konsulent?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann nicht genau sagen, worauf sich das „Wilfling Konsulent" bezieht, aber, wie ich es heute interpretiere, haben wir damals für verschiedene projektbegleitende Tätigkeiten, projektunterstützende Tätigkeiten ein gewisses EDV-Volumen benötigt, Anfang 1976, nämlich für die Netzplankontrolle, für die Terminkontrolle und so weiter.

Hier wird es darum gegangen sein, daß unser Rechenbedarf, den wir gehabt hätten, keine eigene Anlage erfordert hätte, und daß man hier in dem Bereich der Stadt Wien, mit der MA 17, zu einer Synchronisation kommt. Diese Synchronisationen sind ja oft nicht ganz leicht und daher „Konsulent", daß wir diese Koordination mit der Stadt Wien über Wilfling machen. Wilfling wollte sich sichtlich nicht zu sehr ins Sachliche hineinziehen lassen.

Obmann Dr. **Steger:** Dadurch ist auch angedeutet, daß auch eine kurze Punktfrage jetzt weitere Fragen auslösen könnte, die heute nicht mehr gestellt werden. Wie ich den Eindruck habe, sind wir nicht endgültig fertig, aber nach unserer Terminplanung für heute werden wir die Einvernahmen abschließen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich hätte nur eine Bitte: Solange der Ausschuß noch nicht seine letzten Besprechungen abgeschlossen hat, könnte es sein, daß wir ihn noch einmal kurz fragen werden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also nicht im Raum, sondern im Gebäude.

Obmann Dr. **Steger:** Dann darf ich bitten, daß Herr Winter jetzt unter Hinterlassung aller Unterlagen, die wir ihm hier übergeben haben, in den Nebenraum geführt wird. *(Dipl.-Ing. Winter wird aus dem Saal geführt.)*

Schluß der Sitzung: 17 Uhr 5 Minuten

6. Sitzung: 22. Juli 1980

Beginn: 10 Uhr 5 Minuten

Obmann Dr. **Steger** eröffnet die Sitzung des Untersuchungsausschusses.

Fortsetzung

Zeugeneinvernahme von Dipl.-Ing. Adolf Winter

Obmann Dr. **Steger** ersucht vorerst Dipl.-Ing. Adolf Winter, die Wahrheit zu sagen.

Weiters gibt er ein Schreiben der Magistratsdirektion der Stadt Wien bekannt, wonach Dipl.-Ing. Winter von der Verpflichtung zur Wahrung des Amtsgeheimnisses hinsichtlich seiner seinerzeitigen Tätigkeit als Beamter der Stadt Wien entbunden wird.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Diplomingenieur! Bei der letzten Befragung wurden Sie hinsichtlich Ihrer schriftlichen Aufzeichnungen, und zwar im Zusammenhang mit Dr. Bauer, ÖVP Wien, gefragt. Da sagten Sie, daß Sie Dr. Bauer, ÖVP Wien, die wichtigsten Informationen über die Vorstands- und Aufsichtsratsitzungen der AKPE zukommen lassen wollten.

Meine Frage jetzt in diesem Zusammenhang: In welchem Umfang und für welchen Zeitraum haben Sie derartige Informationen dem Genannten übermittelt? — Soll ich das wiederholen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das ist nicht notwendig. Ich darf zuerst zu meiner letzten Aussage etwas sagen: Wenn ich es so gesagt haben sollte, daß wir Verschiedenes übermittelt haben, dann müßte ich mich korrigieren.

Es ging damals darum, sozusagen die „Informationspolitik" abzustecken. Meine Anregung war, in gewissen Zeitabständen Unterlagen zusammenzustellen. Es hätte gar keiner eigenen Ausarbeitung bedurft, denn solche Unterlagen sind in einem Unternehmen vorhanden, sie müssen nur geringfügig adaptiert und in die geeignete Form gebracht werden.

Ihre Frage war jetzt, wie oft, usw. Ich kann mich — ohne Unterlagen und ohne Einblick jetzt zu haben — nur erinnern, daß wir das Gutachten von Seitz, Sienkiewicz und Kaufmann in Kurzform einem breiteren Kreis und das gesamte Gutachten, das ein ca. 6 cm hohes Exposé ist, einem kleineren Kreis zugänglich gemacht haben. Ich kann aber wirklich nicht sagen, wem wir die Kurzfassung gegeben haben und wem wir das gesamte Gutachten ohne Beilagen gegeben haben. Die Beilagen waren extra noch einmal drei Bände. Ich würde jeden Band mit 500 Seiten schätzen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Ist das nur schriftlich erfolgt, oder hatten Sie Zusammenkünfte mit dem Landesobmann Dr. Bauer?

Dipl.-Ing. **Winter:** Überhaupt nur in dieser einen Form; nur schriftlich.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Kann man also sagen „einmalig"?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich erinnern, daß es nur im Rahmen des Seitz-Sienkiewicz-Kaufmann-Gutachtens war. Vielleicht noch ein zweites Mal, aber mündlich in keiner Weise.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Noch einmal die Frage: Was war die Veranlassung dazu?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich an das auslösende Moment für die Diskussion über den Themenkreis „Informationspolitik" nicht erinnern. Hat das jemand aus dem Besprechungskreis angeschnitten, oder wer es angeregt hat — das weiß ich nicht mehr.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! Was für mich ein bisserl schwierig ist, ist, mir Ihre Position verständlich zu machen. Für mich sind Sie in dem Dreier-Vorstand des AKH quasi in der Funktion eines Generaldirektors tätig gewesen, wenn ich mir die Federführung in den Akten, in den Vorstandsprotokollen vor Augen halte. Ich habe zumindest den Eindruck, daß Sie die treibende Kraft waren. Würden Sie sagen, daß Sie einer der Hauptanreger für eine Fülle von Entscheidungen im Vorstand waren, wenn schon der Titel „Generaldirektor" nicht vergeben wurde?

Dipl.-Ing. **Winter:** Es wurde nicht nur der Titel „Vorstandsvorsitzender" nicht vergeben, sondern auch die Funktion hat in dieser Form nie bestanden. Wir hatten unsere drei Geschäftsbereiche, die durch die Geschäftsordnung für den Vorstand klar abgegrenzt waren. Je nach Geschäftsfall gab es überwiegend Zweier-Kontakte zwischen den zwei Technikern, zwischen Parzer und mir, zwischen dem Kaufmann und den jeweiligen Technikern, und in allgemeinen Belangen zu dritt. Die Dominanz eines einzelnen war weder bei mir noch bei jemand anderem vorhanden. Aus der Tatsa-

che, daß ich in der ganzen Zeit die Aktenvermerke über die Vorstandssitzungen verfaßt habe, kann man keine Federführung ableiten, sondern das war ein freiwilliges Agreement am Anfang eines Jahres. In der ersten Vorstandssitzung haben wir gesagt: Wer wird es heuer machen? Wir haben die Arbeitsteilung so gemacht: Die Aktenvermerke über die Berichte über die Vorstandssitzungen habe ich verfaßt, und die eigentlichen Vorstandsbeschlüsse hat Dr. Schwaiger verfaßt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie waren ein sehr genauer Mann, wie man den Notizen und auch den Vorstandsprotokollen entnehmen kann.

Können Sie mir genau sagen, wer Sie in das Stacher-Team hineingebracht hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das war Dr. Wilfling, denn zu dieser Zeit habe ich den Herrn Stadtrat Stacher noch nicht gekannt. Das war Dr. Wilfling.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben in Ihren privaten Ausgaben einige größere Abhebungen. Ende 1977 gibt es eine ganze Reihe von Eigenerlag. Ich lese Ihnen drei Fälle vor: 6. November 1977: 350 000 S, 14. November 1977: 689 000 S, 27. Dezember 1977 — also zu einem Zeitpunkt, an dem man normalerweise kein Geld einzahlt — 500 000 S, alles auf die Erste Österreichische Spar-Casse. Wo kam diese Geldflut im November/Dezember 1977 her?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nachdem über mich ein Finanzstrafverfahren verhängt wurde, bin ich nicht bereit, diese Frage zu beantworten. Vor allem auch deshalb nicht, weil ich, seit ich in Untersuchungshaft bin, kein einziges Mal die Möglichkeit hatte, mich mit meinem Rechtsanwalt in beratender Form zu unterhalten; immer ist die Untersuchungsichterin oder ihre Stellvertreterin dabei.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Am 27. 7. 1978 und am 24. 10. 1978 haben Sie jeweils 875 000 S und 876 000 S eingezahlt.

Ich frage Sie jetzt nicht, woher das kam. Sondern: Können Sie sich an Begleitumstände des Einzahlens bei der Ersten Österreichischen erinnern? Das ist ja ein Betrag, an dem man sich erinnern muß.

Dipl.-Ing. **Winter:** Natürlich kann ich mich erinnern. Aber ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie verweigern die Aussage.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich versage mich hier in dem Fall, wo ich Beschuldigter bin.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben ein sehr aufwendiges Hobby gehabt: die Sportfliegerei. Da sind Ihnen auch andere Flugzeuge zur Verfügung gestanden. So etwa eine Piper und eine Cheyenne. Der Halter war der Ihnen auch bekannte Rechtsanwalt Schmautzer. Wissen Sie, wer der eigentliche Eigentümer dieser zwei Flugzeuge zu Ihrer Zeit gewesen ist? Sie waren zumindest einmal Pilot dieser Flugzeuge.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich bin auf der Piper zwei oder drei Mal — das weiß ich nicht mehr genau — geflogen. Mir wurden vom Rechtsanwalt Dr. Schmautzer Rechnungen zugesandt mit dem Briefkopf: Flugzeughalterschaft — oder so ähnlich — Dr. Schmautzer. Über die Eigentumsverhältnisse der Maschinen ist mir überhaupt nichts bekannt. Mit einem Flugzeug des Typs Cheyenne bin ich nie geflogen, weil dazu meine Ausbildung noch nicht so weit war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie ausschließen, daß die Piper oder die Cheyenne im Besitz der ÖKODATA oder eines der maßgeblichen Herren der ÖKODATA, wie etwa Rumpold, gewesen ist? Würden Sie das rundwegs ausschließen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe überhaupt keine Informationen, die dafür oder die dagegen sprechen, also kann ich dazu nichts sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben uns angegeben, daß der Kaufpreis Ihres Grundstückes auf Skiathos 162 000 S oder 164 000 S ist. Würden Sie bei dieser Aussage bleiben? Nach meinen Informationen kostet auch zu damaligen Preisen das Grundstück samt dem Gebäude mehr.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich bleibe bei meiner Aussage, daß der Kaufpreis, wie er im Kaufvertrag steht, richtig ist. Ich darf höchstens hinzufügen: Es gibt immer wieder sehr günstige Gelegenheiten, und auf Grund meiner engen Bindung zu vielen Leuten in Griechenland war es eine einmalige Gelegenheit.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie auch bei dieser Aussage bleiben, wenn ich Sie noch einmal daran erinnere, daß Sie hier zur wahrheitsgemäßen Aussage aufgefordert sind?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja!

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge, Sie haben uns einmal angelogen, und zwar in der letzten Sitzung. Wenn ich das Protokoll wiedergebe, dann haben Sie hinsichtlich Ihres Pkws ausdrücklich gesagt, daß mit ihm Ihre Frau fährt.

Nun haben Sie aber bei Einlieferung in die Untersuchungshaft sämtliche Papiere, die man zum Betreiben eines Autos braucht, Typenschein usw. usw. samt den Autoschlüsseln abgeliefert. Wie erklären Sie sich, daß das Auto angeblich von Ihrer Frau betrieben wird?

Dipl.-Ing. **Winter:** Der Typenschein war

sicher nicht dabei, daher habe ich Sie nicht angelogen. Der Typenschein war sicher nicht dabei.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der Zulassungsschein.

Dipl.-Ing. **Winter:** Sie haben gesagt: Typenschein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben abgegeben — damit Sie sich erinnern —: Zulassungsschein, Steuerkarte, Führerschein und die Autoschlüssel. Warum sagen Sie dann immer noch, daß Ihre Frau damit fährt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich konnte mich nicht mehr erinnern, daß ich die Wagenpapiere bei mir hatte. Ich bin an dem Tag gar nicht gefahren. Außerdem haben Sie mich nicht gezielt gefragt, ob ich die Wagenpapiere bei mir habe. Jetzt, da Sie es sagen, erinnere ich mich. Die Wagenpapiere waren bei mir sehr oft, immer, im Auto, damit, wenn meine Frau einmal fährt, wir nicht immer die Wagenpapiere hin- und hergeben müssen und eventuell vergessen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich werde daher jetzt, Herr Zeuge, die Frage so präzise wiederholen, damit Sie sich ja auskennen. Wo steht Ihr Pkw, oder bleiben Sie dabei, daß Ihre Frau damit fährt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe mit meiner Frau kein einziges Mal darüber gesprochen. Ich weiß also nicht, ob sie damit fährt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Dann, Herr Zeuge, haben Sie soeben wieder gelogen. Denn Sie haben am 19. 5. 1980, als Frau Johanna Winter Sie besucht hat, in der Untersuchungshaft folgendes Gespräch geführt:

Frau Winter: Ich weiß nicht einmal, wo das Auto steht und wo die Schlüssel sind.

Dipl.-Ing. Winter, nach einigem Zögern: Laß es nur stehen. Dort steht es gut.

Sie haben in diesem Gespräch nicht angegeben, wo das Auto ist.

Würden Sie jetzt aufhören, den Ausschuß anzulügen, sondern sofort hier sagen, wo Sie das Auto abgestellt haben! Sie können uns doch nicht ernstlich einreden, daß Sie nicht wissen, wo Ihr Pkw steht.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe den Pkw wenige Tage, bevor ich verhaftet wurde, im 19. Bezirk in der Nähe der Nußdorfer Straße abgestellt. Ich glaube, es war damals ein Freund mit mir, und der wird wahrscheinlich meiner Frau gesagt haben, wo das Auto steht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Welcher Freund war mit Ihnen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das sage ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kann das der Dr. Peter Knirsch gewesen sein?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich weiß heute nicht mehr, nach 70 Tagen Untersuchungshaft, ob ich meiner Frau das gesagt habe. Vielleicht hat sie es vergessen, vielleicht habe ich es ihr später gesagt. Ich weiß es nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Warum sagen Sie nicht — es kann Sie ja nicht gefährden —, wer mit Ihnen damals gegangen ist?

Kann es der Dr. Peter Knirsch gewesen sein, bei dem der Pkw jetzt steht oder der damals mit Ihnen gerade unterwegs war?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das weiß ich nicht mehr.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie können sich also nicht erinnern, mit wem Sie damals unterwegs waren. Wollen Sie das damit sagen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Besitzt der Herr Dr. Peter Knirsch eine Garage?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das weiß ich nicht ... Der Dr. Peter Knirsch hat seinen Wagen in einer Garage in der Nähe seines Büros.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich möchte einmal festhalten: Es ist offenkundig, daß der Herr Zeuge uns hier serienweise anlügt.

Obmann Dr. **Steger:** Ich darf das nur aufgreifen, Herr Dipl.-Ing. Winter. Sie gewinnen überhaupt nichts damit, wenn Sie bei möglichst vielen Leuten den Eindruck erwecken, nicht die Wahrheit zu sagen. Sie machen es sich unter Garantie schwerer, schwerer und wieder schwerer, und Sie machen es uns allen natürlich auch schwerer. Darum werden wir als Gesamtheit manchmal auch sehr ungehalten, wenn wir den Eindruck haben, daß Sie nicht die Wahrheit sagen. Es dürfte Ihnen bisher nicht bekannt sein, daß über jedes Gespräch, das Sie führen, solange Sie wegen Verabredungsgefahr in Untersuchungshaft sind, ein Protokoll geführt wird.

Daher können Sie nicht einfach so tun, als wäre es ganz anders gelaufen. Denn da gibt es Protokolle, die wir zur Verfügung gestellt bekommen haben, aus denen feststellbar ist und feststeht, daß Sie uns die Unwahrheit in dieser Frage erzählt haben.

Wollen Sie sich das nicht noch einmal überlegen? Nach all diesen Unterlagen können Sie nicht mit Ihrer Frau ein Gespräch geführt haben, bei dem Sie ihr irgend etwas in Richtung Pkw übergeben haben, sondern es ist das genaue Gegenteil besprochen worden.

Sie dürfen nicht vergessen, wenn Sie in solchen Fragen nach Meinung der Ausschußmit-

glieder offensichtlich die Unwahrheit sagen, daß das in allen anderen Fragen dann womöglich auch geglaubt wird. Wollen Sie nicht dem Herrn Abgeordneten Steinbauer auf seine Autofragen noch einmal etwas antworten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann nur wiederholen: Ich habe das Auto in der Nähe der Nußdorfer Straße im 19. Bezirk abgestellt. Ich kann mich nicht mehr erinnern, ob ich meiner Frau das gesagt habe oder nicht. Auch wenn meine Frau beim ersten Besuch vielleicht gesagt hat, sie weiß nicht, wo das Auto ist, vielleicht ist es ihr dann noch eingefallen. Ich habe für dieses Auto vier Schlüssel gehabt. Davon waren immer Reserveschlüssel zu Hause und Reserveschlüssel im Büro.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben ausdrücklich das Gegenteil in dem Gespräch mit Ihrer Frau gesagt. Das heißt: Ihre Frau hat gesagt, sie weiß nicht, wo das Auto ist. Sie haben im Gegensatz zu den Aussagen hier auch nicht einmal ahnungsweise gesagt, daß es in der Gegend Nußdorfer Straße abgestellt sein soll. Es besteht der eindringliche und ausdrückliche Verdacht, Herr Zeuge, daß Sie hier etwas zu verbergen haben. Wenn Sie bei einiger Intelligenz nachdenken, kann ein Auto nicht auf alle Zeiten verschwinden. Es wird früher oder später gefunden. Es besteht nun die Frage, daß Sie sich genau zurückerinnern, wo das Auto steht.

Außerdem ist noch immer eine Frage offen, die ohne Angabe von Gründen vom Zeugen nicht beantwortet wurde. Es ist die Frage, mit wem er gerade unterwegs war, was unter Umständen ein Hinweis sein könnte.

Obmann Dr. **Steger:** Darf ich die Frage noch einmal an Sie richten: Mit wem waren Sie unterwegs, als Sie das Auto abgestellt haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich da nicht mehr genau erinnern, aber mein Rechtsanwalt kommt am Freitag zu mir, und ich kann nur sagen, daß man dieses Auto vorführt. Ich verstehe nicht, was da für eine Geheimnistuerei um mein Auto ist.

Obmann Dr. **Steger:** Das verstehen wir auch nicht. Da haben Sie schon recht. Da treffen wir uns dann wieder.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Welches Geheimnis ist es um Ihren Freund? Sie haben gerade vorhin sehr deutlich gesagt: „Ich war mit einem Freund unterwegs", und jetzt können Sie sich nicht einmal daran erinnern, mit wem Sie unterwegs waren. Das kann ja auch kein Geheimnis sein.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe mich damals mit dem Herrn Zelniczek getroffen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Dipl.-Ing. Winter! Zu einem anderen Themenkreis. Unter den handschriftlichen Notizen, die wir im Wege des Rechnungshofes bekommen haben, ist auszugsweise aus der 24. Aufsichtsratssitzung mit dem Datum 23. 2. 1978 eine Unterlage dabei, Seite 127 dieser Unterlagen in der Beilage B 8, dort heißt es unter anderem: Auf die Frage von Winter, ob es zulässig sei, daß er Aktien besitze: Schneider — 14/2, das ist der Punkt — verweist auf die Verträge — ich lese das wörtlich vor — der Vorstandsmitglieder und auf die Geschäftsordnung für den Vorstand, wonach den Mitgliedern des Vorstandes jede Tätigkeit für eine andere Gesellschaft, in welcher Funktion auch immer, nur mit Genehmigung des Aufsichtsrates gestattet ist. Schneider verweist auf die Kapitalanlagengesellschaften und auf die ständige Rechtsprechung, wonach ein Anleger die Funktion eines stillen Gesellschafters hat. Er ist der Ansicht, daß sich das Konkurrenzverbot in den Vorstandsverträgen und in der Geschäftsordnung nur darauf beziehen kann, daß das Vorstandsmitglied keine tätige Funktion ohne Zustimmung des Aufsichtsrates in einer anderen Gesellschaft ausübt.

Jetzt meine Frage. Offensichtlich haben Sie zu dem Zeitpunkt Ihre Rechtsauffassung absichern wollen, daß Sie Aktionär sein können, wenn Sie dort keine Tätigkeit ausüben.

Die Frage, die ich habe: Um welche Aktien ist es bei Ihren Überlegungen gegangen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe damals von der Ersten Österreichischen Spar-Casse zugesandt bekommen so eine Beteiligungsmöglichkeit bei einer Realitätengesellschaft, ich glaube, das war, wenn man so eine Art stiller Komplementär ist. Nach unseren Dienstverträgen hätte man sich an so einer Investition überhaupt nicht beteiligen können. Das war damals das auslösende Moment dafür, daß ich das nach Rücksprache mit, ich glaube, Ministerialrat Schneider oder Sektionschef Waiz zur Sprache gebracht habe, denn die Formulierung im Vorstandsvertrag war ja nur dazu da, eine Tätigkeit zu verhindern, nicht aber eine Kapitalanlage. Dann wurde also eine Interpretation der Vorstandsverträge dahin vorgenommen, daß natürlich eine Geldanlage nicht verboten sein kann. Aber ich habe dann von dieser Geldanlage keinen Gebrauch mehr gemacht.

Obmann Dr. **Steger:** Nach Ihrer Antwort jetzt kann es sich aber dabei nicht um Aktien gehandelt haben. Sie haben keine Gesellschaftskonstruktion erwähnt, bei der von Aktien die Rede sein könnte. Darf ich da um eine nähere Erläuterung bitten.

Dipl.-Ing. **Winter:** Es war auch von Aktien in dem Sinn meines Wissens nie die Rede, sondern im Vorstandsvertrag stand, daß die Tätigkeit und jede Beteiligung oder so ähnlich, ich

weiß nicht mehr genau, wie es im Vorstandsvertrag steht, verboten war.

Obmann Dr. **Steger:** Hier steht ausdrücklich, daß Sie danach fragen, ob es zulässig ist, daß Sie Aktien besitzen. — Kann es noch um einen anderen Geschäftsfall gegangen sein?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Es ging um diese Anlagemöglichkeit, die die Erste Österreichische Spar-Casse geboten hat, und es war ein Objekt in Hietzing. Das war das erste Mal, daß die Erste Österreichische Spar-Casse das gemacht hat in Hietzing. Das zweite war das Immobilienhaus West oder Immobilienzentrum West. Da habe ich erwogen, mir eventuell einen Anteil zu kaufen, und habe das zum Anlaß genommen, in der Aufsichtsratssitzung nach vorheriger Rücksprache mit Ministerialrat Schneider eine Interpretation vornehmen zu lassen. Wieso jetzt das Wort „Aktie" — weiß ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Nochmals, Herr Diplom-Ingenieur, zum letzten Mal dieser Vorhalt. Der Herr Abgeordnete Steinbauer ist, glaube ich, mit Recht ungehalten geworden, weil er Ihnen nachweisen konnte, daß Sie zum Pkw die Unwahrheit sagen. Geben Sie doch mir nicht zur Antwort, daß Sie fragen, ob Sie Aktien besitzen dürfen, weil Sie Geschäftsanteile nicht an einer AG eventuell erwerben wollten oder an Liegenschaften. Überlegen Sie das noch einmal. Das ist doch wieder so ein Punkt, wo man dann in der Fülle von Antworten überhaupt nicht mehr glaubt, daß Sie irgendwo noch die Wahrheit sagen. Das kann irgendwann sehr, sehr unangenehm für Sie sein, denn es wird Punkte geben, wo es für Sie wichtig ist, daß man Ihnen noch glauben kann.

Es ist unglaubwürdig, daß Sie nach der Möglichkeit des Besitzes von Aktien fragen, hier sogar in der Formulierung, ob es möglich ist, daß Sie Aktien besitzen, und daß Sie dann antworten, daß es um Liegenschaftsanteile gegangen ist. Bitte, überlegen Sie das noch einmal. Oder auch um Geschäftsanteile für Hausbau und ähnliches. Das ist unglaubwürdig, da gibt es keine Aktien dabei nach der Rechtskonstruktion. Überlegen Sie bitte zum letzten Mal, ob Sie uns da nicht doch eine andere Antwort geben können, wenn Sie jetzt nachgedacht haben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Der Grund, warum ich im Aufsichtsrat um eine Interpretation der Formulierung der Vorstandsverträge gebeten habe, war die Absicht, sich an dieser Kapitalgesellschaft oder welche Rechtsform immer diese Beteiligung hatte oder haben hätte sollen ..., daß es also darum ging, den Vorstandsvertrag zu interpretieren, daß ein solcher Erwerb, eine reine Geldanlagemöglichkeit, nicht verboten ist.

Wenn Sie sich den Vorstandsvertrag ansehen, dann ist er dort leider so unglücklich formuliert, daß der Eindruck entsteht, für mich keine Klarheit war, und nachdem ich vorher gefragt habe und mir gesagt wurde, auch von Dr. Schwaiger, das sollte man eigentlich in der Aufsichtsratssitzung anschneiden, weil wenn es juridisch einwandfrei gewesen wäre, dann hätten wir ja gar nicht darüber reden müssen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Diplomingenieur! Alle Überlegungen, daß in Liechtenstein Firmen normalerweise nach dem Aktiengesetz gegründet sind und daß man daher Aktieninhaber ist, wenn man derartige Firmen in Liechtenstein hat, alle derartigen Überlegungen, wobei ich noch gar nicht konkret frage, ob Sie so etwas gehabt haben, haben überhaupt keine Rolle gespielt für Sie bei dieser Frage?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe jetzt den Schluß nicht gehört.

Obmann Dr. **Steger:** Die Überlegungen, daß nach der liechtensteinischen Rechtsordnung diese diversen Firmen, wo wir jetzt einige konkret kennen, alle als Aktiengesellschaften gegründet werden, wo man Aktieninhaber ist, wenn man solche Firmen hat, alle diese Überlegungen haben für Sie keine Rolle gespielt zu diesem Zeitpunkt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Der Grund dafür, daß das in der Aufsichtsratssitzung zur Sprache gebracht worden ist, war nur die beabsichtigte Beteiligung an diesem Verlustunternehmen der Ersten Österreichischen Spar-Casse.

Obmann Dr. **Steger:** Zahlen Sie außer Lohnsteuer andere Steuern?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe Einkommensteuer bezahlt, ich habe Vermögensteuer bezahlt, ich habe die Lohnsteuer bezahlt, und ich habe die Grundsteuer bezahlt.

Obmann Dr. **Steger:** Darf ich Sie bitten, uns die Einkunftsarten für die Einkommensteuer zu sagen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe im Jahre 1975 einem Schweizer Patentanwalt ein Verfahren angeboten, eine technische Entwicklung, könnte man sagen, die er weiterverwendet hat, und die Zahlungen dafür waren natürlich einkommensteuerpflichtig.

Obmann Dr. **Steger:** Wissen Sie Ihre Steuernummern?

Dipl.-Ing. **Winter:** Meine Steuernummern? Auswendig? Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Ich möchte noch eine Zusatzfrage von vorher stellen. In einem Aktenvermerk, wieder schriftliche Aufzeichnungen von Ihnen, Herr Diplomingenieur, und

zwar vom 20. Feber 1978, findet sich unten unter Punkt 11 ein Hinweis, wo steht „ÖVP FJO und Firma?". Was bedeutet das?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das war also ein Vorstandsgespräch mit allen drei Vorständen und Sektionschef Waiz. *(Nach Einsichtnahme in die Unterlage.)*: Ich glaube, daß in dem damaligen Gespräch von Sektionschef Waiz angeregt wurde, eine — unter Anführungszeichen — ÖVP-nahe Firma in die Arbeitsgemeinschaft Betriebsorganisationsplanung einzugliedern oder aufzunehmen. Ich glaube, daß das von jemandem ... aber ...

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Was heißt „FJO"?

Dipl.-Ing. **Winter:** „FJO" steht nirgends.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): O ja. „FJO Firma."

Dipl.-Ing. **Winter:** Das heißt „BO-Firma".

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): „BO". Aha.

Dipl.-Ing. **Winter:** „ÖVP", Bindestrich „BO Firma". Betriebsorganisation.

Obmann Dr. **Steger:** „BO" heißt Betriebsorganisation, nicht Bundesobmann oder sonst, damit wir da Klarheit haben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein! Betriebsorganisation, bitte.

Aber ich kann heute nicht mehr sagen ... Es dürfte von Sektionschef Waiz gekommen sein, und ich glaube, er hat auch eine Firma genannt, aber ich kann mich nicht mehr erinnern, welche Firma das war.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wieso „ÖVP", wenn kein Zusammenhang ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Sie sehen ja, es ist keine von mir vorgeschriebene Tagesordnung, sondern eine Besprechung, bei der ich mir die Punkte notiert habe, die zur Sprache kamen.

Und wieso gerade ÖVP? — Ich kann dazu ...

Obmann Dr. **Steger:** Wieso gerade ÖVP, braucht man ja nicht so allgemein zu beantworten. Entweder Sie wissen es, oder Sie wissen es nicht. Das kann man kürzer machen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich weiß den Namen der Firma nicht mehr, das habe ich gemeint.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Herr Diplomingenieur! Sie waren in den Jahren 1972 bis 1974 ja noch Beamter der MA 34. Nach den uns vorliegenden Unterlagen wurden bereits in diesen Jahren über die Firma PLANTECH Provisionen von der Firma Engel KG und Klug KG angewiesen. Haben Sie diese Provisionen bereits in diesem Zeitraum, 1972 bis 1974, erhalten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kenne die Firma Engel bis heute nicht. Ich weiß nicht, was sie produziert. Ich kenne niemanden von der Firma Engel. Ich habe nie, weder privat noch als MA-34-Beamter, mit der Firma Engel irgendeinen direkten oder indirekten Geschäftskontakt gehabt. Ich kann also zur Firma Engel überhaupt nichts sagen. Ich habe auch von der Firma Engel nie eine Provision erhalten.

Zur Firma Klug kann ich nur sagen: Ich kenne die Firma Klug dem Namen nach, seit sie einen größeren Auftrag bei der IAKW erhalten hat. Als MA-34-Bediensteter stand ich nie mit der Firma Klug in irgendeiner Geschäftsbeziehung, und mir ist auch nicht bekannt, daß die Firma Klug bei der Magistratsabteilung 34 überhaupt jemals, also nicht nur in meiner Gruppe, sondern überhaupt in einer Geschäftsbeziehung zur MA 34 gestanden ist.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Im Jahre 1978 wurden, auch wieder nach den Unterlagen, die uns zur Verfügung gestellt wurden, seitens der Firma Schrack 200 000 Franken an die GEPROMA überwiesen. Wissen Sie, welche Leistungen die GEPROMA hiefür erbracht hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich bin in diesem Zeitraum beschuldigt, Provisionen erhalten zu haben, und daher kann ich dazu nichts sagen. Ich enthalte mich der Aussage.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Auf das Konto der Firma GEPROMA wurde von der Firma Standard Electric Lorenz, Stuttgart, ein Betrag von 5 854 544 S überwiesen, und als Zahlungsgrund wurde angeführt: betrifft AKH, Anlage AKH Wien. Können Sie dazu Stellung nehmen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich beantworte auch diese Frage nicht, weil ich Beschuldigter bin.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie waren Mitglied der SPÖ seit wann?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nicht war, sondern bin, seit 1965 plus/minus ein Jahr vielleicht, daß ich mich irre.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben erklärt, daß Sie für Stadtrat Stacher ehrenamtlich tätig waren. Stimmt das?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe für meine Tätigkeit bei Stadtrat Stacher über einen großen Zeitraum kein Honorar erhalten und über einen kleineren Zeitraum, ich würde schätzen, vielleicht ein Viertel, wurde mir von der Stadt Wien eine Zulage in der Größenordnung von 1 500 oder 1 800 S monatlich gewährt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Für wie viele Monate?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das weiß ich nicht mehr.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welchem Zeitraum? Ein Jahr, zwei Jahre? Es war ja 1973, 1974, 1975.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann über den Zeitraum, in welchem mir diese Zulage gewährt wurde, auswendig nichts sagen. Aber es müßte sich ja aus dem Personalakt der Stadt Wien auf ganz einfache Weise feststellen lassen, ab wann ich diese Zulage gehabt habe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie korrigieren auf jeden Fall Ihre Aussage vom 7. Juli hier im Ausschuß, daß Sie nichts bekommen haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Da habe ich dann darauf vergessen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben gesagt, daß Sie von der ABO sehr gut Herrn Versloot kennen. Ist das richtig?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kenne Herrn Versloot, aber von sehr gut kann keine Rede sein. Ich kenne ihn in keiner Weise privat. Ich kenne ihn aus seiner Tätigkeit im Bereich der ABO.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat er geleistet, konkret, welche Arbeiten hat er gemacht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Soweit ich mich erinnern kann, war Herr Versloot im Rahmen der ABO im Bereich der Sterilisation und des Gütertransports tätig. Aber nähere Details weiß ich nicht auswendig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat er mit Ihnen mehrmals gesprochen über seine Tätigkeit und über seine Aufgaben, die er zu erfüllen hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Eigentlich nie in einem direkten Kontakt. Ich könnte mich überhaupt nicht an ein persönliches Gespräch zwischen dem Herrn Versloot und mir erinnern. Ich habe ihn einige Male in Besprechungen, wo mehrere Herren der ABO dabei waren, erlebt, aber es bestand da in keiner Weise ein engerer Kontakt, daß er mich über seine Tätigkeit informiert habe. Ich konnte diese Frage, was Herr Versloot gemacht hat, auch nur deshalb beantworten, weil man in gewissen Zeitabständen aus dem Schriftverkehr gesehen hat, daß also hier mehr Herr Versloot tätig war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben am 7. 7. erklärt: Primär von Anbeginn an war mir Herr Versloot bekannt, primär von Anbeginn. Sie halten jetzt aufrecht, was Sie jetzt gesagt haben, daß Sie nie persönlich mit ihm gesprochen haben, sondern nur in Sitzungen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Um vielleicht den Bekanntheitsgrad zwischen Herrn Versloot und mir darzulegen, und ich glaube, darum geht es ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es geht mir nicht um den Bekanntheitsgrad, sondern mir geht es darum, was Sie von der Tätigkeit des Herrn Versloot bei der ABO wissen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich weiß von Herrn Versloot nur, daß er als MED-CONSULT-Mann in die ABO-Gruppe eingebracht wurde. Ich kann mich erinnern, wenn Herr Versloot auf einer Anwesenheitsliste unterschrieben hat, daß er mit „MED-CONSULT" unterschrieben hat und daß er in dem vorhin von mir erwähnten Tätigkeitsbereich Sterilisation, Desinfektion und dazugehöriger Gütertransport als Gruppenleiter, also nicht direkt als Sachbearbeiter, oder auch als Sachbearbeiter, eingesetzt war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie Rechnungen gesehen von der MED-CONSULT, wo der Name Versloot als Person, die Leistungen erbracht hat, aufgeschienen ist? Leistungsverzeichnisse?

Dipl.-Ing. **Winter:** Auf Grund der Organisation in der AKPE haben ich und auch der andere technische Vorstand grundsätzlich nur Schlußrechnungen gesehen. Teilrechnungen, die gelegt wurden, habe ich nie gesehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie Herrn Stadler von der Wiener Allgemeinen Beteiligungs- und Verwaltungs Ges.m.b.H.?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kenne Herrn Stadler aus der Zeit, als er zu den Heizbetrieben kam, ungefähr 1970/1971 muß das gewesen sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und haben Sie später mit ihm auch Gespräche geführt, über den ABO-Auftrag zum Beispiel?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich nicht erinnern, mit Herrn Stadler Gespräche sachlichen Inhalts über die ABO geführt zu haben. Ob ich ihm vielleicht im Rahmen eines Telefongesprächs, das damit gar nichts zu tun hatte, einmal gesagt habe, die Ausschreibung läuft, die Vergabe geht dem Ende zu oder so etwas, das weiß ich nicht mehr. Aber ihn direkt informiert über etwas habe ich sicher nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können sich auch nicht erinnern, daß Sie über Gespräche mit Herrn Stadler Gesprächsnotizen angefertigt haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Es kann durchaus sein, daß ich mir über einzelne Gespräche mit Herrn Stadler etwas notiert habe, aber ich kann ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was haben Sie sich dabei gedacht, was wurde damals gesprochen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wann, bitte, wann?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zur Zeit des ABO-Auftrages, nach Erteilung des ABO-Auftrages.

Ich möchte auch wissen, wann Sie mit Herrn Stadler gesprochen haben und was Sie mit ihm gesprochen haben. Sie haben nämlich mit ihm gesprochen. Erinnern Sie sich.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich an das konkrete Gespräch erinnern, als ich ihn angerufen habe, ob ihm ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann war das, ungefähr?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das muß nach dem 10. März des heurigen Jahres gewesen sein, denn ich habe ihn wenige Tage später angerufen, als ich den Namen Techmed zum ersten Mal gelesen habe, ob ihm der Name Techmed bekannt ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben also doch mit ihm gesprochen in späterer Zeit. Haben Sie über Honorarfragen gesprochen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich nicht erinnern, mit Herrn Stadler über Honorarfragen gesprochen zu haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie haben nicht den Vermerk gemacht, nicht den Eindruck gehabt, daß Herr Stadler gut informiert ist über die Techmed?

Dipl.-Ing. **Winter:** Herrn Stadler war der Name Techmed auf Anhieb bekannt. Ob er gut informiert war, das traue ich mich nicht zu sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Woher wußte Herr Stadler von der Techmed?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das kann ich nicht sagen. Ich habe ungefähr wörtlich gesagt: Herr Stadler, kennen Sie die Firma Techmed? — Und er hat darauf gesagt: Ja. — Sage ich: Ist die bekannt bei Ihnen? — Sagt er: Ja, es wurde schon mit dieser Firma gearbeitet. — Aber das Wort „gut bekannt" ... Ich habe ihn nicht gefragt: Wie gut, Herr Stadler, kennen Sie die Firma Techmed?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie mit Herrn Stadler über Honorare gesprochen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich nicht erinnern, mit Herrn Stadler über Honorare gesprochen zu haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Obwohl es erst einige Monate her ist?

Dipl.-Ing. **Winter:** Im Zusammenhang mit Techmed habe ich sicher nicht über Honorare gesprochen. Ob ich irgendwann früher einmal ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie das bezeugen, daß Sie mit ihm nicht über Honorare gesprochen haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich nicht erinnern, mit Herrn Stadler über Honorare gesprochen zu haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben zunächst einmal mit Stadler nicht gesprochen, dann sagen Sie, er hat Techmed erwähnt. Erinnern Sie sich jetzt, daß Sie über Honorare gesprochen haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich nicht erinnern, mit Herrn Stadler über Honorare gesprochen zu haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben zunächst einmal mit Stadler nicht gesprochen, dann sagen Sie, er hat Techmed erwähnt. Erinnern Sie sich jetzt, daß Sie über Honorare gesprochen haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich nicht erinnern, mit Herrn Stadler über die Honorarhöhe gesprochen zu haben. Ich habe ihn nach dem 10. März angerufen und habe ihn gefragt: Kennen Sie die Firma Techmed? Da die Firma Techmed dem Herrn Parzer und dem Kollegen Schwaiger nicht bekannt war, haben wir uns gesagt, ja eigentlich müßte ja vielleicht die Holding davon etwas wissen. Ich habe also Herrn Stadler angerufen, die Firma war dem Herrn Stadler bekannt, und über dieses Telefonat gibt es einen Aktenvermerk.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie den Namen Eckhard Kruse gehört?

Dipl.-Ing. **Winter:** Der Name Kruse — den Vornamen im Zusammenhang mit Kruse höre ich zum ersten Mal. Ich glaube, daß Herr Kruse ein Mitglied, ein Bearbeiter im Rahmen der ABO war, und es dürfte sich um einen Ausländer handeln. Aber ob es ein Deutscher, Holländer oder Däne ist, weiß ich nicht. Kruse —

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wurde von Herrn Kruse ein Mitarbeiterprofil vorgelegt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das kann ich auswendig nicht sagen, das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Woher erinnern Sie sich an den Namen Kruse?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann nicht sagen, wieso ich den Namen Kruse kenne.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ah, Sie kennen den Namen Kruse?

Dipl.-Ing. **Winter:** So wie man einzelne Sachbearbeiter kennt, weil einmal ein Mitarbeiter von mir vielleicht in einem Gespräch gesagt hat, das bearbeitet bei dieser Firma der und der Sachbearbeiter. Aber den Herrn Kruse, ich würde ihn, wenn man ihn mir vorführt, persönlich nicht kennen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie oder haben Sie einen Namen Hans Jürgen Albrecht gesehen oder gehört?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann nicht mit Sicherheit sagen, daß ich den Namen Albrecht im Zusammenhang mit der Betriebsorganisation jemals gehört habe, aber ich kann es auch nicht ausschließen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Leopold Korbel?

Dipl.-Ing. **Winter:** Korbel dürfte auch ein ABO-Mitarbeiter gewesen sein, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie mit ihm einmal persönlich gesprochen? Ist er Ihnen begegnet bei einer Sitzung?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann diese Frage weder mit ja noch mit nein beantworten. Es ist durchaus möglich, daß ich dem Herrn Korbel im Rahmen einer Sitzung einmal begegnet bin, aber ich kenne ihn persönlich nicht.

Ich darf zum Beispiel darauf hinweisen, es gab im Zusammenhang mit der Betriebsorganisations-Planungsgruppe zwei Seminare oder Klausuren, einmal in Baden bei Wien voriges Jahr zum Themenkreis ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das interessiert mich nicht!

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich will damit nur sagen, da waren 30, 40 Leute anwesend von der Medizinischen Fakultät, von der Spitalsverwaltung und von der ABO 5 bis 7 Leute. Es ist durchaus möglich, daß dieser Herr dabei war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War Ihnen aber bekannt, daß die ABO-Firmen Mitarbeiterprofile von jenen Personen vorzulegen hatten, die im Auftrag unmittelbar beteiligt waren? Ist Ihnen das bekannt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Mir ist bekannt, daß derartige Mitarbeiterprofile von uns verlangt wurden. Ich kann nicht sagen, ob wir sie von jedem Mitarbeiter verlangt haben oder nur von Gruppenleitern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer war verantwortlich im Vorstand für die Prüfung dieser Mitarbeiterprofile? Wem wurden sie vorgelegt? Ihnen oder jemand anderem von den Vorstandsdirektoren?

Dipl.-Ing. **Winter:** Von der Verantwortlichkeit her wäre ich zuständig gewesen. Bei mir hat der zuständige Gruppenleiter Dipl.-Ing. Hogl geheißen, und der hat es durchgeführt, weil ich ihn in gewissen Abständen immer daran erinnert habe. Aber natürlich habe ich mir nicht diese Mitarbeiterprofile einzeln angesehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Ihnen Herr Hogl berichtet, daß von einzelnen keine Mitarbeiterprofile vorliegen, von einzelnen Personen?

Sie haben jetzt gesagt, Sie hätten ihn ermahnt. Hat er Ihnen mitgeteilt, daß er Schwierigkeiten hat mit der Hereinbringung der Mitarbeiterprofile?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich nicht daran erinnern, daß der Herr Hogl sich bei mir beschwert hätte, mit der ABO Schwierigkeiten zu haben, diese formalen vertraglichen Bedingungen zu erfüllen. Das wäre etwas Normales gewesen, wenn er nicht zu Rande gekommen wäre, daß er es ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben nicht verlangt, daß er Ihnen die vorlegt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Soweit diese Mitarbeiterprofile — und das war ja der Regelfall — auf dem Postweg gekommen sind, habe ich sie ja gesehen. Ich habe sie natürlich nicht auf ihre Ganzheit hin geprüft, ob alle Mitarbeiter, die eingesetzt sind, damit ausgewiesen sind, denn dazu hatten wir ja einen eigenen Gruppenleiter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Jetzt hätte ich noch eine letzte Frage. Mußten Sie an die Partei — Sie waren SPÖ-Mitglied, Sie waren in einem Vorstand — irgendwelche Zahlungen, Parteisteuern oder ähnliche Spenden leisten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich war nie verhalten, irgendeine Spende an die Partei zu geben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie freiwillig gezahlt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich zahle meine normale Parteimitgliedschaft. Darüber hinaus habe ich außer zu den normalen Anlässen, wenn einmal ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wieviel haben Sie im Jahr durchschnittlich an die Partei bezahlt?

Dipl.-Ing. **Winter:** 200 S.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Jahr?

Dipl.-Ing. **Winter:** Im Jahr.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und nicht mehr, einschließlich Spenden?

Dipl.-Ing. **Winter:** Einschließlich Spenden.

Wenn man zu Weihnachten etwas von den „Kinderfreunden" kriegt oder etwas, dann zahlt man etwas ein.

Obmann Dr. **Steger:** Danke.

Herr Diplomingenieur Winter! Zunächst möchte ich Ihnen noch einmal den § 291 Strafgesetzbuch vorhalten. Dort heißt es: Wegen einer nach dem § 288 oder 289 mit Strafe bedrohten Handlung — das ist eine falsche

Zeugenaussage — ist der Täter nicht zu bestrafen, wenn er die unwahre Erklärung vor Beendigung seiner Vernehmung richtigstellt.

Bedenken Sie das bei allem, was Sie heute noch aussagen. Solange die Vernehmung andauert, haben Sie immer noch die Chance, irgend etwas, was Sie uns falsch gesagt haben, richtigzustellen und damit diese tätige Reue in Anspruch zu nehmen. Ich möchte Ihnen das sehr empfehlen. Es ist nämlich für alles, was sonst noch auf Sie zukommt — und sehr Angenehmes kommt ja derzeit nicht auf Sie zu —, sicher unangenehm, wenn Sie sich da noch weiteres aufhalsen.

Jetzt zu meiner Frage: Im Gerichtsprotokoll bei Ihrer Aussage, auf Seite 99 vor allem des Gerichtsaktes, Seite 48 des Parlamentsaktes, wird Ihnen die Frage vorgehalten, ob Parteienfinanzierung im Spiel war. Es gibt dazu ein Tonband, da heißt es — ich sage immer die Seiten für die Ausschußmitglieder dazu, damit sie nachlesen können, ob ich den Vorhalt richtig mache — in einer Aussage des Herrn Worm, Ihr Gesprächspartner, mit dem es zu diesem Tonband gekommen ist, auf Seite 86 unseres Aktes, das ist möglicherweise 173 oder 179 des Gerichtsaktes; jedenfalls 86 des Parlamentsaktes: „Zur Seite 219 des Gerichtsaktes gebe ich an" — sagt Worm —, „daß hier eindeutig von einer Druckausübung durch den Präsidenten des Aufsichtsrates auf das Vorstandsdirektorium gesprochen wird. Wie der Druck genau ausgeübt wurde, hat Winter nicht gesagt, aber das Ergebnis lege ich in Form des Kontrollamtsberichtes vor" und so weiter. Jetzt lasse ich einen Satz aus. Dann heißt es: „Der Rest über die Auftragsvergabe ist nicht mehr vom Tonband abgeschrieben worden, aber am Tonband selbst darauf." Also es ist eine Tonbandmitschrift vorgelegt, wo nicht alles, was am Tonband darauf ist, draufsteht. Und hier sagt er weiter, nämlich daß die Vergabe an diese teure Firma der „Schwarzgeldbeschaffung" und späterhin der Parteienfinanzierung diene.

Es wurden dann auf dem Tonband lange Passagen über die Firma Techmed besprochen und so weiter. Und er sagt dann später — ich halte Ihnen das zunächst einmal vor, Sie haben dadurch auch noch einmal Zeit, sich das alles zu überlegen, nachdem dem Herrn Worm Ihre Erläuterung auf Seite 93 des Gerichtsaktes vorgehalten wurde —, Seite 93 ist jene Passage, wo Sie von der Firma Techmed reden, im letzten Absatz vorher von der ABO und dann in Ihrer Aussage drinnen ist, daß die Rede war von der Firma Techmed und Herrn Versloot und daß immer wieder dieselben Personen und Firmen vorkommen. Auf diesen Vorhalt sagt Herr Worm: „Winter brachte in diesem Zusammenhang Parteienfinanzierung und Schwarzgeldbeschaffung ins Spiel." — Also ein zweites Mal diese Aussage.

Das dritte Mal, als ihm noch einmal Seite 99 vorgehalten wurde, 1. Absatz. Da haben Sie gesagt, Sie möchten abschließend festhalten, daß Sie das Tonband bis heute nicht gehört haben und die angeblich darauf enthaltenen Vorwürfe der 18 Millionen Provision, der Druckausübung des Aufsichtsratsvorsitzenden auf Sie und die Parteienfinanzierung in welchem Ausmaß immer in keiner Weise zutreffen; das sagen Sie bei Gericht. Hierzu sagt Worm, nachdem ihm Ihre Aussage vorgehalten wird: „Winter hat mir am 1. 4. 1980 nachweisbar durch das Tonband von Parteienfinanzierung und Schwarzgeldbeschaffung erzählt."

Die Frage, die ich an Sie habe: Haben Sie zu irgendeinem Zeitpunkt von Schwarzgeldbeschaffung und Parteienfinanzierung mit Worm gesprochen oder nicht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich hatte mit dem Herrn Worm ja nur dieses eine Gespräch am 1. April. Ich glaube, daß das Wort Parteienfinanzierung er zum erstenmal fragend in den Mund genommen hat und ich daraufhin gesagt habe: Parteienfinanzierung? So quasi, das kann ich mir nicht vorstellen.

Obmann Dr. **Steger:** Also daß nicht gesprochen wurde, wird von Ihnen hier nicht behauptet, aber Sie glauben, daß Sie selbst fragendverneinend dazu Stellung genommen haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Im Rahmen dieses Gespräches, retrospektiv gesehen, habe ich den Eindruck, der Herr Worm hat mir ein Hölzl geworfen. Ich bin ihm nicht darauf eingestiegen. Daraufhin ist er später noch einmal zurückgekommen — dieses Gespräch hat ja rund zwei Stunden gedauert —, und ich habe ihm gesagt — ich weiß nicht, was genau in dem Tonbandprotokoll drinnen ist, denn es waren ja nur die ersten 30 Minuten des Gespräches —, aber einmal habe ich gesagt: Das kann ich mir nicht vorstellen.

Obmann Dr. **Steger:** Wir hören das Tonband, wie ich annehme, ja sowieso noch demnächst. Ich möchte nur Ihre Aussagen dazu haben, die werden protokolliert.

Auf Seite 2561 unserer Unterlagen aus dem Gerichtsakt, die wir haben, gibt es einen Absatz — ich gebe Ihnen das hinüber, daß Sie es dann noch einmal anschauen können; aber zuerst lese ich es vor, weil ich nicht weiß, wieweit die anderen Ausschußmitglieder gerade diese Seite mithaben —, da gibt es einen Punkt 7, und zwar trägt dieser Vermerk — es ist ein handschriftlicher Vermerk von Ihnen, der nicht in diesen Unterlagen ist, die wir in B 8 drinnen haben — das Datum 21. 3. 1977, und die Überschrift heißt VÖ [3].

Dipl.-Ing. **Winter:** Das heißt alle drei Vorstände: VO drei.

Obmann Dr. **Steger:** Plus SCW.

Dipl.-Ing. **Winter:** Sektionschef Waiz.

Obmann Dr. **Steger:** Gut, danke. Da heißt es unter Punkt 7:

„APAK HT Katzenschlager" — offensichtlich Katzenschlager; Sie können auch gleich korrigieren, wenn der Name falsch ist — „muß mehr offiziell in den Hintergrund, kann nicht agieren, als wäre er Vorstand."

Wer ist Katzenschlager aus Ihrer Sicht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Der Herr Direktor Katzenschlager ist technischer Geschäftsführer der Österreichischen Rohrbau Ges. m. b. H. und ist von der Firma Allplan in der Aufsichtsstelle der APAK.

Obmann Dr. **Steger:** Danke. Es heißt nämlich dann gleich weiter. Wollen Sie noch etwas dranhängen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wenn ich es dann lesen kann, bitte.

Obmann Dr. **Steger:** Es heißt dann weiter wörtlich:

„Busek-Kontakt wird von W. bekrittelt." Ich nehme an, daß dieser W. in dem Fall nicht Sie sind, wenn Sie W. schreiben, denn sich haben Sie meistens mit Ego bezeichnet. Und Katz — heißt es dann weiter — zu VÖ [3] einladen. Dann kommt noch ein Sternderl, und dann geht es irgendwo sonst weiter.

Darf ich bitten, daß Sie ihm das hinhalten und er es sich anschaut unter Punkt 7 und mir dazu etwas sagt, was das Ganze heißt. *(Dipl.-Ing. Winter wird ein Schriftstück zur Einsicht übergeben.)*

Dipl.-Ing. **Winter:** Man muß den Punkt 7 gemeinsam sehen mit dem Punkt 6. Der Herr Katzenschlager hat im Jahre 1977, glaube ich, ein Gedankenmodell über die spätere Betriebsführung des Allgemeinen Krankenhauses dem Herrn Stadtrat Mayr vorgelegt, und vom Herrn Stadtrat Mayr wurde dieses Betriebsmodell an uns weitergeleitet.

Darüber, über diese Aktion des Herrn Katzenschlager, daß er sich erlaubt, ein Gedankenmodell zu entwickeln, wie die spätere Betriebsführung aussehen könnte, war der Herr Sektionschef Waiz ungehalten, und wir haben damals gesagt, wir werden dem Herrn Katzenschlager sagen, er möge nicht in seiner Funktion als APAK hier nach außenhin agieren, denn es kann auf Grund der Verträge nicht Sache der APAK-Aufsichtsstelle sein, Modelle zu entwickeln, die, ohne daß wir sie bekommen haben, an unseren Gesellschafter weitergegeben werden.

Bei der Gelegenheit hat uns scheinbar der Herr Sektionschef Waiz gesagt: wird von Waiz bekrittelt. Wahrscheinlich hat der Herr Katzenschlager mit dem Herrn ...

Obmann Dr. **Steger:** Unter dem W. ist also Waiz in diesem 7.? Sind Sie da sicher?

Dipl.-Ing. **Winter:** Es war ein Gespräch zu viert, drei Vorstände, VO 3 und SCW heißt Sektionschef Waiz, also kann dieses W. nur Herr Waiz heißen. Sektionschef Waiz hat also bekrittelt, daß hier der Herr Katzenschlager scheinbar Kontakte zum Herrn Vizebürgermeister Busek hatte. Wahrscheinlich hat er uns das gesagt, und wir haben uns darüber notiert, wir werden den Herrn Katzenschlager zu dritt einladen und werden ihn ersuchen, wenn er in dankenswerter Weise sich solche Modelle überlegt, dann soll er sie auf den dafür vorgesehenen Bahnen in Umlauf bringen.

Obmann Dr. **Steger:** Darf ich bitten, daß Sie allenfalls noch nachdenken und mir sagen, wenn Sie sich erinnern können, warum hat der Herr Sektionschef Waiz das bekrittelt? Es kommt ja immer wieder vor, daß es Kontakte gibt zu wichtigen anderen. Hat er da irgendeinen Anlaßfall gesehen? Denn nach den anderen Dingen mußte man ja froh sein, wenn auch eine Einbindung nach Ihren eigenen Informationswünschen anderer politisch relevanter Kräfte stattfindet.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich war ja auch darüber nicht befremdet, daß wir dieses Papier nicht von der APAK bekommen haben, sondern über den Herrn Stadtrat Mayr. Der Herr Katzenschlager hat das auch nicht als APAK gemacht, sondern hat sich eben zum Wochenende hingesetzt und zehn Maschinschreibseiten verfaßt, wie es gehen könnte.

Obmann Dr. **Steger:** Ich meine den Busek-Kontakt, ob es einen Anlaßfall dafür gegeben hat, daß er es bekrittelt hat, ob er gesagt hat, ich will das deswegen und deswegen nicht, weil irgend etwas vorgefallen ist?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann nicht sagen, warum der Herr Sektionschef Waiz über diesen Informationsweg Katzenschlager — Stadtrat Mayr — Vorstand und dann erst Aufsichtsratsvorsitzender ungehalten war. Ich nehme an, heute ...

Obmann Dr. **Steger:** Ich meine den Busek-Kontakt, nicht Stadtrat Mayr-Kontakt.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das bezieht sich eben auf dieses Papier Katzenschlager und Vorschlag, nicht? Darauf geht es.

Obmann Dr. **Steger:** In Ihrer Kette habe ich noch den Herrn Vizebürgermeister nicht drinnen, wo irgendwer ungehalten ist. Dort steht er aber.

Dipl.-Ing. **Winter:** Wahrscheinlich hat der Herr Katzenschlager dieses Papier, dieses Gedankenmodell einer späteren Betriebsführung gleichzeitig an den Herrn Stadtrat Mayr und an den Herrn Stadtrat Busek gegeben.

Obmann Dr. **Steger:** Eine nähere Information liegt nicht vor. Sie nehmen das so an, und das wollte der Herr Sektionschef nicht.

Dipl.-Ing. **Winter:** Er war sichtlich darüber ungehalten.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte kann ich das zurück haben? *(Dipl.-Ing. Winter gibt die Unterlage an Obmann Dr. Steger zurück.)*

Ich bin noch beim selben Themenkreis. Ich mußte das nur ein bissel mit Vorhalt genauer machen. Seite 22 von B 8. Da heißt es, das ist wieder einer Ihrer handschriftlichen Vermerke, das ist vom 20. 4. 1974, das ist Seite 22 in der Unterlage B 8: 11. Teamsitzung bei Wilfling, handschriftlich von Ihnen, in der Klammer ego und — wenn ich das richtig sehe — SSS, Klammer zu. Kann das heißen SSS?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich müßte es sehen. *(Abg. Steinbauer reicht Dipl.-Ing. Winter eine Unterlage.)*

Obmann Dr. **Steger:** Bitte aber nicht anderes aufblättern, immer nur, was vorgehalten wird. Wegen der Einleitungsseiten sage ich das.

Hier heißt es — das lese ich einstweilen für die anderen vor —: „Medtech Planung Bericht über die Vorgeschichte 6 Pfeil 4 Prozent Bundes-Prutscher Vorschlag. Vorhaben über getrennte Vergabe, Problematik der Koordinierung. Gemeine Wien wird Prutscher prüfen."

Meine Frage bezieht sich auf die letzte Zeile dieses Punktes 1. Was heißt: Gemeinde Wien wird Prutscher prüfen? Was sollte da geprüft werden bei Prutscher?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich denke nur nach, was SSS heißen kann.

Obmann Dr. **Steger:** Senatsrat Siebensohn vielleicht. Kann ich Ihnen da helfen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Könnte sein.

Obmann Dr. **Steger:** Danke. Daher bitte die Frage: Was könnte diese Zeile heißen: „Gemeinde Wien wird Prutscher prüfen"? — Wer von der Gemeinde sollte da prüfen? Und in bezug auf was sollte Prutscher geprüft werden?

Dipl.-Ing. **Winter:** Im Jahre 1974 war der Planungsstand in der Medizintechnikplanung so, daß die Firma Siemens einen Planungsauftrag hatte, seit, ich glaube, 1972 über die Elektromedizinplanung.

Die restliche Medizintechnik hatte die Firma ODELGA. Und dieser Vertrag wurde — das kann natürlich jetzt vor diesem Datum sein oder nachher — ungefähr 1973/74 von der Firma ODELGA zurückgelegt. Sie ist aus dem Vertrag ausgestiegen. Der Vertrag war aus dem Jahre ... also auf alle Fälle vor 1970. Die Firma ODELGA hat diesen Vertrag zurückgelegt, und es entstand damals ein gewisses Planungsvakuum. Es wurden Überlegungen angestellt: Wie könnte man die Planung, die restliche Medizintechnikplanung abdecken, nachdem ODELGA gesagt hat, sie können diese Planung zum alten Honorar nicht durchführen?

Es müßte so gewesen sein, daß damals die Firma Prutscher Interesse an diesem Planungsauftrag gezeigt hat. Und wenn ich hier geschrieben habe, Gemeinde Wien wird Prutscher prüfen, so müßte das heißen, daß die Magistratsabteilung 17 praktisch die Möglichkeit prüfen sollte, ob die Firma Prutscher dazu fachlich imstande ist.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Diplomingenieur Winter! Auf Seite 175 Gerichtsakt, 88 Parlamentsakt, sagt Herr Worm aus — ich zitiere wörtlich —: „Auf mein Befragen, ob nun diese Verdächtigung wahr sei" — es geht um allfällige Zahlungen —, „sagte Winter dezidiert, daß dies in dieser Höhe nicht der Fall sei. Auf mein Befragen, wie hoch denn die Summe sei, die er erhalten habe, antwortete Winter" — Anführungszeichen —: „Mir werden zweistellige Millionensummen in die Schuhe geschoben" — Ausführungszeichen. „Ich frage nun Winter, wie es wirklich sei, worauf Winter antwortete: ‚Es sind keine zweistelligen Millionensummen.' Ich ersuchte Winter, mir zu erläutern, wieso Siemens dazukomme, ihm Geld zu überweisen, worauf er mir erklärte, daß die Firma Siemens seit dem Jahre 1971 mit ihm aufs engste zusammenarbeite."

Das heißt also, hier liegt im Gerichtsakt bereits eine Aussage eines Zeugen vor, der aus einem Gespräch mit Ihnen sagt, daß Sie sich dagegen verwahrt hätten sinngemäß, daß Ihnen alles mögliche in die Schuhe geschoben wird, was Sie nicht bekommen haben. Was sagen Sie zu dieser Aussage?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich überhaupt nicht erinnern, mit dem Herrn Worm in dieser Form gesprochen zu haben.

Obmann Dr. **Steger:** Ich meine, es ist auch wichtig, daß wir das im Protokoll haben, daß

Sie sich nicht erinnern können. Nur: Halten Sie es heute für möglich, daß Ihnen jemand etwas in die Schuhe schiebt, was Sie gar nicht bekommen haben? Es wird in den Zeitungen bereits von Hunderten Millionen geschrieben. Halten Sie es für möglich, daß irgend jemand in Österreich versucht, Ihnen etwas in die Schuhe zu schieben, obwohl Sie damit nichts zu tun gehabt haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ob man mir heute etwas in die Schuhe schiebt oder nicht, ist für mich, offen gestanden, gar kein relevantes Thema mehr. Ich bin beschuldigt, Provisionen genommen zu haben, und daher sage ich zu diesem Thema nichts.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist natürlich schon relevant. Es ist ein großer Unterschied, ob Sie Endbahnhof oder Durchgangsbahnhof sind. Je nachdem wird nämlich ein Bahnhof ausgebaut.

Haben Sie außer von Herrn Dr. Schmautzer auch von anderen Personen Flugzeuge gemietet oder zur Benutzung erhalten? Kleinflugzeuge in einer ähnlichen Größenordnung wie das von Herrn Dr. Schmautzer.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich war Mitglied des Niederösterreichischen Fallschirmspringerklubs, und da standen verschiedene Flugzeuge zur Verfügung. Aber von einer Privatperson, wenn man den Fall Schmautzer überträgt, kann ich mich erinnern ... Wenn man in einer Flugausbildung ist, fliegt man einmal mit diesem oder mit jenem Flugzeug, das zur Verfügung ist. Aber eine übertragene Form, wie ein Verhältnis zu Herrn Schmautzer, war eigentlich mit niemandem da.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie irgendwo indirekt bei einer Fluggesellschaft irgend etwas besessen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich hatte oder habe Anteile von der Air Charter Innsbruck, aber das ist nicht indirekt, sondern das ist eine Ges. m. b. H. und Co. KG, wo ich mich beteiligt habe zu einem Zeitpunkt, als es lukrativ schien, praktisch knapp vor der Erteilung einer Lufttaxikonzession. Das hat sich zerschlagen, und das ganze Unternehmen steht heute eigentlich vor der Liquidation.

Abg. **Steinbauer:** Wie sind Sie da beteiligt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Mit einer Einlage von 200 000 S.

Obmann Dr. **Steger:** Ich danke für diese Zwischenfragestellung. Ich habe nur die Frage noch, daß ich die abschließe, dann gebe ich schon weiter: ob es ein Flugzeug gegeben hat, nicht das des Herrn Dr. Schmautzer und nicht das eines Fliegerklubs, das Sie gemietet, gechartert oder sonst irgendwie verwendet haben für Ihre Flüge.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich bin insgesamt, soweit ich geflogen bin, auf zehn verschiedenen Flugzeugen, wohl immer der gleichen Type, aber ein anderes Kennzeichen, geflogen, und ich kann mich erinnern, ich bin auf einer Maschine geflogen und habe dann eine Rechnung bekommen von einem gewissen Herrn Marcell oder so ähnlich. Aber sonst?

Obmann Dr. **Steger:** Vielleicht fällt Ihnen noch einer ein. Die Zeit nehmen wir uns.

Dipl.-Ing. **Winter:** Es ist durchaus möglich, daß da noch ein oder zwei Namen belegbar wären, aber mir fällt im Moment nichts ein.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Diplomingenieur Winter! Bei der Fragestellung, die der Herr Abgeordnete Steinbauer an Sie gerichtet hat, ist da jetzt eine Beteiligung herausgekommen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Ein Geschäftsanteil. Haben Sie dazu auch irgendwann den Aufsichtsrat gefragt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, denn das war ja bereits, nachdem der Aufsichtsrat eine solche Beteiligung an einer Verlustgesellschaft bewilligt hat.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Diplomingenieur! Bei Ihrer letzten Zeugeneinvernahme hier vor dem Ausschuß haben Sie unter anderem ausgeführt, daß die APAK als Managementgruppe Kontrollfunktionen ausführte. Dazu die Frage: Welche Personen waren in diesem Bereich für die vorliegenden Kontakte für Sie zuständig, was waren also Ihre Kontaktpersonen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich hatte im wesentlichen immer mit der Geschäftsführung Kontakt und mit Gruppenleitern aus dem Haustechnikbereich. In der Geschäftsführung waren das die Herren Moser, Dr. Wunderer, Dkfm. Zippe, fallweise auch der Herr Dipl.-Ing. Styx. Bezüglich der einzelnen Namen im Haustechnikbereich der APAK muß ich im Moment passen, da fällt mir jetzt nichts ein.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wie haben Sie die Tätigkeit der APAK kontrolliert?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Organisationsform in meinem Vorstandsbereich hat so ausgesehen, daß ich eine Gruppe Elektrotechnik, Gruppe Maschinenbau, Gruppe Betriebsorganisation hatte mit zwei bis vier Ingenieuren. Die Tätigkeit der APAK ist auf Grund des dem Vertrag zugrunde liegenden Leistungsspektrums genau definiert: Was hat die APAK zu machen.

Und nun haben wir praktisch die gesamte Tätigkeit der APAK, die sich einerseits aus der Arbeit auf der Baustelle, andererseits aus den schriftlichen Ausarbeitungen ergibt, durch Parallelmitarbeiten unserer Mannschaft beziehungsweise Nachvollziehen der Ausarbeitungen der APAK ... Die Prüfung erfolgte in dieser Form, einerseits in gewisser Parallelität, andererseits ein Nachvollziehen der Ausarbeitung der APAK.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Also war für Sie die APAK die erste Instanz?

Dipl.-Ing. **Winter:** 100prozentig richtig, ja.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wurden Sie von der APAK informiert, daß auch die Firma Techmed Aufträge erhalten hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich an eine solche Information nicht erinnern. Ich konnte mich auch am 10. März nicht erinnern, denn dann wäre mir ja der Name „Techmed" nicht vollkommen neu gewesen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sie haben früher Ihre Kontaktpersonen zur APAK hin aufgezählt. Sind von diesen Kontaktpersonen Bedenken gegen die Leistungen des Professor Riethmüller geäußert worden?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ist die Frage grundsätzlich oder nach einem bestimmten Auftrag?

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Grundsätzlich.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich erinnern, daß die APAK im Bereich der ORP — also des Organisationsstruktur- und Raumprogramms — verschiedentlich gewisse Bedenken bei uns angemeldet hat. Aber es ist nun einmal so, mit keinem einzigen Auftragnehmer, man kann nicht einen Vertrag abschließen und darauf 100prozentige Zufriedenheit erwarten. Die APAK hat also verschiedentlich Bedenken angemeldet und vor allem, weil aus der Tätigkeit im Rahmen des Organisationsstruktur- und Raumprogramms durch den Abstimmungsprozeß mit den Nutzern und vielleicht auch aus der Tätigkeit der Gruppe selbst doch recht große Zeitverzögerungen entstanden sind.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wie haben Sie auf diese Bedenken hin diesen Leuten gegenüber reagiert?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wir haben im Vorstand verschiedentlich darüber gesprochen, daß man aus dieser Schere nicht herauskommt. Entweder man setzt den Nutzerkonsens derart hoch an, dann mußte man einen gewissen Terminverzug im Abstimmungsprozeß in Kauf nehmen, oder man hätte praktisch die Flächen- und Raumeinteilung des Gebäudes ohne die Nutzer gemacht.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Bei den Sitzungen mit dem Stadtrat Stacher: Hat es da Kritik gegenüber Riethmüller gegeben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Sie meinen die Team-Sitzungen?

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Die Team-Sitzungen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Teamsitzungen waren ja in der ursprünglichen Form im wesentlichen oder eigentlich überhaupt mit der Gründung der Gesellschaft aus. Zumindest habe ich nicht mehr dann an den Besprechungen Stadtrat Stacher, Dr. Wilfling und Obersenatsrat Siebensohn teilgenommen. Fallweise waren wir meistens zu dritt beim Herrn Stadtrat Stacher, aber das waren in dem Sinn keine Teamsitzungen mehr. Daher konnte es dieses Thema gar nicht mehr in dieser Form geben.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Hat es dann also bei diesen Teamgesprächen nie Kritik dem Prof. Riethmüller gegenüber gegeben beziehungsweise seiner Arbeit wegen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Es wurde verschiedentlich über Professor Riethmüller seitens der Spitalsverwaltung Kritik geübt. Das hat ja auch dazu geführt, daß ein — glaube ich, mich zu erinnern — Teilbereich der Betriebsorganisationsplanung, die Professor Riethmüller noch von der Bauleitung in Auftrag hatte — ich glaube aus 1973 —, nämlich die Inbetriebnahme von Psychiatrie — Kinderklinik, dieses Auftragsvolumen wurde ja von der MA 17 dem Professor Riethmüller wieder weggenommen infolge Unzufriedenheit.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Als Konsequenz der Kritik?

Dipl.-Ing. **Winter:** Sicherlich zum Teil als Konsequenz der Kritik, aber nur zum Teil. Andererseits auch dadurch, daß dieses Gebäude schon bezogen und teilweise in Betrieb war, war es wahrscheinlich für die

MA 17 nicht mehr opportun, in einem Gebäude, in dem sie schon teilweise Betrieb geführt hat, sich noch nachträglich eine Betriebsorganisation planen zu lassen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! War das Kümmern des Aufsichtsratsvorsitzenden um das Katzenschlager-Gutachten, das Ihnen ja auch in anderem Zusammenhang Sorgen gemacht hat, weil Sie auch ein Gutachten dazu, eine Stellungnahme an den Aufsichtsratsvorsitzenden Waiz absenden mußten, war das eine normale oder aus der Reihe gehende Vorgangsweise von Sektionschef Waiz?

Dipl.-Ing. **Winter:** Sie meinen, wir haben dem Sektionschef Waiz eine Stellungnahme zu dem Katzenschlager-Papier, wenn man es als Terminus technicus einführen darf, gesandt, ob diese Aussage des Vorstandes zu diesem Papier etwas Außerordentliches war?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nein, sondern das Interesse des Sektionschefs Waiz um dieses Gutachten war ja offenkundig sehr intensiv. Hat dies seiner allgemeinen Verhaltensweise entsprochen, oder hat er hier — zu deutsch gesagt — interveniert rund um das Gutachten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich würde in diesem Zusammenhang das Wort „Intervention" überhaupt nicht als passend ansehen. Er wird ungefähr wörtlich gesagt haben: Wie ist eure Meinung als Vorstand dazu?, und wir haben dazu eine Stellungnahme abgegeben. Nachdem es nicht oft vorgekommen ist, daß irgend jemand — ich könnte mich überhaupt nicht an einen zweiten Fall erinnern —, daß jemand von außen an uns eine solche Stellungnahme über einen späteren Betrieb abgegeben hat, würde ich es als Einzelfall ansehen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat sich der Sektionschef Waiz auch sonst um viele Details der aktuellen Geschäftsführung gekümmert? Denn an und für sich ist es ja schon unüblich, daß sich der Aufsichtsratsvorsitzende um Äußerungen, die ein Subunternehmer irgendwo abgibt, kümmert.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich würde sagen, der Herr Sektionschef Waiz hatte immer ein großes Informationsbedürfnis und wurde sowohl von uns — ich kann also nur über jene Informationen sprechen, die wir ihm, wenn wir gemeinsam waren, gegeben haben ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich danke in diesem Zusammenhang.

Gehen wir zurück zu Skiathos.

Herr Zeuge! Warum lügen Sie uns an? Und zwar sogar in nebensächlichen Details. Beim Kauf des Grundstückes haben Sie uns gesagt, der Herr Denis Mitchel war ein Arzt. Ist so wörtlich im Protokoll nachzulesen. Sie haben das gesagt. Warum tun Sie das?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich glaube gesagt zu haben: Ich glaube, er war ein Arzt. Dieses „glaube" beziehe ich daraus: Als wir dieses Haus übernommen haben, haben wir Berge von halbverfaulter englischer Literatur gefunden, die ich überflogen und oberflächlich durchgeblättert habe, und das hat schließen lassen, er müßte eigentlich Arzt sein, Pharmazeut oder Chemiker.

Denn wenn Sie Berge, wirklich Berge von Zeitschriften finden, und daraus sieht man, daß es sich also um — wo auf jeder Seite Formeln stehen, daß das chemische Sachen sind, aber doch in die Medizin gehend, dann kann es nur Medizin, Pharmazie oder Chemie sein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie können sich also nicht erklären, daß der Denis Mitchel dann später Ihnen wieder als Chase-Manhattan-Direktor, also Bankdirektor, ohne Berge von Notizen, außer es sind Provisionsrechnungen, wieder begegnet und damit direkt für die Techmed zuständig. Wie erklären Sie denn das?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe von Ihnen hier im Ausschuß das letzte Mal hier, als ich hier war, zum ersten Mal gehört, daß dieser Denis Mitchell, von dem ich gekauft habe, Bankdirektor bei Chase Manhattan sein soll. Ich habe daraufhin meinen Anwalt gebeten, es müßte doch möglich sein — das müßte ein derartiger Zufall sein, das gibt es gar nicht —, über das Geburtsdatum in Erfahrung zu bringen, ob das wirklich derselbe ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Gut. Das reicht mir jetzt einmal zu Denis Mitchell.

Bitte, nächste Frage. Und jetzt bitte ich, wirklich einmal nicht mit Lügen zu kommen: Wie ist denn das mit Treuhandverhältnissen? Haben Sie mit irgend jemandem Treuhandverhältnisse abgeschlossen? Noch geltende oder in den letzten fünf Jahren abgeschlossene?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe meine Anteile an der Charter-Air treuhändig über den Rechtsanwalt Dr. Knirsch abgewickelt. Der Treuhandvertrag wurde sofort nach Unterzeichnung dem Finanzamt angezeigt, und ich habe darüber hinaus keine Treuhandverträge abgeschlossen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie mit dem Rechtsanwalt Dr. Knirsch noch andere Vertragsbindungen außer einem normalen Beratungsverhältnis für Ihre privaten Angelegenheiten, wie Sie immer gesagt haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe mit Dr. Knirsch darüber hinaus keine — wie sagten Sie? — vertraglichen Bindungen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wenn Sie keine sonstigen Treuhandverhältnisse haben, wie kommen Sie dann auf die verschiedenen Kontenblätter der Firmen PLANTECH, GEPROMA et cetera?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich bin in diesem Zusammenhang Beschuldigter und sage nichts.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich hätte doch eine Frage: Warum wurde die Firma PLANTECH gegründet?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich beantworte auch diese Frage nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Glauben sie, daß der Rechtsanwalt Güggi von PLANTECH den Herrn Rechtsanwalt Knirsch kennt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das weiß ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie das rundweg ausschließen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann diese Frage weder mit ja noch mit nein beantworten. Ich weiß es nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nächste Frage: Warum haben Sie vor Gericht angegeben, daß „weder ich" — ich zitiere — „noch meine Gattin noch andere mit mir zusammenhängende Personen, etwa Treuhänder, Konten in Liechtenstein oder anderen Ländern führen, ausgenommen Bank auf Skiathos".

Hier sagen Sie nichts zu PLANTECH, GEPROMA, vor Gericht leugnen Sie das rundweg. Ist das ein Schritt der Besserung, oder wie erklären Sie diese Aussage?

Dipl.-Ing. **Winter:** Seit meiner Verhaftung konnte ich mich kein einziges Mal mit meinem Anwalt beraten, und daher sage ich dazu nichts mehr.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was sagen sie zur Provisionsübermittlung der Firma Epple-Buxbaum, 314 000 S und etliches, an Sie? Wofür haben Sie diese Provision am 22. März 1978 bekommen? Ich habe vor mir die Gutschrift liegen. Also Sie können es nicht abstreiten.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, ja! Ja, ja! Mit dem Vorstandsdirektor Dr. Edlinger bin ich bekannt, und Dr. Edlinger hat mir einmal erzählt, er hätte Schwierigkeiten mit einer Geschäftsabwicklung in Kenia. Ich kannte den Herrn Napoleon Bonapart, ich kannte ihn oberflächlich oder im Jahr einmal gesehen, und den habe ich einmal getroffen und habe ihn gefragt, ob er mir helfen kann. Ich habe ihm gesagt, daß ein Freund von mir Schwierigkeiten hat, und der konnte mir weiterhelfen, und dieses Geschäft, eine Lieferung von Landmaschinengeräten von der Firma Epple-Buxbaum, kam zustande, und ich habe daraufhin zu meiner Freude eine Provision erhalten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie sonst noch Provisionen oder Rückflüsse aus Geschäften, die Freunde von Ihnen gemacht haben, bekommen? — Das ist ja eine harmlose Frage.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben keine Provisionen oder Rückflüsse sonstwo bekommen?

Dipl.-Ing **Winter:** Von der Firma Epple-Buxbaum.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nein. Außerhalb dieser einen Provisionszahlung, die Sie für das Landmaschinengeschäft mit dem Napoleon bekommen haben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das geht ja genau in die Richtung der Anschuldigung gegen mich, ich hätte Provisionen genommen, und daher ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben ja Provisionen genommen.

Dipl.-Ing. **Winter:** — in diesem einen Fall —, und daher beantworte ich diese Frage nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und warum haben Sie den einen Fall beantwortet? Warten Sie immer, daß man Ihnen die Kontoauszüge vorlegt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich bin Beschuldigter, und daher warte ich, wie der Vorwurf lautet.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Andere Fragen in dem Zusammenhang: Hat sich der verehrte Prof. Stelzl, der immerhin über 12 Millionen an Gutachten für die AKPE gemacht hat, auch nur in irgendeiner Weise dafür erkenntlich gezeigt im Lauf der Jahre?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Dr. Stelzl nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Waren Sie auch mit Prof. Stelzl befreundet?

Dipl.-Ing. **Winter:** Befreundet ist also sicher übertrieben. Ich kenne Dr. Stelzl sehr lange, denn bereits, wie er Assistent war an der Technischen Hochschule auf der Meßtechnik-Lehrkanzel, habe ich bei ihm eine Prüfung abgelegt, und seit damals kenne ich ihn.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie die Beschäftigung des Prof. Stelzl im Gutachtenrahmen als überdurchschnittlich gegenüber anderen ansehen oder würden Sie sagen, nein, nein, das war alles notwendig?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Beauftragungen des Dr. Stelzl durch die AKPE mit verschiedenen Gutachten und Ausarbeitungen, also nicht nur Gutachten, sondern auch Planungsleistungen

zu vollbringen, waren sicher alle im Sinne einer wirtschaftlichen Projektführung notwendig.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wie erklären Sie sich dann, daß gleiche Thematik Standard Electric Lorenz an die Firma PLANTECH über Auftrag der AKPE an Gutachten bezahlt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das weiß ich nicht, dazu kann ich nichts sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bei PLANTECH fällt Ihnen nie etwas ein.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, weil dort bin ich ja beschuldigt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber es müßte doch eine informierte Auskunft dafür geben, daß einer in Deutschland sich entschließt, an eine Schweizer Firma unter Berufung auf AKH und AKPE Themen neuerdings zu bezahlen, die ganz andere, wie etwa der verehrte Prof. Stelzl, schon ausgeführt haben. Dazu muß es doch irgendeine Veranlassung geben. Können Sie sich in Ihrer Eigenschaft als AKPE-Vorstand daran erinnern, daß Sie Standard Electric oder PLANTECH aufgefordert haben, hier Parallelaktionen zu machen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich überhaupt nicht erinnern, daß Dr. Stelzl einen Auftrag von der AKPE erhalten hat, der die Leistungen der Firma Standard Electric Lorenz an uns, also an die AKPE, überschneidet. Dr. Stelzl hatte verschiedene oder hat verschiedene Gutachten und Ausarbeitungen, aber die tangieren in keiner Weise vom Leistungsspektrum her jene Lieferungen und Leistungen, die die Firma Standard Electric Lorenz an uns hat; hatte; oder an die AKPE hatte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich habe aber gefragt: die Lieferungen Standard Electric an PLANTECH.

Dipl.-Ing. **Winter:** Im Zusammenhang mit der Firma PLANTECH bin ich Beschuldigter und sage nichts.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Mir fällt nämlich auf, daß Standard Electric zumindest unter diesem Titel kein Gutachten an die AKPE geliefert hat. Sie haben aber jetzt gerade gesagt, die haben Gutachten geliefert ans AKH. Verwächst es sich da vielleicht mit der PLANTECH!

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, wörtlich, ich kann mich nicht erinnern oder entsinnen, daß es eine Überschneidung der Leistungsspektren des Dr. Stelzl, Gutachten und Planungen, und die Lieferungen und Leistungen der Firma Standard Electric Lorenz ans Allgemeine Krankenhaus gibt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Dann nennen Sie mir einige Gutachten. Leistungen, die Standard Electric an das Allgemeine Krankenhaus geliefert hat. Gutachten und Planungen. SEL die Abkürzung.

Dipl.-Ing. **Winter:** Standard Electric Lorenz hat überhaupt keine Gutachten an die AKPE geliefert. Ich kann mich an kein einziges Gutachten der Firma . . .

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Software, Planungen, Gutachten.

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Firma Standard Electric Lorenz hat gemeinsam mit ITT den Auftrag, die automatische Transportbehälteranlage zu liefern und zu montieren. Diese automatische Containertransportanlage funktioniert mit einer Steuerung, und diese Steuerung wurde immer im Leistungspaket als Software umrissen. Dem elektronischen Steuerungskonzept liegt eine softwaremäßige Programmierung zugrunde. Diese AACD ist keine Anlage, die mit einem Rechner funktioniert, nicht mit einem Prozeßrechner, sondern mit einer dezentralen Steuerung, aber dennoch verwendet man für den logischen Inhalt dieser Steuerung den Begriff „Software", obwohl es also nichts mit einem Rechner zu tun hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie sagen, daß Standard Electric etwa geliefert hat Systemplanung, technische Versorgung, Müllnotentsorgung, Studie über die Anbindung, Systemplanung Bereich Kern, Zentrallager, Sterilisation, alles unter dem Begriff „Software"? Ist das das, was Sie gerade beschrieben haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das könnte darin . . . Ja. Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und würden Sie sagen, daß Standard Electric von der AKPE etwa im Zeitraum Mai 1977 einen Auftrag bekommen hat; um diese Bereiche?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Planungsleistungen, die einer Ausführung vorangehen müssen, mußten im Laufe der Zeit . . . Der Auftrag an die Firma Standard Electric Lorenz müßte ungefähr aus dem Jahre 1973, 1974 stammen. Diese Planungsleistungen mußten als Rückwirkung der geänderten Gebäudekonzeption, genauso wie man ein neues ORP gemacht hat, mußten also verschiedene Planungen der technischen Anlagen nochmals durchgeführt werden. Die Firma SEL hat nun diese geänderten Planungen zum Teil als Nachtragsauftrag von der Firma AKPE erhalten. Ob das genau in dem Zeitraum war, weiß ich nicht, aber das müßte sich ja leicht eruieren lassen: Wann hat die Firma SEL von der AKPE welche Aufträge erhalten?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also es könnte durchaus stimmen, daß in 1977 die SEL an die AKPE — die Standard Electric beruft sich auf einen Besprechungsbericht vom 27. 5. 1977 — solche Aufträge zu erfüllen hatte? Es müßte auch bei Ihnen eingekommen sein.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja. Ja. Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Könnten Sie sicherstellen, daß wir diese Berichte auch bekommen? Müßten die in Ihren Unterlagen vorfindbar sein, auffindbar?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann von meiner Warte aus heute überhaupt nichts sicherstellen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich meine, würden Sie sagen, die müssen natürlich vorhanden sein.

Dipl.-Ing. **Winter:** Diese Unterlagen, die müssen in der AKPE sein. Natürlich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kann es sich dabei um Subaufträge für die Standard Electric handeln, die die wieder woanders eingekauft haben? War das üblich?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja. Weil ich weiß zum Beispiel, daß die Kapazitätsberechnungen, die die Firma SEL durchführen mußte, um die Detailkonstruktion der Anlage machen zu können, daß sie zum Beispiel diese Verkehrssimulationen in Berlin an eine Computerfirma weitergegeben haben. Von dieser einen Subvergabe weiß ich zufällig.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und es sind viele dieser Aufträge bei Ihnen bekannten Firmen gelandet. Also das Paket, über das wir jetzt gerade gesprochen haben, wurde zum Beispiel von der Firma GEPROMA in Liechtenstein an die SEL verkauft und von der SEL offenkundig, wie Sie sagen, an das AKH geliefert. Ist Ihnen da niemals gesagt worden, SEL kauft in größerem Umfang bei uns Software ein?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich nicht erinnern, daß uns die Firma SEL über solche Sublieferungen informiert hat. Die Subbeauftragung im Rahmen einer Simulationsrechnung an eine Rechenfirma in Berlin weiß ich auch nur deshalb, weil man uns im Rahmen einer Dienstreise einmal zu diesem Unternehmen geführt hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber jetzt frage ich Sie in Ihrer Eigenschaft als Beinahe-Generaldirektor der AKPE, als zuständiger AKPE-Vorstandsdirektor: Ist Ihnen nie aufgefallen, daß Sie in Ihrer Eigenschaft als zuständiger AKPE-Direktor Unterlagen von Standard Electric an die AKPE geliefert bekommen, die Sie gleichzeitig in der GEPROMA bezahlt bekommen, mit derselben Rechnungslegung, mit derselben Aufstellung, außerdem noch Sachen, die Ihnen der Herr Stelzl schon zum Teil in dicken Bänden vorgelegt hat?

Können Sie dazu eine Auskunft geben? Das hat ja mit nichts zu tun, wo Sie beschuldigt sind, sondern nur die Dublette. Auf der einen Seite liefert Standard Electric, und auf der anderen Seite — Sie sind nämlich zeichnungsberechtigt auf dem Konto gewesen, Sie sind auch Eigentümer bei GEPROMA gewesen oder haben dort so agiert wie ein Eigentümer. Was sagen Sie denn dazu? Da kommen Sie ja nicht ewig durch, indem Sie sagen: Dazu sage ich nichts. Sie sitzen hier vor einem Untersuchungsausschuß, der aufklären soll, ob Sie, Herr Winter, der Schuldige an dem Ganzen sind oder ob dahinter andere auch noch abgesahnt haben oder andere allein abgesahnt haben. Sie kommen mit der Rede: Dazu sage ich nichts!, nicht mehr durch.

Dipl.-Ing. **Winter:** Im Zusammenhang mit Geschäftsbeziehungen von Liechtenstein bin ich Beschuldigter und sage nichts dazu.

Zur Frage der Dublette mit Beauftragungen Dr. Stelzl muß ich mich wiederholen: Ich kann mich an keinen einzigen Auftrag erinnern, den Dr. Stelzl hatte, der auch nur irgendwie eine Ähnlichkeit mit den Standard-Electric-Lorenz-Lieferungen an uns hat. Dr. Stelzl hatte die Audiovision, er hatte das Energiekonzept und verschiedene andere Sachen. Das hat überhaupt nichts zu tun mit einer Lieferung und mit einer Planung ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Gut. Dann frage ich Sie noch um drei Rückflußmöglichkeiten.

Wie verantworten Sie, daß Herr Prof. Riethmüller immer neuerdings bestellt wurde, obwohl es in den Protokollen des Stacher-Teams genügend eindeutige abschätzige Urteile gibt, wonach die bisherigen Arbeiten des Herrn Prof. Riethmüller als unzureichend angesehen werden müssen. — Stacher-Team April 1974: daß Herr Riethmüller die Betriebsorganisation abschreibt beziehungsweise ableitet.

Bitte: die Betriebsorganisation abschreibt, ist natürlich schon das Nonplusultra. Das ist bei einem bezahlten Gutachten schon an der Grenze des Betrugs, wenn einer abschreibt und das neu verrechnet.

In Ihren eigenen Notizen stehen dauernd Bedenken gegenüber Prof. Riethmüller.

Wie erklären Sie, daß er nach der Unterbrechung neuerdings in das ABO-System hineinkommt, einmal unter Riethmüller und einmal unter DKI? Erklären Sie mir das und sagen Sie mir auch gleichzeitig, ob Sie hier Rückflüsse vielleicht vom Herrn Prof. Riethmüller bekommen haben über irgendeinen Weg?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe vom Herrn Prof. Riethmüller nie auf irgendeinem Weg etwas erhalten. Die Tatsache, daß Prof. Riethmüller des öfteren in Österreich angeeckt ist, kann ich so begründen: Prof. Rietmüller ist ein ausgezeichneter Spitalsfachmann. Das bestätigt seine Beschäftigung an nahezu oder an vielen großen, bedeutenden deutschen Spitals- und Universitätsprojekten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): ... Wilfling geirrt, Wilfling, der dauernd behauptet, daß der Riethmüller abschreibt, ableitet und unbrauchbar ist. Hat sich hier Wilfling geirrt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Zu Aussagen von Dr. Wilfling kann ich nichts sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich meine: Wie ist Ihre Einschätzung?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich wollte es ja gerade sagen, entschuldigen Sie, bitte. — Und ich halte den Prof. Riethmüller auch heute noch für einen ausgezeichneten Mann. Nur muß man eines beachten: Sie können auf Grund der geänderten Spitals- und Sozialstruktur nicht deutsche Modelle 1 : 1 übernehmen. Sie müssen sie ganz einfach adaptieren. Daher ist ein Prof. Riethmüller als Einzelauftragnehmer sehr schwierig in Österreich, weil er ein nicht sehr kompromißbereiter Mann ist. In einer Gruppe wie der ABO hingegen kann er eine ausgezeichnete Funktion erfüllen, weil in der Arbeitsgemeinschaft dafür vorgesorgt ist, daß er wohl seine Ideen einbringt, die wirklich gut sind, aber eben nicht im Verhältnis 1 : 1 übernommen werden, sondern durch die anderen Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft auf unsere Verhältnisse adaptiert werden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sind Sie hier also im Widerspruch zum Herrn Dr. Wilfling, der offenkundig der Meinung war, daß Riethmüller nicht brauchbar ist, und zwar hat er dies in vielen Sitzungen, in offiziellen Protokollen, immer wieder von sich gegeben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das kann ich nicht sagen, ich kenne nicht die Entscheidungsgründe, die dazu geführt haben, daß Dr. Wilfling als Geschäftsführer der ODELGA mit Prof. Riethmüller und der ÖKODATA eine Arbeitsgemeinschaft eingegangen ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, zwei Fragen noch über mögliche Rückflüsse.

Also vom Riethmüller haben Sie nichts bekommen in dieser oder jener Weise, haben Sie gesagt. Hat man sich beim Wilfling vielleicht erkenntlich zeigen können? Wie erklären Sie denn diese plötzlichen 50 000 S, die das Hygiene-Institut für ein Symposion bekommt? Hier gibt es keine Begründung. Im September 1977 wurde offiziell im Vorstand genehmigt ein Kostenbeitrag von 50 000 S für ein Symposion des Boltzmann-Institutes. Hier fördert man plötzlich ein Institut, das man rundherum eh hoch bezahlt. Wie erklären Sie mir diese Großzügigkeit?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ist das eine Zahlung der AKPE an das Boltzmann-Institut?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): ... ist ein Vorstandsprotokollauszug, was dem Wilfling 50 000 S für sein Hygiene-Institut — es gibt eine weitere Unterlage, daß es das Krankenhaus-Hygiene-Institut ist.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich glaube mich zu erinnern, daß wir uns damals auch an einem anderen Symposion beteiligt haben, nämlich als die medizinische Fakultät Wien ein Symposion über Laborgestaltung abgehalten hat, haben wir uns ebenfalls mit einem Kostenbeitrag, ich glaube, auch in dieser Größenordnung, beteiligt. Der Grund dafür war der, daß wir uns also durch diesen Beitrag erhofft haben oder erwartet haben, und es war auch vereinbart, daß die Themen am Symposium doch eine gewisse Ausrichtung auf die Aktualität beim AKH erhalten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, das ist aber Boltzmann-Institut ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, sage ich ja. Das war Boltzmann- ... Ich sagte ja: Das waren zwei Symposien mit einigen Monaten Abstand, und wir haben uns also sowohl beim Boltzmann-Institut als auch beim Symposium der Universität Wien beteiligt. Wenn man von den Symposium-Veranstaltern im Hinblick auf eine Kostenbeteiligung angesprochen wird — zweifellos war das nicht der Zweck der AKPE, aber nachdem man uns zugesagt hat, daß man die Themen oder ein, zwei Themen mit besonderer Aktualität im Hinblick auf das AKH auf die Tagesordnung setzen wird —, war für uns die Legitimation gegeben, diese Bezahlung vorzunehmen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie würden also rundweg ablehnen, daß das ein Sich-erkenntlich-zeigen gegenüber Wilfling ist, dessen Institut es ist und von dem wir ja inzwischen wissen, daß es sein persönlicher Arbeitsstab war, Sie würden das also rundweg abstreiten, daß es sich um ein Unterstützen des persönlichen privaten Arbeitsstabes des Herrn Wilfling handelt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Der Entscheidung der AKPE, ich glaube, 50 000 S an das Boltzmann-Institut zu zahlen, lag ein einstimmiger Vorstandsbeschluß zugrunde. Wir haben damals rein sachlich entschieden, daß dieses Symposium zu fördern ist, und in keiner Weise war es

als eine Zuwendung an den Herrn Dr. Wilfling in irgendeiner Form in persönlicher Richtung gedacht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich sage Ihnen nur eines: Alle werden mit ihren Millionen wegkommen, nur Sie werden hängenbleiben, wenn Sie so weiter in Ihrer Verantwortung sind. Überlegen Sie sich das einmal. Alle Leute werden ihre Gutachtertätigkeit fortführen oder beenden und mit Gruß und Segen das AKH verlassen. Hängenbleiben wird es an Ihnen, wenn Sie sich nicht ernstlich überlegen, ob Sie sich nicht eine andere, wahrheitsgemäßere Verantwortung zulegen. Es schaut im Moment so aus, als ob Sie, Ihre Kinder und Kindeskinder — ich nenne gar nicht die Firma Wölfel — rundherum kassiert hätten, und alle anderen werden sagen: Der Winter war es! — Überlegen Sie sich das!

Obmann Dr. **Steger:** Das deckt sich mit dem, was ich Sie schon eingangs gefragt habe, daß natürlich Sie mit Recht immer wieder darauf verweisen können, daß Sie Beschuldigter sind, auch wenn von der Firma Derop die Rede ist, und inzwischen gibt es wieder zwei weitere Firmen aus Liechtenstein, daß Sie überhaupt nichts gewinnen können, wenn auch das alles in Ihren Händen bleibt, was vielleicht in Ihrer Sicht nicht in Ihren Händen geblieben ist. Ich sehe zwar ein, daß Sie sich als Beschuldigter nichts vergeben wollen, aber Sie vergeben sich möglicherweise viel, wenn Sie zulassen, daß alle anderen nur mehr jetzt bei Ihnen abladen. Das sollten Sie überlegen bei dieser Taktik.

Und daher jetzt eine direkte Frage, die ich habe. Es gibt da einen Aktenvermerk — den habe ich Ihnen schon einmal vorgehalten — vom 16. 4. 1976, Unterlage B/8, Seite 99. Da steht oben drüber: StR — das ist der Stadtrat —, Wil, offensichtlich Wilfling, Grei ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Das ist der Herr Amtsrat Greiner.

Obmann Dr. **Steger:** Greiner — da haben wir geglaubt, das heißt Gnei —, und ego, das sind Sie. 16. 4. 1976. Was ist das für eine Runde? Hat die irgendeine Bezeichnung gehabt? Hat die irgendeine Kompetenz gehabt? Wie kommt es zu der Runde?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das war Stadtrat Stacher, Siebensohn ...

Obmann Dr. **Steger:** Nein! Stadtrat Stacher, Wilfling, Greiner und ego. Ego sind Sie.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja. — Ich würde dieser Runde keine Bezeichnung geben. Wenn Siebensohn noch dabei wäre, könnte man sagen, es war das alte Team, aber die Teamsitzungen sind ungefähr mit der AKPE-Gründung zu Ende gegangen.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist vor allem die nächste Frage. Wann, glauben Sie, war ungefähr die Auflösung des Stacher-Teams? AKPE-Gründung war 1975.

Dipl.-Ing **Winter:** War Ende 1975, September 1975.

Obmann Dr. **Steger:** Da hat das AKPE-Team oder die AKPE die Funktion übernommen, die vorher das Stacher-Team in dieser Frage zu ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, überhaupt nicht, bitte. Das Stacher-Team hat sich mit den Belangen der Magistratsabteilung 17 für den gesamten Bereich der Stadt Wien befaßt. Das Stacher-Team war kein ...

Obmann Dr. **Steger:** Inklusive AKH?

Dipl.-Ing. **Winter:** Inklusive AKH.

Obmann Dr. **Steger:** Auch die AKH-Belange, die dann die AKPE übernommen hat, war ein Teil dessen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist richtig. Hat das Stacher-Team nach der AKPE-Gründung weiter getagt oder nicht; dieses Stacher-Team, das Sie personell zuerst umschrieben haben? — Sagen Sie uns vielleicht noch einmal: Wer war im Stacher-Team? Fangen wir so an, es ist leichter.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das Stacher-Team war der Herr Stadtrat, Obersenatsrat Siebensohn, Dr. Wilfling und ich, und es war praktisch immer der Oberamtsrat Greiner dabei.

Obmann Dr. **Steger:** War irgendwann Dr. Rumpold dabei?

Dipl.-Ing. **Winter:** Dr. Rumpold war meines Wissens bei diesen Stacher-Team-Sitzungen ein-, zwei- oder dreimal dabei, aber er war nie Team-Mitglied, bitte.

Obmann Dr. **Steger:** Wann nach Ihrem Wissen ist dieses Team nicht mehr einberufen worden? Vielleicht ist es gar nie offiziell aufgelöst worden, aber es hat halt nicht mehr so getagt.

Dipl.-Ing. **Winter:** Es wurde praktisch nicht offiziell beendet, sondern nach meiner Nominierung in den Vorstand wurde ich nicht mehr eingeladen. Ob also dieses Team nicht mehr in dieser Form gesessen ist oder ob ich nur nicht eingeladen wurde, ich kann auch nicht sagen, daß das schlagartig im September war, es ist durchaus möglich, daß das noch zwei, drei Monate weitergegangen ist. Aber das sieht man ja aus meinen Unterlagen, wann die Aufzeichnungen Stacher-Team enden.

Obmann Dr. **Steger:** Jedenfalls noch einmal

102 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

16. 4. 1976: StR; Wil; Grei; ego — das ist nicht das Stacher-Team?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das müßte man aus der Tagesordnung sehen.

Obmann Dr. **Steger:** Tagesordnung gibt es keine. Ich kann Ihnen das zeigen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich es noch einmal lesen?

Obmann Dr. **Steger:** Die Frage dazu: Was ist das für ein Gremium?

Dipl.-Ing. **Winter:** Am einfachsten wäre es zu beantworten, wenn man wüßte, aus welchem Ordner es ist. Lag es in einem Stacher-Team-Ordner, oder lag es ...

Obmann Dr. **Steger:** Das war eine Mappe mit handschriftlichen Notizen, die man in einer speziellen Mappe bei Ihnen gefunden hat.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das muß aus einem Ordner sein, weil im Jahr 1976 hatte ich schon ein Sekretariat und habe sicher nicht mehr selbst abgelegt, sondern habe üblich gesagt, wo das hingehört.

Obmann Dr. **Steger:** Darf ich bitten, daß der Herr Ministerialrat Freudenreich uns sagt, ob er etwas darüber sagen kann, wo diese Unterlage gefunden wurde. Haben Sie es?

Ministerialrat Dr. **Freudenreich** (Rechnungshof): Im Augenblick kann ich nicht sagen, aus welchem Ordner das herausgenommen wurde. Aber aus der Teilnehmerliste läßt sich sehr wohl darauf schließen, daß das die Teilnehmerliste des Stacher-Teams war. Es ist richtig, es gibt einen eigenen Ordner im Zimmer des Herrn Dipl.-Ing. Winter, der bezeichnet ist als Stacher-Team-Ordner. Aber wir haben hier in dieser Arbeitsunterlage alle Aufzeichnungen, die uns untergekommen sind, zusammengestellt, die für unseren Prüfungsauftrag wesentlich waren.

Obmann Dr. **Steger:** Also ist es denkbar, daß das doch noch das Stacher-Team war, daß das noch getagt hat im Jahre 1976, am 16. 4.? Aber bitte, überlegen Sie es sich noch einmal.

Dipl.-Ing. **Winter:** Aus den Themen heraus waren es ja durchwegs AKH-Themen. Ich kann mir also vorstellen, daß es weder — noch war, es war also kein Team mehr, nicht mehr unter dem Titel „Team" einberufen, sondern ...

Obmann Dr. **Steger:** Das genügt mir bis daher. Können Sie mir einen Grund nennen, warum das, was Sie erklärt haben, Kopie an Bauer, haben Sie gesagt, Ihre Aussage, ist im Zusammenhang mit dem SSK-Gutachten zu verstehen, das zu übersenden war nach dieser Handnotiz.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Können Sie mir einen Grund nennen, warum das in dieser Gruppe besprochen wurde und nicht im AKPE-Vorstand?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mir nur vorstellen, daß wir aus terminlichen Schwierigkeiten damals nicht gemeinsam zum Herrn Stadtrat Stacher gegangen sind, sondern ich bin allein gegangen. Man muß sich ja in die Zeit dieses Datums zurückversetzen. Anfang 1976 hatten wir ja derart viel zu tun, ein Unternehmen aufzubauen, daß wir also nicht gemeinsam hingehen wollten. Das kann der einzige Grund sein.

Obmann Dr. **Steger:** Statt einer AKPE-Vorstandssitzung.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, sondern daß ich anschließend im Vorstand darüber berichtet habe, was bei diesem Gespräch herausgekommen ist.

Obmann Dr. **Steger:** Und was heißt in dem Zusammenhang und vor allem in diesem Gremium: Prutscher 2 Prozent? Ich darf einstweilen sagen: Warum in diesem Gremium, und was heißt das?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wir waren vorhin bei einer Aufzeichnung von mir aus dem Jahre 1974, wo ich ausgeführt habe, daß die Medizintechnikplanung, ähnlich wie die Betriebsorganisationsplanung, eigentlich eine der bedeutendsten Planungsleistungen, hinter dem Erforderlichen, bezogen auf die anderen Planungen, nachgehinkt ist. Und nun müßte — das müßte leicht zu prüfen sein — zu diesem Zeitpunkt bereits die Firma Siemens einen Gesamtauftrag über die Medizintechnikplanung gehabt haben. In diesem Planungsauftrag ist enthalten, daß gewisse Planungsleistungen an die Firma ODELGA, an die Firma Prutscher und an die Firma Dräger ...

Obmann Dr. **Steger:** Das Jahr 1976. Ich darf noch einmal aufmerksam machen, daß das Datum auch immer berücksichtigt wird.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja. Ich glaube, daß am 16. 4. 1976 die Firma Siemens bereits den Auftrag hatte für die Medizintechnikplanung gesamt. In diesem Auftrag sind enthalten gewisse Subaufträge an Prutscher, ODELGA und Dräger. Und nun glaube ich mich zu erinnern, daß es damals mit diesen Subunternehmerverhältnissen Honorarschwierigkeiten gab, nämlich die Firma Siemens hat ein Gesamtvolumen von 2,5 Prozent, und die Firma Prutscher wollte 2 Prozent haben oder wollte noch mehr haben, das weiß ich nicht, jedenfalls gab es innerhalb dieser Gruppe Schwierigkeiten. Das habe ich in diesem Gespräch mit Stadtrat

Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original) 103 von 382

Stacher und Wilfling zur Sprache gebracht, und ich glaube, heute gesehen, daß zu diesem Zeitpunkt Wilfling noch ODELGA-Geschäftsführer war.

Obmann Dr. **Steger:** Auf der Seite 19 — für alle Herren Abgeordnetenkollegen — der handschriftlichen Aufzeichnungen — da ist die 10. Teamsitzung vom 6. 4. 1974 festgehalten, also rund zwei Jahre vorher, da gab es das Team noch — heißt es unter Punkt 14 a) — ich lese wörtlich vor —: „ODELGA-Gesamtauftrag (Prutscher, Siemens, Subaufträge)". Dann steht weiter: „Ego mit Siebensohn reden, Bauangaben zeitgerecht . . .", und jetzt — da kommt jetzt dann meine Frage dran, aber ich muß Ihnen das vorher auch vorlesen — „Grundgedanke: 3 Prozent an ODELGA, wenn nicht geliefert, daher Siemens und Prutscher keine direkten Aufträge, sondern nur Subaufträge". Was heißt das? Das ist die Seite 20.

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich es, bitte, selbst lesen, zur Erinnerung.

Obmann Dr. **Steger:** Kann ihm jemand die Seiten 19 und 20 zeigen? — Die ersten drei Zeilen, Seite 20. Was heißt das?

Die untersten zwei Zeilen, und wenn Sie jetzt, bitte, umblättern.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich glaube, daß diese fünf Zeilen folgendes heißen: Das war 1974. Man müßte jetzt datumsmäßig prüfen, ob meine Erinnerung datumsmäßig überhaupt möglich ist. Zu diesem Zeitpunkt hatte Siemens den Auftrag für die Elektromedizinplanung, das sind ungefähr 40 Prozent des gesamten Medizintechnikvolumens. ODELGA hatte den Auftrag über die restliche Medizintechnikplanung aus dem Jahre 1967 oder 1968 bereits zurückgelegt, weil ODELGA sich dazu nicht imstande gefühlt hat, oder, ich glaube, wegen des Honorars, das damals 1,5 Prozent betrug, aber das muß auch nicht stimmen, und jetzt ginge es darum: Wie kommt das AKH wieder zu einem Konsulenten, der die gesamte Medizintechnikplanung abdeckt? Damals dürfte schon Siemens gesagt haben, sie sind bereit, um 2,5 Prozent diese Planung zu machen, und die Firma ODELGA, vertreten durch Dr. Wilfling, hat gesagt, sie sind bereit, diese Planung um 3 Prozent zu machen, aber nicht weniger, unter der Bedingung, daß ein 3-Prozent-Auftrag an die Firma ODELGA geht und von ODELGA die Subaufträge an Siemens und Prutscher gehen.

Obmann Dr. **Steger:** Und warum diese Subaufträge?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe den Standpunkt vertreten — ich vertrete ihn auch heute noch —, daß bei einem derart breiten medizintechnischen Planungsvolumen, das auf einmal geplant wird, nur ein koordinierender Planer die Verantwortung haben kann, denn wenn Sie getrennte Planungsaufträge hinausgeben, ist das Ganze einfach nicht koordinierbar, das heißt, die hygienischen Belange eines Operationssaales, die der Planer „A" plant, schauen sicher anders aus als ein HNO-Operationssaal, den ein anderer Planer plant. Daher kann man nicht gebietsweise aufteilen, nur so könnte man aufteilen. Ich habe also den Standpunkt vertreten: Es muß ein Gesamtverantwortlicher her!

Obmann Dr. **Steger:** Ich stelle die Frage vielleicht konkreter, denn sonst müssen Sie zu lang antworten: Warum die Firma Prutscher? Haben Sie das beantragt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kannte damals die Firma Prutscher fast noch nicht. Ich wußte aber, daß die Firma Prutscher auf dem Sektor der Laborplanung doch ein gewisses Erfahrungsgebiet, gewiß einen Erfahrungsschatz, hat, und es war immer vorgesehen, daß die Firma Prutscher im Laborbereich tätig ist, die Firma ODELGA im . . .

Obmann Dr. **Steger:** Gut. Da gibt es nämlich einen Aktenvermerk vom Stacher-Team — der Herr Direktor Wilfling war der Verfasser —, Sitzung vom 16. 4. 1974, also auch dieser Zeitpunkt, Beilage Nr. B/18, da steht unter 16:

Wie mittlerweile bekannt wird, hat der Bund die Firma Prutscher unter Vertrag genommen und soll dieser mit 2 Prozent die medizinisch-technischen Konsulentenleistungen für das Allgemeine Krankenhaus angeboten haben. Bei dieser Gelegenheit wird erwähnt, daß die Firma Prutscher noch niemals medizinisch-technischer Konsulent war und in ihrem Erzeugungsprogramm lediglich Holzlabormöbel hat.

Ist Ihnen darüber etwas bekannt? Sie scheinen auf im Aktenvermerk, daß Sie dabei waren.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, wie ich vorhin sagte: Die Firma Prutscher war bereit, gewisse Planungsleistungen um 2 Prozent zu . . .

Obmann Dr. **Steger:** Damit Sie die Frage verstehen, die ich Ihnen gestellt habe. Ich habe Ihnen vorgehalten, daß hier in einem Protokoll des Stacher-Teams, bei dem Sie anwesend waren, am 16. 4. 1974 festgehalten ist, daß dort jemand gesagt haben muß, und zwar steht hier wörtlich: „Bei dieser Gelegenheit wird erwähnt, daß die Firma Prutscher noch niemals medizinisch-technischer Konsulent war und in ihrem Erzeugungsprogramm lediglich Holzlabormöbel hat." Das heißt, hier sagt jemand, die Firma kann das eigentlich gar nicht.

Ich frage Sie daher, ob Sie das waren, oder

104 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

wer sonst es war, daß die Firma Prutscher da hineingebracht werden sollte als Konsulent.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe das sicherlich nicht gesagt, denn ich kannte ja damals die Firma Prutscher fast noch nicht; natürlich hat man den Namen gehört.

Obmann Dr. **Steger:** Können Sie sich erinnern, wer das gewesen sein könnte, der wollte, daß diese Konsulententätigkeit in diese Richtung entwickelt wird?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, es könnte ...

Wer war noch dabei? Wilfling, Siebensohn und ...

Obmann Dr. **Steger:** Darf ich die Namen noch einmal herunterlesen: Stadtrat Stacher, mittlerweile Magistratsdirektor Dr. Bandion, Senatsrat Dr. Siebensohn, Direktor Wilfling, Dipl.-Ing. Winter und Amtsrat ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Greiner.

Obmann Dr. **Steger:** Greiner. Einer von denen muß es gesagt haben, sonst kommt es doch nicht ins Protokoll. Ich frage Sie, ob Sie in Erinnerung haben, wer also diese Firma hineingebracht haben könnte?

Dipl.-Ing. **Winter:** Da muß ich passen, Herr Vorsitzender. Ich weiß nicht mehr, ob das damals der Dr. Wilfling gesagt hat oder ...

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben keinerlei Erinnerung, wer der war, der die Firma Prutscher ins Spiel gebracht hat als Konsulent? — Auch keine Erinnerung, wer die Bedenken angemeldet hat?

Vielleicht darf ich, während Sie länger nachdenken, noch einmal sagen: Es ist ja etwas Weitreichendes, wenn bei einem Siebener-Team jemand vorhanden ist, der sagt: Bitte, die können das nicht, die haben das noch nie gemacht!, und trotzdem die Entscheidung fällt, daß die immerhin um eine interessante Summe von 2 Prozent ...

Dipl.-Ing. **Winter:** ... sich beworben haben.

Obmann Dr. **Steger:** ... Konsulent werden, wie Sie aus dem anderen Aktenvermerk ja dann selbst festgehalten haben.

Daher ist ja die Frage naheliegend — die haben Sie sich als verantwortungsvoller Direktor sicher irgendwann gestellt —: Wer will eigentlich, daß diese Firma da hineinkommt?, obwohl Sie dabei waren bei einem Gespräch, wo gesagt worden ist: Die können das nicht!

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Besprechung war 1974, und die Beauftragung an Siemens und damit der Subauftrag an Prutscher war 1976.

Obmann Dr. **Steger:** Sie mißverstehen mich wieder, Herr Direktor! Das ist auch 6. 4. 1974, wo hier Ihre Handschrift ist: 3 Prozent an ODELGA, wenn nicht geliefert, daher Siemens und Prutscher keine direkten Aufträge, sondern nur Subaufträge. Diese beiden Aktenvermerke habe ich gegenübergestellt und Sie gefragt. Das ist innerhalb von zehn Tagen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das war eine Phase, wo verschiedene mögliche Modelle der Zusammensetzung bei der Medizintechnikplanung diskutiert und erwogen wurden; tatsächlich kam es ja erst 1976 zum Vertragsabschluß. Aber schon 1974 wurde im Team darüber diskutiert, aber dieses Planungsvakuum wurde ja erst dann in der AKPE-Ära abgedeckt.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Ministerialrat Freudenreich, können Sie inzwischen sagen, woher, aus welchem Ordner dieser Aktenvermerk vom 16. 4. 1976 aus B/8, Seite 99 war?

Ministerialrat Dr. **Freudenreich** (Rechnungshof): Bei genauer Ansicht dieser Unterlagen habe ich folgendes festgestellt: Auf Aktenblatt 99, ebenso wie das spätere Aktenblatt 100, befindet sich oben zunächst bei Aktenblatt 99 ein stenographischer Vermerk, das heißt wohl im Stenogramm „Stacher", und auf Aktenblatt 100 ist es auch ausgeschrieben, nicht stenographisch.

Das ist die Arbeitsweise meines Mitarbeiters, der bei der Herausnahme der Unterlagen aus den Akten sich einen Vermerk macht, wo er es wieder einordnen muß. Ich kann also mit ziemlicher Sicherheit sagen, daß das aus dem Stacher-Ordner stammt. Es läßt sich aber nachprüfen, denn die Ordner und Unterlagen sind ja bei der AKPE nach wie vor vorhanden.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt also, daß es doch noch das Stacher-Team war?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, nein! Der Geschäftsverkehr AKPE — Stadtrat war im Ordner Stacher, und Team ist ein eigener, also Team Ordner.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt also, es war eine Sitzung mit dem Stadtrat Stacher, wo Sie einen handschriftlichen Aktenvermerk angelegt haben, den haben Sie in den Ordner Stacher hineingegeben, weil Sie selbst nicht das Gefühl gehabt haben, daß es das Stacher-Team ist, weil es aber eine Besprechung mit dem Stadtrat war.

Dipl.-Ing. **Winter:** Jawohl.

Obmann Dr. **Steger:** Und warum es gerade diese Personengruppe war, können Sie eigentlich aus Ihrer heutigen Sicht nicht mehr sagen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Ich kann auch nicht

sagen, wer dieses Gespräch einberufen hat, wer der Veranlasser war.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Diplomingenieur! Noch ganz kurz etwas anderes, was thematisch dazugehört, nämlich auch wieder eine Frage: Wer hat wen ins Spiel gebracht? Das ist ja bei vielen dieser Dinge jetzt sehr entscheidend. Das wollen wir immer wissen.

Laut Seite 104 in B/8 heißt es — und das brauchen Sie, bitte, gar nicht zu lesen, denn ich lese es Ihnen vor, das ist eindeutig genug —, handschriftlicher Vermerk von Ihnen vom 28. 5. 1976 ganz unten: Ego-Vorschlag — das sind Sie —: Wilfling Konsulent der AKPE. Wilfling will nicht, um sich nicht zu blockieren. Wilfling-Vorschlag: Kölblinger nominieren.

Also warum haben Sie Herrn Direktor Wilfling am 28. 5. 1976 zum Konsulenten der AKPE vorgeschlagen? Was war für Sie ausschlaggebend?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich glaube, ich habe damals vorgeschlagen, daß ein befugter Vertreter der Magistratsabteilung 17 nominiert wird oder der Geschäftsgruppe vom Herrn Stadtrat Stacher, der für alle Belange zur Verfügung steht, daß man also einen definierten Gesprächspartner hat, denn bis zu jenem Zeitpunkt war ja das Zusammenspiel mit den beiden Nutzern nicht definiert, und wir haben ja auch — ich weiß nicht, ob das schon damals war oder später — mit den beiden Professoren Dr. Deutsch und Prof. Steinbereithner Konsulentenverträge abgeschlossen mit der Motivation, daß also jemand, der echt eine vertragliche Bindung an uns hat, natürlich viel eher dazu — unter Anführungszeichen — moralisch gezwungen ist, sich zu engagieren.

Und ich glaube also, daß dieses „Konsulent" hier sich ebenfalls darauf bezieht, daß ich gesagt habe — das ist eben Ego-Vorschlag —, die MA 17 soll uns einen Mann nominieren, der uns für alles zur Verfügung steht. Und damals wollte Dr. Wilfling sich nicht binden, oder wie ich hier geschrieben, und hat vorgeschlagen, daß das der Dipl.-Ing. Kölblinger sein soll. Aber es kam mit der MA 17 nie zu einem solchen Abschluß.

Obmann Dr. **Steger:** Es heißt dann weiter, gleich wenn man umblättert, wieder wörtlich in Ihrer Handschrift: Stacher hat Wilfling Auftrag gegeben, sich sprunghaft um AKH zu kümmern. Wilfling will sich nicht vertraglich binden. Rücken freihalten ist seine Devise.

Was heißt das?

Dipl.-Ing. **Winter:** Genauso wie vorhin — ich habe es eigentlich schon vorweggenommen —: Wilfling wollte sich in seiner gesamten Tätigkeit nicht ... mit einer vertraglichen Bindung ans AKH wäre er ja gezwungen gewesen, sich in einem Maße damit zu beschäftigen, das er sichtlich nicht wollte, und daher hat er Kölblinger vorgeschlagen.

Obmann Dr. **Steger:** Da gibt es jetzt einen Widerspruch zur Einvernahme vom letzten Mal. Da hat Sie der Herr Abgeordnete Steinbauer den ähnlichen Themenkreis gefragt, und da ist dann herausgekommen sinngemäß auf Seite 1544 unserer Protokolle hier, Seite 327 des Protokolls vom letzten Mal: Wilfling Konsulent der AKPE, es handelt sich um den EDV-Zusammenhang.

Dipl.-Ing. **Winter:** Könnte auch sein, bitte. Wie gesagt, das ist sechs Jahre her, Herr Vorsitzender. Und ich nehme an ...

Obmann Dr. **Steger:** Es könnte auch sein, daß das stimmt, was Sie das letzte Mal gesagt haben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Es könnte auch sein, daß beides stimmt, weil eigentlich würde ja beides zusammenpassen. Nicht? Wir wollten definitive Gesprächspartner, und Dr. Wilfling wollte also Kölblinger dafür nominieren.

Abg. DDr. **Hesele** (SPÖ): Herr Diplomingenieur, zu einem anderen Kapitel:

Im vorläufigen Rechnungshofbericht ist davon die Rede, daß der Aufsichtsrat seitens des Vorstandes mangelhaft informiert wurde. Können Sie hiezu Stellung nehmen?

Vorerst gleich ein erstes Beispiel aus diesem vorläufigen Rechnungshofbericht: Haben Sie bei der Vergabe der BO an die ABO den Aufsichtsrat über die erforderlichen Gewerbeberechtigungen, die Frage der Anrechnung der BO-Interim sowie über die Personalstruktur der ABO in qualitativer und quantitativer Hinsicht ausreichend informiert? Das ist ein Beispiel aus dem vorläufigen Rechnungshofbericht. Könnten Sie darüber reden?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kenne diesen Bericht nicht, möchte aber zum Vorwurf oder zu der Behauptung, wir hätten den Aufsichtsrat zuwenig informiert, folgendes sagen:

Wir hatten nahezu monatlich oder zumindest alle fünf bis sechs Wochen eine Aufsichtsratssitzung. Denn bis zum März des heurigen Jahres waren wir bei der 44. oder 45. Sitzung. Das sind also viereinhalb Jahre. Es gibt also im Schnitt ungefähr alle vier bis sechs Wochen eine Aufsichtsratssitzung. Das ist eine Frequenz, die man sicherlich in keinem anderen Unternehmen finden kann, daß nahezu monatlich eine Aufsichtsratssitzung stattfindet.

Wir hatten einen Dauerbrenner als Tagesordnungspunkt, der hieß: Stand der Planungen und Arbeiten, wo wir dem Aufsichtsrat alles, was uns wesentlich erschien und wozu wir auf

106 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Grund unserer Geschäftsordnung verpflichtet waren, informiert.

Wenn der Aufsichtsrat das Bedürfnis hatte — und das war hin und wieder —, dann hat er das angeregt, und wir haben in der darauffolgenden Sitzung für diesen Wunsch einen Tagesordnungspunkt gemacht.

Über die ABO, über den Fortschritt der ABO vor der Ausschreibung, nach der Ausschreibung, Stand des Analyseverfahrens, haben wir meines Wissens einige Male über den Stand der Vergabe im Aufsichtsrat berichtet.

Die Vergabe selbst wurde im Aufsichtsrat einstimmig und ohne, ich glaube, Schwierigkeiten genehmigt.

Meiner Überzeugung nach heute noch haben wir den Aufsichtsrat immer ausreichend informiert, denn unser Aufsichtsrat war sehr kritisch, und es hat vereinzelt Vergaben gegeben, die nicht auf Anhieb bei der ersten Sitzung genehmigt wurden, sondern eben, weil der Aufsichtsrat empfunden hat, daß das eine oder andere mangelhaft von uns dargestellt ist, nicht genehmigt, sodaß wir noch einmal in den Aufsichtsrat gehen mußten.

Ich glaube mich zu erinnern, daß das bei der Vergabe der Betriebsorganisationsplanung nicht der Fall war.

Alles, was uns wesentlich erschien, haben wir im Zusammenhang mit der ABO-Vergabe im Aufsichtsrat berichtet. Mitarbeiterprofile, gewerberechtliche Genehmigungen sind also sicherlich nicht von einem Informationsgehalt, daß wir sie in eine Aufsichtsratssitzung hineingegeben haben, und der Aufsichtsrat hat sich auch sicherlich darum nicht gekümmert, weil sonst hätte er von sich aus dazu gefragt. Nicht?

Jedenfalls konnten wir das Informationsbedürfnis, das für die einstimmige Beschlußfassung erforderlich war, mit unseren Aufsichtsratstextvorlagen sichtlich zufriedenstellen.

Ich bin der Meinung auch heute noch, wir haben den Aufsichtsrat genügend und ausreichend informiert.

Abg. DDr. **Hesele** (SPÖ): Noch zwei Beispiele, Herr Diplomingenieur, wo es scheinbar über wesentliche Punkte nicht diese Information gegeben hat. Das ist die Frage der ODELGA.

Als Angebotsunterlagen werden ja Personalprofile gefordert. Der Rechnungshof ist der Auffassung, daß hier nicht die notwendigen Unterlagen zur Verfügung gestanden sind, und zwar zum Zeitpunkt der entscheidenden Aufsichtsratssitzung soll es keine Unterlagen über die qualifizierten Mitarbeiter der Firma ODELGA gegeben haben. Das ist meine erste Frage.

Ich darf gleich im Hinblick auf die Zeitökonomie die zweite Frage anschließen. Der Rechnungshof stellt fest, daß die Firma ÖKODATA irreführende Informationen lieferte.

Ein Beispiel: Seitens der ÖKODATA wurden die Leistungen des Institutsleiters des Instituts für Funktionsanalyse — es handelt sich um Dr. Lohfert — bei der Planung von Universitätskliniken in Deutschland und Skandinavien als Tätigkeit der ÖKODATA dargestellt. Haben Sie davon den Aufsichtsrat informiert?

Dipl.-Ing. **Winter:** Zur Frage eins — Mitarbeiter —: Wenn man sich entschließt, einen Auftrag an ein Unternehmen zu geben, dann vergibt man den Auftrag an dieses Unternehmen auf Grund der Leistungsfähigkeit des Unternehmens. Es wäre wertlos, den Auftrag an die Firma zu geben, weil sie einen oder zwei oder drei gute Mitarbeiter hat, denn keine Firma kann eine Garantie abgeben, daß dieser Mitarbeiter in fünf Jahren noch da ist.

Wie wir uns also entschlossen hatten, diesen Auftrag an die Gruppe zu geben, dann haben wir natürlich nicht vor der Beauftragung verlangt: Welche Mitarbeiter nominiert das Deutsche Krankenhausinstitut?, denn wir haben ja unter anderem auf Grund der Referenzliste vergeben. Und das Deutsche Krankenhausinstitut ist so wie der Prof. Riethmüller eben an einer Fülle von Projekten beteiligt und hat zufriedenstellend gearbeitet.

Daß wir von der Firma ÖKODATA falsch informiert wurden, ist mir nicht bekannt, war mir auch nie bekannt, denn wenn wir gewußt hätten, daß man uns falsche Informationen gibt — man kann ja nicht jede Mitteilung, jede Information, die ein Auftragnehmer an einen gibt, kriminalistisch verfolgen im Hinblick darauf, ob es auch stimmt. Nicht?

Abg. DDr. **Hesele** (SPÖ): Darf ich eine Zusatzfrage, was die Firma ODELGA anbelangt, stellen. Der Rechnungshof stellt fest, in den Angebotsbestimmungen war eine detaillierte Aufstellung über die dem Bieter dauernd zur Verfügung stehenden Mitarbeiter mit Angabe der Dauer und des Inhaltes der Tätigkeit für den Bieter gefordert und eine Angabe der Referenzen über entsprechende Aufgaben im Krankenhauswesen gefordert. Dieser Bestimmung dürfte nicht Rechung getragen worden sein. Es ist eigentlich Sache des Aufsichtsrates, darüber informiert zu werden, über diese Details der Auftragsbestimmungen. Was sagen Sie dazu, bitte, Herr Diplomingenieur?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das geht derart ins Vertragsdetail hinein, daß ich passen muß, jetzt dazu zu sagen: Haben wir Mitarbeiterprofile zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gehabt oder nicht?

Ich kann mich dunkel erinnern, daß die Firma ODELGA relativ bald nach der Auftragserteilung ... *(Zwischenruf.)* Ich meine, daß die Firma ODELGA ja uns mitgeteilt hat, sie gedenkt auszuscheiden und statt dessen die neu gegründete Firma MED-CONSULT ins Vertragsverhältnis einzubringen. Über zeitliche Inkompatibilitäten, Beauftragung, Mitarbeiterprofile, Firmenauswechslung jetzt ohne jede Unterlage zu sprechen und ob da vielleicht von uns als AKPE ein Versäumnis vorliegt oder nicht, bitte, ich muß also dazu passen.

Abg. DDr. **Hesele** (SPÖ): Danke. Noch eine Frage zur ÖKODATA — Dr. Lohfert. Ich habe das bereits gesagt, es wurde als Leistung der ÖKODATA dargestellt, und der Rechnungshof stellt fest: Dieser Umstand — nämlich daß das als Tätigkeit der ÖKODATA festgestellt wurde — mußte der AKPE auf Grund der persönlichen Kontakte vor Anbotslegung und anläßlich der darauffolgenden Bietergespräche bereits bekannt gewesen sein. Darf ich Sie um eine Stellungnahme ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja bitte, wie gesagt, ich kenne das nicht. Was mußte uns bekannt sein auf Grund der Kontakte ...?

Abg. DDr. **Hesele** (SPÖ): Daß die ÖKODATA Leistungen ausgegeben hat, die das Institut für Funktionsanalyse — bei dem Bau von Planungskliniken in Deutschland und Skandinavien als Tätigkeit der ÖKODATA dargestellt hat. Dazu stellt der Rechnungshof fest, daß die Firma ÖKODATA diesbezüglich irreführende Informationen lieferte, das heißt, daß Leistungen, die dieses erwähnte Institut für Funktionsanalyse in Deutschland und Skandinavien erstellt hat — das war ja ein Mitbieter —, als Leistungen der ÖKODATA dargestellt wurden.

Und da sagt der Rechnungshof, das müßte der AKPE auf Grund persönlicher Kontakte vor der Anbotslegung und der Bietergespräche bekannt sein. Darf ich Sie daher ersuchen ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich muß sagen: Bitte, das geht derart ins Detail. Mir scheint es nicht ganz schlüssig. Zum Zeitpunkt der Beauftragung an ÖKODATA, ODELGA und so weiter kann doch ÖKODATA noch nichts beauftragt haben ans Institut für Funktionsanalyse. Die können doch nicht einen Auftrag schon weitergegeben haben, bevor sie ihn selbst haben. *(Zwischenruf.)* Aber so höre ich es ...

Abg. DDr. **Hesele** (SPÖ): Darf ich Ihnen das vorlesen: So wurden Mitarbeiter des Mitbieters Institut für Funktionsanalyse als Mitarbeiter der Firma ÖKODATA ausgewiesen und auch ihre Tätigkeit im Bereich eines anderen Instituts — nämlich des Instituts für Funktionsanalyse — dem ARGE-Partner ÖKODATA zugeschrieben. So wurden die Leistungen — und das muß bekannt sein, glaube ich, und darum geht es ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Dazu kann ich nur sagen: Ich kenne von der dänischen Firma Institut für Funktionsanalyse nur die beiden Herren Lohfert, und ich glaube nicht, daß die Firma ÖKODATA die Herren Lohfert als ÖKODATA-Mitarbeiter uns vorgestellt hat, das kann ich mir nicht vorstellen.

Abg. DDr. **Hesele** (SPÖ): So wurde es gesagt, so der Rechnungshof.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das kann ich mir aber nicht vorstellen. *(Obmann-Stellvertreter Mühlbacher übernimmt den Vorsitz.)*

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Ich muß noch einmal auf Ihre widersprüchlichen Aussagen zurückkommen in Sachen Ihres Pkw. Weil mir ein Punkt hier noch völlig ungeklärt erscheint, auch nach Ihrer Aussage.

Sie haben gesagt, wenn ich mich recht erinnere, Sie haben Ihren Wagen abgestellt in der Nähe der Nußdorfer Straße und dann einige Tage nicht benützt. Das war bis zu Ihrer Inhaftnahme.

Ist das nicht ungewöhnlich, daß man einen Wagen auf mehrere Tage abstellt? Was war Ihre Absicht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das ist ganz einfach zu beantworten. Seit nahezu einem Jahr erwäge ich, das Auto zu verkaufen, weil wir nicht zwei Autos in der Familie brauchen. Für mich war das Auto schon seit langer Zeit ein Ballast, denn ich wohne in der Mariahilfer Straße, man kriegt dort praktisch nie einen Parkplatz. Für meine Frau haben wir in einer Garage einen Parkplatz.

Daher war das bei mir immer so, daß ich das Auto irgendwo stehengelassen habe, zum Wochenende habe ich es überhaupt nicht gebraucht, denn wir haben einen Hund, und da fahren wir mit dem Auto meiner Frau, das ist ein Kombi.

Solange ich in der AKPE war, ist das Auto immer in der Garage des AKH gestanden. Nachdem diese Garage weggefallen ist, habe ich das Auto praktisch immer irgendwo stehengelassen und bin dann mit Taxi oder Autobus, je nachdem, wo ich war, weitergefahren.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber wenn Sie den Wagen, um ihn nicht benützen zu müssen, mehrere Tage wo abgestellt haben, da haben Sie sich doch sicher eingeprägt, wo Sie ihn abgestellt haben. Sie haben ihn ja dort nicht zufällig geparkt, um dann wieder weiterzufahren, sondern Sie haben jetzt gesagt, Sie haben

108 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

eben längere Zeit die Absicht gehabt, ihn längere Zeit dort stehenzulassen.

Wenn ich einen Wagen für mehrere Tage wo abstelle in dieser Absicht, das präge ich mir doch ein, Herr Zeuge. Haben Sie sich das nicht eingeprägt, wo Sie den Wagen in der Absicht abgestellt haben, ihn mehrere Tage stehenzulassen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe das Auto immer dorthin gestellt, wo ein Parkplatz war, und ich habe es auch in den letzten 40 Jahren immer gefunden, bitte, ohne daß ich weiß: Wo ist die Adresse genau? Denn man weiß, wo sein Auto steht, ohne die Hausnummer sagen zu können.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Würden Sie den Wagen heute finden, wenn Sie die Gelegenheit hätten, ihn zu suchen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja sicher.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wo würden Sie ihn suchen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Bei der Stadtbahnhaltestelle Nußdorfer Straße.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Weit von der Stadtbahnhaltestelle? Ganz nahe?

Dipl.-Ing. **Winter:** 100 m.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie sagen, daß Sie den Wagen im Umkreis von etwa 100 m der Stadtbahnhaltestelle Nußdorfer Straße abgestellt haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja. Vielleicht sind es 150 m ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber keinesfalls mehr?

Dipl.-Ing. **Winter:** Vielleicht sind es 200 m, bitte. Nachdem ich schon mehrmals der Lüge bezichtigt wurde. Aber sicher nicht 2 km.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich habe hier eine Zusatzfrage. Herr Zeuge! Würden Sie rundweg ausschließen, daß in diesem Auto irgendwelche Akten oder Schriftstücke drinnen sind?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das können Sie ausschließen. Ich würde es ausschließen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie schließen es aus. Nicht: würden es ausschließen, sondern Sie schließen es aus.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja. Ich schließe es aus. Ich darf das, bitte, sagen: Wenn der Verdacht besteht, in diesem Auto ist jetzt alles, was man sucht, dann doch meinem Rechtsanwalt zu sagen, man möge das Auto herzeigen. Ich verstehe das nicht, in der Zeitung steht ... *(Zwischenruf: Das ist inzwischen ausgeräumt worden!)* Na ja, aber ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Sie haben gesagt, Sie haben keine Gelegenheit gehabt, mit Ihrem Anwalt Fühlung zu nehmen ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, das habe ich nicht gesagt, bitte. Ich habe gesagt: Ich konnte kein einziges Mal mich mit ihm beraten, weil jedes Mal die Frau Untersuchungsrichter oder die Richteramtsanwärterin dabei ist, und der Herr Vorsitzende hat selbst vorhin gesagt, über jedes Gespräch mit meinem Rechtsanwalt und meiner Frau wird ein Protokoll angefertigt. Ich habe also, seit ich verhaftet bin, kein einziges Mal die Möglichkeit gehabt, mir einen Rat zu holen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Einen Rat zu holen, ohne daß jemand zuhört, meinen Sie?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich komme jetzt auf ein anderes Thema. Ich habe Sie in der letzten Sitzung um den Verkäufer des griechischen Grundstückes gefragt, und Sie haben damals zunächst sich an den Namen nicht erinnert und dann den Namen verstümmelt wiedergegeben als Hinweis dafür, daß Sie nicht wissen, wer das war.

Auf der anderen Seite haben Sie heute deponiert, daß Sie über die Eigenschaft des Verkäufers, Arzt oder Chemiker, deswegen Auskunft geben können, weil Sie dort sehr viele Bücher gesehen haben, die darauf hingewiesen haben, und Sie haben sich offenbar mit diesen Büchern befaßt.

Ich nehme daraus an, daß sie in der Wohnung oder in einer Kanzlei des Verkäufers waren.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, ich habe wörtlich gesagt — und ich darf das in Erinnerung rufen —: Als wir das Haus in Griechenland übernahmen, waren in den Kästen Berge von Zeitschriften, nicht Bücher, halbverschimmelten und verfaulten Fachzeitschriften in englischer Sprache. Und wenn man etwas ausräumt und ausmistet, blättert man es durch, und ich habe aus dem Inhalt damals geschlossen — es waren durchwegs chemische Formeln, die aber in die Richtung der Medizin gegangen sein könnten, ich habe das ja nicht studiert —, daß es sich um einen Arzt, Pharmazeuten oder Chemiker handeln muß, und habe meinen Anwalt in der Zwischenzeit beauftragt festzustellen — und es muß ja möglich sein über das Geburtsdatum —, was dieser Denis Mitchell heute macht.

Mitchell ist ja in England ein häufiger Name, der bei uns an Maier und so weiter heran-

kommt. Das ist doch kein Problem, das zu klären. Ich glaube — ich habe jedenfalls nie gewußt und ich habe es hier im Ausschuß zum ersten Mal gehört, daß dieser Mitchell, der im Zusammenhang mit TECHMED erwähnt ist, mein Verkäufer sein soll. Das habe ich in meinem Leben noch nie gehört. Es wäre sicherlich ein eigenartiger Zufall. Ich glaube es nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber, Herr Zeuge, wie kommt es, daß Sie ein Haus übernehmen, daß Sie sich den Kopf zerbrechen, über den Beruf oder die Fachrichtung des Verkäufers einen Eindruck gewinnen, und uns in der ersten Stizung nicht einmal sagen können, wer das war? Sie müssen sich doch, wie Sie sich befaßt haben mit dieser Person, die Ihnen so viel Literatur mitverkauft hat, daß Sie sich nicht an den Namen erinnern konnten? Man kauft doch nicht jeden Tag ein Grundstück von jemandem.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe den Verkäufer nie persönlich gesehen, nie mit ihm gesprochen. Dieses Verkaufsgeschäft kam über meinen Anwalt in Athen zustande, und der hat mir nicht Bücher verkauft, sondern — ich sage es noch einmal — in den Kästen waren Haufen von halbverschimmelten Fachzeitschriften, solche Stöße. Und bevor man so etwas wegnimmt, schaut man einmal hinein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ein anderes Thema, Herr Zeuge. Ich komme noch einmal zurück auf die erste Vernehmung, wo ich Sie gefragt habe, wie Sie zu diesem Amt gekommen sind. Ich erinnere Sie daran, daß Sie gesagt haben, Sie nehmen an, auf Grund Ihrer bisherigen fachlichen Tätigkeit im Rahmen der Gemeinde Wien. Sie haben gesagt, Sie hatten vorher keine Politikerkontakte diesbezüglich. Stimmt das? Gebe ich das sinngemäß richtig wieder?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nun gibt es tatsächlich ein Bewerbungsschreiben von Ihnen — es stammt vom 30. 6. 1975 —, und Sie schreiben hier an den Herrn Präsidialchef Obersenatsrat Dr. Bandion unter anderem: Sie schreiben von der genauen Kenntnis des Projekts, und Sie haben vor längerer Zeit die Überzeugung gewonnen, daß dieses Bauvorhaben mit dem vorhandenen Instrumentarium praktisch nicht in einem ordnungsgemäßen Projektablauf gesteuert werden kann.

Dann schreiben Sie wörtlich: Dies veranlaßte mich auch, meine Bedenken, soweit mir möglich, bei verantwortlichen Beamten und Politikern zu deponieren.

Uns sagten Sie das letzte Mal, Sie haben keine Politikerkontakte gehabt vor Ihrer Bestellung, vor Ihrer Bewerbung. In dem Bewerbungsschreiben weisen Sie selbst darauf hin, daß Sie Ihre Bedenken, soweit es Ihnen möglich war, bei verantwortlichen Beamten und Politikern — Mehrzahl — deponiert haben.

Was stimmt jetzt: Das, was Sie im Bewerbungsschreiben schreiben, oder was Sie hier vor dem Ausschuß gesagt haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe den Herrn Stadtrat Stacher informiert darüber im Rahmen des Teams. Und ob hier der Plural bei den Politikern, ob es hätte heißen müssen: Politiker, oder der Plural richtig ist, ich kann mich nicht erinnern, daß ich außer dem Herrn Stadtrat Stacher noch jemandem darüber berichtet habe. Vielleicht wenn mir eine Person nicht einfällt, dann bitte, mich nicht gleich wieder der Lüge zu bezichtigen. Vielleicht war einmal beim Herrn Stadtrat Stacher, als ich dort war, jemand anwesend und hat das zufällig auch gehört.

Nach den Beamten bin ich ja nicht gefragt worden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also was Sie im Bewerbungsschreiben geschrieben haben, ist der Plural falsch. Sie haben also nur mit dem Politiker Stacher vor Ihrer Bestellung zum AKPE-Vorstand Kontakte gehabt? Sonst mit keinem Politiker?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja. Ich kann mich nur an den Herrn Stadtrat Stacher erinnern.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Sind Sie beim „Club 45", beim sogenannten Demel-Club?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wie lange schon?

Dipl.-Ing. **Winter:** Größenordnungsmäßig seit zwei Jahren.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Erst als AKPE-Direktor hingegangen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben vorhin eine Aussage gemacht gegenüber dem Abgeordneten Feurstein, die mir extrem unglaubwürdig vorkommt.

Sie haben gesagt, daß Sie der SPÖ einen Mitgliedsbeitrag von 200 S pro Jahr etwa und sonst nichts geleistet hätten. Ich bezeichne das ausdrücklich als extrem unglaubwürdig. Was haben Sie für einen Bezug als Vorstandsdirektor gehabt?

Dipl.-Ing. **Winter:** 68 000 brutto mal 16.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): 68 000 mal 16. Es ist mir bekannt, daß Persönlichkeiten, die der

Sozialistischen Partei angehören und die in eine führende Stellung auf Grund öffentlichen Vertrauens delegiert werden, einen bestimmten Prozentsatz ihres Einkommens als sogenannte Parteisteuer abführen müssen, abführen sollen oder dazu eingeladen sind. Sind Sie mit dieser Regelung nie vertraut gemacht worden?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich bin mit dieser Regelung nie vertraut gemacht worden. Es gab nie Forderungen an mich irgendwelcher Art, und ich hoffe nur, daß keine Nachforderungen kommen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge, ein Mitgliedsbeitrag von 200 S im Jahr ergibt nicht einmal 20 S im Monat.

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich das korrigieren: Ich habe vorhin nicht gesagt 200 S, sondern: Ich zahle meinen Mitgliedsbeitrag, und darüber hinaus, zu gewissen Anlässen, wenn mit der Korrespondenz Zahlscheine kommen — das ist im Jahr vier-, fünfmal —, zahle ich freiwillige Spenden: 100 S oder etwas mehr. Vielleicht sind es auch nicht 200 S, sondern vielleicht sind es doch 500 S, aber keinen fixen prozentuellen Betrag, den ich abführen müßte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Steigern wir es halt jetzt ein bissel. Können Sie uns präzise sagen: Was haben Sie nach Ihrer Schätzung im Jahr — sagen wir 1978 — der Sozialistischen Partei insgesamt an finanziellem Beitrag oder an Spenden zur Verfügung gestellt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Der Mitgliedsbeitrag beträgt ungefähr 200 S; also sicher nicht mehr als 500 S bis 700 S. Sicher nicht mehr! Im Jahr 1978, lautete die Frage. Sicher nicht mehr.

Abg. Dr. **Steinbauer** (ÖVP): Das ist mit allem? Mitgliedsbeitrag und Spenden?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja. Wenn ein Zahlschein kommt von den „Kinderfreunden" oder anläßlich einer Wahl, das ist eine Routineaussendung, da zahlt man etwas ein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie eine Wahlspende für die Nationalratswahl 1979 selbst bezahlt oder sonst irgendwie zur Verfügung stellen müssen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Gezielt eine Wahlspende? — Ich habe überhaupt nur bezahlt, wenn etwas mit einem Erlagschein, mit einem Zahlschein kam. Ob ich anläßlich der Wahl 1979 vielleicht 50 oder 100 S gespendet habe, weiß ich nicht, aber es ist nicht auszuschließen. Aber sicher nicht mehr!

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Ein anderes Thema. Sie haben vorhin eingehend geschildert, daß dieses Katzenschlager-Papier mit Herrn Sektionschef Waiz diskutiert wurde. Sie haben ferner auf die eher große Zahl der Aufsichtsratssitzungen hingewiesen. Hat der Herr Sektionschef Waiz sich nur dieser Katzenschlager-Stellungnahme so intensiv angenommen oder war das eher üblich, daß Sie auch solche mehr am Rande liegende Fragen mit dem Herrn Aufsichtsratsvorsitzenden besprochen haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wir hatten mit dem Herrn Aufsichtsratsvorsitzenden des öfteren gemeinsame Gespräche, sehr oft in der Form, daß wir um 5 Uhr oder 6 Uhr zu ihm ins Ministerium fuhren, dann bis 8 Uhr bei ihm im Büro gesprochen haben, anschließend Essen gegangen sind und hier meistens bis Mitternacht weiter gesprochen haben.

Und da haben wir ihn natürlich im Rahmen solcher Meetings, möchte ich sagen, über wesentliche Sachen, wo wir gedacht haben, sie seien für ihn interessant, informiert, und umgekehrt hat er gefragt, wenn er über irgendwelche Geschäftsfälle oder Vorkommnisse Auskunft haben wollte. Bei diesen Zusammenkünften sind wir eigentlich erst so ab Mitte 1978 von diesen bis spät in der Nacht dauernden Besprechungen abgekommen und haben sie meistens bei uns im Büro abgehalten.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Soll ich das so verstehen, daß durch diese Praxis der Herr Sektionschef Waiz über alle wesentlichen Fragen der Geschäftsführung informiert von Ihnen war?

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich meine Antwort vielleicht insofern umdrehen und sagen: Der Herr Sektionschef Waiz hatte sicherlich einen höheren Informationsstand als die „normalen" Mitglieder des Aufsichtsrates. Aber zu sagen: „über alle wesentlichen Geschäftsfälle" wäre vielleicht doch etwas übertrieben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben sich diese langen Gespräche mit dem Herrn Sektionschef Waiz, die zum Teil dann Abendessen und abendliche Sitzungen waren, so abgespielt, daß der Herr Sektionschef Waiz immer nur gehört hat und Informationen entgegengenommen hat oder hat er sich auch zu den Fragen, die Sie mit ihm besprochen haben, seinerseits geäußert?

Dipl.-Ing. **Winter:** Er hat sich natürlich auch geäußert.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Waren das Fragen, die die Geschäftsführung der AKPE betrafen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Na ja, sicherlich, in irgendeiner Form hat es immer die Geschäftsführung betroffen, denn es wurden nicht Details besprochen, sondern wesentliche Belange.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich halte also fest, daß wesentliche Belange, wie Sie gesagt haben, der Geschäftsführung in diesen langen Gesprächen mit dem Herrn Aufsichtsratvorsitzenden besprochen wurden, und zwar nicht nur so, daß der Herr Sektionschef gehört hat, sondern daß er sich auch dazu geäußert hat. Und damit kommen wir zu einer Frage, wo es unterschiedliche Aussagen gibt. Haben Sie gegenüber dem Herrn Redakteur Worm nicht die Worte verwendet, daß sich der Herr Sektionschef in die Geschäftsführung eingeschaltet hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Diese Worte habe ich sicher nicht verwendet. Ich glaube mich erinnern zu können, daß ich sie nicht verwendet habe. Ich habe nur gesagt, er hat wegen seines großen Engagements und seiner Ambition wegen — ich weiß nicht, woher dieser Name aufgetaucht ist — den scherzhaften Beinamen geschäftsführender Aufsichtsratspräsident gehabt. Generell möchte ich zu meinen Aussagen dem Herrn Worm gegenüber sagen: Für mich war das Ziel, mit Herrn Worm zu einer Gesprächsplattform zu kommen, daß man ihm das eine oder andere gesagt hat, das gar nicht stimmt, um ihn irgendwie informationsmäßig zu locken oder sich interessant zu machen; das war sicher drinnen. Ich habe ihm auch gesagt — leider ist das am Tonband nicht drauf, weil es nur die ersten 30 Minuten sind: Herr Worm, Sie müssen schon bedenken, daß heute der 1. April ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie wollten den Herrn Redakteur Worm „informationsmäßig locken". In welcher Hinsicht: daß er Ihnen Informationen gibt oder daß er Informationen von Ihnen entgegennimmt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das Ziel war, mich überhaupt mit dem Herrn Worm zusammenzusetzen, weil er mich angesprochen hat und gebeten hat: Können wir uns einmal längere Zeit unterhalten? Daraufhin habe ich gesagt: Ja, warum nicht? Ich bin zu diesem Gespräch gegangen, allein mit dem Ziel, mit dem Herrn Worm eine menschliche Plattform zu finden, daß seinerseits mit diesem — ich habe den Ausdruck schon einmal verwendet — Dreckschleudern aufgehört wird und er zu einer möglichst objektiven Berichterstattung übergeht.

Ich habe ihm gesagt, daß bei einem derartigen Großbauvorhaben, wo so viele Hunderte Menschen, APAK und AKPE allein also fast 150 in der direkten Führung und darüber hinaus Tausende Ingenieure tätig sind, ganz einfach Fehler und Mängel passieren und daß man das nicht immer als „Skandale" verkaufen muß, sondern, wenn er schon darüber berichtet — und das gestehe ich einem Journalisten zu —, dann soll er objektiv berichten, aber nicht hinter jedem Fehler, der natürlich beim AKH gleich eine Million ausmachen kann, einen Skandal vermuten.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie sind mir jetzt ausgewichen. Sie haben vorhin ausdrücklich die Worte verwendet „informationsmäßig locken". Was heißt das? Wollten Sie den Herrn Worm locken, daß er Ihnen etwas sagt — ich wiederhole meine Frage präzise — oder wollten Sie ihn informationsmäßig so locken, daß Sie etwas bei ihm anbringen können?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich wollte nichts bei ihm anbringen, sondern ich habe ihm dann auch einmal im späteren Gesprächsverlauf eines angeboten. Ich sagte: Herr Worm, wenn Sie etwas haben, wo Sie glauben, schreiben zu müssen, dann reden Sie vorher mit mir, dann kriegen Sie den gesamten sachlichen Sachverhalt und dann berichten Sie objektiv darüber. Man kann ja ohnehin nicht verhindern, daß ein Journalist etwas bringt. Aber wenn man ihn mit der Wahrheit füttert, dann kann er wenigstens nicht unsachlich oder falsch schreiben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie bei diesem „Fütterungsvorgang", Herr Zeuge, davon gesprochen, daß man Liechtenstein außer Betracht lassen soll?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das habe ich nie gesagt, das ist auch auf dem Tonband nicht drauf!

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie, Herr Zeuge, im Zuge des Gesprächs mit dem Redakteur Worm irgendeine Aussage dazu gemacht, wie stark sich der Herr Aufsichtsratsvorsitzende Waiz in die Geschäftsführung eingeschaltet hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich jetzt natürlich nicht mehr an jedes Detail eines zwei Stunden langen Gespräches erinnern, aber ich weiß noch, er wollte immer von „Druck" etwas wissen. Ich habe ihm gesagt: Eine Entscheidung ohne Druck gibt es überhaupt nicht, denn sie haben den Zeitdruck, sie haben den Akquisitionsdruck der Industrie. Aber ein Druck in der Form, wie es sich der Herr Worm vorgestellt hat, daß wir echt vergewaltigt worden sind, das hat es nie gegeben. Nie!

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Sie haben aber immerhin jetzt gesagt, daß es sehr ausgiebige und zahlreiche Gespräche mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden über Fragen gab, die ihre Geschäftsführung betrafen. Man hat also hier über diese Dinge gesprochen. Haben Sie sich dem Aufsichtsratsvorsitzenden nicht verpflichtet gefühlt in dem Sinn, daß Sie ihn eben als übergeordnete Instanz betrachtet haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Eigentlich nein, denn auch

112 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

als Nicht-Jurist war mir immer klar, was der Inhalt des Aktiengesetzes ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sind Sie davon ausgegangen, daß der Aufsichtsratsvorsitzende das Vertrauen des Finanzministers besitzt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Mir ist nie bekannt geworden, daß es zwischen dem Leiter der Budgetsektion und dem Herrn Vizekanzler irgendwo einmal Schwierigkeiten gegeben hätte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie sind also von einem bestimmten Vertrauensverhältnis ausgegangen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich bin davon ausgegangen, daß dieses Verhältnis genauso gut oder genauso schlecht ist, wie es sonst zwischen einem Minister und seinen Sektionschefs ist: ein ganz normales Arbeitsverhältnis.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Wenn Sie mit dem Herrn Sektionschef Waiz sehr viele Fragen eingehend besprochen haben, sind Sie in Ihrer persönlichen Vorstellung davon ausgegangen, daß damit dahinter die Autorität des Finanzministers steht, oder war das für Sie nicht so?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich konnte aus keinerlei Äußerung erkennen oder auch nur Ansätze erkennen, daß hier die Autorität des Herrn Vizekanzlers dahintersteckt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Ich halte Ihnen jetzt das vor, was Gegenstand dieses Tonbandprotokolls ist:

Herr Waiz hat nicht umsonst das Sprichwort der geschäftsführende Aufsichtsratspräsident, weil ein Aufsichtsratspräsident tut ja normalerweise nichts, aber bei uns greift er ja enorm ein, indem er halt einmal dem etwas sagt, einmal dem etwas sagt und einmal dem etwas sagt, aber natürlich nur sagen, so etwas bekommen Sie nie schriftlich.

Erste Frage: Ist das falsch wiedergegeben hier im Protokoll über die Tonbandmitschrift? Ich möchte Sie aufmerksam machen, wir können ja beantragen, daß Sie gegenübergestellt werden dem Herrn Ing. Worm. Bitte sagen Sie, ob das zutreffend wiedergegeben ist oder nicht!

Dipl.-Ing. **Winter:** Es ist sicherlich so, daß seitens des Sektionschefs Waiz auf uns in dieser Form kein Druck ausgeübt wurde, das steht bitte fest. Ob ich mich jetzt in der Formulierung einem Journalisten gegenüber, noch dazu dem Herrn Worm, sehr ungeschickt verhalten habe, das gebe ich in der Zwischenzeit durchaus zu. Aber ich betrachte ein Gespräch mit einem Herrn Worm, das ohne mein Wissen mit einem Tonband aufgezeichnet wurde, nicht als derart gravierend, und ich gebe durchaus zu, daß ich hier Sachen gesagt habe, die also ungeschickt formuliert sind, um eben dem Herrn Worm sozusagen anzudeuten, man könnte ihm etwas sagen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Ich entnehme also Ihrer Antwort, daß Sie durchaus zumindest offenlassen, daß diese Wiedergabe richtig war. Nun haben Sie aber auch im Zuge dieses Gesprächs, das auf Tonband aufgezeichnet wurde, gesagt:

Und was glauben Sie, welche Chance der AKPE-Vorstand gehabt hätte, das an jemand anderen zu vergeben als an die ABO — im engen Zusammenhang mit dieser vorhergehenden Äußerung vom geschäftsführenden Aufsichtsratspräsidenten.

Herr Zeuge! Das ist nicht eine Ungeschicklichkeit, sondern ist Ihnen bewußt, daß Sie damit einen höchsten Beamten der Republik Österreich schwer belastet haben? Das kann doch nicht eine Ungeschicklichkeit sein. Welchen Grund haben Sie gehabt, im Gespräch mit dem Herrn Ing. Worm einen höchsten Beamten auf diese Weise zu belasten, daß er nämlich eingreift und daß Sie dadurch keine Chance gehabt haben, an jemand anderen zu vergeben als an die ABO?

Dipl.-Ing. **Winter:** Mich jetzt an ein Tonbandprotokoll festzunageln, das auch nur stückweise ist, ich hatte nur einmal Gelegenheit, dieses Protokoll fünf Minuten durchzublättern bei der Frau Untersuchungsrichterin. Hier sind an derart vielen Stellen Stricherln oder Punkterln. Dann, wie gesagt, es ist ein Bruchteil, ein Drittel oder Viertel des gesamten Gesprächsablaufes, wir sind ja immer wieder zurückgekommen. Ich habe ja schon gesagt, dieses Gespräch mit dem Herrn Worm war sehr ungeschickt. Wenn ich darüber hinaus auch noch weitere Konsequenzen habe, dann kann ich es auch nicht mehr ändern. Ich habe es leider gehabt, ich habe mit dem Herrn Worm gesprochen, es war zu Beginn des Gespräches mit dem Herrn Worm vereinbart, er hat wörtlich gesagt: Sie haben mein Wort, von diesem Gespräch wird nie Gebrauch gemacht. Mit diesen Worten haben wir uns auch verabschiedet, der Herr Worm hat davon Gebrauch gemacht und hat es darüber hinaus auf einem Tonband aufgezeichnet.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Sie berufen sich hier auf Ungeschicklichkeit und darauf, daß Sie vertrauen konnten, daß davon kein Gebrauch gemacht wird. Das verstehe ich menschlich. Ich selbst rede oft mit Journalisten und es taucht dann manchmal die Frage auf: Wird davon Gebrauch gemacht oder nicht? Und man kann sich im allgemeinen danach halten. Ich kann Sie sehr gut verstehen, daß Sie hier

Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original) 113 von 382

enttäuscht sind und daß Sie sich hereingelegt fühlen. Das beantwortet aber die Frage nicht. Und Ungeschicklichkeit weist ja eher darauf hin, daß Sie hier doch etwas gesagt haben, was Sie so gemeint haben. Oder haben Sie hier bewußt Unwahres gegenüber dem Herrn Worm gesagt, im Vertrauen auf seine Verschwiegenheit?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe ihm nicht bewußt Unwahres gesagt, aber in einem zweistündigen Gespräch Fragmente herauszugreifen, wie es beim Tonbandprotokoll der Fall ist, das gibt keine gesamte Wiedergabe des Gespräches.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge, ein Fragment ist ein Bruchstück, das gebe ich Ihnen zu, aber selbst wenn ich dieses Fragment herausreiße aus einem sonstigen Zusammenhang: Haben Sie im Zuge dieses Gesprächs zu diesem Thema — Einschaltung des Aufsichtsratsvorsitzenden — etwas anderes gesagt als dieses Inhaltes?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich nicht an einzelne Passagen erinnern, aber ich habe dem Herrn Worm mehrmals gesagt, weil er immer wieder darauf zurückgekommen ist: Herr Worm, das, was Sie vermuten, hat es nicht gegeben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich habe aber noch immer nicht von Ihnen, Herr Zeuge, die Aussage: Haben Sie den Herrn Worm bewußt falsch informiert im Vertrauen auf seine Vertraulichkeit, die er Ihnen zugesagt hat, oder haben Sie ihm im Vertrauen auf seine Verschwiegenheit das gesagt, was Ihr Eindruck war?

Dipl.-Ing. **Winter:** Im Vertrauen darauf habe ich vielleicht Formulierungen gebraucht, die ich als ungeschickt bezeichne, weil aus dieser Niederschrift, die ja nicht hundertprozentig lückenlos ist, der Eindruck entstehen könnte, ich hätte den Herrn Sektionschef belastet. Das habe ich nie!

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie ungeschickte oder unwahre Äußerungen gemacht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ungeschickte.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Diplomingenieur! Wissen Sie, ob und gegebenenfalls welche Beziehungen zwischen Ihren Mit-Direktoren Parzer und Schwaiger zu Führungskräften der Firma Siemens bestanden, und zwar zu solchen Führungskräften, die also beim Bau des AKH beschäftigt waren?

Dipl.-Ing. **Winter:** Im AKH sind zwei oder drei Vorstandsbereiche tätig, wenn man den kaufmännischen dazuzählt, nämlich der des Vorstandsbereiches Installationstechnik unter dem Vorstandsdirektor Vogel und einzelne Bereiche unter dem Vorstandsdirektor Amlinger. Vorstandsdirektor Vogel war meines Wissens der frühere Chef des Herrn Parzer. Ob er es direkt war oder ob ein Leiter des Büros der Abteilung. Da muß noch jemand dazwischen gewesen sein, denn diese Abteilung heißt E 6 oder E 7. Herr Parzer war dort, glaube ich, nicht Abteilungsleiter. Es gab zwischen dem Vorstand Vogel und dem Herrn Parzer aus der Vergangenheit heraus ein direktes Verhältnis. Herr Parzer war ja Angestellter der Firma Siemens. Über Beziehungen von Herrn Dr. Schwaiger zur Firma Siemens kann ich überhaupt nichts sagen, außer, daß ich weiß, daß kaufmännische Details — kaufmännische Vertragsdetails — zwischen ihm und Direktor Swoboda ausgehandelt wurden, die für mich nicht relevant waren.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Welche Kontakte bestanden Ihres Wissens nach zwischen den Direktoren Parzer und Schwaiger einerseits und Wilfling anderseits?

Dipl.-Ing. **Winter:** Aus meiner Sicht waren es normale Arbeitskontakte, ob es darüber hinaus Kontakte zwischen Wilfling und Dr. Schwaiger gegeben hat, zum Beispiel aus der ODELGA-Tätigkeit, weiß ich nicht, da kann ich nichts sagen. Auch Kontakte zwischen Direktor Parzer und Dr. Wilfling sind mir nicht bekannt. Ich kann also nicht sagen, ob das irgendwie intensiver war oder mit welcher Häufigkeit oder sonst etwas.

Obmannstellvertreter **Mühlbacher:** Herr Diplomingenieur! Ich habe vor mir ein Schreiben der Firma Siemens Austria liegen, adressiert an Drägerwerk AG, zu Handen Herrn Prokurist Dipl.-Ing. Wilke. Da lautet der erste Satz: „Unter höflicher Bezugnahme auf die telephonische Absprache zwischen Ihnen und unserem Herrn Hauska überreichen wir Ihnen den Sub-Vertragsentwurf. Bezüglich der Honorarhöhe wurde im Einvernehmen mit der AKPE 2 Prozent festgelegt." — Wissen Sie davon?

Dipl.-Ing. **Winter:** An diesen Brief könnte ich mich auf Anhieb nicht erinnern. Das sind die 2 Prozent, die vorhin bei Prutscher diskutiert wurden. Die Firma Siemens hat drei Subunternehmer, die ja bereits im Hauptvertrag vertraglich verankert waren, nämlich die Firma Prutscher für Labor, die Firma ODELGA für Sterilisation, Hygiene und Normalpflege und die Firma Dräger für den gesamten Bereich Anästhesiologie und Beatmung. Die Subhonorare waren 2 Prozent. Vorhin haben wir darüber gesprochen, daß ich in einer Besprechung beim Herrn Stadtrat Stacher gesagt habe, daß die Firma Prutscher nicht bereit ist, um diese

2 Prozent das zu machen. Das wurde dann applaniert.

Obmannstellvertreter **Mühlbacher:** Das heißt: Von der 2prozentigen Provision war wirklich das Einvernehmen mit der AKPE gegeben, so wie es hier steht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Bitte nicht Provision. Das ist das Honorar für die Planungsleistung. Die Firma Siemens hat den Gesamtplanungsauftrag für die Medizintechnik mit 2,5 Prozent. Für jene Bereiche, die sie nicht selbst plant, hat sie Subunternehmerverträge weitergegeben. Diese Honorare sind 2 Prozent, und die 0,5 Prozent verbleiben der Firma Siemens für den Koordinationsaufwand. Das haben wir gewußt.

Obmannstellvertreter **Mühlbacher:** Das war einvernehmlich, das heißt, davon hat die AKPE, der Vorstand gewußt und hat das also auch genehmigt.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Obmannstellvertreter **Mühlbacher:** Mit dem Direktor Wilke haben Sie persönlichen Kontakt gehabt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kenne den Herrn Direktor Wilke — er ist nicht Direktor, sondern Prokurist oder Abteilungsleiter —, ich schätze, ungefähr seit 1974 oder 1975, habe aber mit ihm in diesem Zusammenhang keinerlei Verhandlungen geführt, denn es war direkt ein Subvertrag zwischen Siemens und Dräger.

Obmannstellvertreter **Mühlbacher:** Darf ich Sie bitten, von Ihrer Handschrift, die ich Ihnen jetzt überreiche, da ich es nicht lesen kann, den Punkt 6 vorzulesen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich es bitte zuerst einmal lesen, damit ich es dann flüssig lesen kann.

Das heißt: „Siemens-Dräger: ego Klärung, welche ‚Geräte' genau im Medizingasauftrag (Siemens-Querulanz) Flicker telephonisch; Wilfling will Dräger Subauftrag nicht, Sputh spricht ungeschickt; ‚größte Vorsicht'."

Obmannstellvertreter **Mühlbacher:** Was heißt das: größte Vorsicht und der ganze Vermerk?

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich sehen, wer da überhaupt dabei war? — Ich erinnere mich schon. Wir waren gemeinsam in Düsseldorf — Herr Parzer, Herr Wilfling und ich — und haben im Bereich des Deutschen Krankenhausinstitutes zu tun gehabt und haben uns in einer Wartepause, sei es am Flughafen oder irgendwo hingesetzt und haben verschiedenes besprochen. Darum steht dort: Düsseldorf, obwohl das Ganze mit Düsseldorf nichts zu tun hat. Im Zuge der Reise haben wir aktuelle Themen besprochen.

Das heißt folgendes: Die Firma Dräger hatte bereits aus der Zeit der Bauleitung den Auftrag für die Lieferung und Montage der zentralen Gasversorgungsanlage. Und nun waren in dieser Lieferung Geräte enthalten, wo die Firma Siemens den Standpunkt vertreten hat, eigentlich hätte das in ihr Planungsvolumen gehört. Es hat sich im konkreten Fall, wenn ich mich richtig erinnere, um die sogenannten medizinischen Deckenstative in Operationssälen gehandelt. Die waren schon auf Grund des Auftrages aus der alten Bauleitung vergeben.

Und nun ist Dr. Wilfling an mich herangetreten und wollte nicht, daß Dräger diese Geräte liefert. Es ging also um nichts anderes als um eine Abgrenzung des Liefervolumens. Und es ist größte Vorsicht — darum steht da Flicker; Direktor Flicker war der zuständige Abteilungsleiter der Firma Siemens —, da ich mir vorgenommen habe, mich an Dr. Flicker zu wenden, damit nicht aus Brotneid — und man kann es nur so bezeichnen — zu querulieren begonnen wird und jetzt wieder Schwierigkeiten in das Vertragsverhältnis hineingebracht werden.

Ich glaube — ich sehe es aus meiner Kopie nicht —, es dürfte 1976 heißen. Das heißt, zu diesem Zeitpunkt war der Dräger-Auftrag aus der Bauleitung rechtskräftig, der Siemens-Planungsauftrag war rechtskräftig. Und plötzlich haben die untereinander zu diskutieren begonnen, daß ein kleiner Teil aus dem einen Liefervolumen herausgenommen wird und in das andere Planungsvolumen hineingegeben werden soll. Das ist eine echt absurde Sache.

Obmannstellvertreter **Mühlbacher:** Dazu noch: Ein Fernschreiben der AKPE, gekennzeichnet Winter, an Dipl.-Ing. Wilke vom Dräger-Werk in Lübeck — umgekehrt: von Wilke, Dräger-Werk in Lübeck —, worin, wie es heißt, nochmals um Unterstützung einer Himalaja-Expedition 1977 gebeten wird. Wie ist das in diesem Zusammenhang zu verstehen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ganz einfach. Diese Himalaja-Expedition stand unter dem Ehrenschutz des Herrn Bürgermeisters, und der Expeditionsleiter war Ing. Klausbruckner, ein Beamter der Magistratsabteilung 34. Ing. Klausbruckner hat sich an mich gewandt, ob wir auf Grund unserer Industriekontakte vielleicht von der einen oder anderen Firma für diese Expedition eine offizielle Spende erwirken könnten.

Da habe ich zu ihm gesagt: Solche Spenden sind sehr schwer zu erreichen; es ist weit einfacher, wenn die Expedition irgendeine Sachspende in Anspruch nimmt; denn eine solche Firma gibt gern ein Gerät, zwei ihrer Geräte her, die auf einer Expedition benötigt werden, um sie unter dem Titel „Erprobung" zur Verfügung zu stellen. Klausbruckner hat gesagt, für

den Gipfelsturm würden sie zwei Höhenatmer benötigen. Daraufhin habe ich mich an Herrn Wilke gewandt, ob die Firma Dräger bereit wäre, für diese österreichische Himalaja-Expedition zwei Höhenatmergeräte zur Verfügung zu stellen.

Obmannstellvertreter **Mühlbacher:** Ist es dazu gekommen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich glaube, ja.

Obmannstellvertreter **Mühlbacher:** Danke.

Zu einem anderen Fragenkomplex, Herr Diplomingenieur.

Bei Ihrer letzten Einvernahme habe ich Sie gefragt hinsichtlich Ihres Sparkontos bei der Ersten Österreichischen Spar-Casse; nicht Sparkonto, sondern wo Sie sagten, es ist ein Gehaltskonto.

Dipl.-Ing. **Winter:** Giro-Konto.

Obmannstellvertreter **Mühlbacher:** Giro-Konto.

Sind Sie heute bereit, über die Eigenerläge, die in einem Zeitraum von zwei Jahren in der Höhe von 10 Millionen Schilling erfolgten, Auskunft zu geben und von wo diese Eigenerläge gekommen sind?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nachdem ich in der Zwischenzeit keine Möglichkeit hatte, mich mit meinem Anwalt zu beraten, und ein Finanzstrafverfahren gegen mich läuft, ich also ebenfalls Beschuldigter bin, möchte ich dazu nichts sagen.

Obmannstellvertreter **Mühlbacher:** Nun zu meiner letzten Frage. Sie steht im Anschluß an zwei Fragen, die ich heute gestellt habe. Und zwar wieder zurückkommend auf ÖVP-Betriebsorganisation-Firmen.

Bedeutet das, daß von seiten der ÖVP versucht wurde, Ihnen Firmen namhaft zu machen, die auch bei der Betriebsorganisation hätten Aufträge erhalten sollen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nachdem, ich glaube, Sektionschef Waiz das damals in dieser Besprechung gesagt hat — ich kann mich nicht mehr erinnern, welche Firma er uns vorgeschlagen hat —, könnte es durchaus so gewesen sein. Aber ich selbst habe nie mit jemandem gesprochen, sondern das kam von Sektionschef Waiz.

Obmannstellvertreter **Mühlbacher:** Sektionschef Waiz hat Ihnen Firmen genannt mit der Beifügung ÖVP?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann es nicht ausschließen, daß hier Sektionschef Waiz eine Firma genannt hat, die man vielleicht — unter Anführungszeichen — als „ÖVP-nahe" bezeichnet.

Obmannstellvertreter **Mühlbacher:** Steht der Kontakt Busek damit in Verbindung? Von dem haben wir auch heute schon gesprochen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Steht das dabei?

Obmannstellvertreter **Mühlbacher:** Das ist eine Frage von mir, ob der Kontakt Busek damit in Zusammenhang zu bringen ist, daß vielleicht vom Herrn Vizebürgermeister Firmen über Sektionschef Waiz genannt worden sind und daher die Bezeichnung ÖVP dazukam.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Fragen Sie das den Waiz.

Obmannstellvertreter **Mühlbacher:** Das können wir auch. Jetzt frage ich den Herrn Zeugen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe mir da leider zu wenig aufgeschrieben. Erinnern kann ich mich nicht. Ich kann es auch nicht ausschließen.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Herr Diplomingenieur! Können Sie sich an irgendeine Firma erinnern, die hier genannt worden ist, die Sie offensichtlich in dieser Notiz so allgemein mit „ÖVP-Betriebsorganisation" überschrieben haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Es wurde einmal über die Firma Ratio gesprochen. Aber ob das in diesem Zusammenhang war? Darum sage ich ja: Ob das in diesem Zusammenhang war, weiß ich wirklich nicht mehr.

Aber es wär sicherlich auch noch eine andere Firma. Aber vielleicht kann sich Dr. Schwaiger erinnern. Denn wenn wir beisammensaßen, hat ja jeder Vorstand seine handschriftlichen Notizen gemacht. Es müßte aus den handschriftlichen Notizen der anderen Vorstandsmitglieder vielleicht mehr ersichtlich sein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Der Rechnungshof kritisiert, daß die Firma Ratio, die soeben genannt wurde, dann ausgeschaltet wurde. Sie war einmal miteinbezogen und ist dann ausgeschaltet worden. Wissen Sie, warum das geschehen ist?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Firma Ratio war zum Zeitpunkt der Betriebsorganisationsplanungsvergabe in der Bauleitung 1973 in irgendeiner Form im Gespräch. Nun war ich ja nicht so involviert in der Bauleitung — es war ja eines meiner Projekte —, daß ich nicht mehr sagen kann, wie der BO-Vertrag mit Riethmüller aus 1973 zustande kam. Das müßten primär die damaligen Bauleiter und Stellvertreter oder die Herren der Magistratsabteilung 17 beantwor-

116 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

ten können. Ich kann also nicht sagen, warum die Ratio 1973 ausgeschieden ist.

Ich kann mich nur an eine Besprechung erinnern, bei der der Baudirektor Kollar irgend etwas gegen die Ratio gesagt hat. Aber das ist schon derart nebulos, daß ich da passen muß.

Die Firma Ratio haben wir dann in der AKPE bei der Ausschreibung nicht mehr eingeladen, weil ich mich erinnern kann, daß die Firma Ratio bis dahin überhaupt keine Spitalserfahrung hatte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich darf, um Ihrer Erinnerung zu helfen, vielleicht auf folgendes hinweisen:

Im Rechnungshofbericht heißt es, daß die Bauleitung — ich verkürze jetzt; etwa in der 13. Sitzung, 6. Mai 1970 — auf das Problem Betriebs- und Organisationsplanung hingewiesen hat — noch die seinerzeitige Bauleitung, wo Sie nicht eingeschaltet waren —, daß ein Anbot der Firma Ratio Betriebsberatungsgesellschaft m.b.H. existiert hat. Seitens der beamteten Vertreter der Stadt Wien — in Klammer: Obersenatsrat Dr. Widmayer und Obersenatsrat Dr. Machtl — wurden wegen der negativen Erfahrungen im Bereich der Stadt Wien Einwendungen gegen die Firma Ratio erhoben.

Es heißt dann weiter im Rechnungshofbericht:

Seitens der Stadtbauamtsdirektion der Stadt Wien wurde in einem Schreiben vom 24. Feber 1972 ausdrücklich betont, daß gegen die Heranziehung der Firma Ratio kein Einwand bestehe.

Das war allerdings vor Ihrer Amtstätigkeit.

Können Sie sich nicht erinnern, warum man hier die Firma Ratio nicht herangezogen hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich sagte vorhin: Ich glaube, daß wir die Firma Ratio deshalb ausgeschieden haben, weil sie überhaupt keine Spitalserfahrung hatte. Aber das müßte aus den schriftlichen Entscheidungsgrundlagen in der AKPE hervorgehen. Wir haben damals aus über 80 Unternehmungen ausgesucht. Ich weiß heute nicht mehr die Entscheidungskriterien, die zur stufenweisen Selektion geführt haben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat man bei Ihnen jemals für die Firma Ratio interveniert nach Ihrer Erinnerung?

Dipl.-Ing. **Winter:** Außer diesem Gespräch mit Sektionschef Waiz, von dem ich nicht mit Sicherheit sagen kann, ob es dabei um die Firma Ratio ging, sicher niemand.

Abg. DDr. **Hesele** (SPÖ): Herr Diplomingenieur, noch eine Zusatzfrage zu meiner seinerzeitigen Frage, daß für die Angebotsunterlagen auch die Forderung nach Personalprofil notwendig war. Meine Frage war, ob die Information über die Personalstruktur der ABO in qualitativer und quantitativer Hinsicht dem Aufsichtsrat mitgeteilt wurde.

Sie haben in der Aufsichtsratssitzung erklärt, daß die Personalstruktur der ABO eingehend geprüft worden wäre. Der Rechnungshof ist anderer Auffassung. Es ist hier nicht ein Randproblem, sondern es wird eine detaillierte Aufstellung und so weiter verlangt, also nicht nur über einzelne Persönlichkeiten, sondern eine detaillierte Aufstellung.

Ich darf Sie bitten, diesen Widerspruch zwischen Ihrer Aussage und dem Rechnungshof aufzuklären.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann heute nicht mehr sagen, ob man mir die Persönlichkeitsprofile der genannten Herren vorgelegt hat. Aber sicher habe ich Herrn Dipl.-Ing. Winkler und Herrn Dipl.-Ing. Hogl daraufhin angesprochen und habe gefragt: Habt ihr das geprüft?

Wie vollzieht sich eine Führungsaufgabe? Man fragt, ob die zuständigen Leute, die ja fachlich befähigt sind, diese und jene Tätigkeit gemacht haben. Man kann ja nicht jede Tätigkeit selbst nachvollziehen, denn da bräuchte man ja keinen Mitarbeiterstab, und zwei Leute können doch nicht ein solches Projekt durchführen. Wir haben sicher im Vorstand unsere Leute gefragt: Wurde das gemacht?

Und wenn man uns gesagt hat: Ja, es ist alles da!, und wenn man sich erinnert, daß gestern oder vorgestern noch eine Post dazugekommen ist, dann ist das natürlich als geprüft zu betrachten, ohne daß man das genau nachvollzieht. Das ist ja unmöglich.

Abg. DDr. **Hesele** (SPÖ): Das ist richtig. Aber Sie haben jedenfalls gegenüber dem Aufsichtsrat die Verantwortung übernommen, daß alles genau in dieser Hinsicht geprüft ist.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das hat man immer als Vorstand. Wenn aus dem Mitarbeiterstab oder aus anderen Unternehmungen, aus Auftragnehmern heraus Leistungen erbracht wurden, haben wir immer die Verantwortung. Dazu ist man ja da.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! Sie waren Konsulent bei den Heizbetrieben. Welche Aufgaben hatten Sie damals?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich war in den Jahren 1970/71 ein bis zwei Jahre nebenberuflich bei den Heizbetrieben mit einer gewissen Stundenanzahl beschäftigt. Damals sind das Fernwärmewerk Spittelau und auch das Fernwärmewerk Kagran und verschiedene Blockheiz-

werke in Betrieb gegangen. Die Heizbetriebe hatten damals drei Elektroingenieure. In einem reinen Maschinenbauunternehmen hat natürlich die Elektrotechnik eine gewisse untergeordnete Bedeutung, aber sie ist natürlich nicht überflüssig. Das heißt, ich habe diese elektrotechnischen Belange — das war zeitmäßig machbar — koordiniert.

Als diese Tätigkeit immer weniger wurde, wurde dieses Dienstverhältnis mit einer zweiten Lohnsteuerkarte in ein Konsulentenverhältnis umgewandelt, und ich wurde gerufen, wenn es elektrotechnische Probleme gab, die im Bereich der zuständigen Leute diskutiert wurden, und verschiedene Maßnahmen besprochen wurden und so weiter. *(Obmann Dr. Steger übernimmt wieder die Verhandlungsleitung.)*

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat es zu diesen Maßnahmen auch gehört, als die ÖVP im Gemeinderat einen Überprüfungsantrag auf der Basis des Kontrollamtsberichtes stellte beziehungsweise die Forderung nach Einschaltung der Wirtschaftspolizei erhoben wurde?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich wurde im Zusammenhang mit der Rechnungshofprüfung der Heizbetriebe von Beamten des Rechnungshofes einige Male einvernommen. Nie von der Wirtschaftspolizei.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie waren also auch nie in Aussprachen in Ihrer Konsulenteneigenschaft tätig, die die Argumentation aus der Sicht der Heizbetriebe oder aus der Sicht der Gemeinde Wien vorbereiten sollten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich die Frage bitte noch einmal hören?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Noch einmal: Sie haben gesagt, Sie haben der Wirtschaftspolizei Auskunft gegeben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nie. Dem Rechnungshof!

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Dem Rechnungshof. Entschuldigen Sie bitte.

Waren Sie aber in den Beratungen, die dazu dienten, entweder auf dem Level Geschäftsführung Heizbetriebe oder auf dem Level Gemeinde Wien in Argumentationsvorbereitungsgespräche involviert? Also dort, wo man gesagt hat: Wie kann man da argumentieren? Was ist falsch, was ist richtig?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich wurde natürlich fallweise von der Geschäftsführung zu Auskünften hinzugezogen. Ob das aber Gespräche waren als Vorbereitung zu jenen, die Sie zitiert haben, Herr Abgeordneter, das kann ich heute nicht mehr sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Waren Sie in der Auftragsvergabe involviert im Bereich der Heizbetriebe?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe im Bereich der Heizbetriebe mit Vergaben bei technischen Prüfungen sicher zu tun gehabt. Damals gab es bereits eine kaufmännische Geschäftsführung. Ich war also in keiner Weise zeichnungsberechtigt oder so etwas.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist Ihnen der Architekt der Heizbetriebe, Herr Professor Becvar, bekannt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, Herr Professor Becvar hat die Müllverbrennung am Flötzersteig gemacht und das Fernwärmewerk Spittelau. Ich war damals „frisch" bei der Stadt Wien, relativ jung, und ich bin gleich, das habe ich schon ausgeführt, zu den Heizbetrieben gekommen. Ich kenne Professor Becvar.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): In welcher Beziehung standen Sie zu ihm? Haben Sie ihn von der Ferne einmal gesehen, oder hatten Sie häufig mit ihm zu tun?

Dipl.-Ing. **Winter:** Aus der Tätigkeit heraus für Elektrotechnik. Ich kann gar nicht sagen: zuständig. Denn als ganz junger Beamter — ich war damals Sachbearbeiter — hat man über sich einen Gruppenleiter und so weiter. Es gab damals wöchentlich unter der Leitung von Senatsrat Swatek technische Koordinationsbesprechungen, an denen ich immer teilgenommen habe. Aber eben aus dem Tätigkeitsbereich. Er war Architekt und für den Hochbau zuständig, und ich war Sachbearbeiter auf dem Gebiet der Elektrotechnik. Es gab fallweise Kontakte mit seinen Mitarbeitern, mit seinen Architekten, wenn es technische Berührungspunkte gab, Trassierungen und so weiter. Aber sonst eigentlich mit ihm selbst überhaupt nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie jetzt hier die Behauptung aufstellen, daß Sie mit Herrn Professor Becvar außer einem in Sitzungen eher losen Kontakt keinen, geschweige denn einen geschäftlichen Kontakt hatten? Keinen intensiveren, geschweige denn einen geschäftlichen Kontakt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, ja, so könnte man ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie verwundert sein, wenn nun Herr Professor Becvar in Ihre PLANTECH plötzlich höhere Summen einzahlt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Sowohl zu der Formulierung „Ihre PLANTECH" als auch ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die Ihnen bekannte PLANTECH!

Dipl.-Ing. **Winter:** ... muß ich sagen: Im Zusammenhang mit PLANTECH bin ich Beschuldigter und ... Aber schon überrascht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Da sind Sie ja nicht beschuldigt.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ach so. Ja, ich weiß nicht mehr genau, wo ich beschuldigt bin.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): ... sondern würden Sie es mit Überraschung hinnehmen bezüglich des Herrn Professor Becvar, oder würden Sie das rundweg ausschalten und würden sagen: Der kennt Liechtenstein geschweige denn die PLANTECH nicht.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann zu den einzelnen Geschäftsfällen, die der Herr Professor Becvar hatte — er war ja zu seiner Zeit ein sehr angesehener Architekt und hat ja verschiedene Bauten in Wien errichtet —, überhaupt nichts sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie würden also, wenn man Ihnen jetzt ein Schreiben vorhält, in dem er höhere Beiträge übermittelt — das Atelier Becvar von ihm —, das als Fälschung bezeichnen und sagen, das können Sie sich gar nicht vorstellen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann dazu weder sagen, daß es eine Fälschung ist ... Ich kann dazu nichts sagen, was der Herr Becvar mit der Firma PLANTECH zu tun hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ihnen ist im Zusammenhang Becvar — PLANTECH nichts bekannt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich begrüße es, daß Sie anfangen, zu PLANTECH Stellungnahmen abzugeben, denn das Rundweg-Ablehnen ist doch etwas, das Ihnen auf die Dauer nicht behilflich sein wird.

Kennen Sie einen Herrn Paul Giratoni?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich glaube, Herrn Giratoni, der ein Bekannter eines Jugendfreundes von mir gewesen ist, einmal gesehen zu haben. Ich kann Ihnen aber nicht mehr sagen, wann, wie. Ich weiß nur, daß Herr Giratoni Anfang der siebziger Jahre nach Kanada ausgewandert ist. Sonst dürfte er irgendwie mit Zucker zu tun gehabt haben. Aber ich kann dazu überhaupt nichts sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie irgendeinen Zusammenhang zwischen einer Kanada-Reise des Herrn Rumpold, der Ihnen bekannt ist, und dem Herrn Giratoni, der in Kanada Projekte hatte, und Ihrem Jugendfreund Hartmann — um den geht es ja — sehen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich könnte mir keinen Zusammenhang vorstellen. Ich habe den Herrn Giratoni, wie gesagt, einmal in meinem Leben ... Und ich kann mich auch nur deshalb daran erinnern, weil mich die Frau Untersuchungsrichter darauf angesprochen hat. Da ist mir der Name bekannt vorgekommen. Als sie dann gesagt hat: Der hat etwas mit Zucker zu tun!, ist mir eingefallen: Den habe ich irgendwo einmal gesehen Anfang der siebziger Jahre, bevor er ausgewandert ist. Ich weiß aber nicht mehr, im Rahmen einer Party oder ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Auch eine Firma Akatherm Atlantic in Kanada ist Ihnen bekannt oder nicht bekannt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Akatherm Atlantic? — Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sind Ihnen irgendwelche Kanada-Beziehungen geschäftlicher Art des Herrn Rumpold bekannt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Mir sind keine Kanada-Geschäftsbeziehungen des Herrn Rumpold bekannt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sind Ihnen Kanada-Beziehungen des Herrn Wilfling bekannt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, mir ist auch keine Geschäftsbeziehung Dr. Wilfling mit Kanada bekannt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist Ihnen eine Übersee Handels AG in Zürich bekannt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich glaube, auch diesen Namen zum erstenmal zu hören. Ich bitte um Verständnis: Wir haben in der AKPE 500 Auftragnehmer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist Ihnen eine Fremdenverkehrsgesellschaft m.b.H. bekannt? — Ich helfe Ihnen weiter: Aus den Erzählungen Ihres Freundes Knirsch.

Dipl.-Ing. **Winter:** Fremdenverkehrs ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Fremdenverkehrsgesellschaft m.b.H. In Österreich situiert. Keine Schweizer.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Nein. Ist mir nichts bekannt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der Herr Bauer hat Sie persönlich beraten, der Dkfm. Bauer, und zwar haben Sie selbst ausgesagt, daß Sie vom Dkfm. Bauer in den Varvaressos-Verhandlungen, die gescheitert sind oder die nicht vollzogen wurden, nicht nur ihn und die Consultatio als offizielle Firma angegeben haben, sondern nach Ihrer eigenen Aussage haben Sie sich immer wieder auch mit ihm persönlich beraten

Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original) 119 von 382

in diesem Fall: Soll man einsteigen, oder soll man nicht einsteigen?

Haben Sie mit Herrn Bauer auch sonst in Ihren geschäftlichen Beziehungen neben dem Varvaressos — ich werde den Namen schlechter aussprechen, als Sie ihn aussprechen — irgendwelche Beziehungen mit dem Herrn Bauer gehabt mit Ausnahme der offiziellen ABO, AKPE? Haben Sie ihn privat gesehen?

Dipl.-Ing. **Winter**: Ich habe mit Herrn Bauer in keiner Weise — oder mit der Consultatio — Geschäftsbeziehungen oder sonstige Beziehungen irgendwelcher Art gehabt. Ich war mit Herrn Bauer gemeinsam mit Wilfling oder Schwaiger oder Rumpold hin und wieder essen, Mittagessen. Aber sonst keine Beziehungen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Auf „Essenskontakt" würde ich das nicht reduzieren. Sie haben immerhin in der Einvernahme gesagt — und zwar anläßlich Ihrer Einvernahme bei Gericht —, daß Sie die Kanzlei Consultatio dem Freund Varvaressos empfohlen haben. Sie haben aber auch gesagt: ... habe ich mir verschiedentlich vom Dr. Knirsch und Dkfm. Bauer persönlichen Rat geholt in dem Zusammenhang.

Das ist also jetzt doch ein bissel mehr, als wenn ich mit jemandem essen gehe. Wie intensiv war diese Beratung? Hat er Ihnen zugeraten oder abgeraten, in diese Hotelaktion einzusteigen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das war in dem Sinn keine Hotelaktion, sondern es ging ums Reisebüro. Sowohl Dr. Knirsch als auch Dkfm. Bauer haben mir davon abgeraten. Sie haben gesagt: Laß die Hände von diesem ganzen Unternehmen, bleib bei deinem Job und aus! Und das war ja eigentlich auch der Grund, daß ich ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat Ihnen Dkfm. Bauer abgeraten, weil er Ihre persönlichen Finanzverhältnisse nicht eingeschätzt hat, hier voll einzusteigen, als hoch genug? Er kann Ihnen ja nicht raten, wenn er nicht weiß, was Sie cash on hand haben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann also nicht sagen, warum mir Dkfm. Bauer dann im Detail abgeraten hat. Aber der Tenor war der: Die Reisebürobranche ist derart unsicher, ich kann Ihnen nicht empfehlen, Ihren Beruf aufzugeben und bei Varvaressos in irgendeiner Form einzusteigen und Gesellschafter zu sein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Warum haben Sie die Consultatio Ihrem Bekannten — oder ich würde fast sagen aus der Aktenlage: Freund — Varvaressos empfohlen? Und sie hat ja auch die steuerliche Beratung übernommen. Das ist ja ein Faktum.

Dipl.-Ing. **Winter:** Den Erzählungen meines Freundes Varvaressos habe ich entnommen, daß die kaufmännische Gebarung sehr „griechisch" ist — unter Anführungszeichen — und habe ihm empfohlen, er möge sich doch eine gute Kanzlei nehmen. Denn auf Grund seiner jährlichen großen Wachstumsrate war ich überzeugt, daß er überhaupt sein Unternehmen kaufmännisch nicht mehr durchblickte. Er hat gesagt: Weißt du jemanden? — Ich habe gesagt: ja, die Firma Consultatio, und habe ihn daraufhin persönlich mit Herrn Bauer bekannt gemacht. Das war meine ganze Aktion.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben vorhin gesagt: Du, laß die Hände weg!, hat der Bauer zu Ihnen gesagt.

Sind Sie mit Dkfm. Bauer per du?, oder ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, ich bin mit Dr. Bauer in keiner Weise per du, das „Du" hat sich auf Dr. Knirsch bezogen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Vorletzte Frage: Am Beginn der AKPE wird ein Konsulent Zacek, wird eine Konsulentenregelung diskutiert im Vorstand der AKPE. Wer ist der Herr Zacek, was tut er, und wieso wird er als Konsulent und nicht vollamtlich eingestellt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wie Dr. Schwaiger zu Dr. Zacek kam, kann ich nicht genau sagen. Er mußte sich ja auch einen Mitarbeiter für das gesamte Rechnungswesen suchen. Ich habe nur einmal erfahren, daß Dr. Zacek aus dem Bereich der Consultatio kommt — oder gekommen ist vielmehr —, und habe weiters erfahren — aus dem Schriftverkehr —, daß Dr. Zacek nicht Angestellter der Firma ist, sondern in einem Vertragsverhältnis. Ich habe einmal daraufhin Dr. Schwaiger gefragt, ob das von der gesamten rechtlichen Situation her möglich ist, daß jemand, dem das Rechnungswesen untersteht, nicht Angestellter sein kann. Mir wurde gesagt, daß es eben auf Grund seines Berufsstatuts nicht möglich ist, daß er in einem Angestelltenverhältnis ist. Ich habe mich daraufhin zufriedengegeben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben wir jetzt nicht doch ein Beziehungsgeflecht zwischen Ihnen und der Consultatio? Da ist der Mitarbeiter Zacek. Da ist der Dkfm. Bauer. Da empfehlen Sie die Firma Consultatio Ihrem Freund. Da lassen Sie sich selber von dem Consultatio-Gesellschafter Bauer beraten. Haben Sie auch sonst noch Geschäftsbeziehungen oder andere Beziehungen, die ich jetzt nicht aufgezählt habe, mit Ausnahme der ÖKODATA, zur Consultatio, auf die Sie mich hinweisen können?

Dipl.-Ing. **Winter:** Über jene Beziehungen hinaus, über die wir jetzt gesprochen haben, habe ich zur Firma Consultatio und zum Herrn Dkfm. Bauer keinen Kontakt. Und keine ...

120 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Letzte Frage: Warum haben Sie eigentlich der Richterin die Unwahrheit gesagt, als Sie, gemäß der Niederschrift Ihrer Vernehmung, erklärten: Der Name der Firma PLANTECH Corporation ist mir lediglich aus Zeitungen bekannt.

Was ist hier die Motivation? Sie hätten ja auch schon damals sagen können: Da bin ich Beschuldigter — ich kenne den Satz jetzt schon auswendig —, da sage ich nichts! Warum haben Sie aber hier vorgezogen, die glatte Unwahrheit zu sagen: Dieser Name der Firma PLANTECH Corporation ist mir lediglich aus Zeitungen bekannt. Ich stehe weder direkt noch indirekt (Treuhänder) mit dieser Firma in Verbindung.

Sie steigern das in jede Richtung: weder direkt noch indirekt mit dieser Firma in Verbindung. — Warum sagen Sie so etwas, vis-à-vis immerhin unter Eid in der Sache vernommen? Was soll das weiterhelfen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann auf Grund der Tatsache, daß ich jetzt Beschuldigter bin, dazu nichts sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Damit wir uns nicht mißverstehen ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich weiß schon, ich habe die Frage verstanden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich will jetzt nicht an Ihr Herzensgeheimnis herankommen, zu dem Sie, weil Sie Beschuldigter sind, nichts sagen, sondern ich will die Psychologie erkennen, warum ein Spitzenmanager, Vorstandsdirektor der AKPE, ein Mann, der eine erstaunliche, in meinen Augen erstaunliche berufliche Laufbahn hinter sich gebracht hat, der innerhalb von wenigen Jahren in einen sehr hoch dotierten Posten hineinkommt, warum der dann, zur Sache vernommen, plump die Unwahrheit sagt.

Ich will nicht in der Sache wissen, sondern erklären Sie mir, warum Sie in einer solchen Situation mit Ihrem Wissensstand, mit Ihren Managementinteressen, wo Sie also auch wissen, daß das nicht auf die Dauer halten kann, warum Sie dort — oder hier im Untersuchungsausschuß — die Unwahrheit sagen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich verstehe die Frage voll, aber ich möchte dazu nichts sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Wir haben es auch verstanden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Letzte Frage: Es gibt auf Seite 80 eine Siemens-Vorauszahlung: Ego vor Urlaub — ego erledigt das vor Urlaub 1975 —, am 21. 12. 1975, gelb unterstrichen: Siemens Vorauszahlung, ego vor Urlaub.

Um welche Vorauszahlung handelt es sich? Sie haben ja ein stupendes Gedächtnis über Details, das ich nur immer wieder bewundern kann.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, wenn ich meine Erinnerung habe.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben gerade in Zahlen auch, glaube ich, einen Umgang mit größeren Beträgen gehabt: Was hat es da für eine Vorauszahlung gegeben, welche Größenordnung war das?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich glaube, mich erinnern zu können, daß die Firma Siemens an mich herangetreten ist, ob seitens der AKPE die Möglichkeit einer Vorauszahlung besteht, und ich habe damals den Herrn Swoboda — ob da noch jemand dabei war oder nicht, weiß ich nicht ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer ist der Herr Swoboda?

Dipl.-Ing. **Winter:** Dr. Swoboda ist der kaufmännische Direktor der Firma Siemens. Ich habe ihn an Dr. Schwaiger verwiesen, denn das sind also derart rein kaufmännische Handlungen, die mit mir als technischem Vorstand überhaupt nichts zu tun hatten. Es ging nur darum, noch in diesem Jahr einen Gesprächstermin zustande zu bringen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Dr. Schwaiger müßte also mehr über diese Zahl wissen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Sicher. Denn die AKPE hat ja an die Firma Siemens einige Vorauszahlungen getätigt. Die Konditionen dazu wurden immer zwischen Dr. Schwaiger, dem kaufmännischen Vorstand, oder Mitarbeitern des Vorstandbereiches Schwaigers, und den Siemens-Herren ausgehandelt, weil das für den Techniker praktisch ja überhaupt nicht relevant war.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Diplomingenieur! In Ihren persönlichen Aufzeichnungen scheint auf Seite 49 auf: Dr. Waiz, Hotel Europa, dann unter Punkt 1: Dritter Vorstand überflüssig — darunter in Klammer: Laut Waiz: kommt nicht in Frage. — Diese Aufzeichnung ist vom 1. 10. 1975.

Dipl.-Ing. **Winter:** Es war damals ein Gespräch mit Herrn Sektionschef Waiz im Hotel Europa. Ich kann nicht sagen, ob ich mit ihm allein war oder ob da noch jemand dabei war. Heißt das 1. 10. 1975? — Dann hat es den Herrn Parzer damals ja noch nicht gegeben, und wahrscheinlich habe ich mit Sektionschef Waiz allein gesprochen — oder auch nicht, das kann ich nicht sagen.

Es ging jedenfalls darum: Zu dieser Zeit hat der dritte Vorstand, der vorgesehen war, abgesagt. Es wurde damals jemand gesucht, und

Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original) 121 von 382

wahrscheinlich wurde in diesem Gespräch angeschnitten, ob Sektionschef Waiz überhaupt der Meinung ist, daß man einen dritten Vorstand braucht, oder es ähnlich wie bei der IAKW sein soll, wo ja auch nur zwei Vorstände — ein Techniker und ein Kaufmann — nach Abgang des Hochbauers das Gebäude gebaut haben.

Das heißt nichts anderes, als daß Sektionschef Waiz den Standpunkt vertreten hat, wir sollten auf alle Fälle drei sein. Ich war auch der Meinung, daß bei diesem Breitenspektrum es unmöglich ein Techniker abdecken kann, das ist nicht zu machen. Da ist nichts anderes als quasi die Frage: Wann kommt der Dritte, zeichnet sich schon jemand ab?

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wer war denn hiefür ursprünglich vorgesehen? Wer hat hier abgesagt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Soweit ich mich erinnern kann, war das ein gewisser Dipl.-Ing. Ellbogen oder Ellenbogen von der Firma Union. Aber ich kenne den Mann gar nicht, ich habe den Namen nur gehört.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sie sagen also, daß der dritte Vorstand unbedingt erforderlich war, das sei die Aussage des Sektionschefs Waiz gewesen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Sektionschef Waiz hat das sicher gesagt, ich habe es mir auch so aufgeschrieben.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Da ist aber: Dritter Vorstand überflüssig.

Dipl.-Ing. **Winter:** Steht da nicht ein Schrägstrich: nicht überflüssig? *(Zwischenruf: Nein! Das wäre ja das Gegenteil von dem, was Sie sagten!)* Ich kann mich nur erinnern, daß wir darüber geredet haben: Kommt einer, kommt keiner?, daß nur jemand „verzweifelt" gesucht wurde — verzweifelt unter Anführungszeichen. Vielleicht hatte Sektionschef Waiz damals schon Herrn Parzer in Aussicht. Das weiß ich nicht.

Abg. **Gradischnik** (SPÖ): Das klärt ja nicht, warum ein dritter Vorstand überflüssig ist. Das ist ja ein Widerspruch zu dem, was Sie jetzt sagen. Sie sagen, daß einer schon in Aussicht war, . . .

Dipl.-Ing. **Winter:** Vielleicht fehlt da nur ein Fragezeichen dazu, ich habe mir notiert: Kommt jetzt ein dritter? Überflüssig? Ja oder nein? Es stand jedenfalls von Anfang an außer Zweifel, daß ein dritter Vorstand kommt, und auch Dr. Schwaiger und ich haben den Standpunkt vertreten, es gehöre ein dritter Vorstand dazu. Wir haben Sektionschef Waiz gebeten zu schauen, daß möglichst bald ein dritter kommt, denn wenn eine Gesellschaft gegründet wird und man alle Maßnahmen zum Aufbau einer Gesellschaft setzt, sollten doch alle drei von Haus aus dabei sein und der dritte nicht erst ein halbes Jahr später kommen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und der dritte war dann . . .

Dipl.-Ing. **Winter:** Herr Parzer.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ein anderer Punkt: Ich habe hier die Fotokopie einer Rechnung von Siemens über 108 501 S inklusive Mehrwertsteuer; das betrifft Arbeiten, die die Firma Siemens bei Ihnen persönlich in Ihrem Haus, in Ihrer Wohnung gemacht hat. Und dann gibt es zur selben Rechnung ein Storno über den Betrag 108 501 S. Bitte, wie ist es zu dieser Stornierung gekommen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Da fehlt der 3. und 4. Beleg. Ich habe die Firma Siemens gebeten — ich glaube, es war Herr Schweitzer oder Herr Mück, das weiß ich nicht —, bei mir in der Wohnung Elektroinstallationsarbeiten zu machen. Da das immer eine diffizile Sache ist, der Dreck, wenn man so etwas durchführt, habe ich gebeten: Schickt wirklich zwei Leute, die das ordentlich machen. — Das hat in einem totalen Chaos geendet: Die Firma Siemens hat nicht nur Leute geschickt, die unbrauchbar waren, sie sind gekommen, gegangen, gekommen und haben das Material nicht gehabt, und daraufhin wurden für Arbeiten 108 000 S verrechnet, die das nie gekostet haben konnten. Daher wurde diese Rechnung storniert und eine neue Rechnung über größenordnungsmäßig 60 000 S ausgestellt, und diese wurde von mir auch bezahlt, von meinem Konto überwiesen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Eine weitere Frage: Aus Ihren persönlichen Unterlagen und jetzt unter Parlamentsnummer 1940 aufscheinenden Unterlagen geht unter Punkt 19 hervor: Brief an Politiker wegen — da ist so ein kleines Dreieck gezeichnet, ein „t", dann ist ein Pfeil, Hewi 28. 6., und das Ganze ist unter der Überschrift: Hewi plus ego Abstimmung in Düsseldorf 15. 6. 1976. — Was hat es mit diesem Satz für eine Bewandtnis?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich bin mit meinem Mitarbeiter Dipl.-Ing. Winkler in gewissen Abständen beisammengesessen, und wir haben sozusagen einen Groß-Check durch alle Probleme gemacht. „Hewi" ist die Abkürzung für Herbert Winkler. Ich kann jetzt nicht sagen, war ich damals mit Winkler in Düsseldorf, oder ist einer von uns zwei dorthin gefahren, das geht mir aus dem nicht hervor. Aber da

122 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

haben wir über den Punkt 19 „Brief an Politiker" ...

Es müßte also um diese Zeit anschließend dann einen Brief an Politiker geben, denn Delta t heißt Terminänderung, und da hätte mir Herr Winkler bis am 28. 6. ein Konzept machen sollen. — Aber was das für ein Brief ist, da muß ich passen. Ich kann es also nicht sagen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und an welche Politiker dieser Brief oder diese Briefe hätten gehen sollen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Aus dem Datum ... Es könnte sein, daß das erste Politikergespräch, jenes Gespräch, das bei uns „Politikergespräch", ein Terminus technicus, mit den beiden Gesellschaftervertretern Vizekanzler und Stadtrat Mayr beziehungsweise Stadtrat Stacher und Frau Minister Firnberg, glaube ich mich zu erinnern, das war doch im Frühjahr 1976, und es könnte sein, daß das heißt, daß das ein Konzept oder ein Entwurf eines Schreibens an diese vier Politiker sein sollte im Hinblick auf die Reaktionen des damals im Frühjahr 1976 stattgefundenen Treffens. Ich kann mir jetzt nur das vorstellen. Aber jetzt — müßte man Winkler fragen. Ich kann mich also weder erinnern, was der Inhalt dieses Schreibens war, noch an wen es gegangen ist. Kommt nicht mehr ...

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Eine weitere Frage: Auch bei Ihren Unterlagen wurde eine Aktennotiz vom 6. 11. 1979 der Holding-Gesellschaft vorgefunden, und hier ist unter der Rubrik kurz noch einige laufende Aktivitäten wie folgt unter anderem aufgeschrieben — ich zitiere nun wörtlich —: „Kontaktaufnahme mit der Firma Dräger, Lübeck, wegen Lieferung der restlichen Einrichtungen für med. Gaszentralen, über die MED-CONSULT einen gewissen Vermittlungsprozentsatz erhalten würde. Von der AKPE gäbe es hiezu keinen negativen Einwand, wenn eine solche Vereinbarung mit der Firma Dräger zustande kommen könnte."

Dipl.-Ing. **Winter:** Das kenne ich überhaupt nicht.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Daraus geht also doch offensichtlich hervor, daß Sie von dieser Vermittlungsprovision Kenntnis gehabt haben.

Dipl.-Ing. **Winter:** So kommt mir das überhaupt unbekannt vor. — *(Dipl.-Ing. Winter nimmt Einsicht.)* Also das, bitte, kann man bei mir nicht gefunden haben. Das sehe ich zum ersten Mal. Das ist eine Besprechung bei der Holding mit Machtl, Drennig, Kraus, Seeböck. Ich sehe dieses Papier zum ersten Mal. Das kann nicht aus meinem Büro sein. Es hat auch gar keinen AKPE-Eingangsstempel.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Das ist Ihnen unbekannt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Den Brief sehe ich zum ersten Mal. *(Zwischenrufe.)* Vom Herrn Enerwitschläger. *(Zwischenruf: Welche Nummer?)* 6305.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Diese Aktennotiz ist in Ihrem Büro sichergestellt worden.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Ich sehe sie zum ... Daß es unter Umständen auch einmal ein Schriftstück gibt, das bei mir im Büro abgelegt wurde, während ich auf Urlaub war ... Man kann auch bei mir einmal einen Brief finden oder ein Schriftstück, das bei mir im Büro in einem Ordner abgelegt ist und das ich nie gesehen habe. Es zeigt ja auch in keiner Weise einen handschriftlichen Vermerk von mir. *(Dipl.-Ing. Winter nimmt neuerlich Einsicht.)* Dieser beschriebene Geschäftsfall ist mir neu; ich höre ihn zum ersten Mal. Ich kann dazu nichts sagen. Ich sehe zum ersten Mal dieses Schreiben, und ich kenne auch den Inhalt, der hier beschrieben wird, nicht. — Das heißt nicht, wenn es heißt: von der AKPE kein Einwand, daß vielleicht dazu Dr. Schwaiger etwas gesagt hat, aber ich habe dazu nichts gesagt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Damit eine falsche Aussage nicht im Raum steht: Sie waren ja gegen Parzer, gegen Ing. Parzer, gegen die Bestellung.

Dipl.-Ing. **Winter:** Wie! Bitte nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat Parzer für einen Beruf?

Dipl.-Ing. **Winter:** Herr Parzer ist von der Ausbildung her Mittelschultechniker, war bis 1971 im Bereich der Firma Siemens als Bauleiter bei Kraftwerksbauten, praktisch bei allen großen Kraftwerksbauten tätig und ist 1971 — bitte, das alles als ungefähr anzusehen — Geschäftsführer der AWI, der Arbeitsgemeinschaft Wien, geworden. Es ist also die analoge Konfiguration: Was im AKH die APAK ist, ist die AWI bei der IAKW. Dort war Herr Parzer Geschäftsführer und wurde vom Herrn Sektionschef Waiz, glaube ich, vorgeschlagen. *(Zwischenruf.)* Als Techniker, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben bei der letzten Sitzung erklärt — ich zitiere —: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß ein Techniker, egal aus welcher Sparte er kommt, bei diesem Projekt das nie abdecken könnte. — Auf meine Frage.

Sie sehen also: Wir könnten Ihnen viele solcher Beispiele nennen, wo Sie das eine Mal so

antworten und das andere Mal ganz anders. Es muß andere Gründe geben, warum Sie gegen Ing. Parzer waren, und die möchte ich jetzt wissen. Welcher Grund war maßgebend, daß Sie Ing. Parzer nicht wollten als dritten Vorstandsdirektor? Kannten Sie ihn?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich darf bitten, daß man mir nicht dauernd die Worte im Mund verdreht. Wenn ich sage, daß man es mit einem Techniker nicht abdecken kann, dann heißt es, daß ich als bereits nominiert zu gering wäre vom Spektrum her, es gehört noch jemand dazu. Wenn man mir daraufhin sagt, ich sei gegen Herrn Parzer gewesen, so stimmt das nicht. Ich habe Herrn Parzer vor seiner AKPE-Nominierung bei der IAKW bei einer Besichtigung oder irgendwo einmal kennengelernt. Ich kannte ihn also flüchtigst, bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hatten Sie mit ihm Geschäftsbeziehungen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nie.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hatten Sie indirekt Geschäftsbeziehungen, indem er Aufträge vermittelt haben wollte, wo Sie auch Einfluß hatten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Noch einmal, bitte: Ob der Herr ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): ... Parzer irgendwo Interesse an Aufträgen hatte, wo Sie indirekt Einfluß hatten auf die Vergabe der Aufträge?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ist mir keiner bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann frage ich Sie noch: Hat Ing. Parzer irgendwo einmal interveniert bei Aufträgen oder anderen Gelegenheiten, wo Sie Interessen zu verteidigen hatten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich an überhaupt keine Kollision mit dem Herrn Parzer bei einer Vergabe erinnern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gibt es irgendwie andere Konflikte zwischen Ihnen, oder hat es Konflikte gegeben, auch ganz einfache Streiteren, zwischen Parzer und Ihnen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Es gab zwischen Herrn Parzer und mir nie eine Streiterei. Wir hatten einmal in der Woche unter dem Titel „Technischer Vorstand" eine Sitzung, wo er mit seinem Stellvertreter, mit dem Herrn Architekten Kieser, und ich mit Herrn Winkler, bei dem also die technischen Berührungspunkte der beiden Vorstandsbereiche jedesmal diskutiert wurden. Ich kann mich an keinen einzigen Fall erinnern, daß es mit dem Herrn Parzer irgendeinen Konflikt gegeben hätte ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Früher? Vor der Bestellung?

Dipl.-Ing. **Winter:** Da kannte ich den Herrn Parzer, wie gesagt, aus ein, zwei Besichtigungen bei der IAKW.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wollten Sie jemanden anderen unterbringen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Seit wann kennen Sie Ing. Schweitzer?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kannte Herrn Schweitzer flüchtigst aus meiner Mittelschulzeit schon, natürlich flüchtig, denn er war einige Jahre vor mir am TGM, und ich bin ihm dann wieder begegnet im Rahmen meiner Tätigkeit bei der Magistratsabteilung 34.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Geschäfte, Aufträge haben Sie mit Ing. Schweitzer abgeschlossen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe mit Herrn Schweitzer überhaupt keinen Auftrag abgeschlossen, denn wir haben nur mit der Firma Siemens Aufträge abgeschlossen, ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Als Angestellter der Firma Siemens.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja. Ich kann Ihnen nicht aufzählen — ich habe 1967 bei der Stadt Wien begonnen —, welche Aufträge bis jetzt alle an die Firma Siemens gegangen sind. Wie gesagt: Bis zur AKPE-Gründung war ich ja nirgends zeichnungsberechtigt, da habe ich als Sachbearbeiter oder als Gruppenleiter paraphiert, und die Aufträge, die im Rahmen der AKPE hinausgegangen sind, sind ja ebenfalls ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hatten Sie ein Büro bei der Stadt Wien, im Magistrat, im Rathaus?

Dipl.-Ing. **Winter:** Im Rathaus selbst hatte ich nie ein Büro. Ich hatte immer ein Büro in der Magistratsabteilung 34.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat dieses Büro eingerichtet?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das war immer eingerichtet. Das sind die normalen Büromöbel.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wurde es nicht erneuert? Renoviert?

Dipl.-Ing. **Winter:** Mein Magistratsbüro wurde nie eingerichtet oder erneuert. Mein erstes neues Büro hatte ich bei der AKPE.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat dieses Büro eingerichtet?

124 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Kosten dafür hat die AKPE getragen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ausschließlich?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ausschließlich, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die vollen Kosten.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer waren Ihre Sekretärinnen seit 1973?

Dipl.-Ing. **Winter:** Seit 1973? — *(Zwischenruf: Na so unbekannt sind die Damen nicht!)* Ja, aber das sind nicht alle. *(Zwischenruf: Glaube ich auch!)*

Die Frau Gobauer kam zu mir 1973, glaube ich, 1972 oder 1973. Nein, Entschuldigung: Die Frau Gobauer kam zu mir zu den Heizbetrieben 1971 als Sekretärin.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wo war sie früher beschäftigt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Beim Professor Becvar. Frau Gobauer kam vom Professor Becvar als Bedienstete der Heizbetriebe. Damals war ich bei den Heizbetrieben.

Die Frau Gobauer ging von den Heizbetrieben zur IAKW als Sekretärin von Senatsrat Weich.

Die Nachfolgerin war die Frau Beranek bei den Heizbetrieben. *(Zwischenruf.)* Wurde vom Personalbüro ausgesucht, ist mir vorgestellt worden, wir haben zehn Minuten gesprochen, und ich habe gesagt: Einverstanden. — Sie ist auch heute noch bei den Heizbetrieben; oder in der Holding: kann ich nicht genau sagen.

Bei der Stadt Wien hatte ich in dem Sinn keine persönlich zugeordnete Sekretärin, sondern aus der Kanzlei der Magistratsabteilung 34 jemanden, der für meine Gruppe da war, es war keine Sekretärin in dem Sinne. Und — das waren zwei Damen; ich muß passen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie die Namen Ihrer Sekretärinnen nicht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich weiß es nicht. Über acht Jahre zurück.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 1973, 1971.

Dipl.-Ing. **Winter:** Sind sieben Jahre, ich muß passen, bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie nicht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Was ich nicht aufschreibe, weiß ich nicht. Ich habe es nicht.

Bei der AKPE haben wir dann aufgenommen die Frau Friedrich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Woher kam die?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die kam aus der Computerbranche. NIXDORF oder Kienzle? — Ich weiß es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Siemens?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die war sicher nie bei Siemens.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War keine Ihrer Sekretärinnen früher bei Siemens?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wenn Sie das „mein" besitzanzeigend nehmen, dann nicht. Wir hatten zwei Damen bei der AKPE, die von der Firma Siemens kamen und noch da sind. Eine davon ist die Sekretärin vom Herrn Dipl.-Ing. Winkler, die Frau Kokorka, die kommt von Siemens Norwegen, sie ist eine Norwegerin, und die Sekretärin vom Herrn Parzer ist von der Firma Siemens.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie, inwieweit eine Refundierung von Bezügen für diese Sekretärinnen stattgefunden hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Dazu kann ich überhaupt nichts sagen, ist mir nichts bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In diesem bekannten Tonband haben Sie unter anderem gesagt, als der Herr Versloot zur Sprache kam, daß der Versloot es sich mit der ODELGA gerichtet hat und daß er sagt, der Versloot: Ich mach' des für euch, wenn ich es schwarz krieg, das Geld. Das, Sie haben gesagt, das hätte Ihnen der Versloot, beziehungsweise sei Ihnen bekanntgeworden, daß der Versloot einen solchen Ausspruch gemacht hätte: Ich mach' des für euch, wenn ich es schwarz krieg, das Geld.

Wie konnten Sie so etwas vom Herrn Versloot sagen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das steht im Tonbandprotokoll?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das steht im Tonbandprotokoll.

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich das einmal lesen, bitte? Ich kann mich an das überhaupt nicht erinnern. *(Dipl.-Ing. Winter erhält das Tonbandprotokoll.)* „A" bin ich? Ist das nicht umgekehrt?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): . . . sind Sie.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das „A" kann doch nicht ich sein. —

Obmann Dr. **Steger:** Können Sie das mittlerweile schon beantworten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Ich muß vollkommen passen. Darf ich einmal zurücklesen? Ich muß passen. — Darf ich einmal eine Seite zurückgehen? — Darf ich bitte darauf hinweisen: „A" ist

Herr Worm; doch nicht ich! „A" ist doch der Herr Worm.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Da steht: Diese Aussage stammt von Ihnen. Eindeutig.

Dipl.-Ing. **Winter:** „A" ist doch der Herr Worm, bitte!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Steht eindeutig, die ist von Ihnen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Dann ist „A" mit „B" vertauscht, aber das . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): „A", dann steht eindeutig von Ihnen die Aussage.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, aber das habe ich nicht gesagt! Bitte, ich sehe es an dem vorne, weil der Herr Worm hat mir erzählt, er hat seinen Urlaub an der deutsch . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): . . . Aussage, die er da gemacht hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** . . . an der deutsch-holländischen Grenze verbracht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Er stellt hier fest: Ich finde das eine sehr wichtige Feststellung, die der Herr Winter vor drei Monaten gemacht hat. Er unterstellt hier eindeutig dem Herrn Versloot, daß er, wenn er Schwarzgeld kriegt, das richtet. Das hat wieder Bezug auf die TECHMED.

Dipl.-Ing. **Winter:** Bitte, blättern Sie doch einmal zurück!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und ich glaube, daß aus diesem Grunde wir das genau aufklären müssen, . . .

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich das noch einmal haben, die vorige Seite!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): . . . inwieweit der Herr Winter die Möglichkeit hatte, das auszusagen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Bitte. Darf ich es noch einmal haben. — *(Zwischenruf: Also bitte, „A" ist eindeutig Worm!)* Bitte, „A" ist doch Worm! Bin doch nicht ich! „A" ist Worm! Wenn Sie eine Seite zurückblättern, erzählt der Herr Worm, . . . *(Zwischenruf: . . . bitte sagen, welche Seiten . . .!)*

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Seiten sechzehnhundert . . .

Entschuldigung. Ist aufgeklärt. Es war also eine Aussage von Worm und nicht . . . *(Zwischenrufe.)*

Entschuldigung, das war ein Irrtum.

Ich darf Sie weiter fragen. Sie haben gesagt, daß Sie mit Herrn Bauer keine Kontakte hatten, mit Ausnahme der Gründung dieses Fremdenverkehrsunternehmens.

Nun findet sich im Rahmen eines Teamgespräches der Vermerk, daß am 3. April 1974 ein Gespräch in den Räumen der Firma ODELGA zwischen Dr. Wilfling, Siebensohn, Winter und der Wiener spitalsbetriebswirtschaftlichen Gruppe Dkfm. Bauer und Dipl.-Ing. Rumpold stattfindet. Und Zweck dieses Gespräches ist abzuklären, inwieweit Bauer und Rumpold Ist-Bestands-Erhebungen für das AKH durchführen können.

Wissen Sie davon, können Sie sich erinnern daran, daß Bauer und Rumpold . . .?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich erinnern, . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): . . . eingeschaltet werden sollten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich erinnern, daß die Herren Bauer und Rumpold an einigen Teamsitzungen teilgenommen haben, aber nicht als Mitglieder des Teams, sondern die waren eben dabei. Was hier im einzelnen besprochen wurde: Es ging immer um betriebswirtschaftliche Belange im Zusammenhang mit den Wiener Spitälern. Ob hier über eine Ist-Stand-Erhebung im Jahre 1974 schon gesprochen wurde, kann ich auswendig nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber war die Absicht, daß Rumpold und Bauer in die Ist-Bestands-Erhebung für das AKH eingeschaltet werden sollen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich sagte schon: Ich kann mich nicht erinnern. Ohne irgend etwas in der Hand, werde ich jetzt gefragt, ob damals, vor sechs Jahren, bei dem Gespräch bei der ODELGA über die Ist-Stand-Erhebung gesprochen wurde. Ich weiß es nicht. Ich kann mich nicht erinnern, daß in diesen Gesprächen der Begriff „Ist-Stand-Erhebung im AKH" bereits 1974 ventiliert wurde. An das kann ich mich nicht erinnern. Aber vielleicht — ich kann es nicht ausschließen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie mit Bauer und Rumpold in dieser Sache Gespräche geführt, oder waren Sie dabei, wenn solche Gespräche mit Bauer und Rumpold geführt worden sind?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich nicht erinnern, solange ich im Team des Herrn Stadtrates Stacher war, mit den Herren Bauer und Rumpold allein über sachliche Probleme diskutiert zu haben. Aber ich kann es nicht ausschließen, daß einmal so ein Gespräch stattgefunden hat: Bauer, Winter, Rumpold.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie können

126 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

ausschließen, daß Bauer und Rumpold irgendwo beauftragt worden sind?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das kann ich nicht ausschließen, denn ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann stelle ich also fest, Sie können also nicht ausschließen, daß Bauer und Rumpold nicht einmal einen Auftrag von ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann über die ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): ... erhalten haben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann über die Auftragssituation der Magistratsabteilung 17 mit den Herren Bauer und Rumpold oder mit der Consultatio überhaupt nichts sagen. Das weiß ich nicht.

Ich glaube, es gab seitens der Stadt Wien Aufträge betriebswirtschaftlicher Natur. Aber ich sage: Ich glaube. Ich weiß das nicht genau. Ich war ja weder Angehöriger der MA 17, denn ich war in diesem Team als Techniker, und wenn es also technische Gesichtspunkte gab, war sozusagen die Reihe an mir.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Eine andere Frage. In Ihren persönlichen Akten auf Seite 35 findet sich der Vermerk: Firma Service-Master, Neubaugasse 64. Was bedeutet diese Firma?

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich das einmal sehen, in welchem Zusammenhang das steht, in welcher Besprechung. — So aus dem Nichts herausgegriffen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie diese Firma, die hier vermerkt ist?

Dipl.-Ing. **Winter:** Der Name „Firma Service-Master" ist mir aus der Presse bekannt, weil er verschiedentlich mit Dr. Wilfling in Zusammenhang gebracht wurde. Ich selbst habe mit der Firma Service-Master nie etwas zu tun gehabt. Ich kenne auch niemanden davon. In welchem Zusammenhang die Notiz auf meinem Zettel hier steht — es ist ohne jeden Bezug zu etwas. Vielleicht habe ich es mir nur notiert, weil ich den Namen zum ersten Mal dort gehört habe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie den Eigentümer dieser Firma?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Wie gesagt, ich kenne nur den Namen „Service-Master" aus der Zeitung, und der Name Dr. Wilfling wurde mit der Firma fallweise in Verbindung gebracht. Aber ich kann nichts über die Eigentumsverhältnisse oder sonst etwas dieser Firma aussagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie die Firma Spiwag?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja. Die Firma Spiwag und die Firma Reiwag. Die Firma Reiwag hat bei der AKPE die Gebäudereinigung durchgeführt. Ich kann aber nicht sagen, ob sie es immer oder vorübergehend gemacht hat, denn Hausverwaltung war nicht in meinem Vorstandsbereich. Und die Firma Spiwag hatte von der alten Bauleitung einen Auftrag, ein Gutachten über eine Staubsauganlage zu erstellen. Ja. Ja. Dieses Gutachten wurde noch vor der AKPE-Gründung von der alten Bauleitung beauftragt, aber unter der Ägide der AKPE fertiggestellt und abgerechnet. Ich kann mich weiters erinnern, daß die Firma Spiwag im Hochbaubereich ein Gutachten über Fußböden gemacht hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer war der Eigentümer der Firma Spiwag?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich glaube, der Herr Wagner. Und ich betone: Ich glaube.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es gibt Hinweise, daß dieser Wagner zusätzliche Aufträge von der AKPE erhalten hat, und zwar einen Konsulentenvertrag für den Bodenbelag ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Sagte ich ja gerade.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): ... — das war aber der Viktor Wagner, der den Auftrag bekommen hat — für 796 000 S, dann die Beratung über Staub- und Wassersauger 135 000 und einen zweiten im Jahre 1979 mit 179 000 S.

Warum kam es zur Entscheidung für den Viktor Wagner? Warum hat der Viktor Wagner diese Beratungsaufträge bekommen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich erinnere mich jetzt. Der Auftragnehmer war der Herr Wagner. Im Telephonbuch hat er aber annonciert als Spiwag, Konsulent der AKPE. Damals gab es eine juridische Diskussion darüber, daß ihm das nicht zusteht, weil er keine Zusage der AKPE hatte, außerdem war ja er ad personam Auftragnehmer und nicht die Firma. Wie es zum Auftrag in der alten Bauleitung kam, fällt mir im Moment nicht ein. In der AKPE-Ära wurde dieser Auftrag mit einem Nachtragsauftrag ergänzt. Wir werden eben draufgekommen sein, daß das alte Leistungsspektrum verschiedene Leistungen nicht enthielt, und daher kam es zu einem Nachtragsauftrag. Über das Bodengutachten kann ich Ihnen überhaupt nichts sagen, weil es im Hochbaubereich war.

Obmann Dr. **Steger** unterbricht hierauf die Sitzung.

(Die Sitzung wird um 19 Uhr 15 Minuten unterbrochen und um 20 Uhr 20 Minuten wiederaufgenommen.)

Obmann Dr. **Steger** *(nach Wiederaufnahme der Sitzung):* Wir können die Einvernahme des

Herrn Dipl.-Ing. Winter fortsetzen. Ich bitte, ihn hereinzuholen. *(Dipl.-Ing. Winter wird in den Saal geführt.)*

Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Feurstein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe Sie vor der Unterbrechung dieser Sitzung befragt nach den Aufträgen, die der Herr Wagner von der AKPE bekommen hat beziehungsweise die Spiwag. Nun wurden in diesem Zusammenhang auch umfangreiche Aufträge für die Erstellung von Bodenbelägen erteilt. Können Sie sich erinnern, wer damals Bestbieter war?

Dipl.-Ing. **Winter:** Sie meinen die Lieferung der Bodenbeläge?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Lieferung der Bodenbeläge.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich möchte dazu sagen: Bodenbeläge sind reiner Hochbaubereich. Natürlich habe ich den Vergabeakt auch gesehen, vor allem anläßlich der Vorlage der Genehmigung im Aufsichtsrat. Ich glaube mich zu erinnern, daß der Auftragnehmer für die Bodenbeläge die Firma Brandstätter ist und die Bodenbeläge von Semperit geliefert werden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gab es dabei Interventionen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das kann ich nicht sagen. Mir ist nichts bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ihnen gegenüber war niemand, der interveniert hätte?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, ich kann mich nicht erinnern, daß da irgend etwas gewesen sein sollte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es ist Ihnen aber sicherlich bekannt, daß die Firma Siemens den Auftrag Klimaleuchten zunächst zugesprochen erhielt und daß über diesen Auftrag sehr umfangreiche Interventionen geführt worden sind, insbesondere von Herrn Sefcsik. Ist Ihnen das bekannt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat bei Ihnen damals interveniert?

Dipl.-Ing. **Winter:** Darüber gibt es einen Schriftverkehr in der AKPE. Ich glaube mich zu erinnern, daß sowohl seitens des Finanzministeriums als auch der Magistratsabteilung 4 — bitte, ich betone: ich glaube mich zu erinnern; es wäre aber einfach auszuheben — Schreiben an uns ergangen sind, wir mögen prüfen, ob oder inwieweit die Produktion dieser Leuchten im Inland durchgeführt werden könnte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was dann auch geschehen ist.

Hat auch der Bundeskanzler bei Ihnen durch irgendwelche persönliche oder andere Äußerungen zu erkennen gegeben, daß hier eine andere Firma zum Zuge kommen sollte?

Dipl.-Ing. **Winter:** Mir persönlich ist keine wie immer geartete Intervention des Herrn Bundeskanzlers direkt oder über jemand anderen bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist Ihnen aber bekannt, daß in einem Protokoll, in einer Niederschrift ausgesagt worden ist, daß bei Ihnen in dieser Sache vom Herrn Bundeskanzler interveniert worden sei?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ist mir nicht bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie bleiben also bei Ihrer Aussage, daß der Bundeskanzler nicht auch interveniert hat bei Ihnen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann mich nicht erinnern, daß jemand namens des Herrn Bundeskanzlers bei mir interveniert hat. Ich kann mich nicht erinnern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wurde von seiten des Handelsministers interveniert? Oder des Handelsministeriums?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich glaube nicht. Ich kann mich nicht erinnern, daß seitens des Handelsministeriums bei uns interveniert wurde. Aber bitte, vielleicht gibt es ein Schreiben des Handelsministeriums an uns, ich kann jetzt nicht den ganzen Schriftverkehr auswendig wissen. Es gibt darüber einen Schriftverkehr bei der AKPE.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann hätte ich noch eine letzte Frage.

Aus welchen Gründen wurden über die Spitalsplanung lediglich die SPÖ-Primarärzte und der SPÖ-Klub informiert? Es ist vermerkt in einer Team-Besprechung, bei der Sie anwesend waren, und zwar am 21. September 1974, daß lediglich die sozialistischen Primarärzte, und zwar am 4. November, über den Spitalsplan informiert werden sollen und lediglich der Klub der sozialistischen Gemeinderäte. Welche Gründe waren dafür entscheidend?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das kann ich nicht sagen. Das weiß ich nicht. Ist es eine Handschrift von mir, oder ist es ein Protokoll?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, das ist ein offizielles Protokoll der Teams.

Dipl.-Ing. **Winter:** Der Spitalsplan der Stadt Wien, der damals einstimmig im Gemeinderat beschlossen wurde und an dessen Erstellung

ich im Rahmen des Teams mitgearbeitet habe, wurde ja einer großen Anzahl von Leuten zugesandt. Ich kann also nicht sagen, daß es nur die SPÖ-Ärzte oder wer bekommen haben. Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe Sie gefragt im Hinblick auf die Diskussion, auf die Besprechungen, die stattgefunden haben. Warum wurde nicht mit den gesamten Abgeordneten zum Wiener Landtag, warum nicht mit allen Ärzten ein Gespräch darüber geführt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nachdem es im Gemeinderat verabschiedet worden ist, müssen es ja alle Abgeordneten erhalten haben. Ich selbst war als Techniker im Rahmen des Teams des Herrn Stadtrates mit solchen Fragen ... Ich habe es vernommen, war aber in keiner Weise involviert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie, was damals besprochen worden ist, warum dieser Weg gewählt worden ist?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann diese Frage nicht beantworten, weil ich nicht mehr weiß ... Das waren damals für mich so überhaupt nicht relevante Fragen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Diplomingenieur! Haben Sie je Herrn Becvar Schecks übergeben? Haben Sie ihm einen Scheck in die Hand gedrückt oder auf postalischem Weg übergeben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Mir nichts bekannt. Ich stand mit Prof. Becvar in keiner Geschäftsbeziehung.

Obmann Dr. **Steger:** Die Charter-Air, an der Sie beteiligt waren, hat die ein Flugzeug besessen oder gemietet?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Charter-Air hatte zwei oder drei Flugzeuge besessen. Davon wurde eines vor einem Jahr oder vor zwei Jahren, ich weiß es nicht mehr genau, bei einer Landung zu Schrott geflogen; ich war daran nicht beteiligt, bitte.

Obmann Dr. **Steger:** Ein Flugzeug zu Schrott fliegen und daran beteiligt sein, ist schlecht.

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Charter-Air hat daraufhin ein Flugzeug geleast.

Obmann Dr. **Steger:** Von den anderen Flugzeugen: Wissen Sie da etwas über die Finanzierung?

Dipl.-Ing. **Winter:** Überhaupt nicht. Ich weiß nur, soweit ich es einmal gehört habe, daß es über eine Leasingfirma der CA abgewickelt wurde. Aber ich war in keiner Weise in die Geschäftsführung involviert.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie das Gefühl, daß irgend jemand in Ihrer Umgebung, nicht dort, wo Sie allenfalls in Verdacht stehen, sondern in Ihrer Umgebung beruflich, je Bestechungsgelder genommen hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Mir ist nie etwas bekannt geworden, daß irgendwo in meiner Umgebung Bestechungsgelder geflossen sind.

Obmann Dr. **Steger:** Ich habe Sie heute gefragt, ob es stimmt, daß Sie im Gespräch mit Herrn Redakteur Worm von Schwarzgeld gesprochen haben. Haben Sie gesagt, nein. Ich frage Sie jetzt: Waren Sie in irgendeiner Form ein Mitwisser davon, daß es so Schwarzgeldbeschaffungsaktionen gegeben hat? Nicht, ob Sie geredet haben zu Worm, sondern ob Sie davon etwas wissen, daß es das tatsächlich gegeben hat.

Dipl.-Ing. **Winter:** Diese Frage möchte ich im Hinblick darauf, daß ich in diesen Finanzaktionen Beschuldigter bin, nicht beantworten.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist nicht strafbar beim Gericht.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich hatte, wie gesagt, seit 70 Tagen nicht die Möglichkeit, auch nur einmal mit meinem Anwalt zu sprechen, ich bin also kein Jurist.

Obmann Dr. **Steger:** Nur wissen ist nicht strafbar. Daß Sie mich noch einmal verstehen. Es ist eine Rechtsauffassungsfrage, ob Sie sich entschlagen können bei einer Frage, wo Sie allenfalls strafbar sind. Aber zu wissen von Schwarzgeldbeschaffung ist nicht strafbar.

Wenn allenfalls der Ausschuß wünscht, das ausdiskutiert zu bekommen, dann würde ich Sie bitten, wieder nebenan zu gehen, aber momentan wird die Frage noch nicht gestellt. Es ist das Wissen um Schwarzgeldtransaktionen nicht strafbar im Rahmen eines Strafprozesses. Daher können Sie die Frage als solche nicht verweigern. Sie können sagen ja oder nein.

Da dieses Wissen nicht strafbar ist, können Sie sich darauf nicht berufen. Ist das logisch?

Dipl.-Ing. **Winter:** Für mich ist es nicht logisch, denn ich bin im Zusammenhang mit diesen Finanzgeschäften Beschuldigter, und ich kann für mich nicht das selektieren, wo das Wissen strafbar ist oder nicht. Und daher beantworte ich diese Frage nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Noch einmal: Ich habe gefragt, Schwarzgeldbeschaffung anderer Personen, an denen Sie nicht beteiligt waren. Ob Sie davon etwas wissen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann diese Frage nicht

abgrenzen zum gesamten Sachverhalt, und daher werde ich sie nicht beantworten.

Obmann Dr. **Steger:** Kennen Sie eine Firma Klug, St. Pölten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja. Ich habe den Namen der Firma Klug zum erstenmal gehört, als sie einen relativ großen Auftrag bei der IAKW erstanden hat.

Obmann Dr. **Steger:** Kennen Sie den Herrn Ing. Helmut Gschmeidler?

Dipl.-Ing. **Winter:** Der Herr Gschmeidler ist mir einmal vorgestellt worden oder bekannt gemacht worden, aber das ist schon längere Zeit her. Ich kenne ihn, aber habe mit ihm eigentlich nie eine Geschäftsbeziehung gehabt. Er hat auch nie bei der Magistratsabteilung 34 irgendwelche Aufträge gehabt. *(Dipl.-Ing. Winter wird für kurze Zeit aus dem Saal geführt.)*

Obmann Dr. **Steger:** Herr Dipl.-Ing. Winter, wir wissen durch unsere Zwischenberatung, daß wir heute sicherlich nicht die letzte Einvernahme von Ihnen haben. Wir werden aber jetzt noch eine Fragerunde fortsetzen.

Am Wort ist der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Herr Diplomingenieur! Ich habe heute bei meinen Fragen Sie gefragt, was Sie uns sagen können über Provisionen, die die Firma Klug KG an die Firma PLANTECH bezahlt hat, und Sie haben uns keine Auskunft darüber gegeben. In der Zwischenzeit können wir der Tageszeitung „Kurier" vom 23. Juli entnehmen, daß der Chef jener Elektrofirma Klug bereits sehr klar und deutlich Auskunft über Details der Honorarzahlungen gegeben hat, wie sie einerseits zur Firma PLANTECH und andererseits wieder zum Teil zurückgeflossen sind. Sind Sie auf Grund dieser in jedem Detail bereits der Öffentlichkeit bekannten Äußerungen bereit, uns über die Formen der Provisionszahlungen, wie sie gelaufen sind auf Grund von Aufträgen im Rahmen des AKH, dem Untersuchungsausschuß jetzt Mitteilung zu machen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich bin im Zusammenhang mit der Firma PLANTECH Beschuldigter und sage daher nichts. Abgesehen davon, ich kenne weder den „Kurier", noch konnte ich mich jemals mit meinem Rechtsanwalt beraten. Auch wenn etwas im „Kurier" steht oder wenn etwas bekannt ist, solange ich mit meinem Rechtsanwalt nicht sprechen kann im Sinne von Beraten, sage ich dazu nichts.

Ich habe das auch immer wieder der Frau Untersuchungsrichter gesagt. Solange man mich nicht mit meinem Anwalt sprechen läßt ...

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Steinbauer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! Da hat es am 16. 2. 1977 eine Intervention Schuppich in Sache ARGE Thiergärtner & Stöhr gegeben, mit der sich der Vorstand befaßt hat. Können Sie mir da Näheres sagen, worum es sich da gehandelt hat? Also es war im Februar 1977. Schuppich hat für eine ARGE Thiergärtner & Stöhr laut Vorstandsprotokoll interveniert.

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Firma Thiergärtner & Stöhr hatte den Planungsauftrag für die sanitärtechnischen Anlagen.

Auf Grund einer öffentlichen Ausschreibung wurde dieser Auftrag an eine Arbeitsgemeinschaft ARGE Sanitär vergeben und nicht an die Firma Thiergärtner, die bei dieser Ausschreibung nicht Bestbieter war. Es gab nun bei der Beendigung des Planungsauftrages mit der Firma Thiergärtner Probleme, die Firma Thiergärtner wollte gewisse Planungsleistungen, die wir noch in den Planungsauftrag hineininterpretiert haben, nicht mehr erbringen. Ich glaube, es ging dabei um einen Streitwert in der Größenordnung von einigen Hunderttausend Schilling. Ich glaube, 300 000 S, und über diesen Betrag von 300 000 S kam es, glaube ich, auch zu einem Prozeß zwischen AKPE und Thiergärtner, und die Kanzlei Schuppich hat die Firma Thiergärtner vertreten.

Ich kann jetzt nicht sagen, wie der Prozeß ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Danke.

Es hat einen Streit gegeben in der Beauftragungsfrage ARGE Klima im Dezember 1979, wo insbesondere Ihre Vorstandskollegen Ihnen die mündliche Beauftragung der ARGE Klima vorgehalten haben. Haben Sie hier einen Alleingang gemacht? Das war also, ich beziehe mich hier auf eine Vorstandssitzung vom 3. Dezember 1979, Beauftragungsumfang der ARGE Klima, und festgehalten wurde immer wieder von Ihren Kollegen, daß die mündliche Beauftragung für die Planung Neuro-Chirurgie festgestellt werden mußte, daß Sie also quasi, was angesichts auch des Umfangs schon eine Seltsamkeit wäre, im Alleingang und bloß mündlich einen Auftrag erteilt haben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das Projekt Neuro-Chirurgie stand Ende des Jahres unter sehr, sehr großem Zeitdruck. Wir haben damals jene Firmen, die am Bau bei den großen Gewerken bereits vorhanden waren, beschlossen, für die Planungsarbeiten, bitte, es geht hier nur um die Planungsarbeiten, nicht um Lieferung, sondern um die Planung, die zu einer Ausschreibung führen sollen, ebenfalls zu beauftragen. So wurde seitens des Herrn Parzer für die Architektur mündlich der Architekt beauftragt, und

130 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

ich habe die ARGE Klima ebenfalls mündlich beauftragt.

Dies muß man einerseits unter dem Zeitdruck sehen, daß es keinen Sinn hat, sich irgendeinen anderen Planer zu nehmen für eine solche Tätigkeit, sondern durch die engen und vielschichtigen Verknüpfungen mit dem Bauwerk in vielen einzelnen Schnittstellen wäre es absurd, für eine Detailplanung, die jetzt voll integriert werden muß in den Hauptauftrag, sich einen fremden Planer zu nehmen, der das Gebäude noch nicht kennt.

Nachdem wir mit diesen Unternehmungen ja bereits für andere Bereiche, vor allem für die wesentlich größeren Erweiterungsbauten Ost, Planungsaufträge hatten, war es also nicht so, daß wir hier eine mündliche Beauftragung gegeben haben, ohne Honorarsätze und so weiter abzugrenzen, sondern der mündliche Auftrag hat gelautet: Bitte, beginnt möglichst rasch mit der Planung der Neuro-Chirurgie, zu den gleichen Konditionen, wie bei den Erweiterungsbauten Ost Planungsaufträge draußen waren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Da gibt es aber im Vorfeld der ABO-Beauftragung einen ähnlichen Streitfall, wo man sich auf eine mündliche Beauftragung durch Sie beruft. Waren Sie ermächtigt als Vorstandsdirektor, solche Beauftragungen mündlich vorzunehmen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Bei der ABO gab es nicht eine mündliche Beauftragung durch mich, sondern als die Genehmigung des Aufsichtsrates vorlag, haben wir ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Im Vorfeld der ABO-Beauftragung.

Dipl.-Ing. **Winter:** Da kann ich mich an eine mündliche Beauftragung in diesem Sinne gar nicht erinnern. Denn der BO-Auftrag war ja bereits an Riethmüller 1973 vergeben und wurde dann nur umgewidmet in eine interimistische BO. Das war ja in dem Sinne keine neue Beauftragung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Gut. Sie waren im Mai 1976 in Düsseldorf — wir haben heute schon über das Papier gesprochen —, beim DKI et cetera. Die für mich nicht ganz einsichtige Begründung wurde von Ihnen geliefert: Wir haben irgend etwas beim DKI zu tun gehabt. Nun ist gerade der Mai 1976 eine der Schlüsselpassagen in unseren ganzen Untersuchungen, es sind auch diese zwei Notizseiten 104 und 105 sehr von Dramatik gekennzeichnet. Warum sind Sie überhaupt nach Düsseldorf gefahren? Sie hatten das DKI, sie hatten Riethmüller, Sie hatten alles hier an der Hand. In Düsseldorf hat es auch nichts zu besichtigen gegeben. Was war der Grund für diese Reise?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich glaube, mich zu erinnern, daß Dr. Wilfling, Kollege Parzer und ich zum Deutschen Krankenhausinstitut gefahren sind, aber beim Thema dieser Besprechung muß ich passen. Als wir drei nach Düsseldorf gefahren sind, glaube ich, war das eine Ein-Tages-Reise, in der Früh hin, am Abend zurück. Warum wir zum Deutschen Krankenhausinstitut gefahren sind — da muß ich passen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt muß ich aber wirklich meine Hochachtung aussprechen, wie Sie aus der Erinnerung an den Mai 1976 sofort sagen können, was auch stimmt: Wilfling ist gefahren, Parzer ist gefahren, und Sie sind gefahren.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe das Blatt ja schon heute in der Hand gehabt!

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nur warum man nach Düsseldorf fährt — ich kenne bitte Ihren Reisekatalog von den letzten fünf Jahren, ich könnte Ihnen sagen, wie oft Sie in Athen waren und, und, und. Die Frage, warum Sie in Düsseldorf waren, hat sicherlich nichts zu tun mit Ihren Beschuldigungen. Sie werden das doch aufklären können. Können Sie mir das sagen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe dieses Blatt vorhin in der Hand gehabt, und da steht also drauf: Düsseldorf: Parzer, Wilfling und ich. Und wir waren nur einmal in Düsseldorf zu dritt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie sich erinnern, warum Sie dort waren?

Dipl.-Ing. **Winter:** Darüber steht leider auf dem Blatt auch nichts.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): O ja, es ist um die grundlegenden Verhandlungen gegangen, die darauf hinausliefen: das Verhältnis zu Dräger, das Verhältnis zu Siemens, die Positionierung von Wilfling; bitte, das können Sie alles da ablesen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das war nicht das Gesprächsthema draußen. Um diese Themen besprechen zu müssen, hätte man ja nicht hinausfahren müssen, das sind ja lauter Themen, die das DKI nicht tangieren, sondern wir haben uns während der Wartezeit beim Rückflug, glaube ich, zusammengesetzt und haben das besprochen, aber der Reisezweck selbst ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat das mit Ihnen als Beschuldigter zu tun oder nicht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Sicher hat das nichts mit mir als Beschuldigten zu tun, aber ich weiß es nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Anders herum. Sind Sie bei diesem Düsseldorf-Aufenthalt mit

irgendwelchen leitenden Herren oder mit Herren der Firma Siemens zusammengetroffen? Ich mache Sie darauf aufmerksam, nachdem Sie das Blatt in Händen hatten, daß Siemens auf diesem Notizblatt immer wieder vorkommt: Siemens Subauftrag, monatliche Teilrechnung, Subverträge laufen, oder Siemens-Dräger, Ego, Klärung, welche Geräte — unter Gänsefüßchen, komischerweise unter Gänsefüßchen —, die EDV-Frage wird angeschnitten.

Haben Sie Siemens-Menschen bei diesem Düsseldorf-Besuch getroffen? Können Sie uns bitte den Ablauf dieses Düsseldorf-Besuches in etwa schildern? Wenn Sie nur einmal in Düsseldorf waren, wenn es eine wichtige Frage ist — schildern Sie einmal, wie das war.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe gesagt, ich war nur einmal mit den Herren Parzer und Wilfling in Düsseldorf. Wir sind in der Früh hingeflogen, fuhren von dort direkt mit dem Taxi ins Deutsche Krankenhausinstitut. An der Besprechung nahmen teil von seiten des Krankenhausinstitutes — das kann ich deshalb so genau sagen, weil ich nur diese Leute vom Krankenhausinstitut kenne —: der Herr Professor Eichhorn, die Frau Lapkamp, der Architekt Sahl und, ich glaube, auch noch der Architekt Urosevic. Ob wir im Institut Mittag gegessen haben oder außer Haus, da muß ich passen. Und wir sind am Nachmittag wieder zurückgeflogen. Ich glaube, die Besprechung war zu Mittag schon aus, und wir haben dann am Flughafen gegessen. Da ist Dunstzone, das weiß ich nicht. Das Thema. Das war 1976.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): 28. Mai 1976. Und die Frage war: Haben Sie Siemens-Menschen getroffen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Leute von Siemens haben wir da draußen meines Wissens nicht getroffen, denn dazu wäre ja die Zeit gar nicht gewesen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Oder in Frankfurt, falls Sie umgestiegen sind?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wir haben die direkte Maschine genommen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Diplomingenieur! Jetzt haben Sie uns genau aufgezählt, wer dort war, jetzt haben Sie uns aufgezählt, wo es war. Und jetzt fällt Ihnen das Thema nicht ein, das ist doch nicht glaubhaft. Einigen wir uns: Es fällt Ihnen nicht ein.

Obmann Dr. **Steger:** Denken Sie noch nach. Vielleicht fällt es Ihnen dann ein.

Dipl.-Ing. **Winter:** Aus dem Kreis, daß der Herr Parzer dabei gewesen ist, kann ich mir vorstellen, es müßte in die Richtung des Organisationsstruktur- und Raumprogramms gegangen sein, denn zu jener Zeit waren das die Hauptsorgen. Aber da ist Mattscheibe. Bitte, ich weiß es nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ihr Tagzettel an dem Tag deutet in ganz andere Bereiche. Gut.

Frage: Der Herr Foltin hat im Jahre 1972 einen Vorstoß gemacht, Sie aus Ihrer damaligen Tätigkeit wegzubekommen, das hat der inzwischen verstorbene Bau ..., was immer diese Titel sind, bei der Gemeinde abgelehnt. Was kann denn der Grund gewesen sein, warum Foltin Sie loswerden wollte?

Dipl.-Ing. **Winter:** Es gab damals einen unliebsamen Zwischenfall. Wie ich schon bei meiner ersten Einvernahme gesagt habe, habe ich verschiedene Stellen des Magistrats darüber informiert, daß ich persönlich der Meinung war, daß die Bauleitung bei dieser einseitigen fachlichen Ausrichtung das Projekt nicht im Sinne einer optimalen Wirtschaftlichkeit und Termingebarung wird weiterführen können. Das wurde bekannt, und man hat mir das sehr übelgenommen, hat es persönlich aufgefaßt, daß ich verräterisch den Standpunkt vertreten habe, bei einem derartigen Umfang gehören auch Juristen und Kaufleute und nicht nur Hochbauer in die Führungsschichte.

Daraufhin wurde ich einmal zum Herrn Stadtbaudirektor gerufen, und mir wurde gesagt — auf das kann ich mich deshalb so gut erinnern, weil es für mich ein Schockerlebnis war —: Winter, geben Sie eine Ruhe, in der Bauleitung ist alles in Ordnung, und wenn Sie weiter querulieren, müssen wir gegen Sie disziplinäre Maßnahmen einleiten. Das war der Grund, weil man meine Schilderungen, daß ich glaubte als junger Beamter, daß das nicht gut ist, was hier die alten Beamten seit Jahren machen, als persönlichen Angriff aufgefaßt hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie waren also nicht involviert in irgendwelche Provisions- oder Bestechungs- oder sonstige Vorwürfe?

Dipl.-Ing. **Winter:** Überhaupt nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Waren Sie dann bei den Heizwerken, als Sie die Wirtschaftspolizei verhörte, involviert in irgendwelche Provisions- oder Bestechungsvorwürfe?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe heute schon zweimal gesagt, daß ich bei den Heizbetrieben nur bei der Prüfung durch den Rechnungshof und durch das Kontrollamt vernommen wurde. Ich habe heute zum ersten Mal gehört, daß die Wirtschaftspolizei bei den Heizbetrieben war. Das wußte ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben heute gesagt, daß es da Vernehmungen gegeben hat, das könnte man Ihnen aus dem Protokoll vorlesen.

132 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Wie war denn das bei der Container-Vergabe, bei der Aktvergabe, als Sie noch beim Stacher-Team waren? Da gibt es von Ihnen die Aktennotiz: Vertrag bei ODELGA abwartend diskutieren oder abwertend; vielleicht können Sie es lesen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich das lesen, daß ich mich erinnere?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Dann können wir gleich weitertun, die Seiten haben Sie heute schon genossen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Welcher Punkt ist das bitte?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der Unterstrichene.

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich einmal zurückblättern, damit ich sehe, in welchem Kreis diese Besprechung war?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, blättern Sie. Das ist aus der Zeit Stacher-Team.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich glaube, das heißt folgendes . . .

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Heißt es abwertend oder abwartend?

Dipl.-Ing. **Winter:** Aus der dunklen Erinnerung heraus würde eher das Wort „abwartend" passen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie war das mit der Aktvergabe? Wer hat das bekommen, wer hat sich dafür stark gemacht, was wissen Sie da?

Dipl.-Ing. **Winter:** Für die Vergabe der gesamten automatischen Containeranlage gab es eine öffentliche Ausschreibung. Ich kann heute nicht mehr sagen, wie das Preisbild war, das muß ungefähr 1973 gewesen sein. Das war eine Anlage, die elektrotechnische Belange hatte, hochbaumäßige Belange, aber vor allem nutzerrelevante Belange, also hygienische Belange und Belange vom Spitalsbetrieb her. Ich kann mich erinnern, damals waren die reinen elektromaschinentechnischen Belange eigentlich eher sekundär, denn auf Grund des Baufortschrittes waren zum damaligen Zeitpunkt die Hochbauprobleme mit dem SEL-System wesentlich günstiger zu bewältigen. Ich kann mich an einzelne Details erinnern, vor allem von der Feuerproblematik her waren andere Systeme wesentlich schlechter dran. Es wurde von der Hochbauseite, von der Schachtkonzeption und so weiter dem SEL-System der Vorrang gegeben. Es gab von Professor Riethmüller eine Nutzwertanalyse, die das SEL-System vorgeschlagen hat, und vor allem seitens der Spitalsverwaltung und des Hygienikers wurde diesem System absoluter Vorrang gegeben.

Es hat auch damals zwei Besichtigungsreisen gegeben oder eine — ich weiß das nicht mehr —, wo sich alle Beteiligten solche Anlagen angesehen haben. Die eine Reise führte zum Krankenhaus Herford bei Hannover, glaube ich, und die zweite zu einer Anlage, die SEL damals schon in Betrieb hatte, nach Göteborg.

Ich kann mich deshalb daran erinnern, weil es sozusagen die erste technische Vergabe war, bei der den Nutzern ein unheimliches Mitspracherecht eingeräumt wurde, aber es war natürlich auch die erste Anlage, die nutzerrelevant war. Ich kann mich erinnern, daß ich damals — und daher habe ich jetzt gesagt „abwartend" — irgendwo gehört habe, daß sich die Firma ODELGA bemüht, dafür einen Subauftrag von SEL zu bekommen. Als bekannt wurde, daß hier die Entscheidung demnächst fallen wird, ich weiß also nicht einmal, mit wem und von wem seitens der Firma ODELGA mit SEL gesprochen wurde . . .

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Für wen waren Sie?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich war für die SEL.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Für wen war Schwaiger?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das war ja noch in der alten Bauleitung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ach ja, das war vorher im . . . Für wen war Wilfling?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich nehme an, daß diese Meinungsbildung im Bereich der MA 17 sicher unter Mitwirkung von Direktor Wilfling erfolgt ist, aber damals waren die Repräsentanten der MA 17 primär für die Hygiene der Dr. Czermak und den Spitalsbereich seitens der Direktion der Herr Hofrat Rode, der ja auch Hygieniker ist, und der Herr Regierungsrat Denk.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer war in der Vergabesteuerung dieses Auftrags der Entscheidende in der damaligen Konstruktion?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich sagte ja, es waren vier Disziplinen, zwischen denen es keine Meinungsverschiedenheit gab. Da war einerseits die Hochbauseite, die Hygienikerseite, die bei einer solchen Anlage natürlich wirklich unheimliche Bedeutung hat, denn durch ein Transportsystem, das durch das ganze Haus geführt wird, kann im Falle einer Keimverschleppung, wenn es eine schlechte technische Konzeption ist, der Krankenhausbetrieb zum Erliegen kommen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich meine den technischen Teil, den elektro-, elektronik-technischen Teil des SEL-Systems.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das SEL-System besteht ja aus einer gesamten Anlage, die natürlich elektrotechnische Komponenten enthält. In der damaligen Zeit war in der Magistratsabteilung 34 — ich möchte es als Subgruppenleiter bezeichnen — in der Bauleitung — ich selbst war ja nie Mitglied in der Bauleitung — der Dipl.-Ing. Winkler mit drei oder vier, das heißt mehreren Ingenieuren tätig, denn ich hatte ja Allgemeines Krankenhaus, Heim für betagte Menschen Süd und so weiter und so weiter. Diese vier Komponenten Elektrotechnik oder Fördertechnik, Hochbau, Hygiene und Spitalsbetrieb wurden in einem Gutachten von Professor Riethmüller zusammengefaßt in Form einer numerischen Nutzwertanalyse. Aber um Ihre Frage jetzt konkret zu beantworten: Für diesen einen Sektor Elektrotechnik wurde die Meinungsbildung von den Bediensteten der MA 34 in der Bauleitung erarbeitet, und ich habe mich dem angeschlossen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie meinen, daß diese Honorarnote für die Vergabebesteuerung dann den Winkler betrifft oder irgendwen in der MA? Da wird jemandem 900 000 S bezahlt, dafür, daß er die Vergabesteuerung der ACT richtig gemacht hat.

Dipl.-Ing. **Winter:** Weder der Herr Winkler noch ich waren in der damaligen Zeit entscheidungsberechtigt. Der Vorgang war also derart, daß es wohl in der Bauleitung dann gemeinsam mit den Nutzern sowie seitens der Stadt Wien — nicht der Fakultät — zu einer einvernehmlichen Meinungsbildung kam und der Vergabeantrag von dort an das Bautenministerium kam und nach einem Beschluß des Bautenministeriums an die Stadt Wien kam. Erst wenn beide Genehmigungen am Vergabeakt drauf waren, konnte das eigentliche Auftragsschreiben von der Bauleitung hinausgehen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): „936 000 S im Sinne unserer Vereinbarung verrechnen wir Ihnen auf Grund unserer erfolgreichen Vergabesteuerung für bisher erteilte Zusatzaufträge." Wer ist in dieser Kette 936 000 S wert nach Ihrer Schätzung? War es der Winkler?

Dipl.-Ing. **Winter:** Sicher nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Er war ja damals wichtig.

Dipl.-Ing. **Winter:** Sicher nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): ... der Siebensohn?

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Steinbauer! Sagen Sie, welche Faktura Sie ihm vorgehalten haben, damit eine Zeile im Protokoll steht, was Sie ihm da gezeigt haben vor diesen Antworten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich habe ihm eine Honorarnote lautend auf 936 000 S, betrifft ACT-Anlage AK Wien, vorgehalten und ihn ersucht, mir zu erläutern, wer für diesen Auftrag so viel Vermittlungsgebühr kassieren hätte können.

Obmann Dr. **Steger:** Dort kommt das Wort „Vergabesteuerung" vor?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Dort steht wörtlich: „Im Sinne unserer Vereinbarung verrechnen wir Ihnen auf Grund unserer erfolgreichen Vergabesteuerung für bisher erteilte Zusatzaufträge 900 000 S, zusätzliche Spesen und Reisekosten 36 000 S, macht 936 000 österreichische Schilling."

Obmann Dr. **Steger:** Gezeichnet?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich habe abgedeckt, was sonst noch drauf ist.

Dipl.-Ing. **Winter:** Diese Entscheidung für die ACT-Anlage war der klassische Fall einer, ich möchte sagen, interdisziplinären Kollegialvergabe, denn es wurde zum ersten Mal beim AKH — bisher waren ja entweder Hochbauaufträge oder maschinentechnische Aufträge, die nicht die Nutzer berührt haben, vergeben worden; ich glaube, der Auftrag ist 1973 oder 1974 hinausgegangen — eine Anlage beauftragt mit einer sehr starken betriebsorganisatorischen Relevanz, mit hygienischen Aspekten und so weiter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich zeige Ihnen etwas anderes, betrifft Förderanlage AKH Wien: „Sehr geehrte Herren! Im Sinne unserer seinerzeitigen Vereinbarung ersuchen wir Sie ..." Hier ist eine ganze Reihe von sehr technischen Anbindungen, Anbindung TV-Gebäude, Anbindung Müllentsorgungsstudie etc. An wen kann man einen solchen Brief richten, denn das führt ja ins Herz der AKPE? Ich frage Sie, was das für eine Faktura sein könnte.

Obmann Dr. **Steger:** Ich darf Sie bitten, uns die Faktura zurückzugeben und eine Antwort zu geben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann dazu nichts sagen. Es stehen technische Texte darauf, aber diese Anbindungen sind ja gerade die betriebsorganisatorische Relevanz, denn aus diesen Anbindungen resultiert ja jene Simulation, von der ich heute schon gesprochen habe. Sie stellt ja die Basis für die technische Dimensionierung dar.

Obmann Dr. **Steger:** Das war ja nicht die Frage.

Ich könnte die Frage viel einfacher stellen, wenn der Herr Abgeordnete Steinbauer nicht

ungehalten ist. Darf ich Sie folgendes fragen: Schreckt es Sie, wenn man Ihnen solche Fakturen jetzt zeigt? Schreckt Sie die Dimension, die da irgendwo in diesem Rahmen bereits im Spiel gewesen sein muß?

Dipl.-Ing. **Winter:** Herr Vorsitzender! Wenn man 70 Tage in Einzelhaft ist, schreckt einem ein Blatt Papier nimmer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, darf ich Ihnen das erläutern und, Herr Vorsitzender, fortsetzen?

Die erste Rechnung war eine Standard-Electric-Lorenz-Honorarnote von der GEPROMA an Standard-Electric, und das zweite waren ITT Österreich und neuerlich GEPROMA.

Herr Zeuge! Ich sage Ihnen folgendes: Sie haben hier im Untersuchungsausschuß eine Chance. Sie haben hier eine Chance, sich gerade noch freizuspielen zu einem gewissen Grad am Zipfel eines der größten Korruptionsskandale, die Österreich wahrscheinlich je erlebt hat; den größten schlechthin. Wenn Sie die morgige Zeitung lesen, wo einer von der Firma X ausschüttet, wenn Sie die gestrige Zeitung lesen, es ist nicht mehr der Herr Worm oder irgendeiner, der da jetzt an was zipfelt, sondern es ist ein die großen Firmen des Landes involvierender Skandal, der gleichzeitig den AKH-Vorstand total erfaßt, der gleichzeitig Ihre oder die, wo Sie zeichnungsberechtigt etc. sind, Firmen GEPROMA, PLANTECH, und, und umfaßt, und es ist Ihre Chance, sich als das Rädchen herauszustellen, das Sie vielleicht gewesen sind, oder alle werden auf Ihnen abladen. Die Herren laden täglich ab in der Öffentlichkeit und hinter den Kulissen, beim Untersuchungsrichter, bei der Wirtschaftspolizei, bei der Steuerpolizei. Es ist Ihre Chance, jetzt hier zu sagen: Bitte schön, so war das, ich habe nur die und die dienende Funktion gehabt. Wenn Sie das nicht bald tun, schreiben Sie die anderen in Beton fest, und zwar in dem Beton Ihrer Aussagen. Sagen Sie uns, was hinter dem System, zu dem sich nun zunehmend — morgen können Sie von der Firma Klug im „Kurier" lesen, der Herr Kollege Schmidt ... nennt PLANTECH, haben wir gemacht, das und das. Wir haben kettenweise die Belege mit Ihrer Unterschrift, ohne Ihre Unterschrift. Der Herr Hartmann hat gesungen, der Herr Güggi hat gesungen, sie haben alle versucht, abzuschütten auf den Herrn Winter. Und Sie haben jetzt die Chance zu sagen, wie es wirklich war, wie es in etwa war, wie es aus Ihrer Sicht war, oder Sie gehen hier hinaus, und wir sagen alle: Na ja, er wird es gewesen sein! Es wird schon stimmen, was die anderen sagen.

Es wird von Tag zu Tag für Sie schwieriger, aus der Kette der Beschuldigungen, die alle anderen auf Sie ziehen, weil Sie auf der Bahre sind, aufgebahrt herauszukommen. Es hat keinen Sinn, uns abstreiten zu wollen, daß Sie bei PLANTECH, bei GEPROMA, bei BFG und wie alle diese Firmen heißen, involviert waren. Sie können uns nur noch erklären, daß Sie vielleicht nicht die zentrale Figur waren und, bitte, auch der Hauptkassierer, der Hauptkassierer für die eigene Tasche, das sagen nämlich auch alle: Einer hat genommen, und das war mit Abstand der Herr Ex-Direktor Winter.

Und wenn ich mir Ihre Berufslaufbahn anschaue, wenn ich mir Ihren wirklich aus den Akten beeindruckenden Aufstieg anschaue, dann frage ich mich, ob Sie sich nicht jetzt in diesem Gremium, das sich dadurch unterscheidet, daß das nicht irgendeine Routineaussage ist, mit einer Teilaufklärung vielleicht noch herausbringen können zu jenem Teil, der proportional auch der Ihre wäre. Wie war das mit PLANTECH?

Obmann Dr. **Steger:** Übersehen Sie dabei nicht, wenn das alles in Ihren Händen bleibt, dann wird es mit Sicherheit eine unbedingte Verurteilung, dann wird es mit Sicherheit etwas, was weit an den oberen Strafrahmen herangeht, es sind zehn Jahre Ihres Lebens, dann wird es mit Sicherheit, wie ich das auch einer Zeitung entnommen habe, bereits eine Fülle von Steuernachzahlungen, und zwar für die gesamten Summen, geben. Die werden alle Ihnen aufgebrummt *(Zwischenruf: Persönlich!)*, Ihnen persönlich. Allein diese Nachzahlungen, wenn Sie, wie manche annehmen, gar nicht persönlich das alles bekommen haben, sind ja für Sie in Ihrem Leben nie mehr abzuzahlen.

Überlegen Sie diesen ernsten Appell: Statt der zu sein, bei dem sich alle anderen, die es vielleicht auch noch gibt, abputzen, der zu sein, der jetzt das offen einbekennt, was da sonst dahintergestanden ist, und der dann vielleicht am Schluß doch wieder nur ein kleines Rädchen war und nicht der Alleinschuldige. Überlegen Sie diesen Appell sehr ernsthaft!

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich bleibe dabei: Solange ich mit meinem Anwalt nicht sprechen kann, sage ich zu den mir vorgeworfenen Beschuldigungen nichts.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Fragen Sie Ihren Anwalt, ob er Ihnen nicht auch empfiehlt, sich hier im Untersuchungsausschuß freiwillig zu melden, um PLANTECH, GEPROMA und alles, was damit zusammenhängt, hier zu erzählen. Es könnte eine Chance für Sie sein. Ich sage Ihnen das nur zum Nachdenken. Es könnte eine Chance sein. Abstreiten können werden Sie, wenn Sie einmal in der Mühle sind, weil Sie die Ausrede mit dem Anwalt nimmer haben, und das kann ja nur mehr kurz halten,

nichts. Ich wate hier in Papier mit und ohne Unterschrift von Ihnen. Sie können einmal sagen, das war eine Fälschung, aber bitte, Sie können doch nicht die ganzen Kontenbewegungen und, und, und ... Es haben sich leider — für Sie leider — gewisse gesetzliche Bestimmungen in der Schweiz und in Liechtenstein geändert. Es ist mutmaßlich alles irgendwo schon auf der Bahn oder hier oder zum Teil schon in unserem Besitz.

Nur: Das Schuldenlamm, das Sie derzeit sind, das ist im Moment festgeschrieben, und Sie stehen stellvertretend für den größten Korruptionsskandal, den Österreich hatte. Bitte, wollen Sie das alles allein ausbaden, oder wollen Sie den richtigen Stellenwert zu Ihrem eigenen Schutz beanspruchen? — Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie so viel verräumt haben.

Wir kommen zum BO-Kuchen, und zwar ist das die Seite, bei der Sie zwei Gespräche führen, eines mit Rumpold und eines mit Wilfling. Da bitte ich Sie, mir den Unterschied in dieser Planung zu erläutern.

Sie wissen, was ich meine: Einige Zeit vor Vergabe wird sehr ausführlich diskutiert, wie man den Kuchen verteilt. Jetzt will ich ganz einfach von Ihnen den Unterschied erläutert bekommen, warum einmal so und einmal so, was für oder gegen gesprochen hat.

Bitte sehr, Seite 85. Da ist folgendes: Am 28. Jänner 1976 treffen Sie sich mit Rumpold — Wilfling und führen ein Gespräch über die Betriebsverteilung, wobei der BO-Kuchen zweiter Tagesordnungspunkt ist, einmal so lautet — ich zeige Ihnen das dann gleich —, und jetzt möchte ich die Vorteile der einen Konstruktion und die Nachteile der anderen oder umgekehrt von Ihnen genau erläutert bekommen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Soweit ich mich erinnern kann, wurde ich damals in den beiden Gesprächen informiert, daß seitens der hier angeführten Unternehmungen beabsichtigt ist, eine Arbeitsgemeinschaft ins Leben zu rufen, und sich die einzelnen Mitglieder noch nicht im klaren sind, wie die Arbeitsgemeinschaft im Innenverhältnis aussehen könnte. Und so wurde mir beim ersten Gespräch genannt — ich nehme an, das heißt unter 2 a) ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie es mir, bitte, vorlesen, damit wir das gemeinsam mit vollziehen. Die Seite beginnt also mit ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Mit 2, wo steht: BO-Kuchen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Warum heißt das „Kuchen"? Was ist das?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja das Volumen der BO, das zur Ausschreibung gelangen wird. Wobei der Punkt a) heißt: Institut; das kann sich also nur, nehme ich an, um das Deutsche Krankenhausinstitut handeln, die Firma ÖKODATA und das Büro Prof. Riethmüller.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist das die Variante a)?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das ist die Variante a), wobei gedacht war, im Innenverhältnis der ARGE drei gleichberechtigte Partner mit einem Anteil von Drittel, Drittel, Drittel zu machen, beziehungsweise eine andere Variante mit der Firma MEDIPLAN und Riethmüller auf der einen Seite und der Firma ÖKODATA auf der anderen Seite mit halb-halb.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Frage: Warum ist in der ersten Variante diese überdimensionierte Beteiligung von Riethmüller und Institut, denn soweit ich es überblicke, ist ja das DKI auch wieder ein Riethmüllerverein?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe noch nie gehört, daß das Unternehmen Prof. Riethmüller ein DKI-Verein ist oder umgekehrt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Umgekehrt: Er nimmt die Kräfte und ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich war bisher der Meinung — und ich kenne die beiden Unternehmungen ja —, daß die eher Konkurrenten sind. Daß sie sich vielleicht fallweise aushelfen mit Personalleasing, das kann man nicht ausschließen, aber ich würde sie eher als echte Konkurrenz bezeichnen.

Ich wurde damals darüber informiert von den Herren — Sie sagten vorhin Wilfling und Rumpold; ich habe die Seite 1 nicht —, daß beabsichtigt ist — und ich habe mir das notiert —, beim nächsten Gespräch wurde ich informiert, daß also beabsichtigt ist, ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bleiben wir bei dem!

Ich zeige Ihnen auch noch die erste Seite. Da steht: Wilfling, Schwaiger, ego und Thema, oder Bindestrich Thema. Hängt das zusammen? Hier geht es ja offensichtlich um die Betriebsführungsgesellschaft.

Wenn auf Technik beschränkt, Stacher Okay. Dann ist der Stacher einverstanden.

Erste Frage: War der Stacher hier informiert von diesem Vorgehen? Hat das Wilfling behauptet?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das hat sicher Dr. Wilfling gesagt, denn ich kann mich nicht erinnern, daß ich den Herrn Stadtrat darüber gezielt informiert hätte. Es stand Anfang 1976 für die technische Betriebsführung vor allem aus der Not-

136 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

wendigkeit im Gebäudekomplex Psychiatrie — Kinderklinik fest, daß man hier auch schon bei diesem Gebäude etwas unternehmen muß, weil die Magistratskonstruktion der Technischen Abteilung wahrscheinlich nicht geeignet gewesen wäre, diese technische Betriebsführung dort zu übernehmen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie geht das dann weiter: AKPE macht, oder was?

Dipl.-Ing. **Winter:** Und es wurde damals ventiliert: AKPE macht Tochtergesellschaft; das heißt Tochtergesellschaft.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): ... Tochtergesellschaft. Wilfling, Schwaiger, ego ...

Dipl.-Ing. **Winter:** In diesem Gespräch wurde vereinbart, daß Wilfling, Schwaiger und ich uns über dieses Thema einmal getrennt zusammensetzen, um einen Vorschlag zu erarbeiten: Wie könnte so etwas aussehen?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kann das „dieses Thema" heißen? Sie sind ein für mich lesbarer Stenograph, ich glaube, wir beide können gleich viel Stenographie.

Das ... ist bei mir nicht „dieses Thema", sondern: Wilfling, Schwaiger, ego, dann ist ein Strich, Thema. Das kann auch das Ersatzzeichen für irgendein nicht näher zu beschreibendes Thema sein. Für das halte ich es nämlich.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Ich beziehe das eindeutig zum Punkt 1, denn auf der nächsten Seite beginnt es ja mit Punkt 2. Das ist etwas Getrenntes.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nein: Wilfling, Schwaiger, ego — und was ist das dann für ein Zeichen? — und Thema.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das ist ein Bindestrich. Das ist in dem Fall kein Zeichen. Das ist ein Thema, das einmal getrennt behandelt werden muß und nicht — ich weiß nicht, wieso es im Kreis mit dem Herrn Rumpold angeschnitten wurde, vielleicht hat es der Dr. Wilfling angeschnitten, und wir haben gesagt, das ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Heißt das, daß Wilfling, Schwaiger und Sie über das Thema „Technische Betriebsführungsgesellschaft" reden sollten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja. Genau.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das entspricht aber, bitte, nicht — ich bin ein sorgsamer Leser Ihrer Notizen; Sie sind nämlich ein sehr genauer Mensch. Sie haben den ersten Gedanken Technische Betriebsführungs GesmbH. Gut. Dann halten Sie fest, die soll nur auf die Technik beschränkt sein. Dann halten Sie fest, daß offenkundig ein Einverständnis vom Stacher vorhanden ist. Dann halten Sie einen neuen Gedanken fest, nämlich daß die AKPE eine Tochter gründen soll. Und dann halten Sie fest, daß es noch ein Thema gibt, das die Herren Wilfling, Schwaiger und Sie besprechen müssen; im Zusammenhang damit.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Nein. Das ... bezieht sich eindeutig auf das Obere, denn wenn es darum geht, daß die AKPE eine Tochtergesellschaft macht, dann sind das schon wieder kaufmännisch-juridische Probleme, wo ich nichts dazu sagen kann.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Gut. Nächste Seite: BO ... BO-Kuchen. Wer erfindet einen Namen wie „Kuchen"? Ist das Ihre Sprache, oder ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe fallweise eine sehr eigene Diktion, und ich habe schon erkannt, daß mir die eher, wenn sie publik wird, zum Nachteil gereicht. Das Wort „Kuchenaufteilung" kommt bei mir öfters vor. Ich habe zum Beispiel immer das Organisationsstruktur- und Raumprogramm als „Kuchenaufteilung" bezeichnet, weil die Fläche des Gebäudes wie ein Kuchen aufgeteilt wird.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt: Was ist der Unterschied zwischen a) und b)? Also das DKI, die ÖKODATA und Riethmüller, und in dem anderen Fall die eine Hälfte und die andere Hälfte ÖKODATA, also mehr ÖKODATA.

Dipl.-Ing. **Winter:** Es wurden mir zwei Varianten vorgele ..., also ich wurde darüber informiert, daß erwogen wird, eine Arbeitsgemeinschaft zu gründen, entweder in dieser Form oder in Form der Variante b), und einige Tage später wurde mir ja nochmals wieder eine andere Variante vorgestellt sozusagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber bitte, was ist, was spricht jetzt für die b)-Variante? Sie sind ja der Sachkundige. Was ist der Unterschied? Mir fällt ja nur auf, daß die ÖKODATA in jedem Fall dabei ist.

Dipl.-Ing. **Winter:** Jedes Unternehmen hat ein spezifisches Leistungsspektrum, und die Firmenvertreter, die sich hier zusammengesetzt haben, um über eine Arbeitsgemeinschaft, über die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft zu sprechen, haben sicherlich die Stärke, die sie auf Grund ihres Unternehmens in eine solche Gruppe einbringen können, durchdiskutiert, und dabei entstanden eben verschiedene Modelle.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was ist der Unterschied zu dem einige Tage später doch ganz anderen Konstruktionssystem? Hat Ihnen da der Herr Rumpold vorgeschlagen, den Herrn Wilfling auf die Rolle eines Subunternehmers

zu reduzieren? Der fehlt nämlich bei dem zweiten Gespräch, beim ersten war er dabei, da hat er vielleicht mehr Mitsprache gehabt. Oder warum ist es einige Tage später doch proportional anders?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das kann ich deshalb nicht beantworten, weil man es mir erzählt hat, und ich habe es mir notiert und habe gesehen: Also scheinbar ist die Konstruktion oder die Gründung einer solchen Arbeitsgemeinschaft auf Grund der doch eher großen Dynamik einmal so und so nicht ganz einfach.

Warum man mir gesagt hat am 28. 1., man erwägt eine Variante a) oder b), und sechs Tage später wieder eine etwas modifizierte Form, nämlich im Vergleich zur Variante 2 a) nicht das Institut, sondern die Firma AGIPLAN hineinzugeben — ich kann also nur sagen: Ich war ja über den sachlichen Inhalt dieser einzelnen Gespräche in keiner Weise informiert, geschweige denn involviert. Ich habe es mir aufgeschrieben, weil man es mir erzählt hat, aber ich kann dazu nicht mehr sagen: Warum ist man von dieser Variante auf diese gekommen?, denn die endgültige Variante hat ja wieder anders ausgesehen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Behaupten Sie jetzt, daß der Herr Rumpold Ihnen das alles eingeredet hat oder vorgestellt hat, und Sie waren passiver Zuhörer? Wollen Sie das damit behaupten? Der Herr Rumpold ist also schuld.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich würde hier nach meinen Maßstäben nicht von Schuld sprechen, wenn jemand zu mir kommt und mir erzählt, wir sprechen, es wird gesprochen über die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft, und ich frage: Na wie schaut die aus?, und man sagt es mir.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und haben Sie dann auf der zweiten Hälfte, also am 3. 2., sich registriert, daß Sie mit Riethmüller vier Wochen später ein Gespräch führen wollen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich glaube, das wäre datumsmäßig leicht zu prüfen, daß ich in diesem Gespräch gebeten worden bin, einmal als Einladender alle Herren an den Tisch zu bringen. Ich weiß nicht, ob es datumsmäßig paßt, aber es müßte eigentlich passen, daß einige Wochen oder einen Monat, zwei Monate später über meine Einladung das Gespräch im Restaurant „Modul" stattgefunden hat, weil noch nicht alle Herren den Prof. Riethmüller persönlich kannten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und ist dann die letzte Zeile, daß es außerdem ein Bauer-Rumpold-Riethmüller-Winter-Gespräch geben soll? Oder was soll diese letzte?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das bezieht sich auf die Zeile vorher, mit Prof. Riethmüller in zirka vier Wochen ein Gespräch mit Bauer, Rumpold, Riethmüller und mir zu arrangieren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und ist Ihnen dabei vielleicht nicht klargeworden, daß Sie einen Großauftrag, daß Sie dabei sind, die Nehmer eines Großauftrages, wo Sie Vergeber sind, schon zusammenzuführen und untereinander abzustimmen, lange vor der öffentlichen Ausschreibung?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich sehe das keineswegs so, denn daß es zu einer Ausschreibung kommen mußte, war ja immer klar, und die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft von leistungsstarken Unternehmen, an der mußte ich auch als Auftraggeber interessiert sein, und wenn man die Herren im Rahmen eines Mittagessens bekannt macht, sehe ich hier in keiner Weise die Verletzung einer ÖNORM oder einer sonstigen Vorschrift.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wann haben Sie den Aufsichtsratsvorsitzenden Waiz, den Sie ja immer und häufig informiert haben, wie Sie heute schon gesagt haben, über diese Absichten informiert?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann nicht sagen, wann *(Abg. Steinbauer: Ungefähr!)* wir dem Herrn Sektionschef Waiz über einzelne Aspekte oder Fakten aus dem Bereich der Betriebsorganisation etwas gesagt haben. Wenn ich keine Aufzeichnungen darüber habe ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Am 13. 2., also knapp danach, gibt es über ein Gespräch, das Sie, Parzer und Waiz geführt haben, eine Gedächtnisnotiz: Für den Fall, daß wir mit Riethmüller terminlich nicht zu Rande kommen und MEDIPLAN einen anderen Partner bei der Neu-Ausarbeitung des ORP beigeben, regt Waiz an zu prüfen, ob dies rechtlich möglich ist, mit neuen Vertragspartnern auf dem alten Riethmüller-Gerüst aufbauend fortzuführen, um nicht juridisch ins Messer zu laufen.

Ist dies nicht der nächste Gedankenschritt im Vorfeld der endgültigen ABO-Vergabe? Würden Sie das als Information ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Jetzt rein aus dem Lesen heraus würde ich sagen, daß sich das überhaupt auf die Organisationsstruktur- und Raumprogramm-Planung bezieht und nicht auf die Betriebsorganisationsplanung. Aber nur aus dem einmaligen Lesen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie würden das also nicht als die Information ansehen?

Sie würden auch die Information, die Sie in demselben Gespräch über die Technische

138 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Betriebsführung geben, also Punkt 1 des Rumpold-Wilfing-ego-Gespräches — das ist dann schon die Weitergabe der Information des ersten Teiles, denn Sie haben eine lange Information Technische Betriebsführung: Die Gründung einer eigenen Gesellschaft hält Waiz wohl für eine saubere Lösung et cetera et cetera.

Also das, was Sie hier mit Rumpold — Wilfling besprechen, wo Stacher auch OK gesagt hat, wird Waiz einige Tage später mitgeteilt, und Sie sagen heute, Sie haben ihn über den „BO-Kuchen" nicht informiert.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann nicht sagen, ob ich ihn informiert habe oder nicht. Wenn es darüber eine Aufzeichnung gibt, aber ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Na erinnern Sie sich! Ich will ja nicht Ihnen alles belegen, sondern Ihre Erinnerung strapazieren, die sonst sehr genau ist.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, sie ist sehr genau, wenn ich irgendeinen Anhaltspunkt bekomme. Aber jetzt aus dem Nichts zu sagen: Wann haben wir den Herrn Sektionschef Waiz darüber informiert ...?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kurz danach oder lang danach oder wann?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das kann ich nicht beantworten. Das weiß ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Gut. Daß Sie ihn informiert haben, haben wir schon im Protokoll. Ich hätte ja nur gern von Ihnen gehört, wann Sie ihn informiert haben. Nach allem, was Sie uns heute erzählt haben, haben Sie den Herrn Sektionschef Waiz ja mit oder ohne Essen ziemlich regelmäßig informiert, und es wäre halt interessant, wann Sie den Aufsichtsrat — zu Ihrer Entlastung interessant! —, wann Sie den Aufsichtsrat über die sich formierende ABO-Konstruktion informiert haben. Sie bleiben überall hängen, weil Sie sich in einer falschen Loyalität vor alle stellen offensichtlich.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich weiß nicht auswendig, wann wir den Sektionschef Waiz beziehungsweise den Aufsichtsrat darüber informiert haben. Aber das sind doch alles Fakten, die man leicht aus den Firmenunterlagen erheben kann. Ich kann doch nicht alles auswendig wissen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): ... das kann man leider nicht entnehmen aus den Aufsichtsratsprotokollen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Aber Sie werden doch mit den anderen Vorstandskollegen sprechen, vielleicht kann der Herr Schwaiger oder der Herr Parzer sagen. Ich weiß es nicht, wann wir, ob wir im Februar 1976 oder März 1976 oder erst April 1976 oder wann wir den Herrn Sektionschef Waiz darüber informiert haben. Ich weiß es nicht. Ich müßte eine Hausnummer sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie viele Gespräche rund um die BO-Planung am Anfang des Jahres geführt? — Ich sage Ihnen zu Ihrer Hilfe: In den Notizen müssen Sie vor allem mit bestimmten Personen immer wieder gesprochen haben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Der Kreis war eigentlich immer Dr. Wilfling beziehungsweise die Herren Bauer oder Rumpold, die sich also hier abzeichnen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und der Schwaiger?

Dipl.-Ing. **Winter:** Auch natürlich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie Schwaiger als von Anfang an voll informiert bezeichnen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie würden also sagen, daß ziemlich knapp nach diesen ursprünglichen Informationen, die Sie bekommen haben, Sie selbstverständlich diese Informationen weitergegeben haben; an Schwaiger vor allem als den hauptsächlich damit Tangierten?

Dipl.-Ing. **Winter:** Einerseits, und andererseits weiß ich ja, daß Dr. Schwaiger mit Wilfling und Rumpold genauso Kontakte hatte. Also ich kann davon ausgehen, daß hier die gleichen Themen besprochen wurden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sind Sie sich im klaren, daß Sie damit dem Schwaiger unterstellen, an einer manipulierten Ausschreibung mit Ihnen teilgenommen zu haben? Denn eine solche war es.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich bin nicht der Ansicht, daß die Ausschreibung eine manipulierte Ausschreibung war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber Sie sind nach wie vor der Meinung, trotz dieser Vorhaltung, daß der Schwaiger von Ihnen rechtzeitig und voll informiert wurde?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, denn es gab praktisch ja nie Geschäftsfälle, die ein einzelner Vorstand hätte abwickeln können. Das war ja unmöglich. Das wäre ja technisch nicht möglich gewesen. Wir waren ja nur zu zweit zeichnungsberechtigt. Also es wäre kein einziger Auftrag möglich gewesen hinauszugeben mit einem einzelnen Vorstand. Es gibt kein einziges Schreiben, das nicht von zwei Vorständen unterzeichnet ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge, Sie

haben gerade gesagt: Sie werden ja auch Schwaiger und Parzer hier befragen! — Woher wissen Sie das?

Dipl.-Ing. **Winter:** Sie haben vorhin erzählt, daß die Herren Schwaiger und Parzer hier nach mir drankommen sollen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Bitte, Herr Zeuge! Sie haben ein ziemlich hohes Dienstreisenbudget gehabt. So etwa 500 000 S im Jahr. Was schätzen Sie: Wieviel Dienstreisen haben Sie seit 1975 gemacht? Ungefähr. Ein Gefühl müssen Sie ja haben, wenn Sie die letzten Jahre überdenken.

Dipl.-Ing. **Winter:** 30 Dienstreisen.

Abg. **Kohlmaier** (ÖVP): Und wo haben Sie die vorwiegend hingeführt, diese Dienstreisen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Von zwei oder drei Ausnahmen abgesehen, wo es nach Übersee ging, immer in Europa.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich meine, welche Städte haben Sie hier vorwiegend angeflogen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Deutschland.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Städte und nicht Länder.

Dipl.-Ing. **Winter:** Also Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg, Zürich, ich war zweimal in Brüssel, in Paris, war auch in London. Und bei den Auslandsreisen war ich zweimal, glaube ich, in den Vereinigten Staaten und einmal in Südafrika.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und haben Sie hier immer Krankenhäuser besichtigt, Krankenhausinstitute besucht, oder was war der Hauptzweck?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Dienstreisen waren im wesentlichen drei Zwecken gewidmet: entweder Krankenhausbesuche — das war der überwiegende Teil —, fallweise einen Messebesuch und vereinzelt Firmenbesichtigungen, Werksbesichtigungen und so weiter, aber das im weitaus geringsten Maße.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie alle diese Dienstreisen mit den anderen Vorstandsdirektoren oder mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden besprochen, oder haben Sie sich die selbst bewilligt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Auf Grund der gültigen Geschäftsordnung für den Vorstand bedurfte es nach Genehmigung des Reisebudgets im Finanz- und Wirtschaftsplan eines laufenden Jahres nicht mehr der weiteren Genehmigung durch den Aufsichtsrat. Das hat gegolten von Anfang an bis ungefähr Mitte 1978, und Mitte 1978 wurde diese Regelung dahin gehend geändert, daß Überseedienstreisen vom Aufsichtsrat zu genehmigen waren, und nachdem diese Kompetenzänderung eingetreten war, habe ich, glaube ich, nur mehr eine Reise nach Amerika durchgeführt, und die wurde im Aufsichtsrat bewilligt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Waren Sie mehrmals in London?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das kann ich auswendig nicht sagen, aber ich kann es nicht ausschließen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie da immer Krankenhäuser besichtigt oder Krankenhausinstitute, oder was haben Sie in London gemacht? Wissen Sie das noch?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wenn ich in London war, war ich eigentlich nur auf Spitalsbesuch. Mit einer Firma hatten wir keinen Kontakt. Vielleicht daß ich auch einmal auf einer Messe in England war, das kann ich nicht ausschließen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge, es gibt Hinweise dafür, daß Sie ziemlich regelmäßig London besucht haben. Haben Sie da immer Krankenhäuser besucht, oder was haben Sie in London gemacht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Anzahl meiner Dienstreisen beziehungsweise das Ziel und der Zweck sind genau aus den Aufzeichnungen bei der AKPE auf einfache Weise zu erheben. Ich war also sicherlich nicht so oft in London.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber was denken Sie, wie oft waren Sie nach Ihrem Gefühl in London: zweimal, zehnmal, zwanzigmal, dreimal? — Ungefähr.

Dipl.-Ing. **Winter:** Dreimal vielleicht in diesen fünf Jahren.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie jedes Mal ein Krankenhaus besichtigt, ein anderes? Ist das sehr rationell? Oder haben Sie da vielleicht Firmen besucht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Bei einer Besichtigungsreise kann man nicht generell ein Krankenhaus besuchen und darüber hinaus in die Tiefe gehen.

Wenn ein Thema aktuell ist und eine derartige Tragweite hat, daß man solche Objekte besichtigt, dann geht man gezielt auf etwas los. Zum Beispiel: Ich kann mich erinnern an eine England-Dienstreise gemeinsam mit Professor Steinbereithner und einigen weiteren Herren, die nur der Strahlentherapie gewidmet war. Ich kann mich an eine andere Dienstreise erinnern nach England, die nur tierexperimentellen Abteilungen gewidmet war.

140 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Man kann sich nicht in einem Krankenhaus drei Tage aufhalten und sagen: und jetzt weiß man alles über das Haus, sondern wenn man jetzt ein Thema, das die Planung eines sehr schwierigen Bereiches, wie zum Beispiel einer tierexperimentellen Abteilung, relevant ist, daß alle Beteiligten sagen, man schaut — die Nutzer und wir —, man sieht es sich gemeinsam an, dann kann man nur drei Häuser und in diesen drei Häusern die Strahlentherapie besichtigen. Ich kann nicht sagen: Ich nehme gleich das mit, weil das braucht man in einem Jahr, und so weiter.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Eine andere Frage noch. Herr Zeuge, Sie sind doch beurlaubter Beamter für die Dauer Ihrer Tätigkeit bei der AKPE. Ihre Tätigkeit bei der AKPE hat geendet. Sind Sie jetzt wieder im Beamtenstand, beziehen Sie da ein Gehalt, oder . . .?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich wurde vom Herrn Bürgermeister vom Dienst enthoben und beziehe kein Gehalt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie wurden vom Dienst enthoben. Das heißt, Sie befinden sich nicht mehr im Beamtenstand.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich würde es als Suspendierung bezeichnen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie dagegen etwas unternommen, oder glauben Sie, daß das zu Recht geschehen ist?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe von dieser Dienstenthebung erfahren, als ich bereits in Untersuchungshaft war. Ich habe dieses Schreiben meinem Rechtsanwalt gegeben und ihn gebeten, er möge die ihm notwendig und sinnvoll erscheinenden Schritte machen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie nicht erfahren von Ihrem Anwalt, ob er dagegen irgendeinen Einspruch erhoben hat oder sonst ein Rechtsmittel ergriffen hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, hat er mir noch nicht gesagt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber es ist möglich? *(Dipl.-Ing. Winter nickt.)*

Herr Zeuge, wie stellen Sie sich Ihr weiteres persönliches Schicksal vor? Sie sind ein entlassener Vorstandsdirektor, ein suspendierter Beamter, Sie haben Familie, Sie müssen doch darüber nachdenken, wie Ihr persönliches Schicksal weitergeht, wenn Sie einmal alles hinter sich gebracht haben, unter Umständen eine lange Haft. Wie haben Sie Ihre zukünftige Existenz gesichert?

Dipl.-Ing. **Winter:** Gesichert überhaupt nicht. Wenn Sie 70 Tage in Einzelhaft in Untersuchungshaft stecken, dann ist eigentlich Ihr Primärziel: Wann kommt man wieder hinaus? Daß es dann auch noch nicht rosig ist, das ist klar. Ich kann nur abwarten, wie alles weitergeht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist es richtig, daß Sie Ihr Haus in der Mariahilfer Straße Ihrer Frau geschenkt haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie nicht bedacht, daß Gläubiger — dazu gehört auch die Republik, Steuerschulden und so weiter — eine Schenkung anfechten können, wenn sie zum Nachteil von Gläubigern vorgenommen wurde?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das sind derart juridische Probleme, daß ich mich da voll auf meine Rechtsanwälte verlasse, denn die haben das sehr lang studiert, und ich folge ihrem Rat.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Wenn Sie jetzt Ihre Tätigkeit in den letzten fünf Jahren betrachten, können Sie uns sagen: Was war Ihr persönliches Ziel, das Sie sich für diese Tätigkeit als AKPE-Vorstand gesetzt haben? Wie würden Sie das Ziel charakterisieren, das Sie erreichen wollten bei dieser Tätigkeit?

Dipl.-Ing. **Winter:** Mein Ziel wäre gewesen, das Gebäude zu den Kosten und zu den Terminen, die wir zugesagt haben, auch wirklich herzustellen. In einem Satz: Mit dem Lob — Lob kriegt man nie, aber doch —: Gut haben Sie's gemacht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Welche Kosten und Termine haben Sie zugesagt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wir hatten eine Teilinbetriebnahme 1983, eher in der zweiten Hälfte 1983 genannt und Kosten — ich weiß das nicht mehr genau, es war immer die Diskussion mit der Zahnklinik — von 19,8 Milliarden auf der Preisbasis 1976.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sind diese Ziele, die Sie genannt haben — Termin 1983, Kosten 19 Milliarden Schilling —, erreichbar oder nicht? Haben Sie die erreicht, können Sie die erreichen oder nicht erreichen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Das ist eine sehr schwierige Frage, für mich auch nicht mehr relevant. Ich behaupte, daß ich an diese Termine und Kosten bis Herbst 1979 echt geglaubt habe und von ihnen überzeugt war. Nach dem, was sich in den letzten Monaten zugetragen hat, glaube ich, so wie ich den Organisationsapparat kenne, daß der Termin 1983 — das ist heute meine persönliche Meinung — nicht mehr gehalten werden kann. Ich glaube, daß man die Kosten, bezogen auf 1976, wird halten können. Man muß hier überhaupt diese drei Randbedin-

gungen: Kosten, Termine und Nutzerkonsens, als nahezu sich gegenseitig ausschließende Imponderabilien ansehen, denn zwei Faktoren schließen immer den dritten aus. Wenn Sie Zeit und Kosten halten, dann dürfen Sie mit den Nutzern nicht soviel reden, das ist nicht machbar. Wenn Sie aber den Nutzerkonsens haben und die Termine halten, dann können Sie den Preis nicht halten, und wenn Sie die Kosten halten und sich mit den Nutzern abstimmen, dann werden Sie ewig bauen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie das Gefühl, daß Sie in Ihrer Amtstätigkeit billig und schnell gebaut haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich glaube, daß wir das Optimum herausgeholt haben, und die grundsätzliche Fehleinschätzung am Anfang — das ist meine persönliche Meinung — war die, geglaubt zu haben, ein Projekt kontinuierlich weiterzuführen. Es gab aber derart gravierende Änderungen durch dieses Organisationsstruktur- und Raumprogramm, das praktisch neu erstellt wurde in einem fast fertigen Rohbau, sodaß hier ein Zeitverzug hineingekommen ist, den man auch heute nicht mehr herauskriegt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie nicht aufgezeigt, daß diese Gefahr besteht, daß es eben dadurch teurer und lang dauern wird?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich sagte ja: Bis in die zweite Hälfte 1979 war ich echt überzeugt, den Termin 1983 und die Kosten halten zu können. Aus heutiger Sicht, glaube ich — ich weiß nicht, wie der Vorstand ab Herbst besetzt sein wird —, daß zwangsläufig, wenn eine komplett neue Führungsgarnitur kommt, Verunsicherung in die gesamte Mannschaft hineinkommt, nicht nur in die Führungsmannschaft, sondern es sagt sich ja jeder einzelne Sachbearbeiter heute: Wenn er früher mit einem gewissen Ermessensspielraum und mit Dynamik entschieden hat, so wird er in der nächsten Zeit mehr auf seine persönliche Absicherung achten. Das wird bei jedem einzelnen Handgriff Zeit und Entscheidungsunfreude herbeiführen, und das wird auf die Projektdauer durchschlagen. Wenn das jemand ignoriert, dann versteht er nichts vom Projektmanagement. Sie können nicht nach der Milchmädchenrechnung: ein Bauer 100 Tage, 100 Bauern einen Tag, ein Projekt beschleunigen. Das geht nicht. Hier sind Zeitkonstanten und Trägheitsmomente am Werk.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat man Ihnen ein Kosten- und Fertigstellungsziel vorgegeben, als Sie zu arbeiten begonnen haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** In dem Sinn, daß bereits im Syndikatsvertrag oder in der Satzung oder sonstwo diese Limiti genannt wurden, nein. Wir haben bereits beim ersten Politikergipfel, der im Frühjahr 1976, glaube ich, stattgefunden hat, von uns aus Kosten, Zeit und Termine genannt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat man Ihnen keine Wunschvorstellungen mitgegeben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Der Wunschtermin war: so rasch wie möglich.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben doch hier, wie Sie gesagt haben, eine interessante und große Aufgabe übernommen. Schauen Sie, wenn Sie irgendeine lächerliche kleine Aufgabe jemandem geben, dann werden Sie sich doch erwarten — Sie kennen ja die Spielregeln —, daß Sie dem dazu sagen, ich möchte, daß du bis dann fertig bist und zu diesen und jenen Kosten. Hat man Ihnen das nie irgendwo wenigstens als ungefähre Wunschvorstellung mitgegeben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein, denn bei der Gründung der AKPE gab es ja keinen Terminplan, es gab Balkendiagramme, aber die Terminplanung ist heute schon ein derart diffiziles Managementinstrument, daß man so einen Wald- und Wiesen-Balkenplan ja nicht als Terminplan akzeptieren kann. Es gab also keinen Terminplan, den wir übernommen hätten in dieser Form, wo fundiert ein halbwegs plausibler Inbetriebnahmetermin abzuleiten gewesen wäre. Das gab es ja nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Beim ersten Politikergipfel haben Sie Ihre Vorstellungen unterbreitet. Habe ich Sie richtig verstanden?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nicht meine persönlichen, sondern als Vorstand, wobei dieser Termin — ich glaube, damals war die APAK auch schon vereinzelt aktiv — von allen am Projekt in verantwortlicher Position Beteiligten genannt und als realistisch angesehen wurde.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Welcher Termin und welcher Kostenrahmen wurde damals von Ihnen genannt? „Von Ihnen" — da meine ich wieder den Vorstand.

Dipl.-Ing. **Winter:** Es lag unter den Kosten, die wir dann beim zweiten Politikergipfel genannt haben, um zirka — ich weiß es nicht mehr — eine Milliarde drunter, glaube ich. 18,5, glaube ich, waren es beim ersten Politikergipfel.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Auf welcher Preisbasis?

Dipl.-Ing. **Winter:** 1976. Es war immer der 1. Jänner 1976, weil sonst wäre es ja nicht vergleichbar gewesen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Fertigstellungstermin oder Teilbezug, Teilinbetriebnahme?

Dipl.-Ing. **Winter:** 1983.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Dieses Ziel hat es schon beim ersten Politikergipfel gegeben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich glaube schon.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und Sie waren bis zum vorigen Jahr der Meinung, daß das einhaltbar ist?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich war bis Mitte vorigen Jahres oder in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres dieser Meinung; solche Meinungsbildungen entstehen ja nicht von heute auf morgen, daß man sagt, ab jetzt kann man den Termin nicht halten. Man beginnt also dann ein bissel sorgenvoll einzelne Tätigkeiten zu verfolgen, die netzplantechnisch auf einem kritischen Weg liegen, und fragt, ob man hier noch einmal rauskommt durch Änderung der Arbeitstechnologie, des Arbeitsablaufes, soweit man Reihenfolgen überhaupt bauphysikalisch ändern kann, wobei ein großer und breiter Ermessensspielraum meiner persönlichen Meinung nach bei den Nutzern liegt, inwieweit sie bereit sein werden, gewisse Schwierigkeiten bei der Besiedlung in Kauf zu nehmen.

Denn es ist sicherlich nicht angenehm, in ein Gebäude einzuziehen, in dem im Westen praktisch Rohbau herrscht oder Innenausbau, während im Osten operiert wird. Daß also hier mit gewissen betrieblichen Schwierigkeiten gerechnet werden muß, beginnend bei der ganzen Ver- und Entsorgung, des Personalflusses und so weiter, das muß jedem klar sein. Aus den negativen Erfahrungen, die die Spitalsverwaltung und die Fakultät durch die Besiedlung der Psychiatrie — Kinderklinik gewonnen haben, war ja schon eine gewisse Reserviertheit gegenüber der Teilinbetriebnahme aus einzelnen Gesprächen zu erkennen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge, mich interessiert hier außerordentlich der Kommunikationsprozeß zwischen Ihnen als Vorstandsdirektor und Ihren eigentlichen letzten Auftraggebern, den Gebietskörperschaften, die hier dieses Bauprojekt in Angriff genommen haben, und deren Repräsentanten. Ist Ihnen bekannt, daß seitens des Finanzministers, aber auch seitens des Bürgermeisters der Stadt Wien, schon bevor jetzt die ganze Angelegenheit ins Rollen gekommen ist, wesentlich höhere Beträge genannt wurden als der von Ihnen genannte Betrag von 19 Milliarden Schilling auf der Preisbasis 1976?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wir haben, wenn wir von den Aktionären dazu aufgefordert wurden, immer diese Beträge genannt, und wir haben das auch verfolgt, wenn dringliche Anfragen im Nationalrat waren, es waren immer diese Beträge, nur ist fallweise von einem Politiker vergessen worden, die Preisbasis dazuzusagen. Wir haben immer, um vergleichbar bleiben zu können, ausgehend von der Preisbasis 1. 1. 1976, hochgerechnet, und so entstanden diese 18,5 beziehungsweise 19,7 Milliarden Schilling, je nachdem mit oder ohne Zahnklinik; aus den 19,7 wurden hochgerechnet auf eine Preisbasis 1. 1. 1979, glaube ich, dann 24 Milliarden Schilling. Wir haben im Radio immer die Zahlen gehört, die wir genannt haben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Deutet das nicht doch auf gewisse Kommunikationsmängel hin? Es ist notorisch, daß sowohl vom Finanzminister als auch vom Bürgermeister wesentlich höhere Zahlen genannt wurden.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein. Es wurden immer diese Zahlen genannt, die natürlich dann hochgerechnet auf einer Preisbasis Teilinbetriebnahme 1983 bei 30 Milliarden Schilling liegen, wenn Sie die Finanzierung dazugeben, kommt man auf 50 Milliarden Schilling; das waren ja alles Hochrechnungen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also Sie sind davon ausgegangen, daß sich seit dem ersten Politikergipfel auf der Kostenentwicklungsseite für Sie nichts Wesentliches geändert hat und die maßgeblichen Politiker mit Ihnen als Vorstandsdirektor mitgegangen sind? Sehen Sie die Dinge so als Vorstandsdirektor?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich möchte nur bei der Formulierung: die Kostenerhöhung von 18,5 Milliarden Schilling im März 1976 ... Ich glaube, es waren 18,5, aber das ist im Protokoll drinnen. Ich spreche jetzt wirklich frei.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hier kommt es auf 100 Millionen Schilling nicht an.

Dipl.-Ing. **Winter:** Es gab bis zum zweiten Politikergipfel eine Kostenerhöhung, die in der Gegend zwischen 1 und 1,5 Milliarden Schilling lag. Also das sind ja auch fast 5 Prozent.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Die anderen Vorstandsdirektoren haben auch diese Meinung geteilt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Kostenschätzungen, die wir als AKPE hinausgegeben haben, wurden grundsätzlich gemeinsam erarbeitet. Das heißt, die Hochbaukosten sozusagen in der ersten Instanz vom Herrn Parzer, die Haustechnikkosten von meiner Gruppe, immer im Zusammenhang mit der APAK. Sie wurden dann gemeinsam mit der kaufmännischen Abteilung abgestimmt, bevor wir einen Betrag genannt haben. Wir waren also hier sehr, sehr

vorsichtig und haben nicht leichtsinnig irgendwelche Zahlen genannt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und warum glauben Sie, daß das jetzt nicht mehr zu halten ist?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die Termine?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und die Kosten.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe vorhin gesagt, ich glaube, die Kosten könnten auch heute noch haltbar sein. Es ist ja ein breiter Entscheidungsspielraum drinnen, inwieweit man das vorhandene Inventar übersiedelt. Hier ist also ein Plus-Minus von einer Milliarde oder 1,5 Milliarden Schilling durchaus realistisch.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und die Terminfrage?

Dipl.-Ing. **Winter:** Meine persönliche Meinung ist: Wir wurden über die ABO-Vergabe derart angegriffen, und jeder einzelne Mitarbeiter, der bei der ABO hier jetzt mitgearbeitet hat, ist derart verunsichert. Ich meine, man kann das ja aussprechen: Wir wurden doch alle miteinander zu Trotteln gestempelt. Dieses Spiel geht heute bis an jeden einzelnen Mitarbeiter hin, jeder einzelne Sachbearbeiter wird sich sagen: Warum soll ich mich an die Grenze meines Entscheidungsspielraumes begeben? Das wird sich negativ auswirken.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Wir sind jetzt an einem sehr interessanten Punkt. Sie wurden zu „Trotteln" gestempelt, haben Sie gesagt.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich meine nicht mich persönlich, sondern alle, die hier mitgearbeitet haben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Schauen Sie, Sie haben hier eine Aufgabe übernommen, die sehr groß ist. Sie haben gesagt, Sie haben sich ein Ziel gesetzt, Sie wollen das Haus fertigstellen, und zwar termingerecht, zu den Kosten, die Sie geschätzt haben. Und auf einmal kommt jemand daher — zum Beispiel das Kontrollamt der Stadt Wien, zum Beispiel der Rechnungshof — und stempelt Sie, wie Sie sagen, zu „Trotteln" ab. Sie müssen sich doch die Frage gestellt haben: Warum ist das geschehen? Sie haben 70 Tage lang Zeit gehabt, darüber nachzudenken, und vorher auch. Was sehen Sie für ein Motiv, daß eine Arbeit, die Sie als lobenswert eingeschätzt haben und für die Sie sich einmal ein Lob erhofft haben, auf einmal von mehreren Leuten so kritisiert wird? Haben Sie sich nie die Frage vorgelegt: Was kann die Ursache sein?

Dipl.-Ing. **Winter:** Diese Menschen haben sicherlich auch mit hundertprozentiger Überzeugung gehandelt, daß ihrer Meinung nach das, was wir gemacht haben, schlecht ist. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß hier die falsche Wertigkeit ist: Zuerst arbeitet eine gewisse Handvoll Leute zwei Jahre im besten Wissen und Gewissen, und dann kommt eine andere Gruppe und sagt: das ist schlecht. Die objektive Schiedsrichterfunktion fehlt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und warum kommen andere Leute und sagen, es ist schlecht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich meine die Prüforgane des Kontrollamtes.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Was kann das Motiv sein? Denn schauen Sie: Das ist das Kontrollamt der Stadt Wien, dieses Kontrollamt untersteht, wenn ich die Wiener Situation richtig sehe, dem Bürgermeister, dem Landeshauptmann. Das ist der Vertreter des einen Aktionärs. Dem 50-Prozent-Aktionär untersteht ein Amt, das Sie in Dienst genommen hat, Herr Ingenieur Winter, dem Sie hier Ihre Dienste erbracht haben. Jetzt kommt ein Amt, das untersteht dem einen Aktionär, und macht Sie fertig. Haben Sie nicht über die Zusammenhänge nachgedacht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Sehr viel sogar.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Zu welchen Schlüssen sind Sie dabei gekommen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wir sind nie zu einem Ergebnis gekommen. Ich verstehe es bis heute nicht, daß es verantwortungsbewußte Beamte im Kontrollamt und beim Rechnungshof gibt, die sagen, um bei der ABO zu bleiben: Die Vergabe im Sinne beschränkter Ausschreibung oder nicht war nicht in Ordnung. Das mag durchaus sein. Aber wenn Sie gar keine andere Möglichkeit haben!

Sie haben nur das unbrauchbare Instrument der ÖNORM A 2050. Sie können nur sagen: beschränkt oder frei, daher freihändige Vergabe. Daher macht man eine Gratwanderung.

Im Hintergrund haben Sie den Termindruck, Sie müssen die ABO in Auftrag geben, sie hätte sollen schon vor fünf Jahren da sein. Dann kümmern Sie sich nicht mehr darum, ob Sie formal hundertprozentig richtig gehandelt haben. Unsere Aufgabe war es, ein Spital hinzustellen und nicht juristisch hundertprozentig einwandfreie Verträge, Akten und Dokumentationen zu schaffen. Man hat uns vorgeworfen, wir haben den Auftrag hinausgegeben, ohne daß der schriftliche Auftrag draußen ist. Das ist richtig, bitte, aber wenn jemand im Projektmanagement tätig war, dann muß er wissen, daß das an der Tagesordnung ist, und zwar weltweit. Wenn die wesentlichen Vertrags-

punkte abgehandelt sind und man sich einig ist, was geschieht, dann sagt man nicht: Jetzt warten wir noch, bis über eine Vorauszahlung alles abgehandelt ist. Das ist ja nicht mehr relevant für den gesamten Vertragsabschluß. Es geht hier — man glaubt es nicht — aber immer um Tage, und da sagt man: Wenn eine Genehmigung da ist, dann fangt sofort an.

Man leitet daraus dann gravierende Vorwürfe ab: Er hat nicht den schriftlichen Auftrag gehabt, die Ausfertigung eines solchen Auftrages hat wieder zwei, drei Wochen gedauert, weil dann noch seitens eines Juristen bei der Haftung etwas gefunden wird. Es stand schon lange fest, daß die ABO diesen Auftrag bekommt, nachdem die Aufsichtsratsgenehmigung vorlag, und es war sicher kein Einzelfall. Ich glaube mich erinnern zu können, daß auch die APAK einige Wochen gearbeitet hat, als das wesentlichste Leistungsspektrum feststand. Sie haben keine andere Alternative!

Wenn man sagt: Riethmüller ist schlecht! — Sie können nur auf den Markt zurückgreifen, Sie können nur die Unternehmungen nehmen, die Sie haben. Und Riethmüller ist nun einer der anerkanntesten, und das DKI auch. Und in Österreich war nur die ÖKODATA da, die sich in den letzten zwei Jahren damit befaßt haben. Also sind wir zur echten Überzeugung gekommen, daß diese Unternehmungen für uns die besten sind.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber, Herr Ingenieur, bedenken Sie einmal folgendes: Sie sind hier, das haben Sie selbst gesagt, durch das Vertrauen, das Sie erworben haben in den Diensten der Gemeinde Wien, in diese Funktion gekommen. Sie haben an Bandion geschrieben und so weiter. Sie waren ein bewährter Beamter, werden hier eingesetzt, sicher mit Wissen und Wollen höchster Funktionäre der Stadt Wien. Stadtrat Mayr hat damals, wie Sie gekommen sind, gesagt: jetzt kommen die Manager ans Werk! — Man hat Ihnen Vorschußlorbeeren überreicht, es ist an sich gar nicht so falsch, wenn man jemand ermuntern will und so weiter.

Auf einmal kommt das Kontrollamt, das dem Bürgermeister untersteht, und reißt alles nieder und sagt: Das war alles falsch! Wenn ich in der Situation bin, dann gehe ich doch einmal zu denen, die mir seinerzeit Vertrauen erwiesen haben, und versuche, mich bei denen zu rechtfertigen. Haben Sie das nicht versucht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich hätte es versucht, wenn die Geschäftsgebarung normal weitergegangen wäre. Aber Sie müssen verstehen: Am 10. März haben wir diesen 270-Seiten-Bericht erhalten. Und vom 10. März an haben wir derart mit Hochdruck daran gearbeitet, unsere Stellungnahme abzugeben, damit das einmal von allen gelesen wird. Soviel Zeit ist nicht verstrichen: der Sturz war am 1. April oder am 10. April.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben das ja schon irgendwie kommen gesehen? Sind Sie nie auf die Idee gekommen, Kontakt zu suchen mit einem der Menschen, die Ihnen einmal vertraut haben, zum Beispiel mit dem Stadtrat Stacher oder mit dem Finanzstadtrat oder gar mit dem Bürgermeister oder irgend jemandem? Haben Sie das nicht versucht, außer der formellen Stellungnahme zum Kontrollamtsbericht, die Sie da verfassen mußten, was sicher eine sehr schwierige Arbeit ist und Sie sehr in Anspruch genommen hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wo Verbesserungen unumgänglich waren, haben wir auch zum Beispiel den Herrn Stadtrat Stacher informiert, was ja in der weiteren Folge dazu geführt hat, daß der Herr Obersenatsrat Siebensohn zum Projektleiter ernannt wurde und seit damals tatsächlich die Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 17 wesentlich verbessert wurde.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Als der Kontrollamtsbericht bekannt wurde, wenigstens in Umrissen, und Sie einmal gemerkt haben: Das geht uns unter Umständen an den Kragen!, haben Sie da nie irgendwie versucht, jemanden zu überzeugen und Ihre Motive darzulegen . . .?

Dipl.-Ing. **Winter:** Als wir den Kontrollamtsbericht am 10. März um 16 Uhr erhalten haben — das weiß ich genau, den Termin —, habe ich bis spät in die Nacht gelesen, und ich war erschüttert über das Urteil, das man über uns und über die APAK, in dem Fall über uns beide, abgegeben hat. Bis zu meiner Suspendierung am 10. April — dazwischen war eine Woche Ostern — war also gar keine Zeit mehr.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber haben Sie nicht irgendwo versucht, vorzukommen und Ihre Gründe darzulegen, außer der Bearbeitung des Kontrollamtsberichtes? Sie müssen sich doch verlassen vorgekommen sein in dieser Situation; ich versuche das jetzt von der menschlichen Seite her zu beleuchten.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Meine Reaktion wäre: Wenn ich einmal mit einem so großen Vertrauen ausgestattet bin und auf einmal kommt ein dem Bürgermeister unterstehendes Amt und da hagelt es nur von schwerwiegenden Vorwürfen, die Sie sofort ins schiefe Licht bringen, so ist doch da mein erster Schritt, daß ich zu denen, die mir einmal Vertrauen erwiesen haben, gehe und irgendwo versuche, mich zu rechtfertigen. Haben Sie das nie getan?

Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original) 145 von 382

Dipl.-Ing. **Winter:** Nach dem 10. März aus rein zeitlichen Gründen nicht mehr, weil wir ja mit Hochdruck an dieser Beantwortung gearbeitet haben. Ich war wohl bei der Textierung dann nicht mehr dabei, meine letzte Tätigkeit war drei Tage durcharbeiten, das war der Palmfreitag, der Palmsamstag und der Palmsonntag, mit den Herren Winkler und Hogl, wir haben also Freitag, Samstag, Sonntag von früh bis spät in die Nacht gearbeitet, um ein erstes Gerippe zu haben für die Stellungnahme.

Ich hatte jetzt hier in der Untersuchungshaft die Gelegenheit, die offizielle AKPE-Stellungnahme zum erstenmal zu lesen. Und ich finde, wenn man den einzelnen Faktoren Rechnung trägt, dann sieht es für die AKPE gar nicht mehr so schlecht aus, weil das ist jetzt eine Frage der — ich möchte sagen — Gerichtsbarkeit. Man hat uns vorgeworfen ein Faktum, wir hätten beauftragt oder ersucht, mit der Arbeit zu beginnen, ohne daß der schriftliche Auftrag draußen war. In der AKPE-Stellungnahme steht sehr wohl drinnen: Es war der Vertragsinhalt bis auf gewisse tertiäre Fakten klar. Und man kann uns daraus keinen Vorwurf ableiten!

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber, Herr Ingenieur! Sie haben ja noch ein Schutzschild sozusagen gehabt, Sie haben doch heute berichtet, daß Sie sich immer wieder mit dem Aufsichtsrat beraten haben. Haben Sie nicht das Gefühl dann gehabt in dieser Situation, daß die Kontrollinstanz Aufsichtsrat Sie eigentlich irgendwie decken müßte, denn Sie haben doch die Herren immer informiert? Oder haben Sie sich von dort auch irgendwo im Stich gelassen gefühlt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nach dem 10. März gab es ja keine Aufsichtsratssitzung mehr, bei der ich dabei war und das das Thema war, denn ab 31. März ungefähr war die Osterwoche, das heißt also, zwischen 10. März und 31. März war keine Aufsichtsratssitzung — ich glaube nicht, daß da noch eine war —, dann war die Osterwoche, ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie ein Schuldbewußtsein in der Hinsicht, daß Sie über irgend etwas den Aufsichtsrat nicht informiert hätten, der ja hier eine Kontrollfunktion auszuüben hatte, und daß Sie deswegen in Kritik geraten sind?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wir waren immer der Überzeugung, den Aufsichtsrat ausführlichst zu informieren. Durch die Häufigkeit der Sitzungen — nahezu jeden Monat eine — hatten wir oft Schwierigkeiten, unter dem Berichtspunkt: Laufender Stand der Planungen und Arbeiten, überhaupt noch etwas zu finden, was eines Aufsichtsrates würdig ist. Wir haben also nicht nur die geschäftsordnungsmäßig vorgesehene Kompetenz wirklich in jedem Falle eingehalten, und der große Rahmen von 20 Millionen ist in bezug auf das AKH — man muß es ja immer relativ zur Vergabesumme sehen — relativ gering, das heißt, der Aufsichtsrat war über jede nennenswerte Vergabe informiert.

Wenn Sie sich den Text ansehen: Es ging ja nicht nur darum, daß man in kurzer Form um eine Genehmigung ersucht hat, sondern von der Darstellung der Planungssituation über die Ausschreibungssituation, über die Bestbietererermittlung, über die Notwendigkeit und über die Einhaltung im Kostenrahmen und, und, und wurde ja ausführlichst berichtet, und nicht nur über die Vergaben, sondern darüber hinaus über nennenswerte Tätigkeiten. Es wurden zum Beispiel 1978, glaube ich, eingeführt eben Berichte über Vorstandsdienstreisen auch in Europa.

Es gab also eine derartige Informationsflut an den Aufsichtsrat, daß man sicherlich keinen einzigen Geschäftsfall — nicht nur Vergabe, sondern wesentlichen Geschäftsfall — wird nachweisen können, in dem wir nicht einmal oder mehrmals dem Aufsichtsrat berichtet haben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Diplomingenieur! Sie haben in Ihrer Funktion viel mit gruppendynamischen Problemen zu tun gehabt.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es muß doch eine Solidarität zwischen Aufsichtsrat und Vorstand entstanden sein bei diesem intensiven Informationsprozeß. Haben Sie sich nicht irgendwie erwartet, daß man von dieser Seite der Herren, die ja auch Verantwortung mitgetragen haben, Ihnen irgendwie hier zur Seite tritt oder irgendwie versucht, Sie in Schutz zu nehmen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Wie gesagt: Die Angriffe kamen ja erst nach dem 10. März erstmalig durch den Kontrollamtsbericht über die Betriebsorganisation. Ich kann also über alle Tätigkeiten nach dem 10. April, wo ich suspendiert war, überhaupt nichts mehr sagen.

Aber ich vertrete den Standpunkt, daß ja der Aufsichtsrat nicht nur durch die Aufsichtsratssitzungen informiert wurde, sondern darüber hinaus in kaufmännischen Belangen von Dr. Schwaiger intensiver Kontakt bestand mit dem Senatsrat Krendlesberger und Ministerialrat Schneider. Weil die Herren Wilfling, Siebensohn und Loicht waren im Bund-Stadt-Wien-Komitee, waren bei unzähligen Detailbesprechungen dabei. Einmal im Monat saßen am Abend beisammen Professor Deutsch, Steinbereithner, Siebensohn, Parzer und ich.
Es gab also derartige — ich möchte fast

146 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

sagen: an Arbeitshemmung grenzende — Informationsgespräche an Aufsichtsratsmitglieder, daß man, wenn man das einmal tabellarisch zusammentragen würde, wirklich nicht von einem Informationsnotstand sprechen kann. Und diesen Standpunkt haben wir immer vertreten, daß es Aufgabe der Aufsichtsratsmitglieder ist, die zuständigen politischen Organe zu informieren; man kann also nicht davon sprechen, daß hier nicht wirklich jeder wußte, was wann, wie, wo, warum geschehen ist.

Obmann Dr. **Steger:** Es ist momentan nicht leicht, aber ich möchte trotzdem ein bißchen zu dem zurückkehren, was Sie der Herr Abgeordnete Steinbauer gefragt hat, obwohl wir natürlich alle schon spät dran sind und daher die Müdigkeit größer wird.

Ich habe da zunächst die Frage, ob Sie sich erinnern können, daß Sie von Ihrem Girokonto Schecks für den Herrn Diplomingenieur Winkler ausgestellt haben und ihm das gegeben haben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das kann sich nur auf Einzelfälle im geringeren Umfang beziehen, wenn wir auf Grund einer gemeinsamen Dienstreise oder einer Urlaubsdienstreise eine Abrechnung hatten. Aber ich kann mir nicht vorstellen, daß es hier nennenswerte Beträge gegeben hat.

Obmann Dr. **Steger:** Können Sie mir den Begriff „Urlaubsdienstreise" irgendwie erklären?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe nicht gesagt „Urlaubsdienstreise", ich habe gesagt: einer Urlaubsreise — ich war mit dem Herrn Winkler ...

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben gerade „Urlaubsdienstreise" gesagt. *(Zwischenruf: Das war nur ein Versprecher!)*

Dipl.-Ing. **Winter:** Versprecher. Ich habe gemeint *(Zwischenruf):* auf Grund einer Dienstreise oder einer Urlaubsreise eine Abrechnung.

Obmann Dr. **Steger:** Gibt es so etwas auch mit der Firma Siemens?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Wissen Sie eigentlich, wie viele Leute schon verhaftet wurden im Zusammenhang mit dieser AKH-Angelegenheit? Haben Sie da irgendwelche Nachrichten darüber?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja. Ich höre Radio — das ist mir gestattet —, und ich darf den „Kurier" lesen. Sonst habe ich keine Informationen. Im „Kurier" war meistens mit einem Tag ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und nicht die „Arbeiter-Zeitung". *(Heiterkeit. — Zwischenruf: ... „Volksblatt"!)*

Dipl.-Ing. **Winter:** Und auch das Radio, bitte, nur zwischen sechs und acht Uhr, elf bis eins ...

Obmann Dr. **Steger:** Die Frage war, ob Sie wissen, wieviel schon verhaftet ... Offensichtlich dann eher schon.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja ich glaube, sechs oder sieben.

Obmann Dr. **Steger:** Wissen Sie, wenn Sie täglich den „Kurier" lesen, werden Sie nämlich im Anklang an das, was der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt begonnen hat, lesen, daß jetzt erstmals jemand gekommen ist und dort alles offen ausgesagt hat und gleich wieder nach Hause gegangen ist, zwar auch eine Anklage kriegen wird, ziemlich sicher auch eine Verurteilung nach dem, was er da gesagt hat, aber mit großer Wahrscheinlichkeit eine bedingte Strafe, vielleicht auch so eine Geldstrafe, vielleicht dazu steuerlich etwas. Jedenfalls: Er ist wieder nach Hause gegangen.

Sie haben uns jetzt gesagt, es ist Ihnen schon sehr unangenehm, was ich verstehe. Ich bin Rechtsanwalt. Daher habe ich manchmal mit Fällen zu tun, die auch größere Dimensionen haben; wenn auch nicht persönlich, sondern als Rechtsanwalt, so wie der Herr Dr. Gradischnik als Richter. Da weiß ich, daß es sehr zermürbend sein kann, wenn man so in Haft ist.

Ich möchte nur noch einmal zu dem zurück, daß ich Sie darauf aufmerksam machen möchte, daß hier, wenn Sie den „Kurier" lesen und Radio hören, Sie ja wissen müssen, daß mit der Taktik, nichts zu sagen, ja nichts mehr aufgehen kann.

Es ist also jetzt die letzte Aussage, daß über ein Konto der Firma PLANTECH die Firma Klug einmal 30 000 Franken bezahlt hat und ein anderes Mal 20 000 Franken. Und hier wird gesagt, daß der Kontakt hergestellt wurde über die Firma Siemens, den Herrn Otto Schweitzer, und über die Firma Knoblich-Licht, Herrn Karl Sefcsik, das, was derjenige, der jetzt heimgehen hat dürfen, ausgesagt hat. Und er sagt weiters aus — und das ist jetzt sehr interessant —, daß er 85 Prozent dessen, was er einbezahlt hat, wieder zurückbekommen hat.

Also über ein Konto der Firma PLANTECH — das ist eine Summe von insgesamt 50 000 Franken: Dazu haben wir im übrigen auch — damit Sie auch das wissen — im Gerichtsakt, den wir hier zur Verfügung gestellt bekommen haben, die entsprechenden Fakturen erhalten. Nach Seitenzahlen: 7479, 7480, 7481 sind auf die bezughabenden Fälle die Parlamentsnummern, die wir hier haben.

Könnten Sie sich nicht vorstellen, daß Sie auch sehr schnell heimgehen, wenn man sagt: Verabredungsgefahr? — Geständnis unterschrieben!, und daß das Ganze vielleicht mit einer Verurteilung — oder einer wesentlich kleineren — weitergeht, wenn Sie sich bei diesen Fakten, die ja schon auf dem Tisch liegen, überlegen, allenfalls nicht zu sagen, Sie wissen nichts oder Sie sagen nichts, sondern etwas anderes machen.

Insbesondere habe ich jetzt eine ganz konkrete Frage an Sie. Da gibt es diese Faktura, wo ein unterschriebenes Geständnis vohanden ist, wie Sie dem „Kurier" dann entnehmen können. Diese Faktura stammt vom 14. November 1974. Waren Sie da schon AKPE-Direktor?

Dipl.-Ing. **Winter:** Da gab es die AKPE noch nicht, bitte.

Obmann Dr. **Steger:** Eben.

Dipl.-Ing. **Winter:** Die AKPE ist im September 1975 gegründet. 8. September.

Obmann Dr. **Steger:** Auf dieser Faktura steht drauf: Betrifft IAKW-Angebotsausarbeitung.

Haben Sie mit der IAKW zu tun gehabt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nie.

Obmann Dr. **Steger:** Kann es sein, daß zum Teil wirklich Pro-forma-Fakturen ausgestellt wurden, weil das Interesse auf ganz anderer Seite vorhanden war, daß es Fakturen für etwas gibt, das es gar nicht gegeben hat?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann dazu nichts sagen, Herr Vorsitzender.

Ich möchte aber zu Ihrer Aufforderung zu sprechen, sagen: Für mich ist es unverständlich, daß man jemanden ins Gefängnis sperrt und 70 Tage nicht mit seinem Anwalt sprechen läßt. Es sind ja nur Höflichkeitsbesuche. Ich kann ja mit ihm nichts reden.

Obmann Dr. **Steger:** O ja.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Jederzeit.

Dipl.-Ing. **Winter:** Wird ja alles mitgeschrieben, und wenn man sich nicht mehr beraten kann, dann ist ja der Anwaltsbesuch nahezu wertlos.

Man hat mir weiters verboten — nach meiner ersten Einvernahme hier —, daß ich meinem Anwalt erzähle, was ich gefragt wurde. Sollte ich ihm nur einen Satz sagen, was man mich hier gefragt hat, hat man mir gedroht, mich abführen zu lassen.

Obmann Dr. **Steger:** Das können Sie ja alles in Beschwerden dann vorbringen. Nur: Das bringt uns ja nicht weiter.

Sie sagen jedenfalls, daß Sie mit IAKW-Ausschreibungen nichts zu tun gehabt haben ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe nie mit der IAKW irgend etwas zu ...

Obmann Dr. **Steger:** Auch zu dem Zeitpunkt nicht, als die AKPE noch gar nicht gegründet war.

Trotzdem fällt auf — Sie werden jetzt wieder gleich sagen: da will ich nichts sagen, denn dazu werde ich dann vielleicht Beschuldigter sein —, daß diese Fakturen eben zu einem Zeitpunkt ausgestellt werden, wo Sie nicht AKPE-Direktor sind, oder über ein Konto laufen, wo jetzt ein Zeuge angibt, daß im Zusammenhang mit den Namen Sefcsik und Schweizer — die sitzen auch — dieser Kontakt hergestellt wurde zu dem Projekt, mit dem Sie eigentlich nichts zu tun hatten.

Genau dort fragt man sich: Wer hatte mit dem Projekt zu tun! So wie der Herr Güggi — das wissen Sie ja mittlerweile auch; das haben wir Ihnen schon vorgehalten — sagt, er war Treuhänder dort, wo er tätig war. Er sagt zum Teil — bei diesen Firmen — für Sie.

So ist es ja theoretisch denkbar, daß Sie auch wieder Treuhänder waren für jemanden, der zum Beispiel mit der IAKW zu tun hatte, wenn das echte Fakturen sind.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe nicht die Absicht, irgend jemanden zu decken oder eine übertriebene Loyalität an den Tag zu legen. Aber solange ich mich nicht mit meinem Anwalt beraten kann, werde ich nichts sagen. Denn wozu habe ich den Anwalt? Ich bin kein Jurist. Ich habe mir jede erforderliche Literatur kommen lassen. Ich glaube, ich kenne heute das Strafgesetzbuch besser als manche Juristen. Auch die StPO. Aber wenn man das liest, ist man deshalb noch kein Jurist.

Obmann Dr. **Steger:** Das kann ich bestätigen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Solange ich mich nicht beraten kann mit meinem Anwalt, werde ich nichts sagen zu jenen Fakten, wo ich beschuldigt bin.

Obmann Dr. **Steger:** Ich habe heute auch gefragt, ob Sie mit dem Herrn Worm vielleicht doch geredet haben über Schwarzgeldbeschaffung. Sie werden sich erinnern, daß ich das schon mehrfach insistierend gefragt habe. Sie haben gesagt: Nein, das haben Sie mit ihm nicht geredet; das hat er, Sie nicht.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich bilde mir ein, daß er damit begonnen hat, und dann wurde so gegen-

seitig ... man tastet sich ab: Was sagt der andere?

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt liest man, daß da einer ein Geständnis unterschreibt — er belastet sich ja mit der Unterschrift selbst — betreffend Ihr Konto. Sie brauchen mir gar nichts bestätigen dazu, denn das steht ohnedies fest. Da gibt es andere Aussagen dazu. Es sind auch Ihre Unterschriften gefunden worden. Der Betreffende sagt selbst: Das diente der Schwarzgeldbeschaffung.

Wenn man das liest, kriegt halt dieses Gespräch, das Sie allenfalls mit dem Herrn Redakteur Worm geführt haben, eine andere Dimension, denn dann ist es so, daß nicht mehr nur irgendwer geredet hat darüber, sondern es gibt ein unterschriebenes Gerichtsprotokoll, daß es über dieses Konto gelaufen ist.

Verstehen Sie, was ich damit meine?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ungefähr. — Aber es war ...

Obmann Dr. **Steger:** ... den Sachverhalt.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ach so. Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Wollen Sie nicht über das Thema Schwarzgeldbeschaffung irgend etwas überhaupt sagen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Herr Vorsitzender! Ich möchte niemanden brüskieren. Aber solange ich nicht mit meinem Anwalt sprechen kann, sage ich nichts.

Obmann Dr. **Steger:** Sie werden so, wie wir da manches verstehen bei Ihnen, daß Sie es nicht ganz leicht haben, doch zumindest auch verstehen, daß man da halt nicht mehr nur davon reden kann, daß irgendwo einmal zwischen dem Redakteur und einem Geschäftsführer oder Direktor ein hypothetisches Gespräch geführt wurde, sondern daß hier jetzt ein anderer, Unbeteiligter, ein sich selbst Belastender so etwas unterschrieben hat, daß das gelaufen ist.

Ist Ihnen diese Dimension ...

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, ja, natürlich.

Obmann Dr. **Steger:** ... voll bewußt und daher auch bewußt, daß man daraus die Schlußfolgerung ziehen kann, daß da vielleicht doch mehr dran ist?

Sie werden mir wahrscheinlich auch nicht erklären können, wieso — ebenfalls, bevor Sie AKPE-Direktor waren —, auch mit ganz anderen Firmen solche Honorarnoten dort gelaufen sind. Zum Beispiel ITT 19. November 1974. Akt bei uns Zahl 7477. — Da steht AK Wien drauf. Aber auch 19. November 1974. — Gut. 1974 haben Sie theoretisch zu tun gehabt im Stacher-Team.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das Stacher-Team hatte mit der Vergabe in dem Sinn überhaupt nichts zu tun. Ich darf ganz kurz nochmals den Vorgang schildern:

Es haben sich für die ACT-Anlage die vier Disziplinen Fördertechnik, Hochbau, Hygiene — vertreten durch Dr. Cermak, MA 15 — und vor allem die Spitalsbetreiber — primär die Spitalsbetreiber — sehr stark gemacht und ...

Obmann Dr. **Steger:** Das haben Sie schon gesagt. Das haben wir schon im Protokoll.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich darf dazu nur sagen: Die Spitalsbetreiber haben das sehr, sehr ernst genommen, weil sie festgestellt haben, daß bei den anderen Container-Anlagen der Speise-Container — das ist jetzt kein Witz, sondern eine Tatsache — deshalb schon auch wesentlich weniger geeignet ist, weil der Knödeldurchmesser der Knödel im AKH so groß ist, daß der Tablettabstand nicht ausreicht für österreichische Knödel.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich hätte zuerst noch einmal eine Frage zur Vergabe der Lieferung und der Montage der elektrischen Energieversorgungs- und -verteilungsanlagen. Sie wissen, daß es dort Unstimmigkeiten gegeben hat, und zwar ganz massive.

Zunächst war die BBC Bestbieterin. Plötzlich wurde die Siemens zur Bestbieterin. Welche Gründe waren dafür maßgebend?

Dipl.-Ing. **Winter:** Darf ich Sie, bitte, hier mehrfach korrigieren:

Es hat im Jahre 1973 eine öffentliche Ausschreibung stattgefunden, bei der bei Verlesung der Angebotssummen die Firma BBC den niedrigsten Betrag hatte. Die Angebote wurden — das geschieht auch heute noch so bei der Stadt Wien — im Anschluß daran von einer eigenen Magistratsabteilung numerisch auf Rechenfehler geprüft.

Es ist unglaublich, aber ich habe in meinen 13 Berufsjahren noch sehr wenig Angebote gesehen, die numerisch richtig multipliziert und addiert waren. Daher werden solche Angebote immer von den nichttechnischen Abteilungen im Hinblick auf Rechenfehler nachgerechnet.

Es hatten damals alle Firmen Rechenfehler. Die Firma Siemens hatte einen recht beachtlichen Rechenfehler, nämlich in der Größenordnung, glaube ich, bei der Zehner-Million. Der eine hat sich geirrt bei den Hunderttausendern, der andere bei den einzelnen Millionen, und der andere bei den Zehner-Millionen. Das ist eine rein numerische Prüfung, die von den

Beamten der Magistratsabteilung 6 und den zuständigen Beamten der Bundesgebäudeverwaltung in der Bauleitung durchgeführt wurde.

Daraufhin, glaube ich, bitte, war die Firma Siemens Billigstbieter. Aber das weiß ich nicht mehr genau.

Es wurde daraufhin von der Bauleitung ein Vergabevorschlag usancengemäß zuerst ans Bautenministerium gegeben, und im Bautenministerium wurden nun mit der Firma Siemens verschiedene Vertragsverhandlungen aufgenommen, die zu großen Preisnachlässen geführt haben. Vor allem auch — glaube ich: bitte, mir nicht beim nächsten Mal wieder zu sagen, ich habe hinten und vorne gelogen — glaube ich, daß im Bautenministerium die Auflage entstand, 28 Prozent oder ungefähr so viel Prozent an österreichische Unternehmungen weiterzugeben.

Nach Genehmigung durch das Bautenministerium kam dieser Vergabeakt zur Stadt Wien. Bei dieser Größenordnung mußten ja die Unterschriften des Herrn Bautenministers und des Herrn Bürgermeisters als Vorsitzende des Spitzenausschusses auf dem Akt sein. Ich habe überhaupt noch nie Akten, Vergabeakten aus der Bauleitung mit so vielen Unterschriften gesehen. Erst daraufhin, nach dieser beidseitigen Genehmigung, konnte die Bauleitung das eigentliche Auftragsschreiben hinausgeben. Von Unstimmigkeiten — wenn Sie diese Rechenfehler meinen, abgesehen — ist mir nichts bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat es da nicht ein Gespräch gegeben, an dem Sie, Herr Winkler, BBC beteiligt waren, wo festgestellt worden ist, daß Subaufträge zu erteilen sind, und zwar bis Ende 1977?

Dipl.-Ing. **Winter:** Der Auftrag an die Firma Siemens wurde Ende 1974/Anfang 1975 ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): ... genau sagen: 25. März 1975.

Dipl.-Ing. **Winter:** ... — ungefähr um diese Zeit — von der Bauleitung hinausgegeben. Damals gab es ja die AKPE noch nicht.

Es wurde verschiedentlich, eigentlich von allen österreichischen Industrieunternehmen, bei mir vorgesprochen, doch die Firma Siemens zu veranlassen, ihre Subaufträge hinauszugeben. Ich habe das auch immer weitergeleitet an die Firma Siemens und habe gebeten, uns in gewissen Abständen zu informieren, welche Subaufträge an die österreichischen Unternehmungen weitergegeben wurden. Die Firma Siemens hat dies auch getan. Ich glaube sogar, sie hat uns letztmalig am Anfang dieses Jahres, im Jänner 1980, in einem Schreiben informiert, welche Subaufträge per 31. Dezember erteilt worden waren.

Ich darf dazu ergänzen: nachdem es sich um einen alten Vertrag handelte, war nämlich, glaube ich, keine Genehmigungspflicht durch die Bauleitung beziehungsweise durch die AKPE in diesem Auftrag enthalten. Es hat nur gelautet: 28 Prozent oder 27 Prozent der Auftragssumme an österreichische Unternehmungen. Es war aber keine Genehmigungspflicht, wie wir es als AKPE dann eingeführt haben.

Obmann Dr. **Steger:** Ich bitte Sie, kürzer auf eine gestellte Frage zu antworten. Sie wäre sogar mit ja oder nein am Beginn zu beantworten gewesen.

Dipl.-Ing. **Winter:** Verzeihung!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Am 20. Feber 1980 — das ist noch gar nicht so lange her — hatten Sie ein Gespräch mit Professor Schuy.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Da haben Sie festgelegt mit ihm, daß von Siemens eine Ausgliederung von 500 000 S zu erfolgen hat.

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was betrifft das?

Dipl.-Ing. **Winter:** Der Bereich „Tierexperimentelle Abteilung" wurde von der ORP, also von Riethmüller und MEDIPLAN, nicht zufriedenstellend geplant. Die Firma Siemens war über den Planungsauftrag in diesem Bereich auch nicht sehr glücklich. So entstand zwischen dem Herrn Parzer und mir die Überlegung, eventuell das beiden Planern wegzunehmen und dem Professor Schuy zu geben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 900 000 S insgesamt.

Dipl.-Ing. **Winter:** So hoch? *(Nach Einsicht in ein überreichtes Schriftstück.)* — Ja, stimmt, Ja, weil es beides ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie ist es doch zu dieser Beauftragung gekommen?

Dipl.-Ing. **Winter:** In meiner Zeit nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben einige Tage vorher, am 12. Feber, ein Gespräch mit Schwaiger gehabt. Hier steht auch: ego — Rückzahlungen.

Haben Sie Rückzahlungen geleistet oder haben Sie mit Schwaiger vereinbart, daß Sie Rückzahlungen zu leisten haben?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja, und zwar handelt es sich bei mir um folgendes: Ich wurde im Feber des heurigen Jahres beim Abschlußgespräch mit den Prüfbeamten des Kontrollamtes, den

Herren Chylik und List, mit der Tatsache konfrontiert, daß in meinem Vorstandsbereich — also für mich persönlich — in den geprüften Zeiträumen 1976, 1977 und 1978 bei den Kilometergeldern Doppelverrechnungen vorlagen. Ich war über diese Sache derart entsetzt — denn es wird einem ja immer gleich unterstellt, man hätte aus dem Unternehmen weiß Gott etwas herausgezogen —, daß ich daraufhin wenige Tage später beim Herrn Kontrollamtsdirektor war und gesagt habe: Bitte — ich habe das auch gleich bei den Herren Chylik und List gesagt —, mir diesen Betrag zu nennen, der hier aus Versehen ausgezahlt wurde; den zahle ich natürlich zurück. Ich kann mir nur vorstellen, daß das vor allem in den Zeiträumen 1976 und 1977 entstanden ist — damals hatten wir noch keine Formulare im Haus —, daß durch Unachtsamkeiten von mir und von meiner Sekretärin hier Fehlaufzeichnungen waren, durchaus auch im Kilometerheft des Firmenautos, denn ich konnte feststellen, daß einige Male drinnenstand „Mariahilfer Straße" und der Fahrer immer eingetragen hat „Mariahilfer Straße", wenn ich in die Babenbergerstraße zur Firma Siemens fuhr. Da hat er immer hineingeschrieben „Mariahilfer Straße". Das Kontrollamt hat daraus abgeleitet, daß ich mehrmals verrechnet hätte die an und für sich mir vertraglich zustehenden Fahrtkosten Wohnung — Firma und wieder zurück.

Hier habe ich gesagt, man möge mir doch, bitte, den Betrag nennen, und die Herren des Kontrollamtes haben gesagt, den könnten sie nicht nennen, das sei nicht ihre Aufgabe. Man hat mir aber gesagt: An Spitzentagen im Jahre 1976 könnte man sagen, daß für rund 70 Kilometer in den geprüften Monaten zuviel bezogen wurde. Das Kontrollamt hat ja nur Stichproben gemacht, es hat ja nicht diese drei Jahre — 36 Monate — nachvollzogen. Das wäre ja eine irrsinnige Arbeit.

Daraufhin habe ich gesagt: Wenn man eine gleichmäßige Fehlerwahrscheinlichkeit annimmt, so ergibt das, 70 Kilometer im Monat, elf Monate, drei Jahre, soundsoviel Schilling. Da ist, glaube ich, 6 000 S herausgekommen. Ich habe gesagt: Die zahle ich sofort zurück. Nur hat der Herr Kontrollamtsdirektor damals zu mir gesagt: Warten Sie auf die gesamte Bereinigung. Denn der Kollege Schwaiger hatte sein Problem mit der Eve, ich hatte es mit dem Kilometergeld, der Herr Parzer hat zwei Jahre lang seine Wochenendfahrten — nachdem er einen Wohnsitz in Wien hatte, aber seinen Hauptwohnsitz in Linz — ebenfalls verrechnet. Da hat der Herr Kontrollamtsdirektor gesagt: Warten Sie, bis das alles gesamtbereinigt wird; ich erkenne an, daß Sie das natürlich sofort spontan gesagt haben, daß Sie es zurückzahlen. Nachdem ich den Betrag von 6 000 S ermittelt habe, bin ich auch jetzt wegen schweren Betrugs beschuldigt, denn der leichte Betrug hört bei 5 000 S auf.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Zeuge! Sie kennen einen gewissen Dipl.-Ing. Rossi?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein:** Sie haben an diesen Dipl.-Ing. Rossi Geld überweisen lassen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wofür?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe dem Herrn — Aber das haben wir heute schon einmal gehabt. Ich habe heute dem Herrn ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie die Höhe auch schon genannt?

Dipl.-Ing. **Winter:** In der Summe war das größenordnungsmäßig 1,8 Millionen, glaube ich (Zwischenruf), 1,8 Millionen, die ich auch versteuert habe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ging über das Konto der GEPROMA.

Dipl.-Ing. **Winter:** Das ist mir neu.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wurden diese 1,8 Millionen Schilling nicht über die Firma GEPROMA abgebucht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe dem Herrn Rossi ein Verfahren im Jahre 1975 zur Verfügung gestellt und habe ihn gefragt, ob er das auswerten könnte. Er hat gesagt: Wenn, dann maximal drei bis vier Jahre. Ich habe in diesen Jahren Lizenzgebühren erhalten und habe sie regulär versteuert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie Dr. Güggi einen Auftrag gegeben, einen Betrag in dieser Höhe an Herrn Dipl.-Ing. Rossi auszuzahlen?

Dipl.-Ing **Winter:** Das gehört zum Thema „Beschuldigter", und daher sage ich dazu nichts.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber die 1,8 Millionen Schilling sind bezahlt worden?

Dipl.-Ing. **Winter:** Vom Herrn Rossi an mich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von welchem Konto?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die hat Herr Rossi an mich überwiesen, auf mein Konto.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben an Dipl.-Ing. Rossi auch bezahlt?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich habe nichts bezahlt an Herrn Rossi.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben nicht bezahlt an Dipl.-Ing. Rossi.

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und auch keinen Auftrag gegeben, an den Dipl.-Ing. Rossi etwas zu bezahlen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Noch eine letzte Frage: Warum haben Sie in der „Rathauskorrespondenz" auf Grund der Beschlagnahme des „profils" — der AKPE-Vorstand hat diese Presseaussendung hinausgegeben — festgestellt — Sie natürlich auch mit den anderen AKPE-Direktoren —: Zu der Behauptung, daß von Auftragnehmern beim Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses Anbahnungskosten auf das Konto der liechtensteinischen Briefkastenfirma PLANTECH Cooperation eingezahlt worden sind, stellte der Vorstand der AKPE fest, daß weder zu dieser Firma noch zu einer anderen Briefkastenfirma irgendwelche Beziehungen, Verbindungen bestanden.

Wie konnten Sie das sagen?

Dipl.-Ing. **Winter:** Die AKPE hatte auch in keiner Weise Beziehungen dazu.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie als Vorstandsmitglied sehr wohl.

Dipl.-Ing. **Winter:** Dann sage ich dazu nichts, weil es ja wieder in den Bereich gehört, wo ich beschuldigt bin.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Noch eine Zusatzfrage: Rechtsanwalt Dr. Amhof, der eine Entgegnung im „profil" gebracht hat, hat darauf nicht mehr hingewiesen, hat diese Feststellung im „profil" nicht entgegnet. Warum nicht?

Dipl.-Ing. **Winter:** Ich kann dazu nichts sagen, was der Herr Dr. Amhof geschrieben hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dr. Amhof hat im Auftrag des AKPE-Vorstandes gehandelt.

Dipl.-Ing. **Winter:** Rechtsgeschäfte wurden primär vom Herrn Dr. Schwaiger abgewickelt. Ich habe mich nie darum gekümmert, wann wir eine Presseklage hatten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben sich also nicht gekümmert und nicht erkundigt, wie die Entgegnung des Dr. Amhof lautet?

Dipl.-Ing. **Winter:** Von wann ist diese Entgegnung, bitte?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Entgegnung ist vom — „profil" Nr. 30. — Jetzt steht das Datum nicht hier, „profil" Nr. 30. — *(Zwischenruf.)* Ich weiß das Datum leider nicht mehr. — Die Nummer ist Nr. 30 . . . *(Es erfolgt keine Antwort des Dipl.-Ing. W i n t e r. — Damit ist die heutige Vernehmung des Dipl.-Ing. W i n t e r beendet.)*

Zeugeneinvernahme von Dr. Gerhard S c h w a i g e r

Unter der Vorsitzführung von Ausschußobmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** wird nach 23.30 Uhr die Zeugeneinvernahme von Dr. Schwaiger begonnen.

Als Personaldaten gibt der Zeuge an: Dr. Gerhard Schwaiger, geboren am 22. November 1938, wohnhaft Wien 21, Floridsdorfer Hauptstraße 14, Stiege 5, Tür 18.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** teilt mit, daß von der Magistratsdirektion der Stadt Wien die Entbindung von der Amtsverschwiegenheit für Dr. Schwaiger zum Zwecke von dessen Zeugenaussage vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß erteilt wurde.

Weiters mahnt der Vorsitzende den Zeugen an dessen Verpflichtung zur wahrheitsgemäßen Aussage.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ) fragt zur ABO-Auftragsvergabe, wer für die Betriebsorganisations-Vergabe zuständig war.

Dr. **Schwaiger:** Die Zuständigkeit zur Vergabe dieses Auftrages ergibt sich auf Grund der Wertgrenzen zunächst für den Aufsichtsrat; innerhalb des Vorstandes war zur Vorbereitung dieser Auftragsvergabe der Vorstandsbereich für Haustechnik zuständig, und überdies war das eine gemeinsame Vorstandsangelegenheit. — Ich fasse das so auf, daß die Vorarbeiten, wenn man will Federführung, in dem bereits genannten Vorstandsbereich gelegen sind und dieser die vorbereiteten Unterlagen dem Vorstand zur Entscheidung vorgelegt hat.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie sagten: Bereich Haustechnik. Das war Herr Dipl.-Ing. Winter?

Dr. **Schwaiger:** Dipl.-Ing. Winter. Ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Heißt das, daß Herr Winter federführend war?

Dr. **Schwaiger:** Wenn man so will, ja. Es können ja nicht drei Personen parallel arbeiten, es muß jemand die Vorarbeit leisten und diese vorbereiteten Unterlagen dann dem Vorstand zur Beschlußfassung im Sinne der gemeinsamen Vorstandsangelegenheiten vorlegen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Federführend: Direktor Winter.

Dr. **Schwaiger:** Ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wer hat die Vorschläge für die Ausschreibung erarbeitet?

Dr. **Schwaiger:** Die Ausschreibungsunterlagen wurden von uns gemeinsam ausgearbeitet, das heißt, von meiner Rechtsabteilung gemeinsam mit dieser für die Sachfragen zuständigen Abteilung des Kollegen Winter.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wieweit war da die APAK eingeschaltet?

Dr. **Schwaiger:** Die APAK hat beratend mitgewirkt und insbesondere bei der Formulierung der Leistungen ihren Beitrag geleistet.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wer waren die Führungskräfte bei der APAK?

Dr. **Schwaiger:** Die Führungskräfte bei der APAK waren die Geschäftsführung, und zwar Arch. Moser, Dipl.-Ing. Wunderer und Ing. Styx.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Also das Leistungsverzeichnis wurde von den beiden Vorstandsdirektoren erarbeitet oder in Zusammenarbeit mit der APAK?

Dr. **Schwaiger:** Nein. Von den beiden Vorstandsbereichen, also von unseren Abteilungen, mit Beratung der APAK. Sie hat insbesondere hinsichtlich der Leistungsbeschreibung sicherlich ihre Meinung einfließen lassen. Man kann nicht sagen, dieser oder jener hat sie erarbeitet, sondern es war eine gemeinsame Arbeit, kann man sagen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Kann man vielleicht prozentmäßig darstellen, wieweit die APAK da mitgewirkt hat?

Dr. **Schwaiger:** Ich würde ungefähr sagen, daß etwa 70 Prozent bis 75 Prozent wir gemacht haben, also 25 Prozent bis 30 Prozent die APAK.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Stimmt es, daß das Leistungsverzeichnis von den Anbietern abgeändert wurde?

Dr. **Schwaiger:** Das ist richtig. Praktisch haben alle Bieter in unterschiedlichem Umfang die Leistungsbeschreibung geändert, wobei — das muß man auch sagen — von der Leistungsbeschreibung her am übersichtlichsten geblieben sind die drei Anbote des dänischen Instituts für Funktionsanalyse, der Arbeitsgemeinschaft Betriebsorganisations-Planung, sprich ABO, und der Firma Suter & Suter. Ich sage deswegen „am übersichtlichsten geblieben sind", weil das dänische Institut und die ABO zwar andere Begriffe und andere Gliederungen verwendet, aber Verweisungen gemacht haben auf unser Leistungsverzeichnis, sodaß man jederzeit den Konnex herstellen konnte.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Bedeutet das, was Sie jetzt gesagt haben, daß diese Anbote nicht mehr vergleichbar waren?

Dr. **Schwaiger:** Sie waren nicht in dem Sinn vergleichbar, wie es üblicherweise bei einer Ausschreibung ist, daß man die Angebote hernimmt und die einzelnen Positionen vergleicht, sondern man mußte sie erst vergleichbar machen durch Interpretation der jeweiligen Begriffe, die die Bieter verwendet haben, durch Interpretation der einzelnen Vorbehalte, die die Bieter in ihren Anboten gemacht haben, sodaß man sich erst ein Bild darüber machen mußte, welcher Leistungsumfang bei dem einen Anbot im Vergleich zum anderen gemeint ist und was der richtige Preis wäre, das heißt zum Beispiel, welche Preiskomponenten bei einem Anbot nicht berücksichtigt wurden, sodaß man Leistung und Preis hier in Einklang bringen mußte.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Das heißt, Sie haben die Anbote vergleichbar gemacht?

Dr. **Schwaiger:** Ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wie erklären sich dann die großen Anbotsdifferenzen, die aufgetreten sind?

Dr. **Schwaiger:** Diese Anbotsdifferenzen erklären sich eben daraus, daß, wenn ich davon absehe, daß ein Bieter von vornherein ausdrücklich überhaupt nur ein Teilanbot gelegt hat, andere Bieter wieder ausdrücklich gesagt haben, sie können einzelne Teilleistungen nicht auspreisen, zum Teil wurde angegeben, sie können nur in Regie anbieten, und es wurden dafür Schätzwerte angegeben.

Hinsichtlich der übrigen Preisunterschiede ist das so zu erklären, daß beispielsweise das Institut für Funktionsanalyse, um bei diesem Beispiel zu bleiben, etwa einen gravierenden Vorbehalt gemacht hat, nämlich daß der Preis unter der Voraussetzung erstellt wurde, daß ein Planungsteam auf Benutzerseite in der Größenordnung von etwa zwölf Personen eingesetzt wird.

Weiters erklärt sich dieser Unterschied daraus, daß etwa das Institut für Funktionsanalyse nur einen durchschnittlichen Mann-Einsatz in der Höhe von 14 Personen angesetzt hat. Das zeigt also die Arbeitsmethode.

Es war zum Beispiel ein Vorbehalt in diesem Anbot enthalten, daß nur die sogenannte Bearbeitungsphase unter Pönale gestellt werden kann. Das heißt, man hat sich das so vorgestellt: Man erarbeitet am Papier, legt das hier vor, und die weitere Phase — das ist die sogenannte Bearbeitungsphase und die Abstimmungsphase und allenfalls die Änderungsphase — geht sozusagen dieses Planungsteam

des Bieters nichts mehr an. Das war also auch ein wesentlicher Vorbehalt.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Der Rechnungshof hat in seinem Rohbericht festgestellt, daß nur zwei ernsthafte Anbote vorlagen, nämlich Suter & Suter — wie schon erwähnt — und ABO. Lagen darüber hinaus ernst zu nehmende Anbote vor?

Dr. **Schwaiger:** Nein. Auch wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß eigentlich nur diese zwei Anbote ernsthaft miteinander vergleichbar sind.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Man hat Ihnen aber den Vorwurf gemacht, da waren andere Bieter, und die wurden ausgeschlossen.

Dr. **Schwaiger:** Wir sind zum Beispiel in unserem Vorlagebericht an den Aufsichtsrat zu dem gleichen Ergebnis gekommen, daß nur das Anbot der ABO und das Anbot Suter & Suter vergleichbar sind. Das war unser Resümee aus der Auswertung der verschiedenen Angebote.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Ist bei der Bewertung der Anbote die APAK eingeschaltet worden?

Dr. **Schwaiger:** Bei der Bewertung der Anbote ist die APAK eingeschaltet worden. Ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wie war denn die Stellungnahme der APAK?

Dr. **Schwaiger:** Die Stellungnahme der APAK war auch dahin gehend, daß die Anbote nicht vergleichbar sind, sondern daß man die Anbote erst im Wege aufklärender Bietergespräche vergleichbar machen muß, eben hinsichtlich Erkundung: Was steht hinter dem einzelnen angebotenen Preis für eine Leistung dahinter?

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie sind doch zu einer Freihandvergabe gekommen. Stimmt das?

Dr. **Schwaiger:** Wenn man will, nähert sich diese Vergabe letztlich im Endeffekt einer freihändigen Vergabe. Ich muß aber hinzufügen: Ausgangspunkt war eine beschränkte Ausschreibung, die in den Formalvorschriften meines Erachtens auch bis zu dem Zeitpunkt eingehalten wurde, als wir uns ein Bild gemacht haben, welches Anbot das Bestanbot ist. *(Obmann Dr. Steger übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Ich möchte Sie zunächst fragen: Wie sind Sie AKPE-Direktor geworden?

Dr. **Schwaiger:** Ich bin AKPE-Direktor dadurch geworden, daß mich — soviel ich weiß — Herr Stadtrat Mayr gefragt hat, ob ich diesen Posten annehmen würde.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie auch mit anderen Politikern darüber Kontakte gehabt?

Dr. **Schwaiger:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Mit Stadtrat Mayr.

Dr. **Schwaiger:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Er hat Sie sozusagen eingeladen, sich zu bewerben.

Dr. **Schwaiger:** Es war ja keine Ausschreibung, also es war auch in dem Sinne keine Bewerbung, sondern ich wurde gefragt, nachdem ich schon einige Jahre in der Finanzverwaltung tätig war, ob ich eine solche Tätigkeit ausüben würde.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sind Sie Mitglied des „Club 45"?

Dr. **Schwaiger:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Seit wann?

Dr. **Schwaiger:** Vielleicht seit — ich weiß es jetzt wirklich nicht — 1977 oder 1978.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ing. Winter war Mitglied des sogenannten Stacher-Teams. Hat er dem Vorstand gegenüber Beschlüsse oder Meinungen dieses Teams bekanntgegeben, zur Sprache gebracht? Wenn ja: Welche?

Dr. **Schwaiger:** Ich weiß, daß es so ein Stacher-Team gegeben hat. Ich sage ausdrücklich „gegeben hat", weil ich nicht weiß, bis zu welchem Zeitpunkt es überhaupt existiert hat. In dieser Form hat der Ing. Winter uns keine Beschlüsse des Stacher-Teams bekanntgegeben, weil die Meinungsbildung im Stacher-Team an sich für uns nicht relevant war, sondern wir haben die Meinung des Nutzers auf den verschiedenen Ebenen eingeholt, je nach Bedeutung der Angelegenheit die Meinungen von Stadtrat Stacher, Bereichsleiter Wilfling oder des Leiters der Magistratsabteilung 17.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und Ing. Winter hat sich nie berufen darauf, daß in diesem Kreis irgend etwas besprochen wurde, was für Ihre Tätigkeit von Bedeutung war?

Dr. **Schwaiger:** Nein. Meines Wissens nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich komme jetzt auch auf die Frage ABO beziehungsweise Betriebsorganisations-Vergabe. Haben Sie über diese Angelegenheit außer im Kreis des Vorstandes auch mit Herrn Rumpold oder Herrn Dr. Wilfling oder Herrn Dkfm. Bauer direkt gesprochen?

154 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Dr. **Schwaiger:** Ja, sicherlich, und zwar insbesondere auch im Zuge der Bewerbung. Es ist ja allgemein bekannt, daß sich verschiedene Firmen schon vor der Ausschreibung für einen solchen Auftrag interessiert haben, und hier hat es verschiedene Kontaktgespräche gegeben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Können Sie etwas Näheres über diese Kontaktgespräche sagen, zum Beispiel was Dipl.-Ing. Armin Rumpold betroffen hat? Was haben Sie da nach Ihrer Erinnerung für Kontaktgespräche geführt und welchen Inhaltes?

Dr. **Schwaiger:** Das waren meiner Erinnerung nach vor allem Gespräche darüber, wie er sich eine solche Planungsarbeit vorstellt. Er hat — meiner Erinnerung nach — seine Vorstellungen einmal in Form eines Leistungsverzeichnisses abgegeben; das ist in meinen Augen etwa vergleichbar mit Prospekten oder Ausarbeitungen, wie sie auch andere Firmen abgegeben haben. Darüber hinaus haben wir sicherlich besprochen, in welcher Form oder was die zweckmäßigste Zusammensetzung einer solchen Gruppe sein könnte, denn es galt ja, verschiedene Bereiche abzudecken, insbesondere zum Beispiel die Verknüpfung mit der Raum- und Funktionsplanung.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wie hat sich das bei Dr. Wilfling abgespielt?

Dr. **Schwaiger:** Bei Dr. Wilfling waren in dieser Beziehung die Kontakte sehr lose. Ich kann mich also wirklich an kein besonders bedeutendes Gespräche in dieser Richtung erinnern.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wie war das mit Dkfm. Bauer?

Dr. **Schwaiger:** Bei Dkfm. Bauer war es alternativ mit Ing. Rumpold.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Die beiden haben Sie sozusagen als Einheit betrachtet?

Dr. **Schwaiger:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Seit wann kennen Sie Dr. Rumpold?

Dr. **Schwaiger:** Ing. Rumpold kenne ich etwa *(Zwischenruf)* seit 1976, also seit meiner AKPE-Zeit.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und wie lange kennen Sie Herrn Wilfling?

Dr. **Schwaiger:** Dr. Wilfling kenne ich etwa seit dem Jahre 1973 — aber bitte, mich nicht auf das Jahr festzunageln —, als Dr. Wilfling Geschäftsführer einer Gesellschaft war, in der ich ein Aufsichtsratsmandat hatte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Was verstehen Sie unter dem Wort „BO-Kuchen"?

Dr. **Schwaiger:** Das kann ich nur in dem Zusammenhang beantworten, daß dieser Begriff ja schon einige Male erwähnt wurde. Darunter kann ich also nur verstehen eine sinnvolle Zusammensetzung einer Firmengruppe, und zwar unter dem Aspekt Abdekkung der verschiedenen Planungsbereiche, bestmögliche Abdeckung der verschiedenen Planungsbereiche.

Obmann Dr. **Steger:** Welche Beschäftigungen haben Sie denn neben Ihrer Tätigkeit als AKPE-Direktor?

Dr. **Schwaiger:** Ich habe ein Aufsichtsratsmandat in der Firma ODELGA.

Obmann Dr. **Steger:** Ist das die einzige Nebenbeschäftigung?

Dr. **Schwaiger:** Das ist die einzige Nebenbeschäftigung.

Obmann Dr. **Steger:** Seit wann haben Sie denn dieses Aufsichtsratsmandat, und ist es formell genehmigungspflichtig?

Dr. **Schwaiger:** Das ist laut meinem Dienstvertrag genehmigungspflichtig, und das wurde auch durch den Aufsichtsrat der AKPE ordnungsgemäß genehmigt. Das Mandat habe ich etwa seit Mai, Juni 1977.

Obmann Dr. **Steger** unterbricht hierauf die Zeugeneinvernahme. Er macht Dr. Gerhard Schwaiger von einer neuerlichen Ladung zur Sitzung des Untersuchungsausschusses am 29. August, unter Umständen bereits am 27. August, Mitteilung.

Schluß der Sitzung: 23 Uhr 55 Minuten

7. Sitzung: 27. und 28. August 1980

Beginn: 10 Uhr 10 Minuten

Obmann Dr. **Steger** eröffnet die 7. Sitzung des AKH-Untersuchungsausschusses.

Zeugeneinvernahme von Dipl.-Ing. Armin Rumpold

Dipl.-Ing. Armin **Rumpold** gibt seine Generalien an: Rumpold Armin, geboren am 16. April 1941, Beruf Diplomingenieur, Adresse: Schönbrunner Allee 32, 1120 Wien.

Obmann Dr. **Steger**: Herr Dipl.-Ing. Rumpold! Sie sind als Zeuge vor den Untersuchungsausschuß geladen. Ich darf Sie daran erinnern, daß Sie als Zeuge vor diesem Ausschuß verpflichtet sind, die Wahrheit zu sagen. Es gelten die Bestimmungen der Strafprozeßordnung sinngemäß. Es ist daher auch in Ihrem eigenen Interesse sinnvoll, wenn Sie auf die an Sie gestellten Fragen wahrheitsgemäß antworten.

Die Vorgangsweise ist bei uns so, daß die Herren Abgeordneten jeweils zu einem Themenkreis an Sie Fragen stellen werden. Wir werden versuchen, schrittweise Themenkreise, die uns relevant erscheinen, hier einer Beantwortung zu unterziehen.

Wir haben grundsätzlich drei Themenkreise auf Grund unseres Untersuchungsauftrags. Ich darf Sie aber bitten, daß Sie jeweils denjenigen Themenkreis beantworten, der gerade konkret von einem der Herren Abgeordneten an Sie in Frageform gerichtet wird.

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Herr Vorsitzender! Darf ich dazu etwas sagen? Darf ich wissen, welche Themenkreise hier behandelt werden?

Meines Wissens ist es ein AKH-Untersuchungsausschuß, daher erwarte ich einen Themenkreis, der ausschließlich mit dem AKH zu tun hat.

Darf ich Sie zweitens fragen, wer und wieso es dazu kommt, daß ich nach vier Wochen Abwesenheit eine derartige Verleumdungskampagne hier in Österreich vorfinde, die ausgesprochen gegen meine Person gerichtet ist, die irgend jemand finanziert hat oder finanzieren muß? Ich bitte Sie um Aufklärung, wie es dazu kommen kann, daß die Staatsanwaltschaft, daß das Gericht — gegen mich läuft ein Strafverfahren — Behauptungen aufstellt, die unbeweisbar sind. Ich habe nachweislich weder eine Ladung zu diesem Ausschuß noch zu Gericht bekommen, während ich hier war. Es wurde mir nichts zugestellt.

Ich frage Sie, Herr Vorsitzender: Wie kann in einer Demokratie ein Mensch so auf Null gemacht werden wie ich? Wie kann meine Familie, wie können meine Kinder, wie können meine Verwandten so in die Kampagne einbezogen werden, ohne daß sie etwas dafür können? Wie kann ich mich als Hellseher betätigen? Ich habe am 11. Juli dieses Jahres nicht wissen können, daß mir vielleicht die Richterin eine Einladung zustellen wird.

Ich stelle hier fest — und ich bitte um meine Rehabilitation in der Öffentlichkeit —, daß ich bis zum 11. Juli weder eine Einladung bekommen habe, daß mir weder eine Aufforderung zugestellt wurde und daß ich daher die Verleumdung ungerechtfertigterweise ertragen muß, mit meinem Ruf und mit meinem Vermögen dafür bezahlen muß. Ich bitte um die Rehabilitierung dieser Sache.

Obmann Dr. **Steger**: Herr Dipl.-Ing. Rumpold! Wir haben natürlich hier keine Erklärungen für das Gericht abzugeben, sondern für den Ausschuß. Für den Ausschuß ist es so, daß die erste Ladung laut Postzustellung am 1. August 1980 hinterlegt wurde. Wie wir gehört haben, sind Sie zu diesem Zeitpunkt bereits im Ausland gewesen. Sie sind dann im Wege der Medien verständigt worden, daß für den heutigen Tag eine Sitzung geplant ist. Gestern hat es eine telephonische Kontaktnahme mit Ihnen gegeben, bei der festgestellt wurde, daß Sie, obwohl Ihnen die Ladung nicht auf dem ordentlichen Zustellweg zugegangen ist, heute hier erscheinen werden.

Die Ladung gilt nur dann als zugestellt, wenn keine Ortsabwesenheit gegeben ist bei der Hinterlegung. Bitte: Hier mich nicht zu korrigieren, denn mit Hinterlegungen kenne ich mich aus. Der Herr Kollege *(zu Abg. Dr. Gradischnik gewendet)* wird mir das sofort bestätigen.

Sie selbst haben angerufen, wie mir gerade mitgeteilt wurde. Wesentlich für den Untersuchungsausschuß ist, daß Sie heute da sind. Wir können natürlich im Rahmen dieser Einvernahme und Ihrer Antworten, die Sie dann geben werden, am Schluß gern als Gesamtheit auch unseren Eindruck zusammenfassen. Sie können aber von uns nicht erwarten, daß wir im Untersuchungsausschuß schon vor Ihrer Einvernahme allenfalls die Bewertung Ihrer Aussage machen.

Ich möchte hier ausdrücklich zur Kenntnis bringen, daß das, was Sie über die Vorladung berichtet haben, stimmt. Sie sind im Wege der

Medien verständigt worden und haben selbst erklärt, zu kommen. Sie haben gestern telephoniert und heute erst hier schriftlich die Ladung übernommen, die Sie vorher nicht gehabt haben.

Zum Untersuchungsauftrag des Ausschusses: Hier geht es nicht um das, was allenfalls bei Gericht gegen Sie oder andere Personen anhängig ist, sondern hier geht es um einen Beschluß des Plenums des Nationalrates. Der Ausschuß ist eingesetzt:

Erstens zur Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung. — Das ist ein Themenkreis, wo man sich natürlich einiges erwartet durch Ihr Wissen, durch Ihre Kontaktnahme, durch Ihre Mitwirkung.

Der zweite Themenkreis ist, die Vorwürfe im Zusammenhang mit den angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind, zu untersuchen.

Drittens zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Das sind die drei Punkte des Untersuchungsausschusses, wobei wir in der Regel in dieser Reihenfolge vorgehen, aber natürlich Querfragen, wenn sie sich ergeben zu einem anderen Themenkreis, auch gleich gestellt werden können.

Jedenfalls ist das die Gesamtheit des Themenkreises, zu dem Fragen an Sie gestellt werden.

Alles andere bitte ich Sie, allenfalls bei Gericht klarzustellen oder selbst auch im Wege der Medien Erklärungen abzugeben. Ich bitte aber zu verstehen, daß dafür heute hier kein weiterer Raum ist. Die Klarstellung in der Zustellung ist erfolgt damit.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Dipl.-Ing. Rumpold! Aus unseren Unterlagen ist ersichtlich, daß Sie über den Vorstandsdirektor Dr. Schwaiger von der AKPE im heurigen Frühjahr um einen Gesprächstermin bei Kontrollamtsdirektor Dr. Delabro ersucht haben, dem am 10. März dieses Jahres entsprochen wurde. Was hat Sie veranlaßt, diesen Gesprächstermin zu verlangen?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Herr Abgeordneter Hobl! Darf ich um eine kleine Korrektur bitten? — Ich habe nicht im Wege des Vorstandsdirektors Schwaiger um einen Gesprächstermin ersucht, sondern es war umgekehrt: Schwaiger informierte mich, daß Kontrollamtsdirektor Delabro einem Gespräch mit mir entgegensieht beziehungsweise daß er mit mir sprechen möchte, wenn ich dazu bereit bin.

Warum ich diesem Gespräch dann Folge geleistet habe, hat zwei Ursachen: Ich bin 1975 zusammen mit Dkfm. Bauer als Gesellschafter in die Firma ÖKODATA eingetreten. Ich habe damals einen Anteil von 33 Prozent in der Kommanditgesellschaft bekommen. Ich war in der Gesellschaft mit beschränkter Haftung Minderheitsbeteiligter. Ich hatte etwa zehn Punkte als Geschäftsführer zu beachten, darunter zum Beispiel: Einholung der Meinung der Mehrheit der Gesellschafter in allen Geschäften, die im wesentlichen Einnahmen oder Ausgaben mit einem Rahmen von mehr als 300 000 S pro Jahr betreffen.

Diese Dinge möchte ich klarstellen, damit Sie die spätere Vorgangsweise verstehen.

Es kam im Jahr 1979 zu einem Zusammentreffen zwischen dem Herrn Magistratsdirektor und mir. Ich habe dieses Treffen von mir aus verlangt. Der Herr Magistratsdirektor hat dem zugestimmt. Der Grund war meine Auffassung über die Auftragsvergabe im Zuge der Gremien des AKH und der AKPE. Ich habe ihm damals berichtet, daß Persönlichkeiten, die in der Auftragsvergabe eine sehr wesentliche Rolle spielen, an mich als Geschäftsführer herangetreten sind, sie in irgendeiner Form an den Geschäften, die sie vergeben haben, zu beteiligen. Ich habe mir mit dieser Aussage keine Freunde geschaffen, ich habe diese Aussage vor dem Kontrollamtsdirektor wiederholt und habe bereits vorher die Konsequenz gezogen und habe meinen Geschäftsführerposten bei der ÖKODATA zurückgelegt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): In einer Niederschrift haben Sie von einer 2,5-Millionen-Schilling-Provision gesprochen, die einer von Dr. Wilfling genannten Institution oder ihm zukommen soll.

Wie hat Wilfling den Betrag von Ihnen gefordert? In einem oder in Raten oder hat er ein Institut oder ein persönliches Konto genannt oder gesagt, Sie sollen ihm den Betrag cash übergeben? Wo war die Beziehung? Für welche Leistung? Sie haben ja dann bei Delabro gesagt: Nachdem keine Leistung war, habe ich gesagt, zahle ich auch nichts.

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Es ist nicht ganz leicht, sich über viele Monate hinweg an jeden Vorgang genau er erinnern. Ich habe beim Herrn Kontrollamtsdirektor eine relativ umfangreiche und ausführliche Niederschrift anfertigen lassen. Die Art der Zahlung war eher unpräzise. Aber an eines erinnere ich mich sehr genau: Es sollte bei Auftragsvergabe ein Betrag von 500 000 S bezahlt werden, und es sollte dann pro Arbeitsjahr etwa 1 Million Schilling

Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original) 157 von 382

bezahlt werden. Nachdem die Laufzeit mit 30 Monaten definiert war, ist es jetzt eine sehr schwierige Frage zu definieren: Sind das zwei oder drei Jahre?

Das zweite: Welche Leistung sollte erbracht werden? Für mich war es klar: Es sollte eine Leistung erbracht werden, die den Aufwand der ÖKODATA vermindert. Denn nur dann ist es gerechtfertigt, einem Dritten etwas zu bezahlen. Wenn der Aufwand der ÖKODATA nicht vermindert wird dadurch, daß eine dritte Person oder eine dritte Firma zur Leistung herangezogen wird, dann hat es ja keinen Sinn.

Nachdem — das habe ich auch bei Delabro präzisiert — nicht klar war, in welcher Form dieser Leistungsaustausch erfolgen kann, bin ich auch dem Ganzen ablehnend gegenübergestanden, wobei ich ausdrücklich darauf hinweise: Ich habe eingangs meine Begrenzungen als Geschäftsführer genannt. Ich habe gefordert, daß ich für so eine Auftragsvergabe oder für so ein Geschäft eine Mehrheit der Gesellschaft in schriftlicher Form bekomme. Diesen Auftrag habe ich nicht bekommen, daher ist es auch nicht dazu gekommen, daß dieses Geschäft realisiert wurde.

Ich möchte aber noch etwas sagen. Welche Möglichkeiten sehen Sie, meine Herren Abgeordneten, in meinem Fall? Ich habe in dieser Sache nichts bezahlt, ich habe in dieser Sache dem obersten Organ der Stadt Wien Meldung gemacht, und ich habe in dieser Sache persönlich die Konsequenzen gezogen, indem ich als Geschäftsführer von dieser Firma zurückgetreten bin. Und jetzt frage ich: Wie soll man noch reagieren, wenn solche Dinge vorliegen? Es hätte doch irgendeiner einmal hier einschreiten müssen, können oder sollen! Oder die ganze Sache gehört nicht hierher und ist ganz normal. Mehr Möglichkeiten sehe ich nicht.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Diplomingenieur! Sie sind bei uns als Zeuge. Ich beschuldige Sie überhaupt keiner Dinge. Ich stelle nur Fragen im Zusammenhang mit Unterlagen, die uns zur Verfügung stehen, zum Beispiel die Niederschrift, die bei Delabro gemacht wurde.

Waren es also 2,5 oder 3,5 Millionen Schilling? Aber das haben Sie mir ja schon beantwortet, indem die Anzahlung 500 000 S gewesen wäre und dann für jedes Jahr, in dem der Auftrag offenbar läuft, 1 Million Schilling. Und mit den 30 Monaten weiß man das jetzt nicht genau. Ich glaube: Dr. Bandion war der Meinung, daß es 3,5 Millionen Schilling sind, in dem Aktenvermerk bei Delabro sind 2,5 Millionen Schilling genannt.

Als dieses Verlangen von Dr. Wilfling an Sie gestellt wurde: Hatte da die ÖKODATA schon im Zusammenhang mit den anderen Beteiligten der Arbeitsgemeinschaft den Auftrag zugeschlagen erhalten oder war das noch vor dem Zuschlag?

Obmann Dr. **Steger**: Sie haben nach der ÖKODATA gefragt, nicht Auftrag ABO. War das Absicht?

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ja.

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Herr Abgeordneter! Sie haben richtigerweise von einem Auftrag an die Arbeitsgemeinschaft gesprochen. Es war ja ein Auftrag an die Arbeitsgemeinschaft Betriebsorganisationsplanung, der ursprünglich die Firmen ÖKODATA, Deutsches Krankenhausinstitut, Planungsbüro Professor Riethmüller und ODELGA angehört haben.

Das Verlangen kann ich zeitlich nicht sehr genau präzisieren, wie Sie verstehen werden, weil die Verhandlungen über diesen Auftrag — oder die Bemühungen, ihn zu bekommen — bereits 1977 begonnen haben. Nachdem ich als Geschäftsführer einer Firma mit etwa 30 Angestellten nicht vorzeitig als „Auftragsverhinderer" auftreten kann, werden Sie verstehen, daß ich all den Wünschen, all den Vorschlägen immer zugehört habe. Ich mußte ja erst tätig werden, nachdem es um eine Entscheidung ging. Und ich kann mich relativ präzise an den Tag erinnern, wo der Auftrag unterzeichnet an Herrn Dkfm. Bauer und an mich in Anwesenheit des Dr. Wilfling, in Anwesenheit der Direktoren Winter und Schwaiger im Restaurant Wegenstein — ich glaube, etwa am 19. Juni 1978 — an uns übergeben wurde.

An diesem Tag ist auch die Vorstellung des Dr. Wilfling präzisiert worden in der Form, wie ich sie heute geschildert habe, in der Form, wie ich sie in zwei Gesprächen bei Herrn Kontrollamtsdirektor und bei Herrn Magistratsdirektor bereits genannt habe. Und dem habe ich nichts mehr hinzuzufügen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich glaube, man sollte zunächst festhalten, daß es durchaus von uns als dankenswert registriert wird, daß Sie trotz nichtordnungsgemäßer Ladung, die Sie schriftlich nicht in dem Sinn bekommen haben, wie es vielleicht notwendig war, was aber vielleicht auch durch Ihren Auslandsaufenthalt begründet war, hier anwesend sind. Sie hätten ja durchaus sagen können: Bitte schön, auf telephonische Aufforderung komme ich nicht. Ich möchte das einmal festhalten.

Ich möchte auch das unterstreichen, was Kollege Hobl gesagt hat, daß Sie hier nicht als Beschuldigter sind, daß wir Sie hier als Zeuge haben.

Ich möchte Sie aber im Gegenzug um Verständnis bitten, daß wir natürlich im Versuch, hier Aufklärung zu schaffen, eine Reihe von sehr präzisen Fragen an Sie stellen müssen,

ansonst gelingt uns das nicht, und daß es also auf die Präzision ankommt.

Das ist die Rede von Millionen-Provisionen — nennen wir es einmal „Provisionen" unter Gänsefüßchen —, von Ihnen zu zahlen an den Direktor, oder was immer er damals war, Wilfling. Können Sie mir das präzise zeitlich orten, wann Herr Direktor Wilfling erstmals an Sie herangetreten ist? Jetzt weniger die genaue Höhe, denn die scheint mit 3,7 Millionen sehr exakt festzustehen. Einmal 1 Million, dann 2,7 Millionen. Wann und für welche Gegenleistung und mit welcher Insistenz hat er dies von Ihnen verlangt?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Herr Abgeordneter Steinbauer! Bleiben wir bei der Präzision. Darf ich Sie bitten zu sagen, wie Sie auf 3,7 Millionen kommen? Sagen Sie mir bitte, wie Sie auf 1 Million und auf 2,7 Millionen kommen? Ich habe heute zwei Zahlen genannt: Das waren 2,5 und 3,5 Millionen. Ich habe heute eine Berechnungsgrundlage hier angegeben. Bitte: Zu Ihren Zahlen kann ich keine Stellungnahme abgeben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): 2,5 Millionen war die Aussage — da muß ich mich jetzt versprochen haben, wenn ich 2,7 Millionen sagte —, die Sie dem Kontrollamtsdirektor gemacht haben und die dann nach telephonischer Rückfrage von Ihnen erläutert wurde. Plus 1 Million. Daher ist diese Divergenz zwischen 2,5 und 3,5 Millionen ein paar Tage im Raum gestanden.

Wenn das nicht so war, dann haben vor Gericht und in unseren Unterlagen sowohl der Herr Kontrollamtsdirektor Delabro als auch der Herr Magistratsdirektor Bandion uns falsche Zahlen gegeben.

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Darf ich wiederholen: Sie haben von 2,7 Millionen gesprochen, hier steht 2,5 und 3,5 Millionen. Ich habe eine präzise Erläuterung gegeben, die ich auch dem Herrn Kontrollamtsdirektor gegeben habe. Raten Sie mir: Sind 30 Monate als volle drei Jahre zu rechnen oder als volle zwei Jahre?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Da darf ich divergent sein. Ich bin ja nicht Ihr Verhandlungspartner, wie der Herr Wilfling es offensichtlich versucht hat zu sein.

Also Frage: Wie war es aus Ihrer Sicht? Wieviel wollte der Herr Wilfling wann und für welche Gegenleistung?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Ich habe eindeutig Stellung bezogen. Ich habe auf die Anfrage des Herrn Abgeordneten Hobl geantwortet. Es sollten 500 000 S bei Auftragsvergabe sein und pro Jahr 1 Million Schilling.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann fand dieses Gespräch statt?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Auch das habe ich heute schon gesagt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Dann habe ich es nicht verstanden, Sie müssen auch mit dem beschränkten Radius eines Abgeordneten rechnen. Wenn Sie also so gütig wären, es mir zu wiederholen. Man merkt sich ja, wann einer mit einem Millionengeschäft kommt, noch dazu wenn dies ein mächtiger Mann ist. Es ist ja nicht so üblich, daß der Bereichsleiter, Geschäftsführer ODELGA und, und und — ich will nicht die ganze Heraldik herunterbeten, die der Herr Wilfling zu verschiedenen Zeiten hatte — Ihnen einerseits ein Millionengeschäft in Aussicht stellen kann und andererseits doch größere Beträge von Ihnen will. Sie werden sich doch wohl mir zuliebe zu einer Wiederholung der Präzisierung des Zeitpunktes und zu einer Schilderung des Gesprächs bequemen können. Ich bitte Sie darum.

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Herr Abgeordneter Steinbauer! Sie haben leider im Parlament über meine Person schon zu viele Verleumdungen ausgebreitet, als daß ich Ihnen ganz offen hier die gleiche Sache fünfmal vortragen kann. Ich wiederhole aber noch einmal.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das werden Sie dann zurücknehmen, darauf komme ich noch zurück.

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Ich habe gesagt, daß die Bemühungen um diesen Auftrag viele Jahre andauerten. Der Beginn war in den Jahren 1976/77. Die Vertragsübergabe hat am — ich bitte Sie, wenn ich mich um einen Tag irre, das auf das Nichtvorhandensein eines Kalenders zurückzuführen — 19. oder am 20. Juni 1978 durch die Direktoren Schwaiger und Winter im Beisein von Wilfling an Dkfm. Bauer und an mich als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Betriebsorganisationsplanung stattgefunden. An diesem Tag wurde, soweit ich mich erinnere, die Präzisierung der Forderung in der von mir in den bereits zitierten Niederschriften angeführten Höhe formuliert.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Beim Wegenstein-Essen im Jahre 1978, wo die Arbeitsgemeinschaft den endgültigen Vertrag vom AKPE-Vorstand bekommt, an diesem Tag oder in diesem zeitlichen Umfeld, kommt Wilfling auf Sie zu und sagt: Wir könnten ein Geschäft machen, wenn wir diesen Auftrag bekommen?! Das kann ich so nicht verstehen. Das muß ja vorher geschehen sein oder sollte vorher geschehen sein. Ich meine: Dann stimmt wieder nicht, daß Sie das Geschäft bekommen, wenn . . .

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Ich habe nie behauptet, daß ein Zusammenhang besteht, daß die

Arbeitsgemeinschaft das Geschäft bekommt, wenn das so ist, sondern ich hatte immer nur davon berichtet, daß diese Forderung an mich gestellt wurde und ich sie abgelehnt habe. Ich habe nie etwas anderes behauptet.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich darf dem Herrn Zeugen vorlesen, was der Herr Kontrollamtsdirektor festhält im Gespräch mit Ihnen und was Ihre Gegenzeichnung hat:

Wieder befragt, in welcher Weise — es geht um die Zusammenarbeit mit Wilfling —, gibt Dipl.-Ing. Rumpold an, daß Dr. Wilfling seinerzeit (ungefähr in der zweiten Hälfte des Jahres 1978) anläßlich der Auftragserteilung Betriebsorganisationsplanung an die Gesellschafter der ÖKODATA mit der Vorstellung herangetreten ist, es müsse ihm oder von ihm genannten Institutionen eine Provision in der Höhe von 2,5 Millionen zufließen. Dipl.-Ing. Rumpold erklärte, daß er anfänglich in diesem Verlangen so lange einen Sinn sah, solange eine Gegenleistung oder Arbeit erbracht wird, die die eigenen Aufwände entsprechend vermindert.

Das haben Sie uns jetzt auch gesagt. Nur kann ich nicht verstehen, wie jemand von Ihnen Geld will für einen Auftrag mit der Vorstellung, es müsse ihm eine Provision zufließen, wenn die Betriebsorganisation vergeben wird. Und das bringt der Betreffende vor, nachdem der Auftrag schon erteilt war. Das verstehe ich nicht.

Vielleicht können Sie die Szene, die Sie ja sicherlich in Erinnerung haben, hier schildern? An so etwas erinnert man sich, wenn von einem Mächtigen Millionen von einem verlangt werden.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe meiner Aussage nichts hinzuzufügen. Ich sehe auch keinen Widerspruch zwischen dem, was Sie vorgelesen haben, und dem, was ich gesagt habe.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Zur Geschäftsordnung!

Obmann Dr. **Steger**: Sofort, Herr Dr. Kohlmaier.

Wir werden nicht weiterkommen, wenn das im Stil des Geplänkels ausgetragen wird. Wenn Sie, Herr Zeuge, Begriffe wie „Verleumdung" verwenden, dann führt das dazu, daß der Ausschuß als Ganzes sich Konsequenzen überlegen muß.

Ich sehe ein — und habe Ihnen das am Anfang schon gesagt, Herr Zeuge —, daß Sie darüber verärgert sind, daß in Zeitungen unwahre Dinge stehen bezüglich Ihrer Ladung und wie die ganze Vorgangsweise war. Es soll nur nicht dazu führen, daß Sie sich bei Fragen, auch dann, wenn Sie der Meinung sind, daß Sie das schon einmal erklärt haben, hier einlassen auf Vorwürfe, die durch nichts gedeckt sind. Keiner der hier anwesenden Abgeordneten hat Sie je irgendwo verleumdet, und es besteht daher für eine derartige Grundhaltung kein Anlaß. Ich würde daher bitten, Fragen möglichst sachlich und deutlich, auch wenn sie schon drei- oder viermal gestellt wurden, zu beantworten.

Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier! Ich nehme an, Sie wollten auch diesen Themenkreis anschneiden. Wollen Sie jetzt gleich ergänzen oder machen wir das dann in einer Unterbrechung?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich würde es Ihnen überlassen, aber auf jeden Fall bitten, daß wir uns ganz kurz ohne Anwesenheit des Herrn Zeugen beraten.

Obmann Dr. **Steger**: Ich bitte, jetzt die Fragen zu dem Themenkreis fortzusetzen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich möchte dem Herrn Zeugen durchaus Erregung zubilligen und daher die Dinge nicht so ernst nehmen.

Jetzt ist mir aber nicht klar, warum der Herr Wilfling von Ihnen erst 1978 als Gegenleistung für ein Geschäft, das er bringt, Geld will oder an Sie das Ansinnen stellt, wenn doch offenkundig die ÖKODATA als solche kurz nach ihrer Gründung schon seit dem 7. 1. mit dem Anbot technische Betriebsführung im einschlägigen AKH-Geschäft ist.

Wieso kommt es erst eineinhalb Jahre später zu diesem Ansinnen oder hat es vorher von ihm oder anderen ein ähnliches Ansinnen im Zusammenhang etwa mit dem Anbot technische Betriebsführung gegeben?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Es hat vorher ein ähnliches Ansinnen meiner Erinnerung nach nicht gegeben.

Warum es so spät gestellt wurde, weiß ich nicht. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß Leistungen im Zusammenhang mit der Konzeption einer Betriebsorganisation eines Krankenhauses nicht allein vom Berater erstellt werden können, sondern daß dieser auf die Mitarbeit des zukünftigen Betreibers zum Teil angewiesen ist.

Herr Direktor Wilfling war ein wesentlicher Repräsentant des zukünftigen Betreibers, und es lag somit sehr wohl in seinem Einflußbereich, ob der Leistende, der die Betriebsorganisation planen soll, erfolgreich oder nicht erfolgreich arbeiten kann.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie erklären Sie aber dann, daß die ÖKODATA überhaupt in dieses Geschäft hineinkommt: Hat hier der zukünftige Betreiber zumindest die Arbeit

frühzeitig akzeptiert oder gab es die Hoffnung, daß die ÖKODATA eine solche Arbeit erbringen wird? Erklären Sie mir, wie haben Sie die technische Betriebsführung, zu der Sie ein Anbot am 7. 1. 1976 gestellt haben, bekommen können, obwohl zu diesem Zeitpunkt die Gesellschaft ÖKODATA drei Wochen alt war, also durchaus nicht mit einschlägigen Erfahrungen kommen konnte?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Diese Sache kann ich leicht aufklären, denn die Erfahrung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist ja nicht im Firmenmantel verankert. Die Erfahrung kann ja nur bei Personen liegen, und wenn eine Firma gegründet wird, glaube ich nicht, daß es das anerkannte Ziel der Wirtschaftswissenschaften ist, diese Firma jetzt einmal alt werden zu lassen, bis sie einen Auftrag bekommt. Ich finde, das Ziel wirtschaftlichen Handelns ist einfach, die Dinge, die man mit einer Firmengründung verbindet, anzugehen und die Erfahrungen, die in den Personen vorhanden sind, einzusetzen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer waren diese Personen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Person, die Überlegungen über technische Betriebsführung — es war damals eine Vorstudie, es war ein sehr kleiner Auftrag, erinnere ich mich — angestellt hat, war im wesentlichen ich.

Vielleicht eine Klarstellung: Die technische Betriebsführung hat nichts zu tun mit der Betriebsorganisation. Unter technischer Betriebsführung ist damals verstanden worden, wer das Haus betreiben soll: Soll es eine Gruppe von zehn verschiedenen Magistratsabteilungen sein oder soll es eine Gruppe sein, die aus einer Einheit besteht? Ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß der Betrieb eines Gebäudes, in dem täglich etwa 20 000 Menschen aus- und eingehen, in meinen Augen keine Sache ist, die von einer Organisation, die aus zehn unabhängigen Magistratsabteilungen besteht, bewältigt werden kann. Soviel zur technischen Betriebsführung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat Wilfling bei dieser Anbotsvergabe, die ihn als den Hauptbetreiber, also als Repräsentanten des Betreibers, nach Ihrer Darstellung sehr tangierte, mitgeholfen, war er in diesem Zusammenhang tätig, daß Sie den Auftrag bekommen haben, einen Auftrag, der offenkundig sehr stark auf Ihre Person abgestellt war?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Meines Wissens war Wilfling damals in ganz anderer Funktion tätig als 1978. Es geht hier um das Jahr 1976. Meines Wissens hat er von diesem Auftrag weder gewußt noch in irgendeiner Form darauf Einfluß genommen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie im Umfeld dieser Tage, also etwa im Monat Jänner, auch noch andere Gespräche geführt, bei denen Wilfling wesentlich dabei war, etwa im Zusammenhang mit der Betriebsorganisation?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Ich habe jede Gelegenheit benutzt, die ich hatte, mit AKPE-Direktoren über die Betriebsorganisation zu sprechen, und zwar aus einem einfachen Grund. In den Krankenanstalten, die ich kenne, wird die Betriebsorganisation vor der Bauplanung gemacht. Österreich hat den kuriosen Fall, daß es genau umgekehrt ist, und Sie werden verstehen, daß ich als Verantwortlicher einer Firma, die diese Marktlücke, die es in Österreich damals gab, da es kein Unternehmen gab, das auf Krankenhausberatung spezialisiert ist, nutzen wollte und ständig von der Notwendigkeit einer Betriebsorganisationsplanung sowohl im Interesse der Führung des zukünftigen Krankenhauses als auch im Interesse meiner eigenen Firma sprechen mußte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und nun hat es ein sehr zentrales Gespräch am 28. 1. 1976 gegeben zwischen Ihnen, Wilfling und Winter, das in der AKH-Geschichte der BO-Kuchen 1. Teil ist. Wie ist dieses Gespräch nach Ihrer Erinnerung gelaufen?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Es hat so viele Gespräche gegeben in den Jahren 1976 — anfängliche, wo es darum ging, sich zu überlegen, welche Kapazität ein zukünftiger Auftragnehmer haben muß —, 1977, auch noch im Halbjahr 1978, so daß ich mich an dieses Gespräch, das Sie jetzt anführen, nicht erinnere.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Ich möchte Sie und auch die Kollegen vom Ausschuß aufmerksam machen, daß ich mit großer Geduld diese Fragen stelle.

Herr Zeuge! Sie waren — vielleicht ist hier im Zustand der Erregung das Wort „Verleumdung" vorhin gefallen, das ich natürlich nochmals zurückweise — nach den Unterlagen — solche habe ich im Plenum des Hauses ausgewiesen —, die etwa bei der Kammer vorliegen, zum Zeitpunkt Jänner 1976 gerade noch Angestellter oder Beschäftigter der Consultatio. Dies wird teils bestritten, teils ist es in den Akten von Ihnen selbst eingereicht worden als Befähigungsnachweis. Können Sie mir erläutern, in welchem Ausmaß Sie Consultatio-Mitarbeiter waren und vor allem auch in welcher Rechtsform?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich war, ich glaube, in den Jahren 1974 und 1975 Konsulent der Con-

sultatio, und zwar hatte ich einen klar umrissenen Werkauftrag zu erfüllen gehabt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Konsulent auf Basis eines Werkvertrages oder in welcher Rechtsform?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Ich hatte ein Werk zu erfüllen, das heißt einen Werkvertrag.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und von wann bis wann?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Es ist schwierig, hier sehr präzise zu sein, aber nach meiner Erinnerung war das von 1974 bis Ende 1975 oder vielleicht auch Anfang 1976.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Mußten Sie sich in dieser Eigenschaft die Firmengründung ÖKODATA vom Firmeninhaber oder von der Firma genehmigen lassen, denn die ÖKODATA ist vor Ablauf Ihrer Tätigkeit gegründet worden?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Ich habe die Firmengründung von niemandem genehmigen lassen müssen. Ich könnte mir keinen Grund vorstellen, warum ich das hätte genehmigen lassen sollen. Als Werkvertragbeschäftigter war ich einzig und allein dafür verantwortlich, daß mein Werk in Ordnung abgeliefert wird.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was war dieses Werk?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Dieses Werk war im wesentlichen die Erarbeitung von Grundlagen für die Einrichtung einer Kostenrechnung bei einer kameralen Buchhaltung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wie erklären Sie dann, daß Sie ein Dienstzeugnis von der Consultatio für den Zeitraum vom 15. November 1972 bis 31. 1. 1976 bekommen haben? Ein Dienstzeugnis ist nicht die Art und Weise, wie man Werkverträge bescheinigt.

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Auf die präzise Formulierung dieses von Ihnen genannten Schriftstückes habe ich damals keinen Einfluß genommen. Warum dort „Dienstzeugnis" steht, entzieht sich meiner Kenntnis.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben dieses Zeugnis beim Ansuchen um den Befähigungsnachweis aber selbst vorgelegt, Sie haben es durchaus weiter verwendet.

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Ich habe es weiter verwendet, sehe aber in der Formulierung „Dienstzeugnis" keinen Widerspruch zu meiner Tätigkeit. Ich habe dort im Werkvertrag gearbeitet. Hätte oben stehen sollen „Werkvertragszeugnis"? Ich weiß es nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Jetzt bitte ich langsam selber auch um eine Unterbrechung, weil ich nicht den Eindruck habe, daß der Zeuge sehr kooperativ ist.

Obmann Dr. **Steger**: Ich warte eine kurze Ergänzungsfrage des Herrn Abgeordneten Kapaun ab.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Diplomingenieur! Sie haben einleitend — ich bitte, mich zu unterbrechen, wenn ich Sie mißverstanden habe — auf die Frage des Kollegen Hobl zu dem Delabro-Protokoll, um es einfach zu nennen, gesagt, daß Sie dem Herrn Kontrollamtsdirektor oder dem Herrn Magistratsdirektor mitgeteilt hätten, daß maßgebliche Persönlichkeiten Sie damals um Zuwendungen oder um eine Teilnahme an dem Geschäft gebeten haben. Sie haben von Persönlichkeiten gesprochen. In allen Unterlagen, die wir bis jetzt bekommen haben, steht lediglich die Person Dr. Wilfling. Wenn Sie den Plural verwenden und von Persönlichkeiten sprechen, müssen ja auch andere, die für die Entscheidung, wie Sie gesagt haben, maßgeblich waren bei der Auftragsvergabe, an Sie herangetreten sein. Wer waren diese Personen?

Die zweite Frage. Bei der Übergabe des Vertrages im Restaurant Wegenstein hat Herr Dr. Wilfling an Sie diese Forderung gerichtet. Es waren nach Ihren eigenen Aussagen anwesend: Herr Dr. Winter, Herr Dr. Schwaiger, Herr Dkfm. Bauer und Herr Wilfling. Wie hat sich das abgespielt?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Zum zweiten Teil der Frage. Die Präzisierung dem Betrag nach, wie ich sie genannt habe, hat sich nach Weggang der Direktoren Winter und Schwaiger abgespielt. Den ersten Teil der Frage bitte ich Sie, mir noch einmal zu wiederholen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Sie haben in Ihrer Antwort auf die Frage des Kollegen Hobl, wie es zu diesem Delabro-Papier gekommen ist, zu dieser Niederschrift und zu Ihrer Vorsprache beim Kontrollamtsdirektor gesagt, der Anlaß für Sie für diese Vorsprache und auch für Ihre Vorsprache beim Magistratsdirektor wäre der gewesen, daß maßgebliche Persönlichkeiten, die bei Vergabe der Aufträge beim AKH mitzureden haben, an Sie herangetreten wären und Beteiligungen — es können auch Provisionen sein oder ähnliches — verlangt haben. Wer waren diese Persönlichkeiten? Und was haben diese Persönlichkeiten von Ihnen verlangt?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Die Verwendung des Wortes „Persönlichkeiten" ist wahrscheinlich auf einen Irrtum zurückzuführen. Hier geht es darum, daß Wilfling an mich herangetreten ist, daß aber bei seinen Überlegungen immer auch das von ihm geleitete Ludwig-Boltzmann-Insti-

162 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

tut für Krankenhausökonomie eine Rolle spielt, sodaß man, wenn man Sache und Person zusammenmischt, vielleicht zur Mehrzahl kommt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Andere Personen sind nie an Sie herangetreten, Sie in irgendeiner Form an dem Geschäft zu beteiligen?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Nein.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und auch Schmiergeldwünsche wurden Ihnen gegenüber nie vorgebracht?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben gesagt, die Präzisierung des Betrages ist erst nach dem Abgang von Winter und Schwaiger aus dem Restaurant Wegenstein erfolgt. Wer war also dann noch anwesend, als über die Summe gesprochen wurde? Die anderen?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Richtig.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wer war das?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Bauer, Wilfling, Rumpold.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber die Tatsache, daß sich Wilfling etwas erwartet hat, ist ja offenbar vorher angeklungen nach Ihrer Ausführung?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Ich habe die Verhandlungen über die Auftragsvergabe so geführt, daß ich nach meiner Einschätzung die größtmögliche Sicherheit hatte, den Auftrag für die auftragswerbende Gruppe auch zu bekommen. Ich kann mich nicht erinnern, daß in dieser Zeit konkret über solche Dinge, wie sie nachher zur Sprache kamen, gesprochen wurde. Ich kann aber dazu sagen, wenn darüber gesprochen wurde, so habe ich natürlich, um das Geschäft nicht zu gefährden, weder ja noch nein dazu gesagt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Habe ich Sie richtig verstanden: Es ist das Thema zumindest schon vorher angeklungen?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Ich möchte auf diese Frage nicht antworten, weil es zu schwierig ist, das zu präzisieren.

Obmann Dr. **Steger**: Herr Zeuge! Sie können uns nur sagen: ja, nein oder ich kann mich nicht erinnern. Jede andere Antwort können wir nicht akzeptieren. Ich bitte, auf diese Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Kohlmaier sehr wohl eine Antwort zu geben.

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Herr Vorsitzender! Ich bedanke mich für diesen Hinweis. Ich kann mich nicht erinnern.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich muß jetzt leider insistieren, denn ich sehe einen Widerspruch. Sie haben gesagt: Die Präzisierung des Betrages erfolgte im Restaurant Wegenstein erst nach dem Abgang der Herren Winter und Schwaiger. *(Widerspruch.)* Vielleicht kann man das rekonstruieren.

Obmann Dr. **Steger**: Ich würde sofort bitten, daß einfach die Frage frisch gestellt wird. Wir sehen ja im Protokoll, ob ein Widerspruch bei der zweiten Antwort gegeben ist. Herr Abgeordneter! Wenn Sie einfach diese Frage noch einmal stellen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich stelle daher jetzt ganz konkret an Sie neuerlich die Frage, Herr Zeuge: Was erfolgte hinsichtlich der Forderung Wilflings nach dem Abgang der Herren Winter und Schwaiger?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Bitte, darf ich die Frage noch einmal hören?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben vorhin — daran erinnere ich mich genau — die Worte verwendet: nachdem die Herren Winter und Schwaiger weggegangen sind, ist irgend etwas geschehen. Das kann ich durch Nicken jetzt feststellen. Was geschah nach dem Abgang und vor dem Abgang der beiden genannten Herren?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Vor dem Abgang wurde uns der von den AKPE-Direktoren unterschriebene Auftrag übergeben. Die Forderung Wilflings wurde erst nach dem Abgang der Herren Schwaiger und Winter besprochen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber noch in Anwesenheit des Herrn Bauer?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Anwesend waren Bauer, Rumpold, Wilfling.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wilfling, Bauer und Rumpold waren dann noch anwesend bei der Besprechung dieser Forderung.

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Würden Sie Ihre Leistungen für die Consultatio in den Jahren 1974 und 1975 als wesentlich, als umfangreich oder als geringfügig bezeichnen?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Für mich persönlich war die Leistung wesentlich und umfangreich. Sie hat jedenfalls etwa ein Drittel meiner Kapazität beansprucht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): War sie geringfügig aus der Sicht der Consultatio?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Das kann ich nicht beantworten.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es gibt eine offi-

zielle Aussage der Consultatio, daß Ihre Tätigkeit nur eine geringfügige Beratungsleistung war. Ist diese Aussage der Consultatio in Ihren Augen richtig oder korrekturbedürftig?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Das kann ich auch nicht beantworten. In meinen Augen war sie wesentlich. Ob das der andere Partner anders sieht?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie sagen, daß damals etwa ein Drittel Ihrer Arbeitsleistung für die Consultatio aufgewendet wurde.

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Ein Drittel der mir zur Verfügung stehenden Arbeitszeit habe ich etwa für diese Leistung verwendet, pro Jahr.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Waren Sie sozialversichert bei der Consultatio?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich war in dieser Zeit Angestellter einer anderen Firma und daher bei der Consultatio nicht sozialversichert.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Was sich ja aus dem Werkvertrag ergibt.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben eingangs gesagt: Was hätte ich tun sollen? Ich habe in dieser Sache nichts bezahlt. Ich habe in dieser Sache Meldung gemacht, und ich bin wegen dieser Sache zurückgetreten als Geschäftsführer. Ich glaube, daß ich Sie damit fast wörtlich zitiere, Herr Diplomingenieur. Daran fällt auf, daß Sie in allen drei Sätzen „in dieser Sache" sagen. In meiner Mitschrift steht: Ich habe „in dieser Sache" nichts bezahlt. Ich habe „in dieser Sache" Meldung gemacht, und — ich betone es jetzt anders — ich bin wegen „dieser Sache" zurückgetreten. Ist es Zufall, daß Sie das so betont haben, oder gab es andere Sachen, über die wir uns bisher nicht unterhalten haben, die ähnlich gelaufen sind?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich möchte die dritte Teilantwort korrigieren. Wenn ich gesagt haben sollte: wegen dieser Sache bin ich zurückgetreten, so stimmt das nicht. Ich bin zurückgetreten, ich glaube mich auch zu erinnern, daß ich das gesagt habe, und das Wort „dieser" ist eine zufällige Betonung, weil hier eben über eine Sache gesprochen wurde.

Obmann Dr. **Steger:** Es gibt hier eine Vermutung, nach der, wenn sie also wahr wäre, die ganze Zahlung aus zum Teil anderen Berechnungen abgeleitet ist. Der ABO-Auftrag wäre summenmäßig dann so gewesen, daß 250 Millionen ein allfälliger Folgeauftrag gewesen wären, der nicht vergeben wurde, und es wäre der Satz „keine Gegenleistung" denkbar, den Sie beim Herrn Kontrollamtsdirektor Dr. Delabro gesagt haben, und darum „auch keine Zahlung" und auch diese heutige Präzisierung, „wenn ich das Gefühl gehabt hätte, daß es eine entsprechende Gegenleistung gegeben hätte", dann wäre das vielleicht anders gewesen. Das könnte auch in die Richtung deuten, daß es nicht bezahlt wurde, weil der ABO-Auftrag geteilt vergeben wurde und Sie diesen Teil nicht bekommen haben. Können Sie dazu etwas sagen und darüber, daß tatsächlich eine Zahlung erfolgt ist für einen Teilauftrag mit einer geringeren Summe von, glaube ich, 120, 122 Millionen und allenfalls auch dort von einem Prozent?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Als Geschäftsführer der ÖKODATA habe ich niemals eine Zahlung geleistet, der keine Gegenleistung gegenüberstand. Ich habe in all den Fällen, in denen von der ÖKODATA Zahlungen zu leisten waren, immer sehr streng und sehr genau geprüft, ob die Zahlung zu Recht zu leisten ist, ob sie notwendig ist und ob ihr eine Gegenleistung gegenübersteht. Dies deshalb, weil es mein persönliches Geld war, denn davon war ich als Drittelanteilsbeteiligter bei der Kommanditgesellschaft betroffen.

Der Auftrag wurde in Teile zerteilt, und zwar erst am Schluß der Entscheidung. Er wurde nämlich als Gesamtpaket für die gesamte Laufzeit bis zur Fertigstellung des Baues ausgeschrieben, soweit ich mich erinnere, und er ist dann ganz am Schluß geteilt worden. Daher kann ich die Frage, ob die zweite Hälfte vergeben wurde, nur so beantworten: Bis heute ist die zweite Hälfte nicht vergeben, es ist nur die erste vergeben.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Dipl.-Ing. Rumpold! Da haben Sie mich ziemlich mißverstanden. Die Frage war, ob beim ersten Teil etwas bezahlt wurde und ob möglicherweise für den zweiten größeren Teil, der nicht vergeben wurde, deswegen nichts bezahlt wurde, weil es die Vergabe nicht gegeben hat. Das hieße dann, ein Prozent von 250 Millionen, das wären 2,5 Millionen, wurden nicht an Wilfling bezahlt, weil die Vergabe nicht durchgeführt wurde, und es wäre die Frage, ob für die 120 Millionen, ein Prozent wären dann etwa 1,2 Millionen, sehr wohl etwas bezahlt wurde.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es wurde von mir — darauf muß ich zurückkommen — in der Zeit, wo ich Geschäftsführer war, ...

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt immer von der ABO. Es kann ja sein, daß Sie davon wissen. Es muß ja nicht von Ihnen persönlich gemacht worden sein.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Meines Wissens wurde nichts bezahlt von der ABO weder für den ersten Auftrag noch a conto einer zukünftigen Beauftragung.

Obmann Dr. **Steger:** Weil Sie bei Ihrer vorletzten Anwort Wert darauf gelegt haben zu sagen, daß Sie nie etwas bezahlt haben ohne Gegenleistung, frage ich: Ist die Auftragsvermittlung, wenn sie wirklich erfolgt ist, für Sie so eine Gegenleistung, von der Sie sprechen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** In diesem Fall ist für mich die Auftragsvermittlung keine Gegenleistung, wenn es sich bei den Vermittlern um Auftraggeber handelt.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt, die Vermittlung ist für Sie nur dann eine Gegenleistung, wenn es nicht die direkten Auftraggeber sind?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Wenn ein unabhängiger Dritter zwei Personen vermittelt, die sonst nicht zusammenkommen, dann ist das für mich eine Gegenleistung.

Obmann Dr. **Steger:** Gab es einen derartigen Fall in diesem Zusammenhang? Also im ähnlichen Zusammenhang?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie schließen also rundwegs aus, daß Sie je einen Betrag zur Vermittlung des ABO-Auftrages — Sie oder die ÖKODATA oder die ABO — an den Herrn Wilfling oder dessen Konstruktionen — ersparen Sie mir die Aufzählung: Boltzmann-Institut et cetera —, daß je etwas im Zusammenhang mit dem ABO-Vertrag ausgezahlt wurde.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe im Zusammenhang mit dem ABO-Vertrag persönlich und von der ÖKODATA nichts bezahlt, was nicht durch eine Gegenleistung abgedeckt war. Das kann ich bestätigen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also wir meinen jetzt alle, Gegenleistung wäre nicht die bloße Vermittlung des Auftrages. Wenn der Herr Wilfling in seiner Eigenschaft als ODELGA etwa Gutachten gemacht hat, das vergessen wir, sondern wir reden jetzt nur alles das, was Provision oder provisionsähnlich war im Zusammenhang mit dem ABO-Vertrag. Das haben Sie für Ihre Person ausgeschieden, ausgeschlossen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun war der dritte Gesprächspartner in diesem Gespräch der Herr Bauer. Halten Sie es für möglich, daß der Herr Bauer, der ja auch bei der ÖKODATA war, ohne Ihr Wissen, aber auf seine Verantwortung hin, oder nach Ihrem Ausscheiden, diese Wilfling-Forderung, dieses Ansinnen von Wilfling, später erfüllt hat, noch dazu, wo ich ja den Eindruck hatte, daß Sie nicht zuletzt deswegen aus der ÖKODATA ausgeschieden sind?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nach meiner Kenntnis der Buchhaltung der ÖKODATA scheint mir das unmöglich, sofern es sich um Gelder der ÖKODATA handelt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wie hat sich Bauer damals verhalten? Hat der das Ansinnen rundwegs zurückgewiesen?

Dipl.-Ing **Rumpold:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben das Ansinnen in diesem Dreiergespräch rundwegs zurückgewiesen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein, ich habe gesagt, daß solchen Zahlungen Gegenleistungen gegenüberstehen müssen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und welche Gegenleistung als Möglichkeit für Gegenleistungen wurden dann von Wilfling seinerseits ins Gespräch gebracht? Oder waren in diesem Gespräch damals Denkmöglichkeiten?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es wurde angeführt, daß das Ludwig-Boltzmann-Institut für Krankenhausökonomie solche Leistungen erbringen könnte, und daraufhin, glaube ich, gab es auch eine Untersuchung, die Bauer mit Dr. Zaruba, oder so ähnlich dürfte der Name der Stadt Wien sein, angestellt hat, ob dieses Institut Rechnungen stellen kann mit Mehrwertsteuer oder nicht, ich glaube so ähnlich. Das müßte aktenkundig sein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und ist das dann nur weggefallen, weil es diese Mehrwertsteuerrechnungen nicht gegeben hat oder weil das technisch nicht möglich war? Könnten andere Kanäle eröffnet worden sein?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Für meine Person ist das weggefallen, weil ich mich geweigert habe, ohne schriftlichen Auftrag der Mehrheit der Gesellschaft diesem Gedanken nochmals nahezutreten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und nach Ihrem Wissen könnte die Mehrheit der Gesellschaft dann in anderer Form dem Gedanken weiterhin nachgegangen sein?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Mir scheint es denkunmöglich, wenn es sich dabei um Geld der ÖKODATA handelt, weil das in der Buchhaltung einen Niederschlag finden müßte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und kann es sich um Gelder der ABO handeln, denn es kann ja nicht nur die ÖKODATA dieses Geschäft honoriert haben, sondern auch die ABO als Arbeitsgemeinschaft? Was auffällt ist, daß Sie die ÖKODATA immer genau unterstreichen. Kann es eine andere Firma oder Konstruktion gewesen sein?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Für die ABO kann ich nur insoweit sprechen, soweit ich als ÖKO-DATA-Geschäftsführer im Aufsichtsorgan der ABO tätig war. Die ABO hat einen eigenen Geschäftsführer, und die Gestion dieser Gesellschaft wird jährlich in ein, zwei Sitzungen in der Aufsichtsstelle geprüft, und solange ich dort anwesend war, ist mir ein derartiger Vorgang nicht aufgefallen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie mußten Herrn Wilfling auch nie etwas für die ARGE Kostenrechnung, etwa 950 000 S, in dieser oder jener Form übermitteln? Sie mußten also auch Herrn Wilfling für die ARGE Kostenrechnung nie eine Honorierung, ein Entgelt geben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Auf diese Frage antworte ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Heißt das, daß Sie doch in eine Geschäftsbeziehung mit Herrn Wilfling rund um die ARGE Kostenrechnung eingetreten sind? Dies interessiert uns nicht Ihretwegen, sondern wegen der Person des Herrn Wilfling. Es wäre ja immerhin der Nachweis, daß der Herr Wilfling seine Stellung ausgenützt hat, um etwa einen Auftrag, wie es der ARGE-Kostenrechnungs-Auftrag war, zu vermitteln.

Da ist er auch nicht Auftraggeber. Sie gefährden ihn da in diesem Sinne nicht, wie es vorhin definiert wurde.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es gibt Steuererklärungen der Arbeitsgemeinschaft Kostenrechnung, die präzise Auskunft über den Anteil Wilflings zur Zeit seiner Teilnahme geben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also 950 000 S oder irgendwelche Vermittlungsgebühren in einer beliebigen Höhe wurden an Wilfling in diesem Zusammenhang nicht ausgezahlt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich persönlich habe an Wilfling — und meines Wissens hat es auch die ÖKODATA nicht getan und auch die ABO nicht getan, soweit ich Einblick in die Bücher hatte — nichts bezahlt.

Obmann Dr. **Steger:** Gerade vorhin haben Sie uns die Antwort verweigert. Was war der Unterschied zwischen den beiden Fragen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Der Unterschied ist der, daß Sie, Herr Vorsitzender, das Thema des Ausschusses mit „AKH" beschrieben haben, und jetzt kommt ein anderes Thema.

Obmann Dr. **Steger:** Also Sie haben sich darauf berufen, es nicht zu beantworten, weil es nicht zum Fragenkomplex gehört? Da muß man jetzt ein bisserl genauer präzisieren, denn jetzt haben Sie es auf einmal doch ziemlich konkret beantwortet.

Darum vielleicht gleich einmal dazwischen: Auftragvergabe an die ABO und Subaufträge sowie Subunternehmen der ABO unterliegen der Prüfung, und da ist ja die ÖKODATA mit dabei. Wenn Sie sich also darauf bezogen haben, dann war es mißverständlich.

Sie haben jetzt jedenfalls gesagt, daß diese 950 000 S nie und nicht bezahlt wurden, haben aber vorher, als der Betrag nicht genannt wurde, die Frage nicht beantwortet. War das also nicht deswegen so?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Darf ich richtigstellen, bitte. Bei dem einen Komplex ABO-ÖKODATA geht es darum, daß Wilfling als Person am anderen Ende oder auf der anderen Seite des Verhandlungstisches aufgetreten ist.

Bei der Arbeitsgemeinschaft Kostenrechnung ging es am Anfang um eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts, bestehend aus den Herren Wilfling, Bauer, Kuntze und Rumpold. Hier ist ein ganz anderer Modus, denn eine solche Gesellschaft befindet ja über die Aufteilung des Auftragsvolumens in völlig anderer Form. Deshalb habe ich diese Frage nicht beantwortet.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber jetzt geht es um die Person des Herrn Wilfling, um die ÖKO-DATA, und insofern würde ich Sie doch ... Es geht darum: Hat der Herr Wilfling, der ja eine Schlüsselfigur im AKH-Problem ist, Provisionen oder provisionsähnliche Zahlungen für die Vermittlung des ARGE-Kostenrechnungs-Auftrages bekommen, etwa in der Höhe von 950 000 S?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Herr Wilfling hat im Falle der Arbeitsgemeinschaft Kostenrechnung keine Provision bekommen, sondern seinen Anteil für die von ihm geleistete Arbeit.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Beim Ausscheiden aus der ARGE Kostenrechnung?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein, wenn vier Leute eine Gesellschaft machen und eine Arbeit erbringen, so muß ja jeder Gesellschafter einen Teil der Arbeit erbringen. Es wurde damals vereinbart, welche Teile der Arbeit von den einzelnen Leuten zu erbringen sind, und es wurde vereinbart, daß diese Arbeitsgemeinschaft für einen bestimmten Auftrag Geltung hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun ist aber Wilfling sehr rasch ausgeschieden. Die ARGE Kostenrechnung, die aus den vier Personen, die Sie genannt haben, am Anfang bestanden hat, hat sich ja relativ früh auf Rumpold — Kuntze reduziert, die auch, ich will es jetzt vereinfacht schätzen, aber 80 Prozent des Auftrags in dieser Fassung fortgeführt haben. Hat er eine Größenordnung geleistet — jetzt sagen wir nicht

„Provision" — von 950 000 S, oder was war sein Anteil?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nach meinem Empfinden hat er diese Größenordnung, die er bekommen hat, geleistet.

Obmann Dr. **Steger:** Wir finden damit wieder exakter zurück. Die Präzisierung ist also ABO und Subunternehmen, daher auch ÖKODATA dort, wo das auf den ABO-Auftrag Bezug hat.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Herr Diplomingenieur! Sie haben gesagt, durch die fehlende Betriebsorganisationsplanung wollten Sie Nutzen für Ihre Firma ziehen und natürlich die Firma mit einbringen in den ganzen Komplex der Betriebsorganisationsplanung. Nun hat es bereits 1974 Expertengespräche gegeben, an denen Sie und Dkfm. Bauer teilgenommen haben. Welche Erfahrungen hatten Sie damals auf spitalswirtschaftlichem Gebiet? Welche Voraussetzungen haben Sie damals mitgebracht?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe sehr frühzeitig mit Spitälern zu tun bekommen. Vielleicht ganz kurz: Ich war in den Jahren 1967 bis 1972 Verkäufer der Firma IBM; ich habe in diesem Zeitraum etwa zehn Kurse in verschiedenen europäischen Ländern und in den USA besucht, die mich besonders auf den Computereinsatz im Spital vorbereitet haben, ich habe Professor Fellinger in der 2. Medizinischen Universitätsklinik den Computer installieren geholfen, ich habe bei Stadtrat Glück verschiedene Vorschläge gemacht zur Umstellung des Arzneimittelwesens in Wiener Spitälern, und ich habe mich in den Jahren darauf fast ausschließlich mit Spitalsproblemen beschäftigt. Ich hatte also damals und auch jetzt ein für Österreich sehr umfangreiches Wissen auf diesem Sektor.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sie haben dargelegt, daß Sie, nachdem Wilfling das Ansinnen gestellt hat zu bezahlen, das abgelehnt haben, daß Sie darüber Meldung bei der obersten Kontrollbehörde erstattet haben und daß Sie dann auch sogar Ihre Funktion zur Verfügung gestellt haben, also daß Sie dann ausgeschieden sind. Damit haben Sie sicherlich von Ihrer Warte aus alles getan. Ist da nicht noch weiter Druck auf Sie ausgeübt worden, sodaß Sie gesagt haben, nein, mit mir nicht, unter diesen Bedingungen gehe ich sogar weg von der Firma?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Zum Zeitpunkt meiner Weigerung, hier nicht sehr positiv mitzuspielen, wurden ja andere Dinge installiert. Ich möchte darauf hinweisen, daß die ÖKODATA auch über Beschluß der Mehrheit einen zweiten Geschäftsführer bekam. Ich möchte darauf hinweisen, daß über mein Betreiben dieser dann entlassen wurde. Es dauerte kurze Zeit, dann haben wir wieder einen Geschäftsführer bekommen, und ich bin es eigentlich nicht gewöhnt, 3 500 Stunden zu arbeiten und dazu noch die Befehle anderer auszuführen. Entweder arbeite ich, dann muß aber auch das geschehen, was ich für richtig halte.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wer hat Ihnen eigentlich das Leben ab diesem Zeitpunkt bei der ÖKODATA schwer gemacht? Beruflicherseits.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Mein Gesellschaftspartner.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Der hat Ihnen also Schwierigkeiten gemacht?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Er hat mir nicht Schwierigkeiten gemacht, aber Arbeit sollte Freude machen, und wenn es keine macht, wird es eben schwierig.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Der Druck ist also nicht von irgendeiner politischen Seite — ich frage in dem Sinne, daß jemand an Sie herangetreten ist — nicht ausgeübt worden?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein. Es ist nie auf mich Druck ausgeübt worden in dem Sinn, daß ein Befehl gekommen ist: Du mußt!

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Druck kann ja verschieden ausgeübt werden.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ein Geschäftsführer, der so eingeschränkte Befugnisse hat, wie ich damals gehabt habe, ich erinnere Sie an die Wertgrenze, 300 000 S pro Jahr, muß ja theoretisch bei jedem Geschäft die Mehrheit der Gesellschaft fragen. Und solange das so gehandhabt wird, daß er das nicht tun muß, weil man annimmt, daß er korrekt handelt, er die Entlastung kriegt, so lange ist das in Ordnung. Wenn aber dann mit diesem Instrument tatsächlich gearbeitet wird, dann ist ja die Arbeit blockiert. Ich weise darauf hin, daß ein Auftrag in der Größenordnung des ABO-Auftrages ja alle diese Grenzen überholt und daß hier bei jeder Entscheidung die Mehrheit der Gesellschaft gebraucht wird.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): In dieser Gesellschaft waren ja Sie der Experte für Krankenhausfragen. Das heißt also, fachlich konnte man Ihnen ja kaum was dreinreden. Jetzt haben Sie gesagt, es hat Ihnen keinen Spaß gemacht, wenn Ihnen hier von anderen Befehle erteilt wurden. Was waren das für Befehle, die Ihnen keinen Spaß gemacht haben, aus denen sich eine Mißstimmung ergeben hat, die Sie dann letztlich bewogen hat, auszuscheiden?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich möchte das an Hand eines Beispieles präzisieren. Ich kenne zum

Beispiel Herrn Wilfling seit dem Jahre 1974, ich habe etwa drei oder vier Jahre gebraucht, ihn zu durchschauen, und ich habe seither nach Möglichkeit vermieden, mit ihm Kontakt zu haben. Wenn Sie aber in Österreich und speziell in Wien Geschäfte auf dem Krankenhaussektor machen, so ist es kaum möglich, diesen Kontakt nicht zu pflegen. Ich bin dafür von meinem Partner schief angesehen worden, weil man sich eben mit solchen Leuten zu verstehen hat.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Was heißt das, „zu verstehen hat"?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** In Wien gibt oder gab es eine Konstellation, daß es einen Mann gab, der das Krankenhauswesen in den letzten Jahren oder im letzten Jahr in der Hand hatte. Wenn Sie in Wien auf dem Krankenhaussektor tätig werden, so geht es nicht gut, wenn Sie diesen Mann nicht mögen.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie ihn aus persönlichen Motiven nicht mögen oder aus anderen Gründen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe ihn seit 1974 gekannt. Ich habe drei Jahre gebraucht, um seine Persönlichkeit zu verstehen, und habe mich dann entschlossen, eher wenig mit ihm zu tun zu haben.

Obmann Dr. **Steger:** Dr. Wilfling ist ja eine der Schlüsselfiguren, über die Sie jetzt das Urteil abgeben, daß Sie ihn durchschaut haben und deswegen sogar Schwierigkeiten in Ihrem eigentlichen beruflichen Bereich in Kauf genommen haben.

Daher die Zusatzfrage, ob das persönliche Umstände waren, warum Sie das gemacht haben, oder ob Sie glauben, daß es Eigenschaften und Fakten gegeben hat im Zusammenhang mit dem Spitalswesen als Ganzes und mit dem Bereich, den wir untersuchen in der Person des Dr. Wilfling, die zu dieser Beurteilung geführt haben.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es waren für mich rein persönliche Gründe.

Obmann Dr. **Steger:** Damit unterbrechen wir jetzt die Einvernahme. Herr Dipl.-Ing. Rumpold, ich bitte Sie, im Nebenraum zu warten.

Ich danke einstweilen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): *(nachdem der Zeuge wieder in den Saal gerufen wurde):* Herr Diplomingenieur! Im Zusammenhang mit dem AKH-Problem nimmt in der Öffentlichkeit einen sehr breiten Raum die Debatte ein, inwieweit politische Parteien an dem Vorgang beteiligt sind und inwieweit Schmiergelder an politische Parteien bezahlt beziehungsweise ob anderweitig Finanzierungen an politische Parteien gegeben wurden.

Welche Kontakte mit politischen Parteien hatten Sie in der in Frage stehenden Zeit, und wieweit standen solche Kontakte in Verbindung mit der Auftragserteilung an die ABO respektive an die ÖKODATA?

Die zweite Frage ist, ob Sie irgendwelche konkrete Hinweise geben können, daß beim Bau des Allgemeinen Krankenhauses Schmiergelder an politische Parteien gezahlt wurden oder über sonstige Umwege politischen Parteien Zahlungen zugekommen sind.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich hatte keinen Kontakt mit politischen Parteien. Ich kann keine Hinweise geben, ob Schmiergelder bezahlt worden sind. Ich für meine Person war völlig überrascht, als ich aus den Medien solche Dinge erfahren habe, noch dazu, wo im Zusammenhang mit Auftragsvergaben, bei denen ich beteiligt war, niemals von seiten der AKPE eine Forderung auf Zahlung von irgendwelchen zusätzlichen Geldern erhoben wurde.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In einem „Kurier"-Interview haben Sie gesagt — wenn es richtig wiedergegeben ist —: Die richtigen Namen sind noch nicht gefallen. Ich glaube, in der AKH-Affäre wird auf einem Nebengeleise recherchiert. — Sie sagen zwar selber, daß Sie die Namen nicht kennen, aber an welche Namen haben Sie gedacht?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Diese Aussage von mir, die in der Zeitung zitiert wird, ist meine persönliche Meinung. Ich kann mir tatsächlich nicht vorstellen, daß es zu Zahlungen von großen Firmen an Herrn Winter gekommen sein sollte. Verzeihen Sie mir, das ist meine Vorstellung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber an welche Namen haben Sie gedacht, als Sie diese Aussage machten?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich kann als Staatsbürger hier nur an andere, einflußreichere Personen denken als an Herrn Winter. Ich kann es nicht präzisieren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): An wen haben Sie gedacht? Sie haben jetzt gesagt, daß Sie an Personen gedacht haben. Ich möchte jetzt genau wissen, an wen Sie gedacht haben.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe an andere Personen gedacht, ohne daß ich Namen gedacht habe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann möchte ich wissen, wer diese Personen sind, wenn Sie keine Namen gedacht haben. Ich verlange jetzt von Ihnen eine Antwort. Das geht nicht, so können Sie hier im Ausschuß nicht antworten. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Nowotny.)*

Obmann Dr. **Steger:** Ich bitte, daß die Frage so protokolliert wird, wie sie gestellt wurde, daß Sie aber gleichzeitig zunächst eine schnelle Antwort geben, damit ich dann etwas dazu sagen kann. — Bitte.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Wird die Frage jetzt noch einmal gestellt?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, ich habe Sie gefragt. Die Personen möchte ich wissen.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe gesagt, daß ich gedacht habe beziehungsweise immer noch denke, daß Herr Winter hier nicht maßgeblich ist, sondern daß es andere Leute sein müssen.

Obmann Dr. **Steger:** Ich bitte, daß wir an dieser Stelle dorthin zurückkehren, wohin Zeugeneinvernahmen gehören, nämlich Wissensfragen zu stellen über Wahrnehmungen, über Fakten, über Ereignisse. Zeugen sind nicht danach zu befragen, was sie allenfalls an Schlußfolgerungen daraus ziehen, denn diese ziehen wir als Ausschuß. Es kann natürlich auch nach Verdachtsmomenten gefragt werden, die im Zusammenhang mit einer Wahrnehmung dem Zeugen gekommen sind, aber ich bitte, immer den direkten Konnex mit der Frage herzustellen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Zeuge hat erklärt: Wenn ich nach Österreich zurückkomme, werde ich den Namen nennen. Und er war eingehend mit dieser Sache befaßt. Er kennt Namen, die wir nicht wissen. Sie haben ja bereits ähnliche Aussagen gemacht. Sie wollten vor diesem Ausschuß auch Namen nicht nennen, die Sie kennen. Sie sind hier Mitglied des Untersuchungsausschusses. Ihre Taktik ist in diesem Zusammenhang, glaube ich, auch annähernd bekannt. Ich bitte Sie, daß Sie nicht bei der Einvernahme auf diese Art und Weise Einfluß nehmen und dadurch die ganze Einvernahme in Frage stellen. Das bitte ich Sie als Vorsitzender endgültig einmal zu beachten.

Obmann Dr. **Steger:** Ich unterbreche die Zeugeneinvernahme und bitte Herrn Dipl.-Ing. Rumpold, nebenan zu warten, weil wir offensichtlich etwas intern klären müssen. *(Dipl.-Ing. Rumpold verläßt den Saal.)*

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP) *(nachdem Dipl.-Ing. Rumpold wieder in den Saal gerufen wurde):* Herr Ingenieur! Haben Sie gegenüber — ich habe Sie das vorhin schon gefragt — der „Kronen-Zeitung" erklärt, nach Ihrer Rückkunft nach Österreich würden Sie die Namen nennen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das habe ich nicht erklärt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Am 3. 11. 1976 fand ein Gespräch zwischen Ihnen und den Herren Winter und Schwaiger, den beiden Vorstandsdirektoren, statt. Sie haben damals die Vorgangsweise besprochen im Zusammenhang mit der ABO-Beauftragung — Betriebsorganisation. In diesem Zusammenhang wurde auch eine Firma MEDIPLAN genannt. Kennen Sie diese Firma?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich kenne diese Firma.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer ist dort beteiligt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es ist eine deutsche Firma aus Hamburg, die meines Wissens zum Teil oder zu 100 Prozent der deutschen „Heimat" gehört, und es gibt seit einiger Zeit eine österreichische MEDIPLAN gleichen Namens. Damals ist es aber um die deutsche MEDIPLAN gegangen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War vorgesehen, daß die deutsche MEDIPLAN im Rahmen der Betriebsorganisation beauftragt werden soll?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Zu diesem Zeitpunkt nicht. 1976 gab es keinen Auftrag, sondern 1976 war die Rede davon, welche verschiedenen Konstruktionen mit in- und ausländischen Firmen gebildet werden können, die tragfähig genug sind, um diesen Auftrag übernehmen zu können beziehungsweise anzubieten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darunter war die MEDIPLAN neben der ÖKODATA?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es sind verschiedene Firmen im Gespräch gewesen, auch die MEDIPLAN wurde genannt. Es wurden aber in der Beziehung mit ihr keine konkreten Gespräche geführt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum wurde die MEDIPLAN Österreich dann gegründet?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wurde irgendwelcher Druck ausgeübt auf Firmen, die an der Betriebsorganisation beteiligt hätten werden sollen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Kann ich die Frage noch einmal hören?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist irgendein Druck ausgeübt worden auf Firmen, die im Rahmen der ABO beteiligt hätten werden sollen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das kann ich nicht beantworten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wieso können Sie das nicht beantworten?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Weil ich den Sinn der Frage nicht verstehe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Sinn der Frage ist ganz eindeutig: Wurde auf irgendwelche Firmen ein Druck ausgeübt, die an der ABO beteiligt hätten werden sollen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich verstehe sie trotzdem nicht, bitte. Es geht um Firmen, die beteiligt hätten werden sollen: die kann ich ja nicht wissen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die MEDIPLAN — so haben Sie zum Beispiel gesagt — hätte beteiligt werden sollen.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Wie soll ich wissen, ob auf solche Firmen, die ich nicht kenne, Druck ausgeübt wurde?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie die Firma MEDIPLAN?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich kenne die Firma MEDIPLAN. Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Firma MEDIPLAN hätte beteiligt werden sollen an der Betriebsorganisation.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Bitte, die Firma MEDIPLAN kenne ich. Ich habe davon gesprochen, daß 1976 Überlegungen angestellt wurden, welche Firmen geeignet sein könnten, solch eine Gruppe zu bilden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Winter hat notiert — jetzt sage ich es Ihnen, damit Sie vielleicht weiterkommen — am 3. 11. 1976 in Ihrer Anwesenheit, daß die MEDIPLAN beteiligt werden sollte under pressure, unter Druck. Wissen Sie etwas davon?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich weiß nicht, was Winter während meiner Anwesenheit notiert hat. Er hat immer auf irgendwelche Zetteln geschrieben. Nachdem er ein präsumtiver Auftraggeber war, konnte ich ja nicht Einblick in seine Aufzeichnungen verlangen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es wurde von Winter zum Ausdruck gebracht, von Herrn Schwaiger oder von Ihnen, daß auf die Firma MEDIPLAN Druck ausgeübt werden soll an diesem Tag, am 3. 11. 1976?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe nie zum Ausdruck gebracht, daß auf jemand Druck ausgeübt werden soll, weil ich persönlich keinen Druck ausüben kann.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wurde von Herrn Winter, von Herrn Schwaiger in dieser Richtung etwas gesagt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es wurde von beiden Herren nichts gesagt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bei dieser Besprechung wurde auch dieser sogenannte Wäschereibrief, das Wäschereigutachten besprochen. Die ÖKODATA hat mitgearbeitet am Wäschereigutachten. Ist das richtig?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die ÖKODATA hat einen Subauftrag der Firma ODELGA bekommen, um Teile dieser Arbeit zu erledigen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie groß war der Anteil der ÖKODATA?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Daran kann ich mich nicht erinnern. Es waren vielleicht 600 000 S oder so.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wurde im Vertrag mit der ODELGA die ÖKODATA vorgesehen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das weiß ich jetzt nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wurde nicht vorgesehen. Wie können Sie sich erklären, daß die ÖKODATA dennoch zum Zuge gekommen ist über die ODELGA?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das weiß ich nicht. Wir haben von der ODELGA einen Auftrag bekommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie mit dem Herrn Kaufmann aus Zürich in dieser Frage Kontakt gehabt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich weiß, daß der Herr Kaufmann auch bei diesem Auftrag mitgearbeitet hat. Ich möchte dazu sagen, daß ich persönlich an dem Auftrag keine fachliche Leistung erbracht habe, das haben andere Mitarbeiter unserer Firma gemacht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns sagen, welche Mitarbeiter Ihrer Firma an diesem Wäschereigutachten mitgearbeitet haben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich weiß nicht alle, aber es war bestimmt Dr. Böhm. *(Abg. Steinbauer: Prokurist!)*

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie noch andere Namen aus Ihrer Firma nennen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das kann ich nicht, denn das liegt zu weit zurück. Die kleinen Umstände habe ich mir nicht gemerkt. Ich weiß nur: Dr. Böhm war bestimmt dabei, weil er solche Dinge schon einige Male gemacht hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gab es Personen, die nicht Angestellte der ÖKODATA waren, die hier mitgearbeitet haben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das kann ich nicht beantworten. Wir haben in der ÖKODATA in der Regel eine Reihe von Werkverträgen laufen

gehabt. Ich weiß nicht, ob in dieser Frage jetzt einer dabei war oder nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie sagen, welche Personen, die nicht Ihrer Firma angehören, im Zusammenhang mit der Betriebsorganisation mitgearbeitet haben an jenem Teil, der der ÖKODATA übertragen worden ist?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Auch das kann ich ohne Unterlagen nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gab es solche Personen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Möglich. Es läuft ja der Zeitraum über 30 Monate, und da mag das sicherlich der Fall sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben gesagt, die ÖKODATA hätte 30 Angestellte beschäftigt. Ist das richtig?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie viele Personen von diesen 30 waren am ABO-Auftrag beteiligt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Auch das weiß ich nicht ohne Aufzeichnungen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie es überhaupt nicht beantworten?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die ABO verlangt einen sehr wechselhaften Personaleinsatz, einmal viel, einmal wenig. Ich kann es ...

Abg. Dr. **Feustein** (ÖVP): Was heißt viel, was heißt wenig?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** In Zahlen?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In Zahlen von diesen 30.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das kann man in den Berechnungsgrundlagen zu diesen Aufträgen nachlesen. Ich weiß es jetzt nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wir bekommen die Berechnungsgrundlagen leider nicht. Der Geschäftsführer der ÖKODATA verweigert diese Berechnungsgrundlagen. Ich muß Sie fragen, ich muß sogar insistieren auf dieser Frage.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich weiß es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War ein Herr Dipl.-Ing. Schiller bei Ihnen beschäftigt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Als Konsulent meines Wissens.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Unter Werkvertrag oder unter Dienstvertrag?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Unter Werkvertrag.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ein Dipl.-Ing. Spann?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welchem Ausmaß?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Herr Spann war Angestellter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welchem Ausmaß war Dipl.-Ing. Schiller bei Ihnen beschäftigt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das weiß ich nicht mehr.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War Dipl.-Ing. Schiller am Gutachten Wäscherei beschäftigt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War Herr Dipl.-Ing. Schiller am ABO-Gutachten beteiligt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie Frau Dr. Degenkolb?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War sie angestellt, in Werkvertrag beschäftigt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Angestellt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War Frau Dr. Degenkolb beschäftigt im Zusammenhang mit der ABO?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War Frau Dr. Degenkolb am Wäschereigutachten beschäftigt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie waren Geschäftsführer der ÖKODATA zu dieser Zeit?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie wissen nicht, wie die führenden Angestellten und Beauftragten von Werkverträgen eingesetzt waren?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich kann Ihnen das Ausmaß nicht angeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe Sie gefragt, ob sie überhaupt beschäftigt waren, Sie haben gesagt, Sie wissen es nicht.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Wenn es eine sehr geringfügige Beschäftigung war, weiß ich es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann darf ich Sie fragen: In welchen Bereichen war Frau Dr. Degenkolb eingesetzt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Frau Dr. Degenkolb war hauptsächlich oder fast ausschließlich im Bereich der Kostenrechnung eingesetzt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das heißt, sie war vornehmlich bei der ARGE Kostenrechnung eingesetzt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Richtig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie sich vorstellen, daß sie auch bei der Betriebsorganisation eingesetzt war?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das ist möglich. Ich weiß es aber nicht ohne Unterlagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wo war Dipl.-Ing. Schiller vornehmlich eingesetzt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ohne Unterlagen kann ich das nicht beantworten. Ich glaube, er war bei Projekten der Gemeinde Wien oder auch bei der Kostenrechnung. Es schwankt von Jahr zu Jahr und von Monat zu Monat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wo war Dipl.-Ing. Spann eingesetzt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Dipl.-Ing. Spann war zweiter Geschäftsführer und war in sehr vielen Projekten eingesetzt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zum Beispiel, nennen Sie Projekte!

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Er war in der Kostenrechnung eingesetzt, er war in Gutachten für die Gemeinde Wien eingesetzt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Für das AKH?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Er war auch im Rahmen des AKH tätig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die ÖKODATA wurde 1976 gegründet. Wie viele Personen waren 1976 beschäftigt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das weiß ich nicht mehr.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wieviel waren 1977 beschäftigt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Auch das weiß ich nicht, weil man ja unterscheiden muß zwischen Konsulent, Angestellter und so weiter. Ohne Unterlagen kann ich diese Fragen nicht beantworten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können auch nicht ungefähre Zahlen nennen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein, weil ich ja nicht mehr Geschäftsführer der ÖKODATA bin und in dieser Sache daher nur schwer Auskunft geben kann.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie sagen, wie viele Personen in den folgenden Jahren beschäftigt waren?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die 30 Personen wissen Sie aber.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das war eine ungefähre Angabe, die ich nicht abgezählt habe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welches Jahr betraf sie?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das kann 1978 sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die ÖKODATA ist am Anfang des Jahres 1976 gegründet worden. Wo war sie untergebracht?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die ÖKODATA war zu Beginn in meiner Wohnung untergebracht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Adresse?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Schönbrunner Allee 32 und dann in der Neulerchenfelder Straße 32 und dann in der Neulerchenfelder Straße 12.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können bezeugen, daß die ÖKODATA die ersten Monate in Ihrer Wohnung untergebracht worden ist?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich bitte Sie, mir zu erklären, was unter „untergebracht" zu verstehen ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Geschäftssitz und die Angestellten. Sie müssen irgendwo arbeiten, sie haben Arbeitstische, Schreibtische, sie haben Büros, wo sie arbeiten können. Das verstehe ich unter „untergebracht". Wo waren die Beschäftigten der ÖKODATA anfangs untergebracht?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Der gewerbebehördliche Geschäftssitz war die Schönbrunner Allee, die Mitarbeiter waren anfangs in von der Consultatio gemieteten Räumen untergebracht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wo war das?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** In der Holzmeistergasse 6.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie lange?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Bis Sommer 1976, bis zum Brückeneinsturz; das habe ich mir gemerkt, denn dann konnte man nicht mehr nach Floridsdorf fahren.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, Sie sind gerade zur Frage Wäschereigutachten vom Herrn Abgeordneten Dr. Feurstein mehreres

172 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

befragt worden. Ein Gutachten, das an die ODELGA erteilt wurde, bei dem aber auffällt, daß 70 Prozent des Honorars an die ÖKODATA bezahlt wurden.

20 Prozent wurden an den Krankenhausberatungsdienst bezahlt. Können Sie den Grund dafür nennen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Frage war, warum die ÖKODATA ...

Obmann Dr. **Steger:** Der Auftrag war an ODELGA, aber bezahlt wurden 70 Prozent an ÖKODATA, 20 Prozent an Krankenhausberatungsdienst. Die Frage ist, warum.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Frage „warum" kann ich nicht beantworgen. Ich kann nur sagen, daß die ÖKODATA für den bezahlten Umfang Leistungen erbracht hat. Warum die ODELGA das so geteilt hat, weiß ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Von wem beauftragt war?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die ÖKODATA ist von ODELGA beauftragt worden.

Obmann Dr. **Steger:** Daher auch der Vertrag über die Leistung und so weiter jeweils zwischen ODELGA und ÖKODATA.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Richtig.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Sie kennen ja diesen Bereich auch personell etwas, wenn Sie es auch nicht im Detail jetzt so sagen können. Wäre aus Ihrer Sicht die ODELGA in der Lage gewesen, mit ihrem Personalstand einen solchen Auftrag durchzuführen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das kann ich nicht beurteilen.

Obmann Dr. **Steger:** Kannten Sie dort Mitarbeiter?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich kenne Mitarbeiter in der ODELGA. Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Einschlägige, die einen solchen Auftrag hätten durchführen können?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Einschlägige, sicherlich. Die Frage ist nur, ob sie frei sind. Es gibt oder gab in der ODELGA damals eine Reihe von einschlägigen Mitarbeitern. Die Frage ist nur, ob sie für diese Aufgabe frei sind.

Obmann Dr. **Steger:** Hat der Krankenhausberatungsdienst direkt mit Ihnen zusammengearbeitet bei dem Auftrag, oder hatte er eine getrennte Arbeit?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Der Krankenhausberatungsdienst ist damals in der Person des Herrn Kaufmann aufgetreten. Es fanden — ich möchte nochmals betonen, ich war fachlich nicht involviert in diese Arbeit — in Wien Gespräche statt. Es wurden in Zürich Ausarbeitungen gemacht, die hierher gesandt wurden. Es wurden diese Ausarbeitungen hier überarbeitet, in Gesprächen mit der Wäscherei der Stadt Wien und so weiter an diese Erfordernisse angepaßt.

Obmann Dr. **Steger:** Welche Leistungen waren es eigentlich, die die ÖKODATA in diesem Zusammenhang erbracht hat?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es ist bei diesem Gutachten, glaube ich, darum gegangen, eine Studie oder eine Abschätzung zu erstellen, ob es günstiger ist, eine eigene Wäscherei für das AKH einzurichten oder den Wäscheanfall durch eine Vergrößerung der Wiener Zentralwäscherei zu bewältigen. Die Leistungen der ÖKODATA haben darin bestanden, die Unterlagen, die Kaufmann geliefert hat und die im Wäscheanfall auf das Schweizer Krankenhauswesen abgestellt waren, auf die Wiener Verhältnisse umzuarbeiten und an Ort und Stelle in der Zentralwäscherei entsprechende Studien und Unterlagen zu beschaffen, daß die notwendige Investition und der damit verbundene finanzielle Einsatz für den Betrieb erarbeitet werden können.

Obmann Dr. **Steger:** Zu keinem Zeitpunkt wurden über diesen Auftrag direkte Gespräche mit der AKPE geführt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Natürlich sind auch Gespräche mit der AKPE geführt worden.

Obmann Dr. **Steger:** Ich meine im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Zum Zeitpunkt der Auftragsvergabe nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Sodaß also bei der Auftragsvergabe der Brückenkopf der ODELGA dazwischengeschaltet war?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Ist zu irgendeinem Zeitpunkt eine Überprüfung dessen erfolgt, was Sie fakturiert haben im Zusammenhang mit diesem Gutachten, oder war es ein Werkvertrag, wo Sie eine derartige Summe ausgemacht haben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es war ein Werkvertrag.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie, wieviel die ODELGA von dem Gesamtauftrag Wäschereigutachten behalten konnte?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welcher Prozent-

Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original) 173 von 382

satz ist Ihnen ausbezahlt worden vom Gesamtauftrag an die ODELGA?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das weiß ich nicht. Ich habe etwa 600 000 S genannt, in dieser Größenordnung ist der ÖKODATA ausbezahlt worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie, was die ODELGA eingebracht hat an Sachleistungen zum Wäschereigutachten?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie die Ablieferung der Leistung der ODELGA an die AKPE?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie kennen also das endgültige Ergebnis der ODELGA, Wäschereigutachten, nicht?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Wissen Sie etwas darüber, ob die ODELGA die Subunternehmerschaft der AKPE mitgeteilt hat?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das weiß ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Mit wem bei der ODELGA haben Sie als ÖKODATA über diesen Auftrag gesprochen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Mit Wilfling.

Obmann Dr. **Steger:** Die Gespräche waren ausschließlich über Dr. Wilfling?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ausschließlich, ja. Er war damals alleiniger Geschäftsführer der ODELGA.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie ausschließen, daß die ODELGA aus irgendeinem Grund hier nur einen Zwischenhandel betrieben hat, ohne eine tatsächliche Leistung zu erbringen, oder wurde ihr Teil nochmals in der ODELGA bearbeitet?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich weiß das nicht. Ich würde es weder ausschließen noch einschließen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat der Herr Wilfling je ein Gegengeschäft mit Ihnen dafür gemacht, daß die ODELGA dieses Gutachten bekommen hat?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat er ein Ansinnen auf ein Gegengeschäft mit Ihnen oder der ÖKODATA gestellt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kommt Ihnen das nicht modellartig vor, denn es gibt ja auch andere Fälle, daß die ODELGA einen Auftrag bekommt, die ÖKODATA ihn dann ausführt und die ODELGA abliefert, oder war das der einzige Fall?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das kann ich jetzt nicht sagen.

Es gibt noch einen Fall, an den ich mich sehr genau erinnere, weil er sehr lange gedauert hat. Das war die Arbeitsgemeinschaft ODELGA-ÖKODATA, die einen Auftrag zusammen durchgeführt hat.

Es kann möglicherweise noch andere Aufträge geben, die die ÖKODATA von der ODELGA bekommen hat und die Teile eines größeren Auftrages der ODELGA waren. Aber ich erinnere mich an diese Dinge nicht mehr.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was war die Begründung, daß aus der Arbeitsgemeinschaft ODELGA-ÖKODATA, Auftragssumme 6 370 000 S, die ÖKODATA, 5 770 000 S, praktisch die Leistung erbracht hat. Was war da die Begründung dieser Aufteilung?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Der hohe Anteil der Leistung der ÖKODATA.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben jetzt selber erwähnt, daß es die ARGE ODELGA-ÖKODATA gegeben hat, Vertragsabschluß 4.10.1976, Struktur- und Leistungsdaten. Die Höhe war über 6 Millionen, 6,3 Millionen. 5,7 Millionen davon erfüllt die ÖKODATA.

Frage: Was war die Begründung? Man könnte auf die ODELGA bei diesem Auftrag fast verzichten.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Als Geschäftsführer, Herr Abgeordneter, hätte ich auch gerne verzichtet. *(Heiterkeit.)*

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich möchte eine genaue Antwort, warum die ÖKODATA einen so hohen Anteil dieses Geschäfts abwickeln konnte und trotzdem die ODELGA eingeschaltet war?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Als Geschäftsführer der ÖKODATA war ich bemüht, Aufträge zu bekommen. Je höher mein Auftragsanteil, umso besser für die Firma. Ich kann also nicht mit mir hadern, warum wir einen so hohen Anteil hatten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP); Hat es ein Gegengeschäft im Zusammenhang mit dieser ARGE ODELGA-ÖKODATA gegeben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ihre Erhebungen wurden damals auf den Statistiken der AKH-Direktion abgestützt. Stimmt das?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Erhebung bestand aus mehreren Teilen. Eine Erhebung bestand aus der Erhebung des laufenden Betriebes, und diese Erhebung kann man ja nur zu einem periodenweisen Stichzeitpunkt machen. Wenn ich jetzt jede Woche die Patientenfrequenz einer anderen Ambulanz erhebe, so muß ich diese Ergebnisse mit der langjährigen statistischen Erfahrung abstützen und verifizieren. Ich muß den saisonalen Trend berücksichtigen. Sie alle wissen, daß im Sommer weniger Patienten sind als im Herbst. Alle diese Dinge können nur durch eine laufend geführte Statistik abgestützt werden. Daher wurden alle statistischen Daten gesichert, gesichtet und überprüft, ob sie relevant sein können. Daher mußten die statistischen Daten des AKH geradezu zwingend verwendet werden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also, solche waren vorhanden und wurden von Ihren Leuten auch eingesehen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Sie waren vorhanden, sie wurden eingesehen. Es stellte sich nur heraus, daß sie nicht stimmen.

Obmann Dr. **Steger:** Die Frage ist vor allem, ob Sie wissen, welche Arbeit die ODELGA bei diesem Gutachten überhaupt noch gemacht hat. Wissen Sie darüber etwas? Was war der Arbeitsanteil der ODELGA bei der Ist-Zustandsanalyse?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Mir ist der Arbeitsanteil der ODELGA nicht bekannt.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie das Gefühl, daß die ÖKODATA bereits ein fertiges Werk zu diesem Themenkreis gemacht hat?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das Werk bestand — soweit ich mich erinnere — aus über 30 oder 40 Bänden. Es ist mir jetzt nicht erinnerlich, welche Bände von uns direkt an das AKH geliefert wurden und welche Bände im Umweg über ODELGA dort verändert, ergänzt wurden. Darüber kann ich keine Aussage machen.

Obmann Dr. **Steger** verlegt hierauf die weitere Zeugenaussage von Dipl.-Ing. Rumpold auf den Nachmittag. *(Dipl.-Ing. Rumpold verläßt den Saal.)*

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 50 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr 40 Minuten wiederaufgenommen.)

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, ich möchte Ihnen als Erläuterung nur sagen, Sie kriegen grundsätzlich immer Fragen von Abgeordneten. Wenn Sie aber glauben, eine damit im Zusammenhang stehende Erklärung abgeben zu wollen, weil irgend etwas mißverständlich ist, so können Sie das selbstverständlich auch immer tun, damit wir möglichst rasch bei diesem Themenkreis insgesamt weiterkommen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Diplomingenieur! Wie kam es zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft ODELGA und ÖKODATA, die dann zur Erarbeitung der interimistischen Betriebsorganisationsplanung herangezogen wurde?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft ODELGA-ÖKODATA ist auf mehrere Umstände zurückzuführen. Umstand Nummer 1 war die Tatsache, daß es meines Wissens zum Zeitpunkt 1976 keine ausreichenden Aussagen über die Besucherfrequenzen, über die Anzahl der Räume, über den Betrieb des bestehenden Allgemeinen Krankenhauses gab.

Die Baudurchführung kam in eine Phase, wo man nicht mehr, ich würde sagen, Beton irgendwo blind hinschütten konnte, sondern man mußte sich überlegen, welche Vorgänge auf den zur Verfügung gestellten Flächen sich abspielen. Ich möchte Sie darauf hinweisen, daß zum Beispiel die Eingangszone des AKH erst im Jahr 1975/76 umgeplant wurde. Meines Wissens war vorher ein einziges Tor geplant, bei dem täglich 20 000 Menschen aus- und eingehen hätten sollen. Allein dieser Umstand zeigt, wie wenig man sich vor der Bauplanung mit den betrieblichen Erfordernissen beschäftigt hatte.

Es war denn 1976 Herr Professor Wojda, glaube ich, tätig, um für eine Abteilung eine Art von Musterdarstellung des derzeitigen Betriebes auszuarbeiten. Wilfling war Berater oder Bereichsleiter, das weiß ich heute nicht mehr, er war zuerst Berater des Stadtrats Stacher und als solcher von der Nutzerseite der Gemeinde Wien für das Allgemeine Krankenhaus mit involviert. Er hat gemeint, daß es eine gute Idee wäre, das gesamte Haus so zu durchleuchten, wie Wojda es bei einer Abteilung machen wollte; ich glaube, es war die Augenklinik. Ich bin an Wojda herangetreten, daß sich die ÖKODATA daran beteiligen wollte. Nach einigen Gesprächen ist bei dieser Studie eine Beteiligung der ÖKODATA erfolgt.

Für die Gründung der Arbeitsgemeinschaft war ein Umstand ausschlaggebend, den Dr. Wilfling ins Treffen geführt hat, daß hier der Nutzer entscheidend mitwirken sollte, und die ODELGA wäre eine geeignete Firma dafür. Ich habe dieser Arbeitsgemeinschaft zugestimmt, dann kam es zur Gründung dieser Arbeitsgemeinschaft.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Es gab aber schon vorher Planungsunterlagen von Professor Riethmüller. Konnten Sie die irgendwie verwenden? Haben Sie da irgendwie aufgebaut

oder haben Sie da vollständig neue erarbeiten müssen, beginnen müssen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Bei dieser Erhebung des Istzustandes des Allgemeinen Krankenhauses wurden die Unterlagen des Prof. Riethmüller nicht verwendet. Die Unterlagen des Prof. Riethmüller stammten aus einer Zeit, die etwa zehn Jahre zurücklag. In der Zwischenzeit hat sich ja das Allgemeine Krankenhaus baulich so verändert, ich erinnere Sie nur an die vielen neuen Gebäude, die in den alten Komplex hineingebaut waren, daß kein Vergleich gegeben war.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Haben Sie diese Arbeiten dann überwiegend mit eigenen Mitarbeitern durchgeführt oder haben Sie sich hier anderer Mitarbeiter bedienen müssen? Haben Sie Subunternehmen herangezogen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Bei dieser Arbeit waren mit einer Ausnahme ausschließlich Mitarbeiter und Konsulenten der ÖKODATA beschäftigt, die Ausnahme war, glaube ich, ein oder zwei Mitarbeiter, die Prof. Wojda gegen Tageshonorar zur Verfügung gestellt hat.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sie haben heute vormittag schon ausgeführt, daß Sie mit Dr. Wilfling offensichtlich nicht gut harmoniert haben. Sie haben aber hier gesagt, Sie haben zugestimmt, daß die ODELGA, daß Wilfling hier mitarbeitet. Aus welcher Erwägung heraus?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Diese Arbeitsgemeinschaft bestand 1976 und in den ersten Monaten 1977. Ich habe am Vormittag gesagt, daß ich am Anfang keine Schwierigkeiten hatte und daß ich lange Zeit brauchte, um die Dinge wirklich zu sehen.

Vielleicht kann ich in diesem Zusammenhang etwas anfügen zum Vormittag. Es ist darum gegangen, wann Wilfling eine Beteiligung respektive eine Zahlung im Zusammenhang mit der ABO, mit der Betriebsorganisation, verlangt hat, ob vor oder nach Vertragsabschluß. Ich habe darauf hingewiesen, daß jede Arbeit eines Betriebsorganisators vom Beurteiler, der ja auf der einen Seite von der Fakultät und auf der anderen Seite von der Gemeinde Wien kommt, abhängig ist.

Die Arbeiten, die wir vorgelegt haben, fanden größtenteils Zustimmung, aber es gibt das Bund-Stadt-Wien-Komitee. Im Bund-Stadt-Wien-Komitee hat meines Wissens Wilfling immer Schwierigkeiten gemacht. Hier müssen Sie die entscheidende Position auch sehen, daß Sie eine geistige Arbeit einem Dritten plausibel machen müssen. Wenn der aber dann nicht will, kann er Ihnen die beste Arbeit immer wegdiskutieren.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Zu diesem Zeitpunkt haben Sie aus freien Stücken zugestimmt, daß die ODELGA hier mitarbeitet. Es ist kein Druck von irgendeiner Seite auf Sie ausgeübt worden?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Aus freien Stücken habe ich nicht zugestimmt, denn hätte ich nicht zugestimmt, hätte ich keinen Auftrag bekommen. Ohne Zustimmung, ohne diese Arbeitsgemeinschaft hätte es an die ÖKODATA den Auftrag nicht gegeben.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Von wem ist das so apodiktisch ausgegangen, wie Sie das jetzt sagen? Wer hat Ihnen gesagt: Sie kriegen es nur, wenn die ODELGA mitmacht?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Vielleicht wurden diese Worte nicht verwendet, aber mir hat Wilfling zu verstehen gegeben: Hier gibt es nur dann einen Auftrag, wenn die ODELGA beteiligt wird.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Also das ist von Wilfling ausgegangen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kann ich gleich bei dieser Pilotstudie ARGE ODELGA, ÖKODATA verbleiben. — Sie müssen verstehen, daß es für uns relativ schwierig ist, die Honorarbildung in solchen Aufträgen zu erkennen. Wie setzt sich die Honorarbildung in Höhe von 6,3 Millionen Schilling nach Ihrer Erinnerung bei diesem Vertrag zusammen? Was war da Beurteilungskriterium, jetzt allein für den ÖKODATA-Teil, und was war die Leistung der ODELGA für die 600 000 S?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Honorargrundlage war die Erfahrung der Pilotstudie an einer Klinik, dann der Multiplikator 26 Kliniken, 25 oder 26 verschiedene medzinische Bereiche. Dazu kommt die Berücksichtigung der Zusammenhänge. Wenn es mehrere Bereiche gibt, so ist es ja nicht nur ein multiplikativer Effekt, sondern Sie müssen auch die Querverbindungen berücksichtigen, plus einem Nebenkostenzuschlag von 8 oder 10 Prozent für Papier, Computer usw. Das war die Grundlage für das Gesamthonorar für das Anbot.

Es wurden dann meines Wissens in den Verhandlungen mit der AKPE einige Abstriche gemacht, die vorher vorgesehen waren, die Berechnung der Teilung der Honorarhöhe zwischen ÖKODATA und ODELGA erfolgte relativ einfach, indem die ODELGA gefordert hat, sie müsse für ihren good will, für ihre Leistungen eben, ich glaube 10 Prozent oder in dieser Höhe, einen Anteil bekommen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Habe ich jetzt richtig verstanden, daß diese Pilotstudie, da kann es sich ja nur um die Augenklinikstudie, um

176 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

400 000 S handeln, mal 26 wäre 10 Millionen Schilling und etliches? Habe ich hier richtig nachvollzogen? Unter Pilotstudie bei einer Klinik habe ich diese erste Studie verstanden, die ursprünglich für fünf Kliniken vorgesehen war für einen Kostenfaktor in der Größenordnung von 400 000 S, dann aber nur, glaube ich, für die Augenklinik gemacht wurde. Bin ich da richtig ausgegangen von diesen 400 000 S? War das die Basis?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich kann die Zahl oder die genaue Honorarangabe über diese Studie jetzt nicht nachvollziehen ohne Unterlage, aber ich meine, es war irgendwo in der Gegend zwischen 200 000 und 400 000 S, das könnte stimmen.

Daß es für fünf Kiniken geplant war und dann für eine gemacht wurde, hat seinen Grund im Umfang der Studie; es war vorher nämlich ein relativ einfaches Programm gewählt worden, und im Zuge der Durchführung, deshalb war es auch eine Pilotstudie, hat man erkennen müssen, daß es so nicht geht, sondern daß wesentlich umfangreichere Erhebungen durchzuführen sind. Damit also die Honorarhöhe nicht geändert wird, hat man dafür den Umfang reduziert.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt ist aber die ODELGA-Leistung, wenn ich also jetzt sehr vereinfacht sage, Nebenkosten abgerechnet, also die Studie hat 6 Millionen gekostet, die mit 600 000 S übrigbleibt, ein glatter Prozentsatz. Gehe ich richtig in der Annahme, daß also die ODELGA eigentlich keine Eigenleistung in diesem Zusammenhang erbracht hat im Sinne von: Mitarbeiter der ODELGA machen selbst Erhebungen, Berichte et cetera, sondern damit eine Vermittlung des Auftrags, der ansonsten der ÖKODATA nicht zugeflossen wäre, honoriert wurde?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die ODELGA hat meines Wissens — ich kann nur das Bild von außen beurteilen — keine Leistungen im Sinne von Erhebungen und im Sinne von Kompilationen der Erhebungsergebnisse erbracht. Die ODELGA hat damals damit argumentiert, daß ihre Leistungen im wesentlichen in der Zurverfügungstellung des good wills bestand.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das müßte ja ziemlich klar auch belegbar sein, weil es ja eine Arbeitsgemeinschaft war. Sie müßten ja eigentlich Bescheid wissen, wenn Ihr Partner in der Arbeitsgemeinschaft mehr als nur good will einbringt. In Ihrer Erinnerung müßte das ja deutlich verankert sein, wenn es irgend etwas wesentliches war. Verstehe ich das richtig?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Mit der Arbeitsgemeinschaft hat es eine besondere Bewandtnis. Sie war als Arbeitsgemeinschaft gegründet. Nach Auftragserteilung hat Wilfling an mich das Ersuchen gestellt, doch den Gesamtauftrag zunächst von der ODELGA fakturieren zu können an das AKH, die ÖKODATA sollte ihrerseits eine Faktura an die ODELGA schreiben. Soweit also der Grund, nach dem ich damals gefragt habe: Es hat geheißen, damit eben die ODELGA in der Beratungssparte mehr Umsatz macht.

In der sachlichen Arbeit ist die ODELGA nie aufgetreten, sondern sie ist als Geschäftsführer Wilfling und Berater des Gesundheitsstadtrates für Wien auf der Kundenseite aufgetreten und hat also Dinge gutgeheißen oder abgelehnt, die vorgeschlagen wurden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wußten Sie im Zusammenhang mit diesem Auftrag von irgendeinem Ansinnen nun der Person Wilfling, der ja hier in der Arbeitsgemeinschaft — zum damaligen Zeitpunkt war er ja Geschäftsführer der ODELGA — als Geschäftsführer Partner der Arbeitsgemeinschaft war? Gab es im Zusammenhang mit diesem Auftrag dann neben der offiziellen Honorierung — ich sage es jetzt vereinfacht — an die ODELGA, neben den 600 000 S noch etwas anderes, eine andere Honorierung oder zumindest das Ansinnen auf eine Honorierung von Wilfling?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Neben der offiziellen Honorierung an die ODELGA, die in meinen Augen hoch genug war, gab es kein weiteres Ansinnen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Auch nicht an das Boltzmann-Institut? — Das hat es ja damals noch nicht gegeben.

Frage: Was hat nun Ihr Partner in der ÖKODATA zu einem solchen Geschäft gesagt, also Bauer? Hat der dieses Geschäft zustande gebracht, oder wer hat diese ARGE ODELGA-ÖKODATA-Pilotstudie zustande gebracht? Sie oder Dkfm. Bauer?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Arbeitsteilung in der ÖKODATA erfolgte in der Regel so, daß ich mich vorwiegend um fachliche Aspekte gekümmert habe, daß aber sicherlich Gespräche zwischen Bauer und Wilfling stattgefunden haben werden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie kommt es eigentlich zu der Verteilung der Mehrheits- und Minderheitsbesitzverhältnisse innerhalb der ÖKODATA zwischen Bauer und Ihnen? Wenn ich auch aus den Akten Ihre Leistungen beurteile, sind Sie zweifellos der einschlägige Fachmann. Wir haben heute schon von Ihnen gehört, daß die ÖKODATA innerhalb von kurzer Zeit — drei Wochen — einen Auftrag bekam, weil sie eben mit dem Know-how des Herrn Rumpold

argumentieren konnte. Wie kam es dann zu diesen 60 : 30 oder 75 : 25 oder wie immer die Mehrheitsverhältnisse waren?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich war nach meinem Ausscheiden aus der Firma IBM einige Zeit lang selbständiger Berater. In dieser Zeit mußte ich feststellen, daß man nur eines tun kann: Man kann entweder arbeiten oder sich um Kundenkontakte bemühen. Beides zusammen ist zeitlich schwierig, und es leidet immer ein Teil.

Ich habe Dkfm. Bauer, glaube ich, 1973 oder 1972 kennengelernt — oder schon früher —, und ich habe mich offen bemüht, ihn zu einer Partnerschaft für eine Betriebsberatungsgesellschaft zu gewinnen. Die Frage der prozentuellen Aufteilung ist ein Verhandlungsergebnis, dem ich mich unter Abwägung der Vor- und Nachteile schließlich gefügt habe.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was waren die Vor- und Nachteile? Ich meine, hatte Bauer etwas, das Sie in diese Minderheitsposition jetzt von den Eigentumsverhältnissen her hineingetrieben hat?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Bauer ist ein vorzüglicher Fachmann auf dem Sektor der Steuerberatung. Ich habe mit ihm eine Reihe von Gesprächen geführt in fachlicher Hinsicht, bei denen ich immer profitiert habe. Und Bauer hat im Unterschied zu mir Kundenkontakte gehabt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Welche Rolle hat jetzt der AKPE-Vorstand im Zusammenhang mit der ARGE ODELGA-ÖKODATA gespielt?

Denn auffällig ist und in den einschlägigen Berichten kritisch vermerkt wird ja, daß am 21. September die ARGE ihr Anbot macht und am 22. September 1976 in einer Besprechung Wilfling, Rumpold, AKPE-Vorstand schon offenkundig die Klärung und de facto der Zuschlag geschieht. Hat es in dieser Besprechung so kurz nach der Anbotsache oder in einem anderen Zusammenhang die Frage nach der Angemessenheit des Honorars von seiten des AKPE-Vorstandes gegeben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Zeit der Anbotslegung ist eine wesentlich längere. Das, was hier von Ihnen erwähnt wird, ist vielleicht die schriftliche Übergabe des wochenlang vorher besprochenen Angebotes, das ja in seinen Teilen über eine lange Zeit hinweg mit dem AKPE-Vorstand besprochen wurde. Es hat von seiten des AKPE-Vorstandes immer wieder die Forderung gegeben, der wir nachgekommen sind, eine Kalkulation der Einsatzzeiten, der berechneten Einsatzpreise als Unterlage für die Überprüfung des genannten Honorars eben zu bekommen.

Bei diesen Preisen ist man davon ausgegangen, glaube ich, es gab einen Präzedenzfall, das war die APAK, die also damals mit Mann-Tagessätzen um die 4 000 S vereinbart wurde, sich an diese anzulehnen.

Es gab dann noch natürlich Argumentationen, ob die Qualifikation höher oder tiefer ist. Die APAK hat wesentlich andere Aufgaben und beschäftigt ein anderes Personenspektrum als jenes, das bei Erhebungen von Zuständen in laufenden medizinischen Bereichen notwendig ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist Ihnen persönlich die Frage überhöhter Honorarsätze irgendwo im Zuge dieser Verhandlungen begegnet in einer drastischen Weise? Die Öffentlichkeit argumentiert ja immer wieder mit dem Hinweis, daß etwa die Barmherzigen Brüder oder ausländische Modelle durchaus zur Berechnung von Krankenhauskosten am Markte waren und daß im krassen Gegensatz dazu die Honorare stehen, die beim AKH ausgezahlt wurden für planerische Leistung, die zum Teil schon vorhanden war.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Höhe der Honorarsätze für planerische Leistungen ist meines Wissens am unteren Ende der Skala der europäischen Honorarsätze und liegt auch nach der Empfehlung der österreichischen Betriebsberater irgendwo in der Mitte.

Ich darf daran erinnern, daß ein Hochschulprofessor derzeit in Österreich für das Werk eines Tages, seien es Vorträge oder sonst etwas, etwa 10 000 bis 15 000 S erhält und daß das andere Ende der Honorarskala etwa 3 000 bis 4 000 S ausmacht, und wenn Sie einen Mitarbeiter umrechnen, der 30 000 S brutto verdient, so kommen Sie auf Selbstkosten, wenn Sie ihm keine Krankheit zurechnen, von etwa 2 500 S pro Arbeitstag.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben nun im Zusammenhang mit der ARGE ODELGA-ÖKODATA einerseits bei der Istzustandserhebung der 2. Augenklinik, also jener Pilotstudie, die die Grundlage war, noch im Dezember 1976 Tagsätze von 3 700 S in Rechnung gestellt, aber im Anbot für diese Studie schon 3 800 S Tagsätze verrechnet. Das ist eine dieser ersten Erhöhungen, die ja dann auch sehr schnell stattfinden. Was war die Begründung, daß Sie innerhalb dieses Zeitraumes, wo die andere Studie noch lief, auf einmal mehr verlangt haben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich glaube, es war zu dieser Zeit eine Erhöhung gewisser Kollektivvertragslöhne.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wie ist es mit der AGIPLAN? Die wird ja hier hineinrekla-

miert, zumindest als Subunternehmer bei der ARGE AGIPLAN-ÖKODATA. Wer hat sich für die AGIPLAN starkgemacht, die dann auch tatsächlich Subunternehmer in einem aber, glaube ich, nur kleinen Ausmaß geworden ist?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Meines Wissens war die AGIPLAN bei der Pilotstudie federführend, und deshalb war es, glaube ich, selbstverständlich, daß das Wissen, das sich die AGIPLAN bei dieser Studie angeeignet hat, auch in die Hauptstudie mit eingebracht wird.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Da hat also niemand auf die Mitwirkung der Fa. AGIPLAN zumindest in Form von Personal-Leasing auf Sie Einfluß genommen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich möchte hier klarstellen, daß ich grundsätzlich zu einem Personal-Leasing dann greifen mußte, wenn die eigene Kapazität nicht groß genug war oder wenn es vorteilhaft erschien, die Kontinuität oder die Ergebnisse einer früheren Arbeit mitzunehmen oder einzubringen, und im damaligen Zeitpunkt ist natürlich eine sehr starke Vorstellung des Geschäftsführers der AGIPLAN Professor Wojda dagewesen, der dabeisein wollte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Winter hat auch in diesem Zusammenhang — Winter, der ja sonst rührig unterwegs war, Teile selbst auch zu bekommen — niemals ein Ansinnen gestellt, auf irgendwelche Firmen, liechtensteinische Firmen oder sonstige, in Leistungen, auch in Sachleistungen, sich ihm gegenüber erkenntlich zu zeigen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Winter hat solche Ansinnen an mich nie gestellt. Ich frage mich heute, wo der Grund liegt. Das weiß ich nicht.

Aber Winter hat sich natürlich als Vertreter für betriebsorganisatorische Fragen im Dreiervorstand der AKPE immer sehr um die Zusammensetzung von Firmen, die Aufträge übernommen haben, gekümmert.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat es Gefälligkeiten anderer Art gegeben, wie etwa — es soll ja die ÖKODATA Flugzeuge besessen haben —, den leidenschaftlichen Sportflieger Winter fliegen zu lassen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es hat solche Gefälligkeiten nicht gegeben, mit einer Ausnahme, daß ich als Geschäftsführer der ÖKODATA natürlich bemüht war, die Herren Vorstände, wann immer es möglich war, zu Gesprächen außerhalb ihrer Diensträume zu gewinnen. Zu diesem Zweck geht man eben essen mit einem Vorstandsdirektor.

Und diese Frage nach weiteren Gefälligkeiten: Ich kann nur sagen, ich war im Schnitt einmal monatlich mit einem Vorstandsdirektor irgendwo essen. Es waren die Vorstandsdirektoren bei einer vorbereiteten Reise von uns eingeladen, aber als Selbstzahler, bitte nicht als Gratismitreisende.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die Südafrika-Reise?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und die zwei Flugzeuge, gehören die der ÖKODATA?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die ÖKODATA hat nie Flugzeuge besessen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat Rumpold welche besessen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich besitze Anteile an zwei Flugzeugen, die als Kapitalanlage zu betrachten sind.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also auch keine Erkenntlichkeit mit Hilfe der Flugzeuge an den Winter oder an ein sonstiges Vorstandsmitglied?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein, keine.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Ihr Anteil bei den Flugzeugen ist halb-halbe mit dem Herrn Dr. Schmautzer?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Mein Anteil ist etwas weniger als 50 Prozent.

Obmann Dr. **Steger:** Die Folgefrage ist: Hat die Firma ÖKODATA auch einen Anteil an diesen Flugzeugen? Unabhängig von Ihrem Anteil?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein. Die Firma ÖKODATA hat von dieser Sache — mit Ausnahme meiner Person — nichts gewußt.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben von den Reisen gesprochen, daß das immer jeder selbst gezahlt hat. Wie war denn das bei der Studienreise nach Südafrika vom 20. Februar bis 3. März 1977? Können Sie sich an die erinnern? Es soll dabeigewesen sein: Dkfm. Bauer, Sie, Herr Zeuge, dann Dr. Wilfling, Dipl.-Ing. Spann. Über Initiative eines Mitarbeiters der Firma ÖKODATA hat es damals diese Studienreise nach Südafrika gegeben, heißt es. Wissen Sie darüber noch etwas? Was war denn das für eine Reise?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Wir hatten 1976 einen Konsulenten, der, glaube ich, 10 oder 15 Jahre in Südafrika gearbeitet hat, der uns laufend über das südafrikanische Spitalswesen informierte und uns plausibel machte, daß die dortige Regierung in kurzer Zeit etwa 10 000 Betten neu gebaut hat.

Besonders interessant ist das Akademische Spital in Johannesburg, ein Komplex mit 1 700

Betten, damals vergleichbar in etwa mit dem Krankenhaus in Wien, und dieses Haus wurde also nach den Informationen, die uns der Mitarbeiter gab, in sieben Jahren geplant und gebaut. Herr Ankersmith — so war sein Name — stellte dann Kontakte her mit den Regionalbehörden in den südafrikanischen Provinzen, und nach einer Vorbereitungszeit von etwa einem halben Jahr war die Reiseplanung fixiert.

Wir — das heißt Dr. Bauer und ich — haben den AKPE-Direktoren vorgeschlagen, doch diese Planung mitzubenutzen und nach Möglichkeit mitzufahren, weil wir im Johannesburger Krankenhaus ein Beispiel für den Bau eines Krankenhauses gesehen haben.

Obmann Dr. **Steger:** Sie können uns wahrbezahlt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Reisekosten hat für Spann, Bauer, Rumpold und Wilfling — ich glaube, einen Teil bei Wilfling, die Hälfte — die Firma ÖKODATA bezahlt.

Obmann Dr. **Steger:** In welcher Eigenschaft ist Dr. Wilfling mitgefahren?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Dr. Wilfling ist mitgefahren als ... Ich glaube, damals in dieser Zeit, war er in der Arbeitsgemeinschaft ÖKODATA ODELGA dabei, und er hat gemeint, daß es auch sehr nützlich sei, wenn er die Dinge sehe.

Obmann Dr. **Steger:** Sie können uns wahrscheinlich heute, entnehme ich der Antwort, nicht mehr sagen, ob er als Geschäftsführer der ODELGA dabei war oder als Mitarbeiter, als allfällig geplanter, in der Arbeitsgemeinschaft, als direkter Mitarbeiter?

Dipl-Ing. **Rumpold:** Nein. Für mich war er als Mitarbeiter in der Arbeitsgemeinschaft dabei, sonst hätte ich ihn gar nicht mitnehmen können.

Obmann Dr. **Steger:** Auch nicht als Geschäftsführer der ODELGA?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Noch einmal zurück zu einem schon ein bißchen ausgewalzten Thema. Wir haben hier einen Bericht, den es mittlerweile gibt im Zusammenhang mit diesem Gutachten, zu dem Sie heute schon mehreres gefragt wurden, im Gesamthonorar 6 370 000 S, das der ODELGA mit der Auflage erteilt wurde, 5 770 000 S an die ÖKODATA weiterzugeben. Da hat Dr. Wilfling eine Zusatzvereinbarung vorgelegt für das, was sein Arbeitsanteil gewesen wäre. Kannten Sie diese Zusatzvereinbarung? Sie war von Ihnen nicht unterschrieben.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich bin schon ein paarmal auf diesen Punkt angesprochen worden. Dr. Wilfling hat mir immer wieder viele Papiere vorgelegt, die ich meistens abgelegt habe, aber nicht unterschrieben.

Obmann Dr. **Steger:** Aus diesem Papier geht sinngemäß hervor, daß diese 600 000 S für Good will zu leisten wären. Etwas Ähnliches haben Sie sinngemäß auch heute schon hier geantwortet, indem Sie eigentlich keine konkreten Arbeitsleistungen sonst von ihm hier berichtet haben.

Als was würden Sie das interpretieren, was Dr. Wilfling selbst als Goodwill bezeichnet? Was ist das aus Ihrer Sicht?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Goodwill ist aus meiner Sicht ...

Obmann Dr. **Steger:** In diesem Zusammenhang. Bitte nicht allgemein juristisch geantwortet. Schon im Zusammenhang mit diesem konkreten Geschäftsfall.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** In jedem Geschäftsfall, wo die Möglichkeit bestanden hat, daß Wilfling in seiner Eigenschaft als Berater des Gesundheitsbereichs oder als Bereichsleiter des Gesundheitsbereichs der Stadt Wien, eine Arbeit als Empfänger sozusagen ablehnen könnte, war sein Goodwill wichtig.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Mir haben mehrere Leute in letzter Zeit gesagt — das ist jetzt etwas, was ich persönlich sage, nicht gedeckt durch Akteninhalt oder den Ausschuß —, daß das Problem allfälliger Zahlungen nicht darin besteht, daß man primär keinen Auftrag bekommt, sondern daß es nachher keine Auftragsabnahme gibt.

Sie haben eigentlich in einem Satz jetzt so etwas Ähnliches gesagt. Sie haben gesagt, es gab nachher die Abnahmeverpflichtung durch das Bund-Stadt-Wien-Komitee. Das haben Sie Steinbauer in einem Seitenthema geantwortet.

Heißt das, daß Sie auch das Problem gesehen haben, daß solche Arbeiten, wenn sie fertig sind, ja immer angenommen werden müssen, abgenommen werden müssen, und daß Sie sich nicht sicher waren, wenn nicht ein bestimmter Personenkreis miteingeschlossen ist, daß es zu einer Abnahme überhaupt kommt? Oder noch deutlicher gefragt: Hätten Sie es für möglich gehalten, wenn es keine Inkludierung eines gewissen Personenkreises gibt, daß Ihnen allein deswegen die Abnahme verweigert wird?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Persönlich halte ich das nicht für leicht möglich, daß die Abnahme verweigert wird. Aber die Relation Einsatzkosten zu Umsatzgröße wird ja immer schlechter, je

öfter Sie einen Bericht, eine Arbeit abändern, diskutieren, neu schreiben müssen.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt jetzt: Die Befürchtung wäre nicht gewesen, daß es zu überhaupt keiner Abnahme kommt, aber daß mehrfach noch Veränderungen, Zusatzwünsche geäußert werden, also keine direkte Abnahme des Erstberichtes erfolgt, wenn es nicht ein Miteinschließen dessen gibt, was dann als Goodwill hier bezeichnet ist?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Man muß hier stärker differenzieren. Bei jeder organisatorischen Arbeit ist die Mitwirkung des Gremiums oder des Kunden, der sie in Auftrag gibt, äußerst wichtig, weil es ja nachvollziehbar sein muß. Diese Mitwirkung kann jetzt konstruktiv oder nicht konstruktiv erfolgen. Wenn sie konstruktiv erfolgt, dann haben alle wesentlich schneller ein wesentlich besseres Ergebnis. Wenn sie nicht konstruktiv erfolgt, dann wird zwar nach langer Zeit einmal ein Ergebnis erreicht, aber die Qualität wird nicht so gut sein, und es wird auch wesentlich teurer sein, es zu erarbeiten.

Obmann Dr. **Steger:** Heißt das halt für manche, lieber rechtzeitig jemanden mitverdienen lassen und dafür das Werk abgenommen bekommen, als nicht mitverdienen lassen und das Werk wird nicht abgenommen? Ist das eine unzulässige Schlußfolgerung, die ich aus Ihren Antworten ziehe?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Diese Entscheidungsfreiheit war ja nicht gegeben, denn wie zum Beispiel die Konstellation ODELGA — ÖKO-DATA zeigt, hat es für mich nicht die Wahl gegeben, das allein oder zusammen zu machen, es hat nur die Wahl gegeben, entweder zusammen zu machen oder nicht zu machen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Es kommt immer wieder der Name des Professor Dr. Riethmüller vor, mit dem Sie sehr viel zu tun gehabt haben. Sie haben uns doch schon sehr deutlich gesagt, daß Sie im Laufe Ihrer Kenntnis des Herrn Dr. Wilfling zu Schlufolgerungen gekommen sind, die eigentlich dann bewirkt haben, daß Sie jedenfalls nicht mehr mitmachen wollten. Wie stufen Sie aus Ihrer Kenntnis der Zusammenarbeit Herrn Professor Dr. Riethmüller ein? Wie hat sich die Zusammenarbeit entwickelt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Im Jahr 1976 habe ich eine Reihe von Gesprächen mit den Vorstandsdirektoren der AKPE über eine mögliche Beauftragung zur Betriebsorganisationsplanung geführt. Bei diesen Gesprächen stand im Vordergrund die Größe der Aufgabe auf der einen Seite und natürlich auch auf der anderen Seite die Überlegung: Welche Schritte sind zu überlegen, diese Aufgabe ordentlich bewältigen zu können?

Und hier war ein Faktor, das war der Faktor, daß Professor Dr. Riethmüller, seit ich mich erinnern kann, schon mit dem AKH verbunden war. Er hat also ganz zu Beginn schon Planungen gemacht und war zum Zeitpunkt, als dann tatsächlich ein Auftrag erteilt wurde für die Betriebsorganisationsplanung, noch immer mit einem offenen Auftragsvolumen aus alten Aufträgen da.

Ich habe bei jeder Diskussion über mögliche Auftragnehmer darauf hingewiesen, daß ich es für sehr nützlich hielte, den bisherigen Planer miteinzubinden, aus folgender Überlegung: Wenn er nicht eingebunden wird, so kann ein Effekt entstehen, der bauverzögernd wirkt. Der Nachfolgeplaner kann sagen: Alles, was vorher gemacht wurde, ist Mist, man muß es wegschmeißen, oder der Vorplaner kann sagen: Alles, was die anderen gemacht haben, ist Mist.

Ich konnte damals die fachliche Qualifikation und den Arbeitsstil von Herrn Professor Riethmüller nicht beurteilen, ich hatte einige Berichte von ihm gelesen, und so bat ich Direktor Winter, mir doch eine Zusammenkunft zwischen Riethmüller und mir zu vermitteln. Das ist dann auch geschehen, ich glaube, einige Monate später.

Ich habe Professor Riethmüller sehr schätzen gelernt. Er ist in meinen Augen ein profunder Fachmann. Für mich war er eine Spur zuwenig flexibel, denn wenn er einmal in Tübingen eine Idee geboren hatte, so war die nicht mehr umzuändern, auch wenn sie nicht paßte.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben auch Erfahrungen mit der Firma MED-CONSULT gemacht im Rahmen der ABO. Können Sie uns auch da erzählen, wie Ihre Erfahrungen gewesen sind bezüglich der Leistungen, der Leistungsmöglichkeiten, der Leistungsbereitschaft und des Leistungsumfanges dieser Firma?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Erfahrungen mit der Firma MED-CONSULT waren für mich eher betrüblich. Ich lief immer Gefahr, wegen der mangelhaften Leistung — zumindest zu Beginn — der MED-CONSULT unter Pönale gesetzt zu werden im Gesamtauftrag. Es ist auch ein paarmal dann geschehen.

Für mich hätte sich die Frage der MED-CONSULT nicht ergeben, wenn die Leistungen ordentlich erbracht worden wären, auch schon zu Beginn, denn es gab ja eine ziemlich genaue Aufteilung in Leistungssektoren, was die einzelnen Firmen zu leisten haben.

Es sind dann Mitarbeiter gekommen von der Firma MED-CONSULT, von denen ich nicht

wußte, ob sie jetzt Angestellte der MED-CONSULT oder Konsulenten sind. Ich habe daraufhin in einer Aufsichtsstellensitzung die Frage an den Geschäftsführer der MED-CONSULT, Herrn Enerwitschläger, gestellt, und der hat mir mündlich vor den anderen Herren bestätigt, es seien Angestellte der Firma MED-CONSULT.

Es wurde dann der MED-CONSULT ein Ultimatum gestellt, bis — ich glaube — in drei oder vier Monaten ihre Leistungen zu erbringen, ansonsten würden wir sie ausschließen. Sie haben also dann bis zu diesem Zeitpunkt ihre Leistungen erbracht, sodaß dieser Ausschluß nicht zustande kam.

Obmann Dr. **Steger:** Eine ebenfalls allgemeine Frage: Kannten Sie und kennen Sie eine Firma TECHMED und allfällige Mitarbeiter der Firma TECHMED?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Firma TECHMED kenne ich, seit sie in der Zeitung steht, und meines Wissens wird der Herr Versloot als Mitarbeiter der TECHMED bezeichnet. Das ist mein gesamtes Wissen über die Firma TECHMED.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben — ebenfalls bei der Befragung durch Herrn Abgeordneten Steinbauer — ausgeführt, sinngemäß, daß Sie so etwas wie der Mann waren, der eigentlich Arbeiten durchführen wollte, aber sich nicht primär als der gesehen haben, der Aufträge zu bringen hat, und daß Sie Partnerschaften zu anderen gesucht haben, die Aufträge bringen sollten.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Richtig.

Obmann Dr. **Steger:** War also der Herr Dkfm. Bauer für Sie im Rahmen Ihrer Gesellschaft, bei der Sie dann Geschäftsführer waren, der, der die Aufträge bringen sollte?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja. Zumindest der die Kontakte herstellen sollte.

Obmann Dr. **Steger:** Und in welchem Rahmen war dieses Auftraghereinbringen? Wie hat sich das dann abgespielt? In welchem Rahmen ist das primär gelaufen? Können Sie darüber etwas sagen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Können Sie bitte Ihre Frage in Teilfragen zerlegen, daß ich damit etwas anfangen kann?

Obmann Dr. **Steger:** Die Frage generell, in einen generellen Teil noch immer zerlegt: Sie haben ja selbst Ihre Erwartungslage beschrieben, als Sie die Gesellschaft gegründet haben, und auch erklärt, daß Sie es kaufmännisch für notwendig gehalten haben, daß er eine Mehrheit hat und Sie nur eine Minderheit, weil das halt kommerziell trotzdem sinnvoll ist.

Schon damals mußten Sie eine Erwartungslage haben, bei der Sie davon ausgegangen sind, daß er Geschäfte bringen kann. Woher stammte Ihre damalige Information, daß er diese Geschäfte bringen kann?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Jede Steuerberatungskanzlei besitzt eine Klientel. Die Klientel von Steuerberatern ist in der Regel weitgehend die gleiche wie die von Betriebsberatern. Und für mich ist eine eingeführte Steuerkanzlei oder die Geschäftsführung einer solchen ein potentieller Kundenträger für jede betriebsorganisatorische oder betriebsberaterische Leistung.

Obmann Dr. **Steger:** An welche Kunden haben Sie da insbesondere im Zusammenhang mit der späteren Tätigkeit gedacht?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe an keine besonderen Kunden gedacht, sondern die Wege waren so: Meine Aufgabe oder meine Arbeit war es, zunächst eine Idee verkaufsreif zu machen, und dann war die nächste Überlegung: Wer könnte so etwas brauchen, wer könnte so etwas kaufen? Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist die: Es gibt in der Betriebsberatung eine Sparte, die man das Krisenmanagement nennt. Es gibt also Firmen, die aus irgendwelchen Gründen vorübergehende Engpässe, Schwierigkeiten oder sonst etwas haben, wo man durch Umstrukturierung oder durch Änderung gewisser Abläufe eine Verbesserung erzielen kann.

Das war der umgekehrte Fall, und Sie sehen es zum Beispiel an verschiedenen großen Firmen in Österreich, daß das machmal gelingt und manchmal nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Auf Grund welcher Umstände, insbesondere Referenzen, kam es auf Wunsch der AKPE zu einem Anbot für Ausarbeitungen zum Thema der technischen Betriebsführung seitens der ÖKODATA Ges. m. b. H. & Co KG am 7. 1. 1976 zu einem Pauschalhonorar von 280 000 S? Welche Umstände, insbesondere Referenzen waren dafür maßgebend, daß es auf Wunsch der AKPE zu einem Anbot gekommen ist?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich entsinne mich nicht ganz genau, ob das ausschließlich der Wunsch der AKPE war. Ich muß hinzufügen, daß ich bei früheren Arbeiten im Bereich der Magistratsabteilung 17 den Herrn Dipl.-Ing. Winter als damaligen Berater des Gesundheitsstadtrates kennengelernt habe, also vor seiner Funktion als . . .

Obmann Dr. **Steger:** Bereichsleiter!

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein, es geht um Winter, bitte! — Vor seiner Funktion als Vorstandsdirektor. Und 1975 wurde ja die AKPE gegründet mit dem Ziel, die bisherige Bauführung des Allgemeinen Krankenhauses zu straffen. Bei der Gründung wurde im Vertrag auch vorgesehen, glaube ich — es heißt ja Planungs- und Errichtungsgesellschaft —, es wurde irgendwo auch ein Vermerk gemacht, sich um die spätere Betriebsführung zu kümmern.

In vielen Gesprächen im Dezember, glaube ich, 1975 ist es mir gelungen, Winter zu überzeugen, daß man unbedingt jetzt schon Vorsorge treffen muß, wie der Betrieb zu führen ist, denn die Betriebsführung hat noch während der Bauphase einzusetzen, damit sich die zukünftigen Betreiber an die Gegebenheiten anpassen können, mit den Erbauern noch verschiedene Fragen klären können.

Deshalb kam es zu dieser Studie. Die Studie stellt aus meiner Sicht im wesentlichen zwei Dinge dar: Es muß also dafür gesorgt werden, daß ein eigener Betriebskörper geschaffen wird, und es sollte eine weitgehende Identität der Personen zwischen Betreiber und Erbauer in gewissen technischen Bereichen vor allem da sein.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben nicht ganz geantwortet, welche Referenzen und Umstände bei dieser 280 000-S-Studie zum Thema technische Betriebsführung seitens der ÖKODATA Ges. m. b. H. & Co KG dafür maßgebend waren, daß es damals zum Anbot gekommen ist. Welche Gesprächspartner, welche Umstände?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe heute schon gesagt: Nach Gründung der Firma habe ich mich bemüht, Aufträge zu bekommen.

Obmann Dr. **Steger:** In dem Fall doch Sie?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** In dem Fall war ich es, weil das ein sehr spezieller Fall war, der in dem Zeitpunkt besondere Aktualität hatte.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Wann wurde denn die Ges. m. b. H. gegründet?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Im Dezember 1975.

Obmann Dr. **Steger:** Und wann wurde sie ins Handelsregister eingetragen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Ges. m. b. H., glaube ich, irgendwann im Dezember 1975.

Obmann Dr. **Steger:** Nach meinen Unterlagen am 12. Jänner 1976.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Gut. Aber der Vertrag wurde jedenfalls im Dezember 1975 abgeschlossen, und ich glaube, es steht ein Passus drinnen, daß auch Handlungen, die vor Vertragserrichtung erfolgt sind, im Namen der Gesellschaft gesetzt sind.

Obmann Dr. **Steger:** Die Ges. m. b. H. & Co KG wurde erst am 6. 7. 1977 gegründet. Wieso hat die AKPE dieser Gesellschaft den Auftrag erteilt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Bei der Gründung der Ges. m. b. H. & Co KG gab es einige Pannen, und zwar wurde die Ges. m. b. H. & Co KG schon im Februar 1976 oder vorher gegründet. Es ist nur — so glaube ich — von dem damaligen Notar bei der Eintragung eine Frist versäumt worden, und es mußte alles noch einmal gemacht werden. Daher kommt es zu dieser zeitlichen Verschiebung.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Herr Dipl.-Ing.! Sie haben im Zusammenhang mit AGIPLAN Professor Wojda erwähnt. Welchen Kontakt hatten Sie mit Professor Wojda? Er war ja faktisch ein Subunternehmer, der später dann der APAK angehört hat. Die APAK war ja eigentlich eine Kontrollinstitution der AKPE. Können Sie uns auch in diesem Zusammenhang etwas über die Art der Kontrolle durch die APAK sagen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Professor Wojda war in der APAK — wie Sie richtig sagten — ein Subunternehmer. In dieser Eigenschaft hat er von der ÖKODATA Personal gemietet. Ich war selbst am Anfang einige Zeit in der APAK beschäftigt, und ich habe dann durchgesetzt, daß das Personal der ÖKODATA aus der APAK abgezogen wird, um keine Interessenskollision aufkommen zu lassen.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Das heißt, Sie haben also faktisch zunächst einmal mit einem Subunternehmer der APAK zusammengearbeitet und später diese Zusammenarbeit gelöst. Wer hat die Kontrollen der APAK durchgeführt? Welche Personen waren es? Wer waren die Verantwortlichen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die APAK hatte meines Wissens drei Vorstandsdirektoren. Das waren die Herren Moser, Arbinger und ... Den Namen des dritten, der von der Firma „Rohrbau" oder von der ALLPLAN kommt, weiß ich im Moment nicht. Diese Personen waren also wie in einer normalen Firma dafür verantwortlich, daß die Arbeit ordnungsgemäß erfüllt wird; sie hatten dann wieder Subbereichsleiter und so weiter.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Inwieweit haben Sie bei den Arbeiten der ABO ständigen Kontakt mit der MA 17 und mit der medizinischen Fakultät der Universität Wien gehabt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich persönlich habe im Rahmen der ABO-Arbeiten fachlich nicht mitgewirkt. Ich habe also bei Verhandlungen über fachliche Dinge weder im Falle der Fakultät noch bei anderen Stellen mitgewirkt.

Der Geschäftsführer oder der Leiter der ABO war und ist von seiten der ÖKODATA der Herr Dkfm. Scharmüller, von seiten der deutschen Partnerfirmen war es am Anfang ein Herr Gries; den Namen des derzeitigen weiß ich im Moment nicht.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Was wissen Sie über diese Zusammenarbeit mit diesen beiden wichtigen Auftraggebern?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nach meinen Informationen — und dafür war ich im Rahmen der Aufsichtsstelle auch zuständig — ist diese Zusammenarbeit ein institutionalisierter Vertragsbestandteil gewesen, und es kam sehr darauf an, daß sie gut funktionierte. Meines Wissens hat diese Zusammenarbeit sehr gut funktioniert, und sie funktioniert noch sehr gut.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Dipl.-Ing.! Es gibt ein Rundfunkinterview des Herrn Kaufmann aus der Schweiz, in dem er Ihre fachlichen Qualitäten sehr in Frage stellt. Vorerst möchte ich zu unserer vormittägigen Einvernahme etwas nachtragen.

Wir haben jetzt die Mitschrift Ihrer Aussage betreffend dieses Essen bei Wegenstein, und da wurde an Sie die Frage gestellt: Wie hat sich das abgespielt, wurde das so zwischen Tür und Angel oder wurde das am Tisch vor allen besprochen? Was können Sie dazu sagen?

Sie haben dann gesagt: Zum zweiten Teil der Frage — vorher ging es nämlich um die Auftragsvergabe selbst —: Diese Präzisierung dem Betrag nach, wie ich sie genannt habe, hat sich nach Weggang der Direktoren Winter und Schwaiger abgespielt. — So war Ihre Aussage.

Sie sind ja von ihrem Beruf und Ihrer Ausbildung her gewohnt, sich präzise auszudrücken. Schließe ich also richtig, daß das Thema an sich, eine Forderung von Dr. Wilfling, vorher schon im Raum gestanden ist?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Dieser Schluß ist falsch. Die Frage habe ich so verstanden: Ob das Gespräch im Beisein der Herren der AKPE geführt wurde oder nicht. Es wurde dieser Gesprächsteil nicht im Beisein der Herren der AKPE geführt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie mußten doch diesem zweiten Teil des Gesprächs entnehmen, daß Dr. Wilfling eine Forderung erhebt, die — ich sage es jetzt einmal vorsichtig — nicht im Interesse der Auftraggeber, nicht im Interesse der AKPE lag.

Was hat Sie veranlaßt, das nicht in irgendeiner Weise zur Sprache zu bringen; schon damals nicht und nicht erst später gegenüber Delabro, was Sie in verdienstvoller Weise getan haben; ich glaube dann auch gegenüber Dandion? Warum haben Sie nicht damals, als Sie sahen, daß sich hier jemand einen Vorteil verschaffen will, das in irgendeiner geeigneten Weise aufgezeigt, um ein solches unkorrektes Vorgehen auszuschließen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Damals ist von mir die Gegenfrage gestellt worden: Welche Leistungen werden oder sollen erbracht werden?

Da ich eine halbe Stunde vorher einen Vertrag bekommen habe, der unterschrieben war, schien es mir nicht zweckdienlich, eine Stunde später diesen Vertrag in irgendeiner Weise zu gefährden. Ich habe gesagt: Gut, wenn eine Leistung erbracht wird, dann kann man über diese Dinge reden.

Ich habe eine Zeitlang gebraucht, um feststellen zu können, ob Leistungen erbringbar sind. Das war für mich nicht der Fall. Dann mußte ich noch einen weiteren Schritt gehen. Ich mußte natürlich feststellen, ob die Mehrheit meiner Gesellschaft mir den Auftrag gibt, auf Erbringung von Leistungen durch den anderen zu dringen oder irgendein Leistungsspektrum zu machen. Das ist auch nicht geschehen. Ich habe im April 1979 — also fast ein Jahr vor meiner Aussage bei Delabro — den Herrn Magistratsdirektor ausführlichst informiert.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich verstehe Sie also richtig: Sie waren verständlicherweise erfreut über den Auftrag. Das war ja für Sie ein sehr wichtiges Geschäft, das ist ja legitim. Sie hätten also das Geschäft gefährdet gesehen oder Sie hätten es als nicht dem ganzen Gang der Entwicklung entsprechend angesehen, wenn Sie Ihre Einwände in massiver Form deponierten?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich hätte daraus eine Gefährdung gesehen, wo ich ja zusätzlich noch die Verantwortung für zwei weitere Firmen, die in Deutschland waren, nämlich das Deutsche Krankenhausinstitut und den Professor Riethmüller, auftragsweise zu tragen hatte.

Ich darf darauf hinweisen, daß es ein Schreiben vom November oder Dezember 1977 an die AKPE gibt, wonach die Firmen Deutsches Krankenhausinstitut, Professor Riethmüller, ÖKODATA und ODELGA eine Bietgemeinschaft für die Betriebsorganisation des AKH gebildet haben. In diesem Brief wurde ich als Bevollmächtigter dieser Bietgemeinschaft ausgewiesen. Ich mußte daher als Bevollmächtigter handeln.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Dipl.-Ing.! Wir sind jetzt bei einem sehr wichtigen Punkt. Sie haben vorhin erwähnt, daß Dr. Wilfling sozusagen — ich hoffe, Sie hier nicht falsch wiederzugeben — die zentrale Figur oder der

starke Mann — wie immer Sie wollen—, die Person war, an der man nicht vorbeigehen konnte.

Nun haben wir doch alle als Staatsbürger bestimmte Vorstellungen von der Geschäftsabwicklung im Rahmen des Landes, einer Gemeinde, einer öffentlichen Körperschaft.

Sind Sie — bitte fassen Sie das jetzt nicht als Vorwurf an Sie auf, das liegt mir ferne; ich will nur Ihre Erfahrungssituation kennenlernen — nach Ihren zahlreichen Erfahrungen, die Sie hatten, davon ausgegangen, daß es eben notwendig ist, unter Umständen einen Dr. Wilfling zufriedenzustellen, wenn man ins Geschäft kommen will?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein. Ich habe in meinem Leben noch nie vorher einen Menschen von der Struktur des Dr. Wilfling getroffen. Ich habe einige Zeit gebraucht, um das zu verstehen, und ich habe mich davon dann getrennt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben damit meine Frage nicht beantwortet. Sie haben gesagt, daß Dr. Wilfling Eigenschaften aufgewiesen hat, die Sie abgestoßen haben. Ich verstehe das, das spricht für Sie, Herr Zeuge. Aber sind Sie in diesem Zeitpunkt von der Erfahrung ausgegangen, man muß diese zentrale Figur Dr. Wilfling zufriedenstellen, damit das alles befriedigend abgewickelt werden kann?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Zu Beginn bin ich davon nicht ausgegangen, weil Dr. Wilfling auch nicht die Position hatte, die er am Schluß gehabt hat. Ich darf daran erinnern, daß Dr. Wilfling Geschäftsführer der ODELGA war, daß er im Rahmen dieser Geschäftsführertätigkeit auch einen Konsulentenvertrag mit dem Bereich der Magistratsabteilung 17 hatte. Meine Bekanntschaft mit ihm ist auf den Umstand zurückzuführen, daß damals der Zielplan — das war also der Entwicklungsplan für die Stadt Wien — vom Gemeinderat der Stadt Wien nach Vorlage einstimmig genehmigt wurde. An diesem Zielplan hat das Deutsche Krankenhausinstitut mitgearbeitet, hat Wilfling mitgearbeitet, hat die Magistratsabteilung 17 mitgearbeitet, und ich habe bei der Erarbeitung dieses Zielplans für Dr. Wilfling eine Reihe von Exposés, Leistungen und Gespräche erbracht. Das war der Beginn der Bekanntschaft.

Im Rahmen dieser Gespräche war ich von ihm sehr beeindruckt, weil er eine Fülle von neuen ziel- und zugkräftigen und auch verwirklichbaren Ideen für das Gesundheitswesen der Stadt Wien auf den Tisch gelegt hat. Das Problem kam erst bei der Verwirklichung dieser Ideen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber es war doch für Sie irgendwann einmal klar: Dieser Dr. Wilfling stellt finanzielle Forderungen.

Nun sagen Sie, Wilfling war bei der ODELGA. Die ODELGA ist ja nicht irgendeine „Quetschen", sondern ist ja ein sogenannter gemeinwirtschaftlicher Betrieb. Der Wilfling hat ja hier öffentliche Aufgaben erfüllt. Die ODELGA ist ja ein Betrieb in öffentlicher Hand. Er hat dafür ein Gehalt bekommen, nehme ich an. Vielleicht ist er auch ganz ordnungsgemäß für seine Beratertätigkeit bei Dr. Stacher honoriert worden. Das will ich jetzt gar nicht wissen. Er war ja sicher schon durch seine öffentlichen Aufgaben finanziell befriedigt, oder er hatte Ansprüche auf Bezüge oder auf Gegenleistungen.

Wieso haben Sie als Geschäftspartner zur Kenntnis genommen, daß hier ein Mann, der eine öffentliche Aufgabe erfüllt — eine öffentliche Aufgabe im weitesten Sinn —, zusätzliche finanzielle Forderungen stellt? Sie könnten ja darüber auch überrascht gewesen sein und das zurückgewiesen haben. Aber Sie mußten doch in irgendeiner Form — wenn ich Sie richtig verstanden habe — darauf eingehen.

Entsprach es Ihrer Erfahrungslage, daß man eine Persönlichkeit wie Dr. Wilfling, die soviel Einfluß hat, nicht brüsk abweisen, nicht zu den Instanzen laufen und sagen darf: Achtung, der nimmt Geld!, oder so etwas, sondern daß man das irgendwie in Rechnung stellen muß? War das Ihre Ausgangslage damals?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Für mich war Dr. Wilfling als Geschäftsführer der ODELGA keine im Bereich der Öffentlichkeit tätige Person, denn für mich ist die ODELGA ein Wirtschaftsbetrieb, der auf die Erzielung eines Gewinns ausgerichtet ist wie jeder andere. Die Eigentümerin ist zu einem gewissen Prozentsatz oder zu hundert Prozent die Gemeinde Wien. Auch als Berater des Gesundheitsstadtrates in Wien war Wilfling für mich keine öffentliche Position.

Für mich war Wilfling — und ich habe das am Anfang gesagt — ein Ideenbringer, der sehr viele Ideen hatte. Das erste Geschäft, das mich mit Wilfling in Kontakt gebracht hat, war im wesentlichen das hier schon zur Sprache gekommene Wäschereigutachten, wo die Firma ÖKODATA von der Firma ODELGA einen Auftrag bekam. Hier ist auf den Preis, der die anderen Teile betrifft, von der ÖKODATA überhaupt kein Einfluß genommen worden, sondern die Verhandlungsbasis der ÖKODATA war: Wieviel müssen wir leisten, wieviel haben wir zu bekommen? Das war ein einfaches, klares Geschäft.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es hat Sie überrascht oder nicht überrascht, daß Dr. Wilfling hier finanzielle Forderungen im Zusammenhang mit der Auftragserteilung gestellt hat?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es hat mich überrascht und auch nicht überrascht, denn es war zu dieser Zeit ja schon ein bißchen bekannt von „Mister 5 percent" und so weiter ... Ich meine, Sie kennen das alles. Ich kann das nicht nachweisen.

Verstehen Sie: Ich habe mich mit der Frage konfrontiert gesehen: Ich soll jetzt einen beteiligen. Da war meine Überlegung: Ist das gut oder ist das schlecht? Es wäre gut gewesen, wenn dort Arbeit geleistet wird, die unter Umständen teurer ist, wenn ich die Arbeit selber erbringen muß. Es ist schlecht, wenn Arbeit geleistet wird, die ich teurer bezahlen muß, als ich sie selber erbringen kann.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Bei dieser Phase des Gesprächs war der Herr Bauer noch dabei, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Hatten Sie den Eindruck, daß der Herr Bauer, Ihr ÖKODATA-Partner, von dieser Wilfling-Forderung überrascht, unangenehm berührt war, oder hat er das irgendwie hingenommen als etwas, das ihn nicht weiter irritiert hat?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich hatte den Eindruck, daß Bauer etwa so denkt wie ich: Was ist die Gegenleistung dafür? Aber ich kann nicht Gedankenlesen, was er sich gedacht hat.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Er hat sich dazu nicht irgendwie geäußert; sagen wir, daß es zu einem Streit gekommen wäre, wo er zu Wilfling sagt: Wie können Sie, oder wie kannst du? — ich weiß nicht —, sondern es ist mehr in urbanen Formen abgewickelt worden?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es ist in urbanen Formen abgewickelt worden, und ich habe mich damals eigentlich bemüht, die urbane Form nicht zu stören.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich werde vielleicht darauf später noch zurückkommen.

Jetzt zu meiner eigentlichen Frage. Kaufmann warf Ihnen also vor, daß Sie fachlich nicht ausreichende Voraussetzungen mitgebracht hätten.

Welche einschlägige Berufserfahrung haben Sie vor der Mitarbeit bei der Consultatio in Fragen Betriebsorganisation, Betriebsberatung und so weiter erwerben können?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Zum ersten Teil Ihrer Frage. Ich möchte kurz zum Vorwurf Kaufmann etwas sagen. Den Vorwurf Kaufmann kann ich aus zwei Dingen nur aus der Konkurrenzsicht sehen.

Kaufmann hat eine Gelegenheit gesehen, in einem Aufwaschen auch seine Mitbewerber ein bißchen zu beteilen. Ich besitze schriftliche Entschuldigungen des Herrn Betriebswirtes Kaufmann aus dem Jahr 1977, wo er mir bestätigt, daß seiner Meinung nach meine Arbeit sehr gut ist und daß ich die Dinge sehr gut mache.

Diese schriftliche Bestätigung ist, glaube ich, an vier oder fünf Persönlichkeiten gegangen; darunter auch an Sektionschef Waiz.

Ich nehme all die Dinge, die der Herr Kaufmann da gesagt hat, nicht sehr ernst, weil es von ihm in der Zwischenzeit schon dreimal wiederholte Taktik ist, etwas zu behaupten und sich dann schriftlich zu entschuldigen. Diese Beweise kann ich vorlegen.

Zum zweiten. Meine Ausbildung zum Dipl.-Ing. der Nachrichtentechnik war im Jahr 1963 abgeschlossen. Ich möchte hier nicht unerwähnt lassen, daß ich schon mit fünf Jahren die Schule besucht habe, daß ich mit 22 Jahren als einer der jüngsten oder überhaupt der jüngste Dipl.-Ing. der Nachkriegszeit die Technische Hochschule verlassen habe.

Ich habe dann drei Jahr lang bei dem Atomreaktorprojekt der OECD in Halden mitgearbeitet, habe mir in dieser Zeit weitgehende Kenntnisse der elektronischen Datenverarbeitung angeeignet, bin mit organisatorischen Fragen des dortigen Forschungsbüros konfrontiert worden und habe in der Endphase auch im Organisationsbüro gearbeitet.

Ich bin dann nach Österreich zurückgekommen, war fünf Jahre lang bei der Firma IBM und als solcher zuständig für den Verkauf von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, unter anderem an das Krankenanstaltenwesen.

Ich habe schon erwähnt: Aus dieser Zeit ergab sich ein sehr enger Kontakt mit verschiedenen österreichischen Krankenhäusern und mit deren Leitern, darunter Professor Fellinger und Professor Grabner. Ich habe damals die Aufgabe gehabt, nicht so sehr einen Computer zu verkaufen, sondern darüber nachzudenken, wofür ein Krankenhaus den Computer braucht.

In dieser Zeit ist mir aufgefallen, daß man wesentlich wichtiger Organisationen in den Krankenanstalten bräuchte als Computer, und ich habe mich dann nachher um ein Tätigkeitsgebiet möglichst nah am Krankenhaus bemüht, das ich im Anschluß an diese Sache fortgesetzt habe.

Weitere Kenntnisse habe ich mir in Industrie- und Handelsbetrieben erworben, sodaß ich glaube, daß ich sowohl den öffentlichen als auch den privaten Organisationsbereich von Betrieben gut übersehen kann.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wie kam es zu Ihrer Mitarbeit bei der Consultatio?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich war bei der Consultatio als Konsulent tätig. Mein Auftrag

bestand darin, eine Studie auszuarbeiten, ob die im Krankenanstaltengesetz 1974 geforderte Form der Buchführung, die eine Kostenrechnung und Kostenstellenrechnung erlauben soll, auch bei Vorhandensein einer kameralen Buchhaltung zuläßt.

Abg. Ing. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich habe nicht gefragt, was Sie bei der Consultatio gemacht haben, sondern wie Sie zur Consultatio gekommen sind.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe heute schon einmal geantwortet, daß ich Herrn Dkfm. Bauer seit dem Jahre 1972 kannte und daß ich ihn selbstverständlich auch darauf ansprach, ob man nicht für die Consultatio oder zusammen mit ihm Arbeiten betriebsorganisatorischer Natur übernehmen könnte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es war also der persönliche Kontakt Bauer, und Sie selbst haben ihn auf eine mögliche Zusammenarbeit angesprochen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es kam dann zu einem Werkvertrag. Sie haben heute schon gesagt, daß Sie etwa ein Drittel Ihrer Arbeitskapazität für diese Aufgabe verwendet haben.

Wissen Sie noch, wie Sie honoriert wurden? War das ein Pauschale, war das eine stundenweise Abrechnung?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es wurde im wesentlichen pauschal honoriert unter Zugrundelegung der eingesetzten Tagwerke, die aber nicht mit der Stechuhr gezählt wurden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Man hat gewußt, Sie arbeiten — habe ich das richtig verstanden? — eine bestimmte Zeit, und dafür haben Sie einen Pauschalbetrag bekommen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Arbeit setzte sich aus zwei Faktoren zusammen. Das eine war die Arbeit mit den Kunden. Denn jede betriebsorganisatorische Arbeit verlangt ja die genaue Information und die Akzeptanz durch diejenigen, für die die Arbeit erstellt wird. Das ist ein zeitliches Element, wie lange man bei Kunden sitzt.

Der andere Teil ist die kreative Arbeit, die man zu Hause im Büro vollbringt. Man muß ja ein Konzept haben, das man dann vertreten kann. Das heißt, meine Aussage geht jetzt dahin, daß diese Gesamtheit nicht ausschließlich in Tagen zu messen ist, sondern ein anteiliges Verhältnis besteht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ein anteiliges Verhältnis woran?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ein Teil setzt sich aus Tagen zusammen, die man zählen kann, die man beim Kunden ist, der andere Teil setzt sich aus einer pauschalen Überlegung zusammen, weil der Auftraggeber ja in der Regel nicht feststellen kann, ob man eine Stunde jetzt kreativ verwendet, oder ob einem in dieser Stunde nichts einfällt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber es wurde Ihnen unter Zugrundelegung dieser von Ihnen jetzt geschilderten Gesichtspunkte ein Pauschale gegeben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie sind mit Kunden in Kontakt getreten. Sind Sie diesen Kunden gegenüber als Consultatio-Mitarbeiter aufgetreten?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich bin diesen Kunden gegenüber in der Kurzform „Consultatio-Mitarbeiter" vorgestellt worden, weil es einfach zu schwierig und zu unverständlich ist, lange erklären zu müssen, daß ich Konsulent bin, und dadurch gibt es diese verschiedenen Protokolle.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): War das also auch so bei der MA 17, bei den Gesprächen, die hier geführt wurden, an denen Sie ja teilgenommen haben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das war auch bei der MA 17 der Fall.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Da waren Sie sozusagen Gesprächspartner auf seiten der Consultatio?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja. Der Auftragnehmer von der MA 17 war die Consultatio.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben vorhin gesagt, Herr Zeuge, daß Sie in der allerersten Zeit de facto mit der ÖKODATA in Räumen untergebracht waren, die die Consultatio gemietet hat. Was hatte die Consultatio für einen Grund, für die ÖKODATA Räume zu mieten und Miete zu bezahlen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Da ist meine Aussage mißverstanden worden. Ich habe gesagt: Die Mitarbeiter der ÖKODATA waren zunächst in Räumen der Consultatio untergebracht, die die ÖKODATA gemietet hatte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben aber gesagt, die die Consultatio gemietet hat. Also die ÖKODATA hat die Räume bei der Consultatio gemietet?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Richtig!

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist von der ÖKODATA dafür an die Consultatio eine Miete vergütet worden?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es gab also eine Vereinbarung zwischen ÖKODATA und Consultatio über die entgeltliche Zurverfügungstellung von Räumen?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Es gab eine Vereinbarung zwischen der ÖKODATA und der Consultatio über die Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten; es war im wesentlichen ein Raum, der benutzt wurde, und dann ein Vorraum. Es gab eine Vereinbarung über die Telephonbenutzung, es gab eine Vereinbarung über die Benutzung von Schreibmaschinen und über die Arbeitsleistungen von Sekretärinnen. Da der Betrieb im ersten Monat aus meiner Person bestand und dann in der Folge vier weitere Personen dazukamen, war das, glaube ich, mit einem Pauschalsatz von monatlich 2 000 oder 3 000 S geregelt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): War das Motiv für diese Vereinbarung ÖKODATA—Consultatio der Umstand, daß Sie als Konsulent frei tätig waren und Bauer, der andere ÖKODATA-Gesellschafter, Consultatio-Mann war?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Der Umstand war der, daß ich als Geschäftsführer einer neugegründeten Firma das Ziel hatte, nicht zuerst Kosten zu verursachen, sondern zuerst Aufträge zu kriegen und erst, wenn Aufträge da sind, mich um entsprechende Büroräumlichkeiten zu kümmern. Ich wollte die Anlaufphase so kostengünstig wie irgend möglich gestalten. Ich darf darauf hinweisen, daß in dieser Zeit auch die Übersiedlung der Consultatio aus dem Hause der Frau Androsch senior in der Gerasdorfer Straße in die Holzmeistergasse erfolgte und daß dieses Haus leere Räume und somit für uns gut nutzbare Kapazität besaß.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Kann man sagen, daß die Tätigkeit der ÖKODATA nicht nur auf Grund dieser personellen Beziehungen in einem gewissen Zusammenhang stand, sondern daß auch eine fachliche Fortsetzung sozusagen dessen in der ÖKODATA erfolgte, was vorher die Consultatio mit ihrer Zusammenarbeit geleistet hat?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Mir ist in diesem Zusammenhang kein Fall bekannt, wo an Ergebnisse buchhalterischer oder steuerberatlicher Beratungstätigkeit ein Auftrag der ÖKODATA angeschlossen hätte, der also diese Ergebnisse verwendet hätte. So etwas gab es nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben später als ÖKODATA mit der Consultatio noch irgendwelche Verträge oder Abkommen geschlossen, weil es hier zu Zahlungen in beiden Richtungen kam. Welche Art von Leistungen wurden hier in beiden Richtungen erbracht?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Es gab eine Hauptrichtung. Die Consultatio hatte die Buchführung und die Steuerberatung der Firma ÖKODATA übernommen. Diese Leistung wurde abgerechnet nach Buchungszeilen, nach Bilanzgeld und so weiter. Es gab einige andere Punkte, wo kurzfristig fachkundiges Personal von der Consultatio an die ÖKODATA zur Verfügung gestellt wurde, und es gab vielleicht ein oder zwei Fälle, wo die Consultatio einen Auftrag übernommen hatte, der dann vom Personal der ÖKODATA durchgeführt wurde, weil es sich um einen betriebsorganisatorischen Auftrag handelte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben doch kurz vorher gesagt, daß das zwei Dinge waren. Die Consultatio und Sie hier mit eingeschaltet haben in der Frage Kostenverrechnung bei einer kameralistischen Buchhaltung agiert, und die ÖKODATA war doch später in Betriebsorganisationsfragen eingeschaltet. Wofür hat die ÖKODATA dann Consultatio-Fachkräfte herangezogen? Das waren doch Steuerberater, Wirtschaftstreuhänder in der Consultatio, das waren doch keine Betriebsberater.

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Es gibt bei einer Steuerberatungskanzlei Kräfte, die die Wirtschaftsuniversität besucht haben und Steuerberater werden wollen. Diese Kräfte haben die gleiche Ausbildung wie das Personal, das eine Laufbahn Betriebsberater einschlägt. Es gibt gewisse Dinge, wo eben ein versierter Fachmann auf buchhaltungstechnischem Gebiet oder auf Steuerberatungsgebiet auch in der Betriebsberatung Verwendung findet. Ich denke zum Beispiel nur an die Ausarbeitung von Büroabläufen oder sonstigen Dingen. Hier sind diese Kenntnisse sehr wichtig.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das ist mir sehr einleuchtend, Herr Zeuge. Wissen Sie noch, welche Leute hier herangezogen wurden und wie das dann finanziell geschehen ist? Haben die Leute direkt von der ÖKODATA ihr Honorar bekommen, waren sie sozusagen freigestellt von der Consultatio, oder ist das zwischen ÖKODATA und Consultatio abgewickelt worden, und die wurden zur Verfügung gestellt?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Die Bezahlung erfolgte auf einer Tageshonorarbasis. Es wurden die Tage gezählt, die der Mann eben für die ÖKODATA gearbeitet hat.

Abg. Dr. **Kohmaier** (ÖVP): Ja, und das Geld hat dann der Mann oder die Consultatio bekommen?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Das Geld hat selbstverständlich der bekommen, der den Mann honoriert hat. Wenn Sie wollen, war es ein kurzfristiger Personalverleih.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das heißt also, die Consultatio hat gegen Abrechnung Arbeitskraft ihrer Dienstnehmer der ÖKODATA für diese speziellen Aufgaben zur Verfügung gestellt?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Ich würde sagen, ja. Ich darf dazu sagen, das Ganze ist in einem Ausmaß vorgekommen von vielleicht zusammengezählt 12 bis 15 Mann-Monaten. Das würde also heißen, ein Mann 12 bis 15 Monate lang, wobei das aber verschiedene Personen waren.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat sich die Tätigkeit dieser zur Verfügung gestellten Arbeitskräfte auf den AKH-Sektor bezogen oder waren das irgendwelche andere Aufgaben, die die ÖKODATA durchgeführt hat?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Das hat sich nie auf den AKH-Sektor bezogen. Es waren in der Regel andere Aufgaben. Ich erinnere mich an einen Absolventen der Hochschule für Welthandel, an einen gewissen Dr. Hafner, der hatte vorher eine Dissertation geschrieben über die Entwicklung des Kostenanteils des Gesundheitswesens am österreichischen Nationalprodukt. Er war also sehr einschlägig von seinem Studium her beschäftigt. Der hat drei oder vier Monate bei uns mitgearbeitet an einem Projekt für die MA 17 zum Beispiel.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Können Sie sagen, bei welchen ÖKODATA-Projekten dieser Vorgang für wen abgewickelt worden ist, wenn es nicht für die AKPE war?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Darf ich die Frage noch einmal hören?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben gesagt, es war kein Zusammenhang mit dem AKH-Projekt. Welche Projekte waren das?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Es waren meines Wissens überwiegend Projekte für die MA 17, allerdings verschiedene.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Die MA 17, die sich mit anderen Dingen als mit der Errichtung des AKH oder mit dem Betrieb des AKH befaßt hat?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Mit völlig anderen Dingen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Noch zu Ihrer persönlichen Entwicklung. Es gibt einen Widerspruch, den Sie vielleicht als Zeuge aufklären können.

Die Consultatio hat öffentlich verlautbart, daß Sie — ich habe schon einmal darauf hingewiesen — zusammen mit anderen Konsulenten geringfügige Beratungsleistungen erbracht haben. Es ist dann andererseits eine Bestätigung ausgestellt worden — sie kam auch schon zur Sprache —, daß Sie als Organisator und Betriebsberater bei der Consultatio eine ausreichende fachliche Tätigkeit erbracht haben, was die Voraussetzung für die Erlangung Ihrer Gewerbeberechtigung war. Hier sehe ich eine gewisse Diskrepanz.

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Ich sehe keine Diskrepanz. Ich habe für die Consultatio umfangreiche Gutachten erarbeitet, diese Gutachten sind vorhanden und einsehbar. Ich kann für meine Arbeit eine Reihe von Kontaktpersonen aus dem Bereich der Wiener Spitäler anführen. Die Bestätigung, die ich von der Consultatio bekommen habe, war meiner Meinung nach zu Recht dem Inhalt nach, vielleicht war sie in der Form nicht richtig.

Wieso die Consultatio diese Beratungsleistung als geringfügig bezeichnet, muß man wahrscheinlich an der Gesamtleistung der Consultatio betrachten. Im Sinne ihrer sonstigen Aufgaben war sie wahrscheinlich geringfügig, der Höhe und auch dem Umfang nach.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Darf ich noch einmal kurz zurückkommen auf die Consultatio-Personaleinschaltung.

Es soll ein Herr Krasser oder so ähnlich ist der Name für die APAK im Wege der ÖKODATA gearbeitet haben?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Der Name ist sicherlich nicht ganz richtig. Aber es hat einen Herrn gegeben, der von der Consultatio gekommen ist, im Rahmen der ÖKODATA-Personalbeistellung an Professor Wojda in der APAK mitgearbeitet hat und nach kurzer Zeit, soweit ich das noch weiß, Angestellter der APAK oder einer dort tätigen Firma geworden ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): In der Konsulentenzeit bei der Consultatio waren Sie nicht sozialversichert bei der Consultatio, sondern anderswo. Wo waren Sie es damals?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Ich war im elterlichen Betrieb sozialversichert, weil ich dort wöchentlich eine Arbeitszeit von etwa 25 Stunden geleistet habe.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wann haben Sie die Gewerbeberechtigung erhalten?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Ich habe zu Beginn der Tätigkeit in der Firma ÖKODATA eine Gewerbeberechtigung erhalten, die ja notwendig war, um überhaupt die Ges. m. b. H. als Geschäftsführer führen zu können.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wann ungefähr? Das ist doch eine nicht unbedeutende Sache, wenn man eine Gewerbeberechtigung erhält. War es vielleicht der 31. Mai 1978?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Der war es nicht. Ich habe vorher schon erklärt, ich habe eine Gewerbeberechtigung im Dezember 1975 oder im Jänner 1976 erhalten. Diese Gewerbeberechtigung war meines Wissens befristet auf ein Jahr. Binnen dieses Jahres mußte die KG oder irgend so etwas im Handelsregister eingetragen sein. Diese Frist wurde von dem zuständigen Notar versäumt, und es mußte daher alles noch einmal gemacht werden. Daher steht dieses Datum da.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Abschließend muß ich auch ein bißchen Ihre finanzielle Situation behandeln, weil die ja auch unter Umständen gewisse Schlüsse zuläßt.

Sie haben in der Frage Miteigentum an Flugzeugen heute schon erwähnt, daß es, glaube ich, einen zweiten Eigentümer gibt für diese Kapitalanlage, die Sie getätigt haben. Wie hoch war hier Ihr finanzielles Engagement und wer ist Ihr Partner?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Zu diesem Punkt möchte ich sagen, daß von mir aus diese Beteiligung an zwei Flugzeugen als Geldanlage gesehen ist, daß ich aber über diese Gesellschaft keine weiteren Aussagen mache.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Stimmen die Mitteilungen, daß diese Flugzeuge an Prominente vermietet wurden?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Der Flugzeughalter ist Herr Dr. Schmautzer; an wen der die Flugzeuge vermietet, ist mir im einzelnen nicht bekannt. Ich weiß nur, daß sehr viele Firmen damit fliegen und daß auch Prominente, darunter Herr Dr. Taus, mit dieser Maschine geflogen sind.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sind Zeitungsmeldungen richtig, wonach Sie vor Ihrer Kanadareise

a) Ihr Eigentum an den Liegenschaften Schönbrunner Allee an Ihre Gattin übertragen haben und

b) daß Sie von einem Bawag-Konto Abhebungen in Höhe von 8 Millionen Schilling getätigt haben?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Zu a) möchte ich sagen, daß ich die Arbeit, die ich geleistet habe — jährlich derart viele Stunden, daß man normalerweise zwei bis drei Leute zeitmäßig braucht —, nur machen konnte, weil meine Frau mich vorbildlich dabei unterstützt hat. Meine Frau ist Lehrerin in einer Wiener Mittelschule. Ich habe zwei Kinder, einen elfjährigen Buben, eine vierzehnjährige Tochter. Meine Frau war am 9. Juli 40 Jahre alt, und ich habe ihr als Geburtstagsgeschenk diese Übertragung gemacht. Heute muß ich sagen, es war nicht sinnvoll, weil die zeitliche Anordnung nicht paßte. Aber ich wollte es genau an ihrem Geburtstag machen.

Die zweite Frage ist eine bodenlose Verleumdung. Ich habe weder Geld abgehoben noch sonst etwas, sondern es wurde in meiner Abwesenheit aus verschiedenen Gründen das kontoführende Geldinstitut von meinem Partner verlagert.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Würden Sie Ihre Vermögenssituation als sehr gut bezeichnen? Spielt dabei die Arbeit, die Sie im Rahmen der ÖKODATA, der ARGE Kostenrechnung, geleistet haben, eine Rolle?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Ich darf Ihnen sagen, daß ich für diese Frage dankbar bin.

Im Augenblick bin ich mehr als bankrott. Ich habe lediglich meine Beteiligung an den beiden Flugzeugen. Ich darf sagen, wie das vor sich geht. Im Zuge des AKH-Skandals sind Betriebsprüfungen überall angeordnet worden. Es sind die Steuervorschreibungen eingelangt, nachdem ich abgereist war. Ich habe zum Zeitpunkt meiner Abreise ein Steuerguthaben von einer Million Schilling gehabt, von dem ich natürlich wußte, daß es sich ändern wird bei einem neuen Bescheid. Es sind sämtliche Konten für steuerbegünstigte Anleihen im Zuge einer pfandmäßigen Sicherstellung von der Finanzbehörde beschlagnahmt worden. Es ist seit meiner Abreise meine Wohnung ein Durchhaus für Pfändungsbeamte, für Hausdurchsucher geworden. Es ist seit meiner Abreise eine Aktion gegen meine Kinder, gegen meine Frau, gegen meinen 70jährigen Vater im Gang, und es erfolgt seit meiner Abreise eine Verleumdung nach der anderen. Wie das jetzt weitergeht, das weiß ich nicht.

Daneben habe ich 17 Mitarbeiter, von denen ich 15 gekündigt habe, weil ich nicht weiß, wie ich sie am Jahresende bezahlen soll.

Das ist meine finanzielle Situation.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich kann mir vorstellen, daß das für Sie außerordentlich belastend ist. Aber ist es wirklich zweckmäßig, in einer solchen schwierigen Situation sich Eigentums zu entledigen dadurch, daß man es verschenkt?

Dipl.-Ing. **Rumpold**: Ich habe schon gesagt, daß ich in einer Ehe eine Partnerschaft sehe, die sehr wichtig ist, daß ich mit meinen Kindern und mit meiner Frau große Freude habe und daß ich das Grundstück in der Schönbrunner Allee, das ohnehin zur Hälfte immer mei-

ner Frau gehört hat, an meine Frau als Geburtstagsgeschenk schenken wollte. Mein einziger Fehler war, ich wußte nicht, was alle Leute hier in den Laden und in den Akten haben.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Sie haben uns schon mehrfach den Personenkreis genannt, der bei dem Wegenstein-Essen dabei war. Es waren die beiden AKPE-Vorstandsdirektoren, von seiten der ÖKODATA die beiden Gesellschafter Dkfm. Bauer und Sie, und es war Dr. Wilfling dabei. Zwei sind AKPE-Vorstandsdirektoren, zwei sind ÖKODATA-Gesellschafter. In welcher Funktion war Dr. Wilfling dabei?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Dr. Wilfling wurde von mir nicht eingeladen.

Obmann Dr. **Steger:** Wissen Sie, von wem er eingeladen wurde?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Er ist plötzlich dagewesen, wie immer, wenn es wichtig war, und er hat sich eigentlich als Geburtshelfer bezeichnet, daß er die Partner zusammengebracht hat.

Obmann Dr. **Steger:** Er hat sich, wie des öfteren, selbst eingeladen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** So kraß möchte ich es nicht ausdrücken, weil ich ja nicht weiß, ob ihn vielleicht Winter oder Schwaiger eingeladen haben.

Obmann Dr. **Steger:** Sie wissen jedenfalls nichts darüber, wer ihn eingeladen hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer hat überhaupt zu dem Essen eingeladen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das Essen wurde durch die ÖKODATA bezahlt. Eine förmliche Einladung gab es nicht, weil: mich hat Winter angerufen, daß er den Vertrag jetzt unterschrieben hat, und darauf habe ich ihm vorgeschlagen, vielleicht können wir das mittags übergeben. — Leukauf, richtig!

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben zweimal gesagt, die Struktur des Dr. Wilfling war so, daß Sie sich von ihm getrennt haben. Sie haben es so ein kleines bisserl vorwurfsvoll gesagt, daß man Ihnen trotzdem jetzt scheinbar Vorwürfe macht, obwohl Sie sich ohnehin von ihm getrennt haben.

Trotz Insistierens ist es uns nicht sehr gelungen, herauszubekommen, was ist das Besondere an der Struktur des Dr. Wilfling!

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich kann nur meine persönliche Meinung hier sagen, die sicherlich nicht Allgemeingültigkeit hat. Ich fürchte mich vor Menschen wie Dr. Wilfling. Wenn zu viele solche an maßgeblichen Positionen sitzen, dann ist diese Demokratie für mich nicht mehr erstrebenswert.

Obmann Dr. **Steger:** Meinen Sie das aus finanziellen Motiven oder aus Machtmotiven?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es geht mehr um die Macht, glaube ich, denn im Wiener Spitalsmarkt war es einem unmöglich, einen Auftrag zu kriegen, wenn Wilfling nicht gewollt hat.

Ich darf daran erinnern, der Herr Kaufmann, der so viel erzählt hat, hat in Wien einen Auftrag bekommen, an dem zuerst ich gearbeitet habe, und dann war es wieder aus, dann hat er wieder einmal einen bekommen. Es ist aber keine andere Firma zum Zug gekommen, wenn Wilfling — meiner Meinung nach — nicht dafür war.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie versucht, das einmal mit anderen wichtigen Personen zu besprechen? Sie haben von einem Gespräch mit Magistratsdirektor Dr. Bandion berichtet. War das zu diesem Themenkreis?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das war zu diesem Themenkreis.

Obmann Dr. **Steger:** Ein Jahr, haben Sie gesagt, vor diesem Aktenvermerk?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ein Jahr vor dem Aktenvermerk.

Obmann Dr. **Steger:** Welche Reaktionen hat dieses Gespräch ausgelöst?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Verschiedene. Die erste Reaktion war nach einigen Monaten, daß Bauer mir sagte, er habe gehört, ich habe ein Gespräch geführt. Ich habe das damals abgeleugnet, weil es mir nicht sinnvoll erschien, mit Bauer darüber zu reden. Ich habe ferner einen Tag vor oder am gleichen Tag, das weiß ich jetzt nicht, einen Tag vor Besuch bei Kontrollamtsdirektor Delabro einen Anruf von Bauer bekommen, der mir gesagt hat, er habe erfahren, daß ich zu Delabro gehe. Ich solle dort nicht hingehen. Er wird mich verantwortlich machen für alles, was nachher passiert.

Ich habe am nächsten Tag im Büro des Herrn Kontrollamtsdirektors mit Bauer ein Telephongespräch gehabt, wo er mir sehr erregt vorwarf, daß ich trotz gegenteiliger Aussage bei Delabro gewesen bin. Für dieses Gespräch führe ich den Herrn Magistratsdirektor als Zeugen an.

Obmann Dr. **Steger:** Während Sie bei Dr. Delabro waren, war auch der Magistratsdirektor Dr. Bandion dabei?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein. Ich war im Büro des Dr. Bandion. In diesem Büro habe ich mit

Bauer ein Telephongespräch geführt. Das war nach dem Besuch bei Delabro.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt, Sie haben in dem Gespräch mit Dr. Bandion, ein Jahr vor diesem Aktenvermerk, versucht, dem Magistratsdirektor gewisse Umstände klarzumachen über die Struktur des Dr. Wilfling?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe ein Jahr vor meinem Gespräch mit Delabro dem Magistratsdirektor diese Information gegeben über das Verlangen und bin dann von ihm zu der Sache befragt worden. Mein Ziel, warum ich das gesagt habe, war damals, mich ein bißchen aus der Umklammerung zu lösen.

Obmann Dr. **Steger:** Ist das Gespräch von Ihnen ausgegangen, oder ist er an Sie herangetreten?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das Gespräch kam über Vermittlung von Frau Bundesminister Leodolter zustande.

Obmann Dr. **Steger:** Heißt das, daß Sie vorher der Frau Bundesminister auch schon ähnliches erzählt haben, was sich da abspielt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das ist eher umgekehrt. Die Frau Bundesminister hat mir einmal erzählt, was sie glaubt, daß sich abspielt.

Obmann Dr. **Steger:** Und in dem Gespräch mit Herrn Magistratsdirektor Dr. Bandion haben Sie sowohl diese, wie Sie sagen, Demokratiegefahr von Leuten à la Dr. Wilfling — Machtausnützung und ähnliches — als auch finanzielle Fragen angeschnitten oder welcher Themenkreis wurde konkret da angeschnitten in diesem Gespräch ein Jahr vor dem Aktenvermerk?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es waren zwei Themenkreise. Der eine Themenkreis war die Forderung Wilflings, die heute schon ausführlich besprochen wurde. Ich habe damals dem Magistratsdirektor die Zahl von 3,5 Millionen Schilling genannt. Ich war der Meinung, man müßte 30 Monate eher nach Wilflings Gedankengängen auf volle drei Jahre machen. Ich habe diese Zahl korrigiert bei Delabro, weil ich da der Meinung war, vielleicht sollte man es eher, 30 Monate sind zwei Jahre, sehen.

Der zweite Themenkreis war die MED-CONSULT als Firma, an der die Gemeinde Wien in Form der ODELGA zu 50 Prozent beteiligt ist. Ich habe meiner Sorge darüber Ausdruck gegeben, daß das nicht funktionieren wird. Ich habe auch dem Dr. Bandion, der ja kurz vorher, ich glaube 1975, Generalbevollmächtigter der Stadt Wien für das Wiener Allgemeine Krankenhaus war und sich in der Problematik sehr gut auskannte, einen sehr langen Bericht gegeben über einesteils die Notwendigkeit einer technischen Betriebsführung bzw. eines einheitlichen Betreibers und meine Meinung, die ich gewonnen habe über die Notwendigkeit zur Einstellung dieses Bauwerkes, dessen Betriebskosten man nicht bezahlen wird können.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt eigentlich, daß schon in dem Vorgespräch mit Frau Bundesminister Leodolter Ihre Stoßrichtung war, mehr Sauberkeit, mehr sachliche Arbeit in diesen Bereich hineinzubringen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Frau Bundesminister Leodolter hat diese Gesprächsvermittlung nicht auf Grund meines Wunsches gemacht, sondern sie hat gesagt, sie ist überzeugt davon, daß es für den Herrn Magistratsdirektor wichtig wäre, mit mir zu reden. Das war also die Grundstimmung. Sie hat sich in das Allgemeine Krankenhaus eigentlich nie eingemischt, soweit ich dabei war. Sie hat sich auch damit nicht befaßt. Ich habe nur versucht, aus der Sicht der Dinge ein paar Leute zu finden. Ich war auch beim Herrn Vizebürgermeister Busek in der gleichen Angelegenheit und habe ihm gesagt, daß ich ernste Bedenken habe, wenn man so weitermacht, ob das sinnvoll ist. Aber alle diese Gespräche sind dann auf reiner Informationsebene steckengeblieben, es ist nichts passiert sozusagen.

Obmann Dr. **Steger:** Hat Herr Magistratsdirektor Dr. Bandion, dem Sie also das berichtet haben, etwas zugesagt, was jetzt geschehen wird? Hat er Ihnen irgend etwas als Reaktion Ihnen gegenüber geäußert?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja. Der Herr Magistratsdirektor hat gesagt, es ist sehr nett, was ich ihm erzähle, aber es liegen ja keine Beweise für eine ungesetzliche Handlung vor. Und die hatte ich tatsächlich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Aber er wird ja weiter gesagt haben, was er jetzt machen wird?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich glaube, daß er sich sehr bemüht hat in dieser Sache um Beweise.

Obmann Dr. **Steger:** Was hat er Ihnen konkret gesagt, was er machen wird? Hat er da etwas angedeutet? Hat er zugesagt, was da geschehen wird?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Sie müssen verstehen, daß ich als Staatsbürger einen sehr großen Respekt bei diesem Gespräch mit Dr. Bandion hatte und daß es mir nicht opportun erschien, ihn zu fragen, was jetzt geschieht.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben das sozusagen als Informationsgespräch für ihn aufgefaßt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja, so habe ich es aufgefaßt.

Obmann Dr. **Steger:** Nur, Herr Zeuge: Jetzt ist es ja unwahrscheinlich, daß man irgendwo hingeht und so etwas Umfangreiches sagt. Das wird ja länger gedauert haben: Eine Stunde wahrscheinlich, eine halbe Stunde. Wie lange war denn das Gespräch — als Zwischensatz — zirka?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es hat zwei Gespräche gegeben: Das eine ist also im Büro des Gesundheitsministers durchgeführt worden. Das hat etwa eine halbe Stunde oder dreiviertel Stunde gedauert.

Obmann Dr. **Steger:** Das war dieses vermittelte Gespräch, das im Büro bei der Frau Minister Leodolter?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja.

Das zweite Gespräch hat im Rehabilitationszentrum Hochegg stattgefunden. Ich bin dort, glaube ich, etwa zwei Stunden mit dem Magistratsdirektor zusammen gewesen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Sie sagen richtigerweise, als Staatsbürger haben Sie nicht gefordert zu erfahren, was jetzt geschieht. Aber ein zweistündiges Gespräch findet ja nicht ohne Reaktionen statt. Da sagt ja ein Gesprächspartner von sich einiges, was er jetzt an Vorstellungen hat. Wie waren die Reaktionen des Herrn Magistratsdirektors?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Reaktionen des Herrn Magistratsdirektors — und ich möchte jetzt noch einmal den Namen klar sagen, damit keine Verwechslung zwischen den beiden Direktoren stattfindet: es war Dr. Bandion — waren in der Richtung, daß er gesagt hat, er weiß, daß es hier böse Vorgänge gibt, es ist nur sehr, sehr schwierig, sie nachzuweisen. Und ich bin überzeugt, daß er auch geeignete Schritte eingeleitet hat, weil die Ereignisse des heurigen Jahres ja einige geeignete Schritte beweisen.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben dann als nächste Reaktion von Herrn Dkfm. Bauer gehört. Glauben Sie, daß Ihnen Ihr Gespräch mit Dr. Bandion wirtschaftlich geschadet hat in weiterer Konsequenz?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich glaube, daß mir jedes Gespräch rund um die Person Wilfling bisher wirtschaftlich geschadet hat.

Obmann Dr. **Steger:** Wissen Sie noch den Termin der beiden Gespräche, die Sie mit dem Herrn Magistratsdirektor gehabt haben? Ungefähr.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das eine muß gewesen sein — ich weiß nur ein Ereignis: es war kurz vorher der Medizinerball — im Februar oder im April 1979 — es war im Februar 1979 —, und das zweite Gespräch in Hochegg war, glaube ich, Ende April 1979.

Obmann Dr. **Steger:** Und wie schnell kam dann die Reaktion Ihres Partners Dkfm. Bauer?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Diese Reaktion war relativ zeitverzögert 1979, weil ich glaube, daß es sehr lange gedauert hat, bis er davon erfahren hat.

Obmann Dr. **Steger:** War das der Beginn des Auseinanderlebens mit Herrn Dkfm. Bauer als Gesellschafter?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein. Der Beginn des Auseinanderlebens war eigentlich schon viel früher. Das war der Zeitpunkt der Installierung des Herrn Spann als Geschäftsführer, wobei ich aus arbeitsmäßigen psychologischen Gründen sogar der war, der den Herrn Spann als Geschäftsführer vorgeschlagen hat, weil er gesagt hat, wenn er hier nichts werden kann, wird er die Firma verlassen. Er hat aber an so vielen Projekten teilgenommen, daß ich eine potentielle Gefahr für die Arbeitsfähigkeit gesehen habe. Jetzt habe ich vorgeschlagen, ihn zum Geschäftsführer zu machen. Was ich dabei nicht bedacht habe, ist, daß dann ein Dreiecksverhältnis zu entstehen drohte, Spann-Bauer-Rumpold, sodaß ich dann versucht habe, ihn wieder loszuwerden.

Obmann Dr. **Steger:** Was hat denn Herr Dkfm. Bauer konkret gesagt, als er gefragt hat wegen des Gespräches?

Zweimal hat er ja reagiert. Einmal hat er von sich aus — haben Sie gesagt — Sie gefragt — nach dem Gespräch —, und ein zweites Mal haben Sie ja mit ihm telephoniert direkt nach dem Dr.-Delabro-Gespräch.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Seine Reaktion auf das Gespräch 1979 weiß ich im Wortlaut nicht mehr. Sinngemäß etwa so, daß das von mir nicht geschickt war.

Obmann Dr. **Steger:** Warum „nicht geschickt"?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja. Es gab ein Wort, das in diesem Zusammenhang einmal gefallen ist. Ich weiß jetzt nicht, ob es das war. Unter Anführungszeichen würde ich setzen: „In der Familie stiehlt man nicht."

Obmann Dr. **Steger:** Und nach dem zweiten Gespräch?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nach dem zweiten Gespräch war das für mich sehr bedrohlich, denn ich habe zuerst einen Anruf bekommen. Ich weiß es noch sehr genau. Ich bin in der AKPE gesessen bei Direktor Schwaiger. Es war, glaube ich, der Zeitpunkt, wo der Kontrollamtsbericht zum ersten Mal in die AKPE geliefert wurde und gleich nachher wieder abgeholt

wurde. So irgend etwas hat sich da abgespielt. Da bekam ich einen Anruf, ich soll dringend Bauer anrufen. Unter „dringend Bauer anrufen" habe ich im letzten Jahr verstanden: Es ist unbedingt eine halbe Stunde Denkpause zu machen, denn man weiß nicht, was passieren kann. Ich habe ihn dann angerufen nach der halben Stunde. Seine Reaktion war, daß er mir die Wirtschaftspolizei auf den Hals hetzen wird, und ich solle um 3 Uhr zu ihm ins Büro kommen.

Ich habe daraufhin Dr. Bandion angerufen, ob er mich empfängt. Das hat er getan. Er hat mit mir gesprochen. Er hat gesagt: Es besteht überhaupt keine Gefahr, ich soll doch Bauer sagen, daß es nicht ihn betrifft. Bandion hat mir geraten, hinzugehen. Das war dann nach diesem Telephongespräch mit Bauer. Ich habe ihn von dort aus angerufen.

Daraufhin habe ich mir überlegt: Wenn ich allein in die Consultatio gehe, dann bin ich dort allein und ich habe dort fünf gegenteilige Zeugen.

Jetzt bin ich zu meinem Rechtsanwalt gegangen, dem Dr. Schmautzer, habe von dort noch einmal angerufen und habe gesagt, ich treffe mich mit ihm gern in einem Kaffeehaus. Daraufhin hat Bauer gesagt: Das geht nicht, denn bei ihm sitzen schon zwei Rechtsanwälte und warten zusammen mit ihm auf mich. Daraufhin habe ich gesagt: Dann werde ich den Termin absagen.

Obmann Dr. **Steger:** Wann kam es dann zu dem Gespräch mit Dkfm. Bauer?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Zu diesem Thema nicht mehr. Es kam dann eine Inquisition des Rechtsanwaltes von Dr. Wilfling bei meinem Rechtsanwalt, was ich nun eigentlich bei Delabro gesagt habe, denn Wilfling will mich klagen. Zu dem ist es dann nicht gekommen, weil Delabro, glaube ich, die Unterlagen nicht aus der Hand gegeben hat — zumindest nicht vorzeitig —, sondern es stand erst einige Tage später in der Zeitung.

Obmann Dr. **Steger:** Aber Herr Zeuge: Bei dem, was Sie bei Dr. Delabro angegeben und unterschrieben haben, war doch Dkfm. Bauer dabei, also bei dem Vorfall, den Sie unterschrieben haben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein, auf gar keinen Fall.

Obmann Dr. **Steger:** Bei dem Vorfall, wo 2,5 oder 3,5 Millionen verlangt wurden, da war er doch dabei.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Da war er dabei. Richtig.

Obmann Dr. **Steger:** Hat er Ihnen dann im nachhinein, als diese Drohungen ausgesprochen wurden, von denen Sie heute berichten, je etwas gesagt, etwa, daß das nicht wahr ist, daß das nicht so gewesen ist? Oder hat er auch da noch Bezug darauf genommen, daß er sich erinnern kann an den Vorfall?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein. Seine Reaktion war, daß er gesagt hat: Wilfling und ich haben so viele Gespräche geführt, und da sind so viele Details genannt worden, er kann sich daran nicht erinnern.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Bauer hat irgendwann von Ihrem Bandion-Gespräch erfahren?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wieso haben Sie sich im Rehabilitationszentrum Hochegg getroffen? War jemand dort auf Kur?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Der Herr Magistratsdirektor war dort vier Wochen auf Kur.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Diplomingenieur! Sie haben auf die Frage des Herrn Abgeordneten Kohlmaier gesagt, zum Teil waren Sie überrascht, zum Teil waren Sie nicht überrascht von den Forderungen. Es gab damals Gerüchte, haben Sie dann vor sich hingemurmelt. Ich weiß nicht, ob das im Protokoll steht. Ich habe es verstanden. Welcher Art Gerüchte waren das?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich glaube, es war damals eine Serie von Zeitungsartikeln im „profil" über Bankverbindungen Wilflings in der Schweiz, Vesta und so weiter. Ich kann das aber heute nicht mehr genau präzisieren. Es hat damals eine Gerüchtewelle gegeben, die besagt hat, daß Wilfling, wenn es geht, Geschäfte so macht, daß dabei für ihn etwas abfällt.

Ich muß Ihnen sagen: Ich komme ja in den 150 österreichischen Krankenanstalten laufend herum. Man hört Geschichten — wenn man die aufzeichnen würde! —, die sich aus der angeblichen Verkaufspraxis des Dr. Wilfling ergeben. Einer hat mir erzählt, er würde auf ein Bankkonto in Wien, wenn er nur von ihm irgendwelche Spritzen kauft, pro Spritze 50 Groschen überwiesen bekommen und so weiter. Man kann das nicht verfolgen. Aber es hat ein Klima gegeben, wo die Überraschung für mich nicht mehr so groß war.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Bei der Befragung durch den Herrn Vorsitzenden ist für mich der Eindruck entstanden, Sie haben irgend etwas befürchtet, irgendeine Konsequenz oder irgendeine berechtigte Drohung durch Dkfm. Bauer. Wodurch ist dieses gespannte Verhältnis zwischen Ihnen und Bauer entstanden und welche Art von Drohung haben Sie befürchtet?

194 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Denn wenn Ihr Verhältnis rein gesellschaftsrechtlich in Ordnung war: Welche Konsequenzen konnte dann Bauer ziehen, und was hatten Sie zu befürchten?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe damals das befürchtet, was jetzt passiert ist. Denn mir war immer klar — oder mir scheint es klar —, daß der Einfluß von Dr. Bauer so weit geht, daß er mir jede Unannehmlichkeit von seiten der Finanzbehörde zuschanzen kann. Ich habe zum Beispiel eine pfandweise Beschreibung meiner Wohnung gehabt, und vor der Tür — es ist interessant — ist ein Polizist gestanden, der mit einer ÖKODATA-Mitarbeiterin verheiratet ist. Ich glaube zwar an viele Zufälle, aber nicht an alle.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt: Sie haben — wenn ich von vorhin fortsetzen darf — die Drohung, daß Ihnen Herr Dkfm. Bauer die Wirtschaftspolizei schicken wird, ernst genommen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe sie ernst genommen, und sie ist auch von einer Sekretärin von mir aufgezeichnet worden. Darüber gibt es einen Aktenvermerk.

Obmann Dr. **Steger:** Wie heißt die Sekretärin? Können wir den Aktenvermerk bekommen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Den Aktenvermerk kann ich Ihnen zustellen. Die Sekretärin ist in dieser Woche auf Urlaub, sie wird aber nächste Woche kommen. Es ist das Fräulein Ulrike Mittermeier.

Obmann Dr. **Steger:** Wir werden das für das Protokoll festhalten

Den Aktenvermerk können Sie dann sicher auch bei Ihrer Gerichtseinvernahme vorlegen, und wir bekommen das ja von dort dann mit dem Akt zurück.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Aber sehr spät.

Obmann Dr. **Steger:** Allenfalls können Sie uns eine Kopie davon vielleicht direkt zustellen.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Herr Vorsitzender! Ich kann nicht sagen, ob ich diesen Aktenvermerk vor nächsten Montag zustellen kann, und zwar aus einem einfachen Grund. Es gab so viele Hausdurchsuchungen und Sachen, sodaß ich nicht mehr weiß, wo die Dinge im Moment sind. Es wird das ein bißchen dauern.

Obmann Dr. **Steger:** Halten Sie es für denkbar, daß Ihnen auch solche Aktenvermerke abgenommen wurden?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es war vorgestern, am Montag. Meine Frau kommt von der Reise zurück und stellt den Koffer hinein; es sind zwei Herren der Wirtschaftspolizei da; drei Herren der Polizei; Hausdurchsuchung. Bei dieser Hausdurchsuchung wurden so viele belanglose Zettel mitgenommen, daß ich gar nicht verstehe, was gesucht wurde. Ich weiß daher auch nicht mehr, was jetzt bei mir im Haus ist, was wo anders ist. Ich muß das erst langsam wieder feststellen.

Obmann Dr. **Steger:** Jedenfalls: Die Dame gibt es ja noch, die das geschrieben hat und die das auch bestätigen kann.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die gibt es.

Obmann Dr. **Steger:** Für einen Rechtsanwalt ist vor allem abwegig, daß Herr Dkfm. Bauer die Wirtschaftspolizei schicken kann. Es ist denkbar, daß er eine Zusammenarbeit mit einem anderen Personenkreis hat, von Betriebsprüfern bis zur Steuerfahndung. Ich sage: Rein theoretisch ist es denkbar, daß man dorthin gute Kontakte hat. Nur die Wirtschaftspolizei ist in einem ganz anderen Zusammenhang tätig und hat eine ganz andere Behördenstruktur, wo auch normalerweise der Kontakt nicht da ist. Wieso haben Sie angenommen, daß die Drohung mit der Wirtschaftspolizei eine echte Drohung sein kann?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Weil ich jede Drohung des Dkfm. Bauer sehr erst genommen habe. — Erstens das.

Warum er mit der Wirtschaftspolizei gedroht hat, das wußte ich nicht, er hat aber immer gesetzlich definierte Ausdrücke verwendet. Ich darf darauf hinweisen, daß ich zum Zeitpunkt meines Ausscheidens ein Schreiben der ÖKODATA bekommen habe, wo ich aufgefordert werde, binnen einiger Stunden oder Tage schriftlich bekanntzugeben, wem ich zum Zwecke der Erzielung von Umsätzen der ÖKODATA Geldzuwendungen gemacht habe.

Ich habe durch meinen Rechtsanwalt geantwortet und habe gesagt: Die Buchhaltung wird immer von der Consultatio geführt. Es ist dort alles verzeichnet. Jeder Zahlung stehen Gegenleistungen gegenüber.

Daraufhin bekam ich einen Brief, ich hätte meine Geheimhaltungsverpflichtung verletzt, weil irgendein Rechtsanwalt geschrieben hat. — Nur daß Sie sehen, wie die Dinge hier in etwa laufen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Dkfm. Bauer ist ja Gesellschafter und Geschäftsführer einer Gesellschaft, nämlich der Consultatio, wo es Beteiligungsverhältnisse der Familie Androsch und auch des Herrn Vizekanzlers gibt.

Ist Ihnen etwas bekannt, daß der Herr Vizekanzler verständigt wurde über die Gründung der ÖKODATA mit der Beteiligung des Herrn Dkfm. Bauer, der gleichzeitig in einer anderen

Gesellschaft, eben in der Consultatio, Gesellschafter war?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich glaube sehr wohl, daß Herr Dkfm. Bauer den Herrn Vizekanzler informiert hat, weil er ja in seinem Vertrag als Beteiligter und Geschäftsführer der Consultatio eine Klausel haben wird, die ihm andere Betätigungen in irgendeiner Form erlaubt oder verbietet. Ich habe aber keine konkreten Hinweise, daß das geschehen ist.

Obmann Dr. **Steger:** Sie nehmen an, daß es das im Vertrag gibt. Sie aber haben den Vertrag nicht gesehen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe den Vertrag nie gesehen.

Obmann Dr. **Steger:** Hat Dkfm. Bauer je behauptet, daß es Reaktionen des Herrn Vizekanzlers gibt zu dieser Gründung? Hat er etwas erzählt über diesen Themenkreis?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Hat er bei seinen Drohungen — das, was Sie uns berichtet haben, waren Drohungen; ob Erpressung, ob Nötigung, das lassen wir jetzt alles dahingestellt; im normalen Sprachgebrauch waren es Drohungen — sich je bezogen auf Kontakte mit anderen Personen, insbesondere zum Herrn Vizekanzler?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** War für Sie dieser Kontakt in der anderen Gesellschaft mit ein Grund, warum Sie geglaubt haben, daß die Furcht bei Ihnen besonders groß sein muß?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Bitte noch einmal.

Obmann Dr. **Steger:** War sozusagen die Furcht bei Ihnen deswegen größer, weil Sie gewußt haben, daß Dkfm. Bauer in einer Gesellschaft drinnen ist mit jemandem sehr Mächtigen für den Finanzbereich, nämlich mit dem Finanzminister?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein. Ich habe hier keinen Zusammenhang gesehen.

Wenn ich diese Frage ein bißchen weiter beantworten darf: Für mich war es ein ungelöstes Problem, wie der Herr Vizekanzler den Herrn Bauer in seiner Kanzlei dulden kann, wo ich Herrn Bauer vorgeschlagen habe, doch seine ÖKODATA-Beteiligung aufzugeben. In meinem politischen Denken gibt es zwei Dinge: Das eine ist, was rechtlich möglich ist, und das andere ist, was politisch zweckmäßig ist.

Und mir ist die direkte Verbindung Bauer-ÖKODATA, nachdem das ÖKODATA-Geschäft einen gewissen vorher nicht in dieser Höhe beabsichtigten Umfang erreicht hat, als politisch nicht zweckmäßig erschienen.

Obmann Dr. **Steger:** Und Sie haben auf Grund der Höhe des Geschäftes der ÖKODATA eine gewisse Phase lang angenommen, daß ein Ausscheiden aus der Consultatio denkbar wäre.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Meine Vorschläge waren natürlich eigennützig, das sage ich ganz offen. Ich habe gesagt: Er soll mir doch die Anteile übertragen.

Obmann Dr. **Steger:** Hat es dort schon Reibereien gegeben, als Sie diesen Vorschlag gemacht haben? Wann war das ungefähr, als Sie diesen Vorschlag gemacht haben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Diese Vorschläge habe ich eigentlich laufend gemacht. Ich glaube, ich habe damit 1978 begonnen.

Obmann Dr. **Steger:** Hat das zu Reibereien geführt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich glaube, das hat zu keinen Reibereien geführt, sondern das wurde nicht ernst genommen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben in diesen Gesprächen über das Ansinnen Wilfling und über die Rolle Wilfling sowohl den Herrn Magistratsdirektor als auch mutmaßlich indirekt die Frau Minister informiert. Damit standen ja doch 3,5 oder 2,5 Millionen Schilling im Raum.

Bleiben Sie angesichts dessen, was Sie uns jetzt — wie ich glaube: richtigerweise — erzählt haben, noch bei der Anmutung, daß der Herr Wilfling — kann auch sein: durch den Herrn Bauer — kein Geld bekommen hat? Bleiben Sie dabei, daß Wilfling keinerlei provisionsähnliche Zahlungen von der ÖKODATA bekommen hat?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich bleibe dabei, daß Wilfling von der ÖKODATA keine Provision oder provisionsähnliche Zahlungen bekommen hat.

Ich möchte darauf hinweisen, daß es drei Geschäfte — oder zwei Geschäfte — gibt, wo so etwas ja gar nicht notwendig war. Das waren alle jene Geschäfte, wo die ODELGA mit der ÖKODATA einen Auftrag übernommen hat — hier stellt sich die Frage ja gar nicht —, und in der Betriebsorganisation habe ich ausführlich die Sachen dargelegt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich darf Ihnen jetzt vorhalten, warum Wilfling — und vielleicht war es Bauer, der das veranlaßt hat — verhaftet wurde: Der wurde nicht nur verhaftet wegen der Provision in der Höhe von 3,5 Millionen Schilling — wegen des Verdachtes, daß die ÖKODATA eine Provision in der Höhe von 3,5 Millionen Schilling in unzulässiger Weise vereinbart hat —, sondern auch wegen des Verdachtes, einen Betrag von 1,2 Millionen Schilling als Schmiergeld bezogen zu haben. Wer könnte, wenn Sie — Sie sind ja immer noch Gesellschafter der ÖKODATA — es nicht

waren, dem Herrn Wilfling 1,2 Millionen Schilling ausgezahlt haben oder die Auszahlung veranlaßt haben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** In der Zeit meiner Geschäftsführertätigkeit ist das aus Geldern der ÖKODATA unmöglich gewesen. In der Zeit nachher weiß ich es nicht. Ich war bis 15. Jänner dieses Jahres voll verantwortlicher Geschäftsführer.

Obmann Dr. **Steger:** Bei dem Auftrag ABO Betriebsorganisation wurde angeblich eine sehr hohe Rückstellung gebildet. Ist Ihnen darüber etwas bekannt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es wurde bei dem ABO-Auftrag eine Rückstellung für 1978 gebildet, die ich zum Teil selbst gebildet habe. Diese Rückstellung beläuft sich, glaube ich, auf etwa — nageln Sie mich jetzt nicht auf die Zahl fest — 2 Millionen Schilling — oder vielleicht sind es 3, ich weiß es nicht genau bitte —, die sich zusammensetzt aus dem Pönalerisiko, das im Vertrag verankert ist, das man genau berechnen kann, und die zweite Komponente ist die vereinbarte Nacharbeitszeit. Es gibt in dem Vertrag einen Passus, daß sich die Arbeitsgemeinschaft verpflichtet, bis zu drei Monaten nach Beendigung der normalen Laufzeit weitere Leistungen zu erbringen, um Dinge noch zu verbessern.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen etwas bekannt darüber, wieso dieser Betriebsorganisationsauftrag nur im Ausland ausgeschrieben wurde?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Motive kenne ich nicht. Ich war über die Ausschreibung sehr überrascht, weil ich diese Ausschreibung in der „Frankfurter Allgemeinen" gefunden habe, dann die AKPE-Direktoren befragt habe nach dem Zweck dieser Maßnahme und sie gesagt haben, sie wollen sich ein gutes Bild vom europäischen Beratungsmarkt für diese Sparte bilden.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie vor dieser Ausschreibung schon etwas von diesem Auftrag gewußt? Haben Sie solche Gespräche geführt oder waren Sie bei solchen Gesprächen dabei?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe seit 1976 Gespräche über die Notwendigkeit der Betriebsorganisation mit dem AKPE-Vorstand geführt. Ich habe mich schon, glaube ich, lange vor dieser Ausschreibung oder vor diesem Annoncentext in der Zeitung — siehe auch Schreiben 1977 über Gründung einer Bietgemeinschaft — mit dem Thema „Betriebsorganisationsplanung AKH" beschäftigt.

Obmann Dr. **Steger:** Wann erstmals war diesem Personenkreis in ungefähren Konturen klar, wer in dieser ABO, bei diesem Betriebsorganisationsauftrag drinnen sein wird?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Aus meiner Warte gab es eine Kontur, und die anderen waren mir zunächst nicht wichtig. Ich wollte haben, daß die ÖKODATA dabei ist. Das ist, glaube ich, selbstverständlich, wenn ich dafür verhandle.

Es gab von mir dann die Überlegung, daß die ÖKODATA ja selbstverständlich den Auftrag nicht allein machen kann, weil wir unbedingt auf den Transfer von Know-how aus aktuellen neuen Bauten im Ausland angewiesen sein werden. Das war die eine Überlegung. Da gab es verschiedenste Firmen, die diese Bedingungen erfüllen können. Gesprochen ist worden über das DKI in erster Linie, auch über die MEDIPLAN, Suter & Suter erinnere ich mich, war da im Gespräch. Und die zweite Achse war die Notwendigkeit, die ich persönlich auch vertreten habe, den Professor Riethmüller hier einzubinden, um die Kontinuität der Arbeit zu wahren.

Obmann Dr. **Steger:** Am 28. Jänner 1976 gab es ein Gespräch Dipl.-Ing. Rumpold, Dr. Wilfling und Direktor Winter. Da gibt es den ersten Aktenvermerk über die Beteiligung einzelner Firmen am — wie es so schön heißt — BO-Kuchen. Können Sie sich an das Gespräch erinnern?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** An das Wort „BO-Kuchen" kann ich mich im Detail nicht erinnern. Aber ich kann mich erinnern, daß Winter immer eine sehr spezielle Wortwahl hatte. Ich würde, glaube ich, aus vielen Hunderten herauskennen, ob er etwas geschrieben hat oder andere. Ich habe mit Wilfling, mit Winter, mit Schwaiger, mit Bauer eine Unzahl von Gesprächen geführt über die Betriebsorganisation, über den Zusammenschluß entsprechender Firmen. Diese Gespräche haben dann letztendlich auch die Gruppierung erzeugt, die dann 1977 in schriftlicher Form an die AKPE herangetreten ist.

Danach wurde, glaube ich, eine Ausschreibung von der AKPE im Verfahren einer beschränkten Ausschreibung gemacht, wobei bei dieser Ausschreibung relativ schwierig war, ein entsprechendes Anbot daraufhin zu erstellen. Es wurde dann von unserer Gruppe der AKPE ein Anbotstext vorgelegt, der nicht genau dieser Ausschreibung entsprochen hat, weil wir der Meinung waren: Wenn man die Ausschreibung so in das Angebot einarbeitet, wie sie vorlag, ist das fast nicht möglich oder unmöglich.

Obmann Dr. **Steger:** Gab es damals am österreichischen Markt noch andere Firmen für derartige Betriebsorganisationsaufgaben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es ist möglich, daß sich, im nachhinein betrachtet, viele Firmen als geeignet erklären. Meines Wissens hat es damals am österreichischen Markt keine weiteren Firmen gegeben.

Obmann Dr. **Steger:** Es gibt nach diesem Aktenvermerk — ich habe jetzt gerade einen vom 28. Jänner 1976 vorgelesen — Aktenvermerke, die vom AKPE-Direktor Winter stammen. Dann gibt es einen weiteren vom 3. 2. 1976. Da sollen nur Sie und Herr Direktor Winter dabeigewesen sein, ohne Wilfling. Damals soll besprochen worden sein: ÖKODATA, AGIPLAN und Professor Riethmüller zu je einem Drittel. Hier heißt es wörtlich: „+Wilfling Sub + Mediplan eventuell Sub". Können Sie sich daran erinnern?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe schon ausgeführt, daß es viele Gespräche und viele Konstruktionsmodelle für die Zusammenstellung einer geeigneten Gruppe gegeben hat. Ich möchte noch einmal auf die Mediplan zurückkommen, warum die hier eine Rolle spielt. Die Mediplan hat in der Person des Professor Sienkiewicz zusammen mit Kaufmann und Seitz — ich glaube, Seitz ist der Mediplan-Mensch gewesen — dieses Gutachten zum Zeitpunkt des Tätigkeitsbeginns der AKPE geschrieben. Dieses Gutachten war damals für mich eine wirklich profunde Sammlung von Dingen, die verbessert gehören. Es ist leider in vielen Bereichen bis heute noch nicht dazugekommen, dem Gutachten zu folgen, aber aus der Sicht, daß es dort einen Mann gibt, der schon Erfahrung hat, und auch aus der Potenz der Mediplan war immer Mediplan ein Gesprächspunkt.

Obmann Dr. **Steger:** Das bezieht sich jetzt sinngemäß auf dieses Gespräch vom 3. 2. 1976, wobei Sie sagen, Sie können sich nicht im einzelnen an die Gespräche erinnern.

Es gibt eines vom 3. 11. 1976. Da gibt es wieder einen handschriftlichen Aktenvermerk, in dem es zu diesem Themenkreis heißt: „BO-Vorgangsweise; DKI + Öko + Odelga + Mediplan (under pressure)".

Wir haben schon mehrfach versucht, dem näherzukommen, was dieses „under pressure" heißt. Ich glaube, auch der Herr Abgeordnete Dr. Feurstein wollte von Ihnen etwas darüber erfahren. Was heißt — die Gesprächsteilnehmer waren also Wilfling, Schwaiger —, das steht ohne Titel hier — Rumpold, ego, das heißt Winter —, dieses „under pressure" in diesem Zusammenhang aus Ihrer Sicht?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Aus meiner Sicht habe ich bei all diesen Konstruktionen andere Firmen nicht geliebt. Das ist klar, denn je mehr Firmen dabei sind, umso geringer wird unser Anteil. Auf der anderen Seite habe ich aber die Notwendigkeit sehr wohl verstanden, potente Firmen, die an kürzlich gebauten Krankenanstalten mitgearbeitet haben, damit man die letzte Entwicklung miteinbeziehen kann, zu beteiligen. Ich weiß heute noch relativ gut, daß die Firma Mediplan in Österreich verschiedene Beratungsaufträge — ich glaube, sie hat sogar den Vorarlberger Krankenanstaltenplan gemacht — übernommen hat. Nur habe ich mit der Mediplan aus dem Beratungsauftrag, den sie im Krankenhaus Oberpullendorf gemacht hat, ein derartig negatives Erlebnis gehabt, daß ich gesagt habe, warum muß die Mediplan dabei sein oder warum sollte die dabei sein. Ich glaube, das „under pressure" bezieht sich darauf, daß vielleicht andere Stellen gerne die Mediplan dabei haben wollten. Das kann ich nicht sagen, aber es war sicher kein „pressure" aus der Gesprächsrunde, die dort war.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist auch ganz logisch, das habe ich Ihnen auch nicht unterstellt, daß Sie Druck ausgeübt haben, um die Mediplan hineinzubringen. Ich wollte nur gerne wissen, ob Sie eine Erinnerung haben, wer allenfalls „pressure" — „pressure" ist ja für alle Beteiligten trotzdem Druck, der ausgeübt wird, auch wenn uns der Herr Dipl.-Ing. Winter relativ lang erklärt hat, daß er nicht mehr so genau weiß, was das Wort „pressure" jetzt wirklich heißen könnte — ausgeübt hat.

Haben Sie aus dieser Gesprächsführung noch im Gedächtnis, wer das gewesen sein könnte, der hinter dem Klammerausdruck „under pressure" steht? Sehr viele Beteiligte gab es ja nicht. Vier Leute haben mitgehört: Wilfling, Schwaiger, Rumpold und Winter. Wer kann es selber gewesen sein oder erwähnt haben, daß jemand anderer Wichtiger da Druck ausübt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Also an das Wort „under pressure" kann ich mich nie erinnern, aber das kommt vielleicht daher: Schauen Sie, jeder, der nicht gut englisch kann, verwendet Worte, deren Bedeutung ganz anders sind. Das ist sehr schwierig.

Obmann Dr. **Steger:** Spricht er so schlecht Englisch? Sie waren mit ihm ja mehrfach im Ausland, in Südafrika zum Beispiel.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Wenn ich mit seinem Englisch meine Auslandsaufenthalte bestreiten müßte, dann wäre ich nicht sehr glücklich.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt also, Sie glauben, es könnte etwas anderes heißen, oder heißt das, Sie haben nicht mehr in Erinnerung, wer von den vier Leuten damals die Mediplan ins Spiel bringen wollte. Sie waren es sicher nicht?

198 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich war der, der am liebsten niemanden gehabt hätte. Ich habe gesehen, ein paar müssen sein, und die Firma Mediplan habe ich sicherlich nie genannt, obwohl der Geschäftsführer, der damals beim AKH tätig war ... Sie müssen ja wissen, es gibt beim AKH im Laufe der Jahre relativ viele Beratungsfirmen, die tätig waren. Die Mediplan hat damals, glaube ich, mit Professor Riethmüller das Raum- und Funktionsprogramm erstellt. Ich weiß nur, daß Winter immer die Mediplan vorgeschlagen hat.

Obmann Dr. **Steger:** Aus Ihrer Erinnerung war es höchstwahrscheinlich der Winter selbst?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Im Vermerk ist in seiner Schrift — möglicherweise in seinem mangelhaften Englisch — festgehalten „under pressure", sodaß jedenfalls auch er in diesem Gespräch nicht genannt hat, wer das von ihm allenfalls verlangt hat. Haben Sie darüber eine Erinnerung?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein. Wir haben auch nicht englisch gesprochen, daher ...

Obmann Dr. **Steger:** Was hier in der Handschrift von Herrn Winter steht, das steht Gott sei Dank deutsch da, also da wird er das sicher richtig festgehalten haben.

Ich lese es wörtlich vor: „Wilfling lehnt begleitende Prüfung ab; es darf niemand über der BO-Planungsgruppe stehen." Darf ich Sie fragen, was Sie da für Erinnerungen haben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja, es war ja immer die Rede davon, daß der gesamte Bau durch eine begleitende Prüfung überwacht werden sollte.

Obmann Dr. **Steger:** Controlling auf englisch.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Na, so ist es, glaube ich, nicht verstanden worden. Ich war auch kein Freund dieser begleitenden Prüfung, wenn sie von auswärts gemacht wird. Denn je mehr Leute da mitarbeiten, mit umso mehr Personen müssen Sie reden. Winter wollte aber — ich glaube, es war damals ein gezielter Versuch — eine dritte Firma, das war die Mediplan, als begleitende Bauprüfung einschalten.

Obmann Dr. **Steger:** Und warum kam es nicht dazu?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Sie haben — ich war leider vormittag nicht da, vielleicht war das vormittag auch schon der Fall — bei einer Frage gesagt: Darauf gebe ich keine Antwort. Jetzt sind Sie ersucht worden, als Zeuge auszusagen, Sie sind ja in keiner Weise Beschuldigter. Könnten Sie sich nicht noch einmal überlegen, nachdem hier eine Frage gestellt wurde nach Beteiligung bei der Gesellschaft, die die Flugzeuge besitzt, ob Sie nicht doch sagen könnten, wer die anderen Anteile hat.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Wenn das wichtig ist: Die anderen Anteile haben Dr. Schmautzer und Dr. Kunze.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Ja. Mir ist es um eine Grundsatzfrage gegangen.

Nun vielleicht doch zu dem anderen Komplex, der jetzt im Mittelpunkt gestanden ist. Sie haben ziemlich wörtlich gesagt, daß Sie ernste Bedenken hätten, ob es sinnvoll wäre, wenn man so weitermachen würde. Ab wann haben Sie diese ernsten Bedenken gehabt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ab dem Zeitpunkt, wo ich genügend Einblick in die Dinge gehabt habe. Ich bin etwa ein halbes Jahr lang täglich einige Stunden in der APAK gesessen und habe aus dieser Sicht eine relativ gute Kenntnis erlangt, was hier vorgeht.

Das Problem dieses Krankenhausbaus war schon immer, daß die Planungs- und Errichtungszeit die Zeit der Verdoppelung des medizinischen Wissens um das Dreifache übersteigt. Es kann also niemals ein Krankenhaus werden, das den modernsten Ansprüchen genügt, weil sich das Wissen in der Zwischenzeit vervierfacht hat.

Eine simple Rechnung, die Sie anstellen, wenn Sie also sagen: Die Betriebskosten eines Krankenhauses sind heute international etwa 25 bis 33 Prozent der Errichtungskosten. Sie rechnen die Finanzierungskosten weg, dann haben Sie ziemlich genau einen Richtwert für die Betriebskosten. Wenn Sie das ausrechnen, dann sehen Sie, daß bisher immer noch weniger verbaut wurde, als die Betriebskosten von eineinhalb bis zwei Jahren ausmachen. Und deshalb meine Überlegung.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Noch einmal. Ab wann würden Sie diesen Zeitpunkt jetzt festsetzen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich würde sagen, es war ...

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Wann sind Ihnen diese Erkenntnisse, die ja doch von einer gewissen Tragweite zumindest für Sie persönlich waren, gekommen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Erkenntnisse sind mir bald gekommen, aber auch die Erkenntnis, daß mein Gedanke nicht verwirklichbar ist. Das muß ich dazu sagen. Denn der Politiker, der das aushält, sich hinzustellen und zu sagen,

das lassen wir auf und bauen dafür zwei oder drei kleinere Krankenhäuser, den gibt es meiner Meinung nach nicht.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Können Sie dieses „Ziemlich bald" irgendwo in Jahreszahlen, in Monaten oder so ausdrücken?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das ist sicherlich 1976, denn wir haben einen Mitarbeiter, der die Sache auch sehr ernst genommen hat und in seiner pointierten Weise immer vorgeschlagen hat, das AKH zu plastifizieren als Denkmal des unbekannten Planers.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Also 1976. Wann sind Sie zu Dr. Bandion gegangen und haben ihm diese Bedenken mitgeteilt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** 1979. Mein Gesprächspunkt waren nicht diese Bedenken, das war eine Begleiterscheinung. Mein Gesprächspunkt war das Thema Dr. Wilfling.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Warum haben Sie Ihre Bedenken, die Ihnen bereits 1976 gekommen sind, nicht schon damals Dr. Bandion mitgeteilt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich hatte damals keinen Zugang zu ihm, und ich habe auch nie an ein Gespräch gedacht. Das Gespräch ist erst durch Vermittlung von Frau Bundesminister Leodolter zustande gekommen.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Aber diesen Kontakt hatten Sie ja schon zu diesem Zeitpunkt. Nachdem Sie heute besonders betont haben, was besonders wertvoll ist, Ihre Verantwortung als Staatsbürger, dann hätten Sie, nachdem Sie ja nicht einen unbedeutenden Auftrag in diesem Rahmen mit zu erledigen hatten, die Bedenken schon früher mitteilen können.

Aber jetzt konkret zu diesem Gespräch mit Dr. Bandion. Was war der Inhalt des Gesprächs mit Dr. Bandion bezüglich der MED-CONSULT?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Der Inhalt des Gesprächs Dr. Bandion — MED-CONSULT waren zunächst meine Bedenken, daß die MED-CONSULT noch immer keine geeigneten Mitarbeiter mobilisiert hat, die den Auftrag erledigen können.

Das zweite in diesem Zusammenhang war, daß ich dem Dr. Bandion darüber berichtet habe, daß Wilfling an mich herangetreten ist, doch die Arbeit der MED-CONSULT zu erledigen, und ich das abgelehnt und auf das Institut Lohfert in Hamburg verwiesen habe, das das erledigen könnte und das, glaube ich, auch einige Monate im Auftrag der MED-CONSULT gearbeitet hat.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Sie haben zuerst erwähnt, daß Sie Herrn Vizebürgermeister Busek informiert hätten. Was war der Inhalt dieser Information?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Der Inhalt dieser Information war im wesentlichen, daß ich ihm gegenüber meine Bedenken geäußert habe, daß man doch aus Wiener Sicht das Ganze überdenken und trachten sollte, ob nicht dieser Bau durch eine Umplanung oder durch sonst etwas abgeändert werden kann.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Wann war dieses Gespräch?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das Gespräch mit Dr. Busek — das kann ich zeitlich sehr schlecht fixieren — müßte 1977 gewesen sein.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Das heißt, wenn ich das jetzt richtig in meiner zeitlichen Skala zu ordnen versuche, daß Sie, bevor Sie Dr. Bandion informiert haben, Dr. Busek über Ihre grundsätzlichen Bedenken gegen den Spitalsbau informiert haben. Ist das richtig?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja. Es war ja damals ein offenes Geheimnis. Ich darf daran erinnern, daß Dr. Bandion in seiner Eigenschaft als Generalbevollmächtigter für das AKH diesen Gedanken sogar Ende 1975 oder Ende 1974 einmal ventiliert hat. Ich glaube, das kann man nachlesen. Es war nichts Überraschendes.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Noch einmal für mich. Ihnen sind die Bedenken 1976 gekommen, 1977 haben Sie Dr. Busek informiert, und 1979 haben Sie über Vermittlung der Frau Minister Leodolter ein Gespräch mit Dr. Bandion über diese, aber auch über andere Fragen geführt. Wie war die Reaktion von Herrn Vizebürgermeister Busek in diesem Zusammenhang?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Der war sehr interessiert, hat mir aber zu verstehen gegeben, daß er auf Grund der politischen Lage hier auch nicht sehr viel machen kann. So ähnlich dürfte es gewesen sein.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Wie lange hat dieses Gespräch mit Dr. Busek gedauert?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich glaube, etwa eine halbe bis dreiviertel Stunde.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): War es schwierig für Sie, diesen Termin beim Herrn Vizebürgermeister zu bekommen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein, ich kannte den Herrn Dr. Busek schon aus früherer Zeit.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Die Frage in der Öffentlichkeit ist vielfach die, daß man mit

den Größenordnungen über den ABO-Auftrag natürlich nicht sehr leicht zu Rande kommt. Könnten Sie kurz versuchen, uns zu erklären und darzulegen, welche Gewinnmargen Sie bei diesem ABO-Auftrag kalkuliert haben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Gewinnmarge kann ich nicht darlegen. Die wird sich erst nach Abschluß der Arbeit genau zeigen. Ich kann Ihnen aber darlegen, wie man zur Kalkulation eines solchen Auftrages kommt.

Die Grundlage der Kalkulation sind wie immer Erfahrungen an anderen Orten, an anderen Stellen. Es gab und gibt genügend Großbauten in der Bundesrepublik Deutschland, die schon abgeschlossen sind, an denen man jetzt das Prozentverhältnis von Betriebsorganisationsplanung zu Gesamtbaukosten ermitteln kann.

Die nächste Kalkulationsgrundlage ist: Man nimmt die geplante Dauer des Auftrages, versucht, eine Mannschaft in einem Organisationsdiagramm aufzuzeichnen, zählt ab, wie viele Köpfe es sind und kommt auf die Summe der Mannjahre. Jetzt multipliziert man das mit den Kosten eines Mannjahres oder eines Manntages und hat das Grundgerüst.

Nächste Frage: Gibt man einen Sicherheitszuschlag, macht man einen Abschlag, weil die Sache nicht so kompliziert ist. Im Angebot der ABO, der Betriebsorganisationsplanung, ist sehr deutlich ausgeführt, daß man die Kosten für diesen Auftrag senken kann, wenn man von seiten des zukünftigen Nutzers eine schlagkräftige, kompetente und verantwortungsbewußte — ich meine: mit Verantwortung ausgestattete — Mannschaft zur Verfügung steht.

Die kalkulierten Tagessätze für diesen Auftrag liegen, soweit es österreichische Arbeiten betrifft, glaube ich, bei etwa 4 500 S, bei den deutschen Partnern zwischen 6 000 und 7 000 S.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Mit welcher Gewinnmarge haben Sie gerechnet, wenn Sie es nicht kalkuliert haben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Man rechnet in der Betriebsberatung mit einem Rohgewinn von etwa 20 Prozent bis 25 Prozent.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Sozusagen Bruttoertrag.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Es gibt ja Teilabrechnungen bereits für die ABO beziehungsweise für die ÖKODATA. Haben die einen Gewinn erbracht?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nach meinen Informationen haben, soweit es sich um die Jahre, wo die Steuerprüfung abgeschlossen ist, handelt, diese Abrechnungen einen Gewinn erbracht, wobei man bedenken muß, daß das Haftungsrisiko ja noch im Raum steht. Es ergibt sich ja erst am Ende die Abrechnung.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): In welcher Größenordnung prozentuell von diesem Betrag würden Sie schätzen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das kann ich jetzt, auf diesen Betrag bezogen, nicht sagen, weil sie ja nicht einzeln kalkuliert sind, sondern ich kann nur sagen, daß der Betriebsgewinn der ÖKODATA 1978 etwa bei 25 oder 30 Prozent des Umsatzes liegt.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Es gibt eine Information, daß Sie im Dezember 1977 aus dem Betriebsvermögen der ÖKODATA eine Summe von mehr als 1 Million Schilling entnommen haben sollen. Können Sie uns mitteilen, zu welchem Zweck?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe aus der ÖKODATA 1976 300 000 S entnommen, und ich glaube, 1977 die 1 Million 72. Ich habe für die ÖKODATA im Jahre 1976 eine anteilige Steuervorschreibung von 500 000 S Einkommensteuer bekommen. Ich habe für das Jahr 1977 1,2 Millionen Schilling Einkommensteuer für die ÖKODATA bezahlt. Also zum größten Teil habe ich diese Entnahmen für Steuerzahlungen verwendet.

(Die Einvernahme von Dipl.-Ing. Rumpold wird um 17 Uhr 20 Minuten unterbrochen.)

Zeugeneinvernahme von Dieter Kindermann

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge Kindermann! Sie wurden kurzfristig und mit Zustimmung des Parlamentspräsidenten als Zeuge in den Untersuchungsausschuß geladen. Es geht um einen Artikel in der „Kronen-Zeitung".

Zunächst die Generalien.

Kindermann gibt an: Kindermann Dieter, 1. 6. 1939, Redakteur der „Kronen-Zeitung", Innenpolitik, Wien 17, Taubergasse 66.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Kindermann! Sie sind als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Der Untersuchungsausschuß hat die Bestimmungen der Geschäftsordnung des Nationalrates anzuwenden. Dort steht unter anderem drinnen, daß sinngemäß die Bestimmungen der Strafprozeßordnung anzuwenden sind. Ein generelles Entschlagungsrecht steht Ihnen nicht zu.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Darf ich zur Erklärung meiner Frage, Herr Kindermann, kurz die Vorgeschichte skizzieren. Es hat zu

Ende des Monats Juli Nachrichten aus Kanada gegeben in der Richtung, daß Rumpold für seine Aussage vorweg sozusagen angekündigt hat, die richtigen Namen sind nicht im Spiel, die sind noch nicht genannt, die müssen erst ausgedrückt werden. Auf die Frage an Rumpold, welche Namen er meint, hat er gesagt, daß eine solche Äußerung etwa der „Kronen-Zeitung" gegenüber nicht gefallen ist.

Ich konnte mich erinnern, daß die „Kronen-Zeitung" neben den „Salzburger Nachrichten" — ich weiß nicht, ob es auch andere Zeitungen waren — eine solche Rumpold-Ankündigung gebracht hat. Gibt es nach Ihrem Wissen eine Rumpold-Aussage in dieser Richtung, daß die falschen Namen genannt werden und daß er die richtigen nach seiner Rückkehr bekanntgeben will?

Kindermann: Wir haben am 30. Juli 1980 einen Bericht gebracht: „Geheimdokument liegt als Zeitbombe in Liechtensteiner Tresor". Ich habe da die Information bekommen, daß Herr Rumpold bei einem Verwaltungsrat in Liechtenstein deponiert hat — ich glaube, ich habe sogar den Namen dieses Verwaltungsrates bekommen, aber ich kann ihn jetzt nicht sagen — und daß darin Namen stehen von Persönlichkeiten, die in die AKH-Affäre involviert sind.

Ich habe versucht, das zu verifizieren. Ich schreibe grundsätzlich nur Berichte, wo Informationen zweifach abgedeckt sind, das war aber in dem Fall nicht möglich. Allerdings war der Informant so gut, was daraus zu ersehen ist, daß ich zwei Geschichten, zwei Aufmachergeschichten geschrieben habe, die gehalten haben, journalistisch gesehen, daß ich mich auf den Informanten verlassen mußte, weil ich einen zweiten nicht auftreiben konnte. Ich habe mich bemüht, wie in jedem Fall auch die Gegenseite zu hören. Ich habe vom Rechtsanwalt des Herrn Rumpold, Dr. Prunbauer, die Telephonnummer des Herrn Rumpold in Montreal bekommen, habe ihn angerufen, aber nicht erreicht. Wahrscheinlich hätte ich besser getan, nach Kanada zu fliegen, so wie es der Herr Emmerich von New York getan hat und der Höllriegl vom „Kurier". Den beiden hat er erklärt, daß es diese Liste nicht gibt.

Für mich war aber ein Indiz, daß es doch Namen gibt, die er nennen will, ein Interview mit den „Salzburger Nachrichten". Dieses Interview wurde am 29. Juli auf Seite 2 abgedruckt, ohne Namen des Redakteurs. Ich habe inzwischen am Nachmittag erfahren, es ist der im Haus anwesende Kollege Steininger, der mit ihm telephoniert hat und der mir auch bestätigt hat, jetzt in einem Gespräch — also telephonisch, ich habe ihn angerufen —, die Passage: Ich will nicht sagen, daß ich zum Sündenbock abgestempelt werden soll, sondern daß ich als Ablenkungsmanöver diene. Man muß in anderer Richtung nach Schuldigen suchen, es werden derzeit die falschen Namen genannt. Ich werde sie nach meiner Rückkehr bekanntgeben.

Ich muß nur dazu sagen, was ich unter Anführungszeichen schreibe in dem zweiten Satz, weil es sich deckt mit der Information, die ich hatte, hat der Herr Kollege Steininger im Konjunktiv geschrieben, aber er hat mir persönlich bestätigt, und man kann ihn ja darüber hören, daß er es wortwörtlich gesagt hat. Das weiß ich.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): In diesem Fall, glaube ich, wäre die Konfrontation nicht sinnvoll, weil hier der Herr Kindermann, was durchaus legitim ist, ein Wissen, das ihm zugekommen ist, zum Ausdruck gebracht hat, aber nicht selbst hier ein Gespräch mit Rumpold geführt hat, sodaß die Konfrontation meiner Meinung nach hinfällig wäre.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben zu keinem Zeitpunkt mit Dipl.-Ing. Rumpold selbst darüber gesprochen?

Kindermann: Nein, nie. Ich habe ihn nicht erreicht.

Obmann Dr. **Steger:** Danke.

(Die Sitzung wird um 17 Uhr 35 Minuten unterbrochen und um 18 Uhr 40 Minuten wiederaufgenommen.)

Fortsetzung der Zeugeneinvernahme von Dipl.-Ing. Armin Rumpold

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge, meine jetzige Frage ist eigentlich eine Ergänzungs- oder Nachtragsfrage zu einem Thema, das wir schon abgehandelt haben.

Ich habe Sie darauf angesprochen, daß Sie Journalisten gegenüber bemerkt haben, daß es um die falschen Namen geht. Die richtigen Namen wüßten Sie, würden Sie sagen, könnten Sie sagen und so weiter.

Sie haben mir dann gesagt, Sie hätten mit der „Kronen-Zeitung" darüber nicht gesprochen, obwohl es einen diesbezüglichen Bericht gibt. Es hat sich mittlerweile herausgestellt, daß der eigentliche Adressat dieser Aussage Herr Redakteur Steininger von den „Salzburger Nachrichten" sein dürfte.

Darf ich Sie jetzt konkret fragen: Haben Sie gegenüber dem Redakteur Steininger von den „Salzburger Nachrichten" eine Aussage des Inhalts gemacht, daß Sie als Ablenkungsmanöver dienen, daß man in einer anderen Richtung suchen müsse, es würden die falschen Namen

genannt, und Sie würden nach Ihrer Rückkehr die richtigen nennen?

Haben Sie eine solche Aussage gegenüber dem Redakteur Steininger von den „Salzburger Nachrichten" gemacht?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Herr Abgeordneter! Darf ich dazu eine etwas längere Antwort geben. Es hat mich ein Telephongespräch im Hotel in Montreal erreicht — ich glaube, es war eine sehr unchristliche Zeit für mich, weil die Zeitverschiebung zu berücksichtigen ist —, und der Herr Steininger hat mir eine Reihe von Fragen gestellt.

Ich weiß sicher, daß ich ihm gesagt habe, daß in der falschen Richtung gesucht wird, wenn er mich meint. Ich habe auch sicher gesagt, es müßten hier andere Namen gesucht werden. Ich habe aber nicht in diesem Wortlaut gesagt, daß ich weiß, wer diese Leute sind.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das deckt sich jetzt weitgehend. Es wird ja auch berichtet, daß Sie gesagt haben, man müsse in anderer Richtung suchen. Also soweit ist die Deckung; das können wir einmal ausräumen.

Und jetzt kommt noch dieser Berichtsteil dazu, es würden die falschen Namen genannt. — Okay!

Aber auf die Frage der „Salzburger Nachrichten", ob Dipl.-Ing. Rumpold Namen nennen wolle, sagte er, er würde dies nach seiner Rückkehr tun.

Ist dieser Bericht zutreffend oder nicht?

Ich darf Ihnen fairerweise mitteilen, wenn Sie jetzt sagen, es wäre nicht so, werde ich beantragen, daß der Redakteur Steininger als Zeuge vernommen und Ihnen unter Umständen gegenübergestellt wird.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich bitte zu berücksichtigen, daß dazwischen ungefähr 7 000 km Telephonlinie gelegen sind. Es kann durchaus sein, daß ich in der Richtung eine Bemerkung gemacht habe, die der Herr Redakteur Steininger so berichtet hat. Aber ich bitte, mir zuzubilligen, daß ich in der Früh bei einem Anruf eines österreichischen Journalisten, der mich alle möglichen Dinge fragt, auch eine begreifliche Verärgerung und Erregung gehabt habe. Ich würde sagen: Ich glaube nicht, daß ich den präzisen Wortlaut, der berichtet wurde, so gesagt habe; ich würde es aber auch nicht in Abrede stellen, wenn der Herr Steininger behauptet, er hat es so gehört.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Danke, das ist damit abgeschlossen. Ich beantrage nicht Steininger als Zeugen.

Obmann Dr. **Steger:** Sie wollen aber jetzt auch keine Ergänzungsfrage zu dem Themenkreis. — Danke.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Erste Frage: Betriebskosten Allgemeines Krankenhaus. Habe ich es richtig verstanden, daß Sie vor der Unterbrechung als Ihre fachliche persönliche Meinung hier zu Protokoll gegeben haben, daß Sie es für gescheiter halten, den Bau jetzt noch einzustellen, als weiterzubauen und in eine Betriebskostensituation hineinzuschlittern, die nicht finanzierbar ist oder nur schwer finanzierbar und kaum verantwortbar ist?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das ist meine persönliche Meinung. Es wird aber andere Leute geben, die das Gegenteil meinen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Könnten Sie präzisieren, wie aus Ihrer Sicht die Größenordnung der jährlichen Betriebskosten für das Allgemeine Krankenhaus anzusetzen wäre, unter der Voraussetzung einer vollen Inbetriebnahme der geplanten 2 200 Betten?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich stütze mich bei meiner persönlichen Schätzung nicht auf detaillierte Berechnungen, sondern auf den Erfahrungswert, der mir von verschiedenen deutschen Krankenhäusern zur Verfügung steht, ferner von südafrikanischen und amerikanischen Krankenhäusern.

Zum Erfahrungswert für die Betriebskosten: Diese schließen alle Kosten inklusive der Personalkosten ein — das darf hier nicht vergessen werden —, also auch inklusive der Kosten für jenen Personalanteil, der im Allgemeinen Krankenhaus vom Bund zu bezahlen ist. Das muß man hier klarstellen.

Ich glaube, es gibt nur sieben von der Gemeinde Wien bezahlte Ärzte im Allgemeinen Krankenhaus. Der Rest ist Bundespersonal, der ja in den Kostenschätzungen normalerweise nicht inkludiert ist. Es ist dieser Erfahrungswert bei etwa 25 bis 30 Prozent. Ein Haus kenne ich, das hat 33 Prozent der Baukosten. Unter Baukosten sind alle jene Kosten zu werten, die exklusive Finanzierungskosten sind, weil die Finanzierung ja ein anderer Anteil ist.

Meine Annahme ist die, daß auf heutiger Preisbasis die Baukosten, die Finanzierungskosten abgezogen, etwa 25 Milliarden Schilling betragen dürften; das liegt sehr in der Nähe der offiziell bekanntgegebenen Zahlen. Wenn Sie jetzt 25 Prozent oder 33 Prozent davon rechnen, so kommen Sie also irgendwo in ein Gebiet von 6 bis 8 Milliarden Schilling pro Jahr.

Wenn Sie dem gegenüberstellen, daß die Gemeinde Wien jetzt etwa 9 bis 10 Milliarden Schilling pro Jahr für alle Wiener Krankenhäuser aufwendet, so sehen Sie, daß hier eine gewisse Diskrepanz besteht.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Haben Sie diese Erkenntnis oder diese Befürchtung den Eigen-

tümervertretern in irgendeiner Form mitgeteilt? Unter Eigentümervertreter meine ich jetzt den Vizekanzler als Vertreter des Bundes oder den Stadtrat Mayr als Vertreter der Gemeinde Wien oder den Stadtrat Stacher als den für die Spitäler verantwortlichen Politiker.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich hatte keine Veranlassung, dies den Eigentümervertretern ohne Auftrag mitzuteilen. Ich habe aber in Gesprächen mit den Vorstandsdirektoren, hier insbesondere mit Schwaiger und Winter, das Thema zur Sprache gebracht. Es wurde aber nie releviert.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Sie haben also den Vorstandsdirektoren der AKPE diese Ihre Befürchtung zur Kenntnis gebracht. Was heißt in dem Zusammenhang: Das wurde nicht releviert?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Man ist nicht mehr weiter darauf eingegangen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): In welcher Form haben Sie das den beiden Vorstandsdirektoren zur Kenntnis gebracht? Haben Sie es in einer Form gemacht, die allfällige Handlungen von seiten der Vorstandsdirektoren erfordert hätte?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein, ich habe das in mündlicher Form bei einigen Gesprächen gemacht, und ich sah keine Veranlassung, hier einen schriftlichen Bericht abzugeben.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Zur nächsten Frage: Consultatio. Einen wichtigen Punkt in allen Verhandlungen stellt natürlich die Beteiligung der Consultatio an dem gesamten Kuchen, jetzt ABO, beziehungsweise mit den damit zusammenhängenden Fragen dar.

Darf ich noch einmal festhalten: Ist es richtig, daß die Consultatio sowohl die Buchhaltung als auch die Steuerberatung für die ÖKODATA und auch für die ABO gemacht hat?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das ist richtig.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ist es richtig, daß darüber hinaus Fachleistungen erbracht wurden und in ein oder zwei anderen Fällen, die von der Consultatio übernommen wurden, diese Leistungen von der ÖKODATA durchgeführt wurden?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe diese Frage nicht verstanden, bitte.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Sie haben angedeutet, daß über diese Leistungen hinaus noch weitere Leistungen der Consultatio in diesem Zusammenhang gemacht wurden, so, daß Aufträge von der Consultatio übernommen wurden, aber von der ÖKODATA durchgeführt wurden.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Consultatio hat in zwei oder drei Fällen Aufträge übernommen, die von der ÖKODATA durchgeführt wurden. Es handelt sich dabei um die Neuorganisation oder Umstrukturierung eines Bereiches der Wiener Hafenbetriebsgesellschaft, an diese erinnere ich mich noch; den anderen Fall kann ich jetzt nicht anführen. Es gab eine Personalbeistellung in sehr geringem Umfang, wenn man das zur Gesamtkapazität der ÖKODATA sieht, von seiten der Consultatio.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wie hoch würden Sie den Umfang dieser Leistungen in Schilling etwa umgrenzen, die von der Consultatio für die ÖKODATA erbracht wurden?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Buchhaltungskosten waren pro Jahr ungefähr 100 000 bis 160 000 S in den bisher abgerechneten Jahren. Die anderen Kosten dürften jährlich einen Betrag von 800 000 S nicht überschritten haben.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Jährlich ab wann etwa?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ab wann? — Eigentlich auch 1976, weil Sie bedenken müssen, daß die persönlichen Leistungen des Dkfm. Bauer auch in Form von Rechnungen durch die Consultatio abzugelten waren. Wenn er bei Sitzungen dabei war oder sonst etwas, so ist diese Zeit natürlich refundiert worden.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Dann ist die Zeit, die der Dkfm. Bauer dort verbracht hat, der ÖKODATA in Rechnung gestellt worden?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Teilweise ja.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Können Sie als derjenige, der ja mit der „Geschäftsführung" — unter Anführungszeichen — innerhalb der ABO lange Zeit betraut war, mit Sicherheit ausschließen, daß irgendwelche Leistungen — Mannmieten oder entsprechende andere Leistungen — von der Consultatio für andere ABO-Gesellschafter erbracht wurden, zum Beispiel für AGIPLAN, zum Beispiel für irgendwelche anderen Gesellschafter?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Darüber bin ich nicht informiert. Ich würde aber ausschließen, daß Leistungen der Consultatio für die deutschen Partnerfirmen erbracht wurden. Ich weiß nicht, inwieweit und ob die Consultatio die Steuerberatung der MED-CONSULT durchführt.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Aber ist Ihnen im Rahmen der Projektabwicklung als dem für die Geschäftsführung innerhalb der ABO Verantwortlichen irgendein Fall bekannt, wonach die Consultatio etwa für AGIPLAN, MED-CONSULT oder so weiter irgendwelche Projektleistungen auch in Form von Personal-Leasing oder sonstiger Art erbracht hätte?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Darf ich richtigstellen: Ich bin nicht für die ABO-Geschäftsführung verantwortlich gewesen, das ist der Herr Dkfm. Scharmüller. Ich glaube nicht, daß es solche Leistungen gegeben hat, zumindest gab es keine solchen, die von der ÖKODATA honoriert werden mußten. Wenn zwischen anderen Firmen ein Austausch gewesen sein sollte, so kann ich das nicht wissen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Sie können es jedenfalls nicht ganz mit Sicherheit ausschließen, kann ich hier festhalten. *(Abg. Dr. Kapaun: Nicht ausschließen!)* Meine Frage war ja, ob er es auf Grund seines Wissens ausschließen kann. Daher stelle ich fest, daß er es nicht ausschließen kann.

In der letzten Ausgabe — ich weiß nicht, ob es Ihnen bekannt ist — des „profil" vom Montag steht ein Gerücht: So erzählte man sich letzte Woche SPÖ-intern, daß bei einer Überprüfung Belege über 1,2 Millionen Schilling auftauchten, die Consultatio-Stempel tragen und damit die Androsch-Kanzlei wieder ins Gerede brächten. — Es dürfte sich dabei um die ARGE-Kostenrechnung handeln. Sind Ihnen derartige Belege bekannt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Zu dieser Frage folgende Antwort: Es gab 1979, glaube ich — ich kann mich jetzt nicht genau festlegen, weil es sind so viele Zahlen und so viele Jahre —, eine Finanzaushilfe der ÖKODATA an die Consultatio. Diese Aushilfe, wurde von mir verlangt, müsse verzinst werden. Nach einem entsprechenden Schreiben von mir ist diese Verzinsung auch erfolgt.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Darf ich zu meinem besseren Verständnis nachfragen: Was heißt bitte Finanzaushilfe? Heißt es, daß die ÖKODATA der Consultatio einen Kredit gegeben hat, der dann verzinst werden mußte? Wenn ja, wie hoch war dieser Kredit, und wofür wurde er gegeben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Wofür weiß ich nicht. Es war in der Höhe von 1 Million Schilling, und diese Million Schilling wurde, glaube ich, mit einem Zinssatz, der banküblich war, zu dem Zeitpunkt verzinst.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Entschuldigen Sie, noch einmal: Im Jahr 1979 dürfte das gewesen sein Ihrer Erinnerung nach?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich glaube, es war im Jahr 1979. Ich könnte mir vorstellen, daß das dieser Beleg sein könnte.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Und als Gesellschafter, der Sie ja auch sind, haben Sie innerhalb der ÖKODATA keine diesbezüglichen Fragen gestellt, wofür diese Finanzaushilfe gehört?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein. Mir war ja nur die Ertragskomponente wichtig, und ich habe die Consultatio als zahlungsfähige Firma angesehen, sodaß man das wieder zurückbekommt.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das ist mir durchaus verständlich. Diese Gedankengänge kann ich teilen. Aber es ist ein bissel verwunderlich, daß man sich nicht erkundigt, was eigentlich der Zahlungszweck ist. Aber okay.

Was hat Sie eigentlich bewogen, die ÖKODATA mit dem Dkfm. Bauer anzugehen, zu gründen?

Darf ich als dritten Punkt noch weiter fragen zu Ihrem Verhältnis zu Dkfm. Bauer. Sie haben mehrfach erwähnt, daß eigentlich hier ein Verhältnis herrscht, wie es eigentlich nicht zwischen Gesellschaftern und auch nicht zwischen Gesellschaftern und Geschäftsführer, der Sie ja bis zum heurigen Jahr waren, üblich ist. Sie haben durchaus Dinge erwähnt, die möglicherweise sogar bis hinein in rechtliche Konsequenzen reichen könnten.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe schon dargelegt, daß nach meiner Einschätzung der Dinge eine Betriebsberatungsfirma zumindest aus zwei Mann bestehen sollte, wobei einer sich mehr um die Arbeit kümmern kann und der andere gewisse Kontaktpflege übernehmen kann. Das war also die Begründung, warum ich neben der fachlichen Seite in Dkfm. Bauer einen guten Partner gesehen habe.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Sie haben erwähnt, daß Sie ein Beteiligungsverhältnis in der Kommanditgesellschaft von 33 Prozent, also ein Drittel Rumpold, zwei Drittel Bauer, hatten. Entsprach dieses Verhältnis Ihren ursprünglichen Intentionen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Meinen Intentionen entsprach es nicht, es entsprach aber der Verhandlungswirklichkeit.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Was haben Sie ursprünglich angepeilt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Mehr als 50 Prozent.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das heißt also, Sie wollten eine Firma — die Initiative ging ja von Ihnen aus —, Sie wollten eine gemeinsame Beratungsfirma mit Dkfm. Bauer gründen, weil Sie hier eine gewisse Marktlücke auf dem Krankenhausberatungssektor erkannt haben. Sie sind mit Ihren Vorstellungen von einer Beteiligung von mehr als 50 Prozent nicht durchgekommen, Bauer hat Sie offensichtlich hier, ich will nicht sagen, unter Druck gesetzt, aber doch soweit heruntergehandelt, daß er zwei Drittel der Anteile behalten hat.

Wie war das Innenverhältnis zwischen Bauer und Ihnen? Sie waren ja Gesellschafter und

Geschäftsführer, Bauer war nur Gesellschafter. Sie haben aber trotzdem hier erwähnt, daß Sie eigentlich relativ wenig zu reden hatten.

Worin bestand eigentlich die Stärke des Einflusses des Dkfm. Bauer.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Antwort auf diese Frage zerfällt in zwei Teile: Das Innenverhältnis war im Jahr 1976 und auch 1977 sehr gut. Es ist dann etwas abgekühlt und schwieriger geworden.

Die Einflußnahme des Dr. Bauer bestand darin, daß ich auf Grund des Gesellschaftsvertrages ja relativ enge Grenzen für meine Geschäftsführung hatte und daß ich bei Dingen, die darüber hinausgehen, ja die Mehrheit der Gesellschaft zu befragen hatte. Wobei ich bitte jetzt zu berücksichtigen gebe: Die geschäftsführende Stelle der KG ist die GesmbH. Die Anteilsverhältnisse in der GesmbH lauten: 78 Prozent Bauer, 22 Prozent Rumpold. Damit mußte ich also in wichtigen Fragen seine Zustimmung erreichen.

Auf der anderen Seite hatte die Consultatio die Buchführung und war daher unmittelbar über das gesamte Geschäftsgeschehen informiert.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das heißt, Ihre Problematik als geschäftsführender Gesellschafter bestand darin, daß Sie zwar das Know-how hatten und eigentlich als der Experte in diese Firma hineingingen, daß aber Dkfm. Bauer über die Verhältnisse zwei Drittel — ein Drittel beziehungsweise 80 zu 20 Prozent Ihnen jederzeit als Gesellschafter das Messer ansetzen konnte beziehungsweise über die Buchführung, über die tägliche Kontrolle der Belege über die Consultatio auch noch den Einblick ins tägliche Geschäft hatte. Ist das richtig?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Für mich war diese Vorgangsweise am Anfang zielführend. Ich habe darin eigentlich eine positive Seite gesehen. Die Schwierigkeiten, die sich dann ergeben haben, kamen eigentlich von der Seite her, daß ich mich nicht mit allen Überlegungen einverstanden erklärt habe, die Bauer angestellt hatte.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Aber Sie teilen meine Analyse der Innensituation in der letzten Zeit, als das Verhältnis zwischen Ihnen und Bauer nicht mehr voll funktionsfähig war?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich würde das mit einer Ehe vergleichen. Wenn Sie heiraten, so kann es einige Jahre gut gehen, und es stellt sich dann heraus, daß es doch nicht so gut geht. Ich meine, wahrscheinlich ist der Unterschied in der menschlichen Differenz zu suchen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wer hat denn in letzter Zeit die Buchhaltung in der Consultatio für die ÖKODATA geführt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Herr Markus Bauer, der Sohn des Dkfm. Bauer.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Halten Sie das für ein übliches Verhältnis, oder sehen Sie das als problematisch an?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich halte es für ein mögliches Verhältnis, allerdings für kein kluges und für kein geschicktes.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ich darf weiter fortsetzen. Wann haben Sie denn Dkfm. Bauer zuletzt gesehen und gesprochen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Zuletzt, glaube ich, habe ich ihn am Freitag, den 11. Juli, gesehen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wo?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Er war auf dem Weg, glaube ich, nach Kierling, wo er ein Haus gemietet hat, oder im Klosterneuburger Bad, so, glaube ich, heißt das. Getroffen habe ich ihn vor dem „Café Grillparzer".

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Haben sie mit ihm ein Gespräch geführt? Themen etwa in dieser Bandbreite, die wir heute diskutieren?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe mit ihm ein Gespräch geführt und ihn ersucht, daß wir in der nächsten Zeit einmal einen Termin haben, insbesondere weil ich ja verschiedene Probleme gesehen habe. Aber es war kein sehr tiefgehendes Gespräch; das Gespräch hat auch nur zehn Minuten gedauert, weil das „Café Grillparzer" geschlossen war. Das habe ich nicht eingeplant.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Eine Frage: Wann sind Sie denn nach Kanada abgereist?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich bin abgereist am Samstag, also am 12. Juli.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Also am Tag darauf.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Und zwar nicht Kanada, sondern ich hatte verschiedene Besuche bei Freunden in Deutschland vereinbart. Diese Abreise wurde auch dadurch motiviert, daß ich bei meiner Rückkehr ins Büro einen Brief dieser Kommission hier vorfand, der mich davon unterrichtete, daß ich am 22. Juli nicht einvernommen werde.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Als Kommission meinen Sie den Untersuchungsausschuß hier.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Sie haben einen Satz gesagt, der mir nicht ganz erklärlich gewe-

206 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

sen ist. Sie haben gemeint: Sie verstehen eigentlich nicht ganz — wie konnte Androsch den Dkfm. Bauer in der Consultatio dulden?

Können Sie mir — ich war zeitweise allerdings kurz draußen — diesen Satz noch kurz erklären und erläutern?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich glaube nicht, den Ausdruck „dulden" gebraucht zu haben, sondern nach meiner persönlichen Einschätzung war die Situation: Bauer als Gesellschafter der ÖKODATA und Bauer als Geschäftsführer der Consultatio, politisch keine sehr kluge.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Warum?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Weil, wie das Beispiel zeigt, sich daran ständig Vermutungen, Gerüchte und Dinge heften, die ich eigentlich als leicht vermeidbar angesehen hätte.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Sie haben einmal erzählt, daß Sie von Dkfm. Bauer mehr oder weniger unter Druck gesetzt wurden, under pressure, mit der Wirtschaftspolizei und ähnlichen Institutionen. War dieses Unterdrucksetzen oder derartige Bemerkungen von Dkfm. Bauer ein einmaliger Fall, ist das mehrfach geschehen im Zusammenhang mit dem Delabro- oder Bandion-Gespräch? Können Sie das präzisieren?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich würde sagen: In den ersten Jahren der „Ehe" ist es nie geschehen. Es hat dann zugenommen, als mein Widerstand gegen Wilfling klarer erkennbar wurde, und es gibt dafür sicherlich auch Eindrücke meiner Mitarbeiter, die das ja miterlebt haben.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Können Sie ungefähr sagen, wie oft Sie in dieser oder ähnlicher, abgeschwächter oder stärkerer Form von Bauer hier unter Druck gesetzt wurden?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich würde die Worte „unter Druck gesetzt" sehr vorsichtig gebrauchen. Ich habe mich in der Regel nicht „unter Druck gesetzt" gefühlt. ich habe nur die zwei Beispiele genannt, wo ich wirklich etwas Angst hatte und wo ich mich entscheiden mußte: Gehe ich den Weg, den ich persönlich für richtig halte, oder folge ich seinen Anweisungen. Diese beiden Fälle wurden von mir heute schon aufgeklärt und erwähnt.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Also ich halte fest: Es ist nicht einmal, nicht zweimal, sondern häufiger erfolgt, auf Grund Ihrer Feststellungen, und der Auslöser war das Verhältnis, das Sie mit Dr. Wilfling gehabt haben. Ist das richtig?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich vermute, daß das der Auslöser war. Ich kann natürlich nicht sagen, ob es nicht andere Gründe gegeben hat.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wie war das Verhältnis zwischen Dkfm. Bauer und Dr. Wilfling?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nach meiner Einschätzung ein sehr gutes.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Nachdem Sie aber selber gesagt haben, daß „man" — allgemein gesprochen — den Dr. Wilfling in Fachkreisen als „Mister Fifteen percent" oder „Mister Five percent" — ich habe schon beide Versionen gehört — bezeichnet hat, sind Sie der Meinung, daß dem Dkfm. Bauer das auch bekannt war, daß er auch, wenn man so will, die problematischen Seiten des Dr. Wilfling kennen mußte?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich bin überzeugt, daß er es gewußt hat und daß er es kennen mußte, aber es trifft jeder auf Grund bekannter Umstände andere Entscheidungen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Nächster Punkt: Sie haben im Gespräch mit dem Kontrollamtsdirektor auf die Frage — offensichtlich von Delabro —, ob der Abschluß des Vertrages bezüglich der Erstellung einer Betriebsorganisationsplanung unbedingt zu dem schließlich vereinbarten Honorar zustande kommen hätte müssen, erklärt, daß bei anderen Strukturen vor allem hinsichtlich der verantwortlichen Mitwirkenden auf der Nutzerseite eine andere Honorarhöhe denkbar gewesen wäre. Können Sie mir diesen Satz erklären?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das Honorar dieses Vertrages ist letztlich das Ergebnis eines Angebotes und einer Zustimmung des Auftraggebers, wobei ich berücksichtige, daß das Angebot unter bestimmten Voraussetzungen erstellt wurde. Die Voraussetzungen waren die, daß es, glaube ich, bis heute niemanden gibt, der klare, eindeutige Entscheidungen im Hinblick auf die zukünftige Nutzung des AKH trifft. Deshalb sind also die Kosten für die Betriebsorganisationsplanung höher anzusetzen als in einem Fall, in dem Ihnen ein funktionsfähiger und vollverantwortlicher Partner gegenübersteht. Mit dieser Bemerkung habe ich gemeint, daß das Honorar solcher Leistungen davon abhängt: Wie sieht die Struktur des Auftraggebers aus?

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das ist mir nicht ganz verständlich. Da möchte ich schon noch fragen. Was meinen Sie damit: daß auf Seite der verantwortlichen Politiker niemand bereit war, Entscheidungen zu treffen, oder was soll das sonst heißen? Ich sehe nämlich, offen gestanden, die Erstellung einer Betriebsorganisationsplanung eigentlich relativ unabhängig jetzt von großen Strukturen innerhalb der Eigentümer, ob diese jetzt, weiß ich, einmal im Jahr zusammenkommen oder ob das jetzt „Spitzenausschuß" heißt oder AKPE oder wie

immer. Das ist ein Auftrag, der zu einer Pauschalleistung vergeben wird, eigentlich ganz gleich, wie die Verhältnisse auf der Nutzerseite liegen. Was meinen Sie damit?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Zu dem Punkt muß ich einige Erläuterungen geben.

Das AKH wird zurzeit errichtet, und für die Errichtung ist die AKPE zuständig, die zu 50 Prozent dem Bund gehört und zu 50 Prozent der Gemeinde Wien.

Für den Betrieb ist zuständig zunächst die Gemeinde Wien, und für die Lehreinrichtungen ist zuständig das Wissenschaftsministerium.

Wenn Sie jetzt eine Betriebsorganisationsplanung machen, dann müssen Sie — und dieser Kontakt ist im Auftrag zwingend vorgeschrieben — mit den Nutzern die Gespräche und Kontakte pflegen und schließlich zu Ihren Planungen einen Konsens der Nutzer erreichen. Dieser Konsens der Nutzer ist jetzt im Rahmen der Fakultät relativ gut strukturiert und leicht zu erreichen gewesen. Auf der Seite der Gemeinde Wien waren dafür die verschiedensten Gremien zuständig, wobei die oberste Leitung und die letzte Entscheidungsbehörde oder die letzte Entscheidungsinstanz in letzter Zeit der Gesundheitsstadtrat und der Bereichsleiter waren. Das heißt, wenn unten einer gesagt hat: Das ist in Ordnung, so können wir es machen!, so war noch lange nicht gesichert, daß der oben das auch sagt.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Heißt das, daß Sie indirekt oder direkt dem Gesundheitsstadtrat Dr. Stacher und seinem Bereichsleiter Dr. Wilfling vorwerfen, sich um das AKH nicht gekümmert zu haben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Diesen Vorwurf kann ich nicht erheben, aber für meinen Geschmack hat der Herr Gesundheitsstadtrat immer einen großen Bogen um das AKH gemacht.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Gilt das auch für andere Eigentümervertreter, etwa den Finanzstadtrat Mayr.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich glaube, es gibt in Wien eine Diskrepanz der Ansichten. Stadtrat Mayr war der Ansicht, daß eine Betriebsführungsgesellschaft zu gründen wäre, und Stadtrat Stacher war gegenteiliger Ansicht. Ich glaube, es haben diesbezüglich Abstimmungen und Gespräche in den Wiener Gremien stattgefunden.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Gilt diese implizierte Kritik an den Eigentümervertretern auch für den Bund, in diesem Fall für den Vizekanzler Finanzminister Ansrosch? Haben Sie das Gefühl, daß man von dieser Seite her sich ordnungsgemäß um das AKH gekümmert hat?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Diese Frage ist für mich etwas zu groß, ich kann dazu nichts sagen, denn der Bund hat ja mit der Betriebsführung eines Klinikums nichts zu tun. Es ist im alten AKH die Betriebsführung von seiten der Gemeinde Wien beigestellt, und nur der Lehrbetrieb wird vom Bund durchgeführt. Die Fakultät hat also, glaube ich, parallel mit der Gründung der AKPE einen entsprechenden Ausschuß gebildet, der von Professor Steinbereithner und Professor Deutsch geleitet wird, und dort gibt es eine relativ klare Struktur und Zielsetzung.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das meine ich aber nicht. Ich meine, die Eigentümervertreter sind ja nicht die Fakultätsvertreter. Eigentümervertreter sind Bund und Wien. Daher ist doch wohl zu erwarten, daß sich die Eigentümervertreter — in diesem Fall also jetzt Mayr, Stacher et cetera, natürlich auch der Bürgermeister — und auf der anderen Seite Bundesvertreter, das sind Finanzminister Androsch, das ist sicher auch der Gesundheitsminister, sicher der Wissenschaftsminister, um diese Frage entsprechend kümmern.

Daher meine Frage: Haben Sie auf Grund Ihrer langjährigen Tätigkeit für das AKH das Gefühl, daß man von seiten der Bundesvertreter sich entsprechend ausreichend um die Dinge des Allgemeinen Krankenhauses gekümmert hat?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich hatte den Eindruck, daß nach der Gründung der AKPE eine ganz wesentliche Verbesserung in der Bauführung des AKH entstanden ist. Das beweist ja auch der plötzlich erreichte Baufortschritt. Die schwierige Situation bestand darin, daß eben die Betriebsorganisationsplanung nicht vor der Bauplanung gemacht wurde, sondern nachher, und daß die Abstimmung mit den zukünftigen Nutzern dadurch erschwert wurde.

Die Eigentümervertreter haben sich meines Wissens jährlich einige Male getroffen und, wenn nicht getroffen, sicherlich telephonisch abgestimmt. Ich erinnere an einige Gespräche, vor allem 1976, wo in einem sogenannten Gipfelgespräch die Bettenanzahl des AKH reduziert wurde und solche Dinge mehr.

Für mein Gefühl hat sich der Eigentümervertreter durch die Gründung der AKPE, durch die Einsetzung des Aufsichtsrates in einem wesentlich höheren Ausmaß um die Sache nach 1975 gekümmert als vorher und hat daher damit auch einen wesentlich schnelleren Baufortschritt erreicht.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ich sehe da einen gewissen Widerspruch. Aber nun zu einer früheren Aussage von Ihnen, die, versimplifiziert, gelautet hat, daß das wie mit dem „Wilden und

seiner Maschin" ist. Das heißt, man hat ohne vorher die Betriebsorganisationsplanung, die Ablaufplanung und die Betriebskostenschätzung zu haben, munter darauf losgebaut. Man hat schneller gebaut, damit man schneller dort ist, aber man hat nicht genau gewußt, was dann eigentlich mit dem Werkel passieren soll. Dieser Widerspruch ist mir nicht ganz erklärlich.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Und worin sehen Sie den Widerspruch, bitte?

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ich sehe den Widerspruch darin, daß ich von den Eigentümervertretern erwarten müßte, daß sie nicht nur den Baufortschritt beschleunigen, sondern daß sie sich auch darum kümmern, was dann nachher mit der Nutzung und mit einer vertretbaren Kostensituation auf der Nutzerseite passieren wird. Das haben sie doch offensichtlich nicht getan, Ihren eigenen Aussagen zufolge. Ist das richtig?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe jetzt festgehalten, daß es nach der Gründung der AKPE besser war, nach meiner Ansicht, als vorher, und ich habe vorhin festgehalten, daß es für meinen Geschmack noch immer zu wenig gut war.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das wollte ich wissen, ob es gut war, und nicht, ob es in der Relation vielleicht zu früheren Jahren besser gewesen ist.

Ihre Meinung also: Es ist auch jetzt nicht gut bestellt um die Einflußnahme, Kontrolle von seiten der Eigentümer. Ist das korrekt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Meine Meinung, bitte, ist, daß ein solches Bauwerk relativ schwierig zu planen und zu bauen ist, weil es eine so lange Zeit dauert, weil es zu viele Vertreter gibt. Ich meine, was soll ich dazu sagen?

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ich will eigentlich — entschuldigen Sie — etwas sehr Einfaches von Ihnen wissen, das ist wirklich nicht als Suggestivfrage zu verstehen. Ich will wissen, ob Sie als einer, der jahrelang mit dem AKH in verantwortlicher Position, als Konsulent, als Auftragnehmer tätig waren, das Gefühl haben — bitte aus Ihrem Wissen heraus, nicht nur als eine Meinung —, wirklich sagen können, mit bestem Wissen und Gewissen, daß sich die Eigentümervertreter genügend um dieses größte Bauwerk der Zweiten Republik kümmern. Punkt. Das ist für mich keine Suggestivfrage.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Man kann immer etwas besser machen. Die Frage ist, ob es möglich ist. Wenn ich selber ein Haus bauen würde, würde ich sicher nicht so eine Konstruktion wählen. Es ist aber sicherlich schwierig, ein so großes öffentliches Gebäude zu errichten, weil hier politische und gesellschaftliche Strukturen vorliegen, die zu berücksichtigen sind.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ich wechsle das Thema.

Zu der ABO selber, zum ABO-Kuchen. Ich nehme an, die Konstruktion ist ja allen Ausschußmitgliedern bekannt. Die ABO ist ja eigentlich mehr oder weniger nur eine Verteilstelle für einlaufende Gelder.

Ist es richtig, daß etwa bis April 1980 zirka 102,7 Millionen Schilling an die ABO von seiten der AKPE bezahlt wurden?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich kenne die letzten Zahlen nicht, daher kann ich das nicht bestätigen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Kann ich vielleicht etwas vorsichtiger fragen: Sind Sie der Meinung, daß diese Größenordnung in etwa stimmen könnte?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Wenn Sie 122 Millionen ...

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): 102 Millionen, habe ich gesagt, schon bezahlt. Bitte, ich weiß schon, daß der erste Teilkuchen 123 Millionen ausmacht. Ich frage, wieviel tatsächlich bezahlt wurde.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Wenn Sie 122 Millionen durch 30 Monate dividieren, dann kommen etwa 4 Millionen pro Monat heraus. Wenn Sie davon den vertraglich bedungenen Rückbehalt abrechnen, so kommt eine Zahlung in zwei Monaten von etwa 8 Millionen Schilling heraus. Der Vertrag hat im Juni 1978 begonnen. Wenn Sie jetzt nachrechnen, haben Sie die Zahl. Ich kann es nicht so schnell nachvollziehen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Und es ist korrekt, daß diese Raten in zwei Monatsraten gezahlt wurden, eigentlich unabhängig von einer konkreten Leistungserbringung, also mehr oder weniger ein Pauschale dividiert durch zwei Monatsraten? Ist das richtig?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das ist nicht richtig, denn die Leistungserbringung wurde im ersten Jahr unter Terminsetzung auch pönalisiert. Ich erinnere mich, daß einige Zahlungen nicht durchgeführt wurden, weil die entsprechenden Termine zum Teil überschritten wurden. Ich habe vorher schon das Thema MED-CONSULT hier erwähnt. Und wie dann die Leistungen ordentlich erbracht wurden, ist auch die Zahlung erfolgt. Die Abnahme erfolgt ja durch laufende Sitzungen zusammen mit den entsprechenden Komitees der Fakultät, der Stadt Wien und der AKPE.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Aber stimmt diese Aussage, die ich getroffen habe, im wesentli-

chen? Wobei ich nicht sagen will, daß keine Leistungen erbracht wurden. Bitte, das will ich damit nicht gesagt haben. Es sollen ungefähr 2 Millionen Skonti und 5 Millionen Berechnungsnachlaß gewährt worden sein, aber der Rest soll in etwa in dieser Form stimmen, wie ich es genannt habe. Ist das korrekt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich kann die Zahl, die jetzt vorliegt, nicht bestätigen. Ich kann nur sagen, daß grob im Jahr zwölf mal acht, das sind 96 Millionen Schilling, bezahlt wurden.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Minus irgendwas.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Minus der Rückbehalte und der verschiedenen ...

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Bestätigen Sie den Schlüssel, der da lautet, daß von diesen einlangenden Geldern 18,29 Prozent das Deutsche Krankenhausinstitut, Riethmüller 13,51 Prozen, die MED-CONSULT 9,72 Prozent, ÖKODATA 49,07 Prozent, die AGIPLAN 4,09 Prozent und der Reservefonds 5,2 Prozent bekommen haben? In etwa jetzt.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich muß meine Aussage zur vorhergehenden Frage berichtigen. Ich bitte, mir zu verzeihen, daß ich die Division durch zwei vergessen habe, denn der Zwei-Monate-Rhythmus bedeutet sechs Zahlungen pro Jahr, und sechs mal acht sind 48, nicht 96.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Aber zwei Jahre läuft es ja schon. Also insofern kommen wir ...

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Von Juni bis April sind es keine zwei Jahre.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wieso? 30 Monate läuft das Ganze. Das ist schon korrekt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Von Juni 1976 bis zum April 1980 sind es keine zwei Jahre.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Fast zwei Jahre.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Darf ich die Frage noch einmal ganz konkret beantworten.

1978 gab es sieben Leistungsmonate, 1979 gab es zwölf, macht 19, und 1980 gibt es bis jetzt sieben, das sind ungefähr 26 Monate. Nach meinen Informationen sind seit April keine Zahlungen erfolgt. Das heißt also, bis April kann man es leicht ausrechnen, mit den Abschlägen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Worauf führen Sie eigentlich diesen Schlüssel zurück, daß die ÖKODATA 49 Komma irgendwas Prozent bekommt und davon ja bitte eine interessante Sonderleistung unabhängig von der Projekterstellung, nämlich 15 Prozent für Koordination, das sind 18 Millionen, und 3,5 Millionen für die Geschäftsführung?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Wenn Sie berücksichtigen, daß die Leistungen zum Teil im Ausland, zum Teil bei anderen Firmen erbracht werden und dann im Büro der Arbeitsgemeinschaft koordiniert, zusammengestellt, überarbeitet werden — wenn die Nutzer Einwände haben, noch einmal überarbeitet werden —, so werden Sie verstehen, daß diese Tätigkeit der Überarbeitung, der Anpassung an die Wünsche der Nutzer, der Anpassung an sich ändernde Gegebenheiten — denn auch während des Planungszeitraumes ändern sich Dinge —, daß diese Arbeit ein Aufwand ist, der von der ÖKODATA getragen wird.

Die andere Frage war die der Geschäftsführung. Es wurde in dem Schlüssel vereinbart, daß die Geschäftsführung für den deutschen Geschäftsführer und für den österreichischen Geschäftsführer getrennt ausgewiesen wird.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Sie haben sicher davon gehört, daß der AKPE-Aufsichtsrat eine Sonderprüfung bei der ABO hinsichtlich Parteifinanzierung beantragt hat. Da sind nun beeidete Wirtschaftsprüfer tätig geworden. Der Auftrag lautet ausdrücklich, die ABO selbst, ihre Gesellschafter und allfällige Subunternehmer zu untersuchen.

Ist Ihnen das bekannt, und haben Sie davon gehört — das ist in den Zeitungen gestanden —, daß die Prüfer ihre Tätigkeit abbrechen mußten, weil ihnen der Sohn des Dkfm. Bauer Einsicht in die Gesellschafterunterlagen verwehrt hat, wodurch praktisch ja nur überprüft werden konnte, daß die ABO die eingelangten rund 94 Millionen Schilling einfach nach dem Schlüssel, der an sich festgelegt ist, an die Gesellschafter weiterverteilt hat? Wie können Sie sich dieses Verhalten des Dr. Bauer erklären?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Mir ist das nicht bekannt. Sie müssen berücksichtigen, daß ich in den letzten sechs Wochen sehr wenig Zeitung gelesen habe. Dr. Bauer ist im Moment nicht in Wien, und ich habe also darüber mit ihm nicht gesprochen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Gut.

Frage: Wer hat bitte die MED-CONSULT hineingebracht als Ersatz für die ursprüngliche ODELGA?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die MED-CONSULT wurde von Dr. Wilfling vorgeschlagen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Fällt dieser Vorschlag, die MED-CONSULT an Stelle der ODELGA zu nominieren, zeitlich zusammen mit dem Ausscheiden Dr. Wilflings als Geschäftsführer in der ODELGA? In etwa.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** In etwa ist das richtig.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ist Ihnen aus den Zeitungen oder anderweitig bekannt, daß mittlerweile Neugründungen vorgenommen wurden oder vorgenommen werden sollten? Eine Firma ECOMED ist gegründet worden, eine Firma ECONSULT ist gegründet worden, zum Teil mit Personenidentität. Ist Ihnen das bekannt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe gestern Herrn Geschäftsführer Scharmüller angerufen und habe ihn gefragt, wann die nächste Generalversammlung der ÖKODATA stattfindet. Bei dieser Gelegenheit hat er mir gesagt, in der nächsten Woche, und gleichzeitig mitgeteilt, daß neue Firmen gegründet wurden beziehungsweise gegründet werden sollen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Erfolgen diese Neugründungen mit Ihrem Einverständnis?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein! Ich habe daher meinen Rechtsbeistand beauftragt, zu prüfen, ob in dieser Vorgangsweise nicht eine Schädigung meiner Interessen zu sehen ist.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Können Sie uns mitteilen, oder können Sie uns eine Interpretation dieser Firmengründungen geben, was die Ursache oder der Grund für diese Neugründungen sein könnte?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Ursache vermute ich in der Belastung des Namens ÖKODATA durch die starke Pressekampagne. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Halten Sie es für möglich und denkbar, daß Sie ausgeschaltet werden sollen als Noch-Gesellschafter in der ÖKODATA und daß praktisch Personen, die sich derzeit noch im Consultatio-Bereich befinden, einfach den zweiten Teil des ABO-Kuchens hier an sich ziehen wollen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Rechtlich kann ich mir nicht vorstellen, daß die neuen Firmen den ABO-Auftrag weiterführen, denn das wäre, glaube ich, eine zu kühle und kalte Enteignung. Aber ich kann mir sehr gut vorstellen, daß ich durch die Neugründung anderer Firmen gezwungen bin, aus der ÖKODATA auszuscheiden.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ist Ihnen der Haftbefehl gegen Dr. Wilfling bekannt? Ich weiß nicht, ob schon darauf Bezug genommen wurde. Es steht wörtlich drinnen: „Der Genannte steht im Verdacht, von der ÖKODATA einen Betrag von 1,2 Millionen Schilling als Schmiergeld bezogen zu haben, weiters ebenfalls mit der ÖKODATA eine Provision in der Höhe von 3,5 Millionen Schilling unzulässigerweise vereinbart zu haben." Was sagen Sie zu dieser Anschuldigung?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Zu Punkt 1 war ich sehr überrascht, als ich das gelesen habe. Ich kann nur sagen: Meines Wissens und nach den Büchern, die mir zur Verfügung gestanden sind, wurde das an Wilfling nicht bezahlt.

Zu Punkt 2 habe ich heute ausführliche Ausführungen gemacht. Es wurde aber keine Provision vereinbart.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Aber wie können Sie sich erklären, daß im Haftbefehl von 1,2 Millionen Schilling Schmiergeld die Rede ist? Ist es denkbar, daß von der ÖKODATA derartige Beträge weggezahlt wurden, ohne daß Sie als Geschäftsführer davon Kenntnis haben konnten? Ist das rein technisch möglich gewesen in der Zeit, als Sie Geschäftsführer waren? Nachher ist natürlich eine andere Frage.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** In der Zeit meiner Geschäftsführung ist das für mich undenkbar.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Auch von der ABO?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Von der ABO: Darüber kann ich nichts sagen, denn die ABO kontrollierte ich ja dahin, ob der ÖKODATA-Anteil bezahlt wird, und da kam ein Abrechnungsformular, wo ausgewiesen wird, welche Größenordnung einem Rücklagenfonds zugeführt wird und welche Beträge an die anderen beteiligten Firmen ausgezahlt wurden. In dieser Nachweisung wäre kein Platz für zusätzliche Auszahlungen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ich habe eine letzte Frage noch, die auch so ein bißchen in die Sprachpolizei hineingeht, die der Abg. Dr. Kapaun schon einmal gestellt hat.

Sie haben gesagt, Sie hätten das Gespräch mit Bandion bei Dkfm. Bauer geleugnet, weil Sie Angst gehabt haben vor ihm und auch vor Wilfling.

Erste Frage: In welcher Form wurde von seiten Wilflings bei Ihnen der Eindruck erweckt, daß Sie Angst haben müßten? Hat er Sie bedroht? Hat er Ihnen ebenfalls die Wirtschaftspolizei auf den Hals hetzen wollen? Ich weiß es nicht. Was war der Anlaß, daß Sie Angst hatten vor Dr. Wilfling?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe nicht gesagt, daß ich vor Dr. Wilfling Angst hatte.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): O ja. Bitte, ich habe jetzt das Protokoll nicht da. Ich habe mir das sogar wörtlich aufgeschrieben. Sie haben Angst vor solchen Leuten wie Wilfling. Das ist sicher ein wörtliches Zitat. Sie haben Angst gehabt vor ihm.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** „Wie Wilfling" bedeutet nicht „den Wilfling". Ich habe gesagt, daß ich Angst hatte vor Dr. Bauer. Bitte, das ist meine Erinnerung jetzt.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Bitte dann noch die Frage — ich glaube, das war eine Frage, die Dr. Schmidt an Sie gestellt hat —: In dem Gespräch mit Bandion hätte Bandion erklärt, er wüßte davon, daß hier böse Dinge passiert sind.

Und jetzt genauso die Frage: Wieso Plural? Die Wilfling-Affäre ist Einzahl. Was sind „böse Dinge" in diesem Zusammenhang, die der Magistratsdirektor gemeint hat?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nach meinem Verständnis: böse Dinge mit Wilfling oder im Zusammenhang mit Wilfling, und der Plural bedeutet nicht ein Ding, sondern mehrere.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Können Sie bitte präzisieren, um welche Dinge es sich hier handelt? Um welche Affären, Anlässe?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Dr. Bandion hat mir darüber ja nicht genau Bescheid gesagt. Er hat mir damals nur gesagt, daß ein Mann zu ihm gekommen sei, der ihm erzählt hätte, Wilfling will von ihm Geld. Er hat aber nicht gesagt, daß er das bezeugen kann, denn er will ja weiter Geschäfte machen mit dem Bereich, den Wilfling leitet.

Ich muß Ihnen sagen: Ich kann diese Formulierung „böse Dinge" aus dem damaligen Gespräch 1979 nicht mit Einzelheiten belegen, weil sie mir Dr. Bandion verständlicherweise nicht gesagt hat.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Aber es waren jedenfalls mehrere Anlaßfälle und nicht nur der eine, von dem Sie uns hier Kenntnis aus eigener Erfahrung machen konnten?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe es so verstanden, daß es mehrere sind.

Obmann Dr. **Steger:** Ich danke.

Wir haben natürlich öfters die Schwierigkeit, daß Folgefragen eigentlich nicht mehr mit dem Untersuchungsauftrag direkt zusammenhängen. Aber wenn sie dann wieder dazu zurückführen, lassen wir sie ja immer zu. Aber es soll halt wieder dorthin zurückgefunden werden.

Herr Zeuge! Was ist die Wiener Betriebswirtschaftliche Gruppe? Können Sie uns darüber etwas erzählen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Bitte?

Obmann Dr. **Steger:** Was ist die Wiener Betriebswirtschaftliche Gruppe? Dieser Begriff kommt einmal in den Unterlagen vor. Sagt Ihnen das etwas?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Wiener Betriebswirtschaftliche Gruppe?

Obmann Dr. **Steger:** Wiener Spitalwirtschaftliche Gruppe! Der Ausdruck kommt im Rechnungshofbericht vor.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Mit diesem Begriff fange ich nichts an. Ich kann nur vermuten, daß damit die Firmen MED-CONSULT und ÖKODATA gemeint sein können, wenn es im ABO-Auftrag ...

Obmann Dr. **Steger:** Darf ich Sie, Herr Ministerialrat, bitten, daß Sie dazwischen das erläutern, wie das beim Rechnungshofbericht vorkommt.

Ministerialrat Dr. **Freudenreich** (Rechnungshof): In den Unterlagen, speziell in den Aufzeichnungen über die Teambesprechungen beim Stadtrat Stacher, wird in einer Besprechung — das läßt sich sicher gleich herausfinden — eine Wiener Spitalswirtschaftliche Gruppe erwähnt, und zwar synonym mit den Namen Dipl.-Ing. Rumpold und Dkfm. Bauer.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, sagt Ihnen dieser Name etwas?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Also ich habe diesen Namen heute zum ersten Mal gehört in dieser Bezeichnung.

Ministerialrat Dr. **Freudenreich** (Rechnungshof): Darf ich dazu vielleicht noch sagen, daß das die Diktion in dieser Unterlage ist, und es ist möglich, daß den Betroffenen diese Bezeichnung nicht bewußt ist. Aber sie wurden dort in dieser Besprechung als solche bezeichnet.

Obmann Dr. **Steger:** Es ist dann schwer, die Folgefragen zu stellen, wenn der Herr Zeuge diesen Begriff nicht kennt.

Ich darf darauf verweisen, daß es im Rechnungshofbericht Seite 104 folgende ausdrücklich vorkommt, wobei es hier sinngemäß heißt: repräsentiert durch Dkfm. Bauer und Dipl.-Ing. Rumpold, was heißen würde, daß es weitere Personen gibt, denn wenn das die Repräsentanten einer Gruppe sind, müßte es weitere Personen geben.

Sie wissen nichts über diesen Begriff?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich kenne diesen Begriff nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben einen Teil meiner Folgefragen mir und sich selbst erspart damit.

Die ÖKODATA hat bereits Ende 1976 Vor-

stellungen von der Dateilplanung und Gestaltung der Betriebsorganisation übermittelt. Wie ist es dazu gekommen, daß bereits zu diesem Zeitpunkt die ÖKODATA — das ist ebenfalls aus dem Rechnungshofbericht, Seite 112 — eigene Vorstellungen übermittelt hat? Wissen Sie darüber etwas?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Dazu muß ich sagen: Ich habe dargelegt, daß ich mich ja auch 1976 sehr intensiv mit der Frage der Betriebsorganisationsplanung beschäftigt habe, daß für meinen Begriff diese Planung viel zu spät begonnen hat und daß mich im Rahmen dieser Gespräche die AKPE aufgefordert hat, doch einmal Überlegungen vorzulegen, wie wir uns so etwas vorstellen. Und im Rahmen der Gespräche kam es zur Vorbereitung und zur Übergabe dieser Unterlagen.

Obmann Dr. **Steger:** Wer war das von seiten der AKPE?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das war meiner Erinnerung nach Dipl.-Ing. Winter.

Obmann Dr. **Steger:** Und wem gegenüber seitens der ÖKODATA?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Mir persönlich, und die Unterlagen wurden im wesentlichen bei uns von Dr. Böhm erarbeitet, soweit ich mich erinnere.

Obmann Dr. **Steger:** Seit wann kennen Sie eigentlich Herrn Dipl.-Ing. Winter?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich kenne Dipl.-Ing. Winter seit, ich glaube, 1973 oder 1974 anläßlich eines Gespräches bei Dr. Wilfling, zusammen mit Frau Labkant vom DKI, mit Dkfm. Bauer. Ich glaube, der Obersenatsrat Siebensohn war noch dabei. Da ist es um Fragen des Zielplanes für Wien gegangen.

Obmann Dr. **Steger:** Sind Sie eigentlich — ich lese immer in der Zeitung, daß es das gibt — in diesem Club 45?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein, ich war nie im Club 45, mich hat dorthin auch niemand eingeladen.

Obmann Dr. **Steger:** Mich auch nicht.

Die AKPE beabsichtigte zu Beginn der Ausschreibungen, daß eine einzige Firma bei der Betriebsorganisationsplanung das ganze Leistungsspektrum abdeckt. Das geht aus den Unterlagen und auch aus den Berichten hervor. Dann waren es vier Firmen letzten Endes, die dieses Spektrum abdecken sollten. Wer hat diesen Stimmungsumschwung in der AKPE gebracht, und warum ist die AKPE von dieser ursprünglichen Überlegung abgegangen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Dazu kann ich nur sagen: Mir ist diese Version nicht bekannt, weil ja, wie Sie mir ja auch aus Ihren Unterlagen vorgelesen haben, immer Gespräche über Gruppierungen waren. Ich kenne also diese Version, daß nur eine Firma arbeiten sollte, nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Die ABO hat ein ursprüngliches Anbot gehabt für den Gesamtauftrag. Dann kam das Anbot vom 7. April 1978 betreffend einen 30-Monate-Auftrag. Es ist praktisch ein neues Anbot gelegt worden. Das ist doch eine wesentliche Änderung gegenüber dem ursprünglichen Anbot gewesen. Sehen Sie das auch so?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich sehe das als zeitliche Aufteilung und als eine Erschwerung durch die Übergabe in die nächste Phase. Es gab zu diesem Zeitpunkt nach meiner Erinnerung zwei Strömungen. Die eine Strömung wurde durch die AKPE-Direktoren im wesentlichen vertreten, die eine Gesamtvergabe angestrebt haben, die andere Strömung wurde, glaube ich, durch den Aufsichtsratsvorsitzenden, Sektionschef Waiz, vertreten, der eine Teilvergabe bevorzugt hat.

Ich habe mich nach langen Überlegungen — obwohl alle sachlichen Gründe für eine Gesamtvergabe sprechen — auch dem Argument der Teilvergabe angeschlossen, weil das die Risken für Auftraggeber und Auftragnehmer vermindert.

Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ergänzend zu meinem Kollegen Schmidt möchte ich Sie fragen: Sie haben dem Ausschuß mitgeteilt, daß Sie persönlich bekannt sind mit dem Herrn Vizebürgermeister Busek und Sie ihm vor anderen über diese Sache berichtet haben. Woher kennen Sie den Herrn Vizebürgermeister?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** In meiner Eigenschaft als IBM-Repräsentant habe ich einmal den Versuch unternommen, bei Herrn Vizebürgermeister, also damals bei Herrn Busek vorzusprechen, zusammen mit meinem Bekannten, Herrn Dr. Bock, der ihn gut kannte, und der Versuch, glaube ich, war, ihm eine zentrale Mitgliederevidenz der ÖVP schmackhaft zu machen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Danke.

Dann eine weitere Frage. Im Rahmen des Vertrages der ABO mit der AKPE wurde festgehalten, daß sich zwar die Teilnehmer der ABO Subunternehmer bedienen dürfen, daß sie aber diese Subunternehmer der AKPE zu melden haben.

Meine Frage nun: Hat sich die ÖKODATA solcher Subunternehmer bedient — inländischer oder ausländischer —, und zweitens, haben Sie diese vertraglich vorgesehene Mel-

depflicht penibel eingehalten? Als drittes möchte ich Sie noch fragen: Haben Sie auch zeitgerecht diese Verpflichtung eingehalten?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Soweit es die ÖKODATA betrifft, bedient sich die ÖKODATA eines Unternehmens aus Hamburg für bestimmte Leistungen. Meines Wissens wurde die Meldung an die AKPE von der ÖKODATA zeitgerecht durchgeführt. Ich habe heute schon erwähnt, daß ich im Rahmen einer Aufsichtsstellensitzung den Vertreter der MED-CONSULT eingehend auf diese Meldepflicht hingewiesen habe und er mir daraufhin bestätigt hat, daß sich die MED-CONSULT keiner Subunternehmen bedient und alle Personen, die von der MED-CONSULT beigestellt werden, Angestellte der MED-CONSULT sind. Daher habe ich diese Frage für mich als erledigt angesehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dr. Schüssel hat Sie bereits gefragt nach diesen beiden neuen Firmen, die gegründet worden sind, ECONSULT und ECOMED. Sie haben bereits gesagt, daß Sie eigentlich erst gestern kurz erfahren haben, daß diese Firmen gegründet worden sind.

Nun, die eine Firma, die ECONSULT, geht hervor aus einer Firma Incor. Ist Ihnen dieser Name Incor Warenvertriebsgesellschaft bekannt?

Ich darf Ihnen vielleicht helfen: Es war hier auf jeden Fall mit dabei ein Dr. Gerhard Nidetzky.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Firma Incor ist mir nicht bekannt. Der Herr Dr. Nidetzky ist mir bekannt: Das ist ein Angestellter der Consultatio und, ich glaube, seit Ausscheiden Bauers Geschäftsführer. Das kann ich aber nicht genau sagen.

Abg. Dr. **Feurstein:** (ÖVP): Und ist Ihnen die Magister Elisabeth Heller bekannt? Die war dann Geschäftsführerin dieser neuen Firma ECONSULT.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja, die Frau Magister Heller ist mir bekannt. Soweit ich weiß, ist sie die erste von der Kammer geprüfte Betriebsberaterin Österreichs gewesen, und sie war vorher Mitarbeiterin der Consultatio. Sie hat aber nie in der ÖKODATA mitgearbeitet oder sonst etwas mit der ÖKODATA zu tun gehabt, solange ich dort Geschäftsführer war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Ihnen Herr Dr. Scharmüller etwas darüber gesagt, daß er Gesellschafter einer dieser Firmen ist?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat er Ihnen gesagt, welche dieser Firmen noch bestehen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat er Ihnen dann gestern konkret gesagt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Er hat mir gestern gesagt, daß in der Vollversammlung, die für nächste Woche geplant ist — ich habe noch keine Einladung erhalten —, die Besprechung dieses Fragenkomplexes auf der Tagesordnung stehen wird.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und ist dabei zum Ausdruck gekommen, daß die ÖKODATA an diesen Betriebsgründungen beteiligt war? Sonst müssen sie ja nicht auf der Vollversammlung der ÖKODATA behandelt werden.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Diese Informationen, die ich Ihnen jetzt gegeben habe, entstammen einem etwa dreiminütigen Telephongespräch von gestern, und das war also nur sehr oberflächlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben gesagt, daß Sie Dr. Bandion und auch die Frau Dr. Leodolter informiert haben beziehungsweise informiert worden sind über die Person, über die Charaktereigenschaften, über das ganze Verhalten von Dr. Wilfling.

Haben Sie auch den Gesundheitsstadtrat Dr. Stacher oder wissen Sie, hat sonst jemand den Gesundheitsstadtrat von Wien über diese Person Dr. Wilfling informiert?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Persönlich habe ich den Gesundheitsstadtrat über diese Dinge nie informiert. Ich habe es damals für Selbstmord gehalten. Ob es jemand anderer getan hat, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hatten Sie den Eindruck, daß der Gesundheitsstadtrat dem Dr. Wilfling blind vertraut?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Diesen Eindruck habe ich gewonnen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kann man sagen, worauf er sich gründet? Können Sie Beispiele dafür nennen, wie Sie zu diesem Eindruck gekommen sind?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Bei Besprechungen, die wirtschaftliche Themen der Wiener Spitäler berührt haben, hat der Gesundheitsstadtrat eigentlich immer Dr. Wilfling für sich sprechen lassen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Vizekanzler soll Dr. Wilfling empfohlen haben. Das ist inzwischen auch bestätigt worden, es ist nicht in Abrede gestellt worden. Hat Dr. Wilfling mit der Person des Vizekanzlers Ihnen gegenüber

214 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

argumentiert, indem er sich auf den Vizekanzler berufen hat, indem er auf den Vizekanzler hingewiesen hat?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Dr. Wilfling hat mir gegenüber im Zweiergespräch nie damit argumentiert. Aber ich kann mich an einige Sitzungen mit mehreren Leuten erinnern, wo er davon gesprochen hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welcher Weise hat er von Vizekanzler Dr. Androsch gesprochen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Daß er ihn kennt und daß er mit ihm Kontakt pflegt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat er auch zum Ausdruck gebracht, daß er den Vizekanzler ab und zu über alle Vorkommnisse — Auftragsvergaben und so weiter — informiert, daß er darüber Gespräche mit dem Herrn Vizekanzler führt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein. Mir gegenüber nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In diesen Gruppensitzungen oder Arbeitssitzungen — was immer das auch war —, hat er in diesen Sitzungen von Vizekanzler Androsch zum Beispiel Aufträge, Zustimmungserklärungen wiedergegeben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat er irgendwelche andere Hinweise auf durchgeführte Informationen gegenüber dem Vizekanzler zum Ausdruck gebracht? Konkret: Hat er zum Beispiel gesagt: Ich habe den Herrn Vizekanzler über diese und diese Angelegenheit informiert und stelle das nun fest?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein. In meiner Gegenwart nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben aber vorhin gesagt, daß sehr wohl Wilfling sich ab und zu auf den Herrn Vizekanzler in solchen Arbeitsgesprächen berufen hat.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Er hat sich darauf berufen, daß er ihn kennt. Er hat gesagt, er habe mit ihm Karten gespielt, zum Beispiel; wenn ich Ihnen helfen kann.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Waren es also nur Dinge, die die private Sphäre betreffen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es waren nur Dinge, die die private Sphäre betreffen, und meiner Meinung nach ist es also nicht darauf angekommen, ob es stimmt oder nicht, sondern Sie müssen bedenken, daß es in solchen Sitzungen teilweise auch darauf ankam, daß Wilfling als besonders einflußreicher Mann auftreten wollte. Es ist doch schön, wenn man sagen kann, man habe mit dem Vizekanzler Karten gespielt. *(Heiterkeit.)*

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich möchte wieder zurück zum Ernst kommen. Herr Diplomingenieur! Es ist schon eigenartig, daß, wenn Dr. Wilfling vom Vizekanzler spricht, er dann nur über private Begegnungen berichtet und nicht über Aufgaben, die so wichtig sind — er war doch einer der wichtigsten Männer; nicht der wichtigste, aber einer der wichtigen Männer im Zusammenhang mit der Errichtung, dem Bau des AKH —, daß er da nicht auch über dienstliche Bereiche informiert oder berichtet hat.

Sie sagen also, Sie haben in dieser Richtung nichts gehört. Sie bestätigen das noch einmal?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich kann nur bestätigen, daß, wenn ich anwesend war, über solche Dinge nicht gesprochen wurde.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist in diesem Zusammenhang irgendwo der Einfluß von Sektionschef Waiz zur Sprache gekommen? Wilfling — Sektionschef Dr. Waiz?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Meines Wissens war Wilfling Mitglied des Aufsichtsrates seit — ich glaube — Jänner 1979. Daher ist für mich natürlich eine Gesprächsbasis Dr. Waiz und Dr. Wilfling vorhanden. Aber es ist von Wilfling nie davon gesprochen worden, daß er — ich weiß nicht, wie Ihre Frage gelautet hat?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe gefragt, ob Dr. Wilfling irgendwo zum Ausdruck gebracht hat, daß Sektionschef Waiz mit bestimmten Auftragsvergaben einverstanden ist, daß er sie wünscht, ob das nun ÖKODATA, ODELGA oder eine andere Firma betrifft?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Aus meinen Erlebnissen kann ich berichten, daß das nie der Fall war, sondern es ist darum gegangen, daß Sektionschef Waiz sehr wohl alles möglichst genau überprüfen und wissen hat wollen. Aber daß Sektionschef Waiz das oder jenes wünscht, das ist für mich neu.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich hätte das nicht gefragt, aber Sie haben vorhin darauf hingewiesen, daß Sie bei der IBM waren und daß Sie sich auch später noch um die Geschäfte der IBM bemüht haben.

Am 16. 6. 1976 findet sich in den persönlichen Akten des Dipl.-Ing. Winter der Hinweis, daß ein EDV-Auftrag im Zusammenhang mit dem AKH an die IBM vergeben werden soll und daß mit Ihnen das abgesprochen worden ist und nur noch zu klären ist, ob IBM das allein bekommen soll oder, wie es heißt, ein Beruhigungsauftrag an die Honeywell Bull vergeben wird.

Haben Sie auf diese Auftragsvergabe — es betrifft Ihre Aufgabe bei der ÖKODATA in keiner Weise — Einfluß genommen oder ist diese Notiz von Winter falsch; 16. 6. 1976?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Antwort ist sehr schwierig für mich, denn im Jahre 1976 — das habe ich schon mehrmals betont — war ich zeitweise im Rahmen der Mitarbeit von Professor Wojda bei der APAK beschäftigt. Damals — ich glaube, das ist diese Angelegenheit — ging es um ein Instrument für die Planverwaltung. Es gibt Tausende von Plänen in verschiedensten Versionen für das AKH. Und diese Planverwaltung wurde seit Jahren von den Architekten mit Hilfe eines Honeywell Bull-Systems, eines Tele-processing-Systems durchgeführt, das an einen amerikanischen Computer angeschlossen war. Es ist darum gegangen, ein Terminal in den Räumen der APAK aufzustellen. Es könnte also diese Angelegenheit gewesen sein, nachdem ich dort in Sachen Datenverarbeitung im Auftrag der APAK gewisse Überlegungen und Gutachten zu machen hatte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie den Dr. Helmreich?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja. Das war mein Personalchef bei der IBM.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und dann ist er zur Stadt Wien gekommen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja. Bei der Stadt Wien habe ich ihn nie mehr getroffen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie dann weiter fragen, nur damit es für mich klar ist. Sie haben gesagt, daß dieser Dr. Bauer, der Sohn des Dkfm. Bauer, nicht nur bei Ihnen, also bei der ÖKODATA, die Buchhaltung geführt hat, sondern auch bei der ABO; also nicht nur Steuerberatungsaufgaben, sondern auch Buchhaltungsaufgaben erledigt hat. Sie haben einen Betrag — wenn ich das richtig verstanden habe — von 160 000 S pro Jahr für diese Aufgabe genannt. Ist hier nur die Erledigung der buchhalterischen Aufgaben für die ÖKODATA enthalten oder auch die Tätigkeiten für die ABO?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich glaube, die Tätigkeit für die ABO wird gesondert honoriert, und ich habe von einem Betrag zwischen 100 000 und 160 000 S gesprochen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hatten Sie den Eindruck, daß auf Grund der Informationen — wobei natürlich alle Details über die Tätigkeit der ÖKODATA zur Consultatio gelangt sind — irgendwann einmal auf Sie als Geschäftsführer von Dkfm. Bauer auf Grund solcher buchhalterischer Informationen Einfluß auf die Geschäftstätigkeit ausgeübt wurde?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Selbstverständlich hat Dkfm. Bauer auf die Geschäftstätigkeit der Firma ÖKODATA, die ihm ja mehrheitlich gehört hat, Einfluß genommen. Ich glaube aber nicht auf Grund des Umstandes, daß die Consultatio die Buchhaltung führt, sondern ganz einfach deswegen, weil die Gesellschaftsorgane ja ihre Meinungsbildung im Wege der vorgesehenen Gremien vornehmen. Wenn Bauer mich getroffen hat, so konnten wir uns immer entscheiden: Ist es jetzt eine Gesellschafterversammlung, eine Besprechung oder was sonst, wenn nur zwei Leute da sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie war das bei der Consultatio organisiert? Hatten andere Personen der Consultatio auch Zugang zu diesen Informationen, die auf Grund der Buchhaltung über die Consultatio für die ÖKODATA geführt wurden?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Selbstverständlich. Damit ich hier das richtigstelle: 1976 gab es den Markus Bauer noch nicht in der Consultatio. Ich glaube, er hat erst 1977 oder 1978 maturiert. Da haben andere Leute ...

Abg. Dr. **Feurstein:** (ÖVP): Dann nicht „Dr." Bauer.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe auch nie gesagt, daß er Doktor ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie dann fragen, wer sonst mit diesen Aufgaben bei der Consultatio beschäftigt war?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Personalabrechnung hat zum Beispiel Bauers Sekretärin geführt. Die Buchhaltung, ich glaube ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn Sie vielleicht den Namen dazu sagen.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Sie heißt sicher Eva, weil es üblich war, sie mit „Evi" anzureden. Ich glaube Markl — nein, Markl heißt sie nicht. Den Familiennamen weiß ich jetzt nicht. Aber wenn man dort nach dem Fräulein „Evi" fragt, erfährt man es leicht.

Die andere Seite ist die: In einer Steuerberatungskanzlei gibt es immer verschiedene Sachbearbeiter. Ein Sachbearbeiter, der für die ÖKODATA zuständig war, war der Herr Dkfm. Nidetzky.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dkfm. Nidetzky also. Und wer war vor Markus Bauer mit der Buchhaltung befaßt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Dkfm. Nidetzky.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nur noch eine Ergänzungsfrage; es ist bereits zur Sprache

216 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

gekommen. Sie haben gesagt, daß ein Pauschalhonorar zwischen der AKPE und der ABO vereinbart worden ist und daß für zwei Monate über 8 Millionen Schilling überwiesen worden sind. Sie haben persönlich bereits zum Ausdruck gebracht, daß Sie sich für diese Pauschalhonorierung eingesetzt haben, weil Sie bei einer korrekten, detaillierten Abrechnung eben glauben, daß es nicht sinnvoll, nicht richtig ist. Das ist sicherlich eine Auffassung.

Aber wer ist dann eigentlich auf der anderen Seite dafür eingetreten, daß diese Pauschalhonorierung durchgesetzt worden ist? Ich kann mir vorstellen, daß es auf der Seite des Vorstandes und vielleicht auch bei anderen Vertragspartnern gegen eine solche Pauschalhonorierung Einwände gegeben hat. Ich nehme nicht an, daß alle Personen, die hier betroffen waren, für diese Pauschalhonorierung eingetreten sind.

Wer ist neben Ihnen besonders für diese Pauschalhonorierung eingetreten? *(Dipl.-Ing. Rumpold verläßt den Saal und kommt nach zwei Minuten wieder zurück.)*

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Diplomingenieur! Sie haben vorhin bereits mehrmals sehr eingehend dargelegt, daß es zu einer Pauschalhonorierung gekommen ist, daß Sie sich dafür eingesetzt haben, weil Sie es für richtig erachteten, daß eine Pauschalhonorierung erfolgt ist.

Bei der ARGE Kostenrechnung zum Beispiel — soweit das mir bekannt ist — haben Sie sich auch dafür eingesetzt, daß es zu einer Pauschalhonorierung gekommen ist. Schlußendlich hat man dann aber doch im Vertrag eine detaillierte Abrechnung über die einzelnen Leistungen, die zu erbringen sind, vereinbart.

Beim ABO-Auftrag ist es nicht so gegangen, sondern es ist Ihrem Wunsch entsprochen worden. Ich nehme nun nicht an, daß alle Verhandlungspartner sich für dieses Pauschale stark gemacht haben.

Welche Verhandlungspartner — auf beiden Seiten, ABO oder der Vorstand der AKPE — haben sich gegen diese Pauschalhonorierung ausgesprochen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Aus meiner Praxis kenne ich kein Beispiel für die Abrechnung einer Betriebsorganisationsplanung für ein Krankenhaus, die nicht nach pauschalen Grundsätzen vorgenommen wird. Man müßte in den Rechnungshof- beziehungsweise Kontrollamtsberichten nachlesen können, wie die anderen Anbieter angeboten haben. Ich glaube aber nicht, daß hier Anbieter darunter waren, die Abrechnungen nach Aufwand vorgeschlagen haben.

Ministerialrat Dr. **Freudenreich** (Rechnungshof): Im Zuge der Ausschreibung waren auch Firmen dabei — ich kann es jetzt auswendig nicht sagen, entweder war es MEDIPLAN oder HOSPITALPLAN —, die eine Leistung nach Kostennachweis angeboten haben.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie das gewußt, Herr Dipl.-Ing. Rumpold?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das war mir nicht bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie jetzt noch bitten, daß Sie die Frage beantworten:

Waren alle Verhandlungspartner Ihrer Meinung, oder gab es Verhandlungspartner auf der einen oder anderen Seite, die gegen die Art dieses Pauschales Einwände erhoben haben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Gegen das Prinzip der Pauschalverrechnung ist kein Einwand erhoben worden. Es wurde allerdings von der AKPE eine detaillierte Angabe der Berechnungsgrundlagen verlangt, und diese wurde auch gegeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch Parzer und Schwaiger in keiner Weise?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Mir wurde so etwas nicht mitgeteilt, weder von Parzer noch von Schwaiger.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In den Unterlagen von Winter, von denen bereits gesprochen worden ist, war eine Aufteilung in drei Drittel dieses ABO-Kuchens, wie er genannt wird, vorgesehen.

Auf Grund der Unterlagen, die Dr. Schüssel bereits zitiert hat, ist aber eine etwas andere Aufteilung unter den einzelnen Partnern der ABO zustande gekommen.

Wer hat eigentlich schlußendlich festgelegt, in welchem Ausmaß das Krankenhausinstitut, Riethmüller, MED-CONSULT, ÖKODATA und AGIPLAN beteilt werden sollen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Hier von einer grundsätzlichen Festlegung zu sprechen, sehe ich als nicht richtig an; aus dem einfachen Grund: Wenn vier Partner zusammensitzen, dann hat jeder meiner Meinung nach die Vorstellung, möglichst viel oder einen möglichst großen Anteil zu haben. Das endgültige Ergebnis ist ein Verhandlungsergebnis, das sowohl von der Leistungsseite, von der Fähigkeit zur Leistung her zu beurteilen ist und motiviert wird und von der anderen Seite vielleicht ein bißchen vom Verhandlungsgeschick.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie ist dann die Aufteilung schlußendlich erfolgt? Sie haben ja insgesamt rund 94 Millionen oder 100 Millionen Schilling — je nachdem, von welchen Daten

man ausgeht — von der AKPE erhalten. Wie ist die Aufteilung unter den einzelnen ABO-Partnern erfolgt? Nach welchen Kriterien?

Es gibt da einen ganz klaren Schlüssel: 18 Prozent Deutsches Krankenhausinstitut, 13,5 Prozent Riethmüller, MED-CONSULT 9,7 Prozent, Ihre Firma 49 Prozent — also rund die Hälfte —, AGIPLAN 4 Prozent und der Reservefonds 5,7 Prozent. Wie ist dieser Schlüssel entstanden?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe gesagt, das ist ein Verhandlungsergebnis gewesen, das auf zwei Säulen ruht. Die eine Säule ist die Leistungsfähigkeit und sind die Arbeitsbereiche, die eine Firma übernimmt, und die andere Säule ist ein bißchen Verhandlung dabei.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben ja bereits einmal zum Ausdruck gebracht, daß die MED-CONSULT in diesem Zusammenhang ein schlechter Partner war, der die Aufgaben nicht erfüllt hat, daß er die Leistungen nicht erbracht hat, die von dieser Firma erwartet worden sind. Das hätte dann zu einer Reduktion des Prozentsatzes führen müssen. War der Prozentsatz von Anfang an immer der gleiche, oder hat er sich im Laufe der Zeit geändert?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Im Falle der MED-CONSULT hat es dazu geführt, daß die Zahlung an die MED-CONSULT so lange eingestellt wurde, bis die Arbeit wieder erbracht wurde.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Prozentsatz wurde am Anfang der Auftragserteilung in dieser Zusammensetzung festgelegt.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Der Prozentsatz entspricht dem Arbeitsvolumen, das eine Firma übernimmt. Wenn sie das Arbeitsvolumen jetzt nicht termingemäß erbringt, so ist natürlich eine Nachfrist zu setzen. Wenn sie sie auch nach Ablauf der Nachfrist nicht erbringt, so kann man ihr die Zahlung einstellen. Und wenn dann noch immer nichts ist, dann muß man weiterhin besprechen, welche andere Firma das macht, und dann erst kommt es dazu, daß der Prozentsatz nicht vermindert wird, sondern überhaupt auf null reduziert wird, wenn die Firma ausscheidet.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Vorstand AKPE hat auf diese Aufteilung keinen Einfluß genommen? Das war eine Sache der ABO-Partner?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Der Vorstand hat keinen Einfluß genommen. Der Vorstand hat sich lediglich gewünscht — und dieser Gedanke erschien mir sehr zweckmäßig —, eine federführende Firma zu haben, denn immer, wenn man mit vier reden muß, ist es doch besser, man redet zunächst mit einem.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie aus dem Gedächtnis sagen, welche großen Aufträge die ÖKODATA — natürlich nicht die kleinen — im Jahre 1979, im Jahre 1978, vielleicht auch 1977 — nur aus dem Gedächtnis, soweit Sie sich als Geschäftsführer erinnern — erhalten hat und wie groß in etwa die Auftragssummen waren?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das kann ich hier nicht sagen. Ich kann dazu ohne Rücksprache mit dem ÖKODATA-Geschäftsführer keine Aussage machen, denn das müßte meiner Meinung nach er sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Seit wann stand für die ABO fest, daß sie nach Ansicht der AKPE Bestbieter ist und daß sie den Auftrag bekommt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Für mich stand das einige Tage vor Vertragsübergabe fest.

Obmann Dr. **Steger:** Die Vertragsübergabe war wann?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich glaube, am 19. Juni 1978.

Obmann Dr. **Steger:** Die AKPE selbst sagt, das stand für sie seit 28. Februar fest.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich glaube, am 28. Feber fand eine Fristverlängerung oder irgend etwas statt. Nageln Sie mich hier nicht fest. Es gab eine Anbotsfristverlängerung und ein paar andere Sachen.

Vor allem war es eines: Es wurde ja der Auftrag dann nicht insgesamt vergeben, sondern in Form eines Teilauftrages.

Obmann Dr. **Steger:** Es geht um die Frage: Vorher ist es eine Ausschreibung, vielleicht eine beschränkte Ausschreibung; das wird man dann noch bewerten müssen. Dann kommt der Punkt, wo plötzlich für die AKPE klar ist, daß es die ABO wird. Da gibt es eine Variante, die heißt März 1978, eine andere heißt 28. Februar 1978.

Und zwar zitiere ich da aus dem Wiener Kontrollamtsbericht, wo es wörtlich heißt: Nachdem es — dort steht: März 1978 — feststand, daß auf Grund der bereits durchgeführten Auswertungen durch die APAK und durch die nachfolgenden Bieter-Gespräche die ABO beauftragt werden sollte, wurden erst am 3. April 1978, acht Tage vor der entscheidenden Aufsichtsratssitzung, unter anderem folgende Unterlagen, die bereits laut Ausschreibung vom 15. September 1977 Bestandteil des Anbotes hätten sein müssen, von der ABO abverlangt.

Hier wird also unter anderem dagegen

remonstriert, daß erst dann, nachdem die Entscheidung gefallen war, Dinge, wie Gewerbeberechtigung, Bezeichnung von Mitarbeitern, Kalkulationen, Angaben über Reduktion des Honorars, Verpflichtung zur Vorlage des Arbeitsgemeinschaftsvertrages und allfälliger Subunternehmer, Frage der Nebenkosten, abgefragt wurden, obwohl zu diesem Zeitpunkt — laut Kontrollamtsbericht, der Einfachheit halber jetzt für den Vorhalt — schon feststand, daß es die ABO wird.

Sie haben zu diesem Zeitpunkt noch nicht gewußt, daß es die ABO wird?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Persönlich glaube ich solche Dinge in der Regel erst, wenn ich einen unterschriebenen Vertrag in der Hand habe. Denn man irrt sich im Geschäftsleben bei halben Zusagen sehr oft, und es kommt dann nicht zu einem Auftrag.

Obmann Dr. **Steger:** Sie meinen, vorher war das aus Ihrer Sicht so etwa wie ein Gefühl, daß sie es wahrscheinlich werden, aber Sie haben es noch nicht als gesichert angesehen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Richtig!

Obmann Dr. **Steger:** Wann haben Sie das Gefühl, das starke Gefühl gehabt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich versuche bei jedem Anbot, ein „starkes Gefühl" zu entwickeln, damit ich den Auftrag kriege.

Obmann Dr. **Steger:** Sie versuchen ja bei dem Kontrahenten, der Ihnen den Auftrag geben soll, das Gefühl stark zu machen.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Mir selber auch, denn wenn Sie den Zeiteinsatz berechnen, den die Erstellung der Anbote, die zweijährigen Gespräche erfordert hat, dann gehört eine gewaltige Hoffnung dazu, daß man den Auftrag kriegt, sonst kann man nämlich etliche Mannjahre abschreiben.

Obmann Dr. **Steger:** Sie versuchen es. Ab wann war der Eindruck bei Ihnen sehr stark? Sie hatten es länger, haben Sie uns gerade gesagt. Aber irgendwann ist der Eindruck stark geworden.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich muß dazu sagen, daß ich immer versucht habe — und ich habe das heute dargelegt —, mit und ohne Ausschreibung, mit und ohne Auftrag der AKPE mich um diesen Auftrag zu bemühen. Das habe ich von 1976 bis Mitte 1978 getan.

Ich bitte Sie, berücksichtigen Sie, das waren zweieinhalb Jahre. In dieser Zeit gab es einmal größere Hoffnung, einmal kleinere Hoffnung. Die kleinste Hoffnung hatte ich gehabt zu dem Zeitpunkt, als die Teilung des Auftrages besprochen wurde. Das war ein völlig neues Element.

Obmann Dr. **Steger:** Und die größte?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die größte Hoffnung habe ich nach Abgabe des Angebotes gehabt, da hat man immer die größte, weil jetzt ist eine wesentliche Arbeit erledigt.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Sie haben soviel aus meiner Sicht wirklich offen beantwortet. Wissen Sie, der Vorhalt ist ja eindeutig, es gibt einen Zeitpunkt, ab dann verhandelt die AKPE nur mit einem Anbieter. Der Vorhalt ist, ob Ihnen das zu irgendeinem Zeitpunkt klar war, daß aus der Situation, daß da viele Anbieter vorhanden sind, mit denen man vielleicht redet, einer übriggeblieben ist. War Ihnen das bewußt? Haben Sie etwas davon gewußt oder nicht? Lassen wir jetzt die Gefühle beiseite.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Daran kann ich mich jetzt zeitlich nicht erinnern. Es ist uns sicherlich einmal vielleicht mitgeteilt worden — das wird sich in den Akten finden —, daß man nur mehr mit uns verhandelt. Aber ich weiß nicht mehr, wann das war.

Obmann Dr. **Steger:** Gut. Zu einem anderen Themenkreis. Herr Dipl.-Ing. Winter wollte unbedingt den Kontakt zwischen ÖKODATA und IFH herstellen. Können Sie sich daran erinnern, wie das vor sich gegangen ist?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Herr Dipl.-Ing. Winter hat mich auf die Firma IFH hingewiesen, das stimmt.

Obmann Dr. **Steger:** Er hat hingewiesen. Hat er auch den Kontakt vermittelt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein, er hat ihn nicht vermittelt. Ich habe den Dr. Lohfert daraufhin einige Tage später angerufen. Ob er dazu noch etwas unternommen hat, weiß ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Ist im Zusammenhang mit dieser Kontaktnahme von einer Subunternehmerschaft schon etwas gesprochen worden?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein. Diese Kontaktnahme hat dazu gedient, mir eine Vorstellung zu verschaffen von der Firma IFH. Ich habe damals zusammen mit Mitarbeitern der ÖKODATA eine Reise nach Kopenhagen unternommen und habe mir dort berichten lassen, welche Planungsmethoden die Firma verwendet und wie ihr Aufgabenbereich aussieht.

Obmann Dr. **Steger:** Sie waren am 14. Oktober 1977 beim IFH?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Den Zeitpunkt kann ich nicht bestätigen, ich war aber 1977 in Kopenhagen bei IFH.

Obmann Dr. **Steger:** Dann darf ich Ihnen also jetzt erstmals mitteilen, wenn Sie es nicht wissen, daß Sie am 14. Oktober laut Rechnungshofbericht dort waren, und am 11. Oktober wurden Sie mittels Fernschreibens von Herrn Dipl.-Ing. Winter angekündigt.

Hat er zu diesem Zeitpunkt etwas von einer Subunternehmerschaft mit IFH gesprochen? Das waren an sich Mitbewerber.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Winter hat mir gesagt, er habe den Eindruck, daß die Firma eine interessante sei und daß ich mir sie ansehen sollte. Das habe ich getan.

Obmann Dr. **Steger:** Die Frage ist — darum frage ich immer nach der Subunternehmerschaft —, das war ja ein Mitbieter zu dem damaligen Zeitpunkt, ein möglicher Mitbieter, der sich auch tatsächlich damit beworben hat. War Ihnen das bekannt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das hat mir die Firma IFH mitgeteilt.

Obmann Dr. **Steger:** Bei so einer Mitteilung — haben Sie zu diesem Zeitpunkt davon gesprochen, wie eine allfällige Zusammenarbeit ausschaut?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Zu diesem Zeitpunkt nicht, weil zu diesem Zeitpunkt die Inhaber der Firma IFH ja ein eigenes Angebot erstellt haben.

Obmann Dr. **Steger:** Wann haben Sie dann gesprochen mit IFH?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Mit IFH habe ich — ich kann das zeitlich schwer präzisieren —, ich glaube, nach Ende der Ausschreibungsfrist gesprochen.

Obmann Dr. **Steger:** Da bleibt aber nicht viel Zeit.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Oder der Angebotsabgabefrist.

Obmann Dr. **Steger:** Am 28. 10. 1977 war Ende der Ausschreibungsfrist, und am 11. 10. waren Sie dort. Am 14. 10. — entschuldigen Sie —, das Telegramm war am 11.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nach meiner Erinnerung ist in diesem Jahr oder zu Beginn des nächsten Jahres Dr. Lohfert nach Abgabe der Angebote nach Wien gekommen. Denn als ich in Kopenhagen war, war ja meines Wissens die Ausschreibung der Firma IFH schon fertig. Es blieb ja keine Zeit mehr, eine zu machen. Auch unsere war fertig.

Obmann Dr. **Steger:** Was haben Sie, außer daß Sie sich vorgestellt haben, dann mit ihm besprochen? Sie haben also nicht zu diesem Auftrag gesprochen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Leute aus Kopenhagen haben sich bei mir erkundigt, wie dann das ist mit dem Wiener Allgemeinen Krankenhaus und was da zu machen sei und wie die Situation sei, und ich habe versucht, es ihnen zu erklären.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte noch einmal. Sie sind der Mitbewerber — der, der mit den lokalen Kenntnissen als Konkurrent dorthin kommt — und Sie haben denen erklärt, wie sie ins Geschäft kommen. Bitte, das verstehe ich jetzt wieder nicht mehr. Ich habe schon sehr vieles heute verstanden, aber das momentan nicht ganz.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe nicht denen erklärt, wie sie ins Geschäft kommen, sondern ich habe denen erklärt, wie groß die Schwierigkeiten in Wien sind. *(Heiterkeit.)*

Obmann Dr. **Steger:** Also bitte noch einmal, Herr Diplomingenieur. Das ist ja wieder auch nicht ganz glaubwürdig, daß Sie hingekommen sind über Vermittlung des Herrn Dipl.-Ing. Winter, um denen zu erklären, daß sie sich zurückziehen sollen aus dem Geschäft? Bitte, ordnen Sie vielleicht — wir sind spät dran und alle erschöpft — das jetzt noch einmal. Es gibt das Ersuchen des Herrn Dipl.-Ing. Winter um Kontaktnahme. Sie haben uns jetzt einmal erzählt, das war nicht der Sinn der Kontaktnahme, daß die mit- oder zusammen mit Ihnen arbeiten. Aber es kann doch wohl auch kaum der Auftrag oder das Ersuchen des Herrn Dipl.-Ing. Winter in die Richtung gegangen sein, daß IFH sich nach Ihrem Gespräch aus dem Geschäft zurückzieht.

Darf ich Sie bitten, daß Sie noch einmal überlegen, was Sie dort geredet haben. Noch dazu im Lichte dessen, daß es ja dann eine gewisse Zusammenarbeit gegeben hat.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das Ziel meiner Reise war selbstverständlich nicht, daß die IFH den Auftrag bekommt — das möchte ich klarstellen —, sonst hätte ich ja nicht so viel Zeit in die Akquisition des Auftrages verwenden müssen. Ich war in Kopenhagen aber speziell von einer Planungsmethode, die die Leute entwickelt haben mit Hilfe eines Computerprogramms, beeindruckt und habe zu verstehen gegeben, daß ich in dem Falle, daß die Firma aus Kopenhagen nicht zum Zug kommen sollte, an einer Zusammenarbeit interessiert wäre.

Obmann Dr. **Steger:** Da sind wir ja näher: „Zusammenarbeit interessiert". Wenn man interessiert ist, dann checkt man ja die Möglichkeiten der Zusammenarbeit ab, und man bietet vielleicht noch nicht endgültig etwas an, aber gesprächsweise lotet man aus, wie die Zusammenarbeit ausschauen kann. Jetzt sind

220 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

wir ja viel näher einer Möglichkeit, wie es auch ich Ihnen glaube.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Herr Vorsitzender! Ich habe mich bemüht, wahrheitsgemäß zu antworten. Ich möchte Sie bitten, meine damalige Situation zu verstehen. Ich stehe als Anbieter, der sehr viel in das Anbot investiert hat, der Situation gegenüber, daß mir ein AKPE-Direktor empfiehlt, eine Firma anzusehen, von der er, ich glaube, beeindruckt war.

Ich hatte zwei Ziele. Mein erstes Ziel mußte sein, daß diese Firma nach Möglichkeit den Auftrag nicht bekommt. Mein zweites Ziel mußte sein, daß sie in dem Sektor, wo ich sie für gut halte, mit uns zusammenarbeitet, weil wir dadurch besser werden. Es ist ja nicht so leicht, diese beiden Ziele in einer Reise zu erreichen.

Obmann Dr. **Steger:** Hat Ihnen Dipl.-Ing. Winter zu dem Zeitpunkt schon gesagt, daß das ein Mitbieter ist?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das hat man mir oben gesagt. Die Leute haben mir auch das Anbot lesen lassen.

Obmann Dr. **Steger:** Das Anbot lesen lassen.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nicht den Preis, bitte, nur das Anbot.

Obmann Dr. **Steger:** Und haben diese Leute angeboten, daß dieses Anbot irgendwo zu einer gemeinsamen Auftragnahme führt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben es auch nicht angeboten?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein, ich habe das, glaube ich, nicht angeboten. Bestimmt nicht!

Obmann Dr. **Steger:** Ein anderer Themenkreis. Ich versuche nur, da, wo wir schon zum Teil diskutiert haben, schnell diese Zusatzfragen abzuhakeln.

Zum ABO-Angebot Allgemeines fällt auf, daß sich die ABO nicht an das Leistungsverzeichnis der Ausschreibung gehalten hat, sondern Leistungen in anderen Gruppierungen beziehungsweise Bezeichnungen angeboten hat. Warum?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das habe ich heute schon ausgeführt: Das Leistungsverzeichnis, das die AKPE der Ausschreibung zugrunde gelegt hat, ist uns in diesem Zusammenhang als nur schwer nachvollziehbar und nicht sinnvoll erschienen. Wir haben daher ein alternatives Leistungsverzeichnis erstellt und das auch angeboten.

Obmann Dr. **Steger:** War es für Sie zu irgendeinem Zeitpunkt erkennbar, daß es sich um eine beschränkte Ausschreibung gemäß Ö-NORM A 2050 handelt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Für mich war erkennbar, daß es eine beschränkte Ausschreibung war. Ob das im Sinn der Ö-NORM ist oder nicht, ist eine schwierige Beurteilungsfrage.

Obmann Dr. **Steger:** Hat die ABO eine begleitende Unterstützung der Betreiber nach dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme angeboten? — Sie verstehen die Frage?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich verstehe die Frage, aber ich kann jetzt darauf keine Auskunft geben, weil das ist mir nicht erinnerlich; aber es mag sein, daß es so einen Passus im Angebot gibt.

Obmann Dr. **Steger:** Jedenfalls erinnern können Sie sich daran nicht?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich kann mich nicht erinnern.

Obmann Dr. **Steger:** Welche ABO-internen Vereinbarungen bestanden über die Aufteilung der Leistungen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** ABO-intern wurde im Zuge dieser Verhandlungen vereinbart, wer welche Teilleistung in welchem Teilbereich, nach denen das Angebot gegliedert war, übernimmt. Ich kann es jetzt nicht auswendig heruntersagen.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist auch ganz klar.

Im Punkt 7 der Angebotsbestimmungen steht, daß Namen der Subunternehmer nach Art und Umfang und so weiter der zu erbringenden Leistungen anzugeben sind. Warum hat das die ABO nie gemacht?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich glaube, daß wir die Subunternehmerschaft des IFH angegeben haben und daß die anderen Mitunternehmer ja schon im Angebot drinnengestanden sind, also die DKI, Riethmüller und ÖKODATA.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte zu präzisieren, IFH war ja drinnen. Aber die anderen nicht.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Bitte, ich habe jetzt nicht verstanden.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte an den Rechnungshof zurück, weil wir haben es ja aus den offiziellen Berichten, damit wir da keinen falschen Vorhalt machen. Bitte, Herr Ministerialrat.

Ministerialrat Dr. **Freudenreich** (Rechnungshof): Die Firma AGIPLAN war im Vertrag bereits vorgesehen.

Obmann Dr. **Steger:** AGIPLAN, aber nicht die anderen! Die waren nicht im Vertrag. Daher

die Fragestellung: Warum wurde das als Subunternehmen nicht angegeben? — Danke.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Meines Wissens war der AKPE die Subunternehmerschaft des IFH bekannt.

Obmann Dr. **Steger:** Wie haben Sie eigentlich Ihr Anbotshonorar kalkuliert, wenn Sie zu dem Zeitpunkt Ihre Subunternehmer noch nicht gekannt haben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Unter Voraussetzung, daß die Leistungen selbst erbracht werden.

Obmann Dr. **Steger:** Wer hat die Idee gehabt, daß eine Wechselkurssicherung für ausländische Partner mit aufgenommen wird?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das haben Professor Riethmüller und DKI verlangt.

Obmann Dr. **Steger:** Wann war das? Wann war Ihnen klar, daß so etwas sinnvoll ist?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das steht, glaube ich, schon im Angebot drinnen, und es ist eine gängige Klausel vieler Angebote und vieler Verträge mit westdeutschen Unternehmen.

Obmann Dr. **Steger:** Ja, es ist oft vorgesehen, daß eine Wertsicherungsklausel drinnen ist. Aber daß eine Wechselkurssicherung bei einem an sich innerösterreichischen Auftrag enthalten ist, ist eigentlich nicht üblich.

Nach der Meinung des Dr. Wilfling ist ja ausdrücklich die ABO zum Zug gekommen, um innerösterreichisch den Auftrag zu vergeben. Wenn es eine innerösterreichische Auftragsvergabe ist, dann ist es wieder nicht üblich, daß eine Wechselkurssicherung für einen ausländischen Partner schon im ursprünglichen Vertrag drinnen ist, wenn noch dazu zu dem Zeitpunkt nicht einmal klar ist, wie weit es dann mit den Subunternehmerschaften weitergeht. Wenn ich Ihnen das vorhalten darf. Bitte, ab wann war es Ihnen klar?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich nicht der Auftraggeber, sondern der Auftragwerber war. Nachdem meine deutschen Partner eine Wechselkurssicherung verlangt haben, habe ich sie hineingeschrieben.

Obmann Dr. **Steger:** Welche konkreten Leistungsanteile sollten das DKI und Professor Riethmüller erbringen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich glaube, es ist heute schon genannt worden: im Ausmaß eines Prozentsatzes des Gesamthonorars. Die einzelnen Tätigkeiten, die dafür zu leisten waren, kann ich jetzt ohne Unterlagen nicht reproduzieren.

Obmann Dr. **Steger:** Warum hat die ABO nicht die ODELGA im Anbot als viertes Mitglied gemeldet?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es ist, glaube ich, die Formulierung so gewählt: die ODELGA oder eine Firma, die noch zu bezeichnen ist — wenn ich mich daran richtig erinnere —, und das war der Wunsch des Dr. Wilfling.

Obmann Dr. **Steger:** Die ODELGA kommt jedenfalls nicht vor im Anbot.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es steht die Passage drinnen „eine noch nachzunennende Firma", glaube ich.

Obmann Dr. **Steger:** Gut. Es steht also „eine noch nachzunennende Firma". Warum wird eine so weitreichende Formulierung gewählt, daß in einem Anbot steht: „eine nachzunennende Firma"?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Weil Dr. Wilfling gesagt hat, die ODELGA soll ich hier nicht bezeichnen, weil er nicht weiß, ob es nicht eine andere Firma wird.

Obmann Dr. **Steger:** Also war das noch unklar, wer der weitere Partner sein wird. Es war nur klar, daß die Person Dr. Wilfling in irgendeiner Art und Weise mit zum Zug kommt. Deute ich das richtig?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es ist ja dann die MED-CONSULT geworden. Es hat folgende Schwierigkeit gegeben, glaube ich: Wilfling hat diese Maßnahme damit begründet, daß er den Gewerbeschein der ODELGA für die Betriebsberatung innehabe, daß er aber nicht mehr Geschäftsführer in der ODELGA sei, und daß daher die ODELGA für diese Gewerbesparte keinen Gewerbeschein habe.

Obmann Dr. **Steger:** Und die Leistungsfähigkeit dieses weiteren ABO-Partners haben Sie in der Person des Dr. Wilfling gesehen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Er hat mir versichert, daß der Partner, der hier noch nachgenannt wird, eine Verbindung mit der ODELGA haben und leistungsfähig sein wird. Ich hatte also keinen Grund, seinen Versicherungen nicht zu glauben.

Obmann Dr. **Steger:** Zu dem Zeitpunkt haben Sie nach einer anderen Aussage schon viel an ihm bezweifelt. Kann nicht eher die Antwort so sein, daß Sie ihn für so wichtig gehalten haben, daß er einfach dabei sein muß, damit es zum Auftrag kommt?

Darf ich Sie bitten, in dieser Richtung noch einmal nachzudenken, ob das vielleicht auch schon ein starkes Argument zu dem Zeitpunkt für Sie war?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Vorstellung, daß ich

222 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

zu diesem Zeitpunkt ohne Wilfling anbiete, ist mir nie gekommen, einfach deshalb, weil ich es für undurchführbar gehalten habe.

Obmann Dr. **Steger:** Nach all dem, was Sie uns sonst gesagt haben, ist das eine logische Antwort, vor allem weil es sich ja auch wieder mit dem trifft, daß Sie gesagt haben, Sie haben nie Bestechungen bezahlt, wenn keine Gegenleistungen da waren. So hat es ja auch eine Gegenleistung gegeben, nämlich er hat mitgearbeitet.

Wer von der ABO hat die Gespräche mit AGIPLAN, MEDIPLAN und IFH über die Subunternehmerschaft geführt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es waren im wesentlichen zwei bis drei Personen; es war Dkfm. Bauer dabei, es war Herr Scharmüller dabei, und ich war auch dabei.

Obmann Dr. **Steger:** Welche Firmen sehen Sie rückschauend aus Ihrem damaligen Wissen als so gewichtig an, daß Sie auch damals gemeint hätten, wenn die nicht dabei ist, gibt es keinen Auftrag, so wie Sie das bei Wilfling und seiner noch zu nennenden Firma gesehen haben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Darf ich noch einmal um die Namen der drei Firmen bitten?

Obmann Dr. **Steger:** AGIPLAN, MEDIPLAN und IFH.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** MEDIPLAN ist kein Mitglied. Die AGIPLAN war mit uns ja schon in einer verschiedentlichen Zusammenarbeit tätig. Der Grund für die Einbindung der AGIPLAN war vor allem der Bereich Lagerwirtschaft und Transportsysteme, von denen die AGIPLAN aus industriellen Erfahrungen relativ viel Know-how hat.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Dipl.-Ing. Rumpold! Wenn bei der Anbotstellung gegenüber der AKPE die Aussage gemacht wurde, 65,6 Prozent der ABO-Arbeiten werden österreichischen Unternehmern zukommen, so möchte ich gerne wissen, mit welchen Gründen Sie diese Quote fixiert haben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die österreichischen Unternehmen bestanden für mich in der AGIPLAN, in der ÖKODATA und in der MEDCONSULT oder in der ODELGA.

Wenn man diesen Prozentsatz zusammenzählt, so müßte das wahrscheinlich 65 oder mehr ergeben.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Hat sich dann diese österreichische Quote vermindert und wenn ja, aus welchen Gründen? Haben Sie davon die AKPE informiert?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ob sich die Quote vermindert, glaube ich, kann man erst am Ende des Auftrages sagen, nachdem alle Leistungen erfüllt und auch abgerechnet sind. Es kann die Quote zwischenzeitlich anders aussehen, daß der ausländische Anteil höher oder tiefer wird. Aber erst am Ende des Auftrages kann man genau sagen, wie hoch die österreichische Leistung war. Ich habe aber darüber die AKPE nicht informiert, und ich bin auch nicht aufgefordert worden, Veränderungen oder tatsächliche Verhältnisse, die sich jetzt nach dem tatsächlichen Leistungsbild ergeben, zu nennen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Das heißt, wenn zum Beispiel der Rechnungshof in seinem Bericht sagt, die Quote ist auf 51,1 Prozent gefallen, so kann sich das nur auf den damaligen Erhebungszeitpunkt des Rechnungshofes stützen und nicht auf die Gesamtbeurteilung des abgeschlossenen Auftrages?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** So sehe ich es. Nehmen Sie folgenden Fall an: Es könnte sein, daß eine Firma ausscheidet aus welchen Gründen immer, daß auf Grund der Solidarhaftung der anderen teilnehmenden Firmen diese zur Erbringung der Leistung herangezogen werden, die die ausscheidende hätte machen sollen, und dadurch ergibt sich schon ein ganz anderer Prozentsatz.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wenn also vor Beendigung des Auftrages eine Quote genannt wird, so kann sie nur dem Stichprobentag entsprechen und nicht dem Gesamtergebnis.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das ist meine Meinung.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Dann hätte ich noch die Frage: Haben Sie in Sachen Allgemeines Krankenhaus auch mit anderen Politikern neben Dr. Busek Kontakt gehabt? Jetzt meine ich nicht nur Leute von der Österreichischen Volkspartei, sondern von anderen Parlamentsparteien?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe in Sachen Allgemeines Krankenhaus sehr oft mit Dr. Bauer gesprochen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Welchen Dr. Bauer? Den ÖVP-Obmann? Ich meine, mit Politikern.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein, nicht.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Sie haben gesagt, Sie haben einen Werkvertrag für die Consultatio in diesem berühmten Zeitpunkt gehabt, der heute schon gefragt wurde. Haben Sie auch mit anderen Firmen Werkverträge abgeschlossen als Diplomingenieur Rumpold?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Würden Sie nach

Ihrem Wissen sagen, daß Dr. Bauer sein Augenmerk mehr auf eine positive Entwicklung der Ertragslage bei der ÖKODATA gerichtet hat oder bei der Consultatio?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich nehme an, eher war er interessiert an der Ertragslage der ÖKODATA als bei der Consultatio. Das entspricht ja den Beteiligungsverhältnissen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge, Sie haben heute gesagt: Das Verhältnis Bauer — Rumpold ist ab irgendeinem Zeitpunkt getrübt gewesen insofern, als Sie nicht mehr alle Überlegungen geteilt haben, die Bauer hinsichtlich der Geschäftspolitik angestellt hat.

Frage: Können Sie da einige Beispiele nennen, wo in wichtigen Fragen solche Divergenzen aufgetreten sind?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es gibt im wesentlichen eine Frage, die diese Divergenz nach meiner Ansicht — und das ist meine persönliche Ansicht — begründet. Bauer hat mir gegenüber oft ins Treffen geführt, daß er nicht versteht, warum ich mit Wilfling nicht harmoniere und daß er das als einen Schaden für die Firma ansieht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Im Zusammenhang mit Wilfling: Für mich ist die MED-CONSULT die Ersatzgründung für die ODELGA, wo Wilfling ausscheidet. Das gibt ihm die Gelegenheit, dann auch zu gewissen Beträgen zu kommen. Wie wurde Ihnen die MED-CONSULT, außer dem, was Sie vorhin hinsichtlich der Befugnis bei der ODELGA — Geschäftsführer Wilfling — genannt haben, erläutert? Ich kann es ganz einfach nicht als ausreichend ansehen, daß Sie in einer so heiklen Phase, nämlich bei der Anbotserstellung, die Sie selbst als die heikelste bezeichnet haben, ein X hineinschreiben müssen: „noch zu benennende Firma". Die einzige Begründung dafür ist diese Befugnisfrage. Noch dazu, wo wir ehrlich sein müssen, wo die Gewerbebefugnis in anderen Fällen nicht so genau genommen wurde. Also ein solcher Schlüsselgrund kann das nicht sein.

Was waren Gründe und man hat das ja sicher mit Ihnen auch diskutiert?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Für mich war der Grund ausreichend, daß Wilfling mich davon informiert hat, die ODELGA soll nicht dort stehen, weil er nicht garantieren kann, daß sie das auch übernehmen kann, und daß er mich weiters informiert hat, ich sollte in das Angebot hineinschreiben „eine noch nachzunennende Firma". Mir hat er gesagt, das wäre mit den AKPE-Direktoren abgesprochen, und das soll ich schreiben. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber dazu muß ich Ihnen, Herr Zeuge, doch in Erinnerung rufen, daß es etwa kurz vorher eine Konstruktion gegeben hat in der ARGE ODELGA — ÖKODATA, wo ja auch die ODELGA eine Funktion eigentlich nicht erfüllen konnte und wo dann die ÖKODATA im Subverfahren für die 5 Komma soundso Millionen von den 6 Komma hineinmarschiert ist.

Es mußte doch für Sie gewichtig sein, daß nicht nur Wilfling, sondern daß auch die gemeindeeigene Firma ODELGA, die doch eine gewisse Sicherheit oder Hoffnung erwecken konnte: Nun kriegen wir den Auftrag, weil wir die Gemeindetochter drinnen haben!, als solche verschwindet.

Wenn Sie dann noch nachdenken und mir weitere Gründe nennen könnten. Denn noch einmal: Der Wilfling allein war sicher ein Machtfaktor, aber immerhin, die Bonität gegenüber der Gemeinde, ihre eigene Firma zu beschäftigen, muß ja auch ein Argument sein, das man überlegt.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Zu dem Zeitpunkt war, glaube ich, Dr. Seidler Geschäftsführer der ODELGA, er war der Nachfolger von Wilfling. Wenn Wilfling mich informiert — er war ja mein Gesprächspartner für die Firma ODELGA als verantwortlicher Geschäftsführer am Anfang und dann als begleitender Geschäftsführer oder sonst etwas, der Herr Dr. Seidler war ja neu —, hier hätte nicht ODELGA zu stehen, sondern „eine noch zu benennende Firma" und mir als Begründung angibt, daß die ODELGA dabei sein wird, aber eine andere Firma gegründet werden soll, dann war für mich zum damaligen Zeitpunkt diese Frage nicht weiter zu prüfen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann ist Ihnen Prutscher erstmals begegnet?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich bin dem Herrn Prutscher nie begegnet. Ich kenne ihn nur aus den Unterlagen. Ich kenne ihn nicht persönlich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wann ist die TECHMED Ihnen persönlich gegenüber erstmals aufgetreten?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die TECHMED habe ich zum erstenmal in der Zeitung gelesen wie viele andere Österreicher auch.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich finde das sehr interessant, denn es war das ja immerhin ein Auftragnehmer im Rahmen der ABO, wenngleich im Sub-Sub-Stock. Frage: Wie erklären Sie uns die TECHMED? Würden Sie mir recht geben, wenn ich sage, daß dies eigentlich eine Scheinfirma ist?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Für mich ist der gegenteilige Beweis nicht erbracht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie also meinen, daß eigentlich der Herr Versloot und die TECHMED-Beschäftigten Ihnen auch immer als MED-CONSULT-Personen begegnet sind? War das so?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Der Herr Versloot ist mir zum erstenmal als Mitarbeiter der MED-CONSULT vorgestellt worden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer hat Herrn Versloot vorgestellt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es war der Herr Enerwitschläger, der Geschäftsführer der MED-CONSULT. Ich habe dann bei der Wiener Spitalsverwaltung etwas umgefragt, und da wurde ich informiert, daß der Herr Versloot schon in den Jahren zuvor als Verkäufer für eine Firma, die medizin-technisches Gerät verkauft, in Wien aufgetreten ist. Ich habe dann auf Grund dieser Informationen in der schon erwähnten Aufsichtsstellensitzung der Arbeitsgemeinschaft Betriebsorganisationsplanung die Frage gestellt, ob die MED-CONSULT versichert, daß alle, die von ihr bereitgestellt werden, Angestellte der MED-CONSULT sind, und das hat sie getan.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das gilt also auch hinsichtlich Kruse, Albrecht, Börner und auch Korbel. Das sind für Sie alles MED-CONSULT-Mitarbeiter gewesen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe dargelegt, daß ich diese Anfrage in dem hiefür zuständigen Gremium gestellt habe. Nachdem mir Herr Enerwitschläger dort vor den anderen Mitgliedern der ABO-Aufsichtsstelle versichert hat, hatte ich keine weitere Veranlassung, daran zu zweifeln.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben als Zeitungsleser von der TECHMED gelesen und im Laufe der Zeit ja sicher recherchiert, was da los war, denn es hat ja ganz Österreich die TECHMED gesucht. Was waren Ihre Ergebnisse?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe nicht recherchiert, weil ich keinen Anlaß sah, zu recherchieren. Mir ist nur eines merkwürdig erschienen: Daß irgend jemand den Herrn Versloot auf die Suche nach der TECHMED geschickt hat. Das habe ich nicht verstanden. Denn wenn er Angestellter der TECHMED ist, so müßte er wissen, wo die Firma ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie seit dem Publikwerden der TECHMED und dem heutigen Tag Informationen über die TECHMED und etwaige Beziehungen zu Wilfling oder anderen in Wien handelnden Personen, die Sie uns vielleicht hier nennen könnten?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Darüber habe ich keine Informationen. Ich kann Ihnen auch nicht sagen, wer die handelnden Personen sind. Ich muß noch einmal darauf zurückkommen: Ich war von dieser Situation völlig überrascht. Ich habe auch nicht verstanden, welche Motive den Herrn Enerwitschläger seinerzeit bewogen haben, mir zu versichern, daß alle Leute Angestellte der MED-CONSULT sind.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie ist es Ihnen gelungen, den Herrn Riethmüller zu werben? Da gab es eine Ruhephase in seinem 73iger-Vertrag. Ich fand es interessant, daß er den Unterlagen entsprechend bei der BO-Interim zwei Bedingungen gestellt hat: die eine, die ÖKODATA muß dabei sein, und die andere, der Hygieniker Flamm muß dabei sein. Wie gelang es, diese Forderung aus dem Munde des Herrn Riethmüller zustande zu bringen?

Ich wiederhole: Riethmüller hat die BO-Interim und seine Vertragsdurchführung erst wiederaufgenommen, nachdem seine zwei Konditionen erfüllt wurden, nämlich: die ÖKODATA muß dabei sein und der Herr Flamm, der Hygieniker. Wo haben Sie Kontakt mit Riethmüller aufgenommen? Wann haben Sie mit Riethmüller eine geschäftliche Verbindung eröffnet?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Diesen Kontext verstehe ich nicht ganz. Aber vielleicht meinen Sie, wie der Kontakt zu Riethmüller zustande gekommen ist. Das habe ich schon erklärt: Winter hat im Zuge der Gespräche auf Riethmüller hingewiesen. Ich war auch der Meinung, daß die Kontinuität der Leistungserbringung von Riethmüller eine wertvolle Grundlage ist. Es gab dann ein Gespräch mit Riethmüller. Es gab einen Auftrag an Professor Riethmüller über die Erstellung einer BO-Grob-Organisation, die noch nicht ausgeführt war. Dieser Auftrag wurde, glaube ich, im Einvernehmen mit der AKPE dann umgewandelt in die sogenannte BO-Interim.

Die Forderung, die Riethmüller gestellt haben soll, daß die ÖKODATA und Professor Flamm dabei sein sollen, ist mir in dieser Form nicht bekannt, sondern ich erinnere mich daran, daß Professor Riethmüller sich bereit erklärt hat zu dieser BO-Interimslösung unter Verwendung des Resthonorars in seinem Vertrag zusammen mit der ÖKODATA unter Nennung des Hygienikers Flamm. Ich weiß nicht, daß das als Forderung präzisiert war. Ich glaube es nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat es gegen Riethmüller in diesem Zusammenhang nicht die bekannten Einwände von Wilfling, der ja schon im Stacher-Team und auch dann später Einwendungen gegen Riethmüller und seine

Qualifikationen erhoben hat, Ihnen gegenüber gegeben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe von Einwendungen in der Form nicht Kenntnis erhalten. Ich war, wie Sie sich vorstellen können, froh, daß es zu dieser Bildung des BO-Interims-Teams gekommen ist, weil das unserer Firma die Möglichkeit gegeben hat, noch näher mit den Problemen zu tun zu haben, und auf der anderen Seite waren damals wichtige Dinge der Planung zu erledigen, um den Bau fortführen zu können.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich möchte Ihnen das noch einmal erläutern. Der Rechnungshof hält fest, daß in der ersten Hälfte 1977 aus dem vorliegenden Schriftverkehr hervorgeht, daß nach eingehenden Gesprächen zwischen ÖKODATA und Riethmüller letzterer — also Riethmüller — sich bereit erklärte, den BO-Vertrag — den hatte er aus 1973 — weiterzuführen, aber lediglich mit der Firma ÖKODATA als Partner und Professor Dr. Flamm als Subunternehmer in Hygienefragen.

Also: Riethmüller hat in der für die gesamte Vertragsabschließung nicht unerheblichen Phase — erste Hälfte Juni — sehr ausdrücklich Sie bereits als Partner verlangt. Und da war jetzt meine Frage — da Riethmüller ja im Besitz eines geltenden Vertrages war, hat er eine sehr starke Position gehabt, sich nun auch Partner auszusuchen oder nicht —, wie Ihnen das gelungen ist? Ich vermute, daß Sie dies zustande gebracht haben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nachdem Sie die Textstelle vorgelesen haben, habe ich nicht mehr das Verständnis, daß er es ultimativ verlangt hat, sondern daß er sich dazu bereit erklärt hat. Jetzt verstehe ich den Kontext besser. Riethmüller hatte meiner Meinung nach eine starke Position, weil er im Besitz eines Auftrages war und damit ja für ihn auch ein Rechtsgrund für die Honorarforderung gegeben war.

Die AKPE wollte damals, glaube ich, den Auftrag, den Riethmüller gehabt hat, in dieser Form nicht fortsetzen. Das war ein Grob-Planungsauftrag, wo also die Dinge nicht hinunter bis zur letzten Naßzelle und bis zum letzten Wandkasten besprochen werden, sondern Riethmüller hat sich dann nach langen Verhandlungen mit uns bereit erklärt, uns sozusagen in seinen Vertrag eintreten zu lassen. Und das hat er der AKPE mitgeteilt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich habe das Verlangen aus dem Wort „lediglich" mit der Firma ÖKODATA herausgelesen.

Aber anders herum gefragt: Das sind wohl die Ergebnisse der März-Gespräche mit ihm im Hotel Modul. Gibt es darüber irgendwelche schriftliche Notizen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe über das Gespräch im Hotel Modul keine Notiz angefertigt, weil ja in der Folge Riethmüller sehr oft in Wien war und wir die Frage der BO-Interimslösung sehr detailliert und eingehend besprochen haben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Gehen wir jetzt noch kurz zum ABO-Vertrag. Ihr Gefühl muß besonders stark schon im April gewesen sein, denn da war ja schon der Aufsichtsratsbeschluß, und der Vertrag wird nicht erst im Juni bei Vertragsunterzeichnung, sondern ja schon ab Mai wirksam.

Aber aus Unterlagen geht hervor, daß die ÖKODATA bei der Ausschreibung vorbereitende Arbeiten geleistet hat. Welche Leistungen hat die ÖKODATA zur Vorbereitung der Ausschreibung erbracht?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Der Herr Vorsitzende Steger hat mich heute gefragt, ob die ÖKODATA — Ende 1976, glaube ich, war das — der AKPE Unterlagen übergeben hat — oder war es 1977?; nein, 1976 — über ein Leistungsverzeichnis der Betriebsorganisationsplanung. Und diese Unterlagen waren damit gemeint.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie bezeichnen also diese Vorbereitung der Ausschreibung als die Leistungsverzeichnisse, die Sie Jänner 1977 — etwa Jänner 1977 — geliefert haben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja, das war eine sehr umfangreiche Arbeit. Ich glaube, es gibt einen Briefverkehr mit der AKPE, in dem von uns verlangt wird, daß im Falle der Nichtbeauftragung diese Leistungen honoriert werden. Ich glaube, das ist die Passage, auf die Sie anspielen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie ist das jetzt mit der Aufstockung von 122 auf 370 Millionen? Die Teilung ist ja dann erst relativ spät im Zuge der Verhandlungen fixiert worden. Da gibt es ja einen letter of intent beziehungsweise doch eine Diskussion, wie weit man bei normaler Weiterentwicklung hätte erwarten können, als ABO beauftragt zu werden. Ich sage „normale Weiterentwicklung", wenn nicht die ganzen Komplikationen der letzten Wochen eingetreten wären.

Wie sehen Sie diese Teilung und die Chancen für die ABO, dann auch die 370 Millionen, also das gesamte Volumen, zu bekommen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Absicht der ABO war es, nach der Teilung einen Passus in den Vertrag aufzunehmen, der bei ordentlicher Leistungserfüllung die Weiterbeauftragung vorsieht. Soweit ich mich erinnere, ist dieser Passus in den Vertrag aber nicht aufgenommen worden.

226 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Dennoch hat es aber zu Jahresbeginn 1980 Vorstöße gegeben, diese Ausweitung allenfalls in den ersten Wochen des heurigen Jahres zu fixieren. Waren Sie da tätig?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe mich bereits im Jahr 1979 um den Anschlußauftrag aus folgender Überlegung bemüht: Es sind ungefähr 25 bis 35 Leute abwechselnd an dieser Planungsgeschichte tätig. Wenn nun der erste Teil des Auftrages ausläuft, und es ist nicht die Fortsetzung schon vorher besprochen und gesichert, dann gibt es ein Loch, in dem keine Arbeit erfüllt wird. Dann beginnt das Ganze von neuem, und das gefährdet natürlich auch die Kontinuität des Baues.

Als vorsichtiger Geschäftsmann kann ich ja die Mitarbeiter nicht von heute auf morgen disponieren, sondern ein wertvoller Mitarbeiter muß meiner Meinung nach über längere Zeiträume hinweg disponiert werden, und das gleiche gilt für Mitarbeiter des DKI und des Professor Riethmüller.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie war es möglich, daß bei den Mitarbeiterprofilen der Herr Lohfert als ÖKODATA-Mann der AKPE genannt wurde?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Da Lohfert Subunternehmer der ÖKODATA ist, gehört er meiner Meinung nach in das Mitarbeiterprofil hinein. Und er ist ja selbst sehr oft tätig.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bei der Anbotseröffnung um den ABO-Vertrag fällt auf, daß als Absendetermin der 24. Oktober angegeben wird, während Ihr Anbot aber vom 28. Oktober datiert ist. Haben Sie hier eine Vordatierung gemacht, oder was war da in diesem Zusammenhang?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich bitte noch einmal um die Frage.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich werde sie Ihnen sofort sagen: Das Anbot der ABO wurde am 24. Oktober abgegeben, das dazugehörige Begleitschreiben ist mit 28. Oktober datiert. Also: Der Einlaufstempel ist offensichtlich der 24. — dieses Einlaufbuch sagt 24. Oktober, 14.30 Uhr —, das Begleitschreiben ist mit 28. Oktober datiert. Wie erklären Sie das?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Wann war das Ende der Anbotsfrist?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das Ende der Anbotsfrist war — so muß ich meinen — der 28.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nach meiner Erinnerung haben wir das Anbot am Ende der Anbotsfrist abgegeben, und zwar hat es ein Mitarbeiter persönlich hingetragen. Ich kann mir das nur durch einen Irrtum des Einlaufstempels oder durch sonst etwas erklären.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es ist nur rätselhaft, wenn man ein vordatiertes, also ein in die Zukunft datiertes Begleitschreiben hat, das man schon früher abgegeben hat. Das ist also irgendwie eigentümlich. Noch dazu, wo ja das Anbot nicht mit dem Ausmaß an Öffentlichkeit eröffnet wurde, das üblich ist.

Hat es am Anbot in der letzten Sekunde irgendwelche Rückfragen oder Veränderungen gegeben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nach meiner Erinnerung nicht. Ich glaube mich erinnern zu können, daß wir das Anbot am letzten Tag der Anbotsfrist abgegeben haben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie rundweg ausschließen, daß Ihr Anbot noch in letzter Minute — und ich meine da die letzten Tage — verändert wurde?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es haben sehr viele Leute an dem Angebot gearbeitet. Wie soll ich das ausschließen? Aber es mußte ja eines erreicht werden: Es mußte ja die Zustimmung aller ausländischen Partner zu der Form des Angebotes, und zwar schriftlich, vorliegen, bevor es abgegeben wurde. Solche Veränderungen sind mir nicht leicht vorstellbar.

Sie verstehen: Das DKI „sitzt" in Düsseldorf, der Riethmüller „sitzt" in Tübingen, und die beiden müssen der Textierung des Angebotes, das abgegeben wird, zustimmen. Die waren damals nicht in Wien. Und es mußten „die Firmenleitungen" zustimmen. Daher wurde das Angebot dorthin geschickt, und diese Zustimmung erfolgte telegraphisch beziehungsweise brieflich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich darf Sie jetzt noch einmal doch sehr eindringlich bitten, sich genau an den Vorgang zu erinnern, und die Daten sagen. Das Anbot der ABO wurde am 24. Oktober 1977, 14.30 Uhr, abgegeben. Das Begleitschreiben ist mit 28. Oktober datiert. Die Anbotseröffnung — und damit wohl das Ende der Frist — war am 31. Oktober 1977, 16 Uhr, durch die Direktoren Winter und Schwaiger.

Frage: Ist im Zeitraum dieser Tage — oder in den Tagen vor dem 24. knapp davor — noch eine Veränderung in dem Anbot geschehen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich kann mich nicht erinnern, daß das Angebot vor Abgabe geändert wurde. Ich kann mich auch an diesen Vorgang, der hier zitiert wird, nicht erinnern. Ich war persönlich nicht der, der das Angebot abgegeben hat. Aber ich glaube mich mit Sicherheit erinnern zu können, daß das Datum, mit dem

der Brief gezeichnet ist, auch das Datum war, an dem der Brief geschrieben wurde.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat es in diesen Tagen 24. bis 31. Oktober 1977 Kontakte zwischen Ihnen und einem der beiden — oder den beiden — AKPE-Direktoren Schwaiger — Winter gegeben, oder zwischen Bauer und den beiden Direktoren oder einem der beiden?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es kann durchaus sein, daß es in diesen Tagen Kontakte gegeben hat aus ganz anderen Gründen. Das kann ich erst beantworten, nachdem ich in meinen Kalender Einblick nehme. Ob Bauer Kontakt mit den beiden gehabt hat, weiß ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! Ich will Ihnen ganz deutlich sagen, warum ich diese Fragen so genau stelle. Immerhin geht es ja darum, ob es in den letzten Tagen vor der Anbotsabgabe noch eine Manipulation des Angebots gegeben hat, um etwa mit einem Mitbieter in eine bessere Situation zu kommen. Der Verdacht ergibt sich aus den Unterlagen des Ablaufes und aus dem vordatierten Schreiben.

Daher noch einmal mein eindringliches Ersuchen zu überlegen, ob in dieser zentralen Frage — wurde in den letzten acht Tagen vor der Anbotsabgabe das Angebot noch einmal verändert? — durch Sie selbst — oder ob Sie das zumindest wissen bezüglich des Bereiches Bauer — etwas Einschlägiges geschehen ist.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich bitte Sie zu berücksichtigen, daß das schon wieder lange Zeit zurückliegt. Ich kann mich bei bestem Willen an solche Änderungen nicht erinnern.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte jetzt zurück zur Consultatio.

Sie haben gesagt, per anno war die Leistung 800 000 S Consultatio an die ÖKODATA. Hier hätte ich doch die Bitte, ob Sie diese Jahresleistung etwa an zwei Stichjahren grob erläutern könnten. Nicht auf den Schilling genau, sondern was in etwa bei diesem Betrag an Gegenleistung geboten wurde. Ich nehme an — um Ihnen zu zeigen, was ich meine —, daß man einen gewissen Betrag verrechnete für die Buchhaltung, die die Consultatio der ÖKODATA abgenommen hat, daß man einen gewissen Betrag für die Bilanzprüfung hatte. Jetzt bitte ich Sie, die Größenordnung 800 000 S hier grob aufzuteilen.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Diese Frage ist etwas schwierig. Ich werde mich bemühen, sie zu beantworten.

Es waren in den Jahren verschiedene Mitarbeiter der Consultatio für die ÖKODATA tätig. Ein Mitarbeiter der Consultatio wurde mit einem Tagessatz entsprechend dem Verkaufspreis der ÖKODATA bewertet. Wenn Sie 100 Tage Mitarbeiter mal 3 700 S oder 4 000 S nehmen, haben Sie 400 000 S. Es wurde also die Zeit des Dkfm. Bauer, die er für fachliche Arbeit eingesetzt hat — ich nenne zum Beispiel Verhandlungen beziehungsweise Fachgespräche mit der AKPE oder mit der Magistratsabteilung 17 oder mit sonst jemandem —, entsprechend höher bewertet. Wenn Sie das zusammenlegen, haben Sie sehr leicht 800 000 S.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! Ich hätte doch die Bitte: So schwer kann es ja — da ich es nicht auf den Schilling genau möchte — doch nicht sein, dies ein bißchen aufzugliedern. Sie als Geschäftsführer — zumindest waren Sie das längere Zeit — werden das in etwa in den Größenordnungen haben.

Es wurde also — nehmen wir das Jahr 1977, wenn es Ihnen recht ist — Buchhaltung geleistet. Was kann das in der Größenordnung gewesen sein?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Diese Zahlen liegen alle auf. Es ist eine Betriebsprüfung erfolgt, und dort ist das bekannt. Ich werde mich noch einmal bemühen: Wenn Sie daran denken, daß die Personalverrechnung durch die Consultatio gemacht wurde, und wenn Sie wissen, daß pro Mann etwa 100 S bis 150 S anzusetzen sind, so kann ich jetzt ausrechnen: 40 Leute mal 1 200 S sind etwa 48 000 S; die Buchungszeile wird mit 3 S verrechnet — oder ein bisserl darüber oder drunter —; wenn Sie in einem Monat 1 000 Buchungszeilen oder 2 000 nehmen, so können Sie das mit einem Betrag von 60 000 S bewerten. Wenn Sie jetzt annehmen, daß bei jedem Steuerberater die Bilanzerstellung je nach Umfang und je nach Umsatz eine Größenordnung von 20 000 S bis 40 000 S beziehungsweise 50 000 S kostet, so sind Sie in dem Rahmen von 100 000 S bis 160 000 S, die ich für Buchführung und Personalverrechnung genannt habe.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich finde 100 000 S für normal. Aber bitte: Sagen wir 130 000 S als Mittelwert.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Dazu kann ich nichts sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt die Differenz auf 800 000 S: Bauer wird in einem Jahr wieviel wert gewesen sein in etwa?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es kommt auf seine Einsatzzeit an. Wenn Sie nur grob rechnen: Pro Monat — eine Nummer — vier Tage, fünf Tage, so haben Sie in einem Jahr 60 Tage. Wenn Sie den Tag bei ihm als sehr qualifiziert mit 6 000 S oder 7 000 S rechnen, so haben Sie 400 000 S, die ich etwa angegeben habe.

Wenn sie einen anderen Mitarbeiter nehmen

228 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

— und es gab insgesamt drei oder vier, die zeitweise bei der ÖKODATA Perioden des Jahres geleistet haben — und diesen Mann-Tag mit 4 000 S ansetzen, so sind Sie auch sehr leicht bei 400 000 S. Zweimal 400 000 S sind 800 000 S.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich meine, man fragt eben so, weil es in Ihrer Firma war, wo dann einer Ihrer Teilhaber über 2 Millionen Schilling in letzter Minute gestolpert ist. Ein Glück, daß es unsereins nicht so leicht hat.

Wenn wir schon bei den Honorarbestimmungen sind: Ich halte die Honorarbestimmung in der Pilotstudie ARGE AGIPLAN — ÖKODATA für eine zentrale, wenn ich Ihrem Gedanken von heute vormittag folge. Sie sagten: Das, was wir bei den Klinikstudien, bei der 2. Augenklinik zugrunde gelegt haben, war in etwa dann der Rahmen, der uns bei den späteren Vertragsgesprächen im ABO-Vertrag leitete.

Nun haben Sie dort 3 700 S pro Mann angesetzt und kamen dann letztlich bei der 2. Augenklinik auf 454 000 S. Nachweis der Tätigkeit: eine graphische Übersicht, sagt der Rechnungshof, für 93 Mann-Tage. Nichts weiter.

Ich glaube — und daher die Frage —, hier beginnt das lockere Verrechnen der Tätigkeit, das uns und vor allem Ihnen dann später so viel Schwierigkeiten macht.

Frage: War neben der graphischen Übersicht wirklich nichts weiter angeboten an Erläuterungen? Warum 93 Mann-Tage und nicht — ich vereinfache es jetzt — 47 oder 73? Warum hat niemand mehr von Ihnen verlangt von seiten der AKPE? Wie konnten Sie mit einer bloß graphischen Übersicht einen Betrag von 454 000 S als Beleg unterbringen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Zu dieser Frage muß ich sagen, daß ich mich nicht mehr genau an den Betrag von 454 000 S erinnere, daß aber eine Feststellung nicht zutrifft, daß nämlich diese Graphik der Leistungsnachweis war. Der Leistungsnachweis waren die abgelieferten Berichte und die durchgeführte Arbeit. Wenn der Auftraggeber mit dieser Form nicht einverstanden gewesen wäre, so hätte er sicher in diesem Punkt Vorstellungen erhoben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich darf ja hier nicht über die ARGE Kostenrechnung reden. Aber es wird Ihnen noch Schwierigkeiten machen, wenn Sie glauben, der Bericht als solcher plus einer Graphik reiche aus als Beleg für die erbrachte Leistung und die Notwendigkeit, um zu diesem Bericht zu kommen, soundso viel Mann-Tage zu verrechnen.

Daher noch einmal die Frage: Hat es in der ÖKODATA wenigstens hinter dieser Graphik ein Leistungsbuch oder ein Arbeitsbuch — oder wie immer man so etwas nennen könnte — gegeben, wo wenigstens Sie für die interne Verrechnung sehr genau prüfen konnten: hat drei Stunden Literatur gelesen, hat fünf Stunden Erhebungen gemacht in der Klinik, hat Strichlisten angefertigt — und was immer im Zusammenhang mit der Augenklinik notwendig war.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Diese Frage beantworte ich nicht, denn es ist ein privatrechtlicher Vertrag zwischen der AKPE und der genannten Arbeitsgemeinschaft die Grundlage für die Leistungserfüllung gewesen, und in diesem Vertrag ist die Abrechnung so vorgesehen gewesen, wie sie dann durchgeführt wurde.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich wußte nicht, daß ich an einer Wunde rühre.

Wenn wir schon beim Wundenrühren sind: An welchen Firmen waren Sie Teilhaber oder Besitzer 1975 bis 1980? Ich überblicke die ARGE Kostenrechnung, wo Sie einer der ARGE-Menschen waren, die ÖKODATA, die ÖKODATA Betriebsberatungsgesellschaft mbH Co. KG. Waren Sie sonst noch bei einer Firma beteiligt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Damit haben Sie die Liste erschöpfend aufgezählt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Fällt Ihnen in diesem Zusammenhang die PRODATA ein?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Daß die Medien und die Österreicher so wenig Wert auf Präzision und Genauigkeit in einem Bereich legen und dafür in einem anderen soviel, habe ich nicht zu vertreten. Die PRODATA ist im Mehrheitseigentum der ÖKODATA und somit nicht mir persönlich zuzurechnen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): War die PRODATA zu irgendeinem früheren Zeitpunkt in Ihrer Disposition?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben also im Zusammenhang mit der PRODATA auch nie eine Treuhandschaft gehabt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Diese Frage beantworte ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Darf ich fragen, was wir für eine Begründung haben? Die PRODATA ist eine im AKH-Verband tätige Firma. Deswegen interessiert es mich.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Begründung könnte ich formal daraus ableiten, daß gegen mich ein Strafverfahren läuft und daß ich nicht in Sachen des eigenen Strafverfahrens aussagen muß.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat die PRODATA

im Zusammenhang mit dem AKH nirgendwo Leistungen erbracht? Das einzige Strafverfahren, das ich gegen Sie kenne, hat der Gesundheitsminister im Zusammenhang mit der ARGE Kostenrechnung eingeleitet. Hat die PRODATA keine Leistung im Zusammenhang mit dem AKH erbracht?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Herr Vorsitzender! Bitte, darf richtiggestellt werden, daß der Herr Gesundheitsminister gegen mich kein Strafverfahren durchführt, sondern daß er lediglich eine Anzeige erstattet hat. Das sind zwei verschiedene Dinge.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, ich korrigiere mich sofort. Es wäre noch ärger, wenn der Gesundheitsminister selbst die Strafverfahren durchführt.

Obmann Dr. **Steger:** Ganz kurz, Herr Zeuge! Sie sorgen zu später Stunde wieder dafür, daß jetzt alle mit Interesse lauschen, weil Sie keine Wendungen bei den allfälligen Antworten machen. Zu so später Stunde hat eigentlich niemand erwartet, daß Sie plötzlich Antworten verweigern, insbesondere zu einem Bereich, wo offensichtlich in diesem Ausschuß noch niemand weiß, daß Sie strafrechtliche Konsequenzen fürchten.

Ich würde doch bitten, daß Sie sich das jetzt überlegen, da Sie in dem Ausschuß bisher den Eindruck gemacht haben, Fragen, die gestellt wurden, auch offen zu beantworten, und diese Linie beizubehalten.

Natürlich ist es letzten Endes Ihre Entscheidung, wie Sie vorgehen. Es müßte nach unserer Rechtsmeinung immer der Ausschuß im einzelnen überprüfen, ob er Ihnen das Recht zubilligt, die Antwort zu verweigern. Darf ich Ihnen das noch dazwischen sagen.

Jetzt bitte ich, daß Herr Abgeordneter Steinbauer noch einmal seine Fragestellung direkt vornimmt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die PRODATA macht, soweit ich informiert bin, die Buchhaltung für die AKPE, arbeitet damit in meinem Verständnis im Zusammenhang mit der AKH-Frage.

Frage: Haben Sie im letzten Jahrzehnt oder seit wann die PRODATA existiert, auf die PRODATA als Firma Einfluß nehmen können, sei es durch ein Treuhandverhältnis oder durch ein anderes Dispositionsrecht, und zwar für die Zeit, bevor die PRODATA ÖKODATA-Tochter geworden ist?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe auf die Firma PRODATA insofern Einfluß genommen, als ich lange Zeit der einzige Angestellte der Firma PRODATA neben dem Geschäftsführer war, und habe also dort insofern Einfluß genommen.

Die Firma PRODATA wurde von der ÖKODATA und vom Herrn Egle, ich glaube, 1976 von den früheren Eigentümern gekauft.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer waren denn die?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das steht im Handelsregister. Das war der Herr Gundacker, die Frau Gundacker und ein Dr. Engelhard. Seitdem ist die PRODATA zu 90 Prozent im Besitz der ÖKODATA und zu 10 Prozent im Besitz des Herrn Egle. Ich glaube aber, der Anteil Egle wurde mit seinem Ausscheiden als Geschäftsführer an die ÖKODATA oder an den Herrn Fuchs verkauft. Das weiß ich im Moment nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und die PRODATA ist für die ÖKODATA nicht eingesetzt worden in irgendeiner Weise?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Dazu möchte ich folgendes erklären: Es war ein Konzept von mir, tüchtige und gute Leute in einem eigenen Verantwortungsbereich einzusetzen. Es ist daher nicht so sehr zur Gründung neuer Abteilungen gekommen, sondern ich habe es vorgezogen, eine eigene Firma zu haben, wo der führende Geschäftsführer für das Wohl und Wehe dieser Firma sorgt und wo er auch einen Anreiz durch persönlichen eigenen Entscheidungsspielraum hat.

Die Firma PRODATA war von mir seinerzeit als EDV-Abteilung der ÖKODATA geplant, denn eine gute Betriebsberatung braucht auch eine entsprechende EDV-Abteilung. Ich bin nur den Schritt nicht so gegangen, eine eigene Gruppe einzurichten, sondern ich habe mir vielmehr versprochen, durch die Betrauung einer eigenen Firma, die einen Geschäftsführerposten zu vergeben hat, eine schlagkräftigere und bessere Konstruktion zu finden. Das heißt, alle EDV-Arbeiten, die die ÖKODATA durchzuführen hatte, wurden von der PRODATA erledigt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben aber jetzt für meinen Geschmack so gesprochen wie der Eigentümer der PRODATA. Waren Sie durch eine Treuhandschaft etwa über die Vorbesitzer Eigentümer der PRODATA?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich war nicht Eigentümer der PRODATA, sondern ich war Bekannter der Vorbesitzer. Nachdem ich die PRODATA als einziger Angestellter — wie ich Ihnen erklärt habe — zeitweise geführt habe, die PRODATA dann das Geschäft eingestellt hat, als ich das nicht mehr war, war mir bekannt, daß es diesen Firmenmantel gibt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich weiß mehr, als Sie jetzt beantwortet haben, über die PRODATA, wenn ich Ihnen dies auf Ihren Lebensweg mitgeben kann.

Darf ich jetzt in dem Zusammenhang fragen: Könnte Wilfling von der PRODATA Zahlungen oder Leistungen bekommen haben, die er anderweitig verwenden konnte?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Meines Wissens nicht. Aber dazu müßte man die Geschäftsführung der PRODATA befragen. Die Geschäftsführung der PRODATA hat jetzt Herr Dipl.-Ing. Fuchs, vorher war es Herr Egle.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie rundwegs ausschließen, daß Wilfling — wir suchen ja immerhin 1,2 Millionen, die er bekommen hat — von diesen Geschäftsführern oder von der PRODATA dieser Phase Gelder oder Leistungen bekommen hat?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das würde ich rundweg ausschließen, denn im Jahr 1976 betrug der Gesamtumsatz der PRODATA etwa 2 Millionen Schilling, 1977 war er so ähnlich oder ein bißchen mehr, sodaß, glaube ich, der Betrag von 1,2 Millionen Schilling abgehen müßte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Gehen wir jetzt noch einmal zurück zum BO-Kuchen. Herr Dipl.-Ing. Rumpold! Ihre Erzählung von heute vormittag hat mich überhaupt nicht befriedigt, daß Sie sich an die Gespräche mit Winter und Wilfling beziehungsweise an das Gespräch Rumpold — Winter nicht erinnern können.

Darf ich Ihnen noch einmal die Situation vorhalten. Die ÖKODATA wird Mitte Dezember 1975 gegründet, und bereits am 28. Jänner 1976 — Sie scheiden gerade in Ihrem Werkvertrag bei der Consultatio aus — werden zwei sehr präzise Gespräche über die Betriebsorganisation geführt. Kennzeichen dieser Gespräche in jedem Fall: daß erstens der für Ihren Bereich entscheidende AKPE-Direktor Winter ein Gesprächspartner ist und daß zweitens bei dem ersten Gespräch auch der mächtige Spitalsbereichsleiter oder damals schon mächtige ODELGA-Geschäftsführer Wilfling dabei ist.

Es wird in dem ersten Gespräch auch die technische Betriebsführung und damit der erste Auftrag, um den sich die frisch gegründete ÖKODATA bewirbt, offenkundig gesichert, und man spricht im Zusammenhang auch über das gesamte BO-Volumen. Und kennzeichnend bei beiden Gesprächen ist, daß überall der Riethmüller und überall die ÖKODATA Fixpunkte sind. Die anderen Partner verändern sich verschiedentlich, aber ein Drittel ÖKODATA und ein Drittel Riethmüller ist so, vereinfacht gesagt, die Konstante. Bei dem einen Gespräch ist sogar die Chance für die ÖKODATA drinnen, die Hälfte zu bekommen.

Nun meine Frage: hat man in diesem frühen Zeitpunkt, Jänner 1976, nicht schon sehr präzise eine längerfristige Entwicklung durchdiskutiert? Sie können uns doch nicht sagen, daß sie sich an diese Schlüsselgespräche, die noch dazu später verwirklicht wurden, überhaupt nicht erinnern können!

Welche Erinnerung haben Sie an den 28. 1. — Rumpold, Wilfling, Winter, 3. 2. 1976 — Rumpold und Winter, später an ein Bauer-Gespräch, ein Riethmüller-Gespräch et cetera, an all das, was dann später zustande gekommen ist, offenkundig vereinbart wird.

Können Sie uns hier nicht doch Näheres über diese zwei Gespräche aus Ihrer Erinnerung berichten? War Wilfling der Drängende, hat Winter Vorstellungen gehabt? Daß Sie einen Auftrag wollten, das streitet Ihnen ja niemand ab. Das haben Sie uns ja heute den ganzen Tag sehr glaubhaft sagen können. Aber Sie können uns nicht glaubhaft sagen, daß Sie keine Erinnerung haben.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe, glaube ich, heute nicht gesagt, daß ich an Gespräche keine Erinnerung habe, sondern ich bitte mir zugute zu halten, daß ich mich an den Termin 28. 1. 1976 — das liegt jetzt über vier Jahre zurück, und es hat in diesen vier Jahren vielleicht Hunderte Gespräche mit den genannten Personen gegeben — nicht präzise erinnern kann.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das glaube ich Ihnen sofort. Aber bleiben wir beim Jänner 1976 und beim Anfang Februar, drei, vier Wochen nach Gründung Ihrer Firma.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe ausgeführt, daß ich mich sehr lange um die Gründung dieser Firma bemüht habe, ich habe ausgeführt, daß ich die Personen Wilfling und Winter schon vorher gekannt habe, und ich habe mich mit der Gründung der Firma und natürlich schon vorher bemüht, eine Geschäftstätigkeit zu finden. Sie sehen aus der Zeitdifferenz Anfang 1976 bis zur tatsächlichen Vertragsabschließung Juni 1978 — das sind also zweieinhalb Jahre —, daß die Sache nicht schnell gegangen ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat Winter damals Verständnis dafür gehabt, daß die ÖKODATA zusammen mit Riethmüller die Betriebsorganisation machen soll? Das war ja doch eher auf vier Augenpaare aufgebaut.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Viele Dinge im Leben sind darauf aufgebaut, daß man damit anfängt. Ich kann nicht, wenn die Firma neu gegründet wird, eine fix und fertige Beratungsfirma hinter mir haben, die 40 ausgebildete Leute hat. Das ist meiner Meinung nach unmöglich. Jeder, der eine Firma gründet, beginnt. Und dann kommt es darauf an, ob er durch Zähigkeit, durch Einfallsreichtum, durch gute Arbeit die Firma aufbauen kann oder nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie können sich aber

schon daran erinnern, daß Sie relativ rasch nach Gründung Ihrer Firma, 15. Dezember, Ende Jänner — ich habe volles Verständnis, daß Sie nicht genau den Tag in Erinnerung haben —, doch zwei Gespräche mit dem zuständigen AKPE-Direktor über das Thema Betriebsorganisation relativ kurz hintereinander geführt haben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Dazu muß ich sagen: Ich habe wahrscheinlich wesentlich mehr Gespräche mit Winter und Schwaiger über die Betriebsorganisation geführt, als in den Aufzeichnungen von Winter verzeichnet sind. Stellen Sie sich vor: Ich habe fix und mit Überzeugung daran geglaubt, daß ein Bauwerk nicht errichtet werden sollte, zu dem es keine Betriebsorganisationsplanung gibt. In dieser Meinung haben mich sowohl Winter als auch Wilfling bestätigt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber es ist ein Unterschied, ob Sie das Gespräch über die Notwendigkeit einer Betriebsorganisation führen oder ob Sie ein Gespräch über die Aufteilung, wer diese Betriebsorganisation machen soll, führen, ob Sie zwei Gespräche in relativ kurzer Zeit hintereinander zu einem für Sie persönlich wichtigen Termin, nämlich endgültiges Auslaufen des Werkvertrages mit der Consultatio, frisch nach der Gründung Ihrer Firma, auf die Sie sehr viel gesetzt haben, führen. Hier muß es Ihnen in Erinnerung sein, daß Sie Aufteilungskonstruktionsmöglichkeiten mit dem Herrn Winter und mit dem Herrn Wilfling diskutiert haben. Oder streiten Sie das ab?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich streite nichts ab. Ich möchte folgendes dazu sagen: Ihre Vermutung, daß das Auslaufen meines Werkvertrages mit der Consultatio ein wichtiger Termin war, stimmt nicht, denn das Auslaufen eines Werkvertrages ist die Fertigstellung eines Berichtes oder einer Arbeit oder einer abgeschlossenen Sache.

Ich habe bereits im Jänner die Firma ÖKODATA als Vertragsnehmer, wenn Sie wollen, geführt, ich bin sozialversicherungsrechtlich erst im Februar — das war also ein Monat nachher — eingetreten.

Ich habe zweitens mich nie der Illusion hingegeben, daß es mir als neugegründete Firma möglich sein könnte, einen so bedeutenden Auftrag ohne Zuziehung anderer potenter Partner zu kriegen. Ich glaube, das ist ja klar. Ich kann nicht als neugegründete Firma aus dem Boden wachsen, hingehen und sagen: Ich biete jetzt einen Auftrag an!, sondern ich kann nur versuchen, mich an bestehende Planer anzuschließen und im Laufe der Zeit vielleicht besser zu werden und die Dinge zugunsten der Firma ÖKODATA zu verschieben. Ich glaube, das müßte man doch verstehen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Wie kam es trotz Erstattung von Vorschlägen für den Zielkatalog der Leistungserhebung durch die ARGE AGIPLAN-ÖKODATA am 31. 8. 1976 und 8. 9. 1976 dennoch zu einem gleichartigen Anbot der ARGE ODELGA-ÖKODATA vom 21. 9. 1976?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Der Inhalt der Frage ist, wieso es zu parallelen Angeboten ...

Obmann Dr. **Steger:** Arbeitsgemeinschaften. Eine heißt AGIPLAN-ÖKODATA, eine heißt ODELGA-ÖKODATA. Beide bieten gleichartig an, die eine vorher, nämlich AGIPLAN-ÖKODATA, die andere wenig später, gleichartiges, die Differenz ist zwei Wochen, nein, nur 13 Tage. In beiden ist die ÖKODATA drinnen. Einmal hat sie die AGIPLAN dabei, einmal die ODELGA.

Die Frage ist: Warum zuerst mit AGIPLAN und dann kurz darauf dasselbe, aber mit ÖKODATA.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das ist das Angebot für die ...

Obmann Dr. **Steger:** Leistungserhebung durch die ARGE, Vorschläge für den Zielkatalog der Leistungserhebung. Das ist immer der Beginn. So beginnt man eigentlich.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es gibt bitte zwei Phasen. Ich muß mich jetzt ein bißchen konzentrieren. Zuerst gab es die modellhafte Erhebung — die war zusammen mit AGIPLAN —, und dann gab es die nachfolgende Erhebung, die war zusammen mit ODELGA. Das sind zwei verschiedene Dinge, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Das eine war ein kleiner Teil, und das andere war ein großer Teil.

Obmann Dr. **Steger:** Warum das Umsteigen von AGIPLAN auf ODELGA? Sie haben gesagt, das kostet immer, wenn wer anderer auch mitmacht. Das haben Sie heute unter anderem gesagt.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das Umsteigen von AGIPLAN auf ODELGA war für mich dadurch begründet, daß Wilfling mir versichert hat, er hätte mit Wojda gesprochen, der sollte als Subauftragnehmer zum Zug kommen, und zwar ist er aus verschiedenen Gründen, vor allem dadurch, daß die Mitarbeit der Nutzer besser gesichert ist, wenn die ODELGA mitmacht, für eine Arbeitsgemeinschaft ODELGA-ÖKODATA ist.

Obmann Dr. **Steger:** Die verschiedenen Konstruktionen, die es ja später dann mehrfach gibt mit Subunternehmerschaften, sind gekommen von Dr. Wilfling, der das empfohlen hat?

232 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Wenn die ODELGA dabei war, ja.

Sie müssen bedenken, daß rund um das AKH gewisse Leistungen zu erbringen sind, die von einem Partner jeweils nur sehr schwer erbracht werden können, weil er entweder nicht über genügend Kapazität verfügt oder weil er anders nicht über die speziellen Kenntnisse in dem Bereich verfügt und daß die Bildung von Arbeitsgemeinschaften im Wirtschaftsleben eine relativ gängige Sache zur Ergänzung von Kapazitäten und so weiter ist.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Dipl.-Ing.! Drittens hätten Sie uns sagen müssen, daß Sie uns heute schon erzählt haben, oder weil man sonst den Auftrag nicht bekommt.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das habe ich schon ausgeführt.

Obmann Dr. **Steger:** Gab es zu diesem Zeitpunkt schon konkrete Vereinbarungen mit Wilfling ad personam bezüglich dieses Umsteigens?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Mit Wilfling ad personam hat es nie Vereinbarungen gegeben. Es wurde heute eine Vereinbarung zitiert, die mir vorgelegt wurde, die ich aber nicht unterzeichnet habe. Ich habe lediglich die Unterschrift unter dem Anbot von Wilfling als Geschäftsführer der ODELGA.

Obmann Dr. **Steger:** Wieso hat am 22. 9. 1976 noch vor Eingang des Anbotes — das ich gerade vorhin genannt habe — der ARGE ODELGA-ÖKODATA der Vorstand bereits mit Ihnen und mit Dr. Wilfling ein Gespräch abgehalten? Können Sie sich daran erinnern?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein. Ich habe heute schon einmal davon gesprochen, daß eine kurze Zeit zwischen Eintreffen eines Angebotes und der Auftragsvergabe gelegen ist. Dieses Eintreffen des Angebotes ist die letzte schriftliche Form, die dann endgültig abgegeben wird. Ich bitte nicht zu vergessen, daß, bevor man ein Angebot schreibt, ja umfangreiche Verhandlungen mit dem Auftraggeber zu pflegen sind. Sonst trifft das Angebot ja nicht das, was der Auftraggeber will. Das Abgeben des Angebotes ist ja der letzte Schritt in einer Verhandlungskette, wo das dann dokumentiert wird, was vorher verhandelt wird.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Sie haben vorhin wegen eines Strafverfahrens eine Antwort verweigert. Damit wir hier nicht irgendwo uninformiert sind: Von welchem Strafverfahren sind Sie betroffen, weswegen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe hier einen Hausdurchsuchungsbefehl vom 20. August. Begründung: Gegen Dipl.-Ing. Rumpold ist beim Landesgericht für Strafsachen Wien ein Strafverfahren wegen §§ 12, 153 StGB anhängig. Dipl.-Ing. Rumpold steht im Verdacht, im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe für den Neubau des AKH Wien unzulässige Provisionen (auch Schmiergelder) bezahlt zu haben. — Davon habe ich gesprochen. Gezeichnet von Helene Partik-Pablé.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sonst also nichts bekannt?

Herr Zeuge! Sie haben sich mit der MED-CONSULT in eine Partnerschaft begeben. Diese MED-CONSULT hat einen Geschäftsführer Enerwitschläger, war situiert praktisch in der Firma Prutscher in der Diefenbachgasse, hatte nur ein Büro, eine Sekretärin.

Sie haben schon erwähnt, daß Sie wegen der Mitarbeiter und so weiter nachgefragt haben. Ist Ihnen das nicht aufgefallen, wenn Sie sich mit einem Partner zusammentun, der praktisch nur aus einem Büro besteht, situiert bei einer anderen Firma, nur aus einem Sekretariat? Sie müssen doch irgendwelche Wahrnehmungen gehabt haben? Ich meine, Sie fahren sogar nach Kopenhagen, um sich zu vergewissern, was die Firma kann. Und da schließen Sie in Österreich eine so wichtige Partnerschaft ab mit einer Firma, die offenbar nur aus einem Sekretariat bei der Firma Prutscher besteht. Wie haben Sie sich diese Situation damals erklärt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Frage, aus wie vielen Mitarbeitern die Firma MED-CONSULT besteht, habe ich mir aus zwei Gründen in der Form nicht vorgelegt und meiner Meinung nach auch nicht vorlegen müssen.

Wilfling hat mir versichert, daß die Firma MED-CONSULT von der Firma ODELGA und von der Firma Prutscher ausreichend mit Personal versorgt werden wird.

Auf der anderen Seite habe ich heute schon dargelegt, daß ich die Möglichkeit, die Firma MED-CONSULT oder die Firma ODELGA aus dem Angebot auszuschließen, gleichgesetzt habe mit einer sehr großen Verzögerung, mit einer Verkomplizierung einer eventuellen Auftragsvergabe beziehungsweise auch mit der Gefahr, den Auftrag überhaupt nicht zu bekommen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hier sehe ich insofern einen gewissen Widerspruch, als Sie Ihr Mißtrauen gegen Dr. Wilfling heute vor dem Ausschuß schon mehrfach artikuliert haben. Auf der anderen Seite genügt Ihnen aber die Versicherung von Wilfling, daß diese Firma honorig ist, ausreichend personell dotiert ist. Wie habe ich diesen Widerspruch zu verstehen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich möchte Sie auf den

Zeitablauf noch einmal aufmerksam machen. Die Entscheidung, ob im Anbot MED-CONSULT oder ob im Anbot ODELGA steht, ist ja schon Ende 1977, nämlich vor Abgabe des Anbotes, zu fällen gewesen. Die anderen Dinge, die ich berichtet habe, fallen in die Mitte des Jahres 1978. Wenn jetzt schon im Anbot die Firma drinnen steht — die Firma MED-CONSULT wurde meiner Meinung nach, wenn ich mich richtig erinnere, erst nach Auftragserteilung genannt —, sind das andere Umstände.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Sie haben — und ich glaube nicht, daß Sie das bestreiten werden — in Presseäußerungen gesagt, es gibt gewisse Dinge, über die Sie sich Gedanken machen, unter anderem über die relativ rasche Ersetzung der Firma ODELGA durch MED-CONSULT. Können Sie noch einmal zusammenfassend sagen: Was war für Sie wahrnehmbar der Grund dieses Ersatzes ODELGA durch MED-CONSULT?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Meine persönlichen Ansichten hier darzulegen, glaube ich, ist sehr schwierig. Aber es ist auch für mich auffällig gewesen, daß die Firma MED-CONSULT hier eintritt. Das muß ich zugeben. Man kann jetzt darüber Überlegungen anstellen oder nicht. Ich kann aber hier meine persönlichen Gedanken, glaube ich, nur sehr schwer äußern, weil jeder Mensch etwas anderes denkt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Sie sagen jetzt — was ich wirklich verstehe —, Sie haben sich damals Ihre Gedanken gemacht. Da ist bei Ihnen nicht die Frage aufgetaucht, die Sie — ich sage es noch einmal — sogar bis Kopenhagen geprüft haben, was für eine Substanz hat eine Firma, wenn diese Firma MED-CONSULT lange Zeit, zumindest im damaligen Stadium, praktisch eine Briefkastenfirma war?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Diese Gedanken wurden angestellt und finden auch in den Regelungen des internen Vertrages zwischen den ABO-Partnern ihren Niederschlag. Da ist vermerkt, daß für den Fall, daß eine Firma nicht leistungsfähig ist, die anderen Firmen diese Leistungen übernehmen und dafür auch den Honoraranteil kriegen, den diese Firma bekommen hätte.

Für mich war die Frage nicht sehr gravierend, weil der Anteil der MED-CONSULT — gemessen an dem Gesamtanteil — nicht sehr groß ist. Es wurden Regelungen eingebaut in diesen internen ABO-Vertrag, daß, wenn es Leistungsverzögerungen oder einen Leistungsverzug der einzelnen Firmen gibt, auch keine Zahlung vom ABO-Sekretariat erfolgt. Daher war die Gefahr, daß die MED-CONSULT vielleicht nicht leistungsfähig ist, für mich keine riesengroße, weil es ja andere Firmen gab.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie sagen, es ist Ihnen verschiedenes aufgefallen. Was ist Ihnen damals aufgefallen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** In welchem Zusammenhang?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben vorhin gesagt: ich habe mir meine Gedanken darüber gemacht. — Auf Grund welcher Wahrnehmungen haben Sie sich — ich will jetzt nicht nach Ihren Gedanken fragen, ich respektiere das, daß man das nicht fragen soll — Ihre Gedanken über diese Firma MED-CONSULT gemacht?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Für mich war interessant, daß die Firma Prutscher dabei ist, die in meinen Augen so bißchen wenig Einschlägigkeit bei der Betriebsberatung hatte. Auf der anderen Seite ist es sicherlich eine Firma, die sehr viel Umsatz mit Spitalseinrichtungen macht, und auf der zweiten Seite die ODELGA, die eigentlich in der gleichen Sparte arbeitet, was für mich nicht ganz zusammengepaßt hat.

Nachdem ich aber auch Überlegungen gehört habe, man sollte die ganze Sache doch ein bißchen koalitionär gestalten, und Prutscher eher der ÖVP, die ODELGA der SPÖ zugerechnet wird, war das auch ein Element, das man überlegen kann.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das wundert mich insofern, als die ÖVP Prutscher auf die andere Seite rechnet. Aber bitte, das sei hier nur angemerkt.

Die Firma TECHMED ist Ihnen bei allen diesen Beobachtungen, die Sie angeführt haben, bis zur öffentlichen Berichterstattung nicht irgendwie begegnet?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Jetzt tauchen auf einmal eine Reihe von Mitarbeitern auf, die die Firma MED-CONSULT gar nicht hat, wo wir nachher erfahren, daß das TECHMED-Mitarbeiter waren. Das haben Sie damals in keiner Weise wahrnehmen können?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich darf noch einmal zurückkommen: Als erstes ist aufgetaucht der Herr Versloot. Es war natürlich leicht erkennbar, daß der Herr Versloot Norddeutscher beziehungsweise Holländer ist.

Das hat mich zu der Frage veranlaßt — nachdem ich auch andere Informationen eingeholt habe —, in welchem Verhältnis steht Herr Versloot zur MED-CONSULT. Nachdem mir der Geschäftsführer der MED-CONSULT mitteilt, er stehe in einem Angestelltenverhältnis, war für mich die Frage nicht zu prüfen. Ich habe eine Auskunft, ich schreibe das auf, und für mich ist der Fall erledigt.

234 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Sie haben sich heute schon mehrmals mit der Frage konfrontiert gesehen: hat Wilfling nur eine Zusage der Provision — oder wie immer Sie es nennen wollen —, oder hat er sie bekommen?

Ich habe mehrmals sehr deutlich gemerkt bei der Beobachtung Ihrer Aussage, daß Sie negativ formuliert haben, immer wieder: Ich kann aus der Buchhaltung sagen, daß nicht ... so lange ich Geschäftsführer der ÖKODATA, nicht von der ÖKODATA und so weiter.

Solche Formulierungen verwendt man, wenn man annimmt oder sogar weiß, daß derartige Zuwendungen von woanders erfolgt sind oder erfolgt sein könnten.

Hat nach Ihrem Eindruck, nach Ihrem Wissen dabei die Firma ODELGA als eigentlicher Empfänger solcher Beträge vielleicht eine Rolle gespielt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Meine Formulierung bitte ich nicht so auszulegen, denn ich kann, wenn ich hier zur Wahrheit verpflichtet bin, nur Aussagen über Dinge machen, die ich persönlich erlebt und gesehen habe. Daher meine Formulierung: So lange ich Geschäftsführer war. Ich schließe sie auch jetzt aus. Aber das kann ich nicht mit Überzeugung machen, weil ich es nicht weiß.

Bei der Firma ODELGA ist der Ablauf so gewesen: Immer dann, wenn die ODELGA ein Mitunternehmer in einer Arbeitsgemeinschaft war, dann hat sie den vorher für ihre Leistung oder für ihre Mitunternehmerschaft vereinbarten Betrag erhalten. Was hinten mit diesem Betrag geschieht, bitte, darüber habe ich mir weder Gedanken gemacht noch hat es mich zu interessieren. Die Firma der Gemeinde Wien, die Firmen, haben ein Kontrollamt, haben Überprüfungen, und Sie wissen ja auch aus den Zeitungen, was mit einem Teil eines Betrages dann geschehen ist. Das habe ich aber vorher nicht gewußt. Ich weiß es erst, seit es in der Zeitung steht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also von der Sparbuchaffäre zum Beispiel hatten Sie irgendein Wissen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Von dieser Sparbuchaffäre habe ich nichts gewußt. Ich bin auch, glaube ich, von dem Herrn Kontrollamtsdirektor telephonisch gefragt worden, ob ich den Herrn Krcal kenne, ob der irgendwo mitgearbeitet hat, und ich habe das verneint, weil ich ihn weder kenne, und weil er bei uns nie aufgetreten ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Gab es außer der Arbeitsgemeinschaft Iststanderhebung andere geschäftliche Beziehungen zwischen ÖKODATA und ODELGA?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es gab einen kleinen Auftrag, einen Betriebsberatungsauftrag der ODELGA an die ÖKODATA — ich glaube, das war 1976 — über die Neustrukturierung des Verkaufsbereiches und über das Bestellwesen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Was ist „klein"? Können Sie eine ungefähre Größenordnung nennen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es waren etwa 60 000 oder 90 000 S.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sonst gab es keine Geschäftsbeziehungen zwischen ÖKODATA und ODELGA, wenn ich jetzt von dieser Arbeitsgemeinschaft absehe?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es wurden heute die Arbeitsgemeinschaft AKH-Isterhebung, es wurde das Wäschereigutachten besprochen. Ich glaube, das war es. Es gab diese zwei, und es gibt diesen Betriebsberatungsauftrag der ODELGA an die ÖKODATA.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Gehen wir jetzt zu der Phase die heute auch schon mehrmals angesprochen wurde: die Gespräche vor der eigentlichen Anbotserstellung, die mit Winter und anderen Personen geführt wurden, wo die ABO ihre Konturen angenommen hat.

Herr Zeuge! Es ist Ihnen doch sicher bekannt, daß auch andere Spitäler in Wien, etwa Ordensspitäler, mit ähnlichen Problemen, also Betriebsorganisation und Kostenrechnung, konfrontiert waren. Sind Ihnen die Größenordnungen, die dort an Honoraren geleistet wurden, bekannt? Das ist Ihnen ja keine fremde Branche, Sie sind ja hier Fachmann. Sehen Sie hier eine Vergleichbarkeit der Größenordnungen, oder glauben Sie nicht, daß das Auftragsvolumen ABO beziehungsweise ÖKODATA doch in einem krassen Mißverständnis zu den sonst flüssiggemachten Aufwendungen steht?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich kenne im Bereich Wien keine Ordensspitäler, die vergleichbare Betriebsorganisationsplanungen vergeben haben.

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß das AKH ein Krankenhaus ist, das auf Grund der Komplexität und auf Grund der Schwierigkeiten der Betriebsführung mit keinem anderen österreichischen Krankenhaus zu vergleichen ist.

Ich darf nur darauf hinweisen, daß zum Beispiel die Primarii im AKH, die Professoren der Gemeinde Wien nicht unterstehen, daß es keinen Vertrag gibt zwischen den Professoren und der Gemeinde Wien, so wie in einigen anderen österreichischen Kliniken, und daß hier eigentlich ein völlig ungeordneter Zustand herrscht.

Daher sind die Probleme wesentlich größer und die Kosten höher.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber die Fragen der Betriebsorganisation sind ja davon nicht berührt. Ich möchte Sie darauf hinweisen, daß etwa die öffentlichen Krankenhäuser Mistelbach, Hollabrunn vor allem, ähnliche Aufgaben zu bewältigen haben, wobei aber die hier angefallenen Kosten überhaupt nicht vergleichbar sind. Denn ich glaube, daß ja die Bettenzahl hier nicht die entscheidende Rolle spielt, sondern die Erarbeitung des Systems an sich.

Sehen Sie nicht doch eine gewisse Diskrepanz der Kostenbelastung, die für das Projekt AKH im Vergleich zu anderen Krankenhäusern entstanden ist? Auch wenn man in Rechnung stellt, daß eben hier durch die Universitätsklinik, den Sektor Lehre und so weiter, natürlich zusätzliche Aufgaben entstehen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich bin noch nie auf den Gedanken gekommen, das Allgemeine Krankenhaus Wien mit dem Krankenhaus in Mistelbach in der Komplexität zu vergleichen. Ich glaube aber, daß man diese Beurteilung von den Sätzen, von den Kalkulationssätzen der Mann-Tage ableiten muß, denn die Anzahl der Mann-Tage ergibt sich durch die Komplexität und durch die Dauer.

Wenn Sie allein nehmen, daß das ursprüngliche Angebot für die Betriebsorganisationsplanung einen zeitlichen Rahmen von 120 Monaten betrug, das sind zehn Jahre, also eine lange Zeit ist, daß man in zehn Jahren sehr viele Umplanungen zu erwarten hat. Ich kenne, wie gesagt, kein österreichisches Krankenhaus, das ähnliche Aufträge wie das AKH Wien vergeben hat. Ich kenne allerdings Studien der MEDIPLAN für ein burgenländisches Krankenhaus, das also bei der Mann-Tages-Kalkulation, beim Preis des Mann-Tages sehr gut vergleichbar ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Bei vergleichbaren deutschen Krankenhäusern sind doch auch vergleichbare Aufgaben zu bewältigen gewesen. Auch hier ergeben sich Diskrepanzen. Wie erklären Sie die wesentlichsten?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Mir sind die Tagessätze in Deutschland bekannt, die über den Sätzen in Österreich liegen. Die Vergleiche, die hier von Ihnen angeführt wurden kenne ich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es wird, Herr Zeuge, eine Äußerung von Direktor Winter kolportiert aus dieser Zeit der Verhandlungen über eine künftige Vergabe der Betriebsorganisation, wonach er gesagt haben soll, daß dabei 80 Millionen Reingewinn herausschauen. Ist diese Äußerung je gefallen oder ist eine ähnliche Äußerung bekannt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Mir gegenüber hat Winter diese Äußerung nicht gemacht. Ich möchte nur dazwischen fragen: Ist es bezogen auf die 122 Millionen oder auf die 370 Millionen? Das ist, glaube ich, auch wesentlich.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Bezogen auf die 370 Millionen.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe heute schon angeführt, daß der Rohgewinn eines Betriebsberatungsunternehmens etwa bei 25 Prozent angesetzt wird. Wenn Sie diese 370 jetzt mit 25 multiplizieren, werden Sie auf eine ähnliche Zahl kommen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Es gibt eine Aussage, daß Dr. Wilfling sich zu Herrn Kaufmann, über den heute auch schon gesprochen wurde, begeben und mit ihm Absprachen darüber getroffen hat, daß die Anbotsgestaltung so erfolgt, daß die ABO etwas billiger anbietet.

Ist Ihnen eine solche Intervention des Herrn Dr. Wilfling bei Herrn Kaufmann in der Schweiz bekanntgeworden?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Diese Intervention — wenn sie stimmt — ist mir nicht bekannt. Ich wußte auch nicht, daß Kaufmann angeboten hat.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wenn also so etwas seitens Wilfling geschehen ist, so hat er das ohne Ihr Wissen getan?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe davon nichts gewußt, und ich sehe auch keine Veranlassung, warum ich Wilfling so einen Auftrag hätte geben sollen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber Wilfling hat ja hier, wenn er das getan hat, in Ihrem Interesse beziehungsweise auch im Interesse des Herrn Bauer gehandelt. Ich kann mir schwer vorstellen, daß eine solche Bemühung unternommen wird, ohne daß die Nutznießer einer solchen — ich sage noch einmal — angeblichen Aktion etwas davon wissen.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe von so einer Aktion nichts gewußt. Ich war überrascht, es in der Zeitung zu lesen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Was hatte Wilfling für ein Interesse, sich in dieser Weise zu engagieren, daß die Auftragsvergabe an Sie erfolgt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber Sie müßten doch eigentlich aus Ihrer Sicht der Entwicklung eine mögliche Erklärung dafür angeben können.

236 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Eine mögliche Erklärung, warum Wilfling sich darum bemüht hat, glaube ich, findet sich in einem Protokoll eines Bund-Stadt-Wien-Komitees, wo Wilfling von der Planungsphilosophie gesprochen hat. Ich glaube, daß es für ein Krankenhaus besonders wichtig ist, daß die Leute, die dort den Betriebsablauf planen, in der Region verhaftet sind, wo sie planen. Es ist nun einmal schwer, ein Hamburger Krankenhaus nach Wien zu verpflanzen, denn hier gibt es Wiener Ärzte, hier gibt es Wiener Schwestern. Ich sehe allein schon die Differenz zwischen Burgenland und Vorarlberg, wo also die Unterschiede sehr groß sind. Sie haben in manchen Häusern einen geteilten Dienst, in manchen Häusern haben Sie das nicht.

Ich kann die Begründung, warum sich Herr Wilfling für die Vergabe des Auftrages an diese Firmengruppe eingesetzt hat, nicht liefern.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wenn der Grund wäre, daß man die Planungsphilosophie, die heimische Planungsphilosophie bevorzugt, dann wäre doch eigentlich der eigentliche Adressator einer solchen Intervention die AKPE gewesen, das heißt der AKPE-Vorstand; daß er unter Umständen ein etwas teureres Angebot einfach deswegen annimmt, weil es das bessere ist, weil es die heimische Planungsphilosophie berücksichtigt. Aber einen Konkurrenten zu veranlassen, daß er etwas teurer anbietet, das kann ja mit einem solchen Motiv nicht erklärt werden.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich kann zu diesem Fragenkreis keine Aussage machen, weil ich es nicht weiß. Mich hat Herr Wilfling nie gefragt, was er unternimmt und was er nicht unternimmt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Es kam heute schon mehrmals das Verhältnis der Consultatio zur ÖKODATA zur Sprache: Kann man das, was Sie hier berichtet haben, so bezeichnen, daß die ÖKODATA Personalkosten der Consultatio auf diese Weise abgenommen hat?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich glaube nicht, daß man diesen Vorgang so bezeichnen kann. Der Vorgang bestand darin, daß die ÖKODATA in Zeiten des Mangels an einer besonderen Qualifikation oder Personal einfach Personalleistung von der Consultatio zugekauft hat. Hätte dieses Personal bei der Consultatio gearbeitet, so hätte sie dort in einer anderen Sparte eine Umsatzkomponente erbracht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Die PRODATA, über die ebenfalls schon gesprochen wurde, hat die Buchhaltung der AKPE gemacht. Nun haben Sie selbst vorpräzisiert Ihr Verhältnis zur PRODATA. Sie müßten eigentlich wissen, wie es dazu kam, daß die PRODATA diesen AKPE-Auftrag bekommen hat.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die PRODATA hat nicht die Buchhaltung der AKPE gemacht, sondern die PRODATA hat ein Bauabrechnungssystem und ein Prognosesystem für zukünftige Zahlungserfordernisse auf Grund abgeschlossener Aufträge und eingegangener Zahlungsverpflichtungen EDV-mäßig für die AKPE erledigt.

Zur Frage, wieso es ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich habe das nicht verstanden. Können Sie das noch einmal präzisieren. Was hat präzise die PRODATA für die AKPE gemacht?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die PRODATA hat für die AKPE ein Verfahren durchgeführt, zuerst programmiert und dann durchgeführt, dessen Ziel es ist, alle Aufträge, die zukünftige Zahlungen beinhalten, zu speichern, laufend zu indexieren und den jeweiligen Finanzbedarf für eine künftige Periode mitzuteilen; daneben auch den Vorgang Auftragsabschluß, Leistungserbringung, Rechnungsablegung genau im Griff zu haben. Ich darf nur daran erinnern, daß, bevor dieses System eingeführt wurde, es zu Pannen kam, sodaß heute mit einer gewissen Firmengruppe nicht ganz klar ist, ob sie den Auftrag schon bezahlt erhalten haben, ob sie ihn zuviel bezahlt erhalten haben oder ob sie etwas geleistet haben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): In welcher Größenordnung hat sich dieser Auftrag ungefähr bewegt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Dieser Auftrag, glaube ich, ist in einer Größenordnung von etwa 500 000 bis 700 000 S pro Jahr.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wer hat ihn konkret in der PRODATA bearbeitet?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Diesen Auftrag hat programmierungsmäßig Herr Egle bearbeitet, und mit der Durchführung hinsichtlich der Struktur war hauptsächlich Herr Dipl.-Ing. Fuchs beschäftigt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Diese beiden Herren sind bei der PRODATA angestellt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Herr Fuchs war Angestellter der PRODATA und ist zwischenzeitlich Geschäftsführer der COMBIT gewesen und ist jetzt Geschäftsführer der PRODATA.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Gibt es Consultatio-Leistungen für die PRODATA oder umgekehrt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es gibt Consultatio-Lei-

Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original) 237 von 382

stungen für die PRODATA. Die Consultatio macht die Buchhaltung der PRODATA, und meines Wissens programmiert die PRODATA im Auftrag der Consultatio Abrechnungs- oder Systeme, mit denen man gewisse Steuererklärungen oder Kundenkontakte — nicht Kundenkontakte; Sie wissen, bei den Pflichtprüfungen gibt es Perioden, wo geprüft werden muß, und es ist sehr schwierig, das Personal hier zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, die PRODATA arbeitet zurzeit an der Entwicklung eines solchen Systems.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Arbeitet in diesen Fällen die PRODATA für die Consultatio oder tritt sie gegenüber den Kunden der Consultatio auf?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die PRODATA tritt meines Wissens nicht bei den Kunden der Consultatio auf, sondern arbeitet hier für ein internes System in einem kleinen Umfang für die Consultatio.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Vorletzte Frage. Welches Gehalt hatten Sie bei der ÖKODATA als Geschäftsführer?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich hatte anfangs, glaube ich, 35 000 S im Monat und am Ende 55 000 S Gehalt im Monat.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): 14mal oder öfter?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** 14mal.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sonstige Leistungen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Keine.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Letzte Frage. Was hat Sie zu der Annahme veranlaßt, Herrn Prutscher als Exponent im weitesten Sinn der Österreichischen Volkspartei anzusehen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe Herrn Prutscher nicht als Exponent bezeichnet, sondern ich habe davon gesprochen, daß eine andere Überlegung die war, daß er dem Bereich oder der Sphäre der Österreichischen Volkspartei zugezählt wird. Ich glaube, das kommt sicherlich auch von seinem Vater her, der ja in der Gemeinde Wien Funktionär oder Gemeinderat der Volkspartei war.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Darf ich dabei helfen: Der Vater des Herrn Prutscher — um den es hier geht — war Stadtrat der ÖVP, ist aber dann ausgeschieden. Gibt es außer dieser familiären Bindung, die Ihnen bekannt ist, daß also der Herr Prutscher, von dem wir reden, Sohn eines ehemaligen ÖVP-Stadtrates ist, für Sie irgendeinen Anhaltspunkt zu der Annahme, daß sich Herr Prutscher im Bereich der Österreichischen Volkspartei befindet?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe diese Frage nie geprüft. Für mich ist sie auch unwesentlich. Ich habe nur berichtet, daß das eben auch ein benutztes Argument war.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Von wem benutzt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das ist auch von Wilfling benutzt worden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wilfling ist gut zur ÖVP. — Danke.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Herr Kollege Kohlmaier hat Sie gefragt, was Sie als Geschäftsführer an Gehalt bezogen haben. Sie haben uns heute mitgeteilt, daß Sie Anteile von der ÖKODATA haben, daß Sie Anteile an dieser Gesellschaft, die zwei Flugzeuge besitzt, haben. Können Sie uns sagen, was in etwa diese beiden Flugzeuge gekostet haben?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja, das kann ich sagen, das hat zusammen etwa 12 Millionen Schilling gekostet. Der Anteil, der auf mich fällt, ist 6 Millionen Schilling; ein bisserl weniger.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Ist das — wenn man hier noch weiter fragen könnte — durch Kredite finanziert worden oder mit dem Geschäftsführergehalt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe nicht gesagt, daß die Flugzeuge mit dem Geschäftsführergehalt finanziert wurden. Ich habe davon gesprochen, daß für mich die Flugzeuge als kurz- und mittelfristige Kapitalanlage gesehen sind, und es gibt eine Reihe von Verpflichtungen, die ich habe. Ich habe auch gesagt, daß es jetzt so ist, daß ich außer diesen Anteilen im Moment über keine Mittel verfüge. Wenn Sie wollen, ist also das Kapital jetzt in den Flugzeugen. Die Flugzeuge werden jetzt verkauft werden müssen, damit das Kapital wieder zurückkommt.

Obmann Dr. **Steger:** Meine Herren! Wir haben derzeit drei weitere Wortmeldungen. Unsere optimistische Prognose, daß wir um halb zehn fertig sind, ist nicht eingetroffen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Für mich gibt es zwei scheinbare Widersprüche. Herr Ingenieur, ich habe Sie gefragt über die Aufteilung des Betriebsberatungsauftrages, und Sie haben mir gesagt, daß diese Aufteilung, wie ich sie Ihnen genannt habe mit den Prozentsätzen, unter den Partnern vereinbart worden sei, daß es keine Beeinflussung von außen gegeben hätte.

Dr. Kohlmaier haben Sie gesagt, daß Sie gezwungen beziehungsweise unter Druck veranlaßt worden seien — inhaltsmäßig auf jeden Fall —, die MED-CONSULT mit 9,72 Prozent hineinzunehmen, was Sie eigentlich persönlich nicht wollten. Sie hätten die MED-CONSULT

nicht in diesem Ausmaß beteiligen wollen, aber das sei Ihnen von Wilfling mehr oder weniger aufgezwungen worden, sonst hätten Sie den Auftrag nicht bekommen. Was ist nun richtig? Wilfling war ja nicht Geschäftsführer der MED-CONSULT.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich bitte die Herren, mir zu helfen. Ich erinnere mich jetzt nicht, daß ich dem Herrn Abgeordneten Kohlmaier gesagt hätte, daß unter Druck die Fixierung des Prozentsatzes von 9,82 Prozent erfolgt sei. Können Sie bestätigen, daß ich das gesagt habe? Mir ist es nicht erinnerlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn Sie das zurücknehmen, wenn Sie sagen, Sie seien nicht von Wilfling beeinflußt worden bei der Aufteilung dieses ABO-Auftrages, dann ist für mich alles klar. Ich wollte nur klarstellen, welche Aussage richtig ist von den beiden Antworten, die Sie mir gegeben haben. Richtig ist also, daß Sie von niemandem beeinflußt worden sind bei der Aufteilung des ABO-Auftrages.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Herr Dr. Feurstein! Meine Aussage hat gelautet: Das Aufteilungsverhältnis ist ein Ergebnis, das auf zwei Säulen steht, die eine Säule ist der Arbeitsumfang, den jede Firma übernommen hat, und die andere Säule ist ein bißchen Verhandlungsergebnis.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): An dem Wilfling teilgenommen hat oder nicht?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Selbstverständlich hat Wilfling teilgenommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welcher Position?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Als Verhandlungspartner für diese Firma.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Für die MED-CONSULT?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Zwar war in der Zeit der Herr Seidler Geschäftsführer der MED-CONSULT, aber dies so kurz, daß er ja in diesen Bereichen noch sehr wenig Kenntnisse hatte. Es hat also formell für die ODELGA Seidler gesprochen, und es ist, bitte, dieser Prozentsatz noch festgelegt worden in einer Zeit, in der man unter dem Namen ODELGA gedacht hat. Dann ist dafür die MED-CONSULT unter den gleichen Bedingungen eingetreten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben gesagt, daß für die Beteiligung von österreichischen Firmen die regionale Nähe verantwortlich wäre. Hier gibt es ein Protokoll von Wilfling, worin er sagt: Da an diesen Gesprächen teilweise — es ging um die Verteilung — auch Rumpold teilgenommen hat, ist es durchaus möglich, daß wir erklärt haben, daß zirka die Hälfte oder mehr als die Hälfte der vorgesehenen Leistungen von inländischen Firmen erbracht werden können. Es war also bei ihm, was Sie auch dem Kollegen Steinbauer gesagt haben, von vornherein klar, daß rund die Hälfte österreichische Firmen erhalten müssen und in etwa 50 Prozent ausländische Firmen. Wie verhält sich das jetzt zu der anderen Aussage, daß Wilfling gedrängt hätte, daß andere Firmen . . .?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Bitte, Herr Abgeordneter, Sie müssen mir verzeihen: Die eine Frage, wie der Prozentsatz österreichischer Firmen zu ausländischen Firmen war, wurde hier ausführlich diskutiert. Ihre zweite Zusatzfrage . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die andere Frage war nicht von mir. Die andere Frage ist anders gestellt worden, und Sie haben geantwortet: Entscheidend war die Nähe, die Kenntnis der lokalen Verhältnisse.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es tut mir leid, daß ich hier nicht mit Ja oder Nein antworten kann. Aber ich habe dem Herrn Abgeordneten Ing. Hobl gegenüber zur Frage des Prozentsatzes der österreichischen Leistung Stellung genommen. Ihre jetzige Frage ist zum Teil die gleiche.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wilfling hat im Einvernehmen mit Ihnen gesagt — wenn ich das richtig interpretiere —, daß die Hälfte inländischen und die andere Hälfte ausländischen Firmen zugeteilt werden kann, und zwar nennt er ganz klar Firmen. Unter inländischen Firmen verstehe ich die Firmen ÖKODATA oder ODELGA. Das würde bedeuten, daß von vornherein fix war zwischen Ihnen und Wilfling, daß ÖKODATA und ODELGA hier beteiligt werden müssen und daß keine anderen Überlegungen eine Rolle gespielt haben.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe heute niemals etwas anderes behauptet. Es ist ja diese Aufteilung . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist es üblich, daß Steuerberatungsfirmen bei Betriebsorganisationsfirmen als Buchhalter auftreten?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nach der österreichischen Gesetzeslage können ja außer Steuerberatungsfirmen keine anderen Firmen als Buchhalter auftreten, wenn die Buchhaltung nicht im eigenen Betrieb gemacht wird.

Obmann Dr. **Steger:** Zur Frage Betriebsorganisation Interim meint das Kontrollamt, daß bis heute ungeklärt ist, wer diese Leistungen eigentlich erbracht hat. Können Sie dazu etwas sagen? Sie wissen, was ich meine?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nach meinem Wissen haben diese Leistung die Mitarbeiter des Büros

Riethmüller und die Mitarbeiter der ÖKODATA erbracht.

Obmann Dr. **Steger:** Es gibt da die Vorstandssitzung vom 12. 12. 1977. Dort wird darauf hingewiesen, daß die vertraglichen Leistungen der ARGE ODELGA-ÖKODATA nur unter der Bezeichnung ÖKODATA an Professor Riethmüller geliefert wurden. Laut Gedächtnisnotiz — ich lese das noch immer vor — eines Vorstandsmitgliedes hat sich die Firma ODELGA bei einer Besprechung am 31. 1. 1978 geweigert, als Erbringer von Leistungen im Rahmen der ARGE ODELGA-ÖKODATA in Erscheinung zu treten.

Die AKPE und Professor Riethmüller verlangen von der ARGE ODELGA-ÖKODATA ein Schreiben, in dem die ARGE-Partner erklären, ihre Leistungen als Subunternehmer von Professor Riethmüller zu erbringen. Weiters sollten die Leistungen auch dann von der ARGE ODELGA-ÖKODATA als erbracht gelten, wenn die Firma ODELGA nach außen hin nicht als Leistungserbringer in Erscheinung treten sollte.

Die ODELGA hat diese Erklärung nicht unterfertigt.

Die Frage ist: Wissen Sie von diesen Vorgängen etwas, von dieser Korrespondenz, von diesen Versuchen der ODELGA, nicht aufzuscheinen, aber trotzdem mit dabei zu sein, als Mitunternehmer zu gelten?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ist das eine Korrespondenz mit der ÖKODATA?

Obmann Dr. **Steger:** Hier in diesem Bericht steht eben, das ist ungeklärt. Hier steht an sich nur, daß es mit der ARGE ist. Wenn Sie einen Moment warten, kann ich es vielleicht genauer sagen: Das ist eine Gedächtnisnotiz eines Vorstandsmitgliedes der AKPE. Ist Ihnen nichts bekannt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein, das ist mir nicht mehr erinnerlich.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist halt auch wieder so eine Vorgangsweise, wo man das Gefühl hat, Dr. Wilfling muß dabei sein, aber nicht unbedingt aufscheinen. Deswegen diese Fragestellung, weil Sie dazu ja heute schon relativ Deutliches gesagt haben, wenn auch nicht zur Frage BOI, als Betriebsorganisation Interim.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Aus dem Ablauf der heutigen Fragen, glaube ich, müssen Sie auch erkennen, daß in diesen Jahren eine Fülle von Besprechungen und Angeboten, und ich weiß nicht, was alles, stattgefunden hat. Ich kann mich in dem Zusammenhang nicht mehr erinnern, daß hier die ODELGA in irgendeiner Form teilnehmen und eine Rolle spielen hätte sollen. Das weiß ich nicht mehr.

Obmann Dr. **Steger:** Aus den Unterlagen geht weiters hervor, daß die Leistungen der Betriebsorganisation Interim von 1. Februar 1977 bis 14. Juli 1977 ausschließlich, also allein durch die Firma ÖKODATA, die Sie repräsentiert haben, beziehungsweise Professor Flamm erbracht wurden. Trotzdem hat Professor Riethmüller rückwirkend ab 1. Februar 1977 927 500 S verrechnet und auch erhalten; auf Basis ... und so weiter.

Da hat es dann noch einen Streit gegeben, wieviel er eigentlich hätte kriegen müssen. Dann ist ermittelt worden: 699 000 S hätten auch genügt, und 237 000 S sind auf jeden Fall unnötigerweise ausbezahlt worden.

Es ergibt sich die Frage: War Professor Riethmüller in dieser Phase auch so etwas wie Dr. Wilfling, der auch, wenn er funktionslos war, als eine Art Zwischenhändler, Mithändler dabei sein hat müssen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich erinnere mich durch die Ausführungen wieder besser an den Vorgang. Ich muß, wenn ich das gesagt habe, berichtigen. Es gab ja keine Arbeitsgemeinschaft Riethmüller-ÖKODATA, sondern es gab den Auftrag AKPE an Riethmüller, und es gab die Beschäftigung der ÖKODATA als Subunternehmen Riethmüllers. Wir haben unsere Abrechnung an Professor Riethmüller gelegt, und welche Abrechnung der gelegt hat, das habe ich weder gesehen noch beeinflußt. Ich kann also dazu nichts sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Sie waren Auftragnehmer von Riethmüller?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Wir waren Auftragnehmer von Riethmüller, und dazu mußte Riethmüller die Zustimmung der AKPE kriegen.

Obmann Dr. **Steger:** Wissen Sie darüber etwas? War die ODELGA auch Auftragnehmer von Riethmüller?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Darüber weiß ich nichts.

Obmann Dr. **Steger:** Also daß eine formelle Arbeitsgemeinschaft gegründet wurde, ist Ihnen nicht bekannt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es war in diesem Fall keine Arbeitsgemeinschaft, weil — ich habe das schon ausgeführt — Riethmüller einen noch gültigen Vertrag hatte, bei dem eine Restsumme noch nicht abgearbeitet war. Und dieser Vertrag ist praktisch mit einem anderen Inhalt und mit anderen Leistenden versehen worden.

240 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Obmann Dr. **Steger:** Wann war Ihnen zum ersten Mal bewußt, daß es ohne Dr. Wilfling nicht geht, in diesem Geschäftsbereich tätig zu sein?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** In welchem Geschäftsbereich?

Obmann Dr. **Steger:** Im gesamten Geschäftsbereich Spitalswesen, wo halt die ÖKODATA versucht hat, schrittweise geschäftsmäßig hineinzukommen. Die Fragestellung lautet: Ohne daß er mit dabei ist in einer — aus Ihrer Sicht — rechtlich korrekten Form, zum Beispiel mit einer Firma oder mit einer Möglichkeit, daß er auch mitbeteiligt ist. Ab wann war Ihnen das klar?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** In dieser Form die Frage gestellt, ist die Antwort schwierig. Ich habe heute verschiedenste Versionen dargelegt. Dr. Wilfling war ja nicht in jedem Fall dabei. Ich habe gesagt, daß ohne seine Zustimmung im Bereich der Magistratsabteilung 17 beziehungsweise des Gesundheits- oder Spitalwesens der Stadt Wien kein Auftrag zu bekommen war.

Obmann Dr. **Steger:** Diese Erklärung, wonach Sie heute gesagt haben, daß Sie sogar gehört haben, daß er bei jeder Spritze 50 Groschen kriegt, wenn sie verkauft wird, und Ähnliches — haben Sie da etwas Konkretes zu irgendeinem Zeitpunkt so verdichtet gehabt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe das ein klein wenig anders dargestellt: Ich habe gesagt, daß mir folgendes erzählt worden ist: Wenn ein Abnehmer diese Leistungen bei Wilfling bestellt, dann würden dem Abnehmer auf sein Konto Gelder überwiesen. So war das gemeint, nicht umgekehrt.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt, es ist genau umgekehrt. Dr. Wilfling sorgt dafür, daß andere mitverdienen, wenn sie eine größere Menge abnehmen; daß er der Zahler ist, nicht der Nehmer, heißt das jetzt eigentlich.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das habe ich hier berichtet, und das ist ja eine Preisfrage, ob jemand Zahler sein kann oder nicht, nämlich des Produktes.

Obmann Dr. **Steger:** Außer der Aussage, daß Sie vom Hörensagen etwas wissen: War ein konkreter Anlaßfall, von dem Sie Genaueres sagen können?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe auch erklärt, daß ich dazu keine konkreten Anlaßfälle habe. Ich muß abschließend zu dieser Frage noch sagen, daß Sie auch berücksichtigen müssen, daß ich vielleicht bisher der einzige war, der ungeschickterweise und ohne Berücksichtigung der Folgen von diesen Dingen gesprochen hat.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Noch zusammenfassend zum Bild Wilfling, weil das, glaube ich, für uns doch sehr wichtig ist: Ich halte meinen subjektiven Eindruck aus der heutigen Zeugeneinvernahme fest und ersuche Sie, ihn zu korrigieren oder zu bestätigen.

Sie haben ja mehrfach mit Dr. Wilfling zusammengearbeitet, Sie haben einige Aufträge gemeinsam bearbeitet, und da sind immer vorher pauschale Abgeltungen festgelegt worden, also wieviel Sie für Ihre Arbeit bekommen. Was dann am Preis Dr. Wilfling insgesamt ausgehandelt hat, war Ihnen sozusagen nicht besonders wichtig, sofern Ihre Abrechnung gestimmt hat.

Daraus ergibt sich, umgekehrt gefragt, der Eindruck, Dr. Wilfling hat mit seinen Firmen oder mit seinen Konstruktionen, die jeweils beteiligt waren, eigentlich im Grunde mitverdient, ohne daß entsprechende Leistungen von seiner Seite her gegeben waren. Ist dieser Eindruck richtig?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Dieser Eindruck stimmt zum Teil, aber die letzte Aussage, er habe mitverdient, kann ich nicht bestätigen, denn wenn die ODELGA einen Umsatz erzielt, so ist für mich nicht klar gewesen, daß das Wilfling verdient, sondern er war Geschäftsführer der ODELGA und als solcher natürlich an einem ODELGA-Umsatz interessiert.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Präzise habe ich das auch nicht gesagt, ich meinte nicht Dr. Wilfling als Person, sondern mit seinen Firmen oder seinen Firmengruppen oder seinen Institutionen. Darum ist es gegangen, und insofern stimmt meine These; nicht hundertprozentig vielleicht, aber in der Tendenz. Ich verlange von Ihnen keine Aussage, daß Sie jetzt apodiktisch sagen: Jawohl, so war es! Ich möchte von Ihnen nur wissen: Stimmt dieser Eindruck, den ich hier mitnehme aus dem Verhältnis Wilfling im Zusammenhang mit gewissen Leistungen, von denen Sie Auskunft geben können?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich glaube, hier kann man nicht von einem Eindruck sprechen, denn die Geschäfte, die heute durchbesprochen wurden, kann man ja zahlenmäßig und tatsächlich fassen. Wenn die ODELGA einen Auftrag kriegt und der ÖKODATA einen Subauftrag weitergibt, der ein geringeres Entgelt hat als der Gesamtauftrag, so ist selbstverständlich die Differenz zunächst ein Rohertrag der ODELGA. Und jetzt muß man abziehen, welche Kosten dafür entstanden sind.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das heißt, im Klartext gesagt, daß die Leistung, die jeweils die

ODELGA oder andere Gruppen erbracht haben, nicht in entsprechendem Ausmaß gegeben war. Das haben Sie ja selber bestätigt.

Auffällig ist nun, daß in dem Augenblick, wo Wilfling aus der ODELGA ausscheidet, plötzlich die MED-CONSULT hereinkommt. Das haben Sie selber auch, als ich Sie zuerst gefragt habe, bestätigt.

Nun meine Frage: Sie haben in Zeitungsmeldungen erklärt — Abgeordneter Feurstein hat Sie darauf hingewiesen —: — Man wundert sich, wenn man das sieht. — Gibt es nun aus Ihrer Wahrnehmung heraus konkrete Verdachtsmomente, die das erhärten, was Sie sich gedacht haben, sprich, daß Wilfling das, was er in anderem Zusammenhang ja schon gemacht hat — zu fünf Prozent oder welche Prozentsätze man immer hier einsetzt —, jetzt plötzlich auf anderem Weg, mit anderer Firmengruppe fortsetzt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Hiezu kann ich keine Aussage machen. Ich kann mir zwar Verschiedenes denken, aber das gehört in das Reich der Spekulationen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Meine Frage war auch, ob Sie konkrete Anhaltspunkte haben für derartige Dinge, die Sie vermuten, sei es zu Recht oder zu Unrecht.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe keine konkreten Anhaltspunkte.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Es ist eine Fülle von für mich verwirrenden Firmennamen genannt worden. Können Sie uns ganz kurz behilflich sein, einen Who is who zu geben. Meine konkrete Frage betrifft die Firmen PRODATA, Consultatio und COMBIT. Was ist die Firma COMBIT konkret, und welche Leistungen wurden jeweils von diesen Firmen für andere im AKH, in dem von uns zu untersuchenden Themenkreis, genannte Firmen erbracht? Konkret: Was hat die PRODATA für — eine Hausnummer — die Firma TECHMED gemacht? Wahrscheinlich nichts. Aber es wird andere Zusammenhänge geben. Sie haben gesagt, sie macht die EDV-Arbeiten für die Consultatio. Sie macht andere Berechnungen und und und. Wie schaut das aus? Die erste Frage bezieht sich auf die COMBIT.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die COMBIT ist die Firma, die den Computer besitzt. Die Begründung, warum hier eine eigene Firma geschaffen wurde, ist zweifach: wieder um einen Verantwortungsbereich zu schaffen. Beteiligt, ist an der Firma COMBIT die ÖKODATA.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Zu wieviel Prozent?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich glaube, zu 52 Prozent. Für die ÖKODATA sind zwei Treuhänder namhaft gemacht, Dkfm. Bauer und ich. Ich habe meine Treuhandschaft vor einigen Monaten zurückgelegt. Die weiteren Beteiligten sind Herr Gerhard Egle, Herr Dipl.-Ing. Fuchs und Herr Dr. Kunze.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Der zweite Teil der Frage: Welche Leistungen wurden von diesen Firmen für Firmen erbracht, die in diese AKH-Geschichte mit involviert sind?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Firma COMBIT besitzt den Computer. Der Computer wurde mit Hilfe eines Kredits von 3 Millionen Schilling gekauft, und dieser Computer wird von der Firma PRODATA für die Leistungen, die sie durchführt, benutzt. Das heißt, man kann jetzt sagen, alle Leistungen, die die Firma PRODATA erbringt, sind mit Hilfe des Einsatzes des Computers der Firma COMBIT erledigt worden.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Und was macht die Firma PRODATA zum Beispiel jetzt für die Consultatio?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das habe ich heute schon beantwortet. Ich mache es gerne noch einmal. Die Firma PRODATA entwickelt meines Wissens jetzt erst in den letzten Monaten ein internes Zeitbuchungssystem.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Was macht sie noch für eine andere Firma, zum Beispiel für die MED-CONSULT? Macht sie irgend etwas für die Firma Prutscher?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Firma PRODATA macht für diese Firmen nichts, hingegen erledigt sie alle Programmierarbeiten und Computerarbeiten, die im Rahmen der Tätigkeit der ÖKODATA anfallen, und hat natürlich darüber hinaus andere Kunden.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Aus dem Bereich, der hier genannt wurde, oder aus völlig anderen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Aus völlig anderen Bereichen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Consultatio. Für wen arbeitet die Consultatio im Bereich der Firmen, die uns heute hier genannt wurden und die im AKH-Bereich tätig sind?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe schon einige Male angeführt, daß die Consultatio die Buchhaltung der ÖKODATA, die Buchhaltung der PRODATA, die Buchhaltung der COMBIT und die Buchhaltung der ABO macht.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Es ist in den letzten Tagen und Wochen eine Reihe von Betriebsprüfungen gemacht worden, natürlich auch bei ÖKODATA und ODELGA. Dabei sollen unde-

klarierte Rückflüsse festgestellt worden sein von der ÖKODATA an die ODELGA in einer Größenordnung von etwa einer Million Schilling. Kann das stimmen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das ist mir nicht bekannt, und es wäre mir sicherlich bekannt, wenn das im Laufe der Betriebsprüfung festgestellt worden wäre.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wiederholung der Frage: Sie würden also sicher ausschließen können, daß man Ihnen das, wenn das hochgekommen wäre, noch nicht gesagt hätte in den eineinhalb oder zwei Tagen, die Sie in Wien sind?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Die Betriebsprüfung findet ja schon, glaube ich, seit drei oder vier Monaten statt. Ich war vorher in Wien; es sei denn, es ist erst jetzt in den letzten vier Wochen so etwas festgestellt worden. So etwas kann meiner Meinung nach in der Zeit, in der ich Geschäftsführer der ÖKODATA war, nicht festgestellt worden sein, weil es nicht erfolgt ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Zurück zur MED-CONSULT. Magistratsdirektor Bandion gibt das Gespräch, das Sie mit ihm bei Leodolter hatten, vor Gericht wieder und sagt auch, bei diesem Gespräch, nämlich bei dem Gespräch Wilfling—Bauer—Rumpold — ich nehme an, er meint den 19. Juni — habe Wilfling auch das Ansinnen gestellt, die ÖKODATA solle den im Rahmen des ABO-Auftrages auf die MED-CONSULT entfallenden Leistungsbereich übernehmen, denn die MED-CONSULT selber könne diese Leistungen nicht erbringen. Die MED-CONSULT solle also ein leistungsfreies Honorar erhalten. Würden Sie also den Vorgang ODELGA, den wir mit dem Wort Goodwill in Ihrem Sinne oder leistungsfrei umschrieben haben, auch in dem Wegenstein- oder in einem ähnlichen Gespräch als das Ansinnen des Wilfling darstellen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das war in einem nachfolgenden Gespräch, und ich glaube mich fest daran zu erinnern, daß es auch heute schon besprochen wurde und ich dazu Stellung genommen habe.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also in einem nach Wegenstein stattfindenden Gespräch kam dann auch hinsichtlich der MED-CONSULT das Ansinnen, leistungsfrei zu Honoraren zu kommen, und zwar für Goodwill oder was immer es war?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe bestätigt, daß ich das abgelehnt und Dr. Wilfling an die Firma Lohfert verwiesen habe, also an das IFH.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was mir vorhin nicht klar war mit der Treuhandschaft: Warum hat man den Umweg gewählt, daß die Herren Bauer und Rumpold beim COMBIT-Rechenzentrum die ÖKODATA-Interessen über eine Treuhandschaft vertreten? Was ist das Motiv? Ich bin kein Steuerfachmann. Ist das steuerlich begründet?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Dazu kann ich Ihnen mitteilen, daß ich die Treuhandschaft nicht wollte, sondern den eigenen Anteil, und ich habe mich damit auf Grund meiner Konkurrenzklausel im Geschäftsführervertrag nicht durchgesetzt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das hilft mir jetzt nicht weiter. Ich will verstehen, wenn man als Firma eine Tochter hat, also COMBIT, warum man dann nicht dies ausweist, sondern den Umweg einer Treuhandschaft wählt. Daß Sie anderer Meinung waren, ist interessant, aber warum, was ist die Ratio?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Dazu müssen Sie Dkfm. Bauer befragen, denn in diese Angelegenheiten habe ich mich nicht eingemischt. Das ist eine Angelegenheit, die im Normalfall ein Wirtschaftsprüfer, ein Steuerberater überlegt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nur, Herr Rumpold, ich halte Sie — und davon konnte ich mich heute den ganzen Tag überzeugen — für doch durchaus so resistent, daß Sie nicht Treuhandschaften übernehmen, ohne eine taugliche Erklärung zu bekommen. Nur zu sagen, das mußt du machen, das ist ja auch kein Verhältnis, in dem Sie standen. Sie müssen ja eine taugliche Begründung gehabt haben, warum Sie und niemand anderer eine Treuhandschaft in dieser Kombination übernommen haben.

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das kann ich Ihnen auch sagen. Als wir beim Notar waren und die Verträge abschließen wollten, war ich der Meinung, daß ich persönlich beteiligt bin. Der Herr Bauer hat vorbereitete Verträge mitgebracht gehabt und hat gesagt, wenn ich die nicht unterschreibe, dann gibt es auch den anderen Vertrag nicht. Nachdem ich davon überzeugt war, daß wir den Computer brauchen, habe ich mir gedacht, ich unterschreibe halt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja, welche Drohung? Er hatte die Drohung, daß der Computer überhaupt nicht kommt, womit aber auch das Firmeninteresse generell geschädigt wird, wenn Sie nicht so quittieren. Verstehe ich das richtig? Welchen Hebel hat er da über Sie gehabt?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich habe erklärt, daß ich als Geschäftsführer ein Konkurrenzverbot habe. Als solches mußte ich meinen Mehrheitsgesellschafter fragen, ob ich mich an einer anderen Firma, die sich mit einem ähnlichen Geschäftszweig beschäftigt — und die Datenverarbeitung ist ein Geschäftszweig der ÖKODATA —, beteiligen darf. Das ist im GmbH-Gesetz nachzulesen.

Ich war der Meinung, daß er dieser Beteiligung zustimmt, habe aber dann gesehen, daß er nicht zustimmt. Auf der anderen Seite war ich davon überzeugt, daß wir unbedingt einen Computer im eigenen Haus brauchen, weil das Rechnen außer Haus sehr schwierig war. Meine Überzeugung gab mir auch sehr recht. Sie werden sich wundern, wir haben vorher auf der Anlage der BEKO gerechnet, und diese ist sehr kurz darauf für diese Sachen nicht mehr zur Verfügung gestanden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich verstehe jetzt die Treuhandschaft zwar nicht ganz, weil es ja immerhin um die eigene Tochter ging, daher ist das Konkurrenzverbot hier nicht ganz einsichtig, aber es veranlaßt mich zu der Frage: Gibt es oder gab es sonstwo Treuhandschaften, über die Sie uns hier berichten können, bei denen Sie involviert waren?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nein, das war die einzige Treuhandschaft. Und damit Sie das besser verstehen: Die Beteiligungsverhältnisse der COMBIT entsprechen ja nicht jenen der ÖKODATA. Deshalb auch die Lösung mit der Treuhandschaft.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): 19. Juni: Vertrag ist unterschrieben, man sitzt fröhlich beisammen, die AKPE-Direktoren gehen weg, die drei Hauptakteure Bauer, Rumpold und Wilfling bleiben übrig. Und nun wird ernstlich bei Vertragsunterzeichnung auf einmal eine Millionen-Forderung in den Raum gestellt. Welchen Sinn macht das? Er kann ja nicht mehr drohen, daß der Vertrag nicht mehr zustande kommt. Können Sie mir diese Ungereimtheit abschließend noch erläutern?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich bitte, darauf zurückkommen zu dürfen, daß ich schon mehrmals dargelegt habe, daß der Vertragsabschluß eine Sache war und die Leistungserfüllung eine andere. Ich habe dargelegt, daß Wilfling an Positionen gesessen ist, wo er auch die Leistungserfüllung hätte sehr erschweren können.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Er hat also zu diesem Zeitpunkt — können Sie immer noch ausdrücklich sagen — keinen Betrag noch in Händen, der unter dem Titel „Goodwill" oder „leistungsfrei" zu umschreiben wäre?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ich kann bestätigen, daß er niemals in der Zeit, in der ich Geschäftsführer war, einen Betrag in Händen gehabt hat als Goodwill oder sonst etwas. Und ich kann Ihnen bestätigen, daß er bei der Leistungsabnahme größte Schwierigkeiten gemacht hat. Das ist in den Protokollen der entsprechenden Komitees nachzulesen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, Sie haben früher bei der BEKO rechnen lassen?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Wann war das?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Das war bis Ende 1977, denn im Dezember 1977 haben wir den eigenen Computer bekommen.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben gesagt, daß Sie den Herrn Vizebürgermeister Dr. Busek kennengelernt haben, weil Sie ihm einen Computer verkaufen wollten. Das hat aber nichts mit dieser Firma BEKO zu tun?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Nichts.

Obmann Dr. Steger: Also ein ganz anderer Computer und auch nicht IBM?

Dipl.-Ing. **Rumpold:** Es war ein IBM-Computer, aber er hat dem Herrn Berger und dem Herrn Kotauczek meiner Meinung nach gehört. *(Obmann Dr. Steger erklärt die Zeugeneinvernahme von Dipl.-Ing. Rumpold für beendet.)*

Zeugeneinvernahme von Ing. Helmut Gschmeidler

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Direktor Gschmeidler, Sie wurden eingeladen, als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß auszusagen. Bevor wir mit der Einvernahme beginnen, darf ich Sie bitten, die Generalien zu sagen, und dann darf ich Sie daran erinnern, daß Sie uns auf die Fragen die Wahrheit zu sagen haben.

Ing. **Gschmeidler:** Helmut Gschmeidler, geboren am 16. August 1936 in Purgstall an der Erlauf, wohnhaft in St. Pölten, Bahnhofplatz 11, von Beruf Kaufmann.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Ing. Gschmeidler, mich würde interessieren, wie Sie seinerzeit Kontakte zur IAKW bekommen haben.

Ing. **Gschmeidler:** Es war eine öffentliche Ausschreibung; die habe ich mir abgeholt, habe sie gerechnet und war Bestbieter.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie damals auch die Konkurrenten gewußt und mit Konkurrenzfirmen Kontakt gehabt?

Ing. **Gschmeidler:** Nein, habe ich nicht. Ich habe allerdings nachher, nachdem wir als Bestbieter feststanden, mit verschiedenen Firmen verhandelt.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** (SPÖ): Welche waren das?

Ing. **Gschmeidler:** Es war eine Gewerbegruppe, ich glaube Bostelmann und noch zwei, drei andere Firmen. Das kann ich heute nicht mehr sagen, aber das ist zu finden. Da war eine Gewerbegruppe angegeben.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie auch mit der Firma Siemens Kontakt gehabt?

Ing. **Gschmeidler:** Da noch nicht. Wenn ich das kurz erläutern darf. Nachher sind der Herr Bauer und der Herr Alram von der Firma Brown Boveri zu mir nach St. Pölten gekommen. Nachdem wir uns nicht einigen konnten, bin ich dann zur Firma Siemens gefahren, zu Direktor Mück, und habe ihn gefragt, ob es er mit mir macht, sonst mache ich es mit der Firma BBC.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** (SPÖ): Also nicht Mück ist zu Ihnen gekommen, sondern Sie sind gegangen. Hat Mück irgendwelche Bedingungen gestellt?

Ing. **Gschmeidler:** Nein, eigentlich nicht.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** (SPÖ): Bedingungen, die nicht üblich gewesen wären?

Ing. **Gschmeidler:** Nein. Er hat nur gesagt, es kann sein, daß er noch etwas weiter vergibt. Es war mir bei den Verhandlungen gleichgültig, ich wollte nur meinen Anteil haben. Es ist dann in späterer Folge auch so gekommen, daß wir zwar den Auftrag erhalten haben, aber auch noch die Firma Elin mitgearbeitet hat.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** (SPÖ): Siemens und Elin.

Ing. **Gschmeidler:** Siemens und Elin, ja.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** (SPÖ): Ihre Subunternehmer?

Ing. **Gschmeidler:** Ja.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** (SPÖ): Sind Sie im Zusammenhang mit dieser Ausschreibung und der Angebotsabgabe auch in Kontakt gekommen mit Dipl.-Ing. Winter?

Ing. **Gschmeidler:** Nein.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** (SPÖ): Wie sind Sie in Kontakt gekommen mit der Firma PLANTECH?

Ing. **Gschmeidler:** Es war einmal ein Gespräch zwischen mir und Herrn Sefcsik. Da ist es gegangen, um Schwarzgeld zu machen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** (SPÖ): Wo haben Sie Sefcsik kennengelernt? Im Kontakt, bei Fühlungnahme im Zusammenhang mit der IAKW?

Ing. **Gschmeidler:** Das war irgendwann nachher, ich kann das nicht mehr genau sagen, hat aber mit dem nichts zu tun gehabt.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** (SPÖ): Ist Knoblich zu Ihnen gekommen, oder haben Sie mit der Firma Knoblich Kontakte gehabt?

Ing. **Gschmeidler:** Ich habe mit der Firma Knoblich schon lange geschäftliche Verbindungen, ich kenne auch den Herrn Sefcsik schon sehr lange.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** (SPÖ): Sind Sie auf die Idee gekommen, Schwarzgeld zu machen, oder hat Sie Sefcsik auf diese Möglichkeiten aufmerksam gemacht?

Ing. **Gschmeidler:** Ich muß sagen, das kann ich heute schwer sagen, wer zuerst auf die Idee gekommen ist.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** (SPÖ): Und Sefcsik hat Sie auf die Firma PLANTECH aufmerksam gemacht?

Ing. **Gschmeidler:** Ja, es ist irgendwo gesprochen worden, nur kann ich heute nicht mehr sagen, ob das erste Wort von ihm oder von mir gekommen ist. Es ist irgendwo zur Diskussion gestanden, wie man so etwas machen könnte.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** (SPÖ): Sie haben von der Firma PLANTECH eine Rechnung bekommen, die Sie bezahlt haben. Welche Leistung ist auf dieser Rechnung gestanden, die die Firma PLANTECH Ihnen gegenüber erbracht hat?

Ing. **Gschmeidler:** Ausarbeitung des Anbotes für die IAKW, weil das glaubwürdig war.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** (SPÖ): War das alles zur Zeit, als Sie das Angebot an die IAKW gestellt haben?

Ing. **Gschmeidler:** Das dürfte etwas später gewesen sein.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** (SPÖ): Die Rechnung?

Ing. **Gschmeidler:** Ich kann das jetzt nicht mehr genau sagen. Der Zeitpunkt war sicherlich später.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** (SPÖ): Sie haben also die Rechnung bezahlt an die Firma PLANTECH. Wie ist das Geld an Sie zurückgekommen?

Ing. **Gschmeidler:** Soweit ich mich erinnern kann, hat es mir der Herr Sefcsik mit dem Abzug wieder gegeben.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** (SPÖ): Also bar.

Ing. **Gschmeidler:** Bar, ohne Belege.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie auch sonst noch bei Projekten, wo

Sie den Zuschlag erhalten haben von den Auslobern, die Firma Siemens oder die Firma Knoblich oder die Firma BBC oder die Firma ITT als Subunternehmer beschäftigt?

Ing. **Gschmeidler:** Nein.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** (SPÖ): Es war das einzige Projekt: IAKW.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben insgesamt 50 000 Franken an die PLANTECH eingezahlt: einmal 30 000, einmal 20 000 Franken.

Ing. **Gschmeidler:** Das stimmt nicht ganz. Das zweite Mal nicht an die Firma PLANTECH, sondern an die Firma BFG. 30 000 und 20 000 Franken: die Summe stimmt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also PLANTECH erst 30 000 und dann 20 000 Franken an die BFG. Jedesmal Vermittlung Sefcsik.

Ing. **Gschmeidler:** Nur weiß ich nicht mehr, ich will nicht sagen, ob der Vorschlag von mir oder von ihm gekommen ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber ich meine: Vermittlung über den Sefcsik. Und jedesmal haben Sie dann minus 15 Prozent cash down von Herrn Sefcsik ausgehändigt bekommen. Für eine Scheinleistung, die die Firma PLANTECH angeblich Ihnen erbracht hat, haben Sie diese Einzahlungen gemacht.

Haben Sie sich sonst noch irgendwelchen Leuten erkenntlich zeigen müssen im Rahmen dieses Geschäftes?

Ing. **Gschmeidler:** Nein, niemandem.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie haben auch von keiner Verbindung zwischen Winter und Sefcsik gewußt?

Ing. **Gschmeidler:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Mußten Sie bei anderen Aufträgen, anderen öffentlichen Stellen irgendwo Schmiergelder oder Provisionszahlungen deponieren?

Ing. **Gschmeidler:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also in Ihrer Laufbahn ist Ihnen das sonst nirgendwo begegnet. Nur in diesem einen Geschäft?

Ing. **Gschmeidler:** Das war eine Schwarzgeldbeschaffung, es waren keine Schmiergelder.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja, das kann man so auch sehen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge, wer hat Sie beraten, wie Sie Ihre Aussage machen sollen?

Ing. **Gschmeidler:** Bei der ersten Aussage hat mich niemand beraten; es war weder der Rechtsanwalt noch mein Steuerberater hier.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Woher haben Sie den Ausdruck „Schwarzgeldbeschaffung"?

Ing. **Gschmeidler:** Ich weiß gar nicht, wann ich das das erste Mal gesagt habe oder ob ich es von der Zeitung habe. Ich habe Selbstanzeige gemacht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wo war die erste Aussage?

Ing. **Gschmeidler:** Meine erste Aussage war bei der Finanz.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und wo war eine weitere Aussage?

Ing. **Gschmeidler:** Vor der Untersuchungsrichterin zweimal: einmal als Zeuge und das zweitemal als Beschuldigter.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und wer hat Sie vor der Aussage bei der Untersuchungsrichterin beraten?

Ing. **Gschmeidler:** Ich habe mit einem Freund gesprochen, aber sonst mit niemandem.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Keine rechtsanwaltliche oder sonstige Unterstützung? Und das Wort „Schwarzgeldbeschaffung" haben Sie aus der Zeitung?

Ing. **Gschmeidler:** Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Es ist in der Zeitung so viel geschrieben worden, was der Firma schadet und sicherlich nicht stimmt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Wie groß war Ihre Firma in dem in Frage kommenden Zeitraum; das heißt, wie viel Beschäftigte hatten Sie, wieviel Umsatz ungefähr?

Ing. **Gschmeidler:** Ich werde ungefähr 60 Beschäftigte gehabt haben, 20 Millionen bis 25 Millionen Schilling Umsatz.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Sie haben erklärt, Sie haben das Geld, nachdem Sie eine Rechnung über 30 000 Franken erhalten haben, einfach überwiesen. Das scheint mir etwas unglaubwürdig, denn das ist immerhin ein Betrag über 200 000 S, und das wird bei Ihnen nicht so ohne weiteres der Fall sein, daß Sie Ihre Unterschrift unter einen Scheck setzen, ohne die Sachlage genauer geprüft zu haben. Sie haben sich doch sicherlich bei einem Betrag von 200 000 S vorher genauestens abgesprochen.

Ing. **Gschmeidler:** Ich habe mit Herrn

246 von 382Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Sefcsik darüber gesprochen. Es ist dann sogar irgendein Brief, der da liegt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ist es bei Ihnen üblich, daß man über 200 000 S irgendwie disponiert, so aus der linken Hosentasche?

Ing. **Gschmeidler:** Ich bin Mitgesellschafter und Kommanditist der Firma Klug zu diesem Zeitpunkt gewesen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Aber über 200 000 S verfügt man ja nicht so leichtfertig, wie Sie das hier darstellen. Da fragt man doch vorher: Ist das Geld auch sicher auf dem Weg, den ich möchte, geht das Geld diesen Weg? Oder haben Sie einfach aus irgendeinem Gespräch zwischen Tür und Angel geglaubt, daß, wenn der Herr Sefcsik es sagt, es schon in Ordnung sein wird?

Ing. **Gschmeidler:** Ich habe den Herrn Sefcsik gekannt und habe eigentlich nicht gezweifelt. Ich habe zwar nicht gewußt, wem die Firma PLANTECH gehört, das weiß ich heute noch nicht.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und Sie haben mit Gottvertrauen diese Sache erledigt?

Ing. **Gschmeidler:** Ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Sehr gut. Wissen Sie etwas davon: Wie ist das Geld von der Firma PLANTECH zu Herrn Sefcsik gekommen?

Ing. **Gschmeidler:** Weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Sie haben sich nie dafür interessiert?

Ing. **Gschmeidler:** Es hätte mich interessiert, wem das gehört, aber der Sefcsik hat mir gesagt, das sagt er mir nicht.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und auch über die Wege hat er Sie nie informiert?

Ing. **Gschmeidler:** Nein.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und wie wurde Ihnen das Geld ausgezahlt? In österreichischer Währung oder in Franken?

Ing. **Gschmeidler:** In österreichischer Währung.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und Sie haben nun von einer zweiten Transaktion gesprochen. 20 000 Franken an eine Firma BFG. Soweit ich weiß, ist diese Firma noch nie bis jetzt aufgetaucht; GEPROMA und PLANTECH ist etwas Bekanntes, aber BFG? Haben Sie davon eine Adresse oder irgendwelche genaueren Unterlagen?

Ing. **Gschmeidler:** Ich habe eine Rechnung gekriegt. Das war dasselbe wie von anderen. Also eine Rechnung; die Untersuchungsrichterin hat eine Photokopie. Die ist da, die gibt's.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Sie haben 60 Mitarbeiter in Ihrer Firma gehabt. Wie groß war denn der Auftrag, den Sie da bei der IAKW erhalten haben, und um welchen Umfang hat es sich hier gehandelt? Was haben Sie dort für Arbeiten durchgeführt?

Ing. **Gschmeidler:** Ungefähr 20 Millionen Schilling. Der gesamte war 118, aber mir war klar, daß entweder eine Gewerbegruppe oder irgendwer sich findet, der an so einem Auftrag mitarbeitet.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Und wer war gegenüber der IAKW verantwortlich? Waren das Sie oder waren das die Subfirmen?

Ing. **Gschmeidler:** Es ist auch eine Haftungserklärung abgegeben worden für alle Firmen, es hat einer für den anderen gehaftet.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): In Form einer Arbeitsgemeinschaft?

Ing. **Gschmeidler:** Es ist so: Das hat sich bei der Verhandlung herausgestellt. Denn es ist auch eine Vorauszahlung für das Material gekommen, und da hat eine Firma für die anderen haften müssen, auch für Schäden.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Jetzt habe ich noch eine Frage. In dem „Kurier"-Artikel wird hier gesagt, der Herr Sefcsik habe Sie gefragt, ob Sie Schwarzgeld brauchen, und Sie sind auf dieses Angebot eingegangen. Wurde in diesem Zusammenhang darüber gesprochen, daß sich auch andere Firmen auf diese Art Schwarzgeld beschaffen?

Ing. **Gschmeidler:** Nein.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Hat er Ihnen das nur persönlich angeboten?

Ing. **Gschmeidler:** Ich kann, wie gesagt, heute nicht mehr sicher sagen, ob das erste Wort von ihm oder von mir gekommen ist.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Stimmt das, so wie das im „Kurier" berichtet wurde?

Ing. **Gschmeidler:** Eigentlich nicht. Ich kann es nicht sicher sagen: Ist es von mir gekommen oder vom anderen.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Also auf jeden Fall wurde über Schwarzgeldbeschaffung gesprochen.

Ing. **Gschmeidler:** Ob der Titel „Schwarzgeldbeschaffung" oder ...

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Welchen Umsatz hat

diese Firma Klug in den Jahren 1976, 1977, 1978 und 1979 gemacht?

Ing. **Gschmeidler:** Ich kann das nicht sagen.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Sagen Sie es von jenen Jahren, von denen Sie es wissen.

Ing. **Gschmeidler:** Zwischen 27 und 40 Millionen.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): War der Umsatz steigend in diesen Jahren oder sinkend?

Ing. **Gschmeidler:** Ja, er war sicher steigend.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Wieviel im Schnitt pro Jahr?

Ing. **Gschmeidler:** Er war eigentlich im letzten Jahr 1979 am meisten steigend, so 15, 20 Prozent.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Und welche Eigentümer hat diese Firma?

Ing. **Gschmeidler:** Eigentümer sind meine Gattin zu einem Drittel, ich und meine Schwiegermutter.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Können Sie mir das erklären, das ist etwas verwirrend in diesem Artikel im „Kurier": Wer war Subunternehmer bei diesen Aufträgen?

Ing. **Gschmeidler:** Die Firma Elin und die Firma Siemens.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Die Firmen Elin und Siemens waren Subunternehmer für Sie. Also Sie haben den Zuschlag bekommen und haben den Auftrag an die beiden Firmen weitergegegeben. Wie schaut das jetzt mit der Haftung aus?

Ing. **Gschmeidler:** Daß alle gemeinsam haften.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Das heißt, Sie haben den Auftrag weitergegeben, aber die Haftung ist im Innenverhältnis eine gemeinsame gewesen.

Ing. **Gschmeidler:** Das war schon bei der Auftragsvergabe klar. Es ist am Anfang so gewesen, daß am Anfang ich allein dort war. Dann habe ich gesagt, daß ich mir Großfirmen suche, und das waren vier, fünf Vergabegespräche.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Und haben die anderen beiden Firmen, Elin und Siemens, auch Anbote gestellt?

Ing. **Gschmeidler:** Ich glaube, da war eine Arbeitsgemeinschaft von Industrien.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Wessen?

Ing. **Gschmeidler:** Das kann ich nicht mehr sagen, wie viele da waren. Aber ich habe sicherlich die Unterlagen zu Hause.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Wieso haben Sie dann den Zuschlag bekommen, wenn es eine Arbeitsgemeinschaft war?

Ing. **Gschmeidler:** Ich war ja der Bestbieter, der Billigstbieter.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Also, es haben da offensichtlich mehrere Firmen ein Anbot gestellt?

Ing. **Gschmeidler:** Ja. 19 Firmen.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): 19 Firmen haben ein Anbot erstellt. Sie waren der Bestbieter und haben den Zuschlag bekommen. Sie haben nachher dann einen Teil der Firmen, die Anbote gestellt haben, als Subunternehmer genommen. Das war aber bei der Anbotserstellung noch nicht klar?

Ing. **Gschmeidler:** Nein, das war nicht klar.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Das war auch nicht bekannt?

Ing. **Gschmeidler:** Nein.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Von Ihnen war es aber von vornherein beabsichtigt, die anderen Firmen als Subunternehmer zu nehmen?

Ing. **Gschmeidler:** Ja. Irgendwelche Firmen waren von mir beabsichtigt. Das ist richtig.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Das heißt: Sie haben ein Anbot erstellt, ohne die Absicht gehabt zu haben, das Anbot überhaupt — sofern Sie den Zuschlag bekommen — zu erfüllen?

Ing. **Gschmeidler:** Das ist nicht richtig. Sondern ich habe das Anbot erstellt, weil mir klar war, daß jederzeit entweder vom Gewerbe oder von der Industrie bei so einem großen Anbot jemand mittun wird.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Waren die Auftraggeber aber überzeugt davon, daß Sie als Firma Klug überhaupt imstande sind, den Auftrag zu erfüllen?

Ing. **Gschmeidler:** Das kann ich Ihnen nicht hundertprozentig beantworten, denn schon vor der Vergabe war es schon klar, da habe ich mir schon die Partner gesucht gehabt.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Sie waren ja offensichtlich nicht davon überzeugt, daß Sie imstande sind, diesen Auftrag zu erfüllen?

Ing. **Gschmeidler:** So möchte ich es nicht sagen. Mir war dann klar, daß ich noch zusätzliche Partner brauche. Mir war klar, daß ich jederzeit welche vom Gewerbe und von der

Industrie finde, vor allem sicherlich vom Gewerbe, in dieser Größenordnung.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Ein Auftrag wird ausgeschrieben. Sie erstellen ein Anbot zu einem bestimmten Betrag, und Ihnen ist von vornherein klar, daß Sie andere Firmen als Subunternehmer brauchen, sagen es aber nicht. Haben Sie vor der Anbotserstellung Ihrerseits mit diesen Firmen Kontakt aufgenommen?

Ing. **Gschmeidler:** Nein.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Ich verstehe das überhaupt nicht mehr. Was hat Sie dann letzten Endes dazu bewogen, nach der Anbotserstellung und nachdem Sie überzeugt waren davon, daß Sie es machen können, weil Sie letzten Endes das kalkuliert hatten, andere Firmen reinzunehmen in diesen Auftrag?

Ing. **Gschmeidler:** Es sind mir nachher Firmen nachgelaufen. Ich habe schon gesagt: Die Gewerbegruppe hat mich vorher angesprochen, und dann hat mich die Firma BBC angesprochen.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Also wer aller hat Sie angesprochen?

Ing. **Gschmeidler:** Die Gewerbegruppe, das waren die Zweitbieter. Dann hat mich die BBC angesprochen, da sind wir nicht einig geworden. Dann habe ich die Firma Siemens angesprochen.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Und was war für Sie das entscheidende Kriterium zum Einigwerden?

Ing. **Gschmeidler:** Die Vorstellung, der Arbeitsumfang, den ich machen wollte. Und hinsichtlich der Gewerbegruppe waren wir uns eigentlich nicht uneinig wegen der Arbeit, sondern weil die Zielvorstellung etwas anders gewesen wäre. Man braucht bei so etwas relativ viel bürokratische Arbeit. Das ist überhaupt keine Frage, daß man die Arbeit an und für sich leicht machen kann. Bei so einem großen Bau — das war noch ärger wie in Wirklichkeit — ist der Papierkrieg ja enorm.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Können Sie mir erklären: Sie waren der Bestbieter, die anderen Firmen haben auch angeboten, haben aber offensichtlich mehr für diesen Auftrag verlangt. Aber als Sublieferant waren diese offensichtlich so günstig, daß Sie, obwohl Sie diesen Subauftrag gegeben haben, und obwohl Sie Bestbieter und die anderen teurer waren bei der Anbotslegung eine Gewinnmarge haben mußten, denn sonst hätten Sie den ja nicht genommen und nicht andere ausgeschieden. Oder haben Sie oder hätten Sie rechnerisch einen Verlust dabei gehabt?

Ing. **Gschmeidler:** Das war eines der größten Bauvorhaben und das, glaube ich, war Prestigeangelegenheit. Ich bin überzeugt, daß noch fünf, sechs Firmen jederzeit bereit gewesen wären, das zu machen.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Aber die müssen ja im Vergleich zu Ihrer eigenen Anbotslegung, damit sie überhaupt sozusagen in dieses enge Korsett, das sie selbst sich gesetzt haben, weil Sie, Herr Ing. Gschmeidler, Billigstbieter waren, hineinpassen, wesentliche Abstriche von ihren Kosten gemacht haben, weil sonst passen sie ja da nicht hinein. Oder was hat Sie sonst bewogen, diese Firmen dann letzten Endes als Subunternehmer zu nehmen. Das ist ja sicherlich sehr ehrenvoll, wenn die Firma Klug einen Subunternehmer wie Siemens hat. Was, würden Sie sagen, hat die Firma Siemens dazu bewogen, Subunternehmer von der Firma Klug zu werden?

Ing. **Gschmeidler:** Ich glaube, das war die Frage, daß ich gesagt habe: Wenn Sie es nicht machen, Herr Direktor Mück, mache ich es mit der BBC.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Und warum haben Sie es nicht mit der BBC gemacht?

Ing. **Gschmeidler:** Weil wir uns nicht einig geworden sind. Es war so: Es waren der Herr Allram und der Herr Bauer draußen, und mir war klar, daß ich, wenn ich zur Vergabeverhandlung gehe, bereits einen Partner habe. Der Herr Allram hätte gewollt, der Herr Bauer — das war allerdings sein Vorgesetzter — hat immer etwas hin- und hergezögert.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Sie haben sozusagen die äußeren Ereignisse beschrieben. Aber was war sozusagen der inhaltliche Grund, warum Sie mit BBC nicht einig geworden sind?

Ing. **Gschmeidler:** Wir waren uns fast einig, und dann hat der Bauer wiederum reine Rückzugsgefechte geliefert. Daraufhin haben wir gesagt: Na gut, wir reden in zwei, drei Tagen weiter. Ich wollte eine fixe Einigung haben.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Siemens war sozusagen billiger oder BBC war billiger oder teurer oder der Leistungsumfang war verschieden?

Ing. **Gschmeidler:** Ich bin mit BBC nicht einig geworden.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Worüber?

Ing. **Gschmeidler:** Über den Umfang und auch nicht darüber, daß er bei der Auftragsvergabe mitgeht. Zuerst hat er gesagt ja — da

waren wir uns fast einig —, und dann hat er gezögert, wie es so oft bei Verhandlungen ist.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Haben Sie vor Abgabe der Anbote mit den potentiellen Subunternehmern, also den möglichen Subunternehmern Siemens oder BBC, Gespräche geführt?

Ing. **Gschmeidler:** Nein.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Habe ich Ihre Schilderung richtig verstanden, daß der Einfall, Schwarzgeld zu machen, Ihnen und Sefcsik eigentlich völlig unabhängig von dem UNO-City-Auftrag kam?

Ing. **Gschmeidler:** Das hat mit dem sicherlich nichts zu tun gehabt.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ich halte fest: Der Auftrag hat an sich mit dem Einfall — von wem immer er kam — nichts zu tun.

Ing. **Gschmeidler:** Es ging nur darum, daß wir glaubwürdig sind gegenüber der Finanz.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Entschuldigen Sie, Herr Ingenieur, dann verstehe ich eines nicht: Es wäre an sich jetzt hochinteressant, über das Thema UNO-City und so weiter zu reden, nur bitte: Wie erklären Sie mir dann die Raubersgeschichte, die im „Kurier" steht? Es ist ja alles falsch, was im „Kurier" steht. Das ist weder ein AKH-Schmiergeldskandal, nichts! Sie haben dem „Kurier" erklärt: Ich bin am Ende, ich werde Selbstanzeige erstatten. Wieso sind Sie „am Ende", wenn Sie mit dem Sefcsik auf die Idee kommen, Schwarzgeld zu machen? Ist Ihnen jemand auf den Fersen gewesen, oder was immer? Sie haben erklärt im „Kurier": Sefcsik hat Sie gefragt, ob ich nicht Schwarzgeld brauche. — Ist nach Ihrer heutigen Erklärung auch falsch. Im „Kurier" steht, Sie haben für die 15 Prozent als Gegenleistung als Subunternehmer Aufträge von Siemens und Knoblich bekommen. Das ist auch falsch nach Ihrer heutigen Darstellung. Bitte, jetzt möchte ich eines wissen: Was soll das Ganze überhaupt? Was haben Sie dem „Kurier" erzählt?

Ing. **Gschmeidler:** Das kann ich Ihnen sagen: Ich habe eine Minute gesprochen. So kann man eine Firma fertigmachen, genauso kann man sie fertigmachen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Dann ist alles falsch, halte ich fest. Damit würde ich an sich sagen, daß die Zeugeneinvernahme für uns jedenfalls beendet ist, denn das ist kein Thema, das uns da wesentlich interessieren kann, weil das mit dem AKH überhaupt nichts zu tun hat; außer daß Firmen in Liechtenstein involviert sind, die auch in einem ganz anderen Zusammenhang im AKH-Skandal mit eine Rolle spielen, PLANTECH et cetera. Ich glaube, der Zeuge selber kann uns da wenig weiterhelfen.

Obmann Dr. **Steger:** Die Frage an den Herrn Zeugen wäre dann nur: Wozu sind Sie dann zum „Kurier" gegangen und haben sich dort photographieren lassen?

Ing. **Gschmeidler:** Ich bin gar nicht hingegangen. Ich möchte das nicht morgen wieder in der Zeitung hören: Sie können sich vorstellen, daß das in einer Mittelstadt wie St. Pölten fürchterlich schwer ist, jetzt irgendwo Aufträge zu bekommen.

Ich habe einen Bekannten gehabt, der hat mir versprochen: Wenn du den anrufst — das Gespräch hat nicht einmal eine halbe Minute gedauert, oder soll es eine Minute gewesen sein, da ist das Ganze nicht zur Sprache gekommen —, steht nicht dein Bild in der Zeitung, und es wird nur ein kleines „G'setz'l" geschrieben.

Obmann Dr. **Steger:** Und zu Gericht sind Sie dann auch gleich vermittelt worden vom „Kurier"? Es muß Sie ja jemand vermittelt haben zum Gericht, dort waren Sie ja auch.

Ing. **Gschmeidler:** Ich habe bei der Finanz Selbstanzeige gemacht.

Obmann Dr. **Steger:** Also ohne Provision selbst gegangen, bis Sie zum Gericht weiterkommen. Ich meine, war niemand als Vermittler dazwischen, bei Gericht, nicht bei der Finanz. Sie reden von Finanz, Gericht! Hier ist ein Photo, wo Sie vor Gericht stehen. Waren Sie dort oder nicht?

Ing. **Gschmeidler:** Ja, ich war dort bei der Zeugeneinvernahme; beim ersten Mal. Beim zweiten Mal als Beschuldigter, wegen Untreue.

Obmann Dr. **Steger:** Wie sind Sie dorthin gekommen?

Ing. **Gschmeidler:** Durch die Zeugenladung! *(Heiterkeit.)*

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Ing. Gschmeidler! Um es konkret zu machen: Sind Sie den Gerichtsbehörden dadurch bekannt geworden, daß bei den Hinweisen über die Firma PLANTECH Ihr Name gefallen ist?

Ing. **Gschmeidler:** Ja, da war eine Photokopie im „profil" drinnen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und da waren Sie dabei?

Ing. **Gschmeidler:** Ja, das ist im „profil" gestanden.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Jetzt ist dieser Zusammenhang wenigstens aufgeklärt.

Ein zweites: Sie haben mit der Firma Siemens, nach dieser Aussage auch mit den Leuten der Firma Knoblich, auch einen regen Kontakt vorher gehabt. Haben Sie weitere Geschäftsverbindungen mit der Firma Siemens im Laufe der Zeit entwickelt? Insbesondere: Sind Sie beim AKH in irgendeiner Form als Subunternehmer tätig?

Ing. **Gschmeidler:** Ich habe vor ungefähr drei Monaten einen Subauftrag von der Firma Siemens erhalten. Das war vor drei Monaten für das AKH.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Die Firma Siemens hat ja, soweit man dies den Zeitungen entnehmen kann, einen beträchtlichen Teil an Provisionen, oder wie immer man das nennen soll, an die Firma PLANTECH überwiesen. Wurden Sie dabei auch mit einer kleinen Subvention bedacht?

Ing. **Gschmeidler:** Man hat mich nie gefragt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Wie ist es dann zu Ihrer Bekanntschaft mit den maßgeblichen Herren gekommen? Es sind heute schon die Namen Mück und Sefcsik gefallen. Haben Sie den einen zuvor gekannt oder den anderen, hat Sie der eine mit dem anderen bekannt gemacht?

Ing. **Gschmeidler:** Die Firma Knoblich ist eine Leuchtenfirma. Die Firma Knoblich beliefert uns seit Anfang der sechziger Jahre, als die Firma begonnen hat zu bestehen. Direktor Mück habe ich, ich glaube, bis jetzt erst fünf- oder sechsmal gesehen. Zum Herrn Schweitzer habe ich später Kontakt bekommen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Untereinander besteht da keine Verbindung zwischen den Herren Schweitzer und Sefcsik?

Ing. **Gschmeidler:** Der Herr Mück ist, was ich weiß, der Vorgesetzte vom Herrn Schweitzer.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Eine Frage, die das Ganze noch abrunden soll: Wie haben Sie das mit der Steuer behandelt? Haben Sie diese ganze Transaktion in voller Länge in Ihre Steuererklärung hineingenommen und haben diejenigen, die die Steuererklärung verfaßt haben — ich nehme an, Sie haben sie ja nicht selbst verfaßt — von diesen Dingen gewußt?

Ing. **Gschmeidler:** Nein sicherlich nicht, denn sonst hätte ich keine Selbstanzeige gemacht.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ich habe zwei kurze Fragen. Im „Kurier" steht auch, daß Sie mit Ing. Schweitzer von Siemens Grundstücksgeschäfte in St. Pölten gemacht haben.

Ing. **Gschmeidler:** Spekulationsgeschäfte. Das ist ein Grundstück, da sind drei Herren beteiligt, das für jeden 100 000 S kostet.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Kennen Sie also Schweitzer schon vor dem IAKW-Auftrag, wo dann die Firma Siemens Ihr Subunternehmer wurde?

Ing. **Gschmeidler:** Ich habe ihn vielleicht ein-, zweimal gesehen, nur in letzter Zeit nicht.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Der Generaldirektor eines großen Elektrounternehmens hat in aller Öffentlichkeit gesagt, daß er von Siemens beim AKH einen Subauftrag gekriegt hat, und dafür hat er drei Prozent Provision zahlen müssen. Mußten Sie bei dem AKH-Subauftrag, den Sie von Siemens erhalten haben, auch an irgend jemand eine Provision zahlen?

Ing. **Gschmeidler:** Nein, nicht. Sie müssen sich vorstellen: Die UNO-City hat aufgehört. Daraufhin ist es mir natürlich schlecht gegangen mit der Arbeitsbeschaffung. Daher habe ich den Herrn Schweitzer gefragt, ob er mir nicht helfen kann: Ihr habt doch das große Ding! Daraufhin bekam ich einen Subauftrag. Das war vor ungefähr drei oder vier Monaten.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Es wird behauptet, daß die Firma Siemens beim IAKW-Auftrag angeboten hat und ihr Angebot mit Ihrem Angebot abgestimmt hat, sodaß einer von den beiden, also entweder Siemens oder Sie, Bestbieter sein müßten und daß dann halt wechselweise der eine den anderen als Subunternehmer nimmt. Was können Sie dazu sagen?

Ing. **Gschmeidler:** Nichts.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wie haben Sie denn Rechnungen bekommen über die 20 000 und 30 000 Schweizer Franken? Mit der Post aus Liechtenstein oder hat sie der Herr Sefcsik überbracht wie das Geld?

Ing. **Gschmeidler:** Ich glaube, daß die mit der Post gekommen sind.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Wie umfangreich war der Subauftrag fürs AKH von Siemens?

Ing. **Gschmeidler:** Wir haben einmal angefangen und haben acht Tage gearbeitet. 20 Millionen, das ist eine Absichtserklärung. Ob ich ihn bekomme, das ist eine zweite Frage.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Das ist noch nicht abgeschlossen?

Ing. **Gschmeidler:** Nein.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Wann haben Sie diesen Subauftrag an Siemens bei der IAKW gegeben?

Ing. **Gschmeidler:** Das war bei den Verhand-

lungen. Ich weiß nicht. Ich würde sagen, das war ungefähr 1974 oder 1975.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): In welcher Größenordnung war der IAKW-Auftrag?

Ing. **Gschmeidler:** 118 Millionen Schilling, glaube ich.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Das war der Gesamtauftrag. Und der Subauftrag?

Ing. **Gschmeidler:** Minus 20 Millionen ungefähr, also das war für Elin und Siemens. Sie können rechnen 98 Millionen oder so.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Das haben Sie weitergegeben?

Ing. **Gschmeidler:** Ja. Die genaue Summe kann ich nicht sagen.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Glauben Sie — das nimmt Ihnen irgendwer ab —, daß Sie ein Offert in der Höhe von 118 Millionen Schilling machen, dann geben Sie ungefähr 98 oder 95 Millionen Schilling als Subauftrag weiter? Das nimmt Ihnen jeder ab, daß Sie nicht von vornherein eingeplant haben, einen Subauftragnehmer zu nehmen?

Ing. **Gschmeidler:** Ich habe schon vorher gesagt, daß mir das klar war und ich nur nicht gewußt habe, mit wem ich es mache, sonst hätte ich nicht verhandelt, und es wäre die Firma BBC nicht zu mir gekommen. Wenn Sie die Herren fragen, müssen die Ihnen sagen können — Sie werden sich sicherlich noch erinnern —, daß wir fast vor dem Abschluß waren.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Aber es ist doch ein relativ großes Risiko, ein Anbot in dieser Größenordnung zu erstellen und noch das Unglück zu haben, einen Zuschlag zu kriegen und unter Umständen keinen Subunternehmer zu finden?

Ing. **Gschmeidler:** Das war überhaupt kein Risiko, denn ich hätte sicherlich jederzeit zehn Gewerbebetriebe gehabt, die es mit mir gemacht hätten. Das wäre überhaupt keine Frage für mich gewesen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Wie haben Sie denn das eigentlich kalkuliert?

Ing. **Gschmeidler:** Wie jedes Ding. Es wiederholen sich, bei jedem Auftrag wiederholen sich ...

Obmann Dr. **Steger:** Mich interessiert nicht, wie jeder Auftrag in Österreich kalkuliert wird, sondern nur dieser. *(Zwischenruf.)*

Ing. **Gschmeidler:** Entschuldigen Sie, ich kenne die GEPROMA nur aus den Zeitungen.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie überhaupt kalkuliert?

Ing. **Gschmeidler:** Sicherlich, wie bei jedem anderen Auftrag auch.

Obmann Dr. **Steger:** Nach Mann-Tagen?

Ing. **Gschmeidler:** Das wird bei uns nicht gemacht, sondern wie viele Meter Leitungen. Wenn Sie heute eine Schule haben, so ist das dasselbe wie bei einem Bürogebäude. So viel Unterschiede sind da nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben aber so kalkuliert, daß Sie gewußt haben, Sie können es weitergeben. Also, was haben Sie nach der Normalkalkulation aufgeschlagen?

Ing. **Gschmeidler:** Die Normalkalkulation war sicherlich meiner Meinung nach ausreichend. Es war ein knapper Preis. Aber nur macht es der Umfang. Und daß man natürlich billiger kalkulieren kann, wenn 56 Geschoße fast gleich sind, als wenn das alles verschieden ist, ist auch klar. Das kann kein Geheimnis gewesen sein.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie die Selbstkosten kalkuliert, wenn Sie das selbst durchführen?

Ing. **Gschmeidler:** Die Selbstkosten wissen wir meistens erst ein Jahr nachher, wenn der Bau fertig ist. Ja, das ist wahr.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Sie wissen, daß sich dieser Ausschuß seit Monaten mit der AKH-Affäre beschäftigt. Sie haben hier vor diesem Ausschuß zunächst auf meine Frage ausgesagt, daß Sie vor drei Monaten einen Subauftrag von der Firma Siemens bekommen haben.

Über Befragen meines Kollegen Dr. Schmidt haben Sie erklärt, Sie haben dort acht Tage gearbeitet, und Sie wissen überhaupt nicht, ob Sie einen Auftrag bekommen.

Ich möchte Sie jetzt präzise fragen: Haben Sie einen Auftrag bekommen? Sie wissen, daß dieses Problem sehr heikel ist. Gerade im Bereich der Elektroindustrie gibt es zahlreiche Verhaftungen und Verdächtigungen. Ich möchte Sie daher bitten, bei Ihrer Aussage genau zu überlegen, was Sie sagen.

Ist es richtig, daß Sie einen Auftrag bekommen haben, oder nicht? Und wenn es nicht richtig ist, warum haben Sie dann zuerst auf meine Frage gesagt, ja, Sie haben einen Auftrag bekommen. Welche Summe?

Ing. **Gschmeidler:** Ich habe einen Auftrag, einen Rahmenauftrag — wie das so schön heißt — von 20 Millionen Schilling, der noch nicht abberufen wurde —, wenn ich Ihnen das erklären darf.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Haben Sie ein Papier darüber in der Hand?

Ing. **Gschmeidler:** Ja, ich habe ein Papier darüber.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Kennt die Frau Untersuchungsrichter diesen Auftrag?

Ing. **Gschmeidler:** Sicherlich kennt sie diesen Auftrag, das habe ich ihr gesagt.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Diese Unterlagen hat sie?

Ing. **Gschmeidler:** Sie hat mich gefragt, und ich habe ihr das gesagt.

Obmann Dr. **Steger:** Offensichtlich haben wir damit ein Randthema berührt, das uns nicht primär bei unseren Untersuchungen interessiert.

Da keine weitere Frage vorliegt, danke ich Ihnen für Ihr Erscheinen. Ihre Einvernahme ist damit beendet. *(Ing. Gschmeidler verläßt den Verhandlungssaal.)*

Schluß der Sitzung: 0 Uhr 12 Minuten

8. Sitzung: 29. August 1980

Beginn: 10 Uhr 10 Minuten

Obmann Dr. **Steger** eröffnet die 8. Sitzung des AKH-Untersuchungsausschusses. *(Die Sitzung wird um 10 Uhr 20 Minuten unterbrochen und um 10 Uhr 40 Minuten wieder aufgenommen.)*

Zeugeneinvernahme von Dkfm. Dr. Siegfried Wilfling

Obmann Dr. **Steger:** Herr Dr. Wilfling! Ich darf Sie im Untersuchungsausschuß begrüßen und am Beginn Ihrer Einvernahme, zu der Sie als Zeuge geladen sind, Ihnen gegenüber festhalten, daß Sie verpflichtet sind, die Wahrheit zu sagen. Es sind bei Ihrer Einvernahme die einschlägigen Bestimmungen der Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden. Ich bitte Sie daher, in Ihrem eigenen Interesse Fragen freiweg und wahrheitsgemäß zu beantworten. Es werden Sie die Herren Abgeordneten aus diesem Ausschuß in einer Reihenfolge, die dann festgesetzt wird, befragen, und Sie sollten jeweils unmittelbar auf die Frage antworten, die Ihnen jeweils einer der Herren Abgeordneten gestellt hat.

Ich darf Sie bitten, daß Sie mir am Beginn die Generalien mitteilen, das sind Name, Beruf, Geburtsdatum, Anschrift.

Dkfm. Dr. **Wilfling:** Dkfm. Dr. Siegfried Wilfling, geboren am 5. Oktober 1939, Angestellter, wohnhaft in 2344 Maria-Enzersdorf, Josef Leeb-Gasse 25.

Obmann Dr. **Steger:** Sie sind derzeit in Haft?

Dr. **Wilfling:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Dr. Wilfling! Der Untersuchungsausschuß hat im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses drei Bereiche zu untersuchen:

Der Ausschuß wird eingesetzt:

1. Zur Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung.

2. Zur Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind, und

3. zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Das sind die drei Themenkreise. Wenn Sie der Meinung sind, daß eine Frage mit keinem dieser Themenkreise zu tun hat, können Sie uns natürlich darauf aufmerksam machen, weil wir dazu verhalten sind, jeweils mit Wahrheitserinnerung vorzugehen, aber zu jenen Themenkreisen, die hier genannt sind.

Wir beginnen in der Reihenfolge, daß Herr Abgeordneter Ing. Hobl als erster Fragesteller dran ist.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Am 19. Juni 1978 hat die ABO den Auftrag über die Betriebsorganisationsplanung durch die AKPE erhalten, und zwar soll die Übergabe des Ver-

trages im Restaurant Wegenstein stattgefunden haben.

Nachdem die Vorstandsdirektoren Winter und Schwaiger das Lokal verlassen hatten, waren noch Sie, Herr Dipl.-Ing. Rumpold und der Herr Dr. Bauer anwesend, und da sollen Sie von Rumpold 3,5 Millionen Schilling verlangt haben, weil Sie sich für die Vergabe des Auftrages an die ABO eingesetzt haben. Was können Sie uns dazu sagen?

Dr. **Wilfling:** Ich darf dazu sagen — wenn Sie mir gestatten, Herr Vorsitzender, wie ich die Sache sehe und wie ich mich erinnern kann —: In der zweiten Hälfte 1978 hat ein Gespräch zwischen Vertretern der ÖKODATA und mir in meiner Eigenschaft als Leiter des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Krankenhausökonomie stattgefunden, und im Gespräch hat sich die Frage ergeben, ob das Institut nicht gewisse theoretisch-wissenschaftliche Grundsatzdaten für die Betriebsorganisation erarbeiten könnte.

Ich habe daraufhin die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft verständigt und gefragt, ob ich überhaupt einen derartigen Auftrag übernehmen kann. Man hat mir gesagt, in der Kalkulation wären für diese Sachgebiete zwischen 2 und 3 Millionen Schilling. Ich habe dann, wie gesagt, die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft davon verständigt. Die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft hat sich damit beschäftigt, und im November 1978 kam man in einem Gespräch zwischen dem Vertreter der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft und dem Herrn Dr. Bauer zu der Überzeugung, daß ein Ludwig-Boltzmann-Institut eine derartige Arbeit — Betriebsberatung — nur steuerschädlich übernehmen könnte und damit die ganze Gesellschaft gefährdet wäre.

Es war dann so, daß mir die Gesellschaft sogar noch Statuten ausgearbeitet hätte, die heute noch aufliegen, mit denen ich dann ein Institut betreiben hätte können, das eine derartige Arbeit übernehmen könnte.

Da ich aber nur an wissenschaftlichen Arbeiten neben meiner Tätigkeit in der Stadt interessiert war, habe ich das abgelehnt und möchte auch bitten, darin die Dringlichkeit, von mir aus einen Auftrag zu übernehmen, zu sehen. Ich war also gar nicht so interessiert, denn von Boltzmann aus hätte ich ihn dann übernehmen können mit den zusätzlichen Statuten. An ein Gespräch, in dem ich Geld für eine Vermittlung eines Auftrages gefordert hätte, kann ich mich nicht erinnern.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Danke. Können Sie mir sagen, Herr Dr. Wilfling, wie es zur Gründung dieses Ludwig-Boltzmann-Institutes für Krankenhausökonomie kam, und welche Leistungen hat dieses Institut erbracht?

Dr. **Wilfling:** Das Institut für Krankenhausökonomie entstand im Jahre 1977, nachdem ich gesehen habe, daß sich niemand in Österreich mit theoretischer Arbeit am Krankenhaussektor befaßt. Ich selbst habe damals erstmalig an einer Wiener Universität einen Lehrauftrag für Krankenhausökonomie übernommen und wollte dann ein Institut auf vereinsrechtlicher Basis etablieren. Ich habe dieses auch eingereicht, und es war auch dann vereinsbehördlich genehmigt.

In einem Gespräch mit dem Herrn Magistratsdirektor gegen Ende 1977 hat mir dann der Herr Magistratsdirektor die Möglichkeit eingeräumt, daß man auch auf diesem Gebiet ein Ludwig-Boltzmann-Institut etablieren kann. Das Institut ist dann Ende 1977 unter meiner Leitung gegründet worden, und ich habe dann das andere Institut, das vereinsrechtlich gegründet war, fallengelassen. Das wurde also dann nicht mehr betrieben.

Wir haben ein Buch herausgegeben über Kennzahlen im Krankenhaus, wir haben internationale und nationale Symposien veranstaltet. Wir haben Schriften herausgegeben, also wissenschaftliche Publikationen, über Ausgliederungen von Krankenanstalten aus dem öffentlichen Bereich und deren Problematik, wir haben andere Gutachten gemacht — ich bitte um Verständnis, ich habe sie nicht alle im Kopf —, wir haben uns vor allem dann auch auf dem Sektor der Ausbildung für Krankenhausverwalter, Krankenhausärzte betätigt. Wir haben auch wöchentlich in unserem Institut die Universitätsvorlesungen abgehalten, wir haben Primarsymposien gemacht. Ich darf dazu sagen, wir haben die ganze österreichische Verwalterschulung für Niederösterreich für gewisse Fächer mit Prüfungsgegenstand durchgeführt, wenn ich das vielleicht nur als Beispiel aufzählen darf.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Ing. Hobl! Ich habe, was mein Verschulden war, vergessen, am Beginn mitzuteilen, daß Herr Dr. Wilfling von der Amtsverschwiegenheit entbunden ist. Ich bitte, das zu Protokoll zu nehmen und ihm das auszuhändigen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wie, Herr Dr. Wilfling, wurden diese Aktivitäten finanziert?

Dr. **Wilfling:** Diese Aktivitäten wurden, soweit es Symposien waren, durch Spenden finanziert, wir haben Gutachten gemacht, die honoriert wurden, und daraus haben wir unsere Kosten abgedeckt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Die Einnahmen und Ausgaben wurden von einer zentralen Buchhaltung des Ludwig-Boltzmann-Instituts geführt oder in Ihrem Institut?

254 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Dr. **Wilfling:** Die Einnahmen und Ausgaben werden zuerst im Institut geführt, und da es sich nicht um ein Vermögen des Institutes handelt, sondern um Vermögen der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft — jeder Schilling, der dort eingeht, ist Vermögen der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft —, wird es dann auch von dort in ein Budget übernommen, sollte kontrolliert werden und wird dann auch in den Ausgaben wieder genehmigt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Welche Zahlungen an Ihr Institut für Krankenhausökonomie erbrachte der Herr Kaufmann aus Zürich?

Dr. **Wilfling:** Der Herr Kaufmann hat an unser Institut 63 000 S überwiesen. Davon waren 40 000 S Honorar für eine erbrachte Leistung. Diese hat er auch in einem Schreiben angeführt. Dann hat er auf 63 000 S aufgestockt, das war anläßlich des Herbstsymposiums 1978, wo ihm sehr viel daran gelegen war, daß er selbst als Sprecher und Vortragender auftreten konnte. Das war die einzige Zahlung, die der Herr Kaufmann an das Institut geleistet hat.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Kaufmann hat in aller Öffentlichkeit behauptet, daß Sie ihn immer wieder um Geld angegangen wären. Letztlich hätte er auf Ihren Vorschlag nachgegeben, einen bestimmten Betrag dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Krankenhausökonomie zu geben. Was sagen Sie zu der Behauptung des Herrn Kaufmann, daß Sie vorher — bevor also dieser Titel des Instituts genannt wurde — quasi Provisionen von ihm haben wollten?

Dr. **Wilfling:** Ich muß das ganz entschieden zurückweisen. Mit dem Herrn Kaufmann ist über Derartiges von mir aus nie gesprochen worden.

Der Herr Kaufmann hatte eine große Problematik. Er wollte in Österreich auch auf dem Beratungssektor ins Geschäft kommen. Ich darf noch einmal hinweisen: unser Institut war ein reines Forschungsinstitut. Mit mir hat er derartige Gespräche nicht geführt. Wir haben einen einzigen Auftrag für ihn gemacht — einen einzigen Auftrag —, und dann hat er sich an dem Symposium 1978 beteiligt. Dafür hat er dann diese 23 000 S selbst aufgestockt. Diese Höhe war von uns nicht vorgegeben, er hat sie freiwillig gegeben.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Dr. Wilfling! Sind im Zusammenhang mit Ihren Aktivitäten am Wiener Spitalssektor, insbesondere im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses von politischen Parteien Wünsche an Sie herangetragen worden, ihnen Spenden zu organisieren?

Dr. **Wilfling:** An mich ist ein derartiger Wunsch niemals herangetragen worden.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Dann habe ich noch einen letzten Fragenkreis: Warum haben Sie dem Dr. Krczal das vereinbarte Honorar von 300 000 S vorenthalten?

Dr. **Wilfling:** Dieses Honorar ist ihm nicht vorenthalten worden. Er hat eine Honorarnote gelegt. Soweit ich mich erinnern kann, war er dann im Spital und hat eine Rückgratoperation gehabt. Wieso es dann so lange gedauert hat, ist mir im Moment nicht mehr erinnerlich.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Können Sie sich erinnern, daß Dr. Krczal auf einen Teil des Honorars verzichtet hat, obwohl er den Gesamtbetrag von 300 000 S versteuert hat? Welche Zusicherung haben Sie dem Dr. Krczal gegeben für diesen Verzicht?

Dr. **Wilfling:** Der Herr Dr. Krczal hat in zwei Phasen für diesen bewußten Auftrag, den Sie, Herr Abgeordneter, glaube ich, anziehen, gearbeitet: einen Teil als Selbständiger — den hat er dann auch mit 60 000 S vereinnahmt und versteuert — soweit mir bekannt ist —, und dann hat er weiters im Rahmen des Institutes, im Rahmen der Institutsleitung gearbeitet. Dort hat er auf einen Teil seines Honorars — so wie wir alle — verzichtet, weil auch ihm sehr viel daran gelegen ist, daß aus diesem Institut etwas wird, weil es die einzige Basis war, um auf dem Sektor der Krankenhausökonomie auf wissenschaftlicher Ebene etwas zu tun.

Aber bitte der Herr Dr. Krczal hat nicht — ich habe die Steuererklärung gesehen — 300 000 S versteuert, sondern er hat nur 60 000 S versteuert, und 240 000 S wurden für durch das Institut erbrachte Leistungen weitergegeben.

Abg. Dr. **Schmidt** (SPÖ): Sind die 240 000 S in die Buchhaltung des Boltzmann-Instituts eingegangen?

Dr. **Wilfling:** Die 240 000 S sind in das Vermögen der Boltzmann-Gesellschaft, in der Buchhaltung eingegangen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Letzte Frage für meine erste Runde. Was können Sie uns für Gründe nennen, warum nun das Institut für Krankenhausökonomie aufgelöst wurde?

Dr. **Wilfling:** Da kann ich nur sagen, daß mir Herr Dr. Zaruba von der Boltzmann-Gesellschaft gesagt hat, daß das Institut nicht aufgelöst wurde, sondern daß nur ein Wechsel in der Institutsleitung eintreten soll. Soweit mir bekannt ist, sind die Mitarbeiter, die dort noch gearbeitet haben, zur Stunde dort auch noch tätig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Dr. Wilfling! Nur eine kleine Ergänzungsfrage zu dem, was Sie der Abgeordnete Hobl gefragt hat: In Ihren Notizen, die Sie vorbereitet haben für diesen Untersuchungsausschuß, steht ein Vermerk, offensichtlich zusammen mit dem ABO-Auftrag: Teilung 300 Millionen, offensichtlich auf 122 Millionen. Das ist offensichtlich der erste Teil des ABO-Auftrages. Und dann steht: 18 Millionen Waiz. Was bedeutet das?

Dr. **Wilfling:** Würden Sie mir das zeigen? Ja, das heißt: Teilung — das war nur für mich eine Kurznotiz: 300 Millionen auf 122 Millionen bei 18 Monaten. 18, das heißt nicht Millionen, sondern das soll 18 Monate heißen; das ist die Auftragsdauer, soweit sie mir bekannt ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Auftragsdauer war 30 Monate.

Dr. **Wilfling:** Da habe ich mich geirrt. Das sollten Monate sein. Entschuldigung, das ist dann ein Fehler von mir.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und was heißt Waiz in diesem Zusammenhang?

Dr. **Wilfling:** Waiz heißt, daß mir bekannt ist, daß der Herr Sektionschef Waiz angeblich diese Teilung von 300 Millionen auf 122 Millionen bewirkt, vorgenommen oder verlangt hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Dr. Wilfling! Sie geben bei Ihrer Zeugeneinvernahme vor der Frau Dr. Pablé an, daß Sie nicht beim Bankhaus Brüll & Kallmus beteiligt waren. Sie waren aber dort beschäftigt. Ist das richtig?

Dr. **Wilfling:** Ich war im Jahre 1964, glaube ich, einige Monate dort beschäftigt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und was haben Sie anschließend getan, nachdem Sie dort die Beschäftigung aufgegeben haben?

Dr. **Wilfling:** Nachdem ich von Brüll & Kallmus weggegangen bin, bin ich zur IBM gegangen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Unmittelbar?

Dr. **Wilfling:** Das war, soweit ich mich erinnern kann, unmittelbar.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dr. Wilfling, können Sie sich sicher daran erinnern, daß Sie nicht eine andere Tätigkeit nach Ihrem Abgang vom Bankhaus Brüll & Kallmus ausgeübt haben?

Dr. **Wilfling:** Ich war im Bankhaus Brüll & Kallmus, war dann bei IBM. Ich glaube, ich habe damals schon eine Tapeziererei daneben gehabt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie ist das mit der Firma Wolfgang Anger?

Dr. **Wilfling:** Da war ich nach IBM.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie lange waren Sie bei der Firma Wolfgang Anger?

Dr. **Wilfling:** Da müßten Sie nachschauen, bitte, das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum ist dort das Dienstverhältnis aufgelöst worden? Wurden Sie gekündigt? Wurden Sie entlassen? Wurde es in beiderseitigem Einvernehmen aufgelöst?

Dr. **Wilfling:** Wir sind damals bei Anger einvernehmlich auseinandergegangen. Das hing damit zusammen: Ich war für den Export zuständig und habe damals in Spanien gemerkt, daß der Herr Anger auf einer Seitenlinie anscheinend noch andere Maschinen verkauft.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie hat das Verhältnis geendet? Mußten Sie irgendwelche Rückforderungen gegenüber der Firma Anger erfüllen, weil Sie ausgeschieden sind?

Dr. **Wilfling:** Das weiß ich nicht mehr.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wurden Sie von Rechtsanwälten belangt? Daran können Sie sich sicher erinnern, weil, wenn man von Rechtsanwälten belangt wird auf Grund der Auflösung des Dienstverhältnisses, dann erinnert man sich daran. Ist es richtig, daß Sie von Rechtsanwälten belangt worden sind auf Grund der Auflösung dieses Dienstverhältnisses bei der Firma Anger?

Dr. **Wilfling:** Das weiß ich nicht mehr.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie Leistungen erbracht, Zahlungen geleistet, damit keine Strafanzeige gegen Sie eingebracht wird? Wurde Ihnen mit der Einbringung einer Strafanzeige auf Grund Ihrer Tätigkeit bei der Firma Anger gedroht?

Dr. **Wilfling:** Herr Abgeordneter! Ich habe Ihnen erklärt, ich kann mich daran nicht erinnern. Ich kann die Frage daher auch nicht beantworten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dr. Wilfling! Wenn man jemandem droht, man bringt eine Strafanzeige ein, wenn vielleicht die Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft bereits eingebracht worden ist, die Strafanzeige unter Umständen wieder zurückgezogen worden ist und man große Beträge leistet, damit die Strafanzeige wieder zurückgezogen wird, daran kann man sich doch erinnern!

Dr. **Wilfling:** Also von großen Beträgen ... Können Sie mir vielleicht konkret sagen, worum es sich hier handelt?

Obmann Dr. **Steger:** Herr Dr. Wilfling! Wir kommen vielleicht näher. Sie sagen: von großen Beträgen nicht. Können Sie sich an kleinere Beträge erinnern?

Dr. **Wilfling:** Entschuldigen, auf den Vorhalt ...

Obmann Dr. **Steger:** Da könnte man dann weiterreden, was Sie unter großen und was unter kleinen Beträgen verstehen. Da kommen wir wieder ins Zentrum der Einvernahme zurück. Jedenfalls ist der Vorhalt berechtigt, den Ihnen der Herr Abgeordnete Dr. Feurstein macht, daß man nicht vergißt, ob es so etwas gegeben hat. Das heißt ja noch nicht, daß die Vorhalte dann aus Ihrer Sicht berechtigt waren und daß die Strafanzeige berechtigt war. Er hält Ihnen vor, daß man so etwas innerhalb von zehn oder auch mehr Jahren, zwölf Jahren, nicht so leicht vergißt, ob es das gegeben hat. Daher sagen Sie doch nicht, Sie können sich an das alles nicht erinnern.

Dr. **Wilfling:** Mir ist von der Einbringung einer Strafanzeige nichts bekannt.

Der Firmenanwalt war damals der Herr Dr. Weiss-Tessbach.

Obmann Dr. **Steger:** Ja, genau, sehen Sie, Sie erinnern sich.

Dr. **Wilfling:** Das weiß ich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Ihr Anwalt war damals — es ist aktenkundig — Dr. Damian.

Dr. **Wilfling:** Möglich. Ich habe mit Herrn Dr. Damian über Jahre ... Ich darf Ihnen auch sagen, daß mich die Kanzlei Dr. Weiss-Tessbach auch zur Stunde in einer Angelegenheit vertritt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie damals das Angebot an die Kanzlei der Firma Anger gemacht, einen bestimmten Betrag zu bezahlen, damit keine Strafanzeige eingebracht wird?

Ich mache Sie darauf aufmerksam, wir können das belegen. Wir können die betreffenden Personen hier einvernehmen, um das festzustellen. Es ist nämlich wichtig, das zu erfahren, um dann klarzustellen, wie Ihre Tätigkeit als Bereichsleiter und früher Geschäftsführer bei der ODELGA war, inwieweit bereits vorher gegen Sie sehr schwerwiegende Verdachtsmomente vorgelegen sind, daß Sie in diese Aufgabe gar nicht berufen hätten werden dürfen. Deshalb ist es für uns wichtig. Sie erleichtern uns nur die ganze Einvernahme, die ganze Beweissicherung, wenn Sie die Dinge jetzt darlegen. Das ist ja schon über 14, 15 Jahre zurück. Es ist gar kein Vorwurf, daß wir Ihnen jetzt ein Strafverfahren in dieser Sache anhängen wollen. In keiner Weise. Sie können das also ohne weiteres sagen. Es hilft nur der ganzen Weiterarbeit dieses Ausschusses.

Dr. **Wilfling:** Schon, Herr Abgeordneter, aber ich bin hier als Zeuge und möchte nicht etwas sagen, was ich nicht im vollen Bewußtsein der Wahrheit weiß.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Dr. Wilfling! Eines möchte ich Ihnen auch sagen: das ist das letzte Mal gewesen, daß Ihnen ein Abgeordneter erklärt hat, warum er Sie das fragt. Es gibt eine Frage. Sie können sagen: Ja, nein, das weiß ich nicht, aber Sie können nicht Gegenfragen stellen, in denen Sie fragen, warum Sie das gefragt werden. Sie können allenfalls sagen, daß Sie glauben, daß das mit all dem nicht Bezug hat, dann wird es der Ausschuß entscheiden, ob das damit Bezug hat. Daher bitte nicht den Stil, daß Sie Gegenfragen stellen, und daß dann ein Abgeordneter anfängt zu begründen, warum er das fragt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie sind also nicht bereit, etwas zu sagen über Ihre Tätigkeit und über die Art und Weise der Beendigung des Dienstverhältnisses bei der Firma Anger?

Dr. **Wilfling:** Ich kann nur soviel sagen, nachdem ich auch Gesellschafter bei der Firma Anger war: Zum Schluß gab es eine Meinungsverschiedenheit im Sinne einer Auseinandersetzung, aber was das alles zum Gegenstand hatte, kann ich nicht mehr sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie fragen: Waren Sie Gesellschafter der Firma Anger?

Dr. **Wilfling:** Ich war Gesellschafter der Firma Anger.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Waren Sie im Handelsregister eingetragen? Das kann man prüfen.

Dr. **Wilfling:** Ich war als Prokurist eingetragen, und ich hatte Anteile.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie können Sie jetzt sagen, Sie waren Gesellschafter der Firma Anger? Welche Beweise können Sie uns vorlegen? Wo ist Anger?

Dr. **Wilfling:** In der Franzensgasse.

Obmann Dr. **Steger:** Gibt es noch eine andere Firma Anger, bei der Sie möglicherweise Gesellschafter waren?

Dr. **Wilfling:** In der Franzensgasse. Sicherlich hat der Herr Dr. Tessbach das noch bei sich. Ich hatte ein Anbot auf die Anteile, limitiert der Realisierung auf eine gewisse Zeit,

und nachdem wir dann auseinandergegangen sind, ist das also wieder zurückgenommen worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es gab also nur ein Anbot, unter Umständen Gesellschafter zu werden? Oder waren Sie Gesellschafter? Sie haben vorhin gesagt: Sie waren Gesellschafter.

Dr. **Wilfling:** Es war ein Anbot, Gesellschafter zu werden, falls ich über eine gewisse Zeit bei der Firma Anger bin.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das halten wir einmal fest. Es war ein Anbot. Dieses Anbot wurde nie realisiert. Ist das richtig?

Dr. **Wilfling:** Das ist richtig, weil ich ausgeschieden bin.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gut, Sie erinnern sich also an dieses Faktum. Ich frage Sie noch einmal: Erinnern Sie sich jetzt daran, warum Sie von Herrn Anger gebeten, ersucht, aufgefordert worden sind, je nachdem, wie man das bezeichnet — ich war nicht dabei —, aus der Firma als Angestellter auszuscheiden?

Dr. **Wilfling:** Nein, ich erinnere mich nicht mehr.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie erinnern sich aber an das Anbot.

Dr. **Wilfling:** An die Gesellschaftergespräche erinnere ich mich. Denn das war ja mit eine Basis, warum ich eingetreten bin.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich werde noch einmal auf diese Frage zurückkommen.

Sie haben weiters erklärt, daß Sie derzeit — wenn ich das richtig wiedergebe — an keinen ausländischen Firmen beteiligt waren. Waren Sie früher an ausländischen Firmen beteiligt?

Dr. **Wilfling:** Ich war früher beteiligt — und das habe ich auch der Frau Rat mitgeteilt — an der Westor AG in Luzern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welcher Funktion waren Sie, in welchem Ausmaß waren Sie beteiligt an der Westor AG in Luzern?

Dr. **Wilfling:** Ich hatte dort, wie jeder Verwaltungsrat — ich war dort Verwaltungsrat — zwei Anteilscheine und hatte dann einmal eine gewisse Zeit etwas mehr. Es war eine 50 000-Franken-Aktiengesellschaft, die, glaube ich, zu einem Viertel einbezahlt waren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat diese AG für Geschäfte gemacht?

Dr. **Wilfling:** Diese Aktiengesellschaft hat sich auf dem Sektor Teppich und Textil, also auf dem Bodenbelagsektor mit Servicearbeiten und ähnlichem damit Zusammenhängenden, also auf diesem Gebiet befaßt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Verwechseln Sie das jetzt nicht mit der Raumtex?

Dr. **Wilfling:** Auch diese Frage wurde mir bei Gericht gestellt. Mit der Firma Raumtex habe ich nichts zu tun. Soweit mir bekannt ist, ist der jetzige Verwaltungsrat, Herr Spindler, Inhaber dieser Raumtex. Und so wurde in der Zeitung geschrieben, daß die Raumtex auch mir gehören würde. Sie gehört nicht mir.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das weiß ich, daß sie nicht Ihnen gehört, aber gab es Geschäftsbeziehungen zwischen Westor und Raumtex? Und worin bestanden diese Geschäftsbeziehungen zwischen Raumtex und Westor?

Dr. **Wilfling:** Herr Spindler war Verwaltungsrat in der Westor, und — wie ich gesagt habe — soweit mir bekannt ist, ist er Eigentümer der Firma Raumtex.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe Sie gefragt — Sie waren ja Teilhaber der Firma Westor —, welche Geschäftsbeziehungen zwischen der Westor und der Raumtex bestanden haben.

Dr. **Wilfling:** Das kann ich nicht mehr sagen. Aber wenn welche bestanden haben, kann es sich nur um unbedeutende gehandelt haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wurden mit der Westor Geschäfte mit Österreich abgeschlossen?

Dr. **Wilfling:** Die Westor hat zum Teil nach Österreich geliefert auf dem Sektor des Teppichhandels. Es hat auch ein Konto gegeben zu meiner Zeit — am Finanzamt Graz war das —, also ein Mehrwertsteuerkonto.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): An wen sind die Lieferungen, die die Westor nach Österreich durchgeführt hat, gegangen?

Dr. **Wilfling:** Die Lieferungen sind an Privatunternehmen gegangen. Beteiligungen an Ausschreibungen der öffentlichen Hand hat diese Firma nicht vorgenommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie ausschließen, daß die Westor irgendwelche Geschäfte mit Gebietskörperschaften oder mit Gesellschaften, an denen Gebietskörperschaften beteiligt waren, abgeschlossen hat?

Dr. **Wilfling:** Das müßte ich, soweit mir erinnerlich, ausschließen können. Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie ausschließen, daß Ihnen gegenüber die Firma Raumtex irgendwo — als Bereichsleiter, bei

258 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

der Magistratsabteilung, als Aufsichtsrat der AKPE — als Angebotssteller oder als Lieferant aufgetreten ist?

Dr. **Wilfling:** Mir gegenüber: Das ist mir nicht bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hatten Sie auf Grund Ihrer Anteile bei der Westor irgendwelche Bankbeziehungen mit dem Ausland?

Dr. **Wilfling:** Ich persönlich nicht. Die Westor AG hatte oder hat — zu meiner Zeit hatte — ein Konto bei einer Schweizer Bank. Das habe ich auch angegeben bei Gericht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie wurden Ihre Anteile beziehungsweise Ihre Gewinnanteile, Gesellschaftsanteile und Ihre Gewinnanteile an der Westor Ihnen übermittelt?

Dr. **Wilfling:** Ich habe bei der Westor nur Verwaltungshonorar und Kostenvergütungen erhalten. Ich habe keine Ausschüttung. Es wurde auch, glaube ich, keine vorgenommen, soweit mir erinnerlich ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wie wurden die Honorare überwiesen?

Dr. **Wilfling:** Die Honorare waren, glaube ich, 1 000 Franken im Jahr; die wurden bar bezahlt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Arbeiten haben Sie für diese 1 000-Franken-Honorare geleistet für die Westor?

Dr. **Wilfling:** Ich war bei der Westor Verwaltungsrat und ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Verwaltungsratspräsident, darf ich korrigieren.

Dr. **Wilfling:** Verwaltungsratspräsident. Ich war aber auch eine Zeit nur Verwaltungsrat, und dafür habe ich also diese Honorare bezogen. Wir hatten also dafür vorzusehen, daß diese dort durchgeführten Geschäfte abgewikkelt werden, daß sie ordentlich abgewickelt werden, und hatten dann auch noch die dafür notwendigen — wie in jedem Betrieb — Funktionen zu erfüllen: Beschluß der Bilanz, Rechnungsabschluß und ähnliches mehr.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wurden Reisespesen vergütet durch die Westor?

Dr. **Wilfling:** Sicherlich wurden meine Reisekosten vergütet.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch für größere Reisen? Nicht nur Wien—Zürich oder Wien—Luzern.

Dr. **Wilfling:** Das kann ich nicht mehr sagen. Ich muß Ihnen nur dazu sagen, daß ich zu dieser Zeit ... Ich glaube nicht, daß größere Reisekosten ... Da kann ich keine konkrete Antwort geben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie wurden diese Beträge ausbezahlt? Wurden sie in Luzern ausbezahlt, wurden sie in Wien ausbezahlt? Sie haben gesagt, sie wurden bar ausbezahlt.

Dr. **Wilfling:** Diese Verwaltungsratshonorare wurden bar ausbezahlt, ja, in Luzern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Reisespesen.

Dr. **Wilfling:** Entweder es wurden die Reisekosten bereits vorvergütet, sodaß ich nur mehr einen Lodger- oder einen Flugschein bekam. Ich glaube, Tagesdiäten sind einige Male bar ausbezahlt worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bin ich richtig: In Luzern?

Dr. **Wilfling:** In Luzern. Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben gesagt, Sie haben ein Honorar erhalten, Verwaltungshonorar. Das wäre, nachdem Sie sicherlich steuerpflichtig in Österreich sind, in Österreich zu versteuern gewesen. Haben Sie das in Ihrer Einkommensteuererklärung angegeben?

Dr. **Wilfling:** Ich habe in meiner Vermögensteuererklärung diese Aktien drinnengehabt. Ich glaube, das war so — ich muß jetzt wirklich sagen „ich glaube", aber ich will Ihnen da nicht ausweichen —, daß in der Schweiz der doppelte Satz berechnet wurde, glaube ich, für diese Honorare. Also ich bin nicht sicher, aber ich glaube, so etwas war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Soweit mir das bekannt ist, können Sie das ja wieder rückverrechnen, aber Sie müssen das in Ihrer österreichischen Steuererklärung angeben, Sie sind dazu verpflichtet. Haben Sie das getan? Haben Sie das nicht getan? Haben Sie es also in der Einkommensteuererklärung angegeben, oder haben Sie es nicht angegeben? Also ohne Rücksichtnahme auf die Besteuerung in der Schweiz, die natürlich erfolgt ist.

Dr. **Wilfling:** Ich habe diese Vermögensteuererklärung, die andere Honorarsache habe ich nicht drinnen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer war Ihr Steuerberater zu dieser Zeit?

Dr. **Wilfling:** Mein Steuerberater war seit 1966 der Herr Dkfm. Bauer.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die letzte Frage zu diesem Zusammenhang: Wie wurden Ihre Anteilsrechte rücküberwiesen, ausbezahlt? Sie sind ja ausgeschieden aus dieser Firma, aus der Westor. Die Westor besteht nach wie vor. Oder sind Sie noch Teilhaber?

Dr. **Wilfling:** Nein, ich bin nicht mehr Teilhaber.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen aber, daß es die Westor noch gibt?

Dr. **Wilfling:** Die Westor besteht noch meines Wissens.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wie sind jetzt Ihre Anteile Ihnen zurückbezahlt worden? In welcher Höhe?

Dr. **Wilfling:** Ich hatte zwei Anteilscheine, das war also bei 50 000 Franken ein Viertel, einbezahlt, das sind also hier zwei Anteilscheine à 1 000 Franken, und dann hatte ich unterjährig einmal mehr, aber die habe ich nicht bezahlt, sondern die waren auf Kredit, und die sind wieder zurückgegangen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie sind sie zurückgegangen? In welcher Form?

Dr. **Wilfling:** Ich sage Ihnen ja: Zwei Anteilscheine habe ich selbst gehabt, die habe ich auch bezahlt, zwei Anteilscheine à 1 000 Franken. Die anderen Anteilscheine hatte ich unterjährig, die sind nicht bezahlt worden, die habe ich auf Kredit übernommen, und die sind wieder von mir weggegangen, daher habe ich also nichts bezahlt dafür.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und für die beiden, für die Sie bezahlt haben? Das war meine Frage.

Dr. **Wilfling:** Diese 2 000 Franken, die habe ich bezahlt bekommen. Das waren unter 15 000 S, daher habe ich sie bar mitgenommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie sind dann irgendwann mit dem Herrn Finanzminister — schon vor dieser Zeit mit der Westor AG, ziemlich bald nach Ihrer Tätigkeit bei der Firma Anger — in Kontakt gekommen. Ist das richtig?

Dr. **Wilfling:** Ich darf sagen, daß ich mit dem Herrn Androsch schon zu meiner Zeit als Student im Rahmen der Sozialistischen Studenten zusammengekommen bin. Ich kann Ihnen aber jetzt nicht genau sagen, wann das war oder in welchem Jahr das war, aber die Basis liegt dort.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auf Grund von Zeitungsmeldungen und von Meldungen, die vom Herrn Finanzminister nicht widerrufen worden sind, zunächst widerrufen worden sind, aber dann bestätigt worden sind, hat er Sie empfohlen als Geschäftsführer bei der ODELGA. Ist das richtig? — Ich frage: Ist das richtig?

Dr. **Wilfling:** Ich darf dazu sagen, daß ich das nicht weiß. Ich habe auch von dieser Berichtigung und Nichtberichtigung gelesen. Ich habe ein derartiges Empfehlungsschreiben nicht gesehen und auch nicht gelesen. Ich kann mich auch nicht erinnern, daß ich ihn gebeten hätte, für mich dort ein Empfehlungsschreiben abzugeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe nicht gefragt nach einem Empfehlungsschreiben. Unter Freunden macht man das persönlich, im persönlichen Gespräch.

Haben Sie den Eindruck gehabt, daß auf Grund eines persönlichen Gespräches der Finanzminister mit irgendwelchen Personen, Politikern, anderen Personen, die Einfluß in der Stadt Wien hatten, ein solches Gespräch geführt hat? Hat er Ihnen einmal davon berichtet?

Dr. **Wilfling:** Mir wurde darüber nie berichtet. Ich habe ihn auch nicht darum ersucht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben aber mit ihm sehr engen persönlichen Kontakt gehalten?

Dr. **Wilfling:** Das ist nicht richtig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist die Aussage eines Zeugen, von Herrn Dipl.-Ing. Rumpold, daß Sie bei Sitzungen berichtet haben, daß Sie mit dem Herrn Finanzminister ab und zu Karten spielen, falsch?

Dr. **Wilfling:** Daß ich ab und zu Karten gespielt habe, das ist richtig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und haben Sie Erklärungen bei Sitzungen abgegeben? Oder verlauten lassen, nicht abgegeben, Entschuldigung.

Dr. **Wilfling:** Daran kann ich mich nicht erinnern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie sind Sie zur ODELGA gekommen?

Dr. **Wilfling:** Ich bin zur ODELGA gekommen im Jahre 1970. Ich war vorher selbständig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Entschuldigung, darf ich fragen: In welcher Funktion? Wie selbständig? In welcher Firma?

Dr. **Wilfling:** Ich hatte zwei Betriebe, eine Reinigungsfirma und eine Raumausstatterfirma.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie sind Sie zur ODELGA gekommen? Haben Sie sich beworben? Wie ist das geschehen?

Dr. **Wilfling:** Das wurde ich auch bei Gericht gefragt. Ich kann mich daran nicht mehr erinnern. Jedenfalls habe ich sicherlich dann ein Bewerbungsschreiben abgegeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es ist schon auffallend, daß Sie sich an wichtige Dinge Ihres Lebens nicht erinnern können. Es wird behauptet, daß gegen Sie — ich habe das zum Ausdruck gebracht — Strafanzeige angedroht worden ist, weil Sie grobe Verfehlungen begangen haben. Sie können sich nicht erinnern, Sie können sich daran nicht erinnern. Sie können sich nicht erinnern, auf welche Art und Weise? War es eine Ausschreibung, auf die Sie geantwortet haben, auf die Sie eingegangen sind? Wurde Ihnen das empfohlen von irgend jemandem? Sie müssen doch wissen, wie Sie daraufgekommen sind, daß die Firma ODELGA einen Geschäftsführer sucht. Mit wem haben sie Gespräche geführt?

Dr. **Wilfling:** Ich habe Ihnen ja gesagt, daß ich mich beworben habe, aber mit wem ich die Gespräche geführt habe, und das soll ich als Zeuge hier sagen, kann ich mich nicht erinnern. Ich habe mit vielen Leuten gesprochen, und die ODELGA war zu dieser Zeit, glaube ich, ein stadt- oder zumindest teilweise stadtbekanntes Unternehmen, das einen Geschäftsführer sucht, weil der andere Herr bereits überpensionsfällig war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie sind Sie daraufgekommen, daß die Firma ODELGA einen Geschäftsführer sucht? Stand etwas in der Zeitung davon?

Dr. **Wilfling:** Solche Dinge werden ja auch in der Gesellschaft, unter Leuten ... Solche Informationen laufen ja schon wesentlich früher, bevor jemand in Pension geht, das erfährt man halt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Durch Freunde?

Dr. **Wilfling:** Auch.

Obmann Dr. **Steger:** Können Sie das „in der Gesellschaft" ein bißchen präzisieren? Sie haben gesagt: In der Gesellschaft erfährt man das halt.

Dr. **Wilfling:** Man geht mit jemand Abendessen.

Obmann Dr. **Steger:** Im Club 45 oder etwas Ähnliches.

Dr. **Wilfling:** Ich glaube, der hat zu dieser Zeit noch gar nicht bestanden. Ich weiß es nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Ich sage ja: Oder etwas Ähnliches.

Dr. **Wilfling:** Also, Herr Vorsitzender, auch Sie werden sicher in größerer Gesellschaft einmal zu Abend essen, und dann gibt es gewisse Gesprächsthemen, dann kriegt man Informationen. So wollte ich das verstanden haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Dr. Wilfling! Es war doch eine entscheidende Frage, daß Sie bei der Firma ODELGA als Geschäftsführer eintreten. Das war sicherlich für Sie nicht unbedeutend als Entscheidung für Ihre persönliche Karriere, wenn man das einmal so nennen darf! Und dann erinnert man sich doch, wie man zu dieser Entscheidung gekommen ist. Das ist Ihnen doch nicht irgendwann einmal eingefallen, daß Sie jetzt versuchen könnten, bei der ODELGA anzufragen. Das haben Sie sicherlich auch nicht getan, sondern Sie sind wahrscheinlich von jemandem aufmerksam gemacht worden. Wir alle haben ja irgendwo einmal das mitgemacht, haben auch Karriere gemacht. Uns ging es ähnlich.

Wie war es bei Ihnen? Wie sind Sie dazugekommen, daß Sie gerade Geschäftsführer bei der ODELGA wurden? Sie hätten ja irgendwo anders eintreten können. Hat der Herr Dkfm. Bauer, der für Sie Steuerberater war, Sie darauf aufmerksam gemacht?

Dr. **Wilfling:** Ich sagte Ihnen wahrheitsgemäß: Ich habe sicher von mehreren Leuten die Information bekommen. Ich weiß eines: Meine vertraglichen Verhandlungen habe ich mit dem damaligen Obersenatsrat Machtl geführt. Ich war einmal beim Herrn Vizebürgermeister Bock in Personalangelegenheiten, habe dort auch mein Bewerbungsschreiben abgegeben. Aber wer mich konkret darauf aufmerksam gemacht hat, das kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wir werden sicherlich noch weiter darüber reden müssen. Ich möchte das jetzt auch wieder zurückstellen.

Eine Frage, die mit der ODELGA zusammenhängt und auch in Ihren persönlichen Aufzeichnungen steht, wenn Sie vielleicht dort nachschauen, ich kann Ihnen leider keine Seitenzahl nennen.

Im Bereich ODELGA wurde immer mit der Firma GKE (Graz) gearbeitet. „Graz" in Klammer. Haben Sie diese Notiz? Es ist in der Mitte.

Dr. **Wilfling:** Im Bereich der ODELGA wurde immer mit der Firma GKE Graz gearbeitet. Diese Notiz habe ich mir als Vorbereitung hier für diesen Ausschuß gemacht, aus dem Grund, weil man mir in letzter Zeit immer vorgehalten hatte, ich hätte den Herrn Versloot zur MEDCONSULT oder wo immer hin empfohlen. Und da habe ich geschrieben oder mir meine Gedanken gemacht, daß im Bereich der ODELGA, solange ich Geschäftsführer war, mit dem Herrn Versloot gearbeitet wurde, immer unter seiner Firma GKE. Die hatte einen Firmensitz in Graz, hatte sich mit Einmalverpackungs-Sterilisationsgütern befaßt. Sie hat dann auch ihr Lager nach Wien übersiedelt. Er hat auch in

Deutschland eine Firma gehabt. Das habe ich mir hier notiert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Geschäfte hat die Firma ODELGA mit dieser Firma GKE abgeschlossen?

Dr. **Wilfling:** Das waren Geschäfte, die sich mit Sterilisationspapier, Einmalverpackung, Folien und Transportgütern, wie Körbe, Transportwagen und so weiter, befaßt haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und diese Waren haben schlußendlich Wiener Spitäler erhalten oder die Stadt Wien? Sie haben offensichtlich, die Firma ODELGA hat Aufträge an die Firma GKE weitergegeben, und die Firma GKE hat dann die Waren geliefert. Für wen waren diese Waren bestimmt?

Dr. **Wilfling:** Die Firma ODELGA war immer Eigenhändler, das heißt also, sie hat von Lieferanten gekauft und hat es dann verkauft. Und diese Waren sind nach ganz Österreich gegangen, die sind sowohl nach Linz, Amstetten, Zell am See gegangen wie auch natürlich nach Wien.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die GKE war aber eine Handelsfirma?

Dr. **Wilfling:** Die GKE war eine Handelsfirma, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welchem Umfang belaufen sich die Umsätze, die Sie mit der GKE durchgeführt haben?

Dr. **Wilfling:** Das kann sich in 1-, 2-Millionen-Höhe pro Jahr abgewickelt haben. Das sind also Verbrauchsgüter. Unter dieses Thema fallen diese Artikel.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welchem Zeitraum war das? Wann hat das begonnen, wurde das beendet?

Dr. **Wilfling:** Der Herr Versloot war bereits in Geschäftsverbindung unter meinem Vorgänger, vor 1970. Ich weiß nicht, was dann geliefert wurde. Ich habe also die Jahresumsätze nicht da, aber die kann man sich jederzeit bei der ODELGA heraussuchen lassen. Es handelt sich also hier um Waren, die in Schillingen sozusagen gehandelt werden, um Tüten und so weiter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und eine letzte Frage, die ich jetzt an Sie richten möchte, ist: Sie sind bei der ARGE ausgeschieden und haben einen relativ großen Betrag erhalten anläßlich Ihres Ausscheidens. Das geht auch aus Ihrer Zeugenaussage hervor. Ist das richtig?

Dr. **Wilfling:** Ich habe den Betrag nicht anläßlich meines Ausscheidens bekommen, sondern es waren vier ARGE-Mitglieder, die seinerzeit vom Bundesinstitut einen Auftrag erhalten haben. Ich wollte nur bei diesem Auftrag dabei sein, weil der Folgeauftrag sich dann mit Rationalisierung von Krankenanstalten befaßt hat, ich aber in Wien beschäftigt war und ich hier einen Konflikt sah. Ich habe also diesbezüglich auch ein Schreiben geschrieben und bin zu diesem Zeitpunkt dann, als also hier Spitälerrationalisierung betrieben wurde, aus der ARGE ausgetreten. Ich war nur für den ersten Teil der Kostenrechnung, das theoretische Werk, das auch dort vorliegt, und nur für den Auftrag, den das Bundesinstitut gegeben hat, mit in der ARGE Kostenrechnung. Dann nicht mehr.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wieviel haben Sie hier bekommen?

Dr. **Wilfling:** Das waren genau 900 000 S.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Anläßlich des Ausscheidens?

Dr. **Wilfling:** Nicht anläßlich des Ausscheidens, sondern das war für die Arbeit der ARGE mein Anteil.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Für die gesamte Tätigkeit?

Dr. **Wilfling:** Für die gesamte Tätigkeit, jawohl. Und sonst nichts mehr.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie sind dann in steuerliche „Schwierigkeiten", jetzt in Anführungszeichen „Schwierigkeiten", gekommen auf Grund dieser 900 000 S. Ist das richtig?

Dr. **Wilfling:** Ich bin insofern in Schwierigkeiten gekommen, weil man mich steuerlich erst nachher beraten hat, daß ich meine eigenen Aufwendungen in der ARGE geltend machen hätte müssen. Ich habe diese in meiner Einkommensteuer geltend machen wollen, und daher habe ich also den vollen Betrag von 900 000 S zur Veranlagung gebracht, ohne Aufwendungen abzuziehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und haben Sie in dem Zusammenhang irgendeinen Kontakt gesucht mit Herrn Kaufmann?

Dr. **Wilfling:** Nein. Wobei ich zugebe: Es ist möglich, ich habe im Dezember 1978 diese meine Einkommensteuer zu legen gehabt, vielleicht — es dreht sich ja hier in Ihrer Frage sicher um den Herrn Kaufmann — habe ich ihm mein Problem geschildert. Aber nachdem ja alles offen aufliegt, hätte also eine derartige Transaktion für mich überhaupt nichts gebracht. Es ist möglich, daß ich vielleicht mit ihm die steuerliche Veranlagung von ARGE besprochen habe, aber sonst habe ich mit ihm sicherlich nichts besprochen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Sie haben sich jetzt mehrfach während dieser Befragung bei wichtigen Dingen nicht erinnern können. Ich darf Ihnen empfehlen, immer im Zweifelsfall länger nachzudenken, denn überall dort, wo Sie sich jetzt nicht erinnern können und das zu Protokoll geben, kommt dann vielleicht eines Tages irgendein Zeuge und sagt, er weiß es, und dann ist es schon sehr schwer — wenn es auch unwahr sein sollte, was dieser Zeuge sagt —, daß Ihnen noch geglaubt wird, wenn Sie dann erst später sagen, das ist unwahr. Es ist daher immer gut, man sagt da sofort etwas aus.

Zunächst noch einmal: Wie sind Sie denn in diesen Geschäfts- und Berufszweig so schrittweise hineingekommen? Wir hören da, Sie waren bei der Firma Anger. Da hat Sie der Herr Abgeordnete Dr. Feurstein einiges gefragt. Sie können sich offensichtlich nicht mehr genau erinnern, wann das beendet wurde. Oder wissen Sie das noch?

Dr. **Wilfling:** Sie wollen das Jahr wissen?

Obmann Dr. **Steger:** Ja, ungefähr, und den Monat, wenn Sie es wissen.

Dr. **Wilfling:** Vielleicht war es 1967 oder 1968.

Obmann Dr. **Steger:** Frühjahr, Herbst, Sommer?

Dr. **Wilfling:** Es war genau, bevor der Termin eintrat, um die Anteile zu übernehmen.

Obmann Dr. **Steger:** Knapp vorher?

Dr. **Wilfling:** Knapp vorher.

Obmann Dr. **Steger:** Und von dort sind Sie wohin gegangen?

Dr. **Wilfling:** Von dort weg war ich selbständig mit einer Raumausstatterfirma. — Dann muß es doch früher gewesen sein. Es muß also 1965, 1966, in der Gegend gelegen sein. Das war eine Raumausstatterfirma, und dann habe ich eine Reinigungsfirma ...

Obmann Dr. **Steger:** Die Raumausstatterfirma: Wenn Sie immer gleich den Namen dazusagen.

Dr. **Wilfling:** Die Raumausstatterfirma war ursprünglich unter dem Namen György Fallway und ist dann unter György Fallway's Nachfolger Beutel & Co, weitergelaufen. Wir haben eine Firma Beutel & Co. KG gemacht.

Obmann Dr. **Steger:** Sie glauben, das war 1966.

Dr. **Wilfling:** 1966, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Seit 1966 werden Sie auch steuerlich vertreten durch Herrn Dkfm. Bauer.

Dr. **Wilfling:** Ich habe das gesagt, daß ich seit damals vertreten wurde, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie ihn schon länger gekannt?

Dr. **Wilfling:** Ich habe auch Herrn Dkfm. Bauer aus dem Verband der Sozialistischen Studenten gekannt.

Obmann Dr. **Steger:** Aber die steuerliche Vertretung so ungefähr wie Sie aufgehört haben bei Anger und dann etwas anderes gemacht haben.

Dr. **Wilfling:** Weil ich ja dann selbständig wurde, also mußte ich Einkommensteuer veranlagen. Vorher war ich ja unselbständig.

Obmann Dr. **Steger:** Und wenn Sie jetzt ein bisserl nachgedacht haben seit dieser ersten Frage, können Sie sich jetzt wieder mehr erinnern, wie das beendet wurde? Denn wenn man in Aussicht hat, Gesellschafter zu werden zum damaligen Zeitpunkt bei einer nicht unwesentlichen Firma, dann weiß man doch normalerweise, warum man da im letzten Augenblick die Chance wieder verliert, dort als Gesellschafter sogar drinnen zu sein.

Dr. **Wilfling:** Schauen Sie, die Chance, als Gesellschafter dort drinnen zu sein, hat ja eine breitere Basis gehabt. Der Herr Anger — es wird ja sicherlich allgemein bekannt sein — war ja auch finanziell sehr schwach.

Obmann Dr. **Steger:** Damals allerdings noch nicht. In diesem Jahr noch nicht.

Dr. **Wilfling:** Da muß ich Ihnen widersprechen, denn ich habe die Auftragslage gekannt. Ich kann mich noch genau erinnern — das habe ich Ihnen auch angegeben, Herr Abgeordneter *(zu Abg. Dr. Feurstein)* —, daß ich ihn in Spanien erwischt habe, als er auf einer zweiten Linie Anlagen verkauft hatte.

Obmann Dr. **Steger:** Das hat aber nichts mit finanziell schwach zu tun. Wenn er noch etwas anderes nebenbei verkaufen kann, ist er vielleicht sogar finanziell stärker. Außerdem muß ich Ihnen auch sagen: Die Auftragslage hat überhaupt nichts damit zu tun, ob jemand finanziell stark ist oder nicht.

Darüber hinausgehend gibt es natürlich viele Dinge, die man an Informationen hat und nicht verwenden kann. Aber zu „finanziell schwach" kann ich Ihnen sagen, daß es nicht stimmt. So wie Sie sagen, daß damals die Firma Anger von der Kanzlei Weiss-Tessbach vertreten wurde, kann ich Ihnen sagen, daß ich dort Mitarbeiter war in der Kanzlei. Daher dürfen Sie mir zumindest glauben, daß Sie mir nicht so leicht erzählen können, wie das mit den finanziellen Dingen gelaufen ist. Ich kann nur nicht ver-

wenden, was ich aus den Akten dort weiß, sonst würde ich gegen einiges verstoßen. Nur sollten Sie nicht so leichtfertig das hier alles in den Raum stellen.

Im übrigen sollten Sie auch noch einmal nachdenken, ob Ihre Behauptung stimmt, daß Sie jetzt von Dr. Weiss-Tessbach vertreten werden. Das haben Sie vorher zu Protokoll gegeben. Das ist nämlich immer relativ leicht feststellbar. Da braucht man nur den Anwalt fragen, ob es wahr ist.

Dr. **Wilfling:** Darf ich vielleicht sagen: Ich habe ja gesagt von der Kanzlei Dr. Weiss-Tessbach, und dort gibt es einen gewissen Herrn Dr. Krilischin.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist ganz etwas anderes. Also Sie werden von Herrn Dr. Krilischin vertreten. Der damals, da er jetzt, glaube ich, 28 Jahre alt ist, in der Volksschule war. Das ist daher kein Konnex, so wie Sie das vorher herstellen wollten, daß offensichtlich nichts daran gewesen ist, weil Sie jetzt von derselben Kanzlei vertreten werden. Das ist also daher auch einmal weg.

Nun noch einmal zurück. Eine Firma, die damals sicher eine nicht unbedeutende war — das wissen wir auch aus den Zeitungen, wenn wir gar keine sonstigen Informationen verwenden —, bietet Ihnen an, Gesellschafter zu werden. Eine Firma, die damals jedenfalls keine unbedeutende war, nämlich die Firma Anger, bietet Ihnen an, auch Gesellschafter zu werden — etwas, was Sie ja offensichtlich wollten, denn Sie haben ja auch darüber verhandelt, wie Sie hier erzählt haben.

Dann plötzlich wird Ihnen diese Chance weggenommen. Dann weiß man doch einen Grund dafür. Das glaubt Ihnen halt bisher noch niemand, daß Sie das alles vergessen. — Fällt es Ihnen ein?

Dr. **Wilfling:** Entschuldigen.

Obmann Dr. **Steger:** Ich habe gebeten, daß Sie noch einmal nachdenken. Fällt es Ihnen ein?

Dr. **Wilfling:** Ich bin im Moment nicht in der Lage, Ihnen das zu sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Wie sind Sie in das Spitalwesen geraten?

Dr. **Wilfling:** In das Spitalwesen bin ich im Rahmen meiner Geschäftsführertätigkeit bei der ODELGA gekommen. Ich habe ja hier dann mitgewirkt an den Errichtungen und Planungen mehrerer Spitäler in Österreich. Wir haben auch den Export dort betrieben, und bei dieser Gelegenheit bin ich in das Spitalwesen eingedrungen.

Obmann Dr. **Steger:** Begonnen haben Sie bei der ODELGA wann?

Dr. **Wilfling:** Im Juni 1970.

Obmann Dr. **Steger:** Sehen Sie, das ist wieder etwas: Was ganz problemlos ist, wissen Sie wieder viel genauer als etwas, wo vielleicht Probleme kommen könnten. Sie können uns nicht einmal genau sagen, wann Sie weggegangen sind, warum Sie weggegangen sind. Aber immerhin den Monat des Jahres 1970 kennen Sie, wo Sie dort angefangen haben.

Wann haben Sie denn aufgehört bei der ODELGA?

Dr. **Wilfling:** Darf ich nur sagen: Ich bin um das jetzt in letzter Zeit so oft gefragt worden, das ist mir also echt geläufig.

Ich habe aufgehört im März ...

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, vielleicht müssen wir Sie das andere auch noch öfters fragen. Es werden dann vielleicht andere Abgeordnete noch weiter fragen.

Bitte, also wann haben Sie aufgehört?

Dr. **Wilfling:** Im März 1980.

Obmann Dr. **Steger:** Da war doch eine Phase der Karenzierung noch dabei?

Dr. **Wilfling:** Ich war von 1978 bis zu meinem Ausscheiden bei der ODELGA karenziert.

Obmann Dr. **Steger:** 1978 wann karenziert?

Dr. **Wilfling:** Der Karenzierungsvertrag — das weiß ich jetzt auch genau, weil wir ja dauernd nachgeschaut haben — stammt aus dem Oktober. Ich wurde per 1. 1. oder 15. 2. — das kann ich jetzt nicht genau sagen — karenziert. 15. 2., als mein Nachfolger eingetreten ist.

Obmann Dr. **Steger:** 15. 2. 1978?

Dr. **Wilfling:** 1978. Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Gewerberechtlicher Geschäftsführer waren Sie aber noch länger?

Dr. **Wilfling:** Gewerberechtlicher Geschäftsführer war ich bis Februar 1979.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie für diese Tätigkeit als gewerberechtlicher Geschäftsführer eine Honorierung erhalten?

Dr. **Wilfling:** Ich habe eine Honorierung erhalten in Form eines Dienstwagens, der zeitweise mit Chauffeur besetzt war, aber dieser Wagen mir auch nicht immer zur Verfügung stand.

Obmann Dr. **Steger:** Diesen Dienstwagen haben Sie gehabt bis zur Beendigung als

gewerberechtlicher Geschäftsführer oder während der gesamten Karenzierung?

Dr. **Wilfling:** Dieses Sachhonorar für meine gewerberechtliche Geschäftsführung hatte ich bis zu dem Tag, als ich die gewerberechtliche Geschäftsführung zurückgelegt habe.

Obmann Dr. **Steger:** Gut. Sie haben dann eine Tätigkeit neben allen anderen Tätigkeiten, auch noch gehabt in diesem — wie heißt das — Serotherapeutischen Institut. Wann war das?

Dr. **Wilfling:** Das ist jetzt ein Datum, das ich Ihnen auch nicht angeben kann.

Obmann Dr. **Steger:** Was das für eine Tätigkeit war?

Dr. **Wilfling:** Das Serotherapeutische ...

Obmann Dr. **Steger:** Was war Ihre Tätigkeit in diesem Institut?

Dr. **Wilfling:** Das Serotherapeutische Institut war ein Institut, das der Stadt Wien gehört hat und noch gehört, und dort ist der Geschäftsführer abgelöst worden. Ich war also aufgefordert, interimsmäßig dort die Geschäftsführung zu übernehmen.

Obmann Dr. **Steger:** Sind Sie dafür honoriert worden?

Dr. **Wilfling:** Dafür bin ich honoriert worden. Ja.

Obmann Dr. **Steger:** In welcher Dimension?

Dr. **Wilfling:** Bitte?

Obmann Dr. **Steger:** In welcher Dimension?

Dr. **Wilfling:** Ich glaube, es waren damals 15 000 oder 20 000 S.

Obmann Dr. **Steger:** Zirka eineinhalb Jahre war das — wenn ich Ihnen helfen darf. September 1973 bis April 1975.

Was haben Sie denn als ODELGA-Geschäftsführer als Honorierung ungefähr bekommen? Also jetzt sowohl für die handelsrechtliche Geschäftsführung als auch für die gewerberechtliche Geschäftsführung, wenn man alles zusammenrechnet?

Dr. **Wilfling:** Mein letzter Bezug war als Gesamtgeschäftsführer, glaube ich, 80 000 S, 16mal.

Obmann Dr. **Steger:** Wie oft haben Sie Ihren Bezug als Bereichsleiter der Gemeinde Wien gehabt?

Dr. **Wilfling:** Als Bereichsleiter hatte ich ihn 14mal, wobei die Zulage nur 12mal ging.

Obmann Dr. **Steger:** Was haben Sie als Bereichsleiter monatlich bekommen?

Dr. **Wilfling:** Als Bereichsleiter, glaube ich, waren es 87 000 S, der Unterschied negativ war, glaube ich, 150 000 S im Jahr.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben um 150 000 S billiger gearbeitet als Bereichsleiter?

Dr. **Wilfling:** Ja.

Abg. Dr. **Steger:** Warum?

Dr. **Wilfling:** Weil mir beim Eintritt erstens nicht bekannt war, daß die Bereichsleiterzulage nicht aliquot bezahlt wird wie die Gehälter, und damit ist es schon erklärlich.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt, Sie haben das Gefühl gehabt, Sie kriegen dasselbe wie bisher?

Dr. **Wilfling:** Es war ursprünglich ...

Obmann Dr. **Steger:** Weil sich das nicht ausgehen kann. Denn die Zulage macht einmal nicht 150 000 S aus.

Bei all Ihren Tätigkeiten waren Sie gewohnt zu rechnen. Es fällt auf, daß Sie plötzlich billiger weiterarbeiten. Das tue auch ich ungern zum Beispiel.

Die Frage, warum wollten Sie billiger arbeiten? Sie hatten eine ungekündigte Stellung in all diesen Dingen.

Dr. **Wilfling:** Ich wußte, daß also im Dienst der Stadt Wien ein 15. und 16. Gehalt nicht möglich ist. Ansonsten war mir aber zugesagt, daß ich gleich aussteigen werde. Es hat sich dann ergeben, daß es in dieser Form nicht war.

Ich darf noch etwas anderes dazusagen, warum es mich interessiert hat: weil ich also ab dem Jahre 1977 auch meine Vorlesungen gehalten habe und eigentlich an dem Sektor Krankenhaus auch intuitiv Gefallen gefunden habe, und das muß ich mir auch was wert sein lassen.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie die Erlaubnis für Nebenbeschäftigungen gehabt?

Dr. **Wilfling:** Ich hatte die Erlaubnis für Nebenbeschäftigungen. Ich weiß jetzt nicht, auf welche Sie anzielen, Herr Vorsitzender.

Obmann Dr. **Steger:** Generell, ob Sie die Erlaubnis gehabt haben, allgemein.

Dr. **Wilfling:** Es ist in der Stadt Wien üblich, daß Sie Nebenbeschäftigungen zu melden haben. Es kann natürlich auch ein Einspruch dann kommen.

Obmann Dr. **Steger:** Welche hatten Sie gemeldet, als Sie begonnen haben?

Dr. **Wilfling:** Ich habe alle rechtzeitig gemel-

det, ich habe nur eine, die gewerberechtliche Geschäftsführung, zu spät gemeldet.

Obmann Dr. **Steger:** Welche sind die, die Sie alle rechtzeitig gemeldet haben?

Dr. **Wilfling:** Es geht ja darum, daß an und für sich nur honorierte Tätigkeiten zu melden sind. Ich habe gemeldet meine Vorlesung, ich habe gemeldet das Ludwig Boltzmann-Institut.

Ich glaube, das waren alle, da habe ich nur eine vergessen. Ich weiß es jetzt nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Also letzten Endes waren Sie bereit, auch deswegen zu arbeiten, weil Sie die Vorliebe fürs Krankenhauswesen entdeckt haben?

Dr. **Wilfling:** Ich habe im Jahr 1977 alle, weil man mir das immer wieder vorgehalten hat, meine privaten Firmen und Beteiligungen veräußert, weil ich geglaubt habe, daß man auf dem Spitalsektor doch eine sehr interessante Tätigkeit für die Zukunft finden kann.

Obmann Dr. **Steger:** Solche Nebenbeschäftigungen wie beim Serotherapeutischen Institut waren dann ja nicht mehr möglich. Waren ja auch wieder 20 000 S monatlich, die Sie vorher bei der ODELGA zum Beispiel nebenbei noch mitverdienen konnten.

Oder war Ihnen so etwas auch in Aussicht gestellt?

Dr. **Wilfling:** Diese Sache mit dem Serotherapeutischen Institut war eine Situation, in der ich — bitte das jetzt nicht als hochtrabend anzusehen — eingesprungen bin, weil also die Stadt mit diesem Betrieb in einer gewissen Schwierigkeit war.

Obmann Dr. **Steger:** Wie viele Stunden haben Sie dort in dem Serotherapeutischen Institut beim Einspringen in der Woche gearbeitet?

Dr. **Wilfling:** Das war ein lebender Betrieb. Ich habe bestimmt alles in allem von halb acht Uhr früh bis neun Uhr, oft 9,30 Uhr am Abend durchgearbeitet.

Obmann Dr. **Steger:** Aber doch nicht in dem Institut, Sie waren ja noch ODELGA-Geschäftsführer.

Dr. **Wilfling:** Gesamt, . . .

Obmann Dr. **Steger:** In diesem Institut, wieviel Sie dort gearbeitet haben, im Schnitt, in der Woche?

Dr. **Wilfling:** Es werden im Tag sicherlich zwischen zwei und vier Stunden gewesen sein. Das kann ich nicht mehr genau sagen, darüber habe ich keine Aufzeichnungen geführt.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie Ihre Mitarbeit bei der ARGE Kostenrechnung gemeldet?

Dr. **Wilfling:** Meine Mitarbeit in der ARGE Kostenrechnung habe ich dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Herrn Generaldirektor Machtl gemeldet. Ich habe mir die Zustimmung eingeholt.

Obmann Dr. **Steger:** Wie Sie bei der ODELGA waren?

Dr. **Wilfling:** Da war ich bei der ODELGA.

Obmann Dr. **Steger:** Wie Sie dann Bereichsleiter geworden sind?

Dr. **Wilfling:** War ich nicht mehr bei der ARGE Kostenrechnung.

Obmann Dr. **Steger:** Sie sind vorher ausgeschieden.

Dr. **Wilfling:** Meine Zeit bei der ARGE Kostenrechnung war mit Ende 1976 beendet.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben ja mitgearbeitet an der Erstellung des Anbots bei der ABO, bei der Arbeitsgemeinschaft. Ist das richtig?

Dr. **Wilfling:** In dieser Form möchte ich das nicht sagen. Das Anbot bei der ABO hat nur mehr der Herr Rumpold, glaube ich, mit dem Herrn Keldenich (phonetisch) vom DKI gemacht. Ich war da nicht mehr dabei.

Obmann Dr. **Steger:** Dabei waren Sie in irgendeiner Form auf jeden Fall. Denn es war ja unter anderem drinnen, daß eine von Ihnen zu nennende, von Ihnen repräsentierte Firma noch mitmachen wird. Das wird Ihnen ja bekannt sein.

Dr. **Wilfling:** Das ist mir in der Form nicht erinnerlich, sondern die ABO hat noch eine Firma nachnennen dürfen, aber nicht eine, die von mir namentlich repräsentiert wird oder eine von mir persönlich namhaft zu machende Firma.

Obmann Dr. **Steger:** Erzählen Sie ein bissel was, wie das aus Ihrer Sicht ausschaut. Wie es also bei der Erstellung des Anbots ABO aus Ihrer Sicht gewesen ist? Was Sie darüber wissen?

Dr. **Wilfling:** Ich habe im Jahr 1973 bereits darauf aufmerksam gemacht, daß die ODELGA noch die medizintechnische Planung hat. Wenn ich dort beginnen soll — oder soll ich später beginnen?

Obmann Dr. **Steger:** Wie aus Ihrer Sicht der Beginn des ABO-Anbots war. Wenn Sie meinen, es war im Jahr 1973, dann ist das ein Datum, soweit zurück sind wir bisher noch nie gegangen. Aber vielleicht gibt es auch da einen

Aktenvermerk, wo über Aufteilung des Kuchens, den Sie uns heute vorlegen können, oder sonst etwas schon steht. Das wäre interessant.

Dr. **Wilfling:** Da habe ich Sie mißverstanden. Wenn Sie mich also um die Betriebsorganisation fragen, dann darf ich sagen, daß ich im Jahre 1976 eben auf Grund der Geschichte, die die ODELGA im Rahmen des AKH miterlebt hat, auch den Gedanken gefaßt habe, mich auf dem Sektor der Betriebsorganisation zu betätigen. Bei dieser Gelegenheit war mir damals klar, daß das österreichische Know-how allein dafür nicht ausreichen wird. Denn, ich darf vielleicht anführen, daß die einzige Firma, die ein Spital um 800 Betten zum Laufen gebracht hat, die ODELGA war — das war im Falle der Rudolfsstiftung —, wohl nicht in Form der Betriebsorganisation, sondern von der Medizintechnik her. Es gibt auch andere Meinungen, die besagen, man hätte es so gehabt, aber für eine Klinik ...

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt kommt dann — es zeichnet sich ab —, daß es eine Ausschreibung geben wird.

Ab welcher Phase waren Sie an den Gesprächen zur Gründung der ABO beteiligt? Was wissen Sie darüber? Ganz konkret ABO, nicht nur die Rudolfsstiftung, sondern ABO.

Dr. **Wilfling:** Ich habe dann, um die ODELGA zu verstärken, geglaubt, daß man in etwa die Routinearbeiten durch Österreicher verfertigen läßt, daß man aber im Ausland auf alle Fälle Know-how einkaufen muß. Da habe ich den Kontakt zum Deutschen Krankenhausinstitut aufgenommen.

Obmann Dr. **Steger:** Wann?

Dr. **Wilfling:** Ich hatte schon Kontakt zum Deutschen Krankenhausinstitut, aber in dieser Frage, glaube ich, war es 1976. Ich hatte vorher schon Kontakt zum Deutschen Krankenhausinstitut.

Ich habe dann mit den Herren von der ÖKODATA gesprochen.

Obmann Dr. **Steger:** Wann?

Dr. **Wilfling:** Das muß auch in diesem Zusammenhang im Jahre 1976 gewesen sein.

Obmann Dr. **Steger:** Anfang 1976, Ende 1976?

Dr. **Wilfling:** Es wird schon in der ersten Hälfte des Jahres 1976 gewesen sein und habe dann ...

Obmann Dr. **Steger:** Wen von der ÖKODATA? Zeitpunkt des ersten Kontaktes.

Dr. **Wilfling:** Ich habe mit dem Herrn Bauer oder mit dem Herrn Rumpold gesprochen, mit einem von den beiden Herren. Ich möchte das jetzt auf diese beiden einschränken.

Obmann Dr. **Steger:** Ich darf Ihnen helfen. Der Herr Dipl.-Ing. Rumpold sagt, das Kommerzielle, sozusagen das Geschäft bringen war die Angelegenheit des Herrn Dkfm. Bauer. Kann es sein, daß Sie da am Beginn eher mit Dkfm. Bauer gesprochen haben und dann später erst mit Dipl.-Ing. Rumpold?

Dr. **Wilfling:** Ich bin nicht darüber informiert, wer bei der ÖKODATA das Geschäft bringt.

Obmann Dr. **Steger:** Ich will wissen, ob das stimmen kann, daß Sie zunächst eher mit dem Herrn Dkfm. Bauer darüber gesprochen haben.

Dr. **Wilfling:** Das ist möglich, ja, das würde ich nicht verneinen. Dann habe ich noch an den Herrn Professor Riethmüller gedacht, weil ich gewußt habe, daß im Rahmen des ORP-Programms nicht alles aktuell aufgezeichnet ist, und ich habe ihn eigentlich in meinen Gedanken mit einem ganz kleinen Anteil betraut gehabt, um sozusagen die Nabelschnur zur Geschichte zu haben.

Wir haben dann einmal ein gemeinsames Gespräch ohne Riethmüller in Düsseldorf geführt. Dort hat der Herr Professor Eichhorn ...

Obmann Dr. **Steger:** Sie sagen wieder „gemeinsames Gespräch" — wer war das?

Dr. **Wilfling:** Das war: Rumpold, Bauer, Wilfling, Professor Eichhorn vom DKI und Mitarbeiter von ihm, es war auch der Herr Keldenich (phonetisch) mit dabei, der eine ...

Obmann Dr. **Steger:** War Herr Dipl.-Ing. Winter schon dabei?

Dr. **Wilfling:** Ich glaube, bei diesem Gespräch war er nicht dabei.

Obmann Dr. **Steger:** Gibt es ein anderes Gespräch in Düsseldorf mit einer ähnlichen Personengruppe, wo er dabei war?

Dr. **Wilfling:** Daran kann ich mich nicht erinnern.

Obmann Dr. **Steger:** Ich bitte, weiterzumachen. Wir sind noch immer bei der ABO-Gründung.

Dr. **Wilfling:** Dort hat man zugestimmt und hat gesagt, man wird sich zu gewissen klärenden Fachgesprächen im Umfang ... Und diese ABO-Gruppe hat dann einen Vertreter nach außen bestimmt, und das war der Herr Ing. Rumpold. Ab diesem Moment hat eigentlich er die ABO — damals hat sie Arbeitsgemeinschaft

geheißen — repräsentiert. Da haben wir uns auch damals an die AKPE offeriert, daß wir eben bei Betriebsberatungen teilnehmen wollen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Dr. Wilfling! Sie haben uns jetzt sehr schön erzählt, an wen Sie im Zusammenhang mit der ABO immer gedacht haben. Sie haben gedacht an das Deutsche Krankenhausinstitut, Sie haben gedacht an die ÖKODATA, das waren jetzt gerade Ihre Worte. Aus dem allen entnehme ich eigentlich, daß die ABO in ihren Konturen, wie sie entstanden ist, vor allem bei Ihrem Denken entstanden ist, daß Sie ein bissel der Spiritus Rector bei der Frage waren, wer da am besten zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenkommt. Ist das eine richtige Interpretation?

Dr. **Wilfling:** Ich habe eingangs gesagt, daß wir bei ODELGA uns für die Betriebsorganisation interessiert haben, und ich ...

Obmann Dr. **Steger:** Wir-Form, Sie, ob Sie.

Dr. **Wilfling:** Ich war damals Geschäftsführer der ODELGA. Als Geschäftsführer der ODELGA habe ich mir natürlich Gedanken gemacht, in welcher Form man überhaupt an solche Vorhaben der Betriebsorganisation, weil wir alle auf dem Sektor ...

Obmann Dr. **Steger:** Stimmt es, daß Sie es waren, der die Idee gehabt hat, das so zusammenzubringen?

Dr. **Wilfling:** Bei dem Deutschen Krankenhausinstitut — ja. Das war ich.

Obmann Dr. **Steger:** Ab wann hat es die Kontaktnahme in dieser Frage mit dem Herrn Dipl.-Ing. Winter gegeben? — Sie haben ihn ja schon sehr gut aus Ihrer Tätigkeit her gekannt.

Dr. **Wilfling:** Ich glaube, es war 1976, daß wir uns dort das erste Mal offeriert haben für die Betriebsorganisation. Oder war es 1975?

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie ihn kennengelernt durch Ihre ODELGA-Tätigkeit? Oder war es schon früher?

Dr. **Wilfling:** Soweit ich mich erinnern kann, habe ich den Herrn Dipl.-Ing. Winter im Rahmen meiner Tätigkeit ab 1974 bei Stacher kennengelernt. Es ist möglich, daß ich ihm auch vorher irgendwo begegnet bin.

Soweit ich mich erinnern kann, war es 1974, als er dort dem Arbeitskreis beigegeben wurde.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt kommt es dazu, daß die ABO gegründet wird. Es gibt die verschiedensten Aktenvermerke. Sie werden sicher im Detail dazu noch vernommen. Ich fange nur einmal allgemein an, damit wir den Themenkreis ein bißchen abstecken.

Da gibt es die verschiedensten Firmen, die eventuell mitmachen sollen, hat uns der Herr Dipl.-Ing. Winter mittels Aktenvermerken mitgeteilt, verschiedene Sitzungen, an denen auch Sie beteiligt waren, wo immer ein bißchen von anderen Firmen die Rede war.

Wer war für Sie der, der das Anbot rechnerisch einmal legen sollte? Das mußte ja irgendwann einmal kalkuliert werden und gemacht werden. Wer war der Kalkulator des Ganzen?

Dr. **Wilfling:** Zu dieser Zeit war schon Rumpold der Repräsentant, und diese Anbotlegung oder überhaupt eine Kalkulation hat meines Wissens Rumpold mit dem Herrn Keldenich (phonetisch) vom DKI gemacht. Dort war ich nicht dabei.

Obmann Dr. **Steger:** Aber den Teil, den die ODELGA im Rahmen der ABO machen und auch betragsmäßig bekommen sollte — wer hat denn das kalkuliert?

Dr. **Wilfling:** Herr Vorsitzender! Darf ich dazu sagen, daß zu diesem Zeitpunkt, von dem ich jetzt spreche, über eine Aufteilung gewisser Teile aus einer eventuellen Zusammenarbeit dieser Unternehmen überhaupt nicht gedacht war. Somit wurde eine Berechnung angestellt, die nicht gewissen Teilen zugeschlagen wurde. Für die ODELGA hat zu dieser Zeit überhaupt niemand kalkuliert, sondern es haben für die Überlegungen einer Betriebsorganisation die Leute, die ich Ihnen nannte, meines Wissens kalkuliert.

Obmann Dr. **Steger:** Wann haben Sie den Leistungsteil der ODELGA kalkuliert oder kalkulieren lassen, falls es nicht Sie gemacht haben?

Dr. **Wilfling:** Ich darf sagen, daß ich ab Mitte 1977 mitgeteilt habe, daß ich aus dem Verband der ABO insofern ausscheide, als ich dort das Anbot nicht mehr mitunterfertige, weil ich einfach nicht mehr konnte. Ich war arbeitsmäßig überlastet, und ich habe den Überblick total verloren.

Obmann Dr. **Steger:** Daß dort schon von Anteilen gesprochen worden sein muß, ergibt sich eben aus diesen Aktenvermerken, wo es zum Beispiel heißt: 3. Feber 1976: Ein Drittel ÖKODATA, ein Drittel AGIPLAN, ein Drittel Riethmüller. Und dann steht: plus Wilfling sub, plus MEDIPLAN, eventuell sub, oder — wieder ein anderes Datum, später, aber auch im Jahre 1976 — DKI plus ÖKODATA, plus ODELGA, plus (MEDIPLAN), under pressure.

Es muß also auch schon irgendwo davon geredet worden sein, welche Firmen allenfalls zu welchem Anteil kommen sollen.

268 von 382Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Die Frage, die ich an Sie habe, ist daher, da Sie zumindest bei dem einen Gespräch dabei waren; hier sind Sie ausdrücklich angeführt, da steht: Wilfling, Schwaiger — es steht ohne Titel da, daher sage ich es auch ohne Titel jetzt —, Rumpold, Ego, das ist Winter. Es muß daher ja auch irgendwo in der Dimension geredet worden sein, welchen Anteil welche Firma davon haben soll. Es klingt auch nicht sehr glaubwürdig, daß Hunderte Millionen ausgemacht werden, ohne daß die Firmen auch nur in Konturen wissen, welchen Anteil davon sie haben.

Darf ich Sie noch einmal bitten, die Frage in der Richtung zu beantworten, ab wann aus Ihrer Sicht Gespräche stattgefunden haben, welchen Anteil die ODELGA hat?

Dr. **Wilfling:** Über in Geld ausgedrückte Anteile habe ich nie gesprochen, sondern ...

Obmann Dr. **Steger:** Prozentuell, wenn Sie es mir in dieser Richtung beantworten.

Dr. **Wilfling:** Mehr als die Hälfte sollte im Inland sein, und den Rest sollte man im Ausland als Know-how zukaufen, wie ich vorher ausgeführt habe. Da habe ich natürlich schon daran gedacht, daß die ODELGA in etwa die Hälfte des Inlandanteiles bekommt.

Obmann Dr. **Steger:** Ab wann haben Sie das gedacht?

Dr. **Wilfling:** Das war 1976; in der ersten Hälfte, wie ich schon vorhin gesagt habe.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie das dem Herrn Dipl.-Ing. Winter mitgeteilt, daß Sie an das denken?

Dr. **Wilfling:** Jetzt muß ich doch wieder zurückgehen, Herr Vorsitzender, auf meinen Beginn und muß sagen: Im Jahre 1973 habe ich bei ODELGA einen medizin-technischen Planungsauftrag für das AKH zurückgelegt.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Dr. Wilfling, bitte, gehen Sie nicht auf das Jahr 1973 zurück. Die Frage heißt: Wann haben Sie mitgeteilt, daß Sie persönlich solche Vorstellungsüberlegungen hätten, daß Sie daran denken. Wann haben Sie ihm das in einem Gespräch mitgeteilt? Nicht das, was Sie allgemein wollen, sondern das.

Das ist eine ganz konkrete Frage, die man konkret beantworten kann.

Dr. **Wilfling:** Daß wir uns um die Betriebsorganisation als ODELGA bewerben, habe ich sicherlich Ende 1975 zum ersten Mal ausgesprochen.

Obmann Dr. **Steger:** Die Anteile, die die ODELGA haben will, sodaß mehr als die Hälfte österreichisch sein sollte und davon zumindest die Hälfte ODELGA, wann haben Sie das zum ersten Mal gesagt?

Dr. **Wilfling:** Das geht sicherlich erst nach den Gesprächen, die ich mit dem Herrn Rumpold in der Richtung geführt habe, das wird Anfang 1978 gewesen sein.

Obmann Dr. **Steger:** Als Sie ihm das gesagt haben, haben Sie da auch schon ein bissel besprochen, was welche Firma vom Gesamten machen soll? In den Konturen, nicht im Detail?

Dr. **Wilfling:** Das war in diesem Umfang oder in dieser Form nicht besprochen worden. Für mich war es natürlich klar, daß die ODELGA ihre ureigensten Dinge machen soll.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt, Sie haben zu dem Zeitpunkt nur geredet, daß sie was macht, in Mengen macht, aber eigentlich mit ihm überhaupt nicht besprochen, was sie macht.

Dr. **Wilfling:** Ist nicht besprochen worden.

Obmann Dr. **Steger:** Es war zu dem Zeitpunkt noch egal, was welche Firma macht. Es war Ihnen nur wichtig, daß insgesamt gewisse Firmen dabei sind?

Dr. **Wilfling:** Ich habe ja vorher ausgeführt, Herr Vorsitzender, daß eigentlich gewisse Routine bis zu einem gewissen Level in Österreich gemacht werden sollte und das Know-how aus dem Ausland zugekauft werden sollte. Ich glaube, solche Gespräche hätte man nicht führen können, bevor man nicht die ganze Situation einmal durchleuchtet.

Obmann Dr. **Steger:** 1975 Ende, Anfang 1976, haben Sie sich nicht nur gedacht, daß es so sein sollte, sondern mit Winter darüber gesprochen. Haben Sie uns gerade vorher gesagt. Noch nicht im Detail, aber daß insgesamt diese Firmen in einer ungefähren Größenordnung vorkommen sollten. Sie haben uns weiters jetzt gesagt, die ODELGA sollte ihre ureigensten Sachen machen, haben Sie sich gedacht. Wann haben Sie ihm das gesagt?

Dr. **Wilfling:** Das habe ich in der Form sicher nie gesagt. Denn dazu hat es gar keinen Anlaß gegeben.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie das nur intern in der Arbeitsgemeinschaft besprochen?

Dr. **Wilfling:** Nicht einmal dort, weil ich an der echten Aufstellung, die dann im Rahmen dieser Firmengruppe über den Leistungsumfang, den sich die Herren dort vorgestellt haben, gemacht wurde, nicht mitgewirkt habe.

Obmann Dr. **Steger:** Was waren die ureigensten Sachen der ODELGA, an die Sie gedacht haben?

Dr. **Wilfling:** Ureigenste Sachen der ODELGA sind immer die Bereiche, die sich um

die Funktionsräume der Medizin bewegen, die sich auf dem Ver- und Entsorgungsthema bewegen, die sich auf Apotheken bewegen.

Obmann Dr. **Steger:** Ich helfe Ihnen ein bissel. Gehen wir jetzt einmal das Leistungsverzeichnis durch, und Sie sagen mir: Das war der Bereich der ODELGA.

Dr. **Wilfling:** Welches Leistungsverzeichnis haben Sie dort?

Obmann Dr. **Steger:** Das ist das Leistungsverzeichnis laut Aufsichtsratssitzung 25. 9., das insgesamt für die ABO festgesetzt wurde. Da wissen wir jetzt, da haben wir die Gesamtleistungen, und Sie sagen mir jetzt, da haben Sie an ODELGA gedacht, dort haben Sie an ODELGA gedacht.

Dr. **Wilfling:** Herr Vorsitzender, darf ich bitte sagen. So tief war ich in meinen Gedanken überhaupt nicht. Es ist ja dann ein Werk entstanden, das die ÖKODATA oder der Herr Rumpold mit dem Herrn Keldenich (phonetisch) gemacht hat, das, glaube ich, einen Ordner dick war. Bei diesen Aufzeichnungen dort habe ich nicht mehr mitgewirkt, sondern ich kann Ihnen, wenn Sie mich um die ureigensten Sachen der ODELGA fragen, dann nur sagen, was die ODELGA leistungsmäßig bestreitet.

Obmann Dr. **Steger:** Ich lese Ihnen die Überschriften vor, die großen, und Sie sagen mir dort.

Dr. **Wilfling:** ... daß es dort gewesen sein könnte.

Obmann Dr. **Steger:** Sicher, gewesen sein. Gewesen ist es ja noch nicht, es ist ja erst vergeben worden, wie Sie schon auf der anderen Seite waren.

Systemplanung heißt Punkt 1. Gehört Systemplanung zur Ablaufplanung, gehört es zur Sachmittelplanung, zur Inbetriebnahmeplanung. Das sind also einmal die vier großen Punkte. Wohin hätten Sie die ODELGA eingereiht?

Dr. **Wilfling:** Bei der Ablaufplanung.

Obmann Dr. **Steger:** Bei der Ablaufplanung.

Dr. **Wilfling:** Können Sie einige Punkte angeben, daß ich das kontrollieren kann.

Obmann Dr. **Steger:** Das muß man wieder einschränken. Jetzt sind wir einmal bei der Ablaufplanung. Sie hätten die ODELGA zur Ablaufplanung getan. Jetzt gibt es da folgende Punkte: Wenn Sie mir das sagen, was da in Frage kommt.

Sämtliche für den Entwuf notwendigen betriebsorganisatorischen Vorgaben.

Aktive Mitarbeit und Beratung im Rahmen der Entwurfsplanung in Abstimmung mit den Planungsbeteiligten. Überprüfung der Planungsergebnisse der beteiligten Planer im Hinblick auf die Einhaltung der definierten Vorgaben, Mitwirkung bei Planfreigaben, Identifikation mit dem freigegebenen Inhalt dieser Planungen.

Sagen Sie zu, wenn Sie das finden, was Sie wissen?

Ich lese immer weiter, bis Sie sagen, das war es.

Ablaufgestaltung, Verrichtungsträger, Sachmittel, Information.

Dr. **Wilfling:** Das kann nur in der Ablaufgestaltung sein. Nur, Herr Vorsitzender, ich kenne das Protokoll nicht. Mir scheint, daß sich hier das Vokabular von meinem unterscheidet, denn bei dieser Ablaufplanung habe ich mir vorgestellt, daß die ODELGA in der Ablaufplanung ihrer Tätigkeiten auf dem Funktionsbereich der Medizin, Küchen, Wäscherei, Apotheke, Sterilisation tätig ist. Ich kenne dieses Papier nicht, und daher ist mir die Einteilung auch nicht geläufig.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Sie waren als Bereichsleiter zuständig zu dem Zeitpunkt, wie dieses Papier Grundlage der Vereinbarung geworden ist. Daher müßten Ihnen die Begriffe was sagen. Sonst können Sie ja auch nicht von der Planungsphilosphie überhaupt Meinungen kundgeben, bevor die Entscheidung fällt. Wenn ich als Jurist sage: Das sind mir lauter fremde Begriffe!, dann wird mir das der gesamte Ausschuß glauben. Aber wenn Sie jetzt sagen, daß Ihnen das alles nix sagt, so glaubt Ihnen das der Ausschuß — nehme ich an — nicht so leicht. Daher war es ja sicher auch richtig, daß Sie jetzt gesagt haben: Hier ist das Ablaufplanung und dann Ablaufgestaltung im Rahmen der Ablaufplanung.

Ist diese Beratung der Ablaufgestaltung im Rahmen der Ablaufplanung nach Ihrer Meinung so wichtig, daß man da, ohne daß man es näher konkretisiert, sagen kann: das ist ein Drittel des Gesamtauftrages?

Dr. **Wilfling:** Ich darf noch einmal wiederholen: Wir sind zu meiner Zeit, wie ich mich damit beschäftigt habe, überhaupt nicht in diese Tiefe des Details gegangen. Ich muß sagen, dieses Protokoll ist mir nie zugänglich gewesen, das Sie jetzt vor sich haben.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist auch erst nach Ihrer Entscheidung, nachdem Sie mitentschieden oder die Meinung geäußert hatten, daß nur eine Firma in Frage kommt, Sie kennen den berühmten Satz, den die Planungsphilosophie

der Gemeinde Wien kennt. Erst darnach kam es zu diesem Protokoll. Endgültig.

Jetzt bleiben wir einmal bei einem Schlußsatz für meine Fragerunde, damit die anderen Herren Abgeordneten wieder zum Zug kommen, Herr Zeuge.

Es gibt eine Meinung, daß in diesem Bereich kein Auftrag vergeben werden konnte, ohne daß Sie mit einer Firma, die dann meistens noch festgesetzt wurde, dabei waren namhaft.

Ich habe jetzt versucht, ein bissel so auszuleuchten, wie konkret ist es eigentlich, was Sie geplant haben zu machen, und dabei ist aus meiner Sicht jetzt sehr wenig übriggeblieben. Trotzdem stimmt es auf jeden Fall, daß ein namhafter Prozentsatz gemacht werden mußte durch eine Firma, die Sie vertreten haben.

Was halten Sie von dem Vorwurf, daß kein Auftrag zu dem Zeitpunkt in diesen Jahren in Wien in diesem Bereich vergeben werden konnte, wenn Sie nicht mit einer Firma, die Sie repräsentiert haben, mit einer Firma, wo Sie mit dabei waren, mit drinnen waren in so einem Auftrag.

Was halten Sie generell von diesem Vorwurf?

Dr. **Wilfling:** Meine Position war natürlich sicherlich sehr exponiert. Und in Fragen der Betriebswirtschaft habe ich sicherlich den Herrn Stadtrat beraten. Aber daß nur mehr Aufträge hinausgegangen wären, die von mir sozusagen gesteuert werden, dagegen muß ich Einspruch erheben. Denn die ODELGA hat an Betriebsberatung nur den einen Auftrag gehabt — der hat mich selbst betroffen —: meine Beschäftigung in der Stadt als Konsulent. Einen anderen hat die ODELGA in der Form gar nicht gekriegt, und ich weiß auch gar nicht ...

Obmann Dr. **Steger:** Hat Sie anderes Personal dazu gehabt? Außer Sie jetzt. Welches Personal hatte sie sonst für das, für diesen Auftrag?

Dr. **Wilfling:** Für welchen Auftrag?

Obmann Dr. **Steger:** Für diesen Planungsauftrag. Welches Personal, außer Ihnen ad personam, hatte die ODELGA dafür?

Dr. **Wilfling:** Sie sprechen jetzt von dem Konsulentenauftrag mit der Stadt?

Obmann Dr. **Steger:** Nein. Von diesem Planungsauftrag im Rahmen der ABO, wo die ODELGA, zunächst ODELGA, dann ist über etwas anderes geredet worden, mitmachen sollte?

Dr. **Wilfling:** Herr Vorsitzender! Da muß es auch Protokolle aus der ODELGA intern geben, in denen ich überall angeführt habe: Falls die ODELGA sich zu so einem Auftrag entschließt, daß also die nötige Anzahl von Fachleuten und Personalaufstockung vorgenommen werden muß.

Vorsitzender Dr. **Steger:** Fest steht auch nach Ihrer Aussage, daß man jedenfalls, als Sie sich darum beworben haben oder Sie gesagt haben: Ein Drittel des Auftrages kriege sie, nicht das Personal hatte, sondern es hätte das Personal aufgenommen werden müssen.

Dr. **Wilfling:** Ich darf festhalten, daß zu dem Zeitpunkt, als ich mich mit dem Gedanken als Geschäftsführer der ODELGA getragen habe, in die Betriebsorganisation einzusteigen, das notwendige Personal noch nicht da war. Das habe ich auch dem Aufsichtsrat damals mitgeteilt. Aber ich bin auch nur zu einer Grobaufstellung gekommen und nicht mehr weiter in eine tiefere Situation, sonst hätte ich Aktionen setzen müssen und den Personalstock auf ...

Obmann Dr. **Steger:** Als Sie dann später von der Planungsphilosophie gesprochen haben, an wen haben Sie da gedacht: an die Firma ODELGA oder an sich ad personam? Personal war ja noch nicht da.

Dr. **Wilfling:** Das Wort „Planungsphilosophie" fiel ja, wenn ich mich auf den Aktenvermerk des Herrn Schwaiger beziehe, im Jahre 1978. Und unter Spitalplanungsphilosophie habe ich eigentlich ganz konkret verstanden, daß man — ich war ja ein weisungsgebundener Mitarbeiter der Stadt — alle Voraussetzungen, die hier für uns gegeben sind, wie zum Beispiel das Krankenanstaltengesetz, die Verordnungen, die Vereinbarungen mit der Gewerkschaft — wir haben hier in Wien einen Spitalplan gehabt, der vorgibt ein Krankenanstaltenverbundsystem ...

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, nicht jetzt eine sehr lange Antwort, sonst kommen wir zu dieser Beantwortung nicht. An wen haben Sie gedacht ad personam, an welche Personen?

Dr. **Wilfling:** Herr Vorsitzender! Ich muß Ihnen sagen, ich habe dort an keine Person und an keine Firma gedacht, sondern das war eine Rahmenbedingung, die für alle gültig war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich bitte um Verständnis, daß ich eine Zusatzfrage stelle, wo ich etwas nicht verstanden habe. Wann war die Düsseldorfer Reise, an die Sie sich erinnern können? Davon war ganz am Anfang dieser Runde die Rede, ich habe nur das Datum nicht mitbekommen.

Dr. **Wilfling:** Ich glaube, das war Anfang 1977.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie können sich an keine zweite Reise erinnern?

Dr. **Wilfling:** Ich glaube, einmal war auch der Herr Parzer dabei. Aber ich kann Ihnen den Zeitpunkt nicht mehr sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was der Gegenstand war, darauf kommen wir noch zurück.

Dann habe ich folgendes nicht verstanden: Sie haben Winter empfohlen, oder Winter sagt, Sie haben ihn empfohlen in das Stacher-Team. Bei Ihnen habe ich jetzt herausgehört, daß dies nicht der Fall gewesen ist.

Dr. **Wilfling:** Ich habe Winter nicht in das Stacher-Team empfohlen. Meiner Erinnerung nach ist er über den Herrn Magistratsdirektor gekommen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aha.

Dritte Frage: Mitte 1977 sind Sie — Sie sagten da den schönen Satz: weil Sie die Übersicht nicht mehr hatten wegen Arbeitsüberlastung — aus der ABO ausgeschieden. Habe ich das richtig verstanden?

Dr. **Wilfling:** In der zweiten Hälfte 1977 — es dürfte nach dem Sommer gewesen sein — habe ich mich eigentlich aus der aktiven Mitarbeit von dort zurückgezogen, weil ich es einfach nicht mehr geschafft habe.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, gerade Mitte 1977, gerade in der Aufsichtsratssitzung der ODELGA vom 15. Juni 1977 haben Sie dort dem ODELGA-Aufsichtsrat die Chance der ODELGA, in der ABO mitzuarbeiten, erläutert und darüber informiert. Da hat es ja gerade erst angefangen.

Dr. **Wilfling:** Ja, es hat aber dann nach dem Sommer ein Ereignis gegeben, das von uns auch akzeptiert werden mußte.

Es hat ein Gespräch gegeben mit dem Herrn Magistratsdirektor. Ich war dort nur Konsulent, und wir mußten uns auch den Vorstellungen unseres Kunden hier anpassen. Ich habe dort auch zugestimmt, wo der Magistratsdirektor die Meinung vertreten hat — ich habe zum Teil dort auch Vorschläge unterbreitet —, daß es auch eine Möglichkeit geben müßte, einen Teil der Betriebsorganisation aufbauend mit stadteigenem Personal mit zu erarbeiten. Und diesem Wunsch der Stadt mußte ich ja dann auch Rechnung tragen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also nicht mit ODELGA, sondern mit MA-17-Leuten, vereinfacht?

Dr. **Wilfling:** In der MA 17 gibt es eine eigene Neubaugruppe, die sollte aufgestockt werden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Letzte Frage, wo ich Ihre Aussage nicht verstanden habe: Versloot sei von Ihrem Vorgänger in die ODELGA gebracht worden. Im Gegensatz dazu wurde der Generalvertrag mit Versloot erst am 7. Mai 1976 im Aufsichtsrat beschlossen. Wie reimt sich das zusammen?

Dr. **Wilfling:** Herr Abgeordneter, ich möchte bitten, zu unterscheiden zwischen einem Generalvertrag und einer Zusammenarbeit. Es ist ein Papierlieferant. Das heißt also, das sind Produkte, die einer großen Schwankung in der Preisrelation unterliegen. Außerdem war es bei der Papierverpackung in den Jahren 1970 bis, glaube ich, 1974 ein sehr kleiner Prozentsatz, der auf dem Markt arbeitete, weil die Sterilisatoren technisch nicht in der Lage waren, mit Papier zu sterilisieren.

Obmann Dr. **Steger** entläßt den Zeugen.

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 40 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr 5 Minuten wiederaufgenommen.)

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ) *(nachdem Dr. Wilfling wieder in den Saal gerufen wurde):* Dr. Wilfling! Sie haben gesagt auf eine Frage zur Beschuldigung von Dipl.-Ing. Rumpold, Sie hätten von ihm nach dem Ende des Essens im „Wegenstein" einen namhaften Betrag verlangt, daß das nicht der Fall war. Ist das richtig?

Dr. **Wilfling:** Ja, das habe ich gesagt.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Warum glauben Sie, daß Dipl.-Ing Rumpold eine solche Äußerung in diesem Verfahren von sich gegeben hat?

Dr. **Wilfling:** Ich kann das persönlich nicht richtig abschätzen. Jedenfalls hatte der Aktenvermerk, den er seinerzeit mit dem Herrn Kontrollamtsdirektor verfaßt hat, auch in sich Widerspruch gezeigt. Er hat dort unterschrieben, daß er an mich eine Provision bezahlt hätte oder daß ich eine Provision verlangt hätte. Zwei Absätze weiter schreibt er dann, daß er in dem Ansinnen so lange einen Sinn sah, solange eine Leistung erbracht wird und sich dabei der Aufwand der Firma Ökodata verringert. Mit einer Provision kann sich der Aufwand nicht verringern. Es ist richtig, wie ich angegeben habe, daß er Leistungen auf theoretischem Gebiet wollte, weil ihm Derartiges für die Durchführung seiner Arbeiten anscheinend woanders gefehlt hat. Mehr kann ich dazu eigentlich nicht sagen.

Ich darf dazu vielleicht nur eines anführen, weil es immer heißt oder verschiedentlich auf mich zugekommen ist, daß sich dann das Verhältnis zu Rumpold verschlechtert hätte: Das Verhältnis zu Rumpold hat sich bereits Anfang 1977 verschlechtert, nämlich im Rahmen seiner ganzen Rationalisierungstätigkeit, wo ich feststellen mußte, daß er bei seinen Überlegungen

gewisse fachliche Mängel hat. Das habe ich ihm seinerzeit als Vertreter Wiens im Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds bewiesen.

Wenn ich hier allein ein Beispiel anführen darf: Man wollte an die Spitäler der Länder das Geld nach der Gauß'schen Glocke verteilen. Das heißt, daß man am Jahresende gewußt hätte, wieviel Geld man wirklich zum Betreiben der Spitäler hat. So mußte man viele dieser Vorschläge zurückziehen, und das war vielleicht nicht angenehm für ihn. Ich habe ja persönlich mit ihm überhaupt nicht verkehrt, wenn, dann nur über diese Arbeitsmomente Kontakt gehabt.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Sie scheinen mit ihm persönlich verkehrt zu haben, sonst wären Sie ja nicht mit ihm essen gegangen. Seit wann kennen Sie Herrn Dipl.-Ing. Rumpold?

Dr. **Wilfling:** Herrn Dipl.-Ing. Rumpold kenne ich, glaube ich, seit 1974. Er wurde mir seinerzeit im Rahmen der Ökodata von Dkfm. Bauer vorgestellt.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Wann haben Sie das erste Mal von diesem Bestechungsvorwurf gehört?

Dr. **Wilfling:** Von diesem Vorwurf habe ich gerüchtemäßig Anfang 1980 gehört. Dann ist es einmal in der „Kronen Zeitung" erschienen. Mein Anwalt hat daraufhin dem Herrn Kontrollamtsdirektor einen Brief geschrieben, ob man nicht den Aktenvermerk direkt haben kann. Darauf haben wir keine Antwort erhalten. Als dann dieser Aktenvermerk, erkennbar dem Sinne nach, noch einmal oder in einer anderen Zeitung gekommen ist, habe ich an den Herrn Kontrollamtsdirektor über meinen Anwalt die Erklärung abgegeben, wie es damals war.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Woher haben Sie das Anfang 1980 gehört? Wie ist Ihnen diese Information zugegangen, Sie hätten von Dipl.-Ing. Rumpold Millionen-Beträge verlangt?

Dr. **Wilfling:** Das hat auf der Gerüchtebörse kursiert. Ich kann es nicht konkret sagen, es ist mir zugetragen worden, es hat niemand die Dinge offen in die Hand genommen. Ich habe damals auch von einer Klage deshalb Abstand genommen, weil meine Anwälte gesagt haben, die Erklärung, die ich zu diesem Ganzen schriftlicher Natur bekommen habe, würde ausreichen, um die Sache klarzustellen. Scheinbar hat es doch nicht ausgereicht.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Haben Sie je mit Dr. Bandion darüber zu diesem Zeitpunkt gesprochen?

Dr. **Wilfling:** Dr. Bandion hat Ende 1979 einmal etwas von 1,5 Millionen gesagt. Da habe ich gesagt: Bitte, setzen Sie doch den Mann her, und dann muß man das ausdiskutieren. Sagen Sie mir, wer das ist. Er hat mir weder einen Namen genannt noch sonst etwas.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Das heißt also, Sie haben schon Ende 1979 davon erfahren?

Dr. **Wilfling:** Ich wußte nicht, daß es sich hier um dasselbe handelt. Der Herr Dr. Bandion hat mir eine Summe von 1,5 Millionen gesagt, würde mich jemand beschuldigen.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Herr Doktor, wann haben Sie das Studium abgeschlossen?

Dr. **Wilfling:** Ich habe 1964 abgeschlossen.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Dann haben Sie welche Tätigkeiten — könnten Sie uns das noch einmal in der Reihenfolge sagen — ausgeübt?

Dr. **Wilfling:** Entschuldigen Sie, ich habe mein Doktorrat 1974 oder 1975 gemacht: enschuldigen Sie, daß ich da etwas Falsches gesagt habe.

Ich war seinerzeit in der Bank meines Onkels, dann war ich bei IBM.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Wie lange waren Sie bei IBM?

Dr. **Wilfling:** Bei IBM habe ich die Schulung für Programmieren und Systemanalyse durchgemacht; ich glaube, es war ein halbes Jahr.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Also dort waren Sie nicht angestellt, sondern zur Ausbildung.

Dr. **Wilfling:** Ich war zur Ausbildung angestellt. Die haben das damals für junge Leute so gemacht.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): War damals bereits Herr Dipl.-Ing. Rumpold bei IBM?

Dr. **Wilfling:** Ich habe ihn damals weder gekannt noch getroffen noch sonst irgendwelche Beziehungen mit ihm gehabt.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Und wie sind dann Ihre Lebensschritte sozusagen weiter gewesen?

Dr. **Wilfling:** Ich war dann bei der Firma Anger, wie Sie heute gehört haben, dann war ich selbständig bis 1970, habe dann meine Geschäftsführungen in meinen Betrieben zurückgelegt, die ich weiter behalten habe, und war dann seit Mitte 1970 bei der Firma ODELGA.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Wie lange

haben Sie im Rahmen der ARGE mitgearbeitet?

Dr. **Wilfling:** Das war 1965, der erste Auftrag, bis Ende 1966; entschuldigen Sie, von Ende 1975 bis Ende 1976, Abschluß war dann Anfang 1977. Ich habe mein Ausscheiden erklärt, ich glaube, es war im Februar 1977.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Sie haben zuerst gesagt, Sie hätten 1977 alle privaten Firmen und alle Beteiligungen veräußert. Können Sie uns sagen, welche Veräußerungen hier stattgefunden haben?

Dr. **Wilfling:** Ich habe meine Anteile an der Raumausstatterfirma veräußert, ich habe bei der Wilfling Ges.m.b.H., das ist eine Teppichreinigungsfirma, meine Anteile veräußert und habe auch bei der Westor A.G. meine Anteile veräußert.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Sie haben auf die Frage des Abgeordneten Hobl geantwortet, daß die Firma Dr. Krcal 60 000 S erhalten hätte bezüglich des Honorars für Tätigkeiten im Rahmen des Boltzmann-Instituts und daß sie die 60 000 S und nicht 300 000 S versteuert hätte. Ist das richtig?

Dr. **Wilfling:** Er hat für selbständige Arbeit 60 000 S; dann hat er mitgearbeitet für Leistungen im Rahmen des Instituts, dafür war vereinbart, daß kein Honorar bezahlt wird.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Wer hat den Auftrag an das Boltzmann-Institut gegeben?

Dr. **Wilfling:** Das war damals die ODELGA.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Und wer hat den Auftrag unterschrieben?

Dr. **Wilfling:** Das habe ich unterschrieben.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Das heißt, Sie haben sich selbst sozusagen einen Auftrag gegeben.

Dr. **Wilfling:** Wenn Sie es in der Form sehen wollen: ja; nur irgendwer hat es ja machen müssen.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Woher kannten Sie die Firma TECHMED?

Dr. **Wilfling:** Ich kannte die Firma TECHMED. Zu meiner Zeit, als ich ODELGA-Geschäftsführer war, gab es weder eine Firma TECHMED noch sonst etwas. Ich habe heute vormittag gesagt, daß wir nur mit der Firma GKE mit dem Herrn Versloot gearbeitet haben. Ich habe auch nur mit ihm auf dem Gebiet der Einmalsterilisationswaren, Einmalverpackungen, Folien und Kleintransporteinrichtungen gearbeitet.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Kennen Sie die Eigentümer der Firma TECHMED?

Dr. **Wilfling:** Nein.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Wieso geben Sie einen Subauftrag an die Firma TECHMED, wenn Sie die Eigentümer nicht kennen?

Dr. **Wilfling:** Ich glaube, das muß ein Irrtum sein. Wenn Sie mir die Unterlage geben können, wo ich an die Firma TECHMED einen Auftrag gegeben habe.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Gibt es einen Firmenvertrag zwischen der MED-CONSULT und der Firma TECHMED?

Dr. **Wilfling:** Ich weiß es nicht. Ich habe weder die Firma MED-CONSULT mitgegründet noch war ich dort Geschäftsführer noch habe ich dort einen Auftrag hingegeben.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Aber an der Firma MED-CONSULT ist doch die ODELGA beteiligt. Oder?

Dr. **Wilfling:** Das ist alles nach meinem Ausscheiden als Geschäftsführer geschehen und nicht unter meiner Geschäftsführertätigkeit.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Welche Subunternehmer waren für die Firma ODELGA tätig?

Dr. **Wilfling:** In welchem Rahmen?

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Tätigkeiten im Rahmen des AKH.

Dr. **Wilfling:** Sie meinen Betriebsorganisation? Ich habe weder das Offert noch den Auftrag mitunterschrieben und habe auch keine Subunternehmer beauftragt und beschäftigt in meiner Geschäftsführertätigkeit. Bitte, darf ich das festhalten: Als ich gewerberechtlicher Geschäftsführer noch war — ich war ja für die Betriebsorganisation zuständig —, hat mich niemand informiert, an wem derartige Aufträge vergeben werden.

Abg. Dr. Erich **Schmidt** (SPÖ): Wann haben Sie das erste Mal von der Firma TECHMED gehört?

Dr. **Wilfling:** Das war Ende letzten Jahres, als es durch das Kontrollamt mehr oder weniger bemerkt wurde und dann natürlich in Wien wie ein Lauffeuer herumgegangen ist.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie heute eine Idee, wem die Firma gehören könnte?

Dr. **Wilfling:** Ich sage Ihnen ganz offen, seit einem halben Jahr sagt mir jeder Dritte, wenn ich nach Deutschland komme, sie gehört mir. Ich erkläre hier ganz offen, daß sie mir nicht gehört und nie gehört hat, daß ich dort weder

274 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

ein Prozent noch mehr Prozente hatte, daß ich auch als Geschäftsführer der ODELGA niemals mit einer derartigen Firma einen Vertrag abgeschlossen hätte. Denn solange ich Geschäftsführer bei der Firma ODELGA war, haben wir unsere Arbeiten am Beratungssektor selber gemacht. Ich habe also keine Veranlassung gehabt, eine Subfirma oder sonst etwas zu gründen.

Obmann Dr. **Steger:** Das war auch nicht notwendig. Denn bei den Beträgen, für die Sie abgeschlossen haben, hätten Sie ja das Personal noch aufgenommen, wenn Sie Geschäftsführer geblieben wären.

Dr. **Wilfling:** Ich hätte das im Rahmen der Firma ODELGA sicherlich gemacht.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn Ihnen die ARGE-Partner hätten mitteilen können, welche Aufträge Sie zu übernehmen haben.

Dr. **Wilfling:** Falls wir das überhaupt gekriegt hätten und nicht der Eigentümer eine Tochter gegründet hätte, über das kann ich natürlich nicht verfügen.

Obmann Dr. **Steger:** Anfang 1977 war Ihr Verhältnis zu Dipl.-Ing. Rumpold bereits verschlechtert, haben Sie Dr. Schmidt geantwortet. Wieso haben Sie dann trotzdem ihm allein eigentlich die Verhandlungsführung für die ABO überlassen? Wenn man ein schlechtes Verhältnis zu jemanden hat, dann schickt man den ja nicht unbedingt allein verhandeln.

Dr. **Wilfling:** Die meisten Gespräche habe ich mit dem Mehrheitsgesellschafter geführt.

Obmann Dr. **Steger:** Dkfm. Bauer?

Dr. **Wilfling:** Dkfm. Bauer. — Ich hatte also gar keine andere Möglichkeit. Es war sein einziger Geschäftsführer. Soviel ich weiß, hat er dann gewechselt.

Obmann Dr. **Steger:** War für Sie Herr Dipl.-Ing. Rumpold so etwas wie ein Fremdkörper? Sie haben eigentlich immer mit Herrn Dkfm. Bauer die Gespräche geführt.

Dr. **Wilfling:** Es steht mir nicht zu, Herr Vorsitzender, ihn zu qualifizieren. Nur möchte ich eines sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Sagen Sie es ruhig, qualifizieren Sie ihn! Ich bitte Sie darum.

Dr. **Wilfling:** Er hat gewisse Vorstellungen gehabt, die für ihn richtig waren im Rahmen von Beratungen und im Rahmen von Spitalsführung, und da war er nicht einen Millimeter konzessionsbereit. Nun gibt es halt Voraussetzungen und Gewerkschaften und Abschlüsse und Gesetze und Verordnungen, und das kann man nicht brechen. Da war mit ihm nichts zu machen. Das war halt sehr schwierig.

Obmann Dr. **Steger:** Sehen Sie das „Nichtkonzessionsbereit-Sein" im finanziellen oder im rechtlichen Bereich?

Dr. **Wilfling:** Nein, in den Bereichen, in denen ich es vorher abgesteckt habe.

Das ist beim Führen von Spitälern unter den gegebenen Voraussetzungen, die da sind. Es gibt ja Abschlüsse mit Gewerkschaften, es gibt Krankenanstaltengesetz und, und, und.

Obmann Dr. **Steger:** Was halten Sie heute von Herrn Dipl.-Ing. Rumpold, nachdem Sie ihn ja insgesamt im Laufe der Jahre besser kennengelernt haben?

Dr. **Wilfling:** Wenn ich wieder Geschäftsführer der ODELGA wäre, würde ich keine Partnerschaft mit ihm eingehen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich kann nur unterstreichen: Nach dem, was der Herr Rumpold über Sie sagt, sind Sie gut beraten, wenn Sie so etwas überlegen. Ich habe überhaupt den Eindruck, daß Sie und der Herr Winter jeweils die sind, die übrigbleiben sollen oder auch übrigbleiben. Daher mir bitte meine Fragen möglichst stimmig zu beantworten.

Erstens, was mir bei Ihnen nicht einleuchtet, ist diese Doppelverrechnungs- und Rückzahlungssache, die immer wieder auftaucht: einmal Reiserechnungen, dann „Eve"-Besuche. Ist ja alles durch die Gazetten gegangen. Wie kann so etwas bei einem Menschen wie Ihnen überhaupt entstehen?

Dr. **Wilfling:** Herr Abgeordneter, ich darf dazu sagen: „Eve"-Besuche habe ich keine rückverrechnet, auch nicht rückgezahlt. Reisekosten: Ich gebe zu, daß man in den eigenen Sachen vielleicht etwas schlampiger ist. Wenn man nach Hause kommt, legt man die ganzen Dinge hin. Meistens habe ich diese Dinge, weil ich bei meiner Einkommensteuererklärung sehr streng verrechne und dort dann genau sehe, wenn ich wirklich etwas doppelt verrechnet habe, halt dann zurückgegeben. Das gebe ich gerne als Fehler zu, das sollte aber nicht als Maßstab dabei dienen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Mir ist es aber ein Phänomen, nicht nur ein einmaliger Fehler. Dasselbe taucht beim Krcal und seinem Sparbuch auf. Da zahlen Sie ja auch, obwohl Sie in der Aussage gegenüber der Frau Parté die Leistung, die der Krcal für Sie erbracht hat in der Größenordnung von Wertigkeit 200 000 S, 240 000 S, beziffern dann 240 000 S aus Ihrer Kasse mutmaßlich zurück. Wie konnte so etwas entstehen?

Dr. **Wilfling:** Herr Abgeordneter, ich darf nur eines dazusagen: Bei diesem Gespräch mit der Frau Dr. Parté habe ich das berichtigt; das ist sicher noch nicht an Sie gelangt. Hier wird halt irrtümlich der Wert der Leistung des Instituts mit dem Wert der Leistung des Dr. Krcal angegeben. Dann geht es sich wieder aus.

Dr. Krcal hat also 60 000 S selbständig, die hat er auch gehabt. Im Rahmen des Instituts hat er keine Honorarforderungen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wenn das stimmt, dann waren wiederum die 300 000 S zu hoch, die ja immerhin von ihm abgeholt wurden und zunächst an das Boltzmann-Institut von der ODELGA transportiert wurden, wo er sich ja nur 60 000 S behalten hat.

Dr. **Wilfling:** Das war so vereinbart.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wenn Krcal die Leistung nicht erbracht hat, dann war ja wiederum die Einzahlung ODELGA an Boltzmann-Institut für die 240 000 S unter der Annahme, seine Leistung war die 60 000 S wert, die er sich behalten hat, nicht angebracht.

Dr. **Wilfling:** Dr. Krcal hat auch im Rahmen des Instituts weiter mitgearbeitet und hat dort auch Leistungen vollbracht. Nur haben wir beide vereinbart, daß wir zu Beginn hier keine Honorare verrechnen.

Diese Sache war so, daß dann zwei oder drei Jahre später der Herr Kontrollamtsdirektor geglaubt hat, daß die Dokumentation dieser Leistungen, die wir damals gemacht haben, nicht ausreichend ist. Da hat Dr. Bandion gemeint, wir sollten den ganzen Betrag vom Boltzmann zurückbezahlen. Das haben wir auch gemacht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich meine, entweder ist das Boltzmann-Institut in Geld geschwommen oder Sie haben zu viel Geld, daß Sie dann bei einem solchen Vorgang auf einmal 240 000 S zurückzahlen und sagen: Aha, es war doch nicht soviel wert. Ich meine, das ist zuwenig plausibel als Erläuterung.

Dr. **Wilfling:** Das war die Entscheidung des Vorstandes der Boltzmann-Gesellschaft. Ich darf dazu sagen: Wir hatten zu dem Zeitpunkt — ich weiß nicht — knapp 300 000 S im Institut gesamt zur Verfügung. Unser ganzes Budget ist so 700 000 S, 800 000 S, vielleicht ist es auch ein bisserl mehr pro Jahr. Ich weiß es nicht, wie es war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat es in Ihrem Leben schon früher eine Strafanzeige gegeben?

Dr. **Wilfling:** Das wurde heute vormittag schon gefragt. Mir ist es nicht bekannt gewesen, mir hat man das nicht mitgeteilt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat Ihr Ausscheiden bei der Firma Anger damit zu tun gehabt, daß Reisekosten doppelt verrechnet wurden und Sie sich dann auf 100 000 S geeinigt haben, die gezahlt wurden, obwohl 200 000 S oder ähnliche Größenordnungen von Ihnen verlangt wurden? Sind Sie deswegen aus der Firma ausgeschieden?

Dr. **Wilfling:** Es wird sicherlich der Herr Abgeordnete noch einmal darauf kommen, er wollte auf den Punkt noch einmal zurückkommen. Darf ich es dann gemeinsam beantworten, oder wollen Sie es jetzt beantwortet haben?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich möchte es jetzt wissen. Das System war: Einmal haben Sie bei der ODELGA und in diesem Umfeld Doppelverrechnungen. Sie haben den Fall Krcal, und es steht im Raum. Ich würde mich ein Leben lang daran erinnern, wenn ich aus einer Firma unter solchen Umständen ausscheide. Das würde ich nicht vergessen.

Wir können es auch notfalls mutmaßlich belegen. Daher ist es jetzt einfacher, auch zur Charakterisierung der Wahrheitsfindung in diesem Ausschuß, wenn Sie es uns nun erleichtern oder rundweg sagen: Nein, das ist sicher falsch, weil ich mich daran erinnern würde.

Ich würde mich zumindest auch noch zehn Jahre später daran erinnern, wenn ich mich unter solchen Umständen aus einer Firma auseinanderdividieren muß.

Dr. **Wilfling:** Ich weiß nicht, Herr Abgeordneter, ob Sie heute am Vormittag da waren. Ich habe am Vormittag erklärt: Bei der Firma Anger — und ich glaube mich immer fester, nachdem ich jetzt auch über Mittag darüber nachgedacht habe, das dürfen Sie mir glauben — war ich doch Gesellschafter, und er hatte das Recht, seine Anteile nach einem Jahr zurückzukaufen.

Der Herr Anger hat auf einem — das heißt also unter Kaufleuten — anderen Weg dem Firmenprogramm angehörige Maschinen verkauft, und wir haben unseren Teil dann dort auch genommen. Im Endeffekt waren wir nicht in der Lage, über ... Ich glaube, das war eine Firma in Rohrschach, wo er das abgerechnet hat, und daher mußte ich das dort zurückbezahlen.

Aber ich würde bei der Gelegenheit doch auch annehmen, unter welchen Bedingungen der Herr Anger seine Firma dann an die Firma Kampf übergeben hat und was die Firma Kampf dabei ... Das war also auch ein Stil, möchte ich sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja, aber ich kann für mich festhalten, daß es auch dort eine Rückzahlung gab, allerdings sicherlich in einem

276 von 382Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

offenkundig komplexeren Zusammenhang. Darf ich es notieren. Sie haben jetzt gesagt: Und daher mußte ich zurückzahlen.

Dr. **Wilfling:** Dort gab es im Rahmen der Auseinandersetzung mit Anger eine Vereinbarung, die ich wirklich nicht geläufig habe, und das ist dann auch so verrechnet worden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun haben Sie sich am Vormittag auch an eine zweite Düsseldorf-Reise erinnert. Können Sie mir den Hergang dieser zweiten Düsseldorf-Reise schildern? Was war der Gegenstand dieser Reise? Sie haben sich erinnert, daß Sie mit Parzer — mutmaßlich, sagten Sie — dann noch einmal in Düsseldorf waren. Es war Winter dabei, und es war Mai 1976.

Dr. **Wilfling:** Ich glaube, daß die Herren von dem DKI eine Leistung wollten, wobei ich eingeladen war mitzufahren, und die ist dann aber, glaube ich, nicht zustande gekommen, weil das DKI für die Stadt in einem gewissen Fall beschäftigt war, und das hätte sich dann irgendwie kollidiert.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Doktor! Sie sind sehr viel gereist. Ich möchte Sie doch bitten, sich zu erinnern: Wie war der Hergang, welche Termine hatte man?

Es muß sich um den 28. 5. handeln. Also Sie waren zweimal nach Ihrer Aussage in Düsseldorf. Wie war es dieses Mal? Wann sind Sie in etwa angekommen, und welche Termine hatten Sie in Ihrer Erinnerung?

Dr. **Wilfling:** Also meiner Erinnerung nach waren wir mit Parzer beim DKI, beim Deutschen Krankenhausinstitut.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sonst nirgends?

Dr. **Wilfling:** Sicher waren wir mittagessen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer war bei dem Mittagessen mutmaßlich dabei?

Dr. **Wilfling:** Also mit Sicherheit: Ich kann mich an den Herrn Dir. Parzer erinnern. Wenn Sie sagen, der Herr Winter war dabei, dann wird er sicher auch dabeigewesen sein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte nachzudenken, wer dabei war. Ich meine, der Winter ist ja auch wieder nicht so unbedeutend, daß man ihn vergißt.

Dr. **Wilfling:** Es waren sicher die Herren, die mit hinausgefahren sind. Wenn Sie die Aufzeichnung haben, daß Winter dabei war, war er dabei. Wenn Schwaiger mit war, war Schwaiger auch mit.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Parzer, Wilfling, Winter. Sie saßen beim Essen. Das war der Zeitpunkt, wo Stacher daraufkommt, daß es ein AKH gibt, und sagt: Wilfling, du mußt dich stärker um das AKH kümmern! Sie haben diesen Stacher-Auftrag bekommen. Wie war Ihre Reaktion auf diesen Stacher-Auftrag?

Dr. **Wilfling:** Darf ich noch einmal wissen: 28. 5. 19...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): 28. Mai 1976. nach Ihren Aussagen eine von zwei Düsseldorf-Reisen.

Dr. **Wilfling:** Meine Aktivitäten im Rahmen des AKH waren nur die, daß ich den Sitzungen des Bund-Stadt-Wien-Komitees zusätzlich beigewohnt habe.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sagt Ihnen, wenn Sie sich an dieses Mittagessen oder an diesen Tag erinnern, der Name Kölblinger etwas, daß Sie vielleicht den Kölblinger vorgeschlagen haben im Zusammenhang damit, für irgend etwas?

Dr. **Wilfling:** Wenn Sie mir vielleicht ein Stichwort geben, ich weiß nicht, ob das möglich ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Winter macht Ihnen den Vorschlag, Wilfling soll Konsulent der AKPE werden. Sie wollten das nicht, weil Sie sich nicht blockieren wollten, und haben den Vorschlag gemacht, Kölblinger zu nominieren.

Dr. **Wilfling:** Ja, ich kann mich daran erinnern, daß man mich zum Konsulenten der AKPE machen wollte, weil man mir erzählt hat, es würden auch zwei Professoren der Baukommission dort beschäftigt sein. Ich habe das abgelehnt, weil ich Konsulent der Stadt war, und das war der Grund, warum ich mich nicht binden wollte. Außerdem konnte ich es vielleicht zeitlich gar nicht schaffen. Es ist leicht möglich, daß ich gesagt habe, sie sollen sich um den Herrn Kölblinger oder um den Herrn Siebensohn vielleicht bemühen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Welche Konsulententätigkeit hätte das sein können, wenn Sie da den Aufgabenkreis ein bißchen beschreiben. Es ist ja schwierig, sich einen Konsulenten vorzustellen, wenn Sie quasi auch zu diesem Zeitpunkt doch Repräsentant einer der zwei Gesellschafter waren.

Dr. **Wilfling:** Herr Abgeordneter! Das muß ich ablehnen. Ich war nicht Repräsentant einer der zwei Gesellschafter, sondern ich war Konsulent in der Stadt Wien. Und da darf ich dazu sagen: Im Rahmen der AKPE gibt es zwei Konsulentenverträge, einen für den Herrn Professor Steinbereitner und einen für den Herrn Professor Deutsch. Da hat immer der Vorstand geschwärmt, daß das Verhältnis und die Arbeit so gut wäre, weil die dann mehr Zeit zur Verfü-

gung stehen, und dann hätten die Herren auch eine eigene Sekretärin bezahlt gekriegt. Sie hätten eigentlich auf Seite des Nutzers Stadt Wien unter Umständen zuwenig Kontakt. Nur das kann die Basis des Gesprächs gewesen sein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Doktor! Ich erläutere, was ich mit Repräsentant gemeint habe.

Für mich sind Sie aus der Aktenlage, was den Bereich Stadt Wien betrifft, ein ganz wesentlicher Gesprächspartner und für die Menschen vom AKH ziemlich entscheidend, was den Bereich Stadt Wien betrifft. Ob sich der Fachmann Wilfling im Bund-Stadt-Wien-Komitee aufregt oder nicht, war erheblich. Ob der Fachmann Wilfling als Spitalbereichsleiter oder vorher in seiner vorherigen Eigenschaft einen Vorschlag gut beurteilt oder nicht, war wichtig. Das meinte ich mit Repräsentant.

Und nun läßt sich das für mich nicht verbinden mit einer Konsulententätigkeit, denn Sie sind ja eher auf der Abnehmerseite gestanden, auf der Gesellschafterseite. Ich kann mir da jetzt nicht vorstellen, daß man Ihnen ernstlich einen Konsulentenvertrag andienen konnte, und würde gerne wissen, mit welchem Inhalt man da gesagt hat: Konsulent. Was für ein Inhalt war damit verbunden?

Dr. **Wilfling:** Es war ja auch hier die Frage immer: zur Klärung von Sachfragen. Ich habe Ihnen gesagt, Herr Abgeordneter: Nachdem ich Konsulent der Stadt war.

Da tritt jetzt dasselbe ein wie bei der ARGE Kostenrechnung. Ich habe im Frühjahr 1977 oder Anfang 1977, Februar 1977, gesagt: Ich bin in einem Verhältnis zur Stadt Wien, ich kann also nicht für den Bund hier Spitälerrationalisierungen machen. Ich bin also dort ausgetreten.

Genauso ist es auch hier der Fall. Ich war also Konsulent in der Stadt, und daher läßt es sich nicht vereinbaren, daß ich dann für eine Gesellschaft tätig bin, die natürlich auch zu 50 Prozent der Stadt gehört beziehungsweise einen Vorstand hat, wo aber trotzdem unter Umständen für mich Schwierigkeiten auftreten. Außerdem war ich in der Stadt Wien zu diesem Zeitpunkt mehr als ausgelastet.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun paßt mir bei der Düsseldorf-Reise nicht — und jetzt bitte ich Sie, sich doch sehr genau zu erinnern —, daß Sie außer dem DKI auf einmal Siemens-Dräger-Geräteprobleme erörtern. Woran können Sie sich da erinnern?

Dr. **Wilfling:** Ich habe die erörtert?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es wurde erörtert: Wilfling, Parzer, Winter.

Dr. **Wilfling:** Aber ich habe also sicherlich zu dem Punkt Dräger-Geräte, wenn der behandelt wurde, keine Wortmeldung gehabt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Warum nicht? Worum ist es da gegangen?

Dr. **Wilfling:** Ich kann mich an das gar nicht erinnern. Für mich ist Dräger an und für sich ein Gebiet, an das ich schon bei ODELGA nicht herangekommen bin, aus dem Grund: ODELGA-Dräger, werden Sie wissen, ist für Narkosegeräte und sonstige Einrichtungen, hat eine eigene Niederlassung und hat über den Fachhandel nie geliefert. Daher war also Dräger für uns auch schon zu meiner ODELGA-Zeit eigentlich kein laufender Geschäftspartner.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sagt Ihnen der Name Sput etwas?

Dr. **Wilfling:** Herr Sput war Geschäftsführer bei Dräger und macht jetzt, glaube ich, irgend etwas in Schrittmachern.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie Sput in Düsseldorf getroffen?

Dr. **Wilfling:** Das kann ich jetzt nicht sagen, Herr Abgeordneter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Denken Sie nach, ob doch Dräger eine Rolle gespielt hat im Zusammenhang mit Ihrer Person. Ging es da um Aufträge, wo Sie allenfalls involviert sein sollten?

Dr. **Wilfling:** Bei Dräger sicherlich nicht. Ich habe Ihnen gesagt, Dräger hat nie über den Fachhandel geliefert, und daher kann ich in der Form gar nich involviert sein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Dann erläutern Sie mir folgenden Satz in den Winter-Notizen: „Am 28. 5. in Düsseldorf. Wilfling will Dräger-Subauftrag nicht. Sput spricht ungeschickt. Größte Vorsicht!"

Dr. **Wilfling:** Ich habe Ihnen ja gesagt, daß also Dräger im ganzen Fachhandel ... Das werden Sie nicht nur bei der ODELGA finden, sondern auch bei den anderen Fachhändlern, weil er nicht über den Fachhandel liefert. Und Sput ist ja meines Wissens auch bei der Firma Dräger dann ausgeschieden. Ich kann Ihnen das nicht sagen. Er hat nie über den Fachhandel geliefert.

Obmann Dr. **Steger:** Ich darf Sie trotzdem bitten, diese Frage jetzt zu beantworten, nach dieser Denkpause.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): „Wilfling will Dräger-Subauftrag nicht."

Dr. **Wilfling:** Für mich als ODELGA-Mann

gab es eine Kontraeinstellung zu Dräger, das leugne ich gar nicht ab, weil Dräger nie mit uns in Geschäftsverbindung getreten ist, auch mit anderen Fachhändlern nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was kann das dann für ein Subauftrag gewesen sein? Sie sind ja offenkundig befragt worden und haben aus irgendwelchen Gründen diesen Dräger-Subauftrag abgelehnt. Sie hatten sich also in irgendeiner Weise zu Dräger zu äußern.

Dr. **Wilfling:** Die ODELGA kann nie einen Subauftrag von Dräger gehabt haben, Herr Abgeordneter.

Obmann Dr. **Steger:** In welcher Funktion haben Sie sich im Jahre 1976 bei diesem Gespräch geäußert?

Dr. **Wilfling:** Zu dieser Zeit war ich ODELGA-Geschäftsführer.

Obmann Dr. **Steger:** Wieso haben Sie dort beim Herrn Winter über Subaufträge mitgeredet?

Dr. **Wilfling:** Ich kenne den Aktenvermerk nicht. Aber wenn er das geschrieben hat. Ich weiß es nicht. Ich kann jedenfalls sicherlich sagen, daß sich jeder Fachhändler inklusive der ODELGA ...

Obmann Dr. **Steger:** Die Frage ist, in welcher Funktion Sie bei diesem Gespräch dabei waren. Als ODELGA?

Dr. **Wilfling:** Wenn wir zum Deutschen Krankenhausinstitut gefahren sind, bin ich sicher als Konsulent gefahren.

Obmann Dr. **Steger:** Als Konsulent von wem?

Dr. **Wilfling:** Mit dem Konsulentenvertrag zwischen der Stadt Wien und der ODELGA.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte haben Sie an dem Düsseldorf-Tag auch über die EDV-Anlage der AKPE gesprochen?

Dr. **Wilfling:** Das ist möglich. Ich habe darüber keine Aufzeichnungen vor mir. Aber über die EDV-Anlage der AKPE ist des öfteren und des längeren gesprochen worden, weil sie ja auch die Stadt Wien betroffen hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat es irgendwelche Beziehungen zwischen Ihnen und der Anschaffung der EDV-Anlage durch die AKPE gegeben? Waren Sie da involviert? Sie waren ja früher einmal bei IBM.

Dr. **Wilfling:** Ja. Aber da hat es keine gegeben, sondern die Sache war die: Da gibt es ja eine Fachabteilung, wie Sie wissen, der Herr Senatsrat Koloseus, und es ging um die laufenden Daten des Allgemeinen Krankenhauses. Da gab es ja bereits Vorschriften durch Bund, daß hier Aufzeichnungen zu führen sind. Es gibt sicher auch Sitzungsprotokolle der EDV-Kommission der Stadt Wien. Da ist das offen diskutiert worden, mit welcher Anlage, die ja dann sehr wichtig ist, in welcher Form es im Bereich der Stadt Wien gemacht werden soll, nachdem sie ja betrieben wird durch die EDV-Abteilung der Stadt Wien.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Warum hat Ihnen dann Winter ein Aviso gegeben? Winter-Aviso an Wilfling: „AKPE mietet EDV-Anlage." Was könnte hier für eine Motivation sein, Sie über dieses Sie nicht direkt betreffende Gebiet zu informieren?

Dr. **Wilfling:** Na ja, es hat uns insofern betroffen, weil ja die Administration irgendwo datenverarbeitungsmäßig festzuhalten war. Die Stadt hat ja auch mitgesprochen, welche Anlage sie haben will. Ich gebe gerne zu, daß ja die AKPE verpflichtet war, irgend etwas zur Verfügung zu stellen. Ich kann mich noch erinnern, die AKPE wollte immer mieten, aber ich glaube, die Meinung der Stadt war, daß das zu kaufen wäre. Ich habe dann die Berechnungen nicht gemacht. Diese Verhandlungen hat Herr Senatsrat Koloseus, also die EDV-Abteilung geführt. Weil das Kaufen scheinbar günstiger war. Ich weiß es nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kennen Sie einen Herrn Wegrostek?

Dr. **Wilfling:** Den Herrn Wegrostek kenne ich ganz flüchtig. Das ist ein Anwalt, glaube ich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nein, er ist bei der Spiwag. Oder ist es ein Anwalt?

Dr. **Wilfling:** Ich kenne nur einen Anwalt, der Wegrostek heißt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kennen Sie ihn im Zusammenhang mit der Spiwag? Das ist ja Ihr ureigenstes Gebiet.

Dr. **Wilfling:** Nein, bitte, das ist nicht mein ureigenstes Gebiet. War Servicemaster, die Wilfling-Ges. m. b. H.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber die Branche, meine ich, die Branche schon.

Dr. **Wilfling:** Ja, die Branche. Ich kenne einen Herrn Wegrostek, aber das ist ein Anwalt, den ich, glaube ich, zwei- oder dreimal gesehen habe.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie mit irgendwem Treuhandverhältnisse?

Dr. **Wilfling:** Nein, habe ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Zwischen 1970 und 1980 gehabt?

Dr. **Wilfling:** Zwischen 1970 und 1980? Nein, nicht gehabt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Zwischen 1970 und 1980 keine Treuhandverhältnisse? Nirgendwo rundherum? Keine erinnerlich?

Dr. **Wilfling:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben auch jetzt keine laufen? Können wir da so trocken festhalten?

Dr. **Wilfling:** Jawohl.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte jetzt hat es eine ganz eigene Sitzung gegeben, nämlich als der Vertrag am 19. Juni 1978, der ABO-Vertrag, unterzeichnet wurde, ein Essen. Wieso sind Sie bei dem Essen dabeigewesen?

Dr. **Wilfling:** Es ist halt so, daß man ab und zu zu einem Essen eingeladen wird, da hat ein jeder etwas Wichtiges, und in Wirklichkeit stellt sich dann heraus, daß es an und für sich etwas anderes ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es wurde bestritten, daß Sie eingeladen wurden.

Dr. **Wilfling:** Also, Herr Abgeordneter, so viel traue ich mich über mich selbst zu sagen, daß ich uneingeladen nirgends hingehe.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich bin auf Ihrer Seite. Aber es hat einen Zeugen gegeben, der meinte, daß Sie uneingeladen dort erschienen sind.

Dr. **Wilfling:** Darf ich sagen, auch bei meiner jetzigen Situation beharre ich darauf: Ich gehe nirgends hin, wenn ich nicht eingeladen bin.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Oder kann es sein, daß die ÖKODATA Sie allgemein eingeladen hat? Oder wäre das Normale gewesen, daß Sie ...

Dr. **Wilfling:** Also ich glaube doch, wenn mich jemand eingeladen hat, daß mich jemand persönlich eingeladen hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer hat Sie zu dem Essen, das ja kein Routineessen war, sondern die große Vertragsfeier, eingeladen?

Dr. **Wilfling:** Sicherlich nicht Herr Rumpold, das darf ich dazu sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Dann sind die Herren Winter und Schwaiger gegangen, und es saßen Bauer, Rumpold und Sie zusammen. Was hat sich dann abgespielt?

Dr. **Wilfling:** Das ist mir heute vormittag schon vorgehalten worden. Ich möchte zu meiner Aussage vom Vormittag stehen, wie das mit dem Boltzmann-Institut war. Jedenfalls, ich habe eine Forderung, wenn Sie mir dasselbe vorhalten wollen, daß ich dann nach dem Essen dreieinhalb Millionen Schilling gefordert hätte für eine Vermittlung: Das habe ich nicht getan.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was war mit dem Boltzmann-Institut?

Dr. **Wilfling:** Soll ich das Ganze vom Vormittag noch einmal sagen, Herr Abgeordneter?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja.

Dr. **Wilfling:** Bitte, gerne.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Boltzmann in dem Zusammenhang kann man immer wieder sagen.

Dr. **Wilfling:** In der zweiten Hälfte 1978 sind die Herren Vertreter der ÖKODATA an mich herangetreten, daß sie gewisse Grunddaten und theoretische Voraussetzungen für ihre Arbeit benötigen würden. Es ist gesagt worden, daß rund zwei bis drei Millionen Schilling für diese Frage zur Verfügung stehen. Ich habe daraufhin die Ludwig Boltzmann-Gesellschaft eingeschaltet, die das geprüft hat. Man ist dann mit den Herren der ÖKODATA oder mit dem Herrn der ÖKODATA zu dem Schluß gekommen, daß es auf Grund der Gesellschaft und weil es steuerschädlich wäre, aus gemeinnützigen, gewerbesteuerrechtlichen Gründen usw., nicht möglich ist. Man hat mir dann noch bei Boltzmann ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Zwischenfrage: Wenn es nur Steuergründe waren, ging es ja doch um die Dispositionsmöglichkeit von 2 bis 3,5 Millionen Schilling. Nun ging es nicht über die Boltzmann-Gesellschaft. Mußte es nicht Ihr Interesse sein, die Disposition anders zu sichern?

Dr. **Wilfling:** Es ging, Herr Abgeordneter, um eine zu erbringende Leistung.

Ich darf vielleicht fortsetzen, daß mir seitens Boltzmann der Vorschlag gemacht wurde, und die Statuten liegen dort noch auf, ein Zusatzinstitut zu gründen, damit wir die Arbeit machen können.

Ich habe heute vormittag geklärt, daß ich gar kein Interesse gehabt habe daran, hier auszuweiten, weil ich ja nur wissenschaftlich arbeiten wollte. Damit war mein Interesse am Ende.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie viel war 1978 der Eingang bei Ihrem Institut?

Dr. **Wilfling:** Ich glaube, wir haben ein Budget von 600 000 S oder 700 000 S gehabt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): War das 1978?

Dr. **Wilfling:** 1978, ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und 1979 nach Ihrer Erinnerung?

Dr. **Wilfling:** Eine knappe Million auch.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und was waren die Spender? Das waren ja alles Spenden. Wie hat sich das zusammengesetzt?

Dr. **Wilfling:** Es waren zum Teil Gutachten und zum Teil waren es Spenden. Es hat sich über Gutachten, glaube ich — da würde ich jetzt Zahlen nennen. Der kleinere Teil waren Spenden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer waren die Großspender in Ihrer Erinnerung?

Dr. **Wilfling:** Die waren alle kleinen Spenden, 20 000, 30 000 S, in der Größenordnung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herbstsymposion. — Ich würde dann beantragen — das wird ja möglich sein — die Eingänge und Ausgänge des Ludwig Boltzmann-Instituts für Krankenhausökonomie. Im ersten Jahr haben Sie nämlich nicht 600 000 S, sondern 350 000 S Eingänge gehabt, im zweiten Jahr allerdings fast die Million, 990 000 S.

Jetzt sitzen wir aber immer noch beim Wegenstein zusammen, und jetzt haben Sie vielleicht auch über das Ludwig Boltzmann-Institut gesprochen. Aber es ging immer noch um die Frage, 2,5 Millionen oder 3,5 Millionen steuerlich richtig anderweitig disponierfähig zu haben. Das wird zumindest behauptet, daß dort darüber gesprochen wurde. Wie schaut das Gespräch aus Ihrer Sicht aus?

Dr. **Wilfling:** Ich kann Ihnen nur sagen, daß ich nur über diese Leistungen des Ludwig Boltzmann-Instituts im Jahre 1978 gesprochen habe und überhaupt keine Bedingungen an irgendeinen Auftrag — Sie werden mich ja sicher dann später befragen, was ich noch zu dem Auftrag und zur Auftragsdurchführung zu sagen habe — hier in einem Zusammenhang gesehen habe.

Außerdem darf ich sagen, daß das Gespräch zwischen Boltzmann und dem Herrn Bauer betreffend diese steuerliche Angelegenheit im November 1978 war. November 1978. Und der Herr Dr. Zaruba von der Boltzmann-Gesellschaft war dabei. Ich habe diesen Fragenkomplex gar nicht selbst behandelt.

Darüber wurde auch meines Wissens seitens des Dr. Zaruba der Herr Magistratsdirektor informiert von dem Ausgang dieser Besprechung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun ist es aber doch ein enormer Vorgang, wenn jemand, ein Gesprächspartner von Ihnen, immerhin zum Magistratsdirektor und zum Kontrollamt geht und sagt: Bitte, Ansinnen Provision von 3,5 Millionen Schilling. Wo kann so etwas nach Ihrer Sicht entstehen?

Dr. **Wilfling:** Schauen Sie, entweder dreht man die Dinge ... Ich habe heute — ich weiß nicht, war es am Vormittag oder am Nachmittag, entschuldigen Sie, daß ich da jetzt nicht parat bin — den Aktenvermerk inhaltlich zitiert, der ja bei weiterer Auslegung wieder dort hinkommt.

Warum man das so macht und warum man das so wollte, weiß ich nicht. Jedenfalls haben wir aus diesem Geschäftsfall oder aus dieser Geschäftsanbahnung bei Boltzmann gar kein Geheimnis gemacht, sonst hätte ich die Boltzmann-Gesellschaft nicht eingeladen und hätte der Herr Dr. Zaruba dann auch nicht die zusätzlichen Statuten gemacht. Das ist ja alles ganz offen verhandelt worden.

Mich wundert nur, daß man dann plötzlich auf 2,5 Millionen Schilling kommt. Ich darf nur sagen: Einmal hat es geheißen, 3,5 Millionen Schilling sind es. Ich weiß es nicht. Und ursprünglich, voriges Jahr, im Jahre 1979, waren es einmal 1,5 Millionen. Das hat sich so gesteigert. Wenn das noch ein Jahr dauert, sind es 5 Millionen Schilling.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der Vorwurf ist so enorm, daß ich die Frage stelle: Will da jemand eine Rufschädigung an Ihnen? Wollte Sie da jemand ausmanövrieren? Denn bitte, immerhin, zum Kontrollamt und zum Magistratsdirektor gesagt, 3,5 Millionen Schilling Provisionsansinnen, ist ja nicht gerade eine Empfehlung.

Was haben Sie, als Ihnen das getan wurde, als Gegenbeweis, daß Sie nicht einmal das Ansinnen gestellt haben, in der Hand?

Dr. **Wilfling:** Ich habe eine Erklärung der ÖKODATA in der Hand, die habe ich auch jetzt bei Gericht vorgelegt, ich weiß nicht, ob sie bei Ihnen vorliegt, die geht zurück bis 1976, daß weder Provisionen noch Zahlungen von mir verlangt noch an mich geleistet wurden. Ich habe ein Schreiben des Anwalts des Herrn Dipl.-Ing. Rumpold über die Frage, wie das damals in der „Kronen Zeitung" war, über meine Aufforderung und mein Ersuchen möchte ich sagen, oder hat mein Anwalt dort angerufen, ob an Politiker und Beamte Gelder bezahlt wurden oder Gelder verlangt wurden, worauf also der Anwalt wieder zurückgeschrieben hat, daß der Herr Rumpold sagt, daß allen Zahlungen Leistungen zugrunde liegen und nur über die Bücher gegangen sind. Und ich glaube, ich habe dann noch eine Erklärung des Herrn Dkfm. Bauer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kann es an Sie ein

Ansinnen gegeben haben, eine Provision zu bekommen? Es hat ja zum Beispiel die ÖKODATA bei der ARGE ODELGA als Subunternehmer fungiert.

Dr. **Wilfling:** Bei welchem Geschäftsfall?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): ARGE ODELGA-ÖKODATA aus dem Jahre 1976, Struktur- und Leistungsdaten, die Pilotstudie. Da hat diese ARGE einen Sechs-Millionen-Auftrag. Fünf Komma etliche Millionen hat die ÖKODATA erfüllt. Die Differenz von 600 000 S ist eigentlich nur mit dem Goodwill der ODELGA zu begründen.

Dr. **Wilfling:** Das würde ich in der Form bitte nicht unterstreichen. Ich möchte das also bestreiten, daß es nur der Goodwill der ODELGA war. Den Auftrag hatte die ARGE ODELGA-ÖKODATA. Und — ich habe das auch schon dem Herrn Kontrollamtsdirektor erklärt, der hat dann gelächelt — sicher ist es für jede Firma auch interessant, einen Umsatz zu machen. Und wir haben die Umsatzposition über uns auf unserem Umsatz draufgehabt. Daher ist das in der Form abgewickelt worden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Waren Sie umsatz- oder gewinnbeteiligt als Geschäftsführer der ODELGA?

Dr. **Wilfling:** Jeder ordentliche Geschäftsführer ist an seinem Unternehmen erfolgsbeteiligt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Waren Sie direkt oder indirekt an der ODELGA umsatz- oder gewinnbeteiligt?

Dr. **Wilfling:** Ich war mit einem Gehalt angestellt, der bis zu zwei Gehältern pro Jahr variieren konnte, der am Erfolg der ODELGA hing.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie hat sich das ausgewirkt, wenn Sie also etwa — bleiben wir bei dem konkreten Fall: 6,3 Millionen Schilling ist der Vertrag, Struktur- und Leistungsdaten ODELGA-ÖKODATA, am 4. Oktober 1976 abgeschlossen. Die Leistung — diskutieren wir jetzt nicht lang — bringt die ÖKODATA. Zumindest darf die ÖKODATA 5,8 Millionen Schilling — vereinfacht — von diesem Vertrag wiederum der ODELGA verrechnen. Das wird sogar stipuliert. Bleibt übrig: ODELGA hat etwa 600 000 S einmal eingenommen, ohne mehr oder weniger Leistung zu erbringen, und ODELGA hat eine Umsatzsteigerung von 6,3 Millionen Schilling.

Was hat das nun für Auswirkungen auf Ihre Vertragssituation als Geschäftsführer gehabt?

Dr. **Wilfling:** Das hat gar keine Auswirkungen gehabt. Die Geschäftsführerverträge für alle Geschäftsführer sind gleich, und das wird also pro Jahr von der Holding festgesetzt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ab wann sind die ein bis zwei Gehälter zum Tragen gekommen?

Dr. **Wilfling:** Das bestimmt die Holding. An und für sich kriegt jeder Geschäfsführer 16 Gehälter, und mir ist nicht bekannt, daß ein Geschäfsführer in der Stadt Wien unter den 16 Gehältern liegt. Aber die Vereinbarung lautet so. Und wenn Sie mich so fragen als Zeugen, muß ich Ihnen wahrheitsgemäß Auskunft geben, daß also jeder drinnen stehen hat, es können — ich weiß nicht, vom Aufsichtsrat oder von der Generalversammlung — ein bis drei Gehälter pro Jahr zusätzlich bezahlt werden. Festgelegt wird es immer von der Generalversammlung, und meines Wissens kriegen alle Geschäftsführer der Stadt Wien zwei Gehälter mehr.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Waren diese zwei Gehälter umsatzabhängig?

Dr. **Wilfling:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Waren sie gewinnabhängig?

Dr. **Wilfling:** Nein. Die waren gesamtgestionsabhängig. Diese Gestionierung, das Regulativ dafür kenne ich nicht. Das müßten Sie bitte an die Holding oder an den Eigentümer richten. Das weiß ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann haben Sie erstmals mit Bauer über die ÖKODATA gesprochen?

Dr. **Wilfling:** Ich glaube, er hat mir das im Jahre — ist das möglich? — 1975 vorgestellt. Ist das möglich?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie wird im Dezember 1975 gegründet. Wann haben Sie darüber gesprochen? Schon als fertige Gründung oder vorher?

Dr. **Wilfling:** Ich glaube, er hat das damals mitgeteilt, ganz offen und amtlich hat er mitgeteilt, daß die Gesellschaft gegründet wurde.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und welche Absichten hat er Ihnen damals mitgeteilt, da Sie ja in einem persönlichen Kontakt waren, welche Absichten hat er Ihnen da mitgeteilt?

Dr. **Wilfling:** Daß diese Firma auf dem Gebiet der Beratung tätig wird.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann ist Ihnen dann die ÖKODATA im Zusammenhang mit der Betriebsorganisation wieder begegnet?

Dr. **Wilfling:** Das muß Anfang 1976 gewesen sein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Als „profil"-Leser kennen Sie das berühmte „BO-Kuchenge-

spräch". Können Sie mir erläutern, was sich bei diesem BO-Kuchengespräch nach Ihrer Sicht abgespielt hat?

Ich darf zu Ihrer Erinnerung sagen: Es ist der 28. Jänner, die ÖKODATA ist überhaupt erst sechs Wochen am Markt. Die Herren Rumpold, Wilfling und Winter sitzen beisammen, reden über die technische Betriebsführungs-Ges. m. b. H., eine nicht unerhebliche Vorentscheidung, wie Sie mir bestätigen werden, und reden dann über den BO-Kuchen, und zwar über die Verteilung der ABO. Und dann wird nun gesagt: ein Drittel ÖKODATA, ein Drittel Riethmüller, ein Drittel Institut.

Eine zweite Variante ist: MED — wahrscheinlich MEDIPLAN — und Riethmüller und ÖKODATA halbe-halbe.

Was ist der Unterschied zwischen den zwei Varianten gewesen?

Dr. **Wilfling:** Ich weiß nicht, Herr Abgeordneter, ob ich bei dem Gespräch dauernd dabei war. Ich habe natürlich auch diese Aktenvermerke gesehen.

Für mich hat sich jetzt rückblickend eigentlich immer mehr und mehr der Eindruck verstärkt, daß man bei jeder Gelegenheit versucht hat, die ODELGA hinaus oder in den Subunternehmer zu drücken, wenn ich diese Aktenvermerke alle an mir vorbeiziehen lasse.

Ich habe heute vormittag erkärt, daß sich die ODELGA unter meiner Geschäftsführung auch mit dem Gedanken beschäftigt hat, Betriebsberatung zu machen und natürlich auch hier Aufträge zu kriegen. Ich habe am Vormittag mitgeteilt, daß ich seinerzeit die Meinung vertreten habe, daß man nur Know-how im Ausland einkaufen sollte, aber die Arbeit im Inland machen sollte.

Da habe ich geglaubt, daß mehr als die Hälfte, rund 60 Prozent, im Inland leistbar sind, und habe mich auch hingelassen zu sagen, daß ich die Hälfte davon, ein Drittel von der Leistung, die im Inland ist — dazu war ich, glaube ich, auch verpflichtet und berechtigt —, in meinen Überlegungen für die ODELGA vorgesehen habe.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ein Drittel war Riethmüller, den Sie in Wort und Schrift immer wieder als bedingt fähig dargestellt haben; Sie gehören zu den wenigen, die sehr frühzeitig seine Qualifikation angegriffen haben. Ein Drittel bedingte Fähigkeit, ein Drittel Neugründung ÖKODATA, die nachweislich damals nur auf dem Augenpaar Rumpold ruhen konnte. Oder war für Sie die Tatsache, daß Bauer Mitgesellschafter war, wichtig?

Dr. **Wilfling:** Ich habe auch erklärt und stehe zu dem, daß ich den Herrn Prof. Riethmüller nur deswegen und in meine bzw. ODELGA-Überlegungen miteinbezogen habe, weil er für mich eine Nabelschnur zur Genesis war, weil nicht alles aufgezeichnet war. Aber er sollte nach meinen Überlegungen einen ganz kleinen Anteil haben.

Die Sache Deutsches Krankenhausinstitut habe ich auch erklärt, dort wollte ich Know-how haben und glaube, immer noch den Beweis antreten zu können, daß die beste Literatur in Europa auf dem Krankenhaussektor beim Deutschen Krankenhausinstitut liegt. Und dann ging es im Rest um Menbauer. Ich habe auch hier gestanden, daß auch die ODELGA für den Fall, daß man auf dem Gebiet einen Auftrag kriegt, Leute anstellen muß.

Aber der Grundgedanke war ja auch, daß man in Österreich damit dann ein Know-how aufbauen kann. Es war mir klar, daß die ODELGA nicht die Ressourcen hatte, um da groß hineinzusteigen. Ich war einer von denen, die zugegeben haben, daß man Know-how aus dem Ausland kaufen müßte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und was war die Größenordnung, wenn man damals schon vom Drittel redet, die man zur Vergabe gesehen hat, zu diesem Zeitpunkt?

Dr. **Wilfling:** Herr Abgeordneter! Hier ging es um ein Leistungspaket; über Geld ist von meiner Seite damals überhaupt nicht gesprochen worden, weil man über Geld nicht reden konnte, weil kein Mensch gewußt hat, was eigentlich zu tun ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie war Frau Monika Bacher beschäftigt in den USA?

Dr. **Wilfling:** Frau Monika Bacher war mit, glaube ich, 100 oder 200 Dollar pro Monat bei der ODELGA als Konsulentin zu meiner Zeit als Geschäftsführer beschäftigt. Ob sie jetzt noch beschäftigt ist, weiß ich nicht. Dafür haben wir laufend Marktberichte, Broschüren, Messeinformationen und sonstiges erhalten. Ich habe das damals für mich und meine Mitarbeiter als die billigste Quelle aufgefaßt, um aus Übersee medizin-technische Informationen zu kriegen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben den Vertrag abgeschlossen oder in Ihrer Geschäftsführung von Ihnen autorisiert? Wer war Frau Bacher?

Dr. **Wilfling:** Frau Bacher ist Österreicherin und war also da drüben tätig bzw. lebt in New York. Man muß ja die Dinge so sehen. Wie soll eine ODELGA, die ja gegen eine Menge Konkurrenten zu bestehen hat, Informationen kriegen? Da kam ich auf den Einfall, wie komme ich zu Informationen. Ursprünglich waren es 100 oder 150 Dollar, dann ist es, glaube ich, auf

200 Dollar erhöht worden. Ich kann nicht sagen, ob sie die noch hat oder ob sie nichts kriegt. Jedenfalls haben wir Berge von Informationen gekriegt, und meine Mitarbeiter, die ja damit gearbeitet haben und sich das angeschaut haben, haben es für gut befunden, daß es das wert ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Irgendwer muß ja die Frau Monika Bacher entdeckt haben.

Dr. **Wilfling:** Ja, das kommt von mir. Dafür nehme ich die Verantwortung, Herr Abgeordneter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben also ihre Qualifikationen kennengelernt und sie beschäftigt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich würde bitten, einige Minuten in Abwesenheit des Zeugen beraten zu können. *(Der Zeuge verläßt den Verhandlungssaal.)*

Abg. **Steinbauer** (ÖVP) *(nachdem Dr. Wilfling wieder in den Saal gerufen wurde):* Herr Doktor! Haben Sie den Mann der Frau Bacher schon aus der Wiener Zeit gekannt und, wenn ja, von wo?

Dr. **Wilfling:** Den Herrn Bacher habe ich schon aus der Wiener Zeit gekannt. Ich glaube, aus dem Studentenverband.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und nicht in der Löwelstraße beschäftigt?

Dr. **Wilfling:** Nein, nein, sicher nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Ich mache Sie wieder auf die Wahrheitspflicht aufmerksam. Es ist durchaus denkbar, daß allenfalls auch nach der falschen Zeugenaussage vorgegangen wird, wenn bei irgendwelchen Fakten nachweisbar ist, daß Sie uns hier bewußt die Unwahrheit gesagt haben.

Herr Zeuge! Sie haben relativ wenig von den Qualifikationen des Herrn Dipl.-Ing. Rumpold gehalten, habe ich Ihren Ausführungen vorher entnommen, weil er zu sehr insistiert hat, die Rechtslage nicht ausreichend berücksichtigt hat, die Arbeitssitutation nicht ausreichend berücksichtigt hat. Ist das eine richtige Zusammenfassung, wenn ich das so sehe?

Dr. **Wilfling:** Herr Rumpold ist sicher ein ausgezeichneter Logiker, in der EDV sicher I a. In der Kostenrechnung Spezialist. Dort, wo, glaube ich, weniger sein Metier liegt, ist einfach in der Krankenhausbetriebsführung.

Obmann Dr. **Steger:** Betriebsorganisationsplanung eher weniger als in der Kostenrechnung, wo er was könnte.

Dr. **Wilfling:** Natürlich kommt in der Kostenrechnung auch der ganze Betrieb durch, weil ja dort analysiert wird. Aber ich möchte sagen, die Krankenhausführungsseite und die damit zusammenhängenden Fragenkomplexe, glaube ich, ist nicht sein Spezialgebiet.

Obmann Dr. **Steger:** Von diesem Fragenkomplex haben Sie nichts gehalten bei ihm.

Vom Herrn Dr. Riethmüller haben Sie eigentlich nichts gehalten? Das geht ja sehr frühzeitig aus Ihren Erklärungen hervor.

Dr. **Wilfling:** Bei Riethmüller, glaube ich, ist die Problematik dort, wenn ich beim AKH bleiben darf, daß wir in Wien ein altes AKH haben, daß eben eine Leistungseinheit in ein neues Gebäude übersiedeln muß.

Obmann Dr. **Steger:** Viel einfacher: Haben Sie etwas von ihm gehalten oder nicht sehr viel von ihm gehalten?

Dr. **Wilfling:** Ich habe insofern nichts von ihm gehalten, weil er ein neues AKH herstellt, ohne auf das alte Rücksicht zu nehmen und aus irgendwelchen internationalen Daten ...

Obmann Dr. **Steger:** Genügt schon. — Wir haben jetzt eine Arbeitsgemeinschaft, da ist eine ÖKODATA, deren sachliche Arbeit Dipl.-Ing. Rumpold macht, von dem Sie nichts halten in der Frage der Betriebsorganisation. Wir haben den Dr. Riethmüller, von dem Sie in der Betriebsorganisation nichts halten. Wir haben drinnen eine ODELGA, die noch keine Angestellten dafür hat, und wir haben dann drinnen ein DKI.

Was war eigentlich der Sinn, daß in Ihrem Kopf gerade diese Zusammenarbeit so entstanden ist, wie Sie uns das vorher dargestellt haben, daß noch relativ viele, von denen Sie selbst eigentlich sachlich nichts halten, in diesem Vertrag zusammenwirken müssen oder personell noch nicht vorhanden sind?

Können Sie mir da mit wenigen Sätzen den Sinn des Ganzen sagen?

Dr. **Wilfling:** Für die ÖKODATA wurde mir damals schon, der mir auch vorgestellt wurde, Herr Dkfm. Scharmüller genannt.

Obmann Dr. **Steger:** Wann war das?

Dr. **Wilfling:** 1976 wurde er mir vorgestellt.

Obmann Dr. **Steger:** Also 1976 bereits. Dipl.-Ing. Rumpold hat uns das so dargestellt, daß es zu dem Zeitpunkt praktisch Dkfm. Bauer und ihn gegeben hat als die, die in verantwortungsvoller Position waren, alles andere in Untergebenenbereichen, wobei Herr Dkfm. Bauer deswegen dabei war, weil er für die Aufträge gesorgt hat, vielleicht auch in einer Achse zu Ihnen, Dipl.-Ing. Rumpold habe das Sachliche

284 von 382Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

zu tun gehabt, oder war das anders bei der ÖKODATA? Sieht Dipl.-Ing. Rumpold das falsch?

Dr. **Wilfling:** Sicherlich war er der Geschäftsführer. Aber er war ja auch engagiert und im Rahmen seiner ARGE Kostenrechnung blokkiert mit den Arbeiten dort. Mir wurde jedenfalls für die Betriebsorganisationsfragen Herr Scharmüller vorgestellt: ein ruhiger und, glaube ich, sehr guter Mann. Über das DKI möchte ich bitte beurteilen, die ja schon in Wien gearbeitet haben und andere Spitäler und deren Einrichtungen organisiert haben. Da war also ein breiter Stock da. Ich habe offen erklärt, daß die Routinearbeit mit anwachsendem Know-how nun von österreichischen Firmen beigebracht werden sollte.

Obmann Dr. **Steger:** Ich habe Ihnen ja konzidiert, daß Sie vom DKI was gehalten haben. Die Frage war nur: Warum mußte die ÖKODATA drinnen sein? Wegen des Herrn Scharmüller, weil der so gut war?

Dr. **Wilfling:** Man muß schon dazu sagen, daß natürlich diese Leute dort auch für Wien gearbeitet haben in der Kostenrechnung. Ich habe geglaubt, daß die also sozusagen den rechnungswesentechnischen Aufbauteil machen können, die anderen den Organisationsablaufteil und das Know-how.

Obmann Dr. **Steger:** Wer waren die anderen mit dem Organisationsablaufteil?

Dr. **Wilfling:** Die ODELGA und das Know-how vom DKI. Ich sage noch einmal: Riethmüller hätte ich nur als Nabel zur Genesis gehabt.

Obmann Dr. **Steger:** Also diesen Organisationsteil: Das ist eigentlich jetzt mehr, als Sie vorhin gesagt haben. Ich habe Ihnen das ziemlich vorgehalten: Teilleistungen hat es geheißen.

Dr. **Wilfling:** Den Ablauf, den Teil meine ich damit.

Obmann Dr. **Steger:** Und als dann die ODELGA ersetzt wurde durch die MED-CONSULT, waren Sie nicht mehr bei der ODELGA beschäftigt?

Dr. **Wilfling:** Ich war nicht mehr bei der ODELGA beschäftigt, als die MED-CONSULT gegründet wurde, dazu kann ich nichts sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Schon, aber es kann ja nicht so leicht in einer Arbeitsgemeinschaft, in der Sie drinnen sind, solche Veränderungen geben, wenn Sie dann noch dazu Bereichsleiter sind, ohne daß Sie irgend etwas davon gewußt haben, ohne daß irgend jemand mit Ihnen darüber geredet hat?

Dr. **Wilfling:** Man hat uns mitgeteilt, daß ...

Obmann Dr. **Steger:** Wer ist „man"?

Dr. **Wilfling:** Die ODELGA, der Herr Dr. Seidler hat also der Stadt mitgeteilt, hat uns geschrieben, ich glaube, auch der MA 17 geschrieben, daß sie nun eine Tochterfirma gegründet haben, bzw. die Tochter hat sich dann selber vorgestellt. Wie die vertragliche Auswechslung zwischen ODELGA und MED-CONSULT im Rahmen der AKPE vor sich gegangen ist, dazu kann ich nichts sagen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ein Zeuge hat gesagt, Herr Doktor, daß Sie als Dr. Wilfling ausdrücklich ersucht haben, offenzulassen diesen Partner einer Beteiligung, weil erst eine neue Firmengründung erfolgen muß, nämlich die MED-CONSULT. Ein Zeuge hat hier unter Wahrheitspflicht gesagt, daß Sie der Initiator des Eintretens eines neuen Partners in Form der MED-CONSULT waren.

Dr. **Wilfling:** Ich habe aus Gründen, die ich vormittag gesagt habe und weil mein Nachfolger noch gar nicht feststand, der dann kommt, diese Dinge nicht unterschrieben. Aber es geht sicherlich aus den Aufsichtsratsprotokollen der ODELGA hervor, wer wann die MED-CONSULT gegründet hat. Ich darf sagen, ich habe es nicht, und ich habe auch den Namen MED-CONSULT zu dieser Zeit gar nicht gekannt.

Obmann Dr. **Steger:** Da steht auch nichts von MED-CONSULT, sondern: eine zu nennende Firma.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben meine Frage nicht beantwortet. Es wurde ausdrücklich gesagt, daß Sie initiativ geworden sind und verlangt haben, daß die ODELGA ausgelassen und dieser Platz sozusagen freigelassen wird für eine neue Konstruktion, das war nachher die MED-CONSULT. Ist es richtig, daß Sie der Initiator waren für diese Vorgangsweise des Freilassens eines Partners?

Dr. **Wilfling:** Ich darf dazu sagen, daß ich damals gesagt habe, vielleicht tritt mein Nachfolger bei der Geschichte ein. Es war nie die Rede davon, daß ich eine Firma in irgendeiner Form nachbenennen sollte oder wollte. Ursprünglich waren vier Partner gegenüber der AKPE genannt. Und dann hat einer nicht mehr unterschrieben, das war die ODELGA unter meiner Geschäftsführung. Mich hat auch der Herr Kontrollamtsdirektor kurz vor meinem Weggehen noch einmal gefragt: War das ursprünglich der Platz der ODELGA und wann der Direktor Seidler das unterschreiben wollte? Ich habe gesagt: Wenn ihn die Partner hineingelassen hätten, hätte er ja wieder unterschreiben können. Und ich glaube, meiner Erinnerung nach hat die ODELGA ja dann unter mei-

nem Nachfolger noch einmal nachgenannt, und den Vertrag hatten dann die Arbeitsgemeinschaft ODELGA, DKI, ÖKODATA und Riethmüller, so wie es ursprünglich war. Dann hat die ODELGA verzichtet auf ihren Teil, also mein Nachfolger, und hat das dann mit seiner Tochter gemacht. Also eingestiegen ist nach mir noch einmal die ODELGA.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist mit Ihrer Mitwirkung diese Vorgangsweise geschehen, mit Ihrem Wissen und mit Ihrer Mitwirkung?

Dr. **Wilfling:** Ich konnte dazu nichts mitwirken. Ursprünglich wollte, glaube ich, Dr. Seidler gar nicht einsteigen oder dann schon. Ich weiß das nicht mehr. Aber jedenfalls: Ich hatte damit nichts mehr zu tun. Ich habe heute vormittag erklärt, ich glaube, Sie waren da, daß ich als gewerberechtlicher Geschäftsführer nicht einmal gewußt hab, daß sie einen Subauftrag vergeben haben.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben gesagt, daß Sie aus den Aktenvermerken, wie wir sie mittlerweile kennen, den Eindruck gewonnen haben, daß jemand die ODELGA hinausdrükken wollte aus dem Bereich.

Wer, glauben Sie, wollte das?

Dr. **Wilfling:** Es steht ja einmal Wilfling-Sub, dann steht ODELGA gar nicht mehr dabei usw. Immer wieder steht aber an der Spitze doch — das ist mein Eindruck — die ÖKODATA. Die Verhandlungen hat der Herr Rumpold geführt. Ich kann mich auch irren in meiner Ansicht. Ich verfolge nur diese damals publizierten Aktenvermerke, wer da aller immer dabei war. Da war dabei AGIPLAN. Ich war bei einem Gespräch, daß AGIPLAN dort teilnehmen sollte oder die MEDIPLAN, haben Sie, glaube ich, gesagt, da war ich nicht dabei. Das zeigt aber doch, daß bei all diesen Aktenvermerken oder bei diesen Aufzeichnungen die ODELGA nicht drinnen war.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben jetzt angedeutet, Herr Dipl.-Ing. Rumpold wollte Sie eventuell hinausdrücken, weil er immer die Gespräche geführt hat. Warum wollte er das?

Dr. **Wilfling:** Es ist ja kein Geheimnis, daß Herr Rumpold nicht sehr glücklich war, daß ich auch auf dem Markt war.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie erfahren, warum er nicht glücklich war? Auf dem Markt waren Sie ja noch nicht. Sie haben ja die Leute noch nicht angestellt gehabt dafür, Sie hätten sie ja erst angestellt.

Dr. **Wilfling:** Ich war auf dem Markt auf dem Spitalswesen.

Obmann Dr. **Steger:** Auf diesem Markt Kostenrechnung und Betriebsorganisation waren Sie bisher nicht. Oder gibt es irgendwelche Aufträge, die Sie vorher schon durchgeführt haben?

Dr. **Wilfling:** Herr Vorsitzender! Wenn ich Markt sage, wollte ich den Bereich Spital sagen und nicht mich qualifizieren, in welcher Sparte auf dem Bereich. So wollte ich das bitte verstanden haben.

Obmann Dr. **Steger:** Also Sie glauben, das war der Grund, daß er Sie hinausdrücken wollte, damit Sie nicht als Konkurrent hereinkommen. Hat er von irgendwoher das Gefühl gehabt, daß Sie in diesem Bereich schon qualifiziert sind?

Dr. **Wilfling:** Das weiß ich nicht, wie er mich einschätzt. Ich habe darüber nicht gesprochen. Sicher wird er seine einschränkenden Bemerkungen über mich gemacht haben.

Obmann Dr. **Steger:** Hat er gewußt, daß Sie bisher keine Leute angestellt haben für diesen Bereich?

Dr. **Wilfling:** Das mußte er gewußt haben, denn er hat ja einmal . . .

Obmann Dr. **Steger:** Hat die ÖKODATA Leute angestellt gehabt für diesen Bereich?

Dr. **Wilfling:** Ich wußte nie, wie viele Leute die ÖKODATA an Eigen- oder an Subwerksverträgen hat.

Obmann Dr. **Steger:** Nicht wie viele, sondern haben Sie gewußt, ob sie Leute angestellt gehabt hat für den Bereich?

Dr. **Wilfling:** Ich bin sicher, daß er Leute angestellt hatte, weil er ja Arbeiten gemacht hat. Aber ich kann Ihnen nicht sagen, wie viele er angestellt hat.

Obmann Dr. **Steger:** Nachharke zu dem Gespräch in Düsseldorf 1976. Sie haben jetzt mehrfach Erklärungen abgegeben, warum Sie jemanden nicht als Subunternehmer wollten, weil Sie als ODELGA-Geschäftsführer kein Interesse gehabt haben an der Zusammenarbeit; sinngemäß war das die Antwort an den Abgeordneten Steinbauer. Wissen Sie, auf welches Gespräch ich abstelle?

Dr. **Wilfling:** Wenn das im Zusammenhang mit dem Namen Dräger war, dann bin ich dabei.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt haben Sie Ihre ganze Antwort immer darauf aufgebaut, daß Sie als Geschäftsführer der ODELGA das eben nicht wollten. Nun steht aber fest, daß Sie jedenfalls dort nicht für die ODELGA anwesend waren. Sie haben dann am Schluß in

286 von 382Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

einem Satz, als Sie gefragt wurden, ausdrücklich gesagt, Sie waren als Konsulent der Stadt Wien dort dabei.

Können Sie mir erklären, warum Sie als Konsulent der Stadt Wien dann jedenfalls eine Schlußfolgerung ziehen, die für Sie als ODELGA-Geschäftsführer gezogen werden muß, weil Sie einen anderen aus dem ODELGA-Geschäft draußen halten wollten? Was ist der direkte Zusammenhang?

Dr. **Wilfling:** Darf ich noch einmal wiederholen, daß ich gesagt habe, daß die Fa. Dräger niemals über einen Fachhändler oder sonstwie geliefert hat. Die Fa. Dräger ist in meinen Augen und meiner Meinung nach eine Firma, die monopolistisch den Markt beherrscht und daher auch, glaube ich, viele Spitäler mit guten Geräten, aber auch zu sehr teuren Preisen beliefert. Das heißt, wo einmal Dräger ist, kann ein anderer nicht mehr hinein. Ich glaube nicht, daß das der richtige Weg ist, daß man hier sofort mit einem Qualitätsbegriff das Ganze blockiert.

Obmann Dr. **Steger:** War das sozusagen der Vorteil für die Gemeinde Wien, daß Sie als ODELGA-Geschäftsführer das alles schon gewußt haben?

Dr. **Wilfling:** Wenn Sie es so sehen wollen! Aber dieselbe Meinung herrscht sicher auch in Kärnten oder in der Steiermark.

Obmann Dr. **Steger:** Als Sie am 3. 11. 1976 in einem Gespräch mit Schwaiger, Rumpold und Winter eine begleitende Prüfung bei der Betriebsorganisation abgelehnt haben, in welcher Funktion waren Sie da tätig? Es ist für uns manchmal schwer, die Funktionen auseinanderzuhalten.

Dr. **Wilfling:** Wann, Herr Vorsitzender?

Obmann Dr. **Steger:** Am 3. November 1976.

Dr. **Wilfling:** Ich darf von der Sache vielleicht folgendes erklären: Mich immer bitte zu verstehen als einen für die Nutzer Denkenden. Es war in der Stadt Wien vorgegeben, daß die MA 17, die Neubau-Gruppe, so wie bei der Medizintechnik zum Beispiel, die Arbeiten, die dann übernommen werden sollen, auch begleitend kontrolliert und abnimmt. Und damit war ja alles wieder im Rahmen der Stadt möglich.

Soweit mir erinnerlich, wurde ein Vorschlag herangetragen, daß neben einer Betriebsorganisation noch einmal sich eine Firma bildet, die sozusagen die anderen Firmen wieder kontrolliert. Und darin habe ich eigentlich keinen Sinn gesehen.

Obmann Dr. **Steger:** Als Vertreter der Stadt Wien?

Dr. **Wilfling:** Als Berater der Stadt Wien. Vertreter der Stadt Wien war ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Das Ganze war nämlich ein Beschluß des Politikergipfels am 18. März 1976.

Dr. **Wilfling:** Das wußte ich nicht. Da hätte mich jemand darauf aufmerksam machen müssen, daß das ein Beschluß ist, dann hätte ich mich als Konsulent daran gehalten. Davon hatte ich keine Kenntnis.

Obmann Dr. **Steger:** Sind Sie als Konsulent im Rahmen Ihres Konsulentenverhältnisses eigentlich berechtigt gewesen, bei anderen Gesprächen, wo kein Eigentümervertreter da ist, direkt mit den anderen zu verhandeln? Mit Firmen zum Beispiel.

Dr. **Wilfling:** Ich habe mit Firmen nicht verhandelt.

Obmann Dr. **Steger:** Sie waren zum Beispiel in Düsseldorf — da war ja kein Eigentümervertreter dabei — als Vertreter der Stadt Wien, aber als Konsulent.

Dr. **Wilfling:** In Düsseldorf war der Besuch beim DKI, und das DKI hatte bereits einen Betriebsorganisationsauftrag im Rahmen der Stadt Wien.

Obmann Dr. **Steger:** Sie waren als Vertreter der Stadt Wien dort, sagen Sie, und haben mit einer ganz anderen Personengruppe dort Verhandlungen geführt. Der Begriff „Konsulent" heißt normalerweise, daß man einem Auftraggeber, wo man eben Konsulent ist, Meinungen abzugeben hat, ihn zu beraten hat. Aber der Begriff „Konsulent" heißt ja nicht, daß man den Auftraggeber direkt woanders vertritt. Waren Sie vielleicht etwas anderes damals für die Gemeinde Wien?

Dr. **Wilfling:** Ich habe bestimmt nicht behauptet, daß ich die Gemeinde Wien vertreten habe, das konnte ich in der Position gar nicht, sondern da waren Gespräche mit dem Deutschen Krankenhausinstitut, das auch mit der ODELGA zusammengearbeitet hat, bitte.

Obmann Dr. **Steger:** Mir fällt nur auf, daß Sie das nicht ganz leicht auseinanderhalten, wen Sie jeweils beraten. Sie beraten manchmal die ÖKODATA, manchmal eine Gruppierung, die dort gemeinsam sitzt. Wen haben Sie eigentlich beraten, als Sie die begleitende Kontrolle abgelehnt haben? An wen hat sich die Beratung gerichtet im Rahmen Ihres Konsulentenverhältnisses? Oder sind Sie 1976 dort gesessen als ODELGA-Geschäftsführer?

Dr. **Wilfling:** Es wird nur als ODELGA-Geschäftsführer gegangen sein.

Obmann Dr. **Steger:** Warum lehnen Sie als ODELGA-Geschäftsführer die begleitende Kontrolle ab, zu einem Zeitpunkt, da die Arbeitsgemeinschaft noch nicht gegründet ist?

Dr. **Wilfling:** Wir haben ja Erfahrung gehabt aus der Medizintechnik. Und die Medizintechnik ist immer mit dem Nutzer in direktem Konsens abbesprochen, laufend kontrolliert und auch abgenommen worden. Das ist ja sicher ein Satz, der aus dem Zusammenhang gerissen ist. Ich kann mir nur vorstellen, daß es im Zusammenhang darum ging, ob es sinnvoll ist, ob über eine Betriebsorganisationsgruppe noch einmal eine fremde Gruppe, also eine Nicht-Stadtgruppe, diese Leute hier kontrolliert und dann vielleicht erst wieder der Nutzer noch einmal kontrolliert.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie das als Vertreter der ODELGA dort gesagt?

Dr. **Wilfling:** Mit Sicherheit. Auch wenn ich heute Betriebsberatung mache, möchte ich ja mit dem Kunden, mit dem Nutzer auseinandertreten, um zu wissen, ob meine Arbeit in Ordnung ist oder nicht. Ich spreche hier bitte nur . . .

Obmann Dr. **Steger:** Sie wissen ja, daß Sie sich gerade um 180 Grad korrigiert haben, weil gerade vorhin haben Sie argumentiert, daß Sie das als Konsulent der Stadt Wien vertreten haben. Wir haben ein Wortprotokoll, das kann jederzeit festgestellt werden.

Dr. **Wilfling:** Sicherlich habe ich dann auch meine Meinung nicht geändert, weil ich sie dann in meiner Stellung als Konsulent gegenüber der Stadt Wien auch so vertreten habe. Ich hätte ja nur dann, wenn ich zwei Meinungen gehabt hätte, unter einer anderen Flagge . . .

Obmann Dr. **Steger:** Die Frage war vorher. Sie können sich selbst überzeugen, denn ich habe Sie gefragt, ob Sie dort in diesem Gespräch als Vertreter der Stadt Wien waren oder als Vertreter der ODELGA. In der ersten Antwortpassage haben Sie gesagt, als Vertreter der Stadt Wien. Dann kam die Passage, in der ich Sie darauf aufmerksam gemacht habe, was ein Konsulent eigentlich ist. Jetzt sagen Sie, Sie waren ODELGA-Vertreter. Ich mache Sie nur auf den Widerspruch aufmerksam. Es kann ja auch sein, daß man draufkommt, während man gefragt wird.

Dr. **Wilfing:** Möglich. Ich wollte nur gleich Einspruch erheben, daß ich nicht als Vertreter der Stadt Wien, bitte, dort war. Darauf habe ich also den größten Wert gelegt.

Obmann Dr. **Steger:** Was halten Sie im Zusammenhang mit der Betriebsorganisation von der Fa. MEDIPLAN?

Dr. **Wilfling:** Ist das diese deutsche Firma?

Obmann Dr. **Steger:** MEDIPLAN.

Dr. **Wilfling:** Ich kann dazu nichts sagen, ich habe mit dieser Firma nie gearbeitet und kenne nicht das Ergebnis ihrer Arbeit. Ich würde mich hier überfordert sehen zu beurteilen.

Obmann Dr. **Steger:** Sagt Ihnen dieser Name jetzt nichts? ARGE ORP, sagt ihnen das etwas?

Dr. **Wilfling:** Können Sie mir helfen, welche Firmen sind das? Dann kann ich vielleicht etwas sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Professor Riethmüller & Co.

Dr. **Wilfling:** Ah, das war die ARGE ORP. Das ist diese Arbeit, die Riethmüller aus der Geschichte geliefert hat und sich, glaube ich, mit dieser Fa. MEDIPLAN verstärkt hat.

Obmann Dr. **Steger:** Nach dieser Firma MEDIPLAN frage ich Sie.

Dr. **Wilfling:** Ich kenne aber nicht das Ergebnis dieser Arbeit, weil die MEDIPLAN ja erst später dazugekommen ist, glaube ich.

Obmann Dr. **Steger:** Ich fragte Sie nicht nach dem Ergebnis der Arbeit, sondern: was halten Sie von der Fa. MEDIPLAN?

Dr. **Wilfling:** Ich habe auch erklärt hier, ich kann nichts sagen, weil ich ihre Arbeiten nicht kenne.

Obmann Dr. **Steger:** Wer hat dann die Fa. MEDIPLAN da mit ins Spiel gebracht in dem Gespräch, daß sie bei der Betriebsorganisation dabei sein soll?

Dr. **Wilfing:** Ich nicht, ich kenne weder die Firma noch kenne ich deren Repräsentanten. Ich habe damit bitte nichts zu tun.

Obmann Dr. **Steger:** Im Gespräch. Kennen tun Sie sie schon. Sie haben ja gerade gesagt, daß Sie sie kennen.

Dr. **Wilfling:** Namentlich unter dem Firmennamen.

Obmann Dr. **Steger:** Im Aktenvermerk ist festgehalten: „DKI + ÖKODATA + ODELGA + MEDIPLAN (under pressure)". Englisch. Sie haben ja Ihr Doktorat in Amerika gemacht?

Dr. **Wilfling:** Nein, ich habe mein Doktorat in Wien an der Wirtschaftsuniversität gemacht. Aber ich verstehe den Ausdruck „under pressure".

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie kennen die MEDIPLAN nicht?

Dr. **Wilfling:** Ich kenne die MEDIPLAN, aber ich kenne ihren Geschäftsführer und ich kenne nicht ihre Arbeit. Aber der Firmenname ist mir bekannt. Aber ich habe weder dort einen Auftrag gegeben noch sonst etwas.

Obmann Dr. **Steger:** Ein Bereichsleiter der MA 17, der die MEDIPLAN nicht kennt, ist für mich schon eher überraschend, wenn ich das sagen darf, weil Sie ja als Bereichsleiter bisher immer den Eindruck erweckt haben, eigentlich fast alles zu kennen.

Dr. **Wilfling:** Bitte, da hat die MA 17 keinen Auftrag an die Fa. MEDIPLAN gegeben, meines Wissens.

Obmann Dr. **Steger:** Dann hat die AKPE ihren ersten Auftrag vergeben in einem Zeitpunkt, wo Sie Bereichsleiter der MA 17 waren?

Dr. **Wilfling:** Richtig! Aber nicht von mir beauftragt. Vor mir nicht angeordnet.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben sich nie darum gekümmert, an wen die da Aufträge geben?

Dr. **Wilfling:** Nein! Nein!

Obmann Dr. **Steger:** Und sich erkundigt, ob das gute Firmen sind! Wieder als Bereichsleiter jetzt.

Dr. **Wilfling:** Herr Vorsitzender! Das war nicht mein Bereich, für den ich verantwortlich war, um zu gestionieren, ob die Sachen dort gut sind, die sie selbständig beschlossen haben.

Obmann Dr. **Steger:** Sie können sich also nicht erinnern, wer die Fa. MEDIPLAN ins Spiel gebracht hat bei diesem Gespräch?

Dr. **Wilfling:** Ich weiß das nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Wissen Sie, ob über die Fa. MEDIPLAN gesprochen wurde?

Dr. **Wilfling:** Nein, in diesem Zusammenhang nicht.

Obmann Dr. **Steger:** In welchem Zusammenhang können Sie sich erinnern, daß dort gesprochen wurde?

Dr. **Wilfling:** Ich weiß, daß die Fa. MEDIPLAN in Österrreich am Markt auch Krankenhausberatung machen will. Das ist das einzige, was ich dazu sagen kann.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen überhaupt nicht einsichtig, wieso da festgehalten wurde „under pressure"?

Dr. **Wilfling:** Nein, nein.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Dipl.-Ing. Winter weiß es nicht, Herr Dr. Rumpold weiß es nicht, der Dr. Wilfling weiß es nicht. Es wird dann Dr. Schwaiger gewesen sein.

Dr. **Wilfling:** Einer muß es ja geschrieben haben. Ich weiß nicht, was Sie vor sich haben, sicher einen Winter Aktenvermerk. Da kann ich annehmen . . .

Obmann Dr. **Steger:** Er sagt, er weiß nicht, durch wen das ausgeübt wurde. Er war es jedenfalls nicht.

Wir haben jetzt drei von vieren, die es nicht waren. Halten Sie für denkbar, daß es Dr. Schwaiger war, der diese Pression ausgeübt habe?

Dr. **Wilfling:** Nein, mit Sicherheit halte ich Dr. Schwaiger nicht dafür, daß er Pressionen ausgeübt hat.

Obmann Dr. **Steger:** Um noch einmal darauf zurückzukommen: Wieso zahlen Sie jemanden aus, indem Sie ihm nicht Geld geben oder eine Überweisung durchführen, sondern ihm ein Sparbuch bringen lassen. Können Sie mir dafür einen Grund nennen?

Dr. **Wilfling:** Soviel mir in Erinnerung ist — es geht hier um Dr. Krcal —, war Herr Dr. Krcal erstens ein Einnahmen- und Ausgabenrechner und war zum Jahresende mit einer Rückgratoperation im Spital. Das ist das, was mir erinnerlich ist. Er mußte aber das Geld in seiner Rechnung drinnen haben. Das war die Lösung damals.

Obmann Dr. **Steger:** Es ist doch eher ungewöhnlich, daß eine Firma mit Sparbuch bezahlt. Haben Sie das öfters erlebt, daß Sparbücher übertragen werden?

Dr. **Wilfling:** Herr Vorsitzender! Man muß das ja aus den Büchern bringen. Und trotzdem mußte man es, nachdem man noch keine Unterschrift von ihm hatte, sozusagen im Verfügungsbereich lassen, weil ja keine Ausgangsbestätigung da war.

Obmann Dr. **Steger:** Können Sie das noch einmal erklären? Sie mußten es aus den Büchern bringen?

Dr. **Wilfling:** Er ist ein Einnahmen-Ausgaben-Rechner. Er brauchte diese Einnahme noch im Jahr 1977, glaube ich, als Einnahme. Und er lag im Spital.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben das also jetzt auf ein Sparbuch eingelegt, haben es bei sich aus den Büchern damit herausgenommen?

Dr. **Wilfling:** Das Sparbuch ist im Depot der ODELGA gelegen.

Obmann Dr. **Steger:** Insgesamt über 2 Komma, wieviel Millionen Schilling?

Dr. **Wilfling:** Nein, nein, über 300 000 S.

Obmann Dr. **Steger:** Warum haben Sie denn das mit dem großen Sparbuch gemacht?

Dr. **Wilfling:** Darf ich Ihnen das mit dem 2,5-Millionen-Sparbuch auch erklären?

Obmann Dr. **Steger:** Das war auch, damit es aus den Büchern kommt?

Dr. **Wilfling:** Nein. Herr Vorsitzender! Zu diesen 2,5 Millionen Schilling: Es hat zu dieser Zeit zwei Abteilungen in der ODELGA gegeben, die eine war die konventionelle mit Betrieb, mit Handel, und die andere war die Betriebsberatungsabteilung. Es ist üblich in Firmen, wenn man Geld hat, das nicht täglich benötigt wird, daß man es besser verzinst anlegt. Und dazu haben wir es auf ein Sparbuch gelegt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben in Ihren Notizen „Dr. Krcal aus Zinsen von 2,5-Millionen-Schilling-Sparbuch." Was bedeutet das?

Dr. **Wilfling:** Als ich mir das aufgeschrieben habe damals: Ich glaube, im Bericht des Herrn Kontrollamtsdirektors heißt es, warum man das hier auf ein Sparbuch gegeben hat. Ich habe mir nur überschlagsmäßig im Kopf ausgerechnet, was das an Mehrertrag gebracht hat, daß das ODELGA-Geld besser verzinst ist, da bin ich draufgekommen, daß man allein das Honorar von Dr. Krcal schon aus den Mehrzinsen herausbekommt.

Obmann Dr. **Steger:** Ist es dann daraus bezahlt worden?

Dr. **Wilfling:** Das ist eine rein rhetorische Feststellung hier, sonst wäre es ja doppelt bezahlt.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt das Kilometergeld, auch wieder eine Kleinigkeit. Sie sind doch sicher schon ein ganz gut verdienender Mensch gewesen, haben weiter ein Dienstauto gehabt für eine gewerberechtliche Geschäftsführung, obwohl Sie arbeitsmäßig als gewerberechtlicher Geschäftsführer nicht beschäftigt sind, wie uns allen ja bekannt ist, sondern nur eingetragen sind. Sie haben das Dienstauto mit Chauffeur weitergehabt, zusätzlich Kilometergeld verrechnet. Wie schaut das aus Ihrer Sicht aus?

Dr. **Wilfling:** Aus meiner Sicht sieht das so aus: Ich habe abgerechnet 8 000 und 15 000 km. 15 000 km war die Kilometeranzahl nach meinen Aufzeichnungen für diesen ODELGA-Wagen, und die 8 000 km bin ich mit meinem Wagen gefahren. Das heißt, die Stadt hat sich hier einmal mit Sicherheit die 15 000 km erspart. Darf ich vielleicht weiter berichten, nachdem man mich dann im Februar wegen dieser Sache auch noch mehr oder weniger . . . Es gibt sicherlich mehrere Auslegungen, das ist meine, und das ist sicher die einsatzmäßig richtige . . . habe ich ab Februar 1979 bis November, bis ich dann einen Dienstwagen in der Stadt erhalten habe, überhaupt kein Kilometergeld mehr verrechnet, habe ich alles hergeschenkt.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt wird der Vorwurf erhoben, daß Sie ein Dienstauto haben und zusätzlich Kilometergeld verrechnen. Heute sagen Sie, das waren andere Kilometer, die Sie gefahren sind.

Warm haben Sie dann zwischendurch plötzlich das Geld für dieses Kilometergeld als Scheck hinterlegt, also zurückzahlen wollen? Schütteln Sie nicht den Kopf, Sie haben einen Scheck hinterlegt und gesagt, Sie zahlen es damit zurück. Erst dann haben Sie den Scheck wieder weggenommen. War es nicht so?

Dr. **Wilfling:** Das stimmt nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben keinen Scheck hinterlegt?

Dr. **Wilfling:** Herr Vorsitzender! Darf ich nur sagen, weil Sie gesagt haben, Gröscherln und Persönlichkeitsbild; was ich von meiner Seite aus der Stadt geschenkt habe:

Da bin ich vom Mai 1979 bis November 1979 gratis gefahren und habe überhaupt nichts gemacht. Dann habe ich mein Honorar eingesetzt in der Stadt mit 15 000 km und habe nur meinen Wagen, der daneben noch gefahren ist, weil ich ihn ja nicht dauernd zur Verfügung hatte, mit 8 000 km verrechnet. Dort hat mir die Stadt zugestanden 3,50 S, ausbezahlt habe ich nach einem Monat nur mehr 3 S gekriegt. Nur weil Sie mein Persönlichkeitsbild angezogen haben.

Obmann Dr. **Steger:** Die Stadt hat nichts davon gewußt, daß Sie noch immer ein anderes Auto haben. Der Herr Magistratsdirektor hat das ausdrücklich inzwischen ausgesagt, daß Sie das nicht berichtet haben.

Dr. **Wilfling:** Das habe ich auch nicht verrechnet, bitte.

Obmann Dr. **Steger:** Aber gefahren sind Sie damit. Was brauchen Sie da noch zu verrechnen? Wenn Sie ein Auto mit Chauffeur haben, wo das Benzingeld direkt einbezahlt wird, dann haben Sie das; dann brauchen Sie nicht noch etwas zu verrechnen. Sie haben zusätzlich in derselben Zeit Kilometergeld verrechnet, dann einen Scheck deponiert.

Dr. **Wilfling:** Nicht in derselben Zeit. Ein zusätzliches Auto, weil ich das Auto ja nicht immer zur Verfügung hatte. Ich habe für Extra-

kilometer für meinen Wagen, mit dem teilweise auch der Chauffeur gefahren ist, wenn fremde Leute oder Kunden mit dem ODELGA-Wagen gefahren sind, 3,50 S kriegen sollen und habe nur 3 S gekriegt.

Obmann Dr. **Steger:** Die Frage ist also, ob Sie je so einen Scheck deponiert und dann wieder zurückgenommen haben. Das ist sehr leicht überprüfbar. Das ist überhaupt nicht kompliziert.

Dr. **Wilfling:** Die Angelegenheit war so, daß man mir bei der ODELGA gesagt hat: Die Betriebskosten für diesen ODELGA-Wagen seien zu groß, und da habe ich gesagt: Na was machen denn die Dieselkosten aus. Haben Sie mir erzählt, das sind also 30 000 oder 35 000 S, worauf ich hergegangen bin, weil man mich so angejammert hat, und habe gesagt, ich deponiere es bei euch. Dieser Scheck war im Depot.

Dann bin ich in die Stadt gegangen zum Hern Rechnungsamtsdirektor und habe gesagt: Kann ich diese Kilometer ...

Das stimmt bitte, das ist sogar vom Kontrollamt festgestellt worden, daß das ein Depot war. Dann bin ich zum Herrn Rechnungsamtsdirektor gegangen und habe gesagt: Sie, ich habe da so viele zusätzliche Kilometer. Können Sie mir da nicht ein bisserl helfen? Ich will Ihnen nicht sagen, was er mir dann dazugesagt hat.

Obmann Dr. **Steger:** Ich habe Sie zuerst gefragt, ob Sie einen Scheck deponiert haben. Da haben Sie gesagt, nein. Jetzt sagen Sie, der Scheck war im Depot, das heißt deponiert.

Dr. **Wilfling:** Sie haben gesagt: zurückbezahlt.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie einmal bei Flugtickets, die auf Mrs. und dann auf Ihren Familiennamen ausgestellt waren, einen Punkt dazwischen gemacht, daß Mr. S. Wilfling daraus geworden ist, und diese dann verrechnet, nämlich die Flüge Athen — Düsseldorf — USA, sowohl bei der Gemeinde einerseits Ihr Ticket als auch das Ihrer Gattin andererseits beim Institut und dann wieder zurückgezahlt? War das einmal der Fall?

Dr. **Wilfling:** Ich habe im Rahmen meiner Einkommensteuererklärung, wie ich heute vormittag bereits erklärt habe, festgestellt, daß hier Doppelverrechnungen waren, und habe dann zum gleichen Zeitpunkt, als ich meine Einkommensteuererklärung gemacht habe, diese zurückbezahlt. Darf ich nur zu dem Tikket meiner Gattin sagen, dort hätte ich gar keinen Punkt zu machen brauchen, denn wenn die Frau mitfährt, hat sie 50prozentige ... Verrechnet war aber der volle Preis. Die Grundlage für die Verrechnung war nicht der Punkt, sondern ein verkehrtes Ticket.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn man nicht selber zahlt, ist vielleicht die volle Verrechnung immer noch billiger.

Dr. **Wilfling:** Ich habe es aber selbst bezahlt, bitte.

Obmann Dr. **Steger:** Aber erst im nachhinein zurückbezahlt.

Dr. **Wilfling:** Ich habe nicht abgestritten, daß das ein Fehler war, aber es ist unter meine Eigenkontrolle gekommen. Das ist mir passiert. Das gestehe ich offen, da habe ich gar nichts zu verheimlichen. Zu dem stehe ich.

Obman Dr. **Steger:** Gut. Damit sind wir für heute mit Ihrer Einvernahme fertig. Sie werden wieder eine Ladung bekommen, wenn der Ausschuß beschließt fortzusetzen. Danke für heute. *(Der Zeuge Dr. Wilfling verläßt um 15.45 Uhr das Verhandlungszimmer.)*

Schluß der Sitzung: 16 Uhr

9. Sitzung: 1. September 1980

Beginn: 10 Uhr

Obmann Dr. **Steger** eröffnet die Sitzung.

Zeugeneinvernahme von Ing. Erich Zelniczek

Obmann Dr. **Steger:** Herr Ing. Erich Zelniczek! Sie sind heute vor den Untersuchungsausschuß geladen und haben hier als Zeuge auszusagen.

Ich darf Ihnen zunächst mitteilen, welche Untersuchungen der Untersuchungsausschuß durchzuführen hat. Er wurde eingesetzt im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien zur Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO bzw. von Subaufträgen und deren Abwicklung; ein Bereich, von dem Sie eher wenig wissen werden.

Zweitens zur Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens bzw. von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind — das ist der Hauptpunkt Ihrer Vernehmung —, und

drittens zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Es sind natürlich auch Fragen, die mit diesem Themenkreis insgesamt im Zusammenhang stehen, zulässig, wenn sie in die Richtung gestellt werden, um hier Klarheiten in diesen drei Themenkreisen zu schaffen.

Ich bitte Sie, alle diese Fragen wahrheitsgemäß zu beantworten. Sie stehen unter der Wahrheitspflicht, und ich darf Sie ausdrücklich auch auf die Bestimmungen des § 153 Strafprozeßordnung aufmerksam machen.

Ich bitte Sie, bleiben Sie bei der Wahrheit. Sie machen es uns allen leichter, Sie machen es auf Dauer auch sich selbst leichter. Ich kann mir schon vorstellen, daß Sie am Beginn der Einvernahme gedacht haben, je weniger ich weiß und je weniger ich sage, umso schneller geht das Ganze vorbei. Es hat jetzt die Untersuchung eine Dimension angenommen, wo ich Ihnen nur mehr raten kann, sagen Sie dort, wo Sie etwas wissen, frei heraus die Wahrheit, und es wird für uns alle das Beste sein und für Sie sicher auch das Beste sein in weiterer Folge.

Am Beginn bitte ich Sie um Ihre Generalien, das ist Vor- und Familienname, Geburtsdatum, Beruf ...

Ing. **Zelniczek:** Erich Zelniczek, Ingenieur, Geburtsdatum 15. 1. 1926, Wien 22, Am Kaisermühlendamm 5. Beschäftigt bei der ITT-Austria als Vertriebsleiter für Inlandvertrieb. Einkommen von ca. 750 000, 760 000 S, glaube ich jährlich, brutto.

Obmann Dr. **Steger:** Wir haben jetzt die Vorgangsweise, daß die Herren Abgeordneten in einer ganz bestimmten Reihenfolge fragen werden, und ich bitte Sie, das immer direkt zu beantworten.

Als erste Wortmeldung liegt vor die Wortmeldung des Herrn Abg. Ing. Hobl. Ich bitte Sie, Herr Abgeordneter.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Ing. Zelniczek! Hat Dipl.-Ing. Winter Ihnen gegenüber in den Kontakten, die Sie mit ihm gehabt haben, irgendwann etwas über Parteienfinanzierung oder Finanzierung bestimmter Institutionen gesprochen?

Ing. **Zelniczek:** Über Parteienfinanzierung nicht, aber Institutionen, wenn man es so nennen will. Aber es war, sagen wir, herauszuhören, daß hier besondere Leute dahinterstehen, hinter dieser Firma PLANTECH bzw. GEPROMA, aber Parteienfinanzierung, das Wort ist nicht gefallen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Eher auch personifiziert hinter PLANTECH und GEPROMA, da gibt es interessierte Leute, aber nicht Firmen oder Vereine oder so etwas.

Haben Sie über diese Information auch mit dem jetzigen Generaldirektor von ITT Dr. Hainisch gesprochen und seinerzeit mit Ing. Mayer?

Ing. **Zelniczek:** Mit Ing. Mayer habe ich nicht gesprochen, aber mit dem Herrn Generaldirektor Hainisch habe ich sehr wohl gesprochen, weil er mein direkter Vorgesetzter war.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie dem Generaldirektor Hainisch gesagt, das seien Personen, die im Club 45 verkehren oder die BSA-Mitglieder sind? Haben Sie das so spezialisiert ein bißchen gegenüber Generaldirektor Dr. Hainisch?

Ing. **Zelniczek:** Erstens einmal, ich habe erwähnt, daß ich beim Club 45 bin, das habe ich ihm gesagt. Das ist allerdings erst ungefähr zwei Jahre her, glaube ich. Ich weiß nicht, wie lang genau. Daß ein Zusammenhang von Personen des Club 45 mit dieser geschäftlichen Sache mit AKH besteht, ist von meiner Seite nie gesagt worden.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wie sind Sie zum Club 45 gekommen?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe eigentlich den Club 45 gekannt. Ich wußte, daß es ihn gibt. Da habe ich mich umgeschaut, wie man da dazukommt, und da habe ich privat den Präsident Reidinger gekannt. Der hat gesagt, er könne das machen, daß ich dazukomme.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Jetzt einen anderen Fragenkomplex. Ab welchem Zeitpunkt hat sich ITT für Aufträge im Zusammenhang mit dem AKH interessiert? Wissen Sie da ungefähr Jahresangaben?

Ing. **Zelniczek:** Ich würde sagen, wir haben uns für das AKH immer interessiert. Denn das AKH war unser Kunde, und die alte Telefonanlage vom AKH war von uns. Seitdem die Neuplanung des AKH spruchreif wurde, waren wir in diesem Neubauplanungsteam drinnen. Wir haben ja da eine eigene Arbeitsgemeinschaft Schwachstromindustrie oder wie die geheißen hat, und da sind im Firmenwortlaut oben alle vier Schwachstromfirmen gestanden, also nach dem Alphabet Kapsch, Schrack, Siemens und wir; das sind wir alle. Seitdem sind wir dabei. Ich würde sagen, das war Ende der sechziger Jahre.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Da waren Sie also als gesamte Schwachstromgruppe in Vertretung gegenüber dem Bauherrn?

Ing. **Zelniczek:** Damals Bund und Gemeinde Wien.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und da hat die Arbeitsgemeinschaft der vier genannten Firmen Projektverfassungen für das Allgemeine Krankenhaus gemacht?

Ing. **Zelniczek:** Begonnen, Projektverfassungen zu machen. Also bei Sitzungen dabeizusein, bei den Architekten usw. und sozusagen ein Know-how von der Schwachstromindustrie dazugegeben.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Aber da waren nicht sagen wir Sie als Vertreter der ITT dort, sondern waren immer alle vier?

Ing. **Zelniczek:** Alle vier. Ich persönlich überhaupt praktisch nicht, sondern Mitarbeiter.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ja, ja. Aber die waren Ihnen unterstellt, Herr Ingenieur?

Ing. **Zelniczek:** Eigentlich nicht immer, die waren teilweise von der Montage, die war damals nicht unterstellt, teilweise von einer anderen Gruppe, die die Containeranlage gemacht hat.

Unsere Unterstellungsverhältnisse waren in diesem Zeitraum, in dem sich das Ganze abgespielt hat, nicht immer gleich. Es wurde umorganisiert ...

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Telefon, einmal Container usw.

Im Zusammenhang mit der Containeranlage: Waren Sie da persönlich der Kontakter zu der Bauherrschaft?

Ing. **Zelniczek:** Nein, die Containeranlage, das kam überhaupt erst später. Die Containeranlage wurde im Rahmen dieser Arbeitsgemeinschaft Schwachstrom meines Wissens überhaupt nicht behandelt, sondern das kam wesentlich später, und da war eigentlich der Kontakt primär mit den Herren, die davon etwas verstanden haben, aus Deutschland.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Von der SEL?

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Die SEL-Leute aus Stuttgart haben mit Dipl.-Ing. Winter Kontakt gehabt oder auch mit dem Leiter der MA 34?

Ing. **Zelniczek:** Mit dem Leiter der MA 34 meines Wissens, glaube ich, nicht.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Nur mit Winter.

Ing. **Zelniczek:** Mit Winter und seinen Mitarbeitern sicherlich, das war nicht eine Ein-Mann-Sache.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und haben Sie auch an solchen Containerprojektgesprächen mit Winter teilgenommen?

Ing. **Zelniczek:** Bei den Einleitungsgesprächen war ich sicherlich ein- oder zweimal dabei, weil ich ja die Herren aus Deutschland vorgestellt habe, aber, wie gesagt, das ist jetzt schon bald acht Jahre her. Im Detail kann ich mich nicht erinnern. Ich war sicherlich bei irgendeinem Gespräch dabei.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Es war ungefähr 1972. Hat dann SEL ein Projekt verfaßt, das Grundlage für eine Ausschreibung für die Containeranlage sein konnte?

Ing. **Zelniczek:** Es wurde von SEL ein Projekt gemacht. Ja.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und wie erklären Sie sich, daß schon im Jänner 1972 — also Sie sind mit diesen acht Jahren ziemlich richtig — ein Schreiben der Firma PLANTECH bei ITT einlangte, wonach PLANTECH bereit war, ITT-Austria oder SEL-Stuttgart bei Planungsarbeiten zu unterstützen? Wie kommt dann auf einmal aus Vaduz ein Brieferl in die Dresdner Straße oder sonst wohin — ich weiß nicht, wo Sie firmieren — und dann nach Stuttgart? Wie können Sie das erklären?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe das schon einmal gesagt. Rückblickend ist das ziemlich einfach zu erklären. Wir haben damals genauso den Brief bekommen und haben — soweit ich mich erinnern kann — zuerst nicht reagiert und eigentlich nicht gewußt, was das soll, bis wir durch den Herrn Winter gehört haben, das sei eine Firma, wo er mitarbeitet oder die mitarbeitet beim AKH — Details sind heute, nach acht Jahren, sehr schwer zu sagen —, und die Firma sei gut.

Das war für uns eigentlich ein Anlaß, der Sache näherzutreten, und wir haben das Ganze den Deutschen gegeben, und die haben das letztlich akzeptiert. Das Ganze hat ziemlich lange gedauert, soviel ich mich erinnern kann. Es waren Herren aus Deutschland hier usw.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Die Herren, die aus Deutschland hier waren, haben die nur mit ITT-Austria geredet, oder war auch schon Winter im Gespräch involviert oder andere leitende Herren der AKPE?

Ing. **Zelniczek:** Ich war nicht dabei, aber soviel ich mich erinnern kann, glaube ich, daß Winter sehr wohl mit den Herren aus Deutschland gesprochen hat, besonders mit dem Herrn Dr. Adels *(phonetisch)*, glaube ich.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Bis zur Ausschreibung der Containeranlage sind ja von 1972 bis 1974 etwa zwei Jahre vergangen. Ist es so üblich, daß man mit der Bauherrschaft, die beabsichtigt, ein so großes Projekt auszuschreiben, zwei Jahre lang intensive Gespräche führt? Haben Sie das bei anderen Großprojekten auch getan als ITT?

Ing. **Zelniczek:** Ich muß dazu sagen: Ich glaube, das Projekt ist überhaupt nicht vergleichbar mit anderen Großprojekten. Allein schon deshalb, weil es beim AKH eigentlich ununterbrochen neue Situationen in punkto Planung gegeben hat, ist das gar nicht so abnormal gewesen, daß man so lange darüber gesprochen hat. Denn schließlich und endlich haben wir ja auch vorher schon wesentlich länger gesprochen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben nach der Ausschreibung der Containeranlage und vor der Anbotseröffnung Gespräche mit Winter oder anderen Herren der AKPE stattgefunden? Nach der Ausschreibung, also als Sie die Ausschreibung des Containerprojektes in Händen hatten, und vor der Anbotseröffnung, haben Sie da Gespräche mit Winter oder anderen Herren der AKPE gehabt?

Ing. **Zelniczek:** Daran kann ich mich heute nicht erinnern. Also nachdem die Ausschreibung dortgelegen ist?

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ja, nachdem Sie die Ausschreibung gehabt haben und noch vor der Anbotseröffnung — ich weiß nicht, was da für eine Frist war, sechs Wochen, zwei Monate oder drei Monate —, in dieser Zwischenzeit.

Ing. **Zelniczek:** Von mir mit großer Sicherheit nicht. Mag sein, daß von Mitarbeitern zwecks technischer Klärung Gespräche geführt wurden. Das könnte sein.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): War der Gesprächspartner für das Containerprojekt nur Dipl.-Ing. Winter oder auch andere Herren der AKPE?

Ing. **Zelniczek:** Ich war bei den Gesprächen praktisch nicht dabei. Ich war nur bei ein oder zwei Gesprächen dabei. Aber meiner Meinung nach war das nicht nur der Winter. Ich glaube auch sicher zu wissen, daß die Herren aus Deutschland mit seinen Mitarbeitern darüber gesprochen haben.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und andere Vorstandsdirektoren der AKPE?

Ing. **Zelniczek:** Da bin ich überfragt. Ich habe mit keinem gesprochen, sagen wir so. Das kann ich sicher sagen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und waren Herren von Schrack, Kapsch und Siemens?

Ing. **Zelniczek:** Bei diesen Gesprächen nicht mehr. Bei Gesprächen um die Container war nur mehr die SEL drinnen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und waren Leute von der APAK dabei?

Ing. **Zelniczek:** Ich glaube, besonders bei der Festlegung der Details, der Bestellung dann, also bei den kaufmännischen Details über Anzahlung et cetera, da dürften APAK-Leute dabeigewesen sein.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): War Ihre Firma die allein anbietende? Oder waren andere auch noch?

Ing. **Zelniczek:** Soviel ich mich erinnern kann, haben andere Firmen auch angeboten.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Also aus dem Schwachstrombereich in Österreich?

Ing. **Zelniczek:** Nein, nein, das hat ja niemand erzeugt. Diese Containeranlage wird in Österreich überhaupt von niemandem erzeugt. Die SEL hat angeboten und hat eigentlich mit einigen Zulieferungen von österreichischen Firmen angeboten.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Also ITT-Austria hat gar nicht angeboten?

Ing. **Zelniczek:** Ein Gemeinschaftsangebot zwischen Standard Electric Lorenz, und die Montage geschah durch uns; also die Unterlei-

294 von 382Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

tung von Standard Electric Lorenz. Das Montagepersonal haben wir zur Verfügung gestellt — nein, jetzt ist es eigentlich aus, weil wir den ganzen Auftrag nicht mehr haben.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Sind Ihnen Anbote anderer mitbietender Firmen vor der Anbotseröffnung mitgeteilt worden?

Ing. **Zelniczek:** Vor der Anbotseröffnung mir nicht.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wissen Sie, wer die anderen Bieter waren?

Ing. **Zelniczek:** Das kann ich so aus dem Stegreif nicht sagen. Aber da gibt es sicherlich Unterlagen darüber.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wer war Ihr gefährlichster Konkurrent sozusagen?

Ing. **Zelniczek:** Das weiß ich nicht, weil ich die Materie der Containeranlagen eigentlich überhaupt nicht gekannt habe. Das war für uns ein fremdes Gebiet.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Also als ITT-Austria?

Ing. **Zelniczek:** Aber das ist, glaube ich, ersichtlich in den Unterlagen von der Anbotseröffnung. Ich weiß das heute nicht mehr. Ich muß dazusagen, es war nicht meine Hauptaufgabe, das Geschäft hier zu machen. Ich war primär für andere Sachen drinnen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Waren SEL und ITT-Austria in dieser Quasi-Bietergemeinschaft die Billigstbieter? Wissen Sie das?

Ing. **Zelniczek:** Das weiß ich nicht. Ich glaube, wir waren auf alle Fälle die Bestbieter, weil wir die einzigen waren, die eigentlich den ganzen Umfang dessen, was gewünscht wird, zur Gänze anbieten haben können und angeboten haben.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Mußten Sie nicht Sorge haben, wenn Sie wohl Bestbieter, aber nicht Billigstbieter waren, daß Sie, wenn Sie das Auftragsschreiben an die Firma PLANTECH richten — die PLANTECH hat gesagt: Wenn Sie uns einen Auftrag geben für gewisse planerische, unterstützende Arbeiten, so leisten wir die und wollen dann dafür ein Honorar in einem bestimmten Prozentsatz der Planungssumme! —, wenn Sie also quasi das Auftragsschreiben an die PLANTECH geschrieben haben, ob sie den Auftrag kriegen? Denn Sie wußten ja noch nicht, ob Sie Billigst- oder Bestbieter sind.

Ing. **Zelniczek:** Ja, sicherlich.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und Sie sind aber trotzdem das Risiko eingegangen, der Firma PLANTECH oder GEPROMA einen Auftrag zu geben mit einem vereinbarten Prozentsatz?

Ing. **Zelniczek:** Soweit ich mich erinnern kann, war ja der Auftrag an die PLANTECH gebunden an einen Erfolg des Ganzen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Also, Sie waren dann gegenüber der GEPROMA oder PLANTECH nur zur Zahlung verpflichtet, wenn Sie den Zuschlag erhalten haben.

Und haben Sie Vermutungen gehabt. Sie haben gesagt, da sei der Brief gekommen von der PLANTECH, Sie hatten zuerst nicht gewußt, was Sie damit anfangen sollten, und dann hat Winter Sie wissen lassen, er sei da dahinter. War das so, daß Sie zum Winter gegangen sind und gesagt haben: Herr Direktor, da kriegen wir von einer Firma PLANTECH aus Vaduz ein unterstützendes Angebot, das wir mit einer Auftragserteilung honorieren sollten — wissen Sie etwas? Oder wie sind Sie dann draufgekommen? Wie hat sich der Winter bei Ihnen gemeldet, oder haben Sie ihn gefragt, was Sie mit dem Brief der PLANTECH anfangen sollen?

Ing. **Zelniczek:** Ich muß ehrlich sagen, das ist auch so ein Punkt. Das ist acht Jahre her. Ich glaube, ich kann mich erinnern, das war umgekehrt. Ich wurde von ihm einmal angesprochen: Haben Sie einen Brief bekommen? So dürfte es gewesen sein. Ich muß aber ehrlich sagen, ein Gespräch nach acht Jahren im Detail darzulegen, wie es sich abgespielt hat, ist nahezu unmöglich.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Sie nehmen eher an, daß er gefragt hat, ob ein PLANTECH-Brief gekommen ist, und nicht Sie zu ihm gegangen sind und gesagt haben: Schauen Sie her, was wir gekriegt haben, kennen Sie so etwas?

Ing. **Zelniczek:** Ich glaube, diese Version.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Sie glauben, daß Winter höflich urgiert hat, also aufmerksam gemacht hat, daß vielleicht so etwas da ist. Ist Ihnen ein Herr Egli bekannt?

Ing. **Zelniczek:** Der hat einmal im Rahmen ...

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ist das ein Pseudonym oder Code? Kennen Sie eine Person dieses Namens?

Ing. **Zelniczek:** Persönlich nicht.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Oder geistert nur der Name überall? In welchem Zusammenhang ist der Name genannt worden? Wann haben Sie denn zum erstenmal „Herr Egli" gehört, und wie war da der Konnex?

Ing. **Zelniczek:** Einen Konnex weiß ich: Es

war einmal eine Urgenz von einer Planungsrechnung, die da gekommen ist, und da hat sich jemand vorgestellt mit „Egli".

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Per Telefon?

Ing. **Zelniczek:** Per Telefon, ja. Aber persönlich habe ich nie Kontakt gehabt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie nicht gefragt, ob Sie ihn zurückrufen können? Wissen Sie da zufällig eine Rückrufnummer?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): War Ihnen, außer daß Sie gewußt haben, daß Winter für PLANTECH gewisse Arbeiten leistet, sonst bekannt, wer die Eigentümer von PLANTECH sind oder wer da dahintersteht? Haben Sie sich danach erkundigt? Hat einer Ihrer Generaldirektoren, der vormalige Ing. Mayer oder der jetzige Dr. Hainisch, gesagt: Hören Sie, Herr Zelniczek, wer sind die eigentlich, wem gehört die Firma? Haben Sie solche Fragen im Unternehmen erörtert?

Ing. **Zelniczek:** Nein, es ist so gewesen, daß Herr Winter einmal bei uns im Haus war und mit dem damaligen Vorstand, also mit Dr. Berger, der das genehmigen mußte, das Ganze besprochen hat und meines Wissens auch mit Herrn Generaldirektor Hainisch — damals war er noch nicht Generaldirektor, sondern Vertriebschef — und auch mit den Herren aus Berlin, also dem Dr. Adels — ob das bei uns oder in Berlin war, kann ich heute nicht mehr sagen. Ich selbst habe keine Erkundigungen eingezogen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Sie sind auch nicht gefragt worden von Ihren höheren Vorgesetzten, wer das ist?

Ing. **Zelniczek:** Ich kann mich nicht erinnern. Es ist nie gefragt worden.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Was hat Sie dann veranlaßt, Herr Ingenieur, das Schreiben der Firma PLANTECH — also bitte, wenn Ihr uns einen Auftrag gebt, werden wir etwas leisten, wir werden uns auch bemühen, daß Sie den kriegen — an die SEL weiterzugeben, die ja dann letztlich den Auftrag erhalten hat? Was war der Entschluß, zu sagen: Ich schicke das PLANTECH-Angebot nach Stuttgart?

Ing. **Zelniczek:** Weil wir in dieser Angelegenheit — Container-Transportanlagen —, wo wir als Konzern-Firma von der ITT und auch von der SEL verpflichtet sind, eine gewisse Mitarbeit zu machen, kein Know-how hatten. Da haben wir natürlich gedacht: Wenn sich hier eine Firma anbietet, so soll es gegenüber der PLANTECH sein, denn wir waren ja gar nicht kompetent dazu.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Mit welchem Begleittext haben Sie nach Stuttgart das Angebot der PLANTECH geschickt? Sie werden doch nicht einfach das PLANTECH-Angebot in ein Kuvert gegeben haben und die Stuttgarter Adresse daraufgeschrieben haben? Da müssen Sie doch etwas dazugeschrieben haben oder irgend jemandem etwas dazu gesagt haben. Denn sonst läuft in Stuttgart der PLANTECH-Brief ein, und die sagen: Was sollen wir damit machen, die kennen wir nicht, das schmeißen wir weg! Da muß doch Stuttgart irgendein Aviso zusätzlich von Ihnen bekommen haben?

Ing. **Zelniczek:** Sicherlich. Ich kann mich heute nicht mehr erinnern, aber es war sicher ein Begleitbrief dabei, damit das an die richtigen Leute gelangt ist.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Aber wahrscheinlich auch mit der richtigen Begründung?

Ing. **Zelniczek:** Stuttgart hat sich ja dann auch erkundigt und hat . . .

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Bei Ihnen?

Ing. **Zelniczek:** Bei uns, ja, bei mir. Ich habe auch mit dem Dr. Adels gesprochen, da ist auch der Name Winter gefallen. Dann dürfte von ihm auch ein Gespräch darüber mit Winter — das habe ich schon erwähnt — erfolgt sein, und das hat anscheinend überzeugt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie davon — es ist ja anzunehmen, daß, wenn also jetzt zu „Standard Electric Lorenz" nach Stuttgart dieser Brief kommt, dort auch die Top-Leute sagen, so etwas haben wir noch nicht gehabt; oder vielleicht haben sie das auch gehabt, das weiß man ja nicht — Ihren damaligen Generaldirektor Ing. Mayer informiert und gesagt: Nachdem wir ja nicht leistungsfähig sind auf dem Container-Sektor, denn das ist nicht unsere Produktionspalette, aber die Stuttgarter können das, Herr Generaldirektor, gebe ich das also weiter!, oder haben Sie das in eigener Machtvollkommenheit getan? Sie mußten doch damit rechnen, daß in Stuttgart irgendwo ein Level reagieren wird, der adäquat ist dem des Generaldirektors von ITT-Austria.

Ing. **Zelniczek:** Dazu muß ich sagen: Ich habe an und für sich dem Herrn Generaldirektor nicht berichtet. Ich habe das meinem damaligen Vorgesetzten, der auch Vorstand war, weitergegeben. Ich persönlich habe dem Generaldirektor Mayer darüber nichts gesagt. Ich bin auch nicht sehr oft mit ihm zusammengekommen, muß ich dazusagen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Das wollte ich Sie gerade fragen: Haben Sie mit ihm öfter Kontakt gehabt und ihn über Ihre Geschäftserfolge

296 von 382Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

informiert? — Man kann ja Gratifikationen, die Sie erhalten haben, wie wir wissen, doch nur kriegen, wenn die Obrigkeiten wissen, daß man tüchtig war.

Ing. **Zelniczek:** Sicherlich.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Man bekommt das doch nicht aus Laune.

Ing. **Zelniczek:** Sicherlich, aber ich glaube, die Tüchtigkeit zeigt sich ja nicht dadurch, daß man ihm weiß ich was erzählt und was tut, sondern an Hand der Zahlen und Zahlen. Und ich habe damals gerade den Privatvertrieb bekommen, glaube ich; ich kann mich an die Zahlen nicht erinnern.

Und die Gespräche mit dem damaligen Generaldirektor Mayer: Ihn hat mehr die allgemeine Wirtschaftslage interessiert, kaufen die Leute etwas, was sagen sie, Konjunktur da oder Konjunktur nicht? Also es sind kaum ins Detail gehende Gespräche gewesen, wie es der Herr Generaldirektor Mayer in den seltensten Fällen mir gegenüber zumindest getan hat, sondern ich würde sagen, groß-geschäftspolitische Ansichten hat er von mir haben wollen: Was sagen Ihre Vertreter, wie schaut es in der Wirtschaft aus und so ähnlich.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Würden Sie den Container-Auftrag als einen der größten Aufträge ansehen, den Sie in Ihrer Geschäftstätigkeit für den Konzern im weitesten Sinne, also auch der deutschen Tochter des ITT-Weltkonzerns, gebracht haben, oder würden Sie ihn eher als kleineren Auftrag einordnen?

Ing. **Zelniczek:** Es ist absolut der größte.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Da berichtet man aber wahrscheinlich schon seinem General. Ich meine, da steht man dann doch im richtigen Licht da.

Ing. **Zelniczek:** Daß wir den Auftrag bekommen haben, das war ja bewußt. Es ist sogar, wenn mich nicht alles täuscht — einmal bei irgendeinem Anlaß festgelegt worden, wir haben ...

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Fisch kommt ans Land, schaut so und so aus, gefangen mit der Angel usw., und soundso viele haben mitgeholfen, ihn an Land zu bringen —. Informiert sich da, wenn das wirklich einer der größten Aufträge ist, das Top-Management nicht über die Rahmenbedingungen, unter denen man so einen Riesenauftrag an Land zieht, zum Beispiel, daß halt da die kleine Firma PLANTECH mit einem kleinen Mitarbeiter, der zufällig auch in Wien sitzt, mitgeholfen hat?

Ing. **Zelniczek:** Das haben wir damals gar nicht gewußt, wie das war, daß das ein kleiner Mitarbeiter war und was da eigentlich los war. Ich habe bei der Sache nur mit meinem direkten Vorgesetzten über die Details gesprochen, das ist evident. Hier habe ich mit dem Dr. Berger, als er noch Chef vom Kaufmännischen — oder als er noch gelebt hat, sagen wir so, und mit meinem Chef, dem Herrn Generaldirektor Hainisch, darüber gesprochen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Da wird man ja auch über den Gang informiert. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es da einmal heißt, da steht ein Großprojekt an, und dann macht man aus: Wir bemühen uns im Zusammenhang mit befreundeten Unternehmen oder Konzernunternehmungen des internationalen Konzerns in Europa oder vielleicht sogar darüber hinaus. Ich kann also annehmen, daß Sie zumindest unter der Ebene des Generaldirektors dann schon die einzelnen Facetten besprechen, jetzt können wir ihn kriegen, und wenn wir das machen, wird es ziemlich sicher sein. So etwas wird man dann wohl erzählen.

Ing. **Zelniczek:** Das war ja eigentlich der Grund, daß wir diese Vereinbarung von der SEL begrüßt haben, daß die das machen und daß wir da einverstanden waren. Das war das ganze Gespräch, von dem Sie reden.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ich kann mir vorstellen, daß der Vorstand immer wieder sagt: Wie stehen wir, wo sind wir, wie schaut es aus? — Also das wird schon so bei den regelmäßigen Gesprächen ...

Ing. **Zelniczek:** Ich würde sagen, man soll das nicht überschätzen. Jeder hat gewußt, daß das fürchterlich lange Zeiträume sind. Irgendein besonderer Druck oder daß da dauernd gefragt wurde, das war sicherlich nicht der Fall.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wer hat dann die Entscheidung getroffen über die fünfprozentige Provision, die ITT-Austria erhält für diesen Auftrag, und daß von dieser Provision jener Teil, den Stuttgart an PLANTECH zahlt, abgezogen wird? Wer hat diese Entscheidung getroffen?

Ing. **Zelniczek:** Ich nicht. Wahrscheinlich im kaufmännischen Bereich, bei Dr. Berger.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Können Sie sich erinnern — haben Sie bei ITT-Austria etwas feststellen können, oder haben Ihnen Ihre Gesprächspartner und Kollegen von der SEL in Stuttgart gezeigt, welche Planungsleistungen die PLANTECH in diesem Zusammenhang erbracht hat?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe nichts gesehen; soweit ich mich erinnern kann, muß ich dazu sagen. Ich war erstens während der Planungsphase nie in Stuttgart bzw. in Berlin. Einmal

Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)297 von 382

war ich in Berlin, da haben wir eine Werksbesichtigung gemacht. Da haben wir uns die Sachen sicherlich nicht angeschaut. Dann war ich mit dieser Sache sehr am Rande, im Detail überhaupt nicht befaßt. Es waren Mitarbeiter von uns, die die Montage in Zukunft geleitet haben. Ein Herr von uns hat mitgetan. Eigentlich waren da primär die SEL-Leute dabei.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wer könnte in Stuttgart oder in Wien Auskunft geben über die von der PLANTECH erbrachten Planungsleistungen?

Ing. **Zelniczek:** In Stuttgart? Der Herr Boschmann ist ein Mann, der sich sehr stark mit dem Projekt befaßt hat, dann ein Herr — ich habe schon einmal den Namen gesagt, er fällt mir jetzt nicht ein —, der damals der Chef der Projektabteilung war.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Bei ITT-Austria? Ist er Ihnen unterstanden?

Ing. **Zelniczek:** Bei uns war eigentlich einer der Herren, der am meisten mitgearbeitet hat, der Ing. Mayer.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist ein anderer Ing. Mayer.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Das ist klar. Ich habe gefragt, ob er ihm unterstanden ist. Ich nehme nicht an, daß der Generaldirektor Mayer ihm unterstanden ist.

War dieser Herr sozusagen in Ihrer Gruppe?

Ing. **Zelniczek:** Zu der Zeit war er nicht mir unterstellt. Zum Schluß war er mir unterstellt, eigentlich ganz zum Schluß wieder nicht. Wir haben bei uns sehr oft umorganisiert. Ich muß ehrlicherweise sagen, die Montageleitung, die Montage selbst ist da immer zwischen verschiedenen Polen geschwankt, wem sie unterstellt war. Damals, glaube ich, war er gar nicht mir unterstellt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Meine letzte Frage in dieser Runde: Haben Sie jemals im Zusammenhang mit dem Auftrag Container oder anderen Aufträgen, wo PLANTECH und GEPROMA eine Rolle gespielt haben, den Ausdruck „Projektsteuerung" gehört?

Ing. **Zelniczek:** Ich glaube, ja.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und von wem ist der Ausdruck in Ihr Ohr gekommen?

Ing. **Zelniczek:** Ich vermute, daß das sogar in einem Schreiben von der PLANTECH drinnen gewesen ist.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Danke.

Obmann Dr. **Steger:** Es wollte der Herr Abg. Dr. Gradischnik eine Zusatzfrage.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Ingenieur! Können Sie uns bitte die Namen der Mitarbeiter von Dipl.-Ing. Winter sagen, die bei diesen diversen Gesprächen zugegen waren? Zumindest einen, oder die Sie halt wissen.

Ing. **Zelniczek:** Ja, auf keinen Fall komplett, weil ich viel zuwenig dabei war. Ein Mitarbeiter war der Herr Dipl.-Ing. Winkler, dann haben wir, glaube ich, einen Herrn — nur weiß ich nicht, ob der beim Container-Projekt dabei war — der Ing. Weiser, dann noch ein Diplomingenieur — wenn ich seinen Namen nur wüßte, der war früher einmal in Tulln, glaube ich — ...

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ist Ihnen nicht mehr geläufig? Können Sie uns die Namen jener Herren aus Deutschland sagen, die bei den Gesprächen zugegen waren?

Ing. **Zelniczek:** Das war primär der Herr Boschmann, der Herr Adels ... Jetzt weiß ich es, jetzt fällt mir ein, was ich zuerst sagen wollte: Da gibt es einen Ing. Keilik *(phonetisch)*. Keilik hat der geheißen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Der ist aber ein Mitarbeiter von Dipl.-Ing. Winter?

Ing. **Zelniczek**: Nein. Das ist SEL.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Noch eine Frage, die sich aus den Vorfragen ergeben hat: Warum haben Sie sich bemüht, zum „Club 45" zu kommen?

Ing. **Zelniczek:** Ja, warum habe ich mich bemüht? — Ich bin Vertriebsleiter, und ein Vertriebsleiter lebt davon, daß er Menschen kennenlernt, Kontakt hat zu wesentlichen Leuten der Gesellschaft oder der Industrie, oder wie Sie es nennen wollen. — „Gesellschaft" ist wohl ein bisserl geschwollen —. Man versucht eben, zu einem solchen Klub dazuzukommen. Abgesehen davon, daß ich seit meiner Kindheit bei der Sozialistischen Partei war, war es gar nicht so abnormal, zum „Club 45" zu gehen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und hat es Ihnen geholfen?

Ing. **Zelniczek:** Das kann man eigentlich nicht sagen. Ich bin erst zwei Jahre dabei.

Obmann Dr. **Steger:** Das kann noch werden.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Herr Ingenieur! Sie haben insgesamt sechs Aufträge rund um AKH und UNO-City bekommen für ITT.

Ing. **Zelniczek:** Ich weiß nicht, wie viele es waren.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ja, und zwar, damit

298 von 382Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

wir es vielleicht in der Reihenfolge auch sagen, meiner Interpretation zufolge:

Der erste Auftrag war die Container-Transportanlage beim AKH. Da ist dann geschmiert worden an die PLANTECH. Stimmt? Ja?

Ing. **Zelniczek:** Ja, ich würde sagen, das hat damals nicht den Geruch eines Schmiergeldes gehabt, wir haben absolut nicht ...

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ja, im nachhinein betrachtet.

Zweiter Auftrag war nun der Telefonanlage-Auftrag — ungefähr 64 Millionen Schilling — bei der IAKW. Da ist auch an die PLANTECH gezahlt worden. 1974.

Ing. **Zelniczek**: Ja.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Dritter Auftrag war dann die Regeltechnik, wieder bei der UNO-City, rund 20 Millionen Schilling. Da ist erstmals dann schon die GEPROMA.

Ing. **Zelniczek:** Das weiß ich nicht im Detail.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Aber das sage ich jedenfalls. Vierter Auftrag war dann die Gebäudeautomationsanlage, rund 12 Millionen Schilling, wieder GEPROMA. Und dann kommen noch zwei AKH-Aufträge: die Telefonanlage rund 70 Millionen Schilling und die Gebäudeautomatisation mit 33 Millionen Schilling, wiederum über GEPROMA bezahlt. Das ist korrekt.

Ing. **Zelniczek:** Ich kann es nicht kontrollieren, aber so ungefähr kann das stimmen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Bitte, wie groß ist Ihrer Erfahrung oder Ihrer Erinnerung nach insgesamt die Provision, die von ITT und den Schwesterfirmen an diese zwei Firmen, GEPROMA und PLANTECH, bezahlt wurden? Zirka?

Ing. **Zelniczek:** Das eine war, glaube ich, 1,6 Prozent und bei den nachrichtentechnischen Anlagen waren es zirka 3 Prozent. Also es wird ein Mischsatz vielleicht von 2 oder 2,5 Prozent herauskommen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wissen Sie ungefähr, in welcher absoluten Höhe Schmiergeldzahlungen nach Liechtenstein geflossen sind?

Ing. **Zelniczek:** Mit den Bezahlungen selbst habe ich nichts zu tun gehabt. Ich habe nichts überwiesen, gar nichts.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Laut anderen Zeugenaussagen haben Sie schon damit zu tun gehabt. Sie haben sogar verhandelt mit dem Winter und haben Zahlungsmodalitäten vereinbart, haben sogar die eine oder andere Leistung reduziert.

Ing. **Zelniczek:** Schriftlich haben wir da was gemacht. Nicht verhandelt mit dem Winter, das ist schriftlich gegangen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Sie haben aber natürlich mit ihm zu tun gehabt und mit den Zahlungen?

Ing. **Zelniczek:** Naja, es ist eine Honorarnote gekommen, und da habe ich mir natürlich die Honorarnote angeschaut und — ich kann mich so düster erinnern — einmal zurückgeschrieben, es ist ja gar nicht alles gekommen, oder die Leistung war ja gar nicht da, und wir haben zurückgeschrieben, daß wir das nicht anerkennen, und haben das reduziert.

Das habe ich sehr wohl getan. Dann ist eine reduzierte Belastungsnote gekommen, glaube ich, oder haben wir das reduziert, und das an die Buchhaltung weitergegeben zur Überweisung an den kaufmännischen Bereich.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wenn Sie so genau überprüfen können, ob die Leistungen erbracht wurden oder nicht erbracht wurden — nämlich von Auftraggeberseite her —, dann müssen Sie doch auch genau wissen, wie hoch insgesamt — wie gesagt: in etwa, die Höhe der Überweisungen nach Liechtenstein war.

Ing. **Zelniczek:** Das müßte man zusammenzählen, aber die Unterlagen liegen ja in der Firma. Ich weiß das nicht. Ich merke mir die Zahlen nicht auswendig.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Können Sie eine Schätzgröße hier angeben, damit wir uns als Ausschuß leichter tun?

Ing. **Zelniczek:** 70 000 — ich weiß nicht, waren es Franken oder waren es D-Mark, ich weiß nicht, dann war noch ein Betrag ...

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Sie werden doch irgendwann einmal zusammengerechnet haben, wieviel insgesamt dabei an den Winter gegangen sein könnte.

Ing. **Zelniczek:** Da muß ich Sie enttäuschen. Im Detail weiß ich das nicht, aber es ist jederzeit in der Firma nachzuweisen. Ich weiß es wirklich nicht.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Kann eine Größenordnung von rund 20 Millionen Schilling stimmen, die insgesamt nach Liechtenstein gegangen ist? Ich habe mir das selber herausgerechnet.

Ing. **Zelniczek:** Von mir aus nicht. Auf keinen Fall.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Was würden Sie sagen? Höher? Weniger?

Ing. **Zelniczek:** Weitaus weniger.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): In etwa: Die Hälfte davon?

Ing. **Zelniczek:** Meiner Meinung sind das vielleicht, was weiß ich, drei oder vier Millionen Schilling.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ich habe gefragt: ITT-Österreich bzw. Schwesterfirmen. Das glaube ich Ihnen sofort, daß ITT-Österreich rund drei Millionen Schilling — das deckt sich mit meinen Berechnungen — gezahlt hat.

Ing. **Zelniczek:** Von den Deutschen, das weiß ich nicht. Das wurde von denen direkt überwiesen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Gut. Nächste Frage: Wann haben Sie Winter kennengelernt?

Ing. **Zelniczek:** Das war, glaube ich, als er bei der MA 34 angefangen hat. Damals hat das zu meinen Aufgabenbereichen gehört, die MA 34 zu betreuen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): In welchem Jahr war das etwa?

Ing. **Zelniczek:** Das kann ich auch nicht mehr sagen. Aber das ist ja ersichtlich, seit wann der Winter in der MA 34 ist. Ende der sechziger Jahre, schätze ich.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wie war Ihr Verhältnis mit dem Dipl.-Ing. Winter?

Ing. **Zelniczek:** Keines, lange Zeit. Dann, wie man halt mit jedem Geschäftsfreund zusammenkommt. Ich habe ihn vielleicht im Jahr ein- oder zweimal gesehen — später war das erst, man ist ein- oder zweimal zum Heurigen gegangen, und in letzter Zeit, also in den letzten paar Jahren waren wir per Du, aber sonst war kein besonders inniges Verhältnis.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wenn ich mit jemandem per Du bin, mit ihm zum Heurigen gehe und ein enger Geschäftspartner in solchen Größenordnungen bin, dann würde ich das Verhältnis schon als besser als nur durchschnittlich charakterisieren.

Ing. **Zelniczek:** Ich habe mit ihm nie im Leben meine Freizeit verbracht, wenn Sie damit meinen, es wäre ein besserer Freund.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wann haben Sie denn den Winter zuletzt gesehen?

Ing. **Zelniczek:** Das Datum weiß ich nicht. Aber es war kurz, bevor er in Untersuchungshaft landete, also ein Monat oder etwas vorher, oder bevor ich in Urlaub gegangen bin.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Kann es nicht knapper gewesen sein, bevor der Winter verhaftet wurde?

Ing. **Zelniczek:** Vielleicht war es 14 Tage vorher, aber das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Vielleicht war es noch etwas knapper?

Ing. **Zelniczek:** Ich kann es Ihnen nicht sagen. Aber ich bin mit allem zufrieden.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ist es denkbar, daß Sie ihn am Tag vor seiner Verhaftung im Kaffeehaus getroffen haben?

Ing. **Zelniczek:** Das glaube ich fast nicht. Aber bitte, ich weiß nicht.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Aber Sie wollen es nicht ausschließen?

Ing. **Zelniczek:** Ich kann es nicht ausschließen. Aber ich glaube, so knapp war es nicht.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ich halte fest, daß es der Zeuge nicht ausschließt, daß er am Tag vor der Verhaftung des Winter im Kaffeehaus mit Winter gesprochen hat.

Was hat er Ihnen denn bei diesem letzten Gespräch mitgeteilt?

Ing. **Zelniczek:** Wir waren damals in Erwartung eines Zusatzauftrages zur Telefonanlage, für die ganzen Telefonstationen etc. Ich habe, glaube ich, 14 Tage vorher angerufen: Wie ist das jetzt? Jetzt soll angeblich eine Ausschreibung kommen, dann ist ja unsere ursprüngliche Ausschreibung, wo wir Bestbieter waren bei der Telefonanlage, hinfällig, wie ist das also?

Da hat er mich angerufen und gesagt, er wolle mit mir reden, und dann haben wir uns in dem Kaffeehaus getroffen, und da hat er gesagt: Ja, das wird nichts mehr und die ganze GEPROMA ist aufgeflogen — oder so ähnlich — und da kann man nichts mehr erwarten.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Den Ausdruck „GEPROMA ist aufgeflogen" dürfte er in etwa verwendet haben?

Ing. **Zelniczek:** In diesem Sinn: Das mit der GEPROMA funktioniert nicht mehr oder jedenfalls . . .

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das läßt darauf schließen, daß Sie zu diesem Zeitpunkt jedenfalls gewußt haben, was in Wahrheit dahintersteckt. Ab welchem Zeitpunkt, würden Sie sagen, haben Sie dieses Wissen in etwa gehabt?

Ing. **Zelniczek:** Das ist sehr schwer zu sagen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Sie wissen, daß hinter PLANTECH und später dann GEPROMA in

Wahrheit ein wesentlicher Vertreter des Auftraggebers steht?

Ing. **Zelniczek:** So konkret, daß das ein wesentlicher ist, war eigentlich erst aus den Zeitungsberichten zu ersehen, sondern daß ...

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Aus welchen Zeitungsberichten?

Ing. **Zelniczek:** Die da vor ein paar Monaten, was weiß ich, schon angefangen hat, daß der Winter ...

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Sie würden sagen, dieses ganz konkrete Wissen hätten Sie sozusagen erst 1980 bekommen?

Ing. **Zelniczek:** Daß Winter hier mitarbeitet, — das habe ich schon gesagt —, das haben wir eigentlich schon sehr zeitig gewußt.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Warum haben Sie eigentlich den Herrn Egli erfunden?

Ing. **Zelniczek:** Das war eine Idee, die auch vom Winter gekommen ist, den Herrn Egli kann man sagen. Na, mit wem kann man verhandeln, oder wen gibt es? Da sagt er: Es gibt einen Herrn Egli. — So haben wir also den Herrn Egli hineingeschrieben.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Laut Ihrer Zeugenaussage vor Gericht ist das ein bissel anders. Da haben Sie in der ersten Einvernahme erklärt, da war ein Herr Egli, der beim ersten Auftrag rückgefragt hat, was eigentlich los ist mit der Beauftragung der PLANTECH. In der nächsten Zeugeneinvernahme haben Sie dann erklärt: Überall dort, wo Sie Egli gesagt haben, streichen wir es durch und schreiben hin Winter.

Ing. **Zelniczek:** Das war am Anfang, aber der Name Egli ist keine Erfindung von mir, wenn ich das so sagen darf.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das habe ich auch nicht behauptet. Ich gebe schon zu, daß der Herr Winter den Namen Egli erfunden hat. Aber Sie müssen ja sehr früh in das Geheimnis des Namens Egli eingeweiht gewesen sein, denn Sie haben ja gesagt: Da hat Sie jemand mit Schweizer Akzent angerufen und sich als Egli vorgestellt. Wenn Sie aber wissen, daß das der Herr Winter war, dann stimmt das nicht ganz zusammen.

Ing. **Zelniczek:** Das würde ich nicht sagen. Damals, ganz am Anfang, wie wir diesen Vertrag mit der PLANTECH gemacht haben, ist der Name Egli genannt worden als der Mann, mit dem man geredet haben kann.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Bitte, das verstehe ich nicht, bitte präziser. Was heißt das: Wer hat Ihnen gesagt, daß das ein Mann ist, „mit dem man geredet haben kann".

Ing. **Zelniczek:** Der Egli. Ich soll den Namen Egli schreiben, wenn ein mündliches Gespräch notwendig ist.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das hat Ihnen der Winter gesagt — beim ersten Gespräch?

Ing. **Zelniczek:** Also das kann ich nicht sagen. Also bei ...

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Beim ersten Auftrag?

Ing. **Zelniczek:** Am Anfang, ja, ganz am Anfang.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Beim allerersten Auftrag ACT Container hat Ihnen der Winter gesagt: Überall dort, wo es notwendig ist, sich auf jemanden zu beziehen, sollen Sie hineinschreiben in die Korrespondenz: Egli. Ist das korrekt?

Ing. **Zelniczek:** Ja, ungefähr.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das heißt, Sie sind relativ früh, schon beim ersten Auftrag, vom Winter darauf hingestoßen worden, daß man hier einen Mann in die Korrespondenz aufnimmt, der Ihnen persönlich nicht bekannt war.

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Nächste Frage: Wie ist die Organisation in der Firma? Sie waren nie dem Generaldirektor Mayer selbst direkt unterstellt.

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Sie haben immer die Gespräche und die konkreten Aufträge verhandelt mit ihrem unmittelbaren Vorgesetzten; das war früher der heutige Generaldirektor Hainisch auf der Vertriebsseite, Marketingseite, bzw. auf der Finanzebene war es der verstorbene Berger.

Ing. **Zelniczek:** Dr. Berger, ja. Er war aber nie mein Vorgesetzter.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Und jetzt Rose. *(phonetisch)*

Ing. **Zelniczek:** Und jetzt Rose.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das war also sozusagen das Dreieck: Zelniczek, Hainisch bzw. später dann Niedermayer und Berger bzw. Rose. Dieses Dreieck war damit befaßt.

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wobei Sie eine Ebene unter den zwei Genannten waren?

Ing. **Zelniczek:** Ich war eigentlich noch eine Ebene tiefer, weil da dazwischen noch ein Gesamtvertriebsleiter war. *(Die Sitzung wird auf kurze Zeit unterbrochen.)*

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Herr Ingenieur! Sie haben in einer Aussage vorhin Erwähnung gemacht, daß die Höhe der Provision 1,2 bis 3 Prozent betragen hat, je nach Differenzierung. Können Sie uns das ein bissel spezifizieren, in welcher Höhe der Zahlungsmodus von PLANTECH und GEPROMA gewählt wurde?

Ing. **Zelniczek:** Da war einmal ein Angebot über die Höhe in Abhängigkeit von der Auftragshöhe; eine gestaffelte Provision war das.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wonach war die Zahl 1,2 bis 3 Prozent berechnet?

Ing. **Zelniczek:** Das weiß ich nicht auswendig. Aber das ist meine Erinnerung: So ungefähr der Satz, der da jetzt gerechnet wurde bei diesen Aufträgen, von denen Sie gesprochen haben.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Darf ich anders fragen. Ist es richtig oder könnte es sein, daß einfach die PLANTECH und die GEPROMA angefangen haben mit 1,2 Prozent pro erteilter Auftragssumme, und im Laufe der Zeit einfach immer unverschämter geworden sind und dann zum Schluß 3 Prozent verlangt haben?

Ing. **Zelniczek:** So war das nicht, sondern es hat angefangen mit dem Prozentsatz für die Containertransportanlage. Da dürften es 1,2 oder 1,6, ich weiß nicht, ein Prozentsatz mit 1 Komma gewesen sein, und nachher ist für andere Schwachstromeinrichtungen ein anderer Brief gekommen, und dort waren diese neuen Prozentsätze drinnen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP) Ist es richtig, daß die Prozentsätze steigende Tendenz aufgewiesen haben, daß GEPROMA, PLANTECH zum Schluß mehr verlangt haben?

Ing. **Zelniczek:** Gegenüber der Containeranlage, ja.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Würden Sie sagen, daß Sie die Aufträge bekommen haben, weil PLANTECH oder GEPROMA interveniert hat, oder anders gefragt: Wann war Ihnen denn klar, daß die Intervention PLANTECH oder GEPROMA irgendwo eine Voraussetzung für die Auftragserteilung ist?

Ing. **Zelniczek:** Das ist heute sehr schwer zu sagen, ob wir die Aufträge ohne diesen auch bekommen hätten. Das kann man alles ... Spekulation ist das.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): In Ihrer Zeugenaussage haben Sie allerdings erklärt, alle Aufträge bei der IAKW, das waren drei, haben Sie nur über GEPROMA- und PLANTECH-Intervention bekommen?

Ing. **Zelniczek:** Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt: Für alle wurde etwas bezahlt.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das war schon sehr direkt gefragt, ob Sie — Sie waren ja nicht immer Bestbieter — die Aufträge sonst nicht bekommen hätten. Da haben Sie laut Zeugenprotokoll schon erklärt, daß es Voraussetzung war.

Ing. **Zelniczek:** Das betrifft primär den Hauptauftrag der Telefonanlage. Da waren gewisse Schwierigkeiten — wie mir meine Mitarbeiter berichtet haben — bezüglich der Technik, die da zum Einsatz kommen soll, von den Benützern her. Da haben wir gedacht, daß die GEPROMA was dazu tun kann. Die Benützer haben sich da angeblich für unser System nicht unbedingt sehr erwärmen können.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Winter war eigentlich bei der UNO-City nicht direkt befaßt? Wie haben Sie denn eigentlich davon Kenntnis bekommen, daß der Winter über die PLANTECH oder GEPROMA — da ist ja dann die GEPROMA gekommen — bei der UNO-City sehr direkten Einfluß nehmen kann?

Ing. **Zelniczek:** Kenntnis habe ich keine bekommen, sondern das Angebot ist gekommen, und das andere hat funktioniert. Da haben wir gesagt: Gut, wenn das geht, probieren wir es. Es ist ja für uns vom Finanziellen her gesehen ja kein besonderes Risiko gewesen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wie ist denn eigentlich die Provision abgerechnet worden? Ist das vom Gewinnrisiko abgezogen worden?

Ing. **Zelniczek:** Es ist nicht einkalkuliert. Es ist vom Gewinn gegangen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Es ist nicht so, daß der Auftraggeber geschädigt wurde, sondern es ist eindeutig vom Gewinnrisiko des Unternehmens abgezogen.

Ing. **Zelniczek:** Soweit es in meinem Einfluß war — ich muß allerdings dazu sagen: Kalkulationen von Aufträgen ist keine Vertriebssache, sondern liegt im kaufmännischen Bereich —, sind nie bei mir irgendwelche Prozentsätze für Provision dazugerechnet worden. Wie es hier übrigens — das muß ich auch dazusagen — auch für Vertreter nicht geschieht.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wer hat in Ihrer Firma die Kalkulation gemacht?

Ing. **Zelniczek:** Die Kalkulation ist im kaufmännischen Bereich.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das wäre der Rose?

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Sie haben in Ihrer Zeugenaussage mehrfach erwähnt, daß einflußreiche Leute hinter PLANTECH und GEPROMA stünden. Wen haben Sie da gemeint?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe überhaupt niemanden gemeint, sondern der Herr Winter hat eben diesen Eindruck vermittelt, daß hier etwas Einflußreiches dahintersteckt und daß wir damit rechnen können, daß das alles glatt geht.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Was hat er Ihnen konkret gesagt?

Ing. **Zelniczek:** Konkret gar nichts. Mit Absicht sicherlich gar nichts.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Herr Ingenieur, wenn Ihnen der Direktor der AKPE sagt: Zahlen Sie an die GEPROMA und an die PLANTECH, weil dort einflußreiche Leute vom Bund und Land dahinterstehen, die Ihnen bei den Aufträgen helfen können!, dann bitte liegt doch bei dem nicht unfreundschaftlichen Verhältnis, das Sie mit ihm vor allem in den letzten Jahren gehabt haben, nahe, daß Sie ihn direkt fragen: Bitte, wer ist denn da dahinter?

Ing. **Zelniczek:** Ich muß eines dazusagen. Ich glaube, Sie sehen das Verhältnis zwischen uns falsch. Ich glaube, er hat absichtlich keine Andeutung gemacht, denn wenn wirklich jemand dahinterstecken würde, wäre es ja leicht möglich, daß ich den gekannt hätte, es könnte leicht möglich sein, daß ich den einmal frage. Ich glaube, das hat er sicherlich verhindern wollen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Herr Ingenieur, Sie haben in der Zeugenaussage erklärt, Sie haben Generaldirektor Mayer nicht direkt informiert von den Schmiergeldern, die im Zusammenhang mit den Aufträgen gezahlt wurden. Sie haben das am 4. August zu Protokoll gegeben. Sie haben es am 11. August zu Protokoll gegeben, und Sie haben auf eine direkte Frage des Herrn Abgeordneten Hobl neuerlich bestätigt, daß Sie mit Generaldirektor Mayer über diese Fragen, über die Einschaltung GEPROMA-PLANTECH nicht gesprochen haben. Ist das korrekt?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe einmal gesagt, daß ich mich nicht mehr erinnern kann, ob wir vielleicht gesagt haben: Wir arbeiten mit einer Planungsfirma zusammen — das könnte gewesen sein. Aber auf keinen Fall habe ich hier von einem Winter geredet oder von sonst irgend etwas, was da zu bezahlen ist oder sonst. Überhaupt habe ich gesagt, solche Details waren gar nicht die Art des Generaldirektors Mayer, darüber zu reden.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das heißt, Sie haben niemals, bei keinem Auftrag dem Generaldirektor Mayer erklärt, daß Winter oder PLANTECH oder GEPROMA geschmiert werden müssen, damit man den Auftrag bekommt.

Ing. **Zelniczek:** Nein, das habe ich sicher nicht gesagt.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Sie haben auch vor der Untersuchungsrichterin niemals eine derartige Behauptung aufgestellt?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Sie haben auch nicht am 25. August ...

Ing. **Zelniczek:** Was war das?

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Im „profil" steht drinnen: Am 25. August belastete Ing. Zelniczek den ITT-Präsidenten derart schwer — der eben davon gewußt hat —, daß Mayer einen Tag später verhaftet wurde. Das haben Sie nie gesagt?

Ing. **Zelniczek:** Absolut nicht.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wir haben das Protokoll von damals noch nicht gehabt, deswegen frage ich Sie.

Sie haben in Ihrer Zeugenaussage vom 11. August davon gesprochen, daß Sie von Generaldirektor Mayer 400 000 S bekommen haben in bar und im Kuvert. Wie war denn das mit der Prämienregelung bei ITT? Haben Sie jedes Jahr eine Prämie bekommen für bestimmte Leistungen, oder wie war das?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe öfter eine Prämie bekommen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Können Sie ungefähr sagen, wie hoch diese Prämie war?

Ing. **Zelniczek:** Ich glaube, das ist sogar ausgehoben. Das war so in der Gegend von 50 000 S oder so etwas herum.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Jährlich?

Ing. **Zelniczek:** Ich glaube. Vielleicht war es einmal, zweimal im Jahr. Das weiß ich heute nicht mehr.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Meinen Informationen nach haben Sie im Jahr 1972 den Empfang einer Prämie von 20 000 S quittiert, im Jahr 1973 eine Prämie von 20 000 S quittiert, im Jahr 1974 eine Prämie von 22 000 S quittiert, im Jahr 1975 eine Prämie von 45 000 S quittiert, im Jahr

1976 eine Prämie von 45 000 S quittiert, und im Jahr 1977 waren es wieder 45 000 S.

Wieso haben Sie dann erklärt, daß Sie im Jahr 1974 400 000 S von Generaldirektor Mayer bekommen haben?

Wie haben Sie das gekriegt? Wofür haben Sie das gekriegt? Wie waren die Übergabemodalitäten?

Ing. **Zelniczek:** Das war für eine besondere Leistung.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wie war das? Hat Sie Generaldirektor Mayer hereinrufen lassen, hat er Ihnen wortlos 400 000 S in die Hand gedrückt?

Ing. **Zelniczek:** Nein, nein. Sicherlich nicht. Ich habe ja damals mein neues Geschäft, die Privatvertriebsleitung übernommen, und ich war gehaltlich eigentlich weit unter den Leuten, die mir eigentlich unterstellt waren. Ich habe das auch als einen kleinen Ausgleich für die Leistung betrachtet, die ich mache. Es sind ja Vertreter vor mir gewesen, die praktisch das Dreifache verdient haben.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Aber wie war das? Was hat Ihnen der Herr Generaldirektor Mayer ganz konkret gesagt?

Ing. **Zelniczek:** Ich weiß das nicht wortwörtlich: daß er mit meiner Arbeit sehr zufrieden ist, daß er das sehr anerkennt und mir eben eine Belohnung geben möchte. Er hat noch dazu gesagt, daß er das in dieser Höhe überhaupt noch nicht gemacht hat, aber er glaubt, bei mir sei das richtig.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wofür gehört diese Belohnung von 400 000 S?

Ing. **Zelniczek:** Für meine Leistungen allgemein.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Herr Ingenieur! 400 000 S! dann haben Sie gesagt, Sie haben von Hainisch dann im gleichen Jahr noch einmal 100 000 S bekommen. Also wenn ich 500 000 S von den leitenden Herren bekomme, dann frage ich doch, wofür das gehört? Sie haben das wortlos genommen, Danke schön! gesagt und sind gegangen?

Ing. **Zelniczek:** Ich meine, ich habe gewußt, wofür es gehört. Ich habe für die Firma 18 Stunden am Tag gearbeitet.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Aber es ist doch ein eklatanter Unterschied zwischen den Prämien der Vorjahre und der Nachjahre. Damals haben Sie 20 000 S bis 45 000 S bekommen, und dann bekommen Sie plötzlich 400 000 S.

Ing. **Zelniczek:** Es war ein großer Unterschied in meiner Stellung, in meiner Position. Das Gehalt konnte lange dem nicht nachgezogen werden — aus verschiedenen Gründen — als es sicherlich notwendig gewesen wäre.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Was haben Sie mit dem Geld gemacht?

Ing. **Zelniczek:** Sparbuch. Ich habe dann Anleihen gezeichnet und habe ein Boot angezahlt.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Haben Sie diese 400 000 S in Ihrer Steuererklärung angegeben?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Haben Sie sonst irgendwelche Leistungen von ITT bekommen?

Ing. **Zelniczek:** Welche Leistungen, inwiefern?

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Außertourliche Leistungen?

Ing. **Zelniczek:** Ja, wenn Sie einen Dienstwagen dazurechnen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Nein, nein! Für besondere Dinge, oder sonst etwas?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ich habe hier eine Unterlage, die das nicht ganz abdeckt, was Sie sagen, und zwar habe ich hier eine Unterlage, die Sie quittiert haben, wonach Sie am 4. 12. 1974 ein Darlehen von 100 000 S bekommen haben. Das ist eine Summe, die für den Auftrag gegeben wurde, um den es konkret geht, um den Containerauftrag. Die Darlehenskonstruktion ist eine steuerliche Konstruktion.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter, darf ich wissen: Sind das Unterlagen, die wir auch haben?

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Nein, nein. Das ist eine Unterlage, die ich habe, und die möchte ich gerne von ihm beantwortet haben. Ich bin gern bereit, sie nachher dem Ausschuß insgesamt zur Verfügung zu stellen.

Stimmt das, haben Sie dieses Darlehen bekommen?

Ing. **Zelniczek:** Das waren die 100 000 S, glaube ich.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das habe ich ja gerade gesagt, daß es 100 000 S waren — Die haben Sie von wem bekommen?

Ing. **Zelniczek:** Daran kann ich mich nicht erinnern. Ich glaube, von Hainisch.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Nein. Diese 100 000 S haben Sie von Generaldirektor Mayer bekommen, und sie haben Sie auch ordnungs-

gemäß quittiert. Warum haben Sie das vorher nicht gesagt, wie ich Sie gefragt habe?

Ing. **Zelniczek:** Ja, ich habe eine Menge quittiert. Ich habe ...

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Herr Ingenieur! Wenn ich als Dienstnehmer einer Firma 100 000 S als Prämie bekomme, weil ich einen Auftrag — den größten Auftrag, wie Sie selber gesagt haben, der Geschichte — hereinbringe, dann erinnere ich mich daran. Wieso erzählen Sie uns dann von 400 000 S, die Sie angeblich bekommen haben, und erzählen uns nichts von den 100 000 S, die Sie ganz ordnungsgemäß bekommen haben zu einer steuerlichen Konstruktion als Darlehen, die offiziell auch in anderen Zeugenaussagen genannt werden?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe ja gesagt: Ich habe noch Prämien bekommen, und ich habe auch Prämien unterschrieben.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Aber diese Prämie, diese 100 000 S sind Ihnen gegeben worden für den Containerauftrag. Wofür haben Sie dann die 400 000 S gekriegt? Die haben Sie jetzt zusätzlich noch bekommen?

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Und dann haben Sie noch einmal 100 000 S von Generaldirektor Hainisch bekommen.

Ing. **Zelniczek:** Ich habe das nicht in Erinnerung gehabt, ich habe gesagt: noch 100 000 S habe ich bekommen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Entschuldigen Sie, sie haben erklärt, Sie haben zweimal 50 000 S von Generaldirektor Hainisch bekommen. Dann haben Sie erklärt, Sie haben von Generaldirektor Mayer 400 000 S im Kuvert bekommen.

Das stimmt nicht zusammen. Sie haben 100 000 S von Mayer bekommen, von Hainisch haben Sie gar nichts gekriegt. Auf meine Fragen haben Sie nicht richtig geantwortet.

Wann haben Sie denn Ihrer Erinnerung nach das Kuvert von 400 000 S von Mayer bekommen?

Ing. **Zelniczek:** Das kann ich heute nicht sagen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das scheint mir nicht ganz glaubhaft zu sein, denn wenn ich 400 000 S kriege, weiß ich ungefähr, wann das war.

Ing. **Zelniczek:** 1975, ich weiß nicht genau.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): In der Zeugenaussage haben Sie gesagt, 1974 haben Sie es gekriegt. Jetzt sagen Sie 1975.

Ing. **Zelniczek:** Ich weiß es wirklich nicht.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Haben Sie irgendeinen Beleg dafür, daß Sie 400 000 S von Generaldirektor Mayer bekommen haben? Irgendeinen Beleg?

Ing. **Zelniczek:** Habe ich nicht. Nein.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Haben Sie irgendeinen Konteneingang, der bei Ihren Privatkonten den Eingang von 400 000 S ersichtlich macht?

Ing. **Zelniczek:** Nein, habe ich sicherlich nicht. Ich kann mich nicht erinnern. Ja, vielleicht habe ich einen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das heißt, Sie behaupten hier, Sie haben von Herrn Generaldirektor Mayer 400 000 S bekommen, ohne dafür einen Beweis anbieten zu können? Ist das richtig?

Ing. **Zelniczek:** Das hat mir ja die Frau Untersuchungsrichterin vorgehalten, daß ich ihr nicht gesagt habe, daß ich 400 000 S bekommen habe.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Entschuldigen Sie, Herr Ingenieur, ist Ihnen schon klar, daß der Generaldirektor Mayer nicht zuletzt wegen Ihrer Aussage verhaftet worden ist, daß er Ihnen 400 000 S gegeben hat, ohne daß Sie irgendeinen Beleg dafür anbieten können, oder ohne daß Sie sich erinnern können, wann das war, ohne daß Sie sagen können, wo das eingebucht wurde, oder irgend etwas?

Ing. **Zelniczek:** Dazu muß ich sagen, das war eigentlich umgekehrt: Die Frau Untersuchungsrichterin hat mich konfrontiert und hat gesagt: Warum haben sie mir nicht gesagt, daß Sie 400 000 S gekriegt haben?

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das war bei der Untersuchung vor der Richterin.

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Sie hat Sie gefragt: Wieso haben Sie Ihnen ...

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Aha! Und dann haben Sie erklärt, Sie haben die von Generaldirektor Mayer bekommen?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe dann ja dazu gesagt.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ohne dafür allerdings einen Beweis zu haben, daß Sie es wirklich vom Mayer gekriegt haben. Gut. Okay.

Nächste Frage: Wer ist denn Ihr Anwalt?

Ing. **Zelniczek:** Der Herr Dr. Teicht.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wann haben Sie zuletzt mit Ihrem Anwalt Dr. Teicht gesprochen?

Ing. **Zelniczek:** Ich glaube, vorige Woche war er da.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wann war das?

Ing. **Zelniczek:** Mittwoch oder Donnerstag.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Haben Sie allein mit ihm gesprochen?

Ing. **Zelniczek:** Ich kann nie allein mit ihm sprechen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Nächste Frage: Haben Sie selber irgendwie von Winter oder von PLANTECH Schwarzgeld genommen?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe nie etwas bekommen oder gekriegt.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Diese 5 Prozent, die der Abgeordnete Hobl noch gefragt hat, die von der SEL an die ITT-Österreich gegeben wurden: Können Sie sich erinnern, ob es da eine interne Konzernregelung gibt hinsichtlich Beauftragung von Schwesterfirmen?

Ing. **Zelniczek:** Inwiefern intern?

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Daß eine Provision gegeben wird, die üblich ist innerhalb des Konzernbereichs? Wissen Sie davon?

Ing. **Zelniczek:** Sie meinen, daß wir — Konzern — von der SEL kriegen für einen Auftrag, wo wir mitarbeiten, daß er hereinkommt?

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Daß ihr den Auftrag sozusagen vermittelt an die SEL, daß dann ...

Ing. **Zelniczek:** Da gibt das Werk eine Provision, also das Lieferwerk.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Die 5 Prozent sind eine solche der Konzernregelung entsprechende Provision?

Ing. **Zelniczek:** 5 Prozent — ich weiß gar nicht, ob es 5 Prozent in diesem speziellen Fall waren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Eine Zusatzfrage noch einmal zu den 400 000 S, in Verbindung damit: Wann haben Sie das Boot erworben? Daran werden Sie sich erinnern können.

Ing. **Zelniczek:** Begonnen hat es im Vierundsiebziger- oder Fünfundsiebzigerjahr.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Noch einmal: Sie werden ja nicht jeden Tag ein Boot erwerben. Daher bitte ich Sie, nachzudenken.

Ing. **Zelniczek:** Ich habe zuerst mit dem Mann, mit dem Manager von der Bootsfirma, verhandelt, das war im Fünfundsiebzigerjahr.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Eine Tobiason Kare.

Ing. **Zelniczek:** Ich glaube, im Fünfundsiebzigerjahr.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wenn Sie sich jetzt an Ihr Boot erinnern, wofür Sie das Geld angeblich als Anzahlung verwendet haben — bitte, doch jetzt einzugrenzen, wann der im Leben ja nicht jede Woche vorkommende Vorgang geschehen sein soll, 400 000 S überreicht zu bekommen? War es Herbst? War es Frühjahr? Ist der Schnee gelegen? Ist nicht der Schnee gelegen? Denken Sie doch bitte nach! Sie wissen sicherlich monatgenau, saisongenau, wann es war.

Ing. **Zelniczek:** Ich könnte es auch von jedem anderen nicht sagen. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! Haben Sie so oft Kuverts mit irgendwelchen Beträgen bekommen, daß Sie sich nimmer erinnern können?

Ing. **Zelniczek:** Sicherlich nicht. Aber es gibt einige Einmaligkeiten, wo ich mich an das Datum nicht erinnern kann. Ich muß auch meistens nachschauen, wenn mich jemand fragt, seit wann ich verheiratet bin. Also ich muß leider ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das werden Sie schon noch ungefähr wissen.

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Gut. Kann sich nicht erinnern.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ich wollte Sie nur noch fragen: Was haben Sie denn damit gemeint — in der „Kronen-Zeitung" wurden Sie zitiert —: Wenn ich aussage, muß ich auswandern, wenn ich nichts sage, kann ich dableiben!

Ing. **Zelniczek:** Ich?

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ja. Sie sind ja zitiert! Einer von Ihnen, der ITT-Direktor Zelniczek.

Ing. **Zelniczek:** Glauben Sie alles, was in der Zeitung steht? Ist kein Ton von mir in dieser Richtung gefallen. Das ist ja ein Irrsinn, so etwas!

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das heißt, Sie haben der „Kronen-Zeitung" oder irgend jemand anderem gegenüber so eine Aussage nie gemacht?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe seit Jahren mit keinem Journalisten geredet, oder überhaupt. Mein letzter...

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Aber Sie haben eine derartige Aussage auch nicht einem Mithäftling, einem Rechtsanwalt, der Untersuchungsrichterin oder sonst jemand gegenüber gemacht?

Ing. **Zelniczek:** Absolut nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Ich setze einmal da etwas fort: Bei diesen 400 000 S, von denen Sie auch heute erzählt haben — wie hat sich denn das abgespielt? Waren Sie da nur zu zweit und wo war das?

Ing. **Zelniczek:** Diese 400 000 S — ich glaube, das ist das Vernünftigste, wenn ich das sage — wurden mir von der Untersuchungsrichterin in den Mund gelegt: Sie haben 400 000 S gekriegt, warum haben Sie es nicht gesagt? — Ich habe gesagt: Naja, habe ich es gesagt, habe ich sie gekriegt!

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt, Sie haben sie überhaupt nie gekriegt?

Ing. **Zelniczek:** Nein, ich habe keine gekriegt. Das sage ich jetzt das erste Mal! Aber wenn man mich konfrontiert — und ich bin unter einem psychologischen Druck gewesen, muß ich dazusagen —, die Herren haben das sicher noch nie mitgemacht, in so einer Situation zu sein. Besonders wenn es vorgesagt wird: Schauen Sie, so alt sind Sie geworden, um jeden Tag ist schade. Erzählen Sie mir alles, was war! — Und sie sagt ihnen dann: Und die 400 000 S — warum haben Sie das nicht gesagt? — Habe ich gesagt: Ja, habe ich auch! — Ich habe mir gedacht, die Firma hat das gesagt aus irgendeinem Grund oder sonst etwas.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben aber in einem anderen Fall noch Tage später verlangt, daß im Protokoll Ihre Aussage verändert wird, weil das nicht stimmt. Darf ich Ihnen das vorhalten. Warum haben Sie es in diesem Fall nicht auch gemacht? Sie haben das Protokoll dann unterschrieben.

Ing. **Zelniczek:** Ja, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Und zwar haben Sie am ...

Bei Abgabe des Protokolls nach Unterfertigung haben Sie gesagt, daß das auf Seite 4 nicht stimmt, wie es dort steht, und haben eine andere Formulierung haben wollen. Noch nachdem das alles mit Maschine geschrieben wurde. Und da wurde dann handschriftlich von Ihnen selbst eine andere Aussage eingesetzt.

Ing. **Zelniczek:** Mag sein.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt stellen Sie das so dar, als hätten Sie das immer einfach zugegeben. Aus dem ergibt sich eigentlich, daß Sie auch im nachhinein schon Wert darauf gelegt haben, daß die Formulierung anders ist. Bei Teilaussagen sogar.

Ing. **Zelniczek:** Einmal, nachdem ich das Protokoll einen Tag und nach dem unterschrieben war, nachdem die Aussage geschehen ist, weil am Abend keine Zeit mehr war. Da war es 5 Uhr oder ähnlich.

Obmann Dr. **Steger:** Stammt die Aussage von Ihnen, daß Sie immer alles — wie der Anwalt Ihnen gesagt hat —, was man Ihnen beweisen kann, Sie zugeben sollen und sonst nichts?

Ing. **Zelniczek:** Nein, in dieser Formulierung nicht. Sondern ich habe gesagt: Was man selbst nicht beweisen kann, wenn man jemand belastet und sagt: Das und das hat er gesagt!, dann ist es besser, man redet nichts davon. Das war die Aussage.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben so gesagt: Wenn Sie selbst es nicht beweisen können, dann reden Sie lieber nicht davon.

Ing. **Zelniczek:** Genau.

Obmann Dr. **Steger:** Auch wenn Sie es dann vorgehalten bekommen, streiten Sie es lieber ab, wenn Sie selbst es nicht beweisen können? Ist das jetzt so zu verstehen?

Ing. **Zelniczek:** Vorgehalten — so weit geht das nicht, sondern vom Sagen, vom etwas Selbst-Sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Dann sagen Sie lieber nichts darüber? Hat Ihnen die Frau Untersuchungsrichter auch gesagt, daß Sie Ihrer Frau von den 400 000 S erzählt haben?

Ing. **Zelniczek:** Sie hat mich gefragt. Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Sie hat Sie gefragt, ob Sie es Ihrer Frau erzählt haben?

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Was haben Sie darauf gesagt?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe lange Zeit nichts geredet und habe dann ja gesagt. Was soll ich sagen?

Obmann Dr. **Steger:** Wissen Sie schon, was Ihre Frau darüber gesagt hat, als sie gefragt wurde?

Ing. **Zelniczek:** Weiß ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Ich weiß es auch nicht. Aber ich würde an Ihrer Stelle jetzt langsam überlegen. Denn wenn jetzt Ihre Frau kommt

und zum Beispiel sagt: Es stimmt, Sie haben es ihr gesagt. Daher denken Sie dazu noch einmal sehr genau nach, ob Sie Ihrer Frau dazu etwas gesagt haben. Dann ist es natürlich unangenehm. Da überlegen Sie es jetzt bitte sehr genau: Haben Sie zu Ihrer Frau etwas gesagt oder nicht?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe meiner Frau nichts gesagt. Ich kann nichts sagen, von dem nichts war.

Obmann Dr. **Steger:** Da ist es auf jeden Fall falsch, daß Sie das da im Protokoll angegeben haben, daß Sie das Ihrer Frau gesagt haben?

Ing. **Zelniczek:** Es ist genauso falsch wie die 400 000 S.

Obmann Dr. **Steger:** Welchen Betrag haben Sie dann je in einem Kuvert gekriegt?

Ing. **Zelniczek:** 100 000 S.

Obmann Dr. **Steger:** Im Kuvert gekriegt?

Ing. **Zelniczek:** Ja, in einem Kuvert bekommen.

Obmann Dr. **Steger:** War das ein Darlehen?

Ing. **Zelniczek:** Mit dieser Konstruktion da. Und außerdem jedes Jahr die laufenden Prämien, die der Herr Doktor da sowieso gezeigt hat.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie dieses Darlehen dann schrittweise zurückbezahlt? Oder wie ist das weitergegangen?

Ing. **Zelniczek:** Das geht erst ab dem Achtzigerjahr, glaube ich, und das wird in das Gehalt eingearbeitet. Ich muß ehrlich sagen, man hat mir seitens der Rechtsabteilung gesagt: Das geht in Ordnung, Sie haben 100 000 S, und da brauchen Sie sich keinen Kummer zu machen. — Also, wenn die Firma mir etwas sagt und wenn sie mir Geld gibt, frage ich nicht lange, wie das vor sich geht. Das war nie gedacht.

(Die Sitzung wird auf kurze Zeit unterbrochen. Der Zeuge verläßt den Saal.)

Obmann Dr. **Steger** *(nachdem Ing. Zelniczek wieder in den Saal gerufen wurde)*: Herr Zeuge! Sie haben jetzt durchaus noch einmal Gelegenheit gehabt, sich einiges zu überlegen. Ich möchte Sie nur auf folgendes aufmerksam machen: Wenn Sie zwei verschiedene Varianten angeben, kann maximal eine davon richtig sein. Im Rahmen einer Zeugenaussage, die Sie hier bei uns ablegen, ist es so, daß Sie immer während Ihrer Einvernahme etwas noch richtigstellen können, ohne daß man allenfalls von einer sogenannten falschen Zeugenaussage ausgeht. Sie können sich daher im Rahmen Ihrer heutigen Aussage bis zum Schluß noch überlegen, was Sie uns endgültig angeben. Nur wenn Sie fortgeschickt werden, dann ist es vorbei, dann ist es allenfalls die falsche Zeugenaussage, wenn sich am Schluß herausstellt, daß sie unrichtig ist.

Daher überlegen Sie sich das sehr gut, denn bei dieser einen Aussage jetzt hat sich ja herauskristallisiert, daß es entweder möglicherweise — ich sage es im Konjunktiv — die Verleumdung des Herrn Ing. Mayer war — das, was Sie zuerst angegeben haben — oder die falsche Zeugenaussage.

Ich darf Sie aber jetzt zunächst zu einigen anderen Dingen befragen. Es geht aus den Unterlagen hervor, daß es regelmäßige Gespräche im kleinen Kreis gegeben hat. Wenn Sie es wünschen, wenn Sie nicht mehr ganz sicher sind, ob Sie sich erinnern, können Sie dann immer auch sagen, Sie möchten schon wissen, ob Sie das einmal gesagt haben, denn es wird ja langsam unübersichtlich für Sie. Diese Gespräche sollen unter anderem mit dem Herrn Direktor Hainisch, den Sie unter vier Augen informiert haben, gewesen sein. Können Sie jeweils über solche Gespräche etwas berichten? Wie ist es vor sich gegangen?

Ing. **Zelniczek:** Mit dem Herrn Direktor Hainisch habe ich natürlich wesentlich öfter gesprochen. Er war eine Zeitlang mein direkter Vorgesetzter. Wir haben über die Geschäftsabläufe, was sich Neues tut und über verschiedene Details gesprochen.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie solche Vieraugengespräche auch mit dem Herrn Präsidenten Mayer gehabt?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe sicherlich auch mit Herrn Präsidenten Mayer unter vier Augen gesprochen, aber das ist absolut ...

Obmann Dr. **Steger:** Wie oft?

Ing. **Zelniczek:** Vielleicht habe ich in meinem Leben zehnmal mit ihm gesprochen oder zwanzigmal, das ist sehr schwer zu sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Wie oft zu dem Themenkreis IAKW und AKH?

Ing. **Zelniczek:** Das kann ich heute nicht mehr sagen, aber vielleicht ...

Obmann Dr. **Steger:** Darüber können Sie ja noch einmal nachdenken, an so etwas kann man sich ja erinnern, wenn es nur 10 bis 20 Gespräche insgesamt gegeben hat, dann kann man ja sagen: Es war einmal, es war dreimal, es war gar nicht.

Ing. **Zelniczek:** Wir haben sicherlich einmal darüber gesprochen. Das habe ich ja ausgesagt. Dabei bin ich mir gar nicht im klaren, ob das unbedingt in einem Vieraugengespräch oder auf dem Gang war, wie das öfter passiert mit

308 von 382Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

dem Präsidenten, wenn er kommt und man neben ihm auf dem Gang geht und er etwas fragt. Über das AKH habe ich ihm soviel gesagt, daß der Auftrag da ist. Aber das hat er sowieso schon gewußt. Aus. Vielleicht war das einmal, vielleicht haben wir ein zweites Mal noch einmal darüber gesprochen. Über das AKH mag sicherlich auch so öfter gesprochen worden sein. Es war immerhin eine Baustelle, wo man nicht herumkommt, darüber zu reden. Immerhin haben wir, seitdem wir mit dem Bauen angefangen haben, immer wieder gesagt: In zehn Jahren werden wir fertig, und es war sicherlich nicht uninteressant.

Obmann Dr. **Steger:** Sie sagen im Detail dann: Über PLANTECH und GEPROMA habe ich mit Mayer — er steht da ohne Titel — nicht gesprochen.

Dann heißt es weiter: Das heißt, wahrscheinlich habe ich nicht mit ihm darüber gesprochen.

Dann heißt es weiter: Wenn ich mit ihm darüber gesprochen habe, dann könnte es nur so gewesen sein, daß ich ihm mitteilte: Wir haben eine unterstützende Planungsgesellschaft.

Ing. **Zelniczek:** Ja, das wird so ungefähr gewesen sein. Aber ich sage immer wieder: Das sind Gespräche, die sich vor fünf bis acht Jahren abgespielt haben. Ich möchte wissen, wer heute hier wortwörtlich Gespräche wiederholen kann. Man kann sich bei einer Menge von Gesprächen nicht erinnern, daß sie überhaupt stattgefunden haben.

Obmann Dr. **Steger:** Das glaube ich Ihnen. Sehen Sie, genau das glaube ich Ihnen, daß man es nicht wortwörtlich weiß. Aber bei solchen Aufträgen, die zum Beispiel einmal 190 Millionen Schilling ausmachen und ähnliches, weiß man dann schon, wie das gelaufen ist, wer eigentlich grünes Licht gegeben hat, daß da Provisionen bezahlt werden.

Ing. **Zelniczek:** Das habe ich schon eindeutig gesagt. Eindeutig grünes Licht gab das Gremium, also meine direkten Vorgesetzten und der kaufmännische Direktor, der ja der Wichtigste ist; gleichzeitig den Kontrollen und dem Konzern gegenüber verantwortlich.

Obmann Dr. **Steger:** Also das Gremium — sagen Sie darüber ein bissel etwas: Bestehend aus?

Ing. **Zelniczek:** Es war ein Gespräch mit Generaldirektor Hainisch, mit Dr. Berger. Später einmal, glaube ich, war der Dr. Rose dabei, aber das kann ich gar nicht behaupten. Das weiß ich auch nicht mehr nach so langer Zeit. Ich weiß gar nicht, wann Dr. Rose dabei war.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt halte ich wieder einmal vor, wie das im Protokoll drinnensteht, da Sie uns jetzt gesagt haben, daß das Ihnen nur vorgehalten wurde und Sie dann ja gesagt haben.

Es heißt hier die Formulierung: Es ist richtig — es ist auch Ihre Unterschrift darauf —, daß ich von Mayer glaublich 1974 einen Betrag ausbezahlt erhalten habe, und zwar dafür, daß ich einen so großen Auftrag wie das Allgemeine Krankenhaus für die Firma brachte. Mayer gab mir in einem Kuvert 400 000 S. Ich faßte es aber auch als Anerkennung für meine gesamte Leistung für die ITT auf. Ich erhielt in der Folge — wann, weiß ich nicht mehr — von Hainisch zweimal 50 000 S in einem Kuvert überreicht. Wenn ich gefragt werde, wofür, gebe ich an: als allgemeine Gratifikation.

Befragt darüber, was denn bei der Geldübergabe Mayer oder Hainisch für Worte gebraucht haben, gebe ich an: Ich kann mich nicht mehr daran erinnern. Es ist schon möglich, daß Bezug genommen wurde auf die Aufträge, die vom AKH kamen. — Das war eine Einvernahme. Datum: 11. 8. 1980.

Dann kommt die nächste Einvernahme, wo Sie wieder dazu befragt werden — ich muß schauen, damit ich Ihnen das Richtige vorhalte —, am 28. 8.: Über Befragen, ob ich meiner Frau vom Erhalt der 400 000 S erzählt habe, gebe ich an: Ja, das habe ich getan.

Über neuerliches Befragen gebe ich an, daß ich von Mayer in einem Kuvert diese 400 000 S überreicht erhalten habe. Ich habe keine Bestätigung dafür gegeben. Sie wurde auch nicht von mir verlangt. Bei dieser Geldübergabe war außer mir und Mayer niemand anwesend.

Dann geht es noch weiter, eine lange Schilderung: daß er es persönlich gegeben hat, ohne daß er Ihnen den Auftrag gegeben hat, das Geld als Schmiergeld weiterzuleiten und so weiter.

Sie sagen dann noch genauer: Sie glauben, es war zu einem Zeitpunkt, als Dr. Berger nicht mehr in der Firma war, wie es verbucht wurde, wissen Sie nicht. Ob der Betrag genannt wurde, wissen Sie nicht, aber daß er ausdrücklich gesagt hat: So einen hohen Betrag hat noch nie ein Angestellter bekommen und so weiter.

Ist es sonst in Ihrem Leben vorgekommen, daß Sie einen Geldbetrag in der ITT in einem Kuvert überreicht bekommen haben, der nicht über die normale Gehaltsauszahlung gelaufen ist?

Ing. **Zelniczek:** Ja, einmal.

Obmann Dr. **Steger:** Einmal ist das vorgekommen? Welcher Betrag war das?

Ing. **Zelniczek:** Das waren die 100 000 S.

Obmann Dr. **Steger:** Das war das einzige Mal? — Jetzt gibt es aber die Aussage von Herrn Generaldirektor Hainisch, daß Sie einmal 70 000 S bekommen haben. Wissen Sie darüber etwas?

Ing. **Zelniczek:** Daran kann ich mich nicht erinnern. Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Möglich, oder können Sie ausschließen, daß es passiert ist?

Ing. **Zelniczek:** Ich kann mich, auf den Betrag 70 000 S, 50 000 S habe ich gekriegt oder vielleicht 70 000 S, also Bruttobetrag vielleicht genannt ...

Obmann Dr. **Steger:** Ach so, außertourlich und nicht über die normale Buchhaltung gelaufen?

Ing. **Zelniczek:** Das ist mir nicht erinnerlich, aber ...

Obmann Dr. **Steger:** Können Sie es ausschließen?

Ing. **Zelniczek:** Das kann ich nicht ausschließen.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt halte ich Ihnen vor: Sie sagen, ein einziges Mal ist es passiert mit 100 000 S als Kredit. Das war ja ein Kredit.

Ing. **Zelniczek:** Es war eine Prämie.

Obmann Dr. **Steger:** Sie können aber nicht ausschließen, daß es auch einen Betrag wie 70 000 S gegeben hat?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Da ist doch meine Schlußfolgerung jetzt: Dann muß es ja öfters passiert sein als ein einziges Mal, wenn Sie nicht ausschließen können, daß sonst etwas war.

Ing. **Zelniczek:** Der Herr Hainisch, ich meine 70 000 S ...

Obmann Dr. **Steger:** Sie meinen, wenn er es sagt, dann wird es schon stimmen oder was? Wenn der Herr Hainisch das sagt, sagen Sie auf einmal: Was soll ich dann tun, oder wie meinen Sie?

Ing. **Zelniczek:** 50 000 S oder so eine Größenordnung sind ja brutto ungefähr 70 000 S. Vielleicht ist das damit gemeint, denn die anderen Beträge waren doch Nettobeträge, versteuerte Nettobeträge.

Obmann Dr. **Steger:** Ja schon, aber die Beträge, die man in einem Kuvert so kriegt, sind eben keine Bruttobeträge. Ich nehme an, daß das dann schon eher brutto für netto war. Haben Sie das irgendwie versteuert, was Sie da bisher als Darlehen gekriegt haben, die 100 000 S? Nein?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Da haben Sie ja auch nicht nachgedacht, was das brutto ist.

Jetzt lassen wir das einmal, wir werden ja dann noch weitersehen, wie sich das weiterentwickelt.

Und Sie glauben eigentlich, daß Sie ganz ohne Anlaß so plötzlich nach 400 000 S gefragt wurden, ohne daß Sie bis heute wissen, wieso man gerade auf diese Summe gekommen ist?

Ing. **Zelniczek:** Wie meinen Sie, daß ich ohne Anlaß ...?

Obmann Dr. **Steger:** Daß Sie ohne jeden Anlaß gefragt wurden, ob Sie 400 000 S gekriegt haben, ohne jeden Anlaß, ohne, daß Sie sich bis heute erklären können, wie man gerade auf diese Summe gekommen ist.

Ing. **Zelniczek:** Sie meinen, warum ich das von der Untersuchungsrichterin gefragt wurde? — Ich habe mir vorgestellt, daß von der Firma jemand gesagt hat, man tut mir was Gutes damit, daß ich 400 000 S kriege oder gekriegt habe. Ich habe keine Ahnung. Darum sind ja die 100 000 S. Ich habe gesagt: Ich habe 100 000 S, sie hat gesagt: Nein, 400 000 S, und 100 000 S haben Sie auch gekriegt. Dadurch sind die 100 000 S und die 400 000 S zustande gekommen.

Obmann Dr. **Steger:** Also Sie haben es zugegeben, weil Sie sich gedacht haben, es wollte Ihnen jemand von der Firma etwas Gutes tun für die weitere Verteidigung.

Ing. **Zelniczek:** Ich muß ehrlich sagen, ich habe mir da gar nicht viel gedacht. Ich bin gesessen, habe außerdem noch eine Migräne gehabt, und die Untersuchungsrichterin hat gesagt: Wieso sagen Sie mir das nicht? — Da habe ich ja gesagt zu dem. Und wenn ich einmal ja gesagt habe, dann ist das halt so weiter gegangen.

Obmann Dr. **Steger:** Das weitere haben Sie erzählt, um, nachdem Sie ja gesagt haben, eine glaubwürdige Geschichte daraus zu machen. Ist das richtig?

Ing. **Zelniczek:** So ähnlich, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn ich Ihnen das mit den 70 000 S vorgehalten habe, haben Sie gesagt: Wenn das der Hainisch gesagt hat. Da denken Sie jetzt auch wieder: Wenn er das sagt, möchte ich nicht nein sagen.

Ing. **Zelniczek:** Ich kann mich nicht erinnern an 70 000 S.

Obmann Dr. **Steger:** Sie können sich nicht daran erinnern! Können Sie sich einen Grund vorstellen, warum Ihnen der Generaldirektor Mayer sagt, daß Sie einmal 50 000 S bis 100 000 S so als Extragratifikation gekriegt haben?

Ing. **Zelniczek:** Nein, das weiß ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Können Sie sich keinen Grund vorstellen? — Der Grund wäre zum Beispiel, daß Sie wirklich einmal was gekriegt haben, extra.

Ing. **Zelniczek:** Ich habe ja gesagt, daß ich was gekriegt habe.

Obmann Dr. **Steger:** Über dieses Darlehen hinausgehend?

Ing. **Zelniczek:** Der Herr Generaldirektor Mayer hat gesagt. Ich kann nichts dazu sagen, ich weiß nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Ist das möglich, daß Sie so etwas auch extra gekriegt haben: einen Betrag zwischen 50 000 und 100 000 S? Auf das gehe ich immer wieder hin.

Ing. **Zelniczek:** Ich sage: Möglich ist es, daß ich Geld bekommen habe. Sicher ist, daß ich keine 400 000 S gekriegt habe, denn das sind Größenordnungen, die in Erinnerung bleiben.

Obmann Dr. **Steger:** Ist es möglich, daß Sie von jemand anderem 400 000 S gekriegt haben?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Sind Sie ganz sicher?

Ing. **Zelniczek:** Ganz sicher.

Obmann Dr. **Steger:** Zum Beispiel vom Herrn Winter? Oder von sonst jemandem über PLANTECH, GEPROMA?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe gesagt, ich habe nichts bekommen.

Obmann Dr. **Steger:** Sind Sie genauso sicher, wie Sie bei den vorigen Sachen sicher waren und sich dann doch vielleicht überlegen, wenn man Ihnen eine andere Aussage vorhält?

Ing. **Zelniczek:** Nein, das ist absolut sicher, denn das ist etwas ganz anderes, ob ich von der Firma Geld bekomme oder von irgendwo anders her.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Für mich gibt es für diese Wendungen, die Sie gemacht haben — Sie sind ja ein treuer Angestellter Ihrer Firma —, nur eine Erklärung: Sie haben sich gedacht, es ist besser, der Zelniczek nimmt die 400 000 S auf sich, als jemand anderer, der der Firma schadet und wo es der Firma unangenehm ist. Habe ich Sie richtig verstanden, wenn ich Sie so deute?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe eigentlich in dem Sinne, in dem Moment, in dem ich gesagt habe, daß ich 400 000 S bekommen habe, ich überhaupt keine Ahnung gehabt, was das Ganze soll.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber Sie haben sich offenbar gedacht, jemand von der Firma wird das mit den 400 000 S ins Spiel gebracht haben, und es ist besser, ich nehme es auf mich als jemand anderer.

Ing. **Zelniczek:** Ich muß ehrlich sagen: In dem Moment, als die Frage vom Untersuchungsrichter und meiner Antwort kam, da war gar kein Spielraum für solche Überlegungen. Aber ich habe mir gedacht ... Ich habe mir überhaupt nicht vorstellen können, was das Ganze soll, vielleicht will die Firma doch jetzt sagen: So wertvolle Dienste, 400 000 S hätten wir dir vielleicht gegeben! — Ich habe da verschiedene Ideen gehabt, keine war ausgereift, keine war plausibel bei dem Ganzen. Bis zum Schluß habe ich eigentlich nicht gewußt, warum das Ganze, warum man mir 400 000 S sozusagen unterschiebt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wollten Sie Ihrer Firma damit auch helfen, daß Sie sagen: Ja, die habe ich gekriegt?

Ing. **Zelniczek:** Ich wollte auf keinen Fall in eine kontroversielle Aussage zu meiner Firma kommen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Dazu fühlen Sie sich als korrekter Angestellter verpflichtet?

Ing. **Zelniczek:** Ja, sicherlich. Und wenn ich jetzt noch dazu gehört habe, daß, wie der Herr Dr. Schüssel gesagt hat, die 400 000 S der Grund sind, daß der Herr Präsident Mayer herinnen sitzt, dann hört sich das natürlich auf.

Obmann Dr. **Steger:** Nachdem Sie wissen, daß er deswegen sitzt, sagen Sie jetzt jedenfalls nicht mehr falsch aus, so wie Sie vorher falsch ausgesagt haben? So heißt das im Klartext? Vorher wären Sie schon bereit gewesen, da noch ein bisserl falsch auszusagen, aber vorher haben Sie geglaubt, wer weiß, welche höheren Mächte da bei der Aussage glauben, das ist gescheit, wenn ich das angebe, daher gebe ich das an. Ist das richtig?

Ing. **Zelniczek:** So ungefähr, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie vielleicht geglaubt, daß Ihnen irgendwer damit helfen wollte, weil er gesehen hat, daß Sie ein relativ hohes Einkommen gehabt haben und da irgendeine andere Zahlung begründen will?

Ing. **Zelniczek:** Auch das. Aber das war gar nicht notwendig, denn das, was ich mir leiste und geleistet habe bei meinem Lebensstandard, kann ich mir leisten. Ich habe kein eigenes Auto, ich wohne in einem Gemeindehaus. Für mich ist es jederzeit möglich, mir das zu kaufen, was ich habe. Ich habe in dieser Richtung keine Unterstützung gebraucht. Aber das war auch eine der Überlegungen.

Obmann Dr. **Steger:** Sie waren aber bei dieser Besprechung mit Dr. Böck damals dort beim Rechtsanwalt? Ist da sinngemäß herausgekommen, was Sie zugeben sollen? Hat er Ihnen das gesagt?

Ing. **Zelniczek:** Er hat mich einige Dinge gefragt: Was sagen Sie dazu, und was sagen Sie dazu, und können Sie? — Ich kann mich auch nicht mehr an die Details erinnern. — Haben Sie da Unterlagen oder nicht? — Ich habe gesagt, nein. Na, dann ist es nicht sehr sinnvoll, wenn Sie es sagen.

Das ganze Spiel war sehr unbefriedigend, muß ich sagen. Bei diesem Pseudoverhör oder so ähnliches ist nichts herausgekommen. Ich habe mir gedacht, ich weiß nicht, was ich jetzt wirklich sage.

Das war eigentlich der Grund, daß ich mir anschließend gesagt habe: Jetzt schaust zu einem anderen Anwalt und fragst den, was der dazu sagt. Es war leider das Malheur, es war einen Tag, bevor ich da vernommen wurde. Ich konnte Dr. Teicht überhaupt nicht mehr informieren.

Obmann Dr. **Steger:** Aber Dr. Böck hat Sie ausgefragt, welche Unterlagen Sie über Zahlungen haben?

Ing. **Zelniczek:** Ja, welche Unterlagen ich habe.

Obmann Dr. **Steger:** Und auch über die Zahlungen hat er Sie im Detail abgefragt?

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Hat er Ihnen dann gesagt: Es ist nicht sinnvoll, wenn Sie drüber reden, wo Sie keine Unterlagen haben?

Ing. **Zelniczek:** Es war ungefähr so: Wenn man etwas behauptet, was nicht beweisbar ist, hat das nicht viel Sinn.

Obmann Dr. **Steger:** Hat er auch gesagt, Sie sollen nichts behaupten, was andere nicht beweisen können?

Ing. **Zelniczek:** Nein, das habe ich nicht gesagt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Ing. Zelniczek! Für einen Staatsbürger ist das Nehmen von 400 000 S ohne Versteuerung ein Delikt. Das ist doch gar kein kleiner Betrag, denn da fällt die Hälfte Steuer an, die Sie hinterzogen hätten, wenn Sie es genommen hätten. Sie haben damit eigentlich ziemlich große Schuld auf sich geladen durch Ihre falsche erste Aussage, daß Sie das Geld genommen haben.

Sagen Sie mir bitte jetzt ohne Herumreden: Was war der Grund, daß Sie eine solche Schwarzgeldnahme vor Gericht zugeben, obwohl es nicht gestimmt hat?

Ing. **Zelniczek:** Ich muß dazu sagen: In dem Moment, als ich damit konfrontiert war, war mir das von Schwarzgeld oder das, daß es nicht versteuert war, gar nicht bewußt. Das ist erst im nachhinein eigentlich so gekommen.

Der Grund war eigentlich der: Wenn die Firma sagt, ich habe 400 000 S für irgend etwas bekommen — entweder wollte man es geben oder will man es geben, will man mir damit helfen — , ich habe wirklich in dem Moment keinerlei Zeit gehabt, mir lange zu überlegen, wofür das gut ist oder nicht gut ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Um eine falsche Zeugenaussage zu machen, muß man sich doch überlegen. Ich meine, wenn man was richtig sagt, sagt man es ohne Überlegung, aber was Falsches sagt man doch nur, wenn man sichs vorher überlegt hat, wenn man einen Grund gehabt hat.

Ich sage doch nicht fälschlich: Ich habe 400 000 S gekriegt, wenn ich sie nicht gekriegt habe. Wenn ich sie wirklich gekriegt habe, sage ich ohne Überlegen: ich habe es gekriegt. Aber wenn ich es nicht kriege, dann muß ich doch eine Sekunde wenigstens einen Grund für mich haben, daß ich eine solche falsche Aussage mache.

Was war der Grund, daß Sie eine falsche Aussage gemacht haben?

Ing. **Zelniczek:** Was war der Grund? — Es ist jetzt sehr schwer zu analysieren, was einem da in einigen Sekunden durch den Kopf geht, wofür das gut sein soll. Ich muß sagen, ich kann nicht genau selektieren: War das, was ich mir nachher gedacht habe, oder war das in dem Moment, wo ich gesagt habe: Ja, das habe ich gekriegt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wem wollten Sie einen Gefallen mit dieser falschen Aussage machen? Wem? Sich selbst haben Sie keinen gemacht! Wem sollten Sie einen Gefallen machen?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe eigentlich schon geglaubt, ich mache mir selbst einen Gefallen. Ich habe mir gedacht, wenn das so ist. Die Untersuchungsrichterin hat mir gesagt: Sagen

Sie die Wahrheit, Sie sitzen eh schon lange genug herinnen usw. Dann denke ich mir: Wenn das auch der Fall ist, sagst ja dazu. Also hätte ich mir selber einen Gefallen gemacht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sind Sie unter irgend jemandes Einflusses oder Druck gestanden, und man Ihnen gesagt hat: Nimm diese 400 000 S auf dich!

Ing. **Zelniczek:** Nein, dazu gab es überhaupt keine Möglichkeit, ich hatte keinen Kontakt mit irgend jemandem.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben doch verschiedene Kontakte gehabt mit dem Winter vor der Verhaftung. Es kann Ihnen doch jemand gesagt haben: nimm das auf dich! Der Anwalt oder wer immer.

Ing. **Zelniczek:** Mit den 400 000 S wurde ich erst konfrontiert, als ich schon in Untersuchungshaft saß.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben mir gerade vorhin noch erläutert, wie Sie das für den Bootskauf verwendet haben, et cetera. Ich halte Sie für einen vernünftigen Menschen, daß Sie sich sehr wohl bewußt sind, daß die Übernahme von 400 000 S schon eine größere Sache ist.

Aus dem Protokoll geht eindeutig hervor — es hat nämlich vor Ihnen niemand von 400 000 S irgendwo geredet, das kann die Frau Untersuchungsrichterin gar nicht erfunden haben.

Jetzt meine Frage: Gibt es vielleicht einen anderen Zusammenhang als mit dem Generaldirektor Mayer? Gibt es ein Kuvert mit 400 000 S, das Sie für irgendwen oder für sich selber übernehmen mußten? Nehmen wir an, Sie haben selber Ihre Prämien gekriegt, und das wissen wir eh alles, das ist auch bekannt. Für wen haben Sie denn 400 000 S gekriegt?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe für keinen Menschen 400 000 S gekriegt und nie ein Kuvert.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Weder von Hainisch noch von ... Das ist von Ihnen voll erfunden worden aus dem Augenblick.

Ing. **Zelniczek:** Nein, nicht von mir erfunden worden. Ich bin mit dem konfrontiert worden. Wann es jetzt auf einmal heißt, das hat es gar nicht geben, dann wundere ich mich sehr stark. Dann hat vielleicht die Frau Untersuchungsrichterin einen Einser für einen Vierer gelesen. Vielleicht hat man 100 000 S für 400 000 S gelesen. Ich habe nie 400 000 S bekommen, noch habe ich 400 000 S je verteilt oder, wenn Sie wollen, jemandem gegeben.

Abg. **Steinbauer:** Das würde Ihnen aber sehr schaden, wenn Sie 400 000 S erfunden haben und dann sagen, das habe die Frau Untersuchungsrichterin erfunden.

Ing. **Zelniczek:** Ich kann nichts dafür, aber ich weiß nicht — wenn die Frau Untersuchungsrichterin objektiv ist, muß sie sagen, daß sie gesagt hat: Warum sagen Sie nicht, daß Sie 400 000 S bekommen haben?

Obmann Dr. **Steger:** Sie wird einvernommen werden und Sie werden, wenn der Ausschuß dies beschließt, dann gemeinsam befragt werden.

Ing. **Zelniczek:** Ich habe überhaupt gar keinen Grund gehabt, ich weiß überhaupt nicht, wie das Ganze vor sich da gegangen ist. Darum ist ja das gekommen, mit den 100 000 S. Ich habe ja zuerst 100 000 S gesagt. Na sagen Sie, daß Sie eine Prämie gekriegt haben. Ich sage: 100 000 S, und sie sagt: Sagen Sie auch, daß Sie 400 000 S gekriegt haben! — Jetzt habe ich schon 100 000 S gesagt, dann habe ich gesagt 400 000 S und die 100 000 S, das paßt ja hinten und vorne nicht zusammen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das Kuvert ist auch von der Frau Richterin?

Ing. **Zelniczek:** Das Kuvert? 100 000 S waren ja im Kuvert. Es war ganz einfach so, ich hab die 400 000 S dann so ungefähr in der Art der Übergabe der 100 000 S vorgenommen.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben es dann so erzählt, wie das bei 100 000 S war in der Übergabe.

Ing. **Zelniczek:** Ja, genau.

Obmann Dr. **Steger:** Es war voll erfunden. Das kann ja nicht ganz stimmen, weil bei den 400 000 S sagen Sie ausdrücklich: ohne Quittung und ohne alles. Während bei den 100 000 S haben wir ja gerade eine Quittung vorgelegt.

Ing. **Zelniczek:** Nebenbei bemerkt, ich habe mich nicht mehr erinnert, daß ich bei den 100 000 S eine Quittung unterschrieben habe.

Obmann Dr. **Steger:** Also noch einmal, zum letzten Mal, bevor wir in die Mittagspause gehen: Wenn man ein einziges Mal auf eine ganz bestimmte Art und Weise 100 000 S kriegt, dann merkt man sich das. Man vergißt vieles, man vergißt viele Teilgespräche, das glaube ich Ihnen alles. Wenn Sie aber ein einziges Mal einen Betrag kriegen, in einem Kuvert überreicht, dann können Sie sich genau daran erinnern, außer es ist öfters passiert, daß Sie einmal kleinere oder größere Beträge gekriegt haben. Was sagen Sie dazu?

Ing. **Zelniczek:** Diese Gratifikation oder wie wir es nennen wollen sind immer in Kuverts überreicht worden. Bargeld, nicht Scheck.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber gegen Qittung.

Ing. **Zelniczek:** Gegen Quittung. Ich glaube, gegen Quittung.

Obmann Dr. **Steger:** Es kann etwas ohne Quittung dabei gewesen sein?

Ing. **Zelniczek:** Das ist mir nicht erinnerlich.

Obmann Dr. **Steger:** War es mit Quittung oder nicht?

Ing. **Zelniczek:** Ja, theoretisch kann es, aber ich kann mich nicht erinnern.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Eine kurze Zusatzfrage, Herr Ingenieur! Ist es denkbar, daß Sie die 400 000 S bekommen haben nicht für sich, sondern für die Weitergabe an andere?

Ing. **Zelniczek:** Nein, das ist nicht denkbar.

Obmann Dr. **Steger** unterbricht die Einvernahme. *(Der Zeuge verläßt den Saal. Die Sitzung wird um 12 Uhr 45 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr wiederaufgenommen.)*

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ) *(nachdem Ing. Zelniczek wieder in den Saal gerufen wurde)*: Herr Zeuge! Bei Ihrer Vernehmung am 16. Juli vor der Frau Untersuchungsrichter haben Sie ausgeführt, daß bei Ihrer Firma ein Schreiben der Firma PLANTECH, in dem darauf hingewiesen wurde, daß die Firma PLANTECH uns bei der Planung unterstützen könne, eingegangen sei.

Sie haben heute auf Befragen meines Kollegen Hobl gesagt, daß die Bonität dieses Schreibens durch die Intervention des Herrn Dipl.-Ing. Winter verbessert wurde.

Meine Frage dazu: Wie ist nun in der Organisation Ihrer Firma dieses Schreiben in Ihre Zuständigkeit gekommen?

Ing. **Zelniczek:** Da ich für den Privatvertrieb — das heißt bei uns Privatvertrieb — zuständig bin und damit auch für das Geschäft Allgemeines Krankenhaus, wurde mir das zugeteilt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Das heißt, es hat es vor Ihnen jemand gesehen, der Ihnen das zugeteilt hat?

Ing. **Zelniczek:** Mit großer Wahrscheinlichkeit war es im Posteinlauf. Aber das ist in den meisten Fällen eine Dame, die das zuteilt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge, was enthielt dieses Schreiben? — Sie sind doch Kaufmann. Sie sind für den Verkauf zuständig, soweit ich weiß. Was enthielt dieses Schreiben? — In diesem Schreiben der Firma PLANTECH muß doch ein konkretes Anbot enthalten gewesen sein? Das kann — wenn ich es Ihnen vielleicht vorformulieren darf — entweder darin bestanden haben, daß Ihnen die Firma PLANTECH gewisse Arbeiten angeboten hat, die Sie sicherlich konkret aufzählen können, oder hat Ihnen die Firma PLANTECH ein anderes Angebot gemacht?

Ing. **Zelniczek:** Die PLANTECH hat konkret Unterstützung bei der Planung angeboten.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Verzeihen Sie. Unterstützung bei der Planung?

Ing. **Zelniczek:** Mit Know-how, und so weiter.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): War das für Sie konkret genug?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe das ja gar nicht zu befinden gehabt, ob das genug ist, denn wir haben das ja weitergegeben, wie ich schon erwähnte, an die Firma SEL, die sich mit dem Projekt befaßt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Sie haben also dieses Offert gar nicht näher betrachtet und nicht näher angesehen?

Ing. **Zelniczek:** In dem Sinne, um es selbst zu detaillieren und zu fragen, was kommt jetzt wirklich raus?, nicht. Ich habe es weitergegeben.

Außerdem ist ja drinnen gestanden: Im Auftragsfall beziehungsweise bei Erfolg unserer Bemühungen würden wir dann die und die Honorarnote stellen, soviel ich mich erinnern kann.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Was haben Sie unter Erfolg verstanden?

Ing. **Zelniczek:** Daß wir den Auftrag kriegen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Wozu brauchen Sie dazu die Firma PLANTECH?

Ing. **Zelniczek:** Zur Planungsunterstützung, zur Know-how-Unterstützung. Wir haben angenommen, sie kennt den ganzen Markt, den Weltmarkt. Das war ja ein Gebiet, auf dem in Österreich überhaupt nichts da war. Sie kennt den Weltmarkt, macht hier eine Planung und macht etwas, was absolut konkurrenzfähig ist.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Dr. Wilfling hat als Zeuge und auch vor dem Untersuchungsrichter ausgesagt, daß hier eine gewisse Planungsphilosophie Wiener Art notwendig war. Da stehen Sie ja eigentlich im Gegensatz zu diesem Zeugen, dem man nachsagt, daß er im Wiener Spitalwesen sehr viel Einfluß hatte.

Ing. **Zelniczek:** Da kann ich nichts aussagen, denn ich glaube, mit „Planungsphilosophie" punkto einer technischen Einrichtung ist nicht das gemeint, was wahrscheinlich der Herr Wilfling gemeint hat.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Im Rahmen Ihrer Firma muß es ja gewisse Kompetenzaufteilungen gegeben haben. Normal — ich weiß nicht, die ITT ist, glaube ich, eine Aktiengesellschaft.

Ing. **Zelniczek:** GesmbH.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): GesmbH. Aber die Organisation wird die gleiche sein. Ich nehme an, daß für gewisse Agenden der Gesamtvorstand zuständig ist, für gewisse Agenden bis zu gewissen Beträgen einzelne Vorstandsmitglieder und darunterliegende Summen wahrscheinlich von anderen Bediensteten der Firma versehen werden können. Wie war das bei Ihnen?

Ing. **Zelniczek:** Eine Begrenzung in der Höhe des Betrages gibt es bei uns nicht.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Da konnte jeder alles tun?

Ing. **Zelniczek:** Ich weiß nicht — „es konnte jeder alles tun". Ich meine, jeder in seinem eigenen Bereich, was eben sein Ressort war.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Verzeihen Sie, ich war selbst einmal Mitglied des Vorstandes einer Aktiegesellschaft. Ich weiß, daß ab gewissen Summen der Aufsichtsrat zuständig ist, daß die Zustimmung des Aufsichtsrates eingeholt werden muß. Es muß doch bei Ihnen ähnlich gewesen sein?

Ing. **Zelniczek:** Das gilt meines Wissens primär für Investitionen oder für Ausgaben in diesem Rahmen. Es gibt auch eine Konzernvorschrift, daß bei größeren Geschäften, die ich aber im Detail nicht kenne, weil ich damit nichts zu tun habe, auch der Konzern dazu Stellung nimmt, wenn ein Geschäft eine gewisse Größe überschreitet.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Nun wurden ja von Ihrer Firma — ich will die Summen nicht zählen, ob es 20 oder weniger Millionen Schilling gewesen sind, das steht ja auch momentan nicht zur Debatte — Überweisungen an die Firma PLANTECH getätigt. Von wem?

Wer hat diese Anweisungen innerhalb dieser Firma verantwortet?

Ing. **Zelniczek:** Das ist der kaufmännische Bereich. Wo immer bei uns Überweisungen gemacht werden, fällt es in den K-Bereich, also in den kaufmännischen Bereich.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Einen kaufmännischen Bereich gibt es sicherlich. Wer war der Verantwortliche?

Ing. **Zelniczek:** Chef war Dr. Berger und anschließend der Dr. Rose.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Von wem wurden nun die Unterlagen erarbeitet? — Normal ist es ja so, daß das technische Büro oder eine Verkaufsabteilung, oder wer immer, die Unterlagen erarbeitet, und erst dann wird das über die Buchhaltung beziehungsweise über dieses Büro angewiesen.

Ing. **Zelniczek:** Die Unterlagen in diesem speziellen Fall: Da kam eine Honorarnote von der PLANTECH oder GEPROMA — je nachdem, was es war — zu mir, und ich habe das mit einer Mitteilung oder mit einem zweiten Herren unseres Vertriebsbereiches hinaufgeschickt an den K-Bereich, und der K-Bereich hat dann das überwiesen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Wie groß waren diese Summen im Einzelfall?

Ing. **Zelniczek:** Ich kann mich nur erinnern an eine Summe, die bei 70 000 — ich weiß nicht, waren es D-Mark oder waren es Franken — lag. Wir haben verschiedene . . .

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Das wären in beiden Fällen — ziemlich egal — eine halbe Million Schilling rund.

Sind Sie berechtigt gewesen, Anweisungen dieser Art auszustellen?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe sie ja nicht angewiesen. — Das ist ja ein Unterschied: Wenn wir zum Beispiel ein Gerät verkaufen — und dieses Gerät ist keine Eigenfabrikation, sondern wird eingekauft, so geht das durchs Haus durch, es wird vielleicht eine Modifikation oder sonst etwas gemacht —, so ist ja dieser Betrag nicht limitiert. Wenn ich ein Geschäft mache, und ich verkaufe etwas um 5 Millionen Schilling und kaufe es um 4 Millionen Schilling ein, so ist das in keiner Weise insofern limitiert, als daß nur jemand Bestimmter unterschreiben darf.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Das kann ich mir vorstellen. Denn hinter jedem Kauf steht ja eine Rechnung und eine Lieferung. Aber was ist hinter dem Kauf, wenn Sie so wollen: Sie haben etwas verarbeitet, dazugekauft. Was haben Sie dazugekauft?

Ing. **Zelniczek:** In dem speziellen Fall Knowhow dazugekauft, also Planungsunterstützung.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Aber Sie haben keinerlei Dokument, mit Ausnahme einer Quittung, darüber gehabt?

Ing. **Zelniczek:** Nein. Dokument haben wir keines gehabt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Sie haben nur eine Rechnung der Firma GEPROMA beziehungsweise der Firma PLANTECH bezahlt?

Ing. **Zelniczek:** Ja!

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Darf ich jetzt zurückkommen auf die Empfehlung des Herrn Dipl.-Ing. Winter.

Obmann Dr. **Steger:** Hätten Sie etwas dagegen, wenn ich eine Zusatzfrage zu dem stelle, weil das, glaube ich, sehr wichtig ist.

Herr Zeuge! Aber Einkauf und Verkauf ist doch in jeder Firma getrennt. Es gibt eine Einkaufsabteilung, es gibt eine Verkaufsabteilung. War das bei Ihnen nicht getrennt?

Ing. **Zelniczek:** In puncto dieser Angelegenheit, in puncto ...

Obmann Dr. **Steger:** Die Frage ist, ob eine Einkaufs- und eine Verkaufsabteilung getrennt vorhanden war. Das kann man mit ja oder nein beantworten.

Ing. **Zelniczek:** Natürlich, ist getrennt.

Obmann Dr. **Steger:** Sie sind in der Verkaufsabteilung?

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Wieso können Sie als Mitglied der Verkaufsabteilung auch Entscheidungen über den Einkauf treffen?

Ing. **Zelniczek:** Weil ja hier auch keine normale Bestellung gelaufen ist.

Obmann Dr. **Steger:** Sie meinen, weil es eh keinen Einkauf gegeben hat.

Ing. **Zelniczek:** Es hat schon einen Einkauf gegeben. Es wurde das in Form eines Vertrages gemacht und nicht in Form einer Bestellung, dann wäre der Einkauf eingeschaltet gewesen.

Obmann Dr. **Steger:** Weil also nichts eingekauft wurde, darum ist es nicht über die Einkaufsabteilung gegangen. Ist das so richtig interpretiert?

Ing. **Zelniczek:** Eigentlich nicht, weil nichts eingekauft wurde. Der Know-how-Einkauf ist für uns unüblich, dadurch ist es so gemacht worden, wie wir es gemacht haben.

Obmann Dr. **Steger:** Mußte jeder echte Einkauf über die Einkaufsabteilung gehen? Gibt es eine Dienstanweisung? Gibt es eine Organisationsform, wonach der Einkauf über eine Einkaufsabteilung geht? Das haben Sie gerade mit Ja beantwortet.

Jetzt die Zusatzfrage: Wieso ist dieser Einkauf nicht über eine Einkaufsabteilung gegangen? — Dazu brauchen Sie sich nicht unter Druck gesetzt fühlen oder sonst etwas, das ist eine ganz einfache Antwort.

Ing. **Zelniczek:** Weil es eben kein Einkauf im Sinne eines materiellen Einkaufes war, wie unsere Einkaufsabteilung arbeitet; also daß hier Material, Waren gekauft werden. Es war praktisch in Form eines Vertrages und eines Provisionsvertrages. Die haben ja Provision für ...

Obmann Dr. **Steger:** Weil es ein Provisionsvertrag war und kein Einkauf.

Ing. **Zelniczek:** Endlich! Kann man auch sagen, aber ...

Obmann Dr. **Steger:** Sie selbst sollen es sagen, sonst sagen Sie, ich habe es Ihnen in den Mund gelegt. Sagen Sie es, ob es so war. Es war kein Einkauf, sondern ein Provisionsvertrag.

Ing. **Zelniczek:** Ein Provisionsvertrag für eine unterstützende Firma, ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Wenn Sie — nehmen wir wieder die 70 000 Franken-Rechnung her — die 70 000 Franken-Rechnung erhalten haben und bestätigt und an Ihre auszahlende Stelle weitergegeben haben, haben Sie ja praktisch in Ihrer Firma damit eine Leistung der Firma PLANTECH respektive GEPROMA bestätigt.

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Auf Grund welcher Vollmacht waren Sie ermächtigt — denn das war Ihnen ja auch klar, daß dieser Zahlung keine Leistung gegenübergestanden ist —, auf Grund welcher Absprachen waren Sie berechtigt, für Ihre Firma eine Leistung von einer halben Million Schilling zu bestätigen, die nicht gekommen ist, für die Sie keinen Gegenwert bekommen haben?

Ing. **Zelniczek:** Der Vertrag lautet — wir haben ja einen Vertrag gehabt —: Wenn die Firma PLANTECH mit Erfolg arbeitet, das heißt, wenn wir den Auftrag bekommen, ist die Leistung erbracht. Also die Leistungen wurden in dem Sinn erbracht, denn den Auftrag haben wir bekommen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Moment! Darf ich das dann so interpretieren, daß die Firma PLANTECH dafür gearbeitet hat und daß es Ihre Leistung war, Ihrer Firma diesen Vertrag zu verschaffen?

Ing. **Zelniczek:** Dazuzutun, daß wir den Vertrag bekommen, also Ihres dazuzutun.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ja, dazutun. Sie haben gesagt, Sie haben angenommen, diese Firma könnte durch ihre internationalen Erfahrungen Ihnen bei der Erarbeitung dieses Projektes behilflich sein. Nun sagen Sie wieder, die Firma hat dazugetan, daß Sie den Auftrag bekommen haben. Ja was hat die Firma

316 von 382Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

dazugetan? — Denn wenn sie Leistungen erbracht hat, dann müßten Sie diese Leistungen ja nennen können. Aber wenn sie keine Leistungen erbracht hat, dann haben Sie dieser Firma etwas bezahlt, wofür keine Leistung gegenübergestanden ist.

Ing. **Zelniczek:** Es ist ja bei der Planung der Container-Anlage eine Leistung erbracht worden. Die Deutschen haben ja verschiedene Dinge bekommen, die aber nicht in meinem Betrieb gelegen sind. Das haben auch wir nicht überwiesen, das haben die Deutschen selbst überwiesen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich rede jetzt nicht von der Container-Anlage, ich rede von den Bereichen, die in Ihrer Firma durchgeführt wurden, wo Sie selbst daran gearbeitet haben. Nennen Sie mir ein konkretes Beispiel, welchen Plan für welche Anlage oder welche Berechnung oder sonst irgendeine technische oder Know-how-Leistung, die die Firma für Sie erbracht hat.

Ing. **Zelniczek:** Da gibt es keine, da habe ich keine Unterlagen. Gibt es nichts dafür.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Wofür haben Sie dann bezahlt?

Ing. **Zelniczek:** Wie man einer Firma, die einem hilft, eine Provision gibt. Das passiert ja in unserem Geschäft öfter, daß man in Zusammenarbeit mit einer Elektrofirma oder sonstwas ist, die sagt: Paß auf, ich kann euch dort einen Auftrag verschaffen, ich krieg 10 Prozent Provision, ich unterstütze euch! — So etwas gibt es ja. In dem Sinn . . .

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Aber Sie haben heute schon gesagt auf die Frage meines Kollegen Hobl: Der Antrag der Firma PLANTECH war für Sie akzeptabel durch die Intervention des Dipl.-Ing. Winter. Sie haben gesagt, da wurde er gut. Das waren Ihre Worte.

Nun, wodurch? Was hat Winter mit PLANTECH zu tun, was hat PLANTECH, eine Liechtensteiner Briefkastenfirma — denn das haben Sie sicher gewußt —, damit zu tun?

Ing. **Zelniczek:** Das haben wir damals noch nicht gewußt, sonst hätten wir das Ganze gar nicht angefangen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Sie verkehren ja auch nicht mit dem Mann im Mond. Aber ist das im Geschäftsleben üblich? — Wenn man mit jemandem Verträge schließt, dann weiß man wenigstens, wo der wohnt und was der tut. Verträge in dieser Größenordnung! Und da behaupten Sie vor dem Ausschuß, niemand in Ihrer Firma hätte sich für das Herkommen der Firma PLANTECH interessiert?

Ing. **Zelniczek:** Es gibt doch manche Firmen oder manche Firmenkonstruktionen, die hinter irgendeinem Titel aus steuerlichen Gründen oder sonst etwas stecken. Es kann ja genauso gut ein Ingenieurbüro sein, das über Liechtenstein arbeitet.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Aber welcher Art war die Leistung für Sie? Was hat Sie veranlaßt zu glauben, eine Firma in Liechtenstein, die Sie nicht kennen, von der Sie nichts wissen, ist imstande, Ihnen in Wien einen Millionenauftrag zu verschaffen?

Ing. **Zelniczek:** Das habe ich sowieso schon erwähnt. Wir haben geglaubt, daß da einflußreiche Leute in Wien sind, die uns unterstützen und die uns durch ihr Wohlwollen den Auftrag bringen; und die Firma PLANTECH arrangiert das.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Sie waren mit dieser nebulosen Unterlage vollkommen zufrieden und haben auf das hinauf Millionen Schilling bezahlt?

Ing. **Zelniczek:** Wir haben ja den Erfolg davon gehabt. Wir haben ja erst bezahlt, nachdem die Aufträge hier waren.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Dann möchte ich Sie noch etwas abschließend fragen: Heute steht in der „Presse", daß auf Grund Ihrer Aussage Grund zu der Annahme besteht, daß es von der Firma PLANTECH . . . Rückflüsse nach Österreich gegeben hat und aus diesen Rückflüssen gewisse Zahlungen, über die wir heute vormittag schon debattiert haben, geleistet wurden. Was können Sie dazu sagen?

Ing. **Zelniczek:** Ich kenne keine Rückflüsse. Ich weiß nichts davon.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Danke.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Ingenieur! Ich hätte zunächst ganz einfache Fragen: Sie waren, glaube ich, Mitglied der Sozialistischen Partei und des BSA. Wie sind Sie dazu gekommen? Wer hat Sie dazu eingeladen, Mitglied des BSA zu werden?

Ing. **Zelniczek:** Mitglied des BSA, glaube ich, bin ich schon 20 Jahre, das war aus eigenem. Mitglied der Sozialistischen Partei war mein Vater, und ich bin aus einer sozialistischen Familie, wohnte jahrzehntelang in einem Gemeindebau, jetzt wieder, und da gehört es ganz einfach zur Tradition, daß man dabei ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie besondere Kontakte mit sozialistischen Politikern gehabt?

Ing. **Zelniczek:** Ich kenne eine Menge, aber . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie den Herrn Finanzminister?

Ing. **Zelniczek:** Nein, nein, gar nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie andere einflußreiche Politiker, die dem Wiener Stadtrat angehören?

Ing. **Zelniczek:** Eigentlich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herrn Stadtrat Mayr, Stadtrat Stacher? Kennen Sie den Herrn Bürgermeister von Wien, nicht persönlich?

Ing. **Zelniczek:** Den Bürgermeister kenne ich persönlich, er hat mir einmal die Hand geschüttelt, ich habe ihm einmal die Firma gezeigt und ihn durch die Firma geführt, aber sonst gibt es keine Verbindung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie waren auch Mitglied des Club 45.

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): . . . und sind dort mit Politikern zusammengekommen.

Ing. **Zelniczek:** Sehr spärlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Würden Sie uns etwa erklären, wie das Klima im Club 45 war? Wie ist man dort zusammengekommen? Wie hat man miteinander verkehrt?

Ing. **Zelniczek:** Da macht man sich immer falsche Vorstellungen. Ich war im Club 45 hie und da einmal mittagessen. Dort gibt es eine Mittagsplatte um 70 S. Dann war ich, glaube ich, die ganzen zwei Jahre vier- oder fünfmal am Abend bei Rezitationen oder Streichorchestern und ähnlichen, rein gesellschaftlichen Zusammenkünften. Dort sind verschiedene Leute zusammengekommen, man hat sich die Hand geschüttelt, ist herumgestanden, hat ein Glaserl Wein getrunken, und um 21 Uhr ist man wieder gegangen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat man mit diesen Personen, die man dort getroffen hat, mit diesen Mitgliedern, auch persönlich Kontakt gehabt? Hat man sich gegenseitig eingeladen, daß man sich persönlich näher kennenlernen konnte?

Ing. **Zelniczek:** Mag sein. Aber ich habe aus dem Club 45, außer den paar Bekannten, die ich dort getroffen habe und die ich sowieso gekannt habe, vorläufig noch keine besonderen Freundschaften.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welches waren die besonderen? Sie haben jetzt gesagt, es waren einige Personen, die man besonders kennenlernen konnte, näher kennengelernt hat. Welche Personen des Clubs 45 waren das?

Ing. **Zelniczek:** Näher kennengelernt habe ich nicht gesagt. Ich habe Leute dort gesehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, eine ganz bestimmte Person. Darf ich den Namen hören?

Ing. **Zelniczek:** Wen ich dort gesehen habe?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Besonders kennengelernt haben?

Ing. **Zelniczek:** Nicht besonders kennengelernt, wiedergesehen, habe ich gesagt, Leute, die ich sowieso gekannt habe. Dazu gehört — wenn ich da jetzt Namen sage . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich bitte Sie, mir Namen zu nennen.

Ing. **Zelniczek:** Ich bin zum Beispiel mit dem Sektionschef Sailer vom Heeresministerium in die Schule gegangen. Den habe ich wieder dort getroffen, zum Beispiel.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie jetzt bitten, daß Sie Namen nennen von Personen des Clubs 45, mit denen Sie in besonderer, nicht in der offiziellen Art und Weise verkehrt haben.

Ing. **Zelniczek:** Ich habe im Club 45, außer mit dem Präsidenten Raidinger, den ich von früher schon gekannt habe, mit niemandem besonders verkehrt. Ich könnte Ihnen nicht einmal sagen, ob ich mit Leuten weniger gesprochen habe. Da sind halt ein paar zusammengestanden, haben ein bissel geplaudert, die Nächsten, wie es halt bei so einem Klubabend ist. Die Herren werden das sicherlich von eigenen Klubs selbst wissen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie war Ihr Verhältnis zum Herrn Winter? Er war auch Mitglied dieses Klubs.

Ing. **Zelniczek:** Das habe ich gehört, daß er im Klub war. Den habe ich im Club 45 nie gesehen. Kein Mensch kann sagen, daß er mich jemals mit Winter im Club 45 gesehen hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie mit Herrn Dipl.-Ing. Winter auch persönlichen Kontakt gehabt?

Ing. **Zelniczek:** Ja sicherlich, wie man halt mit einem Geschäftsfreund Kontakt hat, daß man im Jahr so ein- bis zweimal zum Heurigen geht — und aus; damit ist der ganze Kontakt erledigt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und mit Politikern? Ich denke, zu Ministern, Stadträten, zu Nationalratsabgeordneten — haben Sie da keinen persönlichen Kontakt gepflogen?

Ing. **Zelniczek:** Nein, das nicht.

318 von 382Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann darf ich Sie fragen — ich komme nochmals zurück zu dieser Frage von Herrn Kapaun —: Auf Grund der Unterlagen, die uns zur Verfügung stehen von der GEPROMA und von der PLANTECH, wurden grundsätzlich Erfolgshonorare verrechnet. Ist das richtig?

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum haben Sie sich dann vorhin so gesträubt, es zuzugeben?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe von Haus aus gesagt, daß wir nur bezahlt haben, wenn der Erfolg da war. Da habe ich mich nicht gesträubt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben also Honorare bezahlt für den erfolgreichen Abschluß von Verträgen mit dem AKH, mit dem IAKW.

Ing. **Zelniczek:** Das habe ich ja gesagt. Das habe ich in meiner Aussage von Haus aus gesagt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und es gibt keine Gegenleistung von der GEPROMA oder von PLANTECH, die ITT erhalten hat?

Ing. **Zelniczek:** Das kann man wieder nicht so sagen, denn die Gegenleistung gerade bei der IAKW, kann ich mir vorstellen — ich habe es schon erwähnt, daß wir gewisse Schwierigkeiten hatten, unser System unterzubringen —, war möglicherweise sehr wohl von der GEPROMA in der Form gegeben, daß den Leuten das System durch die Benützer schmackhaft gemacht wurde. Aber das kann ich nicht sagen; ich habe keine Unterlagen darüber gehabt.

Tatsache ist, daß wir den Auftrag bekommen haben. Ich wiederhole mich. Und das war der Erfolg.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ihnen ist also keine konkrete Gegenleistung von PLANTECH und GEPROMA bekannt, die die ITT bekommen hat?

Ing. **Zelniczek:** Nein. Sie meinen materielle oder irgendwelche Unterlagen?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Eine Unterlage, eine Leistung, die GEPROMA, PLANTECH an die ITT geleistet, erbracht hätte?

Ing. **Zelniczek:** Ich kann mich nicht erinnern. Ich kann mich nur erinnern: Im Zusammenhang mit dem AKH haben wir einmal einen Spiegel über die verschiedenen Systeme, die es gibt, gehabt, über dessen Vor- und Nachteile; das haben wir einmal gehabt, das ist von der GEPROMA einmal gekommen. Aber das ist schon lange her.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Äußerung oder die nicht klaren Formulierungen in dem Zusammenhang, daß doch eventuell Gegenleistungen erbracht worden sind, sind in diesem Fall zu korrigieren, daß Ihnen keine konkreten Gegenleistungen bekannt sind?

Ing. **Zelniczek:** Es bezieht sich auf die Förderanlage, daß Leistungen erbracht wurden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat diese Leistungen erbracht?

Ing. **Zelniczek:** Die PLANTECH oder die GEPROMA für die SEL.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Personen bei der GEPROMA, bei der PLANTECH haben diese Leistungen erbracht?

Ing. **Zelniczek:** Das weiß ich nicht. Es hat keinen persönlichen Kontakt gegeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie haben die Unterlagen, die Leistungen, die erbracht worden sind, ausgesehen? Waren es Schriftstücke?

Ing. **Zelniczek:** Die sind nicht zu mir gekommen, die sind direkt an die SEL gegangen. Das war ein direkter Kontakt. Ich habe es schon erwähnt. Da war ein direkter Kontakt von den Herren der SEL mit den Herren des Allgemeinen Krankenhauses und auch ein Kontakt mit der GEPROMA. Da sind Überweisungen von der SEL gemacht worden, von denen wir gar nichts wissen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich stelle also fest — und wenn es nicht stimmt, bitte ich, daß Sie das korrigieren —, daß Ihnen keine konkreten Leistungen bekannt sind, daß Sie keine gesehen haben, die von der GEPROMA, von der PLANTECH für die ITT erbracht worden sind?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe keine gesehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie sind aber verantwortlich dafür, daß bezahlt worden ist.

Ing. **Zelniczek:** Verantwortlich bin ich nicht allein dafür, muß ich dazu sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer ist noch verantwortlich dafür, daß bezahlt an GEPROMA und PLANTECH worden ist?

Ing. **Zelniczek:** Meine Chefs.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nennen Sie die Namen.

Ing. **Zelniczek** (ÖVP): Das sind der Hainisch, der Herr Dr. Berger und der Herr Dr. Rose.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ihrem Protokoll über die Vernehmung entnehmen wir, daß Sie einmal von Herrn Winter verlangt haben, daß in der Rechnung nicht angeführt worden ist ein

Auftrag AKH-IAKW, sondern daß Sie beantragt oder gewünscht haben, daß in der Rechnung ein fiktives Iran-Geschäft angeführt werden sollte?

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welchen anderen Fällen haben Sie ähnliche Wünsche gegenüber Herrn Winter geäußert, daß also solche Vermerke auf Rechnungen oder auf Angeboten, die PLANTECH und GEPROMA an Sie gestellt hat, daß ITT vermerkt werden soll?

Ing. **Zelniczek:** Ich kann mich nicht erinnern — ich glaube, bei keinem mehr. Das dürfte das Iran-Geschäft gewesen sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber es gibt eine ganze Reihe von Angeboten, die GEPROMA, PLANTECH an die ITT gestellt haben, vorgelegt haben, wo andere Namen vorkommen. Ich erinnere Sie an den Hinweis auf das Krankenhaus Dornbirn unter anderem, Altersheim Süd in Wien und Krankenhaus Ost in Wien.

Wie kamen diese Vermerke auf die Angebote?

Ing. **Zelniczek:** Diese Angebote sind so gekommen ohne unser Zutun, und wir sind aber auf diese Angebote gar nicht eingestiegen. Also wir haben hier weder einen Vertrag noch sonst etwas gemacht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie noch einmal konkret fragen: Die ITT hat gar nicht gewußt, daß sie sich um Geschäftsbeziehungen Gemeindekrankenhaus Dornbirn, Stadtspital Dornbirn, dieses Altersheim in Wien, daß hier Aufträge ausgeschrieben werden könnten?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gar nicht gewußt?

Ing. **Zelniczek:** . . . haben wir nicht gewußt, dann weiß ich nicht, unsere Vertreter wissen wahrscheinlich schon, da ist was ausgeschrieben worden, aber wir haben hier weder was verlangt, wir haben das bekommen, und ich glaube, bei diesem Bauvorhaben Dornbirn oder was haben wir überhaupt nicht angeboten. Ich kann mich nicht erinnern daran. Aber jedenfalls: Wir sind auf das nicht eingestiegen, wir haben hier keine Verträge mehr gemacht mit der GEPROMA oder mit der PLANTECH.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie haben Sie gegenüber der GEPROMA auf diese Angebote geantwortet? Haben Sie ablehnend geantwortet?

Ing. **Zelniczek:** Ich glaube, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kann es Schriftstücke bei der ITT geben, die darauf hinweisen, daß solchen Angeboten nicht nähergetreen wird?

Ing. **Zelniczek:** Mag sein, ja, daß es noch etwas gibt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie können Sie sich vorstellen, daß am 13. Juli 1977 an die ITT von der GEPROMA ein Angebot gerichtet wird, und zwar heißt es hier: Im Sinne der seinerzeitigen Soft-ware-Vereinbarung ersuchen wir Sie, im vorstehenden Angebot oder Offert für die notwendigen Änderungen folgende Honorarnoten vorzusehen.

Da kommen die ganzen Beträge, wie gesagt, am 13. Juli 1977, und am 15. Juli 1977, also zwei Tage später, kommt von der SEL bereits die Zahlung von 9,7 Millionen Schilling.

Ing. **Zelniczek:** Da bin ich jetzt nicht ganz mitgekommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Am 13. Juli 1977 erfolgt das Angebot der GEPROMA an ITT-Austria, Dresdner Straße 75, wo angeboten wird eine ganze Liste von Leistungen. Ich habe die Einleitung. Es handelt sich um den Auftrag Förderanlage AKPE Wien. Die Einleitung heißt: Im Sinne der seinerzeitigen Soft-ware-Vereinbarung ersuchen wir Sie, im bevorstehenden Offert für die notwendigen Änderungen folgende Honorarnoten vorzusehen: im Offert.

Man könnte daraus schließen, daß Sie diese Provisionszahlungen, die Sie nach Liechtenstein geleistet haben, in Ihrem Offert vorgesehen haben, mit berücksichtigt, eingerechnet haben. Das ist eine Behauptung der GEPROMA.

Mich würde aber vor allem interessieren jetzt: Warum ist die Zahlung bereits zwei Tage später, am 15. 7. 1977, in der Höhe von 9,7 Millionen Schilling geleistet worden?

Ing. **Zelniczek:** Das kenne ich nicht, das müßte die SEL wissen. Möglicherweise ist das Ganze schon abgeschlossen gewesen, und es war nur mehr eine Fixierung des bereits getätigten Auftrages.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Auftrag ist genau angeführt: Förderanlage. Könnte man daraus schließen, daß Sie Leistungen an die GEPROMA erbringen mußten, um die Aufträge zu bekommen, daß Sie sozusagen Vorauszahlungen leisten mußten, damit Herr Winter sicher war, daß sie die Zahlungen auch bekommen?

Ing. **Zelniczek:** Nein. Das glaube ich nicht. Ich glaube, das war vielleicht — ich kann das überhaupt schwer sagen: das war ein Brief an wen? An uns? Von der GEPROMA?

320 von 382Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von der GEPROMA.

Ing. **Zelniczek:** Die sind bei uns durchgegangen. Die haben wir dann den Herren von der SEL mitgegeben; haben ja die auch dann überwiesen. Mag sein, daß ja das Ganze nur ein Schriftverkehr war, um das zu bestätigen, was da in der Zwischenzeit schon geschehen ist. Die Leistungen waren vielleicht schon gebracht, daß das jetzt erledigt ist. Ich kann Ihnen da wirklich nichts darüber sagen weiter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben aber gesagt vorhin, daß Zahlungen nur auf Rechnung, auf Honorarnoten geleistet worden sind. Hier könnte man entnehmen, daß Zahlungen bereits im voraus geleistet wurden.

Sonst gibt es keinen Fall, der Ihnen bekannt ist, daß bereits im voraus Zahlungen geleistet worden sind?

Ing. **Zelniczek:** Ich kenne keinen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben in Ihrer letzten Einvernahme bei der Frau Untersuchungsrichter sehr klar, so wie ich das hier entnehme — und das kann man ja vorlesen —, darauf hingewiesen, daß der Verdacht besteht, daß mit den Geldern von PLANTECH und GEPROMA Parteienfinanzierung geleistet worden ist. Es ist bereits von Herrn Hobl und von Herrn Dr. Schüssel darauf hingewiesen worden.

Nun sagen Sie dann, man kann nicht genau sagen, waren es Parteien oder waren es Institutionen. Herr Winter hat Ihnen zweifellos relativ konkret gesagt, welche Personen, welche Institutionen, welche Vereinigungen hier in den Genuß von solchen Geldern kommen sollten.

Meine Frage: Welche Namen — ganz gleich: Institutionen, Vereinigungen, Personen — hat er in diesem Zusammenhang genannt?

Ing. **Zelniczek:** Überhaupt niemanden. Herr Winter hat in keinster Weise weder einen Namen — und das mit der Parteienfinanzierung, das habe ich ja sowieso auch gesagt. Wir sind zusammengesessen mit dem Generaldirektor, und das war so eine Diskussion: Na was könnte mit dem Geld geschehen? Könnte das auch sein. Könnte Parteienfinanzierung auch sein. Aber ohne jeglichen konkreten Hintergrund. Mir hat kein Mensch gesagt: Mit dem Geld tun wir den Verein finanzieren oder den Verein finanzieren. So ein Gespräch hat es mit dem Winter nie gegeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber das Gespräch war ein sehr wichtiges Gespräch, das Sie mit Herrn Winter in diesem Zusammenhang geführt haben?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es war sicherlich ein sehr wichtiges, weil Sie sich auch relativ klar hier dazu äußern. — Darf ich das vorlesen.

Sie sagen: Aus den Worten des Winter konnte ich entnehmen, daß dies auch mit dem Geld geschehen könnte, nämlich Parteienfinanzierung. Wie lautete die Erklärung von Winter, aus der Sie entnehmen konnten, daß Parteienfinanzierung geleistet worden ist?

Ing. **Zelniczek:** Ich kann Ihnen wortwörtlich das nicht wiederholen, das ist ja am Anfang der ganzen Geschichte gewesen. Er hat gesagt, da sind wichtige Leute dabei, und möglicherweise ist das Wort „Institutionen" gefallen, weiß ich sowieso nicht, aber er hat es so gebracht, daß natürlich wenn hier bezahlt wird, dann geht alles in Ordnung, dann kann man ruhig sein, dann kriegt man Aufträge, und so weiter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat die Firma ITT Informationen über PLANTECH eingeholt?

Ing. **Zelniczek:** Also ich nicht. Möglicherweise die SEL.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat man irgendein Büro damit beauftragt, solche Informationen einzuholen?

Ing. **Zelniczek:** Das weiß man nicht, vielleicht erfahre ich es nicht. Also ich weiß es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ihnen ist nichts bekannt, daß man Informationen über die Firma PLANTECH eingeholt hat?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Über ein Informationsbüro auch nicht?

Ing. **Zelniczek:** Nein. Von mir aus nicht. Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Personen sind Ihnen im Zusammenhang mit der PLANTECH, mit der Firma GEPROMA noch bekannt? Welche Personen sind irgendwo aufgetreten im Zusammenhang mit PLANTECH und mit der Firma GEPROMA?

Ing. **Zelniczek:** Außer dem Herrn Winter niemand.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In diesem Zusammenhang ist jetzt eindeutig geklärt, daß Provisionen bezahlt worden sind im Zusammenhang mit dem AKH und mit der UNO-City. Wurden auch in anderen Fällen von der Firma ITT Provisionen bezahlt? Nicht an GEPROMA, nicht an PLANTECH, sondern an andere Personen, an andere Institutionen, an andere Vereinigungen?

Ing. **Zelniczek:** Nein. Also meines Wissens nicht. Es wurden höchstens normale Provisionsgeschäfte gemacht — ich habe das sowieso vorher schon erwähnt —, daß bei einem kleinen Auftrag ein Elektriker uns unterstützt hat und der Provisionen bekommen hat. So etwas hat es gegeben, aber auch sehr vereinzelt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie lange sind Sie im Vertrieb jetzt tätig in der Firma ITT?

Ing. **Zelniczek:** Ich schätze, 20 Jahre.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In den 20 Jahren können Sie ausschießen, daß mit Ausnahme solcher Provisionszahlungen, wie Sie sie jetzt erwähnt haben, an andere, dritte Personen im Zuammenhang mit Aufträgen, die die Firma ITT bekommen hat, irgendwelche Leistungen bezahlt worden sind?

Ing. **Zelniczek:** Garantiert nicht. Ich habe nie im Leben jemandem, also der maßgebend für den Auftrag zuständig war, eine Provision bezahlt oder überhaupt angedeutet, daß es so etwas gibt. Das ist absolut nicht drinnen. Das war das erste . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie irgendwelche Personen zu Urlauben oder zu ähnlichem eingeladen?

Ing. **Zelniczek:** Zu Urlauben?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bezahlt.

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Um Aufträge zu bekommen? Oder Personen, von denen Sie Aufträge erhalten haben, auf Urlaub eingeladen?

Ing. **Zelniczek:** Nein, zu Urlauben nicht. Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auf Jagden?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe gar keine Jagd.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auto vermittelt? PKW?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe einen bekannten Autohändler . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie andere größere Geschenke gemacht als Vertriebsdirektor?

Ing. **Zelniczek:** Ich weiß nicht, was Sie „größere Geschenke" nennen, aber so 1 000 S . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Über 5 000, über 10 000 S?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wertgeschenke im Wert von 5 000 S?

Ing. **Zelniczek:** Nein. Ich kann mich nicht erinnern. Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Ingenieur, ich frage Sie jetzt noch einmal:

Sie können also ausschließen, daß Sie mit Ausnahme dieses Geschäftes AKH und IAKW größere Spenden, Leistungen Dritten zukommen haben lassen auf Kosten der ITT oder mit Geldern, die Ihnen von der ITT zur Verfügung gestellt worden sind? Das ist eine sehr wichtige Frage. Wie beantworten Sie diese Frage?

Ing. **Zelniczek:** Ich kann 100prozentig sagen, daß ich nie Gelder oder sonst etwas weitergegeben habe. Ich habe wohl Geschenke gemacht, das ist in unserem Geschäft üblich, daß man so etwas tut, und andere auch, aber . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welcher Größenordnung haben sich diese Geschenke bewegt?

Ing. **Zelniczek:** Mag sein, daß da einmal ein 5 000 S-Geschenk dabei war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): An wen gingen solche Geschenke?

Ing. **Zelniczek:** . . . mir nicht mehr . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Falsch. Sie müssen mir keine Namen nennen, nennen Sie mir nur die Gruppe von Personen. Ich verstehe, daß Sie jetzt hier keine Namen nennen wollen. Aber nennen Sie mir die Gruppen. An wen gingen solche Geschenke? Waren das Beamte, waren das Politiker, waren das nur Elektriker?

Ing. **Zelniczek:** Leute, mit denen wir in Geschäftsverbindung gestanden sind. Das sind Kunden, können auch private Kunden genauso gewesen sein, große Firmen und auch . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Waren das Personen, von denen Sie Aufträge erhalten haben oder die dazu beigetragen haben, daß Sie Aufträge erhalten?

Ing. **Zelniczek:** Wahrscheinlich, ja. Oder zumindest, die dazu beitragen konnten, wie Sie sagten, ja, oder die für uns als Leute wichtig waren, die unsere Firma positiv kommentiert haben. Und dann: Wir haben ja ein bissel an einem schlechten Ruf gelitten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welcher Richtung ein schlechter Ruf?

Ing. **Zelniczek:** In bezug auf Chile zum Beispiel.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie hoch waren die höchsten Geschenke? Sagen Sie mir ein paar Beispiele, wie Sie zu Weihnachten oder zu solchen Anlässen solche Personen beschenkt haben.

322 von 382Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Ing. **Zelniczek:** Vielleicht ein Fernseher oder so etwas. Selbstkosten so 5 000, 6 000 S.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie irgendwelche Aufträge übernommen von solchen Personen und sie gratis ausgeführt?

Ing. **Zelniczek:** Wie meinen Sie das?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Daß Sie von Personen, denen Sie verpflichtet waren auf Grund von Auftragsvergaben, daß Sie von solchen Personen dann irgendwelche Aufträge, Privataufträge übernommen haben, die Sie nicht verrechnet haben oder zu einem ganz minimalen Preis verrechnet haben.

Ing. **Zelniczek:** Könnte sein, daß so etwas einmal passiert ist, daß es zu keiner Verrechnung gekommen ist bei so etwas.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): An welche Personen haben Sie zum Beispiel TV-Geräte geschenkt?

Ing. **Zelniczek:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nennen Sie Personen.

Ing. **Zelniczek:** Nein, ich kann keine Pesonen nennen.

Abg. Dr. **Feuerstein** (ÖVP): Sie kennen keine mehr.

Obmann Dr. **Steger:** Die Antworten etwas lauter und ins Mikrophon, sonst haben Sie nämlich möglicherweise die Schwierigkeit, daß bei einem Wortprotokoll dann etwas anderes steht, als Sie gemeint haben!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die letzte Frage in diesem Zusammenhang mit diesen Provisionen, die Sie außerhalb bezahlen mußten: Haben Sie Ihrer Partei, der Sie ja so lange angehört haben, irgendwelche größere persönliche Spenden zukommen lassen?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe, wie es üblich ist, wenn eine Einladung zur Spende gekommen ist zu irgendwelchen Anlässen: Wahlspende, Bundespräsidentenwahl et cetera, mein Scherflein beigetragen. Das war alles.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welcher Größenordnung hat sich das bewegt?

Ing. **Zelniczek:** Soviel ich mich erinnern kann, dürften das meistens nur dreistellige Beträge — ich glaube kaum, daß ich einmal über 1 000 S gegeben habe. Aber das ist, glaube ich ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Ingenieur! Bitte: Ich habe den Eindruck, daß Sie schon wieder sich selbst widersprochen haben. Sie haben jetzt dem Abg. Feurstein und auch schon vorher — nein, vor allem dem Kollegen Kapaun mit bezaubernder Offenherzigkeit gesagt, die Leistung der Firma PLANTECH beziehungsweise GEPROMA war das Verschaffen des Auftrags. Das kam heraus, das glauben wir Ihnen, das ist ja genau das, was wir alle wissen und hören wollen. Aber vormittag sind Sie gefragt worden: Wer hätte denn eigentlich die Unterlagen über die PLANTECH-Leistungen? Wer könnte die darlegen? — Und da haben Sie gesagt: Ein anderer Ing. Mayer, nämlich nicht der Generaldirektor. Da sehe ich einen Widerspruch. Klären Sie den einmal, bitte, auf.

Ing. **Zelniczek:** Nein. Das waren die Leistungen in bezug auf die Containertransportanlage. Denn dieser Ing. Mayer, nicht der Generaldirektor, der hat von uns intensiv mitgearbeitet, weil er die Montage dieser Anlage zu leiten hatte und dadurch natürlich einen näheren Kontakt mit den Deutschen hat. Ob er tatsächlich das weiß oder nicht, kann ich nicht beurteilen. Aber das war der Mann, der am nächsten an dem Geschäft dran war.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Sie haben auf die Frage des Abg. Feurstein geantwortet, daß Sie auch in anderen Fällen nichts von Provisionsgeschäften Ihrer Firma wissen. Haben Sie sich auch nicht, wie Sie gesagt haben, anonymer einflußreicher Persönlichkeiten bei anderen Geschäften bedient?

Ing. **Zelniczek:** Was soll das heißen, oder wie soll das vor sich ...

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Dasselbe wie vorhin. Vorhin haben Sie die anonymen, unbekannten, aber einflußreichen Persönlichkeiten verwendet, benützt und für sie sogar bezahlt. Jetzt frage ich Sie: Haben Sie unbezahlt oder auch bezahlt bei anderen Geschäften derartige Persönlichkeiten, die Ihnen nicht bekannt sind, eingesetzt?

Ing. **Zelniczek:** Also ich habe keine unbekannten Persönlichkeiten mit Ausnahme des Geschäfts GEPROMA und so weiter bezahlt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ist Ihnen aus Ihrem Firmenbereich etwas bekannt diesbezüglich?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wie war das mit dem Zahlungsplan an GEPROMA und PLANTECH? Sind diese Zahlungen, die Sie zu leisten hatten, nach einem Zahlungsplan, der von PLANTECH und GEPROMA Ihnen vorgeschrieben wurde, erfolgt?

Ing. **Zelniczek:** Ja. Ich könnte Ihnen aber jetzt nicht sagen, wie das im Detail war. Das war ein Teil bei Auftragserteilung, ein Teil bei

Bezahlung einer Teilrechnung und ein Teil bei der Schlußrechnung.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Und ist es richtig, daß eigentlich sehr unmittelbar die Leistungsvorschreibungen gekommen sind von GEPROMA und PLANTECH jeweils, wenn Teilzahlungen zum Beispiel vom AKH oder von der IAKW an die Firma ITT erfolgt sind? Also daß direkt relativ unmittelbar darauf — das würde auch einiges erklären von dem, was der Abg. Feurstein gefragt hat —, daß eigentlich sehr schnell dann die Zahlungsvorschreibungen gekommen sind?

Ing. **Zelniczek:** Ich kann das aus der Erinnerung nicht sagen, ob das knapp war oder nicht knapp war. Aber ich denke schon, also es hat nicht allzulang gedauert. Wir haben den Auftrag bekommen, dann ist vielleicht einen Monat später oder wann die Vorschreibung gekommen für den ersten Teil und eine Teilrechnung. Das hat sich so in Abständen von einigen Wochen abgespielt.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Hat sich das schriftlich abgespielt oder auch mündlich zwischendurch vom Winter, der Ihnen gesagt hat: Passen Sie auf, nächste Woche kommt eine Rechnung?

Ing. **Zelniczek:** Nein. Das ist schriftlich gekommen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Nur schriftlich.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Ingenieur, von wem hatten Sie den konkreten Auftrag, an GEPROMA oder PLANTECH zu leisten?

Ing. **Zelniczek:** Wie meinen ...

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Haben Sie einen konkreten Auftrag gehabt, an GEPROMA oder PLANTECH eine Leistung zu erbringen? Von einem Vorgesetzten?

Ing. **Zelniczek:** Nein, wir haben einen konkreten Auftrag gehabt, beziehungsweise meine Vorgesetzten haben festgelegt, daß wir mit PLANTECH beziehungsweise GEPROMA diesen Vertrag abschließen. Und damit war eigentlich alles weitere klar. Damit haben wir ja nicht für jede einzelne Leistung, die daraus resultiert, eigentlich einen besonderen Auftrag gebraucht. Abgesehen davon, daß ja meine Vorgesetzten das sowieso akzeptiert haben. Durch die Weiterleitung.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Das war sozusagen ein Generalauftrag?

Ing. **Zelniczek:** Das war generell. Nachdem wir festgelegt haben, wir arbeiten mit PLANTECH und GEPROMA, war ja das erledigt damit.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, wie gut haben Sie denn den Dipl.-Ing. Winter gekannt? Sie sagen: Ein- bis zweimal waren Sie mit ihm beim Heurigen.

Ing. **Zelniczek:** Pro Jahr, habe ich gesagt.

Obmann Dr. **Steger:** Er hat angegeben, daß das letztemal, als er mit seinem Auto gefahren ist, Sie dabei waren, wie er es eingeparkt hat in der Nähe der Nußdorfer Straße. Wissen Sie darüber etwas?

Ing. **Zelniczek:** Ich kann das nicht sagen, denn ich bin hingekommen, da ist er, glaube ich, schon drinnen gesessen, und ich bin weggegangen zu meinem Wagen. Vielleicht — ich kann nicht sagen, ich habe ihn nicht gesehen, ob er mit seinem Auto gefahren ist oder nicht gefahren ist, bin ich überfragt. Ich habe es nicht gesehen. Ich habe es nicht bewußt gesehen, sagen wir so.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben noch daran Erinnerung, daß so etwas gewesen ist, oder wie? — Sie haben noch daran Erinnerung, daß so etwas gewesen ist, heißt das?

Ing. **Zelniczek:** Nein. Ich sage, ich kann mich nicht erinnern, ob er in sein Auto eingestiegen ist oder nicht, oder ob ich sein Auto gesehen habe.

Obmann Dr. **Steger:** An was können Sie sich dann überhaupt erinnern?

Ing. **Zelniczek:** Na, daß ich mit ihm im Kaffeehaus gesessen bin.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt hat der Vorhalt gerade geheißen, daß er angibt, das letztemal, als er mit seinem Auto fuhr und es dann stehen ließ, war er mit Ihnen zusammen. Wieso wissen Sie jetzt überhaupt, von welchem Vorfall ich rede, wenn Sie sein Auto nicht gesehen haben, nicht gesehen haben, ob er eingestiegen ist, nicht gesehen haben, ob er dort geparkt hat?

Ing. **Zelniczek:** Na, Sie haben ja gesagt ...

Obmann Dr. **Steger:** ... überhaupt etwas, von dem Sie eigentlich nichts wissen, wie Sie dann im Nachhang ...

Ing. **Zelniczek:** Die Untersuchungsrichterin hat mich genau dasselbe gefragt, ob ich beim letzten Zusammen dem Winter sein Auto gesehen habe. Habe ich gesagt: Ich kann mich nicht erinnern, denn ich bin drinnen gesessen im Kaffeehaus, oder er ist drinnen gesessen, ich weiß das nicht genau, bin dazu gekommen, und wir haben uns beim Kaffeehaustisch wieder verabschiedet.

Also mag sein, daß er dann zum Auto gegangen ist, und ich hätte sehen können, wenn ich geschaut hätte. Aber ich bin zu meinem Auto

324 von 382Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

gegangen, das vielleicht woanders gestanden ist.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt auch, Sie bestätigen es lieber zur Sicherheit so halb und halb, aber auch nicht wieder ganz.

Ing. **Zelniczek:** „Halb und halb", das schaut alles — jede einzelne Aussage, die man macht, wird eigentlich so umgedreht, wie wenn man ununterbrochen mit dem Notizblock herumgeht und alles präzise notiert. Das kommt mir überhaupt, die ganze ...

Obmann Dr. **Steger:** ... im großen. Dann frage ich Sie etwas im großen, etwas Einfacheres.

Sie haben also da eine Aufstellung: Projekt IAKW und Projekt AKH. Mit den verschiedensten Aufträgen. Ab wann, bei welchem Auftrag bei all diesen Aufträgen, hat es mit GEPROMA und PLANTECH eine Zusammenarbeit gegeben, also eine Provisionszahlung, wenn er zustande kommt, der Auftrag? So haben Sie es uns ja heute hier auch formuliert. Es war kein Risiko, denn nur wenn es zustande kommt, gibt es eine Zahlung.

Bei welchem Auftrag war Ihnen erstmals klar, daß das eine reine Provisionszahlung ist? — Das ist eine generelle Frage. Da brauchen Sie jetzt nicht im Detail zu sagen, wie Sie dort und da gesessen sind, sondern bei welchem dieser Großaufträge war Ihnen das plötzlich bewußt, daß Sie damit eigentlich das machen, wie unter Kaufleuten halt oft eine Provisionsvereinbarung mit jemandem geschlossen wird dafür, daß man auch einen Auftrag kriegt, daß er mithilft, daß man einen Auftrag kriegt?

Ing. **Zelniczek:** Wann? Sie meinen jetzt ein Jahr, oder wann das war oder irgendwann ...

Obmann Dr. **Steger:** Soll ich Ihnen alle vorlesen?

Zuerst einmal Telephonanlage IAKW. Gebäudeautomation ...

Sagen Sie nur ja oder nein: Telephonanlage IAKW, Hauptauftrag 4. September 1974.

Ing. **Zelniczek:** Da war es schon ungefähr klar.

Obmann Dr. **Steger:** Da war es Ihnen schon klar. Gebäudeautomationsanlage IAKW, zusammen mit BBC, Hauptauftrag 16. 11. 1977.

Ing. **Zelniczek:** Da war ...

Obmann Dr. **Steger:** Ja, ist eh klar. Ich frage Sie trotzdem einzeln jetzt. Sie sagen immer: War klar oder war nicht klar.

Regeltechnische Anlagen, ITT allein, Hauptauftrag 2. 6. 1976.

Ing. **Zelniczek:** War klar.

Obmann Dr. **Steger:** Ihr Nicken kriegen wir schwer ins Protokoll.

Ing. **Zelniczek:** Ja, ja, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Also war Ihnen klar: Provisionsauftrag. Projekt AKH: Telephonanlage, 9. 5. 1977 Hauptauftrag.

Ing. **Zelniczek:** Ja, das war ein Nachtragsauftrag, glaube ich, von dem ursprünglichen.

Obmann Dr. **Steger:** 70 Millionen Schilling, plus 4 Nachträge. Also Hauptauftrag ... Der Beginn der Arbeit ist ja erst Februar 1980. Das ist relativ spät. Das war auch klar.

Ing. **Zelniczek:** Ja. Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Gebäudeautomationsanlage, Hauptauftrag 30. 1. 1978, plus 2 Nachträge 1980, 33 Millionen.

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** War Ihnen klar?

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Container-Transportanlage — da haben Sie uns heute schon mehr erzählt, Hauptauftrag SEL, 31. 10. 1974, plus 10 Nachträge, rund 190 Millionen Schilling.

Ing. **Zelniczek:** Da war es nicht klar.

Obmann Dr. **Steger:** Da war es Ihnen noch nicht klar.

Montage-Hauptauftrag ITT Austria, 4. 11. 1974, plus 6 Nachträge, 42 Millionen Schilling, an Wertheim weitergegeben.

Ing. **Zelniczek:** Das war nicht klar da.

Obmann Dr. **Steger:** Da war es Ihnen nicht klar. Also praktisch bei diesem Bereich 190 Millionen und 42 Millionen, Auftrag an Standard Electric Lorenz und der Auftrag ITT, dann weitergegeben an Wertheim, da haben Sie noch gerechnet mit einer echten Mitarbeit bei Planungsunterlagen?

Ing. **Zelniczek:** Ja. Ja. Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Konnten Sie eine Mitarbeit bei Planungsunterlagen, also eine echte Mitarbeit, eine Nichtprovisionsvergabe, konnten Sie das im Rahmen Ihrer Abteilung entscheiden? *(Zwischenruf.)* Verkaufsabteilung, möchte ich es noch einmal präzisieren. Wir haben uns in der vorigen Runde darüber unterhalten. Konnten das Sie in der Verkaufsabteilung entscheiden, eine Mitarbeit bei Planungsunterlagen, eine Beauftragung bei Planungsunterlagen?

Ing. **Zelniczek:** In bezug auf die Container-Transportanlage konnte ich es nicht, weil ja da eine andere Firma federführend war, da habe ich es auch nicht getan, in puncto Telephonanlage hätten natürlich bei echten Planungsleistungen, die gekommen wären, noch technische Abteilungen bei uns eingeschaltet werden müssen.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt jetzt, Sie waren da nicht genug involviert, es ist nicht sosehr über Sie gelaufen, meinen Sie, aber wenn es eine echte Planungssache gewesen wäre, wäre es auch nicht über Sie gegangen als Verkaufsabteilung.

Ing. **Zelniczek:** Über mich, aber weiter zur Begutachtung.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie es weitergegeben?

Ing. **Zelniczek:** Wir haben ja in dem Fall, was wir gehabt haben, keine Planungsunterlagen bekommen.

Obmann Dr. **Steger:** Aber Sie haben ja den Auftrag fix abgeschlossen und dann weitergegeben?

Ing. **Zelniczek:** Den Auftrag, ja. Auf die ...

Obmann Dr. **Steger:** Abgeschlossen.

Ing. **Zelniczek:** ... Unterstützung.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben ja auch vorher fix abgeschlossen, daß die Planungsleistungen machen. Das ist ja vorher abgeschlossen worden, bevor Sie den Auftrag fix abgeschlossen und weitergegeben haben. Haben Sie da eine technische Abteilung mit eingeschlossen?

Ing. **Zelniczek:** Nein. Da habe ich keine eingeschlossen.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie nicht.

Durften Sie fix abschließen, ohne eine technische Abteilung mit einzuschließen?

Ing. **Zelniczek:** Ich allein nicht ...

Obmann Dr. **Steger:** Als Verkaufsabteilung.

Ing. **Zelniczek:** Als gesamten ...,

Obmann Dr. **Steger:** Als Verkausabteilung.

Ing. **Zelniczek:** Einschließlich Vorstand. Natürlich.

Obmann Dr. **Steger:** Einschließlich Vorstand.

Aus wem war der Vorstand zusammengesetzt?

Ing. **Zelniczek:** Damals haben wir in dieser Angelegenheit, immer wieder dasselbe, den Herrn Hainisch und Herrn Dr. Rose beziehungsweise Dr. Berger.

Obmann Dr. **Steger:** Mit denen haben Sie geredet.

Und wer war der Gesamtvorstand?

Ing. **Zelniczek:** Es war damals noch der Generaldirektor Mayer und ...

Obmann Dr. **Steger:** Und jetzt sagen Sie mir gerade, das geht dann, wenn der Vorstand zustimmt. Wieso sind Sie dann so sicher, daß gerade ein Vorstandsmitglied nichts davon gewußt hat?

Ing. **Zelniczek:** Ich weiß nicht. Das habe ich nicht gesagt, daß ich sicher bin, daß einer nichts weiß.

Obmann Dr. **Steger:** Entschuldigen, da habe ich Ihnen einen falschen Vorhalt gemacht, da habe ich das vorher mißverstanden, ich wollte Ihnen keinen falschen machen.

Das heißt also, darüber können Sie nichts sagen, ob jetzt das alle Vorstandsmitglieder gewußt haben oder nicht?

Ing. **Zelniczek:** Das kann ich nicht sagen, denn bei Vorstandssitzungen bin ich nicht dabei, ich bin nicht im Vorstand.

Obmann Dr. **Steger:** Wer mußte zustimmen, damit Sie die Zahlungsanweisung in Auftrag geben? Wer mußte dazu zustimmen, bei Ihnen hausintern?

Ing. **Zelniczek:** Mein Chef.

Obmann Dr. **Steger:** Der direkte Chef.

Ing. **Zelniczek:** Der direkte Chef.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt haben wir gerade herausgearbeitet, daß der Vorstand zustimmen mußte, wenn solche Aufträge gegeben wurden, ohne daß es an die technische Abteilung weitergegangen ist. Das ist ja ziemlich klar herausgekommen.

Der Vorstand als Ganzes, oder wer? Wie hat Ihr Chef das erfahren? Ihr Chef ist ja nicht Vorstandsmitglied?

Ing. **Zelniczek:** O ja, natürlich.

Obmann Dr. **Steger:** Welcher ist das?

Ing. **Zelniczek:** Der Hainisch war das.

Obmann Dr. **Steger:** Der Hainisch war Ihr persönlicher Chef?

Ing. **Zelniczek:** Ja, der war damals der Vertriebschef und im Vorstand.

Obmann Dr. **Steger:** Wissen Sie was darüber: Brauchte der Hainisch eine Zustimmung? Er war ja nur Abteilungsvorstandsmann, aber nicht für den gesamten Bereich. Es gibt ja bei Ihnen offensichtlich ein Abteilungssystem.

Ing. **Zelniczek:** Er war Vorstand für Vertrieb und Technik, glaube ich, aber das müßte man in einem alten Organisationsplan nachschauen, das hat sich bei uns leider öfter gewandelt.

Obmann Dr. **Steger:** Folgendes, Herr Zeuge. Es gibt bei der Firma ITT seit den Chile-Vorgängen eine generelle Anordnung, und zwar international, daß keine Bestechungsgelder bezahlt werden dürfen ohne internationale Genehmigung. Ist Ihnen das bekannt?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe gehört davon, ja, da ist ...

Obmann Dr. **Steger:** Ja. Wann und wie haben Sie davon gehört?

Ing. **Zelniczek:** Ich kann mich nicht erinnern. Es wurde mir von meinem Chef einmal gesagt, daß der Vorstand etwas unterschreiben muß, ein Wohlverhaltenspapier oder wie das ähnlich genannt wird.

Obmann Dr. **Steger:** Vor wieviel Jahren ungefähr? Ich will Sie nicht im Detail festlegen. Aber war das jetzt oder war das vor fünf Jahren oder vor zehn Jahren?

Ing. **Zelniczek:** Das war schon länger. Es ist einige Jahre her.

Obmann Dr. **Steger:** Vor diesen Vorfällen?

Ing. **Zelniczek:** Ich weiß nicht, die Vorfälle, wenn wir davon reden, das geht ja von 1972 bis ...

Obmann Dr. **Steger:** Die ich Ihnen gerade vorgelesen habe. Das beginnt 1974.

Ing. **Zelniczek:** Das wird, glaube ich, nachher gewesen sein.

Obmann Dr. **Steger:** Was war jetzt nachher: Das Unterschreiben des Papiers?

Ing. **Zelniczek:** Ja. Aber bitte, ich glaube, da bin ich inkompetent, denn ich habe es nicht zu unterschreiben gehabt, und ich weiß das nicht genau. Da sind andere Herren ...

Obmann Dr. **Steger:** Mitgeteilt worden muß das Ihnen ja sein. Wenn Sie entscheiden können, daß Provisionsverträge gemacht werden, dann müssen Sie es ja wissen. Sonst läuft es ja trotzdem, und der Vorstand hat es unterschrieben. Verstehen Sie, der Vorstand muß Ihnen doch mitteilen, daß er da etwas unterschrieben hat, denn sonst machen Sie es ja trotzdem, und der Vorstand haftet dafür, daß es nicht so ist.

Ing. **Zelniczek:** Aber das heißt ja nicht, daß Provisionsverträge nicht gemacht werden dürfen.

Obmann Dr. **Steger:** Sondern?

Ing. **Zelniczek:** Daß Bestechungsgelder nicht bezahlt werden dürfen.

Obmann Dr. **Steger:** Können Sie mir jetzt diesen Unterschied erklären, ein bißchen erläutern. Was ist der Unterschied zwischen einem Provisionsvertrag, wenn er mit einem Beamten zum Beispiel gemacht wird oder mit einem Auftragvergeber für die öffentliche Hand, mit dem Herrn Winter, und einem Bestechungsgeld?

Ing. **Zelniczek:** Es war ja nicht so klar auf der Hand. Es war eine Firma als Vis-à-vis, als Provisionsnehmer.

Obmann Dr. **Steger:** Also Sie meinen, wenn es klar gewesen wäre, dann hätte es auch nicht gemacht werden dürfen nach dieser internen Anweisung.

Ing. **Zelniczek:** Sicherlich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Sicherlich nicht, sagen Sie. Gut.

Also daher mußte der Vorstand ja Ihnen zur Kenntnis bringen, daß so etwas nicht sein darf. Daß er das unterschrieben hat, haben Sie ja gerade gesagt: Ist Ihnen zur Kenntnis gebracht worden.

Ing. **Zelniczek:** Ja, ich habe das einmal gehört.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt also, es läuft sehr wohl über den Vorstand bis zu Ihnen. Und wenn es jetzt doch gemacht wird, dann können Sie das allein machen, ohne daß Sie das dem Vorstand bekanntgeben?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe ja nichts allein gemacht!

Obmann Dr. **Steger:** Sie waren dabei. Sie haben dann abgeschlossen mit PLANTECH.

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Sie meinen jetzt, dadurch, daß es Hainisch gewußt hat, hat es der Vorstand gewußt?

Ing. **Zelniczek:** Er war ja Vorstand.

Obmann Dr. **Steger:** Das war für Sie die Vorstandsinformation?

Ing. **Zelniczek:** Das war die Vorstandsinformation. Ich habe keine andere Möglichkeit gehabt.

Obmann Dr. **Steger:** Sie glauben, der hat das dann isoliert gemacht?

Ing. **Zelniczek:** Das habe ich nicht gesagt. Das weiß ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, zu dem Themenkreis, der mich auch bewegt. Hier steht,

daß Ihnen der Dr. Böck empfohlen hat, ebenso wie vorher Hainisch und Rose, nur das zu sagen, was beweisbar ist. Also das, was ich beweisen kann und was mir das Gericht nachweisen kann.

Ing. **Zelniczek:** Das habe ich nicht gesagt. Das ist mir in den Mund gelegt worden. Das habe ich nicht gesagt.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist der letzte Satz, bevor Ihre Unterschrift drauf ist. Ist Ihnen das auch in den Mund gelegt worden?

Ing. **Zelniczek:** Ich glaube also, daß das Gericht beweisen kann, was man beweisen kann. Und das ist so formuliert worden. Ich muß dazu sagen, das ...

Obmann Dr. **Steger:** Wen haben Sie gemeint mit „was man beweisen kann"?

Ing. **Zelniczek:** Was selbst man beweisen kann. Wenn ich jetzt behaupte und sage: Sie, ich habe von dem Herrn das und das bekommen oder das und das ihm gegeben, und der sagt dann nachher nein, dann stehe ich allein da. Also sage ich das nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Sie meinen, hier ist Ihnen gesagt worden, nur was Sie beweisen können?

Ing. **Zelniczek:** Wo es Unterlagen gibt, und was man beweisen kann.

Obmann Dr. **Steger:** Wo es Unterlagen gibt, und wo Sie das beweisen können, dort sollen Sie es sagen. So ungefähr.

Ing. **Zelniczek:** So ungefähr.

Obmann Dr. **Steger:** Und diesen Halbsatz: „Und was das Gericht beweisen kann", das nehmen Sie zurück?

Ing. **Zelniczek:** Das ist nie so gemeint gewesen.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist nie so gemeint gewesen.

Und was heißt dieser Beisatz: Ebenso wie vorher Hainisch und Rose. Die haben das auch zu Ihnen gesagt, oder denen ist es auch gesagt worden?

Ing. **Zelniczek:** Nein. Wir haben mit Herrn Hainisch und mit Herrn Dr. Rose vorher darüber gesprochen, was man dazu sagen kann und welche Angaben man gibt. Da haben wir ungefähr dasselbe gesagt: Na ja, gut, wo wir Unterlagen haben, dazu können wir reden.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt, Sie zu dritt intern oder mit dem Dr. Böck bereits?

Ing. **Zelniczek:** Nein, da war der Dr. Böck nicht dabei. Das war ein getrenntes Gespräch mit Herrn Hainisch und ein getrenntes Gespräch mit Rose.

Obmann Dr. **Steger:** Einmal war es beim Dr. Böck so, daß da besprochen wurde, immer nur etwas zu sagen, wo es auch Unterlagen gibt, und wo man es beweisen kann, und ein anderes Mal hat es dieses Dreiergespräch gegeben.

Ing. **Zelniczek:** Das war kein Dreiergespräch. Es war ein Alleingespräch mit Herrn Dr. ...

Obmann Dr. **Steger:** Einmal mit dem Hainisch und einmal mit dem Dr. Rose.

Ing. **Zelniczek:** Dr. Rose, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Also insgesamt waren es drei Gespräche, wo immer wieder dann als Sukkus festgehalten wurde, man soll nur etwas angeben, was man beweisen kann.

Ing. **Zelniczek:** So ungefähr, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Ist das richtig?

Ing. **Zelniczek:** Jawohl.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ist es nicht so — der Dr. Böck ist ja der Firmenanwalt von ITT —, daß da ein Gespräch war auf Betreiben der Firma zwischen Dr. Böck und den verantwortlichen Herren, um im Interesse der Firma gewisse Dinge aufzuklären, wo Sie nicht dabei waren?

Ing. **Zelniczek:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Und dann sind Sie auf Betreiben der Firma zu Dr. Böck geschickt worden.

Ing. **Zelniczek:** Ja, ich war dann ...

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Sie sind von der Firma zu Dr. Böck geschickt worden, der Sie dann im Auftrag der Firma gefragt hat, wie die Dinge stehen.

Ing. **Zelniczek:** Jawohl, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen bekannt, daß die deutschen ITT-Firmen — welche auch immer — die Provisionen, die sie an PLANTECH und GEPROMA bezahlen haben müssen, der ITT Austria zurückverrechnet haben?

Ing. **Zelniczek:** Das weiß ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Das hören Sie jetzt zum ersten Mal.

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Wissen Sie etwas über direkte Gespräche zwischen Herrn Generaldirektor Hainisch und Herrn Winter?

Ing. **Zelniczek:** Ich war bei keinem Gespräch, glaube ich, dabei. Aber es war sicherlich der Herr Winter einmal im Hause ganz am Anfang und hat, glaube ich, mit Herrn Hainisch gesprochen. Also da hat es einen erstmaligen Kontakt gegeben damals. Es kann auch sein, daß anläßlich einer Führung durch das AKH, glaube ich, der Winter dabei war und der Hainisch da dabei war, aber das war im größeren Kreis.

Obmann Dr. **Steger:** Das war noch zu dem Zeitpunkt, wie der Herr Dipl.-Ing. Hainisch noch nicht Generaldirektor war?

Ing. **Zelniczek:** Wahrscheinlich, ja. Ich glaube, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Hat es ein Gespräch Dr. Berger/Winter gegeben?

Ing. **Zelniczek:** Ich glaube, ja. Gleich am Anfang, also wie überhaupt der Vertrag gemacht wurde.

Obmann Dr. **Steger:** Was ist „am Anfang"?

Ing. **Zelniczek:** Gleich im Jahre 1972. Ich glaube, 1972 war das. Da ist der Winter ins Haus gekommen, war bei mir und hat dann mit Dr. Berger gesprochen, und ich glaube, von ihm ist er dann zum Hainisch gegangen.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt wäre die logische nächste Frage: Wer hat dann mit SEL Stuttgart gesprochen? Wer hat denen gesagt, daß das sinnvoll ist, diese PLANTECH? War es damals PLANTECH, war es GEPROMA?

Ing. **Zelniczek:** PLANTECH.

Obmann Dr. **Steger:** Jedenfalls diese Vereinbarung.

Ing. **Zelniczek:** Das war eigentlich ... Schriftlich ist das herausgekommen. Dann war der Dr. Adels einmal in Wien und hat eigentlich nur ganz kurz, ich kann mich gar nicht erinnern, ich glaube, er wird mit mir gesprochen haben, und hat dann, soviel ich mich erinnern kann, mit Dipl.-Ing. Hainisch gesprochen.

Obmann Dr. **Steger:** Mit Ihnen. Was haben Sie ihm da gesagt? Haben Sie ihm da gesagt: Das ist eine Planungsfirma, eine großartige, die ich kenne?

Ing. **Zelniczek:** Nein. Gar nichts.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn wir die mit hineinnehmen, können wir das Geschäft machen?

Ing. **Zelniczek:** Er hat zu diesem Zeitpunkt ja schon ein Gespräch geführt gehabt, glaube ich, auch schon mit Winter. Der war überhaupt ... Ich muß ehrlich sagen, ich weiß heute gar nicht, ob ich tatsächlich mit dem Adels gesprochen habe. Dr. Adels war ein hoher Herr, der hat eh nicht mit jedem gesprochen. Also ich kann mich gar nicht erinnern, hat er wirklich mit uns geredet oder nicht. Aber jedenfalls, er war im Haus einmal, das weiß ich.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen bekannt, daß es täglich eine Sitzung gegeben hat zwischen Hainisch, Berger und Mayer?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen nichts bekannt?

Ing. **Zelniczek:** Eine Postsitzung oder was, nicht?

Obmann Dr. **Steger:** Eine Sitzung. Ich frage, ob Ihnen darüber etwas bekannt ist.

Ing. **Zelniczek:** Nein. Ich weiß nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie es gehört einmal im Haus?

Ing. **Zelniczek:** Daß es eine Postsitzung gibt, weiß ich sehr wohl, aber daß die täglich war, ist mir nicht bekannt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Ingenieur! Sie sind bei einem großen Konzern beschäftigt, Sie haben eine namhafte Stelle dort, Sie haben ein gutes Einkommen, und Sie sind sicherlich auch daran interessiert, diese Position zu behalten. Das ist vollkommen verständlich.

Wenn Sie nun von Ihrer Firma freigesetzt werden würden, wie würde sich dann Ihr Leben gestalten? Haben Sie irgendwelche Sicherheiten? Kriegen Sie eine Pension? Oder wie würde das sein?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe von der Firma einen Pensionsvertrag. Aber wenn Sie den Teufel an die Wand malen, weiß ich nicht, wie der hält, wenn ich freigesetzt werde.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Also haben Sie sicherlich einerseits, weil Sie ja ein treuer Firmenangestellter sind, Interesse, daß diese Firma oder namhafte Persönlichkeiten Ihrer Firma gut dabei herauskommen bei der ganzen Aussage, aber auch daß Sie gut dabei herauskommen. Diesen Eindruck jedenfalls konnte ich bisher gewinnen auf Grund Ihrer mehr als widersprüchlichen Aussage.

Und gehen wir jetzt einmal zu den 400 000 S, zu diesem Fragenkomplex. Wie hat sich denn das abgespielt bei der Frau Untersuchungsrichter?

Ing. **Zelniczek:** Wie meinen Sie das jetzt?

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Mit den 400 000 S.

Ing. **Zelniczek:** Ich weiß nicht. Im Protokoll ... Die Frau Untersuchungsrichter — das

war überhaupt eine sehr emotionelle und turbulente Befragung dort — sagt mir: Na geben Sie doch zu, daß Sie 400 000 S Prämie von der Firma bekommen haben. Ich habe momentan gestutzt und habe dann gesagt: 100 000 S. Ah, sagt sie, 100 000 S haben Sie auch gekriegt.

Darum ist dieses Kuddelmuddel mit den 100 000 S und mit den 400 000 S. Tatsächlich waren es 100 000 S. Ich habe das aber schon vorher von den 100 000 S gesagt und zu den 400 000 S auch ja gesagt. Dadurch ist diese widersprüchliche Aussage. Dadurch bringt man die 100 000 S nicht unter und hat die zerteilt auf zweimal 50 000 S. Derweil habe ich ja eigentlich zweimal 45 000 S gekriegt, und die waren versteuert.

Also das war das Ganze. Das war gar nicht so widersprüchlich, wie Sie sagen, und gar nicht so zauberhaft. Wenn Sie in meiner Lage gewesen wären in dem Streß dort! Ich meine, zu Ihrem Glück waren Sie noch nicht in Untersuchungshaft und in keiner Zelle, da sagen Sie wahrscheinlich auch alles mögliche, nur damit Sie herauskommen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sie haben, als am Vormittag der Vorsitzende Sie zu diesem Themenkreis befragt hat, unter anderem gesagt, Sie haben deshalb mit Ja geantwortet bei den 400 000 S, weil Sie der Ansicht waren, daß sie Ihnen in der Firma etwas Gutes machen wollten, und deswegen haben Sie eben hier zugestimmt. Daraus habe ich auch meine ersten Feststellungen nämlich abgeleitet zu einem wesentlichen Punkt, daß Sie offensichtlich auch Ihre Firma oder namhafte Kräfte in Ihrer Firma schützen oder decken wollen und daß Sie sich hier einfach, jetzt haben Sie etwas von 400 000 S — wenn wir von dem ausgehen, was Sie jetzt gesagt haben — gehört, auf 400 000 S eingestellt haben.

Also bitte, warum haben Sie dann 400 000 S gesagt? Wenn ich nicht 400 000 S bekommen habe, dann ist es für mich sehr schwer erklärlich, auch wenn mir das jemand vorhalten sollte, daß ich dann sage: Ja, das stimmt.

Ing. **Zelniczek:** Sie waren nicht in der Situation. Die Untersuchungsrichterin hat mir eine Menge gesagt und dann gefragt: Warum sagen Sie nicht, daß Sie 400 000 S von der Firma gekriegt haben? Und ich war momentan perplex. Ich weiß nicht, das steht ja alles nicht drinnen. Es steht ja auch leider nicht Anfrage und Antwort drauf. Und ich habe mir gedacht: Wenn das von der Firma jemand ausgesagt hat, sagst ja dazu.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Warum? Warum sagen Sie dann ja dazu? Nur weil es jemand von der Firma ausgesagt hat?

Ing. **Zelniczek:** Keine Ahnung! Da waren drei Sekunden Zeit dazwischen. Ich habe nicht lange nachgedacht.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Gehen wir einmal davon aus, daß das stimmt, was Sie jetzt gesagt haben: Es waren nur drei Sekunden Zeit, Sie haben nicht nachgedacht.

Sie sind aber Tage später, nämlich am 28. 8., nochmals von der Frau Untersuchungsrichter vernommen worden, und da haben Sie ungefähr eine ganze halbe Seite damit zugebracht, zu erzählen, wie das mit den 400 000 S war. Da haben Sie also jetzt Zeit gehabt, tagelang in Untersuchungshaft darüber nachzudenken.

Sie sind jetzt in einem weniger starken Streß gestanden und haben es trotzdem noch einmal ausgeführt. Soll ich es Ihnen vielleicht vorhalten, was Sie da gesagt haben?

Ing. **Zelniczek:** Ich weiß. Ich habe das Ganze gesagt, was praktisch bei den 100 000 S der Fall war.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Glauben Sie, daß die Bonität Ihrer Aussage dadurch steigt oder daß Sie sich oder Ihrer Firma oder Ihrer Zukunft dadurch einen Nutzen machen?

Ing. **Zelniczek:** Ich weiß nicht. Ich habe das zugegeben. „Zugegeben" ist gut: Ich habe „ja" gesagt zu dem, was die Untersuchungsrichterin gesagt hat, und bin ich jetzt dabei geblieben. Das war vielleicht ein Blödsinn oder sonstwas. Aber sehr klar denkt man in der Situation nicht.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Darf ich jetzt noch einmal diesen Fragenkreis Dr. Böck hier anziehen. Wann waren Sie beim Rechtsanwalt Dr. Böck?

Ing. **Zelniczek:** Den Termin und die Daten weiß ich nicht mehr.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Waren Sie dort, bevor Sie das erste Mal bei der Frau Untersuchungsrichter waren?

Ing. **Zelniczek:** Ja, es hat kein zweites Mal gegeben, denn ich bin als Zeuge vorgeladen worden und gleich dabehalten und in Untersuchungshaft genommen worden.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Haben Sie da schon die Zeugenladung gehabt, wie Sie beim Dr. Böck waren?

Ing. **Zelniczek:** Da habe ich schon die Zeugenladung gehabt, ja.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Also Sie waren als Zeuge beim Dr. Böck?

Ing. **Zelniczek:** Ja, mit der Zeugenladung.

330 von 382 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und der Rechtsanwalt Dr. Böck hat Sie als Zeugen belehrt. Das will ich nur festgehalten haben. Sie haben die Zeugenladung gehabt. Er wußte, daß Sie als Zeuge vorgeladen wurden zur Frau Untersuchungsrichter.

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wurden Sie von Ihrer Frau während Ihrer Untersuchungshaft jetzt besucht?

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Hat sie Ihnen eine Information zukommen lassen?

Ing. **Zelniczek:** Das geht dort gar nicht.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Man spricht in Anwesenheit einer Kontrollperson, aber es gibt doch gewisse Möglichkeiten, daß man in Form eines Halbsatzes oder so etwas verpackt, und der andere weiß, worauf es ankommt. Also so werden auch Informationen hinaus- und hereingespielt zum Teil.

Ing. **Zelniczek:** Welche Informationen meinen Sie?

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Hinsichtlich 400 000 S, daß Sie nun möglicherweise eine andere Haltung einnehmen sollen.

Ing. **Zelniczek:** Über die 400 000 S habe ich mit meiner Frau nicht gesprochen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Etwas anderes: Wie Sie das erste Mal vor der Frau Untersuchungsrichter ausgesagt haben, da haben Sie also begonnen, daß Sie Winter ungefähr im Jahr 1970 kennengelernt haben. Dann haben Sie gesagt, daß Winter eine wichtige Person war oder in einer wichtigen Position ist. Und dann ist der Vorhalt gemacht worden, warum er so eine wichtige Position hat. Dann haben Sie gesagt: Er mußte unsere Ideen akzeptieren, wie das Projekt aussehen und durchgeführt werden soll. Warum mußte er die Ideen der Firma ITT akzeptieren?

Ing. **Zelniczek:** Wenn wir zum Zug kommen wollten, mußten, sagen wir, die Ideen unserer Technik, unsere technischen Ideen von ihm akzeptiert werden, denn er war ja der technische Häuptling da in diesem Verein.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und was haben Sie beziehungsweise die Firma gemacht, daß er sie akzeptiert hat?

Ing. **Zelniczek:** Wir haben die ganze Planung und die ganzen Offerte so darauf abgestellt, daß eben das dem entspricht, was sich er vorstellt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und kommen da PLANTECH und GEPROMA mit vor?

Ing. **Zelniczek:** Natürlich.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Das war also auch mit eingebaut?

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Damit er es akzeptiert?

Ing. **Zelniczek:** Damit das dem entspricht, was er sich auf der anderen Seite als Chef der AKPE — oder damals war er es noch nicht — vorstellt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sie haben auf die Frage des Kollegen Kapaun gesagt, Sie waren der Meinung, PLANTECH und GEPROMA kennen den Weltmarkt, die Firma ITT kennt das also nicht in diesen Fragen, mit denen Sie zu tun gehabt haben zu dieser Zeit, und deshalb war für Sie dieser Kontakt anfänglich so wichtig.

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Haben Sie sich nicht erkundigt, wenn sich jetzt eine Firma plötzlich meldet: Wer ist PLANTECH, wer ist GEPROMA? Denn die ITT ist ja auch nicht irgendwer. Da wird man also wohl Möglichkeiten haben, wenn eine seriöse Firma am Markt auftritt, daß man hier Erkundigungen einzieht. Ich glaube, das ist ja wohl im Geschäftsleben so üblich.

Ing. **Zelniczek:** Ja, sicher.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und ist das geschehen oder nicht geschehen?

Ing. **Zelniczek:** Wir haben ein Offert bekommen von der PLANTECH, wo sie uns mitteilt, daß sie weltweite Erfahrung hat auf diesem Gebiet der Containerförderer und so weiter. Das haben wir jetzt bekommen, haben wir weitergegeben an die zuständigen Fachleute unseres Konzerns, die SEL, und die haben dann dazu ja gesagt. Also das ist außer meiner Einflußsphäre gelegen — das haben wir heute schon gesagt —, ob ich das kontrolliere oder nicht kontrolliere, daß die Firma eine Bonität hat oder nicht.

Und außerdem, es gibt doch auch, glaube ich, Briefkastenfirmen, wenn wir es so nennen wollen, wo tatsächlich Ingenieurbüros dahinterstehen, die die ganze Briefkastenfirma nur dazu verwenden, um steuerlich besser auszusteigen.

Obmann Dr. **Steger:** Entschuldigen, darf ich da einen kleinen Satz dazwischen sagen.

Aber dann müßte es ja im Sinne der ITT sein, daß sie steuerlich besser heraussteigen

will. Wer sonst soll steuerlich besser heraussteigen, wenn man nach Liechtenstein zahlt?

Ing. **Zelniczek:** Die Firma. Also die Leute, die über diese Firma arbeiten, daß sie steuerlich besser aussteigen.

Obmann Dr. **Steger:** Noch einmal: Die kriegen ja ein Geld, das sie nicht haben, das sie erst dadurch kriegen.

Ing. **Zelniczek:** Ich verstehe Ihre Frage nicht. Wie meinen Sie das?

Obmann Dr. **Steger:** Ich habe Ihre Antwort nicht verstanden. Wer soll steuerlich besser heraussteigen? Oder haben Sie gemeint, der Herr Winter steigt steuerlich besser heraus, indem er in Österreich gar nichts versteuert?

Ing. **Zelniczek:** Ich sage: Es gibt doch auch Briefkastenfirmen, hinter denen tatsächlich irgendwelche tatsächliche Firmen, Planungsfirmen oder sonstwas, stehen, aber die die Leistungen über Liechtenstein fakturieren, damit sie besser steuerlich aussteigen.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben uns ja schon erzählt, daß Sie gewußt haben, daß der Herr Winter dahintersteht, unter anderem.

Ing. **Zelniczek:** Unter anderem, ja, sicherlich.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sie haben heute vormittag, als die Frage gestellt wurde oder als Sie uns berichtet haben, daß Sie dann die Post hinausgeleitet haben nach Deutschland, gesagt, Sie haben auch einen Brief dazu geschrieben, damit diese Sache an die richtigen Leute kommt. Im gegenwärtigen Fragenkomplex ist „richtige Leute" ein bissel zweideutig.

Ing. **Zelniczek:** An die richtige Abteilung. Die SEL ist ja groß, da sind 40 000 Leute.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sind das nicht Leute, die schon Erfahrung mit Schmiergeld gehabt haben oder ähnlichem?

Ing. **Zelniczek:** Aber nein. Es wird hier dargestellt, wie wenn wir routinierte Schmiergeldzahler wären. Wir haben in unserem Leben so etwas nie gemacht, das ganze. Also daß wir da hereingekommen sind: So viel Haare wir am Kopf haben, tut das jedem leid. Und wenn wir die ganzen Aufträge nicht gekriegt hätten. Ich meine, das ist doch klar.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wann ist Ihnen dann klar geworden, wenn Sie das zeitlich doch irgendwie einreihen können, daß hinter GEPROMA, hinter PLANTECH Winter steht oder zumindest ein führender Mann ist.

Ing. **Zelniczek:** Daß er Mitarbeiter bei der GEPROMA ist, das war ziemlich am Anfang klar. Das haben wir ja schon erwähnt. Und daß Leistungen hier kommen: Herr Dr. Steger hat mich ja gefragt, ab welchem Zeitpunkt wir — keine äquivalente greifbare Leistung, wenn man nicht den Auftrag als Leistung bezeichnen will, für uns war der Auftrag ja auch etwas ganz Schönes — das gewußt haben.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wissen Sie, wenn so viel Geld bezahlt wurde als Schmiergeld wie im gegenständlichen Fall, dann muß es doch einer Firma wie ITT irgendwie einmal ein bißchen komisch erscheinen, daß dieses Geld ein Winter bekommt. Wer ist ein Dipl.-Ing. Winter in bezug zur ITT?

Ing. **Zelniczek:** Ich möchte nur sagen: Das haben wir eigentlich bis zum Schluß nicht gewußt — ich weiß es ja heute noch nicht, ob es wahr ist —, daß das nur Winter ist, sondern daß der Winter dabei war. Das war nicht so sicher: Jetzt geben wir einem Mann das Geld.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Diese Frage sollte ja dahin abzielen: Wer steht hinter Winter? Wissen Sie es? Haben Sie eine Vermutung?

Ing. **Zelniczek:** Absolut nicht.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Irgendwelche Hinweise?

Ing. **Zelniczek:** Absolut nicht.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wer hat denn diesen Vertrag abgeschlossen? Ich meine, wer hat von seiten der ITT die Unterschrift auf den Vertrag gesetzt, der mit PLANTECH und GEPROMA abgeschlossen wurde?

Ing. **Zelniczek:** Das kann ich Ihnen heute nicht mehr sagen. Sicher war es einer, der unterschrieben hat mit — ich. Aber ich kann allein nicht unterschreiben. Als zweiter hat mit großer Wahrscheinlichkeit der Herr Direktor Hainisch unterschrieben. Aber diese Unterlagen ... Ich glaube, Sie haben ja die ganze Korrespondenz von der GEPROMA, PLANTECH, das muß ja da sein.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und wer hat von der Firma PLANTECH und GEPROMA unterschrieben?

Ing. **Zelniczek:** Ich kann mich nicht erinnern. Aber das waren unleserliche Kraxeln, die da drunter waren.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wie wird denn so ein Vertrag abgeschlossen? Wird der per Brief abgeschlossen? Sie schicken das irgendeiner Briefkastenfirma hin, und die unterschreibt?

Ing. **Zelniczek:** In dem Fall ja.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ist das die übliche Form, wie ITT Verträge abschließt?

332 von 382Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Ing. **Zelniczek:** Wir haben überhaupt keine Verträge in dieser Form jemals noch abgeschlossen außer dem einen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Welche Prüfungen stellt Ihre Firma an, bevor sie mit irgendeiner Firma eine vertragliche Bindung eingeht?

Ing. **Zelniczek:** Ja, das kommt auf das Objekt an, um das es überhaupt geht bei dem Vertrag.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Was ist die Minimalprüfung?

Ing. **Zelniczek:** Ich meine, ganz simpel gesagt, das Wesen der Prüfung ist: Kann der Endzweck dieses Vertrages erreicht werden? Wir haben einen Vertrag bekommen, wo wir zu bezahlen haben, wenn der Auftrag im Hause ist. Infolgedessen war der gar nicht, weiß ich, wie riskant für uns. Wenn das Ganze danebengegangen wäre, hätten wir nichts bezahlt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Also dann war für Sie und für Ihre Firma der Endzweck hinsichtlich des Vertrages mit PLANTECH beziehungsweise mit GEPROMA, daß Sie den Auftrag bekommen.

Ing. **Zelniczek:** Natürlich.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Nicht daß GEPROMA und PLANTECH eine Leistung erbringt.

Ing. **Zelniczek:** Das ist immer der Endzweck, bei jeder Leistung auch. Aber der Endzweck jeden derartigen Geschäftes ist doch, daß ich das Geschäft mache. Und da nützt mir die schönste Planung nichts: Wenn ich letztlich aussteige dabei und nichts davon habe, ist das nichts.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Aber wenn Sie oder Ihre Firma mit einer anderen Firma einen Vertrag abschließt, daß die irgendeine Zulieferung oder irgendeine Leistung erbringt, so ist das ja gar nicht auf den Endzweck abgezielt, denn den müssen ja Sie erbringen. Sie müssen ja den Vertrag, den Hauptvertrag abschließen. Und dann wird eben ein Büro beauftragt, ein Subunternehmer oder ähnliches. Die hat aber mit dem Vertragsabschluß nichts zu tun.

Aber hier geht es ja direkt auf den Vertragsabschluß, Zahlung auf Vertragsabschluß und nicht Zahlung auf Leistung.

Ing. **Zelniczek:** Kann man sagen. Aber ein wesentlicher Punkt für uns von dieser Leistung war, damals, in dem Stadium, wo wir noch von der Planung geredet haben, daß die Planung, daß alles so ausschaut, daß wir den Vertrag abschließen. Dann war es in Ordnung.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Darf ich das noch einmal festhalten: An GEPROMA und an PLANTECH ist bezahlt worden, damit die Firma ITT den Vertrag bekommt.

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Abg. **Lehr** (SPÖ): Sie haben jetzt gerade gesagt, daß Sie das Ziel gehabt haben, diesen Auftrag zu bekommen, und daß die Planung dementsprechend erstellt wird. Dann hat eigentlich die GEPROMA und die PLANTECH bei der Planung irgend etwas dazutun müssen, weil sonst hätten Sie ja selber anbieten können, wenn Sie Ihre Planung so in der Art gehabt hätten, daß für Sie die Hoffnung bestanden wäre, die Planung zu bekommen. So hätten Sie ja doch von der PLANTECH Leute bekommen müssen, die da und dort Korrekturen oder Zusätze gemacht hätten bei der Planung. Ist das geschehen?

Ing. **Zelniczek:** Die Planungsunterlagen für die Containeranlage gingen meines Wissens an die SEL.

Abg. **Lehr** (SPÖ): In den anderen Fällen nicht, nicht wahr?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Haben Sie die Leistungen, die PLANTECH oder GEPROMA erbracht hat, überprüft? Ist eine Leistung überhaupt erbracht worden? Haben Sie so etwas überhaupt gesehen oder festgestellt? Haben die Ihnen etwas anderes außer eine Rechnung geschickt?

Ing. **Zelniczek:** Eine Leistung habe ich nur in einem einzigen Fall gesehen. Ich habe das erwähnt. Da war einmal so ein Spiegel über die verschiedenen Produkte am Weltmarkt, plus und minus, die da angeboten sind, wo unsere Stärken sind und was wir besonders herausstellen sollen. Das war das einzige, was wir gehabt haben. In allen übrigen Fällen habe ich keine Leistung gesehen.

Obmann Dr. **Steger:** Mit Ausnahme der ...

Ing. **Zelniczek:** ... Container. Ich habe sie auch nicht gesehen, aber da dürfte etwas dagewesen sein.

Das ist dieselbe Frage, die mir Herr Dr. Steger schon gestellt hat.

Obmann Dr. **Steger:** Dr. Gradischnik, darf ich dazu noch einmal ergänzend fragen. Sie können gleich weitermachen.

Auch bei der Containergeschichte hat ja Ihre Abteilung das abgeschlossen mit der PLANTECH. Also nicht eine Einkaufsabteilung oder eine technische Abteilung. Den Vertrag mit PLANTECH.

Ing. **Zelniczek:** Die ITT Austria, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Die Verkaufsabteilung hat das abgeschlossen.

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Mit PLANTECH.

Ing. **Zelniczek:** Mit Sanktionierung der SEL auch natürlich.

Obmann Dr. **Steger:** Und des ITT-Austria-Vorstandes.

Ing. **Zelniczek:** Mindestens des mir vorgeordneten Vorstandsdirektors.

Obmann Dr. **Steger:** Mindestens. Gut. — Bitte.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wie wird denn üblicherweise eine Bonitätsprüfung einer Firma seitens ITT gemacht, bevor es also zu einem Vertragsabschluß kommt?

Ing. **Zelniczek:** Sie meinen, wann wir an die Firma liefern?

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wenn ihr einen Vertrag in irgendeiner Sache mit einer Firma abschließt und bevor ihr also zum Vertragsabschluß schreitet.

Ing. **Zelniczek:** Meistens ist eine Bankauskunft. Das machen nicht wir. Das ist nicht unsere Aufgabe, Bonitätsprüfungen zu machen als Vertrieb, sondern wir haben das System: Wenn ein Auftrag ins Haus steht sozusagen, kriegt das die kaufmännische Abteilung, und die kaufmännische Abteilung sagt: Ja, den können wir beliefern, oder den können wir nicht beliefern. Das macht der K-Bereich. Die holen sich Bankauskünfte oder durch irgendein Institut Auskünfte.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wissen Sie etwas, ob der Direktor Hainisch irgendwelche Geldzuwendungen bekommen hat?

Ing. **Zelniczek:** Ich weiß nichts.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Hat Dipl.-Ing. Winter Gespräche mit Direktor Hainisch geführt? Wissen Sie davon etwas?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe schon gesagt: Ich glaube, ja. Er hat mit ihm gesprochen. Ja.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Welche Kontakte hatten Sie zu Dr. Mück von der Firma Siemens?

Ing. **Zelniczek:** Den kenne ich überhaupt nicht.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ich danke schön.

Obmann Dr. **Steger:** Als nächster ist jetzt Herr Abgeordneter Steinbauer als Fragesteller dran. Ich bitte nur um Verständnis, daß wir dann, wenn die Richterin erscheint, die Einvernahme unterbrechen und die Frau Untersuchungsrichter drannehmen, weil die dann wieder hinüber muß, wenn wir mit ihrer Einvernahme zu diesem ja eng gefaßten Beweisthema dann fertig sind.

Bitte, Herr Abg. Steinbauer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte gleich anschließend, Herr Zeuge: Kennen Sie Schweitzer.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte die Frau Untersuchungsrichter ist schon hier. Es hat sich gerade zeitmäßig um eine halbe Minute überschnitten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Darf ich nur die eine Frage noch stellen?

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, Herr Abg. Steinbauer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kennen Sie Schweitzer?

Ing. **Zelniczek:** Schweitzer: daß er existiert. Ich glaube, ich habe ihn einmal oder zweimal schon irgendwo gesehen, aber weiter nicht. *(Der Zeuge Ing. Zelniczek verläßt den Saal.)*

Zeugeneinvernahme von Untersuchungsrichter Dr. Helene Partik-Pablé

Obmann Dr. **Steger:** Ich begrüße Frau Dr. Partik-Pablé in unserer Runde.

Ich darf Ihnen, Frau Untersuchungsrichter, sagen, warum wir gebeten haben, daß Sie heute zu uns kommen.

Der Zeuge Ing. Zelniczek hat bei Gericht bei zwei verschiedenen Gelegenheiten ausgesagt, daß ihm in einem Kuvert direkt ein Betrag von 400 000 S vom Herrn Generaldirektor Mayer persönlich übergeben wurde. Es steht dann dabei: Mit dem Dank für die besondere Leistung und ähnliches.

Heute hier befragt, hat er zunächst beim Herrn Abgeordneten Steinbauer sinngemäß das bestätigt und hat dann bei einer weiteren Befragung durch den Herrn Abg. Dr. Schüssel angegeben — ich verlese die entscheidenden Phasen —:

„Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Gibt es irgendeinen Beleg dafür, daß Sie 400 000 S von Generaldirektor Mayer bekommen haben? Irgendeinen Beleg?

Ing. **Zelniczek:** Habe ich nicht. Nein.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Haben Sie irgendeinen Konteneingang, der bei Ihren Privatkonten den Eingang von 400 000 S ersichtlich macht.

Ing. **Zelniczek:** Nein, habe ich sicherlich nicht. Ich kann mich nicht erinnern. Ja, vielleicht habe ich einen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das heißt, Sie behaupten hier, Sie haben von Herrn Generaldirektor Mayer 400 000 S bekommen, ohne dafür einen Beweis anbieten zu können? Ist das richtig?

Ing. **Zelniczek:** Das hat mir ja die Frau Untersuchungsrichterin vorgehalten, daß ich ihr nicht gesagt habe, daß ich 400 000 S bekommen habe.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Entschuldigen Sie, Herr Ingenieur, ist Ihnen schon klar, daß der Generaldirektor Mayer nicht zuletzt wegen Ihrer Aussage verhaftet worden ist, daß er Ihnen 400 000 S gegeben hat, ohne daß Sie irgendeinen Beleg dafür anbieten können, oder ohne daß Sie sich erinnern können, wann das war, ohne daß Sie sagen können, wo das eingebucht wurde, oder irgend etwas.

Ing. **Zelniczek:** Da muß ich sagen, das war eigentlich umgekehrt, die Frau Untersuchungsrichter hat mich konfrontiert und hat gesagt, warum haben Sie mir nicht gesagt, daß Sie 400 000 S gekriegt haben?

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das war bei der Untersuchung vor der Richterin. Sie hat Sie gefragt, wie haben Sie ... Aha! Und dann haben Sie erklärt, Sie haben die von Generaldirektor Mayer bekommen.

Ing. **Zelniczek:** Ich habe dann ja dazu gesagt."

Zunächst, Frau Untersuchungsrichter, darf ich sagen, daß mit Zustimmung des Parlamentspräsidenten Sie auf diese ungewöhnliche Art und Weise kurzfristig geladen wurden, telephonisch. Ich danke Ihnen, daß Sie gekommen sind.

Vor einer Einvernahme habe ich Sie daran zu erinnern, daß Sie die Wahrheit zu sagen haben vor diesem Untersuchungsausschuß.

Es hat hier die Geschäftsordnung des Nationalrates Anwendung zu finden und sinngemäß die Strafprozeßordnung, wobei die allfälligen Entschlagungsmöglichkeiten in der Strafprozeßordnung geregelt sind. Bei Ihnen ist es vor allem die Frage der Entbindung von der Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit.

Hier liegt vor, unterschrieben von Dr. Dienst, daß Sie entbunden sind von der Amtsverschwiegenheit, aber auf folgendes Beweisthema beschränkt: Wahrnehmung als Untersuchungsrichter im Strafverfahren betreffend die Vorfälle um das AKH.

Das hieße, diese Entbindung ist wesentlich weiter gefaßt, als wir das überhaupt für die heutige kurze Aussage benötigen.

Wir wollen uns heute beschränken auf die Frage, wie es bei dieser Einvernahme mit den 400 000 S zugegangen ist, was allenfalls der Hintergrund dessen war, was die Information war, wieso es zu einem allfälligen Vorhalt gekommen ist.

Zunächst bitte ich aber um die Generalien, und die brauche ich sicher nicht im einzelnen abzufragen, weil Sie das wissen, welche wir benötigen, Vor- und Zuname et cetera.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Dr. Helene Partik-Pablé, geboren am 12. 8. 1939 in Wien, wohnhaft Wien 19., Gebhardtgasse 3/7.

Obmann Dr. **Steger:** Beruf?

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Richter.

Obmann Dr. **Steger:** Ich bitte, daß Sie uns jetzt direkt aus Ihrer Erinnerung und mit den Unterlagen berichten, wie es zu dieser Protokollierung zunächst am 11. August und dann später am 28. August gekommen ist, mit den Passagen über die 400 000 S, die Herr Zelniczek angeblich erhalten hat nach diesen beiden Protokollen von Herrn Generaldirektor Mayer. Darf ich Sie bitten, daß Sie dazu direkt berichten.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Dazu möchte ich grundsätzlich sagen, daß ich mir heute, nachdem ich erfahren habe, daß Herr Zelniczek seine seinerzeitige Aussage abgestritten hat, die Unterlagen noch einmal angeschaut habe. Gleichzeitig habe ich eine Durchsuchung der Zelle beantragt durch das Gefangenenhaus, weil ich annehme, daß unter Umständen Kassiber zwischen Mayer und Zelniczek gegangen sind. Ich habe ein Heft beschlagnahmen lassen vom Zelniczek, daraus werde ich dann eine Feststellung treffen.

Ich habe mir weiters den Beschluß der Haftprüfungsverhandlung vom 22. 8. 1980 kommen lassen.

Wenn ich chronologisch vorgehen kann: Herr Zelniczek war bei mir zum erstenmal geladen als Beschuldigter am 16. 7. 1980. Am 16. 7. 1980 hat der Herr Zelniczek ja jeden Zusammenhang mit der Firma PLANTECH, nämlich mit Winter, in Abrede gestellt. Er ist dann in Untersuchungshaft genommen worden, ist etliche Male von mir vernommen worden, wie Sie aus den Unterlagen ersehen. Im übrigen kann ich dann meine Unterlagen hierlassen, damit es auch, so wie bei den anderen hier vernommenen Personen, zum Akt genommen werden kann.

Am 11. 8. 1980, nach der Aussage des Generaldirektors Hainisch — Hainisch wurde bei mir am 7. 8. 1980 vernommen, und Hainisch hat gesagt, Zelniczek hat einen Betrag von 70 000 S von Mayer bekommen, und da bin ich ja eigentlich erst auf die Idee gekommen, daß Zelniczek unter Umständen von Mayer Geld bekommen hat, vorher habe ich überhaupt verabsäumt, das zu fragen, vielleicht hätte ich das tun sollen, jedenfalls für mich ist die Frage überhaupt nicht aufgetaucht, ob Zelniczek Geld bekommen hat —, also am 11. 8., vier Tage nach der Einvernahme des Hainisch, habe ich den Zelniczek vernommen und habe ihn noch etliches andere gefragt. Und dann habe ich ihn gefragt, ob er Geld bekommen hat. Es geht aus dem Protokoll hervor. Er sagte dann auch zuerst: Es ist richtig, daß ich von Mayer einen Betrag ausbezahlt erhalten habe. Ich habe ihn dann gefragt: Wieviel haben Sie bekommen? Und dann sind diese 400 000 S aufgetaucht. Es war nicht so, daß ich ihm den Betrag von 400 000 S genannt hätte, denn wie hätte ich den Betrag von 400 000 S nennen können? Ich habe ja nur gewußt, daß es 70 000 S waren laut Aussage des Hainisch. Ich habe ihm nur nicht vorgehalten: Bitte, ist es richtig, haben Sie 70 000 S von Hainisch bekommen?, weil ich ja auch die Aussage des Hainisch überprüfen wollte, sondern ich habe ihn ganz einfach gefragt: Haben Sie Geld bekommen? Worauf Zelniczek von sich aus dann gesagt hat: 400 000 S in einem Kuvert. Und dann hat er ja noch über die Aussage des Hainisch hinaus zugegeben, daß er zweimal von Hainisch direkt je 50 000 S erhalten hat. Also wenn Zelniczek behauptet, ich hätte ihm die 400 000 S in den Mund gelegt, müßte er konsequenterweise auch sagen, ich habe ihm die zweimal 50 000 S in den Mund gelegt.

Ich wollte dann, um auf alle Fälle auf Nummer Sicher zu gehen, nach der Aussage ...

Im übrigen, das möchte ich auch noch sagen: Ich habe damals überhaupt nicht gewußt, daß Mayer das abstreiten wird. Ich habe mir gedacht: Also bitte, wenn das eine Gratifikation war, warum soll Mayer nicht zugeben, daß er ihm 400 000 S gegeben hat und nachher noch zweimal 50 000 S der Hainisch? Also für mich wäre überhaupt keine Veranlassung gewesen, dem Zelniczek 400 000 S in den Mund zu legen. Genausogut hätte ich ihm 1 Million Schilling in den Mund legen können oder 2 oder 3 Millionen Schilling oder auch nur 100 000 S.

Dann war Mayer hier, und Mayer hat dann gesagt — die Aufzeichnung habe ich nicht da, wann das war; das war vorige Woche, 25. oder 26. ...

Obmann Dr. **Steger:** Die zweite Einvernahme Zelniczek. Vorher war Mayer?

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Am 26. 8. ist der Mayer vernommen worden. Mayer hat gesagt zuerst nur, 50 000 S hat er dem Zelniczek gegeben, dann hat er sich eingependelt auf 50 000 bis 100 000 S, ist aber dann immer mehr bei 100 000 S geblieben. Von 400 000 S, hat er gesagt, war keine Rede, lächerlich, und so weiter und so fort.

Jetzt wollte ich natürlich überprüfen beim Zelniczek, was jetzt richtig ist: 50 000, 100 000, 70 000, 400 000 S? Ich bin am 28. 8., am Donnerstag, noch einmal zu Zelniczek gegangen — das geht aus dem Protokoll hervor — und da habe ich ihn schon gefragt, waren das jetzt 400 000 S, denn da wollte ich ja von ihm wissen, ob er diese 400 000 S bestätigt. Und ich habe ihn auch gefragt, ob seine Frau vom Erhalt der 400 000 S etwas gewußt hat. Also hier war konkret die Rede von den 400 000 S. Ich habe ihm nicht gegenübergehalten die Aussage des Mayer, daß der sagt, es waren höchstens nur 50 000 bis 100 000 S, weil ich ja mehr oder weniger den Zelniczek festlegen wollte. Deshalb wollte ich ihn noch nicht mit der Aussage des Mayer konfrontieren.

So war es. Es war keine Rede davon, jemandem etwas in den Mund zu legen. Und ich bitte auch zu beachten: Was hat ein Untersuchungsrichter davon, wenn er jemandem etwas in den Mund legt? Denn bei der Hauptverhandlung spätestens kommt ja alles hervor. Und dann sagt er, der Untersuchungsrichter hat ihm etwas in den Mund gelegt, und das ist ja dann noch viel peinlicher, wenn das geschehen sollte, weil ja dann die ganze Hauptverhandlung „geschmissen" ist.

Also als Untersuchungsrichter muß ich doch schauen, daß ich alle Aussagen möglichst gut untermauere, daß eben in der Hauptverhandlung dann nichts schiefgeht.

Dazu möchte ich dann noch etwas sagen: Das Einvernehmen zwischen Zelniczek und mir war immer äußerst gut. Er war nicht ein bockiger Häftling, mit dem man auch etwas schärfer reden muß, sondern ich habe immer freundlich mit ihm geredet, sanft geredet. Ich habe mich sogar um seinen Gesundheitszustand erkundigt, weil er einmal so schlecht ausgeschaut hat. Also es ist nicht so, daß man sagen kann, ich war bösartig zu ihm und habe ihm das deshalb in den Mund gelegt. Das würde ich auch bitten. Ich komme mir schon vor, ich halte ein Plädoyer für meine eigene Person. So ist es nicht, sondern ich möchte halt nur darstellen, wie widersinnig eigentlich so etwas ist.

Ich habe dann heute auch noch mit dem Vorsitzenden des Haftprüfungssenates gesprochen. Es hat nämlich am 22. 8. 1980, das war nach der Einvernahme des Hainisch, eine Haftprüfungsverhandlung stattgefunden, und da ist

wieder vorgebracht worden, daß Zelniczek 400 000 S bekommen hat. Und spätestens dann, wenn das nicht stimmt, hätte Zelniczek dort vor dem Haftprüfungssenat sagen müssen, wo drei unabhängige andere Richter dort sind, wo ich nur als Berichterstatter dort bin, wo der Staatsanwalt dort ist, hätte er, wenn das eben stimmt, was er sagt, sagen müssen: Bitte schön, die Frau Untersuchungsrichter hat mir das in den Mund gelegt.

Das hat er nicht gemacht, der Herr Zelniczek. Im Gegenteil, der Vorsitzende des Haftprüfungssenates hat auch in seinem Beschluß, den ich nur leider nicht vorlegen kann, weil er den Rechtsanwälten noch nicht zugestellt ist, drinnen, daß diese 400 000 S als Gratifikation bezahlt worden sind. Also das finde ich auch einen weiteren Beweis dafür, daß Zelniczek anscheinend heute nicht ganz die Wahrheit gesagt hat.

Aus seinen Unterlagen, die ich heute sichergestellt habe in seiner Zelle, geht hervor:

Erich **Zelniczek,** Tagebuch — das kann ich leider auch nicht da lassen, denn es gehört ihm und ich muß erst darüber verfügen —:

Montag, 11. 8.: 6.20 Uhr aufstehen. Sonne. 9.30 Uhr spazieren, 9.50 Uhr Einvernahme bei U-Richterin. Konfrontiert mit Aussage von GD — anscheinend Generaldirektor — dürften — ich weiß nicht, was das heißt, ND oder so ähnlich — übereinstimmen. Auch über meine Gratifikation gesprochen. Kein sehr angenehmes Gespräch der UR, die immer wörtlich Zitate von Gesprächen, die vor acht Jahren waren, von mir verlangte.

Dann kommt: Mittagessen kalt, nur Kaffee, und so weiter und so fort.

Also bitte, das ist auch ein Beweis dafür: Wenn ich ihm das in den Mund gelegt hätte, hätte er meiner Meinung nach da hineingeschrieben: Untersuchungsrichter ist unfair oder irgend sonst etwas, legt mir etwas in den Mund. Aber keine Rede davon.

Bitte, das, glaube ich, wäre das Wesentliche gewesen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Bitte, der Ing. Zelniczek hat angegeben, es war am 11. August eine sehr emotionelle Befragung.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Wann war eine emotionelle Befragung?

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Bei der ersten Einvernahme durch Sie. Am 11.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Das war nicht die erste. Das war bereits die dritte.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Pardon. Bei dieser Aussage, wo er das erste Mal die 400 000 S erwähnt hat.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Ich kann mich eigentlich an überhaupt keine emotionelle Aussage von Zelniczek erinnern. Nein.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Er hat gemeint, die ...

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Da hätte ich überhaupt keinen Grund gehabt, emotionell zu sein. Weil er mir eh die Wahrheit gesagt hat.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Er hat gemeint, das Klima des ganzen Gesprächs war sehr emotionell. Bitte mich richtigzustellen, wir haben ja kein ...

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Das ist schon möglich, daß er das sagt. Es wäre zum Beispiel bei der ersten Aussage vielleicht die Möglichkeit gewesen, denn da hat er ja geleugnet. Aber warum hätte ich emotionell sein sollen, wenn er mir ohnehin die Wahrheit sagt?

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Nächste Frage: Haben Sie irgendeinen Beweis dafür gefunden, daß seine erste Aussage, daß er 400 000 S von Mayer persönlich bekommen hat, richtig war? Haben Sie irgendeinen Beweis gefunden, bei einer Kontenöffnung oder durch eine andere Aussage eines anderen Zeugen oder Beschuldigten?

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Wir haben die Prämienzahlungen in der ITT bezüglich des Zelniczek durch die Wirtschaftspolizei überprüfen lassen, und er hat tatsächlich in den Jahren, weiß ich, 1974 bis 1976 Prämien bekommen in der Höhe von zirka 20 000 bis 40 000 S. Ein Beleg über die 400 000 S ist nicht gefunden worden. Auch beim Zelniczek selbst noch nicht. Ich meine, es wäre möglich, daß man etwas findet, wenn man Bankkonten eröffnet, aber ich habe jetzt noch keinen Beleg.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Nächste Frage: Wie ist denn eigentlich der Haftbefehl gegen den Generaldirektor Mayer zustande gekommen?

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Das war kein Haftbefehl.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Daß er in Untersuchungshaft genommen wird.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** In Untersuchungshaft.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Steht ja drinnen: Als Grund für seine Verhaftung sind zwei Dinge genannt:

1. Die Aussage der Beschuldigten Hainisch und Zelniczek begründen den Verdacht von Schmiergeldzahlungen mit Wissen des damaligen Generaldirektors Mayer.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist außerhalb des Beweisthemas!

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Entschuldigung! Das hängt schon damit zusammen, denn die 400 000 S sind der zweite Grund. Ich habe weder in den Protokollen vom Hainisch und Zelniczek einen Hinweis darauf gefunden, daß von dort irgend etwas vom Wissen des Generaldirektors Mayer gefunden wurde, und

2. eben die 400 000 S.

Ist dieser Haftbefehl von Ihnen beantragt worden, oder ausschließlich von der ...

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Es gibt keinen Haftbefehl, möchte ich nur sagen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Daß er in Untersuchungshaft genommen wurde.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Ja.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wurde dieser Beschluß von der STA beantragt, oder ist der von Ihnen gekommen?

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Über Antrag der Staatsanwaltschaft ist der Beschluß gefaßt worden, daß Mayer in Untersuchungshaft zu nehmen ist.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Also nicht auf Ihre Initiative, sondern auf Initiative der STA. Ist das korrekt?

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Es war ein Antrag der Staatsanwaltschaft dann. Der ist mündlich gestellt worden und nachher schriftlich.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Und halten Sie es für denkbar — das war auch ein Punkt, den Zelniczek erwähnt hat —, daß er von irgendeiner anderen Seite unter Druck gesetzt wurde, also nicht von Ihrer Seite ...

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Das kann ich nicht sagen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): ... sondern daß er unter Umständen von jemandem anderen unter Druck gesetzt wurde, daß er diese Aussage macht, daß Mayer 400 000 S ihm übergeben hätte?

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Das weiß ich nicht. Ich habe ihn auch diesbezüglich nicht gefragt, weil er keine Erwähnung gemacht hat, daß er unter Druck gesetzt wird. Ich wüßte nicht, wer ihn unter Druck setzen könnte, sollte. Ist möglich.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ich weiß es auch nicht. Er hat es heute hier gesagt. Deswegen.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Hat er mir noch nichts gesagt.

Ich möchte nur sagen: In dem Heft — ich habe es mir vorher noch nicht durchschauen können, weil ich es erst knapp vorher bekommen habe — steht wieder: 16 Uhr — das muß der 28. gewesen sein; das habe ich ja gesagt, da habe ich ihn auch noch vernommen —: Einvernahme durch U-Richter wegen Bootsbezahlung und über die 400 000 S. Kontakte Winter — Präsident Mayer und so weiter, meine Gespräche mit ihm. — Also er schreibt das zwar auf, relativ genau sogar, was er ißt, was er macht, ob die Sonne scheint oder nicht, und dann würde er nicht aufschreiben, daß ihm der Untersuchungsrichter etwas in den Mund legt? Also das finde ich natürlich schon irgendwie merkwürdig. Da würde er hineinschreiben: Untersuchungsrichter ist gemein, legt mir was in den Mund, stimmt nicht, Anwalt sprechen!, oder sonst irgend etwas. Das hat er nicht getan.

Im übrigen, bitte, möchte ich noch anführen: Ich habe das natürlich mit meinen Richteramtsanwärterinnen besprochen, denn es ist ja eigentlich schon eine kleine Sensation, wenn jemand — das hat er ja von selber angegeben, die 400 000 S — von selber angibt, er hat 400 000 S bekommen, und dann widerruft er das plötzlich vor dem Untersuchungsausschuß — nicht vor dem Richter, dem er das gesagt hat, sondern dann vor dem Untersuchungsausschuß! Das habe ich natürlich auch meinen Richteramtsanwärterinnen gesagt, und da konnte sich die Kollegin Reissig, die immer bei den Gesprächen dabei ist zwischen Anwälten und den Beschuldigten, erinnern, jedenfalls glaubt sie, daß Zelniczek mit Dr. Teicht über diese 400 000 S gesprochen hat.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das wäre meine Frage gewesen. Hat Zelniczek mit Teicht über dieses Thema einmal allein reden können?

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Alleine nicht. Weil der Zelniczek ist noch wegen Verabredungsgefahr ...

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ist er noch immer wegen Verabredungsgefahr ...

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Ja, die zwei Monate enden ja erst am 16. 9., einen Monat werde ich sicher verlängern lassen, ist dann drei Monate ...

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wann war denn dieses Gespräch, auf das Sie angespielt haben?

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Mit der Richteramtsanwärterin?

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ja, ja.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Wir haben jetzt nachgeschaut. Sie hat keine Gesprächsnotiz gefunden — bis jetzt nicht, bitte, der Akt hat

23 Bände, 1 000 Ordnungsnummern, da ist es ziemlich schwierig, etwas dort zu finden. Sie hat jetzt nachgeschaut, hat es aber noch nicht gefunden. Sie glaubt aber, es muß vorige Woche am Donnerstag gewesen sein — ich habe nämlich nachgeschaut.

Schauen Sie: Ich habe jetzt überlegt: Wo kann eine Verabredung stattgefunden haben? Das habe ich mir angeschaut. Unter Umständen über die Anwälte; obwohl ich jetzt nicht den Anwälten irgend etwas in die Schuhe schieben möchte, das möchte ich schon sagen. Aber es ist ja möglich, daß ein Anwalt, ohne was zu ahnen, dem anderen sagt.

Und jetzt habe ich nachgeschaut, wann die Anwälte ihre Beschuldigten besucht haben. Und da habe ich gesehen: Am Donnerstag ...

Obmann Dr. **Steger:** Frau Untersuchungsrichter! Ich muß jetzt fast als Rechtsanwalt zurückweisen, daß ein Rechtsanwalt, ohne was zu ahnen, einem anderen was sagt. *(Heiterkeit.)*

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Na wieso? Er kann ja plaudern ...

Obmann Dr. **Steger:** Aus standespolitischen Gründen muß ich das jetzt zurückweisen, denn die Rechtsanwälte ahnen meist etwas, wenn sie es jemand anderem sagen.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Also ich möchte nicht sagen, daß es mit Absicht geschieht. Jedenfalls am Donnerstag voriger Woche — ich weiß nicht, der Wievielte das war, ja am 28. muß das gewesen sein, weil am 28. habe ich den Zelniczek am Abend vernommen —, Donnerstag, 27., war um 10 Uhr Dr. Teicht beim Zelniczek.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Donnerstag, 28.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Donnerstag, 28. Um 10 Uhr war der Teicht beim Zelniczek und da ...

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Und am Abend ist er dann zu Ihnen gekommen.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Ist er zu mir gekommen und hat noch einmal das von den 400 000 S gesagt. Und da hat meine Richteramtsanwärtin gesagt, sie glaubt sich zu erinnern, daß der Zelniczek wieder von diesen 400 000 S gesprochen hat. Da müßte man vielleicht den Dr. Teicht vernehmen.

Obmann Dr. **Steger:** Der wird sich auf die anwaltschaftliche Verschwiegenheit berufen, und davon dürfen wir ihn jedenfalls nicht mehr entbinden lassen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ist es denkbar, daß ein Gespräch zu diesem Thema auch schon vorher stattgefunden hat, also etwa vor dem 11. August, ...

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Zwischen mir? Zwischen Anwalt?

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Nein, nein, zwischen Teicht und Zelniczek zu diesem Thema.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Das glaube ich fast nicht, denn die Gespräche werden ja überwacht, und der Zelniczek hat ja das nicht so gern gesagt. Sagen wir so: Er hat es erst über Befragen gesagt. Und ich glaube nicht, daß er das dem Anwalt gesagt hat, wenn der Richteramtsanwärter dabei ist. Also deshalb glaube ich nicht, daß vorher mit dem Anwalt schon gesprochen worden ist. Vor allem wäre ich ja dann sofort, wenn ich diese Gesprächsnotiz gelesen hätte, ins Halbgesperre gegangen und hätte den Zelniczek gefragt. Tatsächlich bin ich aber erst durch den Hainisch draufgekommen. Ich bin ja nie auf die Idee gekommen, daß der eine Gratifikation kriegt.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Präzise muß man, glaube ich, zu Ihrer Information noch dazusagen: Zelniczek hat seine Aussage ursprünglich ja hier aufrechterhalten mit den 400 000 S. Erst als ich ihn gefragt habe, gibt es dafür irgendeinen Beleg, wo er gesagt hat, das haben Sie eh im Protokoll vor sich: Nein, das gibt es nicht; und ich ihm dann vorgehalten habe, daß es aber schriftlich nachlesbar und quittiert ist — ich habe ja die Quittungen in Kopie da, Sie können sie ja ohnedies dann über den Ausschuß haben —, also nachweisbar ist, daß er 100 000 S bekommen hat vom Generaldirektor Mayer, mit seiner Unterschrift quittiert, steuerlich konstruiert als Darlehen, was zwar finanzrechtlich nicht ganz koscher ist, aber immerhin, das ist sein Kaffee und wird ohnedies wahrscheinlich noch andere Konsequenzen haben, erst dann ist er, offensichtlich nach einer Überlegungsfrist, beim nächsten Anfragesteller, beim Dr. Steger, eingegangen und hat gesagt, also er muß eigentlich zugeben, das war von Anfang an ein Blödsinn.

Und offen gestanden stimmt ja die ganze Konstruktion mit den 400 000 S in sich nicht zusammen.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Ich wüßte aber nicht, warum der Zelniczek 400 000 S angeben sollte. Ich meine, das ist ja eher, was ihn belastet als ...

Obmann Dr. **Steger:** Er hat uns dann ausdrücklich gesagt, vielleicht hat die Frau Untersuchungsrichter bei den 100 000 S den Einser mit einem Vierer verwechselt und mir deswe-

gen 400 000 vorgehalten. Das hat er, glaube ich, beim Herrn Abgeordneten Steinbauer gesagt.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Das erscheint mir lächerlich. Das erscheint mir schon lächerlich.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt ist die Frage: Hat es den 100 000-S-Beleg dieses Darlehens zu dem Zeitpunkt schon gegeben?

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Ich kenne ihn nicht, nein. Woher soll der sein? Denn ich habe die Wirtschaftspolizei ...

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Von der Firma.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Nein. Ich habe die Wirtschaftspolizei nämlich in die Buchhaltung geschickt, und die haben mir ...

Obmann Dr. **Steger:** Die haben das nicht ...

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Nein, die haben das da nicht. — Sage ich schon die ganze Zeit.

Obmann Dr. **Steger:** Da hat die ÖVP jetzt erstmals mehr als die Wirtschaftspolizei von der ITT herausbringen können.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Nein, also wie gesagt: Den habe ich nicht gekriegt. Bitte, ich möchte auch noch sagen: Ich habe auch der Steuerbehörde Mitteilung gemacht, daß der Zelniczek eben 400 000 S bezogen hat, offenbar ohne sie zu versteuern. Wenn ich das dem herausgelockt hätte praktisch, dann hätte ich ja nie die Anzeige gemacht. Denn da kann ich mir ja nie so sicher sein, wenn er das nicht ...

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Frau Doktor! Es gibt eine sehr einfache Erklärung, die denkbar ist für diese 400 000 S; daß nämlich sehr wohl der Zelniczek die 400 000 S bekommen hat, daß das möglicherweise ein Rückfluß aus Winter-Geldern oder PLANTECH und GEPROMA ist, und daß er, um sich zu retten, weil sonst hängt er da voll mit drinnen, die Version erfunden hat, daß er das als Prämie vom Generaldirektor bekommen hat. Das ist eine watscheneinfache Erklärung im Prinzip.

Obmann Dr. **Steger:** Er hat auch heute sinngemäß hier gesagt, wenn ich das wieder gleich dranhängen darf — wir machen jetzt momentan fast ein Zwiegesprächstil, aber es ist vielleicht sinnvoll, hier noch so weiterzumachen —, daß er das bestätigt hat, weil er sich gedacht hat, wenn das wer angegeben hat, wird es schon gescheit sein, wenn er es bestätigt. So ungefähr hat er dann ja geantwortet.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Ich habe ihm ja nicht gesagt, daß das jemand gesagt hat. *(Ruf: Seine Firma ...)*

Obmann Dr. **Steger:** Also auf seine Firma bezogen, das ist sozusagen dann ...

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Nur habe ich ja nie dem Zelniczek gesagt, es hat jemand behauptet, das ist ja nur seine Aussage. Ich habe ja nur die Aussage des Hainisch, daß er 70 000 S gezahlt hat ...

Obmann Dr. **Steger:** Frau Untersuchungsrichter! Dieses Zitat nimmt er nämlich auch ein bisserl zurück, das in der Einvernahme am ...

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Und zwar? — Er zieht leider öfter etwas zurück, das ist halt so. Es ist ja so, daß ...

Obmann Dr. **Steger:** Darf ich trotzdem zuerst sagen, was er zurückzieht:

Am 1. 8. 1980 steht auf Seite 6 seiner Einvernahme ganz unten: Dr. Böck empfahl mir ebenso wie vorher Hainisch und Rose, nur das zu sagen, was beweisbar ist, also das, was ich beweisen kann.

Bis daher bestätigt er es uns. Er sagt nur dann im letzten Teil: Und was mir das Gericht nachweisen kann, das hätte er nie gesagt.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Er hat es aber unterschrieben, sogar jede Seite. Ich kann dazu nichts anderes sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Das habe ich ihm genauso vorgehalten. — Na hat er es so gesagt?

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Natürlich hat er es so gesagt. Gerade bei solch brisanten Sachen, wo es zum Beispiel um einen Anwalt geht, da würde ich doch niemals etwas protokollieren, das nicht gesagt worden ist.

Aber bitte, wenn ich zum Beispiel gleich auf dieser Seite da hinweisen kann, wo steht „siehe Seite 9": Der Herr Zelniczek hat das genauso gesagt, wie es da steht: Alle Aufträge, die wir bekommen haben, haben wir nur gekriegt, weil wir geschmiert haben, ... Intervention von PLANTECH und GEPROMA erreicht. Und dann hat er das handschriftlich ausgebessert, so hat er es nicht gesagt. Es kommt halt sehr ...

Obmann Dr. **Steger:** Das habe ich ihm auch vorgehalten.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Das kommt oft vor. Die schrecken sich dann zurück.

Obmann Dr. **Steger:** Ich habe deswegen noch darauf hingewiesen, wobei das jetzt genauso ein nüchterner sachlicher Hinweis ist, weil er ja heute, bevor er die Kurve genommen hat und das zurückgenommen hat, ausdrücklich gesagt hat, daß das nicht beweisbar ist, daß es keinen Beleg gibt, keine Buchung gibt und hier eben steht: Dr. Böck empfahl mir ebenso wie vorher Hainisch, nur das zu sagen, was beweisbar ist. Es ist natürlich auch denkbar, daß er

sich an das wieder sehr stark erinnert hat. Wir haben ihn heute noch einmal auch dazu ergänzend befragt. Er sagt ausdrücklich, daß das verschiedene Gespräche waren. Böck, Hainisch und Rose waren drei verschiedene Gespräche, wo immer besprochen wurde, nur das zu sagen, was beweisbar ist.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Ich glaube auch, daß das drei verschiedene Gespräche waren.

Obmann Dr. **Steger:** Also nur das zu sagen, was das Gericht nachweisen kann, das hat er heute wieder zurückgenommen. Damit auch hier ein Widerspruch bekanntgegeben wird.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Darf ich nur noch einmal eine Antwort auf meine Frage urgieren. Auf Grund der Aussagen der Beschuldigten Hainisch und Zelniczek wurde der Verdacht der Schmiergeldzahlung mit Wissen Mayer begründet. Und wir haben in den Protokollen nichts gefunden.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Es ist anzunehmen, daß Zelniczek und Hainisch eine solche Entscheidung nicht ohne Wissen des Generaldirektors getroffen haben, nämlich wo es um den Betrag von zirka 13 Millionen Schilling gegangen ist. Das ist die Annahme.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Nein, entschuldigen Sie, es steht hier, die Aussagen von Hainisch und Zelniczek begründen den Verdacht: mit Wissen Mayer. Bitte, beide haben, soweit ich es gelesen habe, gesagt, der Mayer hat nichts gewußt ...

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Nein, nein, ich glaube schon, daß Sie alles wissen, was da drinnensteht. Aber soviel ich mich da erinnern kann — ich habe das Protokoll nicht daraufhin durchgeschaut —, hat der Zelniczek gesagt, daß es ihm nicht ganz klar ist, ob der Mayer etwas gewußt hat oder nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Das hat er auch wieder gesagt. Im übrigen sind wir kein Haftprüfungssenat, sondern wir können nur Fragen stellen, was gesagt worden ist. Die Frage kann nur heißen, was ist gesagt worden oder ähnliches, nicht die Überprüfung der Haft, die haben nicht wir zu machen.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Soviel ich mich erinnere, hat der Zelniczek nicht sicher gesagt, daß der Mayer etwas gewußt hat, aber er hat mit ihm darüber gesprochen. Aus diesen Vier-Augen-Gesprächen zum Beispiel ist ja anzunehmen, daß darüber eben gesprochen worden ist. Worüber soll man sonst in Vier-Augen-Gesprächen reden?

Obmann Dr. **Steger:** Hier braucht jetzt nur gefragt und beantwortet werden, was bei Gericht dazu gesagt wurde. Bitte keine Rechtfertigung, wieso der Haftbefehl besteht, auch nicht vorwegnehmen, ...

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Ja. Und die 400 000 S auch dazu.

Obmann Dr. **Steger:** ... was der Haftprüfungssenat sagt, was das Oberlandesgericht sagt. Die werden das alles entscheiden, da haben wir nicht mitzuentscheiden. Wir können aber alles fragen, was gesprochen wurde, was es an schriftlichen Beweismitteln gibt und was an sonstigen weiteren Beweisen allenfalls schon vorhanden ist, obwohl wir es noch nicht im Akt haben. Solche Fragen könnten bitte noch gestellt werden.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Für uns ist es natürlich deshalb schon wichtig, weil wir haben dann Hainisch und Mayer als nächste Zeugen zur Einvernahme, und zur Verhängung der U-Haft bedarf es eines dringenden Tatverdachtes. Deswegen ist das für uns schon eine wichtige Antwort, die Sie uns geben. Worin besteht der dringende Tatverdacht in diesem Punkt?

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Der dringende Tatverdacht ist der, daß Generaldirektor Mayer von diesen Schmiergeldzahlungen an den Winter über PLANTECH und GEPROMA gewußt hat oder informiert worden ist, und zwar geht das auch aus der letzten Aussage des Zelniczek hervor, daß der Dr. Berger — das war der oberste Finanzmann, gleichgestellt dem Generaldirektor — mit Winter selbst ...

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Untergeordnet!

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Nein, nicht untergeordnet, die sind angeblich gleichgeordnet, wie ich mich habe informieren lassen. Und dieser Dr. Berger hat mit Winter selbst gesprochen, hat dann auch SEL informiert, daß die Firma PLANTECH einzuschalten ist, und wenn der oberste Finanzchef das weiß und tägliche Sitzungen stattfinden zwischen Hainisch, Mayer und Berger, dann ist sicher anzunehmen, daß man über diese Beträge, die zu bezahlen sind, spricht ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Frau Richterin! An und für sich will ich Sie ja seit Wochen hunderttausend Fragen fragen, aber der Herr Vorsitzende würde das alles unterbinden, daher nur die Sachen zum Gegenstand.

Ist nicht der Herr Zelniczek relativ unglaubwürdig als Zeuge, nachdem er immerhin eine ganze Sitzung, eine ganze Vernehmung lang am 16. 7. Egli statt Winter durchgehalten hat und erst am Ende des 1. 8. dann plötzlich relativ unvermutet auf einmal gesagt hat, Egli ist in Wahrheit Winter?

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, keine Beweiswürdigung! *(Zwischenruf: Wir kommen ja nicht zu Ende!)* Sachfragen!

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Ich kann dazu nur sagen, daß ich den Zelniczek nie als Zeugen bei mir hatte, sondern als Beschuldigten. Und als Beschuldigter kann er sogar auch lügen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich würde den Herrn Vorsitzenden bitten, er braucht die Frau Richterin — die ist so souverän — nicht zu verteidigen. Ich wollte eine Frage noch anschließen, nur war sie schneller als ich, und noch schneller war der Vorsitzende.

Jetzt meine Frage, wieso Sie hier zunächst an Kassiber gedacht haben und heute entsprechende Maßnahmen eingeleitet haben und nicht eher an einen Umfaller à la Egli — Winter?

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Für mich ist das unglaubwürdig, daß jemand zuerst behauptet, 400 000 S bekommen zu haben, im Kuvert, schwarz, damit praktisch sagt, daß er zumindest eine Steuerhinterziehung begangen hat, dann unter Umständen noch den Generaldirektor hineinzieht, und dann sagt er, es war alles nichts. Also das glaube ich ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Damit bin ich bei der zweiten Frage. Was mich bei dem Zelniczek-Protokoll mit Ihnen überrascht hat, wie Sie eigentlich über die 400 000 S, was ja keine Kleinigkeit ist, auch von der Summe im Rahmen der Gratifikationen, die, das sieht man ja in den Aussagen, immer in der Größenordnung 50 000, 70 000, maximal 100 000, aber eher erst mit Mayer, schwanken, hinweggehen. Es kommen die 400 000 S nicht vor. Sie haben damals offensichtlich nicht nachgestoßen, welche Proportion das hat. Sie haben eine Gratifikation von 400 000 S für möglich gehalten. Ich meine, das kann einem bei einer Vernehmung passieren. Aber gibt hier das Protokoll den Ablauf so wieder, wie er wirklich im wesentlichen Zug war?

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Sicher gibt er das wieder. Und vor allem: Die Gratifikationsüberprüfung, wie hoch die waren, habe ich ja dann durch die Wirtschaftspolizei vornehmen lassen. Dann habe ich eben festgestellt, daß sie in der Größenordnung von 20 000 bis 40 000 S waren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nächste Frage: Ist nicht auch eine andere Variante möglich, daß die 400 000 S ihm wohl in einem Kuvert übergeben wurden, aber nicht von Mayer, sondern von Winter oder sonst einem anderen? Ist hier eine Überprüfungsmöglichkeit, etwa wirklich durch Konteneröffnungen, denkbar?

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Sie fragen mich, ob das möglich wäre. Ich halte ziemlich viel für möglich. Es ist ohne weiteres möglich, daß ihm auch der Winter das gegeben hat. Aber es wird alles überprüft im Rahmen des Strafverfahrens. Und weil Sie eben sagen, die 400 000 S habe ich hingenommen. Ich nehme alles hin. Ich kann ihn jetzt nicht drei Stunden fragen, was war mit den 400 000 S und wie haben Sie sie gekriegt, in Fünfzigern oder in Hundertern und wie war das Kuvert, und so weiter, sondern ich lasse alles überprüfen.

Es ist doch so im Strafverfahren, daß, selbst wenn der Beschuldigte geständig ist, man ja nicht entbunden ist davon, das noch zu untermauern durch andere Zeugen, Untersuchungen und so weiter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Letzte Frage, und die ist sicher unzulässig: Halten Sie den Zelniczek, so wie ich ihn halte, als einen engen Kompagnon von Winter?

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Persönlich kann ich nichts sagen, sondern das steht im Protokoll drinnen, daß sie beide, glaube ich, in zwei Klubs waren. Ob sie dort engen Kontakt gehabt haben oder nicht, das weiß ich nicht. Laut Zelniczek hat er, glaube ich, keinen sehr engen Kontakt gehabt, sondern es waren rein geschäftliche Beziehungen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Frau Doktor! Wußte Zelniczek anläßlich seiner Vernehmung am 28. 8. 1980, daß zu diesem Zeitpunkt bereits Präsident Mayer in Haft ist?

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Das hat er gewußt, ja.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Das hat er zu diesem Zeitpunkt gewußt?

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Das hat er ja aus dem Radio erfahren, denn im Gefangenenhaus läuft ja den ganzen Tag das Radio, und die Häftlinge haben die Möglichkeit, alle Nachrichten zu hören.

Obmann Dr. **Steger:** Bei der zweiten Einvernahme, als er die 400 000 S bestätigt hat, hat er auch schon gewußt, daß ...

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Das hat er gewußt, daß der Mayer in Haft ist, am 28. 8.

Obmann Dr. **Steger:** Den Haftgrund wahrscheinlich nicht, der war ja nicht im Radio.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Ich habe ihn nicht gegenübergestellt mit der Aussage des Mayer. Noch nicht, das habe ich mir für einen späteren Zeitpunkt ...

Darf ich nur sagen: Der Herr Zelniczek hat zu mir an diesem 28. 8. gesagt: Ich bin geladen worden für den Untersuchungsausschuß, aber ich will eigentlich nicht hingehen. Ich habe

342 von 382Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

gesagt, in der Strafprozeßordnung steht das drinnen, Sie können sich natürlich schon weigern, dann müssen halt Zwangsmaßnahmen angewendet werden. Aber jedenfalls wollte er nicht gehen, aus welchem Grund ist mir auch unbekannt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Bitte, noch zu der Frage: Mußte Mayer wissen im Zusammenhang dann mit der Inhaftnahme. Präsident Mayer hat bei Ihnen ausgesagt, es gab ein Provisionspouvoir von 1 bis 2 Prozent. Haben Sie überprüft, ob sich die Zahlungen an GEPROMA und PLANTECH im Rahmen dieses Pouvoirs gehalten hätten, denn das hätte ja dafür gesprochen, daß Mayer nichts wissen mußte.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Da hat es Schlüssel gegeben, die je nach der Auftragssumme verschieden waren. Zum Beispiel bei den Zahlungen SEL hat die Firma ITT eine Provision bekommen von dem Auftrag, den SEL bekommen hat, 5 Prozent, und davon ist die Zahlung dann abgegangen an die Firma PLANTECH und GEPROMA, die diese leisten mußte. Das waren auf alle Fälle mehr als 1 bis 2 Prozent. Summenmäßig wird das gerade aufgearbeitet, was genau an Provisionen bezahlt worden ist und wieviel an Provisionen. Es gibt da Briefe von der Firma PLANTECH, wo genaue Schlüssel angegeben sind, was zu bezahlen ist. 1 Prozent, glaube ich, kommt überhaupt nirgendwo vor. Ich glaube, die fangen erst bei 3 Prozent an, soviel ich mich erinnern kann. *(Zwischenruf.)* Bei den Briefen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Bitte, noch zur heutigen Aussage. Zelniczek hat hier als Zeuge unter Wahrheitspflicht ausgesagt, bei Ihnen agiert er als Beschuldigter, und die Wahrheitspflicht ist nicht vorhanden.

Er hat heute, wie Sie bereits wissen, den Erhalt von 400 000 S widerrufen. Ich habe ihn dann gefragt: Was hat Sie veranlaßt, einen falschen Vorhalt — er war ja hier bei der Rechtfertigung, daß ihm die 400 000 S von Ihnen vorgehalten wurden, von Ihnen ausging —, was hat Sie veranlaßt, etwas Falsches zuzugeben? Es war ja die Darstellung, er hat etwas zugegeben, was man ihm vorgehalten hat. Und da hat er gesagt, ja, ich konnte gar nicht so schnell nachdenken, und hat von Streßsituation und so weiter gesprochen, von Druck und Streß und so weiter. Ist das, so wie ich es Ihnen jetzt geschildert habe, eindeutig falsch?

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Ob sich ein Beschuldigter in Streß fühlt, das kann ich natürlich nicht angeben. Es ist möglich, daß sich jeder im Streß fühlt. Aber ich habe ja schon anfänglich gesagt, daß die Vernehmungen mit dem Zelniczek immer in einer guten Atmosphäre gelaufen sind. Ich glaube, am 28. habe ich ihm sogar noch gesagt, ich habe den Gefängnisarzt gefragt, denn Sie haben am Freitag so schlecht ausgeschaut bei der Haftprüfungsverhandlung, der hat mir gesagt, Sie haben eh keinen Herzinfarkt gehabt, und so weiter, also es war fast ein persönliches Gespräch. Von Druckausübung keine Rede. Ob er sich im Streß gefühlt hat, kann ich nicht sagen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber jedenfalls falsch ist, daß er von Ihnen konfrontiert war mit diesen 400 000 S.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Beim 28. 8. — da würde ich sogar sagen, daß ich gesagt habe, wie haben Sie die 400 000 S gekriegt. Nur am 11. 8. . . .

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das ist es hier. Ich meine, wie das das erste Mal entstand.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Hier auf keinen Fall. Das wäre ja schon aus taktischen Gründen falsch gewesen. Ich wollte ja von ihm das wissen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ich möchte mich zuerst, bevor ich die Frau Untersuchungsrichter . . . frage, noch bei Ihnen, Herr Vorsitzender, und bei den Kollegen bedanken. Sie haben alle Fragen an die Frau Untersuchungsrichter gestellt, die wir auch gestellt hätten.

Sie haben aber, Frau Untersuchungsrichter, zuerst gesagt, Sie haben im Akt einige Empfangsquittungen für Prämien, die Zelniczek offiziell aus der Buchhaltung erhalten hat, die Ihnen die WIPO gegeben hat.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Quittungen habe ich nicht, sondern eine Aufstellung. Ich weiß nicht, wann ich die bekommen habe, aber ich habe nur eine Aufstellung gesehen. . . .

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Die Wirtschaftspolizei hat Ihnen eine Aufstellung gegeben und nicht Kopien oder die Originalbelege?

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Wenn ich das genau sagen darf: Nach der Verhaftung von Mayer, am nächsten oder noch am gleichen Tag, hat eine Hausdurchsuchung bei der ITT stattgefunden. Ich glaube, das ist so richtig. Daraufhin habe ich dann einen Bericht von der WIPO bekommen. Den Bericht habe ich mir durchgelesen und habe gesehen, daß Gratifikationen gewährt wurden in der Höhe von 20 000 oder 40 000 S. Den Rest der Hausdurchsuchungsunterlagen habe ich zur Staatsanwaltschaft geschickt, weil es mir nicht möglich war, diese Unterlagen sofort zu sichten, und die Staatsanwaltschaft in dieser Zeit gerade etwas mehr Zeit gehabt hat. In diese Unterlagen habe

ich noch nicht Einsicht genommen. Vielleicht habe ich die — ist das richtig? —, die Sie in der Hand haben. Also ich habe sie nicht gesehen, sagen wir so. Ja, ich habe sie nicht gesehen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Erinnern Sie sich, Frau Untersuchungsrichter, daß da in der Liste von 1972 bis 1977 jedes Jahr eine Gratifikation war?

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Ich bilde mir ein, es waren drei oder vier Gratifikationen, in hintereinander folgenden Jahren. Ob es 1972 war, weiß ich nicht, aber jedenfalls drei oder vier Zahlungen in der Größenordnung 20 000 S bis 40 000 S.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Dann möchte ich Ihnen jetzt nicht diese Belege zeigen, Sie werden sie ja dann noch gesichtet erhalten. Danke schön.

Obmann Dr. **Steger:** Es sind ja auf jeden Fall diese Belege unserem Protokoll angeschlossen. Wir könnten sie gleich heute mitgeben, vor allem, weil diese 100 000-S-Sache offensichtlich Ihnen gar nicht bekannt war. Der Abgeordnete Dr. Schüssel, der so freundlich war, dem Ausschuß das zuzustellen, kann das auch direkt übergeben *(Abg. Dr. Schüssel (ÖVP) übergibt die erwähnten Unterlagen Frau Dr. Partik-Pablé)* und hat das somit getan.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Ist möglich, daß das diese Beträge waren. Ja.

Zum Beispiel dieses Darlehen, davon weiß ich auch nichts, von diesen 100 000 S. Das hat mir der Herr Zelniczek auch nicht gesagt, daß er einmal ein Darlehen bekommen hat.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das war eben die Prämie für diesen Containerauftrag, die verschleiert war steuerlich als Darlehen.

Obmann Dr. **Steger:** Ich bin zuversichtlich, bei der nächsten Einvernahme sagt er es.

Dr. Helene **Partik-Pablé:** Bitte, er kann als Beschuldigter natürlich alles widerrufen. Er kann auch sagen, alles ist nicht wahr.

Obmann Dr. **Steger:** Gibt es noch an die Frau Untersuchungsrichter Fragestellungen? — Das ist nicht der Fall.

Dann danke ich Ihnen für die heutige Einvernahme.

(Die Sitzung wird auf kurze Zeit unterbrochen.)

Abg. **Steinbauer** (ÖVP) *(nachdem Ing. Zelniczek wieder in den Saal gerufen wurde):* Herr Zeuge! Können Sie mir sagen, wann Sie das erstemal — wenn Sie sich aber jetzt sehr genau und präzise erinnern — von PLANTECH erfahren haben, und von wem?

Ing. **Zelniczek:** Wie meinen Sie das? Daß es PLANTECH gibt?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die Existenz der Firma PLANTECH, und von wem Sie das erfahren haben. Wann ist Ihnen erstmals diese Firma begegnet?

Ing. **Zelniczek:** Soviel ich mich erinnern kann, nach dem Brief, den wir von der PLANTECH bekommen haben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann haben Sie das erstemal mit dem Herrn Winter über die PLANTECH geredet?

Ing. **Zelniczek:** Später. Nachher.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also 1972.

Ing. **Zelniczek:** Wahrscheinlich. Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was haben Sie da mit ihm geredet?

Ing. **Zelniczek:** Was ich zuvor gesagt habe. Der Herr Winter hat mich angesprochen über dieses Offert der PLANTECH und hat sich als Mitarbeiter dieser PLANTECH deklariert. Das war das Gespräch.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kennen Sie einen Herrn Hartmann?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kennen Sie eine Firma PFG, Planungsgesellschaft für Gebäudetechnik?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie das mit Sicherheit sagen?

Ing. **Zelniczek:** Das weiß ich 100prozentig.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was ist Ihr Schreibzeichen in der Firma?

Ing. **Zelniczek:** In der Mitte ZE, je nachdem, was ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was heißt das Schreiben, wenn es heißt MV?

Ing. **Zelniczek:** Vertrieb ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Dann CD und WT.

Ing. **Zelniczek:** Das ist die Schreibkraft.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und da gibt es ein GEPROMA-Schreiben, wo ein noch ausständiger Abrechnungsbetrag von 2,9 Millionen Schilling auf 2,5 Millionen Schilling als Schlußabrechnungsbetrag ..., wo man sich einverstan-

den erklärt. Man beruft sich auf Ihr Schreiben vom 4. 12. 1978 und beantwortet dieses Schreiben am 7. 12. 1978. Worum ist es da gegangen?

Ing. **Zelniczek:** Ja, ich weiß, aber die Details weiß ich sicherlich nicht mehr.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge, das ist 1978, es geht um 2,5 Millionen Schilling.

Ing. **Zelniczek:** Ich weiß es nicht. Es wird wahrscheinlich irgendeine Abrechnung gewesen sein über die verschiedenen Geschäftsfälle, wo man irgendwelche Abstriche gemacht hat und ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! Sie haben der Firma GEPROMA vereinfacht gesagt, daß ITT-Österreich 1 bis 1,5 Millionen Schilling davor ausgezahlt hat. Es muß Ihnen ein Geschäftsfall von 2,5 Millionen Schilling deutlich in Erinnerung sein, außer Sie haben etwas zu verschweigen.

Ing. **Zelniczek:** Ich habe nichts zu verschweigen. Das war im Zuge der AKH oder dieser Sache mit der UNIDO, die Zusammenfassung, die Abrechnung. Das wird möglicherweise sein. War das an die GEPROMA?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): GEPROMA schreibt an Sie unter Bezug auf Ihr Schreiben:

Sehr geehrte Herren! Wir danken für Ihr Schreiben vom 4. Dezember — das war Ihr Schreiben, Ihr Aktenzeichen —. Nach unserer Hochrechnung würde sich ein Abrechnungsbetrag von zirka 2,9 Millionen Schilling ergeben. In Anbetracht der bisherigen guten Zusammenarbeit — et cetera, et cetera — sind wir jedoch mit dem von Ihnen genannten Betrag von 2,5 Millionen Schilling als Schlußabrechnungsbetrag einverstanden. Wir bestätigen Ihnen, daß mit der Überweisung des Betrages von 2,5 Millionen Schilling unsere Forderungen aus den laufenden von Ihnen genannten Geschäftsfällen abgegolten sind.

Hat es mit der GEPROMA eine Schlußabrechnung gegeben?

Ing. **Zelniczek:** Das war dann die Schlußabrechnung, nachdem das Geschäft mit der Gebäudeautomation von uns weggegangen ist. Das war die Schlußabrechnung, weil wir das übergeben haben. Das gesamte Geschäft Gebäudeautomation hat ja die SEL nicht weitergemacht, sondern hat sie an die Firma Schindler-Wertheim übergeben ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat der Herr Schwaiger von der AKPE mit Ihnen zu tun gehabt und über PLANTECH und GEPROMA etwas gewußt?

Ing. **Zelniczek:** Nein. Ich habe mit dem Herrn Schwaiger ein einziges Mal ein Gespräch gehabt, da ist es um Konditionen gegangen. Sonst kann ich mich nicht erinnern. Sicherlich nicht über AKPE und GEPROMA.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wie war das, wie Sie da im Café Grillparzer gesessen sind mit dem Herrn Winter und das letzte Gespräch geführt haben vor der Verhaftung des Herrn Winter? Nun können Sie mir nicht sagen, daß Sie nicht wissen, wann das Gespräch stattgefunden hat, denn die Verhaftung des Winter war Schlagzeile in allen Zeitungen. Der Winter war ja immer als direkter Geschäftspartner ja nicht irgendwer, der verhaftet wurde. Können Sie jetzt einmal zurückrechnen von dem Tag ...

Ing. **Zelniczek:** Ja, wir haben, glaube ich, heute schon darüber gesprochen. Ich weiß nicht. Das kann eine Woche gewesen sein, wenn Sie sagen, es war zwei Tage vorher, kann es auch zwei Tage vorher gewesen sein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Worüber haben Sie da gesprochen?

Ing. **Zelniczek:** Habe ich auch schon erwähnt. Wir haben erwartet, daß wir den Anschlußauftrag an die Telephonanlage, nämlich die Stationen, noch bekommen, und ich habe irgendwann einmal erfahren, jetzt kommt eine Ausschreibung neu heraus, von meinen Mitarbeitern, wo das wieder drinnen steht, was wir gedacht haben, daß wir es sowieso kriegen auf Grund der alten Ausschreibung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber nun ist mir nicht einsichtig, wieso Sie diese Telephonanlage nicht bekommen sollten. Denn Sie haben den Hauptauftrag bekommen und Sie haben vier Nachträge bekommen. Jetzt frage ich mich, was da Ihnen nicht mehr zu geben war, oder an wen will man das vergeben? Innerhalb eines Systems ist ja wohl relativ zu hoffen, daß die Anschlußaufträge dann in dem System weiterlaufen.

Ing. **Zelniczek:** Haben wir auch gedacht. Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Worum ging es da genau?

Ing. **Zelniczek:** Es ging um die Telephonstation, um die Fernsprechstationen. Um die Tischstationen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Um die Apparate. Um die Tischapparate. Die sollen nicht an ITT gehen. Welches Volumen hat denn der Auftrag?

Ing. **Zelniczek:** So ein Apparat kostet ganz grob gerechnet 1 000 S, und das sind 4 000 Apparate, und Spezialapparate dazu, sicherlich 2 Millionen Schilling, 6 Millionen Schilling vielleicht. Ich weiß es nicht genau ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bei dem Gespräch, das knapp vor der Verhaftung des Herrn Winter stattfand, haben Sie auch, nachdem die ganze Welt den AKH-Fall diskutiert hat, zu diesem Zeitpunkt nicht über AKH und die auftauchenden Firmen gesprochen und über die liechtensteinischen Konten?

Ing. **Zelniczek:** O ja. Das habe ich ja gesagt. Der Herr Winter hat mir damals gesagt, mit GEPROMA, das funktioniert nicht oder ist geplatzt, irgend eine solche Formulierung gebrauchte er. Also kann man mit keiner Hilfe damit rechnen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt sage ich, ist es sehr wichtig, daß Sie sehr genau wiedergeben, was der Herr Winter gesagt hat. GEPROMA ist geplatzt, was mußte bei Ihnen klar sein? GEPROMA ist geplatzt, heißt, unsere Provisionszahlungen über GEPROMA, unsere Schmiergeldzahlungen, denn bitte Provisionen waren das ja keine, funktionieren nicht. Wie haben Sie darauf reagiert? Was hat Winter gesagt, wird er eine Ersatzfirma anbieten?

Ing. **Zelniczek:** Über das haben wir nicht gesprochen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat Winter Sorge gehabt, daß es Folgen für ihn persönlich haben kann?

Ing. **Zelniczek:** Er hat gesagt, ihm geht es nicht gut. Das hat er gesagt. Er ist da sehr stark involviert in dieser Sache.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Mußten Sie nicht, nachdem Ihr Aktenzeichen ZE auf diesen ganzen GEPROMA-Briefen ist, auch Sorge haben, daß es Ihnen nicht gut geht?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe das gemacht, was man von mir erwartet, daß ich für die Firma ein Geschäft hereinbringe. Und wie ich das entriert habe, bin ich der Meinung gewesen, daß das alles seine Ordnung hat. Denn bei uns gibt es einen Rechtsdienst und alles mögliche, ich bin ja nicht der, der die ordnungsgemäße, die rechtliche Ordnung eines Geschäfts zu beurteilen hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer ist Ihre persönliche Steuerkanzlei?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe keine Steuerberatung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben keine Steuerberatung. Und es ging nicht um irgendwelche Papiere, die zwischen Ihnen und Winter vorhanden waren und wo Sie meinen, das sind Zusammenhänge, die ungut wären?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. **Steinbauer:** Mußte auch nichts vernichtet werden?

Ing. **Zelniczek:** Zu diesem Zeitpunkt nicht. Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann mußte vernichtet werden?

Ing. **Zelniczek:** Es mußte überhaupt nicht vernichtet werden, es wurde leider etwas vernichtet, und das tut mir fürchterlich weh. Das war zu diesem Zeitpunkt, wie wir diese Übergabe des Vertrages von ITT, also von SEL an die Firma Schindler, hatten, da ist der Akt, der bei mir stand, weggeschmissen worden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie irgendetwas vernichtet dem Winter zuliebe? Zu diesem Zeitpunkt.

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie mit dem Winter über die Sicherstellung von irgendwelchen Akten gesprochen, im Grillparzer oder in diesen letzten Tagen?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist Ihnen bewußt, daß Sie der letzte Gesprächspartner des Herrn Winter vor seiner Verhaftung waren?

Ing. **Zelniczek:** Das war mir nicht bewußt, aber ich weiß es jetzt scheinbar, daß das so war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was hat er in seinem Kofferraum gehabt?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe ja nicht einmal das Auto gesehen, ich weiß ja gar nicht, ob er mit dem Kofferraum, ob er mit dem Auto da war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also Sie sind im Grillparzer gesessen, ich nehme an, das war das Kaffehaus, da trinke ich auch bisweilen Kaffees. Nur Sie sind im Grillparzer gesessen, und dann ist der Winter hinausgegangen, nervös gewesen, und Sie sind ganz woanders hingegangen.

Ing. **Zelniczek:** Ich bin zu meinem Auto gegangen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Am nächsten Tag haben Sie in den Zeitungen gelesen, daß Winter verhaftet worden ist.

Ing. **Zelniczek:** Ja, ich kann wirklich nicht sagen, ob das zeitlich so beieinander war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wissen Sie, daß Sie jetzt noch mit längerer Untersuchungshaft rechnen müssen, denn es ist ja jetzt anzunehmen, daß auch Sie was vernichtet haben, wenn Sie nicht sagen, wie es wirklich war?

Ing. **Zelniczek:** Es war wirklich so, ich kann nicht mehr sagen. Ich habe einmal der Untersuchung zuliebe etwas zugegeben, weil ich geglaubt habe, das ist etwas Gutes. Das ist schlecht. Was es wiegt, das hat es. Ich habe

kein Auto vom Winter gesehen, ich habe nichts vernichtet und ich habe noch weniger natürlich einen Kofferraum gesehen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben gesagt, hinter Winter, ich zitiere wörtlich: „Ich habe angenommen, daß es Herren sind, die der Stadt Wien und dem Bund nahestehen, Angestellte von Bund und Gemeinde Wien, die Einfluß haben." Wer sind diese Herren gewesen nach Ihrer Meinung?

Ing. **Zelniczek:** Das weiß ich nicht. Außerdem war das ja in Frage und Gegenfrage. Können das Herren von Bund und Gemeinde Wien gewesen sein, wurde ich gefragt. Sage ich: Das könnte auch sein. Ich meine, es ist ja leider nicht so aufgeschrieben der Reihe nach, wie es bei einem Verhör vor sich geht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wenn Sie jahrelang insgesamt 18 Millionen nach meiner Rechnung und einen großen Betrag allein von ITT Österreich an diese liechtensteinischen Firmen abliefern mußten, um den Auftrag zu bekommen, haben Sie da den Eindruck gehabt, daß Sie nur an den Herrn Winter persönlich, von dem Sie wußten, daß er damit verbandelt war, ablieferten? Das ist ja allein vom Betrag her lächerlich, verglichen mit der Gratifikation, die Sie bekommen haben, mit den 400 000 S, ist ja das schon lächerlich, die Sie angeblich nicht bekommen oder bekommen haben. Entweder ist der Winter mit Ihrem Wissen zum Millionär gefüttert worden, oder es müssen mehr dahinter gewesen sein. Was für Leute sind da dahinter?

Ing. **Zelniczek:** Ich weiß es nicht. Ich weiß es nicht, und der Herr Winter hat es mir auch nicht gesagt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Noch einmal: Herr Zeuge, schauen Sie, es geht auch um die Einschätzung Ihres Falles. Nicht nur die Einschätzung von uns, sondern die Einschätzung Ihres Falles bei Gericht später. Und da werden sicher auch die Unterlagen von hier verwendet werden. Sie haben sich ja etwas denken müssen, wenn Jahr um Jahr Millionenbeträge direkt oder über SEL oder, oder, oder an Ihren Gesprächspartner Winter fließen. Der einzige, von dem Sie aber mit Sicherheit wissen, daß er mit PLANTECH und GEPROMA verbunden ist. Welche Vermutungen haben Sie im Lauf dieser Jahre angestellt? Sie sind nicht einer, der blind durch die Welt geht.

Ing. **Zelniczek:** Wir haben verschiedene Vermutungen, aber keine namentlichen Vermutungen, und unter einer dieser Vermutungen hat man auch gedacht, vielleicht werden Parteien finanziert, aber diese Vermutungen, die ich habe, sind für nichts gut. Ich habe nichts gewußt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben gesagt, „wir" haben verschiedene Vermutungen angestellt. Wer waren die „wir"?

Ing. **Zelniczek:** Das war einmal bei einem Gespräch mit dem Herrn Generaldirektor Hainisch oder zweimal, wo man gesagt hat, das ist viel Geld, wer kriegt das, und so weiter. Aber ich kann wieder nur behaupten, ich habe keinerlei konkrete Anhaltspunkte, weder auf eine Person noch auf sonst etwas gehabt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wen decken Sie denn da?

Ing. **Zelniczek:** Ich decke keinen Menschen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben mit dem Winter auch nie gesprochen und gefragt, mit wem machst du da die Firma?

Ing. **Zelniczek:** Nein, habe ich nicht gesprochen. Ich wollte das, ehrlich gesagt, Sie haben das richtig gesagt, ich bin gar nicht neugierig eigentlich gewesen, hier etwas zu wissen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun hat aber nach Ihrer Aussage der Winter selber einmal zu Ihnen gesagt, daß Winter eine Äußerung machte, aus der für mich jedenfalls hervorging, daß auch Gelder an Parteien fließen.

Ing. **Zelniczek:** Das könnte damit herauszulesen sein. Ich muß eines dazu sagen: Das sind uralte Sachen, die sich vor Jahren, vor fünf oder sechs Jahren abgespielt haben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Warum haben Sie den Winter immer „Egli" genannt im ersten Verhör?

Ing. **Zelniczek:** Weil ich ein Gespräch mit ihm geführt habe und man Winter nicht hineinschreiben wollte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben aber im Verhör, in der Vernehmung, immerhin dem Gericht, der Untersuchungsrichterin konsequent einen falschen Namen genannt, nämlich den Namen Egli. Warum haben Sie das gemacht?

Ing. **Zelniczek:** Weil das ja in den Briefen noch drinnengestanden ist, und damals haben wir ja noch gesagt, sagen wir das, was drinnensteht. Das ist im Brief beweisbar.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es gibt Egli-Briefe irgendwo?

Ing. **Zelniczek:** Es gibt einen Brief, also unsere Antwortschreiben an die GEPROMA, wo drinnensteht, daß wir das Angebot annehmen und daß wir auf Grund der Vorkorrespon-

denz und — so ungefähr war das Gespräch mit Herrn Egli — das akzeptieren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber es ist ein Unterschied, ob es einen Brief gibt oder ob Sie sich hinsetzen und der Untersuchungsrichterin in einem längeren Verhör konsequent einen falschen Namen sagen. Das läßt mich ja Sie fragen, ob Sie nicht noch weiteres hinter Winter im Zusammenhang mit PLANTECH und GEPROMA wissen. Oder zumindest, wenn Sie es nicht wissen, dann würden Sie doch bitte so freundlich sein und uns hier Ihre Vermutungen sagen. Von welchen Menschen glauben Sie, daß der Winter es zusammen mit welchen Menschen — PLANTECH und GEPROMA — betrieben hat? Sie werden mir doch nicht einreden, daß Sie dem Herrn Winter allein Million um Million hineingesteckt haben und nie nachgedacht haben, ob er das allein verbraucht hat oder mit anderen teilt oder teilen mußte. Mit wem hat er nach Ihrer Vermutung geteilt?

Ing. **Zelniczek:** Das kann ich Ihnen wirklich nicht sagen. Er hat eine Firma gehabt, und an der Firma waren verschiedene beteiligt, ich habe mir auch vorgestellt, daß es bei dieser Firma ja nicht nur um Geschäfte vom AKH geht, der Teil AKH ist der Winter, sondern um irgend andere Geschäfte auch, und das ist ein Konsortium, das diese PLANTECH betreibt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was für Leute? Sie haben jetzt schon wieder gesagt, er hat eine Firma gehabt, an der waren verschiedene beteiligt. Was für Leute? Da haben Sie sich ja etwas vorgestellt.

Ing. **Zelniczek:** Nein, da habe ich mir nichts vorgestellt. Ich habe ja gesagt: Ich habe eigentlich auch gar nicht besonders den Ehrgeiz gehabt, hier Namen zu erfahren.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben gerade gesagt: „Wir" haben vereinbart, daß wir das mit Egli sagen. Wer ist „wir"?

Ing. **Zelniczek:** Das ist im Zusammenhang mit meiner vorherigen Aussage, wo wir, bevor ich hierher kam, gesagt haben, reden wir nur von dem, was echt da ist, schriftlich da ist. Und der Name Egli ist vorgekommen.

Obmann Dr. **Steger:** Das „wir" ist jetzt derselbe Personenkreis, den Sie vorher genannt haben? Heißt „wir". Jetzt haben Sie auch gesagt: wo „wir" gesagt haben. Sagen Sie uns die Namen! Wer ist „wir"?

Ing. **Zelniczek:** Das paßt dazu zum Herrn Hainisch und zum — ich weiß nicht, mit wem ich noch darüber geredet habe. Das paßt zu dem dazu, daß wir das wiederholen, aussagen, was hier schriftlich beweisbar ist.

Obmann Dr. **Steger:** „Wir" ist Herr Generaldirektor Hainisch, und wer noch?

Ing. **Zelniczek:** Ich glaube, Dr. Rose, über den habe ich auch gesprochen.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn Sie weiter nachdenken: Wer ist „wir"?

Ing. **Zelniczek:** Niemand.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sind Sie sich bewußt: Wenn Sie jetzt keine weiteren Namen nennen, taucht ja der Verdacht auf, daß die Rückflüsse vom Winter an Sie gelaufen sind.

Ing. **Zelniczek:** Wieso kann . . .

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie sind der, der mit Winter das Ganze abgewickelt hat. Sie reden mit Winter auch über PLANTECH und GEPROMA und Sie durchschauen das Ganze relativ vom Anfang, wie Sie auch hier gesagt haben.

Wenn Sie nicht hier sagen, wir haben geglaubt, der und der oder die Leute sind dabei, und die näher definieren, ist ja die Gefahr, daß man sagt, der Winter hat mit Ihnen geteilt. Allein hat er das nicht verfressen, das wissen wir.

Ing. **Zelniczek:** Ich kann Ihnen nicht helfen, ich weiß das nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie haben von ihm auch nichts gekriegt?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe auch nichts gekriegt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bei Ihnen wurde ein Schreiben Wieshofer an Waiz mit handschriftlichen Notizen gefunden. Wer ist der Herr Wieshofer?

Ing. **Zelniczek:** Wieshofer und Waiz? — Ach, das war das mit der Gebäudeautomation.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer ist der Wieshofer?

Ing. **Zelniczek:** Von irgendeiner Konkurrenzfirma der Chef, glaube ich. Lassen Sie mich nachdenken.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und handschriftliche Notizen waren dabei.

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): An die können Sie sich erinnern?

Ing. **Zelniczek:** Ich wurde mit dem Schreiben vor nicht allzulanger Zeit konfrontiert.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und da haben Sie gesagt, die sind nicht von Ihnen, die Notizen.

Ing. **Zelniczek:** Die handschriftlichen Notizen? — Die sind sicher nicht von mir.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die sind vom Wieshofer.

Ing. **Zelniczek:** Das weiß ich nicht ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Um was ist es da gegangen, in dem Schreiben?

Ing. **Zelniczek:** Diese Firma hat sich darüber beschwert, daß sie bei dem Auftrag nicht zum Zug gekommen ist, soviel ich mich erinnere.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wieso war das für Sie so interessant, daß Sie das aufgehoben haben?

Ing. **Zelniczek:** Das war gar nicht interessant, das ist zufällig noch in einer Mappe gelegen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber es waren ja offenkundig umfangreiche handschriftliche Notizen dabei. Warum haben Sie sich das aufgehoben?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe mir das nicht aufgehoben. Das ist in irgendeinem Ordner drinnen gelegen und ist übrig geblieben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kennen Sie den Sektionschef Waiz?

Ing. **Zelniczek:** Den Sektionschef Waiz habe ich in meinem Leben, glaube ich, ein- oder zweimal gesehen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Im Club 45 oder wo?

Ing. **Zelniczek:** Nein, ich glaube nicht, sondern bei der Eröffnung von der UNIDO, und ich glaube, dann dürfte es schon aus sein. Ich kann mich sonst nicht erinnern.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und was haben Sie sich dabei gedacht, wie der Winter sagte, Parteienfinanzierung wird damit betrieben?

Ing. **Zelniczek:** Winter hat nicht konkret von Parteienfinanzierung geredet, sondern das ist eine Interpretation von mir.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie uns andere nennen, die mit dem Winter zusammen die PLANTECH und GEPROMA betrieben haben könnten, wenn das Geld schon nicht den Parteien zufließt? Weil Sie sind ja auch der Meinung, daß der Winter nicht die 18 Millionen allein aus ITT kassiert hat, zumal plus Siemens, plus, plus. Sie können sich ja vorstellen, daß das für einen Mann doch recht viel ist. Mit wem könnte denn nach Ihrer jahrelangen Kenntnis der Person als Geschäftspartner Winter geteilt haben?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe mir — ich wiederhole mich jetzt schon wieder — damals auch den Kopf darüber nicht zerbrochen, und ich würde auch jetzt keinen Namen nennen, weil ich ja keinerlei Beweise habe, wenn ich auch eine Ahnung hätte oder sonst etwas. Ich kann nicht irgend jemand hineinziehen und sagen, der könnte dabei gewesen sein. Das hat ja gar keinen Sinn. Ich kann nichts beweisen. Und der Winter hat mir nichts gesagt.

Obmann Dr. **Steger:** Damit wir einmal damit Schluß machen: Sie sind verpflichtet, hier die Wahrheit zu sagen, ob Sie darüber schriftliche Beweise haben oder nicht, wenn Sie gefragt werden.

Ing. **Zelniczek:** Ich sage die Wahrheit.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben jetzt gerade gesagt, ich kann das deswegen nicht sagen, weil ich keine schriftlichen Beweise habe. Sie haben hier auf die Fragen der Mitglieder des Untersuchungsausschusses die wahrheitsgemäße Antwort zu geben und nicht jeweils nachzudenken, ob Sie das schriftlich beweisen können, was Sie sagen. Ich bitte Sie daher, in diesem Sinne die Fragen zu beantworten und sonst in gar keinem Sinne. Nicht, was Ihnen irgend jemand gesagt hat, mit schriftlichen Unterlagen, die Sie haben müssen, wenn Sie etwas beantworten.

Beantworten Sie daher jetzt bitte die Fragen des Herrn Abgeordneten Steinbauer ausschließlich aus dem Gesichtspunkt, ob es wahr ist oder unwahr ist, und nicht, ob Sie es schriftlich haben oder nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie irgendwo Firmenbeteiligungen?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Konten im Ausland?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Treuhandschaften?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Ing. Zelniczek! Sie haben gesagt, der Akt, der dann an Wertheim übergeben wurde, wo vorher die GEPROMA-Korrespondenz drin war, der bei Ihnen war, ist vernichtet worden, er ist Ihnen sozusagen weggenommen worden. Wer hat Ihnen diesen Akt weggenommen und wer hat ihn vernichtet?

Ing. **Zelniczek:** Also, das habe ich nicht so gesagt, sondern erstens einmal war das nicht der Gesamtakt, sondern der ganze Akt über diese AKH-Geschichte ist übergeben worden an die Firma, die das nachher weiterführt,

logischerweise, weil die ganze Vorkorrespondenz ...

Es war nur ein verhältnismäßig kleiner Akt, wo die Korrespondenz drinnen war, die Teilkorrespondenz, wo ich gezeichnet habe.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Von der GEPROMA!

Ing. **Zelniczek:** Zu diesem Zeitpunkt im Zuge eines Reinemachens von den Kästen ...

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Schmeißen wir es weg, nicht?

Ing. **Zelniczek:** ... wurde ich gefragt von meiner Sekretärin: Was machen wir mit dem Akt, brauchen wir den noch? Ich habe gesagt, warten wir noch ein bißchen, und habe den Dr. Rose gefragt: Brauchen wir meine Unterlagen noch? Und er sagt, ich habe in der Buchhaltung alle Unterlagen, die notwendig sind, und wir haben es weggeschmissen. So war das.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Also, Sie haben oder Ihre Sekretärin hat den Akt weggehaut, nachdem Sie rückgefragt haben, ob Sie das dürfen?

Ing. **Zelniczek:** Jawohl.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und Sie können sich nicht vorstellen, daß hinter GEPROMA und PLANTECH außer dem Herrn Dipl.-Ing. Winter noch aus der Branche, also von Konkurrenzfirmen von Ihnen, Herren beteiligt sind? Ich will keine Namen, aber können Sie sich das vorstellen? Ließe das eine Vermutung zu?

Ing. **Zelniczek:** Wenn wir von Vermutungen reden: Man kann im jetzigen Stadium mit dem jetzigen Wissen natürlich sich eine Menge vorstellen, aber ich weiß nicht, was ich mir damals vorgestellt habe.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Was stellen Sie sich jetzt vor?

Ing. **Zelniczek:** Daß Leute dabei gewesen sein können.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Das verstehe ich noch immer nicht ganz: Der Akt ist weggeschmissen worden über das Geschäft, das weitergegeben wurde?

Ing. **Zelniczek:** Ein Teil davon. Das GEPROMA ...

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben immerhin einige Millionen bezogen als Provision, nämlich offiziell die Firma ITT dafür, daß sie das Geschäft gebracht hat für Deutschland.

Ing. **Zelniczek:** Das ist ja in der Buchhaltung. Dieser Teil ist ja hier. Es ist ja nur jener Teil des Aktes weggeworfen worden, wo ich etwas geschrieben habe in dem Zusammenhang, und das war ja nicht viel. Es war nicht meine Hauptaufgabe, das AKH als ITT-Mensch zu managen, ich habe ja andere Aufgaben gehabt.

Obmann Dr. **Steger:** Was haben Sie geschrieben, was da weggeworfen worden ist?

Ing. **Zelniczek:** Das waren die Briefe, von denen wir teilweise sowieso Kopien haben, diese Briefe an die GEPROMA, von uns an die GEPROMA, die GEPROMA an uns, Briefe in dieser Angelegenheit an die SEL.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist erst 1978, das kann doch damals nicht weggeworfen worden sein. Sie haben ja gesagt, das ist viel früher weggeworfen worden.

Ing. **Zelniczek:** Nein, das war zu dem Zeitpunkt, als die SEL den Auftrag von der Behälter-Förderanlage an die Firma Schindler übergeben hat.

Obmann Dr. **Steger:** Bei dem Brief, den Ihnen der Herr Abgeordnete Steinbauer vorgelesen hat, vorgehalten hat, fällt auf, daß eine Reduzierung von 2,9 Millionen auf 2,5 Millionen gemacht wird. Es fällt weiters auf, daß irgendwann zumindest, wenn auch jetzt widerrufen, gesagt wurde, daß Sie 400 000 S bezogen haben. Ein logischer Schluß wäre jetzt, daß die Firma GEPROMA, der Herr Dipl.-Ing. Winter, der Meinung ist, daß diese 400 000 S man daher hier reduzieren muß, weil die schon wer gekriegt hat. Ist das ein unzulässiger Schluß?

Ing. **Zelniczek:** Der ist sehr unzulässig, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Unserer ist da sehr unzulässig. Wieso eigentlich?

Ing. **Zelniczek:** Weil es nicht den Tatsachen entspricht.

Obmann Dr. **Steger:** Wissen Sie einen Grund, warum jemand wie der Herr Dipl.-Ing. Winter oder die Firma GEPROMA, die so auf jeden Schilling warteten und das offensichtlich eingetrieben haben, auf einmal auf 400 000 S verzichtet haben?

Sie kennen ihn ja inzwischen ganz gut. Können Sie mir den Grund nennen, wieso der so auf einmal auf 400 000 S verzichtet? Fast eine halbe Million Schilling!

Ing. **Zelniczek:** Na ja, ganz einfach. Es ist eine Forderung dagewesen über die Abrechnung, die war meiner Meinung nach überhöht, jetzt habe ich die reduziert, wenn er lange herumgeschrieben hätte, der hat wahrscheinlich lieber die 2,5 Millionen Schilling im Sack gehabt, als mit mir noch monatelang zu diskutieren darüber, ob er doch das andere kriegt.

Obmann Dr. **Steger:** Es steht hier ausdrücklich: In Anbetracht der bisherigen guten Zusammenarbeit und eventuell weiterer

gemeinsamer Aktivitäten sind wir doch mit dem von Ihnen genannten Betrag einverstanden.

Und dann kommt nämlich genau die Formulierung, wie man sie zum Beispiel unter Anwälten üblicherweise schreibt, wenn man eine Bestätigung geben will, daß es damit erledigt ist, ohne daß man den genauen Grund schreibt. Er schreibt nämlich dann: Wir bestätigen Ihnen, daß mit der Überweisung des Betrages von 2,5 Millionen Schilling unsere Forderungen aus den laufenden von Ihnen genannten Geschäftsfällen abgegolten sind.

Es klingt nämlich jetzt genauso, als hätte GEPROMA damit Ihrer Firma bestätigt, daß, über welchen Weg auch immer, Sie allenfalls 400 000 S gekriegt haben, Sie mit einzurechnen sind und es damit erledigt ist. Das ist ein ganz absurder Gedanke?

Ing. **Zelniczek:** Das stimmt nicht. Das ist eine reine Zufälligkeit der beiden Zahlen.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt hören wir von der Frau Untersuchungsrichter ausdrücklich, daß der Betrag von 400 000 S von Ihnen genannt wurde, nicht von ihr.

Ing. **Zelniczek:** Nein. Das habe ich mir vorgestellt, daß sie das sagt. Absolut nicht, sie hat als erste gesagt: Warum geben Sie nicht zu, daß Sie 400 000 S gekriegt haben?

Obmann Dr. **Steger:** Und wir hören weiters, Sie haben heute gesagt, vielleicht hat sie aus dem Einser von den 100 000 S einen Vierer gemacht und deswegen 400 000 S gesagt. Das haben Sie heute gesagt. Sie können sich erinnern?

Ing. **Zelniczek:** Nein, ich habe gesagt: Vielleicht hat sie sich geirrt beim Lesen und hat mir 100 000 S, die sie gewußt hat, vorgehalten.

Obmann Dr. **Steger:** Bestätigen Sie jetzt noch einmal, daß Sie das gesagt haben?

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Sie war gerade da und hat uns berichtet, daß sie bis jetzt von diesen 100 000 S gar nichts gewußt hat.

Ing. **Zelniczek:** Ich habe ihr von 100 000 S gesagt, und sie hat dann gesagt: Wie war das mit den 100 000 S? Jetzt habe ich die 100 000 S auf zweimal 50 000 S zerteilt, die da in den Akten ...

Obmann Dr. **Steger:** Da stehen zweimal 50 000 S. Ah, das sind die 100 000 S?

Ing. **Zelniczek:** Das sind die 100 000 S. Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Die haben Sie auf zweimal 50 000 S zerteilt in der bisherigen Einvernahme. Sie machen es halt niemandem sehr leicht, wenn Sie da immer wieder bissel zerteilen und anders darstellen und ähnliches.

Außerdem muß ich Sie darauf aufmerksam machen: Im Laufe der Zeit wird es für Sie im Gerichtsverfahren sehr schwierig werden, nämlich dann in der Hauptverhandlung, wenn bei sehr vielen Dingen feststellbar ist, daß Sie verschiedene Aussagen gemacht haben. Es wird irgendwann passieren können, daß alle anderen Leute alles bei Ihnen abladen, weil Sie so viel Widersprüche haben und man Ihnen sowieso nichts glaubt. Ich will Sie davor warnen. Überlegen Sie sich das sehr gut!

Sagt Ihnen der Begriff „das Kaffeehaus" etwas?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Sie sind doch der Verkaufsleiter der Firma ITT. Sie haben noch nie davon gehört?

Ing. **Zelniczek:** In welchem Zusammenhang: „Kaffeehaus"?

Obmann Dr. **Steger:** Im Zusammenhang mit der Auftragsakquisition im öffentlichen Bereich bei Großaufträgen.

Ing. **Zelniczek:** Ich persönlich weiß den Begriff „Kaffeehaus" nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben noch nie gehört, welche Firmen unter diesem Begriff in Ihrer Branche gewisse Absprachen machen und wie das da vor sich geht? Sie sind doch der Verkaufsleiter?

Ing. **Zelniczek:** Ja, sicherlich. Es gibt Besprechungen...

Obmann Dr. **Steger:** Wer kann das sonst in Ihrer Firma gemacht haben ohne Ihr Wissen?

Ing. **Zelniczek:** Ich bin ja nicht der Gesamtverkaufsleiter der Firma ITT-Austria, sondern nur für einen Teilbereich. Da fällt ja eine Menge weg. Das ist gerade nur jener Bereich, den der sogenannte Privatvertrieb bei uns macht. Da fällt der Behördenbereich weg und eine ganze Menge anderer Sachen auch noch. Export geht mich nichts an. Behörden, wie gesagt, gehen mich nichts an.

Obmann Dr. **Steger:** Jedenfalls sagt Ihnen der Begriff „das Kaffeehaus" nichts?

Ing. **Zelniczek:** „Kaffeehaus" sagt mir nichts.

Obmann Dr. **Steger:** Bis zu dem Augenblick, wo es schriftlich bewiesen wird.

Ing. **Zelniczek:** Daß ich in einem Kaffeehaus war? Ich weiß nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Der Begriff „das Kaffeehaus". Ich erspare mir, das Ihnen jetzt vorzulesen, aber es wird schon noch auch mit herauskommen, wie es da weitergeht.

Zur Frage: Wie haben Sie das Boot gekauft? Wie haben Sie das bezahlt? Aus dem Koffer bar oder mit Scheck oder mit Überweisung?

Ing. **Zelniczek:** Erstens einmal gehört das Boot rechtlich ja noch gar nicht mir. Wir haben einen Vertrag gemacht mit dem Herrn Dobiassen, den ich privat langmächtig kenne, weil ich auf alle Bootsmessen gefahren bin. Ich bin ja am Wasser weiß ich wie lange schon zu Hause. Und er hat gesagt, er wäre interessiert, so ein Boot auf der Adria stehen zu haben, um es den Deutschen vorzuführen, weil ja nach Norwegen niemand hinfährt, und er hat mir eine günstige Kondition gemacht und hat gesagt: Paß auf, zahl mir da abschnittweise Geld, wenn du eines hast, und nach 300 000 S gehört das Boot dir. So ungefähr war das.

Obmann Dr. **Steger:** Wieviel haben Sie bisher bezahlt?

Ing. **Zelniczek:** Ungefähr 300 000 S.

Obmann Dr. **Steger:** Und in welchen Teilbeträgen?

Ing. **Zelniczek:** Das waren so 50 000 S-Beträge. Mehr oder weniger war es eine Chartergebühr.

Obmann Dr. **Steger:** Die Begründung im Akt, daß Sie das aus einer größeren Summe gemacht haben, ist daher auch falsch?

Ing. **Zelniczek:** Aus welcher größeren Summe?

Obmann Dr. **Steger:** Das ergibt sich sinngemäß, daß Sie da ein Boot gekauft haben eben und daß Sie diesen Großbetrag ...

Ing. **Zelniczek:** Ich habe gesagt, das Boot gehört mir. Ich muß dazu sagen, das ist sehr weit hergeholt. Ich sage immer, das ist mein Auto, in Wirklichkeit habe ich kein Auto, das gehört der Firma. Ich meine, ich habe es immer zur Verfügung gehabt. Und es ist in dem Sinn zu verstehen.

Obmann Dr. **Steger:** Kennen Sie den Herrn Sefcsik?

Ing. **Zelniczek:** Nein. Erst jetzt aus der Zeitung.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie von anderen Firmen im Zusammenhang mit Zahlungen an PLANTECH oder GEPROMA etwas gehört?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Warum ich das frage: Es ist normalerweise so, daß man als Verkaufsleiter den Markt ein bißchen beobachtet und da zum Beispiel durch solche Gespräche bereits erfährt, daß man eben wo einzahlen muß, wenn man zu Aufträgen kommen will. Es ist ja auffallend, daß das Ganze im „Börsenkurier" schon vor sehr langer Zeit gestanden ist, daß man dort einzahlen muß auf diese Konten, wenn man Aufträge haben will. Noch lange, bevor es bei uns bekannt war. Haben Sie da irgendwo bei solchen Gesprächen etwas erfahren einmal?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe garantiert nicht von einer Konkurrenz oder von sonst jemandem erfahren, daß an die GEPROMA oder an PLANTECH bezahlt wird. Das wäre auch für uns ein Grund gewesen, daß man sich das Ganze überlegt hätte, wenn das mit anderen Firmen, mit Konkurrenzfirmen ...

Obmann Dr. **Steger:** Nicht unbedingt dann, wenn es gleichzeitig ein Kartell gibt, das nicht angemeldet ist, wie es zum Beispiel unter der Überschrift: „das Kaffeehaus" existiert. Dann zahlt man nämlich trotzdem.

Ing. **Zelniczek:** Das weiß ich nicht. Ach so, wenn Sie das damit meinen. Ja, bitte.

Obmann Dr. **Steger:** Davon haben Sie noch nie etwas gehört?

Ing. **Zelniczek:** Von was?

Obmann Dr. **Steger:** Quasi-Kartell „das Kaffeehaus".

Ing. **Zelniczek:** Nein. Es hat kein ... Sie, wenn Sie unsere Branche kennen, was da für Konkurrenzkämpfe waren und was sich da tut, dann, glaube ich, kommt kein Mensch auf die Idee, daß da wesentliche Einstimmigkeit war bei der Preisbildung oder bei sonst etwas.

Obmann Dr. **Steger:** Beim IAKW, mit wem, haben Sie geglaubt, hat der Herr Winter geredet, daß der Herr Winter da etwas bezahlt bekommt für Aufträge, daß es dann wirklich klappt mit den Aufträgen? Mit wem, glauben Sie, hat er geredet? Sie müssen sich das doch damals überlegt haben und sicher irgend jemandem gegenüber, zumindest Ihrem Chef gegenüber, begründet haben. Der hat ja gefragt.

Ing. **Zelniczek:** Ja, ich habe das schon erwähnt. Meine Mitarbeiter haben mir gesagt, es gibt gewisse Widerstände gegen unsere Technologie, die wir dort liefern wollten und auch geliefert haben, von den Benützern her, also von den zukünftigen Benützern. Hier, das habe ich auch damals, glaube ich, dem Winter gesagt, habe ich mir gedacht, daß da eine Einflußnahme kommt bei diesen Kreisen. Tatsache ist, daß wir den Auftrag bekommen haben.

Obmann Dr. **Steger:** Also: Bei wem Einflußnahme?

Ing. **Zelniczek:** Ich kenne sie ja nicht. Ich habe persönlich da ja gar nicht verhandelt. Ich kenne die Leute nicht, die da maßgebend sind.

Obmann Dr. **Steger:** Was haben Sie Ihrem Chef gesagt, warum es sinnvoll ist, dem Herrn Winter etwas zu zahlen, bei wem er Einfluß nehmen kann? Der hat Sie vorher unter Garantie gefragt.

Ing. **Zelniczek:** Ich habe ihm dasselbe gesagt, was ich Ihnen jetzt gesagt habe.

Obmann Dr. **Steger:** Er hat nach keinem Namen gefragt?

Ing. **Zelniczek:** Er hat nach niemandem gefragt. Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Auch nicht nach dem Namen des Herrn Winter?

Ing. **Zelniczek:** Den hat er ja gewußt. Das war damals schon bekannt.

Obmann Dr. **Steger:** Aber der Herr Winter war doch damals Beamter bei der Gemeinde Wien.

Ing. **Zelniczek:** Ich weiß nicht, wann das war.

Obmann Dr. **Steger:** Das war ja vor 1975.

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Wieso hat Ihr Chef einfach geglaubt, daß einem Beamten der Gemeinde Wien, der mit dem IAKW überhaupt nichts zu tun hat, etwas einbezahlt wird und daß es daraufhin klappt beim IAKW?

Ing. **Zelniczek:** Aus dem einfachen Grund, weil wir damals ja nicht geglaubt haben, daß der Winter der Alleinseligmachende ist da drinnen, und ich weiß das auch jetzt nicht, sondern daß ja damals andere Leute auch mit dabei waren, daß schon irgend jemand dabei ist, der zu diesen internationalen Behörden einen Einfluß hat.

Obmann Dr. **Steger:** Wer vergab denn die Aufträge beim IAKW? Die vergaben ja nicht die internationalen Behörden, wer hat sie denn vergeben, die Aufträge?

Ing. **Zelniczek:** Die IAKW also.

Obmann Dr. **Steger:** Na wer? Sagen Sie mir jetzt Namen. Es müssen ja auch wieder Verträge gemacht worden sein, wo Namen draufstehen.

Ing. **Zelniczek:** Der Vorstand der IAKW bestand damals, glaube ich, auf alle Fälle aus Dipl.-Ing. Weich, aus dem — wie heißt der andere? — Dr. Buschmann, glaube ich, und dann der Dr. Dipl.-Ing. — wie hat er geheißen? —, der den Bau geführt hat, ehemaliger Baudirektor von der Niederösterreichischen Landesregierung, glaube ich, oder von der BGV. Diese drei Herren haben das vergeben.

Obmann Dr. **Steger:** Und mit wem von den dreien, glauben Sie, hat der Herr Winter geredet? Hat er Ihnen da nie etwas gesagt?

Ing. **Zelniczek:** Nein. Ich sage Ihnen ja, er hat mir über Namen überhaupt nichts gesagt. Das habe ich schon einige Male gesagt, und ich glaube, auch den guten Grund zu wissen, weil ich ja doch selbst eine Menge Leute kenne. Und er hätte ja vermuten können, daß ich einmal einen frage.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Weich, ist das ein Gemeindebeamter?

Ing. **Zelniczek:** Der war Gemeindebeamter oder ist noch Gemeindebeamter, ich weiß nicht.

Obmann Dr. **Steger:** War er karenziert?

Ing. **Zelniczek:** Ja. Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Kann es sein, daß der Herr Dipl.-Ing. Winter ihn von dort näher gekannt hat?

Ing. **Zelniczek:** Der hat ihn unbedingt gekannt. Denn der Weich war ja der Vorgänger von Winter im AKH, und ich glaube, er war eine Zeitlang sogar bei ihm beschäftigt. Das kann ich aber nicht mehr genau sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Aber gesagt hat er nie etwas, daß zum Beispiel über diesen Kontakt...

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Ihnen war das auch egal, mit wem er redet, wenn es nur klappt?

Ing. **Zelniczek:** Das habe ich schon erwähnt. Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Wissen Sie, mir kommt das halt schon ein bissel nach der Methode vor: Mein Name ich Hase, ich weiß von nichts. Man hat zwei Millionen gezahlt, aber sich nie wirklich erkundigt, wer sie eigentlich kriegt.

Ich frage mich, was die internationale Konzernleitung sagt, wenn Sie solche Berichte schreiben, daß Sie 13 Millionen oder noch mehr wohinzahlen, ohne daß man eigentlich weiß, wer das kriegt. Die akzeptieren das einfach?

Ing. **Zelniczek:** Ich schreibe keine Berichte. Ich habe keine Berichte an die Konzernleitung geschrieben. Überhaupt nichts. Ich habe nur berichtet an meinen Vorgesetzten.

Ob in dieser Angelegenheit Berichte geschrieben wurden oder nicht, ist mir nicht bekannt.

Obmann Dr. **Steger:** Was haben Sie in die Berichte an die Vorgesetzten hineingeschrieben? Sie haben bis heute noch nicht gesagt, daß es solche gibt.

Ing. **Zelniczek:** Ich berichtete, habe ich gesagt. Das sind mündliche Berichte gewesen. Ich habe nichts geschrieben.

Obmann Dr. **Steger:** Es gibt also überhaupt nichts Schriftliches darüber?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Gezahlt ist ja geworden.

Obmann Dr. **Steger:** Da werden in einem Konzern wie bei Ihnen auf Luft ... Wenn Sie den Herrn Winter überhaupt erfunden hätten? Jetzt gehen wir das einmal hypothetisch durch: Wenn es ihn gar nicht gäbe, Sie gründen selbst die Firma in Liechtenstein — werden auch 13 Millionen einbezahlt?

Ing. **Zelniczek:** Da hätte aber kein Herr Winter sich im Haus zeigen können. Ich hätte auf keinen Fall die Möglichkeit gehabt, auch die Aufträge dann zu bringen. Der Effekt war ja da.

Obmann Dr. **Steger:** Wieso? Bei Aufträgen, die Sie eh kriegen? Das können ja ganz legale Aufträge sein, das ist ja denkbar. Und Sie berichten jeweils Ihrer Konzernleitung, daß dazu eben Provisionszahlungen notwendig sind.

Da können Sie es ja überhaupt gleich selbst kassieren. Gibt es überhaupt kein Kontrollsystem? Gibt es keine Konzernrevision?

Ing. **Zelniczek:** O ja, die gibt es.

Obmann Dr. **Steger:** Was sagt die zu so etwas?

Ing. **Zelniczek:** Ich weiß es nicht. Die Konzernrevision kommt nicht zu mir. Ich bin nicht der richtige Partner, der Ihnen das sagen kann, wie das vor sich geht und wie das begründet wurde.

Obmann Dr. **Steger:** Sondern? Erzählen Sie mir das ein bissel, das interessiert mich wirklich. Mit wem redet die Konzernrevision?

Ing. **Zelniczek:** Mit mir hat sie noch nie geredet, sie redet mit dem kaufmännischen Bereich.

Obmann Dr. **Steger:** Also, das ist wer?

Ing. **Zelniczek:** Dr. Berger, Dr. Rose und seine Mitarbeiter, da gibt es eine ganze Menge.

Obmann Dr. **Steger:** Ja, dem Dr. Berger und dem Dr. Rose haben Sie berichtet, worum es geht?

Ing. **Zelniczek:** Jawohl.

Obmann Dr. **Steger:** Die Konzernrevision hat sich mit den Gesprächen auf dieser Ebene vollkommen zufriedengegeben, hat nie irgendwo nachgefragt?

Ing. **Zelniczek:** Bei mir nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Bei Ihnen nicht. Da werden Sie mir recht geben, daß eigentlich Sie persönlich die ganze Zeit hätten Millionen kassieren können.

Ing. **Zelniczek:** Nein, eigentlich nicht, denn dazu hätten ja meine Vorgesetzten einverstanden sein müssen.

Obmann Dr. **Steger:** Genau mit derselben Geschichte, daß Sie bei jedem Auftrag, den es wirklich gegeben hat, immer dazugesagt haben, daß der nur kommt, wenn jemand etwas kassiert, und da hätten Sie den Herrn Humbsti Pumpsti erfinden können.

Nach Ihrer Geschichte, so wie Sie sie uns gerade erzählen, hätten Sie selbst Millionen kassieren können.

Ing. **Zelniczek:** Nein, ich habe ja gesagt, das Ganze ist damals nicht ungeprüft gemacht worden. Winter war im Haus, die Deutschen haben sich umgeschaut, es hat funktioniert. Die weiteren Folgegeschäfte sind eigentlich aus dem Grund gemacht worden, weil das erste zufriedenstellend funktioniert hat.

Obmann Dr. **Steger:** Welchem Vorstand untersteht denn die Revision? Wem untersteht die?

Ing. **Zelniczek:** Die Konzernrevision?

Obmann Dr. **Steger:** Ja.

Ing. **Zelniczek:** Die kommt vom Konzern direkt, die untersteht niemandem.

Obmann Dr. **Steger:** Hier in Österreich gibt es keine interne Revision?

Ing. **Zelniczek:** Es gibt eine interne Revision, die untersteht dem K-Bereich, also dem kaufmännischen Bereich.

Obmann Dr. **Steger:** Was heißt das: demselben Bereich, der entscheidet, daß die Provision ausbezahlt wird, untersteht auch die Revision hier intern?

Ing. **Zelniczek:** Ja, soviel ich weiß, ja. Aber vielleicht gibt es einen direkten Draht noch zum Generaldirektor, Berichtspflicht. Der Controller selber, also der Chef des kaufmänni-

schen Bereiches, untersteht teilweise ohne Generaldirektor direkt dem Konzern.

Obmann Dr. **Steger:** Nur läuft nach Ihrer Schilderung jener Bereich, der Provisionen anweisen kann, und jener Bereich, der es intern kontrollieren soll, vollkommen zusammen in einer Verantwortlichkeit. Das scheint mir jetzt unlogisch zu sein mit der direkten Berichtspflicht an den Generaldirektor.

Ing. **Zelniczek:** Die interne Revision?

Obmann Dr. **Steger:** Ja, die ist nur ... berichtspflichtig?

Ing. **Zelniczek:** Ich glaube, die berichtet auch direkt dem Generaldirektor.

Obmann Dr. **Steger:** Ist die kaufmännische Leitung de facto gleichgestellt mit dem Generaldirektor? Ist das richtig?

Ing. **Zelniczek:** Teils, teils.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn diese beiden Äste, die interne Revision und der Generaldirektor zufrieden sind, also glauben, daß es in Ordnung geht, dann ist das System absolut sicher?

Ing. **Zelniczek:** Dann käme noch die Konzernrevision vom Konzern.

Obmann Dr. **Steger:** Aber landesintern geht es um die zwei Bereiche.

Ing. **Zelniczek:** Die dazu ja sagen müssen. Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Und haben Sie etwa in Erinnerung, daß die Österreich-interne Revision das einmal geprüft hat?

Ing. **Zelniczek:** Ich kann mich nicht erinnern. Bei mir jedenfalls nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Auch nicht im nachhinein, wenn Sie jetzt so nachdenken, ob da einmal etwas gewesen ist?

Ing. **Zelniczek:** Nein, es ist erst jetzt eine Revision vom Konzern gekommen. Das war gerade, als ich vom Urlaub zurückgekommen bin.

Obmann Dr. **Steger:** Können Sie mir noch sagen, wer konkret die Zahlungsanweisungen, und zwar ad personam unterschrieben hat für PLANTECH und GEPROMA?

Ing. **Zelniczek:** Das weiß ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn Sie das wieder im Organogramm sich überlegen.

Ing. **Zelniczek:** Verschiedene. Zeichnungsberechtigt sind im K-Bereich einige Herren. Ich weiß nicht auswendig, wer eine Bankunterschriftberechtigung hat, aber da ist einmal Dr. Rose, der Dkfm. Theny, der Herr Grasl, ich glaube, vielleicht noch ein Herr. Ich weiß nicht, wer aller berechtigt ist.

Obmann Dr. **Steger:** Noch einmal. Und die können es machen, nur weil sie es für richtig halten, oder brauchen die irgendeine Unterlage? Wissen Sie, mir fällt auf, daß oft bei 10 000 S in so einem Betrieb alles möglichst genau laufen muß, mit Unterschrift laufen muß, abgesichert wird mit einer zweiten Unterschrift. Und da können 13 Millionen Schilling überwiesen werden, ohne daß es irgendeine Unterlage für diesen Mann im K-Bereich gibt?

Ing. **Zelniczek:** Die Unterlage war für ihn die Rechnung bzw. das Schreiben der Firma PLANTECH mit der Abzeichnung durch meinen Chef und mich, daß das in Ordnung geht, und daß ...

Obmann Dr. **Steger:** Die Rechnung haben Sie und Ihr Chef abgezeichnet?

Ing. **Zelniczek:** Abgezeichnet. Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Und dann hat er gar nichts mehr rückgefragt. Da hat er gewußt, das ist eine Provision, die notwendig ist, damit wir das Geschäft kriegen.

Ing. **Zelniczek:** So ist es. Ja.

Abg **Steinbauer** (ÖVP): Ich möchte am Beispiel dieses Schreibens ganz konkret hören. Sie kennen das Schreiben, ich gebe es Ihnen auch hinüber, das ist eineinhalb Jahre alt, das, was ich Ihnen vorhin vorgelegt habe, da haben Sie einmal von 2,9 Millionen auf 2,5 heruntergehandelt —: Mit wem haben Sie da gehandelt?

Ing. **Zelniczek:** Das habe ich schriftlich gemacht. Ich habe einen Brief geschrieben, da ist in dem Fall voraussichtlich ein Brief von der PLANTECH gekommen, eine Honorarforderung ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Von GEPROMA.

Ing. **Zelniczek:** ... Von GEPROMA eine Honorarforderung, und ich habe eben zurückgeschrieben, das und das ist zuviel — aus welchen Gründen, das kann ich Ihnen heute nicht mehr sagen, aber vielleicht finden wir den Antwortbrief auch —, aber wir sind bereit, 2,5 Millionen zu zahlen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und mit wem mußten Sie das jetzt abstimmen?

Ing. **Zelniczek:** Mit meinem Chef, mit dem Herrn Hainisch.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und dann hat es die kaufmännische Stelle ausbezahlt gegen die entsprechende Anweisung?

Ing. **Zelniczek:** Akzeptiert. Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ihnen ist nicht klar, wer der Herr von der GEPROMA war, der Ihnen das geschrieben hat?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie haben nie mit jemandem über diese Schlußabrechnung — ich meine, Schlußabrechnung ist selbst mit dem Installateur eine schwierige Sache, in jedem Geschäftsfall ist die Schlußabrechnung etwas Schwieriges —: Mit wem sind Sie denn da die offenen Forderungen durchgegangen?

Ing. **Zelniczek:** Sie meinen bei uns im Haus?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nein, drüben bei der GEPROMA.

Ing. **Zelniczek:** Gar nicht, das war ja schriftlich hier. Das war ja bei der letzten Honorarrechnung, das war doch, ich glaube, primär die Montage, die noch offen war von der Förderanlage . . .

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das war die Montage von der Förderanlage.

Ing. **Zelniczek:** Unter anderem auch.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und da haben Sie auch mit dem Winter nie darüber geredet?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also wirklich, Herr Zeuge, den Egli haben Sie erfunden, zweimal 50 000 S haben Sie erfunden, 14 Tage vorher haben Sie den Herrn Winter das letztemal gesehen, obwohl Sie sein letzter Gesprächspartner waren.

Könnten Sie mir diesen Vorgang erklären, wie es zustande gekommen ist, daß immerhin 400 000 S nachgelassen wurden?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe Ihnen gesagt, es ist eine Rechnung von der GEPROMA gekommen, die ich reduziert habe, weil sie meiner Meinung nach zu hoch war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nachdem das alles Luftziffern waren, wie Sie ja heute schon mehrfach gesagt haben, kann das keine Rechnung sein, wo Sie an Hand von „die Schrauben haben wir nicht geliefert" reduzieren können. Da muß es ja eine Absprache gegeben haben.

Ing. **Zelniczek:** Das war nicht das, sondern dieses Geschäft. — Wir wollten ja von dieser Provisionssache mit der GEPROMA nichts weiter übertragen auf die Nachfolgefirma, die das Geschäft mit der Behälterförderanlage macht. Wir haben gesagt, wir akzeptieren einen Zirkaschlußbetrag, was das ausgemacht hätte, wenn es wir machen, denn dieses Geschäft wurde auch an die Firma Schindler verkauft, wir akzeptieren einen Zirkaschlußbetrag, was das ausgemacht hätte, und das wurde in Rechnung gestellt. Da wurde ein fiktives Ende dieses Bauvorhabens angenommen, eine fiktive Teuerung, wieweit das geht, und das haben wir reduziert. So war das Ganze.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber bitte, nirgendwo in der Welt — auch in Ihrer Berufslaufbahn — hätte es genügt, daß der eine schreibt: 2,9 verlangen wir, dann gehen Sie den tätsächlichen Wert des Geschäftes, das angebahnt wurde, durch und Sie schreiben dann zurück: nein, wir zahlen nur 2,5, und die schreiben Ihnen ein Weihnachtsdankbarkeitsschreiben.

Da müssen Sie doch mit irgend jemandem, wenn Sie glaubhaft bleiben wollen, einen Kontakt aufgenommen haben, und wenn es nur darum geht zu erläutern, daß nach Ihrer Sicht der Geschäftsanfall, der nun wirklich vermittelt wurde, nach der Tabelle der GEPROMA nicht 2,9, sondern nur 2,5 ist.

Ing. **Zelniczek:** Das habe ich ja gesagt, das haben wir gemacht. Wir haben das reduziert. Ich habe der GEPROMA geschrieben; ich kann mich nicht erinnern, ob tatsächlich auch ein mündlicher Kontakt war. Auf alle Fälle war das Ganze brieflich, und wir haben geschrieben, das ist zuviel, und wir zahlen nur das.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, Sie haben einen mündlichen Kontakt gehabt. Sagen Sie uns doch jetzt, wie Sie den Geschäftsfall abgewickelt haben. Sie sehen doch selber ein, daß man jemandem nicht im Briefwechsel 400 000 S herausreißen kann, wenn Sie schon Menschen haben, die Ihnen Kuverts mit 400 000 S geben oder nicht geben. Aber in einem Briefwechsel kriegen Sie doch nicht 400 000 S reduziert.

Außerdem, Herr Zeuge: Die GEPROMA-Staffel ist nicht so fein gegliedert, daß Sie Detailbeträge sofort herauslesen können. Da ging es um Prozente ab größeren Staffeln. Wie wurde — um der Wahrheit willen — dieser Geschäftsfall abgewickelt, und mit wem haben Sie darüber mündlich gesprochen?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe schon einmal gesagt: Da ist von der GEPROMA die Anforderung gekommen auf diesen Betrag von 2,9 Millionen Schilling. Ich habe festgestellt, daß das nicht stimmmt, daß das nicht in der vollen Höhe stimmen kann.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie? Wie haben Sie das festgestellt?

Ing. **Zelniczek:** Das weiß ich im Detail nicht. Da ist ausgeführt worden, Montage soundso viel, Aufrechnung, Steigerung in den drei Jahren bis zur Fertigstellung soundso viel, und das

356 von 382Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

war meiner Meinung nach falsch. Die Steigerung ist nicht so hoch gewesen. Das kann man nicht annehmen. Ich habe halt probiert, das zu reduzieren, und ich habe den Winter möglicherweise angerufen und gesagt: Paß auf, das ist zuviel, und habe dann den Brief geschrieben mit dem Reduzierten, und er war einverstanden damit. Warum er einverstanden war, ist auch klar, er war froh, daß das abgeschlossen ist, denn wir hätten über den Punkt ja noch jahrelang herumschreiben können, und er hätte kein Geld gekriegt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): „Er", der einverstanden war, war der Winter.

Ing. **Zelniczek:** Dem Winter habe ich es gesagt. Einverstanden waren wir dann mit diesem Brief.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie reden von der GEPROMA immer: Er war einverstanden. Wer ist der „er"?

Ing. **Zelniczek:** Na der Winter. Aber ich habe den Brief geschrieben, und die waren damit einverstanden.

Obmann Dr. **Steger:** Wer ist der Chef der internen Revision gewesen zu diesem Zeitpunkt?

Ing. **Zelniczek:** Das weiß ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Das weiß man doch!

Ing. **Zelniczek:** Nein, ich weiß es wirklich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Und jetzt?

Ing. **Zelniczek:** Weiß ich auch nicht, wer dahinter ist. Das ist gar kein so entscheidend wichtiger Posten bei uns.

Ich weiß wirklich nicht, wer jetzt der Chef der internen Revision ist, das wechselt öfter, denn kein Mensch will interne Revision sein bei uns.

Obmann Dr. **Steger:** Das verstehe ich nach dem, was man da jetzt hört.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Ing. Zelniczek! Es ergibt sich also heute — das aber nur als Bemerkung — doch die Möglichkeit, daß Sie mit den 400 000 S in den Bereich der falschen Zeugenaussage kommen, ja, nein mit der Frau Untersuchungsrichter. Aber da möchte ich schon weggehen.

Habe ich also richtig gehört, daß die Innenrevision von ITT-Austria direkt dem Generaldirektor untersteht?

Ing. **Zelniczek:** Ich weiß das nicht. Ich glaube, sie gehört zum K-Bereich, ist aber wahrscheinlich dem Generaldirektor auch meldepflichtig. Die Innenrevision befaßt sich ja bei uns auch sehr stark mit organisatorischen Aufgaben primär.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Dann Telefonanlage UNO-City. Da hat es also auch bei diesem Geschäftsfall ein Schreiben der PLANTECH an ITT-Austria gegeben? *(Ing. Zelniczek nickt zustimmend.)*

Bei allen Geschäftsfällen, ob das nun war Telefonanlage bei der UNO-City, Gebäudeautomationsanlage bei der UNO-City; ITT-Austria mit BBC, regeltechnische Anlagen UNO-City alles an ITT-Austria: Bei all diesen Großaufträgen hat es diese PLANTECH-Briefe an ITT-Austria gegeben?

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Bezahlt haben Sie aber die Honorarnote, die später gekommen ist, nachdem Sie gesagt haben, jawohl, wir nehmen Ihre Hilfe an, erst, wie Sie als ITT-Austria den Auftrag zugeschlagen erhalten haben?

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und wenn Sie den Auftrag nicht zugeschlagen erhalten hätten, hätten Sie die Faktura wahrscheinlich gar nicht gekriegt, und wenn Sie sie gekriegt hätten, hätten Sie sie nicht bezahlt?

Ing. **Zelniczek:** Ja. Sicher.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wissen Sie, daß Ihre Mitbewerber von der PLANTECH und der GEPROMA dieselben Angebote bekommen haben, weil GEPROMA und PLANTECH nicht gewußt haben, ob ITT, Siemens, Schrack oder BBC den Zuschlag erhält?

Ing. **Zelniczek:** Das weiß ich nicht.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Das haben Sie nicht in einem Kaffeehaus oder sonstwo gehört?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Auch von Winter nicht?

Ing. **Zelniczek:** Nein, denn sonst hätten wir wahrscheinlich nicht — anders reagiert.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und wenn man's kriegt — Hauptsache, man hat was akquiriert, da kann man schon Spesen haben. Das ist doch üblich. Sonst könnten ja nicht Provisionsbudgetsätze da sein in Ihrem Unternehmen, was Generaldirektor Mayer auch gesagt hat.

Ich hätte dann nur noch die Frage: Prozentsätze. Wenn Sie da Rechnungen angestellt haben, wie Ihnen der Kollege Steinbauer den Brief vorgehalten hat, Reduktion von 2,9 auf 2,5 Millionen Schilling — das heißt, Sie haben bestimmte Bewertungen gehabt für Förderan-

lagen und das und das, das heißt, das Honorar an PLANTECH und GEPROMA war ein bestimmter Prozentsatz. War der von Auftrag zu Auftrag verschieden, oder war er immer — ich sage jetzt eine Hausnummer — 3 Prozent oder 3,5 Prozent oder war er steigend oder fallend?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe es heute schon gesagt, der Prozentsatz — da war eine Staffelung mit der Höhe des Geschäftes. Das war ein Staffelprozentsatz.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und jetzt noch die Frage, die heute schon behandelt wurde: Es gibt bei ITT die Aussagen, im Jahresbudget sei eine Position Provisionszahlungen enthalten. Sind nun die Provisionszahlungen PLANTECH und GEPROMA in diese Generalbudgetpost des Unternehmens eingeflossen oder waren sie in der Detailkalkulation des Projekts enthalten?

Ing. **Zelniczek:** Das habe ich heute auch schon gesagt. Es waren keine Provisionen zusätzlich einkalkuliert.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Sondern Sie haben gesagt, Rohertrag 28 Prozent, und von dem Rohertrag werden auch die Provisionen an die GEPROMA und PLANTECH bezahlt. 28 Prozent nur als ein willkürlicher Satz.

Ing. **Zelniczek:** Ich habe auch erwähnt, daß die Kalkulation dieser Aufträge nicht in meinem Bereich gelegen ist.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Die Quote, um die Sie in der Kalkulation den Gewinn Ihrer Firma oder den Rohertrag Ihrer Firma vermindert haben, den Prozentsatz, den GEPROMA und PLANTECH erhalten haben, haben Sie den Ihrem Vorstandsdirektor und Ihrem jeweiligen — zeitlich verschieden — Generaldirektor mitgeteilt und haben gesagt: Da haben wir zwar den Rohertrag, aber von dem Rohertrag geht schon sicher an die GEPROMA bzw. an die PLANTECH dieser Prozentsatz, das ist im Nominale etwa soviel, ab.

Ing. **Zelniczek:** Ob ich diese Werte ausgerechnet habe?

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ja, und ob Sie das Ihrem Vorstandsdirektor gesagt haben und eventuell auch Ihrem jeweiligen Generaldirektor?

Ing. **Zelniczek:** Nein, mein Vorstandsdirektor hat ja von den Summen, um die es da geht, gewußt. Und der kaufmännische Bereich, der die Kalkulationen macht, hat es auch gewußt . .

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Einer muß ja von Ihnen die Quote bekommen haben.

Ing. **Zelniczek:** Die Höhe, ja.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie vom Herrn Generaldirektor Dr. Hainisch seinerzeit in seiner Vorstandsdirektorfunktion und dann in seiner Generaldirektorfunktion Gratifikationen erhalten, die Ihnen er übergeben hat und nicht der Herr Generaldirektor Ing. Mayer?

Ing. **Zelniczek:** Soviel ich mich erinnern kann, ja. Ich habe von ihm auch etwas bekommen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Mit welchen Worten haben die beiden Herren Ihnen solche Gratifikationen gegeben? Haben die so pauschal gesagt: Herr Ing. Zelniczek! Sie waren im vergangenen Jahr wieder ein außerordentlich tüchtiger Vertriebsleiter auf dem Ihnen zustehenden Sektor, wir haben beschlossen . . ., oder haben die sogar besonders Projekte gelobt, die Sie der Firma gebracht haben durch Ihre Akquisitionsaktivitäten?

Ing. **Zelniczek:** Ich würde sagen: Sowohl als auch. Wenn ein Anlaß war für besondere Projekte, wurde auch darüber gesprochen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wurde, Herr Zeuge, ein Gespräch geführt, das Sie bestätigen könnten, zwischen Dr. Hainisch und Dipl.-Ing. Winter?

Ing. **Zelniczek:** Es war ganz am Anfang, bevor der Vertrag abgeschlossen wurde, der Herr Winter im Hause. Zum Herrn Dr. Berger habe ich Herrn Winter hinaufführen lassen, und ich glaube, anschließend ist der Herr Winter zum Herrn Hainisch gegangen oder wollte auch mit ihm reden.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Danke.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Ingenieur! Ich stehe jetzt vor folgender Schwierigkeit, Schwierigkeit für Sie.

Bei der Frau Dr. Partik-Pablé sind Sie Beschuldigter. Da können Sie zu Ihrer Rechtfertigung sagen, was Sie wollen, es kann Ihnen niemand einen Vorwurf daraus machen.

Hier haben Sie gesagt, die 400 000 S hat Ihnen die Untersuchungsrichterin schon als Frage vorgegeben. Frau Dr. Partik-Pablé hat in sehr glaubwürdiger Weise hier gesagt, diese Zahl stammt von Ihnen. Jetzt geht es aber weiter.

Das Protokoll von heute, wo Sie vernommen werden, geht zum Gericht, und dort wird man unter Umständen gegen Sie, weil Sie hier etwas Unrichtiges gesagt haben, die Anzeige wegen falscher Zeugenaussage machen. Das erschwert Ihre persönliche Situation sehr, sehr gewaltig, denn falsche Zeugenaussage ist ein schweres Delikt.

Ing. **Zelniczek:** Ich glaube Ihnen, aber die falsche Zeugenaussage habe ich nicht hier gemacht, sondern es ist Tatsache, daß ich keine 400 000 S bekommen habe, und es stimmt 100prozentig, daß mir die Frau Dr. Partik-Pablé gesagt hat: Geben Sie doch zu, daß Sie 400 000 S bekommen haben. Ich war ganz fertig, also ich meine, das ist . . .

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Schon das erste Mal? Es waren ja zwei Vernehmungen.

Ing. **Zelniczek:** Dann bin ich bei dieser Version geblieben. Das ist ja nicht so schwer zu verstehen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Schon das erste Mal sind die 400 000 S, behaupten Sie, von der Frau Dr. Partik-Pablé gekommen?

Ing. **Zelniczek:** Das war ja bei der zweiten oder bei der dritten Vernehmung überhaupt, glaube ich, daß zum ersten Mal davon gesprochen wurde.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Gut. Aber das erste Mal, als der Betrag 400 000 S in der Vernehmung genannt wurde, ist er von der Richterin genannt worden?

Ing. **Zelniczek:** Jawohl!

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es ist mir unbegreiflich, Sie widersprechen sich hier und . . .

Ing. **Zelniczek:** Ich widerspreche mich?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ja. Sie haben hier zuerst gesagt: Die 400 000 S haben Sie bekommen, und dann haben Sie es widerrufen. Sie haben sich doch selbst vormittag widersprochen.

Ing. **Zelniczek:** Ich habe das bei der Untersuchungsrichterin ausgesagt. Aber jetzt bin ich da im Laufe dieser Aussage daraufgekommen, welche Konsequenzen es hat und was das ist und daß das für nichts gut ist und . . .

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also haben Sie sich widersprochen hier.

Ing. **Zelniczek:** Das stimmt. Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Bedenken Sie, alles, was Sie hier sagen, geht zum Gericht, und wenn sich herausstellt, Sie haben etwas Falsches gesagt, schafft das ein zusätzliches Delikt womöglich, wo Sie zum Handkuß kommen werden.

Über diese 400 000 S, die nach der Aussage der Richterin nicht von ihr stammen, haben Sie mit Ihrem Rechtsanwalt gesprochen?

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Vor der Vernehmung oder nachher?

Ing. **Zelniczek:** Nachher. Ich habe dem Rechtsanwalt berichtet, was bei der Vernehmung gesprochen wurde.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat Ihnen da nicht schon der Rechtsanwalt geraten, die Wahrheit zu sagen, oder haben Sie auch gegenüber dem Anwalt behauptet, zunächst einmal haben Sie . . .

Ing. **Zelniczek:** Erstens einmal kann ich gegenüber dem Anwalt nichts anderes behaupten, als ich vor der Richterin behauptet habe, denn daneben ist ja die Ding gesessen. Ich habe meinem Anwalt eigentlich nur berichtet: Es war eine Vernehmung, und ich habe das und das gesagt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es macht uns aber schon Gedanken, daß diese Reduktion des Auftrages genau 400 000 S ausmacht. Das ist mehr als ein Zufall.

Ing. **Zelniczek:** Ich muß dazu sagen, es ist nur ein Zufall. Ich habe . . .

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge, unter Wahrheitspflicht stehender Zeuge! Sie haben vormittag ein paar sehr interessante Ausführungen gemacht. Sie wissen nichts von Schmiergeldern, und das war eine Provision — PLANTECH und GEPROMA.

Wo ist für Sie der Unterschied zwischen Schmiergeld und Provision?

Ing. **Zelniczek:** Ich weiß nicht, ob es da so eine feine Grenze gibt. Ich habe keine Ahnung, aber . . .

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Eine Provision ist etwas ganz Legales. Wenn ich heute der Firma ein Geschäft vermittle durch meine Bemühung — jetzt nicht als Politiker, sondern ich spreche für irgendeinen Staatsbürger — und kriege eine Provision — ich habe kein Amt, sondern ich habe das einfach als Geschäftsvermittler getan, es gibt ja sogar einen Beruf, der das tut —, ist das ja nichts Böses, aber Schmiergeld ist ja etwas Strafbares, etwas Unmoralisches. Wo ist für Sie die Grenze zwischen Schmiergeld und Provision?

Ing. **Zelniczek:** Wenn der Provisionsnehmer nicht berechtigt ist, eine Provision zu nehmen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ja, aber, Herr Zeuge! Sie haben uns doch hier lang geschildert, daß der Auftraggeber Winter hinter der Provision war. Der Auftraggeber Winter hatte ja ein öffentliches Amt. Die AKPE ist doch, bitte, ein öffentlicher Betrieb, gegründet von Bund und Land. Es ist doch bitte nichts Normales. Wieso glauben Sie, daß der Winter berechtigt war, sich um Provisionen zu kümmern?

Das passiert doch sonst nicht, daß der Auftraggeber dem Auftragnehmer sagt, wo er Provisionen hinzahlen muß.

Ing. **Zelniczek:** Ich habe schon erwähnt, wie das ganze Geschäft begonnen hat und der Winter sich deklariert hat als Mitarbeiter von dem Verein, von der GEPROMA bzw. PLANTECH, habe ich das so aufgefaßt und auch so weitergemeldet. Mir ist auch gar nicht vom Haus gesagt worden, daß eigentlich das etwas Böses ist.

Ich hätte das ja sicherlich nicht gemacht. Ich habe mir jetzt ein Strafgesetzbuch kommen lassen, ich sehe, daß da ein bis zehn Jahre ist. Wenn ich das gewußt hätte, können Sie sich vorstellen, daß ich da gesagt hätte: Nein, machen wir das nicht. Daran hat anscheinend bei uns keiner gedacht.

Noch etwas: Daß der Winter dort mitarbeitet, war gar nicht so abnormal für uns, denn wir haben ja gewußt, daß der Winter auch eine Sondergenehmigung hatte. Er war neben seinem Beruf noch Lehrer, glaube ich, hat er erzählt, am TGM, an der Technologischen Versuchsanstalt, da hat er ja auch unter Umständen bei Geschäften mitgearbeitet, also bei echten Aufträgen, die an das Technologische vergeben wurden. Er war, glaube ich, Konsulent bei den Heizkraftwerken, also es war gar nicht so nebulos von uns, daß der Winter eben auch bei dieser Firma eine Tätigkeit ausübt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ja, aber auch wenn Sie jetzt wirklich arglos sind und nicht das Strafgesetzbuch zur Hand genommen haben — Ihnen mußte doch klar sein, daß der Winter mit dem Spitalswesen der Gemeinde Wien amtlich verbunden war, seit jeher. Der Winter kann als Repräsentant der Interessen der Gemeinde Wien nicht noch ein persönliches Interesse haben. War Ihnen das nicht klar oder ist das üblich?

Ing. **Zelniczek:** Das ist sicherlich nicht üblich. Zu diesem Zeitpunkt war die Stellung des Winter nicht so, daß er allein über die Vergabe entschieden hat, es waren ja andere Herren auch noch da.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Welche andere Herren?

Ing. **Zelniczek:** Es waren bei der Bauleitung Allgemeines Krankenhaus vom Bund einige Oberbauräte oder Senatsräte und so weiter. Da hat es ja Chefs gegeben. Ich weiß die Namen nicht mehr. Es war ja nicht so, daß der Winter unserer Meinung nach irgend etwas tun kann, was gegen seine Vorgesetzten geht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber auf der anderen Seite haben Sie doch dem Winter vertraut, wenn er sagt: Wenn ihr da zahlt, dann geht das.

Ing. **Zelniczek:** Ja, daß er . . .

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also hat er doch die Macht gehabt.

Ing. **Zelniczek:** Weniger die Macht, sondern das Wissen, vor allem das technische Wissen, daß man das anbietet, daß das Richtige herauskommt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also für Sie war das, wenn ich Sie richtig verstanden habe, ein normales Provisionsgeschäft.

Ing. **Zelniczek:** Zum Zeitpunkt, in dem wir es abgeschlossen haben, in meinen Augen ein normales Provisionsgeschäft.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Beim ersten Auftrag . . .

Ing. **Zelniczek:** Ja, beim ersten Auftrag.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): . . . war das für Sie ein Provisionsgeschäft. Und es ist Ihnen nicht aufgefallen, daß an dem Provisionsgeschäft der Auftraggeber, der Vertreter der Gemeinde Wien, interessiert ist. Das hat Ihnen nicht zu denken gegeben?

Ing. **Zelniczek:** Zu denken gegeben? Ich habe doch keinen Ausschließungsgrund gesehen in seiner Position, der war nicht einmal Baurat damals, daß in seiner Position das so gravierend ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Waren Sie darüber überrascht, daß der Winter ein Interesse an Zahlungen an die GEPROMA oder PLANTECH gehabt hat? Oder war das etwas Alltägliches für Sie?

Ing. **Zelniczek:** Wenn Sie mich heute fragen, sicherlich war das nicht alltäglich und hat man sich schon gewundert.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Am Vormittag haben Sie gesagt, es war eigentlich, weil eine Firma vis à vis war, ein normales Provisionsgeschäft. Es war ja nicht nur die Firma vis à vis, es war ja auch ein Vertreter der Gemeindeinteressen in der Person des Winter dabei. War das für Sie auch ein normales Provisionsgeschäft?

Ing. **Zelniczek:** Ich meine, es war mit dem Sonderfall ein Provisionsgeschäft, daß halt ein Mitarbeiter ein Gemeindeangestellter war.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist Ihnen so etwas schon öfter vorgekommen, daß Leute, die das Vertrauen der Gemeinde gehabt haben, eigene wirtschaftliche Interessen eingebracht haben?

Ing. **Zelniczek:** Nein, ich kann mich nicht erinnern.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist Ihnen sonst nicht untergekommen?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Ing. Zelniczek, Sie haben auf die Fragen des Abgeordneten Feurstein einige Auskünfte gegeben über Gefälligkeiten, die man erweist. Ich würde das jetzt nicht in Bausch und Bogen als falsch bezeichnen, weil es ja im Geschäftsleben üblich ist, daß man in einem gewissen kleineren Rahmen Aufmerksamkeiten macht, das ist jetzt nicht unser Hauptthema. Wissen Sie von Gefälligkeiten, die von der Firma oder von Ihnen selbst gegenüber der SPÖ zustande gekommen sind?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie keine Arbeiten für ein Haus etwa der SPÖ oder eine Anlage der SPÖ unternommen?

Ing. **Zelniczek:** Kann ich mich nicht erinnern. Nein. Ich habe nichts gemacht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Eine Verkabelung oder irgend so etwas, irgendwelche technische Hilfsmittel. Das ist ja nichts Schlechtes, ich frage nur.

Ing. **Zelniczek:** Ich weiß schon. Wir haben auch von der SPÖ keinen Auftrag bekommen, soviel ich mich erinnern kann.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie können das ausschließen, daß auch sonst von der Firma jemand gegenüber der SPÖ irgendwelche Anlagen geliefert hat, irgendwelche technischen Dinge hergestellt hat oder so etwas?

Ing. **Zelniczek:** Ich kann das nicht ausschliessen, aber ich erinnere mich nicht; daß ich da etwas getan habe, kann ich mich nicht erinnern. Das kann ich ausschließen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Für sich selbst können Sie es ausschließen, obwohl Sie langjähriges Mitglied usw. der SPÖ sind?

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Frage: Sie haben ja mehrfach gehört, Sie sollen immer nur etwas zugeben, was auch schriftlich irgendwo steht. Darf ich Ihnen also sagen, was schriftlich bereits vorhanden ist.

Wörtliche Formulierung: Daß der damalige Generaldirektor Mayer sich von Zelniczek in Vieraugengesprächen von dem Stand der Auftragssituation berichten ließ und schließlich auch Zelniczek für die Hereinbringung des Auftrages der Telefonanlage eine Prämie erhielt, weil es sich um den größten Auftrag handelte, den ITT jemals erreichte. — Was sagen Sie dazu?

Ing. **Zelniczek:** Das stimmt.

Obmann Dr. **Steger:** Hier steht, daß es eine Prämie in der Größenordnung von 70 000 S war.

Ing. **Zelniczek:** Das sagt Mayer oder der Hainisch?

Obmann Dr. **Steger:** Das hat der Generaldirektor Hainisch gesagt, der Ihr direkter Vorgesetzter war.

Ing. **Zelniczek:** Ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich bin überfragt, aber ich . . .

Obmann Dr. **Steger:** Das mit dem Vieraugengespräch, von dem er uns da berichtet, nicht uns, dem Gericht hat er es berichtet. Wie sehen Sie das? Wozu dienten diese Vieraugengespräche?

Ing. **Zelniczek:** Ich bin öfter bei meinem Chef gesessen und habe ihm über das ganze Geschäft berichtet, wie es läuft, wo wir Aufträge kriegen et cetera, also das war eine normale Besprechung, die öfter vorgekommen ist.

Obmann Dr. **Steger:** Wovon haben Sie da berichtet? Sie haben berichtet, welche Aufträge Sie hereingebracht haben?

Ing. **Zelniczek:** Aufträge bekomme ja nicht nur ich, denn ich bin ja nicht der alleinige Auftragbringer da im Haus gewesen.

Obmann Dr. **Steger:** Bei einem Vieraugengespräch sind Sie allein dort.

Ing. **Zelniczek:** Ja, aber ich sage, ich bin ja nicht der einzige, der Aufträge zur ITT bringt. Wir haben ja 20 Vertreter, glaube ich, und Geschäftsstellenleiter, Geschäftsstellendirektoren weiß ich wieviel.

Obmann Dr. **Steger:** Jedenfalls, über Ihren Chef hinweg hat der Generaldirektor mit Ihnen über diese Aufträge direkt Vieraugengespräche geführt.

Ing. **Zelniczek:** Das war der Generaldirektor Hainisch.

Obmann Dr. **Steger:** Der jetzige Generaldirektor Hainisch gibt an, daß Sie damals mit dem Generaldirektor Mayer Vieraugengespräche geführt haben regelmäßig.

Ing. **Zelniczek:** Regelmäßig? — Ich habe erwähnt, wie oft das war. Das war vielleicht . . .

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt frage ich Sie daher: Was haben Sie in diesen Vieraugengesprächen berichtet über diese Aufträge?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe dem Generaldirektor Mayer überhaupt nur über die Tatsache, daß es das gibt, sicherlich berichtet, und ich

habe schon vormittag erwähnt, der Herr Generaldirektor Mayer war immer sehr interessiert über die Marktlage, über die Situation, was die Vertreter berichten, ob Kauflust hier ist oder nicht. Das waren geschäftspolitische Gespräche, die da dauernd geführt wurden. Also konkret hat der Herr Generaldirektor Mayer sich wenig interessiert.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie ihm auch gesagt, daß es da so eine Planungsfirma PLANTECH gibt?

Ing. **Zelniczek:** Daran kann ich mich nicht erinnern. Es könnte sein, daß wir mit Hilfe einer Planungsfirma das machen. Aber das ist ja viele Jahr her.

Obmann Dr. **Steger:** Hat sich in der Firma ITT nie jemand darüber beklagt, daß es offensichtlich in einem gewissen Bereich üblich geworden ist, daß man Leute mitverdienen lassen muß mit Provisionen, damit man überhaupt Aufträge bekommt? Hat es solche Gespräche nie gegeben? Für mich wäre das ganz einsichtig, daß man sich einmal beklagt und sagt, eigentlich werden wir da ständig erpreßt. Wir müssen da Provisionen zahlen, obwohl wir eh ein gutes Angebot liefern. Hat es solche Gespräche nie gegeben?

Ing. **Zelniczek:** Sicherlich. Es hat insofern Gespräche gegeben, schauen Sie, wir haben die Jahre vorher weiß ich wie lang keine Großaufträge bekommen.

Obmann Dr. **Steger:** Jahrelang, haben wir festgestellt.

Ing. **Zelniczek:** Das weiß ich nicht, wie lang. Ja. Na und wie jetzt so eine Möglichkeit da war, hat man das einmal probiert, wie das geht. Daß man natürlich nicht sehr erfreut über das war, daß man das zahlen muß, glaube ich, liegt auch auf der Hand.

Obmann Dr. **Steger:** Hat es darüber Gespräche gegeben, daß man sich erpreßt fühlt?

Ing. **Zelniczek:** Primär mit dem Herrn Generaldirektor oder Direktor Hainisch, daß das natürlich nicht sehr schön ist.

Obmann Dr. **Steger:** Primär. Und sekundär?

Ing. **Zelniczek:** Wahrscheinlich mit Dr. Rose, Dr. Berger, aber ...

Obmann Dr. **Steger:** Und weiter wahrscheinlich oder vielleicht?

Ing. **Zelniczek:** Nein, niemand. Aus. Aus.

Obmann Dr. **Steger:** Also nicht einmal das Aufregen hat es sonstwo gegeben?

Das mit der Iranfaktura, wer hat da die Idee gehabt, daß man eine Schmähfaktura zu einem Irangeschäft ausstellt?

Ing. **Zelniczek:** Das kann ich Ihnen heute nicht mehr genau sagen. Es war entweder der Dr. Berger oder der Dr. Rose.

Obmann Dr. **Steger:** Dipl.-Ing. Hainisch sagt, daß er diese Idee gehabt hat.

Ing. **Zelniczek:** Kann auch sein. Das ist so lange her, da sind so viele Gespräche geführt worden.

Obmann Dr. **Steger:** Daß es eine Proformafaktura war über einen Geschäftsfall, den es gar nicht gegeben hat, an das können Sie sich erinnern?

Ing. **Zelniczek:** Ja, das habe ich ja gesagt.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Haben Sie bei Ihren Gesprächen außer mit Winter auch einmal mit Dipl.-Ing. Winkler Kontakt gehabt?

Ing. **Zelniczek:** Ich kenne den Dipl.-Ing. Winkler, ich glaube, ich habe mit ihm vielleicht drei-, viermal Gespräche geführt über die Angelegenheit Containertransportanlage, aber er war primär Gesprächspartner von unseren Herren beziehungsweise von den deutschen Herren. Ich persönlich habe mit dem Winkler praktisch keine Gespräche gehabt.

Obmann Dr. **Steger:** In welcher Form haben Sie eigentlich vermutet, daß Dipl.-Ing. Winter bei PLANTECH und GEPROMA mitarbeitet?

Ing. **Zelniczek:** Als Techniker, als Berater, als Ezzesgeber, oder wie Sie ihn nennen wollen.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben also durchaus geglaubt, daß Dipl.-Ing. Winter, obwohl er Auftraggeber bei der AKPE ist, mitarbeitet bei einer Firma, die sich Ihnen gegenüber verpflichtet, daß Sie den Auftrag kriegen?

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Also diese Personenidentität ist Ihnen gar nicht komisch vorgekommen? Sie haben sich gedacht, der hat Sonderbewilligung dafür.

Ing. **Zelniczek:** „Es ist komisch vorgekommen" — aber ich war nicht dazu hier, die rechtlichen Agenden zu überprüfen, ob das möglich ist. Ich dachte, es geht.

Obmann Dr. **Steger:** Wer überprüft bei Ihnen die rechtlichen Agenden? Gibt es eine Rechtsabteilung?

Ing. **Zelniczek:** Es gibt eine Rechtsabteilung.

Obmann Dr. **Steger:** Hat die Verträge und Vereinbarungen überprüft?

Ing. **Zelniczek:** Das kann ich nicht sagen. Die Rechtsabteilung ist, glaube ich, damals dem K-Bereich angeschlossen gewesen. Das weiß ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Wozu ist die Rechtsabteilung vorhanden?

Ing. **Zelniczek:** Um sämtliche rechtlichen Angelegenheiten der Firma in Ordnung zu bringen. Primär ist ...

Obmann Dr. **Steger:** Zum Beispiel ein Vertragstext mit einer anderen Firma, ist das keine rechtliche Angelegenheit?

Ing. **Zelniczek:** Primär ist sie eigentlich bei uns da, unsere Forderungen, die wir nicht reinbringen, durchzubringen.

Obmann Dr. **Steger:** Eine Eintreibungsabteilung, das ist doch keine Rechtsabteilung.

Ing. **Zelniczek:** Teilweise ja. Sie waren natürlich bei den ganzen Vertragstexten auch, die mit dem AKH gemacht wurden, eingeschaltet.

Obmann Dr. **Steger:** Die Vertragstexte sind über die Rechtsabteilung gelaufen? Wer war dort der Chef?

Ing. **Zelniczek:** Der Rechtsabteilungschef war damals Dr. Kunz meiner Meinung nach. Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn so ein Vertrag vorgelegt wird, zum Beispiel jetzt mit PLANTECH, Sie sagen, Vertragstexte schauen die dann an. Hat es hier so einen Vertrag gegeben, der dorthin gekommen ist zur Rechtsabteilung?

Ing. **Zelniczek:** Ich kann mich nicht erinnern. Ich habe keinen hingeschickt.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben keinen geschickt und wissen daher auch nicht, ob es einen gegeben hat?

Ing. **Zelniczek:** Ob es bei der Rechtsabteilung einen gegeben hat, weiß ich nicht, nein.

Obmann Dr. **Steger:** Ob es überhaupt einen schriftlichen Vertrag gegeben hat, so mit Leistung und Gegenleistung, Vertragsvolumen. Von der PLANTECH.

Ing. **Zelniczek:** Es hat einen Angebotsbrief gegeben, und es hat einen Annahmebrief von uns gegeben, daß wir mit dem einverstanden sind, beziehungsweise von der SEL.

Obmann Dr. **Steger:** Der Angebotsbrief hat im wesentlichen aus einem Betrag bestanden, aus ein paar schönen Sätzen, was man da tun wird.

Ing. **Zelniczek:** Mit den Prozentsätzen.

Obmann Dr. **Steger:** Einem Prozentsatz. Aber nicht sonst, wie man einen Vertrag macht, wo ein Leistungsvolumen festgehalten wird.

Ing. **Zelniczek:** Das Leistungsvolumen war eigentlich fixiert, sondern die Bezahlung erfolgt, wann die Aufträge da sind. So ganz grob.

Obmann Dr. **Steger:** Was hätte der Dipl.-Ing. Winter fachlich bei der PLANTECH tun sollen? Der ist ja Techniker.

Ing. **Zelniczek:** Technische Beratung oder technische Unterlagen zu machen.

Obmann Dr. **Steger:** Was sagte da die Leistungskontrolle? Der haben Sie es eh nicht gezeigt. Die Leistungskontrolle in Ihrer Firma, was sagt die dazu? Hat sie das überhaupt gesehen?

Ing. **Zelniczek:** Leistungskontrolle, so was haben wir nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Die interne Revision, von der Sie uns erzählt haben.

Ing. **Zelniczek:** Das weiß ich nicht. Von mir hat sie es nicht. Ich glaube, sie hat das nicht genommen.

Obmann Dr. **Steger:** Ich kann Ihrer internationalen Konzernleitung nur raten, das System schleunigst zu ändern, sonst wird man auf jeden Fall, wenn sich einmal dort jemand festsetzt, der nicht so wie Sie dafür sorgt, daß alles nur im Interesse der Firma geschieht, wie sie uns jetzt hier erklärt haben, wird er -zig Millionen beiseiteschaffen können. Ohne daß man den Herrn Dipl.-Ing. Winter dazu braucht.

Das habe ich gesagt, damit es im Protokoll steht, falls Ihre Firma das je liest.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Sie haben früher dem Herrn Abgeordneten Kohlmaier geantwortet, daß Sie anfänglich, als Sie mit Winter in Geschäftsbeziehungen getreten sind, eigentlich gar nichts dabei gefunden haben, er war damals nicht einmal noch Baurat, haben Sie gesagt, er hat da irgendwo in einer Schule unterrichtet, und das war für Sie also praktisch kein Ausschließungsgrund. Jetzt ist aber dieser Magistratsbeamte Winter Direktor oder einer der Direktoren der AKPE geworden. Ist es Ihnen da nicht komisch vorgekommen, daß hier einerseits jemand, der Aufträge vergibt, gleichzeitig wiederum bei einer Firma angeblich mitarbeitet, die also das verdient daran.

Ing. **Zelniczek:** Ja sicher.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und haben Sie das Ihren Direktoren gesagt? Was haben die dazu gesagt?

Ing. **Zelniczek:** Das hat ja jeder gewußt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Das haben auch Ihre Direktoren zu diesem Zeitpunkt gewußt.

Ing. **Zelniczek:** Das hat jeder gewußt, das ist ja der Moment, wo ich auch gesagt habe, daß das natürlich dann eigentlich uns klar war, daß das nicht einwandfrei ...

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Aber das ist für Sie eigentlich schon ein Ausschließungsgrund?

Ing. **Zelniczek:** Das wäre, wie ich es jetzt sehe, absolut ein Ausschließungsgrund.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wieso haben Sie es damals ...

Ing. **Zelniczek:** Ich muß noch dazu sagen, ich habe mit rechtlichen Dingen in meinem Leben überhaupt nichts zu tun gehabt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Das ist ja rechtlich kein irgendwie schwieriges Problem, sondern es ist ja mit beiden Händen, wenn man die Augen zumacht, zum Greifen.

Ing. **Zelniczek:** Es ist richtig gewesen, aber ich meine, es war nicht unbedingt ich jetzt da, der sagt: Aus, halt, jetzt hören wir auf, jetzt tun wir nichts mehr.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Hat man dann auch ab diesem Zeitpunkt gewußt, Winter bekommt weiterhin via PLANTECH, via GEPROMA Geld, obwohl er einer der maßgebenden Auftragvergeber ist?

Ing. **Zelniczek:** Sicher. Ja.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sie haben früher auf die Frage des Herrn Vorsitzenden geantwortet, daß Sie keinen Vertragstext der Rechtsabteilung vorgelegt haben. Bitte, warum haben Sie keinen vorgelegt, warum haben Sie das nicht prüfen lassen?

Ing. **Zelniczek:** Es hat, wie ich gesagt habe, einen Brief gegeben, ein Anbot gegeben, das Anbot ist durch einen Brief von uns akzeptiert worden. Das war der ganze Vertrag. Der Vorstand von uns hat das akzeptiert, man wollte den Kreis von dem nicht weiß ich wie groß machen wahrscheinlich, ich kann jetzt nur vermuten, und hat eigentlich die Rechtsabteilung in dem Falle nicht eingeschaltet. Von mir aus. Ich habe sie nicht eingeschaltet. Ich glaube auch nicht, daß sich der Herr Hainisch oder sonst jemand damit befaßt hat.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wer hätte das noch können, wer war damals Vorstand?

Ing. **Zelniczek:** Der Herr Hainisch war Vorstand.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und der Generaldirektor, hat der das nicht wissen müssen?

Ing. **Zelniczek:** Von mir aus nicht.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sie haben jetzt gesagt, es ist offensichtlich deshalb der Rechtsabteilung nicht vorgelegt worden, damit der Kreis der Wisser relativ klein gehalten wird. Soll der so klein gehalten werden, daß nicht einmal der Generaldirektor davon etwas weiß?

Ing. **Zelniczek:** Das habe ich nicht gesagt, aber wenn in der Rechtsabteilung was drüben ist, da sind ja etliche Herren da drüben und Frauen, da hat man es möglicherweise aus diesem Grund nicht rübergegeben. Wobei ich gar nicht weiß, ob es nicht vielleicht sowieso drüben war. Ich habe es nicht rübergegeben, das will ich behaupten. Das kann ich positiv sagen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sie haben es aus dem Grund nicht hinübergegeben, damit es nur ein kleiner Teil weiß.

Ing. **Zelniczek:** Nein. Ich habe es aus dem Grund nicht rübergegeben, weil es meine Chefs sowieso akzeptiert haben, da brauche ich die Rechtsabteilung nicht. Es gibt so einen natürlichen Gegensatz zwischen Vertrieb und Rechtsabteilung. Denn wenn Sie einen Auftrag haben wollen und da kommt der Auftraggeber und gibt ein bissel harte Formulierungen in den allgemeinen Bedingungen und so weiter, da kommt dann die Rechtsabteilung und sagt, das können wir aber nicht akzeptieren, da kann uns mit der Pönale das und das passieren, da wird ununterbrochen gerauft. Die Rechtsabteilung ist nicht gerade der Freund der Vertriebsabteilung, muß ich dazusagen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sind Sie der Meinung, daß die Rechtsabteilung diesen Vertrag nicht akzeptiert hätte?

Ing. **Zelniczek:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge: Zu den 400 000 S nochmals zurück. Sie haben gesagt, die Frau Untersuchungsrichter hat Sie mit dieser Frage konfrontiert, Sie haben wenige Sekunden, so haben Sie ungefähr geschildert, Zeit gehabt zu überlegen und haben dann also einfach in einer Streßsituation gesagt, ja das stimmt, 400 000 S.

Sie haben aber dann Tage später, in einer Zeit, in der Sie sich das überlegen haben können, nochmals sehr ausführlich diesen Vorgang bestätigt. Und Sie haben eine Haftbeschwerde eingelegt und haben das auch in diesem Haftprüfungsverfahren nicht geltend gemacht, daß das ja gar nicht stimmt. Nicht vor der Frau

364 von 382Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Untersuchungsrichter, sondern vor einem Richtersenat, vor drei anderen Richtern wiederum. Und heute haben Sie, nachdem Sie erfahren haben, daß das einer der wesentlichen Gründe ist, daß Präsident Mayer deshalb in Haft genommen wurde, eine plötzliche Kehrtwendung gemacht und schildern das anders. Kommt Ihnen das nicht auch etwas sonderbar vor?

Ing. **Zelniczek:** Es mag sonderbar ausschauen, aber es ist die absolute Wahrheit. Die Frau Untersuchungsrichterin hat mir gesagt, nachdem sie vorher gesagt hat, wie lang wollen Sie denn noch dasitzen, Sie sind doch schon alt genug, sagen Sie, wie die Wahrheit ist, und so ähnlich, dann ist die ganze Untersuchungshaft beendet, und geben Sie doch zu, daß Sie 400 000 S gekriegt haben. Da habe ich mir gedacht, scheinbar hat ihr von der Firma das jemand gesagt, hat irgendeinen Sinn oder hat ... Ich war fertig, ich weiß nicht ... Und Ihre weitere Frage, warum bin ich dann dabei geblieben: Jetzt hat man einmal eine Aussage gemacht, jetzt hat man sich dazu entschlossen, jetzt bin ich halt bei dem weitergeblieben. Die Konsequenzen waren mir ja eigentlich gar nicht bewußt. Die Konsequenzen waren jetzt von der Aussage von Herrn Dr. Schüssel, daß das so negativ ist und scheinbar diese Aussage von der Firma nicht gemacht wurde, sondern daß von der Frau Untersuchungsrichterin entweder, wie sie sagt, vielleicht habe ich mich verhört, aber ich habe mich garantiert nicht verhört, denn dadurch ist das Komische herausgekommen mit den 100 000 S, weil die 100 000 S habe ich sehr wohl gewußt, auf einmal habe ich der Frau Untersuchungsrichterin 100 000 S gesagt, und: Was, das haben Sie auch gekriegt? Dann habe ich gesagt: Nein, es waren zweimal 50 000 S. Das war ja ein Kuddelmuddel dort mit den ganzen Provisionen!

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Also daraus kann ich schließen: Wenn es jemand von Ihrer Firma gesagt hätte, daß Sie 400 000 S bekommen hätten, dann würden Sie das akzeptieren, auch wenn Sie es nicht bekommen hätten?

Ing. **Zelniczek:** Hätte ich das akzeptiert.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Für die Firma würden Sie bereit sein, eine falsche Aussage zu machen?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe mir vorgestellt, daß die Firma im nachhinein doch weiß, daß ich ein wertvoller Mensch bin, das als Belohnung angeschaut.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sie wollen, was ich schon vorher bei meiner Befragung angeschnitten habe, Sie wollen sich offensichtlich bei Ihrer Firma auch heute noch beliebt machen für den Fall — es kann ja immer noch gebraucht werden?

Ing. **Zelniczek:** Wie das jetzt ist, ist das Vernünftigste, daß ich sage, wie es war, so ist es, wie es war, und ich glaube, da bin ich daraufgekommen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Die Wahrheit ist sicher das Vernünftigste, wenn Sie uns die sagen würden. Und zwar in allen Punkten.

Ing. **Zelniczek:** Das ist sie. Es gibt keine andere Wahrheit. Es gibt nichts anderes. Was ich gesagt habe, ist die absolute Wahrheit, ich habe nichts mehr.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wann wurde denn der Name Egli erfunden?

Ing. **Zelniczek:** Gleich am Anfang, im Zweiundsiebzigerjahr, weil er auch in einem der ersten Briefe drinnengestanden ist.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und statt Winter ist Egli für Sie.

Ing. **Zelniczek:** So ist es. Er hat gesagt — es war ein Anschreiben hier und ein Annahmeschreiben von unserer Seite. Und dazwischen ist eine längere Zeit vergangen. Der Winter war bei uns im Haus, hat mit den deutschen Herren gesprochen, dann mit Dr. Adels oder Klinkhammer, ich weiß nicht mehr, welche Leute das alles waren. Und wir haben dann in diesem Antwortschreiben geschrieben, auf Grund Ihres Briefes und der Gespräche mit Herrn Egli. Tatsächlich war das der Herr Winter. Er hat gesagt, Winter könnt ihr nicht hineinschreiben.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge, Sie haben gesagt, Sie glauben, daß Herren vom Land Wien und vom Bund hinter der PLANTECH und GEPROMA stehen oder stehen könnten. Worin begründen Sie diesen Glauben?

Ing. **Zelniczek:** Erstens einmal mit dem Glauben habe ich, glaube ich, nicht formuliert, wir glauben, sondern das waren so Annahmen, wer kann alles sein, und vielleicht sind da solche Herren oder andere Herren. Das war eine Annahme, die in einem Gespräch zwischen Herrn Generaldirektor Hainisch oder Direktor Hainisch damals und mir so ventiliert wurde, genau in demselben Zusammenhang, vielleicht kriegen auch Parteien ein Geld, ja, kann auch sein.

Wir haben nichts gewußt, ich habe in dieser Richtung keine Information von ihm gehabt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Haben Sie dem Herrn Direktor Hainisch gegenüber einmal gesagt, daß hier Parteifinanzierung im Spiel ist?

Ing. **Zelniczek:** Nein. Sondern wir haben das gemeinsam überlegt, und ich weiß gar nicht, wer es als erster gesagt hat, kann Parteienfinanzierung auch sein, er oder ich. Ich habe ihm sicherlich nicht gesagt, es ist Parteienfinanzierung im Spiel, weil ich es ja gar nicht gewußt habe und auch heute nicht weiß.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Direktor Hainisch führt an, daß er den Eindruck hatte, daß Sie im Laufe der Zeit mit dem Kreis, der hinter diesen Firmen steckt, freundschaftlich verkehrt haben. Das ist wörtlich protokolliert, das ist sogar in Klammer drinnen, wörtlich. Also unter „Kreis" versteht man ja mehr als einen Herrn Winter, das ist ja nur eine Person.

Ing. **Zelniczek:** Da kann ich nichts dazu sagen, da ich niemanden weiß, wer zu diesen Firmen dazugehört hat, habe ich auch mit niemandem verkehrt. Also das ist eine Vermutung vom Herrn Hainisch, daß er geglaubt hat, daß ...

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Dann führt er noch weiter aus, aus diesem Kreis, vermutet er, daß Leute vom BSA oder „Club 45" dahinterstehen.

Ing. **Zelniczek:** Das ist von ihm eine Vermutung.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Das kann er ja nur von Ihnen haben.

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Er führt das aus, daß er das von Ihnen hat. Ist auch hier schwarz auf weiß, auch etwas Geschriebenes. So wie wir heute gesehen haben, Sie bekennen sich nur dann, wenn man Ihnen etwas Geschriebenes ... hingibt.

Ing. **Zelniczek:** Nein, nein! Ich habe sicherlich nie gesagt, beim BSA, oder abgesehen davon, daß ich beim BSA einmal im Jahr dort war bei der Jahresversammlung, daß bei dem BSA oder beim Club 45, habe ich ihm garantiert nie gesagt, da sind Leute, die sind ident mit der GEPROMA oder Mitarbeiter von der GEPROMA.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Das können Sie ausschließen?

Ing. **Zelniczek:** Das habe ich ihm garantiert nicht gesagt, daß ich Leute von der GEPROMA beim BSA oder beim Club 45 getroffen habe oder kenne.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Woher er das hat, wissen Sie nicht?

Ing. **Zelniczek:** Wir haben ja öfter da gesprochen. Wir haben eine ganze Menge, nämlich wir haben sehr oft darüber geredet: Wer können die Leute sein, oder wer nimmt da ein Geld, und wer ist das? Da sind eine Menge Gespräche gewesen. Aber hier in der dezidierten Art, daß ich gesagt habe, ich kenne da jemanden beim Club 45 oder ich kenne da jemanden beim BSA, der auch zur GEPROMA gehört, ist garantiert nicht der Fall gewesen. *(Zwischenruf: ... sind andere Namen genannt ...? — Ing. Zelniczek: Gar nicht! Gar keiner!)*

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Woher könnte dann der Herr Direktor Hainisch das haben? Das hat er als Zeuge vor der Frau Untersuchungsrichter angegeben.

Ing. **Zelniczek:** Was heißt, woher könnte er das haben?

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Von Ihnen nicht?

Ing. **Zelniczek:** Von mir nicht. Sondern wir haben in dieser Diskussion alles mögliche ventiliert. In der Richtung stimmt das, was er schreibt. Aber nie in dem Sinne, daß ich gesagt habe, ich weiß und ich kenne den und den, sondern es könnte und was könnte noch alles passiert sein?

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wieso kommen Sie dann darauf, es könnte BSA und „Club 45" sein?

Ing. **Zelniczek:** Nein, das habe ich nicht gesagt! Wir haben geredet: Sind Leute von dort dabei? Sage ich: Möglich ist alles. Nicht?

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Von wo könnten noch Leute dabei sein? Jetzt haben wir Bund, Stadt Wien, haben Sie hier BSA, „Club 45". Was ist noch alles möglich?

Ing. **Zelniczek:** Ich weiß nicht. Es gibt alle Leute, die etwas zu reden haben in Österreich.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Also es können alle Leute dabei sein, die etwas zu reden haben in Österreich?

Ing. **Zelniczek:** Zum Beispiel. Ja.

Abg. **Lehr** (SPÖ): Zur Person des Herrn Winter: Herr Zeuge, ich möchte Sie fragen: Nachdem bekannt wurde, daß der Herr Winter Direktor der AKPE geworden ist und auch schon die dubiose Stellung in PLANTECH und GEPROMA — das war also ein Wissen, das die ganze Generaldirektion hat, oder haben das nur Sie gewußt?

Ing. **Zelniczek:** Nein, das hat ...

Abg. **Lehr** (SPÖ): ... der innere Kreis, sagen wir, der Firma schon gewußt?

366 von 382Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Ing. **Zelniczek:** Das hat der Vorstand, also mein Vorstand, gewußt.

Abg. **Lehr** (SPÖ): Der hat das genau gewußt. Und wer hätte dann eigentlich, wenn das nicht mehr ganz auf einer gesunden Ebene ist, die Geschäftsbeziehungen zu diesen Geschäften abbrechen müssen?

Ing. **Zelniczek:** Wenn wir es jetzt ...

Abg. **Lehr** (SPÖ): Wer hätte da den Auftrag dazu geben müssen? Sie?

Ing. **Zelniczek:** Nein, ich nicht.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Zunächst einmal möchte ich nur der Ordnung halber festhalten, daß wir heute früh auf Antrag der sozialistischen Fraktion eine Sitzungsunterbrechung gehabt haben, weil Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei eine Pressekonferenz abgehalten haben. Ich möchte nur der Ordnung halber hier erwähnen, daß ein Abgeordneter der sozialistischen Fraktion das gleiche auch bei laufender Sitzung gemacht hat, was für uns nur festgehalten werden soll, ohne daß man daran ist, jetzt die Konsequenz zu knüpfen.

Frage an den Zeugen: Ich werde nicht schlau, muß ich ehrlich sagen, aus Ihrer Verantwortung. Wir sind hier wirklich alle miteinander nur an der Wahrheit interessiert und nicht an irgendeiner sonstigen Interpretation der Wahrheit.

Ab einem gewissen Zeitpunkt war Ihnen doch klar, daß GEPROMA, PLANTECH gleich Winter ist. Ab einem bestimmten Zeitpunkt, den kann man jetzt früher oder später ansetzen, war Ihnen das klar, das haben Sie an sich hier ausgeführt, und das bestreiten im Grund auch Hainisch nicht und die anderen Betroffenen. Das ist doch irgendwo genauso, wie es der Ausschuß-Vorsitzende Dr. Steger ausgeführt hat, komisch, daß in Wahrheit — ich will Ihnen das ja nicht unterstellen — jeder einflußreichere Firmenmanager theoretisch mit irgendeinem anderen Mann auf der Auftraggeberseite ein Racket machen, eine solche Konstruktion wählen und seine eigene Firma mehr oder weniger obidrahn kann.

Die Frage ist jetzt für mich: Ihnen mußte doch klar sein als Profi, der lange Zeit in der Vertriebspolitik der Firma ITT drinnen ist, daß das problematisch sein muß, und zwar im rechtlichen Sinn, wenn auf der Auftraggeberseite der Herr Winter gleichzeitig ein Nehmer ist, wobei ich zugebe, daß Sie nicht genau gewußt haben, daß er der alleinige Nehmer ist. Ist das bisher eine korrekte Interpretation?

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Dann frage ich mich: Haben Sie nicht irgendwann einmal dem Winter das gesagt? Etwa: Hören Sie oder hörst, sei mir nicht böse, das ist doch eine unheimlich problematische Geschichte, die hier vor sich geht. Du bist Auftraggeber für uns, wir wollen einen Auftrag von dir, wir müssen schmieren. Haben Sie mit Winter je in diese Richtung geredet?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe über das Thema nicht mit ihm gestritten.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Theoretisch wäre natürlich auch denkbar, daß man ab einem gewissen Zeitpunkt dann sagt: Bitte, wie ist das, wir zahlen und zahlen an dich, und eigentlich sehe ich nicht ganz ein, wieso andere auf unserer Seite hier völlig zu kurz kommen sollen?

Das ist nämlich eine sehr wichtige Frage. Können Sie mit Sicherheit ausschließen — da sind Sie jetzt wirklich unter Wahrheitspflicht zu nehmen —, daß Sie je von Winter, von einer seiner Firmen oder einem Dritten, der von Winter zu Ihnen geschickt wurde, Geld bekommen haben?

Ing. **Zelniczek:** Jawohl.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ich meine, das ist insofern eine sehr wichtige Frage, weil sie ja auch überprüfbar ist. Es ist auf Grund der Kontenbewegungen in Liechtenstein über PLANTECH und GEPROMA überprüfbar, ob von dort etwas an Sie gegangen ist. Es ist überprüfbar — es werden wahrscheinlich auch Ihre Konten irgendwann einmal geöffnet werden —, ob irgendwelche Eingänge auf Ihrer Seite da sind. Können Sie mit absoluter Sicherheit hier ausschließen, daß Sie direkt oder indirekt Zuwendungen in Geld oder in anderer Form von Betroffenen auf der anderen Seite bekommen haben?

Ing. **Zelniczek:** Das kann ich absolut ausschließen. Denn ich habe hier die ganze Zeit im Sinne unserer Firma, und ich bin — ich glaube, das habe ich schon erwähnt — 31 Jahre bei der Firma und habe als oberstes Ziel gesehen, hier für die Firma zu arbeiten und für sonst nichts. Außerdem ist mein Anspruch ans Leben verhältnismäßig bescheiden. Ich habe es schon erwähnt. Also ich bin nicht geldhungrig, gar nichts, und meine Position ist von selber so gekommen. Ich habe auch gar keinen übersteigerten Ehrgeiz.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Herr Ingenieur, haben Sie irgendwann einmal über diese 400 000 S — über Ihre erste Aussage —, die Sie von Generaldirektor Mayer bekommen haben sollen, mit Ihrem Anwalt gesprochen?

Ing. **Zelniczek:** Das habe ich schon gesagt: Ja.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Darf ich es auch noch einmal hören? Sie haben mit ihm darüber gesprochen?

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Und zwar haben Sie ihm berichtet darüber, oder in anderer Form?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe ihm berichtet über die vorhergegangene Vernehmung durch die Untersuchungsrichterin und habe es ihm gesagt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie müssen mir noch einmal das Schreiben mit der Schlußabrechnung erklären. Da ermäßigen Sie von 2,9 Millionen Schilling — es geht um die Container-Transportanlage — auf 2,5 Millionen Schilling. Nach welchen Gesichtspunkten konnten Sie diese Differenz herausarbeiten? Die ursprüngliche Vereinbarung war offenkundig ein Prozentsatz.

Ing. **Zelniczek:** Es waren ein Prozentsatz und verschiedene Einzelleistungen an SEL — aber das war nicht auf unserer Seite — für sogenannte Software-Leistungen — das steht ja auch irgendwo da drinnen —, wo zusätzliche Leistungen von der GEPROMA gekommen sind an die SEL. Ich habe die selbst nicht zu kontrollieren gehabt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Rätselhafterweise sind hier zumindest vorläufig noch keine näheren Unterlagen über das Vertragsverhältnis zwischen ITT und GEPROMA. Können Sie mir daher erläutern: Also es wurde abgeschlossen. Die Container-Anlage ist, glaube ich, ein 70-Millionen-Schilling-Auftrag gewesen; Hauptauftrag 190 Millionen Schilling und dann noch zusätzliche 42 Millionen Schilling Montage. Wie wurde abgerechnet? Was gab es an Prozentsatz nur auf die Geräte?

Ing. **Zelniczek:** Es hat einen Prozentsatz gegeben auf die gesamte Auftragssumme.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): War der Prozentsatz wertgesichert?

Ing. **Zelniczek:** Der war genausogut wertgesichert, wie die Fakturensumme wertgesichert war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die Vermittlung des Container-Auftrags beginnt ja schon im Oktober 1974 — deswegen frage ich: wertgesichert? — und wird Ende 1978 abgeschlossen. Woran war der Provisionsprozentsatz, oder was immer das war, gebunden?

Ing. **Zelniczek:** An die Rechnungssumme, an die Schlußrechnungssumme.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): An die Schlußrechnungssumme. Und hat es hier jetzt Ausnahmen gegeben, etwa daß Montage billiger verrechnet wurde?

Ing. **Zelniczek:** Soviel ich mich erinnern kann, nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat es Akontierungsberücksichtigung gegeben?

Ing. **Zelniczek:** Ja, es ist ein Teil bezahlt worden bei Auftragserteilung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Naja, es ist ja ein Unterschied, ob ITT etwa Akonto bekommen hat und in welcher Größenordnung; das konnte ja verschieden groß sein. Wurde eine Akontierung berücksichtigt?

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das heißt also, wenn die AKPE eine höhere Akontierung, als Sie erwartet haben, bekommen hat, dann muß sich das auch in der Provision in der GEPROMA oder PLANTECH niedergeschlagen haben?

Ing. **Zelniczek:** Ja, in der sofortigen Bezahlung; in der Gesamtsumme, in der Gesamtabrechnung nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es gibt ein PLANTECH-Schreiben — das ist jetzt nicht GEPROMA —, wo von einem Einbeziehen der höher ausgefallenen Vorauszahlung die Rede ist. — Das ist das Papier 7487, nur kein Mensch soll mich fragen, ob das jetzt eine Gerichtsaktnummer oder eine sonstige Nummer ist. Hier schreibt die PLANTECH: Im Zuge der Projektsteuerung ist es uns nicht nur gelungen, die seinerzeit angestrebte Vergabe zu erreichen, sondern über unsere zugesagte Leistung hinaus eine weit über das übliche Maß hinausgehende Akontierung für Sie zu erreichen. — Und daraus wurde etwas abgeleitet. Was wurde abgeleitet?

Ing. **Zelniczek:** Das ist mir jetzt nicht in Erinnerung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie wurde das berücksichtigt? Sie haben ja vorhin bestätigt, daß die Akontierung einbezogen wurde.

Ja, eh klar, weil Akontierung bedeutet ja, bitte, für ITT oder für jede andere Firma natürlich Zinsen, und, und, und. Das ist ja eh klar. Wie wurde das einbezogen?

Ing. **Zelniczek:** Ich weiß es nicht. Das ist mir nicht erinnerlich. Was wollten Sie dazu wissen?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ob bei der Schlußabrechnung — die schaute für mich zunächst so aus: es gibt eine Schlußabrechnung, und da werden abgezogen Montagekosten, Geräte werden anders bewertet et cetera, wie diese hoch-

368 von 382Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

technischen Abrechnungen sind. Aus diesem Schreiben der PLANTECH muß ich aber entnehmen, daß auch Akontierungsvorgänge berücksichtigt wurden, und das haben Sie ja auch vorhin gerade gesagt. Wie wurde eine solche Akontierung in der Praxis berücksichtigt?

Ing. **Zelniczek:** Auf Grund der Akontierung wurde der Prozentsatz bezahlt. Eine weitere Berücksichtigung — weiß ich nicht davon.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Eine weit über das übliche Maß hinausgehende Akontierung! Wenn Sie jetzt — Hausnummer — einen 140-Millionen-Schilling-Auftrag haben, die AKPE entschließt sich plötzlich, der ITT nicht, wie vereinbart, 20 Millionen Schilling, sondern 30 Millionen Schilling sofort Akonto zu geben, dann ist ja da eine Marge drinnen. Wie wurde dies nun gegenüber PLANTECH und GEPROMA berücksichtigt?

Ing. **Zelniczek:** Das ist mir nicht erinnerlich. Da haben wir nichts. Da gibt es nichts darüber. Mir nicht erinnerlich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, hier gibt es ein Schreiben. Das habe ich Ihnen aber gerade vorgelesen, und zwar in bezug auf Ihr Schreiben — Ihr Zeichen kenne ich jetzt: ZE — vom 16. 9. 1974. Es handelt sich in diesem Fall um PLANTECH und IAKW — Telephonbeauftragung. Es heißt: ... eine weit über das übliche Maß hinausgehende Akontierung für Sie zu erreichen. Jetzt kommt der nächste Satz: Aus diesem Grunde haben wir uns erlaubt, den Gesamthonoraranspruch in einem zu belasten. Das heißt, die haben sofort die Konsequenzen gezogen. Als der AKPE-Vorstand sich entschlossen hat, ITT ein höheres Akonto zu geben — womöglich mit Segnung des Aufsichtsrates, in Wahrheit ohne Segnung des Aufsichtsrates —, als die Herren Winter, Schwaiger und Parzer sich entschlossen haben, ITT ein höheres Akonto zu geben, hat es bei PLANTECH und GEPROMA geklingelt. Frage: In welcher Weise haben Sie das dann berechnet? Haben Sie da auch eine Tabelle gehabt oder wie?

Ing. **Zelniczek:** Nein, da war gar nichts anscheinend. Wir haben dann wahrscheinlich diese Summe gleich zur Gänze ausbezahlt. Ich kann mich auf das im Detail nicht erinnern, aber wir haben nicht nur den Teil, der auf Grund der Akontierung fällig war, sondern gleich die Auftragssumme ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie haben Sie sich in so einem Fall mit dem Herrn Winter verständigt? Wie war da die Verständigung? Sie kriegen plötzlich statt 20 Millionen Schilling Akonto 30 Millionen Schilling Akonto.

Ing. **Zelniczek:** Das war ja nicht plötzlich, sondern da waren ja Gespräche von unseren Herren vom kaufmännischen Dienst und von unserem Rechtsdienst über den Vertrag, denn so angenehm war ja das große Akonto auf der anderen Seite auch wieder nicht, denn man kommt ja durch das Akonto aus der ganzen Preisgleitung heraus. Wir haben ja für das Akonto praktisch den Fixpreis garantieren müssen, und dieser Auftrag rennt ja fürchterlich lang. Also es ist ja nicht so, daß das was weiß ich für ein zu großes Akonto war, daß es was weiß ich für eine große Freude in dem Fall war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber Sie sind der erste Betrieb, der sich nicht über Akontos freut, den ich kennenlerne.

Ing. **Zelniczek:** Sie haben aber selten Aufträge, die über zehn Jahre rennen. Das ist ein Unterschied, ob ich Akonto kriege über einen Auftrag, den ich nächstes Jahr liefere, oder über einen Auftrag, den ich in sechs Jahren liefere oder in acht Jahren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der ist über vier Jahre gelaufen, um exakt zu sein: 1974 bis 1978.

Ing. **Zelniczek:** Er läuft noch immer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bei Container. IAKW war früher — ja, das gebe ich zu. Jetzt mußten Sie also Winter nicht mehr sagen: Jetzt kam das Akonto!, sondern Sie haben gewartet, bis der entsprechende PLANTECH- oder GEPROMA-Brief kam. Sie konnten ruhig darauf warten.

Ing. **Zelniczek:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und haben dann welche Leistung erbracht, was immer die vorgeschrieben haben, oder wie war das? Mir ist die Staffel noch nicht bewußt, wie Sie so etwas berechnet haben.

Ing. **Zelniczek:** Es war eine Staffel entsprechend der Auftragshöhe, die zwischen 1,5 bis 5 Prozent gegangen ist, und dementsprechend wurde das auch von der PLANTECH in Rechnung gestellt und nachgeschaut, ob das in der Staffel stimmt, und dann akzeptiert.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und nun ist eines Tages die PLANTECH zu Ende gewesen, und die GEPROMA ist aufgetaucht. Wie hat nun die GEPROMA den Einstieg in die Staffel vollzogen hinsichtlich ITT?

Ing. **Zelniczek:** Soviel ich mich erinnern kann, war da wahrscheinlich ein Brief von der PLANTECH, glaube ich, worin sie mitgeteilt hat, daß sie die Geschäfte an die nächste Firma überträgt und das hier weitergeht. Ich weiß nicht, hat die GEPROMA geschrieben oder die PLANTECH, ich glaube, die PLANTECH hat das geschrieben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! Erklären Sie aber jetzt in einer glaubwürdigen Weise, wie nun die Firma und wie Sie verarbeitet haben, daß jetzt die Millionen nicht mehr an das geisterhafte Wesen PLANTECH gezahlt werden, sondern an das Wesen GEPROMA. Welche Erklärungen hatten Sie? Hätte ich das damals gewußt, hätte ich Ihnen geschrieben: Bitte, nun übernimmt statt GEPROMA die Firma Sowieso *(Ruf: Steinbauer!)*, Steger oder irgend etwas.

Daher die Frage: Wie haben Sie Sicherheit haben können, daß der Name GEPROMA Ihnen nun dasselbe erbringen wird, was der Name PLANTECH gebracht hat?

Ing. **Zelniczek:** Es war ein Brief hier.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ein Brief allein — Sie müssen ja Rückfragen gemacht haben, es kann Ihnen ja nicht jeder schreiben. Hat Ihnen Winter das erläutert?

Ing. **Zelniczek:** Daß die PLANTECH sich auflöst und die neue GEPROMA da ist, das hat mir Winter auch gesagt, aber primär ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was hat er als Begründung angegeben?

Ing. **Zelniczek:** Keine. Das weiß ich nicht. Keine Begründung. Das passiert ja öfter, daß Firmen sich ändern, daß der Firmenwortlaut sich ändert. Und in dem Brief ist ja auch drinnen gestanden, daß dasselbe Team weiterarbeitet. So ähnlich kann ich mich düster erinnern.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und jetzt haben Sie Winter gefragt: Was für ein Team hast du da an der Hand?

Ing. **Zelniczek:** Nein, das habe ich nicht gefragt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie haben es hingenommen, daß er Ihnen gesagt hat: Die heißt jetzt anders. — Aus. Und da haben Sie nie rückgefragt, obwohl Sie dreimal im Jahr mit ihm beim Heurigen waren? Obwohl Sie beim BSA mit ihm waren, haben Sie ihn nie gefragt: Warum heißt das jetzt auf einmal GEPROMA, was ist los?

Ing. **Zelniczek:** Nein, das habe ich nicht gefragt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und das soll ich Ihnen glauben?

Ing. **Zelniczek:** Es ist aber so. Warum sollte ich auch fragen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben Winter das geglaubt. Was haben Sie Ihren Vorgesetzten gesagt?

Ing. **Zelniczek:** Genau dasselbe.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben gesagt: Das heißt jetzt anders.

Ing. **Zelniczek:** Es war ja ein Brief da, daß das Ganze weitergeht mit der Firma GEPROMA.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie bei der GEPROMA je einen Georg anrufen müssen?

Ing. **Zelniczek:** Den kenne ich nicht. Ich habe überhaupt niemanden angerufen bei der GEPROMA.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie eine Telefonnummer von der GEPROMA gehabt?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben bei der AKPE angerufen, wenn Sie etwas brauchten.

Ing. **Zelniczek:** Es war herzlich wenig notwendig, hier einen Kontakt zu haben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie mußten gar nicht telefonieren. Wie häufig haben Sie denn mit Winter so zu tun gehabt?

Ing. **Zelniczek:** Wie meinen Sie die Frage?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Durchschnittlich: dreimal in der Woche, oder wie oft?

Ing. **Zelniczek:** Vielleicht dreimal im Jahr. Ich habe im Detail mit dem Geschäft ja nichts gemacht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun liegt mir hier eine Grundsatzvereinbarung der GEPROMA für 1,2 Prozent der Endabrechnungssumme vor. Dies ist nun etwas anderes als die Staffel, die Sie immer wieder genannt haben. Förderanlage AKH Wien — Ihr Schreiben vom ... betrifft nun nicht ITT Austria, sondern ihre Schwesterfirma. Was ist das? War das eine zusätzliche Grundsatzvereinbarung?

Ing. **Zelniczek:** Das war nur über die Container-Anlage.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Förderanlage.

Ing. **Zelniczek:** Förderanlage. Und dann gab es ein Angebot, wo diese Staffelung drinnen war für nachrichtentechnische und allgemeinkommunikationstechnische Anlagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also es hat gegeben eine Grundsatzvereinbarung bei der Container-Anlage mit SEL von 1,2 Prozent — und keine Staffel oder eine Staffel?

Ing. **Zelniczek:** Soviel ich mich erinnern kann, keine Staffel.

370 von 382Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und es hat gegeben eine Staffel mit ITT Austria hinsichtlich der sonstigen AKH-Beträge.

Ing. **Zelniczek:** Jawohl.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie eine Ahnung, was Winter mit den Millionen gemacht hat?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe keine Ahnung, und ich weiß auch nicht, ob das seine Millionen waren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Na, wer könnte sie sonst verbraucht haben?

Ing. **Zelniczek:** Ich weiß es nicht. Wir sind wieder beim alten Thema: Wer war dabei? Was ist passiert?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie werden das immer wieder sagen. Sie haben dem Kollegen Gradischnik gesagt: Oft ist man beinandergesessen und hat Vermutungen angestellt, wer denn das wohl sein könnte. Aber bitte, ITT wird ja auch gesagt haben: Also soviel kann uns der Winter auf die Dauer auch nicht wert sein!, als sie so die zehnte oder zwölfte Million erreichten. Welche Vermutungen wurden denn da geäußert?

Sie erleichtern Ihre eigene Lage, denn, bitte, ich sage Ihnen mit anderen Worten, was Ihnen andere Kollegen schon gesagt haben: Der Verdacht steht im Raum, daß Sie der Partner vom Herrn Winter waren, und Sie sind nicht besonders glaubhaft in manchen Punkten gewesen.

Vielleicht können Sie uns einen Hinweis geben, sodaß wir sagen: Nein, was wir uns eigentlich alle denken, nämlich der hat das auch gekriegt mit Winter zusammen, ist doch nicht richtig, weil da gibt es ja die und die.

Ing. **Zelniczek:** Es ist schauerlich, daß der Verdacht gegen mich dasteht. Aber ich kann wegen dem nicht jemanden aus dem Finger saugen und sagen, der ist es.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nein, saugen sollen Sie nicht.

Ing. **Zelniczek:** Ich kann nicht sagen, der war es, der ist es oder der hat. Ich weiß es nicht.

Ich muß nur dazu sagen: Mir ist es hier primär um die Sache gegangen, daß wir Aufträge bekommen. Ich habe zum Schluß ja mit Scheuklappen gearbeitet, damit ich nicht zuviel weiß. Ich war heilfroh, daß ich nichts gewußt habe von dem Ganzen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, jetzt sagen Sie einmal mit aller gebührenden Vorsicht, im Protokoll können Sie genau sagen: Ich äußere jetzt einen Verdacht, den ich nicht beweisen kann — im Gegensatz zu den 400 000 S, die ich meinem Generaldirektor um die Ohren gehängt habe —, aber es gab Mutmaßungen, wonach mit dem Herrn Winter die Herren X, Y mitgetan haben. Welche Vermutungen hat es gegeben? Oder war das der Herr Zelniczek?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe keine Vermutungen angestellt darüber und möchte auch über Vermutungen da gar nicht reden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber Sie haben die Kühnheit gehabt, 400 000 S Ihrem Aufsichtsratsvorsitzenden als Kuvertaffäre zu unterschieben.

Ing. **Zelniczek:** Ich habe das nicht unterschoben, das war hundertprozentig so, wie ich es gesagt habe. Mir ist das vorgelegt worden: Geben Sie zu, daß Sie 400 000 S bekommen haben. — Ich wäre gar nicht auf die Idee gekommen, so etwas zu sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wenn ich Ihnen jetzt sage: Geben Sie zu, daß Sie mit Winter mitgeschnitten haben!, was sagen Sie dann?

Ing. **Zelniczek:** Dann sage ich nein, das ist hundertprozentig falsch.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer hat denn sonst mit ihm mitgeschnitten?

Ing. **Zelniczek:** Das weiß ich ja nicht. Man wird es ja möglicherweise herausfinden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat Winter im Auto irgendwelche Unterlagen gehabt?

Ing. **Zelniczek:** Ich habe ja gar kein Auto gesehen. Ich weiß ja gar nicht, was er in seinem Auto herumführt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wie war das mit ITT-Dräger? Ein Teil der Dräger-Sachen ist ja an ITT gegangen. Sehe ich das richtig? Es gibt eine ITT-Dräger.

Ing. **Zelniczek:** Ja, das ist eine ITT-Tochter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die alten regeltechnischen Sachen sind zu Standard Electric gekommen. Wer war da in Österreich der Repräsentant von Dräger?

Ing. **Zelniczek:** ITT-Austria. Früher war auch eine andere Firma, eine Linzer Firma, auf die kann ich mich . . .

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat es irgendwelche Geschäfte zwischen dieser alten Dräger und dem AKH gegeben?

Ing. **Zelniczek:** Nein, es gibt keine alte Dräger. Diese Dräger-Firma war immer eine Tochter von der ITT, seitdem sie hier in Österreich tätig war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also die Dräger-Hamburg oder -Lübeck, die gastechnische hat mit dieser Dräger nichts zu tun?

Ing. **Zelniczek:** Nichts zu tun, nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Naja, bitte schön, ich sage Ihnen nur eines: Überlegen Sie es sich noch einmal.

Die Staffel waren Prozentsätze. Sie waren derjenige, der sogar eine Ermäßigung von 400 000 S mit Winter ausschnapsen konnte. Wie haben Sie ihm denn das beigebracht?

Ing. **Zelniczek:** Ich glaube, das habe ich ja schon erwähnt. Es war hier eine Abrechnung über den Endzustand der Anlage, soviel ich mich erinnern kann. Das heißt, was wird das kosten, wenn es fertig ist. Und da waren Annahmen getroffen von der GEPROMA, die ich korrigiert habe.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und war das mit Winter amikal?

Ing. **Zelniczek:** Das ist schriftlich gegangen. Ich habe ihm nur gesagt: Das geht nicht in Ordnung, das werde ich korrigieren. Und er hat gesagt: Naja, schreib' das oder schreiben Sie das. Ich weiß nicht, ob wir damals schon per du waren. Schreib' das der GEPROMA! — Aus. Und das habe ich getan. Und die haben das akzeptiert. Ich habe es ja schon erwähnt: meiner Meinung nach mit gutem Grund akzeptiert, denn wir hätten monatelang über dieses Thema schreiben können.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das waren aber leichte 400 000 S, die Sie da an Ermäßigung bekommen haben!

Ing. **Zelniczek:** 400 000 S sind auf der einen Seite viel Geld, aber auf der anderen Seite in der Gesamtsumme — so toll ist das auch nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Bevor ich noch zur letzten Runde, die derzeit auf dem Programm steht, weitergebe: Jetzt läuft das jahrelang, daß Sie immer wieder einzahlen auf ein ganz bestimmtes Konto. Ist Ihnen nie der Gedanke gekommen, daß eigentlich jetzt langsam Sie den Herrn Winter in der Hand haben? Bei der ersten Zahlung, zweiten Zahlung, dritten Zahlung mußte doch irgendwann der Herr Winter bereits zittern, daß Sie ihn hochgehen lassen. Sie haben doch die Überweisungsbelege gehabt. Sie haben doch die Fakturen gehabt. Mit Ihrer Aussage dazu war doch ganz klar, daß er bereits zittern mußte, daß Sie ihn hochgehen lassen.

Ing. **Zelniczek:** Es war ja damals überhaupt noch nicht klar, daß hier ein echter Zusammenhang zwischen Winter und ...

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, fangen Sie nicht von vorne wieder an. Wir haben die Auftragsfälle einzeln durchbesprochen, und Sie haben deutlich gesagt, mit Ausnahme der Geschichte, die Sie weitergegeben haben, war es Ihnen klar.

Ing. **Zelniczek:** Ja, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Daher muß Ihnen bei der zweiten Überweisung klar gewesen sein, nachdem Sie geredet haben, auch nachdem Sie über Ermäßigung geredet haben, daß Sie den Herrn Winter in der Hand hatten. Denn wenn Sie damals gegangen wären und Anzeige gemacht hätten, wäre er hops gegangen. Das war ja logisch. Das Ganze hätte ja umgekehrt ins Rollen gebracht werden können, nämlich durch Sie. Ist Ihnen das irgendwann klar geworden?

Ing. **Zelniczek:** Jetzt ist es insofern klar, weil er anscheinend so deklariert ist bei dieser Firma GEPROMA als zeichnungsberechtigt et cetera. Was wäre, wenn das nicht gewesen wäre?

Obmann Dr. **Steger:** Wieso, Sie haben doch schon vorher gewußt, daß Sie zum Beispiel eine gefälschte Iran-Rechnung wollten und zu ihm gehen und das verlangen und das von der GEPROMA kriegen.

Ing. **Zelniczek:** Sicherlich, aber das sagt noch gar nicht aus, daß ...

Obmann Dr. **Steger:** Das sagt aus, daß er jedenfalls veranlassen kann, welche Rechnungen falsch ausgestellt werden *(Ing. Zelniczek: Das stimmt!);* das kann nicht irgendein Unterläufer, der technischer Zeichner dort ist, das kann nur einer, der so etwas dort ausrichten kann, ein wichtiger.

Ing. **Zelniczek:** Es kann genausogut einer dort gesessen sein, den ruft er an und sagt, das ist so und so zu machen. Und dann wäre ich ja mit meiner Anzeige und meiner Vermutung wieder dagestanden. Es wäre ja nirgends ersichtlich gewesen, daß er wirklich ...

Obmann Dr. **Steger:** Er war ja schon im Haus. Er hat mit Hainisch gesprochen, er hat mit Ihnen gesprochen, er hat mit Berger gesprochen; drei Leute, die so anzeigen konnten. Haben Sie nie den umgekehrten Gedanken gehabt, daß eigentlich Sie Winter in der Hand haben und nicht mehr er Sie?

Ing. **Zelniczek:** Nein, wir haben an den Gedanken ... Ich habe nicht daran gedacht.

Obmann Dr. **Steger:** Hat es irgendwann ein Gespräch gegeben, wobei er — oder sonst jemand — gedroht hat, wenn Sie nicht brav

zahlen einen Prozentsatz, vielleicht sogar einen höheren — er ist ja einmal erhöht worden —, wenn Sie nicht den höheren Prozentsatz ab jetzt zahlen, dann ist eine andere Firma im Geschäft?

Ing. **Zelniczek:** Nein, in dieser brutalen Form wurden wir nicht ...

Obmann Dr. **Steger:** Wie „fein" hat er es gesagt?

Ing. **Zelniczek:** Gar nicht. Ich meine, wenn wir zahlen, funktionieren die Geschäfte. Wenn wir zahlen, dann kriegen wir die Geschäfte. Ich meine, das war ...

Obmann Dr. **Steger:** Wie hat er begründet, daß der Prozentsatz erhöht wird?

Ing. **Zelniczek:** Das war damals ja mit ... Das hat eine Begründung. Auf das kann ich mich heute nicht erinnern.

Obmann Dr. **Steger:** Hat er gesagt, alles ist teurer geworden? *(Ruf: Ab GEPROMA?)*

Ing. **Zelniczek:** Nein, es war ja nur eine Erhöhung des Prozentsatzes bei der Gebäudeautomatisationsanlage, wo zusätzliche Leistungen notwendig sind. Oder so ähnlich war das formuliert. Und die wurden akzeptiert von der SEL.

Obmann Dr. **Steger:** Noch einmal: Sie haben ja gewußt, daß keine zusätzlichen Leistungen dabei sind.

Ing. **Zelniczek:** Nein, ich habe das nicht gewußt damals.

Obmann Dr. **Steger:** Aber die Idee, die ich Ihnen jetzt sage, daß Sie vielleicht deshalb gemeint haben, Sie haben den Herrn Winter nicht in der Hand, weil es in Wahrheit nicht um den Herrn Winter geht, die haben Sie nie gehabt? Die Überlegung, daß Sie nicht umgekehrt einem Herrn Winter drohen können, weil es nicht um ihn geht, sondern um andere Leute, die ja das Geld empfangen.

Ing. **Zelniczek:** Umgekehrt. Ich meine, wenn mir die Idee heute ... Das ist sehr fiktiv, weil ich die Idee gar nicht hatte. Aber die nächste Folge: Jetzt machst eine Anzeige, oder was weiß ich, was man da getan hätte, und dann stellt sich auf einmal heraus, der Herr Winter hat eine weiße Weste, der ist bei der Firma überhaupt nicht protokolliert, nichts, nur unsere Aussagen sind da. Also ich meine, das sagt man jetzt im nachhinein, aber damals habe zumindest ich an das nicht gedacht.

Obmann Dr. **Steger:** Und daß andere, noch wichtigere Hintermänner da sein könnten, war nicht der Grund für Sie, lieber nichts zu sagen, daß Sie dadurch sozusagen auf Dauer aus dem Geschäft sind?

Ing. **Zelniczek:** Das ist ein Gedankengang, ich kann mich nicht erinnern, den in dieser Form gehabt zu haben. Aber der hätte natürlich genauso hineingepaßt.

Obmann Dr. **Steger:** Können Sie sich vorstellen, daß das jetzt passiert, also wenn Sie da Aussagen machen, daß dann irgendwelche wichtige Hintermänner sagen, dem Herrn Zelniczek geben wir keinen Auftrag mehr?

Ing. **Zelniczek:** Das glaube ich kaum. Ich glaube, dieser Fall wird so viel Wirbel machen und da wird so viel passieren in Zukunft, daß so etwas ja auszuschließen ist, wie ich hoffe.

Obmann Dr. **Steger:** Sie meinen, daß Sie überhaupt noch Aufträge kriegen oder wie; das verstehe ich nicht.

Ing. **Zelniczek:** Nein. Daß überhaupt nach dieser Methode noch jemals jemand versucht, einen Auftrag zu kriegen oder zu geben oder sonst etwas.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Sie haben auf die Frage des Kollegen Steinbauer gesagt, daß Sie am Schluß jetzt schon fast wie mit Scheuklappen gearbeitet haben — ich habe mir das aufgeschrieben —, nur damit Sie nicht zu wissen brauchen, wer hinter dieser Firma steht. Das ist doch ein eher unübliches Verhalten.

Ing. **Zelniczek:** Ja, aber wenn der Zweck erreicht wird bei dem Ganzen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Da müssen Sie doch irgendeine Vermutung gehabt haben, die für Sie vielleicht wirtschaftlich bedrohlich wäre — der Vorsitzende hat es angezogen —, sodaß Sie sich vielleicht vorkommen müßten, daß Sie dann weg vom Geschäft sind, wenn Sie die Hintermänner kennen würden. Aber die Vermutung muß doch letztlich dann da gewesen sein, weil sonst muß man ja nicht einen so schwerwiegenden Satz hier aussprechen.

Ing. **Zelniczek:** Wie gesagt, ich habe mich nicht darum gekümmert, und ich war froh, nichts gewußt zu haben von dem, weil möglicherweise hätte das Konsequenzen dann von meiner Seite zu erfordern gehabt. Ich habe keine Ahnung. Das sind aber so fiktive Vermutungen über Gedankengänge, die man gehabt hat oder nicht gehabt hat.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Es ist doch eher das Gegenteil der Fall. Die natürliche Neugierde müßte doch fast hier Platz greifen, wenn ich das hier so formulieren darf, daß man sich sagt: Na, jetzt zahlen wir schon seit Jahren Millionen da hinein, er selbst wird das vielleicht doch nicht verbrauchen können, denn goldene

Nockerln kann er ja nicht essen, da müßte er schon sehr viele essen, wenn er das alles hätte wegessen wollen, also wer hat eigentlich das ganze Geld? Das muß doch irgendwie im Raum gestanden sein.

Ing. **Zelniczek:** In dieser Form hat sich diese Frage nicht gestellt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und daß Sie nie mit Winter darüber gesprochen haben, mit dem Sie ja, wie Sie uns gesagt haben, auf Du-Fuß gestanden sind, daß da nicht einmal so ein lokkeres Gespräch beim Heurigen war, wo man vielleicht schon ein bisserl über den Durst getrunken hat und dann fragt: Wie rennt denn die Geschichte?, das ist doch so unwahrscheinlich, ich möchte sagen, nicht glaubwürdig.

Ing. **Zelniczek:** Beim Heurigen sind überhaupt keine Geschäftsgespräche geführt worden, denn wir sind nie zu zweit zum Heurigen gegangen, sondern immer mit Familie. Ich habe immer meine Frau mit dabei gehabt und er seine Frau. Und da waren Freunde oder irgendwelche Bekannte mit dabei. Da ist kein Ton von einem Geschäft gesprochen worden.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Na also gut, wenn ihr dann vom Geschäft gesprochen habt, wenn ihr unter vier Augen gesprochen habt.

Ing. **Zelniczek:** Wir haben nicht viel unter vier Augen gesprochen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Auch wenn man wenig darüber spricht, aber so einige Bemerkungen wird man wohl austauschen, so einige Sätze in dieser Richtung. Sie werden sich ja auch Ihre Gedanken gemacht haben. Sie werden gesagt haben: Was macht der mit den vielen Millionen?

Ing. **Zelniczek:** Ich bin nicht überzeugt gewesen, daß das seine vielen Millionen sind, sondern Millionen an eine Gesellschaft.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ja eben, umsomehr werden Sie sich gedacht haben: Was macht diese Gesellschaft, die nur Geld verlangt, damit sie das so lenkt, damit ihr die Aufträge kriegt, wer steht denn da dahinter? Da macht man sich doch Gedanken!

Ing. **Zelniczek:** Ja, sicherlich.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sie sind ja nicht irgendwer in der Firma. Sie haben ja doch eine recht hohe Position gehabt, und gerade von dieser Situation aus muß man sich ja Gedanken darüber machen. Ihre Aussage ist so unglaubwürdig.

Ing. **Zelniczek:** Sie entspricht aber hundertprozentig den Tatsachen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Es haben Ihnen heute schon einige Kollegen wirklich, glaube ich, sehr ruhig ins Gewissen gesprochen. Überlegen Sie sich das, damit nicht letztlich Sie dann auf der Strecke bleiben.

Ing. **Zelniczek:** Ich weiß.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Es sieht so aus, daß sich vieles auf Zelniczek da herunterladet jetzt. Und Sie haben bestimmt keinen guten, keinen glaubwürdigen Eindruck als Zeuge hinterlassen.

Ing. **Zelniczek:** Was soll ich machen? Das Hauptübel ist das mit den 400 000 S. Und das ist so brutal.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ihre Aussage stellt solche Widersprüche dar und ist auch in sich sehr unglaubwürdig; das möchte ich zumindest für mich hier feststellen.

Ing. **Zelniczek:** Außer den 400 000 S, glaube ich, waren nicht viele Widersprüche.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Also wenn wir damit anfangen würden, was alles widersprüchlich ist, dann würden wir wahrscheinlich noch einmal so lange dasitzen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Ingenieur! Sie waren unter Druck gegenüber Ing. Winter. Das haben Sie zugegeben. Winter hat Sie unter Druck gesetzt: Wenn nicht bezahlt wird, dann keine Aufträge. Ist das richtig?

Ing. **Zelniczek:** Nein, eigentlich umgekehrt — ich meine, umgekehrt ist falsch gesagt —, sondern wenn man zahlt, kriegt man Aufträge, und es liegt ja in der Natur dieses Vertrages, das ist ja ersichtlich daraus. Wenn man für einen Auftrag ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gab es einen Druck Winter Ihnen gegenüber?

Ing. **Zelniczek:** Wenn Sie wollen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wären nicht erfolgreich als Verkäufer bei der Firma ITT.

Ing. **Zelniczek:** Ich glaube, ich habe mein Renommee — wenn man es so nennen darf — in der Firma nicht nur aus den Geschäften, die ich mit Winter gemacht habe; es gibt unzählige andere Geschäfte auch, die mit dem nichts zu tun haben. Ich bin ja schließlich nicht das geworden wegen des AKH.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben andere Personen, andere Auftraggeber auf ähnliche Weise versucht, Sie unter Druck zu setzen?

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In keinem einzigen Fall?

374 von 382Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

Ing. **Zelniczek:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben die Frau Untersuchungsrichterin heute irgendwo, ich würde sagen, beinahe angegriffen, indem Sie gesagt haben, sie hat Ihnen diese 400 000 S in den Mund gelegt. Sie haben sofort auf Grund dieser Unterstellung geschlossen, jemand von der ITT könnte ihr das gesagt haben. Ist das richtig?

Ing. **Zelniczek:** Ja, ja, sicherlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer könnte das gewesen sein bei der ITT, der das der Frau Untersuchungsrichterin gesagt hat?

Ing. **Zelniczek:** Es könnten nur gewesen sein entweder der Herr Präsident Mayer oder Generaldirektor Hainisch.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Es liegt mir keine Meldung mehr vor, daß einer der Herren Abgeordneten eine Frage an den Herrn Zeugen stellen will. Ich darf also die Zeugeneinvernahme des Herrn Ing. Zelniczek als beendet betrachten. — Danke, Herr Ingenieur, daß Sie uns zur Verfügung gestanden sind.

Zeugeneinvernahme von ITT-Austria-Generaldirektor Dipl.-Ing. Edmund Hainisch

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Generaldirektor Hainisch! Der Ausschuß hat beschlossen, Sie als Zeugen zu hören und Sie heute nachmittag zu vernehmen. Es hat leider die Zeugeneinvernahme des Herrn Ing. Zelniczek wesentlich länger gedauert, als wir vermutet haben, daher sind Sie also mit einer mehrstündigen Verspätung jetzt in den Saal gebeten worden.

Ich darf Sie zuerst um die Generalien bitten: Name, Beruf, Adresse, Geburtsdatum.

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Ich heiße Edmund Hainisch, bin nicht Doktor, sondern Diplomingenieur, bin als Sohn eines Buchhändlers geboren, habe Realgymnasium besucht, Matura 1943 gemacht, habe dann Arbeitsdienst abgeleistet, bei der Luftwaffe gedient, anschließend Studium: Nachrichtentechnik an der Technischen Hochschule Wien, eingetreten bei der Firma Schrack im Jahre 1951, dort bis Ende 1960, dann über verschiedene Funktionen im Unternehmen ITT-Austria, technische Arbeitsvorbereitung, Werksleiter, stellvertretender Verkaufsleiter, Verkaufsleiter, stellvertretendes Vorstandsmitglied, dann Vorstandsmitglied, dann nach Umwandlung in die GesmbH Mitglied der Geschäftsleitung, stellvertretender Generaldirektor, Generaldirektor seit 1. April 1976. Ich bin am 7. 9. 1925 geboren und werde daher nächste Woche 55 Jahre alt. Ich wohne in Stockerau, Wallekstraße 4.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Danke. Ich habe Sie nur daran zu erinnern, daß Sie bei uns die ganze Wahrheit zu sagen haben.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Herr Generaldirektor! Wer war denn innerhalb der ITT verantwortlich für die Aufträge, vor allem für jene, die im Zusammenhang mit IAKW und AKH abgewickelt wurden, insbesondere: Wer war verantwortlich für die Geschäftsabwicklung mit PLANTECH und GEPROMA?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Es war so, daß wir einen regionalen Manager hatten, und zwar war das eben Direktor Zelniczek, der zum damaligen Zeitpunkt noch Prokurist der Firma war. Er war für die Region Ost zuständig, und zur Region Ost gehörte auch das Einzugsgebiet für diese Aufträge AKH, IAKW und andere Großaufträge aus dem Raum Wien, Niederösterreich und dem Burgenland.

Direktor Zelniczek war durch seinen Werdegang — er ist sehr lang im Hause gewesen — ein, wie soll ich sagen, Oldtimer auf diesem Gebiet und mit den Kunden sowohl bei der Gemeinde Wien als auch bei den anderen Körperschaften in diesem Terrain sehr gut vertraut. Er hat diese Geschäfte sehr selbständig abgewickelt.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wer wußte denn innerhalb der Firma ITT von diesen Geschäften mit GEPROMA und PLANTECH, die uns hier konkret interessieren, wer mußte davon wissen?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Zunächst einmal mußte also der Verkaufsdirektor davon wissen. Das war zu diesem Zeitpunkt ich persönlich.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Und wer sonst noch?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Sonst eigentlich niemand, denn die Hereinbringung der Geschäfte ist Angelegenheit natürlich der Vertriebsabteilung und geht in der Regel nicht über die Vertriebsabteilung hinaus. Besonders interessante Dinge wurden jedoch nicht im Routinewege, sondern in Einzelgesprächen vielleicht auch anderwärtig gelegentlich diskutiert.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Heißt das, daß zunächst der Finanzchef damit nichts zu tun hatte, also Berger?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Berger, der Finanzchef, hat immer dann damit zu tun, wenn es um spezielle Konditionen geht, wenn also eine spezielle Kalkulation gemacht werden muß, um

mit einem Auftrag konkurrenzfähig zu sein. Wenn besondere mit dem Auftrag zusammenhängende Umstände eintreten, dann ist selbstverständlich auch der Finanzchef einzuschalten gewesen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wer hat konkret zuerst einmal den Kontakt mit PLANTECH und später dann natürlich mit GEPROMA hergestellt? Zunächst interessiert uns einmal der erste Kontakt mit PLANTECH. Wie ist das gelaufen aus Ihrer Sicht?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Ja bitte, es ist sehr schwierig, mich aus meiner Sicht zu erinnern. Es liegt das im Jahre 1972 zurück, und ich habe mich jetzt durch Monate hindurch mit der Frage: Was habe ich denn wirklich noch konkret in Erinnerung?, beschäftigt. Soweit es mir erinnerlich ist, hat unser für die Region Ost verantwortlicher Vertriebsleiter Ing. Zelniczek die ersten Kontakte hergestellt. Er hat ein Angebot der Firma gebracht, behilflich zu sein bei der Erlangung der Aufträge, und er hat dann des weiteren mir auch einen Vorschlag vorgelegt, ein Schreiben vorgelegt, daß es eine, ich möchte sagen, Provisionsvereinbarung gewesen ist mit der Firma PLANTECH.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Können Sie das ein bisserl präziser noch fassen? Das war der Auftrag, dieser Container-Auftrag?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Es sind hintereinander, ziemlich knapp hintereinander, zwei Aufträge gelaufen. Der erste war der Container-Auftrag, der zweite die Telefonanlage für die IAKW.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wie war das konkret aus Ihrer Erinnerung? Sie waren damals der unmittelbare Chef vom Ing. Zelniczek.

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Jawohl.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Er ist zu Ihnen gekommen, Sie haben jahrelang keinen öffentlichen Auftrag bekommen, und er hat gesagt: Da wäre eine Chance. Oder wie ist das gelaufen? Wie ist er mit dem PLANTECH-Offert bei Ihnen angetanzt?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Mit dem PLANTECH-Offert ist er nicht so angetanzt, wie das also jetzt ausschaut, sondern das PLANTECH-Offert war eine zusätzliche Unterlage zu dem Provisionsabkommen, das schon in der Unterschriftenmappe unterschriftsreif vorgelegt wurde, zur Zweitunterschrift, die ich als Vertriebschef zu leisten hatte.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das ist interessant. Darf ich da noch fragen: Welches Provisionsoffert war in der Unterschriftsmappe da, mit PLANTECH?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Das, was ich vorhin schon erwähnt hatte, daß also hier ein Übereinkommen mit PLANTECH geschlossen werden sollte, das der PLANTECH, wenn ich mich richtig erinnere, 1 Prozent oder 1,2 Prozent Provision zusichert für Hilfe bei Auftragsvergabe.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Läßt das den Schluß zu, daß Ing. Zelniczek, bevor er zu Ihnen gekommen ist, um jetzt das Einverständnis von seinem unmittelbaren Vorgesetzten einzuholen, selber schon so weit mit PLANTECH verhandelt hat, daß er praktisch unterschriftsreif eine Provisionsvereinbarung Ihnen vorlegen konnte?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Das kann ich bitte wirklich so dezidiert nicht sagen, ob er mit PLANTECH verhandelt hat. Es wäre anzunehmen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Könnte jemand anderer aus der Firma mit PLANTECH verhandelt haben?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Das will ich ausschließen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Aus Ihrer Kenntnis kann es nur der Herr ...

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Aus meiner Kenntnis kann das nur der Herr Zelniczek gewesen sein.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wie detailliert war dieses erste Offert von PLANTECH?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Bitte, das liegt vor. Die Untersuchungsrichterin hat dieses Offert von uns bekommen. Es ist das auf einem DIN-A4-Blatt etwa ein Absatz in dieser Länge und ist ganz allgemein gehalten, etwa in dem Sinn: Wir sind in der Lage, Ihnen bei der Ausarbeitung der Offerte für diese oder jene Großvorhaben entsprechend unterstützend behilflich zu sein, und würden dafür eine Provision in der Höhe von dem und dem in Anspruch nehmen. — So ungefähr ist dieser Text gehalten gewesen. Das Original liegt bitte bei den Unterlagen. Sie wissen ja, daß ich selbst als Beschuldigter morgen vor Frau Dr. Pablé aussagen muß. Als Beschuldigter!

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das heißt also, es gibt ...

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Weil ich eben sage, ich weiß davon und es ist von mir dieses Provisionsabkommen unterschrieben worden. Das ist die Ursache, warum ich als Beschuldigter dort erscheinen muß.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Als Sie das erstemal von PLANTECH gehört haben, lag Ihnen vor zur Entscheidung: Auf einem Blatt Papier eine allgemeine Feststellung von PLANTECH, daß sie möglicherweise Ihnen bei der Projektsteuerung behilflich sein könnte, und zugleich

376 von 382Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 1 (Seite 1 bis 378) (gescanntes Original)

auch schon eine Provisionsvereinbarung in der Größenordnung von 1,2 Prozent.

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Die Herr Zelniczek ausgearbeitet hatte und wo das als Unterlage dabei war.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Bitte, und jetzt meine Frage: Wenn Sie als verantwortlicher Vorgesetzter von Zelniczek das bekommen, was sagen Sie dann, wenn so etwas da ist?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Dann frage ich zuerst einmal: Welches Risiko ist für uns bei der ganzen Geschichte dabei?

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Antwort Zelniczek?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Antwort Zelniczek: Keines, denn die Provision wird ja nur im Erfolgsfalle fällig. Daher ist für uns kein finanzielles Risiko in der ganzen Geschichte gegeben.

Zweite Frage, die ich stelle, ist natürlich die nach der Höhe der Provision. Eine Provision in der Höhe zwischen 1 und 2 Prozent ist also durchaus im Normalen, wenn nicht sogar unter dem Durchschnitt, der für solche Provisionen verlangt wird. Daher war das auch von der Höhe der Provisionsforderung her für mich weder schockierend noch außergewöhnlich.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Die Frage drei: Wer steckt dahinter? Haben Sie die nicht gestellt?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Das habe ich nicht gewußt, ich habe mich . . .

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Die Frage drei: Wer steckt dahinter?, haben Sie die an den Zelniczek gestellt?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Das habe ich nicht. Nein. PLANTECH-Corporation hat sich die ganze Geschichte genannt. Ich habe vermutet, daß sich dahinter eine Expertengruppe versteckt. Es hat ja für das Allgemeine Krankenhaus eine Fülle von Experten gegeben, die, wie es bei so großen Objekten häufig der Fall ist, dann in sich wieder Beratungsfirmen gründen, die ihr internes Wissen noch einmal zu verkaufen versuchen. Das war bitte meine persönliche Vermutung. Ich kann nicht sagen, daß das Zelniczek mir interpretiert hätte in diese Richtung.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Hat Ihnen Zelniczek den Eindruck vermittelt, daß hinter diesem sehr allgemein gehaltenen Angebot, das ja zunächst nichts aussagt über die Leistungsfähigkeit dieser Firma, irgendeine Leistung steckt, oder war von Anfang an klar, das ist eine Scheinleistung?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Die Leistung, die dahintersteckt, war in etwa so abzusehen, daß das Angaben, wie man das Offert so mundgerecht wie möglich erstellen könnte, wären. Bitte, ich weiß nicht, wieweit die Herren in der Erstellung technischer Offerte selbst schon die Erfahrung gesammelt haben.

Obmann Dr. **Steger:** Erst in diesem Ausschuß die meisten von uns.

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Soll ich das ausführen, oder geht das zu weit?

Obmann Dr. **Steger:** Kurz, bitte.

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Es ist sehr wichtig zu wissen, wie man sein Produkt präsentiert. Ein Experte, der bei der Planungsarbeit tätig war, kann hier sehr interessante Angaben machen, welche Bestandteile des zu präsentierenden Produktes für den Kunden von besonderem Interesse sind. Das kann man dann entsprechend ausgearbeitet vorlegen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Das heißt, Sie haben eigentlich gleich zu Beginn vermutet, daß da Experten mit dabei sein müssen bei PLANTECH, die mit dem Bauherrn in irgendeiner Weise zu tun haben, damit sie diese Spezifikationen wissen?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Mit dem Bauherrn in irgendeiner Weise, das möchte ich durchaus unterstreichen, ja.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wieviel Schmiergelder sind denn insgesamt nach Liechtenstein geflossen an PLANTECH und GEPROMA, und zwar jetzt von ITT-Österreich und von den anderen Schwesterfirmen von ITT?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Hier muß ich sagen, daß Sie mich ein bißchen überfragen. Ich kann es nur für unser Unternehmen sagen. Da sind es etwa 3,5 Millionen Schilling gewesen. Was es für unser Schwesterhaus in summa ausgemacht hat, das kann ich jetzt so genau nicht sagen, aber wenn diese Zahlen interessieren, bin ich in der Lage, sie natürlich nachzubringen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ich glaube, daß diese Zahlen sicher für alle von uns interessant sind. Könnte eine Größenordnung von 20 Millionen Schilling insgesamt stimmen?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Die Größenordnung von 20 Millionen alles zusammen könnte stimmen. Da sind dann SEL und ITT-Control in Essen inkludiert.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wie ist denn diese Provision kalkuliert worden? Ist das praktisch in die Auftragssumme hineingerechnet worden? Also war der Hut — wie man in der Kriminalsprache sagt — von vornherein mitkalkuliert, oder ist das vom Gewinnrisiko abgerechnet worden?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Wenn wir vom Gewinnrisiko reden, dann müßte ich sagen, es ist vom Gewinnrisiko abgerechnet worden, denn es ist so, daß wir ja für verschiedene Leistungen, Lieferungen, die unsere Schwesterhäuser an den Kunden gemacht haben, eine Provision zu bekommen hatten, und von dieser Provision ist das abgegangen, was auch erklärt, warum verschiedene Überweisungen nicht direkt von Wien, sondern von Deutschland direkt an die liechtenstein'schen Konten gegangen sind.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Sie haben in der Zeugeneinvernahme gesagt, Sie hätten ein bisserl ein schlechtes Gefühl gehabt bei der ganzen GEPROMA-Sache, weil es eine Konzernregelung gibt, die ab 1975 derartige Zahlungen verbietet, und Sie hätten das auf Ihre Kappe genommen. Auf Ihre Kappe genommen!

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Ja.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Heißt das — Sie sagen es ja dann in Ihrer späteren Aussage auch —, daß Generaldirektor Mayer von all diesen Dingen nichts gewußt hat? Wie ist das möglich?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Hier muß ich bitte auf die zeitliche Abfolge hinweisen. Das, was wir jetzt gesprochen haben, der Beginn dieser Geschäftsverbindung mit PLANTECH und GEPROMA, lag im Jahre 1972/73. Das, wovon wir jetzt reden, lag wesentlich später. Das lag zu einem Zeitpunkt, wo ich schon Generaldirektor war und möglichst klare Verhältnisse schaffen wollte.

Wir waren mittlerweile ja in diesem Provisionsvertrag mit dieser Firma, die sich später dann GEPROMA genannt hat, drinnen. Es war durch — wie soll ich sagen? — die langjährige Verbindung nun mit dem Kunden und mit diesen Firmen doch deutlicher geworden, daß das mehr ist als nur eine Planungsgruppe, und daher wollte ich zu diesem Zeitpunkt die Geschichte so sauber wie möglich abschließen, was Sie auch daraus ersehen können, daß es dann, glaube ich, Ende 1979 oder 1978 zu einem Abschluß unserer Zahlungen gekommen ist, obwohl wir dazu eigentlich noch nicht verpflichtet waren.

Ich wollte also unter den verschärften Bedingungen des Konzerns und unter der nunmehr auch für mich langsam fragwürdig gewordenen Geschichte das Thema zum Abschluß bringen und abschließen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Haben Sie sich nie rückversichert bei Ihrem Vorgesetzten — es war ja der Generaldirektor Mayer der damalige Generaldirektor — hinsichtlich dieser Geschichte?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Ich könnte mich ja bei meinem Vorgesetzten gar nicht rückversichern. Im Gegenteil: der hätte mich ja fragen müssen. Ich wäre ja hier der Fachmann gewesen und hätte mehr Auskünfte geben müssen können als er. Er war vom Geschäft ja weiter distanziert als ich als Marketing-Manager.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Umgekehrt gefragt. Hat es zwischen Ihnen und Generaldirektor Mayer in dieser Frage — Beauftragung PLANTECH, GEPROMA, Provisionszahlungen, Winter dahinterstehend — in direkter oder indirekter andeutender Form irgendwelche Gespräche gegeben?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Ich würde auf Anhieb sagen: nein. Ich kann das aber nicht mit absoluter Sicherheit sagen. Es kann durchaus ein Tür- und Angelgespräch gewesen sein, wo gesagt wurde: Hier bietet sich eine Firma an, die hilfreich sein kann bei der Erlangung der Aufträge. Aber ein dezidiertes Gespräch, wo ich sozusagen eine Beauftragung von Mayer haben wollte, hat es nicht gegeben. Das kann ich mit Sicherheit ausschließen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Da müssen wir nachfragen. Diese Frage ist natürlich jetzt enorm wichtig. Ein Tür- und Angelgespräch in der Form, daß man irgendeine Planungsgesellschaft miteinbezieht, ist etwas ganz anderes als ein Tür- und Angelgespräch, wo man sagt, wir müssen die und jene liechtenstein'sche Firma miteinbeziehen, um den Auftrag zu bekommen, weil da der Auftraggeber dahintersteht, weil ein Teil des Auftraggebers oder einzelne Personen dahinterstehen. Das ist ein ganz gewaltiger Unterschied.

Daher noch einmal die Frage: Konnte auf Grund eines Gesprächs mit Ihnen Generaldirektor Mayer Kenntnis haben, daß hier strafrechtlich problematische Dinge passiert sind in der ITT? Das ist der konkrete Punkt.

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Meines Wissens nicht.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Ist Ihnen aus Ihrem Wissen irgendein Fall bekannt, daß Mayer aus einem Gespräch mit einem anderen ITT-Mitarbeiter ein solches Wissen haben konnte?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Mayer hat mit mir über den Fall Allgemeines Krankenhaus und PLANTECH nicht gesprochen. Er hat mit mir gesprochen über den Fall IAKW und hat mich in diesem Fall gefragt, ob ich damit einverstanden bin, daß er eine Prämie für Zelniczek aussetzt. Es war also die Telefonanlage für die IAKW die größte Telefonanlage, die unser Unternehmen im Laufe seiner Geschichte jemals in Auftrag bekommen hat. Als dieser Auftrag ins Haus

kam, hat mich Mayer damals als den zuständigen Ressortchef gefragt, ob ich damit einverstanden wäre, daß er für Zelniczek eine Prämie vorsieht.

Die Höhe dieser Prämie — soweit ich mich an das Gespräch damals erinnere — hatte er so ungefähr mit zwei bis drei Monatsgehältern angesetzt; eine Größenordnung, die zwischen 70 000 und 100 000 S schwankte. Er hat dann später noch einmal gesagt: Ich habe das abgerundet, und wie ich jetzt, nachdem wir nachgeforscht haben, weiß, ist das ein Betrag von 100 000 S gewesen, der hier als Prämie an Zelniczek ausbezahlt wurde.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wann ist diese Prämie genau an Zelniczek übergeben worden und von wem?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Die Prämie ist von Mayer an Zelniczek übergeben worden, es liegen alle Unterlagen dafür vor. Zelniczek hat die Übernahme dieser Prämie, soweit ich weiß, auch bestätigt, da gibt es einen Kassazettel dafür. Das Datum müßte 1974 gewesen sein, das Datum dürfen Sie mich nicht fragen, das weiß ich jetzt nicht auswendig. Das ist aber aus den Unterlagen ersichtlich.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Waren Sie dabei?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Da war ich nicht dabei.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Aber es ist mit Ihnen abgesprochen worden von Mayer?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Mayer hat mich gefragt, ob ich einverstanden bin, ich war ja der unmittelbare Vorgesetzte von Zelniczek, hat aber die Prämie ihm direkt ausgehändigt. Das darf Sie bitte nicht irritieren, denn das war Usus im Hause. Es war Usus im Hause, daß Prämien vom Generaldirektor selbst ausgehändigt wurden, weil dieser der Meinung war, daß die Aushändigung einer Prämie — Sie gestatten den Ausdruck —, vom „obersten Kriegsherrn" kommend, einen besseren Eindruck auf die Mitarbeiter macht, als wenn andere Vorgesetzte zwischengeschaltet sind. Ich habe das dann später, als ich dann darauf Einfluß nehmen konnte, anders gestaltet und habe das dann dem Ressortchef übergeben, ihm die Prämien überantwortet.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Könnte noch eine andere Prämie oder eine andere Zahlung mit Ihrem Wissen an Zelniczek geleistet worden sein?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Nicht von Mayer, soweit ich es weiß. Ich habe Zelniczek selbst seine Jahresprämien immer wieder ausgehändigt als sein Ressortchef dann.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wie hoch waren die etwa?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Die waren zuerst niedrig, da waren sie in der Gegend vielleicht von 20 000 S, 30 000 S, das war am Anfang, und haben sich dann gesteigert in die Gegend von 40 000 bis 45 000 S.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Könnte es sein, daß eine Prämie in der Größenordnung von 400 000 S gegeben wurde?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Das halte ich für ganz ausgeschlossen. Das halte ich deswegen für ganz ausgeschlossen, weil die Prämienregelung auf folgende Weise zustande gekommen ist: Etwa im Oktober des jeweiligen Jahres hat der Generaldirektor die Ressortchefs aufgefordert, ihre Prämienvorschläge einzubringen. Es hat dann jeder Vorschläge eingebracht, dann wurde gesagt: Leisten können wir uns bitte einen Betrag in dieser oder jener Größenordnung, auf das sind die Prämienvorschläge zurückzustutzen!, das ist ein paarmal hin- und hergehandelt worden, dann war die Prämie für jedes einzelne Mitglied festgelegt und ist dann in diesem Sinne vom Rechtsbüro rückgerechnet worden wegen der Versteuerung und ist also dann zur Auszahlung gekommen.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wie gut war denn der Zelniczek mit dem Direktor Winter von der AKPE?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Hier bin ich ein bißchen überfragt. Ich weiß jetzt — aber das ist Wissen vom heutigen Stand nach den Veröffentlichungen —, daß er mit ihm sehr gut gewesen sein muß. Ich habe damals wohl gewußt, daß er ihn sehr gut kennt, daß er aber ein guter Freund von ihm war, habe ich damals nicht gewußt.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Und wer hätte, wenn Parteienfinanzierung tatsächlich im Gespräch oder im Hintergrund gewesen sein kann bei diesen PLANTECH- und GEPROMA-Aufträgen, wenn es so etwas gegeben hat, bei der ITT davon Wissen haben können?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** In erster Linie Zelniczek.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Sonst jemand?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Er hat mir gegenüber — ich gestehe das freimütig ein — einmal eine Andeutung gemacht, der ich nicht näher nachgegangen bin.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Wie war diese Andeutung konkret?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Die Andeutung, na ja konkret. Bitte, das war schon wesentlich später, das muß vor zwei oder drei Jahren gewesen sein, als Zelniczek einmal gesagt hat: Bei all diesen Großaufträgen sind ja auch parteiliche

Interessen im Spiel. So ungefähr in dieser Weise ist die Andeutung gemacht worden.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Hat er irgendwann einmal von einflußreichen Leuten gesprochen, die hinter diesen liechtenstein'schen Firmen stehen könnten?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Mir gegenüber nicht. Nein. Er hat nur einmal — und das ist in einem Brief auch erwähnt — von einem „Egli" gesprochen, aber ich persönlich habe den Egli nie kennengelernt, auch nie mit ihm telefoniert oder sonst irgend etwas mit ihm zu tun gehabt.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Haben Sie mit Winter Kontakt gehabt?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Ja, ich habe Winter zwei-, dreimal gesehen, einmal, glaube ich, habe ich ihm das Werk in Strebersdorf gezeigt, ich wollte damit uns als potentes österreichisches Industrieunternehmen vorstellen. Einmal war ein Mittagessen, bei dem auch Zelniczek dabei war, beim Wegenstein, also eines dieser üblichen Kontaktessen, angesetzt, wo es auch ganz belanglos zugegangen ist. Wegenstein ist, glaube ich, allen Herren bekannt. Dann war ich von Winter gegeneingeladen, das AKH zu besichtigen, er hat mich dann geführt und hat bei dieser Führung auch auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die er mit den Ärzten, mit den Primariaten, mit den dauernden Umplanungen und so weiter hat.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): War der Kontakt mit PLANTECH und GEPROMA sozusagen eine Art Monopol des Zelniczek, und hat er innerhalb der Firma die Provisionsabrechnung — Abwicklung, allenfalls Reduktion oder Erhöhung oder was weiß ich, also die Kontakte monopolisiert gehabt mit dieser Firma?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Da müßte ich eigentlich sagen: ja. Denn seine Unterschrift mußte drauf sein, wenn irgendwie die Kontrollabteilung Anweisungen gemacht hat und so weiter. Da ist bei ihm rückgefragt worden, und er hat dann, wenn er abgezeichnet hat . . .

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Welche Unterschriften waren auf diesen sechs Aufträgen mit den Folgeschmiergeldern an PLANTECH und GEPROMA noch dabei, außer der Zelniczek-Unterschrift?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Meine Unterschrift war dabei, ich habe das schon gesagt, bei den Provisionsverträgen war meine Unterschrift. Meine Unterschrift ist, glaube ich, auch auf einem Brief, der der SEL mitteilt, daß die Rechtsnachfolge der Firma PLANTECH die GEPROMA angenommen hat, und es ist also dann die Unterschrift unseres Direktors Dr. Rose, respektive bei den Überweisungen ist es also der Treasurer, der Direktor Dehne, der aber nur bitte das rein Bankmäßige dann unterschrieben hat.

Obmann Dr. **Steger:** Die Zeit drängt, wir werden die Einvernahme heute nicht abschließen können, wir haben vereinbart, daß wir um 19 Uhr heute unsere Sitzung beschließen. Vielleicht machen wir es so, daß jeder eine Zusatzfrage stellt, die wichtigste, dringlichste sozusagen, die momentan einfällt, und wir dann anschließend allein beraten, wie wir unseren Terminplan weiter gestalten.

Bevor ich eine Frage stelle, möchte ich Sie nur fragen: Wann sind Sie zur Einvernahme geladen?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Morgen um 10 Uhr bei Frau Dr. Pablé.

Obmann Dr. **Steger:** Um 10 Uhr. Da scheiden Sie also bei uns aus zu diesem Zeitpunkt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Generaldirektor! Als Sie sich entschlossen haben, sich um die Container-Anlage zu bewerben, haben Sie ja gewußt, daß Sie das Produkt, das gewünscht wird, in Österreich nicht produzieren können, sondern daß Ihnen nur die Schwesterfirma in Stuttgart helfen kann. Es hat dann den Brief von ITT-Austria an SEL-Stuttgart gegeben, wo auch drinnen gestanden ist, die PLANTECH — dann später war der Wechsel auf GEPROMA — ist da beteiligt als Provisionär für die Vermittlung des Auftrages. Mußten Sie nicht dem damaligen Generaldirektor — oder waren Sie das dann schon selber, als dieser Briefwechsel stattgefunden hat — sagen, wer also PLANTECH und GEPROMA sind?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Nein, nein, war ich nicht. Ich war noch nicht Generaldirektor.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Daß man sagt, wir geben den Auftrag an die Schwester in Deutschland weiter und daß diese Provisionsbedingung für die Akquisition oder wie man es immer nennt . . .

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Darf ich Ihre Frage bitte beantworten, konsequent, wie sich das abgespielt hat. Zunächst einmal war vom Kunden eine Containerförderanlage verlangt, sowohl die Lieferung der Geräte als auch die Montage der Anlage. Wir haben intern überlegt, ob wir — wir haben ja als österreichisches ITT-Haus die Generalrepräsentanz aller ITT-Unternehmungen hier — das jetzt in Eigenverantwortung übernehmen können oder nicht.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Also auch den internationalen Lebensmittelbereich vertreten Sie von ITT?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Das schließen wir aus,

also im technischen Bereich; das sind andere Produktlinien, die auch im Konzern anders geführt werden, aber was technische Produkte, vor allen Dingen nachrichtentechnische Produkte anlangt. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß sich die Risken für unser relativ kleines Haus bei weitem zu hoch gestalten würden, es daher nicht sinnvoll wäre, dem Wunsch des Kunden, nur ein Vis-à-vis zu haben, in dieser Form nachzukommen.

Wir haben daher den Vorschlag gemacht, um möglichst viel Arbeit in Österreich zu halten, die Montage der Anlage durch unser Montagepersonal vornehmen zu lassen, die Lieferung der Geräte jedoch von unserem Schwesterhaus SEL durchführen zu lassen. Das Verhältnis dieser beiden Auftragsvolumina ist ungefähr: ein Viertel Montage und ...

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): 190 zu etwas mehr als 40 Millionen.

Dipl.-Ing. **Hainisch:** 40 Millionen bei uns und das andere bei der SEL, also das Überwiegende dort. Daher hat auch bei der Ausarbeitung des Offerts und der Planung die SEL hier federführend gewirkt, die Montage ist letzten Endes auch dann nur mehr sozusagen die Effektuierung dessen, was also der das Produkt Planende vorgeschrieben hat.

Es kam also im Zuge dieser Gespräche ... Es waren damals, glaube ich, Dr. Adels und Dr. Klinkhammer von der SEL auch ein- oder zweimal in Wien; vornehmlich Dr. Adels war der Mann, der an der Auftragsvergabe besonders interessiert war, er war der Produktlinienmanager der SEL, und es war damals bei der SEL sehr kritisch, ob dieses Produkt noch weitergeführt werden sollte oder nicht. Daher hat man von SEL besonderes Interesse an diesem Auftrag gehabt.

Die von Ihnen präzise gestellte Frage nach der Provisionsteilung oder Übergabe des Provisionsanteils ist in der Form eigentlich nicht aufgetreten. Die PLANTECH hat sich vorher angeboten gehabt. Als wir dann zu der Entscheidung kamen, wir Montage, SEL Lieferung der Geräte, ist auch diese Provisionsfrage im selben Verhältnis geteilt und weitergegeben worden. Es ist, glaube ich, dann ein ähnlicher Schriftverkehr zwischen PLANTECH und SEL entstanden, wie er vorher mit uns bestanden hat.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Generaldirektor! Bevor Sie Generaldirektor wurden, gab es welche Leitungsstruktur? Es gab also einen Generaldirektor, es gab einen kaufmännischen Direktor oder wie heißt er?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Ja, ein Controler in unserem Fall. — Darf ich bitte die Struktur nennen; sie ist ein bißchen abweichend, weil wir uns hier den anglikanischen Formen angeglichen haben. Wir hatten drei Geschäftsführer. Diese drei Geschäftsführer rekrutierten sich aus den Bereichsleitern.

Obmann Dr. **Steger:** Sagen Sie bitte auch immer die Namen gleich dazu.

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Die drei Geschäftsführer waren Generaldirektor Mayer für das Gesamtunternehmen und ohne Leitungsressort, Direktor Dr. Berger, Controler und Finanzdirektor mit dem Ressort Finanzen, ich war der Dritte im Bunde als Marketing-Manager, Marketing. Es gab dann — jetzt nicht als Geschäftsführer — den Leiter der Fabrik.

Obmann Dr. **Steger:** Wer war das?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Das war zum damaligen Zeitpunkt Direktor Prasch; wir waren fünf — wer fehlt mir denn jetzt noch? —, Mayer, Hainisch, Berger, Prasch. Jetzt fehlt mir noch eine Funktion.

Obmann Dr. **Steger:** Einkauf?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Nein. Der Einkauf unterstand also direkt dem Generaldirektor, sozusagen ein bisserl losgelöst. Es fehlt mir jetzt ...

Obmann Dr. **Steger:** Da der Einkauf direkt dem Generaldirektor unterstellt ist, ergibt sich immer die Folgefrage. Sie können das andere schon vergessen, das war nicht wichtig. Bei PLANTECH und dann bei GEPROMA wird doch eigentlich etwas eingekauft, nämlich zumindest beim ersten Geschäftsfall.

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Jawohl, Information ...

Obmann Dr. **Steger:** Wieso kann das nur von der Verkaufsabteilung abgeschlossen werden, ohne daß die Einkaufsabteilung davon weiß?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Weil es sich hier um eine reine Information für die Erstellung einer Planung, die die Verkaufsabteilung macht, gehandelt hat. Mittlerweile ist das auch geändert worden, weil die Konzernvorschriften mittlerweile vorsehen, daß auch Provisionsabkommen und so weiter über das Rechtsbüro und über die Einkaufsabteilung abgewickelt werden. Das war zum damaligen Zeitpunkt noch nicht so deutlich präzisiert.

Obmann Dr. **Steger:** Seit wann ist das so?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Das ist etwa seit 1975 so. Seit in Amerika diese großen — Sie werden sich erinnern — Geschichten mit den Flugzeugwerken waren, haben die amerikanischen Gesellschaften ...

Obmann Dr. **Steger:** Seit damals läuft es also über Rechtsbüro und Einkaufsabteilung.

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Jawohl. Die Einkaufsabteilung ist praktisch nur die routinemäßig effektuierende Abteilung. Die Einkaufsabteilung ist jetzt als Hauptabteilung dem Generaldirektionsbereich zugeordnet. Das ist in der jetzigen Organisation.

Obmann Dr. **Steger:** Und damals? Das war ja zuerst auch! Wie Sie mir die Konstruktion erklärt haben, daß das beim Generaldirektor war ...

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Ich müßte nachschauen im Organisationsplan, um ganz sicher zu sein. Ich würde ja sagen, aber ein Quentchen Unsicherheit ist bitte in dieser Aussage.

Obmann Dr. **Steger:** Und Sie sind seit wann Generaldirektor?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Seit 1. 4. 1976.

Abg. Dr. **Schüssel** (ÖVP): Entschuldigen, Herr Vorsitzender, es ist nur eine Frage noch unbeantwortet, die Sie gestellt haben. Die Frage war: gleichberechtigt?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Gleichberechtigt haben wir uns als Geschäftsleitung gesehen, die gesamten Bereichsleiter haben sich gleichberechtigt gesehen, obwohl vor dem Gesetz ja nur die drei Geschäftsführer eigentlich die Verantwortung für das Unternehmen trugen.

Obmann Dr. **Steger:** Gegenüber dem Generaldirektor? Das war ja die Frage.

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Der Generaldirektor selbst als der gewachsene Mann hat ja eine gewisse Patriarchenfunktion gehabt. Er hat also nicht so kooperativ mit seinen Kollegen operiert, wie ich es heute tue — wir haben also jetzt einen sehr kooperativen Führungsstil —, sondern er ist ein älterer Herr bitte, seit 20 oder 25 Jahren in dieser Funktion, er hat natürlich nicht uns andere Geschäftsführer und Vorstandsdirektoren zu jeder Frage zugezogen.

Obmann Dr. **Steger:** Hat es eine Anweisung gegeben, ab welcher Höhe Zahlungen auf der Vorstandsebene unterschrieben sein müssen?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Ist mir nicht erinnerlich.

Obmann Dr. **Steger:** Theoretisch hätte einer ...

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Die gibt es jetzt, ist mir aber aus der damaligen Zeit nicht erinnerlich.

Obmann Dr. **Steger:** Theoretisch wäre es also denkbar gewesen, daß mit der Unterschrift des Herrn Ing. Zelniczek ...

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Es müssen zwei unterschreiben.

Obmann Dr. **Steger:** Aber aus derselben Abteilung, hätte das genügt?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Das ist richtig. Zwei Zeichnungsberechtigte ...

Obmann Dr. **Steger:** Aus derselben Abteilung unterschreiben zwei Zeichnungsberechtigte, ohne daß ich Ihnen etwas unterstelle.

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Nein, nein, Zelniczek war Prokurist und ich war selbst ...

Obmann Dr. **Steger:** Er hätte sich Millionen Schilling selbst überweisen können.

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Jawohl.

Obmann Dr. **Steger:** Ich habe das wirklich nicht unterstellt. Ich frage nur noch einmal nach, weil mich das so sehr wundert, daß das bei einem so großen Konzern möglich ist.

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Das ist möglich, und es ist auch möglich, daß die Unterschrift eines nicht Ressortverantwortlichen auf einer Überweisung darauf ist. Wenn zum Beispiel die Unterschriftsberechtigten des Controler-Bereiches auf Urlaub sind und so weiter und, wie es so schön heißt, Unterschriftsnotstand besteht, dann kommt meinetwegen die Überweisungsmappe auf meinen Schreibtisch, und ich leiste die Zweitunterschrift.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist so, wie wenn jemand anderer den Herrn Bundespräsidenten vertritt. Der kann dann trotzdem nichts dafür.

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Na ja, da steht dann wohl ...

Verantwortlich ist natürlich der, der es gemacht hat, für die Richtigkeit der Ausfertigung.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Generaldirektor! Noch einmal zurück zu dem: Eine interne Revision, gab es die auch?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Die gibt es jetzt, die hätte es damals schon geben sollen, weil es der Konzern gewünscht hat, die hat es aber zu Zeiten Dr. Bergers noch nicht gegeben. Er hat zeitlebens darum gekämpft, diese zwei Personen anstellen zu können.

Obmann Dr. **Steger:** Der Herr Ing. Zelniczek hat gesagt, die hat es schon gegeben, und die waren direkt dem Generaldirektor unterstellt.

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Die interne Revision untersteht ...

Obmann Dr. **Steger:** „Berichtspflichtig" hat er wörtlich gesagt. Sie war direkt dem Generaldirektor berichtspflichtig.

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Berichtspflichtig, das ist

richtig, aber sie ist in erster Linie natürlich Brüssel berichtspflichtig, die interne Revision.

Obmann Dr. **Steger:** Sie unterschieden zwischen der Konzernrevision, der internationalen und der internen österreichischen Revision. Er hat gesagt, beides gibt es, die Konzernrevision soll jetzt eh da gewesen sein oder da sein, um das alles zu prüfen, und es gab eine interne österreichische Revisionsabteilung, die direkt dem Generaldirektor berichtspflichtig war.

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Das, was wir intern Audit nennen, ist also die von Ihnen genannte österreichische Revision. Die besteht also im Moment, glaube ich, aus einem Herrn und zwei Damen; eine von ihnen kriegt ein Kind und daher ist die Revision wieder schwach auf den Beinen. Das war etwas, was Dr. Berger damals schon immer unter dem Druck des Konzerns ins Leben rufen wollte, aber, glaube ich, im Jahre 1972 noch nicht existiert hat.

Obmann Dr. **Steger:** Ab wann nach Ihrer Erinnerung?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Sie dürfte frühestens ab 1974 existent gewesen sein.

Obmann Dr. **Steger:** Es genügt mir, wenn Sie mir sagen ...

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Dr. Berger ist im Jahre 1976 gestorben. Das war mein erstes großes Problem, der Tod des Berger im Jahre 1976.

Obmann Dr. **Steger:** Es genügt mir vollkommen, wenn Sie mir sagen: Wie war es zwischen 1974 und Ihrem Dienstantritt? Haben die da je etwas überprüft?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Da hat die schon existiert und hat verschiedene organisatorische Abläufe et cetera im Hause überprüft.

Obmann Dr. **Steger:** Und wem hat sie das berichtet?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Da hat sie mir darüber berichtet und hat auch, glaube ich, Berichte an den Konzern gegeben. Es geht ja für die interne Revision ...

Obmann Dr. **Steger:** Sie weichen immer meiner Frage aus: Ich habe ausdrücklich gefragt, ob sie dem Generaldirektor berichtspflichtig war. Da haben Sie gesagt: ja.

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Ja, sie hat mir berichtet.

Obmann Dr. **Steger:** Und jetzt sagen Sie mir wieder so schön, daß sie Ihnen berichtet hat. Sie waren aber noch nicht Generaldirektor. Hat sie dem Generaldirektor berichtet?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Sie meinen vor 1976?

Obmann Dr. **Steger:** Natürlich, ja, ab dem Augenblick, wo sie vorhanden war, 1974!

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Ich muß es annehmen. Bitte, ich kann es nicht sagen, ich habe die Berichte ja nicht gesehen, die an ihn geschickt wurden. Ich müßte jetzt nachsehen in diesen Berichten.

Obmann Dr. **Steger:** Gab es einen Grund, daß je Sie delegiert wurden, solche Berichte an Stelle des Generaldirektors zum Beispiel zu bekommen?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Wenn es sich um Beanstandungen in meinem Bereich gehandelt hat, dann sind sie natürlich auch an mich gekommen.

Obmann Dr. **Steger:** Auch oder ausschließlich?

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Auch, auch.

Obmann Dr. **Steger:** Wir unterbrechen Ihre Einvernahme. Ich würde bitten, daß Sie uns das Einverständnis geben, daß wir versuchen, mit Ihnen telefonisch für den weiteren Termin Kontakt aufzunehmen, weil wir jetzt vor allem nicht wissen, wie lange Sie morgen zur Einvernahme anstehen.

Dipl.-Ing. **Hainisch:** Ich möchte mich noch bedanken für den freundlichen Ton der Einladung. Das ist etwas, was nicht mehr alltäglich in Österreich ist. Danke schön.

(Die Sitzung wird für kurze Zeit unterbrochen.)

Schluß der Sitzung: 19 Uhr 35 Minuten